943.1 69,508
R27
2 LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF VERMONT
AND
STATE AGRICULTURAL COLLEGE.
Gift of Mrs. Herbert Tuttle

Neuere Geschichte

des

Preußischen Staates

vom Hubertsburger Frieden

bis zum Wiener Kongreß.

Von

E. Reimann.

Zweiter Band.

Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1888.

Vorrede.

In dem vorliegenden Bande meiner Preußischen Geschichte bin ich bis zum Tode Friedrichs des Großen angelangt. Ich stelle zunächst den bayerischen Erbfolgekrieg dar. Ich habe mich vor zwanzig Jahren mit den gedruckten Quellen begnügen müssen; jetzt aber sind viele Aktenstöße des Geh. Staatsarchivs in Berlin von mir durchstudiert worden, und so bin ich in der Lage gewesen, die einzelnen Kapitel zu erweitern und manche Lücken in unserer Kenntnis auszufüllen. Jedoch das Hauptergebnis ist dasselbe geblieben, und was ich in Bezug auf die schlaffe Kriegführung des Prinzen Heinrich gesagt, erhält von österreichischer Seite nun Bestätigung. Aus dem Wiener Archive haben Adolf Beer und Alfred v. Arneth sehr wertvolle Nachrichten veröffentlicht; aber freilich sind ihre Werke, wenn sie nicht die Dokumente selbst enthalten, nur mit Vorsicht zu gebrauchen, wie ich in der ersten Beilage nachweise.

Ich stelle dann im vierten Buche die auswärtige Politik Preußens bis zur Gründung des Fürstenbundes dar. Auch hier ist es mir gelungen, unsere bisherige

C9508

Kenntnis zu vervollständigen. Man nehme z. B. meine „Geschichte der Kölner Koadjutorwahl von 1780". Ich habe die schätzbaren Nachrichten des Berliner Geh. Staatsarchivs und eine gedruckte Darstellung, welcher amtliche Schreiben und Aufzeichnungen eines Domherrn in München zugrunde lagen, sorgfältig benutzt, und indem ich damit noch das Neue verband, welches Arneth gebracht hat, darf ich glauben, in dieser Angelegenheit der Wahrheit näher gekommen zu sein als meine Vorgänger. Ich stelle dann das sehr wichtige Bündnis zwischen Katharina II. und Joseph II., die erste Phase der orientalischen Frage, den Streit des Kaisers mit den Holländern, seine Absicht, Bayern durch Tausch zu erwerben und die Gründung des Fürstenbundes dar, nicht ohne gleichfalls vielerlei bisher unbekannte Nachrichten zu bringen.

Fünf lange Kapitel sind alsdann der inneren Politik gewidmet worden. Für den Landbau habe ich, wie sich von selbst versteht, die von Stadelmann herausgegebenen Aktenstücke sehr eingehend benutzt. Auch für das Gewerbewesen giebt er mancherlei Wertvolles; außerdem haben mir besonders die praktischen Beiträge zur Kameralwissenschaft des Barons Lamotte, welcher unter Friedrich dem Großen Kriegs- und Domänenrat war, sehr nützliche Dienste geleistet. Einen verhältnismäßig bedeutenden Raum nehmen die zwei Kapitel über das Unterrichtswesen ein. Die Änderungen, welche darin vorgingen, sind doch sehr wichtig, und Männer wie Schlabrendorff, Hecker, Felbiger, Rochow, Zedlitz, Zeplichal, verdienen nicht bloß mit Namen angeführt, sondern auch in ihrem segensreichen

Wirken mit einiger Ausführlichkeit geschildert zu werden. Die gleiche Bedeutung hat die große Gesetzgebung des Königs für die Katholiken, die man jetzt nach den von Max Lehmann veröffentlichten Aktenstücken darstellen kann; ferner Friedrichs beständige Sorge für eine unparteiische Rechtspflege und die Schöpfung des allgemeinen Landrechtes. Daß hierbei des Müller Arnoldschen Prozesses gedacht werden mußte, versteht sich von selbst. Ich habe mich nicht obenhin dieser Pflicht entledigt, weil ich der Meinung bin, daß in solchen Fällen die ganze Wahrheit offenbart werden muß. Hat sich ein großer Mann einmal geirrt und vergangen, so werden wir darum doch nicht aufhören ihn zu schätzen und zu lieben; aber man muß nicht beschönigen.

Ich habe mich wiederum der bereitwilligsten Unterstützung vonseiten des Geh. Staatsarchivs in Berlin zu erfreuen gehabt und ebenso diesmal auch vonseiten des Königlichen Hausarchivs. Das politische Testament von 1768, welches in letzterem sich befindet, hat mir manche Belehrung gewährt, und ich werde noch in dem ersten Kapitel des nächsten Bandes davon müssen Gebrauch machen; denn ich hege die Absicht, in demselben den Organismus des preußischen Staates zu beschreiben und dabei aus der Regierung des großen Königs noch einzelnes nachzuholen.

Das politische Testament giebt mir weiter Anlaß, meine Darstellung über den Ursprung der ersten Teilung Polens einigermaßen zu erweitern; ich thue dies in der dritten Beilage.

Die beiden nächsten Bände sollen die Geschichte des preußischen Staates bis zum Jahre 1815 führen und das Werk beenden.

Breslau, den 17. Dezember 1887.

G. Reimann.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorrede V

Drittes Buch.

Der bayerische Erbfolgekrieg.

Erstes Kapitel. Ursprung des bayerischen Erbfolgekrieges 3

Österreichs Absichten auf Bayern. S. 5. — Umfang der österreichischen Pläne. S. 7. — Unterredung des österreichischen Gesandten darüber mit Friedrich II. S. 9. — Krankheit des Königs von Preußen. S. 11. — Feindselige Stimmung in Wien und Berlin. S. 13. — Reise des Großfürsten Paul nach Berlin. S. 15. — Erneuerung des preußisch-russischen Bündnisses. S. 17. — Zunehmender Zwiespalt zwischen Kaunitz und Friedrich II. S. 19. — Erkrankung des Kurfürsten von Bayern. S. 21. — Unterhandlungen Österreichs mit der Pfalz. S. 23. — Tod des Kurfürsten von Bayern. S. 25. — Neue Unterhandlungen Österreichs mit der Pfalz. S. 27—29. — Abschluß dieser Unterhandlungen. S. 31. — Karl Theodor begehrt die Zustimmung des Herzogs von Zweibrücken. S. 33.

Zweites Kapitel. Widerstand Friedrichs gegen die österreichischen Vergrößerungsabsichten 35

Friedrich denkt an Gegenmaßregeln. S. 35. — Zwiespalt zwischen Rußland und der Pforte. S. 37. — Bünd-

Seite

nis Frankreichs mit den Vereinigten Staaten. S. 39. — Friedrich sendet Görtz nach München und Zweibrücken. S. 41. — Vergennes über die bayerische Erbfolgesache. S. 43. — Zwist zwischen Österreich und Sachsen. S. 45. — Friedrich wendet sich an Katharina II. S. 47. — Der österreichische Tauschvorschlag. S. 49. — Graf Görtz und der Herzog von Zweibrücken in München. S. 51—57. — Frankreich gegen Österreich und für den Herzog von Zweibrücken. S. 59. — Festigkeit des Herzogs von Zweibrücken. S. 61. — Der Herzog von Zweibrücken protestiert in Regensburg. S. 63. — Friedrich II. bestreitet die Richtigkeit der österreichischen Ansprüche. S. 65. — Preußische Erklärung in Regensburg. S. 67.

Drittes Kapitel. Rüstungen und Unterhandlungen Österreichs und Preußens 68

Österreichische Rüstungen. S. 69. — Maria Theresia wünscht französische Vermittelung. S. 71. — Frankreich erklärt sich für Neutralität. S. 73. — Abschluß Friedrichs mit dem Herzoge von Zweibrücken. S. 75. — Bündnis Preußens mit Sachsen. S. 77. — Friedrich denkt an einen Fürstenbund. S. 79. — Österreichische Erklärung in Regensburg. S. 81. — Prinz Heinrich sucht einen Vergleich herbeizuführen. S. 83—85. — Briefwechsel zwischen Joseph und Friedrich. S. 87—94.

Viertes Kapitel. Österreichische Bemühungen um einen Vergleich mit Preußen 95

Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich über einen Vergleich. S. 95—101. — Unnachgiebigkeit Josephs und Traurigkeit seiner Mutter. S. 103. — Rußland und Frankreich wollen von der Neutralität nicht abgehen. S. 105. — Niedergeschlagenheit des Prinzen Heinrich. S. 107. — Preußen erklärt den Krieg. S. 109. — Friedrich unterrichtet den Reichstag von dem Ausgange der Unterhandlungen. S. 111—113. — Äußerste Niedergeschlagenheit der Kaiserin-Königin. S. 115. — Maria Theresia schickt Thugut zu Friedrich. S. 117. — Thugut bringt Vergleichsvorschläge. S. 119. — Friedrich ist zu einer neuen Unterhandlung bereit. S. 121.

Seite

Fünftes Kapitel. Der bayerische Erbfolgekrieg . . . 121

Kriegsplan des Prinzen Heinrich. S. 123. — Friedrich billigt den Kriegsplan. S. 125. — Maria Theresia sucht sich mit Joseph zu verständigen. S. 127. — Maria Theresia beschließt Thugut abermals abzuschicken. S. 129. — Heinrich rückt in Böhmen ein. S. 131—133. — Laudon sucht hinter der Iser Zuflucht. S. 135. — Vergleichsplan der preußischen Minister. S. 137. — Neue Vergleichsvorschläge Maria Theresias. S. 139. — Maria Theresia teilt ihre Vorschläge dem Kaiser mit. S. 141. — Freude Friedrichs über den Einmarsch des Prinzen Heinrich. S. 143. — Josephs Ansicht über die Lage der Dinge. S. 145. — Laudon will nur gezwungen eine Schlacht liefern. S. 147. — Unfall der Österreicher in Troppau. S. 149. — Trostlosigkeit der Kaiserin-Königin. S. 150.

Sechstes Kapitel. Die Braunauer Unterhandlung und der Rückzug der Preußen aus Böhmen 151

Die Unterhandlung Thuguts in Braunau. S. 152. bis 155. — Heinrich bleibt unthätig in Niemes stehen. S. 157. — Friedrich rückt nach Burkersdorf vor. S. 159. — Friedrich sucht sich mit Heinrich zu vereinigen. S. 161. — Joseph trifft Gegenmaßregeln. S. 163. — Friedrich kann das Unternehmen nicht ausführen. S. 165—167. — Maria Theresia schickt Rosenberg zu Joseph. S. 169. — Maria Theresia will alles wieder herausgeben. S. 171. — Rückzug der Preußen. S. 173—181.

Siebentes Kapitel. Anbahnung einer französisch-russischen Vermittelung 182

Das französische Kabinett giebt eine Erklärung in Berlin ab. S. 183. — Friedrich wünscht Hilfe von Rußland zu erhalten. S. 185. — Unterhandlungen Preußens mit Hannover über einen Fürstenbund. S. 187—189. — Katharina will dem Könige von Preußen durch eine Erklärung zuhilfe kommen. S. 191. — Frankreich verharrt bei der Neutralität. S. 193. — Unthätigkeit des Reichstages. S. 195. — Russische Erklärung. S. 197. — Vorbereitungen für den nächsten Feldzug. S. 199. — Meinungsverschiedenheit zwischen Maria Theresia und Joseph. S. 201. — Rußland und Frankreich wollen vermitteln. S. 203. — Österreich nimmt die Vermittelung an. S. 205. — Enthüllungen Preußens in Regensburg. S. 207—210.

Seite

Achtes Kapitel. Die französisch-russische Vermittelung . . 211

Preußischer Friedensentwurf. S. 211. — Frankreich unterhandelt mit Zweibrücken und Österreich. S. 213. — Maria Theresia sendet den Fürsten Lichnowsky nach Breslau. S. 215. — Frankreich macht dem Wiener Hofe Vorschläge. S. 217. — Repnin bringt ein Schreiben der Kaiserin von Rußland. S. 219. — Friedrichs Antwort auf die französischen Vorschläge. S. 221. — Österreichische Forderungen. S. 223. — Französische Vermittelung. S. 225—227. — Preußisches Ultimatum. S. 229. — Aussicht auf Frieden. S. 231. — Unzufriedenheit Hertzbergs. S. 233. — Kriegerische Vorfälle. S. 235. — Hinterlistige Rache des Kaisers. S. 237.

Neuntes Kapitel. Der Friede zu Teschen 239

Unterhandlungen in Teschen. S. 239—245. — Hartnäckigkeit Karl Theodors. S. 247—249. — Karl Theodor giebt nach. S. 251. — Erklärungen des Wiener Hofes. S. 253. — Neue Hartnäckigkeit Karl Theodors. S. 255. — Unterzeichnung der Verträge. S. 257. — Ergebnis der Friedensunterhandlungen. S. 259. — Verhandlungen im Reichstag über den Frieden zu Teschen. S. 261. — Unzufriedenheit Preußens und Rußlands mit dem Reichstage. S. 263. — Verdienst Friedrichs des Großen. S. 265.

Viertes Buch.

Die letzten Jahre Friedrichs des Großen.

Erstes Kapitel. Siege des Wiener Hofes über Preußen in Köln und Petersburg 269

Maria Theresia wünscht den Kölner Kurhut für einen Sohn. S. 271. — Preußen wünscht eine Tripelallianz mit Rußland und der Türkei. S. 273—277. — Katharina will das griechische Kaisertum wieder herstellen. S. 279—281. — Katharina denkt an eine Tripelallianz mit Preußen und Österreich. S. 283. — Joseph will mit Katharina zusammentreffen. S. 285. — Unruhe Friedrichs des Großen

Seite

darüber. S. 287. — Joseph reist nach Mohilew zu Katharina. S. 289. — Zusammenkunft in Mohilew. S. 291. — Joseph in Petersburg. S. 293—295. — Die Koadjutorwahl in Köln und Münster. S. 297—305. — Maria Theresia sucht die andern Mächte zu beruhigen. S. 307. — Görtz unterrichtet Friedrich von Katharinas Plänen. S. 309.

Zweites Kapitel. Erkaltung der preußisch-russischen Beziehungen infolge des Bündnisses zwischen Joseph und Katharina 310

Unterhandlungen zwischen Joseph und Katharina. S. 311—313. — Befürchtungen Friedrichs des Großen. S. 315. — Streit zwischen Joseph und Katharina über den Vorrang. S. 317—319. — Russisch-österreichisches Bündnis. S. 321. — Rußland sucht Friedrichs Besorgnisse zu heben. S. 323. — Wirren in der Krim. S. 325. — Katharina offenbart ihren orientalischen Plan dem Kaiser. S. 327. — Josephs Antwort und Bedenken. S. 329 bis 331. — Katharina giebt zum größten Teile nach. S. 333. — Joseph versagt seine Mitwirkung. S. 335. — Preußen und Frankreich nähern sich einander. S. 337. — Katharina beschließt die Einverleibung der Krim. S. 339. — Frankreich mahnt in Petersburg und Wien ab. S. 341. — Erklärungen Rußlands an Frankreich und Preußen. S. 343. — Antwort Josephs in Versailles. S. 345. — Ratschlag des Grafen Vergennes. S. 347. — Friedrich denkt an ein Bündnis mit Frankreich und einen Fürstenbund. S. 349. — Schreiben Josephs an Marie Antoinette. S. 351. — Katharina nimmt die französische Vermittelung an. S. 353. — Frankreich rät der Pforte, nachzugeben. S. 355. — Friedrich bedauert den russisch-türkischen Friedensschluß. S. 357.

Drittes Kapitel. Gründung des Fürstenbundes . . . 359

Deutsche Fürsten denken an einen Bund gegen den Kaiser. S. 359—361. — Friedrich will einen Fürstenbund gründen. S. 363—367. — Joseph will Bayern eintauschen und die Schelde öffnen. S. 369—371. — Joseph kommt weder im Haag noch in München ans Ziel. S. 373. — Die Holländer schießen auf ein österreichisches Schiff. S. 375. — Frankreich tritt auf die Seite der Holländer. S. 377. — Frankreich und Österreich unterhandeln über

Seite

den bayerischen Tauschplan. S. 379. — Der Herzog von Zweibrücken verwirft den bayerischen Tauschplan. S. 381. — Gutachten der französischen Minister über den Tauschplan. S. 383. — Friedrich fordert Joseph auf, sich mit Preußen zu verständigen. S. 385. — Unruhe der Bayern und Friedrichs des Großen. S. 387. — Die Nachrichten aus Petersburg und Paris befriedigen Friedrich. S. 389. — Frankreich hat gegen einen Fürstenbund nichts einzuwenden. S. 391. — Georg III. ist einem Fürstenbunde geneigt. S. 393. — Unruhe des Kaisers über die Gründung eines Fürstenbundes. S. 395. — Unterhandlungen zwischen Preußen, Hannover und Sachsen. S. 397—399. — Unwille über den Fürstenbund in Wien und Petersburg. S. 401. — Frankreichs Ansicht über den Fürstenbund. S. 403. — Mainz und Zweibrücken treten bei. S. 405. — Beitritt anderer Fürsten. S. 407.

Viertes Kapitel. Verhalten Friedrichs gegen den Landadel und die Gutsunterthanen und seine Sorge für den Ackerbau 408

Friedrichs Ansicht über den Adel. S. 409. — Erziehungsanstalten für den Adel. S. 411—413. — Unterstützung der adeligen Gutsbesitzer. S. 415. — Gründung der schlesischen Landschaft. S. 417—421. — Unterstützung adeliger Witwen. S. 423. — Gründung der märkischen Landschaft. S. 425—427. — Gründung der pommerschen Landschaft. S. 429. — Friedrich verlangt die Aufhebung der Leibeigenschaft in Pommern. S. 431. — Pommersche Bauernordnung. S. 433. — Gedrücktes Leben der Bauern. S. 435. — Friedrich ahndet harte Behandlung der Bauern. S. 437. — Festsetzung der Dienste des Landvolkes. S. 439. — Aufhebung der Gemeinheiten. S. 441. — Reglement über die Aufhebung der Gemeinheiten. S. 443. — Unterstützung des Landvolkes in Nöten. S. 445. — Austrocknung von Sümpfen. S. 447. — Bepflanzung der Sandflecke. S. 449. — Englische Wirtschaft. S. 451. — Lupine, roter Klee, Kartoffel, Hopfen. S. 453. — Forstkultur. S. 455—457. — Obstbaumzucht. S. 459. — Viehzucht. S. 461—463.

Fünftes Kapitel. Die Städte, Gewerbe, Handel . . . 464

Unterstützung der Städte bei Feuerschaden. S. 465. — Unterstützung der Städte bei Wasserschaden. S. 467. —

Seite.

Aufruf an fremde Fabrikanten zur Einwanderung. S. 469. — Gründung einer Bank in Berlin und Breslau. S. 471 bis 473. — Die Minister über den Verfall der Fabriken und des Handels. S. 475—479. — Grausamkeit Friedrichs gegen Ursinus. S. 481. — Umgestaltung der Bank. Tod Hagens. S. 483. — Vermehrung der Manufakturen in der Kurmark. S. 485—491. — Papierfabrikation. S. 493 bis 495. — Weisungen für Anlegung verschiedener Fabriken. S. 497—499. — Wollfabriken. S. 501. — Baumwollenfabriken. S. 503. — Leinengewerbe. S. 505. — Seidenwaren. S. 507. — Seehandlung. S. 509.

Sechstes Kapitel. Verbesserung des niederen und höheren Schulwesens 511

Friedrich sucht die Landschulen zu heben. S. 511. — General-Landschul-Reglement für die Evangelischen. S. 513. — Die Schulen im Herzogtum Magdeburg. S. 515. — Die Schulen im Fürstentum Halberstadt. S. 517. — Schlabrendorff und Felbiger. S. 519—521. — General-Landschul-Reglement für die Katholiken. S. 523. — Schlabrendorffs Erfolge. S 525. — Friedr. Eberh. v. Rochow. S. 527. — Friedrich Eberhard v. Rochow. S. 529—531. — Verbesserung der Lehrergehälter in Brandenburg. S. 533. — Friedrich sorgt für Lehrer in Westpreußen. S. 535. — Friedrich empfiehlt Invaliden zu Schulmeistern. S. 537. — Das Elementarschulwesen in Westpreußen. S. 539. — Gründung der Friedrichs-Realschule in Breslau. S. 541. — Realgymnasium und höhere Mädchenschule in Breslau. S. 543. — Friedrich verlangt eine Reform der Gymnasien. S. 545. — Reform des Joachimsthalschen Gymnasiums. S. 547—549. — Reform des Elisabetanums in Breslau. S. 551—555.

Siebentes Kapitel. Die Universitäten, die Schulen der Jesuiten und die katholische Kirche 556

Das pädagogische Seminar in Halle. S. 557—561. — K. Fr. Bahrdt. S. 563. — Zedlitz und Semler. S. 565. — Fr. Aug. Wolf. Steinwehr. S. 567. — Die Universitäten in Halle und Frankfurt a. O. S. 569. — Felbigers Rat inbezug auf die Jesuiten. S. 571. — Friedrich behält die Jesuiten als Lehrer bei. S. 573. — Friedrich und d'Alembert über die Jesuiten. S 575. — Reglement für die katholischen Gymnasien in Schlesien. S. 577. — Die schle-

Seite.

fischen Jesuiten werden Priester vom Schulinstitut. S. 579. — Carmer in Streit mit dem Weihbischof. S. 581. — Instruktion für die Priester des Schulinstituts. S. 583. — Die Jesuiten in Westpreußen. S. 585. — Neue Einrichtung der westpreußischen kath. Gymnasien. S. 587. — Das kath. höhere Schulwesen in Geldern. S. 589. — Friedrich und der Bischof Schaffgotsch. S. 591. — Aufhebung des Parochialnexus zwischen Katholiken und Protestanten. S. 593—595. — Die katholische Geistlichkeit muß dem König einen Eid schwören. S. 597. — Die Stifter werden zu nützlichen Anlagen verpflichtet. S. 599. — Die Stifter setzen Kolonisten an. S. 601. — Beschränkungen der Katholiken. S. 603. — Katholische Auspfarrungen an der Grenze. S. 605. — Hoyms Bericht über die schlesischen Katholiken. S. 607.

Achtes Kapitel. Die Rechtspflege 609

Der König haßt die Verschleppung der Prozesse. S. 611. — Carmers Vorschläge zur Abkürzung der Prozesse. S. 613. — Streit zwischen Carmer und dem Großkanzler. S. 615. — Der Großkanzler verfaßt Hauptprinzipien zur Justizverbesserung. S. 617. — Verordnung zur Abkürzung der Prozesse. S. 619. — Der Prozeß des Müllers Arnold. S. 621—637. — Carmers neue Prozeßordnung. S. 639. — Friedrich läßt ein allgemeines Landrecht ausarbeiten. S. 641 bis 647 — Friedrich schärft richterliche Urteile. S. 649.

Neuntes Kapitel. Unterhandlungen mit Nordamerika und Danzig, und Friedrichs Lebensende 650

Unterhandlungen mit Nordamerika. S. 651—657. — Handelsvertrag mit Nordamerika. S. 659. — Streitigkeiten mit Danzig. S. 661—665. — Unterhandlungen mit Danzig. S. 667—669. — Vertrag mit Danzig und neuer Streit. S. 671. — Der Streit mit Danzig bleibt ungelöst. S. 673. — Letzte Krankheit und Tod des Königs. S. 675. — Friedrichs Ruhm. S. 677.

Beilagen 679

I. Über Ad. Beer und Alfr. v. Arneth. S. 681—698. — II. Zu II, 288. S. 698—700. — III. Zu I, 257 meines Buches. S. 701.

Drittes Buch.

Der bayerische Erbfolgekrieg.

Erstes Kapitel.

Ursprung des bayerischen Erbfolgekrieges.

Die auswärtigen Angelegenheiten bedürfen einer fortwährenden scharfen Beobachtung, welche den Zeitgenossen keineswegs immer ersichtlich ist. Fünfzehn Jahre hindurch hatten die Polen den König von Preußen unaufhörlich beschäftigt, aber fast ebenso lange war sein Blick häufig von Warschau nach München hinübergeschweift, wo sich wichtige Veränderungen vorbereiteten; denn die beiden letzten männlichen Sprossen des regierenden Hauses, Maximilian Joseph und sein Bruder, der Herzog Clemens, hatten keine Kinder, und der nächste Erbe war Karl Theodor, Kurfürst von der Pfalz Auch dieser besaß keine Nachkommenschaft, wenigstens keine rechtmäßige, und so blühte der Linie der Herzöge von Zweibrücken die Aussicht, alle Besitzungen der bayerischen und pfälzischen Wittelsbacher zu vereinigen.

Auf diese Verhältnisse hatte Kaunitz frühzeitig sein Augenmerk geworfen. Bereits im Jahre 1760 verlautete, daß der Kaiserhof damit umginge, beim Aussterben des bayerischen Kurhauses dem Erzherzog Joseph die Erbfolge in diesem Lande zuzuwenden. Merkwürdig, wie damals der französische Gesandte in Wien, Graf Choiseul, und Friedrich der Große diese Möglichkeit betrachteten. Jener war der Ansicht, es müßte ganz Europa zusammentreten und sich mit Frankreich verbinden, um ein solches Vorhaben zu hindern. Dagegen dachte der König

von Preußen in seiner bittern Not daran, Maria Theresia durch einen Strich von Bayern für den Frieden zu gewinnen; er meinte: wenn Frankreich dem Wiener Hof eine Vergrößerung versprochen haben sollte, so könnte man letzterem ja einige bayerische Bezirke geben. Da die regierende kurfürstliche Linie auf dem Punkte stand zu erlöschen, glaubte Friedrich, daß das keine Schwierigkeit verursachen würde [1]).

Wichtiger ist es für uns zu erfahren, was der Staatskanzler mit Hilfe des Archivars Rosenthal bisher in dieser Angelegenheit ermittelt hatte. Noch waren keine besonderen österreichischen Ansprüche ausfindig gemacht worden. Wenn das pfälzische Haus nicht nur in den Besitz der bayerischen Kurwürde, sondern auch der Oberpfalz auf Grund der Bestimmungen des Westfälischen Friedens eintreten mußte, so wollte Kaunitz hierzu doch nicht die verschiedenen böhmischen Lehen dieser Provinz rechnen, und er meinte weiter, daß dem pfälzischen Hause auch kein Anrecht auf Bayern zustände, sondern letzteres dem Reich eröffnet würde. Dieser Satz, der ihm eine gründliche Ausarbeitung zu verdienen schien, gab eine große Aussicht; wenn sich aber die Erwartung, die er hegte, nicht erfüllen sollte, so hoffte er wenigstens einige kleinere Gebiete zu gewinnen, da verschiedene Reichslehen und Allodien erst nach der Teilung des wittelsbachischen Hauses in zwei Linien zu Bayern gekommen wären. Kaunitz hat, wie man sieht, noch keine bestimmte Meinung über den Umfang der zu machenden Erwerbung, doch hofft er mindestens den Strich bis an den Inn dem Erzhause zuwenden zu können [2]).

Als Joseph sich nach dem Tode seiner schönen ersten Gemahlin überreden ließ, die Schwester des Kurfürsten von Bayern, die reizlose Prinzessin Josepha, zu heiraten, da zog der Staatskanzler wieder in Betracht, welcher Gewinn an Land und Leuten sich würde machen lassen. Er hoffte noch immer den

1) Schäfer, Gesch. des Siebenjähr. Krieges II, 1, 458; v. Schöning, Der Siebenjähr. Krieg II, 244.

2) Kaunitz bei Schäfer II, 2, 723.

Inn als Grenze zu erlangen; er hielt es sogar für keineswegs unmöglich, ganz Bayern zu erwerben, wenn man in Vorderösterreich oder den Niederlanden Opfer brächte. Freilich erschien es ihm notwendig, Preußen aus dem Spiele zu halten; aber er verzweifelte nicht, daß man hierzu würde Rat schaffen können [1]).

Friedrich übersah die Heirat nicht, sondern merkte sogleich auf; Versailles und Mannheim ebenfalls. Im Februar 1765 meldete der König seinem Gesandten in Petersburg, dem Grafen Solms, was er in Erfahrung gebracht hatte; von so umfassenden Plänen, wie sie Kaunitz gleich anfangs hegte, war ihm allerdings keine Kunde zugekommen, und weitere Nachforschungen ließen ihn glauben, daß zwischen den beiden Häusern noch nichts abgemacht wäre [2]). So verhielt es sich ja auch wirklich, und als im Jahre 1767 der Tod die arme Kaiserin Josepha aus dem Kerker einer unglücklichen Ehe befreite, da empfand es Friedrich sehr angenehm, daß die Verbindung zwischen den Häusern Österreich und Bayern gelöst wäre [3]). Ruhig blieb er deswegen doch nicht, und im September 1768 wurde Solms unterrichtet, daß nach einer sehr sichern Quelle der Wiener Hof sich des Nachbarlandes gleich nach dem Tode des Kurfürsten bemächtigen wolle. Die Erzählung des Gesandten erregte Panins Neugier; er wünschte mehr zu wissen und erklärte, die Kaiserin Katharina wäre sehr geneigt, im voraus über die Mittel, wie man solchen Plänen entgegentreten könnte, sich mit Preußen zu verständigen.

Friedrich unterrichtete nun den Petersburger Hof über die Verwandtschaft und die Geschichte von Bayern, der Pfalz und Zweibrücken. Er leugnete jeden rechtmäßigen Anspruch Österreichs, aber er verkannte nicht, wie vorteilhaft eine solche Erwerbung für den Wiener Hof sein würde. „Derselbe gewinnt

1) Beer in Sybels historischer Zeitschr. XXXV, 89. 90. Arneth, Gesch. Maria Theresias X, 283. 284.

2) Oeuvres XVIII, 251 (12. Januar 1765). Sbornik XXII, 360. 451.

3) Mediatschreiben an Rohd 7. Juni 1767 (Berl. Archiv).

durch den Besitz von Bayern, schrieb er, ein Einkommen von sechs Millionen Thaler, eine Provinz, die so bevölkert ist, daß er darin ein Heer von 20000 Mann unterhalten kann, den ganzen Lauf der Donau und die Verbindung zwischen Tirol, Österreich und Böhmen, und er rundet seine Länder ab." Zwei Höfe konnten nach Friedrichs Ansicht die Erwerbung verhindern, Frankreich und Preußen, und wenn sich jenes vielleicht durch die Abtretung von Flandern und eines Teiles von Brabant gewinnen ließe, so würde die Rolle, den Plänen des kaiserlichen Hofes entgegenzutreten, nur dem Könige von Preußen und seinen Verbündeten zufallen. Einige Monate später wurde der Freiherr von Rohd in Wien von seinem Hof unterrichtet, daß an Österreichs Absichten nicht zu zweifeln sei; auch in Mannheim fange man bereits an, darüber argwöhnisch zu werden [1]).

Indem Kaunitz erfuhr, daß der König von Preußen solchen Verdacht erregte, wies er den kaiserlichen Gesandten in Berlin, den General Nugent, an, wenn dieser Gegenstand zur Sprache käme, darauf hinzuweisen, wie weit die Sache noch im Felde stände, und hinzuzufügen, daß die in der Pfalz gelegenen böhmischen Lehen dem Erzhause nicht würden streitig gemacht werden können. Erst als Nugent von Friedrich am 6. Mai 1770 Abschied nahm, suchte der König etwas über die Vergrößerungsabsichten des Kaisers in Erfahrung zu bringen und nannte dabei zuerst Bayern, welches für Österreichs Abrundung sich so gut eignete und wo das regierende Haus dem Erlöschen nahe wäre. Der Gesandte antwortete: „Wiewohl ich überzeugt bin, daß der Kaiser die Staaten eines anderen niemals überfallen wird, so steht es mir doch auch außer Zweifel, daß er seine gesetzlichen Ansprüche stets mit aller möglichen Festigkeit behaupten wird." Nugent erwähnte dann, daß, wenn das bayerische Haus ausstürbe, mehrere Lehen an Österreich fielen. „O, was diese

1) Friedrich an Solms 7. September 1768, Solms 30. September. Eigenhändige Beilage Friedrichs zu der Depesche an Solms vom 16. Okt. Mediatnote an Rohd 5. Februar 1769 (Berl. Archiv).

betrifft, entgegnete der König, so wird sie Euch niemand streitig machen“ [1]).

Wir sehen, wie wenig der Wiener Hof hier eingestehen will. Aber einige Jahre später geht er mit der Sprache mehr heraus. Es ist früher der Audienz gedacht worden, in welcher Friedrich auf Rußlands Antrag am 13. September 1772 dem Freiherrn van Swieten den Vorschlag einer Tripelallianz zwischen den Höfen von Berlin, Wien und Petersburg machte; dabei sprach er den Wunsch aus, daß vorher alles, was einen neuen Zwist hervorrufen könnte, beseitigt werden möchte. Friedrich nannte hier die Erbfolge sowohl in Ansbach und Baireuth als in Bayern und die Absicht, welche der Wiener Hof haben sollte, sich nach Italien hin auszudehnen. Inbezug auf den ersten Gegenstand fügte der König noch hinzu: „Nach dem Laufe der Natur darf ich nicht erwarten, diese beiden Erledigungen eintreten zu sehen. Der Kurfürst von Bayern und der Markgraf von Ansbach sind alle beide jünger als ich. Aber der Fall kann sich ereignen, und es wäre verdrießlich, wenn wir davon alsdann überrascht würden. Räumen wir dagegen alle Schwierigkeiten, die unsere Interessen zwischen uns entstehen lassen könnten, im voraus weg, so dürfen wir uns einen langen Frieden und eine Ruhe versprechen, die nichts imstande sein wird zu stören“ [2]).

Diese Auslassung des Königs von Preußen gab in Wien Anstoß zu wichtigen Beratungen, an denen auch der österreichische Direktorialgesandte in Regensburg, Freiherr v. Borié, teilnahm. Die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, legte der Reichsvizekanzler im Dezember dem Kaiser vor. Danach sollte die Pfalz die frühere Kurstimme, die Oberpfalz und die Grafschaft Cham erhalten, wie es im Westfälischen Frieden bestimmt worden war. Dagegen von Ober- und Niederbayern und der Landgrafschaft Leuchtenberg, die als Mannslehen und ohne Vorwissen und

1) Archiv für österr. Gesch., XLVII, 402 (vom 14. Oktober 1768). Arneth VIII, 574.

2) Beer, van Swieten, S. 90.

Zustimmung des Reichstages nicht weiter vergeben werden könnten, sollte der Kaiser eintretenden Falles unverzüglich Besitz nehmen und die Einkünfte beziehen. Die Schriftstücke, welche für Regensburg und für München bei dem Tode des Kurfürsten erforderlich wären, sollten schon jetzt ausgefertigt werden. Inbezug auf die böhmischen Lehen und die österreichische Anwartschaft auf Mindelheim enthielt sich die Kommission jedes Beschlusses und überließ das der Regierung der Erblande. Endlich die übrigen Lehen und die Allodien sollten, wenn Ansprüche darauf nachgewiesen würden, den Berechtigten zurückgegeben werden. Der Kaiser genehmigte diese Beschlüsse, welche für die dem Könige von Preußen zu erteilende Antwort nicht ohne Bedeutung waren [1]).

Der Freiherr van Swieten erhielt am 21. Januar 1773 seine Verhaltungsbefehle, reiste auf seinen Posten zurück und entledigte sich, als er am 17. Februar vom Könige vorgelassen worden war, der Aufträge, die er aus Wien mitgebracht hatte. Vergrößerungsabsichten nach der italienischen Seite hin wurden von ihm einfach als unverträglich mit dem Zustande, wie ihn der Friede von Aachen für Italien festgesetzt hätte, bezeichnet und eben deswegen gänzlich in Abrede gestellt.

Von der Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen behauptete van Swieten, daß dieselbe dem Kaiser und der Kaiserin-Königin keineswegs gleichgültig sein könnte; doch erklärten sich Joseph und Maria Theresia bereit, die preußischen Absichten zu unterstützen. Sie machten freilich auf die Besorgnis aufmerksam, die einige Stände des fränkischen Kreises darüber geäußert hätten, und wünschten im Vertrauen zu erfahren, was der König zur Beschwichtigung dieser Unruhe zu thun geneigt wäre. Mochte diese Besorgnis nun wirklich bestehen oder erdichtet sein, jedenfalls wollte sie der Wiener Hof benutzen, um sich auf eine leichte Weise ein Verdienst um Preußen zu erwerben und dadurch ein Anrecht auf eine Gegengefälligkeit zu gewinnen. Der König erwiderte: „Ich begreife vollkommen Euere Gründe; mich auf jener Seite zum Nachbar

1) Arneth X, 286 ff.

zu haben kann Euch weder gleichgültig noch angenehm sein, und die Stände des fränkischen Kreises haben Ursache, sich darüber zu beunruhigen. Aber dem allen ließe sich durch einen Tausch abhelfen, der keinen Argwohn gäbe. Man könnte z. B. dem Kurfürsten von Sachsen, dem die Markgrafschaften bequem liegen würden, den Vorschlag machen, dieselben gegen die Lausitz zu nehmen, d. h. gegen einen Teil der Lausitz, welcher ihnen an Wert gleich käme. Jedoch ich spreche davon nur als von Entwürfen, deren Ausführung noch sehr entfernt sein muß. Mein Neffe ist jung, und nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur ist zu wetten, daß er mich überleben wird. Ich denke nicht daran, ihn zu berauben, und ich will mich nicht auf Kosten meiner Anverwandten vergrößern. Aber der Fall seines Todes kann eintreten, und es ist immer gut, wenn man sich im voraus über das, was sonst Irrungen herbeiführen könnte, verständigt."

Endlich inbezug auf die bayerische Erbfolge machte van Swieten einen Unterschied zwischen dem, was das Haus Österreich und was den Kaiser beträfe. Jenes sollte nach der Instruktion vonwegen der böhmischen Krone und infolge von Anwartschaften Rechte auf einen Teil der Erbschaft besitzen. Von Bayern dagegen wurde behauptet, daß es beim Aussterben der männlichen Linie an den Kaiser und das Reich falle; jener werde deshalb nach dem Tode des Kurfürsten Besitz ergreifen und darüber so verfügen, wie man es nach gemeinschaftlichem Abkommen für gut halte. Der König erklärte sich inbezug auf die österreichischen Ansprüche wiederum ganz befriedigt, als ob das eine Sache wäre, die keinem Zweifel unterläge; dagegen fanden die Maßregeln, welche der Kaiser eintretendenfalles für Bayern zu treffen gedachte, seine Billigung keineswegs, er gab vielmehr den Wunsch zu erkennen, daß dieselben den Reichsgesetzen entsprechen möchten. Übrigens war er nicht gesonnen, so lange voraus irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen, da er nicht wissen konnte, was für Veränderungen in Europa bis dahin eingetreten sein würden [1]).

1) Beer, Doc., p. 187. van Swieten, S. 93. 94. Oeuvres de Frédéric le Grand XXVI, 372.

Wenn wir auch längere Zeit hindurch von dieser Angelegenheit nichts hören, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der König sie fortwährend im Auge behielt. Im März 1775 empfing er aus Petersburg die angenehme Mitteilung, daß Rußland gern helfen würde, die preußische Monarchie zu erhalten und das Gleichgewicht und die Freiheit Deutschlands gegen die Unternehmungen des Hauses Österreich zu bewahren. Einige Monate später wollte Friedrich wissen, daß der Wiener Hof über die bayerische Angelegenheit in Versailles unterhandelte, und er fürchtete, die Feigheit Frankreichs würde die Dinge gehen lassen, wie es der blinde Zufall wollte. Noch eine andere Nachricht, der aber vielleicht nicht mehr Wert als der vorhergehenden gebührte, war dem Könige zugekommen, nämlich daß Joseph gern Toskana gegen Württemberg vertauschen möchte. Zornig schrieb er an seinen Bruder: „Der Kaiser wird so lange machen, bis er jeden Fürsten, welcher die deutsche Freiheit und Unabhängigkeit liebt, gezwungen hat, einen Bund gegen ihn zu schließen. Man kann vorhersehen, daß ein Krieg sich vorbereitet, welcher grausamer und vielleicht ebenso erbittert sein wird wie derjenige, den wir hinter uns haben. Stirbt der Kurfürst von Bayern vor mir und wird zum Aufsitzen geblasen, so werd' ich noch einmal zu Pferde steigen müssen."

Stellen aus Briefen an Freunde und nahe Verwandte geben zwar nicht immer feste Entschlüsse, sondern manchmal nur Stimmungen, die sich unter dem Eindrucke wahrer und falscher Nachrichten gebildet haben; aber hier bedeuten sie mehr. Friedrich beschäftigte sich, wie sein Briefwechsel mit dem Prinzen Heinrich beweist, im Jahre 1775 wiederholt mit der bayerischen Frage, die er keineswegs für leicht ansah. „Will man einen Bund gegen den Kaiser bilden", schrieb er unter anderem, „so muß Rußland gegen ihn erbittert sein, die deutschen Fürsten müssen seinen Despotismus fürchten und Frankreich und England glauben, daß es in ihrem Interesse liege, sich dem Überfluten des Ehrgeizes eines jungen Monarchen zu widersetzen, der bereit ist, alles zu verschlingen." Sollte die Sache glücken, so erschien es dem Könige notwendig, daß der Kurfürst von der Pfalz

und der Herzog von Zweibrücken sich über die verderblichen Absichten des Wiener Hofes beklagten und alle Staaten angingen, sich mit ihnen zu ihrer gerechten Verteidigung zu verbinden; dann könnte Preußen, meinte Friedrich, als Hilfsmacht an der Angelegenheit sich beteiligen, einer oder der andere Herrscher würde dazutreten, und ein solches Bündnis den Wiener Hof bewegen, von seinen Entwürfen abzustehen. Die Hauptsache schien dem Könige zu sein, wie Frankreich die Angelegenheit betrachten würde [1]).

Im September 1775 wurde Friedrich schwer von der Gicht heimgesucht; er hatte sie vier Wochen lang in den Füßen, den Knieen, den Händen und im Ellenbogen. Am 22. Oktober schrieb er an Voltaire: „Gegenwärtig haben Fieber und Schmerzen aufgehört, und ich leide nur noch an einer großen Erschöpfung der Kräfte." Es war sein vierzehnter Anfall, und er hoffte, den ihm beschiedenen Teil nun empfangen zu haben. Er traf alle Vorsichtsmaßregeln, um eine Wiederkehr des Übels zu verhüten. Aber es vergingen keine drei Monate, da ergriff ihn aufs neue die Gicht. Am 10. Februar 1776 hatte er zwar die Krankheit abermals glücklich überstanden, jedoch die vollständige Genesung schritt nur langsam vorwärts, und er rechnete erst in der schönen Jahreszeit die verlorenen Kräfte wiederzugewinnen; er fürchtete sogar, daß er diesen Stoß Zeit seines Lebens merken würde. Bei dem Schwächezustand, in welchem er sich befand, dachte der König an die Zukunft Preußens und an seinen Nachfolger, auf welchen er keine großen Hoffnungen setzte; er wollte daher den Prinzen Heinrich über alles unterrichten, auch über Geheimnisse, die nicht einmal den Ministern bekannt wären, um ihn unentbehrlich zu machen, da er ihn als den einzigen betrachtete, welcher den Ruhm des Hauses behaupten und der Pfeiler und die Stütze des Vaterlandes in jeder Art werden könnte [2]).

Die Krankheit des Königs mußte die Aufmerksamkeit der

1) Oeuvres XXVI, 370. 373. 374.
2) Oeuvres XXIII, 355. 370; XXVI, 374. 375. 376.

Kabinette natürlich sehr auf sich ziehen und ganz besonders die des Wiener Hofes. Am 23. Januar 1776 schrieb Kaunitz: „Allen Nachrichten zufolge soll der König von seiner letzten Krankheit ziemlich wiederhergestellt sein, jedoch will man durchaus vermuten, daß er sein Leben nicht mehr lange fristen dürfte." Der Staatskanzler trug daher dem Fürsten Lobkowitz auf, zu erforschen, was die Kunde von dem Gichtanfall für einen Eindruck in Petersburg gemacht hätte und was für Folgen der nicht mehr weit entfernt scheinende Hintritt Friedrichs in den Gesinnungen und Entschließungen des russischen Hofes hervorriefe. Van Swieten aber empfing inbezug auf den preußischen Thronfolger Aufträge. Wie Kaunitz vernommen, hatte Friedrich während seiner Krankheit eine ungefähr zwei Stunden dauernde geheime Unterredung mit dem Prinzen von Preußen gehabt. „Ohne Zweifel hat einen großen Teil davon", schrieb der Staatskanzler, „die Ermahnung ausgemacht, daß er unserm Hofe nicht trauen sollte, ferner wie er seine Eroberungen erhalten und bei Gelegenheit erweitern könnte." Van Swieten ward angewiesen zu erforschen, wie Friedrich Wilhelm diese Lehren aufgenommen hätte und was er eigentlich hierüber für Gesinnungen hegte. „Überhaupt ist dem Kronprinzen", fuhr Kaunitz fort, „alle mögliche Rücksicht zu erweisen, derselbe bestens von der Aufrichtigkeit der Allerhöchsten Freundschaft für ihn zu überzeugen und ihm alle Besorgnis vor widrigen Absichten, die etwa nach dem Tode seines Oheims ausgeführt werden dürften, zu benehmen." Diese Verhaltungsbefehle wird jedermann natürlich finden; mit Erstaunen liest man dagegen, was dahinter folgt. „Durch solche persönliche Sicherstellung und Beruhigung", fuhr Kaunitz fort, „kann der bisherige Hang des Kronprinzen zu Pracht und Verschwendung am leichtesten genährt, auf eben diese Art aber die gegenwärtige preußische Maschine am sichersten untergraben und allmählich zum Verfalle geleitet werden." Kaunitz hegte die Ansicht: wenn der Wiener Hof das Mögliche beitrage, daß der Feind seine innerlichen Kräfte schwäche, in Unordnung und Verschwendung verfalle, so könne er um so

weniger Truppen unterhalten und den Österreichern entgegenstellen [1]).

Friedrich der Große hat diese sehr böse Stelle nicht gekannt; dagegen finden wir nach einiger Zeit bei ihm einen viel schlimmeren Verdacht, als ob der Wiener Hof seinen Tod hätte benutzen wollen, um Preußen zu überfallen und Schlesien zurückzuerobern. „Aber da die Gicht nicht immer tödlich ist", schrieb er am 5. März an den Grafen Solms, so hat sich jener Hof in seinen Erwartungen getäuscht und wird diesmal nicht den Trost haben, mich aus dieser Welt scheiden zu sehen. Die Fortschritte, welche meine Genesung macht, lassen mich vielmehr hoffen, daß ich mich noch lange darin aufhalten werde, um meine Länder auch fernerhin gegen alle jene umfassenden und ehrgeizigen Pläne zu verteidigen, welche der Wiener Hof entwerfen könnte, und welche der Anschein meines bevorstehenden Todes mir hinlänglich aufgedeckt hat."

Die Kunde von diesem Verdachte kam auch dem Staatskanzler zu Ohren, dieser trug daher am 14. April dem Freiherrn van Swieten auf, den Kronprinzen, wenn er darum wüßte, zu überzeugen, daß dieser Argwohn vollkommen unbegründet wäre; der Wiener Hof würde weder ihn noch seine Nachfolger bekriegen, wenn ihn nicht das Haus Brandenburg durch sein Verhalten dazu zwänge, dann aber nötigenfalls bis zur Vernichtung [2]).

Es war nicht so wichtig, den Prinzen von Preußen eines besseren zu belehren als den König selbst; aber letzteres scheint nicht geschehen zu sein, vielmehr glaubte dieser noch einen neuen Grund zum Ärger erhalten zu haben. Wie er hörte, sollte der Wiener Hof darauf ausgehen, das Verhältnis zu Rußland auf das System zurückzuführen, welches zu Ende der Regierung der Kaiserin Elisabeth bestanden hatte [3]). Dann verstimmte die

1) Beer, van Swieten I, 53. 54. Denkschrift des Fürsten Kaunitz, im Archiv für österr. Gesch., XLVIII, 76.

2) Beer, van Swieten I, 55.

3) Nach der Immediatdepesche an Solms vom 16. März hatte dies der dänische Gesandte in Wien am 29. Februar geschrieben.

Angelegenheit des Reichskammergerichtes den König. „Die Visitation in Wetzlar", schrieb er am 27. Mai an Solms, „ist abgebrochen worden wegen des unerträglichen Benehmens des Wiener Hofes, welches dem protestantischen Teile sehr zu denken geben muß" [1]).

Je größere Besorgnis aber Friedrich vor Österreich hatte, desto enger schloß er sich an Rußland an; sein Bruder Heinrich, welcher im März bekanntlich nach Petersburg gegangen war, sollte besonders für die Befestigung des Bündnisses dort thätig sein. Daß er sich bei dem Tode der Großfürstin so nützlich erwies, und die Freundschaft zwischen ihm und der Kaiserin einen sehr hohen Grad erreichte, war dem Könige sehr angenehm; er meinte: wenn einer, den er nicht nennen möge, eine Dummheit begehe, so werde der Prinz Heinrich stets imstande sein, die Sache wieder gut zu machen.

Die Kaiserin Katharina wollte ihren Sohn sogleich wieder verheiraten. Zur Gemahlin ward eine Prinzessin von Württemberg und Großnichte des Königs von Preußen ausersehen. Sie war freilich bereits mit dem Erbprinzen von Hessen-Darmstadt, dem Bruder der verstorbenen Großfürstin, verlobt; aber Friedrich bewog diesen, dem Schwager die Braut zu überlassen, die er nach Berlin zu kommen einlud; denn der Großfürst Paul sollte mit dem Prinzen Heinrich dorthin reisen, sie kennen lernen und, wenn sie ihm gefiele, sich mit ihr verloben.

So sehr nun Friedrich darüber erfreut war, so blieb er

1) Am 24. Oktober hatte Finckenstein an den König geschrieben: „La Cour de Vienne s'arroge depuis quelques années un despotisme dans les affaires de l'Empire qui tend à s'y procurer insensiblement un pouvoir arbitraire qu'on ne sauroit lui accorder ... Cette manière impérieuse d'agir de la Cour de Vienne s'est surtout manifestée dans la Visitation de la chambre Impériale de Wetzlar où elle protège ouvertement le Grand Juge et tous ceux dont on recherche la conduite et où les Commissaires Impériaux et les Subdélégués de Mayence se permettent les procédés les plus contraires aux lois de l'Empire et les propos les plus indécens vis à vis de ceux qui ne veulent pas entrer dans leurs vues et nommément du Subdélégue de V. M. (Geh. Kab. Akten im Berl. Archiv).

doch zugleich unruhig. „Spotte nicht über mich, lieber Bruder", schrieb er an Heinrich; „aber ich muß Dir meine Schwäche gestehen. Ich habe eine Furcht, ich weiß nicht warum, daß der Großfürst krank wird oder daß ihm ein Unfall zustößt. Ich bitte Dich, laß ihn von seinem Arzte begleiten und so wenig als möglich zu Pferde steigen. Ich werde nicht eher ruhig sein, als bis ich höre, daß er wieder gesund und munter in Petersburg eingetroffen ist." Der König gab hier die Ursache seiner Besorgnis nicht an, aber er hat sie später dem Grafen Solms mitgeteilt. Aus Wien war ihm durch einen geheimen und unverdächtigen Kanal, wie er sagte, und außerdem durch eine Person, die es von dem Freiherrn van Swieten selbst gehört haben wollte, die Kunde von einer entsetzlichen Verleumdung gekommen, als ob er in Gemeinschaft mit Katharina einen gewaltsamen Angriff auf das Leben des Großfürsten zu machen gedächte [1]).

Die Reise des letzteren verlief ganz glücklich. Am 19. Juli meldete dies Heinrich aus Schwedt. „Der Großfürst befindet sich so wohl", fuhr er fort, „als man nur sein kann, und ich habe allen Grund zu hoffen, daß dies so bleiben wird. Er und sein ganzes Gefolge sind vollkommen befriedigt; in allen Dörfern haben ihm junge Mädchen Blumen überreicht, in den Städten hat man noch Leute dazugethan, welche Vivat schreien mußten. Alles das bringt den besten Eindruck hervor." Am 20. Juli gegen Abend empfing Friedrich diese Zeilen; da nun aber die Vorbereitungen für den feierlichen Einzug erst am folgenden Tage gegen fünf Uhr fertig werden konnten, schrieb er geschwind zurück: es wäre gut, wenn der Großfürst erst ungefähr um sechs Uhr in Berlin einträfe. Von seinem Zimmer aus sah der König, wie 2000 Menschen dastanden und den Triumphbogen betrachteten, an welchem einige Zimmerleute arbeiteten. Er wußte, daß man in der Königstraße für das Fenster 20 Thaler bezahlte. Von allen Seiten und aus allen Ländern strömten die Menschen herbei. „Viele kommen", schrieb

1) Oeuvres XXVI, 380–383. An Solms 2., 13. und 31. Juli.

Friedrich an den Prinzen Heinrich, „um mit eigenen Augen zu sehen, ob es wirklich der Großfürst ist, welcher uns besucht.“ Er wünschte dem Bruder nun eine gute Nacht; denn er wollte zu Bette gehen und Kräfte sammeln für die Zusammenkunft [1]).

Am Abend des 21. zog Heinrich mit den Russen in Berlin ein. Fünf Tage später meldete der englische Gesandte: „Nichts kann die Aufmerksamkeit übertreffen, welche der König dem Großfürsten beweist, ja wie er ihm den Hof macht und sich alle Mühe giebt, ihn zu gewinnen und ihm zu gefallen. Dies gelang ihm auch nach meiner Überzeugung so gut, daß der Großfürst unbedenklich auf alles eingehen würde, was er irgend von ihm verlangte. Sowohl nach dem, was ich selber sah, als nach dem, was ich von anderen erfuhr, habe ich nie von einem Manne gehört, welcher so sehr die Gabe der Überredung besessen und es so verstanden hätte, von ihr zur rechten Zeit Gebrauch zu machen, wie König Friedrich II. Den Marschall Romanzoff behandelt er fast mit gleicher Auszeichnung, und wenn dieser Feldherr schon vor diesem Besuche geneigt war, ein Preuße zu sein, so ist er es jetzt gewiß so sehr wie der treueste von den Unterthanen des Königs. In ähnlicher Weise benimmt er sich gegen die übrigen russischen Gäste, und nicht einer wird nach Petersburg zurückkehren, ohne von des Königs Herablassung und Güte bezaubert zu sein“ [2]). Die übertriebene Lebhaftigkeit, welche Paul zeigte, gefiel allerdings Friedrich dem Großen nicht, und er bemühte sich, um dieselbe zu mäßigen, in seine Gespräche weise Ratschläge so sehr als möglich einfließen zu lassen; aber er wußte freilich, daß es nicht leicht wäre, die Charaktere zu ändern [3]). Gesund und glücklich reiste der wieder verlobte Großfürst nach Petersburg zurück, wo nach kurzer Zeit die Hochzeit gefeiert werden sollte.

Friedrich fand an diesem neuen Bande zwischen Rußland und Preußen um so mehr Gefallen, als er sonst nicht eben

1) Oeuvres XXVI, 385. 386.
2) Raumer V, 304.
3) An Solms 7. September.

heiter in die Zukunft blickte. Das europäische Gleichgewicht schien ihm zu fordern, daß man alle denkbaren Vorsichtsmaßregeln treffen müßte, um Österreich an neuen großen Erwerbungen und zwar in Deutschland zu hindern. „Der Wiener Hof", schrieb er, „ist schon mächtig genug, und eine solche Vergrößerung könnte nur zum großen Schaden des gesamten Reiches ausschlagen. Sein herrschsüchtiger Geist hat sich neuerdings bei der letzten Visitation des Kammergerichts in Wetzlar gezeigt." Friedrich blieb dabei, daß die Österreicher nach seinem Tode wieder Krieg anfangen wollten und die Russen auf alle Weise zu gewinnen suchten, um dieselben nicht auf ihrem Wege zu finden; und da er auf kein langes Leben mehr glaubte rechnen zu dürfen, hatte er die Erneuerung des russischen Bündnisses bereits im August in Vorschlag gebracht, indem er meinte, daß dies das beste Erbe für seinen Neffen sein würde. Jedoch in Petersburg nahm man sich in solchen Dingen immer Zeit. Daß er Ende November noch keine Antwort empfangen, verdroß den König sehr, und da er es mit seiner Würde nicht vereinbar fand, den Flehenden zu spielen, so befahl er dem Grafen Solms, kein Wort mehr darüber zu verlieren, stumm zu bleiben wie ein Fisch und zu thun, als ob er die Sache vergessen hätte [1]). Ja, Friedrich meinte, des Bündnisses nötigenfalls entraten zu können. „Europa hat eine große Ausdehnung", schrieb er am 25. Februar 1777 an Solms, „und ist es nicht Rußland, so werd' ich ohne Mühe eine andere Macht finden, welche mit Eifer die Stelle desselben einnimmt und mit mir eine ebenso enge und vorteilhafte Verbindung eingeht."

Inzwischen war aber geschehen, was Friedrich so dringend verlangte. Sieben Tage vorher hatte Panin dem Grafen Solms das ersehnte Schriftstück übergeben, das im Gegensatze zu den beiden früheren Vertragsentwürfen sehr kurz war. Der erste Artikel betraf die Erneuerung der Garantie und des Bündnisses, der zweite die durch den Großfürsten Paul erfolgte

1) An Solms 6. August, 4. und 28. September, 30. November 1776. Cf. Oeuvres XXVI, 387 (N. 272).

Abtretung seines Rechtes auf Holstein an die jüngere Linie, und im dritten ward ausgesprochen, daß der Vertrag geheim gehalten werden sollte, damit die andern Mächte nicht eifersüchtig würden.

Der König fand ein unendliches Vergnügen, als die Erneuerung des Bündnisses eintraf; er freute sich um so mehr, je schwärzer ihm die Zukunft erschien. „Der ganze Horizont von Europa", schrieb er am 14. März 1777 an Solms, „bedeckt sich mit dicken Wolken, verschiedene Anzeichen verkündigen den Sturm, welcher sich zusammenzieht, und der Donner könnte binnen kurzem anfangen zu rollen, so daß niemand sich wundern darf, wenn ich aufmerksam alle Erscheinungen am politischen Horizont Europas beobachte und mich für alle Fälle vorbereite, um in guter Lage zu sein, wenn das Ungewitter wirklich losbrechen sollte."

Seine Maßregeln waren in Wien keineswegs unbemerkt geblieben. Bereits am 30. Dezember 1776 hatte der Staatskanzler derselben in einer Unterredung mit dem englischen Gesandten gedacht und dann dem Fürsten Lobkowitz den Auftrag erteilt, mit Panin darüber zu sprechen. Der Minister äußerte sich dahin: es wäre nicht notwendig, daß diese militärischen Vorbereitungen getroffen würden, um das Haus Österreich anzugreifen, sondern es könnten bloße Vorsichtsmaßregeln sein, da der König von Preußen Gründe zu haben glaubte, den Absichten, welche das Wiener Ministerium gegen ihn hätte, zu mißtrauen. Friedrich zeigte sich mit dieser Antwort zufrieden; übrigens wären, meinte er, seine Änderungen im Militär ganz unschuldig und beunruhigten den Staatskanzler nur wegen seines bösen Gewissens.

Kaunitz urteilte ganz ähnlich, wie Friedrich, aber von dem entgegengesetzten Standpunkt aus. In einer Denkschrift, an welcher Maria Theresia weder etwas hinzuzusetzen noch wegzulassen fand, aus dem Ende des Jahres 1776 sagt er: „Durch den unverschmerzlichen Verlust Schlesiens hat nicht nur das österreichische, sondern das ganze europäische Staatssystem eine andere Gestalt gewonnen. Vorher war Brandenburg kaum

unter die Mächte der zweiten Klasse und meistenteils auch unter die minderen österreichischen Verbündeten zu rechnen. Dermalen ist es der gefährlichste Nachbar und heimliche Feind." Letzteres war es nach des Staatskanzlers Ansicht aus Selbsterhaltung, beständiger Vergrößerungsbegierde und bösem Gewissen, weil es das Vergeltungsrecht zu befürchten hätte. Hieraus folgerte Kaunitz: man müsse zwar mit aller Mäßigung und äußerlich gutem Vernehmen gegen den König von Preußen zu Werke gehen, aber ihm niemals und in keinem Falle vollkommen trauen, sondern die größte Aufmerksamkeit auf ihn richten und von diesem Gesichtspunkt aus seine ganze Politik bestimmen. In London mußte der österreichische Gesandte dem englischen Ministerium von Zeit zu Zeit vorstellen, es habe sich der fast unentgeltlichen Hilfe von 100 000 Mann durch Unterstützung der preußischen Politik beraubt und könne den Schaden nicht anders wieder gut machen, als wenn Preußen in seine vorigen Grenzen zurückgesetzt würde." Das Staatsinteresse des Wiener und das des Berliner Hofes schienen dem Fürsten Kaunitz so sehr einander zuwider zu laufen, daß er einem heftigen und die Obermacht entscheidenden Krieg entgegensah, welcher über kurz oder lang zwischen ihnen entbrennen müßte [1]).

Diese Bemerkungen blieben dem Könige von Preußen unbekannt; aber van Swieten vergaß der Vorsicht. „Ich weiß ganz sicher", schrieb der König am 10. April 1777 an seinen Bruder Heinrich, „daß der Fürst Kaunitz gesagt hat: ‚Niemals darf der kaiserliche Hof die preußische Macht ruhig ertragen; es ist notwendig, sie zugrunde zu richten, damit wir herrschen.'" Man kann sich leicht vorstellen, wie der Zorn im Könige gewaltig aufloderte. „Diese Worte", schrieb er, „müssen in dem Herzen eines jeden Preußen bewahrt werden, auf daß wir nicht einschlafen und in eine falsche Sicherheit fallen. Es ist gewiß, daß jenes Haus die Herrscher dieses Landes lange Zeit nötigen wird, ganz Nerv zu sein, oder sie sind verloren" [2]).

1) Archiv für österr. Gesch. XLVIII, 78. 85. 86.
2) Oeuvres XXVI, 391.

Einige Tage später, am 13. April, beschreibt er seinem Bruder die Politik, die er einzuhalten gedenkt. Er will so eng als möglich mit Rußland verbunden bleiben, auf jeden Schritt des Wiener Hofes acht geben und sich mit allen übrigen Mächten so gut als möglich stellen, um keine Feinde zu haben und nötigenfalls eine Unterhandlung beginnen zu können, wenn Verbündete zu suchen sind. Das war ihm bereits in Versailles aufs beste gelungen. Die Franzosen hatten ihn von den Verleumdungen des Wiener Hofes, den ehrgeizigen Plänen, die ihm dieser zuschrieb, und an die er nie gedacht hatte, freundschaftlich unterrichtet und waren leicht eines besseren von ihm belehrt worden. Schon jetzt erfuhr er, daß dieselben auf dem Punkte ständen, England zu bekriegen, und daß sie wegen der bayerischen Angelegenheit keine Truppen nach Deutschland schicken würden. „Indem ich mich ihnen nähere", fuhr der König fort, „zerstöre ich einen von den Kunstgriffen des Fürsten Kaunitz, welcher darin besteht, daß er in Versailles weismachen will, der Wiener Hof habe Frankreich in seiner Tasche." Letzteres wünschte der König ernstlich dem Bunde beizugesellen, den er soeben auf die Zeit von 1780—1788 mit Rußland erneuerte. Die Ratifikationen wurden am 9. Mai ausgewechselt [1]), und Friedrich mußte wieder 11000 Rubel nach Petersburg schicken, während Katharina nur 6000 zu zahlen hatte. Ein halbes Jahr später wagte Solms, ein Bündnis zwischen Rußland, Preußen und Frankreich als ein fast unfehlbares Mittel gegen die Vergrößerungsabsichten des Wiener Hofes dem Grafen Panin zu bezeichnen, und dieser wies den Gedanken nicht kurzweg ab, sondern erklärte, daß er keine Abneigung haben würde, mit Vergennes zu unterhandeln [2]).

So sorgte Friedrich unablässig für die Zukunft, obwohl er glaubte, daß sein abgenutzter Körper es nicht lange mehr aushalten würde. „Die Weiber", schrieb er am 12. Oktober 1777 an Heinrich, „haben ein so zähes Leben! Sie thun in ihre

1) Solms 13. Mai.
2) Solms 4. November.

Lampe wieder Öl, während wir das wenige, das wir haben, verbrauchen. Frau Therese wird mich begraben, mich und den Kurfürsten von Bayern“ [1]).

Die Weissagung erfüllte sich in ihrem ersten Teile bekanntlich nicht, dagegen trat der zweite Fall mit überraschender Schnelligkeit ein. Im Dezember bekam der Kurfürst Maximilian Joseph von Bayern die Pocken, eine tückische Krankheit, welche damals noch die größten Verheerungen anrichtete und der auch seine Schwester Josepha vor zehn Jahren erlegen war; wenn er starb, mußten seine Länder an Karl Theodor, Kurfürsten von der Pfalz und Herzog von Jülich und Berg, fallen. Mit diesem war Maximilian Joseph bereits in den Jahren 1766 und 1771 zur Erneuerung der alten Hausverträge zusammengekommen; die beiden Kurfürsten hatten jeder nur einen Minister mitgebracht, der ihr vollstes Vertrauen genoß, und außerdem war nur die Gemahlin des 1770 verstorbenen Herzogs Clemens, Anna Maria, geborene Pfalzgräfin von Sulzbach, bei diesen Verhandlungen zugegen gewesen, durch welche die Unteilbarkeit des alten Stammbesitzes unwiderruflich festgesetzt und demselben zugleich die erst in späteren Zeiten von der einen oder der andern Linie gemachten Erwerbungen, so weit es rechtlich zulässig war, einverleibt wurden.

Besorgnis vor Österreich bewirkte, daß man im Jahre 1774 noch einen Schritt weiter ging. Die beiden Kurfürsten räumten sich selbst und dann auch den übrigen Anverwandten den Mitbesitz gegen jeden Dritten ein, und weil in Bayern die Gefahr des Aussterbens am nächsten lag, wurde das Besitzergreifungspatent unverzüglich ausgefertigt und dem Kanzler des Geheimen Rates Freiherrn von Kreytmayer in München mit dem Auftrag in Verwahrung gegeben, es sollte, wenn der Fall sich ereignete, Tag und Jahr in die offen gelassene Stelle der von Karl Theodor bereits unterschriebenen Urkunde hineingesetzt, dieselbe durch einen geheimen Sekretär unterzeichnet, mit dem großen Insiegel versehen und alsdann bekannt gemacht werden.

1) Oeuvres XXVI, 400.

Während man in München Vorkehrungen gegen die österreichischen Vergrößerungspläne traf, hielt man in Wien an denselben fest, und am 22. Dezember 1776 gab Kaunitz den Rat, daß man das Schweigen brechen und an einer gütlichen Übereinkunft arbeiten sollte. Die Schwierigkeit des Unternehmens verkannte Kaunitz durchaus nicht. „Es kommt mit dem Staatsinteresse keines einzigen Hofes überein", schrieb er damals, „daß Österreich durch den Zuwachs von Bayern vergrößert werde; man muß im Gegenteil erwarten, daß verschiedene Mächte sich aufs äußerste widersetzen und Bayern ohne einen schweren und höchst gefährlichen Krieg nicht zu behaupten sein wird, wenn nicht Preußen eine gleiche Vergrößerung erlangt; aber dadurch würde man mehr verlieren als gewinnen."

Mittlerweile war ein Anrecht zum Vorschein gekommen, welches man bis zum Ende des Jahres 1772 gar nicht gekannt hatte. Wie es scheint erst nach langem Forschen waren in Wien Nachrichten entdeckt worden, welche sich bei großer Geschicklichkeit zu einem Anspruch auf Niederbayern verarbeiten ließen. Freilich wollte Kaunitz mit diesem ganz erheblichen Gewinne nicht zufrieden sein, sondern er wünschte dem Wiener Hofe noch Oberbayern und die Oberpfalz, wo möglich mit Inbegriff der Neuburgschen und Sulzbachschen Besitzungen des pfälzischen Hauses, zu verschaffen; doch sollte letzteres dafür einigermaßen entschädigt werden und zwar durch einen Teil der österreichischen Vorlande sowie durch eine nicht allzu große Geldsumme, welche Kurpfalz alsdann dem Dresdener Hofe für seine Allodialansprüche zahlen könnte. Jenen Länderzuwachs fand Kaunitz mit Recht sehr schätzbar, nicht sowohl wegen der Vermehrung der Einkünfte, als vielmehr wegen der Lage und der schönen Abrundung, die er brächte. Auch das behagte dem Staatskanzler sehr, daß den brandenburgischen Markgrafschaften dadurch eine Schranke entgegengestellt würde, und er überredete sich, es wäre deshalb an der Einwilligung des Reiches und der andern Höfe nicht zu zweifeln. Daß die Vereinigung von Ansbach und Baireuth mit Preußen dem wesentlichen Staatsinteresse des Erzhauses entgegenliefe, daran hielt er fest; aber er glaubte,

daß es schwer fallen würde, den Vergrößerungsabsichten des Berliner Hofes einen Strich durch die Rechnung zu machen, zumal da Österreich weder ein eigenes Recht, Einspruch zu erheben, besäße, noch auf eine kräftige Unterstützung anderer Höfe zählen könnte [1]).

Nicht lange nachher setzte sich der Wiener Hof mit dem Kurfürsten von der Pfalz inbezug auf Bayern wirklich in Verbindung. Von der Gerechtigkeit ihrer Ansprüche hatte freilich Maria Theresia keine große Vorstellung, und sie sah die vielen Schwierigkeiten voraus, auf welche die österreichischen Absichten stoßen würden. Es wäre ihr deshalb am liebsten gewesen, infolge einer Verständigung mit den beteiligten Parteien durch einen Tausch eine zweckmäßige Abrundung zu gewinnen. Auch hoffte sie den Kurfürsten, der ihr Sohn sein könnte und sich sehr wohl befände, nicht zu überleben. Durch Nachrichten aus Versailles erhielt ihre Furcht neue Nahrung. Ihr Gesandter, der Graf Mercy, brachte dort die bayerische Sache zur Sprache, wie ihm aufgetragen worden war, und er that es mit äußerster Vorsicht; aber er merkte doch, daß Vergennes stutzig ward, und er pries sich glücklich, daß er — ein sehr bezeichnender Umstand — es vermieden hatte, den Beweis für die österreichischen Ansprüche vorzulegen, obwohl er dazu ermächtigt war. „Man würde nicht unterlassen haben", schrieb er am 15. August 1777 an Maria Theresia, „den gefährlichsten Gebrauch davon zu machen [2])."

Während der Wiener Hof allen Grund hatte, von Preußen Schlimmes zu befürchten und an Frankreichs Unterstützung zu zweifeln, empfing er aus Mannheim günstige Nachrichten. Karl Theodor hatte die feierlichsten Verpflichtungen gegen seinen Stammesvetter, den letzten Sprößling der wilhelminischen Linie der Wittelsbacher, übernommen; aber ohne diesem irgendeine Mitteilung zu machen, erklärte er sich bereit, die Ansprüche des

1) Archiv für österr. Gesch. XLVIII, 87—90.

2) Arneth et Geffroy, Marie-Antoinette. Corr. secr. entre Marie-Thérèse et le Cte de Mercy-Argenteau III, 99. 106.

Erzhauses auf Niederbayern anzuerkennen; ja, nach Meldungen, welche Kaunitz für zuverlässig hielt, war er sogar geneigt, Oberbayern gegen andere Gebietsteile zu vertauschen [1]). Es dürfte schwer sein, noch einen andern Fall aufzufinden, wo ein Fürst solche Zaghaftigkeit und Einfalt bewiesen und sich so kläglich benommen hätte wie Karl Theodor.

Am 18. Dezember gab der pfälzische Gesandte, Freiherr von Ritter, welcher eben aus Mannheim zurückgekehrt war, dem Staatskanzler Nachricht, daß sein Herr völlig geneigt und entschlossen wäre, zur Erzielung eines gütlichen Einverständnisses die Hände zu bieten und einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung der Ansprüche beider Teile auf Bayern abzuschließen. Ritter war auch in Zweibrücken gewesen; aber er hatte dort sehr geheimnisvoll gethan. „Er wollte Vollmacht haben", heißt es in einer amtlichen Schrift des Herzogs Karl, „ohne den Gegenstand zu bestimmen, worüber unterhandelt werden sollte". Der Abgesandte wurde mit der allgemeinen Erklärung abgefertigt: der Herzog sei bereit, zu allem dem mitzuwirken, was S. kurfürstliche Durchlaucht zum Besten des Hauses veranlassen werde, und erwarte nähere Mitteilung [2]).

Aus Zweibrücken mag eine Kunde von den schwebenden Unterhandlungen nach München gekommen sein, wo man um diese Zeit den Plan faßte, die Bürgschaft Frankreichs und Preußens für die Hausverträge nachzusuchen. Für Paris wurde der Freiherr von Leyden bestimmt, und die Herzogin Anna Maria wollte selbst nach Berlin gehen; aber wegen ihrer schwachen Gesundheit verschob sie die Reise bis auf das Frühjahr, und der Tod des Kurfürsten verhinderte die Ausführung. Am 30. Dezember 1777 nachmittags in der zweiten Stunde starb Maximilian Joseph, noch nicht 51 Jahre alt. Schon um vier Uhr rief ein Herold, von einem Dragonerpikett begleitet, der 1774 getroffenen Abrede gemäß Karl Theodor in

1) Arneth X, 300.

2) Der Beleg findet sich in meiner Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, S. 13, auf welches Buch ich überhaupt hier verweise, wenn die Zeugnisse für das, was ich im Text erzähle, fehlen.

München als neuen Landesherrn aus. Dann wurden die Thore der Stadt, die nur frühmorgens um sechs Uhr auf eine halbe Stunde geöffnet worden waren, wieder aufgethan, und Eilboten flogen nun nach allen Seiten, um die wichtige Kunde den verschiedenen Höfen zu überbringen.

Wie froh würde Maria Theresia gewesen sein, wenn eine Verständigung mit dem allzu nachgiebigen Kurfürsten von der Pfalz bereits erzielt worden wäre. Jedoch so weit hatte man es noch nicht gebracht. Der österreichische Unterhändler wollte sich mit dem großen Gewinne von Niederbayern keineswegs begnügen, sondern verlangte weiter die Herrschaft Mindelheim in Schwaben und die böhmischen Lehen in der Oberpfalz; er behauptete ferner, daß die neuen Erwerbungen der bayerischen Wittelsbacher Kaiser und Reich angingen. Ritter fand diese Forderungen doch übertrieben und verlangte sowohl die Zusicherung der böhmischen Lehen als auch die Übernahme gewisser Verpflichtungen vonseiten Österreichs inbezug auf das Allodialvermögen [1]).

Vielleicht würde der Wiener Hof sich mehr beeilt haben, wenn er gewußt hätte, daß dem Leben des Kurfürsten von Bayern ein jähes Ende bevorstand. Die Anzeigen aber, die man in Wien über den Verlauf der Krankheit fortwährend empfing, ließen das Schlimmste keineswegs befürchten. Ohne Zweifel wurde man von dem mißtrauischen Münchener Hofe mit Absicht irregeführt und war völlig überrascht, als man am 1. Januar 1778, während der Hof gerade versammelt war, den Tod Maximilian Josephs erfuhr. Der peinliche Eindruck, welchen die Nachricht auf Maria Theresia machte, war einem jeden sichtbar. Auch der Kaiser empfand es unangenehm, daß der Bruder seiner verstorbenen Gemahlin aus dem Leben geschieden war, bevor die Unterhandlung mit dem pfälzischen Gesandten ein glückliches Ende gefunden hatte. Jedoch weil die beiden Höfe wenigstens übereingekommen waren, ihre Rechte

1) Ad. Beer, Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, in der Histor. Zeitschr. XXXV, 101. 102.

gegenseitig anzuerkennen, und nur noch über das Mehr oder Weniger stritten, meinte der Kaiser, man sollte von Niederbayern Besitz nehmen mit dem Versprechen, daß man sich über die Grenzen mit dem pfälzischen Hofe freundschaftlich verständigen würde.

Joseph gab seiner Mutter noch den Rat, nichts hiervon zu sagen und die Feierlichkeit zu beendigen; jedoch ihre Unruhe ließ sie wenigstens dem französischen Gesandten gegenüber nicht schweigen, wenn das, was dieser über eine Unterredung mit ihr am 3. Januar nachhause meldete, wie wahrscheinlich ist, hierher gehört. Sie gestand demselben, daß der Tod des Kurfürsten von Bayern sie vielleicht wieder in die größte Unruhe stürzen würde, während sie nur daran dächte, friedlich ihre Tage zu beschließen, und sie sprach dann mit ängstlicher Miene die Hoffnung aus, daß die Franzosen sie nicht verlassen würden. Höflich versicherte Breteuil, dieselben wären ihre Verbündeten für alle Fälle und für alle Zeiten, und fragte dann, ob die Kaiserin-Königin sogleich Truppen nach Bayern marschieren lassen würde. Maria Theresia antwortete: „Ich weiß es nicht"; aus Ton und Blick und Geberde der Herrscherin glaubte Breteuil zu erkennen, daß sie ihm noch sagen wollte: „das hängt nicht von mir allein ab." Unaufrichtig fuhr die Kaiserin-Königin fort: „Jedoch wenn das geschähe, so würden wir sicherlich nur wenig in Besitz nehmen." Der Gesandte deutete der Geängstigten noch an, daß sie nichts überstürzen möchte, da ja Bayern ein offenes Land und so gelegen wäre, daß sie stets vor jedem andern Streitkräfte dorthin bringen könnte. Maria Theresia dankte für diese Bemerkung mit den Worten: „Ich bedarf der Unterstützung" [1]).

Breteuils Worte konnten die Unruhe der Kaiserin-Königin nur steigern; sie überlegte weiter und schrieb an ihren unternehmenden Sohn am 2. Januar einen denkwürdigen Brief. Gutmütige Geschichtschreiber überreden sich und andere gern, daß die Herrscher von der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche ganz

1) Arneth X, 796, Anm. 485. 487.

überzeugt gewesen seien; aber dem ist doch nicht immer so. Maria Theresia bemerkt ihrem Sohne, daß die österreichischen Forderungen selbst nach der Aussage des Ministers wenig erwiesen und verjährt wären; aber auch im entgegengesetzten Falle, meinte sie weiter, müßte man zögern, um eines besonderen Vorteils willen einen allgemeinen Brand anzufachen, den glücklich wiederhergestellten Kredit zu vernichten, das Volk aufs neue zu belasten. Sie fürchtete den thätlichen Widerstand Preußens und Frankreichs. Dagegen erklärte sie sich gern bereit, die Unterhandlungen mit dem Kurfürsten von der Pfalz fortzusetzen. Sie sah darin keinen Nachteil, wenn man den Marsch der Truppen aufschöbe, wohl aber große Gefahren, wenn man sich damit übereilte.

Trotz dieses Schreibens wurden die kriegerischen Maßregeln nicht aufgegeben; denn Joseph wollte eine Gelegenheit, wie sie nur in Jahrhunderten einmal käme, nicht unbenutzt vorübergehen lassen [1]). Während aber eilig alle Vorkehrungen für den Abmarsch der Truppen getroffen wurden, versuchte zugleich der Staatskanzler seine Kunst bei Ritter. Diesem gab die Vollmacht, die er hatte, das Recht, nach gehörigen Vorbesprechungen einen Vertrag oder auch nach Gutbefinden mehrere zu vollziehen, und der Kurfürst verhieß bündigst, alles dasjenige zu genehmigen, was sein Gewaltträger also handeln und schließen würde. Mit überraschender Schnelligkeit kam wirklich am 3. Januar ein Vertrag zustande. Karl Theodor erkannte darin für sich, seine Erben und Nachfolger den Anspruch des Wiener Hofes auf die bayerischen Bezirke, die der Herzog Johann von Straubing gemäß der Teilung von 1353 besessen und Kaiser Sigismund dem Herzog Albrecht von Österreich (1426) zu Lehen gegeben hätte, als gegründet an und versprach, es nicht nur ohne Hindernis geschehen zu lassen, sondern auch aus allem Vermögen dazu behilflich zu sein, daß diese Lande sämtlich in den wirklichen Besitz des Erzhauses kämen. Wenn sich ein Zweifel über die Grenzen des bezeichneten Anteils ergäbe, so

1) Arneth et Geffroy III, 58. Anm.

sollte der Kurfürst von der Pfalz gehalten sein, urkundliche Beweise vorzulegen.

Ferner geht die Herrschaft Mindelheim in Schwaben frei, ungehindert und ohne jegliche unter was immer für einem Titel zu machende Anforderung an Österreich über vermöge der Anwartschaft und anderer rechtlicher Ansprüche, die es darauf hat. Endlich will der Kurfürst dem Rückfall der böhmischen Lehen in der Oberpfalz unter keinerlei Vorwand widersprechen; aber er hofft, daß sie ihm aus neuer Gnade, allenfalls auch mit der Landeshoheit über dieselben, gegen annehmbare Bedingungen werden zurückgegeben werden [1]).

Die Kaiserin-Königin erkannte dagegen nur das Erb- und Lehnsfolgerecht des Kurfürsten und der genannten Rudolfinischen Linie des Hauses Wittelsbach auf den übrigen Teil von Ober- und Niederbayern vermöge der Abstammung vom ersten Erwerber an. Die beiden Parteien behielten sich außerdem vor, einen weiteren Vergleich über einen Austausch der dem Erzhause nach diesem Vertrage zufallenden Bezirke oder des ganzen Landes oder endlich einiger Teile nach gegenseitiger Konvenienz einzugehen. „Da es für uns nicht zuträglich sein würde, so ausgedehnte Grenzen zu besitzen", schrieb der Kaiser an Leopold, „so haben wir einen Artikel angebracht, welcher von freundschaftlichen Austauschungen spricht."

Der Inhalt des Vertrages blieb natürlich ein tiefes Geheimnis. Nicht einmal der französische Gesandte konnte Näheres darüber erfahren; daß aber die kaiserlichen Ansprüche sehr ausgedehnt sein müßten, schloß Breteuil aus den beträchtlichen Kriegsvorbereitungen, die man traf, um sie mit Gewalt geltend zu machen. Durch einen Eilboten schickte Ritter am 4. Januar den Vertrag nach München und bat um die Genehmigung desselben; weil aber 10000 Mann am 16. in Bayern einrücken

1) Über die Nichtigkeit der österreichischen Ansprüche habe ich in meiner Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, S. 101—108, gehandelt. Vergennes nannte später (29. März 1784) diese Ansprüche prétensions qui ne pourroient pas même soutenir l'examen (bei Ségur, Politique de tous les cabinets III, 197).

sollten, wurde Karl Theodor noch aufgefordert, seinen Truppen und Unterthanen jeden Widerstand zu untersagen.

Maria Theresia zitterte über dieses gewaltsame Vorgehen. „Der König von Preußen wird sicherlich nicht unterlassen", schrieb sie am 4. Januar an den Grafen Mercy, „sich unseren Vergrößerungsabsichten entgegenzusetzen, und wird suchen, uns Frankreich zu nehmen, wo er sehr viele Anhänger hat, und wo er nicht aufhört, uns zu verdächtigen und sich in ein günstiges Licht zu stellen. Die verwitwete Kurfürstin von Sachsen, eben so ränkesüchtig als ungestüm, wird auch ihre Ansprüche auf die bayerischen Allodialgüter verfolgen wollen und, um es mit Erfolg zu thun, wahrscheinlich keinen Anstand nehmen, auf die Seite unserer Feinde zu treten." Wie sehr denken doch selbst gute Menschen nur an den eigenen Vorteil! Warum sollte denn die kursächsische Witwe nicht ihre Ansprüche geltend machen, wenn die österreichische sogar ihre Truppen ausschickte, um Forderungen, welche sie selbst für wenig erwiesen und verjährt hielt, gewaltsam einzutreiben? Und konnte Maria Theresia verlangen, daß der König von Preußen mit verschränkten Armen zusehen sollte, wie sie zu Galizien und Lodomirien und zu der Bukowina noch Bayern gewann?

Die Kaiserin-Königin seufzte nach französischer Unterstützung, und sie bat ihre Tochter, dem Grafen Mercy, welcher sie über die Angelegenheit unterrichten würde, aufmerksam zuzuhören [1]). Auch die öffentliche Meinung war besorgt vor einem Kriege; die österreichischen Staatspapiere fielen um 3 Prozent [2]). Dagegen blieb der Kaiser in rosiger Stimmung; denn die europäische Lage schien ihm günstig, und er schmeichelte sich deshalb, daß das Unternehmen ohne Krieg glücken und eine Erwerbung bringen würde, die nichts gekostet hätte. Joseph suchte den Gewinn so hoch zu treiben als möglich; denn er fand den Augenblick dazu sehr angethan, weil den Kurfürsten Unentschlossenheit und Bangigkeit beherrschte; derselbe sei nicht mehr

1) Arneth et Geffroy III, 151. 152.

2) Riedesel, der preußische Gesandte in Wien, am 7. Januar.

jung und ein stiller, fast furchtsamer Mann, der keine Kinder besitze; er werde daher wünschen, so rasch als nur immer möglich den ihm drohenden Bedrängnissen zu entgehen und die ihm zugefallenen Vorteile ruhig zu genießen [1]). Joseph machte nun sowohl der Mutter als dem Staatskanzler seine Tauschvorschläge und wartete begierig auf die Ratifikation des Vertrages vom 3. Januar. Er verging vor Ungeduld, als dieselbe sich verzögerte, und zürnte dann heftig, weil die Antwort nicht einfach bejahend oder verneinend ausfiel.

Am 12. empfing nämlich Ritter ein Schreiben von seinem Herrn, welches die ganze Schwäche dieses Fürsten enthüllt. „Wir weigern uns ganz und gar nicht", hatte Karl Theodor am 8. auf die Zusendung vom 4. geantwortet, „gedachten Vertrag zu ratifizieren, und obwohl die kaiserlichen Truppen von uns und den unsrigen niemals einen Widerstand oder militärische Gegengewalt zu besorgen hätten, so haben wir doch durch unsern Hofkriegsrat scharfen Befehl erteilen lassen, daß man sich allenthalben still und ruhig halte, mithin zu feindseligen Schritten nicht den geringsten Anlaß gebe." Karl Theodor jammerte dann darüber, daß er so empfindlich gestraft werden sollte, weil er noch vor seiner Ankunft von dem neuen Lande Besitz ergriffen. „Uns sind diejenigen Ortschaften", schrieb er weiter, „noch nicht einmal bekannt, worin die Verlassenschaft der schon vor etlichen hundert Jahren verstorbenen herzoglich niederbayerischen Linie eigentlich bestanden habe; das muß und kann sich lediglich aus archivalischen Urkunden erläutern, ohne daß man von dem Militär nur einen einzigen, geschweige denn 10 000 Mann hierzu bedarf."

Nicht ohne Schrecken dachte Karl Theodor an das große Aufsehen, welches ein solches Vorschreiten nicht nur bei dem gesamten Reich und ganz Europa, sondern auch bei seinen neuen Unterthanen verursachen müßte. Von letzteren schrieb er, daß sie durch den Todesfall ihres Landesherrn ohnehin noch äußerst entrüstet und niedergeschlagen wären. Er fürchtete ferner, daß

1) Arneth X, 312.

die eben versammelten Stände weniger freigebig gegen ihn sein und ihn zwingen würden, einen Teil der übernommenen Hofbedienten zu entlassen und dem Elende preiszugeben. Indem er es nun für unmöglich hielt, daß diese rührenden Umstände Seiner Kais. Königl. Apost. Majestät zärtlichstes Gemüt nicht zum Mitleid bewegen sollten, trug er dem Freiherrn v. Ritter auf, die lebhaftesten Vorstellungen gegen das bewaffnete Vorgehen zu machen und mit möglichstem Fleiße dahin zu wirken, daß friedlich und freundschaftlich mit ihm zuwerke gegangen würde. Der überaus nachgiebige Fürst meinte, daß die so weit in das Alter zurückgehende Sache sehr schwer in das Klare gebracht werden könnte; daher war er bereit, nicht Stück für Stück, sondern einen zusammenhängenden, gut gelegenen und ergiebigen Strich Landes abzutreten [1]). Wenn man so verfuhr, hätte der furchtsame Mann mit den bayerischen Ständen zu Ende kommen und nach Mannheim zurückkehren können, ehe die Unterhandlung abgeschlossen worden wäre; er würde dann dem Sturme der Entrüstung, welcher ihn in München bedrohte, glücklich aus dem Wege gegangen sein.

Der Wiener Hof konnte wirklich nicht mehr von Karl Theodor verlangen; aber er schritt hartnäckig auf dem Pfade der Unbilligkeit weiter. Besonders Joseph ärgerte sich über die Antwort. „Wir wollten ja nichts weiter wissen, als Ratifikation oder Weigerung", schrieb er am 15. an seinen Bruder Leopold. „Im ersten Falle werden wir uns in Besitz des uns zukommenden Gebietes setzen, im andern würde der Kaiser das Lehen für erledigt erklären und es bis zum Austrag sämtlicher Erbansprüche in Verwaltung nehmen. Wir haben einen Eilboten geschickt und eine entscheidende Antwort verlangt. Ich bin sehr neugierig, welchen Beschluß der Kurfürst fassen wird, und habe mittlerweile die nötigen Vorkehrungen für die möglichen Fälle getroffen . . . Der Marsch der Truppen nimmt seinen Fortgang, und heute rückt der Vortrab ein."

Eben damals war aber die Sache schon entschieden. Den Drohungen weichend, hatte Karl Theodor den Tag zuvor den

1) Arneth X, 797, Anm. 493.

Vertrag genehmigt. Am 16. Januar kam die Nachricht an, welche die Kaiserin so erfreute, daß sie sich gedrungen fühlte, dem Staatskanzler davon Mitteilung zu machen. „Meine Befriedigung ist um so größer", schrieb sie, „als mein Herz beruhigt ist. Die Monarchie verdankt Euch allein auch noch diesen Erfolg, und Europa muß einräumen, daß ich den größten Staatsmann besitze" [1]).

Nachdem der Wiener Hof so weit gekommen war, hielt er es für notwendig, von dem Geschehenen Anzeige zu machen. Der Staatskanzler gab den auswärtigen Gesandten am 20. Januar kurze Nachricht; das beträchtliche Straubinger Gebiet war in dem Schreiben zu einigen Bezirken Bayerns zusammengeschrumpft. Kaunitz erklärte weiter, warum man es anfangs für notwendig gefunden, ein so großes Heer zu versammeln; nachdem aber das Mißverständnis ausgeglichen, habe man den Marschbefehl an die andern Truppenteile sofort zurückgenommen und nur die zur Besitzergreifung erforderliche Zahl einrücken lassen.

In Regensburg faßte man sich hierüber ganz kurz. Man erklärte: das Erzhaus habe sich wegen seiner auf einige Bezirke des Herzogtums Bayern und auf Mindelheim erlangten Gerechtsame gütlich mit dem Kurfürsten von der Pfalz verständigt. Mehr brauchte der Reichstag von dieser hochwichtigen Sache nach der Ansicht des Wiener Hofes nicht zu wissen. Dagegen führte der Kaiser eine große Menge Lehen auf, die ihm eröffnet wären; doch versprach er, denjenigen genügende Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, die ihr Recht darauf im gesetzlichen Wege darlegen würden.

Endlich unterrichtete Kaunitz den Freiherrn v. Ried, welcher Mindelheim in Besitz genommen, damit er imstande wäre, gegen jedermann eine echte Auskunft über die getroffenen Maßregeln zu erstatten. „Wenn man in Erwägung zieht", schloß das merkwürdige Schreiben, „daß Österreich in den Zeiten Konrads III. und Friedrichs I. das ganze Herzogtum Bayern durch ein kaiserliches Urteil inne gehabt und damit belehnt worden,

1) Arneth X, 798, Anm. 501.

aber solches, um Deutschlands Ruhe wiederherzustellen, abgetreten hat, und wenn man zugleich betrachtet, was für unsäglichen Schaden das bayerische Haus dem durchlauchtigsten Erzhause zu verschiedenen Malen zugefügt, so hätte man wohl die Absicht führen können, nicht nur die alten Rechte zur Geltung zu bringen, sondern auch Schadloshaltung mittelst eines Anspruchs auf ganz Bayern zu bewirken. Eben hieraus aber wird die Billigkeit und Mäßigung der diesseitigen Denkungsart desto heller am Tage liegen." Darauf wurden durch Veröffentlichung der Patente vom 12. und 15. Januar die Namen der Kommissarien bekannt gemacht und die Bewohner aufgefordert, den Befehlen derselben zu gehorchen.

Wenn der Wiener Hof alle Welt unterrichtete, so durfte der Kurfürst nicht länger mehr säumen, dem Herzoge von Zweibrücken den Vertrag mitzuteilen. Sehr merkwürdig ist sein Schreiben vom 22. Januar. Karl Theodor kann nicht länger bergen, was er für ein Abkommen mit Maria Theresia in der bayerischen Erbfolgesache getroffen. Er gesteht, er würde gern die Ratifikation ausgesetzt haben, bis er sich mit seinem Neffen und andern gutgesinnten Höfen vertraulich benommen und alsdann den Versuch gemacht hätte, vorteilhaftere Bedingungen zu erlangen. „Allein ich war", fährt er fort, „von dem kaiserlichen Hofe dergestalt gedrängt und in die Enge gebracht, daß mir hierzu keine Zeit mehr übrig blieb, sondern ich mußte mich ohne längeren Aufschub zu einem von beiden, nämlich zur Ratifikation oder zum gänzlichen Abbruch des Konventionsgeschäftes entschließen, wobei ich letzteren Falles nichts anderes zu erwarten gehabt hätte, als daß die in meine Lande bereits eingerückten Truppen nicht nur den vertragsmäßigen Anteil, sondern auch, wie man sich zu Wien gegen meinen Minister verlauten ließ, sämtliche bayerische Lande und sogar die hiesige Residenzstadt selbst in Besitz genommen und mich dann von hier wegzugehen genötigt haben würden." Zur Entschuldigung für seine Handlungsweise führt Karl Theodor weiter an, daß er gefürchtet, es könnten sonst auch noch andere Mächte sich einmischen, das Beste wegnehmen und ihm wenig oder nichts übrig lassen. In

dieser Lage habe er es vorgezogen, von zwei Übeln das kleinere und vor dem Unsichern das Sichere zu erwählen. Er getröstet sich der Zustimmung des Herzogs und beteuert, daß er bei dem vorbehaltenen Austausche nichts außer Acht lassen werde, was zum Besten des Kurhauses und zur Bewahrung von Land und Leuten immer dienlich und thunlich sein möge.

Man sieht, in welcher gedrückten Stimmung sich Karl Theodor befand. Die Pein seiner Lage vergrößerten die bayerischen Stände. Schon am 17. Januar hatten sie den Kurfürsten um Auskunft gebeten, ob nicht von ihnen, die doch vermöge kaiserlicher oder landesherrlicher Privilegien verbunden bleiben sollten, einige Mitstände würden abgetrennt werden, und so schüchtern, wie es in jener Zeit gebräuchlich war, die Notwendigkeit ihrer Mitwirkung angedeutet. Karl Theodor versprach, mit äußerster Sorge dahin zu wirken, daß seine Länder so viel als möglich in ihrer bisherigen Wesenheit und mithin auch die Stände nach ihrer Verfassung und ihren Freiheiten beisammen und vereinigt blieben. Als aber die weiter einlaufenden Berichte mehr denn zu klar zu vernehmen gaben, daß ihnen eine wirkliche Trennung drohte, da fühlten sie sich gedrungen, mit allem Eifer zu bitten, daß ihnen der erteilte Trost werkthätig zufließe. Sie übergehen in ihrer Vorstellung vom 31. Januar alle politischen und Kameralgründe, dagegen führen sie in wohlgeordneten Reihen das stattliche Heer ihrer Freiheiten vor. Wir erfahren außerdem, daß sie — im Gegensatze zu Karl Theodor — die Oberpfalz und Neuburg opfern wollten, wenn nur die beiden bayerischen Provinzen ungetrennt beisammen blieben.

Inzwischen hatten die österreichischen Truppen von der kleineren, aber besseren Hälfte Bayerns mit dem höchst ergiebigen Salzbergwerke Reichenhall Besitz ergriffen, und der Wiener Hof konnte die weiteren Unterhandlungen ruhig abwarten. Joseph war mit sich sehr zufrieden. „Unser Entschluß ist ein guter gewesen, glaub' ich, und wird sowohl vorteilhaft sein als uns Ehre machen und Ansehen verleihen", schrieb er am 26. Januar an seinen Bruder Leopold. Und am 29: „Frankreich hat sich

noch nicht ganz deutlich erklärt; aber mag es im Grunde wütend sein, ich sehe nicht, was es sagen oder thun kann, zumal da es sich am Vorabend eines Krieges mit England befindet. Der König von Preußen hat noch kein Wort gesagt; er ist sehr übel gelaunt und klopft an alle Thüren, um zu sehen, ob man gemeinschaftliche Sache mit ihm machen wird; aber wenn er sie insgesamt verschlossen findet, so wird er, nicht wagend, allein vorzugehen, in Geduld sich fassen müssen, und so wird diese Geschichte zu jedermanns Erstaunen, wenn ich mich nicht irre, sehr ruhig verlaufen."

In der That war die Weltlage verlockend für keckes Zugreifen. Als der Herzog von Zweibrücken sich infolge der dringenden Einladung seines Oheims auf die Reise nach München begab, war er darauf gefaßt, daß ihm wohl nichts übrig bleiben würde, als das verlangte Opfer zu bringen. Am 3. Februar traf er gegen Abend in Augsburg ein. Hier kam ihm aber sein Geheimer Rat v. Hohenfels aus der bayerischen Hauptstadt entgegen mit der Aussicht auf fremden Beistand.

Zweites Kapitel.

Widerstand Friedrichs gegen die österreichischen Vergrößerungsabsichten.

Der König von Preußen sehnte sich keineswegs nach Streit und Krieg, und er hatte daher, als er erfuhr, daß die Krankheit Maximilian Josephs einen traurigen Ausgang befürchten ließe, den lebhaften Wunsch gehabt, daß der Kurfürst wieder genesen möchte. Den eingetretenen Todesfall nannte Friedrich ein großes Ereignis für Deutschland, und er hielt es für möglich, daß, während der Osten Europas auf dem Punkte stand,

einen neuen Waffengang zu versuchen, und die Fortsetzung des amerikanischen Krieges den Süden zu bedrohen schien, auch in der Mitte wieder Unruhen ausbrächen [1]).

Dem Könige war ein Vertrag zugekommen mit der Meldung, daß der Pfälzer Hof denselben unterzeichnen und Frankreich ihn für die Abtretung von Zweibrücken gewährleisten sollte. Vielleicht gab es aber wenigstens ein Mitglied dieses Hauses, das sich bereit finden ließ, Verwahrung einzulegen und die Hilfe des Reichs anzurufen. Friedrich wünschte sich daher über die Gesinnungen der pfälzischen Fürsten so schnell als möglich aufzuklären, und weil das in aller Stille geschehen sollte, warf er sein Augenmerk auf einen Mann, der nicht in seinen Diensten stand, den Grafen Eustachius von Görtz, welcher die beiden Prinzen der Herzogin von Sachsen-Weimar erzogen, und den er einige Male gesprochen hatte. Der Bruder desselben war preußischer Generalmajor. Diesen ließ der König noch am 3. Januar, wo er die Nachricht von dem Tode des Kurfürsten von Bayern empfing, aus Potsdam rufen und machte ihn in einer nächtlichen Unterredung mit seinen Absichten bekannt; er bezeichnete den Dienst, den er sich geleistet wünschte, als einen sehr wichtigen und hob die Notwendigkeit des eiligen Aufbruchs hervor. Der General hielt es für das Beste, selbst nach Weimar zu gehen. Mit einigen Zeilen, die vom König eigenhändig aufgesetzt, aber nicht unterzeichnet waren und die Stelle der Instruktion vertreten sollten, kam er am 8. dort an und fand die gehoffte Bereitwilligkeit. Der Graf Eustachius von Görtz begab sich unter dem Vorwande, daß Familienangelegenheiten ihn nötigten, nach genommener Rücksprache mit seinem Bruder plötzlich nach Wetzlar zu gehen, am Abend des 10. auf die Reise.

Friedrich wünschte ferner, in seinen Bemühungen von Katharina II. unterstützt zu werden; aber er konnte doch im Fall eines Krieges auf eine thätige Mitwirkung dieser Macht nur dann rechnen, wenn die russischen Streitkräfte freiblieben, und das war eben zweifelhaft, weil bald nach dem Abschluß

1) An Solms 3. und 6. Januar 1778.

des Friedens von Kutschuk-Kainardsche Streitigkeiten über die Tragweite desselben ausgebrochen waren. Ein Artikel betraf die Unabhängigkeit der Tataren in der Krim und am Kuban; es war der Hauptgewinn, welchen die Russen davongetragen, und eher wollte die Kaiserin Katharina noch einen Krieg mit den Türken führen als diesen Punkt aufgeben. Aber ein Teil der Tataren suchte die Verbindung mit der Pforte wiederherzustellen, und es kam dahin, daß es einen von den Russen unterstützten Chan und einen Gegenchan gab. Am 29. Dezember 1777 überreichte Katharinas Gesandter in Konstantinopel ein Ultimatum. Der Petersburger Hof erklärte sich bereit, alle seine Truppen aus der Krim zurückzuziehen und den Tataren ihre volle Freiheit und Unabhängigkeit zu lassen, wenn die Pforte letzteres ebenfalls bestimmt und feierlich aussprechen und sich verpflichten wollte, Schahin Girai als rechtmäßig erwählten Chan anzuerkennen und ihn mit dem geistlichen Segen des Kalifen zu versehen, sobald die Russen über Perekop hinaus zurückgegangen wären. Dagegen meldeten Bevollmächtigte des Diwan, ohne das Ultimatum zu beantworten, dem Gesandten am 29. Januar 1778: der Sultan werde Selim als einzigen rechtmäßigen Chan anerkennen und erwarte von Rußland dasselbe Verhalten. In dem Manifeste, worin die Pforte den befreundeten Mächten Nachricht von der Lage der Dinge gab, rechnete sie zu den ihr gebliebenen Befugnissen außer der Bestätigung des Chans auch noch das Münzrecht, das öffentliche Gebet für den Sultan und die Ernennung der Richter durch den Kadiasker von Rumelien. An alle Statthalter und Befehlshaber des osmanischen Reiches erging das Gebot, zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche sich mit ihren Truppen bei Ismaël einzufinden. Der Kapudan Pascha entfaltete eine außerordentliche Thätigkeit in den Kriegsrüstungen; 36 neue Linienschiffe und Fregatten sollten bis zum Frühjahre segelfertig sein. Der Friede schien an einem Haare zu hängen.

Friedrich II. hatte der Kaiserin Katharina schon früher einen von ihm selbst entworfenen vollständigen Feldzugsplan überreichen lassen und sogar die Vorausbezahlung seiner Hilfsgelder

auf ein Jahr für den Fall des Krieges angeboten. Aber er wünschte keineswegs den Ausbruch desselben; denn er glaubte, daß der Wiener Hof bei dieser Gelegenheit suchen würde, die Walachei, Bosnien und Dalmatien zu gewinnen. Als nun gar die bayerische Frage so plötzlich wie ein Gewittersturm am politischen Himmel heraufzog, da lag dem Könige noch vielmehr daran, den Streit zwischen Rußland und der Pforte durch ein friedliches Abkommen beendet zu sehen.

Die andere Macht, auf deren Gesinnungen Friedrich II. den größten Wert legte, war Frankreich. Zwischen den Höfen von Versailles und Wien bestand noch immer das Bündnis, dessen Abschluß dem Siebenjährigen Kriege vorausgegangen war, und eine Tochter der Maria Theresia war die Gemahlin Ludwigs XVI. Zwar hegte Vergennes, welcher die auswärtigen Angelegenheiten dieses Landes leitete, durchaus keine vorteilhafte Meinung von dem Vertrage von 1756, und er hatte deshalb im April 1777 von jeder Ausdehnung und Erweiterung desselben dringend abgeraten. Nach seiner Ansicht mußte Frankreich mehr als jeder andere Staat eine Schwächung des Königs von Preußen verhüten. „Zerstören wir seine Macht", warnte der Minister, „dann giebt es keinen Damm wider den österreichischen Ehrgeiz. Genötigt, unter dessen Gesetze sich zu beugen, wird Deutschland ihm einen leichten Zugang zu unseren Grenzen eröffnen." Die Beziehungen zu Friedrich waren seitdem in der That besser geworden. Aber ob Frankreich sich bestimmen lassen würde, mit Entschiedenheit den Absichten des Wiener Hofes auf bayerisches Gebiet entgegenzuwirken, das war doch sehr zweifelhaft, zumal da es eben mit den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten unterhandelte, deren Unabhängigkeit es bereit war anzuerkennen.

Schon im Frühjahr 1776 hatte das Kabinett von Versailles die Folgen erwogen, die wahrscheinlich eintreten würden, wenn die nordamerikanischen Kolonieen entweder ihre Freiheit behaupteten oder in das alte Joch zurückkehren müßten. Vergennes betrachtete den Aufstand als eine den Franzosen dargebotene günstige Gelegenheit, Rache zu nehmen für alles, was sie seit

dem Anfange des Jahrhunderts von ihren schlimmen Nachbarn und Nebenbuhlern erduldet hätten, und letzteren die Herrschaft wieder zu entreißen, welche sie, wie er sagte, mit ebenso viel Stolz als Ungerechtigkeit ausübten. „Die Vorsehung", hieß es in seinem Ratschlag, „hat diesen Zeitpunkt für die Demütigung Englands bestimmt und es mit der Blindheit geschlagen, welche der sicherste Vorläufer des Unterganges ist." Jedoch weil die friedliebende Gesinnung des Königs einer solchen Politik entgegenstand, und außerdem sowohl die Geldmittel als auch die militärischen Streitkräfte nicht ausreichend vorhanden waren, befürwortete Vergennes: man müßte fortfahren, das englische Ministerium über die französischen Pläne geschickt in Sicherheit einzuwiegen, die Aufständischen insgeheim mit Schießbedarf und Geld unterstützen, jedoch keinen Vertrag mit ihnen abschließen. Seine Vorschläge wurden als Richtschnur angenommen und befolgt. Einige Monate später zerrissen zwar die Nordamerikaner mit entschlossener Hand auch die letzten Fäden, welche sie noch an das Mutterland knüpften; allein die Kriegsereignisse der nächsten Zeit waren nicht geeignet, ihnen Verbündete zuzuführen. Erst als der englische General Burgoyne bei Saratoga die Waffen gestreckt und Washington durch einen kühnen Angriff bei Germantown den Feind zum Weichen gebracht hatte, wiewohl er nachher den Rückzug antreten mußte: da entschied sich das Kabinett von Versailles, die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anzuerkennen. Im Dezember 1777 wurden die Bevollmächtigten derselben hiervon in Kenntnis gesetzt. Hierauf beriet man einen Handelsvertrag, und als dieses Geschäft beendigt war, legte Vergennes den Entwurf eines Bündnisvertrages vor, dessen Bestimmungen gelten sollten, wenn ein Bruch zwischen den Höfen von Paris und London erfolgte.

Während man Beschlüsse von so großer Tragweite faßte, trat in München jener verhängnisvolle Todesfall ein, welcher den Frieden im Herzen Europas leicht stören konnte. Die Pariser stießen in die Kriegstrompete. Über den Lärm, welchen sie erhoben, betroffen, schrieb Marie Antoinette an die Gräfin

Julie von Polignac, sie fürchte wirklich, daß ihr Bruder, der Kaiser, eine Dummheit begehe [1]). In den fünfziger Jahren war Kanada, wie es ausgedrückt worden ist, in Deutschland verloren gegangen; sollte sich Frankreich abermals nach zwei Seiten hin die Hände binden? Um die Mitte des Januars 1778 beschloß man in Versailles, zunächst in der bayerischen Sache ruhig zu bleiben, genau sich an die Verträge zu halten und das Übrige abzuwarten. Am 22. schrieb Vergennes an Breteuil in Wien: „Der König glaubt über die bayerische Erbfolge das tiefste Stillschweigen beobachten zu müssen; er will mit der äußersten Sorgfalt jedes Zeichen der Billigung und Mißbilligung vermeiden." Eine solche Zurückhaltung lief nun den Absichten Friedrichs ganz entgegen; er wünschte vielmehr ein thätiges Eingreifen Frankreichs und setzte, da im Westfälischen Frieden bestimmt worden war, daß die Oberpfalz nach dem Erlöschen der bayerischen oder Wilhelminischen Linie wieder an die pfälzische oder Rudolfinische zurückfallen sollte, das Kabinett von Versailles förmlich davon in Kenntnis, daß er die Mächte, die jenen Frieden gewährleistet hätten, anrufen würde.

Mittlerweile hatte Görtz fleißig Nachrichten in Würzburg, Regensburg, München gesammelt und war dann wieder an den Sitz des Reichstages zurückgekehrt. Von hier ließ er am 25. Januar durch den pfälzischen Gesandten Brentano dem Kurfürsten Karl Theodor sagen: derselbe könne, wenn ihn das Geschehene reue, die Vermittelung des Reiches oder auch geradezu die des Königs von Preußen anrufen und mit Sicherheit auf dessen Schutz rechnen; es sei jemand bereit, entweder heimlich zu ihm nach München zu kommen oder sich an einem dritten Orte mit einem Minister zu besprechen. Brentano meldete sofort die wichtige Nachricht; aber der Kurfürst lehnte höflich dankend das Anerbieten ab, von welchem er zu seinem Bedauern keinen Gebrauch mehr machen könnte, weil er feierliche Verpflichtungen gegen die Kaiserin-Königin eingegangen wäre und

1) Arneth et Geffroy III, 158.

deren Truppen über die Hälfte seines Landes besetzt hätten [1]). Brentano aber wurde gescholten, daß er den Auftrag ausgerichtet, ja nur die Eröffnung überhaupt angehört hätte.

Gleich darauf empfing der Graf Görtz das Beglaubigungsschreiben für Karl Theodor; ein eigenhändiger Zusatz des Königs enthielt noch die bedeutungsvollen Worte: „Man thue nichts ohne die Zustimmung Frankreichs." Am letzten Januar [2]) kam ein Schreiben Friedrichs vom 26; Görtz wurde darin angewiesen, bei dem Kurfürsten eine besondere Audienz nachzusuchen, das sei von der höchsten Wichtigkeit. „Wenn aber Seine Durchlaucht es abschlüge", fuhr der König fort, „so müßtet Ihr Euch an den Herzog von Zweibrücken wenden, um zu sehen, ob nicht dieser gegen alles das, was man ohne seine Mitwirkung gethan hat, Verwahrung einlegen wird. Wenigstens behauptet man, daß die Übereinkunft sich nur auf den Kurfürsten allein bezieht, und daß die Interessen der andern pfälzischen Linien dabei ganz vernächlässigt worden sind. Es wäre doch sehr schade, wenn Ihr überall verschlossene Thüren fändet."

Um diese Zeit erfuhr Friedrich Sicheres über den Umfang des bayerischen Gebietes, das der Wiener Hof hatte besetzen lassen, und über die Einwilligung, zu welcher der Kurfürst gezwungen worden wäre. „Dieser Schritt ist unerhört und unzulässig", schrieb er am 28. Januar an seinen Bruder. „Alle Satzungen des Reiches, die kaiserliche Wahlkapitulation und der Westfälische Friede stehen der österreichischen Gierigkeit entgegen." Der König schickte dem Prinzen eine Wiener Zeitung mit, welche die Besitzergreifungspatente Josephs und Maria Theresias enthielt. „Ich bin überzeugt, bemerkt er, Du wirst über die Ausdehnung ihrer Ansprüche betroffen sein."

Mit sehr zitternder Hand unterzeichnet Friedrich, der einen neuen Gichtanfall bekommen, diesen Brief. Aber er darf nicht

1) Görtz 28. Januar 1778 (Berl. Archiv).

2) Am 1. Februar schreibt Görtz, er habe das Kreditiv „gestern" empfangen. Ich führe das an gegen die zweite Anmerkung auf S. 33 in meiner Geschichte des bayer. Erbfolgekrieges. Ich habe diesmal die Akten selbst benutzen können.

daran denken, dem alten kranken Körper die nötige Ruhe zu gönnen. Er muß den Wiener Hof leise davon in Kenntnis setzen, daß er mit der bayerischen Zerstückelung keineswegs einverstanden ist. Die Nachrichten aus Frankreich treffen ein, doch sie befriedigen ihn nicht; denn sie lassen nur auf Neutralität rechnen. Aber beinahe noch schlimmer waren die Vorschläge, die Vergennes im Ministerrat machte. Vier Tage vor der Unterzeichnung der beiden Verträge, welche mit den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten zustande gekommen waren, am 2. Februar, las er eine Denkschrift über die bayerische Frage vor. Er stellte vier Sätze an die Spitze seines Ratschlags. Erstlich müsse man allem, was den König in einen Kontinentalkrieg verwickeln oder von dem Hauptgegenstande, der ihn beschäftige, dem Kriege mit England, seine Aufmerksamkeit ablenken könne, mit höchstem Fleiß aus dem Wege gehen. Man solle ferner keineswegs das Haus Österreich der Gebietserweiterungen zu berauben suchen, die es sich durch den Vertrag mit dem Kurfürsten von der Pfalz verschafft habe. Bei den künftigen Unterhandlungen müsse man drittens die Sprache so einrichten, daß man den Vorwurf vermeide, Vergrößerungsabsichten zu teilen oder nur ein blindes Werkzeug fremden Ehrgeizes zu sein. Endlich müsse man das Vertrauen des Königs von Preußen schonen und alle möglichen Mittel aufsuchen, um zu verhindern, daß er einen protestantischen Bund bilde, dem England bald eine gefährliche Festigkeit geben würde.

Vergennes dachte den Krieg dadurch zu verhindern, daß er dem Berliner Hof einen Ersatz verschaffte. „Frankreichs wesentliches Interesse wird befriedigt werden", bemerkt er hierbei, „wenn die beiden großen Staaten Deutschlands in einem solchen Gleichgewichte zu einander bleiben, daß die Macht des französischen Königs immer den Ausschlag giebt." Vergennes glaubte sich nach den ihm gemachten Eröffnungen zu der Annahme berechtigt, daß die in Aussicht zu stellende Wiedervereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit der preußischen Monarchie oder der Austausch derselben gegen Mecklenburg den König von Preußen befriedigen und ihn bewegen würde, jeden Widerstand gegen das

Abkommen aufzugeben, welches der Wiener Hof mit Karl Theodor über die bayerische Erbfolge getroffen.

Dieser Plan entsprach dem Wunsche Friedrichs ganz und gar nicht. Schon am 26. Januar hatte der Prinz Heinrich inbezug auf die fränkischen Markgrafschaften einen ähnlichen Gedanken geäußert, und noch zweimal kam er darauf zurück. Aber ebenso oft ging Friedrich stillschweigend über diesen Punkt hinweg, und als sein Bruder zu einer andern Zeit auf Säkularisationen hinwies, antwortete der König: „Es handelt sich im gegenwärtigen Falle nicht um Erwerbung oder Vergrößerung, sondern darum, den österreichischen Ehrgeiz ein für allemal zurückzudrängen, damit seine Gewalt im Reiche nicht in Despotie ausarte, was uns zum größten Schaden gereichen würde. Sie mögen mir daher einen Entschädigungsvorschlag machen, welchen sie wollen, ich werde sie alle miteinander verwerfen, fest entschlossen, den Degen nicht eher in die Scheide zu stecken, als bis sie das, was sie widerrechtlich in Besitz genommen, vollständig herausgegeben haben“ [1]).

Übrigens wollte Vergennes in seiner Antwort an den Berliner Hof nur im allgemeinen von einem Ersatze sprechen und Österreich allmählich für seinen Gedanken zu gewinnen suchen. Umgekehrt war es keineswegs Friedrichs Absicht, mit einer französischen Neutralitätserklärung sich zu begnügen, obwohl, wie er schon jetzt richtig erkannte, das Kabinett von Versailles zu einer solchen Stellung Lust hatte.

1) Als Kaunitz die Antwort auf eine preußische Note nach Petersburg schickte und um die guten Dienste dieses Hofes bat, ließ er, jedoch ohne jede Erklärung, auch den Vertrag von 1752 über die künftige Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen überreichen, wie Panin meinte (Solms 10. März), um darauf hinzuweisen, daß hier ein Vergleich geschlossen werden könnte. Der König entgegnete am 24. März eigenhändig: zuerst müsse Pfalz und Sachsen befriedigt werden, dann könne man von der Erbfolge in Ansbach und Baireuth reden, qui est claire et sans litige; mais je ne préférerai pas, schreibt Friedrich weiter, mon intérêt personel à celui de tout l'empire et je ne souscrirai point à cette usurpation en me laissant lâchement corrompre par la cour de Vienne. Das kann Solms dem Grafen Panin sagen.

Nicht viel besser klangen die Nachrichten, die aus Petersburg einliefen. Panin versicherte zwar dem Grafen Solms, daß die Kaiserin den König nicht im Stiche lassen würde; aber er mußte zugleich eingestehen, daß man für den Augenblick noch wegen der Händel mit der Pforte selbst in großer Verlegenheit wäre; man wüßte ferner nicht, ob sich Frankreich für den Wiener Hof erklären würde, dann müßte man auch auf Schweden ein wachsames Auge haben, mithin könnte der König vorerst nicht darauf rechnen, von Rußland bewaffnete Hilfe zu erhalten [1]).

Neben den beiden großen Staaten kamen auch einige kleinere für Friedrich inbetracht, besonders Sachsen. Der Prinz Heinrich, der überhaupt dagegen war, daß der König allein den Schutz des verletzten Rechtes übernehmen sollte, hatte unter anderm darauf hingewiesen, daß der Krieg schwieriger werden würde, wenn sich Sachsen nicht freiwillig mit Preußen verbände; denn es wäre doch ein Widerspruch, hierzu dasselbe zu zwingen und dadurch die Satzungen des Reiches zu verletzen, die gegen den Wiener Hof verteidigt werden sollten. Aber Friedrich August von Sachsen, welcher für seine Mutter, die einzige Schwester des verstorbenen Kurfürsten von Bayern, dessen Allodialhinterlassenschaft verlangte, fand weder in München noch in Wien für seine Forderung ein geneigtes Ohr. Überdies war er schon vorher von dem Kaiserhofe schwer beleidigt worden.

Die Herren von Schönburg, eines der ältesten meißnischen Geschlechter, hatten seit dem Ende des 17. Jahrhunderts in ärgerlichen Streitigkeiten mit Kursachsen über Landeshoheit und Reichsunmittelbarkeit gelebt. Der Zwist betraf hauptsächlich die drei Herrschaften Glaucha, Waldenburg und Lichtenstein, welche 1355 in eine Lehensverbindung mit der Krone Böhmen gekommen waren; sowohl von dieser als von Schönburgscher Seite wurden dieselben für böhmische Reichsafterlehen ausgeschrieen, indem sie ursprünglich von Kaiser und Reich den Herren von Schönburg zu Lehen gegeben, und die letzteren, jedoch als unmittelbare Reichsstände, an die Krone Böhmen gewiesen worden

1) Solms 20. Januar.

wären. Im Jahre 1700 machte Leopold I. das aufstrebende Geschlecht zu Reichsgrafen. Die Irrungen dauerten noch lange fort, bis endlich die streitenden Parteien ihre Beziehungen zu einander 1740 friedlich ordneten. Sachsen behielt die Landeshoheit, es erkannte dagegen die Reichsstandschaft der Herren von Schönburg an und gewährte denselben wichtige Gerechtsame.

Ein Menschenalter hindurch herrschte nun Ruhe, bis es dem Reichsgrafen Albrecht Christian Ernst von Hinterglaucha nach 28 Jahren einfiel, den Vertrag von 1740 als nichtig zu betrachten, weil ihn weder Kaiser und Reich noch die Krone Böhmen bestätigt hätten. Nachdem der ehrgeizige Mann den Staub wieder aufgewirbelt, nahm die deutsche Lehnshauptmannschaft in Prag 1772 die Landeshoheit für Böhmen in Anspruch, und der Reichshofrat erklärte vier Jahre später den Vergleich für ungültig, weil mit der Reichsstandschaft jederzeit auch die Landeshoheit verbunden wäre. Die beiden Entscheidungen stimmten, wie man sieht, keineswegs mit einander überein. Der Kurfürst Friedrich August verwahrte zwar sein Recht, nahm aber nichts Ernsteres vor. Da gewann des Reichsgrafen Eidam, ein preußischer Graf Finckenstein, in einer Schuldforderung den Prozeß gegen seinen Schwiegervater. Die sächsische Regierung verhängte nun die gerichtliche Exekution, die auch trotz der Abmahnungen des böhmischen Lehenshofes ausgeführt wurde. Darauf verlangte Maria Theresia durch ein Schreiben vom 3. März 1777 die Herstellung des früheren Standes der Dinge. Der Kurfürst entgegnete der Kaiserin-Königin: er habe nur seine Hoheitsrechte behauptet, ohne die böhmischen Lehensrechte zu beeinträchtigen; der Gang des Rechtes gegen den Grafen könne nicht aufgehalten werden. Er beschwerte sich über das Verfahren des böhmischen Lehenshofes und ließ auch dem Reichsvizekanzler eine Vorstellung überreichen. Statt aller Antwort rückten österreichische Truppen in Glaucha ein; unter ihrem Schutze kehrte der entwichene Reichsgraf zurück, der inzwischen katholisch geworden war. Der mitgenommene Lehenskommissarius erklärte den Vertrag von 1740 für aufgehoben, nahm die Landeshoheit und Lehensherrlichkeit für die Kaiserin-

Königin in Anspruch und verbot den Schönburgschen Unterthanen, den sächsischen Gesetzen Folge zu leisten, Abgaben an den Kurfürsten zu zahlen, ihn im Kirchengebete zu erwähnen, an seine Gerichte Berufung einzulegen oder Akten zu verschicken. Reichsadler wurden an den Grenzen der drei Herrschaften aufgerichtet. Friedrich August fühlte sich tief gekränkt [1]), aber er hütete sich, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Seine Soldaten machten den österreichischen Platz, und er begnügte sich, wiederholte Vorstellungen in Wien zu erheben, die von dem Könige von Preußen gebilligt wurden. Erst am 25. September versprach Kaunitz in einer Note, das Kriegsvolk und die Lehenskommission zurückzuziehen. Doch war weder das sächsische Gebiet geräumt, noch der Streit ausgetragen, als der Tod Maximilian Josephs einen neuen Zankapfel zwischen die hadernden Parteien hinwarf.

Als Friedrich August seinen Anspruch auf die Allodialerbschaft in Wien anzeigte, trat sogleich Maria Theresia mit einem eben solchen hervor wegen ihrer Abstammung von zwei bayerischen Prinzessinnen aus dem 16. Jahrhundert, und der übelberatene Kaunitz erklärte, daß die Kaiserin-Königin sich niemals von einer jüngeren Regredient-Erbin des Rückgangsrechtes würde berauben lassen. So aufs neue beleidigt, warf sich der Kurfürst ganz in die Arme des Königs von Preußen [2]),

1) Der preußische Gesandte in Dresden, v. Alvensleben, schreibt am 6. März 1778: Ils (die Sachsen) ont été blessés au vif par les procédés que la Cour Impériale a eus vis à vis d'eux dans l'affaire du Comté Schoembourg de sorte que c'est vraiment depuis ce moment que je date le changement de la Cour et de la nation en faveur de Votre Maj., car jusqu'à cette époque ils nous craignoient, mais certainement nous ne leur inspirions aucun autre sentiment. Am 4. April 1779 schrieb Friedrich an Solms (Immediat): Les imputations Autrichiennes que la Saxe avoit donné sujet de mécontentement à la Cour de Vienne sont mal fondées. C'est la Saxe au contraire qui s'est vu maltraiter par l'Autriche. Le refus de toute justice de la part de celle-ci l'a forcée de se trouver de mon côté, sans quoi elle n'auroit obtenu ni sol ni maille de toute la succession de Bavière.

2) Vgl. meinen Aufsatz „Friedrich August III. und Karl Theodor", im Neuen Archiv f. sächs. Gesch. u. Alt. IV, 4, 318, Anm.

der ihn dann aufforderte, sich auch an die Kaiserin von Rußland zu wenden und sie um ihren Schutz zu bitten.

Friedrich August entsprach dem Wunsche des Königs, und dieser unterstützte die Bitte des Kurfürsten von Sachsen durch ein besonderes Schreiben, das er vorher dem Prinzen Heinrich schickte, fragend, ob er den Hofstil oder, wie er sich scherzhaft ausdrückte, den Stilus Curis gut getroffen oder nicht. Darin heißt es: „Das ganze Reich schreit gegen die Ungerechtigkeit dieser despotischen Handlungsweise; die Familienabkommen werden zerstört, die Verträge verletzt, die kaiserlichen Wahlkapitulationen vernichtet, und mit einem Worte die Freiheit und die Gesetze des Deutschen Reiches auf immer umgestürzt, wenn man unter diesen traurigen Umständen der Pflichtvergessenheit und den despotischen Absichten des kaiserlichen Hofes keine feste Schranke setzt." Der König verspricht, die auf die bayerische Angelegenheit bezüglichen Urkunden und Schriftstücke den russischen Ministern zuzusenden. Dann fährt er fort: „Ich weiß, daß Ew. Kais. Majestät über die Absichten des osmanischen Hofes noch nicht vollständig aufgeklärt sind, und ich hoffe, Sie werden meinem unverbrüchlichen Eifer für Ihre Interessen so viel Vertrauen schenken, um nicht zu argwöhnen, daß ich Sie um etwas in der Welt von der Verteidigung Ihrer eigenen Staaten abziehen und anderswohin Ihre Streitkräfte richten wollte. Nein, gnädigste Frau, müssen Ihre Heere die Türken noch einmal demütigen, so werde ich der erste sein, der Ihnen rät, alle Ihre Macht darauf zu verwenden. Legt sich aber diese Gährung, dann hofft ganz Deutschland vertrauensvoll mit mir, Ew. Kais. Majestät werden sich, nachdem Sie Ihr neues Vaterland so sehr verherrlicht, daran erinnern, daß das gesamte Deutsche Reich sich rühmt, daß Sie hier das Licht der Welt erblickt haben" [1]).

Der Prinz Heinrich fand an dem Briefe nichts auszusetzen. Dem Grafen Podewils, der mit dem Auftrage, der Kaiserin

1) Vom 13. Februar 1778 bei Schöning, und jetzt auch im Sbornik XX, 370 ff.

zur Geburt eines Enkels Glück zu wünschen, nach Petersburg ging und diese Perle des Stilus Couris überreichen sollte, wurden außerdem Verhaltungsbefehle gegeben, die uns die wahren Wünsche des Königs enthüllen. Wenn ein Vergleich mit der Pforte zustande gekommen wäre, so wollte sich Friedrich II. mit den vertragsmäßigen Hilfstruppen nicht begnügen, sondern dahin trachten, daß die Kaiserin seine Interessen durch eine bewaffnete Vermittelung unterstützte und zu dem Ende bis in die Umgegend von Warschau ein Heer vorschöbe. Wenn aber der Bruch mit der Pforte noch einträte, so sollte der Graf zu erfahren streben, ob Katharina nicht bewogen werden könnte, dem König einigen Beistand zu gewähren und wenigstens die Maßregeln, die ihr eigener Vorteil zu erheischen schiene, zu seinen Gunsten einzurichten. Podewils müßte nämlich die Kaiserin zu bestimmen suchen, Polen in diesen Krieg hineinzuziehen und eine hinreichende Truppenmacht daselbst aufzustellen, um die Konföderationen im Zaume zu halten, welche der Wiener Hof nicht ermangeln würde dort hervorzurufen. Von den Franzosen wollte Friedrich in gleicher Weise dadurch unterstützt werden, daß dieselben ein Lager im Elsaß, ein anderes in Flandern errichteten.

So war der König von Preußen geschäftig, innerhalb und außerhalb des Reiches dem Kaiserhofe Widerstand zu erwecken. Inzwischen hatte sein Gesandter, der Freiherr v. Riedesel, dem Fürsten Kaunitz eine Note zugestellt, welche die Anschauungen Friedrichs über die Rechtmäßigkeit des österreichischen Verfahrens darlegte und zuletzt den Wunsch einer freundschaftlichen Unterhandlung enthielt. Aber Joseph war weit entfernt, hierauf einzugehen. Auf die Nachricht von preußischen Rüstungen traf er Vorkehrungen, um sowohl in Böhmen als in Mähren ein Heer aufzustellen; das erschien ihm als das sicherste Mittel, die erworbenen Vorteile zu behaupten und den Frieden zu erhalten. Der Wiener Hof suchte ferner mit dem Kurfürsten von der Pfalz gänzlich ins Reine zu kommen. Was er als den mindesten Gewinn erstrebte, war gewiß eine Abrundung von unschätzbarem Werte; der obere Lauf der Inn sollte näm-

lich bis Wasserburg die Grenze bilden und von da eine Linie über Landshut, Langquaid, Perbing, Donaustauf, Rittenau, Neunburg, Roetz und Waldmünchen gezogen werden. Aber der Wiener Hof wünschte noch mehr; er wollte gern Ober- und Niederbayern erwerben und für jenes sowohl alle seine Lehns- und Einlösungsrechte opfern als auch eine Anzahl zerstreuter Gebiete abtreten, nämlich Burgau, Mindelheim, Nellenburg, Freiburg und den österreichischen Breisgau, die Ortenau und die vier Waldstädte, Luxemburg, das österreichische Geldern und Limburg, er bot ferner die österreichische Anwartschaft auf Württemberg an, und endlich stellte er eine Königskrone dem Kurfürsten in Aussicht. Mit diesem Tauschvorschlage ging Ritter am 10. Februar [1]) nach München, wo inzwischen die merkwürdigsten Dinge vorgefallen waren.

Am 31. Januar hatte Görtz, wie erzählt worden ist, den dringenden Befehl empfangen, Karl Theodor um eine Audienz zu bitten und, wenn sie ihm verweigert würde, sich an den Herzog von Zweibrücken zu wenden. Nach München zu gehen hielt er nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuche sowohl für gefährlich als für nutzlos. Der bayerische Reichstagsgesandte Freiherr v. Leyden, der eben von dort nach Regensburg gekommen war, bestärkte ihn in der nächtlichen Unterredung, die sie miteinander hatten, nicht nur in dieser Ansicht, sondern er erbot sich auch, ein Schreiben an die Herzogin Anna Maria zu befördern und die gutgesinnten Mitglieder des Landtages, dem er selbst angehörte, gleichfalls wissen zu lassen, auf welchen Schutz sie rechnen dürften. Am 1. Februar kehrte der Domherr Graf von Thurn aus der bayerischen Hauptstadt, wo er im Namen des Bischofs von Regensburg dem neuen Kurfürsten zu seinem Regierungsantritte Glück gewünscht hatte, nachhause zurück. Von ihm hörte Görtz noch, daß Hofenfels, welchen der Herzog von Zweibrücken zur Wahrung seiner Interessen nach

1) Riedesel meldet am 12. Februar aus Wien, Ritter sei vorgestern nach München gereist.

München gesendet, über die dortigen Vorgänge den lebhaftesten Unwillen empfände und gern alles thun möchte, was in seinen Kräften stände, um seinen Herrn von der Unterzeichnung des österreichisch-pfälzischen Abkommens zurückzuhalten, aber wenig Hoffnung hätte durchzudringen.

Am folgenden Tage fuhr Görtz nach Zweibrücken. Jedoch unterwegs beunruhigten ihn die vielen Bitten, welche Thurn an ihn verschwendet, um ihn zur Reise nach München zu bestimmen. Er dachte besonders an den Grund, welchen jener angeführt, daß Hofenfels inzwischen den Vertrag unterzeichnen könnte, und teilte daher letzterem von Neustadt aus, wo der Weg nach München abbiegt, den Wunsch des Königs von Preußen mit: der Herzog, zu dem er jetzt gehe, solle keinen entscheidenden Schritt thun ohne Zuziehung der Kurfürsten und Mitstände und ohne sich mit Frankreich beraten zu haben.

Um 11 Uhr nachts empfing Hofenfels das kurze Schreiben. Er war im Begriff, seinem Herrn entgegenzureisen, und konnte sich nun um desto vergnügter in den Wagen setzen. In Augsburg wurde der Herzog Karl mit der erfreulichen Nachricht überrascht. Er antwortete dankbar und erheitert: „Bayerns Unglück hört auf, so wie S. Maj. daran teil nimmt. Ich gehe nach München, wo ich nur vier Tage verweilen werde, nicht um zu unterzeichnen, ich denke nicht daran, und ich gebe mein Ehrenwort, daß ich es nicht thun will, sondern nur, um dem Kurfürsten, der mich gerufen hat, meine Aufwartung zu machen.“ Ausführlicher schrieb Hofenfels, und ein Bote trug beide Briefe mit äußerster Eile nach Mannheim oder Zweibrücken. Als dieser Cannstadt schon im Rücken hatte, traf Görtz daselbst ein und hörte, daß der Herzog den Ort, zum Kurfürsten reisend, in der Nacht vom 1. zum 2. Februar berührt hätte; schnell entschloß er sich wieder umzukehren und nach Augsburg zu fahren. Als er sich unterwegs etwas gesammelt, schrieb er von Pochlingen aus [1]) an den Herzog und

1) So wird der Ort in den Papieren des Grafen Görtz genannt, nicht Bopfingen.

empfing infolge dessen die Einladung, nach München zu kommen. In dem letzten Dorfe vor der Stadt traf er am 6. Februar nachmittags gegen fünf Uhr verabredetermaßen einen vertrauten Diener Anna Marias und wurde von diesem in ihren vor dem Thore gelegenen Garten gebracht, wo er während seines heimlichen Aufenthaltes wohnen sollte. Er mußte noch in Reisekleidern zu der Herzogin kommen und fand hier auch den Herzog, der sich aber bald entfernte, weil er zu einer Spielpartie bei dem Kurfürsten eingeladen war. Dagegen blieb Hofenfels noch da.

Von Anna Maria wurde Görtz an diesem Abend und am folgenden Morgen, wo er zwei Stunden bei ihr war, über alles, was sie von der Angelegenheit wußte, in Kenntnis gesetzt. Ihr Feuereifer und die große Verehrung entzückten ihn, und er sprach in seinen Berichten das Bedauern aus, daß sie nicht Kurfürst wäre. Nach dem, was er in Erfahrung brachte, mußte er glauben, gerade noch zu rechter Zeit in München erschienen zu sein; denn am Tage seiner Ankunft hatte der österreichische Gesandte Freiherr v. Lehrbach bei dem Herzog Audienz gehabt und ihm den Vorschlag gemacht, dem Vertrage vom 3. Januar beizutreten, indem er ihm mancherlei kaiserliche Begünstigungen vor Augen stellte, sogar den Orden des goldenen Vlieses. Der Kurfürst Karl Theodor hatte letzteren bereits angenommen [2]).

Der Herzog wies die Auszeichnung nicht zurück, sondern verschob nur die Annahme, und inbezug auf den Vertrag bat er, über das, was der Kurfürst abgetreten hätte, vorher genau unterrichtet zu werden. Infolge dessen fand am 7. eine Zusammenkunft statt, an welcher Karl Theodor, seine Minister und die des Herzogs Karl, welcher Kopfschmerzen vorschützte, sowie Lehrbach teilnahmen. Hier wurde der Vertrag vom

1) Ein Witzbold machte bei dieser Gelegenheit folgendes nicht üble Sinngedicht:

„En tout tems en tout lieu la Toison du Brébis
Du Tondeur étoit le profit;
Mais dans ce moment-ci par un trait tout nouveau
A un Tondu le Tondeur en a fait le cadeau."

3. Januar vorgezeigt. Auf die Klage, daß er den Familienverträgen und besonders der Übereinkunft entgegenliefe, welche der Kurfürst von der Pfalz und der Herzog von Zweibrücken am 5. August 1777 unterzeichnet und worin sich jener verpflichtet hatte, nichts ohne des andern Zustimmung in der Erbfolgesache zu thun, erwiderte Lehrbach: man wolle dem Herzoge am 9. oder 10. Vorschläge machen, die ihn wahrscheinlich befriedigen werden.

Am Abend kamen die zweibrückischen Minister, die Herren v. Esebeck und v. Hofenfels, mit Görtz im obersten Stocke des Palastes der Herzogin unter dem Dache zusammen und stellten die schwierige Lage ihres Gebieters vor, der dem Kurfürsten als seinem Wohlthäter zu Danke verpflichtet wäre, in mancherlei Beziehungen zu ihm stände und von ihm zur Unterzeichnung gedrängt würde. Jedoch auf die Ermahnungen des Grafen Görtz kamen sie mit ihm dahin überein, daß der Herzog des andern Tages an den König von Preußen schreiben sollte. Sie versprachen heilig, daß ihr Gebieter niemals in eine Zergliederung Bayerns willigen würde; dagegen verlangten sie für die auf dem Reichstage zu erlassende Erklärung einen kleinen Aufschub, damit der Kurfürst nicht sagen könnte, der Herzog hätte gebrochen, bevor er wußte, was für Vorschläge man ihm machen würde. Sie drückten endlich den Wunsch aus, daß der König von Preußen für die Familienverträge sowohl als die Übereinkunft vom August 1777 die Bürgschaft übernehmen möchte. Der Herzog, mit welchem Görtz am andern Morgen sprach, bestätigte alles, was Esebeck und Hofenfels gesagt hatten. „Er besitzt den besten Willen von der Welt, berichtete der preußische Abgesandte, ist stolz auf die Unterstützung Eurer Majestät und wartet nur auf den Augenblick, wo er von hier fortgehen kann."

Den übrigen Teil des Tages sah Görtz dem Schreiben des Herzogs entgegen. Eine Schwierigkeit lag darin, einen zuverlässigen und unverdächtigen Eilboten zu finden; man mußte lange suchen und am Ende zu einem Mönche die Zuflucht nehmen. „Das wird Seine Majestät zum Lachen bringen,

schrieb Görtz an seinen Bruder, und es ist auch in der That spaßhaft." Zu seinem Mißvergnügen erfuhr er, daß es immer noch leichter war, einen Boten aufzutreiben, als das Schreiben des Herzogs in Empfang zu nehmen. Um acht Uhr meldeten die Herren aus Zweibrücken: der Herzog wolle gern auch den Schutz des Hofes von Versailles anrufen, und sie wünschen sich deshalb mit ihm bei dem französischen Gesandten, dem Herrn de la Luzerne, welcher den Grafen Görtz zum Abendessen erwarte, darüber zu verabreden; am andern Morgen früh werde der Bote sicherlich München verlassen. Da Görtz ihnen immer vorgepredigt hatte, sie sollten sich mit Frankreich verständigen, so blieb ihm nichts anderes übrig, als hinzugehen. Luzerne und sein Sekretär Marbois hörten mit Freuden, daß der König von Preußen dem Herzoge geraten nichts ohne Frankreich zu thun, und obwohl sie noch keine Weisungen empfangen, zweifelten sie doch nicht, daß ihr Hof das Verhalten des Herzogs billigen werde. Dagegen mißtrauten sie den Pfälzern und mochten es nicht glauben, daß dieselben sich an den Reichstag und an den König von Preußen wenden würden.

Und es schien wirklich so einzutreffen. Am andern Tage wurde Görtz von sieben auf neun und dann auf elf Uhr vertröstet, und immer noch brachte man ihm keinen Brief. Marbois, der inzwischen zu ihm gekommen war und ihm halb aus Mitleid, halb aus Neugier Gesellschaft leistete, begriff nicht, wie Görtz auf einen Schritt vonseiten jener Herren rechnen konnte. Der arme Abgesandte verlebte schreckliche Stunden. Endlich nach ein Uhr erschien Hofenfels mit dem Schreiben des Herzogs. Ein anderes von der Herzogin war schon in den Händen des Grafen Görtz [1]). Eilig fügte dieser dem bereits am vorigen Tage fertig gemachten Bericht an den König noch einige Zeilen hinzu. „Die Unentschlossenheit dieser Räte", klagte er, „hat mich mehr erleiden lassen als den Tod. Indessen folgt hier das Schreiben des Herzogs. Ich wünsche lebhaft, daß Ew. Majestät damit zufrieden sind. Es besagt viel."

1) Zum Teil veröffentlicht in der „Allgemeinen Zeitung", Beilage vom 6. Februar 1878.

Görtz verfaßte nun noch eine Erklärung an den Reichstag, die so mild als möglich war, und Anna Maria drängte den Herzog, sie in Regensburg überreichen zu lassen, was dieser auch versprach. Am 11. früh verließ Friedrichs Abgesandter München; er hatte den nächsten Zweck seiner Sendung glücklich erreicht. In dem Briefe versprach der Herzog, nichts ohne die Einwilligung der französischen Regierung zu thun und in Regensburg eine feierliche Verwahrung seiner Rechte vorzulegen. Er bat alsdann den König von Preußen, ihn darin zu schützen und zu dem Ende sowohl selber die Gewähr der Verträge von 1766, 71 und 74 zu übernehmen, als auch dazu die übrigen beteiligten Mächte und Reichsstände zu bewegen.

Der Herzog verkehrte noch mit dem österreichischen Gesandten freundschaftlich. „Die eigentümliche kritische Lage", schrieb er an Friedrich den Großen, „sowie die Klugheit erlauben mir nicht, mich augenblicklich den Anerbietungen, die man mir macht, zu entziehen, um die Vorschläge für den zweiten Vertrag anzuhören. Ew. Majestät werden selbst finden, daß es von der äußersten Wichtigkeit ist, von der ganzen Unterhandlung und allem, was sich darauf beziehen kann, in Kenntnis gesetzt zu werden; erst dann wird man imstande sein, geeignete Maßregeln zu treffen."

Der Herzog befand sich aber noch in einer anderen kritischen Lage. Sein Einkommen betrug nicht über 100000 Dukaten, außerdem bezog er vom Hofe von Versailles 300000 Livres, wovon er aber den sechsten Teil seinem Bruder geben mußte. Jahrgelder von Frankreich zu nehmen, galt damals noch nicht für unehrenhaft, und der Herzog hatte nicht gelernt, seine Ausgaben zu beschränken. Er liebte die Freuden der Tafel und der Jagd. Sein ganzes Land, welches in einem schlechten Zustande sich befand, war schon zu den Zeiten seines Oheims und Vorgängers ein mit Palliſaden für das Wild versehener Park gewesen, und beinahe 1000 Pferde wurden für diese Vergnügungen gehalten. Außerdem war es dem Herzog unmöglich, nicht zu kaufen, was ihm gefiel, lieber wurden keine Gehälter ausgezahlt.

Auch sonst war seine Umgebung in keiner beneidenswerten Lage; von seiner Gemahlin bis zum letzten Diener lebte bei ihm alles in einer Art von Sklaverei. Vor zehn Jahren hatte Karl Theodor durch den Freiherrn v. Ritter die Hand der Erzherzogin Amalie für seinen Neffen verlangt, aber Kaunitz fand den Antrag so abgeschmackt, daß man Mühe hätte, sich nicht darüber zu ärgern, und die Bewerbung wurde zurückgewiesen [1]). Die Prinzessin, welche Karl dann heiratete, gewann keinen Einfluß. Dagegen war die Familie v. Esebeck allmächtig. Als der Herzog zur Regierung gelangte, bewog er den Mann, ihm die Frau, die er schon in früheren Jahren geliebt hatte, gegen eine Summe Geldes und den Ministerposten abzutreten. Ohne diesen obersten Beamten entschied sich der Herzog in keiner Angelegenheit, und die Geschäfte wurden mit einer unbeschreiblichen Langsamkeit betrieben, weil er alles selber wissen wollte und die Jagd ihn und Herrn v. Esebeck oft viele Tage lang gänzlich in Anspruch nahm [2]).

Der Vertrag mit Frankreich lief im Mai ab. Deshalb versprach Lehrbach, daß der Wiener Hof das Jahrgeld, welches der Herzog bisher von dort bezogen, übernehmen und außerdem die Schulden desselben bezahlen würde. Bei der Lage des kleinen Fürsten war die eröffnete Aussicht verführerisch. Der Kurfürst aber teilte seinem Neffen mit, daß es sich um eine Krone für das pfälzische Haus handelte. Der Herzog trat auch der Hoffnung, welche Karl Theodor und Lehrbach kundgaben, nicht entgegen, und bei seiner Abreise versprach er, in zwölf Tagen wiederzukommen.

Inzwischen hatte Friedrich II. die Briefe des Herzogs Karl und der Herzogin Anna Maria nebst zwei Berichten des Grafen Görtz empfangen. Er antwortete letzterem sogleich und bezeigte sich sehr erfreut über dessen Erfolge. „Ihr thut Wunder", fügte er in einer eigenhändigen Nachschrift hinzu; „aber die Beharrlichkeit des Herzogs von Zweibrücken muß das Werk

1) Arneth VII, 554, Anm. 529.
2) Görtz 20. Februar und Endrelation.

krönen." Noch immer fürchtete Friedrich, daß dieser durch Lehrbach dahin gebracht werden könnte, seine Ansichten und Entschlüsse zu ändern. Er forderte nun selbst ihn auf, sich auch an die Mächte zu wenden, welche den Westfälischen Frieden gewährleistet hatten, und ihm die mit Karl Theodor abgeschlossenen Verträge zu schicken, auf daß er sich mit Frankreich über die wirksamsten Mittel verständigen könnte, dem Herzog seine Rechte zu verbürgen.

Auch Anna Maria empfing einige Zeilen von Friedrich. „Ach, gnädigste Frau", schrieb er, „warum waren Sie nicht Kurfürst? Wir würden dann die schimpflichen Ereignisse nicht haben eintreten sehen, über die jeder gute Deutsche bis in den Grund seines Herzens erröten muß. Wenigstens wird es Bayern Eurer Durchlaucht verdanken, daß das Übel so viel als möglich beseitigt worden ist. Wenn der Herzog von Zweibrücken fest bleibt, so verzweifle ich an nichts, und man muß hoffen, daß die Urheber dieser Unruhen durch eine Wirkung der göttlichen Gerechtigkeit dafür büßen werden. In welcher Entfernung ich mich von Ew. Durchlaucht befinden mag, stets bin ich einer von ihren Bewunderern gewesen. Ich habe Ihnen von weitem Beifall gewinkt, wie die Christen die Engel feiern, deren Wunder sie verkündigen, welche sie aber niemals erblicken."

Anna Maria wird dem Vertrauen des Königs entsprochen und in Briefen den Herzog zur Festigkeit ermahnt haben [1]). In der Nacht vom 18. zum 19. Februar war dieser leichteren Herzens in die kleine Residenz zurückgekehrt, und hier empfing

1) Görtz sagt von ihr in seinem Schlußbericht: Son patriotisme pour la bonne cause, pour le bien être de la Bavière, son attachement extrême pour Votre Maj., qui va jusqu'à l'enthousiasme, sa haine toujours nourrie contre la Maison d'Autriche, son courage intrépide, sa noblesse et toute l'élevation de son âme sont trop reconnûs, et je dois convenir que si j'ai été assez heureux d'avoir eu quelque succès, je le dois en très-grande partie à cette Princesse par la confiance que je lui ai temoignée. Elle fait l'âme de tout le parti des bons Bavarois et par Elle on les affermira toujours.

er von dem Grafen Görtz mit großer Befriedigung das inzwischen angelangte Beglaubigungsschreiben desselben samt dem Briefe, den ihm Friedrich II. geschickt. Ungern vernahm dagegen der preußische Gesandte, daß die dem Reichstag vorzulegende Erklärung, zu welcher er bereits in München den Entwurf gemacht hatte, noch keineswegs abgegangen war. Er drängte nun sehr lebhaft, den Schritt zu thun, und glaubte das Schreiben am 20. befördert, erfuhr aber zweimal das Gegenteil, obwohl der Herzog selbst ihm die Absendung versprochen hatte. Da begab sich Görtz am 25. früh zu Esebeck und verließ dessen Zimmer nicht eher, als bis das Packet fertig war und der Eilbote zu Pferde saß. Im wesentlichen lautete die Erklärung an den Reichstag: „der Herzog hege zwar das ganz feste Vertrauen zu Joseph und Maria Theresia, daß sie nach Vorlegung der Gerechtsame des pfälzischen Hauses aus Gnade und Gerechtigkeit sich von selbst entschließen werden, von ihren Ansprüchen abzustehen; aber er könne bei der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht verfehlen, auch seine Mitstände um ihre Verwendung, Vermittlung und kräftigste Unterstützung geziemend anzugehen; er bitte daher sämtliche Botschafter und Gesandte, bei ihren Höfen Anzeige davon zu machen und solches auf das gemeine reichsständische Land sich gründende Ansuchen so viel als möglich zu unterstützen.“ In einem höchst ehrerbietigen Schreiben wurde dann Karl Theodor von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt.

Der Grund für das Zögern des Herzogs von Zweibrücken und seines Ministers lag darin, daß sie vorher gern aus Frankreich, an welches sie sich dem Rate des Grafen Görtz gemäß am 13. gewendet hatten, Antwort zu haben wünschten. Dort war man, wie erwähnt, über das Vorgehen Österreichs in der bayerischen Angelegenheit nicht sehr erfreut. Als Marie Antoinette gegen die Mitte des Februars ihrem Gemahle sehr lebhafte Vorstellungen über die Umtriebe des Königs von Preußen und über die Gefahr einer Erkältung zwischen den beiden befreundeten Höfen machte, da antwortete Ludwig XVI.: „Der Ehrgeiz deiner Verwandten wird alles umstürzen; mit

Polen haben sie angefangen, jetzt bildet Bayern das Gegenstück dazu; ich betrübe mich darüber um deinetwillen." Als Marie Antoinette nun behauptete, daß der König es ja gewußt und gebilligt hätte, da entgegnete Ludwig: „Ich war damit so wenig einverstanden, daß man den französischen Gesandten eben Befehl gegeben, an den Höfen, wo sie sich befinden, zu erklären, daß die Zerstückelung Bayerns wider unsern Willen geschieht und wir sie mißbilligen" [1]).

Zu der nämlichen Zeit machte Breteuil in Wien Vorstellungen, die auf den zu Anfang des Monats gefaßten Beschlüssen beruhten. Um den Kaiserhof zu Unterhandlungen zu bewegen, bat Vergennes denselben, mit dem Kabinett von Versailles Maßregeln zu verabreden, welche geeignet wären, den Frieden in Deutschland aufrecht zu halten und den König von Preußen zu beruhigen. Er selbst gedachte so in Berlin zu sprechen, daß man dort einerseits nicht hoffen dürfte, das Bündnis von 1756 zu lösen, aber auch anderseits nicht zu äußersten Entschlüssen getrieben würde. Dann hob er die schwierige Lage der französischen Regierung hervor: der Westfälische Friede sichere namentlich die Oberpfalz dem Hause Wittelsbach, daher könne Friedrich II., welcher schon angezeigt habe, daß er auf die von Frankreich übernommene Garantie sich berufen werde, das Kabinett von Frankreich zwingen, dieser Angelegenheit nicht fremd zu bleiben. Vergennes wollte den Berliner Hof zwar bedeuten, daß es schwer sein würde, sich einzumischen, wenn die beteiligten Parteien einig wären; aber zugleich wies er darauf hin, daß Friedrich der Ansprüche, welche Sachsen machte, für seine Zwecke sich bedienen könnte.

Mit diesen Vorstellungen, die so viel Rücksicht auf den

1) Arneth et Geffroy III, 168. 169. Das Rundschreiben an die französischen Gesandten teilt Görtz mit im Mémoire historique de la négociation en 1778, p. 105; es ist vom 10. Februar datiert. Nach Breteuil (an Vergennes 31. August bei St. Priest I, 335) trug es ursprünglich das Datum des 5. Februar. Kaunitz gestand dem Baron Breteuil ein la funeste impression, welche jene Erklärung auf alle Kabinette von Europa und auf die öffentliche Meinung gemacht hätte.

König von Preußen nahmen, war man natürlich in Wien nicht sehr zufrieden, und es sollte deswegen am 18. abends ein Eilbote nach Versailles abgehen, um die Dinge dort wieder in Ordnung zu bringen.

Wie seltsam ist doch das Verhältnis zwischen der Herrscherin und dem Mitherrscher, zwischen Mutter und Sohn! Maria Theresia hatte von Gewalt abgeraten, aber dann Joseph und Kaunitz gewähren lassen. Als die Rüstungen begannen, wurde sie ein wenig unruhig, doch hatte sie die Freundlichkeit, wie der Kaiser sich ausdrückte, den guten Gründen nachzugeben, die man ihr anführte. Jedenfalls sagte man ihr, daß dies das einzige Mittel wäre, den Frieden zu erhalten. So fügte sie sich wieder. Joseph nennt sich um diese Zeit die Haupttriebfeder von allem; aber auffallend ist es doch, daß die Kaiserin-Königin erst hinterher von wichtigen Maßregeln unterrichtet wird.

Zu derselben Zeit, wo der Herzog Karl aus München wieder in seinem Schlosse glücklich angekommen war, am 18. Februar morgens um 5 Uhr setzte sich Maria Theresia bekümmert an den Schreibtisch, während draußen vor ihrem Zimmer der Eilbote wartete, von dessen Sendung ihr vorher nichts angezeigt worden war. „Man beschleunigt dieselbe", meldet sie der Tochter, „um den schwärzesten und boshaftesten Einflüsterungen Preußens entgegenzutreten, in der Hoffnung, daß der König von Frankreich, wenn er unterrichtet ist, durch Böswillige sich nicht wird fortreißen lassen, und im Vertrauen auf seine Gerechtigkeit und die Zärtlichkeit für sein liebes Weibchen." Maria Theresia wußte damals noch nicht, wie freimütig sich ihr Schwiegersohn erst kürzlich gegen Marie Antoinette geäußert hatte. Sie bat nun dringend, man möchte nichts überstürzen und Zeit zu gewinnen suchen, um den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden, der lange dauern und üble Folgen haben könnte. Sie dachte mit Schrecken der Gefahren, denen das Leben zweier Söhne und eines Schwiegersohnes dann ausgesetzt wäre. „Wenn ich dem Unglück nicht erläge", schrieb sie, „würden meine Tage schlimmer sein als der Tod."

Auch Joseph sah nicht mehr so heiter drein wie früher. Als er erfuhr, daß der Herzog Karl den Orden des goldenen Vlieses abgelehnt und München verlassen hätte, ohne den Vertrag vom 3. Januar zu unterzeichnen, als auf den Tauschvorschlag keine Antwort kam, da ward ihm ebenfalls klar, daß Österreich einer schweren Zeit entgegenginge. „Furchtbar bewölkt es sich", schrieb er am 26. Februar an seinen Bruder Leopold, „und es ist fast keine Hoffnung mehr vorhanden, den Krieg zu vermeiden. Die Dinge haben auf allen Seiten ein übles Aussehen; aber man wird Mut haben müssen."

Zu dieser Zeit wartete der Herzog von Zweibrücken noch immer ungeduldig auf die Antwort aus Frankreich. Er hatte von seinem Gesandten aus Paris den dringenden Rat empfangen, sich mit dem kaiserlichen Hofe zu verständigen, da er nicht darauf rechnen dürfte, bei Frankreich oder selbst bei Preußen Unterstützung zu finden. Ängstlich von Natur und in den großen Geschäften unerfahren, war er durch die Umstände plötzlich in die Lage gekommen, rasch und entschlossen handeln zu müssen; er ließ sich von Görtz treiben, aber leicht geriet er auch wieder durch andere Nachrichten und Einwirkungen in Besorgnis. Er hatte früher den französischen Beistand nur mit Widerstreben angerufen, und jetzt war er unruhig, weil man dort so lange schwieg. Endlich am 27. Februar empfing er einen sehr freundschaftlichen Brief von Ludwig XVI.

Dieser billigte die Wege, die der Herzog bisher eingeschlagen, und versprach im Einverständnis mit dem Könige von Preußen alle Mittel der Versöhnung zu gebrauchen und sich zu diesem Zweck auch des Bündnisses mit dem Wiener Hofe zu bedienen; er werde seine Interessen jedenfalls nicht von denen des Herzogs trennen und alle Pflichten erfüllen, die ihm die Garantie des Westfälischen Friedens auflege. Durch ein besonderes Schriftstück wurde ferner der Herzog über das Wenige belehrt, was zwischen Versailles und Wien bis zum 3. Januar in der bayerischen Angelegenheit unterhandelt worden war. Weiter zeigte der französische Gesandte die Bereitwilligkeit seines Hofes an, den fast abgelaufenen Subsidienvertrag zu erneuern. Endlich

wurde der Herzog aufgefordert, sich vor allem unmittelbar an die kaiserlichen Majestäten zu wenden und in der höflichsten Weise um die Mitteilung der Rechtsgründe, auf welche sie ihre Ansprüche stützten, sowie um eine freundschaftliche Erörterung zu bitten mit dem Bemerken, daß er ihnen jede Genugthuung gewähren wollte, die sich mit der Gerechtigkeit und Ehre seines Hauses und seiner Nachkommenschaft vertrüge. Der Herzog befolgte gleich am nächsten Tage den gegebenen Rat und schickte die Schreiben nach München an Lehrbach [1]).

Dieser war auch nach der Abreise des Herzogs bemüht gewesen, die wertvolle Zustimmung desselben zum Vertrage vom 3. Januar zu erwirken. Er hatte versprochen: der Kaiser wolle die Grafschaft Falkenstein dem Herzog sogleich abtreten, eine beträchtliche Geldsumme von noch unbestimmter Höhe zahlen und auch die Schulden übernehmen, die auf den böhmischen Besitzungen desselben lasten; wenn dagegen der Herzog ablehne, werde man seinen Gläubigern Gerechtigkeit angedeihen lassen müssen. Hofenfels sollte gleichfalls bedacht werden und ein kaiserliches Lehen erhalten. Gegen Ende des Monats wurde man dringender und verlangte vom Herzog eine entscheidende Erklärung. Man scheute sich nicht zu erzählen, daß man sich mit dem Könige von Preußen leicht hätte vergleichen können und daß Frankreich mit dem, was Österreich gethan hätte, zufrieden wäre. Ja, noch mehr. Am 1. März meldete Hofenfels dem Grafen Görtz: „Ich sah gestern Abend selbst eine Depesche von Kaunitz an Lehrbach, worin es heißt: Frankreich habe dem König von Preußen geantwortet: da die beteiligten Parteien einig wären, so sähe man nicht gut, wie man ihre Rechte der Prüfung eines Dritten unterbreiten könnte. Ew. Excellenz werden wissen, was daran ist. Des bin ich sicher, daß der König von Frankreich unser Verhalten gebilligt und Herr

1) Herzog Karl an Maria Theresia 28. Februar 1778 in der Vollständigen Sammlung von Staatsschriften zum Behuf der bayerischen Geschichte nach Absterben Kurfürst Maximilians III., Frankfurt-Leipzig, 1778; IV, 204.

v. Vergennes mich seiner Achtung und Freundschaft besonders hat versichern lassen sowie des Schutzes vonseiten seines Herrn."

Eben damals war nach München der Brief gekommen, worin der Herzog von Zweibrücken dem Kurfürsten Nachricht von der in Regensburg zu überreichenden Erklärung gab. Alle Täuschungen fanden jetzt ein unverhofftes Ende. Sowohl Karl Theodor als Lehrbach fühlten sich tief getroffen. In der kurzen Audienz, die Hofenfels hatte, äußerte sich der Kurfürst nur im Tone des Zorns. Er erklärte der Herzogin Anna Maria, daß er über den Aufenthalt des preußischen Abgesandten in ihrem Garten würde nachforschen lassen, und stellte noch weitere Maßregeln in Aussicht. Lehrbach spie Feuer und Flammen wider den Grafen Görtz, sein früheres Verweilen in München, sein gegenwärtiges in Zweibrücken; er sagte die Übel vorher, welche dem Herzoge drohten: der Wiener Hof werde sich schließlich mit dem Kurfürsten allein verständigen und auch nur diesem die bayerischen Lehen teilweise zurückgeben. Und als ihm Hofenfels am 3. März die Schreiben seines Herrn an Joseph und Maria Theresia mit der Bitte zustellte, dieselben nach Wien zu schicken, schlug er es ab; er könne das, sprach er, vor Unterzeichnung des Vertrages vom 3. Januar nicht thun, und da der Herzog den Grafen Görtz als Gesandten einer Macht, die Österreichs Erbfeind sei, angenommen habe, so werde der Kaiser mit ihm nicht unterhandeln, so lange sich jener in Zweibrücken befinde. Die Schreiben wurden darauf unmittelbar an den Reichsvizekanzler und den Fürsten Kaunitz geschickt, und diese vermieden es, durch eine Zurückweisung sich lächerlich zu machen.

Eine viel schlimmere Verzögerung erfuhr die Erklärung, die in Regensburg abgegeben werden sollte. Der Herzog besaß keinen eigenen Reichstagsgesandten, sondern er bediente sich des Freiherrn v. Schneid, welcher die bayerischen Stimmen im Fürstenrate führte. Dieser Mann suchte Zeit für Gegenmaßregeln zu gewinnen; statt also am 3. März das Verlangte zu thun, schrieb er am 4. früh an den Herzog, er könne die Erklärung ohne die Erlaubnis des Kurfürsten nicht überreichen,

und da ihm letztere nicht werde gegeben werden, halte er sich für verpflichtet, die Stimmvertretung von Zweibrücken niederzulegen. Wider Erwarten empfing er aber aus München, wo er ohne Zweifel ebenfalls von seinem Entschluß Anzeige gemacht, auf Betreiben des Herrn v. Hofenfels, den Bescheid: der Kurfürst könne die Erklärung, ohne daran teilzunehmen, vor sich gehen lassen.

Schneid wollte nun das Schriftstück, von ihm unterzeichnet, durch den Legationssekretär verschicken; aber der österreichische Direktorialgesandte Freiherr v. Borié bat ihn inständigst, es doch einige Tage noch zu verschieben, da er dem Kurfürsten durch Lehrbach habe Vorstellungen machen lassen. Karl Theodor wendete sich nun wirklich an den Herzog von Zweibrücken und bedauerte die Erklärung sehr, da sie dem kaiserlichen Hofe recht empfindlich fallen müßte und große Folgen haben könnte. Der Kurfürst bat seinen Neffen dringend, doch diesen Schritt zu unterlassen; er hätte deshalb dem Freiherrn v. Schneid aufgetragen, mit der Übergabe zu warten.

Letzterer zeigte dem Herrn v. Hofenfels in München an, daß er Gegenbefehl erhalten hätte, und verlangte seinen Abschied. Derselbe ward ihm auch in Aussicht gestellt, er aber zugleich ersucht, das Schriftstück durch den Legationssekretär Poschinger befördern zu lassen, und als die Bitte, wie fast erwartet werden konnte, kein geneigtes Gehör fand, reiste Hofenfels nach Regensburg, wo er am 15. März abends ankam. Er hätte nun gern noch den Befehl seines Herrn abgewartet, aber der preußische und der sächsische Reichstagsgesandte drängten; jener hatte schon am 28. Februar den Auftrag erhalten, ebenfalls eine Erklärung im Namen des Berliner Hofes abzugeben. So ließ denn Hofenfels am 16. März vormittags das gefürchtete Schriftstück durch den erwähnten Beamten verteilen [1]). „Es hat wirklich Kunst und Mühe ge-

1) Hofenfels an Görtz 1. März. Leyden an Görtz 8. u. 17. März. Karl Theodor an Herzog Karl 8. März, und Antwort des letzteren vom 15. März. Görtz 16. März (in den Papieren des Grafen Görtz, im Berl. Archive).

kostet, den Geheimen Rat v. Hofenfels dahin zu vermögen", meldete der preußische Reichstagsgesandte Freiherr v. Schwartzenau nach Berlin. Wie leicht würde sich dagegen die Sache gemacht haben, wenn die Telegraphie bereits im Dienste der Diplomatie gewesen wäre! Den Tag zuvor hatte der Herzog von Zweibrücken dem Kurfürsten geantwortet, daß er auf seinem Entschlusse verharren müßte.

Nachdem der Herzog von Zweibrücken dem Wunsche des Königs von Preußen in Regensburg entsprochen, hätte dieser eigentlich eilen müssen, die pfälzischen Hausanträge zu garantieren; aber er wartete noch immer auf die Entscheidung des Hofes von Versailles, den er bestürmte die gleiche Pflicht zu übernehmen. Am 5. März hatte Friedrich an seinen Bruder geschrieben: „Alle Gründe, welche die Franzosen bestimmen können, hab' ich erschöpft, Ruhm, gegebenes Wort, Interesse, Leichtigkeit der Operationen; mehr kann man nicht sagen. Aber ich bin in dem Fall eines Arztes, der einen schweren Kranken behandelt, er giebt ihm gute Mittel und ist trotzdem gezwungen, mit einer Art von Ungewißheit die Wirkung abzuwarten, welche sie hervorbringen werden." Dann beunruhigt er sich, daß der ewige Kourier, welchen er von dort erwartet, nicht wiederkommt. Am 9. klagt er, daß seine Geduld auf eine schreckliche Probe gestellt würde, und als endlich sein Eilbote zurückkehrt, empfängt er nur unbefriedigende Nachrichten. „Diese Menschen sind kalt wie Eis", schreibt er am 15. „Sie haben die vorteilhaften Vorschläge, die ich ihnen gemacht, angenommen und Zeit verlangt, darüber nachzudenken, weil sie gefunden haben, daß die Sache von der äußersten Wichtigkeit ist." Wenigstens darauf rechnet der König sehr, sie zu einer strengen Neutralität zu bewegen.

In derselben Zeit bekämpfte Friedrich die österreichischen Ansichten. Auf die preußische Note vom 7. Februar hatte der Staatskanzler neun Tage später geantwortet und einen besonderen Nachdruck darauf gelegt, daß niemand, nachdem Karl Theodor die Rechte des Erzhauses auf Teile von Bayern durch einen Vertrag feierlich anerkannt hätte, einen gesetzlichen Wider-

spruch erheben könnte. Der Wiener Hof wußte damals noch nicht, daß inzwischen der Herzog von Zweibrücken den Beistand Friedrichs angerufen und ihm dadurch ein Recht gegeben hatte, sich einzumischen. Am 28. Februar wurde der Freiherr v. Schwartzenau, wie erwähnt, angewiesen, in Regensburg eine Erklärung abzugeben. Einige Tage später ging die zweite preußische Note nach Wien. Friedrich zeigte darin an, daß durch die Entgegnung des Staatskanzlers vom 16. Februar die Zweifel, die er zuerst vorgebracht hätte, nicht nur nicht gehoben, sondern vielmehr verstärkt und in Überzeugungen umgewandelt worden wären. Der König suchte dann die Nichtigkeit der österreichischen Forderungen nachzuweisen. Er erklärte den Anspruch auf das sogenannte Straubingsche Bayern mit Recht als den wichtigsten und einen so wesentlichen, daß alles andere von der Entscheidung dieses Punktes abhinge. Der von dem Wiener Hofe behaupteten Belehnung des Herzogs Albrecht wurde das von Sigismund drei Jahre später (1429) zu Pressburg gefällte Urteil entgegengehalten; der genannte Kaiser habe durch dasselbe Niederbayern den vier Herzögen von Oberbayern zuerkannt, ohne den Anspruch des Hauses Habsburg zu beachten, und letzteres sich auch dabei beruhigt. „Es ist deshalb schwer zu begreifen", fährt die preußische Note fort, „wie der Wiener Hof nach 350 Jahren und während das Haus Wittelsbach noch in den drei pfälzischen Linien fortbesteht, die Vollziehung eines verjährten Lehensbriefes verlangen kann, der noch niemals beigebracht und eingestandenermaßen ohne die bereits vor den Wahlkapitulationen herkömmliche und notwendige Zustimmung des Reiches gegeben worden ist, der schon ursprünglich dem Lehenssystem und den unstreitigen Verträgen und Rechten des bayerischen Hauses entgegenläuft und außerdem noch durch ein späteres, in aller Form gefälltes Urteil zurückgenommen und vernichtet worden ist. Der nämliche Kaiser hat jenes Urteil ausgesprochen, welcher die Belehnung gegeben haben soll, und überdies würde letztere, wenn sie je einen Wert gehabt hätte, durch das Erlöschen des habsburgischen Mannesstammes denselben verloren haben." Am Schlusse bat der König von

Preußen inständig den Kaiser und seine Mutter, sie möchten doch die ganze Erbfolgesache wieder in den Stand setzen, worin sie vor dem Tode des letzten Kurfürsten von Bayern war, und zu Unterhandlungen die Hände bieten. Am 9. März übergab Riedesel dem Staatskanzler die Note. Dieser nahm sie mit außerordentlicher Höflichkeit in Empfang und versicherte, daß er sie mit der größten Aufmerksamkeit lesen würde; zugleich sprach er den heißen Wunsch aus, daß ihr Inhalt dazu beitragen möchte, die Leiden, von denen man bedroht wäre, zu verhüten [1]).

Eine Woche später setzte Friedrich von seinem Schriftenwechsel mit Wien die Regensburger Versammlung in Kenntnis. Vormittags hatte, wie erwähnt, Hofenfels die Verwahrung des Herzogs von Zweibrücken verteilen lassen, nachmittags gaben in öffentlicher Ratsversammlung auf dem Deputationszimmer Schwartzenau und der sächsische Gesandte gleichfalls eine Erklärung ab. Der Kurfürst Friedrich August bat um seiner Allodialansprüche willen die Mitstände, sich dahin zu verwenden, daß die Erbschaftsangelegenheit in den Weg der Unterhandlung geleitet würde. Friedrich unterstützte die Wünsche der beiden Fürsten. Er ersuchte gleichfalls den Reichstag, sowohl bei dem Kaiser als auch bei der Kaiserin-Königin ehrerbietigste Vorstellungen zu machen und es dahin zu bringen, daß die ganze Sache wieder in den früheren Stand gesetzt und auf eine Weise geordnet würde, die den Satzungen des Reiches, den bayerischen Hausverträgen und den Rechten der Anspruch erhebenden Fürsten gemäß wäre. Die Erklärung mußte den größten Eindruck auf die Versammlung machen. Besonders gespannt hörte der Freiherr v. Borié zu. Er fing gleichsam aus dem Munde Schwartzenaus alle Worte auf; aber er legte keine Verwahrung ein und zeigte nicht einmal Empfindlichkeit, sondern bat nur um den wesentlichen Inhalt des eben Gehörten, damit er getreulich nach Wien berichten könnte.

„Die preußische Erklärung", meldete Schwartzenau, „die wie ein Lauffeuer allenthalben herumgeflogen, hat ungemein

1) Riedesel 11. März.

viele Zuneigung, Bewunderung und Ehrfurcht erweckt und mir wegen der guten und eindringenden Art, womit ich solche vorzustellen gewußt, einige unverdiente Ehre und manchen stillen Dank erworben, solchergestalt, daß unter Großen und Kleinen fast zum Lachen das allgemeine Stoßgebet Jesus, Maria, Joseph in Jesus, Maria, Friedrich verwandelt, auch sogar von einer angesehenen Dame, als sie die diesseitige Äußerung gelesen, solche geküßt und an der Tafel ausgerufen worden: ‚Es lebe der König von Preußen! O du scharmanter Schwartzenau!' Auf der andern Seite hingegen ist die Verlegenheit und Bestürzung desto sichtbarer geworden. Insbesondere scheint die Aufforderung gesamter Reichsstände zur näheren Vereinbarung sie nicht wenig betreten gemacht zu haben [1])."

Der 16. März 1778 ist ein denkwürdiger Tag in der preußischen und deutschen Geschichte; denn Friedrich der Große trat damals vor den Augen aller Welt an die Spitze der deutschen Opposition gegen Österreich und den Kaiser, ernstlich bemüht, auf dem Wege der Güte die Streitfrage zu schlichten, aber auch gänzlich bereit, wenn der Worte genug gewechselt wären, den Degen zu ziehen und seine Truppen zum vierten Male gegen den bekannten Feind ins Feld zu führen.

1) Schwartzenau 12. und 23. März.

Drittes Kapitel.

Rüstungen und Unterhandlungen Österreichs und Preußens.

An die Möglichkeit eines Krieges mit Preußen hatte Joseph sehr früh gedacht und sich bereits am 3. Februar bei dem Feldmarschall Lasch nach den Maßregeln erkundigt, welche für einen solchen Fall zu treffen wären. Am 18. und 21. meldete der Freiherr v. Riedesel aus Wien, daß die ganze österreichische Armee sich marschbereit machte; bis auf weiteren Befehl dürften keine Pferde mehr ausgeführt und auch kein Getreide bis zum nächsten Frühjahr verkauft werden. Am 26. ernannte der Kaiser Laudon zum Feldmarschall, und indem ihn die immer bedenklicher werdenden Umstände kaum mehr an dem Ausbruche des Krieges zweifeln ließen, bat er, da doch an der Abrichtung seiner Person beinahe das meiste gelegen wäre, den alten Feldherrn, sich zu derjenigen von den beiden Armeeen, wo er selber sein würde, zu begeben; außerdem sollte Laudon bald nach Böhmen abgehen und den Oberbefehl über alle sich dort versammelnden Truppen übernehmen. Am 28. Februar meldete Riedesel, daß auch die Reiterei bereits anfinge, sich in Bewegung zu setzen; man spräche von einem Lager von 80 000 Mann, welches im April in Böhmen versammelt werden sollte. Noch schlimmere Nachrichten sandte Riedesel am 2. März durch einen Eilboten; er schrieb die Beschleunigung der Rüstungen der Furcht zu, von welcher man ergriffen wäre, daß der König plötzlich in Böhmen oder Mähren einfallen könnte. Auch aus Dresden wurde Friedrich von den großen Rüstungen des Wiener Hofes unterrichtet, und er erteilte daher Befehl, die Beurlaubten sobald als möglich einzuberufen, damit ihm die Österreicher nicht zuvorkämen. „Ich thue, was ich kann", versicherte er dem Bruder, „um den Kopf frisch zu erhalten und gleichsehr Überstürzung wie Langsamkeit zu vermeiden."

Über den anschwellenden Kriegslärm war niemand unglücklicher als Maria Theresia, der außerdem die Worte, welche Ludwig XVI. zu ihrer Tochter über die ehrgeizigen Pläne des Wiener Hofes geäußert hatte, nicht aus dem Sinne kamen. Die Gefahr, worin ihr das französische Bündnis zu schweben schien, und die Aussicht auf einen neuen Krieg mit dem Feinde, welchem sie schon dreimal unterlegen war, peinigten sie ungemein; ihr treuer Kabinettssekretär Pichler hatte sie im Laufe der 34 Jahre, die er in ihrem besonderen Dienste stand, nur selten so aufgeregt und unruhig gesehen [1]). Auch in den nächsten Tagen kamen widerwärtige Nachrichten. Ritter, der nach Wien zurückgekehrt war, brachte die Antwort Karl Theodors auf den Tauschvorschlag vom 4. Februar. Sogar dieser schwache Fürst lehnte letzteren ab, weil ihm die Anerbietungen des kaiserlichen Hofes doch gar zu ungenügend erschienen; er erklärte sich dagegen bereit, für die österreichischen Niederlande die Besitzungen des verstorbenen Kurfürsten hinzugeben. Er wußte den Antrag, der für Deutschland eine große Gefahr in sich schloß und sehr vorteilhaft für Österreich war, gut zu befürworten [2]). Joseph schwankte auch; aber Maria Theresia und der Großherzog von Toskana verwarfen den Vorschlag, welcher damals wohl ausführbar gewesen wäre. Es würde dann kein Krieg ausgebrochen sein, während die preußische Note, die Riedesel am 9. März, wie erwähnt, dem Staatskanzler überreichte, denselben ziemlich sicher in Aussicht stellte. Dieser letzteren Meinung war auch Joseph, und er betrieb deswegen die Vorbereitungen für den neuen Waffengang nur um so eifriger. Die Truppen, die in Ungarn und Siebenbürgen hatten bleiben sollen, empfingen nun auch Marschbefehl. Der Kaiser wollte nur die niederländischen Regimenter in ihren Standquartieren stehen lassen und so gleichsam alles auf eine Karte setzen; außerdem wurden 20000 Mann schon jetzt ausgehoben, um in Garnisonen ausgebildet zu werden und später eintretende Lücken auszufüllen.

1) Arneth et Geffroy III, 172 Anm. (3. März).
2) Arneth X, 342 ff.

Die Menge der Geschäfte lastete den ganzen Tag schwer auf dem Kaiser, und nachts floh ihn der Schlummer, indem er über die Folgen dessen, was er that, nachsann; denn er kannte die Wichtigkeit jedes Fehltrittes. Nach außen freilich ließ er nichts von Kleinmut blicken. Er schlief bereits in seinem Feldbett und sprach von dem bevorstehenden Kriege viel und gern. „Ich laufe keine Gefahr", hat er einmal geäußert; „denn wenn mich das Unglück träfe besiegt zu werden, so geschähe das immer durch den Helden des Jahrhunderts, und wenn ich Erfolg hätte, würde das für mich um so ruhmvoller sein. Die Zeit drängt, von der Unterweisung der Marschälle Laudon und Lascy noch Nutzen zu ziehen [1])."

Während Joseph heldenhaftklingende Redensarten zur Schau trug, sprach man doch auch am Wiener Hofe von französischer Vermittelung und von den 24 000 Mann Hilfstruppen, welche man im Fall eines preußischen Angriffs nach dem Vertrage von 1756 begehren wollte. Am 12. März war es noch unentschieden, ob man beides erlangen würde. Da griff Maria Theresia wieder einmal ein. Aus Furcht und Abscheu vor dem Kriege, welchen sie hereinbrechen sah, schrieb sie am 14. sehr ausführlich an ihren Sohn. Sie war bereit, sogar ihren Namen der Verachtung preiszugeben; man möge sie beschuldigen, daß sie faisele, daß sie schwach und kleinmütig sei, besser könne sie den Rest ihrer unglücklichen Tage nicht anwenden. Auch Maria Theresia war stolz, und das Opfer fiel ihr schwer; aber sie war entschlossen es zu bringen. Und so entrollt sie denn, angetrieben, wie sie sagt, von ihrem Gewissen, von Pflichtgefühl und mütterlicher Zärtlichkeit, dem Sohn ein Bild von der militärischen und politischen Lage der österreichischen Länder. Sie hält die eine wie die andere für unvorteilhaft. Woher solle man, fragt sie weiter, die Hilfsmittel für den Krieg nehmen, wie Kredit und Vertrauen im Auslande gewinnen, um Geld und Verbündete zu erlangen? Schon im Frieden seien die Provinzen stark belastet. Ziehe man nun

1) Riedesel 11. März.

das Schwert, so werde man selbst im glücklichen Falle keinen Vorteil haben, sogar durch zwei bis drei gewonnene Schlachten nicht einen Kreis in Schlesien erwerben und jahrelang kämpfen müssen; denn wie die Erfahrung gelehrt, sei dieser Feind nicht so leicht niederzuwerfen. Inzwischen werde ganz Europa teilnehmen aus Neid gegen Österreich, gegen welches nur zuviel Mißtrauen sich schon jetzt rege. Man besitze keinen zuverlässigen Freund und Verbündeten, und je länger der Krieg dauere, desto mehr Feinde werde man wider sich haben. Ja, man könne nicht einmal suchen, den Kampf abzukürzen, und eine entscheidende Schlacht wagen, weil man zuvor das Heer, von welchem mehr als ein Drittel aus jungen unerfahrenen Leuten bestehe, an den Krieg gewöhnen müsse. Die Überlegenheit Preußens an leichten Truppen werde mittlerweile die österreichischen Provinzen zu Grunde richten und die Hilfsquellen erschöpfen. Da man auf einem Punkte die ganzen Streitkräfte vereinige, so sei es um den Staat geschehen, wenn der Krieg unglücklich ausfalle. Kurz, alles habe man zu fürchten und nichts zu gewinnen.

Bei dieser Lage der Dinge will die Kaiserin-Königin, daß man darüber nachsinne, wie sich ein so großes Unglück vermeiden ließe; denn wenn das Schwert gezogen, sei für eine Vermittelung keine Zeit mehr. Maria Theresia erklärte endlich, sie könne sich dazu nicht hergeben, immer ihrem Gewissen und ihrer Überzeugung zuwiderzuhandeln; sie verwahrt sich dagegen, als ob üble Laune oder Zaghaftigkeit sie bestimme; sie wolle nur nicht ihr Haus und ihre Länder zu Grunde richten lassen. Sowohl der Kaiser als der Fürst Kaunitz gaben ihr Unrecht und sagten, daß sie die Dinge übertriebe. Sie blieb trotzdem bei ihrer Überzeugung und suchte Trost in dem Gedanken, daß sie sich, wenn es zum äußersten käme, von den Geschäften zurückziehen würde. Dem Schreiben, welches sie dem Kaiser und dem Staatskanzler vorgelesen, fügte sie einige sehr merkwürdige Worte mit eigener Hand hinzu, die weder der Sohn noch der vertraute Minister gesehen haben. „Wenn der Krieg ausbricht", schrieb sie, „so rechnet auf mich gar nicht

mehr. Ich will mich nach Tirol flüchten und dort in der größten Zurückgezogenheit meine Tage beschließen, nur damit beschäftigt, das unglückliche Los meines Hauses und meiner Völker zu beweinen, und bemüht, mein elendes Dasein christlich zu beenden."

Die ernsten Vorstellungen der Kaiserin-Königin scheinen nicht wirkungslos geblieben zu sein; denn an demselben Tage noch schrieb Maria Theresia an ihre Tochter: „Mercy hat den Auftrag, deutlich zu sprechen und Rat und Beistand zu verlangen." Kaunitz nahm ganz ernsthaft die Vermittelung Frankreichs in Anspruch, um den bevorstehenden Bruch abzuwenden. Der österreichische Gesandte wurde von ihm angewiesen zu erklären: um den Wünschen des Hofes von Versailles nachzukommen, sei die Kaiserin-Königin bereit, dem Kurfürsten Karl Theodor die böhmischen Lehen so, wie Bayern dieselben bisher besessen, wieder zu verleihen; sie erbiete sich ferner, mit Sachsen einen Vergleich zu treffen; endlich wolle sie Ansbach und Baireuth dem Könige von Preußen überlassen. Allerdings würde dadurch leider, schrieb der scheinheilige Staatskanzler, der Hauptzweck, welchen man bei der Erwerbung Bayerns im Auge gehabt hätte, das Gleichgewicht zwischen Österreich und Preußen herzustellen, nicht erreicht, indem dieses mehr als das Doppelte empfinge; jedoch Mäßigung, Billigkeit und Friedensliebe bewögen die Kaiserin-Königin zur Nachgiebigkeit. Die drei letzten schönen Eigenschaften bekundete dann der Staatskanzler nicht, indem er fortfuhr: das wäre aber auch das äußerste, weiter könnte man nicht gehen; denn die Annahme des „man darf sagen impertinenten Antrags des Königs von Preußen, alles in den vorigen Stand zu setzen, würde eine Handlung sein, die nur die allergrößte Unverschämtheit fordern und welcher nur die größte Niederträchtigkeit fähig sein könnte". Am Ende suchte der Staatskanzler sophistisch nachzuweisen, daß Frankreich gehalten wäre, die bundesmäßige Hilfe zu leisten; denn möchten die Anrechte des Wiener Hofes gut sein oder nicht, so hätte Preußen keine Befugnis, Widerspruch zu erheben und sich zum Richter aufzuwerfen, und wenn es zum Kriege schritte, so

wäre Österreich der angegriffene Teil [1]). Aus Nachgiebigkeit gegen die Mutter willigte Joseph darein, die französische Vermittelung nachzusuchen und die 24 000 Mann, die im Vertrage von 1756 ausgemacht waren, für den Fall, daß Österreich angegriffen würde, zu verlangen. Um zu behalten, was man einem deutschen Fürsten entrissen, und einem andern deutschen Herrscher, der sich seiner annahm, Widerstand leisten zu können, wandte man sich ohne Bedenken an das Ausland. Aber ebenso handelte Preußen, um den Raub dem Nachbar wieder abzujagen.

Vier Tage, bevor der Wiener Hof die Vermittelung und Hilfe Frankreichs anrief, hatte das Kabinett von Versailles bereits Beschlüsse gefaßt, welche der Erfüllung dieser Bitte stracks entgegenliefen. Am 22. März setzte der französische Gesandte den Staatskanzler davon in Kenntnis. Mit tiefem Schweigen hörte Kaunitz der wichtigen Note, die Breteuil ihm vorlas, bis dahin zu, wo der König erklärte, daß er in dem Kriege, der in Deutschland auszubrechen drohe, nur Neutralität beobachten könne. Der Staatskanzler bat, ihm die interessante Stelle noch einmal mitzuteilen, und nachdem dies geschehen war, ließ er sie Wort für Wort sich diktieren. Breteuil fuhr dann fort. Aber kaum hatte der Staatskanzler vernommen, die französische Regierung wäre nach reiflichstem Prüfen zu der Überzeugung gelangt, daß die Bestimmungen des Bündnisses von 1756 auf den vorliegenden Fall keine Anwendung fänden, so griff er zornig nach seinem Bleistift und strich das, was er sich aufgezeichnet, mit den Worten durch: „Was ich geschrieben, ist unnütz, ich kann nicht weiter zuhören noch die Kaiserin davon in Kenntnis setzen. Ich werde es gewiß nicht thun, wenn ich nicht diese Erklärung schriftlich erhalte." Der Gesandte warf ein, daß er keinen Auftrag dazu hätte. „Dann wird die Kaiserin es nicht erfahren", schrie Kaunitz wütend. „Es kommt mir nicht zu, entgegnete Breteuil, Ihnen vorzuschreiben, welchen Gebrauch sie von dem, was ich im Namen des Königs Ihnen

1) Histor. Zeitschr. XXXVIII, 433.

die Ehre habe zu sagen, für die Kaiserin machen wollen; aber da ich nur angewiesen bin, meinen Auftrag vor Ihnen auszuführen, so gestatten Sie mir weiterzulesen."

Als Breteuil fertig war, wollte Kaunitz auf den Inhalt des Gehörten nicht eingehen, weil er an den österreichischen Gesandten in Versailles verschiedene Papiere geschickt hätte, die von dem Vertrauen des Wiener Hofes auf die Freundschaft Ludwigs XVI. Zeugnis geben sollten; er hoffte noch auf eine Änderung des Beschlusses. Wie sehr er über denselben bestürzt war, offenbart sein ferneres Verhalten. Obwohl er sich zuletzt mit gewohnter Kaltblütigkeit geäußert, war er doch nicht imstande, seinen Unmut ganz zu verbergen. Nach einem Augenblicke des Schweigens sprach er: „Es hilft nichts, Verträge zu schließen, wenn die Auslegung ihrer Verpflichtungen willkürlich wird." Breteuil lehnte trocken die Bemerkung von den Franzosen ab. Der Staatskanzler fuhr fort: „Es ist unnütz, vor der Rückkehr meines Kuriers hierüber zu reden. Übrigens wird es Ihnen, glaub' ich, ebenso recht sein wie mir, daß wir inzwischen in gewohnter Weise miteinander verkehren." Kaunitz wollte den Schein des guten Einverständnisses mit Frankreich bewahren, und so speisten die beiden Staatsmänner nachher einträchtig zusammen. Auch der Kaiser gewann es über sich, bei dem nächsten Hofzirkel den Gesandten freundlich anzureden; aber Maria Theresia sprach kein Wort mit ihm.

Gegen Ende des Monats erklärte das Kabinett von Versailles in Berlin und Zweibrücken: Frankreich könne für jetzt an der bayerischen Erbfolgesache nicht unmittelbar teilnehmen und nicht durch einen Krieg das Bündnis von 1756 auflösen; es billige jedoch alles, was der König von Preußen in dieser Angelegenheit thue, und rate dem Herzog, auf dessen Seite zu bleiben und sich seiner Rechte nicht berauben zu lassen. Frankreich werde weiter gute Dienste leisten und den Interessen des Herzogs keineswegs entgegenhandeln.

Vergennes ging also von der Neutralität nicht ab, zu welcher er am 2. Februar geraten; er that es um so weniger, je näher Frankreich dem Kriege mit England getreten war.

Am 13. März hatte der Marquis de Noailles in London ein Schreiben übergeben, durch welches Georg III. von der Anerkennung der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch Frankreich und von dem mit ihnen abgeschlossenen Handelsvertrag amtlich Kenntnis erhielt. Die Anzeige ward als Kriegserklärung betrachtet und Lord Stormont aus Paris abberufen. Vergennes wollte nun aber verhindern, daß sich zu dem Kampf in der neuen Welt abermals ein europäischer geselle. Sein Verfahren war vom französischen Standpunkte zu loben, und es gereichte zugleich dem ganzen Erdteil zum besten, indem es den Schauplatz des deutschen Krieges beschränkte.

Der Herzog von Zweibrücken, welcher schon wieder in tausend Ängsten lebte, sah sich nun ganz auf den König von Preußen angewiesen; aber dieser hatte die französische Antwort nicht erst abgewartet, sondern auf die Vorstellungen des Grafen Görtz bereits am 26. März die Garantie-Akte von Berlin fortgeschickt und dafür vom Herzoge das Versprechen verlangt, daß er sich bis zum glücklichen Ausgange der bayerischen Erbfolgesache nicht von Friedrich trennen und ohne dessen Zustimmung weder in Unterhandlung treten noch ein Abkommen schließen würde. Diesem Begehren kam der Herzog mit Freuden nach, und am 3. April konnte der Graf Görtz die Gegenakte desselben nach Berlin schicken [1]). Seine Aufgabe war damit beendet. Schon früher hatte der Minister Hertzberg ihm seine Anerkennung über die Gewandtheit ausgesprochen, mit welcher er nicht allein die Absichten und Befehle des Königs in einer so heiklen Unterhandlung ausgeführt habe, sondern ihnen auch sehr oft zuvorgekommen sei. Jetzt gewährte Friedrich II. die Bitte, die Görtz an ihn gerichtet; er nahm ihn in seinen Dienst und ernannte ihn zum Staatsminister.

Den Bund mit dem Herzoge von Zweibrücken wußte der König zu schätzen; doch erhielt er dadurch nur einen Zuwachs an moralischer Macht. Dagegen konnte Sachsen auch seine

1) Am 18. April hieß ihn Friedrich noch weiter in Zweibrücken bleiben, aber er war schon abgereist.

Streitkräfte vermehren; denn der Kurfürst Friedrich August besaß ein Heer von 21 000 Mann und 122 Stück Kanonen, 50 andere brauchten nur auf die Laffetten gesetzt zu werden. Auch in strategischer Hinsicht war das Land, wie man weiß, von der größten Bedeutung. Deshalb mochte Kaunitz es doch für gut befunden haben, in Dresden mildere Saiten aufzuziehen. In der Antwort vom 14. Februar hielt er zwar den unkluger Weise gemachten Anspruch aufrecht; aber er schlug einen viel freundschaftlicheren Ton an. „Man will", schrieb er, „niemanden, am wenigsten Seine Kurfürstliche Durchlaucht von Sachsen in den Forderungen kränken, welche Sie zu haben vermeinen; nur wird es darauf ankommen, daß die Allodialstücke durch richtige Beweise dargethan und sodann nach Maßgabe des Zeitpunktes der Erwerbung der einen oder der andern Regredient-Erbschaft zugeschlagen werden." Und zuletzt versicherte noch der Staatskanzler: die Kaiserin-Königin werde sich immer bereit finden lassen, alles Mögliche beizutragen, damit diese Angelegenheit im gütlichen und kürzesten Wege ein vergnügliches Ende erreiche.

Die österreichischen Rüstungen fielen in Dresden schwerer ins Gewicht und beunruhigten Friedrich August ernstlich. Der König von Preußen schrieb hierüber am 3. März an seinen Bruder: „Die Herren Sachsen geben mir auch Beschäftigung. Diese Reichsfürsten sind lauter Furcht, ohne Thatkraft; das ist eine Schande für unser Jahrhundert, und ich erröte darüber für Deutschland." Dem Prinzen Heinrich war das aus der Seele gesprochen; er meinte: sich für sie interessieren hieße, mit offenbarem Verlust arbeiten; das Gleichgewicht sei der wahre Vorteil für den König. „Was für erbärmliche Geschöpfe sind diese armen Reichsfürsten!" antwortete Friedrich. „Es ist auch nicht meine Absicht, ihr Don Quixote zu werden. Aber Österreich eine despotische Gewalt an sich reißen lassen heißt, ihm gegen uns selbst Kräfte geben und es weit furchtbarer machen, als es schon ist, und das darf kein Mann dulden, welcher sich auf meinem Posten befindet. Das Gleichgewicht der Macht ist der zweite Grund, der mich zur Einmischung in

diese Sache nötigt, um Österreich nicht so überlegen werden zu lassen, daß man mit der Zeit keinen Widerstand leisten kann." Wir sehen, es sind nur preußische Rücksichten, die ihn bestimmen, für die elende Reichsverfassung in die Schranken zu treten. „Ich weiß sehr wohl", schrieb er am 9. März, „daß uns unser eigenes Interesse zwingt, in diesem Augenblick allein zu handeln; aber wir müssen uns wohl hüten, es zu sagen, ebenso müssen wir, wenn einige Vorteile zu hoffen sind, davon schweigen wie von Mord, und wofern uns das Glück begünstigt, nur Entschädigungen für die Kriegskosten verlangen."

Der Kurfürst von Sachsen ließ sich trotz aller Sorge, die er vor Österreich empfand, vom Könige von Preußen festhalten und unterstützte denselben am 16. März auf dem Reichstage durch die bereits angeführte Erklärung, welcher er aber eine sehr milde Fassung gab, um nicht vorzeitig auf sein Land die Feindseligkeiten des Wiener Hofes zu lenken. Zwei Tage später schloß er ein Bündnis mit dem Könige von Preußen. Dieser versprach alle Mittel anzuwenden, jedoch hauptsächlich das der Unterhandlung, um die bayerische Erbfolge in ihren ursprünglichen Stand zurückzubringen und dem Kurfürsten die Befriedigung seiner Allodialansprüche zu verschaffen; dafür verpflichtete sich letzterer, sowohl auf dem Reichstag, als bei dem kaiserlichen Hofe und, wo es sonst notwendig sein würde, in vollkommenem Einvernehmen mit dem Könige von Preußen zu handeln und sich in keiner Weise von ihm zu trennen. Wenn man im Wege der Güte nichts ausrichtete, so wollten beide Staaten mit allen ihren Streitkräften einander beistehen und einen militärischen Vertrag zu dem Ende schließen. Schon am 21. März erhielt der Oberst von Zegelin Befehl, sich heimlich deshalb zum Kurfürsten Friedrich August nach Dresden zu begeben. Er ward angewiesen, von Potsdam unter einem Privatvorwand in aller Stille abzureisen, Wagen und Leute dann in Meißen zu lassen und in bürgerlicher Kleidung in der sächsischen Hauptstadt einzutreffen; er sollte dort unter fremdem Namen Wohnung nehmen und unbemerkt zum preußischen Gesandten zu kommen suchen.

Ehe Zegelin noch in Dresden angelangt war, machte Kaunitz dem Kurfürsten durch den Freiherrn v. Miltitz den Antrag, neutral zu bleiben; aber vergeblich. Als der österreichische Abgesandte die vom Berliner Hof angeratene ausweichende Antwort empfing, war Zegelin bereits in voller Unterhandlung mit dem General-Lieutenant v. Bennigsen begriffen und größtenteils einig geworden. Nur wenige Punkte machten noch in Potsdam Anfragen notwendig. Friedrich wünschte das Werk schnell zu beendigen, damit nicht unerwartet Zwischenfälle demselben Hindernisse bereiteten, und so wurde schon am 2. April der Vertrag unterzeichnet [1]).

Die glücklichen Unterhandlungen mit Friedrich August haben vielleicht in dem Könige von Preußen den Gedanken hervorgerufen, den Beistand, welchen ihm die fremden Mächte versagten, in Deutschland zu suchen. Am 31. März trug er den Ministern Finckenstein und Hertzberg auf, einen Verein der Reichskreise zu gründen und mit dem westfälischen und niedersächsischen anzufangen. Sie zogen den Freiherrn v. Edelsheim, welcher vor einigen Jahren preußischer Gesandter in Wien gewesen war und sich eben in Berlin befand, zu ihren Beratungen hinzu. Am 3. April legten die Minister dem König einen Plan vor, über welchen sie mit Edelsheim übereingekommen waren. Sie hielten es für sehr schwierig, sogleich einen förmlichen Bund ins Werk zu setzen, weil die katholischen Fürsten und Stände, welche mit dem Wiener Hofe zu vielfach verknüpft wären, in allen Kreisen, den niedersächsischen ausgenommen, die Mehrheit bildeten. Daher schien es ihnen zweckmäßiger, daß man zuvor die bedeutendsten und bestgesinnten Glieder des Reiches, wie Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, Hessen, Sachsen, Baden, Nassau, Zweibrücken, zu vereinigen und dann durch sie die Kreise zu gewinnen suchte. Von Truppen wollten die Minister vor der Hand noch schweigen, um die Fürsten nicht abzuschrecken und keinen Verdacht in Versailles zu erregen,

1) Zegelins Sendung nach Dresden, Abschluß der Berliner Militärkonvention (B. A.).

wenn man dort erführe, daß es sich um die Aufstellung eines Heeres am Niederrhein handelte. Man müßte sich also, schlossen sie, für den Anfang damit begnügen, einen Verein zuerst der wohlgesinnten Fürsten und dann der Kreise zu stiften, um dem Despotismus des Wiener Hofes in Regensburg und im Reich eine Opposition entgegenzusetzen. Die Minister hofften, daß günstige Verhältnisse und die Unterstützung der fremden Mächte mit der Zeit engere Bande knüpfen und wirksamere Maßregeln hervorbringen würden.

Edelsheim gab noch den Gedanken an die Hand, daß man sich vielleicht hierbei der Unterstützung Rußlands bedienen könnte. Wirklich hat auch Finckenstein bald nachher die Hilfe des Petersburger Hofes für diesen Bund nachgesucht. Edelsheim selbst empfing den Auftrag, mit Gotha, Weimar, Kassel, Darmstadt und Baden zu unterhandeln. Man erwartete für den Augenblick noch keinen wirklichen Beistand von ihnen, man wünschte nur, daß sie Vertrauen zu Friedrich dem Großen haben und ihre Gesandten anweisen sollten, mit den preußischen die gleiche Sprache zu führen; doch wollte man zugleich erfahren, ob sie wohl geneigt sein würden, später, wenn die Umstände günstiger geworden wären, einen Bund mit dem Könige von Preußen zu schließen und sich den gefährlichen Entwürfen des Wiener Hofes mit bewaffneter Macht entgegenzustellen [1]).

Die Kriegsrüstungen waren auf beiden Seiten mit wachsender Schnelligkeit inzwischen weitergegangen. Am 18. März zeigte Friedrich dem Prinzen Heinrich an, daß er durch neue Zeitungen aus Wien genötigt worden wäre, Befehl zum Ankauf der Pferde zu geben und das Heer marschfertig zu machen. Er lud außerdem seinen Bruder ein, nach Potsdam zu einer Beratung zu kommen. Etliche Tage später, am 23. März, schrieb Joseph an Leopold: „Unsere Vorbereitungen dauern fort, die Artillerie ist abmarschiert, die Warasdiner Kroaten

1) Edelsheim an Finckenstein 5. April, Finckenstein und Hertzberg an Edelsheim 13. April in dem Volumen: Sendung des Freih. v. Edelsheim (Berl. Archiv.).

kommen morgen hier durch, und alles bricht auf; meine Pferde und meine Küche, kurz die ganze Feldequipage wird nächsten Freitag den 27. weggehen, und wir werden folglich bereit sein, in den beiden Kaleschen, die wir zurückbehalten, jeden Augenblick mit Postpferden nachzureisen."

Joseph ist, wie man sieht, entschlossen, das Gewonnene zu behaupten, und auch in andern Handlungen der österreichischen Regierung offenbarte sich der feste Wille, keinen Schritt zu weichen. Die Erklärungen, welche der König von Preußen, der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Zweibrücken am 16. März in Regensburg abgegeben hatten, konnten nicht unbeantwortet bleiben. Zunächst eröffneten die Vertreter des Wiener Hofes vielen Reichstagsgesandten am 27. März vertraulich: „man scheue das Licht ganz und gar nicht und könne mit den standhaftesten Gründen das Gehörige darauf erwidern; doch gedenke man bei einem so erheblichen Geschäfte guter Ursachen halber alle Umstände vorher sehr wohl zu kombinieren und bitte deswegen, mit aller Beurteilung an sich zu halten. Was den König von Preußen betreffe, so sei es noch nicht soweit gekommen, daß man ihn als einen Garanten des Westfälischen Friedens und obersten Richter anerkennen müsse; es werde deshalb auch sehr leicht sein, dem gesamten Reich in kurzem über die wahre Triebfeder seiner Handlungsweise, die Ungebühr seiner Sätze und Anmaßungen und das Bedenkliche seiner vielleicht nicht entfernten eigenen Vergrößerung die Augen zu öffnen." Durch Andeutungen, welche der Prinz Heinrich dem österreichischen Gesandten Grafen Cobenzl hatte machen lassen, war der Staatskanzler zu dieser Behauptung verführt worden.

Am 10. April erfolgte vonseiten des Wiener Hofes die versprochene Eröffnung. Ihr Inhalt lautete folgendermaßen: „Die Kais. Königl. Apostolische Majestät hat aus der Äußerung des preußischen Gesandten mit Verwunderung ersehen, in welcher verwirrten Gestalt man die allereinfachste Sache von der Welt vorzustellen beflissen ist, und sie erkennt die wesentliche Pflicht an, die so sehr verdunkelten Umstände in ihr volles Licht zu

setzen, damit die höchsten und hohen Mitstände ein richtiges Urteil über die echte Lage der Sache fällen können."

Die vielverheißenden Worte mußten die größte Spannung unter den Gesandten hervorrufen. Leider war es jedoch nur eine von den prunkhaften Ankündigungen, welche Kaunitz liebte; denn er erzählte nichts weiter, als daß man sich mit dem Kurfürsten von der Pfalz freundschaftlich verglichen. Er führte darauf die sogenannten Machtsprüche Preußens an und unterschied nun zwei wesentliche Fragen, erstens, ob diese Einwürfe und Machtsprüche gegründet, und zweitens, ob der König von Preußen als ein einzelner Reichsmitstand dazu befugt wäre. Bei diesen Worten hob sich ohne Zweifel wiederum die gesunkene Aufmerksamkeit der Versammlung; aber der Minister wußte zum andernmale zu überraschen, indem er Maria Theresia weiter erklären ließ: „Die Kais. Königl. Apostolische Majestät hofft zuversichtlich, daß die höchsten und hohen Reichsmitstände bei diesen einseitigen Einwürfen, die das Gepräge einer offenbaren Zudringlichkeit an sich haben, mit ihrer Beurteilung bis zu einer vollständigen Kenntnis der Sache zurückhalten werden, und so kommt es einzig und allein auf die andere Frage noch an." Recht verwundert mögen die armen Reichstagsgesandten drein geschaut haben, als sie diese Worte vernommen hatten. Der böse Staatskanzler schwieg, wo sie hören wollten, und redete, wo sie Schweigen wünschten; denn nach der ausführlichen Behandlung der zweiten Frage trugen sie gewiß kein Verlangen.

Kaunitz erklärte weiter: die Kaiserin-Königin werde zwar an dem Vergleiche festhalten, aber denen gegenüber, welche durch denselben in ihren Gerechtsamen und Ansprüchen verkürzt zu sein meinen, sich dem gesetzmäßigen Entscheidungswege nicht entziehen. „So findet sich", fuhr der Staatskanzler fort, „alles schon zum voraus in einer der Reichsverfassung angemessenen Lage, daß, was nicht bereits durch einen gütlichen Vergleich — d. h. durch den Vertrag vom 3. Januar — berichtigt worden ist oder noch berichtigt werden dürfte — nämlich durch das in Aussicht genommene Tauschgeschäft —, dem gesetzmäßigen

Erkenntniswege vorbehalten bleibt." Der dreiste Kaunitz verband das Unvereinbare keck mit einander, indem er auf die unerschöpfliche Geduld der Deutschen rechnete.

Ungefähr um dieselbe Zeit empfing auch der Herzog von Zweibrücken Bescheid auf die Bitte, die er dem Rate des französischen Hofes gemäß an den Kaiser und die Kaiserin gestellt hatte. Maria Theresia unterzeichnete sich zwar als seine gutwillige Muhme, sie wies aber schnöde das wohlbegründete Verlangen des armen Fürsten ab: nachdem sie mit dem Haupte des pfälzischen Hauses einen Vertrag geschlossen, in welchem der Kurfürst die österreichischen Ansprüche für sich und seine Erben anerkannt habe, gebühre ihr keineswegs noch könne ihr zugemutet werden, mit dem Herzog hierüber in eine weitere Erörterung ihrer Rechtsgründe sich einzulassen, da es diesem und seiner Linie noch nicht zustehe, für die gegenwärtige Zeit verbindliche Verträge inbezug auf die Erbfolge in Bayern zu schließen. Es werde daher auf seinem Gutbefinden beruhen, sich von dem Kurfürsten Aufklärung auszubitten.

Es klingt wie Hohn, daß Maria Theresia den Herzog an den verwies, welcher nicht einmal von dem Lehenbriefe von 1426 eine beglaubigte Abschrift besaß. Karl Theodor war inzwischen mit Maria Theresia gleichfalls in Streit geraten. Er ließ anzeigen, daß 21 Ämter, welche die kaiserlichen Truppen besetzt hätten, in dem Teilbriefe von 1353 gar nicht ständen und ihm daher wieder eingeräumt werden müßten. Drei Wochen später sah man sich genötigt, die unerfüllte Bitte zu erneuern, zumal da nach eingelaufenem Bericht erst kürzlich ein bayerischer Beamter in österreichische Pflichten und über 300 Höfe dem Vertrage vom 3. Januar zuwider in Besitz genommen wären.

So wurde Karl Theodor dahin gebracht, daß er sich zum Widerstand anschickte. Die harte Zumutung, daß er seine Truppen mit den kaiserlichen vereinigen sollte, wenn Österreich wegen des geschlossenen Vergleichs angegriffen würde, hatte er schon früher abgelehnt. Und auch anderwärts fanden Joseph und Maria Theresia keinen Beistand. „Die Russen vermeiden

fast, mit uns zu sprechen", meldete Joseph im Anfang des Aprils dem Bruder; ebenso wenig ließ Frankreich sich gewinnen. Dagegen zeigte sich seltsamerweise von Berlin her ein Hoffnungsschimmer. Der Prinz Heinrich war mit der Sprache nun noch deutlicher herausgegangen und hatte die Art und Weise, wie er die Angelegenheit beendet zu sehen wünschte, durch den Freiherrn v. Knyphausen dem Grafen Cobenzl mit der Aufforderung anzeigen lassen: der Wiener Hof möchte sich doch unverzüglich bereit erklären, weder der Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen noch einem Tausche mit Sachsen entgegenzutreten. Cobenzl folgte dem Drängen Knyphausens, von welchem er nur glaubte, daß er mit Wissen des Prinzen Heinrich gesprochen hätte. Ganz anders aber dachte Kaunitz, welcher ja manchmal über Friedrich den Großen falsch geurteilt hat. Er wähnte, daß der König von Preußen, nachdem es ihm nicht gelungen wäre, die Österreicher einzuschüchtern, dieselben jetzt verleiten wollte, Vorschläge zu machen, um sich so mit Ehren aus der Verlegenheit zu ziehen.

Auch in der schlimmen Lage, worin sich Österreich befand, verließ den Staatskanzler der Hochmut nicht. „Nach den weisen Maßregeln", schrieb er am 29. März an Maria Theresia, „welche der König sowohl vor dem Tode des Kurfürsten von Bayern als seitdem uns hat nehmen sehen, scheint es, daß er sich dessen nicht hätte schmeicheln sollen; aber da er zu den Leuten gehört, die keine Scham besitzen und bei ihren Unternehmungen immer bereit sind, im Notfalle wieder davon abzustehen, hat er gemeint, auch das noch wagen zu können." Gestützt auf die kräftige Verteidigung, welche man ins Werk gesetzt hatte, wollte Kaunitz in der bisherigen Stellung verbleiben und abwarten, was Frankreich für einen Beschluß inbezug auf den Antrag des Wiener Hofes vom 14. März fassen würde. Jedoch weil die Nachrichten, die am letzten dieses Monats eintrafen, noch immer nicht günstig lauteten, wurde der Staatskanzler ein wenig nachgiebiger. Die Antwort auf die preußische Note war längst fertig. „Wir sprechen darin eine feste, unser gutes Recht mit Entschiedenheit behauptende Sprache", hatte

Joseph am 19. März dem Bruder gemeldet; aber auf seinen Wunsch war die Übergabe des Schriftstückes verzögert worden, bis die Truppen beisammen wären. Jetzt erlitt das Schriftstück Änderungen. Joseph bezeichnet die Antwort des Wiener Hofes nur als ziemlich fest; doch trat der Staatskanzler noch immer sehr trotzig auf. Wegen der Fassung der preußischen Note stand er von weiteren Erörterungen über die österreichischen Ansprüche ganz ab, wies Friedrichs Einmischung als unbefugt zurück und erklärte sogar, daß die Kaiserin-Königin bereit wäre, die neuen Erwerbungen gegen jeden Angriff mit allen Mitteln zu verteidigen. Aber am Schluß hielt er der Unterhandlung noch ein schmales Pförtchen offen. Eine Abschrift der Note, die am 1. April dem Freiherrn v. Riedesel übergeben worden, schickte Kaunitz schon am 31. März an Cobenzl, und sogleich ging er auf den Vorschlag Knyphausens ein; diesem sollte der Gesandte die Sorge, ob und wie der König von Preußen hiervon zu unterrichten wäre, ruhig überlassen [1]).

Die Gelegenheit kam von selbst, aber sie mußte schnell benutzt werden. Der Prinz Heinrich war bemüht, Friedrichs Eifer zu mäßigen und seinen Abgang zum Heere zu verzögern. Am 26. März bot er dem Bruder eine Wette von 100 Flaschen Ungarwein an, und er wollte gewonnen haben, wenn die Österreicher bis zum 17. April nicht aufgebrochen wären, um Dresden zu nehmen. Friedrich ging auf den Vorschlag ein; übrigens aber schien es ihm besser, die Vorsicht zu übertreiben, als einer gefährlichen Sicherheit sich hinzugeben. Nachrichten aus Wien und Schlesien bestimmten ihn noch mehr zu eilen. Am 2. April zeigte er dem Prinzen Heinrich an, daß er in drei Tagen nach Berlin kommen und von da nach Breslau gehen würde. Wie weit war er doch von der Gesinnung entfernt, die Kaunitz ihm zuschrieb! Indem er dem Grafen Finckenstein dieselbe Mitteilung macht, giebt er vielmehr dem Vertrauen, mit welchem er in die Zukunft blickt, einen kräftigen Ausdruck. Er rechnet auf einigen Beistand vonseiten Rußlands, und er

1) Arneth X, 803 (Anm. 604) und 380.

glaubt ferner, daß Frankreich dem Wiener Hofe keine Hilfe leisten werde. Das genügt ihm. „Die österreichischen Streitkräfte allein", fährt er fort, „scheinen mir nicht so sehr zu fürchten, und wenn die Vorsehung im letzten Kriege meine Waffen gegen so viele Mächte, die wider mich verbunden waren, begünstigt hat, so werde ich wohl dem reißenden Strome dieses einen Hauses widerstehen können. Die Verteidigung meiner guten Sache erfüllt mich mit dieser Hoffnung" [1]).

Sonntag, den 5., kam der König wirklich nach Berlin und sprach hier natürlich auch mit dem Prinzen. Letzterer erzählte ihm von einem Schreiben des Fürsten Kaunitz an Cobenzl; aber wie vorsichtig er sich dabei benahm, das ersieht man ganz deutlich aus dem Briefe, welchen er dem Könige, der am 6. frühmorgens nach Schlesien abreiste, noch an demselben Tage nachsandte. Er versicherte darin, daß jenes Schreiben wirklich vorhanden wäre. „Dasselbe kann zwar verfänglich sein", fuhr er scheinheilig fort, „aber es ist auch möglich, daß dieser Ankündigung Instruktionen folgen." Ausführlicher unterrichtete den König der Schwager Knyphausens, der Minister Hertzberg; er meldete, daß Cobenzl jemandem eine Depesche des Fürsten Kaunitz folgenden Inhalts gezeigt hätte: der Wiener Hof habe in seiner Antwort in kein weiteres Detail eingehen können, weil seine Ansprüche von Preußen als vollkommen nichtig erklärt worden seien; aber der Gesandte werde nächstens den Auftrag empfangen, inbezug auf einen Vergleich Eröffnungen zu machen. Die letzteren bezögen sich auf eine deutsche Schrift, die man ihm zugleich mitgeschickt, und auf eine frühere Unterhandlung des Freiherrn van Swieten. Der Staatskanzler sei noch nicht entschieden, wie die Sache weiter behandelt werden müsse, doch solle Cobenzl auf irgendeine Weise diesen Umstand zur Kenntnis des Königs bringen. Der, welchem der Gesandte das mitgeteilt, habe die deutsche Schrift nicht gelesen, aber er glaube, daß es sich um Ansbach und Baireuth, um

1) Das Schreiben an Finckenstein vom 3. April liegt in der Korrespondenz des Gr. Görtz (Berl. Archiv).

einen Tausch und etwas mehr als eine bloße Anerkennung des Rechts der Erbfolge des Königs handeln werde [1]).

An demselben Tage legte Maria Theresia ihrer Tochter Marie Antoinette den Wunsch ans Herz, daß Ludwig XVI. wenigstens die Freundschaft mit Frankreich und das bestehende Bündnis stark betonen möchte. Sie erwartete damals den von Mercy versprochenen Eilboten mit äußerster Ungeduld; aber derselbe kam nicht, sondern zwei Tage später ein Kurier an Breteuil. Das Kabinett von Versailles lehnte die angetragene Vermittelung höflichst ab und erklärte von neuem, daß es die im Vertrage von 1756 festgesetzten Hilfstruppen nicht würde stellen können.

Die Last dieser entmutigenden Nachricht erschütterte den österreichischen Stolz. Auf die Bitte der Mutter willigte Joseph darein, mit Vergleichsvorschlägen hervorzutreten. Sie lauteten: Friedrich erkennt sowohl die Gültigkeit der Übereinkunft vom 3. Januar als auch die Rechtmäßigkeit der kraft derselben gemachten Erwerbung an und wird den im 6. Artikel vorbehaltenen Austausch ruhig vor sich gehen lassen. Dafür erklärt sich der Wiener Hof im voraus mit dem Anfalle der fränkischen Markgrafschaften an Brandenburg einverstanden und verspricht seinerseits, jeden Austausch dieser Länder gegen andere, die nicht unmittelbar an Österreich grenzen, zu gestatten. Noch am 8. April ward Cobenzl angewiesen, den König um eine Audienz zu bitten. Am 10. erfuhr aber der Wiener Hof, daß Friedrich bereits am 6. abgereist wäre. Sogleich wurde Cobenzl von dem Entschlusse des Kaisers, unmittelbar an den König ein eigenhändiges Schreiben in der gegenwärtigen kritischen Lage der Umstände zu erlassen, unterrichtet. Einen Fuß im Steigbügel hatte Joseph nur auf eine solche Meldung gewartet, um nach Mähren und Böhmen zu eilen. Am 12. kam er nach Olmütz; aber er schickte seinen Brief erst am 13. ab; denn er wollte den Schein vermeiden, als ob er denselben aus Wien in der Tasche mitgebracht hätte. Schrieb er doch

1) Hertzberg 6. April an den König. Geh. Kab.-Akten.

darin: er habe mit der Ausführung seines Entschlusses gewartet, bis er der Hauptstadt entrückt sei und damit allem, was an diplomatische Schlauheit erinnern könne.

Auch Friedrich war nicht mehr in Breslau. Er meldete dem Bruder am 10. aus Frankenstein: er habe, wie er im voraus bekenne, die Wette verloren und werde sie bezahlen. Er legte dann das Hauptquartier nach Schönwalde bei Silberberg, und hier ward er am 14. durch den Brief des Kaisers überrascht. Er stimmte bereitwillig in den von Joseph angeschlagenen Ton ein: „Ich habe weder Minister noch Schreiber bei mir, und so wird sich Ew. Kaiserl. Majest. wohl freundlich mit der Antwort eines alten Soldaten begnügen, der über einen der wichtigsten Gegenstände, welche seit langer Zeit in der Politik vorgekommen sind, aufrichtig und mit Freimut schreibt. Niemand wünscht mehr als ich, den Frieden und die Eintracht unter den Mächten Europas zu erhalten; aber alles hat seine Grenzen, und es giebt so dornichte Fälle, daß der gute Wille allein nicht ausreicht, um die Ruhe zu bewahren." Der König stellt nun den eigentlichen Streitpunkt zwischen ihnen fest. „Es handelt sich darum", schreibt er, „zu wissen, ob ein Kaiser eigenmächtig über die Reichslehen verfügen kann." Friedrich findet das den Gesetzen und Gewohnheiten zuwider. „Kein Fürst", bemerkt er, „wird seine Hände dazu bieten, jeder wird sich auf das Feudalrecht berufen, welches diese Besitztümer den Nachkommen sichert, und niemand wird selber die Gewalt eines Despoten befestigen wollen, der früher oder später ihn und seine Kinder dessen berauben wird, was ihrem Hause seit undenklichen Zeiten gehört." Friedrich erkennt hierauf wohl an, daß die Erwerbung von Bayern sehr vorteilhaft für das Erzhaus sein würde, und aus Klugheit verlangt er auch nicht die Herausgabe der Gebiete, welche sich Österreich angeeignet hat; aber er fragt: „Könnte man dem Herzoge von Zweibrücken nicht durch anderes Land von gleichem Wert den Verlust vergüten und Mittel finden, Mecklenburg und Sachsen zu entschädigen? Letzteres berechne seine Ansprüche auf 37 Millionen Gulden, werde aber wohl zugunsten des Friedens etwas

herunterlassen." Solche Vorschläge verspricht der König mit Freuden zu unterstützen; dagegen lehnt er das Hereinziehen der Erbfolge in den fränkischen Markgrafschaften als eine der bayerischen Frage ganz fremde Angelegenheit höflich, aber mit Festigkeit ab. „Unsere Rechte", schreibt er, „sind so wohl begründet, daß sie uns niemand streitig machen kann." Er erwartet nun, was über seine aufrichtigen Vorstellungen der Kaiser die Güte haben wird zu entscheiden, und in einem Nachwort bittet er noch im voraus um Entschuldigung, wenn er gegen das Zeremoniell verstoßen haben sollte; „doch auf Ehre", setzt er hinzu, „40 Meilen im Umkreis giebt es niemanden, der mich belehren könnte".

Einen Monat früher hatte Joseph überlegt, ob man nicht gegen die Niederlande ganz Bayern samt der Oberpfalz und was dazu gehört, eintauschen sollte. Der Gedanke war von weittragender Bedeutung. Österreich besaß damals noch in Schwaben viele zerstreute Gebiete; wenn es auch die Besitzungen der ausgestorbenen Linie des Hauses Wittelsbach gewann, so war ihm die Herrschaft über Süddeutschland für alle Zeiten gesichert. Man wende nicht ein, daß Friedrich hiergegen sich ebenfalls erhoben haben würde, wie er es einige Jahre später gethan. Er hatte vor Wochen einmal von Görtz gehört, der Wiener Hof wolle Karl Theodor zum Könige von Galizien und Lodomirien machen, aber Frankreich wünsche lieber, daß demselben Freiburg und der Breisgau abgetreten werde. Der erste Teil der Meldung war richtig; aber Karl Theodor hatte von einem solchen Vorschlage nichts wissen wollen. Sehr bemerkenswert ist nun der Entschluß, welchen Friedrich infolge jener Nachricht kundgab. Er gedachte genau in der Lage zu bleiben, worin er sich befand, bereit sich zu verteidigen, aber nicht anzugreifen, weil diese Abtretungen der Österreicher den Stand der Sache veränderten und außerdem alles zu wetten wäre, daß Frankreich mit ihnen sich verständigen würde. Mehr noch hätte der Hof von Versailles einem solchen Tausche zu andern Zeiten widersprochen; jetzt aber sah er sich durch den bevorstehenden Krieg mit England gefesselt, und außerdem ent-

zückte damals der Anschein von Hoffnung auf Nachkommenschaft Ludwig XVI. Die günstige Gelegenheit kehrt nicht immer wieder. Was 1785 mißlungen ist, wäre sieben Jahre vorher leichter zu erreichen gewesen. Joseph durfte ja nur den König beim Worte nehmen; aber das that er nicht. Die Antwort, die er am 16. in Littau empfing, kam ihm sehr unerwartet, weil sie die Erbfolge in den Markgrafschaften ganz beiseite schob. Im ersten Ärger wollte Joseph nur den Vorwurf des Despotismus abstreifen, nach weiterer Überlegung ging er aber auch auf die übrigen Punkte noch ein. Wenn er bemerkte, daß der Kurfürst von Böhmen und Erzherzog von Österreich den Vertrag vom 3. Januar abgeschlossen hätte, nicht der Kaiser, so war das doch nur ein Streit um Worte. Das Verfahren Maria Theresias rechtfertigte Joseph durch den Grundsatz, welchen schon früher Kaunitz aufgestellt: jeder unabhängige deutsche Fürst könne sich mit seinem Nachbar ohne Einmischung eines dritten verständigen und vergleichen. Die Ansprüche Mecklenburgs verwies er an die zuständige Behörde. Er stellte ferner in Aussicht, daß seine Mutter auf jeden Anteil an der Allodialerbschaft verzichten würde. Nur den Herzog von Zweibrücken war er durchaus abgeneigt zu befriedigen. „Dessen Rechte", schrieb er, „bleiben unangetastet bis zum Tode des Kurfürsten von der Pfalz; nach dem Ableben des letzteren wird die Kaiserin einen neuen Vertrag mit dem Herzog schließen oder ihr gutes Recht im gesetzmäßigen Wege gegen ihn geltend machen."

Das waren doch nur Worte. Karl Theodor ist 1799 gestorben. Wenn sich erst Österreich zwei Jahrzehnte lang im ungestörten Besitze behauptet hatte, dann war schwerlich Aussicht vorhanden, ihm den Raub wieder abzujagen.

Joseph beförderte sein Schreiben sogleich an Friedrich; indem er es dann auch mit dem, welches er vom König erhalten, nach Wien schickte, bat er die Mutter um Verzeihung, daß er ihre Befehle nicht vorher eingeholt hätte. Maria Theresia war, seitdem ihr Sohn die Hauptstadt verlassen, sehr unruhig; ihre Gedanken weilten unablässig bei dem Briefe, welchen Joseph mitgenommen. Sie flehte zu Gott, daß er das harte

Herz des Gegners bekehren und die guten Absichten des Sohnes segnen möchte. Sie ließ beten, ohne zu sagen, wofür. Der Anbruch der österlichen Zeit verpflichtete sie, ihr Gewissen zu erforschen; aber ihr Kopf war so verwirrt und so voll ihr Herz von Traurigkeit, daß sie dazu die doppelte Zeit brauchte.

Am Karfreitag kam die Sendung Josephs nach Wien. Je fester Kaunitz an dem Wahne gehangen, daß die Eröffnungen des Prinzen Heinrich vom Könige selbst herkämen, desto bitterer empfand er die Enttäuschung, und über die Maßen ergrimmte sein Zorn wider Friedrich. „Wenn der König ein großer Soldat ist", schrieb er unter andern an Maria Theresia, „so ist er ein noch größerer Ignorant und der schlechteste Logiker von der Welt. Es ist unmöglich, sich etwas Unvernünftigeres vorzustellen als seinen Brief, und man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß der gesunde Menschenverstand darin fehlt" [1]). Wie sollte da die Kaiserin-Königin ruhig urteilen! Sie hatte sich gefürchtet zu hoffen und doch auch nicht ganz verzweifeln wollen. Aber als nun das eintrat, was sie richtig vorhergesehen, da erfaßte sie die heftigste Entrüstung. Sie vergaß die Nichtigkeit der österreichischen Ansprüche, sie hörte nur das Nein des Gegners, welchen sie von allen Menschen am meisten haßte.

Die Leidenschaft verliert auf ihrer Höhe nicht nur Maß und richtiges Urteil, sondern sie verirrt sich zuweilen sogar in das Gebiet des Lächerlichen. Höhnisch betrachteten die Blicke der bedauernswerten Herrscherin Friedrichs Antwort. Waren nicht die Eigennamen Kaunitz und van Swieten mit kleinen Anfangsbuchstaben und nach der französischen Aussprache geschrieben? Maria Theresia gesteht am andern Morgen ihre Schwäche: dieser eigenhändige Brief ohne Orthographie, ohne Stil, wie der eines Theaterkönigs oder vielmehr Theaterdespoten, hat ihr Vergnügen gemacht; sie freut sich, daß dieses Ungeheuer nicht alles kann und weiß und bei der Gelegenheit einen seinesgleichen nötig gehabt hätte, der ihm die schmutzige Wäsche wüsche [2]). Dem verhaßten Gegner stellt sie den treff-

1) Arneth X, 805, N. 625.

2) Es ist wahr, Friedrichs Orthographie ist fürchterlich; aber er wäre

lichen Sohn gegenüber, der so schnell das Angemessene geantwortet habe. Der Kaiser hat ihr aus Mangel an Zeit den Entwurf seines Briefes schicken müssen. Auch die Verbesserungen bewundert sie darin; sie wäre, schreibt sie, in Verzweiflung, wenn sie dieselben nicht gesehen hätte. Sanfter, würdevoller könnte man, meinte sie, seinem Schüler in der Politik den Text nicht lesen, mit mehr Spott und Ironie seine Gefühle gegen diesen Despoten nicht ausdrücken. Nur die Versicherung, welche Joseph in seiner Entgegnung ausgesprochen, daß er Friedrich wahrhaft liebe, mißfällt ihr und macht sie eifersüchtig; in solcher Gesellschaft will sie in dem Herzen des Sohnes nicht wohnen. Aber das Vergnügen an Josephs schlagfertiger Antwort und an der Überlegenheit, die er ihr dem Könige gegenüber in allen Stücken gezeigt zu haben schien, war nicht von langer Dauer. „Alles ist wider uns", jammerte sie, „das trifft noch stärker als die Macht unseres Feindes, welche doch nicht zu verachten ist und mit der Zeit noch schlimmer werden wird." Sie gesteht, daß sie sehr schwarz sieht. Alle die Tage daher hat sie Gott gebeten, so viel sie konnte, wenn er sie mit Krieg strafen wolle, den Sohn vor Unglück zu behüten. Der große Kopfputz, welchen sie trägt, hilft ihr die Thränen verbergen. Es kommt ihr vor, als wäre sie durch des Sohnes Weggang zum zweitenmal Witwe geworden, und von neuem öffnet sich eine Wunde, die nie geheilt ist und nie heilen wird.

Während Maria Theresia dem Könige von Preußen zürnt, weil er sie zum Kriege zu zwingen scheint, fürchtet dieser die Lebhaftigkeit und das Feuer des jungen Fürsten, von dem er sich vorstellt, daß er vor Begier brenne, Ruhm zu erlangen. Er schloß daher aus dem Schritte, den Joseph gethan, daß derselbe, müde der Wiener Unterhandlung, Lust hätte, die Entwickelung des Stückes zu beschleunigen. Friedrich erwartete die Ankunft der Regimenter aus Berlin erst am 28. April,

nicht fähig gewesen, einen Satz zu schreiben, wie der, welchen Maria Theresia am 13. Februar 1779 schrieb: „dis ist wohl ein angenehme Zeittung, die seith 14 monath mir großen Kummer verursacht." (Arneth X, 605.)

aus Preußen am 3. Mai. Zugleich war ihm dieser Briefwechsel lästig; denn er konnte dem Kaiser gewisse Wahrheiten nicht verschweigen und wollte sie doch auch nicht so sagen, daß ihn die Schuld des Bruches träfe. Noch einmal unterzog er sich der unangenehmen Pflicht, dann aber schlug er vor, den Ministern die weitere Unterhandlung zu überlassen; Joseph möge dem Grafen Cobenzl oder einem anderen Staatsmanne den Auftrag geben. Einen Erfolg versprach sich Friedrich von seinem Vorschlage nicht, sondern er meinte, der Kaiser würde, zu ungeduldig, um mit untergeschlagenen Armen stehen zu bleiben, darauf nicht eingehen. Der König hielt die Rüstungen des Gegners für weiter vorgerückt, als sie waren; er glaubte damals, daß die österreichischen Truppen am 25. April versammelt sein würden, und er machte sich so nur noch auf eine Antwort gefaßt, dann würde der Kaiser erklären, nicht nachgeben zu können. Der König hatte daher seine Augen und Ohren überall, und es schien ihm sehr schwer, bis zum Juni, vor welcher Zeit sich mit Erfolg nichts anfangen ließe, die Unterhandlung hinzuziehen.

Am 18. ging des Königs Antwort ab. Den Abend zuvor war Joseph in Königgrätz angelangt, und man hielt den ersten Kriegsrat. Der Kaiser erfuhr mit Bedauern, daß man sich noch sehr im Rückstande befände; dagegen vernahm man von der Grenze, daß Friedrich fast ganz konzentriert und marschbereit wäre. Deshalb schrieb Joseph an seine Mutter: „Könnte man den König bis Mitte Mai mit Briefen und Noten hinziehen, so würde das kaiserliche Heer besser imstande sein, ihm die Spitze zu bieten, als jetzt, wo uns noch zehn Regimenter Reiterei fehlen.“ Um so angenehmer wurde Joseph von Friedrichs Vorschlage berührt, und er freute sich, ihm geantwortet zu haben. Er hielt das zweite Schreiben des Königs für eine Folge der Einwirkungen des Prinzen Heinrich und war deshalb bereit, die Unterhandlungen in Berlin durch Cobenzl führen zu lassen. Die Ursache der Ablehnung seiner Vergleichsvorschläge suchte Joseph nicht in dem, was Friedrich ihm sehr aufrichtig angeführt hatte, sondern er meinte, der König habe

sich geschmeichelt, die ganze Lausitz zu gewinnen und sei nun böse, daß eine Bestimmung der ihm angetragenen Übereinkunft es verhindere; doch habe sein fruchtbarer Geist ihm bereits ein anderes für Österreich vielleicht noch weniger zuläßiges Mittel eingegeben, dieses Ziel zu erreichen. Immerhin schien es dem Kaiser gut, die Unterhandlung anzunehmen; entweder führe sie zum Frieden, oder sie gewähre die Möglichkeit, die Rüstungen für den Krieg zu vervollständigen. Er stimmte daher auf der Stelle dem gemachten Vorschlage bei und erhielt alsdann von Friedrich noch eine Empfangsbescheinigung.

Inzwischen wartete Maria Theresia mit brennender Ungeduld auf weitere Nachrichten. Am Ostermontage nahm sie Papier zur Hand, um ihrem Sohne zu schreiben; sie verlangte keine Antwort, sie wollte nur, indem sie sich mit ihm unterhielt, den Schmerz der Trennung lindern. Sie konnte freilich nichts Erfreuliches anzeigen. Unter anderm meldete sie: der Kurfürst von der Pfalz will abfallen, er sagt, er berste vor Zorn; zugleich verlangt er 21 Ortschaften zurück; Kaunitz argwöhnt, daß Karl Theodor, wenn Österreich nicht darein willigt, das zum Vorwande nehmen und eine Erklärung wie der Herzog von Zweibrücken abgeben wird; der Staatskanzler glaubt darum nicht, daß man die Forderung gewähren solle, man müsse nur Zeit zu gewinnen suchen. „Die Aufregung in Bayern und im Reich gegen uns", fuhr die Kaiserin fort, „ist unglaublich, die stärksten und frechsten Flugblätter laufen überall um; Kaunitz hält die Lage für äußerst kritisch ..... Wie weit erstreckt sich die Politik dieses Ungeheuers! Auch den König von Sardinien stachelt er fortwährend gegen uns auf; .... sein Haß läßt ihn nichts vergessen, was uns schaden kann." Von der Furchtbarkeit ihres Gegners hat sie überhaupt die höchste Vorstellung. Inzwischen war der Brief angekommen, worin Joseph meldete, wie es mit den Kriegsvorbereitungen stand. „Der König", meinte sie, „der alles weiß, wird davon Nutzen ziehen und nach seiner Gewohnheit ehestens einen entscheidenden Schlag wagen." Als das Packet schon abgeschickt war, empfing sie das zweite Schreiben Friedrichs und Josephs Antwort darauf, und mit

etwas erleichtertem Herzen begab sie sich zur Ruhe. Des andern Tages bezeigte sie dem Sohn ihre Zufriedenheit über die Annahme der Unterhandlung. Wie freut sie sich, daß der König nicht mehr der rasende Roland ist! Übrigens gelobt sie dem Kaiser, seiner Mahnung folgend, in den Kriegsrüstungen nicht nachlassen zu wollen; denn sie traut dem alten Fuchse nicht, und da sie einmal auf Raubtiere zu sprechen gekommen, meldet sie noch, daß ein Fürst Clary durch den Biß einer Angolakatze gefährlich verwundet worden ist.

Wie auf der einen Seite Maria Theresia, so begrüßt auf der andern der Prinz Heinrich freudig den schwachen Hoffnungsschimmer, welcher sich unerwartet zeigt. Aber der König von Preußen denkt anders. Er rechnet bei der ungeheuren Verschiedenheit in den Ansichten der beiden Höfe keineswegs auf Frieden und glaubt an einen glücklichen Ausgang der bevorstehenden Unterhandlung ebenso wenig wie an das Wunder von den sieben Broten. Daher ist er in den Kriegsvorbereitungen unermüdlich. Am 23. April saß er acht Stunden, zehn am 24. und sechs am folgenden Tage zu Pferde und kehrte dann doch etwas ermüdet und ruhebedürftig von den Grenzen Böhmens, wo er selber nach allem gesehen, in das Hauptquartier zurück. Von hier schrieb er dem Prinzen: „Man darf nicht Viktoria schreien, bis man genau die Vorschläge kennt, welche der Wiener Hof machen wird.“ Friedrich ist überzeugt, daß ihm Österreich kaum einen Aufschub von zwei Jahren gönnen würde, wenn es diesmal noch nicht zum Kriege käme, und er weiß nicht, ob Europa dann so günstig für Preußen gestimmt sein wird wie jetzt. Er wünscht entweder einen dauerhaften Frieden oder gar keinen, und demgemäß trifft er seine Maßregeln.

Viertes Kapitel.

Österreichische Bemühungen um einen Vergleich mit Preußen.

Der Wiener Hof begann sogleich die neue Unterhandlung. Als Joseph den letzten Brief Friedrichs nach Wien schickte, schrieb er an seine Mutter: „Ich glaube, wir müßten dem Könige rundweg sagen, daß wir bereit sind, dem Kurfürsten von Bayern alles wiederzugeben, was wir von der Oberpfalz haben, auf welche sich der Westfälische Friede bezieht, damit er dieselbe besitze wie seine Vorgänger; dann ist Cham nicht dabei. Ferner wollen wir von dem Rückgangsrechte nicht mehr sprechen und ihm seine Markgrafschaften gewährleisten, wenn er uns Niederbayern, das wir besetzt halten, gewährleistet. Und wenn er uns durch seine guten Dienste in Bayern und beim Herzoge von Zweibrücken den in Aussicht genommenen Tausch bewerkstelligen hilft, so werden wir ihn bei dem seinigen unterstützen; nur darf die uns benachbarte Oberlausitz darunter nicht mitbegriffen sein. Die Sachsen sollen ihre Ansprüche gegenüber dem Kurfürsten gerichtlich geltend machen ganz ebenso, wie der Herzog von Mecklenburg. Wenn wir hierüber einig geworden sind, dann trennen sich die Heere, die beiden Teilen teuer zu stehen kommen." Joseph wollte diese Vorschläge, wenn man in Wien damit einverstanden wäre, nebst einem Brief an Friedrich senden; er brachte sie sogar in die Form, in welcher sie dem König überreicht werden könnten. Doch widerriet der Staatskanzler die Absendung und schickte dagegen ein freundschaftliches Schreiben an den Grafen Cobenzl in Berlin.

Kaunitz erklärte darin: weder Preußen, das sich Sachsens und Zweibrückens öffentlich angenommen, noch Österreich, welches mit dem Kurfürsten von der Pfalz einen Vertrag abgeschlossen und zur Ausführung gebracht, könnten die geschehenen Schritte

zurückziehen, ohne ihrem Ansehen und ihrer Ehre zu schaden. Kaunitz fand es weiter natürlich, daß der König von Preußen dem Erzhause keine Vergrößerung durch einen Zuwachs gönnen wollte, wenn er nicht auch für sich einen Vorteil erlangte. Aber er behauptete dann, daß Österreich ebenso im Rechte sein würde, wenn es die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg aus allen Kräften hemmte. Alles schien ihm nun darauf anzukommen, daß man mit einer wahren Freimütigkeit und Offenherzigkeit auf beiden Seiten zu Werke ginge. Nachdem Österreich den Anfang gemacht, sollte demnach Cobenzl verlangen, daß der Berliner Hof ohne Rückhalt seine Gedanken und Anträge vorlege, die bisher nur im allgemeinen geäußerten Wünsche namhaft mache. „Geschieht dieses", schloß der Staatskanzler, „so kann und wird die Hauptsache zur beiderseitigen billigen Zufriedenheit gar bald berichtiget sein. Geschieht es nicht, so —. Aber sollte denn das Verhängnis unvermeidlich sein, daß sich zwei Höfe, die freundschaftlich vereinigt die erste Rolle spielen könnten, einander aufreiben müssen, um sodann von der Diktatur eines Dritten oder Vierten — d. h. Frankreichs oder Rußlands — abzuhängen?" Kaunitz bezeichnete damit sehr richtig die große Gefahr, welche der Zwiespalt bringen konnte; wer hatte denn aber Anlaß zu dem Streite gegeben?

Am 1. Mai teilte Cobenzl die Depesche, die er empfangen, den preußischen Ministern Finckenstein und Hertzberg mit. Dieselben fragten alsdann, wie man Pfalz und Sachsen entschädigen würde; darauf empfingen sie aber keinen Bescheid, sondern Cobenzl sagte beständig: nachdem sein Hof den ersten Schritt gethan, werde der König hoffentlich den zweiten thun und angeben, was er unter der Befriedigung der Pfalz und Sachsens verstehe. Doch die Minister hielten die Aufforderung für gefährlich und kamen ihr nicht nach; man wolle, meinten sie, Vorschläge von ihnen haben, deren man sich dann bedienen könne, um glauben zu machen, daß der König aus eigennützigen Beweggründen handele. Am folgenden Tage meldete Hertzberg noch, daß ihm Cobenzl hätte sagen lassen: wenn man in

Wien nur wüßte, was der König für sich, für Zweibrücken und Sachsen verlangte, so würde man die größten Opfer bringen und keineswegs darauf bestehen, alles, was man in Besitz genommen, zu behalten.

Als die preußischen Minister am 7. eine vom König gebilligte Note dem österreichischen Gesandten überreichten und ihn darin aufforderten Vorschläge zu machen, da erklärte dieser: Maria Theresia wolle zugunsten Sachsens ihrem Rückgangsrecht entsagen und dem Kurfürsten Karl Theodor und seinen Nachfolgern die böhmischen Lehen in der Oberpfalz in der alten Weise lassen. Finckenstein und Hertzberg bezeigten ihm ihr Erstaunen über die Geringfügigkeit seiner Anerbietungen; aber er weigerte sich entschieden mehr zu sagen, er wünschte eine Antwort auf seine dürftigen Vorschläge und fügte noch als Freund hinzu, der Augenblick wäre gekommen, wo man sich mit Freimütigkeit aussprechen sollte. Wiederholt übrigens erklärte Cobenzl, daß sein Hof hauptsächlich gern erfahren möchte, was der König von Preußen für sich wünschte. Darauf aber gingen die Minister nicht ein, sondern erklärten bei einer neuen Zusammenkunft: ein Ausgleich sei möglich, wenn Österreich einen Teil von Bayern dem Kurfürsten zurückgebe und für den andern einen angemessenen Ersatz leiste; dann werde Karl Theodor in der Lage sein, die nach der Billigkeit berichtigten Forderungen des Kurfürsten von Sachsen zu befriedigen; wolle letzterem der Kaiser außerdem ein Reichslehen übertragen, und der Wiener Hof den oberlehensherrlichen Rechten entsagen, welche die Krone Böhmen auf einige Stücke Sachsens habe, so werde der Ausgleich noch befördert werden.

Cobenzl versprach, den preußischen Antrag mit einem Eilboten nach Wien zu senden; übrigens kam er jetzt und in den nächsten Tagen wieder auf die fränkischen Markgrafschaften zurück und drückte die Hoffnung aus, daß man sich hierüber äußern würde, da das ein Punkt wäre, der mit den übrigen zugleich behandelt werden sollte. Am 12. Mai meldete Hertzberg dem Könige, wie Cobenzl die nämlichen Äußerungen gegen Personen seines Vertrauens gethan. Der Minister hielt den

Tausch für vorteilhaft, weil er die Macht der preußischen Monarchie vollends konsolidieren würde; daher beschwor er den König, diesen vielleicht einzigen Augenblick zu benützen. Sollte Sachsen die Lausitz nicht gegen die Markgrafschaften hergeben wollen, so schien es ihm ausreichend, wenn man die Einwilligung Österreichs in einen solchen Tausch vertragsmäßig festsetzte. Ja, am folgenden Tage, wo Cobenzl in der Konferenz wieder an Ansbach und Baireuth erinnerte, drängte Hertzberg noch einmal den König, der nach seiner Meinung nichts wagen würde, wenn er einen Gegenplan aufstellte [1]).

Um die Unterhandlung abzukürzen, verstand sich Friedrich hierzu und schickte einen solchen nach Berlin. Sein Vorschlag, der am 20. Mai dem Grafen Cobenzl überreicht wurde, lautete folgendermaßen: Die Kaiserin-Königin behält von dem Gebiete, welches sie besetzt hat, zwei Bezirke, von denen der eine von der Donau und den Flüssen Regen und Cham begrenzt wird, der andere zwischen Österreich, dem Inn und der Salza liegt. Dafür tritt sie dem pfälzischen Hause die an Jülich stoßenden Herzogtümer Limburg und Geldern ab und entsagt ihren an sich unerheblichen Oberlehens- und andern geringfügigen Rechten, die ihr als Königin von Böhmen auf einige Bezirke in Sachsen, der Oberpfalz und Baireuth zustehen. Der Kaiser giebt die eröffneten Reichslehen in Bayern dem Kurfürsten Karl Theodor, die in Schwaben befindlichen und die Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig dem Kurfürsten Friedrich August; dieser empfängt die bewegliche Hinterlassenschaft Maximilian Josephs, eine Geldsumme sowie einen an Baireuth grenzenden Teil der Oberpfalz von Karl Theodor, und er könnte durch einen zu verabredenden Austausch der schwäbischen Lehen noch mehr zufriedengestellt werden. Maria Theresia und Joseph willigen in die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit der kurbrandenburgischen Primogenitur und entsagen, wenn sich Preußen und Sachsen über einen Austausch derselben gegen die Ober- und Niederlausitz und einige andere

1) Korrespondenz der Minister mit dem König in den Geh. Kab.-Akten.

Bezirke vergleichen, dem Rückfallsrecht und allen andern Rechten, die ihnen darauf zustehen.

So trat Friedrich mit dem Vorteil hervor, nach welchem er trachtete. Er wollte freilich den Tausch nur bewerkstelligen, wenn Sachsen von freien Stücken darauf einginge; doch geschah letzteres nicht. Weder der Kurfürst, noch seine Minister zeigten Geneigtheit, einen solchen Plan anzunehmen; sie sagten, daß Ansbach und Baireuth nicht so viel einbrächten, wie die Lausitz, und zu sehr mit fremden Ländern untermischt wären. Hertzberg, welcher dem Könige davon Mitteilung machte [1]), gab letzteres zu, das andere dagegen hielt er für unrichtig. Auch der sächsische Graf Sacken schenkte den angeführten Gründen keinen Glauben. Er hatte schon früher einmal von einem solchen Tausche mit dem Kurfürsten gesprochen und denselben nicht abgeneigt gefunden, wofern Sachsen nur an Menschenzahl und Einkünften nichts einbüßte. Sacken wunderte sich daher, daß Friedrich August es ablehnte, auch nur in Unterhandlung über diese Angelegenheit zu treten, und als er im April 1780 mit dem Grafen Finckenstein darüber sprach, gab er einen ganz anderen Aufschluß. Er glaubte sich nicht zu irren, wenn er annahm, daß Pater Hertz, der apostolische Vikar, und der Beichtvater des Prinzen Anton von dem Tausch abgeraten hätten, weil die Markgrafschaften evangelisch seien, und es dagegen in der Lausitz viele Katholiken gebe, die man nicht unter die Herrschaft eines protestantischen Fürsten dürfe kommen lassen [2]). Der preußische Gesandte in Dresden empfing Befehl, die Sache vorläufig nicht mehr zu berühren. Übrigens hatte der König in jenem Vorschlage nicht gerade sein letztes Wort gesprochen. Dem friedfertigen Bruder schrieb er am 2. Juni: „Mag der Kaiser etwas mehr in Bayern behalten, mag er entweder Limburg oder Geldern dem Kurfürsten von der Pfalz abtreten, das wird den Bruch nicht herbeiführen; aber darauf kommt es an, daß man sich über die Hauptpunkte sowie über

1) 24. Mai (Geh. Kab.-Akten).
2) Finckenstein an den König 13. April 1780. Geh. Kab.-Akten.

die Entschädigung Sachsens und die Erbfolge in den Markgrafschaften verständigt."

Ganz anders dachte Joseph. Der Vorschlag Friedrichs erregte gewaltig seinen Unmut, und er wollte denselben unter keinen Umständen zur Grundlage der Unterhandlung machen, sondern bessere Bedingungen zu erhalten suchen. Übrigens hielt er den Plan des Königs, den er abgeschmackt nannte, für geeignet, die Begeisterung zu schwächen, welche dessen Uneigennützigkeit für einen Augenblick in Europa hervorgerufen hätte. Joseph wollte das Ziel, das er sich gesteckt, auf dem Wege der Unterhandlung wirklich erreichen oder die Sache mit dem Schwert in der Hand entscheiden; er beharrte jedoch standhaft bei dem Glauben, daß der Wiener Hof nicht übel fahren würde, wenn er nur fest bliebe. Darum bat er die Mutter, sie möchte sich gegen alle, die zu ihr kämen, dahin äußern, daß sie den Krieg für unvermeidlich hielte; das würde sich herumsprechen und vielleicht den Ausgang beschleunigen.

Diesem Wunsche des Kaisers willfahrte Maria Theresia um so lieber, als sie damit nur ihre wahre Meinung ausdrückte. Niemand übertraf sie an Friedfertigkeit; aber sie hatte nun einmal ihrem Sohne die Leitung dieser Angelegenheit überlassen, obwohl sie manchmal besser sah, als Joseph. Als der Hauptfehler der österreichischen Politik erschien es ihr mit Recht, daß man zu weitgreifende Pläne verfolgte und deshalb mit der Sprache nicht recht herauskäme. Jedoch der Kaiser bezeigte keine Lust, ihrem Rate zu folgen. Er meinte, wenn der Friede zwischen den beiden Staaten gesichert wäre, wenn Karl Theodor und der Herzog von Zweibrücken nicht mehr auf preußischen Beistand rechnen dürften, dann würde der Wiener Hof bei ihnen den in erster Linie beabsichtigten und allein angemessenen Austausch des Ganzen ebenso erreichen wie der König den seinigen bei dem Kurfürsten von Sachsen; aber so müßten die Kanonen die Angelegenheit erledigen. Am 1. Juni dachte Joseph, wie man sieht, noch an die Erwerbung des gesamten Landes, und die umfassenden Pläne, die er im Kopfe trug, verhinderten ihn allerdings, über den Austausch offen zu

sein. „Das Wesentliche", schrieb er, „ist, daß wir fest bleiben. Die Kosten sind gemacht, das Ansehen der Monarchie verlangt es, und es ist hundertmal besser, zu weichen, nachdem wir unglücklich gewesen und wiederholt geschlagen worden sind, als vorher; denn jenes ist ein Mißgeschick, dieses würde dagegen ein Geständnis der Schwäche, der Ohnmacht sein und die Monarchie den zweiten Mächten einreihen." Joseph glaubte noch immer, daß Friedrich sich sehr besinnen würde, das Wort Marsch auszusprechen, „und wenn er nachgiebt", schrieb der Kaiser, „so ist es der schönste Sieg".

Am folgenden Tage kam in das österreichische Hauptquartier die Depesche, welche der Staatskanzler als Antwort auf den preußischen Vorschlag nach Berlin schickte. Joseph war nicht ganz mit ihr zufrieden, sie atmete ihm Furcht, Schwäche, Lust, den Krieg fast unter allen Umständen zu vermeiden, und er änderte deshalb mehrfach sowohl in den Verhaltungsbefehlen, welche dem Grafen Cobenzl gegeben wurden, als in dem vorweisbaren Schreiben. „So werden wir eher wissen, woran wir sind", schrieb er an die Mutter, „und es wird gut sein." Er wollte den König über den Ernst seiner Absichten aufklären, wie er dem Fürsten Kaunitz meldete. Friedrich gab sich aber gar keiner Täuschung hin, sondern er schaute mit hellem Blick in die Zukunft. Aus dem, was Cobenzl zu seinen Ministern gesagt, ersah er, daß die bayerische Sache durch Federstriche sich nicht würde abmachen lassen. Er mußte freilich die Antwort auf seine Vorschläge noch abwarten; aber er war schon am 29. Mai entschlossen, nach Empfang derselben vom Wiener Hofe den letzten Bescheid zu fordern und dann den Krieg anzukündigen. Wenn es soweit gekommen, sollte der Prinz Heinrich von Sachsen aus in Böhmen einfallen, die Österreicher bei Leitmeritz angreifen und sich, wenn er sie zurückgeworfen, in der Verteidigung halten, bis Friedrich den Kaiser durch einen Einfall in Mähren genötigt hätte, Truppen hierher zu schicken. Dieses Kronland erschien ihm deshalb so geeignet für eine Ablenkung der feindlichen Streitkräfte, weil die großen Familien daselbst ihre Güter hätten, und man von hier aus

dem Wiener Hofe Besorgnis für seine Hauptstadt einflößen könnte, deren Erhaltung dem Hause Habsburg noch ganz anders als die von Prag am Herzen liegen müßte. „Das wäre doch der Teufel", schrieb er, „wenn wir mit diesen Leuten nicht fertig würden .... Es giebt Augenblicke, wo der österreichische Hochmut sich schmeichelt, daß seine Anordnungen uns Schrecken einjagen, und diesen Irrtum muß man ihnen bei jeder Gelegenheit benehmen." Die Nachrichten, die er am 4. Juni von Riedesel aus Wien empfing, bestärkten ihn in seiner Ansicht von der Nutzlosigkeit der Unterhandlung, und er trug noch an demselben Tage seinen Ministern in Berlin auf, nach der Konferenz mit dem österreichischen Gesandten den letzten Entschluß von dem Wiener Hofe zu fordern.

Die Zusammenkunft fand am 7. Juni statt. Die Antwort, welche Cobenzl überreichte, war so ungenügend, wie Friedrich es vorausgesehen; aber einige Redewendungen zeigten, und Cobenzl leugnete das auch nicht, daß der Wiener Hof hiermit seine letzten Entschlüsse kundgeben wollte. Der König befahl am 9. wiederum seinen Ministern, das Ultimatum zu verlangen. Er wollte gleichfalls „dieser ganzen Trödelei" ein Ende machen und erfahren, woran er denn wäre. Deswegen empfing auch Riedesel am 10. noch den Auftrag, eine unumwundene Auskunft über die Entschädigungen, welche der Wiener Hof dem Kurfürsten Karl Theodor gewähren wollte, vom Staatskanzler zu fordern; dieser sollte sehen, daß von seiner Antwort die Entscheidung über Krieg und Frieden abhinge. „Ich verstehe die Apokalypsen Eures Kaunitz nicht", schrieb der König eigenhändig; „ich bin kein Seher, und er muß entweder sprechen, oder der Krieg bricht aus. Dieses Orakel ist sicherer als das des Calchas" [1]). Frankreich, Rußland, Sachsen und Zweibrücken wurden von dem Stande der Unterhandlung in Kenntnis gesetzt und auf den drohenden Bruch vorbereitet; 20 Bataillone marschierten am 11. Juni

1) An Riedesel 10. Juni.

nach Pischkowitz in der Nähe von Glatz, um dort ein Lager zu beziehen.

Österreich mußte nun seine Wahl treffen. Aber Joseph blieb unbeugsam, entschlossen, über den Tausch, den er beabsichtigte, dem Könige von Preußen nicht eher Auskunft zu erteilen, als bis die Heere sich getrennt hätten, und es lieber zum äußersten kommen zu lassen. „Es wäre doch entsetzlich", schrieb er an Maria Theresia, „wenn wir nach so vielen Unkosten und Mühen und nachdem wir ein solches Heer versammelt haben, einen schimpflichen, entehrenden und nachteiligen Vertrag schließen sollten, der hundertmal schlimmer sein würde denn eine verlorene Schlacht." Er bat also, man möge bei den allgemein gehaltenen Forderungen stehen bleiben und den König zwingen, entweder anzugreifen oder nachzugeben.

Mit ganz andern Augen betrachtete dagegen Maria Theresia die preußische Note, welche sie ganz angemessen fand. „Leider sind wir es, die gefehlt haben", antwortete sie dem kriegslustigen Sohne, „da wir mit der Sprache nicht herauskommen, und wir können es nicht, weil wir Ungerechtes wollen, das wir durch die Ereignisse zu gewinnen hofften oder durch den Köder der Lausitz. Ich habe stets behauptet, diesmal ist es dem König unmöglich zurückzutreten und seiner unbilligen Denkungsart — d. h. seinem Vorteile — zu folgen, ohne sich zu sehr zu entlarven; er ist zu weit gegangen, und diese Antwort bringt uns den Krieg." Maria Theresia beurteilt die Lage des Königs weit unbefangener als ihr Sohn, welcher an Friedrichs Absicht, im Notfalle den Krieg anzufangen, nicht glauben wollte. Und sprach denn nicht viel für einen Vergleich? Der amtliche Bericht über die österreichischen Finanzen aus dem Ende des verflossenen Jahres hatte von neuem bewiesen, daß die Gesamteinnahme kaum hinreichen dürfte, die Friedenseinrichtungen zu decken, wenn die Ausgaben nicht sehr ermäßigt würden [1]). Durch die großen Kriegsrüstungen wuchs die Ver-

1) Am 25. März 1777 schrieb Friedrich an Solms: 1763 hätte Österreich 140 Mill. Schulden gehabt und seitdem 20 Mill. abgezahlt, die

legenheit natürlich ungeheuer, und indem auch die Engländer, Franzosen und Sachsen Geld suchten, waren Anleihen äußerst schwierig zu bewerkstelligen.

Die Beziehungen zu den fremden Mächten boten auch wenig Trost. Aus Petersburg war der längst erwartete Bote zwar gegen den 22. April endlich zurückgekehrt; aber die Nachrichten, die er brachte, fand Maria Theresia nichts weniger als gut, und sie glaubte, daß der König von Preußen die 30 000 Mann bekommen würde. So günstig standen freilich die Sachen für Friedrich keineswegs. Rußland wollte sich in die deutschen Angelegenheiten nicht mischen, weil es schonende Rücksichten gegen den Wiener Hof zu nehmen hatte, damit dieser nicht die Pforte zum Bruche triebe. Der von letzterer beschützte Khan Selim war zwar gegen Ende des Februars in die Flucht geschlagen worden und auf türkischen Schiffen entwichen; aber der Sultan versagte dem andern, Schahin Girai, weiter die geistliche Bestätigung. Der Kapudan Pascha erhielt Befehl, mit 9 Linienschiffen nach dem Schwarzen Meer aufzubrechen. Umgekehrt beschäftigte sich auch Rußland ernstlich mit dem Feldzugsplan und beschloß, mit drei starken Heeresabteilungen in den Krieg zu ziehen, wenn sich derselbe nun einmal nicht vermeiden ließe. Die Angelegenheiten der Krim wogen in Katharinas Augen notwendigerweise viel schwerer als die bayerische Sache.

Um den Anfang des Maimonats erklärte Maria Theresia in einem eigenhändigen Schreiben ihr Verhalten und das des Königs von Preußen der Kaiserin von Rußland und überließ ihr die Entscheidung darüber, wer als der angreifende Teil betrachtet werden müßte. Sie jammerte, daß sie in einem Augenblick aus dieser Welt abgerufen werden könnte, wo ihr Gemüt für die andere völlig unvorbereitet wäre. Nach Versicherungen großer Freundschaft und Anhänglichkeit forderte sie

Zinsen, reduziert auf 4 Prozent, betrügen etwa 5 Mill; Gesamteinnahme: 36 Mill., Bevölkerung: 11 Mill., Militär 224 000. Preußen hätte keine Schulden, Einkommen: etwas über die Hälfte (sc. von 36 Mill.), Bevölkerung 5 Mill., Heer 180 000.

die Kaiserin von Rußland auf, als Christin und als Herrscherin ihren Einfluß beim Könige von Preußen zu gebrauchen, damit er von seinen bisherigen unzulässigen Forderungen abstände. Bald darauf kehrte der General Kaunitz, ein Sohn des österreichischen Staatskanzlers, aus Petersburg, wo er Gesandter war, zurück, bezaubert von der Kaiserin und mit einer Erwiderung voll schöner Worte, die aber Maria Theresia nicht täuschten. „Niemand", schrieb sie an Joseph, „spricht auch nur von Vermittelung." Das war also die stille Hoffnung gewesen, die ihr die Feder in die bebende Hand gedrückt.

Während sich der Wiener Hof der Besorgnis nicht entschlug, daß doch das russische Bündnis noch die Streitkräfte des Gegners vermehren würde, schien das französische für ihn selbst ohne Frucht bleiben zu sollen. Allerdings trat ein Ereignis ein, welches ihm sehr nützlich werden konnte. Ludwig XVI. weidete sich endlich an der sicheren Aussicht, Vater zu werden. Maria Theresia nahm die Nachricht von der Erfüllung eines längst gehegten Wunsches mit einer gewissen Gleichgültigkeit auf, so unablässig dachte sie an die Gefahren, die ihrem Sohn und ihren Ländern drohten; dagegen belebten sich sogleich die Hoffnungen des Kaisers. Allein auch jetzt erlangte seine Schwester keinen Einfluß, die französische Regierung ging vielmehr auf dem einmal eingeschlagenen Wege der Neutralität beharrlich weiter; es kam vor, daß Marie Antoinette von wichtigen Beschlüssen durch den österreichischen Gesandten die erste Kenntnis erhielt.

Im Anfange des Juni erneuerte Kaunitz seine Bemühungen in Versailles, jedoch mit dem nämlichen schlechten Erfolge. Die Antwort, welche Vergennes gab, läßt vielmehr durchblicken, daß er an die Rechtmäßigkeit der Ansprüche des Wiener Hofes wenig oder gar nicht glaubte und über die Größe des von Österreich besetzten Landstriches stutzig geworden war. Er weigerte sich sogar, in Berlin eine Sprache zu führen, die den König von Preußen einem Vergleiche geneigter machen könnte. Kaunitz hatte noch den sonderbaren Einfall gehabt anzufragen, was geschehen würde, wenn der Kaiser die Garantie des West-

fälischen Friedens anriefe. Vergennes wies aber nicht nur darauf hin, daß die Gegner dies schon gethan hätten, sondern er behauptete weiter: wenn der Landfriede gestört ist, so gebührt es den im Reichstage versammelten Ständen, zu erklären, wer ihn gebrochen hat; könnte jedes Mitglied nach seinem Belieben die Garantie verlangen, dann würde das bei dem geringsten Anlaß erfolgen und die so weise festgesetzte Ordnung verkehrt werden. Der Krieg mit England legte dem Grafen Vergennes die Notwendigkeit auf, staatsrechtliche Lehren zu behaupten, zu denen er sich unter andern Umständen schwerlich bekannt haben würde. Die Haltung, welche Georg III. als Kurfürst von Hannover in der bayerischen Sache beobachtete, mahnte desgleichen zu vorsichtiger Behandlung der deutschen Frage; denn sowohl in Regensburg als anderwärts äußerte sich der König von England sehr heftig über das Verfahren des Kaisers und zeigte Lust zur Bildung eines Reichsheeres.

Auch an den kleinen deutschen Höfen stieg die Mißstimmung gegen Wien. „Wenige Fürsten sind für uns", schrieb Maria Theresia den 10. Mai, „hauptsächlich nicht die protestantischen." In Bayern standen die Einwohner ganz auf seiten der Herzogin Anna Maria, die von dem Wunsche durchglüht war, daß auch nicht das geringste Stück Landes an Österreich abgetreten werden sollte. In verwandtem Geiste wirkte die Ministerialdeputation, welche für die Grenzberichtigung eingesetzt war. Die Stellung Karl Theodors in München ward immer unbehaglicher, und er beschloß, nach Mannheim zurückzukehren.

Bei dieser Lage der Dinge war die Besorgnis Maria Theresias von Tage zu Tage gestiegen. Sie fürchtete, mit dem Beginne des Krieges den Verstand zu verlieren. Wie oft hatte sie ihren Sohn auf das herzlichste gebeten, Frieden zu schließen! Indem sie ihren höchsten Wunsch am 21. Juni dringend wiederholte, setzte sie traurig hinzu: „Es lohnt wohl nicht der Mühe. Mein Gott, welch unglücklicher Gedanke war dieses Niederbayern; denn ich kann nicht glauben, daß es noch die Absicht ist, das Ganze gegen die Niederlande einzutauschen." Aber der Kaiser blieb seinem Entschluß unerschütterlich treu, und Kaunitz ent-

sprach diesmal den empfangenen Weisungen so gut, daß Joseph an der neuen Depesche nichts auszusetzen fand und nichts hinzuzufügen wußte. Er beförderte dieselbe sogleich weiter und unterrichtete dann die verschiedenen Befehlshaber davon, daß er den Bruch für sehr nahe hielte, damit sie auf ihrer Hut wären. „Binnen acht Tagen haben wir Krieg", schrieb er gegen Ende des Monats an seine Mutter, „oder der König ist ein Prahler und fängt nicht mehr an. Ich bekenne, die Zeit ist kritisch; aber es giebt unter den gegenwärtigen Umständen keinen andern Ausweg. Es handelt sich nicht sowohl um Bayern, als um das Ansehen oder die Erniedrigung des Staates. Der Krieg kann unglücklich sein, doch das wird nie so schlimme Folgen haben, als wenn wir vor den Drohungen dieses Menschen zurückweichen."

Wie der Kaiser die Mutter, so mußte Friedrich den Bruder beschwichtigen; denn je mehr sich die Friedensaussichten verfinsterten, desto unruhiger wurde der Prinz Heinrich. Er sah alles schwarz, malte sich die Zukunft traurig aus und fürchtete krank zu werden. Der König, der sich hierüber betrübte, suchte wiederholt den niedergeschlagenen Mut des Bruders aufzurichten. Am 11. Juni ließ er, wie erwähnt, 20 Bataillone nach Pischkowitz aufbrechen. Seine Absicht war, einen Teil der feindlichen Streitkräfte wider sich zu lenken und sie durch fortgesetzte Streifzüge bis Jaromirsch hin zu beschäftigen. Inzwischen sollte der Prinz Heinrich in Böhmen einrücken und die ihm gegenüber befindliche Macht umgehen, besiegen oder aus ihrer Stellung vertreiben. Dann wollte der König die Glätzer Truppen zur Deckung von Niederschlesien stehen lassen, bis er in Mähren über den Herzog Albert einige beträchtliche Vorteile davongetragen hätte. „Das wird", schrieb er, „das Schicksal des Feldzugs hoffentlich entscheiden." Ungern vermissen wir die Briefe des Prinzen aus dieser Zeit; die Antwort auf die eben mitgeteilte Meldung muß besonders kläglich ausgefallen sein. Friedrich erinnerte nun seinen Bruder daran, wie sie vormals oft mit 26000 Mann gegen 60000 Feinde glücklich gewesen wären; jetzt hätte Heinrich mit Einschluß der

Sachsen 80 000 Mann, und er selbst ungefähr ebenso viel. „Ist Dir übrigens dieser Krieg zuwider"; fuhr der König fort, „so darfst Du mir es nur sagen, wie mein Bruder Ferdinand, und es steht Dir frei, Dich davon zu entbinden. Aber im Grunde sehe ich nicht, fügte Friedrich begütigend hinzu, was Dich so sehr beunruhigt. Ich bin mit meinem Heere hier und werde nicht eher fortgehen, als bis Du in Böhmen bist." Der König betrachtete den Krieg für so gut wie erklärt. „Es ist unmöglich", schrieb er, „zurückzuweichen, ohne seine Ehre zu verlieren, und die Antwort, die man erwartet, wird sicherlich nicht befriedigend sein. Rechne also auf den Krieg und lege alle jene Friedensgedanken, die jetzt unpraktisch sind, beiseite." Der Prinz scheint hauptsächlich von dem Marsche des Königs nach Mähren Unheil für sich gefürchtet und ihm deshalb davon abgeraten zu haben. Aber Friedrich erklärte, daß er, ohne sich sehr in Nachteil zu setzen und grobe Fehler zu begehen, den Feldzugsplan nicht ändern könnte; dagegen versprach er wiederum zu warten, bis Heinrich die Truppen, die er in Böhmen vor sich fände, zurückgeworfen hätte. „Guter Mut und Selbstvertrauen", schloß er, „und ich bürge dafür, daß der Kaiser, so sehr er Cäsar ist, lernen wird, Wasser in seinen Wein zu gießen." Noch einmal setzte Heinrich auseinander, wie sich der Streit ausgleichen ließe. „Du wirst mir einen großen Gefallen thun", antwortete der König, „wenn Du die schönen Dinge, welche du für den Frieden vorschlägst, den Österreichern sagst und annehmlich machst; das ist es gerade, was ich von denselben fordere und nicht erlangen kann."

Auch Hertzberg hatte um diese Zeit den Krieg widerraten; er meinte, Friedrich sei in der unangenehmen Lage, entweder zu den Waffen greifen oder in eine ungerechte Zergliederung willigen zu müssen, das eine sei gefährlich, das andere unmöglich. Deshalb schlug Hertzberg vor: Der König erkläre den Garanten des Westfälischen Friedens und den Mitständen seine Bereitwilligkeit, für Bayerns Integrität und die gerechte Ordnung dieser Erbfolge mit bewaffneter Hand einzutreten, wenn sie mit ihm gemeinschaftliche Sache machten, wo nicht, so sehe

er sich genötigt, diese Erbfolge ihrem Schicksal und der Zeit zu überlassen und mit Sachsen und Zweibrücken gegen die Zergliederung zu protestieren [1]). In diesem Falle würde natürlich Joseph vergnügt und mit Stolz auf seine Menschenkenntnis den Gewinn eingestrichen haben.

Am 27. Juni empfing Friedrich aus Wien die Antwort des Staatskanzlers. Riedesel, welcher den Auftrag erhalten, die Erwiderung des Fürsten Kaunitz, wenn sie ihm annehmbar erschiene, durch einen Eilboten, im andern Fall aber mit der gewöhnlichen Post zu schicken, hatte sich bereits am 13. früh seines Auftrags entledigt; aber erst am 24. empfing er Bescheid. Auch diesmal ging der Staatskanzler mit der Sprache nicht weiter heraus, sondern beharrte bei seiner apokalyptischen Redeweise. Darauf erklärte der preußische Gesandte: der König werde niemals darein willigen, daß Österreich alles behalte, was es in Besitz genommen, dagegen könne demselben wohl ein Teil überlassen und dabei so verfahren werden, daß die Würde des kaiserlichen Hofes keine Verletzung erleide. Der König habe die Erbfolge in den fränkischen Markgrafschaften nur deshalb hier hereinziehen lassen, um die Hauptunterhandlung zu erleichtern; aber er sei weit entfernt, diese rechtmäßige und unbestreitbare Erbfolge mit der bayerischen auf eine Linie zu setzen. Riedesel erklärte weiter: aus Gefälligkeit und Uneigennützigkeit hätte der König im Laufe der Unterhandlung gethan, was er ohne Schwäche zu zeigen thun konnte, er wäre auf alles gefaßt und zu allem entschlossen, und die Schuld der Friedensstörung würde nicht auf ihn fallen. Aber umgekehrt sprach auch Kaunitz den festen Willen aus, auf keinen andern Plan einzugehen noch andere Grundsätze anzunehmen als diejenigen, die er aufgestellt hätte und die sich auf Vernunft, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit gründeten [2]).

Der Bruch war vollzogen. Als der König die Antwort des Staatskanzlers empfangen, meldete er sogleich seinem Bruder,

1) Am 19. Juni. Geh. Kab.-Akten.
2) Riedesel 24. Juni.

daß er sich nun genötigt sehe, den Krieg zu erklären; am 30. werde seine Depesche nach Berlin gelangen, am 1. Juli solle der Prinz marschieren und am 3. die Ankündigung der Feindseligkeiten erfolgen. In dem Augenblicke, wo es sich darum handelte, den Rubicon zu überschreiten, glaubte Hertzberg noch einmal als Warner auftreten zu müssen, indem er seinen alten Plan dem Könige wiederholte. Jetzt aber wurde Friedrich sehr ungnädig. Er schickte das Schreiben zurück mit dem eigenhändigen Bemerken: „Geht zum Teufel mit Euren schändlichen Plänen; Ihr paßt zum Minister von solchen Kujonen wie der Kurfürst von Bayern, aber nicht für mich!“ [1]).

Zur bestimmten Zeit erhielt der Graf Cobenzl wirklich die ausführliche Note, durch welche die freundschaftlichen Beziehungen abgebrochen wurden. An demselben Tage begab sich der König in das Lager von Pischkowitz bei Glatz. „Es ist jetzt an mir zu handeln“, schrieb er von hier dem Prinzen, „und Du mußt Dich in der Verteidigung halten, bis ich einigen Erfolg gehabt habe.“ Die Preußen drangen am 5. ungehindert bei Schlanay über die Grenze von Böhmen und marschierten gedrängt und starken Schrittes gegen die Stadt Nachod. Dieser Mensch war kein Prahler!

Aber Friedrich wollte zugleich die öffentliche Meinung auf seiner Seite haben und fremden Beistand gewinnen. Darum ging er zunächst an den Reichstag und gab der Versammlung durch eine sehr umfangreiche Schrift ziemlich ausführliche Kunde von den preußischen Unterhandlungen mit dem Wiener Hofe. Der König bemerkte darin über die Vergleichsvorschläge, die er gemacht, daß dieselben in Ansehung der Natur der erhobenen Ansprüche viel zu vorteilhaft wären und die Rechte des pfälzischen Hauses zu sehr verletzten; aber es wäre dies, fügt er entschuldigend hinzu, nur in der Absicht und Erwartung geschehen,

1) Am 7. Dezember schickte Hertzberg les deux représentations, die er demselben gemacht, und wodurch man hätte den Krieg vermeiden können, dem Prinzen von Preußen, um zu beweisen, daß er nicht zum Kriege geraten. Er lebte folglich noch immer der Überzeugung, recht gehabt zu haben. (Immediat-Korrespondenz des Grafen Hertzberg.)

daß jenes Haus sich entschließen würde, dem Ruhestand und dem gemeinen Besten von Deutschland etwas aufzuopfern, nachdem die Erbschaftsangelegenheit einmal durch die gar zu große Nachgiebigkeit seines Hauptes eine so schlimme Wendung genommen. Er wollte die Vereinigung der Länder Ansbach und Baireuth mit der Kur Brandenburg und die Vertauschung derselben mit der Lausitz nur auf den Antrag des Wiener Hofes eingeflochten haben und ohne Absichten von Vergrößerung und eigenem Interesse. Den österreichischen Vorschlägen warf er vor, daß sie unbestimmt und dunkel wären und daß sie, da sie den gar zu gefährlichen Vertrag vom 3. Januar bestehen ließen, die Austauschung und also den Verlust von ganz Bayern für das pfälzische Haus nach sich ziehen könnten. Er legte dann seinen Mitständen, ohne vorzugreifen oder sich ein Richteramt anzumaßen, die Grundsätze dar, nach welchen er das Recht der bayerischen Erbfolge und den darüber ausgebrochenen Streit betrachtete.

Sehr eingehend und wahrhaft vernichtend war die Erörterung, die nun über die Ansprüche des Wiener Hofes folgte. Dieselben gingen sehr weit zurück. Als die Straubinger Linie des Hauses Wittelsbach 1425 ausgestorben war, hatten die vier oberbayerischen Herzöge sowohl als der Herzog Albrecht von Österreich ihr Recht auf Niederbayern geltend gemacht; aber durch kaiserlichen Spruch wurde das Land im Jahre 1429 nur jenen gegeben, und Albrecht ging leer aus. Dessen männliche Nachkommenschaft erlosch 1457 und 1740 bekanntlich sogar die des ganzen Hauses Habsburg; daß aber Bayern ein Mannslehen wäre, wußten Joseph und Kaunitz recht wohl. Die niederbayerische Linie war 1503 ausgestorben; jedoch Kaiser Maximilian I. hatte nicht bestimmt, was infolge des Lehenbriefes von 1426, auf welchen sich der Wiener Hof im Jahre 1778 berief, bald oder künftig an Österreich fallen sollte. So war es nur mild ausgedrückt, wenn Maria Theresia die Ansprüche des Wiener Hofes wenig erwiesen und veraltet nannte.

Der König von Preußen erklärte weiter, daß Karl Theodor

zu dem Abkommen nicht mit ganz freiem Willen, sondern mehr durch Überraschung und Drohung bewogen worden, und er erbot sich, wenn der Zweifel weiter getrieben werden sollte, nötigenfalls Geständnisse und dergleichen Beweise darüber beizubringen. Joseph II. klagte der König an, als Mitregent des österreichischen Staates die Zergliederung Bayerns unternommen und als Kaiser noch nichts gethan zu haben, um die wichtige Angelegenheit auf den reichsgesetzmäßigen Weg zu lenken. Dafür daß er sich der äußerst verletzten Rechte vieler angesehener Fürsten und folglich der Sicherheit und Erhaltung des Deutschen Reiches so sehr annahm, versprach er sich nicht allein den Beifall, sondern auch die Unterstützung aller patriotisch gesinnten Mitstände, die er zu den nachdrücklichsten und nicht mehr, wie am 16. März, zu den ehrerbietigsten Vorstellungen in Wien aufforderte, damit die bayerische Erbfolge wieder in ihren früheren Stand gesetzt und zu rechtmäßiger Regulierung eingeleitet würde.

Nach der Erfahrung freilich konnte der König auf Beistand vom Reichstage kaum rechnen. Bereits früher hatte der Ärger ihm den harten, aber treffenden Ausspruch eingegeben: „Die deutschen Fürsten sollten sich wenigstens schämen, daß sie für mich nicht bellen, während ich für sie kämpfe“ [1]). Er suchte seine Mitstände jetzt in anderer Weise zu benutzen, indem er ihnen vorschlug, die Hilfe der beiden Garanten des Westfälischen Friedens wie auch anderer ansehnlicher Mächte, die an der Erhaltung des Deutschen Reiches so vielen Anteil nehmen müßten, in Gemeinschaft mit ihm nachzusuchen. Die fremden Mächte empfingen von dem Berliner Hofe die nämliche Belehrung in französischer Sprache. Die Beilagen enthielten den größten Teil der Noten, die zwischen Berlin und Wien gewechselt worden waren, und einige andere Aktenstücke, die Licht über die verschiedenen Streitpunkte verbreiten konnten. Der Lehenbrief, welchen der Kaiser Sigismund dem Herzog Albrecht

1) Der König an Finckenstein 18. April 1778. Geh. Kab.-Akten.

von Österreich gegeben haben sollte, wurde hier zum erstenmale vollständig mitgeteilt [1]).

Am 17. Juli las der preußische Komitialgesandte Freiherr von Schwartzenau die an die hohen Mitstände gerichtete Schrift in Regensburg dem versammelten Reichsrate von Anfang bis Ende mit Ausnahme der Beilagen vor, und die Erklärung des Königs von Preußen fand so viel „neugierigen" Beifall, daß von den deutschen und französischen Abdrücken die 1000 Exemplare, welche vorhanden waren, nicht ausreichten und eine nochmalige Auflage von 500 Stück veranstaltet werden mußte. Auch diese war in kurzer Zeit beinahe gänzlich vergriffen, weil in jenen Gegenden, wie Schwartzenau meldete, fast alles preußisch gesinnt und auf die von dorther kommenden Schriften weit mehr als auf die österreichischen versessen war.

Am 23. wurde noch ein Nachtrag zu dem preußischen Manifeste verteilt. Vor einigen Wochen hatte nämlich die Herzogin Anna Maria von Bayern eine Urkunde von der höchsten Bedeutung für den vorliegenden Streit, wenn sie echt war, in einer beglaubigten Abschrift des Jahres 1569 nach Berlin geschickt [2]). Danach sollte der Herzog Albrecht von Österreich am 30. November 1429 gegen gewisse Vorteile, die ihm von den vier bayerischen Herzögen bewilligt worden, allen Ansprüchen entsagt haben. Auch diese Urkunde ließ Schwartzenau am 23. durch 1000 Abdrücke bekannt machen, und sie erregte begreiflicherweise das größte Aufsehen und Erstaunen.

So angenehm aber auch die Nachrichten aus Regensburg dem Könige von Preußen sein konnten, so brachten sie ihm doch in dem Kampfe, worin er begriffen war, keinen Beistand. Verhandlungen über die bayerische Angelegenheit fanden im Reichstage nicht statt [3]); dagegen war Maria Theresia nun

1) Ich handle darüber ausführlich in meiner Gesch. des bayerischen Erbfolgekrieges, S. 101 ff.

2) In Mediat an Schwartzenau 14. Juli läßt der König der Herzogin für diese Urkunde danken, die er am 6. Juli empfangen. Ich handle über dieselbe in meinem Buche S. 198—199.

3) Schwartzenau 20., 23. und 27. Juli. Am 10. Juli war Schwartzenau

selbst hervorgetreten, um die Flamme des Krieges gewissermaßen noch im Entstehen auszulöschen. „Unser Unglück ist bestätigt", hatte sie dem Staatskanzler geschrieben, als sie ihn von dem Anfange der Feindseligkeiten unterrichtete; denn auch das erwartete Leid erschreckt noch. Inbrünstig warf sie sich seitdem an den Stufen der Altäre nieder und rief den göttlichen Beistand an; wie sie dort Linderung fand, so versprach sie sich von dort allein Hilfe. Der Kaiser wünschte dagegen mehr von ihr. Er ersuchte sie dringend, die äußersten Anstrengungen zu machen. „Die Erhaltung der Monarchie", schrieb er, „hängt bei dem verderblichen und höchst gefährlichen Kriege, der jetzt entstanden ist, von wenigen unglücklichen Augenblicken ab. Der Feind, mit welchem wir zu thun haben, ist uns an Stärke wirklich überlegen und bekanntermaßen zu allen Mitteln bereit, ja ein großer Kriegsmann. Wir sind in der That ohne Verbündete, folglich muß die Monarchie auch in sich selbst ihre Hilfsquellen suchen und darauf allein vertrauen." Unter diesen Umständen schien es dem Kaiser unverantwortlich, wenn man die Kräfte nicht unverzüglich aller Orten auf das äußerste spannen wollte. Daher schlug er vor, die Finanzen auf jede nur ersinnliche Art zu verbessern und in der Fremde sich unter was immer für harten Bedingungen Kredit zu verschaffen. Außerdem begehrte Joseph eine rücksichtslose Aus-

angewiesen worden, jedem Gesandten ein Exemplar zuzustellen mit der Bitte, schleunigst hierüber zu berichten und Instruktion einzuholen. „Ihr werdet auch", heißt es weiter, „die Directoria ersuchen müssen, die Sache zur Reichstagsdeliberation zu stellen, ob wir gleich vorher sehen, daß sie nicht dazu zu bringen sein werden, so daß auf dem Reichstage nichts vorfallen wird als daß Gegendeklarationes geschehen." Am 2. März hatte Schwartzenau gemeldet: der kurmainzische Reichs-Directorialis müsse dem kais. Hofe ganz eigen sein, und die Einrissigkeit der österreichischen Gesandten gehe so weit, daß manche der größeren, geschweige denn die kleinen, sich dagegen an den Laden zu legen nicht getrauen. (Das Wort Einrissigkeit im Sinne von Despotismus braucht Schwartzenau auch 6. April, und Lehrbach, welcher wieder den Kurfürsten Karl Theodor beherrscht, wird von ihm ein sehr einrissiger Mann in dem Berichte vom 19. November genannt.)

hebung von mindestens 40000 Mann. Endlich riet er, das Äußerste anzuwenden, um entweder durch Bündnisse — mit deutschen Fürsten — fremde Beihilfe zu bekommen oder wenigstens Truppen in Sold nehmen zu können.

Es zeigte wenig Überlegung, daß der Kaiser, nachdem er bisher die größte Zuversicht zur Schau getragen, schon jetzt, am Anfange des Krieges, solche Forderungen erhob, die seine Mutter leicht erschrecken konnten. Aber die Wirkung seiner Vorstellungen war so gewaltig, wie sie kein Mensch erwartet hätte, weil die Aufregung, worin sich Maria Theresia seit vielen Monaten befand, nach dem Ausbruch des Krieges noch unendlich gewachsen war. Die Furcht vor dem Könige, von welchem sie wußte, daß er mit großen Schlägen anzufangen pflegte, der Gedanke an die Gefahren, die zwei von ihren Söhnen und einen Schwiegersohn bedrohten, nahmen ihr jede ruhige Überlegung, und sie gab den Worten des Kaisers eine Tragweite, welche dieselben gar nicht besaßen. „Wenn sich die Verwirrung schon jetzt einstellt, ehe man noch einen Flintenschuß abgefeuert hat", schrieb sie an Kaunitz, „was können wir da von der Zukunft erwarten? Ich bin daher fest entschlossen, das Unmögliche zu versuchen, um den Bruch noch zu beschwören." Maria Theresia verlangte nicht allein, daß ihr der Staatskanzler Mittel nennen sollte, wie der Krieg unverzüglich beendet werden könnte, sondern sie wollte von ihm auch erfahren, was sie dem Kaiser antworten sollte; denn sie wäre mit ihrem Latein zu Ende [1]).

Sie versprach dann am 11. dem Sohne, seine Forderungen nach Kräften zu erfüllen. Freilich schien ihr nicht alles ausführbar; manche Maßregel erheischte Zeit oder konnte den Versuchen, Geld vom Auslande zu bekommen, schaden. „Und wo sind", fragte sie, „fremde Truppen zu finden? Die Katholiken haben beinahe keine, die Protestanten sind insgesamt gegen uns." Aber es gilt, ihren Joseph und die Trümmer seines Erbgutes zu retten, und dafür ist sie bereit, alle Mittel an-

1) Arneth X, 808. 809 (N. 694 u. 695).

zuwenden; denn der Degen allein genüge nicht. Sie ermahnt den Kaiser, womöglich auf dem Schlachtfelde Frieden unter jeder Bedingung zu schließen; das würde, meinte sie, keine Schwäche sein, und wenn es eine sei, dann möge er sie auf ihr graues Haupt werfen, das nur dazu tauge. Sie will ihren Sohn in diesen Bemühungen unterstützen und in der nämlichen Richtung arbeiten, um ihn so schnell als möglich aus der grausamen und gefährlichen Lage zu reißen; Zeitgewinn bringe nur Verlust. Der Gedanke, daß es um die Rettung ihres Sohnes sich handelt, richtet sie auf; sie glaubt, die alten Kräfte, das Feuer, welches vor 25 Jahren sie belebte, zu fühlen. Aber wie, wenn Joseph in einem Augenblicke der Verzweiflung den Tod im Gewühle des Kampfes sucht? „Nur erhalte Dich", flehte sie, „denn ich erliege sonst, und der gute Gott wird Dir helfen. Ich weiß, Du erwartest von ihm allein Beistand und wirst aus seiner Hand annehmen, was er Dir schickt, als sein Geschöpf, dem er nichts verdankt und welches ihm alles schuldig ist."

Joseph wurde zu Thränen gerührt, als er diesen Brief empfing. Er erblickt wieder die große, die unvergleichliche Maria Theresia vor sich, die alle Mittel gebrauchen und finden wird, um ihre Heere, ihre Staaten, ihren Ruhm zu behaupten. Er ist glücklich, eine solche Mutter und Herrscherin zu besitzen, und er gelobt, das kostbare Blut, das er von ihr empfangen, nicht Lügen zu strafen. „Aber ich wag' es noch einmal zu sagen", fügt er hinzu, „man muß alle Anstrengungen machen, um diesem Feinde die Spitze zu bieten."

Joseph hatte zu schnell gelesen und seine Mutter nicht verstanden. Wohl will sie Rekruten und Geld für einen zweiten Feldzug schaffen; aber zugleich dürstet ihre Seele mehr denn je nach Frieden, und sie wagt einen außerordentlichen Schritt, indem sie beschließt, auf den Vorschlag des Staatskanzlers den Freiherrn v. Thugut, der früher in Konstantinopel Gesandter gewesen war, in das feindliche Hauptquartier zu schicken und zu versuchen, ob sie mit dem Gegner sich verständigen könne.

Nicht ohne Überwindung schrieb Maria Theresia an den

König. Sie bezeichnete demſelben ihr Alter, ihre weltbekannte Friedensliebe und mütterliche Beſorgnis — denn bei dem Heere ſtänden zwei von ihren Söhnen und ein geliebter Eidam — als die Gründe, welche ſie beſtimmt hätten, ohne von ihrem Vorhaben den Kaiſer in Kenntnis zu ſetzen, die bisher von dieſem geleiteten und zu ihrem größten Bedauern abgebrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen und womöglich zu Ende zu bringen. Welches aber immer der Ausgang wäre, ſo bat ſie, die Sache geheim zu halten. Briefe Joſephs vom 8. und 9. zeigten ihr an, daß die Heere kampfbereit einander gegenüber ſtänden. Um eine Schlacht zu verhindern, meldet ſie in einer Nachſchrift dem Könige: ſie wäre dadurch bewogen worden, die Sendung zu beſchleunigen. „Ich gedenke", fuhr ſie fort, „nach Thuguts Abreiſe dem Kaiſer einen Kurier zu ſchicken, um ſo vielleicht übereilte Schritte zu verhindern." Verſehen mit einem Paſſe des ruſſiſchen Geſandten, des Fürſten Galizin, als ob er in deſſen Dienſten ſtände, verließ Thugut in der Frühe des nächſten Tages Wien.

Maria Thereſia hatte ſich zu dem, was ſie gethan, entſchloſſen, ehe ſie noch die unklugen Offenherzigkeiten ihres Sohnes geleſen. Erſt nachher empfing ſie Briefe von dieſem, die ihren Schritt entſchuldigen konnten. Am 11. hatte Joſeph ſeiner Mutter eingeſtanden: „Unſere Lage iſt wirklich recht kritiſch, der Feind iſt überall ſtärker als wir und dabei ſehr geſchickt und kühn; wir werden viel Not haben. Aber wenn wir uns hier nicht halten, müſſen wir uns entſchließen, dem Könige Böhmen preiszugeben. Nur ein günſtiger Augenblick, ein wenig göttliche Gnade könnten allen Übelſtänden abhelfen . . . Ließe der Friede ſich unter einigermaßen annehmbaren Bedingungen herſtellen, ſo würde das ein großes Glück ſein; aber ich ſehe keine Möglichkeit." Und am 12. hatte Joſeph geſchrieben: „Gewiß iſt der Krieg etwas Schreckliches, die Leiden, die er verurſacht, ſind entſetzlich, und ich kann Eurer Majeſtät ſchwören, daß die Vorſtellung, die ich mir von ihm gemacht habe, weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Gäbe es ein Mittel ihn abzukürzen, oder könnte man Frankreich und Rußland bewegen,

einen billigen Vergleich zu vermitteln, so würde dies das Beste sein. Ich sage dies gewiß nicht als Memme, sondern als Mensch und Bürger; denn es ist fürchterlich, zu sehen, was die Leute seit acht Tagen gelitten haben und was sie noch leiden werden." Maria Theresia bedauerte, daß sie das Schreiben vom 11. nicht einen Tag früher bekommen, sie würde sonst mit leichterem Herzen Thugut abgesendet und sich bestimmter gegen den König erklärt haben. Sie konnte nicht ausdrücken, was dieser Schritt bei dem Ungeheuer sie gekostet und wie sie sich gefürchtet, daß Joseph ihr Vorhaben nicht passend finden würde. Jetzt war es ihr wenigstens ein Trost, daß sie seinen Wünschen zuvorgekommen wäre.

Mutter und Sohn verstanden einander nicht mehr. Letzterer meinte, wie wir wissen, eine fremde Vermittelung; ein Entgegenkommen gegen Preußen lag außer seinem Gesichtskreis, und er glaubte zu vergehen, als er die Nachricht erfuhr. „Was für einen Schritt hat man Ihnen in dem gegenwärtigen Augenblick anraten können?" schrieb er zurück, „und welches werden die Folgen sein für Ihren Ruf, für das Ansehen der Monarchie und für alles, was es Kostbares auf der Welt giebt? Hierdurch aufgebläht, kann der König unmöglich andere Bedingungen stellen als lächerliche, unerträgliche. Damit wird eingestanden, daß die gesamten Streitkräfte der Monarchie nichts bedeuten, und daß wir, wenn er etwas will, genötigt sind, es zu unterschreiben." Hundertmal lieber möchte Joseph in dem gegenwärtigen Feldzuge bis Kuttenberg und Czaslau zurückweichen, als einen solchen Vorschlag machen. Während der Krieg begonnen hätte, die Bauern geplündert würden, die Heere noch unversehrt wären, sich im voraus beugen und unterwerfen, dieser Entschluß erschien ihm nicht ganz mit Unrecht so schädlich als möglich, und es kam ihm der Gedanke, Thugut aufheben zu lassen; aber dazu war es wieder zu spät. Und zeigte die Kaiserin-Königin durch das, was sie gethan, nicht an, daß sie sein Verfahren mißbilligte, verurteilte? „Was bleibt mir weiter übrig", schrieb er, „als alles stehen und liegen zu lassen und fortzugehen, ich weiß nicht wohin, nach Italien, ohne Wien

zu berühren, um zu spielen und die Sache wenigstens einigermaßen wahrscheinlich zu machen?" Er erklärte noch einmal, wohin seine früheren Äußerungen gezielt hätten, und fuhr dann fort: „Ich bin in der schrecklichsten Lage. Die Ehre der Monarchie, das Ansehen der Kaiserin und das meinige sind bloßgestellt, und will ich beides retten, so bin ich in der traurigen Notwendigkeit, die Welt von der Verschiedenheit unserer Ansichten in Kenntnis zu setzen und die persönliche Schwäche Eurer Majestät zu bestätigen. Alles Geld ist weggeworfen, der öffentliche Kredit gemindert, während die preußische Macht und der preußische Despotismus um das doppelte wachsen werden. Ich kann noch nicht sagen, was ich thun werde."

Gefaßter schrieb Joseph des Abends, als er wie gewöhnlich Bericht über das erstattete, was beim Heere vorgekommen war. Er nahm nichts von dem zurück, was er am Morgen geäußert; aber er bemerkte doch: „Ein Unterthan, ein Sohn, muß sogar das hinunterschlucken können, was ihn bitter schmerzt. Ich werde meine persönliche Pflicht hoffentlich niemals vergessen und der Stellung, die ich inne habe, weder Schande machen noch schaden." Aber die quälenden Gedanken, die er mit sich allein herumtragen mußte, zehrten weiter an ihm, und mit Ingrimm erfuhr er am 18. von Überläufern die Ankunft eines russischen Abgesandten im preußischen Hauptquartier; denn er merkte, wer gemeint war.

Den Tag vorher hatte sich wirklich in Welsdorf, wo Friedrich im Quartier lag, ein Fremder eingefunden, der sich als einen Sekretär des Fürsten Galizin bezeichnete und den König zu sprechen wünschte. Dieser mag ebenso erstaunt gewesen sein wie Joseph, als Thugut sich zu erkennen gab und seinen Auftrag ausrichtete. Die Vorschläge, welche derselbe mitbrachte, lauteten: „Die Kaiserin-Königin behält von dem, was sie durch den Vertrag vom 3. Januar gewonnen hat, einen Landstrich von einer Million Einkommen und giebt das Übrige wieder zurück; sie wird sich mit Karl Theodor über einen freiwilligen Tausch dieses Besitzes gegen einen andern Teil Bayerns einigen, welcher einen gleichen Ertrag bringt und weder an Regensburg

stößt noch das Kurfürstentum so entzwei schneidet, wie es gegenwärtig der Fall ist. Sie wird ihre guten Dienste mit denen des Königs verbinden, um einen Vergleich zwischen Karl Theodor und dem Kurfürsten von Sachsen über die Allodialerbschaft herbeizuführen.

Im Laufe des 17. Juli hatte Thugut mehrere Unterredungen mit Friedrich dem Großen. Dieser antwortete der Kaiserin-Königin mit der größten Höflichkeit. Die überreichten Vorschläge wies er nicht zurück, aber er fügte noch einige Fragen hinzu: „Will die Kaiserin nicht ihren Rechten auf einige sächsische Lehen entsagen? Könnte man den Herzog von Mecklenburg nicht durch ein kleines Reichslehen zufriedenstellen? Wird Österreich auch zugeben, daß die Erbfolge in Ansbach und Baireuth so geregelt werde, wie es vertragsmäßig festgesetzt ist, und daß der Kurfürst von Sachsen sich ebenso in den beiden Markgrafschaften huldigen läßt, wie der König von Preußen in der Lausitz? Wird man die Blockade von Regensburg aufheben, wo der Reichstag versammelt ist?“ Über diese Forderungen, bemerkte Friedrich in seinem Schreiben, hätte man sich zum Teil schon geeinigt, andere dürften keine Schwierigkeiten machen. Wenn Maria Theresia die hinzugefügten Artikel annähme, so könnte die Unterzeichnung der Präliminarien vor sich gehen. Er versprach, seine Minister kommen zu lassen, damit sie die letzte Hand an das Werk legten.

Am 18. früh sahen sich der König und Thugut noch einmal. Letzterer hätte gern schon jetzt eine endgültige Meinung des ersteren über die Vorschläge Maria Theresias gehabt; aber Friedrich verschanzte sich stets hinter der Abwesenheit seiner Minister, und nur so weit ließ er sich bringen, daß er zu seinen Forderungen noch etwas hinzufügte. Es erschien ihm als das Beste, wenn der Wiener Hof eine Karte schickte, worauf genau bezeichnet wäre, was er zu behalten oder zurückzugeben wünschte, oder daß er sich ganz bestimmt über die Entschädigungen aussprächе, die er in Flandern oder anderswo dem pfälzischen Hause gewähren wollte. Ferner berührte Friedrich noch einmal die sächsische Frage, die ihm so sehr am Herzen lag. Er gab

nicht an, was alles geschehen sollte, sondern er bemerkte nur, es käme hier erstens auf die Summe an, welche Karl Theodor dem Kurfürsten Friedrich August für seine Ansprüche, sei es in Geld, sei es in oberpfälzischen Herrschaften zahlen würde, zweitens auf die Einwilligung des letzteren, da er ohne eine solche über die sächsische Frage nicht unterhandeln könnte [1]).

Am 18. verließ Thugut Welsdorf. Der König aber, der seinen Ministern schon den Tag zuvor befohlen hatte, nach Glatz zu kommen, gab ihnen jetzt noch Nachricht von dem, was er gefordert, um zu sehen, ob man Ernst machte oder ihn nur täuschen wollte [2]). Er hatte der Kaiserin-Königin, um ihre mütterlichen Gefühle zu beruhigen, noch die Versicherung gegeben, er werde, bis ihre Antwort eintreffe, so verfahren, daß sie für ihr Blut und für den Kaiser nichts befürchten dürfe. Friedrich rechnete, daß Thugut in 6 bis 7 Tagen wieder bei ihm anzulangen vermöchte. Bis dahin waren große kriegerische Thaten nicht in Aussicht genommen, aber Verabredungen getroffen, die entscheidend werden konnten.

Fünftes Kapitel.

Der bayerische Erbfolgekrieg.

Die Stellung der Österreicher war eine wohl gewählte. Laudon stand im Nordwesten bei Niemes, um Böhmen gegen Angriffe von Sachsen oder der Lausitz her zu verteidigen, und im Nordosten konnten die Kaiserlichen in dem wohlverschanzten Lager, das auf dem rechten Ufer der Elbe sich von Jaromirsch

1) Arneth X, 468. 810, N. 713.

2) Friedrich an Finckenstein und Hertzberg 18. Juli. Geh. Kab.-Akten.

bis über Arnau hinaus erstreckte, den kommenden Dingen ruhig entgegensehen.

Der König von Preußen, welcher am 8. mit einer starken Vorhut in Welsdorf Quartier genommen, hatte bald gesehen, daß es ihm unmöglich werden würde, durch die Feinde glücklich durchzubrechen. Darum beschloß er, den Erbprinzen von Braunschweig, welcher sich noch bei Nachod befand, mit einer großen Heeresabteilung nach Mähren zu schicken. Er wollte den Kaiser hierdurch nötigen, das Gleiche zu thun, und allmählich den Krieg in dieses Land spielen, wo die Feinde nicht Zeit haben würden, sich so stark wie an der Elbe zu verschanzen. Er hoffte die günstige Gelegenheit, nach welcher er sich sehnte, in Mähren zu finden. Er unterrichtete den Prinzen Heinrich am 10. von seinem neuen Entschluß und meldete den 11., daß er in etlichen Tagen den Anfang machen würde. Der Generallieutenant v. Stutterheim ging am 14. wirklich mit 7 Bataillonen nach Oberschlesien. Aber am 16. empfing der König von seinem Bruder einen Brief, der ihn anderen Sinnes machte.

Der Prinz Heinrich stand um diese Zeit noch in der Nähe von Dresden. Die Sorge für die Verpflegung der Truppen, ungefähr 80000 Mann, von denen 18000 Sachsen waren, hielt ihn zurück, sich vor dem 16. in Bewegung zu setzen. Er entwickelte dem König am 13. den Plan, welchen er entworfen. Er habe, schrieb er, nur zwei Möglichkeiten vor sich. Er könne nach Böhmen über Basberg — durch das Erzgebirge — marschieren auf der Hauptstraße und schlechten Nebenwegen, wo die Geschütze nicht fortkommen; aber er müsse dann mit getrennten Abteilungen einrücken, habe Schwierigkeiten inbetreff der Lebensmittel und laufe Gefahr, die feindliche Hauptmacht nach der Lausitz vordringen zu sehen. Er würde, wenn er in Böhmen angelangt wäre, die gesamten Engpässe hinter sich haben und nicht imstande sein, alle Schläge, die dort geführt werden könnten, glücklich abzuwehren. Deshalb hielt er es für besser, nur zum Scheine diesen Plan zu verfolgen, bei Pirna zwei Brücken über die Elbe schlagen zu lassen, auf Stolpen

und Neustadt zu marschieren und durch ein besonderes Corps Besitz von Tetschen zu nehmen. Die Lebensmittel kämen dann zu Wasser bis an den Königstein, Sachsen und die Lausitz wären gedeckt, die österreichischen Verschanzungen auf dem linken Ufer des Stromes würden unnütz, er könnte Laudon durch den Marsch auf Böhmisch-Leipa zurücktreiben, ihn von der Elbe trennen und mit der Zeit vielleicht eine Verbindung mit Friedrich gewinnen. Zwanzig Bataillone sollten diesseits bei Gamig bleiben und später, wenn er die jenseitigen Höhen besetzt hätte, nach Aussig vorrücken. Bei diesem Plane rechnete der Prinz darauf, daß der König Böhmen nicht verlassen würde; bald darauf erfuhr er aber dessen Absicht, nach Mähren zu gehen, und er beschloß nun wirklich, über Basberg und Einsiedel vorzudringen.

Wie im Nordosten, so hatten sich die Österreicher auch im Nordwesten nur auf die Verteidigung eingerichtet. Der linke Flügel des kaiserlichen Hauptheeres lagerte, wie erwähnt, unter Laudons Führung bei Niemes; der Prinz Karl von Liechtenstein stand mit ungefähr 12—15000 Mann bei Aussig, andere vorgeschobene Posten befanden sich hinter starken Verschanzungen in Gabel und Reichenberg. Bedeutende Verhaue sperrten außerdem die Wege, die aus der Lausitz und Sachsen zu beiden Seiten der Elbe nach Böhmen führen. Von Niemes konnte Laudon sowohl Aussig als Gabel leicht erreichen. Aber er blieb nicht lange dort, sondern verlegte das Hauptquartier weiter südlich nach Gasdorf bei Leitmeritz. Er mußte doch glauben, von hier aus dem Feinde besser den Eingang verwehren zu können, mochte derselbe nun am linken Ufer der Elbe vordringen oder von der Lausitz her einfallen wollen. Die Truppen, über die er gebot, rechnete der Prinz Heinrich auf 60000 Mann.

Die Hoffnungen des österreichischen Volkes scheinen sich hauptsächlich an Laudon geheftet zu haben; wenigstens in Wien herrschte für ihn eine unglaubliche Begeisterung, und bereits am 16. Juli erzählte man sich dort, er wäre nach Glogau marschiert und hätte dem Könige die Oder und damit Schlesien

genommen. An solchen Luftgebilden weiden sich die Wiener gern. Doch der alte Feldmarschall wartete ruhig in Gasdorf ab, was die Preußen thun würden. Seine Vermutungen kennen wir nicht; aber Joseph wunderte sich sehr, daß Heinrich bisher die Grenze keineswegs überschritten hätte. „Das ist unbegreiflich", schrieb er am 18. an seinen Bruder Leopold, „und es muß etwas dahinter stecken, was ich noch nicht weiß."

Eben damals aber war das Heer des Prinzen in Bewegung. Der Generallieutenant v. Platen bezog bei Maxen und Hausdorf ein Lager, Möllendorf marschierte mit 15 Bataillonen und 30 Schwadronen gen Freyberg, und auf schwierigen Wegen folgte Heinrich nach Frauenstein, vier Meilen südwestlich von Dresden gelegen, wo er am 12. anlangte. Hier empfing er einen Brief vom Könige. Kaum hatte nämlich dieser den ursprünglichen Plan des Prinzen gelesen, so beschloß er, in seiner Stellung auszuharren und keine Truppen weiter nach Oberschlesien zu senden. Die sieben Bataillone konnten genügen, um im Vereine mit denen, welche der Generallieutenant Paul v. Werner bereits hatte, den Feinden, die unter dem Marchese Botta d'Adorno in Mähren standen, die Spitze zu bieten. Je unzufriedener der König mit seiner erzwungenen Unthätigkeit gewesen war, desto mehr erging er sich in Lobsprüchen über Heinrichs Entwurf, dessen Ausführung ihm äußerst vorteilhaft erschien. „Ein Gott giebt Dir denselben ein", schrieb er am 16. zurück; „nichts Besseres kann ausgedacht werden, als was Du vorschlägst; ich preise den Himmel für den klugen und bewunderungswürdigen Plan, welchen Du von ihm empfangen hast." Er versprach sogleich, höher die Elbe hinauf gen Arnau Truppen zu schicken, um den Feind in jener Gegend zu fesseln und sogar zu versuchen, was sich etwa dort würde ausführen lassen.

Der König richtete sich nun zu einem längeren Aufenthalt ein. Er änderte den 17. das Lager, indem er den linken Flügel mehr auf die Berge zurückzog, wo derselbe sich an die Aupa lehnte; die Stellung wurde dadurch entfernter von den Feinden und, wie Joseph bemerkte, noch unangreifbarer als

vorher. Aus Nachod kam der Erbprinz von Braunschweig am folgenden Tage mit dem übrigen Heer an, und nur ein kleiner Teil blieb, um mit der Grafschaft Glatz eine Verbindung zu unterhalten, unter dem Generallieutenant v. Wunsch auf den Höhen vor Nachod zurück. Die Feldbäckerei rückte bis hierher vor.

Als nun der König am 19. erfuhr, wie sein Bruder wirklich über Einsiedel und Basberg in Böhmen eindringen wollte, griff er sogleich zur Feder. Er sprach die Hoffnung aus, daß Heinrich seinen Brief vom 16. empfangen hätte und demgemäß auch handeln würde. „Mich verlangt sehr, Nachrichten von Dir zu erhalten, und gewiß, wenn Du Deinem ersten Plane folgst, kann ich beinahe mit Sicherheit darauf rechnen, daß ich den Feind von hier wegbringen werde."

Denselben Tag gelangte das Schreiben Friedrichs vom 16. in die Hände des Prinzen, und dieser traf sogleich Vorkehrungen, um an die Elbe zurückzugehen. Inzwischen war Möllendorf ungehindert weiter marschiert; am 20. drang er bis Basberg in Böhmen vor, er fand die Straße ganz offen und stieß beinahe auf keinen Widerstand, Streifwachen kamen bis Kommotau und Kaden. Die Nachricht davon flog nach Prag und verbreitete dort die äußerste Bestürzung. Eine Maßregel, die mit dem Einfall in keiner Verbindung stand, erhöhte noch den Schrecken. Joseph hatte, bevor er sich von Laudon getrennt, mit diesem die Abrede getroffen, sie wollten, wenn sie geworfen würden, in der Richtung auf Mähren und Wien sich zurückziehen und nicht nach Prag; sein Gedanke war, diese Stadt lieber offen dem Feinde zu überlassen, als sie einem Brande von neuem auszusetzen. Und so hatte denn Joseph schon am 15. Befehl gegeben, die Kassen zum Wegbringen bereit zu halten. Er wollte ferner allzu vorsorglich die dort befindlichen Vorräte von Waffen und Geschütz fortschaffen lassen. „Es ist oft sehr gefährlich", antwortete Maria Theresia, „zu viel Unruhe zu zeigen." Sie war überhaupt mit dem Plane, daß Prag so leicht aufgegeben werden sollte, ganz unzufrieden und wünschte, daß davon nichts verlauten möchte. „Welche Be-

stürzung wird das verursachen", bemerkte sie, „und welchen Eindruck auf den grausamen Feind machen?" Aber der Befehl war erteilt, ehe diese Zeilen an Joseph gelangten, die Ausführung traf noch dazu mit Möllendorfs Einfall zusammen, und als nun die bestürzten Prager die Artillerie abziehen sahen, stieg natürlich die Angst, und alles wollte sich retten. Boten auf Boten ritten mit rasender Schnelligkeit nach der Hauptstadt des Kaiserstaates und trugen auch dorthin den Schrecken, der um so größer war, je mehr die Wiener gerade von Laudon erwartet hatten. Inzwischen war dieser über die Elbe an die Moldau gegangen, „um Prag noch einige Zeit zu decken", wie Joseph an Maria Theresia schrieb, wenige Worte, die aber darthun, wie gering seine Zuversicht war. Er sprach der Mutter schon von der Möglichkeit, daß er, im Rücken gefaßt, nach Nechanitz oder Pardubitz zurückweichen müßte, um sich dann hinter der Elbe bei Kolin aufzustellen, und er setzte vorwurfsvoll hinzu, wiederum sei in dem festungslosen Böhmen eine Verteidigung fast undenkbar. Doch die Gefahr zog vorüber wie ein kurzer Gewitterschauer. „Laudon sendet mir die überraschende Nachricht", schrieb Joseph am 23. seiner Mutter, „daß Möllendorf nach zwei Tagen wieder umgekehrt ist, offenbar auf Befehl des Königs, und daß sie versuchen wollen, durch die Lausitz zu dringen. Das ist mir unendlich unbequemer und könnte mich nötigen, meine Stellung hier zu verlassen, wo ich den König mit seinem ganzen Heere seit achtzehn Tagen aufhalte."

Aufmerksam verfolgte der Kaiser jeden Schritt, den Friedrich that. Als letzterer am 20. den Generalmajor v. Anhalt die Elbe höher hinauf gen Pilnikau schickte, verstärkte Joseph eilig den Grafen d'Alton, der bei Arnau stand, und eilte selber hin, um nach den Dingen zu sehen. Und als am 22. preußische Truppen unter dem Generalmajor v. Dallwig abermals nach jener Gegend zogen und sich bei Soor lagerten, sandte der Kaiser noch mehr Truppen nach Arnau, sodaß dort 24. Bataillone Fußvolk, drei Reiterregimenter und sechs Divisionen Husaren den wichtigen Posten verteidigten.

Der König überzeugte ſich auch bald, daß er dort eben ſo wenig wie vor Jaromirſch ausrichten würde; ſo groß waren die Schwierigkeiten, die er fand. Der linke Flügel der Öſterreicher konnte nicht umgangen werden, weil er an das Rieſengebirge ſtieß. Ihre Schanzen waren ſämtlich mit Pfahlwerk umgeben und unterminiert, und die Steilheit der Böſchungen machte jeden Angriff unmöglich. Um den Feind aus ſeinen Befeſtigungen zu ziehen, dachte Friedrich von neuem daran, wenn der Prinz Heinrich Leitmeritz genommen hätte und wieder über die Elbe zurückgegangen wäre, den Krieg allmählich nach dem benachbarten Kronlande zu ſpielen, wo ein minder ſtörriſcher Boden ihm vielleicht eine Gelegenheit bieten würde, „dieſe verfluchte Brut auf die Finger zu klopfen und Böhmen in Mähren zu erobern". Am 25. empfing er von der Kaiſerin ein Schreiben. „Ich habe zu meiner großen Zufriedenheit geſehen", antwortete ſie, „daß Ihre Geſinnungen für den Frieden mit den meinigen übereinſtimmen." Sie verſprach dann, ihm die verlangten Aufklärungen zu geben, ſobald ſie ſich mit ihrem Sohne würde verſtändigt haben. Friedrich ließ ſich nicht nur den Aufſchub gefallen, ſondern er wiederholte die Verſicherung, daß inzwiſchen nichts Entſcheidendes vorfallen würde. Seine militäriſche Lage vertrug ſich aufs beſte mit der politiſchen.

An dem Tage, wo Maria Thereſia den König um die neue Friſt bat, hatte ſie dem Staatskanzler den Auftrag erteilt, über die Vorſchläge, welche ſie aus Welsdorf empfangen, ein Gutachten abzugeben, und Joſeph dann von allem unterrichtet. Möllendorfs Einfall verſtärkte noch ihre Friedensneigung; „durch den Verluſt Böhmens", meinte ſie, „würden ihre Hilfsmittel an Geld und Menſchen ſich verringern und die des Königs außerordentlich zunehmen".

Am 24. ſchickte Kaunitz abends ihr gewiſſe Punkte zu, über welche ſie ſich mit dem Kaiſer verſtändigen ſollte, bevor er an die Arbeit ginge. Der Staatskanzler befand ſich in einer verzweifelten Lage. Joſeph hatte ſeit der Mitte des Juni allen Verkehr mit ihm abgebrochen und erging ſich in ſtarken Ausfällen gegen ihn; denn er wollte nun einmal ſeinen Willen

durchsetzen. „Ich glaube", sagte Kaunitz in jenen Tagen einmal zu dem französischen Gesandten, „es giebt nicht zwei unglücklichere Wesen als die Kaiserin und mich." Weil er nun keine Brücke der Vermittlung zwischen den Ansichten der Mutter und des Sohnes auffand, so überließ er es ihnen, sich zu verständigen. Auch hiervon unterrichtete Maria Theresia den Kaiser. „Wir waren eine Großmacht", schrieb sie bei dieser Gelegenheit, „wir sind es nicht mehr, wir müssen das Haupt beugen und zum mindesten die Trümmer retten und die Völker, die uns bleiben, glücklicher machen, als sie seit meiner unseligen Regierung es waren, weil wir trotz unserer Verluste doch den alten Vorrang behaupten wollten." Noch einmal bat sie mit Innigkeit Joseph, ihnen, die es so sehr verdienten, Ruhe, Frieden und Glück wiederzugeben. „Thugut muß zurückkehren", fuhr sie fort, „wir müssen uns verständigen", und da die Zeit drängte, flehte sie Gott an, das Herz ihres Sohnes zu rühren und zu erleuchten, und mit Ungeduld wartete sie auf dessen Antwort. Joseph blieb aber bei seiner früheren Meinung stehen und bat, mit allen auf diese Sache bezüglichen Fragen verschont zu werden. Da geriet Maria Theresia in die peinlichste Verlegenheit. Sollte sie dem Verdachte Nahrung geben, als hätte sie mit dem Gegner ihren Spott getrieben oder ihn hintergangen? „Die Wahrheit, die Aufrichtigkeit", meinte sie, „ist immer das beste und besteht allein auf die Länge." Sie wollte lieber getäuscht werden als täuschen. Es machte bereits Aufsehen, daß Friedrich seine Minister eilig aus Berlin kommen ließ. Also mußte Thugut nach Welsdorf zurückkehren. Aber wenn Joseph weiter hartnäckig jede Mitwirkung verweigerte? Dann blieb ihr nichts übrig, als dies dem Könige zu erklären und die Unterhandlung schmerzvoll abzubrechen; denn ohne die Teilnahme des Kaisers und Thronfolgers, glaubte sie, würde weder Friedrich mit ihr, noch sie mit ihm etwas abschließen können.

Vier qualvolle Tage rang sie gleichsam mit sich selber. Sie war so niedergeschlagen, daß sie meinte, es wäre nicht zu verwundern, wenn sie erläge; stets finde sie Widerspruch, von

dem, was ſie anrate, werde nichts gebilligt, und ſo fehle denn allen Handlungen und Unterhandlungen des Wiener Hofes der notwendige Zuſammenhang. Sie beſchloß endlich, Thugut abermals abzuſenden und auf die Vorſchläge des Königs einzugehen, die ja der Kaiſer teilweiſe ſchon ſelbſt gebilligt hätte; vorher aber unterrichtete ſie Joſeph davon. Sie wiederholte dieſem die verſchiedenen Äußerungen, die er über die militäriſche Lage gethan, die ſchlimmen Ausſichten, die er ihr gemacht. Sie erblickte nichts Demütigendes darin, wenn ſie den Frieden jetzt anböten, wo ihre große Schwäche noch keineswegs an den Tag gekommen wäre. Sie beſchwor Joſeph, ruhig zu überlegen; das Heil der Monarchie, ja, ſein eigener Ruhm hänge davon ab. Unmöglich könne ſeine Mutter, ſeine Freundin die Abſicht haben, ihn bloßzuſtellen. Sie hatte ſogar nichts dawider, wenn er hinterher ihren Schritt mißbilligen und erklären wollte, daß er in das Ergebnis der Unterhandlungen nur aus Achtung gegen ſie willige.

Ohne daß Joſeph es erfuhr und Kaunitz darum wußte, wendete ſich Maria Thereſia auch an ihren Geſandten in Paris, den Grafen Mercy, klagte demſelben ihre Not und verlangte ſeinen Rat über ſeine Vermittelung. Sie wünſchte zu hören, ob man auf Frankreich dabei zählen dürfte, Rußland oder das Reich einmiſchen oder letzteres für neutral erklären ſollte, damit die Unkatholiſchen, die insgeſamt auf preußiſcher Seite ſtänden und Truppen hätten, ſich nicht etwa gleich den Sachſen mit dem Könige verbänden. Maria Thereſia erging ſich dann in Klagen über die Unthätigkeit der öſterreichiſchen Diplomatie. „Wir haben jedermann vernachläſſigt“, bemerkte ſie, „wir ſagen nichts, und der König nimmt alle Welt durch ſeine Schriften und Schmeicheleien, ſeine großen und kleinen Abgeſandten ein. Wir ſehen nur, wie geſchickt er Frankreich behandelt, und wir bleiben immer mit untergeſchlagenen Armen ſtehen. So ſehr ich den Fürſten Kaunitz liebe und ſchätze, hierüber habe ich mich oft mit ihm geſtritten, um ihn zu treiben; aber Sie kennen den großen Mann, in dieſem Punkte iſt er mehr als ſchwach und vermag ſich nicht zu ändern, das iſt gegen ſeine Natur. .

Ich muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er allein gegenwärtig mehr arbeitet als früher, aber doch nicht genug." Sie klagte weiter, daß der Staatskanzler in seinem Amte niemand hätte, der ihn mit Rat unterstützen könnte. Zuletzt erklärte sie auch hier, daß sie ungeduldig auf Antwort wartete. Mittlerweile stieg aber die Not des Augenblicks; denn eben suchte der Prinz Heinrich den kühnen Plan auszuführen, der ihm die volle Bewunderung des Königs eingetragen.

Am 22. Juli war er wieder nach dem Lager bei Gamig aufgebrochen, wo sein Heer am nächsten Tage, von der großen Hitze sehr ermüdet, ankam. Alles Zerbrochene ward ausgebessert und für die Verpflegung gesorgt. Es mußten sehr viele Wagen zusammengebracht werden, weil Heinrich mindestens für einen Monat Mehl mitnehmen wollte. Der niedrige Wasserstand der Elbe verzögerte gleichfalls den Marsch, da er Brückenböcke notwendig machte. So brauchte der Prinz drei Tage mehr, als er ursprünglich gerechnet. Er nahm an, daß Laudon hinter Leipa sich aufstellen würde, den linken Flügel an Tetschen gelehnt und vor sich den Polzenbach; es war Heinrichs Absicht, in diesem Fall über Zittau auf Gabel zu manövrieren, in Wahrheit aber eine Gegend zu wählen, die noch kein Heer betreten, um sich den Erfolg zu sichern. Er wollte, so lange die Hohlwege vor ihm lagen, mit getrennten Abteilungen marschieren, wodurch er hoffte, sich das Einrücken in Böhmen zu erleichtern und den Feind zu überraschen. „Das ganze Unternehmen", schrieb er am 27. an seinen Bruder, „hängt von Laudons Haltung ab; wenn sich dieser irre führen läßt, kann ich viel gewinnen, wenn er aber rechtzeitig seine Stellung nimmt, so vermag ich nichts auszurichten."

An demselben Tage begann der Aufbruch. Nachdem zur Verstärkung des Generalmajors v. Podgurski, welcher bereits mit 5 Bataillonen und 20 Schwadronen auf dem jenseitigen Ufer bei Neukirch lagerte, schon um 12 Uhr ein Grenadierbataillon fortgezogen war, überschritten gegen Abend 12 Bataillone und 10 Schwadronen Sachsen unter dem Grafen Solms die Elbe bei Pillnitz. Die beiden Corps hatten Be-

fehl, jedes für sich auf der linken Seite des Hauptheeres zu marschieren, auf der rechten sollte Möllendorf nachkommen, der erst am 26. von seinem Zuge zurückgekehrt war. Der Generallieutenant von Platen blieb mit 21 Bataillonen und 40 Schwadronen, von denen fast die Hälfte Sachsen waren, bis auf weiteres bei Maxen und Hausdorf stehen.

Am 28. in der Frühe setzte sich Heinrich mit seinen Truppen in Bewegung. Zuerst ging es in Freundes Land vorwärts; aber die Hohlwege des Sandsteingebirges erschwerten sehr den Marsch. Neun Stunden brauchte man für die halbe Meile von Radewalde bis Hohenstein; die letzten Bataillone hatten in dem stärksten Regen acht Stunden lang auf einem Flecke stehen müssen. Über Hainspach drang man in Böhmen ein und bezog am 30. bei Rumburg ein Lager. Die Vorhut, welche der Generallieutenant v. Belling führte, rückte bis Schönborn und Schönlinde. Bei letzterem Orte stieß sie auf etwa 100 feindliche Reiter und nahm 35 Husaren und Dragoner sowie zwei Offiziere gefangen.

Am folgenden Tage machte der Prinz Heinrich Rast, und alles Schadhafte wurde wieder ausgebessert. Dagegen marschierte Belling weiter über Georgenthal hinaus und warf die Kaiserlichen, auf die er auch hier traf, zurück. Westlich von der Lausche, der bekannten Kuppe des Lausitzer Gebirges, giebt es eine Menge von kleineren Erhebungen, und zahlreiche Wälder bedecken den Boden. Belling besetzte nun die Pässe dieser Gegend und den wichtigen Tollenstein. Am 1. August marschierte Heinrich auf sehr schlimmen Wegen, die ein anhaltender Regen noch mehr verdarb, bis Georgenthal nach. Links von ihm stand Podgurski bei Waltersdorf und weiter zurück zwischen Ober- und Nieder-Haynewalde der Graf Solms mit den Sachsen. Möllendorf, welcher erst am 29. Juli aufgebrochen war, zog durch die Hohlwege von Hohenstein und Saupsdorf und fiel über Hermsdorf in Böhmen ein. Vier Verhaue mußten hier aufgeräumt werden, von denen der letztere besetzt war. So entspannen sich kleinere Gefechte mit Kroaten. In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August langte Möllendorf in Dittersbach an.

Die großen Schwierigkeiten, welche bisher zu besiegen gewesen waren, lagen nur in der Beschaffenheit des Landes, nicht in dem Widerstande, welchen der Feind leistete. Nachdem Möllendorf von Basberg wieder nach Sachsen umgekehrt war, hatte Laudon richtig vermutet, daß der Gegner sich nach der Lausitz wenden würde, und war nach Gasdorf zurückgegangen. Am Abend des 30. Juli erfuhr Joseph von ihm, daß die Feinde nach der Lausitz marschierten und kleine Heeresabteilungen über Hainspach und Rumburg in Böhmen eingefallen wären. Laudon sah in denselben nur ein preußisches Corps und beharrte bei dem Glauben, Heinrich zöge nach Zittau. Er setzte sich nun, freilich etwas spät, auch dahin in Bewegung und suchte vor dem Prinzen nach Gabel zu gelangen, wo der Feldmarschall-Lieutenant Graf Gyulay stand. „Ich erwarte mit Ungeduld weitere Nachrichten", schrieb Joseph an seine Mutter; „denn ich würde meinen Posten ebenfalls aufgeben müssen, wenn sich Laudon dort nicht halten könnte." Letzterer rückte den 1. August nach Neuschloß vor, welches ungefähr eine Meile südlich von Leipa liegt, und hier gingen ihm endlich die Augen auf; denn er erkannte, daß das, was ihm ein preußisches Corps geschienen, die Hauptmacht war. Gyulay verließ die starken Verschanzungen von Gabel, weil er umgangen und abgeschnitten zu werden fürchtete. Der Kaiser erschrack desgleichen. Er hatte den letzten Brief seiner Mutter noch nicht empfangen. Indem er am Abend ihr von der veränderten Lage Nachricht gab, sprach er sich am Schlusse dahin aus: es würde, sobald einmal ein unglücklicher Friede geschlossen werden sollte, noch am ehrenvollsten sein und einigen Trost gewähren, wenn dies geschähe, während die Heere die gegenwärtige Stellung inne hätten; denn auch die seinige schien ihm gefährdet, und er glaubte sowohl d'Alton als sich selbst bedroht, falls der Feind vor Laudon nach Gabel käme; sie müßten zurückgehen, und die Kreise Königgrätz, Bidschow, Jungbunzlau, Leitmeritz und Saatz wären verloren.

Mit erleichtertem Herzen sah dagegen der Prinz Heinrich, daß es ihm gelungen, den Feind zu täuschen; aber er fühlte

sich noch immer nicht frei von einer geheimen Angst. Er wußte, wie schlimm er daran wäre, wenn ein Glied seiner Kette reißen sollte. Die Verpflegung der Truppen wurde schwieriger, je weiter man vorrückte; er dachte ferner mit Schauder an die entsetzlichen Straßen, die er teils hinter sich, teils noch vor sich hatte, wo seine Kanonen, seine Pulverkarren und Wagen zerbrachen oder umstürzten. Auf dem Wege, wo er gekommen war, zurückzuweichen schien ihm ganz unmöglich, und er suchte sich darum die Ausgänge nach Zittau offen zu halten. Besonders machte Gabel ihn besorgt, und er glaubte nicht eher froh sein zu dürfen, als bis er „dieses Nest" in seiner Gewalt hätte. Dem Feldmarschall Laudon, dessen Aufbruch von Gasdorf er noch nicht kannte, traute er, beinahe wie die Wiener, die Kühnheit zu, bei der ersten günstigen Gelegenheit einen Anschlag auf die Lausitz und Berlin auszuführen. „So lange Du in Böhmen bleibst, und besonders wenn Du nach Trautenau marschierst, und ein Corps Mittel findet, über Hohenelbe hinauszudringen", schrieb er von Georgenthal am 1. August an seinen Bruder, „können die Dinge gut gehen; aber wenn Du das Land verläßt, muß ich das Nämliche thun, und ich werde die größte Not haben, aus diesen schrecklichen Hohlwegen herauszukommen, wenn man von der feindlichen Hauptmacht Truppen hierher absendet."

Während der Brief in Ziffern umgesetzt wurde, kam von der Vorhut die Meldung, sie wäre bei Böhmisch-Zwickau auf einen stärkeren Feind gestoßen. Heinrich wußte noch nicht, wie es in Gabel stand, und glaubte, daß von dort Verstärkungen eingetroffen wären. Sogleich ließ er ein Dragoner-Regiment und 4 Bataillone vorrücken, und Podgurski ward angewiesen, von Neu-Woltersdorf über Johnsdorf und Krumbach zu marschieren, um den Rückzug nach Gabel abzuschneiden; er sollte sich dann dieses Ortes im Vereine mit Belling bemächtigen. Aber letzterer hatte die Verstärkung nicht abgewartet, sondern den Feind angegriffen. Es war ein vorgeschobenes Corps Laudons und bestand aus vier Bataillonen mit Scharfschützen, leichter Reiterei und Artillerie. Wenn der Generalmajor de Vins,

welcher diese Truppen befehligte, die Pässe von Georgenthal und den Tollenstein besetzen sollte, so kam er zu spät. Er ging überdies ohne Vorsicht zu Werke, sah sich umgangen und rettete sich in die Wälder. Jene vier Bataillone mit dem Dragoner-Regiment aber bezogen ein Lager auf den Höhen von Zwickau. Mit einigen Worten gab Heinrich dem Bruder noch von dem Vorgefallenen Nachricht. „Ich bin so ermüdet und entkräftet", schloß er, „daß ich kaum weiß, was ich schreibe."

Während der Nacht suchte der geworfene Feind einen Ausweg, er stieß auf die Feldwachen im Rücken des preußischen Heeres, diese gaben Feuer und verwundeten zwei kaiserliche Offiziere. Die Truppen traten unter das Gewehr, und der Feind entwich nun abermals in die Wälder; aber in den nächsten Tagen wurde der größte Teil gefangen eingebracht. Heinrich berechnete den Verlust der Österreicher auf 3000 Mann, von denen ungefähr die Hälfte den Preußen und Sachsen in die Hände fiel. De Vins mit seiner Vorhut hatte sich gerettet und schob die Schuld des Unfalles auf den gefallenen Obersten Bossi.

Am nächsten Morgen gegen vier Uhr brach der Prinz Heinrich von Georgenthal auf. Am Tollenstein vorbei durch einen fünf Viertelmeilen langen Wald in einem Engpaß auf einem Knüppeldamm und lauter Steinwegen, wo 1000 Mann mit zwei Kanonen genügt hätten, um das ganze Heer aufzuhalten, zog er unangefochten bis nach Röhrsdorf. Belling und Podgurski dagegen rückten nach Gabel vor, und die Sachsen kamen am 3. dahin, während auf der rechten Seite Möllendorf bis Kamnitz marschierte.

Der Prinz blieb in seiner Stellung an diesem Tage stehen. Trotz des glänzenden Erfolges, den er davon getragen, schrieb er an seinen Bruder: „Ich möchte das Unternehmen nicht wieder versuchen, und wenn man mir drei Königreiche gäbe; ich rate niemandem, es nachzuahmen. . . . Das werden die letzten Dienste sein, die ich leisten kann. Ich will die größten Anstrengungen machen, um diesen Feldzug auszuhalten; weiter reichen aber meine Kräfte nicht, und ich bin außerstande, das

Gewicht einer Stellung zu ertragen, die eine fortwährende Spannung des Geistes verbunden mit einem festen und starken Körper verlangt." Übrigens war er glücklich, Gabel und Zwickau zu haben. Von hier besaß er einen Ausgang nach Zittau, und dort ließ er die Sachsen bis an die Zähne sich verschanzen. Zum Rückzuge gezwungen zu werden schien ihm noch immer möglich, und er wünschte darum, sich wenigstens bessere Wege dafür offen zu halten. So viel er erfuhr, war Laudon nach Hühnerwasser und Weißwasser gezogen; er vermutete nun, daß dieser ihn bei Gabel umgehen wollte; denn er ahnte nicht, wie kläglich es im Lager des Gegners aussah.

Der überlistete Feldmarschall war sehr kleinlaut geworden; er bewegte sich am 2. wirklich in südöstlicher Richtung nach Hirschberg, jedoch nicht, um von dort aus Pläne zu verfolgen, wie sie der Prinz ihm zuschrieb, sondern um bei weiterem Vordringen des Feindes nach Kosmanos in der Nähe von Jungbunzlau zu marschieren und hinter der Iser Stellung zu nehmen. Er schickte zu dem Ende bereits Gyulay nach Turnau. Der Fürst von Liechtenstein blieb dagegen wenigstens vorläufig noch in Leitmeritz stehen, wohin er von Aussig schon gewichen war; aber er konnte sich dort nicht halten, wenn Laudon weiter zurückging, und wurde für diesen Fall angewiesen, die Richtung auf Prag zu verfolgen. Indem nun der Prinz Heinrich an diesem Tage noch bis Röhrsdorf vordrang, hatten die Preußen die größten Schwierigkeiten überwunden; denn das Hauptgebirge lag ihnen im Rücken. Das bestimmte denn auch Laudon, hinter der Iser Zuflucht zu suchen.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen Eindruck alle diese Meldungen auf den Kaiser machten. „Ich bin fest entschlossen", schrieb er am 2. seiner Mutter, „anstatt die Dinge so fortgehen zu lassen, lieber eine Schlacht zu wagen und den König anzugreifen, wo und wie schwierig es auch immer sein wird. Beinahe wie Verzweifelte müssen wir draufgehen, um eine Wendung hervorzubringen." Der Herzog Albert, Lascy und Hadik stimmten ihm wenigstens darin bei, daß man, wohl oder übel, etwas zu thun genötigt wäre. Joseph empfing an demselben

Tage Maria Theresias Brief vom 31. Juli, und er antwortete diesmal nicht mehr so schroff abweisend, wie ehedem. Ohne sich ausdrücklich auf das, was sie geschrieben, zu beziehen, bat er nur, sie möge seinen Namen nicht einmischen, weil er von seiner Meinung und Überzeugung nicht abgehen könne; doch er werde jederzeit wissen, was er der Mutter schuldig sei, und sie niemals einem Schauspiel aussetzen.

Am folgenden Tage zeigte Laudon ihm noch einmal die Notwendigkeit an, nach Kosmanos zu marschieren. Joseph besorgte nun, daß der Prinz Heinrich binnen zwei Tagen die Iser gleichfalls überschreiten würde; seine Stellung war dann unhaltbar geworden, und deshalb entwarf er mit seinen Marschällen schon jetzt einen Rückzugsplan. Derselbe war nur für den Fall der Not entworfen, und Joseph dachte noch immer daran, lieber eine Schlacht zu wagen. Unter solchen zweifelhaften Aussichten begab er sich zur Ruhe; bevor aber noch der nächste Morgen graute, ward er aus dem Schlafe geweckt, um neue Vergleichsvorschläge Friedrichs, die Maria Theresia ihm gesendet, in Empfang zu nehmen und seine Meinung darüber auszusprechen.

Der König von Preußen hatte die beiden Minister der auswärtigen Angelegenheiten aus Berlin kommen und in Frankenstein Wohnung nehmen lassen. Sie sollten mit Thugut nach dessen Rückkehr in Unterhandlung treten, doch dürfte dieselbe, schrieb er ihnen am 24. Juli, nicht in die Länge gezogen werden. Er empfing am folgenden Tage das Schreiben, worin Maria Theresia um eine Frist bat; ihre Friedensliebe schien ihm unzweifelhaft, und er war nun begierig, zu erfahren, ob der Kaiser seiner Mutter beistimmen würde. Finckenstein und Hertzberg schlugen aber einen anderen Weg ein, weil sie mit dem österreichischen Plane nicht eben sehr zufrieden waren. „Maria Theresia", meinten sie, „will ein Gebiet von einer Million Einkommen behalten und einen freundschaftlichen Tausch mit Karl Theodor vornehmen; da wird der Wiener Hof diesen schwachen Fürsten, welcher das Glück seiner natürlichen Kinder der Erhaltung seines Hauses vorzieht, zu allem bringen. Man

sagt nicht einmal, ob das Einkommen eine Million Thaler oder Gulden betragen soll." Auch die Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen hielten die Minister nun für ungewiß, weil derselbe auf eine künftige Abmachung verwiesen würde; um diesen Übelstand zu vermeiden, hatten sie schon in Berlin darauf gedrungen, daß alle Verabredungen unter der Mitwirkung Preußens geschehen müßten. Damit aber die neue Unterhandlung nicht so sehr wie die vorige sich in die Länge zöge, wollten sie dem Freiherrn v. Thugut einen festen Plan vorlegen. Der vom 20. Mai, schrieben sie, wäre selbst nach der Meinung von Frankreich und Rußland der billigste und am besten ausgedachte gewesen. Jedoch weil es ihnen schien, als ob der Wiener Hof dem pfälzischen Hause keine Entschädigung in Land geben wollte, schlugen sie dem König einen andern Plan vor. Während sie früher zwei Bezirke zugestanden hatten, boten sie jetzt nur einen an, nämlich das Land, welches, zwischen Donau, Inn und Salzach gelegen und an Oberösterreich grenzend, diese Provinz trefflich abrundet und mit Tirol verbindet; dafür sollte der Wiener Hof aber auch Limburg und Geldern behalten und nur eine Million Thaler bezahlen sowie gewissen oberlehensherrlichen Rechten entsagen, von denen schon in Berlin die Rede gewesen war. Die Minister glaubten nicht, daß dieser Bezirk eine Million einbrächte, jedoch sie hielten das auch nicht für notwendig, und überdies meinten sie, daß man ja bei der Unterhandlung das Gebiet noch ausdehnen könnte, wenn nur die Salzwerke bei Bayern blieben.

Inbezug auf Ansbach und Baireuth wiederholten Finckenstein und Hertzberg den früheren Vorschlag; weil sich aber der Kurfürst von Sachsen einem Tausche bisher abgeneigt erwiesen hatte, so meinten sie, man könnte nichts über eine eventuelle Huldigung bestimmen, sondern sich nur versprechen lassen, daß Österreich gegen einen solchen Tausch keinen Einwand erheben und, wenn er zustande käme, jedem Rückkaufs- und Heimfallsrecht entsagen würde, das es auf die Lausitz hätte. Die Minister meinten, wenn man schon den Kurfürsten Friedrich August von diesen Rechten, die ihm so sehr lästig wären, be-

freien ließe, so würde derselbe niemals in jenen Tausch einwilligen. Sachsen sollte die von Österreich zu zahlende Million Thaler sowie Mindelheim und den ganz kleinen im Gebiete von Nürnberg liegenden Bezirk von Rothenburg empfangen, dagegen müßten alle Reichslehen, welche der Kaiser als erledigt eingezogen, von diesem an Karl Theodor gegeben und für den künftigen Übergang aller Gebiete, welche letzterem aus der bayerischen Hinterlassenschaft verbleiben würden, auf die Linie Zweibrücken gesorgt werden. Die Minister wollten jeden neuen Zündstoff vorsichtig beiseite schaffen und unter der Mitwirkung des Königs die Angelegenheit soweit ordnen, daß alle Nebenunterhandlungen zwischen einzelnen beteiligten Mächten wegfielen. Den Anspruch, welchen Mecklenburg erhob, hielten sie für wenig begründet, jedoch sie glaubten, daß man dem Herzog das Recht de non appellando verschaffen könnte, welches jede Berufung von den Landesgerichten an die Reichsgerichte verbot. Die Minister sahen darin einen Vorteil sowohl für den Herzog, als auch für die Könige von Preußen, wenn Mecklenburg einmal an sie fallen sollte [1]).

Diese Vorschläge hielten Finckenstein und Hertzberg für geeignet, nicht allein ebenso wie die vom 20. Mai, sondern vielleicht noch mehr die Höfe von Versailles und Petersburg zu befriedigen. Der König erklärte sich mit ihrem Plan einverstanden, und indem er ihn, um die Unterhandlung abzukürzen, am 28. Juli nach Wien schickte, bat er Maria Theresia, sie möchte seine Vorschläge, wenn sie dieselben nicht annähme, wenigstens als einen Beweis von der Aufrichtigkeit, mit welcher er auf ihre friedlichen Absichten einginge, betrachten und sie von seinem Wunsch herleiten, so vielen unschuldigen Völkern die Leiden, welche der Krieg unvermeidlich nach sich zöge, zu ersparen [2]).

Maria Theresia mußte nun von neuem überlegen. Sie fand die zuletzt aufgestellten Bedingungen schlechter als die vom

1) Finckenstein und Hertzberg an den König 27. Juli (Geh. K.-Akt.).

2) Der König an die Minister 28. Juli (Geh. Kab.-Akt.), Oeuvres VI, 202.

17. Juli; doch es wunderte sie nicht. „Das ist echt preußisch", meinte sie, „und vielleicht hat die Ankunft der Minister dazu beigetragen, die an Sachsen und Zweibrücken verkauft sind." Kaunitz gab ihr den Rat, sie sollte sich bereit erklären, dem Kurfürsten von Bayern alles, was sie in Besitz genommen hätte, zurückzustellen und ihn von dem Vertrage vom 3. Januar zu entbinden, wenn der König für sich und seine Nachfolger verspräche, solange von der Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen abzusehen, als jüngere Prinzen des Hauses Hohenzollern lebten [1]). Maria Theresia war auch wirklich geneigt, alles wieder herauszugeben, wenn nur der Schein gewahrt würde. Letzteres geschah nach ihrer Ansicht, wenn Friedrich den Vorschlag des Staatskanzlers annahm. Ja sie zog eine solche Beilegung des Streites allen übrigen vor. Aber daß der König darauf eingehen würde, bezweifelte sie ebenso sehr wie Kaunitz. Dieser wollte Preußen als eigennützig hinstellen und dadurch den Haß, welchen sich Österreich durch sein Verhalten in der bayerischen Erbfolgesache zugezogen, auf Friedrich ablenken. Aber selbst wenn das der Wiener Hof erreichte, so gelangte man auf diese Weise doch zu keinem Frieden. Daher wollte Maria Theresia noch weitere Vorschläge folgen lassen. Im Januar hatte Joseph neben der Erwerbung von ganz Bayern auch ein geringeres Gebiet ins Auge gefaßt, es sollte nämlich der obere Teil des Inn bis Wasserburg die Grenze bilden und von da über Landshut, Langquaid, Perbing, Donaustauf, Rittenau, Neunburg, Roetz und Waldmünchen eine Linie gezogen werden. Nur dem Sohne zuliebe gewann es Maria Theresia jetzt über sich, diesen Vorschlag dem Könige zu machen. „Wenn Friedrich durchaus die Lausitz haben will", meinte sie, „so kann er darüber hinweggehen, indem er seinen Verbündeten verrät; aber gern wird er nicht zustimmen."

Die zweite Linie erstreckte sich, wie es in dem Schreiben hieß, von Kufstein an den Grenzen von Salzburg hin bis an

1) Arneth X, 484. 485.

die Salzach, darauf diesen Fluß und den Inn entlang bis nach Passau; von dort bis Waldmünchen hatte die Kaiserin-Königin eigenhändig und ohne daß Kaunitz darum wußte, durch Punkte die Grenze bezeichnet. Sie wünschte nun, daß Joseph und Lasch hier Verbesserungen anbringen möchten, wenn ihnen solche notwendig schienen. „Mit Braunau und Schärding würden wir immerhin", schrieb sie, „eine schöne Erwerbung machen; Burghausen, welches jenseit [1]) des Flusses liegt, würde nicht dabei sein." Was hiernach auf dem linken Ufer der Donau an Österreich fallen sollte, wissen wir nicht genau, weil uns die mitgeschickte Karte fehlt. Ob Maria Theresia dann außer dem sogenannten Innviertel noch ein Stück von Bayern in Anspruch nahm, muß ebenfalls dahingestellt bleiben, da in dem Schreiben nicht angegeben wird, wie die Grenze von Kufstein bis an das salzburgische Gebiet gehen sollte; doch bot dieser Antrag ohne Zweifel Aussicht auf Verständigung.

Um Joseph willfähriger zu machen, schrieb ihm Maria Theresia, daß ihr Abgesandter in Ansehung der von Karl Theodor zurückverlangten Ämter die Sache sehr zweifelhaft gefunden hätte; neun müßten bereits erwiesenermaßen wieder an Bayern kommen, und von den übrigen fürchtete sie, daß mindestens acht für Österreich ebenfalls verloren wären. Die Entgegnung ihres Abgesandten nannte sie geradezu pedantisch und sophistisch, und die Zurückgabe der ersten neun Ämter hatte sie nur in der Hoffnung hinausgeschoben, daß man sich über die Grenze bald verständigen würde.

Maria Theresia legt nun das Geschick der Monarchie in die Hände des Kaisers; aber darauf macht sie ihn aufmerksam, daß er sein Handeln auch vor sich und bei Gott verantworten

1) Maria Theresia schreibt en deçà de la rivière, während wir en delà erwarten. Das Umgekehrte thut Kaunitz bei Beer (Histor. Zeitschr. XXXVIII, 460, Anm.). In dem Briefe Maria Theresias muß es natürlich statt conquérir heißen concourir (Arneth II, 2; p. 3, Z. 2 v. u. fehlt hinter couper noch court, auch wenn Maria Theresia es weggelassen haben sollte, und Z. 8 v. u. kann es nicht heißen qu'ainsi on peut le tenter, sondern vielleicht qu'alors. On peut le tenter).

müſſe. Sie ruft ihm ins Gedächtnis zurück, wie die erſten Leiden des Krieges ihn gerührt haben, und fragt, ob er etwa ſchon mit deſſen unglücklichen Folgen vertraut geworden ſei. Sie ermahnt ihn, mit Bedacht und ohne Vorurteil zu überlegen. Die Entſcheidung, die er treffen wird, verſpricht ſie auszuführen; aber ſie verlangt, daß dieſelbe deutlich ſei und daß Joſeph, wenn er ſich für den Frieden erkläre, keineswegs an der Stelle der von ihr bezeichneten Grenzen ganz andere vorſchlage, ſondern nur kleine Berichtigungen anbringe. Tritt er dagegen für die Fortſetzung des Krieges ein, ſo fordert ſie von den vier Feldmarſchällen ein rein militäriſches Gutachten, ob es möglich ſei, in der gegebenen Lage bei den Streitkräften, die beide Teile haben, ſo in der Verteidigung zu bleiben, daß der Feind nirgends auf öſterreichiſchem Boden Winterquartiere beziehen könne, und den Übergang zum Angriffe von den Ereigniſſen zu erwarten.

Im Augenblicke war ein ſolches Gutachten wirklich ſchwer abzugeben; aber die Kaiſerin wußte noch nicht, wie gewaltig die militäriſche Lage ſich inzwiſchen geändert hatte. Mit der äußerſten Beſtürzung empfing ſie die betrübende Kunde davon, und die Ausſicht auf einen verzweifelten Kampf, welche Joſeph ihr machte, war für ſie ſchrecklich. Sie ſchickte ſein Schreiben vom 2. Auguſt, welches ſie am 4. erhielt, an Kaunitz mit einigen begleitenden Zeilen: „Nach dieſem Briefe muß Thugut ohne Säumen zurückgeſchickt werden. Jetzt iſt mir Ihr Rat, Ihre Standhaftigkeit ſehr notwendig; denn die meinige fängt an zu wanken.“

Vermutlich mahnte der Staatskanzler aus Furcht vor Joſeph, man möge noch deſſen Antwort abwarten. Dieſelbe traf am 5. mittags ein. Der Kaiſer ſtellte zwar die Entſcheidung gänzlich dem Willen der Mutter anheim, äußerte ſich aber diesmal nicht ſo ergeben, wie in den Tagen vorher; denn die neuen noch ungünſtigeren Bedingungen hatten ohne Zweifel ſeinen Stolz empfindlich verwundet. Er ſprach wiederum davon, entweder müſſe die Mutter den letzten Mann und den letzten Thaler wagen, alle Mittel gebrauchen und den Krieg auf Tod

und Leben führen, oder sie müsse, wenn sie dieses große Spiel nicht spielen wolle, so schnell als möglich und auf jede Bedingung hin Frieden schließen. Ihrer Entscheidung verhieß er sich zu fügen und von seiner Mitregierung kein Recht des Einspruchs herzunehmen; aber er stellte der Mutter zugleich in Aussicht, daß er die notwendigen Maßregeln treffen würde, damit der Staat unter dieser Meinungsverschiedenheit nicht mehr litte. Die Punkte, welche Maria Theresia auf der mitgeschickten Karte gezogen, mißfielen ihm gänzlich, und wenn einmal ein solcher Schritt geschehen sollte, so erschien es ihm viel besser, dem Kurfürsten Karl Theodor alles zurückzugeben, die Entscheidung inbezug auf Sachsen und die übrigen Prätendenten dem Reichstage zu übertragen und den König nichts gewinnen zu lassen. Joseph wünschte wenigstens eine Leidenschaft zu befriedigen, den Haß gegen Preußen. Er verlangte von den Marschällen kein Gutachten: „Was könnten Sie mir sagen", schrieb er, „das ich nicht wüßte?" Da Laudon bereits daran verzweifelte, die Iser zu behaupten, so begehrte der Kaiser einen schnellen Entschluß von seiner Mutter, und sie willfahrte denn auch diesem Wunsche des Sohnes gern. Mit den Bedingungen, welche Joseph gesehen, reiste Thugut in der folgenden Nacht zum Könige, den er vor 19 Tagen verlassen.

Maria Theresia bat alsdann ihre Tochter, die Bemühungen des Grafen Mercy bei Ludwig XVI. zu unterstützen. Sie verlangte keine wirkliche Teilnahme am Kriege; sie wollte zufrieden sein, wenn Regimenter und Generäle bestimmt oder zusammengezogen würden, die den Österreichern zuhilfe kommen sollten, falls die Hannoveraner oder andere mit dem Feinde sich verbänden. „Frankreich wird niemals einen aufrichtigeren Freund und Verbündeten haben als uns", bemerkte sie, „so viel wir es auch äußerlich an Aufmerksamkeiten und Schmeicheleien fehlen lassen." Ferner setzte sie Joseph von der Abreise Thuguts in Kenntnis. Sie beschwor ihn wieder, sich zu schonen und zu erhalten und nicht in Verzweiflung zu fallen. Jeden Schimpf war sie bereit auf sich zu nehmen, sie wollte mit Freuden in die Grube fahren, wenn sie nur ihn und ihre Länder retten

und auf sein Herz rechnen könnte, daß er sie beklagen und nicht hassen, und die treue Liebe, die sie ihm vor allen ihren Kindern geschenkt, anerkennen würde. Die große Herrscherin suchen wir vergebens; aber mit gerührter Seele begleiten wir die zärtlichste der Mütter auf ihrem leidvollen Pfade.

In denselben Tagen nagte der Unmut auch an dem Herzen Friedrichs. Er schätzte die Truppen, die ihm gegenüberstanden, auf 80000 Mann, sie sollten 1000 Kanonen und 300 Minen haben; die Feinde vermehrten letztere noch immer und fuhren fort, sich zu verschanzen. „Eher könnte man Lille in Flandern belagern als sie", meinte der König. Er sann umsonst auf Mittel, den Österreichern in den Rücken zu kommen; die Wege, welche sich dafür etwa finden ließen, waren für die Geschütze nicht zugänglich und deshalb unbrauchbar. Die Schwierigkeit der Verpflegung hielt ihn schlechterdings ab, nach Hohenelbe, wie der Prinz Heinrich ihm vorgeschlagen, ein Corps zu schicken; er fürchtete ferner, wenn dasselbe nach Gabel zu gelangen suchte, daß die Österreicher ihre dritte Linie samt der Reserve dagegen absenden würden, und er wollte seine Truppen um keinen Preis einem Unfall aussetzen, wie er im Jahre 1759 bei Maxen sich ereignet hatte.

Je weniger nun Friedrich selbst in der Lage war, Vorteile zu gewinnen, desto mehr erfreuten ihn die Nachrichten von dem Vordringen seines Bruders; er dankte daher demselben äußerst herzlich. Dem Generallieutenant v. Belling hatte der Prinz Heinrich 1000 Thaler zum Lohne für die geleisteten großen Dienste geschenkt und ihn dann noch dem König empfohlen. Friedrich verehrte dem tapfern und glücklichen Kriegsmanne den Schwarzen Adlerorden und eine jährliche Zulage von 1000 Thalern, er bewilligte ferner mit Vergnügen drei Beförderungen, ebenso viel Adelsbriefe und zwölf Verdienstkreuze, um welche Heinrich gebeten. Ein bedeutender Mehltransport war ihm von dem kecken Feind im Glätzischen verbrannt worden. „Aber du hast ein gutes Pflaster auf diese Wunde gelegt, und ich denke darum nicht mehr daran", scherzte der König.

Auch aus Petersburg empfing Friedrich um diese Zeit

fröhliche Botschaft, die er dem Bruder schleunig mitteilte. „Du hast weit mehr gethan", schrieb er, „als Du glaubst. Ein feindliches Corps hast Du in Böhmen aufgehoben; das ist viel. Aber Dein Brief an die Kaiserin von Rußland hat mehr bewirkt als eine Schlacht. Sie hat sogleich beschlossen, sich offen für uns zu erklären; sie will die Österreicher aus Lodomirien und Pokutien vertreiben und das Haus Habsburg zwingen, Gerechtigkeit und Billigkeit in Deutschland wieder herzustellen. Was bin ich Dir nicht schuldig? Sei versichert, daß die Erinnerung daran nur mit meinem Leben erlöschen und meine Erkenntlichkeit, sobald ich nur imstande bin, es zu thun, nicht unfruchtbar sein wird."

Inzwischen war der Gefeierte nicht müßig geblieben, sondern schon am 4. wieder aufgebrochen und bis nach Schwoike gekommen. Er lagerte sich dergestalt, daß er jeden Versuch des Feindes auf Gabel vereiteln konnte; denn er wollte sich um keinen Preis den Rückzug über Zittau abschneiden lassen. In diese Stadt wurde die Feldbäckerei verlegt. Auf dem rechten Flügel marschierte Möllendorf am 5. bis Langenau; der Husarenoberst von Usedom besetzte Sandau mit seinem Regiment und einem Freiwilligen-Bataillon und ging, als ihm ein Grenadierbataillon am 6. gefolgt war, mit seinen Truppen auf Kundschaft nach Graber. Der Feind wich nach kurzem Scharmützel zurück, worauf ein Rittmeister mit 100 Pferden bis nach Leitmeritz vordrang und die in dem dortigen Magazin befindlichen Vorräte verzeichnete. Denselben Tag war Heinrich in Gabel, wo er Belling und Podgurski anwies, einen Streifzug gen Aycha zu unternehmen. Die vielen Wälder, an denen Böhmen reich ist, erschwerten es dem eindringenden Feldherrn sehr, genaue Nachricht von der Stellung der Kaiserlichen zu erlangen. Platen empfing nun auch Befehl, wenn Liechtenstein Türmitz verlassen haben sollte, von Maxen und Hausdorf aufzubrechen.

Dachte denn aber Laudon, so fragt man verwundert, an gar keinen Widerstand mehr? Am 5. hatte Joseph ihm acht Bataillone zur Verstärkung und den Feldmarschall-Lieutenant Rouvroy, um den er gebeten, mit dem Auftrage geschickt, daß

er am folgenden Tage versuchen sollte, wenigstens die feindliche Vorhut zurückzuwerfen. Aber er wagte das nicht, er suchte vielmehr eine neue Stellung, wo er den Prinzen Heinrich aufhalten und dessen Annäherung an den König verhindern könnte. Laudon hatte den einen Teil des gesamten Verteidigungsplanes durchlöchert, und wenn er noch weiter zurückging, so verdarb er auch den andern. Schon traf Joseph in der Stille Vorbereitungen, um das Heer von Jaromirsch ohne Verlust hinwegzuführen; denn unangreifbar schien ihm der König in seinen Bergen. Doch nur der äußersten Notwendigkeit wollte der Kaiser weichen. Niedergeschlagenheit und Stolz kämpften in seiner vom höchsten Unmut erfaßten Seele. Da empfing er die Nachricht von der Abreise Thuguts, und ein neuer Stich traf sein todwundes Herz. Daß er trotz der frühzeitigen Warnungen der Mutter den Streit heraufbeschworen, vergaß er gänzlich, er dachte nur an die durch den preußischen Einmarsch erlittene schwere Kränkung und konnte damit die Unterhandlung, welche bevorstand, nicht zusammenreimen. Er hatte von den Vorschlägen Maria Theresias noch am meisten den gebilligt, daß Karl Theodor die abgetretenen Gebiete zurückerhalten sollte. Jetzt bildete sein herrischer Sinn diesen Gedanken um. Nach seiner Auffassung hätte man dem Könige folgendes erklären müssen: man zeige sowohl in Regensburg als in München an, daß man alles wieder herausgebe; man befehle den österreichischen Zivil- und Militärbehörden, Bayern zu räumen, und weil dadurch der Grund des Krieges aufhöre, so erwarte man den unverzüglichen Rückzug der Preußen; die andern Ansprüche sollen dann dort Erledigung finden, wo man es für gut halten werde. Kein Wort wollte der Kaiser dagegen über Ansbach und Baireuth gesagt haben, sondern später auf dem Reichstag, in Versailles und in Petersburg erklären lassen: der Wiener Hof stelle die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg auf eine Linie mit seiner bayerischen Erwerbung und werde demgemäß handeln. Joseph dachte sich weiter, daß man, bis jener Fall eintrete, das Heer vermehren, alles noch besser instand setzen und eine und die andere Festung bauen

müßte. Übrigens blieb er dabei, den Schritt, welchen Maria Thereſia gethan, zu verurteilen. Mochte ſie die Schmach der Erniedrigung auf ſich nehmen wollen, dem Kaiſer ſchien es unmöglich, daß die Welt zwiſchen ihr und ihm unterſchiede. „Man wird ſich auf meine Koſten luſtig machen", ſchrieb er an ſie. Er ſah die Arbeiten und Verbeſſerungen der letzten 16 Jahre, das Anſehen und den Kredit, welchen man im Auslande gewonnen, auf immer oder wenigſtens auf lange verloren, und er empfand es aufs bitterſte, daß er gerade in dieſem Zeitabſchnitte leben und eine ſolche Rolle ſpielen mußte. Auf wieviel Mißgeſchick er ſich auch gefaßt gemacht hatte, was die Mutter gethan, war ihm völlig unerwartet gekommen, und er meinte, daß er lieber Einſiedler geworden wäre, wenn er ſo etwas hätte ahnen können. Erfolgte nun noch ein ſchimpflicher Friede, ſo blieb er der Anſicht, er müßte ſich vor aller Welt rechtfertigen. Er wollte dann das Heer verlaſſen und, ohne Wien zu berühren, nach Italien zu ſeinem Bruder reiſen und ſich bei Lebzeiten der Mutter von allen Geſchäften fern halten.

Aber noch war das Maß ſeines Leides nicht voll. Durch die erwähnten Streifzüge hatte der Prinz Heinrich erfahren, daß nicht allein Auſſig, ſondern auch Leitmeritz von dem Feinde geräumt war, Laudon zwiſchen Münchengrätz und Backofen ſtand, und ein vorgeſchobenes Corps bei Turnau die Zelte aufſchlug. Er marſchierte nun mit dem Hauptheer am 9. nach Niemes. Die koſtſpieligen Verſchanzungen, welche die Öſterreicher hier und bei Gabel in den letzten beiden Monaten gemacht, befanden ſich in den Händen der Preußen, und die von Türmitz waren durch den Rückzug Liechtenſteins ebenfalls unnütz geworden. Den alten Feldmarſchall ergriff abermals der Schrecken. Er wartete, weil die einlaufenden Nachrichten einander widerſprachen, noch die Beſtätigung ab und ſchrieb erſt am folgenden Tage, nachdem er ſichern Aufſchluß über die neuen Stellungen des Feindes erlangt, an den Kaiſer. Er vermutete, daß die Preußen in drei Kolonnen anrücken und ſuchen würden, ihn in beide Flanken zu nehmen. Der Poſten von Turnau ſchien ihm nun zwar ſo beſchaffen, daß ſie da

schwerlich durchdringen könnten, wohl aber hielt er dies zwischen jenem Ort und Münchengrätz für möglich, weil das Gebirge, welches auf seinem rechten Flügel lag, ihn hinderte, das Corps in Turnau zu unterstützen; denn er liefe schlechterdings Gefahr, wenn er deswegen seine Stellung verließe, von der großen Armee und der Elbe abgeschnitten zu werden. „Ich muß also", fuhr er fort, „hier den Prinzen Heinrich erwarten und, ungeachtet es wider alle Regeln der Kriegskunst ist, mit dem Feinde gezwungen zu schlagen, es doch nach Eurer Majestät höchstem Befehl auf den Zufall ankommen lassen." Laudon versicherte weiter, bei einer Niederlage würde der größte Teil des Heeres und der Geschütze völlig verloren gehen, und der Kaiser selbst einem äußerst gefährlichen Rückzug ausgesetzt werden. „Ich sehe mich also genötigt", schrieb Laudon weiter, „Eurer Majestät von alledem die schleunigste Meldung zu machen und ebenso schleunig um den klaren und entscheidenden Befehl zu bitten, daß ich stehen bleiben und mit dem Feinde schlagen soll; denn nachdem ich immer zu versichern die Ehre gehabt habe, daß die Iser gegen einen so überlegenen Feind unmöglich zu verteidigen sei, würde ich denselben hier auch nie erwarten, wenn Eure Majestät deswegen nicht stets in mich gedrungen hätten." Weil aber Joseph bisher zugleich Laudons eigener Beurteilung noch etwas eingeräumt hatte, so erklärte jetzt der alte Feldmarschall, daß er es auf diesen äußersten Fall nicht würde ankommen lassen und sich daher als ein ehrlicher Mann, um sein Gewissen und seine erworbene Ehre rein zu behalten, durch einen ausdrücklichen Befehl des Kaisers gedeckt wissen müßte. „Ich kann hierbei", fuhr er fort, „nichts anderes als mein Leben opfern, und dieses will ich gern hingeben, das mögen Eure Majestät überzeugt sein. Ob aber durch den Verlust einer Schlacht die gegenwärtigen Umstände gebessert oder verschlimmert werden, unterwerfe ich Allerhöchst der eigenen Einsicht."

Schon seit etlichen Tagen stand Joseph auf dem Sprunge, zu Laudon zu gehen. Jetzt besann er sich nicht lange, sondern schickte das empfangene Schreiben an Maria Theresia, welcher er mit wenigen Worten seinen Entschluß anzeigte, selber nach

den Dingen zu sehen, weil alles darauf ankäme, diese Stellung nur im äußersten Notfall aufzugeben. Er eilte dann nach Münchengrätz, wo er noch in der nämlichen Nacht eintraf. Er fand den alten Feldmarschall sehr unruhig und unentschlossen und bereit, noch weiter zurückzugehen, die Zelte waren schon abgebrochen. Der Feind stand wohl noch in ziemlicher Entfernung, aber Husaren ließen sich am 11. sehen, und man glaubte daher, daß die Preußen wieder vordrängen. Doch bestätigte sich die Vermutung nicht. Joseph ließ nun sorgfältig untersuchen, ob es möglich wäre, dem Feinde den Übergang über die Iser zu verwehren. Am 12. kamen einige Tausend wallonische Truppen, Fußvolk und Reiterei ins Lager, und im ganzen belief sich nun die Streitmacht an der Iser auf ungefähr 70000 Mann.

Zuerst faßte sich der Kaiser in den Meldungen an seine Mutter kurz; aber am 13. schrieb er ausführlicher: „Wir schwimmen hier noch immer in derselben Ungewißheit; fern vom Feinde, durch große Wälder und Schluchten von ihm getrennt, haben wir keine Nachrichten, folglich verbringt man den Tag damit, daß man hin und her überlegt, ohne zu wissen, was vorgeht, und ohne Beschäftigung zu haben .... Ich glaube, wenn ich nicht gekommen wäre, würden wir nicht mehr hier stehen, noch mein Heer an der Elbe. Ich bürge nicht dafür, wie lange das dauern wird; immerhin aber gewinnt man etliche Tage, welche sehr vorteilhaft werden könnten, wenn die begonnene Unterhandlung sich vorher beendigen ließe." Kein Ausdruck des Unwillens folgte diesen Worten; wie bei Heinrichs erstem Vorrücken, so hatte sich Joseph, wie es scheint, auch jetzt in sein Schicksal gefunden.

Über den alten Feldmarschall berichtete der Kaiser: demselben fehle fast alles Vertrauen zu seinen Generälen, er stimme mit ihnen schlecht und mache ihnen zuweilen sehr empfindliche Komplimente, z. B. daß er sich auf keinen Menschen verlassen noch jemandem einen Auftrag geben könne, er schwatze ferner mit seiner Umgebung zuviel über alles. Noch schärfer und unumwundener äußerte sich Joseph am folgenden Tage. „Hier

ist weder Haupt noch Ordnung", schrieb er. „Bei Heinrichs Einfall hat Laudon den Kopf verloren, und zwar vollständig. Anstatt nach dem verabredeten Plane die Verschanzungen und die Stellung von Niemes zu behaupten, hat er sich, man kann es so nennen, bis hierher geflüchtet, ohne nur einen Schuß zu thun oder den Feind gesehen zu haben. Er hat die Elbe dadurch aufgegeben und ohne den geringsten Widerstand den Gegner aus den Bergen herauskommen lassen.... Er ist in Verzweiflung über das, was er gethan, er fühlt es und wünscht sich den Tod; aber das Übel ist unheilbar, und eines schönen Tages werden wir hinter der Elbe stehen, wenn der Friede nicht vorher kommt, was, wenn es geschehen soll, je früher, desto besser sein würde.... Morgen will ich von hier wieder abreisen. Ich gehe mit Kummer weg; denn ich fürchte, daß der geringste Lärm unsern Abzug bewirken wird. Aber es ist unmöglich, die Widersprüche, die Verwirrung, welche hier herrscht, zu schildern. Jedermann ist erschöpft, besonders die leichten Truppen sind über die Maßen abgemattet, und ich kann das nicht abstellen, ohne dem Marschall alles Ansehen zu nehmen, das ich ihm doch für eine große Gelegenheit bewahren muß, wo er uns vielleicht sehr notwendig und nützlich sein wird."

Auch aus dem Fürstentume Troppau erfuhr Joseph einen Unfall, der ihn sehr erbitterte. Die preußischen Heerführer Werner und Stutterheim hatten dort den General v. Knebel am 11. August bei dem Dorfe Glomnitz überfallen und mit geringem eigenen Verluste geworfen; 6 Offiziere, 24 Unteroffiziere, 2 Trompeter und 359 Gemeine waren in Gefangenschaft geraten, und 400 Pferde samt dem ganzen Gepäck erbeutet worden. „Eine Überrumpelung am hellen Tage ist für jeden General unverzeihlich", bemerkte Joseph und befahl, Knebel festzunehmen und die Sache genau zu untersuchen.

Die verwundete Waffenehre schmerzte mit Recht das empfindliche Soldatenherz des Kaisers; aber für den Fortschritt des Krieges blieb die kleine Niederlage gänzlich ohne Bedeutung. Schwer fiel es dagegen ins Gewicht, daß der Prinz Heinrich um diese Zeit auch auf dem linken Ufer der Elbe sich festsetzte.

Platen, den er angewiesen, nach Linay am Bielefluſſe ſüdweſtlich von Ausſig zu marſchieren, war über Nollendorf am 11. dahin gekommen und am folgenden Tage noch bis Lowoſitz gerückt, ſeine Vorhut aber unter dem Generalmajor v. Sobeck hatte Leitmeritz beſetzt, deſſen Brückenſchanze faſt eine Art von Belagerung unter andern Umſtänden notwendig gemacht haben würde; denn ſie war mit gemauerten Feſtungswerken verſehen und mit $1\frac{1}{2}$ Fuß ſtarken eiſenbeſchlagenen Palliſaden, doppelten Wolfsgruben und Verhauen umgeben und konnte drei Regimenter faſſen; 1976 Zentner Mehl, 2943 Scheffel Gerſte, 193 Scheffel Hafer, 1307 Zentner Heu und 35 Faden Holz, die in dem Magazine der Stadt lagen, fielen den Preußen in die Hände. Die Stellung Leitmeritz-Niemes, welche Laudon hatte behaupten ſollen, war unrettbar verloren.

In hellem Glanze ſtrahlte ſo das Feldherrntalent des Prinzen Heinrich, deſſen Siegeszug der hocherfreute König mit wachſenden Beifallsbezeigungen begleitete. „Du haſt meine Erwartung übertroffen", ſchrieb Friedrich am 9. Auguſt, und zwei Tage nachher: „Ich lerne mit Entzücken Deine ganzen Erfolge kennen. Wir ſtehen mit untergeſchlagenen Armen, bewundern Deine Thaten und beſchränken uns auf das Verdienſt, die geduldigſten der Menſchen zu ſein." Der König verſprach näher an Hohenelbe zu rücken und zu unterſuchen, ob ſich trotz tauſend Schwierigkeiten dort etwas finden würde, was ein verſtändiger Menſch unternehmen könnte.

Wenn es den beiden preußiſchen Heeren gelang ſich zu vereinigen, ſo war der Tag einer großen Entſcheidung nicht fern; denn bei den Verhaltungsbefehlen, welche Thugut nach Welsdorf mitgenommen, blühte doch der von Maria Thereſia ins Werk geſetzten Unterhandlung kein gutes Ende. Die Kaiſerin-Königin ſelbſt entſagte der Hoffnung, als ſie die Kunde von den fortgehenden Erfolgen des Prinzen Heinrich vernahm. Beinahe noch mehr peinigte ſie das üble Verhältnis, in welches ſie zu Joſeph durch ihren Friedenseifer geraten war. Sie berief ſich wohl auf die guten Abſichten, die ſie gehabt, und ſie tröſtete ſich mit dem Gedanken, daß die Menſchen nur Werk-

zeuge der Vorsehung wären; aber es schmerzte sie doch tief, daß sie bestimmt sein sollte, wie eine Geißel das Liebste, das sie auf der Welt hatte, zu martern. „Ich bin trostlos", schrieb sie am 9. an den Sohn, „ich habe für den Rest meiner Tage die Freundschaft und das Vertrauen desjenigen verloren, welcher mich seit 36 Jahren allein aufrecht erhalten hat. Ich betrübe ihn, ich bringe ihn zur Verzweiflung." Sie schloß ihren Brief mit der erneuten Bitte, Joseph möge sie beklagen und ja nicht hassen. In einem wechselvollen Leben hatte sie viel Trauriges erfahren. Doch eine lange Reihe besserer Tage schied sie von den gewaltigen Stürmen jener früheren Zeiten, und die Wunden der Vergangenheit brannten nicht mehr. So erschien ihr denn die Gegenwart schrecklicher als alles, was sie vormals gelitten. Ihr ganzes Sein ging auf in dem Wunsche, daß ihr der geliebte Sohn erhalten bleiben und die Sache zu Ende kommen möchte. Darum sah sie den Nachrichten aus Welsdorf gespannt entgegen; denn am schwersten trennt sich der Mensch von der Hoffnung.

Sechstes Kapitel.

Die Braunauer Unterhandlung und der Rückzug der Preußen aus Böhmen.

Auch die aufrichtigste Friedensliebe kann einen falschen Weg einschlagen. Maria Theresia erbot sich zuerst, wie erwähnt worden ist, alles, was ihre Truppen in Bayern und der Oberpfalz besetzt hielten, wieder herauszugeben und den Kurfürsten Karl Theodor von den durch den Vertrag vom 3. Januar eingegangenen Verpflichtungen zu entbinden, wenn Friedrich der Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg

für sich und seine Nachfolger entsagte, so lange jüngere Prinzen des Hauses Hohenzollern lebten. Dieser Vorschlag aber, welchen Thugut am 10. August dem Könige kundgab, erregte gewaltig dessen Ärger. Friedrich war fest überzeugt, es könnte niemand ihm diese Vereinigung untersagen, während umgekehrt Kaunitz wußte, daß Österreich kein eigenes Recht hätte dagegen Einspruch zu erheben. Sollte der König von Preußen gleichsam Strafe dafür zahlen, daß er es gewagt hatte, sich in die bayerische Sache zu mischen? Dieser Vorschlag verdarb die Unterhandlung von vornherein. Der König erklärte denselben für unannehmbar; bei einer zweiten Unterredung, die er mit Thugut hatte, ließ er sich ihn schriftlich geben. Er sah hierauf noch die Grenzlinie, welche der Wiener Hof dem Kurfürsten Karl Theodor im Februar angeboten, war aber damit ebenfalls unzufrieden. Die Ablehnung überließ er seinen Ministern, denen er noch am 10. auftrug nach Braunau oder, wenn ihnen dieses Kloster nicht sicher genug erschiene, nach dem schlesischen Friedland zu gehen. Sie sollten die unannehmbaren Vorschläge sich schriftlich geben lassen, damit dieselben in Petersburg und an anderen Höfen mitgeteilt werden könnten, und dem Abgesandten zeigen, wie unzulänglich sie wären. Nur aus Rücksicht gegen Maria Theresia brach der König die Unterhandlung nicht sogleich ab.

Am 13. gegen Mittag kam Thugut in Braunau an und hatte sogleich eine Zusammenkunft mit den preußischen Ministern. Er überreichte zuerst den schriftlichen Vorschlag, gestand aber, daß der König von Preußen denselben bereits abgelehnt hätte. Nachdem ihn Finckenstein und Hertzberg gleichfalls zurückgewiesen, übergab Thugut eine Homannsche Karte mit der Grenzlinie, welche dem Kurfürsten Karl Theodor im Februar angeboten worden war. Doch verstand sich Maria Theresia zu einem größeren Ersatze; denn sie wollte von ihren Ansprüchen nur eine Million Einkünfte voraushaben und das pfälzische Haus für das Übrige durch die zerstreut liegenden österreichischen Besitzungen in Schwaben entschädigen, und reichte dies nicht hin, so war sie bereit, auch noch einige niederländische Stücke dazu-

zufügen oder einen Teil der bayerischen Landesschuld zu übernehmen. Verglichen mit der ursprünglichen Forderung war die neue bedeutend geringer; jedoch die Abschätzung nach dem Ertrage mußte den Gewinn des Wiener Hofes beträchtlich vermehren, da die österreichischen Länder weit höher mit Steuern belastet waren als die bayerischen. Auch die Zusammensetzung der Kommission, welche den Umfang der zu leistenden Vergütigung ausmitteln sollte, war zu Ungunsten des pfälzischen Hauses eingerichtet; denn der Vorschlag legte die Ernennung der drei Bevollmächtigten derselben in die Hände Maria Theresias, des Kurfürsten Karl Theodor und des Herzogs von Zweibrücken. Es war also zu fürchten, daß letzterer stets in der Minderheit bleiben und folglich übervorteilt werden würde. Der König von Preußen hatte ja nach dem Plane des Wiener Hofes mit der weiteren Regelung der Angelegenheit nichts mehr zu thun. Endlich ging Reichenhall bei dieser Grenzlinie für Bayern verloren. Im Juni 1772 hatte Joseph, als er die Stücke bezeichnete, die man den Polen abnehmen sollte, besonderen Wert auf die Erwerbung des Salzbergwerkes von Wieliczka gelegt; die vorgeschlagene Grenze würde dem Wiener Hof eine neue Einnahmequelle der Art gegeben haben.

Aber wenn auch eine gerechtere Weise der Abschätzung festgesetzt worden wäre, so hätte doch Österreich noch immer einen überaus großen Vorteil erlangt. Den Kern des neuen wittelsbachischen Staates bildeten Ober- und Niederbayern mit der Oberpfalz. Diese zusammenhängende Ländermasse von mehr als 700 Quadratmeilen der Länge nach ungefähr in zwei Hälften teilen, hieß Bayern furchtbar schwächen und Österreich sehr erheblich stärken. Der Wiener Hof würde dann Herr von Süddeutschland geworden sein und eine Aufstellung an der oberen Donau gewonnen haben, die ihm bei einem Kriege mit Frankreich außerordentlich zustatten kommen mußte. So bedeutende Vorteile machen es begreiflich, daß Maria Theresia sich entschloß, Friedrichs Uneigennützigkeit einer größeren Versuchung auszusetzen. Im April hatte Joseph diesem nur zugestehen wollen, die Niederlausitz einzutauschen; es schien ihm,

wie er am 5. Mai an seine Mutter schrieb, hundertmal besser, Krieg zu führen, als auch die Ober-Lausitz an Preußen gelangen zu lassen. Jetzt erklärte sich dagegen Maria Theresia bereit, dem Könige die Erwerbung des ganzen Landes zu gestatten. Wir sehen, wie die Mutterliebe die Kaiserin auf einen bedenklichen Weg leitete; denn Friedrich bedeckte sich mit Schmach, wenn er den Herzog von Zweibrücken so gröblich verriet. Auch für seinen andern Verbündeten, dessen Truppen neben den preußischen im Felde standen, war in dem Vorschlage wenig Sorge getragen. Maria Theresia versprach zwar, zugunsten des Kurfürsten Friedrich August ihren Rechten auf einige sächsische Lehen zu entsagen, aber wenn die Entschädigung des pfälzischen Hauses von einer neuen Unterhandlung abhängig gemacht wurde, so konnte doch die Befriedigung Sachsens nicht füglich eher festgesetzt werden, und die Folgezeit hat gelehrt, wie wenig Karl Theodor geneigt war, gerade nach dieser Richtung hin Opfer zu bringen. Die preußischen Minister urteilten: eigentlich würde der Wiener Hof seinen Zweck erreicht haben, und Sachsen und Zweibrücken preisgegeben sein, wenn der König den Vorschlag annähme. Friedrich stimmte ihnen bei und ermächtigte sie, die Unterhandlung abzubrechen und nach Berlin zurückzukehren. Infolge dieses Befehles übergaben sie dem Abgesandten am 15. morgens eine Schrift, worin sie die Gründe für die Ablehnung der Vorschläge nannten.

Thugut behauptete jetzt in einer Note, daß es der Kaiserin-Königin nicht sowohl auf eine Vergrößerung als auf eine Verbindung ihrer Länder ankäme. Kurz vor seiner Abreise von Wien war er noch angewiesen worden, ein kleineres Gebiet zu verlangen, da keine Aussicht vorhanden sei, die große Innlinie zu gewinnen. Maria Theresia hatte sich bereit erklärt, vorderösterreichische Stücke dafür zu geben und, was diese weniger brächten, in Geld zu ersetzen [1]). Thugut wies jetzt auf eine

1) Arneth X, 486. Die Linie, von welcher Maria Theresia am 2. August geglaubt hatte, daß sie allein Hoffnung auf einen Ausgleich gäbe, scheint sie aus Furcht vor ihrem Sohne nicht haben anbieten wollen.

andere Homannsche Karte hin, wo eine neue Grenzlinie mit roter Tinte gezogen war. Dieselbe stimmte bis Wasserburg mit der vorigen überein, sie ging dann über Mühldorf, Marktl, Pfarrkirchen, Osterhofen und Viechtach nach Waldmünchen. Thugut versuchte doch noch, eine Million Gulden Einkünfte voraus zu erhalten, erbot sich aber außerdem, wenn kein Ausgleich über die Entschädigung zustande käme, neue Befehle von Wien einzuholen. Von den fränkischen Markgrafschaften war hier keine Rede mehr und noch weniger von einer Vertauschung derselben gegen andere Gebiete.

Finckenstein und Hertzberg meldeten Friedrich dem Großen noch am 15. mittags den neuen Vorschlag, aber sie fragten nicht weiter an, sondern brachen die Unterhandlung auf Grund der früheren Ermächtigung ab. „Thugut will uns glauben machen", schrieben sie dem Könige, „daß sein Hof nur eine Verbindungslinie zwischen seinen Staaten erstrebe; doch das widerlegt ein Blick auf die Karte. Österreich wünscht vielmehr eine bedeutende Vergrößerung, nämlich einen Teil der Donau, die ganze Salzach und den ganzen Inn, die Hälfte des Straubinger Bezirks, den gesamten beträchtlichen Bezirk Burghausen und besonders die Salzwerke von Reichenhall, deren Verlust Bayern zu Grunde richten und dem Wiener Hofe das Salzmonopol in Oberdeutschland verschaffen würde." Friedrich billigte das Verfahren seiner Minister und befahl ihnen Rußland und Frankreich über die Braunauer Unterhandlung zu unterrichten. Am 16. reisten Finckenstein und Hertzberg ab, und Thugut mußte das Gleiche thun; von Neustadt aus schrieb er noch am 17. an den König: er könne nicht weggehen, ohne ihm anzuzeigen, wie sehr es ihn schmerze, daß er keinen Erfolg gehabt, obwohl er sich sogar einigermaßen von seinen Verhaltungsbefehlen entfernt habe. Thugut klagte besonders darüber, daß man nicht einmal gewartet hätte, bis er neue Anweisungen aus Wien empfangen [1]).

1) Der Notenwechsel steht in der Vollständigen Sammlung III, 386 ff., wo auch die beiden Grenzlinien angegeben sind, welche Thugut vorgezeigt

Offenbar wollte der König mit hoffnungslosen Friedensversuchen die Zeit nicht verschwenden, und niemand kann ihn tadeln, der sich die Mühe nimmt, die neue Unterhandlung mit der vorhergehenden zu vergleichen. Im Juli hatte Maria Theresia sich erboten, nur ein Gebiet von einer Million Einkommen zu behalten und dieses so auszuwählen, daß Bayern nicht mitten entzwei geschnitten würde. Jetzt entfernte sie sich in beiden Stücken wieder hiervon und noch mehr von dem Plane, welchen Friedrich nach Wien geschickt hatte. Mußte da letzterer nicht glauben, daß es dem Wiener Hofe kein Ernst mit der Unterhandlung sei und daß Joseph von neuem die Oberhand gewonnen habe? Maria Theresia hatte wegen der Nachrichten vom Kriegsschauplatze der Abreise Thuguts hoffnungslos nachgesehen; sollte Friedrich es versäumen, von der günstigen militärischen Lage der Preußen Vorteil zu ziehen? Aus dem feindlichen Lager war ihm die Kunde gekommen, daß die Österreicher im Begriff ständen, ihren Rückzug nach Czaslau anzutreten, vorher aber Laudon dem Prinzen Heinrich eine Schlacht liefern sollte. Für die Echtheit der Nachricht bürgte Friedrich keineswegs; aber sie erschien ihm doch so wichtig, daß er den Bruder am 11. August unverzüglich davon in Kenntnis setzte. Den Tag zuvor war Thugut bei ihm in Welsdorf gewesen. Von schwebenden Unterhandlungen sprachen schon die öffentlichen Blätter. Dennoch hatte der König bisher gegen den Prinzen darüber geschwiegen. Jetzt aber hielt er es für gut, demselben mitzuteilen, daß Maria Theresia alles in Besitz genommene Gebiet wieder herausgeben wollte, wenn er für immer auf Ansbach verzichtete. „Man muß diese Leute schlagen", fuhr er fort, „um ihnen vernünftigere Gesinnungen einzuflößen!" Der verletzende Vorschlag eignete sich sehr, das Herz des Bruders für den bevorstehenden Kampf zu entflammen, weil er einem Lieblingswunsche desselben entgegenlief, und so brach denn der

hat; den Briefwechsel zwischen Friedrich und seinen Ministern vom 10. bis 16. August enthalten die Geh. Kab.-Akten. Auch das Schreiben Thuguts an Friedrich befindet sich daselbst.

kluge König sein Stillschweigen, ohne der Fortsetzung der Unterhandlungen mit einem Worte zu gedenken.

Heinrich empfing am 13. diesen Brief. Er befand sich damals noch in Niemes, ihm zur rechten hatte Möllendorf in Neuschloß sein Quartier aufgeschlagen, jenseit der Elbe lagerte Platen bei Lowositz und dessen Vorhut bei Leitmeritz. Auf der andern Seite standen die Sachsen in Merzdorf zwischen Wartenberg und Olschwitz und in Paulsdorf bei Reichenberg; nördlich von dieser Stadt, bei Katharinenberg, schlossen die Truppen Podgurskis, an das Isergebirge gelehnt, den linken Flügel. Der Raum, welchen die preußischen Waffen beherrschten, war sehr ausgedehnt; aber die einzelnen Heeresabteilungen konnten sich in drei Stunden die Hand reichen, und keine leichten Truppen des Feindes vermochten dazwischen durchzudringen. Der Prinz wußte ziemlich genau die Stärke des Gegners und die Stellungen, welche die Kaiserlichen einnahmen. Die Hauptsache jedoch entging ihm; denn er freute sich, daß er imstande wäre, die Lausitz und Berlin vor allen Anschlägen Laudons erfolgreich zu schützen. Er sah in dem alten Feldmarschall noch immer den Mann des Siebenjährigen Krieges und handelte daher mit der äußersten Vorsicht. Ihm wäre zwar eine Schlacht erwünscht gekommen; aber er meinte, hinter der Iser könne der Feind nicht angegriffen werden, abgesehen davon, daß die Nähe der beiden österreichischen Heere das Unternehmen noch mehr erschwere. Die Aussicht auf ein russisches Hilfscorps begrüßte Heinrich froh, er fürchtete jedoch die Langsamkeit der Ausführung und bemerkte deshalb: „Wenn die Kaiserin Katharina nur dem Wiener Hof eine starke Erklärung thun wollte, das würde sicherlich einen großen Eindruck auf Maria Theresia machen!“

In diesem Augenblicke traf die wichtige Nachricht aus Welsdorf ein. Der Prinz bezweifelte, daß ihn in seiner gegenwärtigen Stellung Laudon angreifen würde; zugleich gestand er aber, daß er selber gegen den Feldmarschall auch nichts unternehmen könnte, und die Mitteilung von dem kränkenden Vorschlage Maria Theresias rief keineswegs die Wirkung hervor,

welche der König gehofft. „Ich sehe mit Kummer", antwortete der Prinz, „daß es unmöglich sein wird, den Krieg anders als mit Gewalt der Waffen zu beendigen." Warum denn aber mit Kummer? Ein zweiter Brief von demselben Tage löst uns das Rätsel. Heinrich zeigte sich tief gerührt über die Anerkennung, die ihm der König wiederholt ausgesprochen, jedoch er fügte dann hinzu: „Ich habe niemals einen andern Wunsch gehabt, als den, Dein Wohlwollen zu verdienen; alle meine Handlungen haben dahin gezielt. Ich werde desselben am meisten bedürfen, wenn ich mich wegen einer zu schwachen Leibesbeschaffenheit werde vergessen, vielleicht sogar verurteilt sehen, und in Bitterkeit und Kummer meine letzten Tage verfließen werden."

Wir stehen hier an dem Wendepunkte des Krieges. Laudon würde, wenn er um den 10. August auf Josephs Drängen eine Schlacht geliefert hätte, wahrscheinlich besiegt worden sein. Indem er es nicht wagt, verhütet er ein großes Unglück. Dann erwirbt sich der junge Kaiser das Verdienst, daß er den in den Waffen ergrauten Mann bewegt, in der Stellung, die er eben eingenommen, noch einige Zeit auszuharren, und die früheren Thaten decken den angstvollen Feldherrn gleich einem Schilde. Das Glück aber lächelt ungesehen den Österreichern in dem gefährlichsten Augenblicke des Krieges. Den Anstrengungen des höchst beschwerlichen Marsches nicht gewachsen, erliegt der Körper des Helden, welcher mit vorsichtiger Kühnheit bis jetzt einhergeschritten war; banger Trübsinn, den er vergeblich zu verscheuchen sucht, umnachtet seine Seele, der vorwärts drängende Mut erlischt, und er bleibt unthätig stehen. Wenn er noch einen Marsch unternahm, Hühnerwasser besetzte, Möllendorf gen Weiswasser schickte, dann hätte sich Laudon unfehlbar wieder auf die Flucht begeben, und der Kaiser wäre nach Pardubitz gegangen.

Ein neues kurzes Schreiben des Königs vom 12. bestätigte dem Prinzen die bereits gegebene Nachricht von den Vorbereitungen, die Joseph wirklich für den Rückzug traf. Friedrich sah darin ganz richtig die Folge der Furcht, welche Heinrich

den Österreichern einflößte, daß er ihnen in den Rücken kommen könnte. Der König versprach, dem fliehenden Feinde so weit als möglich zu folgen und dessen Nachhut anzugreifen, wenn es sich thun ließe. Der Prinz antwortete darauf am 15. August: „Ich wünsche von Grund meines Herzens, daß die Nachricht sich bestätige; doch, um frei heraus zu sprechen, ich zweifle daran; die beiden feindlichen Heere nehmen eine zu vorteilhafte Stellung ein, und ich sehe nicht, was sie nötigen könnte, dieselbe zu verlassen .... Ich wollte gern Laudon angreifen, um auf die eine oder andere Weise zu Ende zu kommen; aber sie haben alle Brücken über die Iser abgebrochen." Am 17. verkündigte Heinrich sogar schon seinem Bruder, daß er aus Futtermangel in 10—12 Tagen nach Gabel und von da in die Lausitz würde marschieren müssen. Als er um diese Zeit einen Angriffsplan von Möllendorf empfing, welcher vorschlug, man solle den Feind auf dem linken Flügel umgehen und dadurch zwingen, seine günstige Stellung hinter der Iser zu verlassen und sich gen Prag zurückzuziehen, war der Prinz darüber sehr aufgebracht. Er fürchtete, Möllendorf werde sich brüsten, daß er offensiver habe zu Werke gehen wollen als der Oberbefehlshaber. Der Graf Henckel v. Donnersmarck, welcher mit dem thatenlustigen Generallieutenant von Jugend an befreundet war, erhielt den Auftrag, die ablehnende Antwort nach Neuschloß zu tragen. Ängstlich bemüht, den erworbenen Ruhm unversehrt zu bewahren, strebte der Prinz nach keinen neuen Vorteilen und ersehnte das Ende des Krieges, um sich dann ganz von der militärischen Laufbahn zurückziehen zu können. Noch wochenlang blieb er in seiner Stellung unthätig stehen.

Bald nach dem Einmarsch in Böhmen hatte der König, wie erwähnt, in der Einsicht, daß er gegen die starken Befestigungen der Österreicher nichts ausrichten würde, den Krieg nach Mähren spielen wollen; aber durch den vortrefflichen Plan, welchen der Prinz Heinrich entworfen, war er davon wieder abgebracht worden. Das Stillesitzen, wozu ihn die Verhältnisse nun zwangen, behagte seiner Sinnesweise sehr wenig, und er spottete wohl selbst über seine Lage, obgleich er sich geduldig

in die Notwendigkeit ergab. Er blieb in seiner ersten Stellung, bis ihn der äußerste Futtermangel forttrieb. Am 15. August ging der General Wunsch von Nachod in die Grafschaft Glatz auf den Ratschenberg hinter Lewin zurück, und das Hauptheer brach, vom Feinde nicht belästigt, in vier Kolonnen nordwärts gen Burkersdorf auf, wo den König die glänzenden Erinnerungen an den heißen, aber ruhmvollen Schlachttag von Soor umgaben. Er wollte nun versuchen, bei Arnau und Neuschloß über die Elbe zu gelangen; es fragte sich nur, ob er Kanonen würde mit sich führen können.

Joseph vermutete sogleich, wohin Friedrichs Absichten zielten. Er war von Münchengrätz noch zeitig genug zurückgekehrt, um Zeuge des Abmarsches der Preußen zu sein, und wartete gespannt auf die Meldungen, welche die nachgeschickten Husaren bringen würden. Er war bereit, noch in derselben Nacht gen Arnau zu marschieren und, wenn sich der König mit ihm am andern Tage messen wollte, „mit seiner ganzen Bude" dort zu sein oder nach Hohenelbe zu gehen, wenn die Preußen bei diesem Städtchen den Übergang versuchen sollten. „Jedermann wünscht eine Schlacht mit wahrer Ungeduld", schrieb er, „und ich sicherlich am meisten." Warum er den abziehenden Feind nicht verfolgt hatte, darüber verlor er kein Wort.

Die Meldungen, welche dann einliefen, müssen von keiner beunruhigenden Art gewesen sein; denn der hitzige Kaiser fand es für gut, noch stehen zu bleiben. Folgenden Tages erfuhr er durch Maria Theresia, daß der König ihr erstes Anerbieten abgelehnt und Thugut nach Braunau geschickt hätte. Solche Nachrichten pflegten Joseph immer sehr aufzuregen, und weil er an dem verhaßten Gegner seinen Zorn nicht kühlen konnte, so trafen die Pfeile seiner üblen Laune die unglückliche Mutter. Es ließ ihn ungerührt, daß sie für seine winzige Gesundheit eine so große Teilnahme bezeigte, während sie ihm doch für seine Ehre, seinen guten Ruf keine zu besitzen schien, und er glaubte zu fühlen, daß er nur der Vorwand sein sollte für den Schritt, welchen sie gethan und von dem sie wohl einsähe, daß er ohne Beispiel wäre. Joseph bat abermals um die Gnade,

nichts weiter von der Sache zu hören, als was beschlossen worden, oder die tröstliche Kunde von dem Abbruch der Unterhandlungen zu empfangen. Er schob jetzt auch die Schuld der unterlassenen Verfolgung, welche das Heer verwundert zu haben scheint, auf die unseligen Friedensversuche, während es ihm leicht gewesen wäre, dem Feinde Verlust an Menschen und Gepäck zuzufügen. „Diese Gelegenheit", schrieb er grollend, „ist vorbei, und wir werden vielleicht keine so vorteilhafte mehr bekommen." Er hielt es für notwendig, in den Zeitungen sich zu rechtfertigen.

Am 17. August brach der Kaiser mit seinem linken Flügel nach Salesel bei Königinhof auf, und in das Lager, das er bisher inne gehabt, ließ er den Herzog Albert einrücken. Um selber seiner Gewohnheit gemäß nach den Dingen zu sehen, begab sich Joseph auch zu Alton, der bei Arnau stand, und es schien ihm, daß der König bei Hohenelbe den Übergang versuchen würde. Die Truppen der preußischen Generalmajore v. Anhalt und v. Dalwig marschierten wirklich um diese Zeit nordwestlich und besetzten unter der Anführung des Erbprinzen von Braunschweig die Gegend von Tscherma und Mohren. „Wir werden morgen", schrieb Friedrich am 18. an seinen Bruder, „die leichten Truppen über die Elbe zurückjagen, und wenn eine Möglichkeit vorhanden ist, diesen Fluß bei Pelzdorf zu überschreiten, so werden wir es unternehmen; dann sind die Posten von Arnau und Neuschloß im Rücken gefaßt, und indem hierauf das gesamte Heer nach Petzkau marschiert, hat es die ganze Stellung des Kaisers umgangen." Vorsichtig fügte jedoch der König hinzu: er könne noch nicht mit Sicherheit sagen, ob das alles ausführbar sei. Folgenden Tags ward er noch bedenklicher, als man ihm meldete, daß feindliche Truppen in der Richtung auf Hohenelbe marschierten. „Das setzt mich unendlich in Verlegenheit", schrieb er an Finckenstein, „und läßt mich zweifeln, ob es möglich sein wird, den beabsichtigten Plan glücklich auszuführen." Unter diesen Umständen schien es dem König, als wenn nur Rußland helfen könnte, indem es ihm durch eine Diversion die Arme frei machte [1]).

1) Geh. Kab.-Akten 18. August.

In der That stellten sich auch dem Plan ungeheure Schwierigkeiten entgegen. Von allem Terrain, welches Friedrich in seinem Leben gesehen, erschien ihm dies als das abscheulichste. Wie in den Alpen gab es Hohlwege und Berge von Viertelmeile zu Viertelmeile; mit großem Zeitaufwand und vieler Mühe mußte man Straßen für die Kanonen und Brotwagen herstellen. Trotzdem verfolgte der König sein Unternehmen weiter. „Morgen machen wir", schrieb er am 21. dem Bruder, „eine Bewegung vorwärts. Ich schweige von all den fürchterlichen Schwierigkeiten, auf die man hier stößt; aber wenn die Sache nicht schlechterdings unmöglich ist, will ich den Übergang über die Elbe versuchen und mich bemühen, die Truppenteile zu vernichten, welche mir der Feind entgegenstellt. Bin ich ihm in der Seite, so muß er meiner Meinung nach seine ganze Stellung verändern, und wir werden dann vielleicht imstande sein, über Turnau zwischen unsern Heeren eine Verbindung zu gewinnen. Ungefähr in vier Tagen wird das geschehen können, wenn die Sache sich unternehmen läßt."

Was dem Prinzen Heinrich verhältnismäßig leicht gewesen wäre zu vollführen, das trachtete jetzt also der König zustande zu bringen. In drei Kolonnen brach er am folgenden Morgen mit einem Teile des Heeres auf, um die Höhen von Tscherma bis Leopold zu besetzen. Nachdem er die feindlichen Husaren und Kroaten hatte vertreiben lassen, befahl er das Lager aufzuschlagen, ging mit 400 Husaren vom Regimente Ziethen zu den Truppen, die unter dem Erbprinzen von Braunschweig bei Hermannseifen und Langenau standen, und besichtigte Hohenelbe. Den Fingerberg und den Wachuraberg, die in der Nähe dieses Städtchens auf dem linken Ufer der Elbe neben einander liegen und die Gegend beherrschen, fand er unbesetzt und machte danach seinen Plan. Die Zahl der ihm gegenüberstehenden Truppen schien ihm 30 000 Mann zu betragen. „Wenn das Glück den Greisen noch hold ist", schrieb er aus dem Lager von Leopold an seinen Bruder, „so hoff' ich, dieses Corps bald zu schlagen."

Der Marsch des Königs veranlaßte natürlich den Kaiser, die geeigneten Gegenvorkehrungen zu treffen. Joseph befand

sich in sehr mißmutiger Stimmung. Während die Ruhr schon seit längerer Zeit das preußische Lager verheerte, fing sie nun auch bei den Österreichern an zu wüten. Der Kaiser schwebte ferner in fortwährender Besorgnis vor einem Rückzuge Laudons; er fürchtete, daß der Prinz Heinrich zugleich mit dem Könige sich in Bewegung setzen und besonders der bei Reichenberg aufgestellte Truppenteil vordringen würde. Noch unbekannt mit dem, was in Braunau geschehen war, schrieb er am 21. an seine Mutter: „Wir führen einen Scheinkrieg; man erwartet den Frieden, und zwar einen schimpflichen, erniedrigenden und schädlichen; zu derselben Zeit wird das Land verwüstet, während wir nichts Entscheidendes wagen können, um die Unterhandlungen nicht zu stören. Ich gestehe, daß diese Lage schrecklich ist, und daß ich gewiß nicht hier sein würde, wenn es möglich gewesen wäre, sie vorherzusehen. Aber Gott gebe nur auf irgendeine Weise das Ende; für die Zukunft werd' ich Sorge tragen."

Den Tag vorher hatte Maria Theresia erfahren und dem Sohne sogleich gemeldet, daß Thugut in Braunau nicht glücklicher gewesen war als in Welsdorf. Schlecht belohnt für ihre Zärtlichkeit, wollte sie ihm fortan mit Friedensvorschlägen nicht mehr lästig fallen und sich dadurch viel Unannehmlichkeiten ersparen. Der Brief traf den Kaiser in Öls bei Arnau, wohin er mit Verstärkungen geeilt war. Er forderte die Mutter auf, nun alle Kräfte gegen den ebenso mächtigen als gefährlichen Feind anzuspannen, und er gelobte für des Vaterlandes Rettung es an sich nicht im geringsten fehlen zu lassen. „Wir sind hier in den Bergen", schrieb der Kaiser weiter, „im Augenblick eines entscheidenden Ereignisses." Er erwartete, daß ein Kampf bei Hohenelbe den nächsten Tag (24. August) unternommen und vielleicht durch einen Scheinangriff auf Königinhof, wo sein Schwager mit dem rechten Flügel stand, unterstützt werden würde. Deshalb zog er Colloredo mit 8 Bataillonen, ferner seinen linken Flügel und noch einige Reiterei vom Herzog von Teschen an sich, die in der Nacht und am nächsten Morgen eintrafen. Die Österreicher hatten inzwischen auch den Finger-

und Wachuraberg mit Truppen besetzt [1]). „Es ist unbezahlbar", frohlockte Joseph am 24., „daß uns der König den heutigen Tag zu unsern Anordnungen gelassen hat; denn ich schmeichle mir nun, daß wir ihm werden widerstehen können, wenn er uns angreift. Aber ich habe zwei grausame Tage zugebracht, die mich sehr beunruhigten." Seit dem 21. war er nicht aus den Kleidern gekommen.

Wenn der König die günstige Zeit ungenützt verstreichen ließ, so geschah es, weil seine Kanonen sich nur sehr langsam durch die Hohlwege von Wildschütz, Silberstein, Mohren und Hermannseifen bewegten; man brauchte drei Tage für die drei Meilen. Und von Niemes her blieb Friedrich ganz ohne Unterstützung. Er hatte dem Bruder am 18. August geraten, zur Deckung der Lausitz eine Heeresabteilung stehen zu lassen und kühn bei Leitmeritz die Elbe zu überschreiten, und im nächsten Briefe war der Vorschlag noch einmal gemacht worden. „Angenommen, Du wärest entschlossen, nichts zu unternehmen", schrieb der König am 20. weiter, „so würdest du wenigstens auf Kosten des Feindes das Heer ernähren, und das ist besser, als wenn du nach einem so schönen Anfang in die Lausitz umkehrst." Briefe, die den Preußen in die Hände gefallen waren, schilderten die Bestürzung, worin sich Prag befand; Friedrich schickte sie dem Prinzen zu. Vielleicht wußte dieser schon davon durch eigene Kundschafter; aber er blieb unbeweglich. Er war froh, daß er durch die Stellung, die er inne hatte, den Feind außer Stand setzte, gegen ihn etwas zu unternehmen, und er glaubte selber nicht das Geringste thun zu können. Die Kette von Wäldern, Felsen und Hohlwegen, die vor ihm lagen, hielt ihn ab, nach der Iser hin vorzudringen, und ebenso wenig war er geneigt, über die Elbe zu gehen; er fürchtete, daß ihm alsdann

1) Der preußische Generalmajor v. Anhalt, welcher am 21. den Befehl erhalten, am nächsten Morgen diese Berge zu besetzen, war dahin auch aufgebrochen, aber er hatte dann, wie wenn er ein Nacheiferer des Prinzen Heinrich wäre, plötzlich und ohne Grund Halt gemacht und so den Österreichern Zeit gegeben, den Preußen zuvorzukommen. Bericht Lindenaus bei Preuß IV, 383. Vgl. Urkundenbuch V, 177—180.

bei Leitmeritz in einem verschanzten Lager, dessen Plan er hatte, Laudon 20000 Mann entgegenstellen, mit dem übrigen Heere nach der Lausitz aufbrechen und die Zufuhr aus Sachsen abschneiden würde.

Der Prinz bemerkte weiter: „Ich bin, mit Ausnahme des Generals Möllendorf, ohne jeden Rat, und ich habe für die großen Bewegungen des Krieges niemanden, auf den ich mich verlassen kann. Dazu kommt, daß die Sachsen, obwohl sie von dem besten Willen beseelt sind, nicht zu sehr ausgesetzt werden dürfen; denn wenn ihnen ein Unglück widerführe, so würde bei mir eine ganze Flanke bloßgestellt sein. Ich habe den General Belling für die Ausführung, wenn er geleitet wird. Übrigens giebt es keinen Ort, den ich nicht selber besuche; sogar in den schlesischen Gebirgen bin ich gewesen. Aber meine Kräfte schwinden täglich, außerdem töten mich Gram und Schwermut. Ich thue, was ich nur kann, um mich aufzuraffen; aber meine Lage ist so, wie ich sie beschreibe." Der König verlor kein Wort über die körperliche Schwachheit des Prinzen und wiederholte seinen Rat. „Ich bin fest überzeugt", schrieb er am 24., „wenn Du den Österreichern einige Besorgnis um Prag einflößest, werden diese sich insgesamt dorthin wenden. Will man Ruhe haben, so muß man den Feind beunruhigen oder erwarten, daß man von ihm beunruhigt wird."

Der König selbst war damals noch entschlossen, das Wagnis zu bestehen, das er sich vorgenommen; aber er verkannte keineswegs die großen Schwierigkeiten, welche sich seinem Plan inzwischen entgegengetürmt hatten. „Die erste wird sein", schrieb er an Heinrich, „den Feind von zwei Bergen zu vertreiben, die er diesseit der Elbe besetzt hält, die zweite, durch die Stellung hindurch, welche die österreichischen Truppen inne haben, den sehr mißlichen Übergang zu versuchen. Gelingt die Sache nicht, so wird mein Unternehmen für eine bloße Kanonade gelten."

Am 25. marschierten die Truppen, die noch in Burkersdorf geblieben waren, nach Wildschütz, wobei die Nachhut von dem Grafen Wurmser hitzig angegriffen ward und einigen Verlust erlitt. Darauf zog auch Joseph neue Verstärkungen an sich,

indem er dem Herzoge von Teschen befahl, mit 13 Bataillonen und einem Reiterregimente zu ihm zu stoßen. „Ich mache mich", schrieb er an Maria Theresia, „morgen mit Ergebung, Ruhe und Mut auf etwas Wichtiges gefaßt. Im Heer und bei den Offizieren ist die Stimmung der Art, daß sie sich für unüberwindlich halten. Wir werden sicherlich alles thun, was in unseren Kräften steht." Wirklich brach am andern Tage der König zu dem Erbprinzen von Braunschweig, der zwischen Schwarzthal und Langenau stand, von Leopold auf. Das Wetter war sehr unfreundlich geworden, ein kalter Wind wehte fürchterlich, und ein feiner Regen näßte Berg und Thal. Friedrich lagerte sich auf den Höhen von Lauterwasser, aber er unterließ den Angriff auf Hohenelbe; denn er wollte nicht tollkühn handeln [1]).

1) Am 30. August meldet Friedrich dem Grafen Finckenstein, daß er sein Unternehmen nicht habe ausführen können wegen der Schwierigkeiten inbezug auf den Transport der schweren Artillerie. „On a été obligé", fuhr er fort, „d'employer trois jours tout entiers pour la faire avancer un mille et demi. L'ennemi a profité de ce tems pour attirer toutes les forces qu'il avoit du coté de Jaromirs et pour les placer sur les plus hautes montagnes depuis les sources de l'Elbe et de l'Iser jusqu' ici, de sorte qu'il est impossible de l'entamer. Avec cela il a fouragé tout le païs un mille en arrière de son camp, et comme nous en avons fait autant de notre coté quatre milles à la ronde le long des frontières, cela l'empêchera de tenir pendant l'hyver un corps tant soit peu considérable assemblé sur les frontières. Mon frère en agit de même du coté de la Saxe et de la Lusace; mais quoique ces mésures nous feront passer probablement l'hyver tranquillement, cela ne laisse pourtant pas que de rendre pour la totalité cette campagne assez chétive en soi-même. . . . La manière actuelle de faire la guerre des Autrichiens doit leur devenir insoutenable à la longue. Elle est non seulement ruineuse au païs, mais leur fait aussi consumer inutilement l'argent d'où je crois que l'on peut inférer qu'ils souhaiteront volontiers de terminer la querelle par la négociation." Ähnlich Friedrich an Solms 27. und 31. August. Am 7. September schreibt er an letzteren: die österreichischen Verschanzungen nehmen einen Raum von vier Meilen Länge ein, seien mit 700 Kanonen besetzt und durch 100000 Mann verteidigt, aber nicht sowohl diese furchtbare Artillerie habe ihn zurückgehalten, als daß man, um zum feindlichen Lager zu

So sah der wachsame Joseph in seiner Vermutung sich getäuscht. Da der Herzog von Teschen mit den Verstärkungen inzwischen angelangt war und die Österreicher die letzten Tage gut benutzt hatten, um ihre Stellung noch mehr zu befestigen, konnte der Kaiser nun mit Ruhe die weiteren Unternehmungen Friedrichs abwarten. Allein von der Iser her kam jetzt eine Kunde, die ihn in die größte Bestürzung versetzte. „Nichts vermag in diesem Augenblicke", schrieb er am 26. August an Maria Theresia, „den größten Teil von Böhmen zu retten, als eine glückliche Schlacht, die morgen und nicht später geliefert würde; denn der Prinz Heinrich sollte heute nach allen Berichten Laudons aufbrechen, und der Marschall hat mir den Fürsten Liechtenstein eigens herübergeschickt, um mir sagen zu lassen, daß er sich an der Iser nicht halten könnte, sondern hinter Brandeis würde marschieren müssen. Ich laufe dann die größten Gefahren; ich werde tausend Not haben, aus den hohen Bergen meine Geschütze zu retten, wenn ich nicht zu rechter Zeit abziehe. Das Klügste würde ohne Zweifel sein, wenn ich schon heute diesen Entschluß faßte; doch ich will noch den morgenden Tag abwarten, und ich glaube, daß ich es kann. Eine Laune des Königs verschafft uns vielleicht eine glückliche Schlacht, die unsere ganzen Angelegenheiten wiederherstellt." Joseph überließ es der Mutter, sich auszumalen, was Körper und Geist unter solchen Umständen empfinden müßten. Am folgenden Tage trieb ihn die innere Unruhe frühzeitig hinaus; ohne jemanden geweckt zu haben, war er schon um 2 Uhr im Freien, um zu beobachten, was geschehen würde. Doch alles blieb still, der Tag verging ruhig, keine Laune wandelte den König an, und aus den schützenden Verschanzungen wagte sich Joseph doch nicht hervor, um den ersehnten Kampf selbst herbeizuführen, obwohl ihm keine schwebenden Unterhandlungen mehr die Hände banden.

Allerdings war von Wien her schon wieder ein diplomatisches

kommen, hätte müssen schreckliche Defileen passieren und sich formieren unter dem Feuer des petites armes, und das sei unthunlich.

Wetter im Anzuge; denn bald nach Thuguts Rückkehr aus Braunau hatte sich Maria Theresia ängstlich nach anderen Mitteln umgesehen, die Feindseligkeiten zu schließen. Sie wollte den Weg betreten, auf welchen Joseph sie gewiesen. Von seiner großen Lebhaftigkeit und seinem ungemein starken Ehrgefühle fortgerissen, bekannte sich dieser leicht zu verzweifelten Entschlüssen. Er würde, wenn es auf ihn angekommen wäre, den Krieg bis zum äußersten fortgeführt haben, gleichviel wie lange derselbe dauerte, und ob man auch vorläufig gezwungen wäre, dem Feinde Prag und ganz Böhmen zu überlassen. Sollte dagegen um jeden Preis der Friede wieder hergestellt werden, so verfuhr man nach seiner Ansicht falsch, wenn man mit dem verhaßten Gegner unterhandelte. Joseph war bereit gewesen, der neuen Erwerbung zu entsagen, aber er hatte nachträglich verlangt, daß man diesen Entschluß dem Reichstag und den fremden Mächten kundgeben müßte; denn dadurch würde Friedrich genötigt werden, entweder das Schwert in die Scheide zu stecken oder es nur für seinen eigenen Vorteil weiter zu schwingen.

Dem wiederholt ausgesprochenen Rate wollte Maria Theresia nun folgen, und die Schriftstücke wurden fertig gemacht. Aber sie wagte nicht, dieselben abzusenden, bevor sie von ihrem Sohne gesehen worden wären. Sie wünschte sich überhaupt in allen Stücken mit ihm zu verständigen und das alte trauliche Verhältnis zu erneuern. Jedoch auf brieflichem Wege glaubte sie ihr Ziel nicht so gut erreichen zu können; sie kündigte daher dem Kaiser an, daß sie den Grafen Rosenberg an ihn abschicken würde. Sogar zu diesem Schritt hätte sie gern vorher die Einwilligung des Sohnes gehabt; aber als letzterer auf ihre Anzeige nicht sogleich antwortete, ließ sie den Oberstkämmerer doch abreisen. Joseph hielt die Sendung in der That für ganz überflüssig. Es widerstrebte seinem Gefühle, mit einem Dritten über das Verhältnis zu seiner Mutter zu sprechen. Er war überdies ein harter Kopf, und solche Menschen kennen leicht nur zwei äußerste Fälle. Verlange die Kaiserin seine Meinung, schrieb er am 27., so gebe er dieselbe frei-

mütig und ohne Umschweif; wenn sie ihm befehle, so wisse er buchstäblich zu gehorchen. Übrigens war er nun der Meinung, man dürfte nach dem Abbruch der Unterhandlungen das schwere Opfer nur bringen, wenn man sicher wäre, daß der Friede dann sofort erfolgen würde. Wie sollte man sich aber darüber Gewißheit verschaffen? Bei der Verschiedenheit der erhobenen Ansprüche konnte dieses Ziel auf keinen Fall unverzüglich erreicht werden.

Am 28. August kam Rosenberg an. Jedoch die Besprechungen dauerten nicht lange; denn Laudon meldete, daß der Prinz Heinrich elb-wärts aufgebrochen sei, und er selber sogleich nach Bestätigung dieser Nachricht gen Brandeis marschieren werde. Der Kaiser nahm sich nun nicht die Zeit, die Papiere zu lesen, welche der Abgesandte gebracht; die Anträge, mit denen derselbe betraut war, wurden beiseite gelegt, und weil die Gesinnungen Maria Theresias einen Kampf, wie er ihn wünschte, nicht möglich machten, so gab Joseph auf die Bitten Rosenbergs und Laschys dem Verlangen seiner Mutter nach und versprach, in alles zu willigen, was sie dem Könige würde vorschlagen lassen, um schnell den Frieden wiederherzustellen. Tief gebeugt traf er Anstalten zum Abzuge für den nächsten Morgen. Er befürchtete sogar, daß er, weil er nicht sofort aufbrach, durch einen Angriff der Preußen festgehalten werden könnte. Joseph faßte leicht einen äußersten Entschluß und zögerte dann mit der Ausführung. Folgenden Tags empfing er aus Münchengrätz drei Briefe; nach dem ersten wollte Laudon bleiben, nach dem zweiten marschieren und endlich nach dem letzten wieder warten. So wich denn auch Joseph nicht von der Stelle; doch er litt fürchterlich unter der drohenden Aussicht. Am 30. klangen Laudons Nachrichten so bestimmt, daß er annahm, derselbe sei bereits von Münchengrätz aufgebrochen, und er kündigte der Mutter an, daß er am nächsten Tage notwendig das Gleiche thun müßte. Die Hartnäckigkeit aber, die er in der Mitte des Monats bewiesen, verließ ihn auch bei dieser Gelegenheit nicht. Er munterte den Feldmarschall auf und schickte ihm abermals eine Verstärkung von 6 Bataillonen und

15 Schwadronen. Laudon entschloß sich infolge dessen wirklich, noch bestimmtere Nachrichten abzuwarten, bevor er seine Stellung aufgäbe.

Was aber setzte denn den berühmten Heerführer des Siebenjährigen Krieges abermals in Schrecken? Er hatte sich anfangs ohne Zweifel nicht erklären können, warum der gewaltige Gegner unerwartet auf seiner Siegeslaufbahn inne hielt. Der Marsch des Königs von Preußen nach Burkersdorf und die Mitteilungen aus dem kaiserlichen Hauptquartier mußten ihn dann auf die Vermutung bringen, die beiden preußischen Heere würden sich zusammen in Bewegung setzen und suchen, eine Verbindung zu gewinnen. Als nun Friedrich gen Leopold aufbrach und Joseph demselben eilfertig und besorgt auf der andern Seite des Flusses folgte: da mag Laudon in der Meinung, daß für den Prinzen der Zeitpunkt zum Handeln gekommen wäre, den Kopf zum zweitenmale verloren haben. Am nächsten Tage meldete Joseph seiner Mutter nichts Besonderes aus Münchengrätz, wahrscheinlich deshalb, weil sich der Feldmarschall überzeugt hatte, daß Heinrich noch immer nicht gegen die Iser vordrang. Aber in größerer Entfernung, an den beiden Ufern der Elbe, rückten damals wirklich preußische Truppen weiter in das Land hinein. Mit zehn Schwadronen und drei Bataillonen war nämlich Platen am 27. von Lowositz aufgebrochen und ebenso Möllendorf von Neuschloß mit acht Bataillonen und 30 Schwadronen. Ein großes Ziel verfolgte der Prinz Heinrich nicht; er wollte nur dem dringenden Wunsche nachkommen, welchen der König am 24. ausgesprochen, und den Feind beunruhigen; die beiden Generäle hatten den Auftrag, einen Streifzug zu machen, der eine bis Melwarn, vier kleine Meilen von Prag, der andere bis Melnik, und sie erreichten schon am folgenden Tage das kurze Ziel. Nun meldete wahrscheinlich Laudon, dem sich alles in seinem aufgeregten Zustande vergrößerte, daß Heinrich nach der Elbe zu gezogen wäre.

Man soll das Eisen schmieden, wenn es heiß ist. Hier blieb es lange heiß, aber es wurde nicht geschmiedet; denn nachdem Platen und Möllendorf ihren Verhaltungsbefehlen nach-

gekommen waren und mehrere Magazine zerstört hatten, da sie aus Mangel an Wagen die entdeckten Vorräte nicht fortbringen konnten, gingen sie wieder zurück und trafen am letzten August in ihren Standquartieren ein. Niemals hat ein winzigeres Unternehmen einen stärkeren Schrecken verursacht; aber was für ein anderes Ansehen würde der Feldzug erhalten haben, wenn der Prinz Heinrich den Rat, welchen ihm sein Bruder schon am 18. gegeben, befolgt hätte, und die zur Beunruhigung des Feindes abgeschickten Truppen nur die Vorhut des nachrückenden Hauptheeres gewesen wären!

Langsam und traurig schlichen indes der armen Kaiserin die Stunden dahin. Sie hatte den Sohn mit ihren Klageliedern verschonen wollen und fuhr doch fort, über sein hartes Los in ihren Briefen zu jammern. Unaufhörlich empfiehlt sie ihm Schonung. Sie will es nicht Wort haben, daß sie ihm verboten, eine Schlacht zu liefern, und wenn er einen entscheidenden Kampf in Aussicht stellt, so schrickt sie zusammen. Sie ergreift mit Freuden jede Gelegenheit, wo sie ihrem Liebling ein Lob spenden kann. Zu Zeiten entweicht ihr Kleinmut vor einem schwachen Hoffnungsschimmer; aber im Grunde bleibt ihr Herz verzagt, und sie lechzet nach Frieden. Als Rosenberg wider Erwarten schnell zurückkehrte, war ihr Entschluß bald gefaßt, und sie schrieb an Kaunitz: „Die Zeit drängt; es giebt kein anderes Mittel mehr als auf der Stelle Frieden zu schließen. . . . . Man kann nicht trauriger sein, als ich es bin. Ziehen Sie mich aus diesem Labyrinth." Der Staatskanzler machte Gegenvorstellungen; aber sie blieb fest und schritt ans Werk. Sie wollte dem Kurfürsten von Bayern alles zurückgeben und keinen Einspruch gegen die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen erheben. Nur soviel bewirkte Kaunitz noch, daß die neuen Vorschläge nicht unmittelbar an Friedrich den Großen, sondern zuvor in das kaiserliche Hauptquartier abgingen (2. September). Maria Theresia überließ es dem Sohne, dieselben mit einigen Zeilen seiner Hand oder so, wie sie waren, an den König abzusenden oder sie auch zurückzubehalten; doch gestand sie,

daß eine schnelle Beförderung ihren Wünschen entsprechen würde.

Noch am letzten August hatte Joseph der Mutter seinen alten Text gepredigt. Aber während das Wetter fortfuhr, unfreundlich zu sein, ein anhaltender Regen die Wege gründlich verdarb und die Ernährung der Heere sehr erschwerte: hatte sich auf der österreichischen Seite der militärische Himmel einigermaßen aufgeklärt, die Zeit der höchsten Not war vorüber, es zeigte sich, daß der Prinz Heinrich noch immer in Niemes unbeweglich stand. So atmete denn der Kaiser wieder auf, und er handelte vollkommen richtig, wenn er der Mutter die Papiere zurückschickte. Liebenswürdig verfuhr er dabei freilich nicht, sondern er antwortete wie ein pedantischer und polternder Schulmeister.

Maria Theresia mißbilligte gerade nicht, daß der Kaiser ihr Schreiben an den König zurückgehalten, doch würde sie die Absendung desselben in das feindliche Hauptquartier lieber gesehen haben; denn ihre Sehnsucht nach dem Frieden blieb unvermindert, und ihre Hoffnung war schwächer als ihr Wunsch, daß die eingetretene Besserung von Dauer sein möge.

Der König unternahm aber wirklich nichts mehr. Nachdem er gleich am 26. August eingesehen hatte, daß er den Übergang keineswegs erzwingen könnte, gingen seine Pläne nicht weit. Er wollte nur in Böhmen so lange sich halten als möglich, das Land aufzehren und so Schlesien durch eine Wüste von den Österreichern trennen [1]). Denselben Rat gab er dem

1) „Die öffentlichen Blätter", schrieb der König am 6. September an Finckenstein, „sollen voll sein von den Verwüstungen der preußischen Armee. Aber das kommt davon her, weil die Einwohner sich über die Elbe haben zurückziehen müssen, und das gab à la valetaille de l'armée, wenn sie Wasser und Holz holte, Gelegenheit, Verwüstungen anzurichten. Es fehlten dann die Ankläger, und man erfuhr nichts davon, bis man in die Dörfer kam, und dann wußte man nicht, wer es gethan. Die hauptsächlichsten Verwüstungen waren zerbrochene Fenster und Thüren. Das ist geschehen trotz der strengen Befehle, die Bauernhäuser nicht zu ruinieren." (Geh. Kab.-Akten.)

Prinzen Heinrich, der sich auf diese Weise ruhige Winterquartiere verschaffen und die Unkosten des Krieges vermindern würde. „Jetzt müssen wir jeden Pfennig sparen", schrieb der König, „um den letzten Thaler zu haben, wenn der Friede geschlossen wird. Das entscheidet über die Geschäfte fast eben so sehr als eine Schlacht."

Das Wetter war auf der preußischen Seite beinahe noch rauher als auf der österreichischen; am 1. September bedeckten sich die umliegenden Berge mit Schnee, der eine Woche liegen blieb und, als er schmolz, den entsetzlichen Morast noch vermehrte. Als die Zeit des Aufbruches heranrückte, wurde das grobe Geschütz vorausgesandt; aber auf den grundlosen Wegen kam der schwere Zug nur äußerst langsam und mühevoll weiter. Am 8. verließen die Preußen ihre Stellung bei Hohenelbe.

Das Heer rückte, nachdem es nicht mehr als 17 Tote gehabt und 30 Mann verwundet worden waren, in das Lager von Wildschütz. Auch der Prinz von Preußen verließ an diesem Tage den schwierigen Posten von St. Katharinenberg bei Neuschloß, um nach Pilnikau zu gehen; er traf seine Anordnungen so geschickt, daß die Österreicher nicht imstande waren, etwas gegen ihn zu unternehmen, und erwarb sich die volle Zufriedenheit des Königs. Über den ganzen Marsch bemerkt das preußische Tagebuch sehr richtig: „Es wird der Nachwelt allezeit unbegreiflich scheinen, wie ein so zahlreiches Heer mit einer so bedeutenden Menge schweren Geschützes im Angesicht eines überlegenen Feindes, dem selbst die Elemente zuhilfe kamen, mit so geringem Verluste seinen Rückzug hat nehmen können."

In Wildschütz hoffte der König Futter für sechs Tage zu finden, eben so viel in Trautenau, und indem er alsdann bei Schatzlar sein Lager aufschlüge, bis zum 24. oder 26. September sich zu halten. „Nachher wird mich", schrieb er am 9. an seinen Bruder, „der Hunger allein aus Böhmen jagen." Der Kaiser dagegen frohlockte, daß den beiden preußischen Heeren die gesuchte Verbindung mißlungen war. Er bat nun die Mutter, in der nächsten Zeit keinen Schritt für den Frieden zu thun und dabei stehen zu bleiben: man wolle Bayern zurück-

geben, wenn der König auf die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften verzichte. Joseph blickte nun wieder in eine lichtere Zukunft; er hoffte sogar, die Dinge würden sich noch zum Ruhme der österreichischen Waffen wenden. Er wollte, wenn der König ganz nach Schlesien zurückkehrte, einen Teil der Truppen gegen ihn stehen lassen, mit den übrigen an die Iser marschieren und zusammen mit Laudon auch dem Prinzen Heinrich eine glückliche Reise wünschen. Eben damals aber war dieser schon unterwegs, nur nicht in der Richtung, welche der Kaiser begehrte.

Seit dem 18. August hatte der König seinem Bruder unaufhörlich geraten, bei Leitmeritz die Elbe zu überschreiten; aber dieser mochte sich dazu nicht entschließen, hauptsächlich weil er glaubte, daß Laudon alsdann in die Lausitz einfallen würde. Weiter ging seine Meinung dahin: die beiden preußischen Heere müßten ihren Rückzug nach Sachsen und Schlesien zu gleicher Zeit antreten. Am 27. August glaubte Heinrich sein Heer noch bis zum 8. oder 10. September in der Gegend, wo es stand, ernähren zu können, und er wünschte nun, zu erfahren, ob er dann bestimmt über die Elbe gehen sollte, wie lange Friedrich in Böhmen bleiben und was er nachher beginnen würde. Den Tag zuvor aber hatte der König ihm noch einmal den Rat erteilt, 20 000 Sachsen und Preußen in der Lausitz zu lassen und mit den übrigen Truppen nach Leitmeritz zu marschieren, wenn das Land um Niemes so aufgezehrt wäre, daß der Feind sich dort nicht halten könnte. Dieser Brief machte dem Schwanken des Prinzen ein Ende. Am 7. und 8. September setzten sich die Munitions- und Brotwagen und die Backöfen in Bewegung, am 9. ging das schwere Geschütz dem Heere voraus nach Neuschloß, und am 10. brach das Hauptheer auf. Die schlechten Wege machten den Marsch beschwerlich, und das Gepäck wurde vom Regen über und über naß. Der Feind besetzte sogleich Friedland und Niemes und wagte sogar, die Bellingschen Husaren anzugreifen; aber während diese nur einen Mann verloren, gerieten vom Regiment des Kaisers 63 Dragoner nebst ihrem Rittmeister in Gefangenschaft, und 7 wurden getötet.

Der folgende Tag brachte die schlimmsten Straßen und Hohlwege. Die Bataillonskanonen und Geldwagen blieben im Morast und in den Lehmbergen stecken, weil die Pferde sie nicht mehr ziehen konnten, und die meisten davon langten erst am 12., einige sogar noch später bei ihren Regimentern an. Vor Ausche, bei Pleiswedel, stieß Heinrich auf die Artillerie, welche durch den beständigen Regen und die schlechten Wege sehr aufgehalten worden war. Dessenungeachtet rückte der Prinz weiter und lagerte sich auf den Höhen bei Kuttendorf. Die Nachhut mußte warten, bis sämtliche Geschütze fortgeschafft waren; dieselben kamen erst am 12. gegen Mittag dorthin. Darauf marschierte noch der eine Teil des Heeres nach Tschiskowitz bei Lowositz, und am nächsten Morgen folgte der Prinz. Dagegen blieb Möllendorf auf dem rechten Ufer zurück; denn von dem nach Aussig gesandten Wagenzuge liefen die traurigsten Meldungen ein. Hinter Mertendorf war die ganze lange Reihe zum Stehen gekommen. In welche grausame Verlegenheit geriet aber der Prinz, wenn die Feldbäckerei nicht aus dem Moraste gezogen werden konnte? Was für einen schönen Fang machten die Österreicher, wenn sie mit genügenden Streitkräften beherzt einen Angriff unternahmen? Der Prinz dachte mit dem äußersten Schrecken an die Möglichkeit eines so schweren Verlustes und that alles, was in seiner Macht lag, um ein solches Unheil zu verhüten. Er traf die notwendigen militärischen Anstalten zur Abwehr der leichten Truppen des Feindes, wenn dieselben kommen sollten; außerdem ward eine bedeutende Anzahl von Pferden an den Ort der Verwirrung und Ratlosigkeit geschickt. Mit ihrer Hilfe gelang es, den größten Teil der Fuhrwerke glücklich auf die Höhe bei Wernstädtel zu bringen; nur ungefähr 80 Munitions- und Proviantwagen, die entweder zerbrochen waren oder denen es an Zugtieren fehlte, hatten zurückbleiben müssen und wurden deshalb samt ihrer Ladung vernichtet. Die übrigen setzten die beschwerliche Reise fort und erreichten endlich am 17. ihr Ziel. Die Truppen, welche sich noch auf dem rechten Ufer befanden, überschritten an diesem Tage gleichfalls die Elbe.

Der Umzug war also glücklich vonstatten gegangen, erschwert durch die Elemente, nicht aber durch den Feind, welcher sich ruhig verhalten hatte. Der Prinz vermutete nun, der Kaiser würde durch den Marsch des Königs nach Schlesien die Freiheit erlangen, mit einem Teile seiner Truppen Laudon zu verstärken, damit dieser die Preußen auf dem linken Elbufer zur Räumung Böhmens nötigen könnte. Heinrich dachte weiter an die Berge, die hinter ihm lagen, sowie an den schlimmen Zustand, in welchem seine Brotwagen und Artilleriepferde sich befanden. Endlich erschwerte der Mangel an Fuhrwerk und Zugvieh das Verpflegungswesen; denn man vermochte deshalb nicht das Futter aus großer Entfernung zu holen. Unter diesen Verhältnissen hielt es der Prinz für ein Gebot der Klugheit, den letzten Augenblick keineswegs abzuwarten, sondern im Lager von Tschiskowitz nur so lange zu verweilen, als notwendig, und den Rückzug weder zu früh noch zu spät anzutreten.

Die Nachricht, daß die Preußen von Niemes aufgebrochen wären, hatte den Kaiser wieder sehr beunruhigt. Er vermutete sogleich einen neuen Angriffsplan und hielt den ihm gefährlichsten zugleich für den wahrscheinlichsten, nämlich daß Heinrich sich in Leitmeritz festsetzen und der König über Friedland oder Gabel nach Melnik marschieren würde. „Ich wäre dann in großer Verlegenheit", schrieb Joseph am 12., „denn ich müßte gegen Schlesien hin ein ziemlich beträchtliches Corps stehen lassen und in einer ausgesogenen Gegend leben, ohne noch dazu einen rechten Stützpunkt zu haben." Er hatte Laudon aufgefordert, sich dem Prinzen Heinrich zu nähern; doch er konnte den Feldmarschall nicht dazu bewegen, dieser machte vielmehr am 13. einen Marsch rückwärts nach Benatek. Abermals bat ihn Joseph, wenigstens nach Melnik zu ziehen; allein so großer Dinge mochte sich Laudon keineswegs unterfangen, er gedachte vielmehr, einen Umweg zu nehmen, überschritt die Elbe bei Brandeis und kam den 19. nach Weltrus an der Moldau.

Inzwischen hatte der König den Rückzug fortgesetzt. Um den Bewegungen seines Bruders Zeit zu verschaffen, war er bis zum 14. in Wildschütz geblieben. An diesem Tage ging

er selbst unbelästigt nach Altstadt, der Prinz von Preußen marschierte nach Trautenau und der Erbprinz von Braunschweig nach Jungbuchau. Des letzteren Nachhut wurde hitzig verfolgt; dasselbe geschah, als Friedrich am 19. nach Trautenbach und am 21. nach Schatzlar rückte. Doch war es nicht sowohl der Feind, welcher dem Könige Verlegenheit bereitete, als vielmehr die durch den vierzehntägigen Regen fast unbrauchbar gewordenen Wege, die bei den Preußen wie bei den Österreichern die Zufuhr von Lebensmitteln erschwerten und die Pferde zu Grunde richteten. Jetzt aber klärte sich der Himmel auf, und die Einwohner des Landes verkündigten schönes Wetter.

Dem Könige war fälschlich gemeldet worden, daß die Österreicher 30000 Mann in Ungarn aushöben, die in Oberschlesien einfallen und dort sengen und brennen sollten. Um nun einer solchen Gefahr zu begegnen, schickte er den Erbprinzen von Braunschweig mit 10 Bataillonen, zu denen sich später 20 Schwadronen gesellten, am 21. September dahin. Jedoch nicht allein zur Abwehr brachen dieselben auf; denn in neuen Plänen und Anstrengungen sucht und findet ein starker Charakter den besten Trost für ein verunglücktes Unternehmen. Der König faßte die Möglichkeit ins Auge, vermittelst jener Truppen das Fürstentum Teschen in seine Gewalt zu bringen. Außerdem belebten die Nachrichten, die aus Rußland einliefen, die Schwingen seiner Hoffnung. Die Kaiserin Katharina wollte sich danach nicht begnügen, als Verbündete zu handeln, sondern als kriegführende Macht auftreten. Friedrich sah im Geiste schon in Mähren eine neue Bühne sich eröffnen. Er behielt inzwischen festen Fuß in Böhmen und wünschte sehr, daß auch sein Bruder nicht zu eilig abziehen möchte.

Am 24. aber setzte sich der Prinz Heinrich mit dem Hauptheer in Bewegung. Ein dichter Nebel begünstigte die Preußen. Die kaiserlichen Truppen, welche bei Leitmeritz standen, bemerkten den Abmarsch erst gegen 9 Uhr. Da Laudon ruhig hinter der Eger stehen blieb und nur leichte Truppen vorschickte, setzte Heinrich seinen Rückzug bei schönem Wetter unbelästigt über Nollendorf fort. Es ging hier noch viel friedlicher zu als

bei den Märschen von Hohenelbe nach Schatzlar, und am Ende des Monats befand sich der Prinz mit seinem Heere wieder auf sächsischem Boden. Er rechnete, daß er während des ganzen Feldzuges an Überläufern, Getöteten und Verstorbenen 2000 Mann eingebüßt. Größer war der Verlust an Pferden, von denen ungefähr 3000 zugrunde gegangen waren, besonders auf den letzten Märschen. Man hatte daher, als die eine Hälfte der Geschütze nach Sachsen gebracht worden war, die Bespannung zurückschicken müssen, um die andere holen zu lassen, und einen Teil der Regimentsmunition war man genötigt gewesen, auf Bauernwagen fortzuschaffen. Übrigens rechtfertigten den für den Rückzug gewählten Zeitpunkt die starken Regengüsse, welche bald nachher wieder eintraten; sie würden nicht nur den Marsch bedeutend erschwert, sondern auch ohne Zweifel den Verlust an Pferden beträchtlich vergrößert haben. Friedrich war schon über die Zahl, die ihm Heinrich meldete, sehr betroffen, und er rechnete demselben widerholt vor, daß die notwendigen Ergänzungen, die er angeordnet, 150000 Thaler verschlingen würden. Er wollte nur 700 Pferde verloren und eben so viel Überläufer gehabt haben. Er wäre vielleicht weniger ungehalten gewesen, wenn sein Bruder den Rückzug nicht so eilig angetreten hätte. Dieser wußte sich zwar wohl zu verantworten; aber er geriet hierüber und aus anderen Gründen in sehr üble Laune und sprach gegen Vertraute davon, daß er sich völlig vom Heer und den öffentlichen Geschäften zurückziehen wolle, um ohne jegliches Gepränge nur als Philosoph zu leben. Er setzte zu dem Ende sogar einen Brief an den König auf und war bis zu Thränen gerührt, als er dem Obersten Henckel v. Donnersmarck den Entwurf vorlas. Aber er hat dieses Schreiben erst nach zwei Monaten abgesendet.

Friedrich blieb noch etwas länger in Böhmen. Er freute sich über das Abnehmen der Lagerkrankheit, an welcher er selbst viermal gelitten. Er hatte den 29. September, wo er aufs neue von dem Übel befallen worden war, seinem Bruder geklagt: „Es beläftigt und schwächt dermaßen, daß man einige

Tage braucht, um seine Kräfte wiederzugewinnen." Am 6. Oktober schrieb er: „Die Ruhr hat eine so allgemeine Verbreitung im Heere gefunden, daß niemand davon befreit gewesen ist. Die einen haben sie früher, die anderen später gehabt; aber jedermann hat diesen Zoll der Schwäche zahlen müssen, mag es nun von dem schlechten Wasser herkommen oder von der Verderbtheit der Luft. Gegenwärtig nimmt das Übel ab, und ich glaube wenigstens, daß die Epidemie bald aufhören wird."

Als am 12. ein starker Schneefall eintrat, beschloß Friedrich, Böhmen nun auch zu räumen. Am 15. marschierten seine Truppen in die Gegend von Landshut; er selbst nahm in der Stadt Quartier. Von da schrieb er am folgenden Tage dem Bruder: „Du kannst nicht glauben, was für einen Eindruck der Anblick von Männern, Weibern und Tieren aller Art, womit hier die Dörfer und Städte bevölkert sind, bei unserer Rückkehr auf jedermann gemacht hat! Einer, der aus Sibirien käme, würde keine größere Augenweide haben. Ich wohne bei einem Kaufmann; als ich in das Haus trat, glaubte ich mich im Vergleich zu den Hütten von Lauterwasser in Großmoguls Palaste zu befinden. Kurz, alles widert in Böhmen an, und hier gefällt alles. Ich muß auch zu meiner großen Befriedigung sagen, daß ich mit unserem Neffen sehr zufrieden bin, er hat eine ganz andere Richtung genommen und sich erstaunlich zu seinem Vorteile verändert, und ich fange an, guten Mut zu haben." In den Denkwürdigkeiten, welche der König über diesen Feldzug hinterlassen, erwähnt er ebenfalls an mehreren Stellen ehrenvoll des Thronerben.

So hatten die Preußen Böhmen geräumt; auf die gefährlich anstürmende Flut war die Ebbe langsam gefolgt. Und in Mähren wiederholte sich in weit kürzerer Frist und viel kleinerem Maßstabe dieses Schauspiel. Wie gegen Sachsen und die Grafschaft Glatz hin, so hatten die Österreicher vor dem Feldzuge auch hier eine gute Stellung aufgesucht, bei Heidenpiltsch an der Mora eine solche gefunden und wohlbefestigt. Nach dem Überfalle, welchen Knebel im August erlitten, war auf diesem

Schauplatze nichts Erhebliches vorgekommen; aber als der Erbprinz von Braunschweig am 1. Oktober in Troppau anlangte, wich der kaiserliche Feldmarschall-Lieutenant Botta auf der Straße von Olmütz, ohne den Feind gesehen zu haben, bis Deutsch-Lodenitz zurück. Dagegen drangen die Preußen vor, besetzten das Schloß von Grätz und nahmen eine vorteilhafte Stellung zwischen zwei in der Nähe gelegenen Dörfern, wodurch sie Meister der nach Mähren führenden Pässe wurden.

Wie ein in Gedanken versunkener Reiter erschrickt, wenn sein sanftes Tier plötzlich scheu wird: also fuhr Joseph auf, als er von Bottas Rückzug hörte. Den Fehler wieder gut zu machen, ging am 3. Oktober der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Elrichshausen mit neuen Truppen nach Mähren ab, und nach seiner Ankunft änderte sich die Lage der Dinge. Die Österreicher kehrten am 10. Oktober zurück nach Heidenpiltsch, die Vorposten wurden abermals über die Mora gesetzt, besondere Truppenabteilungen marschierten in die Gegend von Ziegenhals und Johannisberg.

Infolge der großen Verstärkungen, die in Mähren eingetroffen waren, zog sich der Erbprinz nach Troppau zurück. Diese Stadt blieb allein in den Händen der Preußen.

Der Mensch duldet gern Beschwerden, wenn er Erfolge sieht; ist das nicht der Fall, so wird er verdrossen. Die Anstrengungen und Leiden des fruchtlosen Feldzuges, durch die verdoppelte Strenge Friedrichs gegen die Soldaten noch erhöht, riefen unter den Truppen eine allgemeine Unzufriedenheit hervor. Das Vertrauen auf die Fähigkeit des Königs und die Begeisterung für seine Person, welche das Heer beim Ausmarsche belebten, nahmen ab. Alter und Krankheit, urteilte man, hindern ihn, mit seiner früheren Schnelligkeit an die verschiedenen Punkte sich zu begeben, wo Anordnungen zu treffen sind, und so gehen Gelegenheiten verloren, aus denen sich großer Vorteil hätte ziehen lassen. Friedrich hat dagegen mit seinem klaren Blicke den eigentlichen Urheber des Mißgeschicks herausgefunden und der Nachwelt bezeichnet. Aber vielleicht würden wir seiner Behauptung keinen Glauben beimessen, wenn nicht

die Briefe, die er an den Prinzen Heinrich geschrieben, und die Berichte des Kaisers an das Tageslicht getreten wären [1]). Dadurch ist die Wahrheit durch den Nebel gedrungen, und wir verstehen die lange Unthätigkeit des weisen Königs, der in richtiger Erkenntnis der militärischen Lage sich dem Bruder willig unterordnete; doch der schöne Ruhmeskranz, welcher für den Prinzen schon gewunden wurde, hat dann unfertig liegen bleiben müssen.

1) Der Herzog von Teschen bei Arneth X, 534 stimmt in seinem Urteil über den Feldzug in der Hauptsache mit Friedrich dem Großen überein. „Wir können uns nicht rühmen", schreibt er, „heldenmütige Thaten verübt oder glänzende Erfolge davongetragen zu haben. Gewiß ist es übrigens, daß die vorteilhaften Stellungen, welche man auszufinden und rechtzeitig einzunehmen verstand, nicht wenig dazu beitrugen, den Unternehmungen des Königs Halt zu gebieten und ihn zu zwingen, fast ohne Schwertstreich und ohne irgendwelchen erwähnenswerten Verlust von unserer Seite Böhmen wieder zu verlassen, nachdem seine Armee durch Krankheiten und Desertion sehr beträchtlich geschwächt worden war, während die unsrige wenigstens in letzterer Beziehung gar nicht gelitten hatte. Unseren leichten Truppen hingegen, welchen fast allein die Kriegführung oblag, war Gelegenheit geboten, sich durch kleine Vorteile, die sie sehr häufig über die des Feindes davontrugen, im Kampfe zu üben. Dennoch können wir nicht bestreiten, daß, wie verständig und klug auch die Wahl dieser Stellungen, und wie besonnen und vorsichtig die Leitung der Operationen gewesen sein mag, die infolge des einmal angenommenen Systems der strengsten Verteidigung ausgeführt wurden, sie die Wirkung, welche sie hervorbrachten, sicher verfehlt haben würden, wenn Prinz Heinrich sich nicht durch Ursachen, die ich nicht kenne, hätte davon abhalten lassen, mit größerem Nachdrucke zu handeln und Nutzen aus den Vorteilen zu ziehen, die ihm die Überlegenheit seiner Streitkräfte mehrmals und besonders im Anfang über Laudon gab." Vgl. Joseph an Kaunitz 5. September, bei Arneth X, 523.

Siebentes Kapitel.

Anbahnung einer französisch-russischen Vermittelung.

Maria Theresia konnte nach den trüben Erwartungen, die beim Beginne der Feindseligkeiten sie gequält, und nach den schweren Bedrängnissen, welche die Mitte des Krieges gebracht, mit dem Ausgange des Feldzuges wohl zufrieden sein, und sie freute sich dessen auch von ganzem Herzen. Aber die Sorge wich darum nicht von ihrer Seite; denn sie fragte sich vergebens, ob der Feind im nächsten Frühjahre abermals und mit gewachsener Erbitterung in ihre unglücklichen Länder einbrechen oder ob der kommende Winter den heißersehnten Frieden bringen würde. Seitdem die Unterhandlungen mit dem Könige von Preußen fehlgeschlagen waren, wollte sie die Mitwirkung des Reiches und der Höfe von Versailles und Petersburg gewinnen, um dem Kampfe, der ihr schon so viele schwere Stunden bereitet, ein Ende zu machen. Indem wir nun den dahin gehenden Schritten der Kaiserin-Königin unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, betrachten wir zuerst ihr Verhältnis zu Ludwig XVI.

An dem Tage, wo sie Thugut, aufs tiefste gebeugt, mit neuen Vorschlägen nach Welsdorf gesendet, hatte sie, wie oben erwähnt worden ist, Marie Antoinette dringend gebeten, die Bemühungen des Grafen Mercy zu unterstützen. Die gehorsame Tochter war darauf am 13. August zu ihrem Gemahle gegangen, um ihn zu bestimmen, daß er seine Vermittelung anbieten möchte; sie hatte mit Absicht die Zeit gewählt, wo Ludwig XVI. mit seinen Ministern Maurepas und Vergennes arbeitete. Während man darüber beriet, trafen Depeschen Breteuils ein und wurden in Anwesenheit der Königin gelesen. Sie meldeten ohne Zweifel die Abreise Thuguts in das preußische Hauptquartier und die Vorschläge, die er mitgenommen. Von

Zeit zu Zeit erhob Maurepas Schwierigkeiten. Mit dem Entschlusse des Wiener Hofes inbezug auf Ansbach und Baireuth war er offenbar unzufrieden, weil er fürchtete, daß dadurch der Friede nicht gefördert werden würde. Man einigte sich dahin, daß Vergennes in sehr bestimmter Weise nächsten Montag, den 17., an den französischen Geschäftsträger in Berlin, Gaussen, schreiben sollte. Nachmittags um 3 Uhr empfing Mercy Depeschen aus Wien; er stand sogleich von der Tafel auf, setzte sich in den Wagen und fuhr zur Königin. Unterwegs las er die Aufträge, die Kaunitz ihm schickte. Er ward angewiesen, die letzten Vorschläge, welche Thugut empfangen, dem Kabinette von Versailles mit der Bitte mitzuteilen, daß es dieselben ohne Verzug recht ernstlich unterstützen möchte; aber es müsse, wenn ein solcher Schritt die erwünschte Wirkung haben solle, deutlich zu erkennen geben, daß es, wenn Preußen die gemachten Vorschläge zurückweise, sich nicht entbrechen könne und werde, seine Pflichten als Verbündeter und als Garant des Westfälischen Friedens werkthätig zu erfüllen. Mercy empfing weiter den Auftrag, bei schicklicher Gelegenheit fallen zu lassen, daß, wenn Frankreich eine Absicht auf gleiche oder ähnliche Vorteile wie in dem letzten Kriege haben sollte, Österreich gewiß alle Willfährigkeit an den Tag legen würde [1]).

Um 6 Uhr war Mercy im Kabinett der Königin. Er hat aber nicht nur mit ihr verhandelt, sondern auch mit Vergennes; das Nähere wissen wir nicht. Der französische Minister nahm sich jetzt noch mehr Zeit und vollzog erst am 20. den empfangenen Auftrag. Das Schreiben war sehr umfangreich. Vergennes befürwortete die österreichischen Vorschläge und er-

1) Beer in Sybels Zeitschr. XXXVIII, 437 u. 438 (Depesche vom 6. August). Gemeint sind wohl die Herrschaften Chimay und Beaumont, ferner die Städte Ostende, Nieuport, Ypern, Furnes und Mont, das Fort Knocke und eine Meile Gebiet im Umkreise dieser Städte und dieses Forts, sowie das Recht freien Durchzugs auf den großen Straßen und freier Schiffahrt auf den Kanälen und Flüssen, welche dahin führen. (Art. XI des Vertrages vom 1. Mai 1757, bei Schäfer, Gesch. des Siebenjähr. Krieges I, 283.)

mahnte den König von Preußen, sie nicht zurückzuweisen, damit der Krieg seinen Charakter nicht änderte; derselbe würde sonst nur noch eine persönliche Ursache haben, ein Kampf zwischen zwei Nebenbuhlern werden, dessen Folgen unberechenbar wären, und vielleicht dem Wiener Hofe Grund geben seine Verbündeten und die Bürgen des Westfälischen Friedens, die man geglaubt hätte gegen ihn aufbieten zu können, selbst in Anspruch zu nehmen. Wir sehen, wie das französische Kabinett hier den einen Teil der Wünsche des Fürsten Kaunitz ohne Rückhalt und den andern mit Behutsamkeit erfüllte. Vergennes stellte sich, als ob die Unterhandlung noch fortbestände; „sollten sich Schwierigkeiten darbieten, welche der Dazwischenkunft eines dritten bedürften", schrieb er am Ende, „so würde Seine Allerchristlichste Majestät auf den Wunsch der beiden Parteien sich nicht weigern sie beseitigen zu helfen". Mit der gleichen Behutsamkeit, wie vorher, that hier Vergennes, was Marie Antoinette verlangt hatte, indem er schüchtern die französische Vermittelung anbot.

Am 27. kam die umfangreiche Depesche nach Berlin. Der französische Gesandte, Marquis de Pons, war abwesend; um sich der Königin gefällig zu erweisen, hatte man ihm einen Urlaub gegeben, und so mußte der Geschäftsträger Gaussen dem Grafen Finckenstein Mitteilung von den Aufträgen machen, die er soeben erhalten; er zeigte zugleich die nahe Wiederkunft des Marquis de Pons an. Finckenstein nahm den Schritt des Hofes von Versailles nicht sehr ernsthaft. Er glaubte, daß Vergennes ihn nur aus Rücksicht für die Königin gethan und um sich allmählich den Weg zur Vermittelung zu bahnen. Auch Friedrich war dieser Meinung, die ihm dann von seinem Gesandten in Paris bestätigt ward, und er befahl bereits am 31. August seinen Ministern: sie sollten zuerst angeben, weshalb man die Unterhandlung mit Thugut hätte abbrechen müssen, und dann erklären: wenn der Hof von Versailles Österreich dahin bringen wollte, klare und bestimmte Vorschläge zu machen, so würde man den König immer entgegenkommend und außerdem bereit finden, eine französische und russische Ver-

mittelung anzunehmen, allerdings unter der Bedingung, daß nichts an den Satzungen des Reiches und dem Westfälischen Frieden geändert würde [1]).

Begreiflicherweise konnte und wollte Friedrich, wenn eine Vermittelung eintreten sollte, Rußland nicht missen; hauptsächlich aber wünschte er, von dort bewaffneten Beistand zu erlangen. Zwei Mittel, hatte er am 22. Juli an Solms geschrieben, könnte der Petersburger Hof anwenden, erstens eine kräftige Erklärung in Wien und dann die Sendung von 6000 Kosaken; dadurch würden die Österreicher in Schrecken gesetzt und bewogen werden, seinen Vorschlägen williges Gehör zu schenken [2]). Die Kaiserin Katharina befand sich aber noch nicht in der Lage, für ihren Verbündeten einzutreten. Bald nach dem Ausbruche der Feindseligkeiten hatte Panin dem Grafen Solms gesagt: in zwei Kriege, die beide lang und blutig sein und viel Geld kosten würden, könnte sich Rußland nicht einlassen, und es müßte das erwidern, wenn Preußen förmlich seinen Beistand verlangte. Vierzehn Tage später äußerte sich Panin günstiger. Er zeigte dem Grafen Solms ein Billet der Kaiserin. Sie hatte die Erklärung des Königs von Preußen über die Gründe, die ihn bewogen, sich der bayerischen Zergliederung zu widersetzen, soeben gelesen. „Wenn ich nicht die Verbündete dieses Fürsten wäre", hieß es darin, „so würde mir dieses Aktenstück Lust machen, es zu werden. Erinnern Sie sich an das, was ich Ihnen am 2. Juli gesagt habe, handeln Sie danach. Ich hoffe, daß der nächste Kurier des Grafen Romanzoff uns wird klarer sehen lassen." Panin erzählte weiter, was der Petersburger Hof für Absichten hätte. Wenn der Bund der Kreise, welchen Friedrich zu gründen suchte, Rußland um Schutz und Hilfe gebeten, würde die Kaiserin die Rechtmäßigkeit ihrer Beschwerden anerkennen, Truppen in Galizien einrücken lassen und auf diese Weise so-

1) Finckenstein an den König 28. August, mit genauer Inhaltsangabe der französischen Depesche. Friedrich an Finckenstein 31. August. (Geh. Kab.-Akten.)

2) Immediat 22. Juli.

wohl dem Könige nützlich sein als auch den eigenen Interessen dienen, wenn sie die Österreicher aus Polen jagen könnte. Befragt über den Zeitpunkt, äußerte sich Panin dahin: man müsse vorher über den Ausgang des Streites mit den Türken nicht mehr in Ungewißheit sein, doch werde man das Ende des Krieges nicht abwarten; auf einige Monate komme es ja nicht an [1]).

Katharina brannte vor Ehrgeiz, auch in die deutschen Angelegenheiten einzugreifen, und sie wollte von so vielen Fürsten als möglich um Beistand angegangen werden [2]). Daß nun Panin aufs neue mit dieser Forderung hervortrat, hörte Friedrich sehr ungern. „Das wird sehr schwer sein", ließ er dem Grafen Solms antworten, „um nicht zu sagen unmöglich. Sie fürchten Österreichs Rache und beschränken sich deshalb auf Neutralität, und man hat genug zu thun, sie in Regensburg zum Sprechen zu bringen" [3]). Auch das gelang dem Könige nicht einmal. Was aber den Bund der Kreise betrifft, so war der Erfolg der preußischen Unterhandlungen äußerst gering. Alles kam auf Hannover an. Im Juni hatte der König von England sagen lassen, daß er mit Preußen Hand in Hand gehen und einen Bund der Kreise für die Verteidigung ihrer Länder in Ober- und Niedersachsen bilden wollte, und zwar sollten sich zuerst die drei Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Hannover vereinigen. Finckenstein und Hertzberg schlugen hierauf dem hannöverschen Ministerium vor, man möge noch den westfälischen Kreis dazu nehmen und Kleve durch ein kleines Truppencorps schützen. Sie warteten dann mit Ungeduld auf einen Bescheid aus London, worauf Edelsheim nach Köln, Kassel, Hildesheim und Paderborn gehen sollte. Jedoch der König von England nahm sich viel Zeit, und erst am 25. Juli schickten

1) Solms 10. und 24. Juli.

2) Solms 10. März: Les affaires d'Allemagne font un objet principal de l'ambition de cette Cour etc. Vgl. Solms 31. März: Panin ließe durchblicken, daß es eine gute Wirkung machen könnte, wenn der Reichstag en corps ou en partie sich an die Kaiserin wenden wollte.

3) An Solms 10. August (Mediat).

die hannöverschen Räte einen Plan. Man wolle neutral bleiben, antwortete man, und verhindern, daß das Kriegsfeuer weiter um sich greife; daher müsse der obersächsische Kreis wegen des Kurfürstentums Sachsen ausgeschlossen bleiben und nur Niedersachsen und Westfalen in Betracht kommen; die Union solle defensiv sein und den andern Reichsfürsten offen stehen.

Finckenstein und Hertzberg erkannten wohl, daß Hannover durch diesen Bund sich nur vor einem französischen Einfalle zu schützen suchte; jedoch sie meinten, eine solche Vereinigung würde immerhin auf den Wiener Hof und seine Anhänger einen starken Eindruck machen; mit Frankreich müßte man sich freilich offen aussprechen, um es nicht zu erzürnen.

An einer Defensivunion war dem Könige nicht viel gelegen; aber indem der Petersburger Hof von dem Bunde der Kreise jetzt um Schutz angegangen werden wollte, mußte man die Unterhandlung weiter fortführen. Die Minister hielten es für unmöglich, ohne Hannover, welches das Vertrauen der Mehrzahl der evangelischen und katholischen Fürsten besäße, das Werk zustande zu bringen, und sie schlugen dem Könige deshalb vor, es sollte die Furcht vor den Wirren, welche die bayerische Sache verursachen könnte, als Hauptgrund für die Errichtung des Bundes angegeben werden und außerdem die Mitglieder in einem geheimen Artikel sich verpflichten, die russische Dazwischenkunft anzurufen. Edelsheim wurde wirklich dahin angewiesen [1]). Um aber die furchtsamen Fürsten etwas eifriger zu machen, wollte man weiter denselben zu verstehen geben, daß eine Defensivunion unzureichend wäre, da niemand daran dächte Hannover anzugreifen; weigerten sie sich, mit dem Könige gemeinschaftliche Sache zu machen, so würde sich dieser gezwungen sehen, von der Verteidigung der deutschen Freiheiten abzustehen und Österreich über die Erbfolge der Fürsten nach Gefallen verfügen zu lassen [2]). Es war der Ge-

1) Die Korrespondenz steht in dem bereits erwähnten Volumen: die Sendung Edelsheims (Berl. Arch.).

2) Friedrich an Finckenstein 25. August (Geh. Kab.-Akten).

danke des Freiherrn v. Hertzberg, aber nur als Drohung verwendet.

So viel that Preußen, um von Rußland womöglich militärischen Beistand oder doch wenigstens eine starke Erklärung zu erlangen. Am 5. September kam der Marquis de Pons nach Berlin zurück und sagte zu den Ministern: Ludwig XVI. sei sehr gerührt von dem Vertrauen, welches ihm Friedrich in der bayerischen Angelegenheit gezeigt, er wünsche die Herstellung des Friedens und werde jederzeit mit Vergnügen dazu beitragen [1]). Gegen den preußischen Gesandten äußerten freilich Maurepas und Vergennes auch noch ihr Bedauern über den Abbruch der Braunauer Unterhandlung, und als Goltz die österreichischen Vorschläge unannehmbar nannte, da verneinten sie das und sagten, daß dieselben sich denen des Königs vom 20. Mai sehr näherten. Einige Zeit später erklärte Maurepas weiter dem preußischen Gesandten: man habe nichts gegen eine politische Verbindung mit den Kreisen einzuwenden, aber ein Heer bestehend aus Truppen des Königs von England oder von Fürsten, über die er verfüge, könne man nicht dulden, sondern man müsse dann gleichfalls ein Heer und zwar an der Saar aufstellen [2]).

Frankreich kam aber nicht in diese Notwendigkeit. Am 24. September schickte nämlich Edelsheim einen Vertragsentwurf, welchen Georg III. nach Hannover gesendet hatte, nach Berlin; darin verbanden sich die beiden Könige als Kurfürsten zur Verteidigung ihrer in Niedersachsen und Westfalen gelegenen Besitzungen gegen jeden feindlichen Anfall, den sie bei Gelegenheit der bayerischen Irrungen erleiden könnten. Sie versprachen darin zweitens einander, einmütig auf dem Reichstage zu handeln und alle möglichen Maßregeln zu nehmen, damit die bayerische Erbfolge gemäß den Rechten der beteiligten Parteien und den Satzungen des Reiches entschieden würde. Man wollte drittens andere Fürsten zum Beitritt einladen.

1) Mediat an Goltz 8. September.
2) Goltz 10. und 25. September.

Dieser Entwurf befriedigte die preußischen Minister sehr wenig, da die Hauptsache weggeblieben war; denn ein Versprechen, daß man sich an Rußland wenden würde, fand sich darin nicht, und außerdem verzweifelten Finck und Hertzberg, außer Kassel und vielleicht Braunschweig einen Fürsten zum Beitritt bewegen zu können, ehe nicht Preußen ein größeres Übergewicht im Kriege gewonnen hätte. Sie wiesen noch darauf hin, daß der kölnische Minister Belderbusch den Sieg über den münsterschen Minister Fürstenberg bei dem Kurfürsten von Köln davongetragen hätte.

Der König hielt den hannöverschen Entwurf für unnütz, und da der Petersburger Hof inzwischen auf neue Anrufungen vonseiten der deutschen Fürsten Verzicht geleistet hatte, lag für ihn kein Grund vor, die Unterhandlung fortzusetzen; aber er konnte sich doch noch nicht entschließen sie abzubrechen, sondern er befahl seinen Ministern sie hinzuziehen, bis man Rußlands Absichten genau wüßte [1]). Daß dieses mit einer Erklärung anfangen wollte, war ihm bereits angezeigt worden. Da Preußen weder angegriffen worden sei, noch in Gefahr sich befinde, hatte Panin dem Grafen Solms um die Mitte des Septembers mitgeteilt, komme das Bündnis von 1764 nicht in Betracht; aber man halte die Sache des Königs für gerecht. Man wolle die Erklärung drucken lassen und veröffentlichen und Frankreich, England, Schweden und Dänemark zum Anschluß auffordern [2]).

1) Finkenstein und Hertzberg an den König 29. September, in dem angeführten Volumen; Finckenstein an den König 29. September, und Antwort des Königs vom 3. Oktober in den Geh. Kab.-Akten. Die Sendung Edelheims war von jetzt ab ohne Bedeutung. Am 31. Okt. schrieb Finckenstein an ihn, ob es nicht am besten wäre, wenn man bei der Unruhe, welche Frankreich zeigte, nur gleichmäßiges Handeln auf dem Reichstag in der bayerischen Sache verabredete, ohne eines Armeecorps zu erwähnen. In Hannover war man nicht allein damit einverstanden, sondern man erklärte sogar Ende November, daß die weitere Unterhandlung verschoben werden könnte, bis neue Umstände die Wiederaufnahme derselben nötig machten; und Preußen ging darauf ein (5. Dezember).

2) Solms 15. September.

Katharina war durch die Verwickelung mit der Pforte, wie wir gesehen haben, bisher abgehalten worden, ihrem Verbündeten zu Diensten zu sein; denn sie wußte nicht, wie weit die Hartnäckigkeit der Türken gehen würde. Mit 12 Linienschiffen war im Mai der Kapudan Pascha nach dem Schwarzen Meer ausgelaufen; der Diwan hatte ihm anfänglich vorgeschrieben, den ersten Schlag so viel als möglich zu vermeiden, und nur auf die Vorstellung, daß ihm seine Verhaltungsbefehle zu sehr die Hände bänden, ward es ihm gestattet, nach den Umständen zu verfahren. Eben diese begünstigten ihn aber keineswegs; denn die Pest und ein großer Sturm thaten den Truppen und Schiffen großen Schaden. Daneben suchten die Höfe von Berlin und Versailles besänftigend in Konstantinopel einzuwirken. Vergennes wünschte weder eine neue Schwächung der Türken noch ein russisch-englisches Bündnis, welches auch gegen Frankreich gerichtet gewesen wäre, da dieses inzwischen in den Krieg wider Georg III. eingetreten war. Im August bot sich Vergennes der Pforte zur Vermittelung an. Die Unfälle des Kapudan Pascha mögen schon vorher den Kriegseifer in Konstantinopel merklich abgekühlt haben, und so faßte der Diwan am 14. September den Beschluß, man wolle den von dem Petersburger Hofe beschützten Chan anerkennen, wenn die russischen Truppen aus der Krim zurückgezogen würden. Damit war eine Aussicht für den Frieden gewonnen. Wenn aber auch Katharina das erst im Oktober erfuhr, so rechnete sie doch zunächst auf keinen Krieg mehr mit den Türken, und so ließ sie denn eine Erklärung aufsetzen, die ihr am 22. September zur Unterschrift vorgelegt ward, aber noch einige Zeit in ihrem Kabinette liegen blieb.

Im Sommer war Katharina gegen Friedrich etwas kühler geworden, ohne daß es dem Grafen Solms gelang, den eigentlichen Grund zu erfahren. Als er im August eine sehr freundschaftliche Unterredung mit Potemkin hatte, riet dieser, es möchte doch der König selbst an Katharina schreiben, das würde seine Sache bedeutend fördern. Solms erwiderte: sein Herr sei darüber sehr empfindlich gewesen, daß die letzte Antwort, die er

von der Kaiserin empfangen, nicht von ihrer Hand herrühre, sondern durch einen Sekretär geschrieben worden sei, und er werde sich vielleicht ein zweites Mal dem nicht aussetzen wollen. Potemkin aber wiederholte nicht nur seinen Rat, sondern er kam nach kurzer Zeit noch einmal darauf zurück. Friedrich fügte sich, und an demselben Tage, wo der preußische Gesandte das königliche Schreiben übergeben ließ, schickte Katharina die Erklärung von ihr unterzeichnet an Panin, der sie nun befördern sollte [1]). Doch ging wieder beinahe noch eine Woche darüber hin.

Als Friedrich hörte, wie ihm Katharina helfen wollte, da ward er über die Maßen verdrießlich. In seinem Ärger sah er darin fast einen Bruch des Bündnisses; denn er versprach sich von diesem Schritte des Petersburger Hofes keine Wirkung. „Bloße Worte thun nichts Böses", schrieb er eine Woche später, „aber Mannschaften, Waffen, Pferde und Kanonen können einer Macht diejenige Aufmerksamkeit einflößen, welche sich Rußland von seiner Erklärung verspricht." Indem nun Friedrich von Petersburg her keinen bewaffneten Beistand empfing, der Kurfürst von Hannover sich nicht aus seinen Landen rühren

1) Solms 28. August, 4. und 29. September. Im Sbornik XX, 374 ist Nr. 123 (die Antwort auf Nr. 132) als nicht von der eigenen Hand der Kaiserin herrührend bezeichnet. Das Schreiben Friedrichs aus dem September fehlt. Am 28. Mai 1779 meldete Solms, Potemkin habe viel dazu beigetragen, à mettre les ressorts du Gouvernement en action et à déterminer la résolution de sa Souveraine à réaliser à tems ses bonnes intentions pour faire connoitre l'intimité de ses liaisons avec Votr. Maj. Kaunitz glaubte später (an Cobenzl 10. Nov. 1779, abgedruckt bei Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina, S. 240ff.), Friedrich habe dem Fürsten Potemkin Hoffnung auf Kurland gemacht und ihn dadurch gewonnen. Das ist aber nicht richtig. Erst am 18. April 1779 hat Friedrich an Solms geschrieben (Immediat): er glaube sich nicht zu täuschen, wenn er annehme, daß Potemkin Kurland begehre. Der König wollte diese Absichten so sehr als möglich fördern, wenn Potemkin die Kaiserin vermöge, nicht so viel auf die Klagen der Polen über ihn inbezug auf ihren Handel zu hören. Später (15. Juni) war Friedrich doch zweifelhaft, ob Potemkin Kurland oder den polnischen Thron erstrebe; auch hierin war er bereit, ihn zu unterstützen.

noch irgendwie mit ihm zusammenwirken wollte, und er von nirgends her unterstützt wurde, da meinte er, daß er suchen müßte durch die französische Vermittelung aus dem Kriege wieder herauszukommen [1]).

Kurze Zeit vorher, gegen Ende des Septembers, hatte der Hof von Versailles das an Gaussen gerichtete Schreiben, worin er sich gegen den König von Preußen erbot eine Vermittelung zu übernehmen, dem Staatskanzler mitgeteilt und dadurch die Zufriedenheit desselben gewonnen. Doch beging Kaunitz die Unklugheit, zu bekennen, daß Vergennes den Wiener Hof zuviel hätte sagen lassen, wenn er in dessen Namen erklärte, derselbe wolle jetzt und für immer allen seinen Rechten und Ansprüchen auf Bayern entsagen. Mußte das Kabinett von Versailles unter solchen Umständen nicht dem preußischen Minister Finckenstein beipflichten, welcher auf die zweideutige Fassung des Hauptvorschlages in seiner Erwiderung aufmerksam gemacht hatte? Letztere las Breteuil dem Staatskanzler vor. Die Unterredung, welche dann folgte, war sehr wichtiger Art. Kaunitz wünschte die Ansicht des Hofes von Versailles über die Berliner Antwort zu hören. Sein Herr, erklärte der französische Gesandte, bedauere die Ablehnung des ersten Vorschlags, aber Gaussen glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß der König von Preußen keinesfalls einem Vergleiche nach dem Wunsch Österreichs beipflichten werde. Lebhaft entgegnete Kaunitz: „Es handelt sich nicht mehr darum, sondern die Kaiserin will alles, was sie in Bayern gewonnen hat, wieder herausgeben, wenn der König von Preußen die Markgrafschaften in ihrer natürlichen und durch das Haus Brandenburg festgestellten Ordnung läßt." Breteuil war mit dem Entschlusse Maria Theresias einverstanden; „aber", fuhr er fort, „wenn man den König von Preußen nicht dazu bringen kann, die angehängte Bedingung zu erfüllen, so wird es wünschenswert sein, andere Wege der Verständigung zu finden." Kaunitz wußte nur ein

1) An Solms 1. Oktober (Immediat). An Finckenstein 5. Oktober (Geh. Kab.-Akten).

Mittel, den König von Preußen zum Frieden zu zwingen, nämlich wenn Ludwig XVI. die Sprache, die in dem Schreiben an Gaussen herrsche, nicht allein weiter rede, sondern noch verschärfe.

Lange stritten beide nun hierüber. Umsonst bemühte sich Breteuil, den Staatskanzler zu überzeugen, daß das Kabinett von Versailles keinen drohenden Ton annehmen könne, sondern in seiner gemessenen Haltung verbleiben müsse. Wenn er endlich rund heraus erklärte, sein Hof werde sich keinesfalls mit Preußen überwerfen, zumal da Frankreich im Kriege mit England begriffen sei: so kann man sich leicht vorstellen, welchen Verdruß diese Worte dem Staatskanzler verursachten. Aber seine Auslassungen brachten den Baron Breteuil nicht aus der Fassung, er riet vielmehr, eine neue Friedensgrundlage zu suchen, indem man zwischen dem letzten Vorschlage Thuguts und dem, welchen Friedrich II. gemacht, die Mitte halte. Kaunitz warf dem Gesandten hierauf mit einiger Empfindlichkeit vor, daß Frankreich immer auf die Gedanken des Königs von Preußen eingehe, der nur damit beschäftigt sei, die gerechten Vorteile des Erzhauses zu schmälern. Nachdem er sich wieder etwas beruhigt hatte, bat er Breteuil, eine solche Grundlage zu nennen; aber der Gesandte lehnte das trotz allem Drängen des Staatskanzlers ab, ebenso vergeblich blieben des letzteren Bemühungen, dem Grafen Vergennes das heikle Geschäft aufzubürden, und als er nun erklärte, daß die Angelegenheit ganz allein durch die Kriegsereignisse würde beendigt werden, wenn Frankreich die Leitung der Vermittelung nicht entschiedener in die Hand nehmen wollte, da stellte Breteuil abermals nur die Beobachtung der größten Unparteilichkeit vonseiten seines Hofes in Aussicht.

Um die nämliche Zeit suchte Kaunitz noch die Verwendung der Reichsstände zu gewinnen. Eine schwere Ladung Drucksachen ging nach Regensburg, die alle den Titel führten: „Ihro Kais. Kgl. Majestät Gerechtsame und Maßregeln in Absicht auf die bayerische Erbfolge in der wahren Gestalt vorgelegt

und gegen die Widersprüche des Berliner Hofes verteidiget." Es war hohe Zeit, daß die Schrift erschien; denn bereits vor einem halben Jahr hatte man ihr Erscheinen angesagt. Dafür trat man jetzt aber auch mit einem starken Buch auf den Kampfplatz, freilich ohne die österreichischen Ansprüche rechtfertigen zu können.

Wichtiger als diese schalen Blätter waren die sieben Seiten, welche den Titel führten: „Vorstellung und Ersuchen an die hohen Mitstände gegen die widerrechtlichen und friedbrüchigen Handlungen Sr. Kgl. Majestät bei Gelegenheit der bayerischen Erbfolge." Maria Theresia erzählte darin die Wesenheit der Sache so, wie Kaunitz in seinen Noten an den Berliner Hof es gethan, und in gleichfalls bekannter Weise bestritt sie darauf die Berechtigung der preußischen Einmischung. Zum Beweise, wie sie ihre Billigkeit, Mäßigung, Nachgiebigkeit, Friedensliebe und Vorsorge für das Wohl Deutschlands auf das höchste getrieben, führte sie die Erklärung an, welche sie abgegeben, daß sie bereit sei, alles in Gemäßheit des Vertrages vom 3. Januar in Besitz Genommene zurückzustellen gegen die wesentliche und unabweichliche Bedingung, daß auch Friedrich II. die Sekundogenitur in Ansbach und Baireuth bestehen lasse; denn es handle sich hierbei um das allgemeine Beste des Reiches, um die Erhaltung des Gleichgewichts in demselben, um die Bewahrung des bisherigen Verhältnisses in dem fränkischen und den benachbarten Kreisen, um die Abwendung aller jener gefährlichen und bedenklichen Folgen, die unvermeidlich entstehen würden, wenn der preußische Hof seine Vergrößerungsabsicht einseitig durchsetzen sollte. Zuletzt ersuchte die Kaiserin-Königin angelegentlichst ihre Mitstände, dieselben möchten gemeinschaftliche nachdrückliche Vorstellungen an den König von Preußen wegen unverzüglicher Einstellung seiner widerrechtlichen friedbrüchigen Handlungen gelangen lassen, mit der Kaiserin-Königin vereinigt auf die unverletzte Erhaltung und Beobachtung der brandenburgischen pragmatischen Haussanktion unabweichlich bestehen, mit ihr gegen die preußische Störung des Land- und Westfälischen Friedens gemeinschaftliche Sache machen, mit aus-

giebiger Hilfe sie unterstützen und den Beistand der Garanten des zuletzt genannten Friedens öffentlich nachsuchen.

Diese beiden Schriftstücke sollte der Freiherr v. Borié den Gesandten der deutschen Fürsten mitteilen. Allerdings hatte der Reichstag seit dem 21. August Ferien, die bis zum 9. November dauerten. Preußen war mit diesem Beschlusse gar nicht zufrieden, sondern der Meinung gewesen, Schwarzenau hätte zusammen mit dem hannöverschen Gesandten auf die Unschicklichkeit aufmerksam machen sollen, die Reichsversammlung auf eine so lange Zeit in Unwirksamkeit zu versetzen. Jedoch der Verteilung von Schriftstücken stand nichts im Wege. Nur zwei Gesandte, die von Kurköln und Kurpfalz, waren abwesend, und sie konnten binnen 24 Stunden von ihren Gütern herbeigeholt werden; die übrigen samt den Direktorien blieben in Regensburg, bereit bei wichtigen Vorfällen zusammenzutreten und die Notdurft zu besorgen. Und was hatte denn der Reichstag vor den Ferien geleistet? Zu Verhandlungen war es nicht gekommen. Die Leitung der fürstlichen und kurfürstlichen Versammlung lag in den Händen von Österreichern oder österreichisch-gesinnten Männern, und diese konnten eine Beratung nicht gerade wünschen, obwohl sie eine solche auch nicht gar zu sehr zu fürchten hatten. Nach dem Berichte Schwarzenaus war der größte Teil der Stände heimlich mehr für Preußen als für Österreich, aber durch hingeworfene Drohungen abgeschreckt, sich zu erklären; sollten sie Mut erhalten, meinte der preußische Komitialgesandte, so müßten Kurbraunschweig und Hessen-Kassel vorangehen und ein Observations- oder Protektionscorps aufstellen. Und noch einen anderen Mangel betonte Schwarzenau schon seit längerer Zeit. Im Fürstenrat hatte der Graf Bünau die Stimmen von Weimar-Eisenach, Gotha-Altenburg, Wolfenbüttel, Darmstadt, Schwerin, Strelitz, Schwarzburg zu führen gehabt, war aber wegen seiner Krankheit fern von Regensburg gewesen, und als er endlich seine Stelle niederlegte, blieb sie unbesetzt. Schwarzenau warf in seinen Depeschen den Evangelischen vor, daß sie meistens auf eine unzeitige Ersparnis sähen, keine tüchtigen Leute hätten und

daher nichts ausrichteten. „Es scheint fast", schrieb er, „als ob die beträchtlichsten Höfe, die vor kaum 20 oder mehr Jahren eigene rechtschaffene Gesandte aufzustellen, zu bezahlen und zu schützen gewußt, nunmehr beginnen wollten die Unterhaltungsgelder, welche sie von ihren Unterthanen beziehen, zu andern Ausgaben zu verwenden [1]).

Am 23. September entledigte sich Borié seines Auftrages; aber viel Hoffnung wird der Staatskanzler schwerlich auf diesen Schritt gesetzt haben. Er war überhaupt etwas demütiger geworden. Mit welchem Stolz hatte er vor einem halben Jahre Maria Theresia auf die klugen Maßregeln hingewiesen, welche der Wiener Hof sowohl vor als nach dem Tode Maximilian Josephs ergriffen hätte, mit welcher Geringschätzung auf den König von Preußen herabgesehen, welcher bei dieser Gelegenheit durch Kniphausen die fränkischen Markgrafschaften zu gewinnen gedächte [2]). Jetzt aber zeigte sich der Staatskanzler friedfertig und bescheiden und war geneigt, durch den Beistand des verbündeten Hauses zu einem Vergleiche zu gelangen [3]). Aus Versailles hatte man gehört, daß der König von Preußen sich eine französische Vermittelung gefallen lassen würde; darauf beschloß man, eben solche Bereitwilligkeit in Petersburg anzuzeigen. Der Staatskanzler schickte die gedruckte Antwort auf das preußische Manifest, die in Regensburg überreicht worden war, und außerdem ein Schreiben folgenden Inhalts an den russischen Hof: die Kaiserin-Königin habe ihre Rechte auf Bayern aufgeben wollen, wenn Friedrich II. der Vereinigung

1) Schwarzenau 10. 17. 21. September. Seine Berichte vom Jahre 1778 bilden vier Volumina, aber wie gering ist die Ausbeute! Am 10. Dezember schreibt er: „In den bisherigen wenig besuchten Ratszusammenkünften ist nichts Erhebliches vorgekommen und bei den bevorstehenden Christtagsferien wird wohl auch vor der Hälfte des Januars nichts zu thun sein."

2) Arneth X, 803, Anm. 604.

3) Mitteilungen aus den Referaten des Staatskanzlers vom 7. Sept. und 2. Okt. bei Beer in Sybels Zeitschr. XXXVIII. 425—427, und bei Arneth X, 524—525 und 539—540.

der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg entsage; das sei aber nicht angenommen worden, also handle der König von Preußen nicht zum Schutze der Gerechtigkeit und der Reichsgesetze, sondern aus persönlicher Eifersucht gegen Österreich. Weil er nun in seiner Antwort an den Hof von Versailles die von diesem angebotene Vermittelung nicht ganz verworfen und sogar erklärt habe, daß er Rußland hinzufügen wolle, so bitte die Kaiserin-Königin vertrauensvoll um die guten Dienste der Kaiserin von Rußland zur Herstellung des Friedens [1]).

Zum Unglück für Österreich kreuzte sich dieses Schreiben mit der Erklärung, die am 4. Oktober nach Wien, London, Versailles, Stockholm, Kopenhagen und Regensburg abgegangen war; die Fürsten des Reiches wurden von der russischen Kaiserin eingeladen, mit ihr zusammen Vorstellungen in Wien zu machen und weitere Maßregeln zu verabreden. Katharina drückte sich über die streitige Frage ziemlich so aus wie Friedrich und riet hierauf dringend der Kaiserin-Königin, sich sowohl mit diesem als mit den andern beteiligten Parteien über die ganze bayerische Erbfolgesache nach den Satzungen des Reiches freundschaftlich zu vergleichen, sonst würde sie den in Deutschland ausgebrochenen Krieg nicht länger mit Gleichgültigkeit ansehen können und in gebührende und ernsthafte Betrachtung ziehen müssen, was die Interessen ihres Reiches, die der Fürsten, die ihre Freunde wären und ihren Beistand angerufen hätten, und vor allem ihre Verpflichtungen gegen ihren Verbündeten erheischten. Katharina machte dann in einem eigenhändigen Schreiben dem Könige Mitteilung von dem Schritte, den sie eben that. Wenn derselbe keinen Erfolg hätte, dann sollte der Fürst Repnin, welchen sie zu Friedrich zu senden versprach, über die zu treffenden Maßregeln sich mit ihm verständigen. Aus den Verhaltungsbefehlen desselben, hoffte sie, werde der König erkennen, daß sie die Absicht habe, trotz der eigenen ungewissen Lage, worin sie sich der Pforte gegenüber befinde, einem so engen

1) Solms 20. Oktober; er sagt, in diesen Tagen habe der Wiener Hof beides übergeben lassen.

Verbündeten, wie er sei, die Aufrichtigkeit ihrer Freundschaft zu beweisen. Am 13. Oktober übergab Panin dieses Schreiben und die russische Erklärung dem Grafen Solms mit den Worten: der König werde daraus erkennen, daß die Kaiserin zu ihrer alten Freundschaft und zu dem alten Vertrauen zurückgekehrt sei.

Friedrich freute sich besonders, daß Repnin sich über bewaffneten Beistand mit ihm verständigen sollte; denn er meinte, der Wiener Hof kümmere sich um Worte wenig, er fürchte nur die Soldaten. Als er mit seinen Truppen nach Schlesien zurückgekehrt war, ließ er 17 Bataillone bei Landshut Quartier nehmen, und 19 Bataillone marschierten mit 20 Schwadronen gen Neiße. Der König wollte Troppau besetzt halten, teils um Oberschlesien zu decken und den Österreichern die Verbindung mit Teschen und Galizien abzuschneiden, teils wegen der Hilfe, die er von der Kaiserin von Rußland erwartete. Im nächsten Jahre hatte er die Absicht, in Mähren den Krieg zu führen und dabei 20000 Mann, wobei ihm Kosaken sehr nützlich sein würden, gen Presburg zu senden. Er wollte die Österreicher dadurch hindern, aus Ungarn Futter zu holen; ja, er dachte noch weiter daran, Kosaken und andere leichte Truppen dort über die Donaubrücke zu schicken und sie Streifzüge bis nach Wien machen zu lassen [1]).

Über den Eindruck der russischen Erklärung auf das Wiener Kabinett, ob der Hochmut oder die Weisheit dort den Ausschlag geben würde, darüber wagte Friedrich keine Meinung zu äußern. „Es ist sicher", schrieb er am 16. an seinen Bruder, „daß die Franzosen die lebhaftesten und stärksten Vorstellungen dazufügen, um zu gütlicher Beilegung zu überreden; auch wünscht vielleicht die Kaiserin den Frieden. Aber wenn ich mir den frechen Dünkel des Fürsten Kaunitz denke, so fange ich an zu vermuten, daß der österreichische Stolz den Sieg davontragen wird."

Das eigentliche Hindernis der Verständigung lag im Kaiser,

1) An Solms bei Smitt II, 229 sqq.

der schon Vorbereitungen für den künftigen Feldzug traf. Er freute sich sehr, Böhmen endlich von Friedrich geräumt zu finden und die Österreicher wieder in Heidenpiltsch zu wissen. Es gehörte nur noch zu seinen Wünschen für das ablaufende Jahr, daß die Preußen aus Troppau gejagt würden, und er befahl am 21. dem Feldmarschall-Lieutenant Elrichshausen, diesen Versuch zu machen, es möge kosten, was es wolle, sogar wenn die Stadt angezündet werden müßte. Zwei Tage später empfing er von seiner Mutter die Erklärung des Petersburger Hofes, die am 20. in Wien übergeben worden war. Ungern vermissen wir den Brief, welchen die Kaiserin-Königin mitschickte; jedoch wenn schon Kaunitz gänzlich außer Fassung kam, als ihm das russische Schriftstück übergeben wurde [1]), so wird man sich leicht vorstellen, was für einen niederschmetternden Eindruck es auf Maria Theresia gemacht haben muß. Auch Joseph gestand die große Bedeutung des Schrittes ein, welchen Katharina gethan, und er fand die Erklärung stark; aber er verharrte bei dem Glauben, daß die russische Kaiserin keine Truppen absenden würde, sie müßte denn toll sein und ihr Minister ein durch Geld gewonnener Schuft, dann wäre freilich alles möglich. Er war geneigt, die Vorstellung des Petersburger Hofes für ein Gegenstück zu dem zu halten, was das Kabinett von Versailles im August in Berlin erklärt hatte. Die Erinnerung an die Franzosen erregte seinen Grimm beinah noch stärker, als das Verhalten Rußlands, und er wünschte, daß man jene Perückenmacher lieber schlafen ließe, die weder Herz noch Geld hätten.

Der großen Überraschung folgte noch eine kleinere auf dem Fuße. An demselben Tage, wo Joseph dieses schrieb, hieß es, daß neue Truppen und der König selbst nach Troppau kommen würden. Der Kaiser wollte das wieder nicht glauben; aber die Anzeige war in der Hauptsache richtig. Mit dem Verpflegungswesen und den Quartieren viel beschäftigt, hatte sich Friedrich am 19. nach Neiße begeben. Er beabsichtigte zugleich

1) Solms meldet das am 11. Dezember nach dem Berichte Gallizins.

alles für den künftigen Feldzug, den er in Mähren zu eröffnen gedachte, wohl vorzubereiten. Darum ging er weiter bis Jägerndorf, welches er auch deshalb besetzen wollte, um dem Erbprinzen, der in Troppau stand, die rechte Seite zu decken. Am 22., wo er anlangte, ließ er sofort die leichten österreichischen Truppen aus der Umgegend vertreiben.

Eben damals arbeitete der Kaiser in Gitschin eifrig an der Auseinanderlegung der Mannschaften. Am 25. war er mit seinen Anordnungen fertig; einzelne Regimenter befanden sich bereits auf dem Marsche; der Herzog von Teschen, Laudon und Lascy trafen Anstalten für ihre Rückkehr nach Wien. Da erfuhr Joseph, der König wäre mit Verstärkungen in Troppau angelangt. „Auf die erste Kunde, daß die Preußen wieder vorrücken", schrieb er an seine Mutter, „reise ich sofort dahin. So unglaublich diese neue Bewegung erscheint, so kann sie doch sehr wohl zu seinen Plänen gehören, und wenn er die Fürstentümer den Winter hindurch behalten will, so mag er sich darauf gefaßt machen, immer unter den Waffen zu stehen; denn ich gedenke mich nicht vom Platze zu rühren, bis ich ihn wieder vertrieben habe." Die Ungeduld ließ aber den Kaiser nicht warten; er eilte noch an demselben Tage von Gitschin weg. Zur Vorsicht empfingen 6 Infanterieregimenter und ein Reiterregiment Befehl, nach Leitomischl zu marschieren.

Wie rasch folgten einer kurzen Erholung wieder sorgenvolle Zeiten! Joseph war so unruhig, wie er noch nie gewesen; die Erklärung des Petersburger Hofes lag ihm schwer in den Gliedern. „Man wird mehr Festigkeit als je haben müssen", schrieb er am 26. an seine Mutter. Als er die nächste Poststation erreicht hatte, traf ihn ein Eilbote, den Elrichshausen gesendet. Der Feldmarschall-Lieutenant meldete: der König befestige sich in Jägerndorf, aber er scheine nicht weiter vorrücken, sondern nur diese Stadt und Troppau als die äußersten Punkte seiner Winterquartiere behalten zu wollen. Für den Augenblick erachtete Elrichshausen jedes Unternehmen für ganz unnütz, weil die Lage beider Ortschaften so wäre, daß sie eher von den Preußen, als von den Österreichern behauptet werden könnten;

der König würde sie mit seiner ganzen Heeresmacht verteidigen und zuletzt anzünden.

Ehrichshausen hatte Friedrichs Absichten richtig erkannt; dieser wollte wirklich keineswegs vordringen, sondern nachdem er alles in der Art angeordnet hatte, daß er seine Truppen gegen Überraschungen gesichert glaubte, ging er nach Breslau zurück. Er wollte furchtbar rüsten, um den künftigen Feldzug entscheidender zu machen als den eben abgelaufenen, wenn nicht die nächsten Monate den Frieden brächten, und dieser Hoffnung gab er sich höchstens vorübergehend hin. Er fürchtete mehr, daß die Österreicher die Vermittelung der Franzosen und Russen nur anrufen würden, um ihn des militärischen Beistandes der letzteren zu berauben, und er machte sich deshalb auf eine keineswegs ernsthaft gemeinte Unterhandlung gefaßt, zumal da Joseph nicht nach Wien ging, um sich über die Bedingungen mit der Kaiserin-Königin und dem Staatskanzler zu einigen. In der Meinungsverschiedenheit zwischen Mutter und Sohn erblickte der König mit Recht das Haupthindernis des Friedens.

Maria Theresia hätte dem Kriege, bei welchem nichts zu gewinnen und alles zu verlieren wäre, von Herzen gern ein schnelles Ende bereitet, und sie wünschte darum, daß Joseph das Heer auf einige Tage verlassen möchte, damit sie in gemeinschaftlicher Beratung erwägen könnten, was geschehen sollte. Zu dem Ende stellte Kaunitz dem Kaiser vor: wenn während des Winters kein Ausgleich zustande komme und Rußland alsdann teil am Kriege nehme, so werde der Wiener Hof nicht umhin können, im Laufe des nächsten Feldzugs einen solchen Frieden zu schließen, wie ihn der König von Preußen haben wolle. Von dieser traurigen Wahrheit eben so sehr überzeugt als beunruhigt, habe er in den letzten Tagen wiederholt über die Mittel nachgedacht, die in einer für das Haus Österreich so kritischen Lage anzuwenden seien, und die Frucht seiner Überlegungen aufgezeichnet; aber er halte es für unmöglich, über Dinge von solcher Bedeutung und Schwierigkeit, die zugleich einen schnellen Entschluß erheischen, brieflich zu verhandeln. Die Sache müsse zwischen Kaiserin-Königin und dem Kaiser erörtert

und endgültig entschieden, und das undurchdringlichste Geheimnis bewahrt werden. Unter diesen Umständen fordert der Staatskanzler Joseph auf, sobald als möglich wenigstens für einige Tage nach Wien zu kommen. Eben darum bat Maria Theresia dringend ihren Sohn. „Die Nachrichten aus Rußland", schrieb sie am 29. Oktober, „sind die schlimmsten, und die aus Frankreich die schwächsten." Näher sprach sie sich hierüber nicht aus, weil sie hoffte, den Kaiser bald in Wien zu sehen. „Die Monarchie", bemerkte sie weiter, „steht auf dem Punkte, zusammenzubrechen; man muß wissen Opfer zu bringen und der politischen Lage gemäß seine Entschlüsse fassen. Es ist keine Zeit zu verlieren."

Nichts Unangenehmeres konnte dem Kaiser zugemutet werden als diese Reise nach Wien. Er sah wohl ein, in welche schwierige Lage man geriet, wenn die Russen ihrem Verbündeten militärische Hilfe gewährten; es mußten dann Beschlüsse gefaßt werden, gegen welche sich sein ganzer Stolz auflehnte. Zwar tauchte der Gedanke eines Kampfes auf Tod und Leben aus der Tiefe seiner Seele wieder auf; aber er wußte, daß ihm die Mutter auf so wilden Bahnen nicht folgen würde. Mochte sie denn nachgeben, nur sollte sie nicht verlangen, daß er die Verantwortlichkeit für eine solche Politik mittrüge. Daher stellte Joseph der Kaiserin-Königin die Unmöglichkeit vor, ihren Wunsch zu erfüllen, weil die Anordnungen für den künftigen Feldzug, die im vollen Gange wären, auf ihm ganz allein lasteten, und er überdies leicht nach Mähren gerufen werden könnte, wo der Kampf noch fortdauerte. Doch versprach er, dem bestimmten Befehle, daß er kommen solle, pünktlich Folge leisten zu wollen. Er erklärte sich weiter bereit, alles, was Maria Theresia beschließen würde, blind zu unterschreiben. Glaube man wirklich, fuhr er fort, daß im nächsten Jahre Rußland handeln werde und die Franzosen nicht, so bleibe nur übrig, Bayern zurückzugeben und über die Markgrafschaften zu schweigen. Es schien ihm, daß es der Kaiserin-Königin nicht schwer fallen könnte, sich ohne ihn zu entscheiden. Am folgenden Tage schrieb er: die Mutter würde ihm eine ganz besondere

Gunst erweisen, wenn sie vor seiner Rückkehr einen Entschluß faßte. Er entsagte dann doch der ausgedehnten Reise, die er sich vorgenommen; er wollte, wie er am 4. November anzeigte, nur die neuen Befestigungen, an denen man arbeitete, besichtigen, von da geradeswegs nach Mähren gehen und hierauf in die Hauptstadt zurückkehren.

Mit Bedauern hatte sich inzwischen Maria Theresia in die Abwesenheit ihres Sohnes gefügt, dessen Hartnäckigkeit sie genügend kennen gelernt. „Ich werde denn trachten", antwortete sie, „uns den Frieden so gut als möglich zu verschaffen; aber das hängt nicht mehr von uns ab, der andere muß es auch wollen." Sie erwartete damals täglich die Antwort des Petersburger Hofes inbezug auf die angerufene Vermittelung. Bereits am 20. Oktober hatte Panin den Inhalt derselben dem Grafen Solms mitgeteilt, und zwar folgendermaßen: die Kaiserin werde sich mit Frankreich verständigen und zugleich, um die Ansichten ihres Verbündeten zu erfahren, sofort Repnin an den König von Preußen abordnen. Dem Grafen Solms gab natürlich Panin als Hauptzweck der Sendung des Fürsten an, daß derselbe sich über den Feldzugsplan mit dem Könige verständigen sollte, wenn kein Friede zustande käme. Am 21. Oktober war dann ein Eilbote nach Paris abgeschickt worden; er brachte dem russischen Gesandten den Befehl, zu fragen, ob, wann und wie Frankreich seine guten Dienste thun wollte [1]). Maurepas und Vergennes fertigten ihrerseits ungefähr um dieselbe Zeit, nämlich am 25. Oktober, einen Eilboten nach Berlin ab, von wo er dann weiter nach der russischen Hauptstadt reisen sollte. So wurden die Einleitungen zu einer Vermittelung getroffen, ohne daß Maria Theresia davon etwas wußte. Am 4. November kam endlich aus Rußland die zusagende Antwort, auf welche die Kaiserin-Königin bereits mit Sehnsucht wartete [2]).

Während man aber in Petersburg und Paris eilte, stockte

1) Solms 20. und 23. Oktober.

2) Arneth X, 561.

die Handlung so zu sagen in Wien; denn wenn auch Joseph seiner Mutter alles überlassen hatte, so schrieb er ihr doch aus Furcht vor einer zu schnellen Entscheidung und zu großer Nachgiebigkeit fortwährend über die Angelegenheit und hinderte dadurch gewissermaßen einen Entschluß. Er meinte: während die Feinde nach einem schnellen Ende des Krieges trachten müßten, hätte Maria Theresia das entgegengesetzte Interesse. Sie möchte daher nichts überstürzen, sondern auch fernerhin ihre Friedensliebe zeigen, dem Petersburger Hofe so sehr als möglich schmeicheln, eine Unterhandlung anfangen und langsam fortspinnen; dann würden Preußen und Sachsen mehr Nachgiebigkeit an den Tag legen.

Die beiden wesentlichen Punkte, auf die es dem Kaiser ankam, waren erstlich die Zurückgabe der in Besitz genommenen Teile Bayerns, mit der Erklärung, daß der Wiener Hof niemals in die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit der preußischen Monarchie einwilligen würde, zweitens die entschiedenste Weigerung, dem Kurfürsten von Sachsen eine Geldentschädigung zu gewähren oder irgendein Recht abzutreten. „So und nicht anders könnte man, glaub' ich, an den Frieden denken", schrieb der Kaiser, „es müßte denn möglich sein, heimlich einen Tausch von ganz Bayern gegen die Niederlande zustande zu bringen." Für den großen Vorteil, welchen Karl Theodor dabei gewänne, verlangte Joseph, daß derselbe die Befriedigung Sachsens übernehme und sich außerdem anheischig mache, den unverzüglichen Beitritt des Herzogs von Zweibrücken und seines Bruders zu erwirken; alle drei sollten alsdann mit Maria Theresia die Bestätigung dieses Vergleiches bei dem Kaiser nachsuchen und zugleich den König von Preußen, die Garanten des Westfälischen Friedens und den Petersburger Hof davon in Kenntnis setzen, daß sie mit dem Tausche vollkommen zufrieden wären.

So trat Joseph mit dem gefährlichen Plane, der ihn schon so viel beschäftigt hatte, plötzlich wieder hervor. Wegen der Schwäche Großbritanniens erschien ihm der Besitz der Niederlande weit unsicherer als ehedem und gänzlich von dem guten

Willen Frankreichs abhängig. Ob sich die Sache noch hätte durchführen lassen, vermöchte niemand zu sagen. Jedenfalls war Eile notwendig, wenn man einen Versuch machen wollte. Der Kaiser wußte, wie wenig seine Mutter geneigt war, die Niederlande wegzugeben. Er hätte darum, anstatt zu schreiben und dann die beabsichtigte Reise zu unternehmen, ohne Verzug nach Wien fahren sollen. Dahin riefen ihn überhaupt Klugheit und Pflicht; denn durch Briefe konnte man sich nun einmal weder gut noch schnell verständigen.

Die Vorstellungen Josephs fanden bei Maria Theresia keinen Eingang; am meisten mißfiel ihr der Rat, die Unterhandlung absichtlich in die Länge zu ziehen. „Ein schnelles Ende thut allein not", schrieb sie dem Staatskanzler. Aber die Vorschläge, welche dieser ihr machte, fanden ebenfalls nicht ihren Beifall, und so kam man zu keinem Entschluß. Inzwischen hatte Joseph die Befestigungen in Böhmen gesehen; indem er jetzt noch Mähren besuchte, rückte der Zeitpunkt näher, wo er versprochen, nach Wien zurückzukehren. Er betonte die Notwendigkeit, endlich den Russen zu antworten. „Man nehme", schrieb er am 16. November, „die Vermittelung an oder stelle ein Ultimatum oder übertrage die ganze Frage der Entscheidung des Reichstages und lasse die Vermittler einen Waffenstillstand oder einen Frieden zwischen Preußen und uns herstellen." Übrigens enthielten die Ratschläge, welche der Kaiser nun gab, keineswegs dasjenige, was ihm als zweckmäßig und wünschenswert erschien. Er würde vielmehr gesagt haben: Ich besitze Bayern von Rechts wegen und durch Abtretung; man nehme mir es, ich werde mich verteidigen. Er bekannte der Mutter offen, daß er gegen sich und seine Neigungen spräche. „Aber wie ich die Dinge betrachte", fuhr er fort, „ist nichts weiter zu machen. Ich halte mich um so mehr verpflichtet, es zu sagen, als eine recht unparteiische Prüfung ergiebt, daß der Krieg nicht sowohl der Monarchie gilt als mir persönlich." Dem Wohle des Staates war er bereit, seine Ansichten zum Opfer zu bringen, obgleich er wußte, daß der ungünstige Ausgang der Angelegenheit auf ihn allein fallen würde.

Joseph wollte wenigstens militärisch das Jahr ehrenvoll abschließen und darum die Preußen wo möglich aus Jägerndorf vertreiben; aber die mährischen Führer, Elrichshausen, Stein und Botta, glaubten nicht an die Möglichkeit des Gelingens, und so gab er das Unternehmen auf. „Wie soll man mit so voreingenommenen Leuten die einfachste Sache ausführen?" schrieb er am 19. November ärgerlich an Lascy; „ich reise deshalb traurig und betrübt von hier weg, jedoch laß ich den Befehl zurück, daß man das Unmögliche versuchen solle, um dahin zu gelangen" [1]). Am 23. kam er endlich nach Wien, und nun mußte man eine Entscheidung treffen. Da man sich über die Friedensbedingungen nicht hatte verständigen können, so unterließ man, solche zu nennen und beschloß nur anzuzeigen, daß man die Vermittelung Frankreichs und Rußlands annehme. Den 25. November ging ein Eilbote mit dieser Erklärung nach Petersburg, und ein anderer begab sich nach Paris, um dort von der Entschließung des Wiener Hofes Mitteilung zu machen.

An demselben Tage schrieb Maria Theresia auch an Mercy. „Wenn ich mich jemals in einer mißlichen Lage befunden habe", klagte sie, „so ist es in diesem Augenblicke der Fall, wo es sich darum handelt, den sichersten und kürzesten Weg einzuschlagen, um zu einem möglichst guten Frieden zu kommen. Ich fühle den ganzen Schmerz, welchen der Kaiser und der Fürst Kaunitz darüber empfinden, daß sie als Urheber eines nicht eben sehr ehrenvollen Friedens erscheinen sollen; aber da ich die unumgängliche Notwendigkeit eines solchen einsehe, läßt mich die Liebe zu meinem Hause, zur Monarchie und zur Humanität über allen Tadel hinweggehen, den man wegen meiner friedlichen Absichten wird auf mich werfen wollen, sobald dieselben nur den von mir gewünschten Erfolg haben." Maria Theresia gestand, daß Kaunitz diesmal ihren Erwartungen keineswegs entsprochen hätte; sie wünschte Vorschläge, die schnell zum Frieden führten, und zwar ohne daß von Entschädigungen, Abtretungen,

1) Arneth X, 818, Anm. 863.

Austausch die Rede wäre. Fest entschlossen, solche Zumutungen abzulehnen, wollte sie nicht einmal von ihren Besitzungen in Schwaben oder in den Niederlanden ein geringes Stück fortgeben. „Ich würde vielleicht darauf eingegangen sein", fuhr sie fort, „hätte man durch die Erwerbung Bayerns eine beträchtliche Abrundung erlangen können; aber man darf daran nicht mehr denken, und ich will, daß die Monarchie ganz so bleibe, wie sie gegenwärtig ist, es müßte sich denn der König von Preußen entschließen, mir einen Teil von Schlesien oder Glatz abzutreten." Freilich glaubte sie nicht im entferntesten daran, daß letzteres geschehen würde [1]).

„Mit der lebhaftesten Rührung" empfing Katharina das so vollkommene Zeugnis der Achtung und des Vertrauens, welches ihr Maria Theresia durch die Erteilung einer uneingeschränkten Vollmacht zu der mit Sr. Allerchristlichsten Majestät übernommenen Vermittelung gegeben, und schickte sogleich nach Berlin und Paris Eilboten, um die Angelegenheit zu beschleunigen. Indem nun aber Rußland und Frankreich die Herstellung des Friedens übernahmen, wurde jede Mitwirkung des Reichstages überflüssig; doch verlangt es die Vollständigkeit, daß wir noch schnell einen Blick nach Regensburg werfen, bevor wir den Schritten der Vermittler nachgehen.

Früher ist erzählt worden, daß Österreich den Beistand der Körperschaft, welche Deutschland vertrat, im September angerufen hatte. Darauf waren preußischerseits am 21. Oktober zwei Schriften in Regensburg verteilt worden. Ausführlich wies die eine das Recht der brandenburgischen Hauptlinie nach, Ansbach und Baireuth mit dem Kurstaate wieder zu verbinden; die andere stellte die mit Thugut gepflogene Unterhandlung dar. Man wollte den Schein von Mäßigung und Friedensliebe, welchen sich der Wiener Hof gegeben, zerstören und die Vorwürfe von Vergrößerungsplänen und Abneigung gegen einen Vergleich, mit denen man belastet worden war, zurückweisen. Am Schlusse der ausführlichen Berichterstattung versprach sich

1) Arneth et Geffroy III, 268.

der König von der Einsicht und den patriotischen Gesinnungen seiner Mitstände sowohl als der Garanten des Westfälischen Friedens, daß sie sich nun bewogen finden würden, gemeinschaftliche Sache mit ihm zu machen, um den Wiener Hof nicht nur durch Vorstellungen, sondern auch durch nachdrücklichere Mittel dahin zu bringen, daß er die bayerische Erbschaft den natürlichen Erben ganz überlasse und sich nicht weiter anmaße, dem Kurhause Brandenburg die ihm allein zustehende freie Verfügung über die Erbfolge seiner Länder in Franken streitig zu machen, welches das wahre Mittel sei, den vom Wiener Hofe gestörten Ruhestand völlig wiederherzustellen. Der König sprach die Hoffnung aus, der Reichstag werde nun nicht länger zögern, sich hierüber und über die ganze bayerische Erbschaftsangelegenheit patriotisch zu erklären.

Auch Kaunitz hatte die Absicht gehabt, nach dem Ende der Ferien — im November — die Sache von neuem aufzunehmen. Der Kaiser sollte dann ein Kommissionsdekret nach Regensburg senden und die Stände darin ersuchen, sie möchten ein Abmahnungsschreiben an den König von Preußen erlassen und die Garanten des Westfälischen Friedens anrufen. Zuvor wünschte man aber versichert zu sein, daß der Antrag die Mehrheit der Stimmen für sich haben würde. Eine solche Aussicht scheint aber der Wiener Hof nicht erlangt zu haben; denn das Kommissionsdekret ist nicht nach Regensburg abgeschickt worden. Dagegen ließ Preußen dort am 14. Dezember zwei neue Schriften verteilen, welche die allgemeine Aufmerksamkeit erregten. In der einen wurde der Brief veröffentlicht, welchen Karl Theodor am 22. Januar an seinen Neffen gerichtet; die andere behandelte wiederum die Urkunden, auf welche sich die österreichischen Rechte stützten, sowie den sogenannten Verzichtbrief; durch letzteren soll der Herzog Albrecht, wie bereits erwähnt, am 30. November 1429 gegen gewisse Vorteile, die ihm von den vier bayerischen Herzögen bewilligt worden, allen seinen Ansprüchen entsagt haben. Wenn das Dokument echt war, so mußte der Wiener Hof beschämt verstummen. Daher hatte derselbe die Diplomatik zuhilfe gezogen, um die höchst

unbequeme und widerwärtige Urkunde zu verdächtigen und als falsch hinzustellen, und die Gründe, die er angeführt, waren zum Teil von erheblicher Art. Nun suchte wiederum der Berliner Hof die erhobenen Bedenken zu zerstreuen. Er brachte weiter der Welt in Erinnerung, daß Michael Priest, der Aussteller der beiden Urkunden, auf welche die österreichischen Ansprüche sich stützten, im Jahre 1426 vom Kaiser Sigismund öffentlich beschuldigt worden war, dem Herzog Erich von Lauenburg einen falschen Lehnbrief verfertigt und um acht Jahre zurückdatiert zu haben. Es wurde dann weiter gefolgert, daß derselbe Mann jene beiden Schriftstücke gleichfalls fälschlich gemacht, entweder ohne oder wohl richtiger mit Wissen des Kaisers, welcher nach der Hand auf den Gedanken gekommen wäre, seinem Schwiegersohne Niederbayern zu verschaffen, und nun erst die beiden Urkunden hätte ausstellen und mit einer früheren Zeitbestimmung versehen lassen. Wie weit man hiermit auch über das Ziel hinausschoß, bei den Freunden der bayerischen Integrität fand man einen leichten Glauben.

Die beiden Schriften erregten ungeheures Aufsehen. Besonders erstaunte die Welt über Karl Theodors eigenes Geständnis, daß er durch Drohungen zu der Übereinkunft vom 3. Januar gezwungen worden sei; die Echtheit des Albertinischen Verzichtbriefes und die Betrügereien Michaels von Priest galten für erwiesen. „So tief ist wohl das Wiener Ministerium in den Augen der gelehrten und ungelehrten Welt noch nicht herabgesetzt worden!" heißt es in einem Bericht aus Regensburg. Längere Zeit sprach man hier in allen Gesellschaften von den preußischen Enthüllungen. Als der Freiherr v. Borié gegen einen Reichstagsgesandten äußerte, daß er sich nicht für ermächtigt halte, die heftigen Anzüglichkeiten jener Schriften ohne den ausdrücklichen Befehl seines Hofes zu beantworten, da ward ihm entgegnet: „Man finde dergleichen darin nicht, wohl aber Thatsachen und Wahrheiten, von denen es scheine, daß sie nicht so leicht zu widerlegen sein dürften." Kaum hatten Se. Excellenz dieses vernommen, meldet ein anderer

Regensburger Bericht, so machten sie ohne weiteres links um [1]). In verschiedenen Städten wurden die beiden Schriften nachgedruckt und gingen reißend ab. Als der österreichische Gesandte in München, Freiherr v. Lehrbach, erfuhr, daß 800 Exemplare fertig wären, gab er den wohlmeinenden Rat: der Kurfürst möge den Verkauf untersagen; denn der Wiener Hof müßte sonst glauben, daß er sich gänzlich auf die preußische Seite gestellt habe. Sogleich wurde befohlen, den Buchhändler zu vernehmen, warum er ohne Anfrage diese Schriften drucken lassen, und ihm den Verkauf zu verbieten. Die Ausführung verzögerte sich jedoch so lange, bis beinahe 400 Exemplare abgesetzt waren; die übrigen wurden versiegelt. Allein das Volk drohte, dem Freiherrn v. Lehrbach das Haus zu stürmen, und so sah die Polizei sich genötigt, heimlich dem Buchhändler die Erlaubnis zum Verkaufe zu erteilen.

Während die Bayern über diese Enthüllungen frohlockten, dachten sie mit Trauer an die ihnen drohende Zergliederung. Sie wünschten begreiflicherweise nichts an Österreich abzutreten, welches sie eben so stark haßten, wie der Engländer den Franzosen. Dagegen war man schon im Januar geneigt gewesen, die Oberpfalz abzutreten, und so wendete sich der Herzog von Zweibrücken an Friedrich II. und bat ihn, lieber diese Landschaft als Entschädigung anzubieten als das Innviertel.

1) Schwarzenau erzählt dieselbe Geschichte in seiner Depesche vom 21. Dezember.

Achtes Kapitel.

Die französisch-russische Vermittelung.

Durch den unausgesetzten Zwiespalt zwischen der Kaiserin-Königin und ihrem Mitregenten macht die österreichische Politik während des Jahres 1778 keinen angenehmen Eindruck; die preußische dagegen ist einig und entschieden. Außerdem hielt Friedrich immer darauf, vorbereitet zu sein. Kaum war er aus dem Felde nach Breslau zurückgekehrt, als er seine Maßregeln traf, um sich das Wohlwollen des russischen und französischen Hofes zu bewahren. Am letzten Oktober befahl er seinen Ministern, zu ihm zu kommen; sie sollten einen Friedensentwurf aufsetzen mit Anführung der Gründe, warum man auf dem einen Punkte bestehen müßte, dagegen in einem andern nachgeben könnte.

Am folgenden Tage zeigte der Marquis de Pons in Berlin an, daß Österreich bereit wäre, die Vermittelung der Höfe von Versailles und Petersburg anzunehmen. Der König wollte die Hand aufrichtig zum Frieden bieten, aber für den Fall, daß die Unterhandlungen erfolglos blieben, den russischen Beistand nicht verlieren; er wünschte ferner, daß die Frage der Erbfolge in Ansbach und Baireuth keineswegs der Zukunft überlassen, sondern schon jetzt entschieden würde. Darum sollte der Freiherr v. d. Goltz in Paris von der russischen Garantie der fränkischen Markgrafschaften Anzeige machen und rund heraus sagen, daß man auf eine Nachgiebigkeit des Königs in dieser Angelegenheit nun und nimmermehr rechnen dürfte. Damit aber Österreich um so eher darauf einginge, war Friedrich bereit, in eine mäßige Erwerbung des Wiener Hofes einzuwilligen; doch wurde diesmal nicht angegeben, worin dieselbe bestehen sollte, sondern die Entscheidung darüber der Unterhandlung vorbehalten. Am 12. November unterzeichnete der

König dieses Schriftstück [1]). Mit der getroffenen Entscheidung war Hertzberg keineswegs einverstanden gewesen; er meinte, man räume dadurch dem Wiener Hofe zu viel ein; derselbe werde den besten Teil von Bayern nehmen, der König aber den ganzen Zweck seiner Opposition verfehlen, das Vertrauen des Reiches und Europas verlieren und wider seine gegen den Herzog von Zweibrücken eingegangenen Verpflichtungen handeln. Friedrich hätte den Rat Hertzbergs an und für sich gern befolgt, und er unterließ es nur, weil der Feldzug nicht eben glücklich verlaufen war. Als aber dieser Minister seine Vorstellungen schriftlich erneuerte, gab der König etwas nach und befahl, daß auch der andere Vorschlag abgesendet würde; danach sollten einige an Böhmen stoßende Bezirke der Oberpfalz dem Wiener Hofe gegeben werden [2]).

Der Friedensentwurf ging nicht allein nach Petersburg, sondern er ward auch nach Paris geschickt, und hier kam er ohne Zweifel besonders erwünscht an, da sich das französische Kabinett eben bemühte, die Bedingungen der beteiligten Parteien kennen zu lernen. In den letzten Tagen des November hatte der Marquis de Pons drei Unterredungen mit dem Gesandten des Herzogs von Zweibrücken in Berlin, dem Freiherrn v. Hofenfels. Dieser wollte gar nichts abtreten, sondern es sollte sich nach seiner Meinung vielmehr Frankreich in Wien dahin verwenden, daß der Kaiserhof die bayerische Erbfolge wieder in den Stand setze wie vor dem 3. Januar und seinen Ansprüchen entsage oder die Entscheidung darüber dem Reichstag überlasse,

1) Schreiben des Königs in den Geh. Kabinetts-Akten vom 27. und 31. Oktober und 5., 7. und 13. November. Das Mémoire oder Projet de pacification raisonné selbst ist mir nicht zu Gesichte gekommen; was ich darüber erwähne, steht in dem Mediatschreiben an Solms vom 12. November, wo es am Schlusse heißt: „Ce n'est qu'un Esquisse de mon Ultimatum."

2) In einem zweiten Mediatschreiben an Solms von demselben Tage steht dieses „Second Projet de l'Ultimatum". Ich benutze hier noch eine Aufzeichnung Hertzbergs in seiner Immediatkorrespondenz mit dem Prinzen von Preußen. (Rep. 92, fol. 44.)

zugleich aber auch den ungerechten Widerspruch gegen die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg aufgebe. Der Marquis de Pons war hiermit natürlich gar nicht einverstanden und sagte denn auch dem Freiherrn v. Hofenfels, daß das keine Mittel zu einem Vergleiche wären, sondern man müßte lieber daran denken, welches größere oder geringere Opfer man bringen wollte, damit Österreichs Autorität und Ehre nicht verwundet würde und sein politisches Ansehen erhalten bliebe. Wenn der Krieg fortdauerte, würde sich der Wiener Hof weiter in der Verteidigung halten und dadurch die Geldmittel und Streitkräfte des Königs von Preußen zu schwächen suchen. Gleich darauf erhielten die französischen Minister das Schriftstück, welches Friedrich ihnen geschickt hatte; sie ersahen daraus, daß er bereit war, zu gewähren, was der Marquis de Pons verlangte [1]).

Zu derselben Zeit suchte Breteuil vom Fürsten Kaunitz in Erfahrung zu bringen, welche Friedensbedingungen der Wiener Hof wohl annehmen würde. Der Staatskanzler nannte zuerst, was Österreich niemals zugeben würde, wenn es nicht einen gleichen Vorteil davon trüge, nämlich den Austausch der fränkischen Markgrafschaften gegen die Ober- und Niederlausitz; deshalb könne man auch, erklärte Kaunitz weiter, seinen Rechten auf die letztere nicht entsagen, und ebenso wenig werde man sich zu einer Entschädigung an Land und Leuten für dasjenige, was man etwa in Bayern erlangen sollte, jemals verstehen. Mit Sachsen endlich werde man nicht unmittelbar unterhandeln. Dagegen sei man bereit, in die Vereinigung von Ansbach und Baireuth mit Preußen zu willigen und den Ansprüchen auf Mindelheim sowie den Lehnrechten, die man in der Oberpfalz, in Baireuth und den Herrschaften der Grafen Schönburg besitze, zu entsagen, letzteren aber zugunsten des Kurfürsten von der Pfalz, damit dieser ein Mittel empfinge, die sächsischen Allodialforderungen zu befriedigen. Für die Aufgabe der Lehns-

1) Finckenstein und Hertzberg an den König 1. Dezember, und Goltz 30. November.

rechte in Baireuth verlangte man den gleichen Verzicht inbezug auf die brandenburgischen Lehnsrechte in Österreich. Was endlich die Erwerbung betraf, mit welcher sich Maria Theresia begnügen wollte, so nannte Kaunitz zwei verschiedene Gebiete, nämlich entweder dasjenige, welches Karl Theodor im Anfang des Jahres zum Austausch angeboten hatte, nämlich den Teil der Oberpfalz und des Herzogtums Sulzbach, der auf der linken Seite der Nab liegt, oder den Bezirk, welchen bereits Friedrich am 28. Juli zugestanden hatte, von Passau den Inn entlang bis zur Salzburgischen Grenze. Der letzteren Erwerbung gab man den Vorzug vor der anderen [1]).

Wenn hier, wie man deutlich sieht, Maria Theresia entschieden hat, so muß anderseits Joseph seine Unzufriedenheit darüber zu erkennen gegeben haben; denn man versuchte nachträglich noch etwas mehr zu erreichen. Am 3. Dezember stellte sich den preußischen Ministern ein Fürst Lichnowsky vor und sagte: die Kaiserin-Königin habe ihm die Erlaubnis erteilt, seine schlesischen Güter zu besuchen und von da mit des Königs Genehmigung nach Breslau zu gehen, um daselbst anzuzeigen, wie sehr sie die Herstellung des Friedens wünsche; wenn er nicht noch diesen Winter zustande komme, so sei daran nicht mehr zu denken; aber in einem solchen Falle könnte sie die Krone niederlegen, und ihr Sohn würde dann ohne jede Schonung handeln. Lichnowsky behauptete weiter, er habe mit Kaunitz gesprochen, und dieser das Ende des Krieges darin erblickt, wenn der König die zweite Grenzlinie, welche Thugut in Braunau vorgeschlagen, annehme. Österreich würde dann von jedem Widerstande gegen die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg abstehen. Letzteres hatte der Staatskanzler zwar schon vor einigen Tagen dem französischen Gesandten versprochen; aber in Braunau war ein solches Zugeständnis noch nicht gemacht worden, und so versuchte man jetzt hiervon einen Nutzen zu ziehen.

1) Arneth X, 582. Beer in der Hist. Zeitschr. XXXVIII, 460. Ob man etwa den zuerst erwähnten Bezirk auf das Drängen des Kurfürsten von der Pfalz nannte, das erfahren wir nicht.

Friedrich wollte ſowohl ſeine Friedfertigkeit bezeigen als auch die Unterhandlung erleichtern; daher ließ er dem Fürſten ſagen: er habe mit Vergnügen die Denkungsart der Kaiſerin-Königin kennen gelernt, er hege die nämlichen Geſinnungen, und um ihr einen neuen Beweis davon zu liefern, erkläre er ſich bereit, jene zweite Linie zur Grundlage der Unterhandlungen in der damals vorgeſchlagenen Weiſe nehmen zu wollen, ſodaß Öſterreich einen Strich, der eine Million Gulden jährlich bringe, ohne Entſchädigung erhalten, für das übrige dagegen andere Stücke dem pfälziſchen Hauſe geben ſolle. Jedoch den Reichenhaller Salzbezirk wollte Friedrich auf keinen Fall an Öſterreich kommen laſſen. Er verlangte ferner, Maria Thereſia müßte jedem Anſpruch auf Bayern entſagen, alle damit im Zuſammenhange ſtehenden Fragen mit ihm gemeinſchaftlich regeln, zur Befriedigung Sachſens beitragen und ſein Erbfolgerecht in Ansbach und Baireuth anerkennen [1]).

Der Wiener Hof hatte nur erfahren wollen, wie ſich Friedrich zu einem ſolchen Vorſchlage ſtellen würde. Lichnowsky ſchrieb ſich die Antwort des Königs auf, und eine Stunde ſpäter gab er vor, aus der Staatskanzlei die Anweiſung empfangen zu haben, daß er ſich auf ſeine Privatgeſchäfte beſchränken ſollte. In Wahrheit aber ſchickte er aus Breslau einen Bericht ab, allerdings in der Art verfaßt, als ob er keinen Auftrag erhalten, ſondern aus eigenem Antriebe gehandelt hätte; jedoch ſobald man denſelben in Wien empfangen, machte der Staatskanzler dem franzöſiſchen Geſandten wirklich einen ſolchen Vorſchlag. Die Friedensbedingungen, die er früher genannt, ſprach er, ſeien nur für den übelſten Fall berechnet, wenn ſich auf gar keine Weiſe Günſtigeres durchſetzen laſſe; dagegen erwarte die Kaiſerin-Königin von der Freundſchaft ihres Verbündeten, daß er ſtufenweiſe zu Werke gehen und nichts unverſucht laſſen werde, was ihr zu größerem Vorteil gereichen könne. Dann ſchlug Kaunitz ganz dieſelbe Linie vor, die Thugut in Braunau und Lichnowsky in Breslau ge-

1) Mediatſchreiben an Solms und Goltz 5. Dezember.

nannt hatten, nur mit Ausnahme des Salinenbezirkes, im übrigen sollte die Grenze von Kufstein längs des Inn bis Wasserburg, dann über Mühldorf, Marktl, Pfarrkirchen, Osterhofen, Deggendorf, Viechtach und Waldmünchen nach Böhmen gehen. Als nun aber Breteuil die Hoffnung aussprach, daß man in Wien das Ultimatum nicht zurückziehen werde, da entgegnete Kaunitz: man habe nicht die Absicht das zu thun, man wünsche nur, daß Frankreich damit erst hervortreten möge, wenn jede Aussicht, eine bessere Linie zu erlangen, gänzlich geschwunden sei [1]).

Friedrich kam nicht hinter das Geheimnis; er mußte glauben, daß der Staatskanzler den Fürsten Lichnowsky erst dann auf seine Privatgeschäfte verwiesen hätte, als Joseph aus dem Felde nach Wien zurückgekehrt war, und er schloß natürlich daraus, daß die Gewalt des Sohnes über seine Mutter wieder zunähme. Mehr aber als das, was er dem Fürsten Lichnowsky angeboten, war er nicht gesonnen zu bewilligen. „Der Ehrgeiz des Kaisers muß sicherlich in Schranken gehalten werden", schrieb er am 14. an Solms; „wenn er unter den gegenwärtigen Umständen seinen Willen durchsetzte, so würde dieser Ehrgeiz, darauf könnte man sich verlassen, so ausschweifend werden, daß es keinen Damm mehr gäbe, denselben zurückzuhalten. Nicht wegen der Übel, die jetzt entstehen könnten, bin ich in den Krieg gezogen, sondern um denjenigen zuvorzukommen, mit welchen die Zukunft bedroht ist." Wir sehen, wie richtig Joseph urteilte, als er die Meinung aussprach, daß der Kampf nicht sowohl der Monarchie als ihm persönlich gälte.

Maria Theresia war übrigens ganz derselben Meinung wie Friedrich. Einige Tage später hatte sie eine Unterredung mit Breteuil, die über eine Stunde dauerte; sie sprach meistenteils allein und benutzte, wie es scheint, einmal die Gelegenheit, ihr Herz auszuschütten. Sie bedauerte, daß sie dem ehrgeizigen Antriebe des Kaisers nachgegeben, und fand es gerechtfertigt,

1) Arneth X, 584. Beer a. a. O., S. 461, nach Kaunitz an Mercy 11. Dezember. Hertzberg in der angeführten Aufzeichnung N. 92.

wenn sich die Welt über diese reißend aufeinander folgenden gewaltsamen Landerwerbungen entsetzte. Sie fürchtete große Gefahren für ihre Krone und für den Kaiser, wenn ihm die starke Lektion, die er jetzt empfinge, nicht zeigte, daß er das Feuer seiner Wünsche beschränken müßte. Sie beklagte den unnatürlichen Zustand, worin sich alle Teile der österreichischen Verwaltung befänden, und glaubte, daß die Mittel den Krieg fortzusetzen fehlten. „Sie sieht die allgemeine Unzufriedenheit der Offiziere ihres Heeres", meldet Breteuil weiter, „sie weiß, wie sehr die unerträgliche Steuerlast ihr Volk entfremdet [1]); aber während sie mir alle diese Wahrheiten entwickelt und die Pein zeigt, welche sie darüber empfindet, läßt sie mich ihre Schwäche und Unterordnung unter den Willen des Kaisers in ihrem ganzen Umfange sehen. Mit einem Wort, diese Fürstin hat mir vollends bewiesen, daß sie nicht mehr anders als dem Namen nach regiert und regieren wird." Zum Schlusse sagte Maria Theresia: „Ich sehe wohl, daß der Kaiser unzufrieden und in einem sehr hohen Grade traurig ist; aber ich suche nicht zu ergründen, ob deshalb, weil er sieht, daß der Friede mein einziger Wunsch ist, oder weil er ihn mit mir für eine Notwendigkeit hält, welcher man so rasch als möglich nachgeben muß" [2]).

Eben damals beriet man in Wien über die Bedingungen, welche Ludwig XVI. vorgeschlagen, und die am 9. Dezember von Paris abgeschickt worden waren. In diesem Plane konnte von der zweiten Thugutschen Linie natürlich keine Rede sein, weil ja Kaunitz erst am 11. Dezember an Mercy darüber geschrieben hatte, sondern man stellte dem Wiener Hofe die beiden

1) Davon wußte man auch in Berlin. Hertzberg schließt die mehrmals erwähnte Aufzeichnung: „Nous apprimes le 24. Décembre par M. d'Assebourg et le Prince de Hesse que la Déclaration de Russie avoit tellement décontenancé la cour de Vienne, que le manque d'argent et les cris du public contre l'énormité des nouveaux impôts avoient si fort découragé l'Empereur et le Pr. Kaunitz qu'ils avoient pris le parti décidé de faire la paix et de restituer la Bavière."

2) Saint-Priest, Études diplomatiques et littéraires I, 338 sqq.

Bezirke zur Auswahl, welche dieser selbst angegeben, und zwar zuerst Burghausen bis an die Salzach und den Inn; das andere Gebiet gehörte größtenteils der Oberpfalz an und sollte von Nab, Regen und Cham eingeschlossen werden. Ludwig überließ es seiner Schwiegermutter, zwischen beiden Vorschlägen zu wählen [1]). In dem Vertrage zwischen Österreich und dem pfälzischen Hause sollte weiter die Übereinkunft vom 3. Januar als ungültig erklärt werden; die in der Oberpfalz gelegenen Lehen der Krone Böhmen und die Reichslehen in Bayern und Schwaben sollten bei Bayern verbleiben; endlich sollte sich Österreich verpflichten, zur Entschädigung Sachsens eine gewisse Summe zu zahlen und die Oberherrlichkeit über die Gräflich Schönburgschen Lehen aufzugeben. In dem Vertrage mit Friedrich dem Großen sollte Maria Theresia die Befugnis desselben und seiner Nachfolger, Ansbach und Baireuth mit Preußen zu vereinigen oder darüber anderweitig zu verfügen, ausdrücklich anerkennen und den Rechten der Krone Böhmen auf gewisse dort gelegene Lehen entsagen, wogegen aber Friedrich inbezug auf einige von jenen Markgrafschaften abhängige Lehen in Österreich das Gleiche zu thun hätte.

Der französische Plan erregte doch manchen Anstoß in Wien. Man wollte weder in die freie Verfügung über Ansbach und Baireuth willigen, noch die Übereinkunft vom 3. Januar ausdrücklich für ungültig erklären lassen, noch an Sachsen eine Geldsumme zahlen, und außerdem gedachte man Mindelheim und die Oberherrlichkeit über die Gräflich Schönburgschen Lehen dem Kurfürsten Karl Theodor zu überlassen. Der Herzog Karl von Zweibrücken sollte teil an dem Vertrage nehmen. In allen diesen Punkten fügte sich Breteuil in die Wünsche des Wiener Hofes, und ebenso war er bereit, die Abtretung von Burghausen in den Friedensentwuf aufzunehmen, nur den Versuch, die Erwerbung zu erweitern und das Land von Vilshofen bis an die Mündung der Salzach dazuzufügen, verwarf er, und so stand man hiervon ab. Man bezeichnete das Übrige

1) Flassan VII, 228.

dann als das äußerste, wozu man sich herbeilassen könnte; wenn Preußen darauf nicht einginge, so müßte man den Krieg auf das kräftigste fortsetzen oder die Entscheidung über die Erbfolge in Bayern und den fränkischen Markgrafschaften dem Deutschen Reich überlassen [1]).

Bereits in der Mitte des Monats Dezember waren der Marquis de Pons und Repnin nach Breslau gekommen. Letzterer brachte von der Kaiserin von Rußland ein Schreiben vom 10. November; danach war er zunächst abgesendet, um den Frieden vermitteln zu helfen und, wenn es dazu nicht käme, mit dem König über den russischen Beistand zu unterhandeln. Doch gestand Katharina ihren lebhaften Wunsch ein, ohne Waffengewalt die Ruhe wieder hergestellt zu sehen, und sie bat ihren Verbündeten recht sehr, er möchte sich durch die bisherigen erfolglosen Bemühungen doch nicht abschrecken lassen. Sie begehrte ferner von ihm zu erfahren, wie weit er in den Friedensbedingungen gehen wollte. Wenn die Vermittelung keinen Erfolg hätte, war Repnin beauftragt anzugeben, was die Kaiserin für den König zu thun gedächte; doch hoffte sie, ihr Verbündeter würde dann die zu ergreifenden Maßregeln so nehmen lassen, daß sie zugleich den Interessen ihres Reiches und der Unterstützung ihres Türkenkrieges dienten [2]).

Der König antwortete am 18. Dezember, von ihm würden die Schwierigkeiten nicht kommen. Er wußte, daß Panin ebenso dachte, wie die Franzosen, und bereit war, dem Wiener Hof, um dessen Würde zu retten, ein kleines Stück von Bayern zu überlassen [3]). Deshalb enthielten die Vorschläge, die er zwei Tage später nach Petersburg schickte, ein solches Zugeständnis, und da er vielleicht die dem Fürsten Lichnowsky gemachte Zusage nicht zurücknehmen mochte, so legte er zwei Pläne vor, einen, bei welchem noch ein Tausch stattfinden mußte, und einen andern, worin davon keine Rede war;

1) Arneth X, 587.
2) Sbornik XX, 379 sqq.
3) Solms 20. November.

letzteren zog er aber dem ersteren vor [1]). Er unterhandelte dann mit Repnin über den militärischen Beistand. Seine Wünsche gingen dahin, daß die Russen, durch preußische Truppen verstärkt, im künftigen Frühling durch Galizien und Lodomirien in Ungarn eindringen und sowohl hier als in Kroatien und Siebenbürgen die griechische Bevölkerung aufwiegeln sollten. In Petersburg aber hatte man die Absicht, die Hilfsvölker nach Mähren zu schicken. Friedrich machte deswegen keine Schwierigkeiten und fügte sich wie immer in das Unvermeidliche; dagegen war er über die Bedingungen, die man ihm stellte, sehr erstaunt. Die 18000 Mann, welche man hergeben wollte, würden ihn jährlich 3½ Million gekostet haben. Aber nicht genug; man verlangte ferner 20000 Mann Hilfsvölker, wenn Österreich infolge jenes Beistandes an Rußland den Krieg erklären sollte. Der König fand, daß diese Bedingungen, wenn er darauf einginge, seinen Interessen außerordentlich entgegenliefen; er unterhandelte zwar darüber noch weiter, aber er wünschte nun weniger die Fortsetzung des Krieges. Um so vergnügter war er deshalb, als er die Antwort des Wiener Hofes auf die russische Erklärung endlich zu Gesichte bekam und den französischen Friedensplan erhielt; denn er fand jene ziemlich bescheiden und diesen annehmbar. Er fing jetzt an zu glauben, daß er der russischen Hilfsvölker nicht bedürfen würde [2]).

Am 27. früh waren die Vorschläge des Hofes von Versailles in der Gestalt, welche sie durch die Unterhandlung zwischen Kaunitz und Breteuil erhalten hatten [3]), in Berlin eingetroffen und durch den Marquis de Pons sogleich den preußischen Kabinettsministern mitgeteilt worden. Am andern Tage ging der Eilbote weiter, um denselben Friedensplan nach Petersburg

1) An Solms 20. Dezember (Mediat).

2) An Solms 28. und 31. Dezember (Immediat).

3) Es waren drei Schriftstücke, nämlich 1) Plan à suivre pour la pacification de l'Allemagne, 2) Projet d'un Traité (zwischen Österreich und Preußen), 3) Projet d'arrangement entre l'Impératrice-Reine et l'Electeur Palatin. Jeder Entwurf enthält 7 Punkte (Berl. Arch., R. 1, 124, Vol. 5.

zu tragen. Da er von Wien kam, schlossen der König und seine Minister, daß Österreich wohl vorher befragt worden wäre und seine Zustimmung gegeben hätte. Mit den Vorschlägen waren Finckenstein und Hertzberg im ganzen zufrieden; aber sie hatten doch Ausstellungen zu machen und holten am folgenden Tage darüber die Befehle Friedrichs ein. Sie wünschten, daß statt des Bezirks von Burghausen der andere gewählt werde, welchen der König zwischen Nab und Schwarzach in der Oberpfalz vorgeschlagen habe [1]); derselbe sei größer und enthalte die Lehen, auf die Österreich eine Art von Anspruch habe. Der Herzog von Zweibrücken, fügten sie hinzu, wolle Burghausen nicht missen, um Bayern nicht zu zerstückeln, und weil dieser Bezirk der fruchtbarste und bevölkertste sei. Noch weiter ging Hertzberg. Auf den Knieen beschwor er in einem besonderen Schreiben den König, er möge doch an seinem früheren Vorschlage festhalten; er würde, sagte der Minister, untröstlich sein, wenn Friedrich sein Hauptverdienst verlöre, den Grundsatz der Unteilbarkeit Bayerns und die Nichtigkeit der österreichischen Ansprüche zu behaupten. Des Königs Antwort an Hertzberg zeigt seine ganze Überlegenheit; sie ist freundlich, aber abweisend: er wäre mit den Ideeen desselben einverstanden, aber sie ließen sich nicht durchführen. In dem Schreiben an beide Minister befiehlt er, nichts an diesem Punkte zu ändern; aber es wäre schön, wenn man die Kaiserin-Königin gutwillig dahin brächte, seinen Vorschlag anzunehmen [2]).

Der vorläufige Bescheid, welchen Finckenstein und Hertzberg nun dem Marquis de Pons in Friedrichs Auftrage gaben, lautete freundlich. Eine ausführliche und bestimmte Antwort vermöge der König erst alsdann zu erteilen, wenn er mit Zweibrücken und Sachsen gesprochen und Rußlands Ansicht gehört habe; jedoch er könne schon jetzt erklären, daß er immer dafür gewesen sei, dem Wiener Hofe zum Besten des Friedens etwas

1) Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. d. Asseburg 341. Nach Mediat an Goltz 30. Januar 1779 ward ein preußisches Memoire im November, das andere im Dezember abgeschickt.

2) Geh. Kab.-Akten, 28. und 29. Dezember.

zu gönnen, und daß er in den Vorschlägen nichts finde, was ihm widerstrebe, wofern nur auf die Interessen von Zweibrücken und Sachsen die notwendige Rücksicht genommen werde. Darum aber ziehe er den von ihm empfohlenen oberpfälzischen Bezirk zwischen Nab und Schwarzach vor, welcher 70 □Meilen groß sei, Böhmen auch abrunde und die Lehen in sich fasse, auf die Österreich wenigstens einen Schein von Anspruch habe, während das bei dem Bezirke Burghausen, welcher überdies nur 50 □Meilen enthalte, nicht der Fall sei. Der König verlangte weiter, daß die Übereinkunft, welche die Entschädigung des Kurfürsten von Sachsen festsetze, mit den übrigen Verträgen an einem Tage unterzeichnet werde. Friedrich schlug Mindelheim oder dafür einige oberpfälzische Gebietsteile sowie ein paar Millionen Thaler als Entschädigung vor; aber Österreich müsse hierbei zuhilfe kommen, allen Rechten in Sachsen und der Lausitz entsagen, und wenn es durchaus Burghausen wähle, mit der Hälfte der darauf haftenden Schulden sich belasten, welche Summe dann an Sachsen gegeben werden könne. In Bezug auf die fränkischen Markgrafschaften verlangte der König volle Freiheit, darüber zu verfügen. Er war endlich bereit, mit dem Herzoge von Zweibrücken und Frankreich Vereinbarungen über Jülich und Berg zu treffen [1]). „Der französische Gesandte, dem wir unsere Antwort gegeben, schrieb der König am 4. Januar 1779 an seinen Bruder, hat in unsern Bemerkungen über die ersten Vorschläge nichts Unvernünftiges gefunden."

Der Marquis de Pons konnte so denken; aber in Wien urteilte man ganz anders. Kaunitz behauptete, daß die Schriftstücke, welche gegen Ende des vergangenen Monats in Berlin eingetroffen waren, das Ultimatum seines Hofes bildeten; seine Absicht sei es gewesen, die Artikel desselben nur nach und nach zu nennen und sich das letzte Wort vorzubehalten. Er war

1) Réponse préalable et verbale donnée au M. de Pons et portant en substance etc. (Berl. Arch., R. 1, 124, Vol. 5.) Mediat an Solms und Goltz 30. Dezember.

damit unzufrieden, daß der Marquis de Pons in Berlin sogleich den ganzen Plan vorgelegt hatte [1]). Er sah ferner eine Demütigung für Österreich darin, wenn dieses dem Kurfürsten von Sachsen mehrere Vorteile gewähren und dadurch gewissermaßen den kleinen Bezirk von Burghausen erkaufen sollte. Der Wiener Hof würde weder eine Million Thaler zahlen noch seinen Lehensrechten in Sachsen und der Lausitz entsagen noch mit einem Teile der bayerischen Landesschuld sich belasten, sondern lieber alles, was er in Besitz genommen, wieder herausgeben und den Reichstag über die Erbfolge sowohl in Bayern als in den fränkischen Markgrafschaften entscheiden lassen [2]). Bereits hatte der dem Hause Habsburg ergebene kurmainzische Gesandte dem hannöverschen in Regensburg vertraulich vorgeschlagen, daß man letztere Angelegenheit vor die Stände bringen sollte; doch war er sogleich abgewiesen worden [3]). Übrigens erklärte sich der Wiener Hof nun bereit, dem Könige von Preußen und seinen Nachfolgern freie Verfügung über Ansbach und Baireuth einzuräumen, auch sollte der Vergleich zwischen Pfalz und Sachsen an einem Tage mit dem Friedensvertrage zur Unterzeichnung gelangen, dagegen die Übereinkunft über Jülich und Berg nicht allein mit dem Herzoge von Zweibrücken, sondern auch mit dem Kurfürsten Karl Theodor abgeschlossen werden. Am 14. Januar ging die österreichische Note nach Berlin ab und wurde natürlich auch nach Paris und Petersburg gesendet [4]).

Katharina wollte den günstigen Zeitpunkt benutzen, um sich einen dauernden Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten zu

1) Auch Maria Theresia schreibt an Mercy: „De Pons s'est mal acquitté des ouvertures, et je crois que Breteuil en a fait de même." Arneth et Geffroy III, 284.

2) Note pour M. le Baron de Breteuil (R. 1, 124, Vol. 5) vom 11. Januar 1779. Gallitzin an Repnin, R. 1, 123, undatiert, aber ohne Zweifel vom 15. Januar. An Solms Mediat 15. Januar.

3) Mediat an Solms 13. Januar 1779 (noch im Vol. von 1778 befindlich).

4) Den 14. Januar nennt Goltz 27. Januar.

verschaffen. Daher waren im Anfange des Januars Vorschläge nach Berlin gekommen, von denen der letzte dahin lautete: „Die Kaiserin überläßt es dem Urteil des Königs, ob es nicht gut und notwendig sei, auch das Reich dem Frieden beitreten zu lassen, damit, weil derselbe unter der Vermittelung und Garantie Frankreichs und Rußlands geschlossen werde, das ganze Reich und jedes Glied allezeit die Garantie Rußlands anrufen könne, wenn der Wiener Hof die Gesetze des Reiches verletzen, seine Macht mißbrauchen und seine ehrgeizigen und despotischen Absichten zu weit treiben wolle. Finckenstein und Hertzberg bemerkten sehr wohl, was die Kaiserin Katharina anstrebte, jedoch sie meinten, daß der Vorschlag den preußischen Interessen nicht entgegenliefe; Friedrich fand sogar, daß derselbe für ihn eher vorteilhaft wäre. Deutsche Gedanken lagen damals außerhalb des Gesichtskreises der Menschen. Der König versprach darauf bestehen zu wollen, daß das Reich dem Frieden beitrete [1]). Die übrigen Forderungen Rußlands waren durch die raschere Vermittelung Frankreichs überflüssig geworden.

Dem Berliner Hofe lag es in dieser Zeit auch ob, mit Sachsen und Zweibrücken zu unterhandeln, und das war kein leichtes Werk. Der Herzog Karl bestand auf der Unteilbarkeit Bayerns; aber er legte doch sein Schicksal zuletzt in Friedrichs

1) Finckenstein und Hertzberg an den König 5. Januar und dessen Antwort vom 6. in den Geh. Kab.-Akten. Mediat an Solms 9. Januar (noch in dem Vol. von 1778). Schon am 2. (ebd.) war Solms angewiesen worden zu erklären: die Kaiserin von Rußland werde einen großen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten durch die Garantie des künftigen Friedensvertrages gewinnen, in welchem der Westfälische Friede muß werden rappellée, ce qui fournira à la Cour de Russie l'occasion de jouer un rôle glorieux dans ces affaires toutes les fois que l'on voudra faire des infractions à cette loi fondamentale de l'Empire; mais elle reconnaîtra aussi que je lui ai procuré cet avantage en reclamant sa médiation et en insistant sur sa garantie. Vgl. Assebürg 1. Februar: „Je reçois des lettres de plusieurs des plus considérables des Princes qui marquent à l'Impératrice leur reconnaissance de son intervention aux affaires de l'Empire. On ne demande pas mieux que de voir l'influence de la Russie augmenter et s'affermir de plus en plus dans l'Empire."

Hände. Der Gesandte des Kurfürsten Friedrich August übergab eine Schrift, worin die Ansprüche Sachsens auf mehr als 24 Millionen berechnet waren. Die preußischen Minister glaubten, daß es unmöglich sein würde, so viel zu erreichen; für das äußerste, was durchzusetzen wäre, hielten sie die beiden Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig in Schwaben im Werte von mehr als zwei Millionen, einige kleine Bezirke der Oberpfalz und ein paar Millionen Thaler; sie hofften auch, daß der Wiener Hof allen seinen Lehensrechten in Sachsen, welche sehr beträchtlich und zahlreich wären, entsagen würde. Friedrich antwortete den Ministern: „Es kostet nichts, Forderungen zu machen; aber man muß sehen, was sich wird ausrichten lassen."

Für die Entschädigung Sachsens hatte das französische Kabinett im Dezember keinen Plan aufgestellt, weil es nicht wußte, wie hoch sich das Allodium beliefe. Als der Freiherr von der Goltz um die Mitte des Januars eine lange Unterredung mit Vergennes hatte, da empfahl er unter anderem dringend, was Preußen in dieser Hinsicht wünschte. Jedoch der Minister befürchtete, daß Österreich nichts würde geben wollen. „Diese zwei Millionen Thaler", fuhr er fort, „kann der Kurfürst von der Pfalz, dem so viel erhalten bleibt, in jährlichen Fristen zahlen, meinte Vergennes, und so würde die Schuld voraussichtlich abgetragen sein, ehe noch der Herzog von Zweibrücken zur Regierung kommt." Übrigens riefen Sachsen und Pfalz in dieser Zeit auch die Vermittelung Frankreichs an, Karl Theodor sogar nicht bloß in der Allodialangelegenheit, sondern auch gegen den Wiener Hof, insofern dieser noch immer einige Ämter wider die Übereinkunft vom 3. Januar 1778 besetzt hielte [1]).

Der Minister äußerte sich weiter über das Gebiet, welches an Österreich fallen sollte. Frankreich, sprach er, würde dem Wiener Hofe nicht abreden, das Land zwischen Nab und

1) Goltz 29. Januar 1779. Maurepas äußerte sein Erstaunen über diesen Mut des Kurfürsten.

Schwarzach zu nehmen, doch dieser wird nicht wollen; denn Burghausen ist zwar kleiner, aber fruchtbarer und einträglicher. Das andere Gebiet ist überdies durch das Gebirge von Böhmen getrennt, und Österreich müßte daher dort eine Festung bauen, was dem Kurfürsten nicht angenehm sein würde. Rab und Schwarzach sind endlich wegen ihrer Kleinheit keine so guten Grenzflüsse, wie Inn und Salzach." Der Minister meinte, daß Karl Theodor selbst unter diesen Umständen lieber müßte Burghausen abtreten wollen.

Endlich glaubte Vergennes, daß Österreich den Tausch der Markgrafschaften gegen die Lausitz nicht zulassen würde; er hatte schon früher auf die Anwartschaft hingewiesen, welche der Wiener Hof auf die Lausitz besaß für den Fall, daß das regierende Kurhaus in Sachsen erlöschen sollte [1]).

Wir sehen, wie Maurepas und Vergennes für Österreich eintraten, und bald gingen sie darin noch weiter. Als am 23. Depeschen von Breteuil mit der Erwiderung des Wiener Hofes vom 11. ankamen, da glaubten sie aufs wärmste die Forderungen desselben empfehlen zu müssen. Vergennes that dies in einem Schreiben, welches er an den Marquis de Pons richtete; je mehr Mäßigung Maria Theresia gezeigt habe, hieß es darin, desto weniger könne man von ihr noch neue Opfer verlangen. Auch mündlich drängten Maurepas und Vergennes zur Nachgiebigkeit. Sie versicherten mehrmals dem preußischen Gesandten, sie wären überzeugt, daß der kaiserliche Hof sein Ultimatum gegeben hätte; nähme der König es nicht an, so würde die nicht schwache Kriegspartei in Wien die Oberhand gewinnen. Sie hofften aber von seiner Großmut und seinem Edelsinn, daß er das Werk des Friedens fördern werde. Am 27. ging der französische Eilbote nach Breslau [2]).

Hier wartete der König mehr auf einen Bescheid aus Rußland als aus Frankreich; aber zu seinem großen Ärger zögerte man diesmal noch länger als sonst in Petersburg, sich über

1) Goltz 18. Januar.
2) Goltz 27. und 29. Januar.

die schwebenden Fragen zu äußern. Friedrichs Ungeduld stieg, als die Nachrichten aus Wien ihn wieder befürchten ließen, daß ihn Österreich nur bis zum Frühjahr hinziehen und dann die Unterhandlung abbrechen würde. Um Zeit zu gewinnen, gab er Befehl, das Schriftstück im voraus abzufassen, da kleine Änderungen ja noch immer würden angebracht werden können. Am 30. war es fertig. In seiner Sehnsucht nach Frieden begrüßte der König mit Freuden die guten Nachrichten aus der türkischen Hauptstadt, wo durch Frankreichs gute Dienste die Aussicht auf einen Vergleich immer besser geworden war. „Wenn jener kriegerische Hof", schrieb er am 4. Februar an seinen Bruder, „sich ehrlich zum Frieden neigt, so muß man es nur dieser Nachricht aus Konstantinopel zuschreiben, auf die er nicht vorbereitet war. Ich verharre trotzdem in meinem Skepticismus, und ich werde an den Frieden erst glauben, wenn die Präliminarien unterzeichnet sind. Denke Dir, daß alle Papiere, die unsere Unterhandlungen enthalten, seit zehn Tagen im Kabinett der russischen Kaiserin liegen, und daß es unmöglich ist, die Antwort zu erlangen, welche so notwendig ist, um die Schritte der Vermittler zu beschleunigen. Ich gestehe, daß mir zuweilen die Geduld ausgeht. Übrigens habe ich noch vieles andere auf dem Herzen, wovon ich nicht sprechen will, was aber eben so unangenehm und unschicklich ist. Jedoch man muß sich das Gesetz machen, die Leute zu nehmen, wie sie sind, zumal da niemand unverbesserlicher ist als die großen Potentaten."

An dem Tage, wo Friedrich seinem Unmut über die Russen Luft machte, bekam er Grund, auch über die Franzosen sich zu verwundern, indem jene Depeschen anlangten, worin die Forderungen des Wiener Hofes so stark befürwortet wurden. Finckenstein meinte, das Schreiben des Ministers vom 24. Januar sei eine Apologie des österreichischen Ultimatums und trage den Stempel einer Parteilichkeit, die sich wenig mit der Eigenschaft einer vermittelnden Macht vereinigen lasse. Er hielt es für das beste, das preußische Ultimatum als Antwort zu geben; denn daraus werde der französische Hof sehen, daß der König

den Wünschen desselben zuvorgekommen sei und daß er darin alles erschöpft habe, was man von seiner Mäßigung für die Herstellung des Friedens erwarten könne [1]).

Der König, der inzwischen zu seinen Truppen nach Schweidnitz und Reichenbach gegangen war, dachte ungefähr ebenso, wie seine Minister. Er ärgerte sich übrigens immer mehr über das russische Zögern, und er würde sein Schriftstück schon früher abgeschickt haben, wenn er nicht von Repnin gebeten worden wäre, noch einige Tage zu warten. Am 8. schrieb er seinen Ministern, er wünsche, daß sie dasselbe nun absenden; denn wenn dieser Monat verstriche, ohne daß etwas beschlossen würde, so müßte man dem Frieden entsagen. Finckenstein und Hertzberg aber, welche die Ungeduld ihres Gebieters kannten, hatten schon dem Fürsten Repnin gesagt, daß man dem Wiener Hofe keinen Vorwand geben dürfte, die Unterhandlung abzubrechen, und die Verabredung mit ihm getroffen, daß er das Schriftstück am 10. Februar an Breteuil schicken und sie es dem Marquis de Pons geben würden. Das geschah denn auch [2]). Um den 20. gedachte der König Antwort zu haben; aber seine Hoffnung auf Frieden wurde durch die Nachrichten aus Wien gedämpft. „Der Kaiser", schrieb er am 11. Februar an seinen Bruder, „will durchaus Krieg. Ungehalten darüber, daß ich mich der Machtvollkommenheit widersetze, die er im Reich ausüben will, nennt er mich einen von den Russen beschützten Gegenkaiser" [3]). Auf der andern Seite waren seine Vorschläge

1) Finckenstein an den König 5. Februar. Goltz 3. Februar zeigt, daß Friedrich der französischen Heftigkeit nicht bedurft hätte.

2) Der König 7. und 8. Febr., Finckenstein und Hertzberg 9. Febr., Finckenstein 11. Febr. (Geh. Kab.-Akten.)

3) Am 9. Februar schickt Finckenstein dem König einen Brief des Prinzen Karl von Hessen an Görtz vom 30. Januar mit vielen Nachrichten aus Wien; darin heißt es: „Il (Joseph) qualifie le Roi du titre d'Anti-César sous protection Russienne." Darin findet sich auch die Bemerkung: der Kaiser fürchte les actions décisives soit par caractère, sei es aus Rücksicht auf die Kaiserin; doch sprächen verschiedene Thatsachen mehr für ersteres. Übrigens hatte schon Kaunitz 1764 geschrieben, daß Preußen sich sozusagen als einen Anti-Cäsaren darstelle. Archiv für österr. Gesch. XLVIII, 65.

so, daß die Österreicher sich vor den vermittelnden Mächten bloßstellten, wenn sie dieselben zurückwiesen.

Die Bedingungen glichen ungefähr denjenigen, welche Friedrich am 28. Juli des vergangenen Jahres aufgestellt. Er verlangte für sich nichts als die Anerkennung seines Rechtes, die fränkischen Markgrafschaften nach dem Erlöschen der regierenden Linie mit Brandenburg zu vereinigen; er wünschte nur noch, daß man bei dieser Gelegenheit die Lehensrechte, welche die Krone Böhmen in Ansbach und Baireuth, die Markgrafen im Herzogtum Österreich hatten, gegenseitig aufheben möchte. Der Wiener Hof sollte das Innviertel erhalten, ohne den entsprechenden Teil der bayerischen Landesschuld zu übernehmen und ohne die früher geforderte Summe von einer Million Thaler zur Befriedigung Sachsens beizutragen. Schon in den französischen Vorschlägen hatte derselbe sich erboten, seine Lehensrechte über die Besitzungen der Grafen Schönburg zugunsten Karl Theodors aufzugeben, welcher sie natürlich dem Kurfürsten Friedrich August überlassen sollte. Österreich gewährte dadurch seinem Verbündeten eine kleine Beisteuer zur Befriedigung Sachsens, ohne doch letzterem selbst etwas abzutreten. Es wollte seinen Ansprüchen auf Mindelheim in gleicher Art entsagen; aber der König von Preußen wünschte, daß diese Herrschaft und jene Rechte dem Kurfürsten Friedrich August unmittelbar gegeben würden. Die weiteren Bestimmungen inbezug auf die Entschädigung desselben überließ er klugerweise den vermittelnden Mächten und dem Wiener Hofe; nur das schlug er noch vor, daß letzterer auch auf seine andern Lehensrechte in Sachsen verzichten sollte mit Ausnahme derjenigen, die er auf die Lausitz hätte. Zugleich erklärte Friedrich, daß er den Plan, die fränkischen Markgrafschaften gegen die Ober- und Nieder-Lausitz zu vertauschen, habe fallen lassen, seitdem er auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Für Mecklenburg verlangte er das privilegium de non appellando. Außerdem erbot er sich, nicht allein mit dem Herzog von Zweibrücken, sondern auch mit Karl Theodor das Abkommen von 1741 über die Erbfolge in Jülich und Berg zu erneuern, und zwar unter Vermittelung des fran-

zösischen Hofes; dasselbe sollte keinen Teil des Friedensvertrages bilden [1]).

Wurde das Ultimatum unverändert angenommen, so verlor Bayern nur das Innviertel und Mindelheim; denn auch die Lehen, welche Joseph durch das Patent vom 16. Januar 1778 als dem Reich eröffnet eingezogen hatte, sollte Karl Theodor behalten, und die Nachfolge dem ganzen pfälzischen Hause und namentlich der Linie Zweibrücken gesichert werden. Endlich verlangte Friedrich, daß nicht nur der Kaiser den Verträgen beitrete, sondern auch das Reich von allen beteiligten Parteien darum ersucht werde.

Der König bezeichnete diese Bemerkungen als Ultimatum. Er hielt es für notwendig, sich ausdrücklich dagegen zu verwahren, daß man fortführe, die Erbfolge in den fränkischen Markgrafschaften mit der bayerischen auf eine Linie zu stellen und die Rechte des Hauses Brandenburg zu bestreiten, da er dann nicht unterlassen würde, dieselben mit allen möglichen Mitteln zu behaupten. Er wartete jetzt ungeduldig auf die Antwort aus Wien; wenn sie da wäre, sollte Finckenstein ihm das Vergnügen machen, mit zwei Worten zu schreiben, ob Hoffnung vorhanden oder nicht [2]). Seinen besten Helfer sah er in dem großen Geldmangel Österreichs; denn er erfuhr von der Grenze, daß die feindlichen Truppen, welche dort standen, seit einer Woche keine Löhnung mehr erhielten. „Dieser Grund", schrieb er am 19. Februar an Heinrich, „wäre genügend, den Frieden zu beschleunigen; aber bei einem Hofe, wo die Phantasie des Augenblicks und bisweilen eine Laune über alles entscheiden kann, würde es mir sehr schwer fallen zu sagen, was daraus erfolgen wird." Jedoch am folgenden Tage konnte Finckenstein ihm melden, daß das Ultimatum in allen wesentlichen Artikeln angenommen worden sei.

Die Antwort des Wiener Hofes war freundlich. Maria Theresia begrüßte froh die Aussicht auf Frieden und glaubte,

1) Bei Flassan VII, 236 steht fälschlich sans l'intervention de la cour de France statt sous l'int. etc.

2) An Finckenstein 13. Febr. (Geh. Kab.-Akten.)

man könnte nun an die Ausarbeitung der Verträge gehen, da sie die preußischen Vorschläge angenommen hätte. Doch blieb sie dabei, die Lehensrechte Böhmens über die Schönburgschen Besitzungen nur an den Kurfürsten von der Pfalz zu geben; auch weigerte sie sich, den böhmischen Lehensrechten in Sachsen zu entsagen, da dieselben ausgedehnter seien, als man denke. Sie hoffte nun auf die Wiederherstellung des Friedens. In einem Schreiben an Gallitzin meinte Kaunitz, das pfälzische Haus könnte ja Mindelheim und den Verzicht auf die Lehensgerechtsame über die Gräflich-Schönburgschen Besitzungen dem Kurfürsten von Sachsen geben [1]).

Auch der König freute sich. „Dem Himmel sei Dank", frohlockte er; „durch die Wendung, welche die Angelegenheiten genommen haben, sind recht viele Sorgen überflüssig geworden, und bald wird jedermann friedlich zu seinem Herde zurückkehren können." Und an Finckenstein schrieb er: „Jetzt hat man A gesagt; wir wollen sehen, ob B und dann das ganze Alphabet der Reihe nach folgen wird." Weil die Österreicher an dem Tage, wo Kaunitz die Note dem Baron Breteuil schickte, verschiedene Eilboten abgesendet hatten, um alle Vorbereitungen, die für die Fortsetzung des Kampfes im Gange waren, wieder aufzuheben, befahl auch Friedrich den Ministern Hoym und Schulemburg, sie sollten mit allen Kriegsausgaben, die einigen Anstand haben könnten, innehalten, da es jetzt den Anschein genommen habe, als ob die Sachen zum Vergleich kommen werden. Daß die Österreicher so leicht über die Befriedigung Sachsens hinweggingen, mißfiel ihm freilich; deshalb sollten die Minister dem Fürsten Repnin und dem Marquis de Pons rund herausſagen, daß man sich keinen Frieden versprechen könnte, wenn Sachsen nicht entschädigt würde. Er war auch entschlossen, in diesem Falle nichts inbezug auf Jülich und Berg einzuräumen. Eigenhändig schrieb er noch an Finckenstein: „Ich

1) Note pour Mr. le Baron de Breteuil, von Kaunitz am 16. überschickt; von demselben Datum ist das Schreiben von Kaunitz an Gallitzin. Jenes liegt in R. 1, 124, Vol. 5, dieses in R. 1, 123.

gestehe, daß ich mich eher auf den Teufel verlassen würde, wenn es einen giebt, als auf die Österreicher; deshalb muß man jetzt alle Aufmerksamkeit darauf verwenden, daß die Sachsen nicht dessen beraubt werden, was ihnen von Gott und Rechtswegen gebührt [1])." Friedrich hoffte, daß auch die Vorstellungen Rußlands, die seitdem erfolgt waren, auf den Wiener Hof Eindruck machen würden.

Der Petersburger Hof hatte bisher wegen der großen Entfernung und wegen der Langsamkeit Panins an dem Vermittelungswerke nur einen sehr geringen Anteil genommen. Auf die preußische Kundgebung aus dem Ende des vergangenen Jahres war man geneigt gewesen, sich mit Frankreich dahin zu verständigen, daß beide Höfe Maria Theresia zur Annahme des Bezirkes zwischen Nab und Schwarzach bewegen sollten; wenn aber die Kaiserin-Königin an Burghausen festhielte, wollte man Friedrich bitten, nicht darauf zu bestehen, daß sie die Million Thaler zahlen müßte. Als Panin aber in dieser Weise nach Paris und Berlin zu schreiben gedachte, da empfing er die österreichische Antwort vom 11. Januar. Nun gab Katharina dem Könige von Preußen Ratschläge, die ungefähr den französischen entsprachen; sie trugen das Datum des 5. Februars und übten, da sie erst am 17. nach Breslau kamen, auf den Gang der Dinge keinen Einfluß aus. Dagegen war der Vorschlag, welcher sich in dem Schreiben an den russischen Gesandten in Paris fand, von Wichtigkeit. Es sei zu wünschen, hieß es darin, daß die Vermittler die Auseinandersetzung zwischen Pfalz und Sachsen in die Hand nehmen und sich darüber mit einander verständigen. Katharina schlug vor, Karl Theodor sollte Mindelheim an Sachsen abtreten und zwei Millionen Thaler bezahlen. Außerdem empfahl sie sehr dringend, daß Österreich die böhmischen Lehensgerechtsame über die Schönburgschen Besitzungen aufgeben möchte [2]).

1) Friedrich 21. und 22. Februar. Gallitzin an Repnin 18. Febr. (P. S. zu dem Schreiben vom 17.)

2) Am 17. Februar gingen dem Grafen Finckenstein zu: 1) Note d'une

Repnin meinte nun, die vermittelnden Mächte würden wohl ein Mittel finden, den Kurfürsten von der Pfalz zu einer Entschädigung zu verpflichten. Er schrieb in dieser Angelegenheit an Breteuil, und dieser war nicht nur hiermit einverstanden, sondern er sprach auch mit Kaunitz darüber, und Maria Theresia erklärte sich bereit, bei dem Vertrage zwischen Pfalz und Sachsen mitzuwirken. Man wollte Mindelheim und Wiesensteig nebst einer Summe Geldes, alles zusammen im Werte von vier Millionen Thaler — so viel verlangte der König von Preußen — dem Kurfürsten Friedrich August verschaffen [1]).

Für den bevorstehenden Kongreß schlug Finckenstein am 22. Februar Hertzberg vor. „Ich glaube nicht", schrieb er an den Geheimen Kabinettssekretär Coeper, „daß mein Kollege, nachdem die Dinge bis hierher gediehen sind, ebenso schwierig sein wird, wie er im Anfange der Unterhandlung gewesen ist, besonders wenn ihm der König recht deutlich seine Absichten in dieser Beziehung kundgiebt so wie die Notwendigkeit, den Frieden nicht durch Spitzfindigkeiten und Formalitäten aufzuhalten." Unglücklicherweise hatte der König an demselben Tage seinen früheren Gesandten in Wien, den Freiherrn von Riedesel für den Kongreß bestimmt; er verletzte dadurch Hertzberg auf das schwerste. Dieser schrieb an Coeper, indem er einen Brief für Friedrich den Großen mitschickte: er mache sich auf keine gnädige Antwort gefaßt, aber er bitte den Geheimen Sekretär, womöglich dahin zu wirken, daß ihn dieselbe nicht verunehre. Er sei niedergedrückt von Kummer und von Zufällen, die ihn mit einem Schlaganfall bedrohen. „So ist es für mich der beste Ausweg", fuhr er fort, „wenn ich mich zurückziehe. Ich werde jedoch morgen noch unsern Friedens-

représentation amicale et confidentielle de la part de S. M. J. de toutes les Russies à S. M. le Roi de Prusse, 2) Points d'un arrangement en bloc entre l'electeur palatin et la cour de Saxe, und 3) Schreiben Panins an Galitzin in Wien und Baratinsky in Paris.

1) Finckenstein und Hertzberg 21. Februar, 3. März; Finckenstein 4. März.

vertrag aufsetzen, wie ich den russischen, den schwedischen, den Hubertsburger und den polnischen Teilungsvertrag aufgesetzt habe, letzteren zu einer Zeit, wo meine ganze Seite gelähmt und ohne Gefühl war. Ich habe niemals dahin gelangen können, die Zufriedenheit meines Herrn zu verdienen; ich wünsche nur, mir den Beifall des Publikums und solcher Personen zu sichern, welche so gerecht und so aufgeklärt sind, wie Sie."

In dem längeren Schreiben, welches er am 24. Februar an den König richtete, beklagte sich Hertzberg, daß er für eine Aufgabe, die er für schwieriger hielt, als man dächte, nicht gewählt worden wäre, obwohl er bei seiner großen Kenntnis der Angelegenheit hätte bewirken können, daß der Friede, wenn auch nicht ganz so rühmlich wie der Hubertsburger, doch wenigstens ehrenvoll abgeschlossen würde. Hertzberg scheint geglaubt zu haben, daß er allein auf eine unzweifelhafte Weise dem königlichen Hause die fränkischen Markgrafschaften und vielleicht auch die Erbfolge in Jülich und Berg nach dem Aussterben der nicht zahlreichen Linie der Herzöge von Zweibrücken hätte sichern können, ohne dadurch den Frieden zu hindern. Da nun aber Riedesel auf den Kongreß geschickt werden sollte, so betrachtete Hertzberg seine Dienste für unnütz und überflüssig und bat den König um die Erlaubnis, nach Berlin zurückkehren zu dürfen, um seine zerrüttete Gesundheit womöglich noch wiederherzustellen; er war sogar bereit sich auf sein Landgut zurückzuziehen, wenn der König es wünschte. Dieser schrieb ihm aber umgehend zurück: „Ihr thut unrecht, wenn ihr darin, daß ich den Freiherrn v. Riedesel zum Kongreßbevollmächtigten ernannt, einen Mangel an Vertrauen zu Euch erblickt; nur um die Gleichheit zu beobachten, bin ich auf ihn verfallen." Der Wiener Hof hatte nämlich hierzu seinen früheren Gesandten in Berlin, den Grafen Ludwig Cobenzl, ausersehen. Friedrich versprach, wenn etwa Maria Theresia einen Mann von höherem Range schickte, so würde er seine Interessen in keine andern Hände legen als in die Hertzbergs. „Also beruhigt Euch", schloß er, „und zweifelt nicht an meinem Wohlwollen." Hertzberg blieb auch in Breslau und arbeitete

fleißig an dem Vertragsentwurfe, welcher als Instruktion für Riedesel aufgesetzt wurde, wobei es nicht ausblieb, daß er mit dem Fürsten Repnin manchmal über einzelne Wendungen in Streit geriet [1]).

Während an den Höfen die Wolken sich immer mehr verzogen, entlud sich plötzlich ein kleines Wetter an einer Stelle, wo man es gar nicht erwartete. Als die Vermittelung ins Werk gesetzt wurde, hatte Maria Theresia dringend einen Waffenstillstand gewünscht; aber der König von Preußen war darauf nicht eingegangen, weil er glaubte, daß der Wiener Hof den Frieden alsdann nicht mit Ernst betreiben würde. Daher blieben die Truppen auch während des Winters nicht unthätig. So drang der General v. Wunsch, welcher die Grafschaft Glatz zu schützen hatte, am 14. bis Zuckmantel vor; aber er stieß auf tapfere Gegenwehr und mußte unverrichteter Sache wieder umkehren. Dieses Unternehmen bewog den thätigsten der österreichischen Generäle, Wurmser, einen Einfall in die Grafschaft zu machen. Zwei Obersten überraschten am 18. Januar vor Tagesanbruch die Stadt Habelschwert, nahmen trotz tapferer Gegenwehr der Preußen 787 Mann gefangen und erbeuteten 10 Fahnen und 3 Kanonen. Zwei andere Kolonnen, bei denen sich Graf Wurmser selbst befand, erstürmten das Blockhaus von Ober-Schwedeldorf, eine Meile von Glatz; 348 Mann ergaben sich hier, und zwei Kanonen wurden genommen. Wurmser faßte nun in Rückers festen Fuß und beherrschte von dort einen Teil der Grafschaft. Also vergalten die Kaiserlichen den Überfall bei Glomnitz mit hohen Zinsen. Schwer hatte sich Joseph damals geärgert; ebenso ungehalten war Friedrich jetzt, und als er hörte, daß 20 Bataillone von Prag nach Glatz marschieren sollten, was sich später als ein leeres Gerücht erwies, mußte der Prinz Heinrich einen Einfall in Böhmen machen lassen. Im Anfange des Februars drang Möllendorf bis Brix vor; bei dem Dorfe

1) Die verschiedenen Schreiben liegen in den Geh. Kab.-Akten vom 22. Februar bis zum 3. März.

Wedehlen blieben 5 Offiziere und 80 Mann der Österreicher auf dem Platze, 2 Offiziere und 106 Mann gerieten in Gefangenschaft. Der Rest des Feindes zog sich eilig zurück und glaubte sich erst hinter der Eger in Sicherheit.

Als der Prinz Heinrich am Ende des Septembers den Rückzug aus Böhmen glücklich bewerkstelligt hatte, war Möllendorf von ihm angelegentlich dem König empfohlen worden; aber Friedrich hatte geantwortet: „Die großen Belohnungen muß man für Unternehmungen aufbewahren, die mehr entscheiden und auf das Ganze Einfluß ausüben können." Jetzt begnügte sich der Prinz nicht, seinen besten General zu empfehlen, sondern er erbat für denselben geradezu den Schwarzen Adlerorden, indem er noch bemerkte, daß er diese Gnade so ansehen wollte, als ob sie ihm selbst widerfahren wäre. Darauf empfing Möllendorf die Auszeichnung. Inzwischen war der König nach Schweidnitz und Reichenbach gegangen; aber Schnee und dann Tauwetter hinderten ihn, etwas zu unternehmen. Am 10. Februar war sein Ultimatum abgesendet worden; was er jetzt ausführen wollte, das konnte, wie er wohl wußte, keinen Einfluß auf Krieg und Frieden ausüben. „Aber der Ruf ist etwas Unschätzbares", schrieb er am 13. an seinen Bruder, „und gilt mehr als die Macht. So lange noch ein Atemzug in mir ist, will ich ihn anwenden, um den Ruhm der Truppen und unserer Nation aufrecht zu halten."

Es scheint, daß schon die Übersiedelung des Königs nach Reichenbach eine Wirkung ausübte; denn am 16. ging Wurmser, nachdem er fast einen Monat in der Gegend von Wünschelburg und Habelschwert geblieben, in seine vorigen Quartiere nach Böhmen zurück und behauptete nur den wichtigen Posten von Rückers, Reinerz und Lewin. Am folgenden Tage marschierte der preußische Generalmajor v. Anhalt in die Gegend von Braunau, wo er bis zum Ende des Krieges stehen blieb.

Vier Tage später erfuhr Friedrich, daß sein Ultimatum in Wien angenommen worden war. Die Bevollmächtigten sollten in Teschen das angefangene Werk zu Ende bringen, und ein Waffenstillstand eintreten. So schienen weitere Sorgen für die

Sicherheit Schlesiens überflüssig zu werden; da befahl Joseph mit unehrenhafter Hinterlist noch einen Rachezug gegen das beklagenswerte Neustadt. Er sagte seiner Mutter nichts davon, sie erfuhr es aber und war in Verzweiflung über diesen Angriff, welchen sie für ganz unzeitig hielt, weil er den König sehr aufbringen und üble Folgen für den Frieden haben könnte. „Auch in der Öffentlichkeit", setzte sie noch hinzu, „wird er einen recht üblen Eindruck hervorbringen" [1]). Von sittlicher Entrüstung ist keine Rede.

Am letzten Februar erschien der Graf von Wallis vor Neustadt, um die Besatzung aufzuheben. Das gelang ihm freilich nicht; denn der Oberst von Winterfeld verteidigte sich mit Tapferkeit und Geschick, und der Feind mußte ruhmlos abziehen. Aber die arme Stadt büßte schwer. Sie war an mehreren Stellen in Brand geraten. Während alle Spritzen in den Vorstädten wirkten, brach an zehn verschiedenen Stellen zugleich das Feuer im Innern aus, wo die zitternden Bewohner angstvoll in Kellern und Gewölben saßen. Der Oberst wollte die brennenden Häuser einreißen und Wasser herzutragen lassen. Allein der Wind mischte sich so heftig darein, daß bald an keine Rettung mehr zu denken war. Von den Thoren wurde gemeldet, die Wachen könnten der Hitze wegen dort nicht länger bleiben, und sämtliche Gerüste ständen in Feuer. Nun mußten die Soldaten die unglückliche Stadt räumen. Kaum war das geschehen, so stürzten die Thore nebst den angrenzenden Häusern zusammen. Um die Bürger zu retten, sah man sich genötigt, Löcher durch die Mauern zu brechen. Schon funkelte der Morgenstern des Friedens, da zeigte sich der Krieg noch einmal in seiner häßlichsten Gestalt.

Der König freute sich über die tapfere Verteidigung. „Wir sind wenigstens nicht die letzten, die geschlagen worden", schrieb er am 1. März dem Bruder von Silberberg aus; er nahm sich vor, den Schaden, welchen die Haubitzenkugeln und Gra-

1) Arneth X, 923. A. 912; aber statt 17. Februar muß es wohl heißen 27. Februar.

naten angerichtet, nach hergestelltem Frieden wieder gut zu machen. Aber der umständliche Bericht über die greuliche Verwüstung der Stadt erregte furchtbar seinen Grimm. Nachdem er drei Tage später dem Prinzen Heinrich gemeldet, daß 240 Häuser, nicht mehr und nicht weniger, eingeäschert worden wären, schrieb er weiter: „Ich bin so erbittert auf jene ganze Brut, daß ich gern mein Leben verlieren würde, wenn ich mich nur ordentlich an ihnen rächen könnte."

Gewiß drückte Friedrich hier aus, was er fühlte; jedoch die Staatsklugheit verließ ihn bei dieser Gelegenheit keineswegs. In einem Schreiben an Goltz sprach er sich nur dahin aus, daß er für den Angriff auf Neustadt, welcher nach der Annahme des Ultimatums erfolgt und daher unerhört sei, Vergeltung üben könne, da er viele österreichische Plätze besetzt halte; jedoch er werde das sicherlich nicht thun [1]). Der König wollte den Frieden um so weniger gefährden, je lästiger ihm die Bedingungen erschienen, auf denen Rußland inbetreff der Militärkonvention bestand; er meinte, sie wären unendlich drückender, als wenn er selber Truppen aushöbe. Nach seiner Rechnung würden ihn die 16000 Mann jährlich 3300000 Thaler kosten, wenn er sie von Rußland empfinge; dagegen würde er nur 1500000 brauchen, wenn er sie von andern Fürsten entlehnte. Friedrich glaubte, und wohl nicht mit Unrecht, daß Katharina eigentlich keine Soldaten zu stellen wünschte und daß dazu der schlechte Zustand ihres Heeres, wie Solms meinte, und außerdem die Furcht, allmählich in einen Krieg mit Österreich gezogen zu werden, beigetragen haben möchte. Er hielt es daher für gut, die Militärkonvention abzulehnen, damit sie nicht ein schädlicher Vorgang für die Zukunft werden könnte [2]).

1) An Goltz 7. März (Immediat).

2) An Solms 12. und 17. März. Noch am 26. März berichtete Solms: Panin sage, er wolle keine Subsidien, außer wenn Rußland in offenen Krieg mit der Pforte gerate, wozu jetzt wegen der guten Dienste, die Frankreich geleistet hätte, wenig Aussicht sei. Dagegen könne er nicht auf die Hilfstruppen verzichten, wenn die Österreicher Rußland in Polen

angriffen aus Haß für die Hilfe, welche es dem Könige von Preußen geleistet. Am 1. März hatte der König an Finckenstein geschrieben: „Un des principaux motifs, Je veux bien vous le confier, qui dans ces circonstances me rend si coulant pour la pacification et qui m'engage à ne pas pousser plus que Je ne fais les Autrichiens, c'est la manière molle d'agir de la Russie qui paraît bien clairement."

Neuntes Kapitel.

Der Friede zu Teschen.

Eben damals begannen die Unterhandlungen in Teschen. Aus Breslau waren Repnin und Riedesel, ferner der kursächsische Gesandte Graf Zinzendorf und eben so die Vertreter Karl Theodors und des Herzogs von Zweibrücken, nämlich der Graf Törring-Seefeld und Hofenfels, dahingekommen und aus Wien Breteuil und der Graf Johann Philipp Cobenzl an Stelle seines ernstlich erkrankten Vetters, des früheren Gesandten in Berlin. Die Vertreter der vermittelnden Mächte suchten vor allem ein Ultimatum für Pfalz und Sachsen aufzustellen. Karl Theodor glaubte freilich keine Verpflichtung gegen letzteres zu haben. Er berief sich auf den Verzicht, welcher von der Mutter des Kurfürsten Friedrich August im Jahre 1747 bei ihrer Verlobung ausgestellt worden war; sie hatte darin für sich und ihre Erben und Nachkommen allen Anforderungen und Zusprüchen entsagt zugunsten ihres Bruders Maximilian Joseph, seiner Leibeserben und der sämtlichen Hausagnaten. Dieses letzte Wort bezogen Karl Theodor und der Herzog von Zweibrücken nicht bloß, wie Sachsen, auf die bayerische, sondern auch auf die pfälzische Linie. Sie glaubten sich demnach berechtigt alles abzulehnen; um aber doch einige Nachgiebigkeit zu beweisen, hatten sie in den Schriften, welche sie dem Reichstag

übergaben, ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, 250000 Thaler in Rücksicht auf die Erbverträge von 1766 und 1771 zu zahlen und eben so den Wert der fahrenden Habe nach Abzug der Schulden des verstorbenen Kurfürsten, wobei jedoch angedeutet wurde, daß die letzteren viel mehr betrügen. Nach einiger Zeit erfuhr freilich Vergennes das Gegenteil, nämlich daß dieselben gering wären, das Mobiliar dagegen beträchtlich [1]).

Am 19. März verlangten die Vermittler vier Millionen Thaler teils in Land teils in Geld für Sachsen. Seefeld stieg nun bis zu einer Million Gulden, und außerdem bot er noch die Lehensgerechtsame über die Schönburgschen Besitzungen an; aber hiermit konnten sich Breteuil und Repnin nicht begnügen, und Seefeld mußte deshalb nach München berichten, von wo man in 12—14 Tagen Antwort zu erhalten hoffte. Der Baron Goldhagen, welcher den Tag vorher zur Unterstützung des pfälzischen Gesandten nach Teschen gekommen war, gab zu verstehen, daß sein Herr, wenn er durchaus vier Millionen Thaler zahlen müßte, sie lieber in Geld entrichten würde. Breteuil neigte sich ebenfalls nach dieser Seite hin; denn seine Weisungen aus Versailles lauteten anders als diejenigen, welche Repnin aus Petersburg empfangen hatte. Zwar erkannte das französische Kabinett die Gerechtigkeit einer Entschädigung Sachsens an, und es fand auch, daß die Summe von vier Millionen Thaler in Land und Geld kaum dem Werte des Mobiliars gleichkäme, welches Maximilian Joseph hinterlassen; aber weil es keinen Einfluß auf den Kurfürsten von der Pfalz hätte, sollte Breteuil nicht das Ultimatum stellen, ohne vorher zu wissen, ob der Wiener Hof es annähme und verspräche, Karl Theodor dahin zu bringen. Der französische Gesandte kam nur einem Wunsche des Grafen Vergennes zuvor, wenn er der Geldentschädigung das Wort redete, und Repnin gab die Entscheidung darüber dem König anheim, der auch sogleich

1) Goltz 26. März.

Anstalten traf, um zu hören, ob Friedrich August hierzu sich würde bestimmen lassen [1]).

Da ferner Österreich sowohl den Friedensvertrag als die Übereinkunft mit dem Kurfürsten von der Pfalz in einer neuen Form vorgelegt hatte, mußte sich Friedrich darüber aussprechen, und er that dies in einem besonderen Schriftstück. Die Forderungen, die er stellte, waren zum Teil schon früher ein Gegenstand der Erörterung zwischen Hertzberg und Repnin gewesen. Bereits in dem preußischen Ultimatum hatte dieser eine Milderung herbeigeführt, indem er bewirkte, daß die Überlassung der böhmischen Lehensrechte über die Schönburgschen Besitzungen unmittelbar an Sachsen nicht zu einer unabweichlichen Bedingung gemacht würde [2]). Dann war er über zwei Punkte mit Hertzberg in Streit geraten. Er hatte nämlich nichts dagegen, wenn in dem Eingange der österreichisch-pfälzischen Übereinkunft des Vertrages vom 3. Januar 1778 gedacht würde, da ja die Kaiserin gleich im ersten Artikel den Kurfürsten von der Pfalz davon entbinden sollte. Repnin wollte ferner von einer preußischen Garantie der neuen Übereinkunft nichts wissen; denn da letztere doch einen Teil des Friedensvertrages bilden müßte, so würde der König dadurch mehr Recht erhalten, sich nötigenfalls einzumischen, als durch eine Garantie [3]). Als nun auch in Teschen sich Breteuil dagegen aussprach, da konnte Repnin nicht umhin, die Richtigkeit seiner Gründe anzuerkennen, und Riedesel neigte sich gleichfalls dieser Auffassung zu [4]). Der

1) Riedesel 16. und 20. März. Finckenstein an Repnin 22. März. Jene Schreiben stehen in der Korrespondenz des Königs und seines Ministeriums mit Riedesel während der Unterhandlung zu Teschen, und dieses in der „Korrespondenz Finckensteins mit Riedesel, Repnin, Törring-Seefeld während der Teschener Unterhandlungen".

2) Am 6. Februar empfahlen die preußischen Minister diese Änderung dem Könige. (Geh. Kab.-Akten.)

3) Finckenstein an den König 28. Februar in R. 1, conv. 123; es ist diese sogen. Korrespondenz mit dem kaiserlichen Hofe nichts als die andere Reihe der Geh. Kab.-Akten und enthält die eigenhändigen P. S. des Königs.

4) Repnin 15. und Riedesel 16. März an Finckenstein, in dem Volumen

König schrieb am 17. März an Finckenstein, daß er bereit wäre, von solch armseligem Ruhm abzustehn, wenn die vermittelnden Mächte dem Herzoge von Zweibrücken das verbürgten, worüber man übereinkommen würde [1]). Trotzdem ward in den preußischen Bemerkungen, welche Riedesel einige Tage später in Teschen übergab, die Garantie, wahrscheinlich auf Hertzbergs Drängen, abermals gefordert, und zwar auch für das Abkommen, welches Pfalz und Sachsen schließen würden. „Sie ist notwendig, hieß es darin, für die Sicherheit des pfälzischen Hauses und für die Bewahrung der Würde des Königs, welcher für die Sache dieses Hauses gekämpft hat“ [2]).

In dem andern Punkte, welchen Repnin bereits angefochten hatte, blieb man ebenfalls fest. Nach dem französisch-österreichischen Eingange schließen Maria Theresia und Karl Theodor infolge der Übereinkunft vom 3. Januar 1778 einen neuen Vertrag; nach der preußischen Fassung dagegen verständigen sie sich über die bayerische Erbfolge freundschaftlich und unter Mitwirkung des Herzogs von Zweibrücken. Letzterer wünschte nämlich, nicht sowohl dem Vertrage beizutreten, als ihn mitzuschließen. Dem Könige von Preußen war es gleichgültig, ob das eine oder das andere geschah; aber er wollte dem Herzoge gern den Gefallen erweisen [3]). Er verlangte weiter für ihn, daß die Familienverträge von den vermittelnden und kriegführenden Mächten garantiert würden. Ferner sollte Maria Theresia den Kurfürsten von der Pfalz ausdrücklich von der Übereinkunft vom 3. Januar 1778 entbinden, und wenn sie aus besonderer Zuneigung sowohl Mindelheim als die Lehensrechte über die Schönburgschen Besitzungen an Karl Theodor abtreten wollte, so widersprach Preußen insoweit, als es

„Korrespondenz Finckensteins mit Riedesel u. s. w.“ Arneth X, 823, N. 923 und 924.

1) In R. 1, 123.

2) Observations sur la suspension d'armes et sur les Projets du Traité de paix et de la Convention à conclure. (Berl. Arch.)

3) Finckenstein und Hertzberg an Riedesel 18. März. Finckenstein an den König 24. März.

forderte, daß die Worte „aus besonderer Zuneigung" und „abtreten" sich nicht auf die Herrschaft Mindelheim beziehen sollten, welcher die Kaiserin-Königin vielmehr entsagen müßte. Die Antwort des Wiener Hofes auf diese Bemerkungen erwartete Breteuil erst gegen den 28. bis 30. März zu erhalten, und so stockte zunächst die Unterhandlung.

Weil Maria Theresia versprochen hatte, die gerechten und vernünftigen Vorstellungen des Herzogs von Zweibrücken gern anzuhören, so wendete sich Hofenfels, welcher die Interessen seines Herrn sehr eifrig und manchmal mit einer gewissen Hitze verfocht, an den Grafen Cobenzl mit dem Wunsche, daß er vom Wiener Hofe die Grafschaft Falkenstein, welche dem Kaiser gehörte, und von Karl Theodor die Erhöhung seiner Apanage bis auf 300 000 Thaler empfangen möchte [1]).

Das waren die Punkte, die noch entschieden werden mußten, ehe die Heere wieder in ihre heimatlichen Quartiere zurückkehren konnten. Zuerst gelangte die Antwort des Kaiserhofes nach Teschen. Über die Beratungen, welche deshalb in Wien stattgefunden haben, sind wir nicht unterrichtet; wir haben nur die Bemerkungen, welche Joseph schriftlich kundgab. Er war vor allem gegen die Garantie der neuen Übereinkunft durch Preußen. „Wenn man sie bewilligt", schrieb er, „so triumphiert der König, erlangt das Ansehen eines Protektors und setzt uns tausend Schikanen aus." Joseph hält es also für wesentlich, in diesem Punkte nicht nachzugeben. Der Herzog von Zweibrücken ist ihm fast ebenso verhaßt wie der König von Preußen; er will ihn daher nur der Übereinkunft beitreten lassen, und er würde es für die größte Schmach halten, wenn demselben Land oder Geld gegeben würde; höchstens ist er bereit, das Verhalten des Herzogs von Zweibrücken zu vergessen und ihm nach hergestelltem Frieden dieselbe Auszeichnung zu gewähren, die er im Februar 1778 ihm zugedacht hatte, nämlich den Orden des Goldenen Vlieses. Joseph hatte kein Gefühl dafür, wie lächerlich er sich mit einem solchen Vorschlage zum

1) Riedesel 24. März.

zweitenmal machte. Indem er diese Punkte für solche erklärte, von denen er niemals abgehen könnte, sang er wieder sein altes Lied: wenn wir festbleiben, so werden wir sie alle durchsetzen; aber man muß überzeugt sein, daß wir lieber den Krieg weiterführen als nachgeben wollen, und dann möchte ich beinahe für den Erfolg einstehen [1]).

Die Antwort des Wiener Hofes entsprach den hier ausgesprochenen Meinungen des Kaisers. Man verwarf die preußische Garantie und weigerte sich, den Herzog von Zweibrücken als vertragschließenden Teil anzuerkennen. Man wünschte ferner inbezug auf Mindelheim keine Änderung in der Ausdrucksweise. Dagegen war man bereit, die pfälzischen Familienverträge zu garantieren, wenn Karl Theodor es wollte; ferner nahm man mit unwesentlichen Änderungen den preußischen Eingang zu dem neuen Abkommen mit dem Kurfürsten von der Pfalz an und entband letzteren von der Übereinkunft vom 3. Januar 1778 [2]). Am 30. März übergab Cobenzl das Schriftstück. Infolge dessen ward ihm nun inbetreff der preußischen Garantie hart zugesetzt. Breteuil, Repnin und Riedesel verteidigten sie und stellten vor, daß ja der Kaiser die pfälzische und seine Mutter die sächsische Übereinkunft mitgarantieren könnten. Jedoch Cobenzl entgegnete: sein Hof werde niemals darein willigen [3]).

Der König und seine Minister waren mit der Antwort im ganzen zufrieden. Hertzberg freute sich besonders darüber, daß der preußische Eingang durchgesetzt und die Übereinkunft vom 3. Januar 1778 entfernt worden war; ja, er zeigte sich beinahe wie Joseph, indem er meinte, bei genügender Festigkeit hätte sich auch noch erreichen lassen, daß Österreich nicht Burghausen, sondern einen oberpfälzischen Bezirk angenommen. Bereits am 1. April schickten sie ihre Bemerkungen über die öster-

1) Arneth X, 824, Anm. 927, vom 26. März.

2) Réponses aux observations sur la suspension d'armes et sur les projets etc.

3) Riedesel 30. März.

reichische Antwort nach Teschen [1]); sie beharrten darin auf der preußischen Garantie, sie verlangten ebenso wieder, daß der Herzog als vertragschließender Teil zugelassen und inbezug auf Mindelheim die von ihnen vorgeschlagenen Ausdrücke angenommen würden. Wenn wir dieses Schriftstück lesen, ahnen wir unmöglich, daß Friedrich damals von dem größten Mißtrauen gegen den Wiener Hof erfüllt war. Um einen Druck auf denselben auszuüben und die Unterhandlungen zu beschleunigen, hatte er nur in einen Waffenstillstand bis zum 6. April eingewilligt. Am 30. März bat ihn Repnin um eine Verlängerung; aber der König wollte davon nichts wissen, weil er glaubte, daß man in Wien sein Spiel mit ihm triebe. Nur so viel erreichte Finckenstein noch durch mündliche Vorstellungen, daß Friedrich erklärte, es wäre ja noch Zeit, sich hierüber zu entscheiden, wenn die Antwort Karl Theodors eingetroffen sein würde.

Das Mißtrauen war insofern begründet, als Seefeld selbst in Teschen das niedrige Angebot, welches er machte, damit entschuldigt hatte, daß er sich auf den Rat berief, der vom Freiherrn v. Lehrbach in München gegeben worden wäre [2]). Diese Mitteilung, welche der König am 18. März erhalten, erregte ganz gewaltig seinen Zorn und prägte sich seinem Geiste so stark ein, daß ihn andere Meldungen ungläubig fanden. Cobenzl erzählte dem Freiherrn v. Riedesel: Lehrbach thue sein möglichstes, um Karl Theodor zu überreden; aber dieser bleibe dabei, an den Reichstag oder ein Reichsgericht Berufung einlegen zu wollen. Der österreichische Gesandte sagte zur Entschuldigung seines Hofes weiter, daß dieser unmöglich Drohungen anwenden und zu dem Kurfürsten sagen könnte, man würde, wenn er nicht willig wäre, den Straubinger Bezirk ihm vor-

1) Remarques sur les réponses de la Cour de Vienne aux observations etc.

2) „Menez votre bête de Seefeld le moins mal que possible", schrieb Joseph im März an Cobenzl. Brunner, Corresp. intimes de Joseph II, 16.

enthalten [1]). Als Repnin den König um die Verlängerung des Waffenstillstandes bat, meldete er zugleich, daß der Staatskanzler sowohl dem Baron Breteuil als dem Fürsten Gallitzin die bestimmtesten Versicherungen gegeben hätte, sie würden für die Befriedigung Sachsens nach Kräften eintreten. „Es ist möglich", schrieb er weiter, „daß der Wiener Hof aus Rücksicht für seinen Verbündeten nicht den ersten Säbelhieb thun will, um diesen Knoten zu zerhauen; aber er hat sicherlich nicht die Absicht, hinter den Kurfürsten sich zu stecken und mit dessen Hilfe den Frieden aufzuhalten; ich glaube vielmehr, daß er letzteren aufrichtig wünscht" [2]).

Aber der König ließ sich nicht belehren, sondern wie ein Geschichtsforscher in Unruhe gerät, wenn ihm historische Aufzeichnungen, die er benutzen soll, den Verdacht erwecken, als ob sie unecht wären: ebenso fürchtete Friedrich sich hintergangen zu sehen. „Einmal betrogen zu werden", schrieb er an Repnin zurück, „das kann jedem Menschen begegnen, wenn man es mit Schurken zu thun hat; wird man es aber zweimal, so ist man ein Gimpel, und nach diesem Titel streb' ich nicht." Er hielt Karl Theodor für die Drahtpuppe, welche der Schuft von Kaunitz in Bewegung setze; jedoch er wolle sich nicht länger hinziehen lassen, sondern lieber den Krieg bis aufs Messer führen und jene niederträchtigen österreichischen Spitzbuben mit Feuer und Schwert zum äußersten treiben. Er fügte noch eine Lieblingsredensart hinzu: „Dieses Orakel ist sicherer als das des Kalchas." Er erklärte sich nur bereit, bis zum 15. April den Stillstand zu verlängern [3]).

Der maßlose Zorn des Königs gegen den Wiener Hof war übrigens grundlos, und was Repnin in seinem Schreiben an Friedrich vermutete, das stimmte mit der Wirklichkeit ziemlich überein. „Wir wollen von Gott und Rechts wegen", hatte

1) Riedesel 24. März.

2) Repnin an den König 30. März.

3) Hertzberg an Riedesel, der König an Riedesel (Immediat und Mediat), der König an Repnin 1. April.

Joseph am 25. März an seinen Bruder geschrieben, „daß sie das Gehässige auf sich nehmen und den Vorschlag machen.“ Freilich wünschte Maria Theresia, die über den Gang der Unterhandlungen sich schon wieder sehr beunruhigte, ein wenig Billigkeit und Gleichheit. „Man kann von uns nicht verlangen“, schrieb sie am 1. April an ihre Tochter, „daß wir unsern Kurfürsten allein schinden lassen, während unsere Gegner, die unter dem Schutze von Preußen und Rußland stehen, über uns und Frankreich triumphieren.“ Letzteres Land nannte Maria Theresia freilich nur aus Politik; denn Breteuil stand hier auf der Seite Preußens.

Inzwischen waren aus München neue Nachrichten eingetroffen. Der französische Geschäftsträger Odune erkannte die Änderung in dem Verhalten Lehrbachs an. Letzterer hatte, nachdem er mehrere reitende Boten aus Wien empfangen, dem Kurfürsten dringende Vorstellungen gemacht und sogar zu verstehen gegeben, daß er die kaiserlichen Lehen sonst verlieren könnte. Karl Theodor versammelte nun seinen Ministerrat, der ihn dahin brachte, die Hälfte zu bewilligen; ja, dem Geschäftsträger ward ins Ohr geflüstert, er werde wohl noch eine Million Gulden hinzufügen. Umgekehrt freilich machten die Stände Gegenvorstellungen und sagten, daß die Allodial-Forderungen sich nicht so hoch belaufen und bei der Verschuldung Bayerns unmöglich so große Summen gezahlt werden könnten [1]).

Am 1. April teilte Breteuil in Teschen mit, daß Karl Theodor drei Millionen Gulden angeboten hätte. Riedesel drohte nun, es würde das Beste sein, dem Kurfürsten von Sachsen die kaiserlichen Lehen oder Mindelheim oder ein anderes Gebiet zu überlassen; er versicherte weiter, daß der König von Preußen den Vertrag von 1741 über Jülich und Berg nicht erneuern würde.

Repnin und Breteuil unterstützten Riedesel kräftig, außerdem schrieben sie in demselben Geiste jener an Gallitzin, dieser nach München, und da sie von Karl Theodor erst am 14.

1) Riedesel 1. April.

Antwort zu empfangen dachten, sodaß der König sie am 16. haben könnte, ließ Repnin letzteren sehr bitten, er möchte sich doch bis dahin gedulden. Aber Friedrich war gar nicht so ungehalten, wie man erwarten mußte, sondern er schöpfte mit seinen Ministern aus dem Angebot der Hälfte die Hoffnung, daß man auch das ganze geben werde, und verlängerte den Waffenstillstand bis zum 28. April [1]). Zugleich konnte Finckenstein gute Nachrichten aus Dresden melden. Als hier der preußische Gesandte seinen Vorschlag gemacht hatte, da erhob man anfangs begreiflicherweise Schwierigkeiten und versuchte wiederholt, es dahin zu bringen, daß wenigstens Mindelheim in der Summe von vier Millionen Thaler begriffen wäre. Jedoch endlich erklärte man: wenn das durchaus nicht zu erreichen wäre, so würde der Kurfürst aus Rücksicht gegen die Höfe von Berlin und Petersburg — denn auch Repnin hatte deswegen geschrieben, — und um nicht die Friedensunterhandlung aufzuhalten, vier Millionen Thaler in Geld nehmen [2]).

Bevor Joseph erfuhr, daß Friedrich den Waffenstillstand verlängert hatte, ließ er in die Zeitung einrücken, daß die Feindseligkeiten mit Anbruch des 16. April wieder beginnen würden. Sobald Maria Theresia das hörte, wurden alle Exemplare dieser Nummer zurückgezogen bis auf etwa hundert Stück, die man nicht wiedererlangen konnte. Darauf ließ Joseph ein Extrablatt des nämlichen Inhalts an die Abonnenten verteilen. „Das ist sehr kleinlich", sagte Breteuil, als er in seiner schneidenden und absprechenden Weise das dem Fürsten Repnin erzählte; „der Kaiser wird niemals ein großer Mann werden" [3]).

Während man begierig auf Nachricht aus München wartete, gab Karl Theodor neuen Ärger. Als Riedesel die Bemerkungen seines Hofes über die österreichische Antwort vorgelesen und übergeben hatte, da entstand unerwartet ein Streit über die

1) Riedesel 1. April. Der König an ihn 3. April.
2) Finckenstein an Repnin 3. April.
3) Riedesel 11. April.

Garantie der pfälzischen Hausverträge von 1766, 71 und 74 durch die kriegführenden und die vermittelnden Mächte. Während man nämlich glaubte, daß Karl Theodor mit dieser Maßregel einverstanden sei, zog Cobenzl zum größten Erstaunen der übrigen einen Brief des Grafen Seefeld aus der Tasche, worin letzterer anzeigte, daß er sich geirrt habe; sein Herr verlange keine solche Garantie und lasse den Herzog von Zweibrücken dem Vertrage nur beitreten. Repnin, Breteuil und Riedesel wurden nun sehr heftig und erklärten, das heiße sein Spiel mit den Vermittlern treiben. Der russische Bevollmächtigte nannte die Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen und die Sicherheit des Herzogs von Zweibrücken die beiden Hauptpunkte der Unterhandlung. Vergebens warf Cobenzl die Schuld auf Karl Theodor; man hielt sich an ihn, und er mußte viel anhören. Als er nichts mehr zu sagen wußte, nahm er sogar zu Thränen seine Zuflucht. Breteuil schrieb außerordentlich energisch an ihn, und ebenso Repnin an den Fürsten Gallitzin. Am folgenden Abend kam Cobenzl zu Riedesel und las ihm zum Beweise der Aufrichtigkeit des Wiener Hofes eine Depesche des Staatskanzlers an Lehrbach in München vor und versprach außerdem in kurzem die Garantie der pfälzischen Hausverträge von Karl Theodor verlangen zu wollen, dann werde auch sein Hof darein willigen [1]).

Indem nun in der letzten Sitzung der Bevollmächtigten wieder von schädlichen Einflüsterungen Lehrbachs die Rede gewesen war, brauste der König von Preußen abermals auf und hieß den Freiherrn v. Riedesel erklären, daß er den Waffenstillstand nicht mehr verlängern werde; der Friedensvertrag müsse bis dahin unterzeichnet sein, oder er fange die Feindseligkeiten wieder an. Er würde, fuhr er fort, wenn die Kongreßmitglieder bis dahin nicht fertig wären, ein großer Narr

1) Riedesel 6. und 8. April. Am 6. schrieb er auch an Finckenstein, und zwar: er habe seinen Bericht vom 6. April so mild als möglich gemacht, ohne die Wahrheit zu verletzen. Er spricht hier von dem Übelwollen und der Doppelzüngigkeit des Wiener Hofes.

sein, von diesem Schufte Kaunitz an der Nase sich herumführen zu lassen. „Dieses Orakel", schrieb er abermals, „ist sicherer als das des Kalchas." Am andern Morgen sprach er zu Finckenstein: jene Art und Weise, die Schwierigkeiten zu vermehren und sogar neue entstehen zu lassen, zeige nicht sehr friedfertige Gesinnungen und mache ihn mißtrauischer als je. Die Minister müßten ein Reskript aufsetzen und darin nochmals fordern, daß der Herzog von Zweibrücken als vertragschließender Teil zugelassen und die pfälzischen Hausverträge von den kriegführenden und vermittelnden Mächten garantiert würden [1]).

Unglücklicherweise traf zwei Tage später ein Schreiben des Prinzen Heinrich in Breslau ein, worin dieser die Meinung äußerte, daß der Kurfürst wohl eine etwas geringere Summe nehmen würde, wenn die Vermittler sie ihm anböten. Schon einmal hatte der König ihm abweisend geschrieben: „Wenn ich in der Notwendigkeit wäre, den Frieden zu erbetteln, so könnte ich zu den von dir empfohlenen Mitteln meine Zuflucht nehmen; aber so weit ist es Gott sei Dank mit mir noch nicht gekommen. Empfängt Sachsen keine anständige Genugthuung, so wird sich niemand künftig mit Preußen verbinden wollen." Auch jetzt nahm Friedrich den Schritt, welchen Heinrich aus freien Stücken gethan, sehr ungnädig auf und bat ihn, durch unnütze Einflüsterungen, welche den Geschäften eher schadeten als förderlich wären, den Kurfürsten nicht zu beunruhigen. Er teilte ferner mit, daß allem Anschein nach ein Bruch des Kongresses erfolgen würde. „Wenn der österreichische Stolz die Oberhand behält", schrieb er, „so werden wir Krieg haben, und in diesem Falle will ich sogleich den Erbprinzen von Braunschweig nach Dresden abgehen lassen, damit Du Deinem Wunsche gemäß für Deine Gesundheit Sorge tragen kannst."

An demselben Tage, dem 11. April, wandte sich der König unmittelbar an Möllendorf und gab ihm den Auftrag, sämt-

1) Der König und Finckenstein an Riedesel 8. April.

liche Regimenter, die Artillerie und das Proviantfuhrwesen je eher, je besser vollkommen in Ordnung zu bringen.

Heinrich war wie vom Schlage getroffen. An zwei Gründen suchte der tief Gekränkte sich wieder aufzurichten, erstens, er sei hinlänglich bekannt, als daß man seine Tüchtigkeit bezweifeln sollte, dann, er besitze Mut genug, das Unglück zu ertragen. Strafte sich aber der bedauernswerte Prinz nicht gleichsam selber Lügen, wenn er noch einen dritten Trostgrund hinzufügte, nämlich den, daß seine Laufbahn zu Ende sei, und er bald an der Grenze anlange, welche von allem menschlichen Elende befreie? Friedrich entsprach übrigens nur einem alten Wunsche des Bruders; denn am 3. Dezember hatte dieser ihn um einen Nachfolger gebeten, weil seine Nerven zu sehr zerrüttet wären, und am 9. sein Gesuch wiederholt. Damals war es aber dem König unmöglich gewesen, Heinrichs Verlangen zu erfüllen, weil er den Erbprinzen von Braunschweig nicht glaubte von Troppau fortschicken zu können; er hatte daher schmeichelhaft geantwortet: „Männer, wie du, sind nicht leicht zu finden", und den Bruder gebeten zu warten, bis man wüßte, ob Frieden oder Krieg folgen würde. Den neuen Feldzug wollte Friedrich um jeden Preis erfolgreicher führen. Wenn aber der Kampf wieder ausbrach, so war es in der That notwendig, an die Spitze des in Sachsen lagernden Heeres einen kühneren und thätigeren Mann zu stellen.

Wenn der Telegraph bereits im diplomatischen Dienste gestanden hätte, würde dieser große Ärger dem Prinzen erspart geblieben sein. Schon am 5. April hatte der französische Geschäftsträger in München eine Audienz erbeten, um den Auftrag, den er aus Teschen empfangen, zu vollziehen, und in der darauffolgenden Nacht war noch aus Versailles ein Eilbote gekommen. Odune brachte dann zuerst das Schreiben Breteuils vor, und als er bemerkte, daß dieses eine kleine Wirkung übte, zog er auch die andere Depesche noch aus der Tasche und setzte ihren Inhalt dem Kurfürsten auseinander. Karl Theodor besann sich nun ziemlich lange, klagte, daß ihn alle Welt verließe, und bewilligte endlich die sechs Millionen Gulden. Lehr-

bach, welcher den gleichen Auftrag erhalten, kam zu spät und brauchte sich nicht mehr zu bemühen [1]). Karl Theodor schrieb selbst an Breteuil, den er bat, vor den pfälzischen Ministern sich zu zieren und zuerst ein geringeres Angebot zu machen. Land wollte der Kurfürst auf keinen Fall abtreten; der König von Preußen führe, schrieb er, für die Erhaltung Bayerns und der Familienverträge Krieg, und so wolle er dieses Prinzip nicht verletzen. Breteuil spielte seine Rolle gut, indem er noch nicht in der Morgensitzung, sondern erst am Nachmittage die Bereitwilligkeit Karl Theodors anzeigte, die vier Millionen Thaler zu zahlen. Niemand freute sich über diese Nachricht mehr als Friedrich der Große. Gelegener hätte sie nicht kommen können, schrieb er an Riedesel zurück; denn er habe bereits angefangen, am Erfolge der Unterhandlung zu verzweifeln [2]). Er teilte die frohe Botschaft sogleich seinem Bruder mit, und zwar so zuversichtlich und rückhaltlos, als ob keine Verwickelung mit dem Wiener Hofe mehr schwebte.

Während in Breslau die lichte Freude das Herz des greisen Herrschers wohlthuend erwärmte, sah es in der Hofburg an der Donau wieder sehr trübselig und düster aus. Man mußte noch auf die letzten preußischen Bemerkungen antworten, und auch diesmal konnten sich Mutter und Sohn nicht einigen. Es handelte sich hauptsächlich darum, ob der Wiener Hof seinen

1) Goltz 16. April. Arneth X, 622.

2) Riedesel 11. und 12. April; der König an ihn 13. April. Friedrich erfuhr damals auch von jenem, daß die Russen und Türken sich verständigt hätten, und diese Nachricht hielt er für so wichtig, als wenn er eine Schlacht gewonnen hätte. Nun ist es wahr, Riedesel hatte gemeldet: „Le Cte Cobenzl a pâli lorsqu'il a entendu prononcer ceci au B. Breteuil", und Kaunitz wies in seinem Vortrage vom 10. April (Beer in der Hist. Zeitschr. XXXVIII, 474) auf den russisch-türkischen Friedensschluß hin, um Joseph nachgiebiger zu machen. Aber daß dieses Ereignis zur Beendigung der Teschener Unterhandlungen viel beigetragen, kann ich nicht glauben, obwohl Friedrich dem Baron Goltz am 24. April meldet: Österreich habe seitdem eine ganz andere Haltung angenommen und wolle alles anwenden, um Karl Theodor dahin zu bringen, daß er thue, was man von ihm verlange.

Vertrag mit Karl Theodor von Preußen garantieren lassen wollte oder nicht. Joseph verlangte, daß man lieber die Unterhandlungen abbrechen als in diesem Stücke nachgeben sollte; Maria Theresia und Kaunitz konnten sich nicht entschließen, der Herstellung des Friedens zu entsagen. „Ihre Majestät fürchtet fortwährend", schrieb Joseph am 14. April an seinen Bruder, „und quält sich und alle diejenigen grausam, die unglücklicherweise damit etwas zu thun haben. Ich bin der ganze Hiob; Widerspruch, Kleinmut, alles wird aufgeboten. Der Fürst Kaunitz ist nicht mehr zu sehen; jedes Schreiben, das er empfängt, muß man ihm entreißen, und ebenso ist es mit den Antworten. Kurz, hundertmal möchte man des Teufels werden. Und obendrein täuschen sie uns vielleicht nur und treffen inzwischen ihre Maßregeln, damit wir unversehens überfallen werden; denn für die Eröffnung des Feldzuges fehlt unendlich viel."

Inzwischen wartete man in Teschen ungeduldig auf den Eilboten aus Wien. Am 15. bat Breteuil den König von Preußen, er möchte doch zur Beruhigung Maria Theresias den Stillstand aus eigenem Antriebe verlängern, während der Wiener Hof bisher immer habe darum nachsuchen müssen. Friedrich ließ dem französischen Botschafter am 17. zurücksagen: er werde das gern thun und warte nur die Ankunft des Wiener Eilboten ab, um sich zu erklären. Mittlerweile war aber derselbe bereits nach Teschen gekommen. Er brachte keine schriftliche Antwort inbetreff der Punkte, welche noch schwebten; aber ein vertrauliches Schreiben des Staatskanzlers an Breteuil ermächtigte letzteren, die Beschlüsse des Wiener Hofes kundzugeben. Inzwischen hatte der Gesandte des Herzogs von Zweibrücken mit Repnin an einem Plane gearbeitet, durch welchen er hoffte, seinem Herrn nützlich zu werden; er wollte nämlich darauf verzichten, daß dieser vertragschließender Teil würde, dafür aber sollte der Wiener Hof die pfälzischen Hausverträge garantieren und seine guten Dienste versprechen, um dem geldbedürftigen Herzog eine Vermehrung seiner Apanage zu verschaffen. Repnin übernahm diese Aufgabe, jedoch ohne daraus

eine unabweichliche Bedingung machen zu wollen [1]), und der Wiener Hof erklärte sich zu beidem bereit; dagegen die preußische Garantie des österreichisch-pfälzischen Vertrages wies er wiederum zurück und hielt auch fest an der Abtretung Mindelheims aus besonderer Zuneigung. Breteuil teilte ferner dem Freiherrn v. Riedesel ganz im geheimen mit, was Kaunitz dem Grafen Cobenzl über den Streit zwischen Joseph und Maria Theresia vertraulich schrieb und was ihm selber der französische Geschäftsträger in Wien meldete. Letzteren hatte nämlich die Kaiserin-Königin ihrerseits von diesem Zwiespalt unterrichten lassen mit der Bitte, daß er Breteuil davon in Kenntnis setzen und ihn beschwören möchte, alles aufzubieten, um sie aus diesen persönlichen Verlegenheiten zu ziehen und das Unglück einer Fortsetzung des Krieges von ihr zu nehmen [2]).

Bisher hatte Breteuil auf Befehl seines Hofes auch diese preußische Forderung unterstützt; nun aber ließ er den König ersuchen, hierin sowie in jenen bedeutungslosen Ausdrücken und Redewendungen dem Wiener Hofe nachzugeben; Friedrich werde dadurch der Kaiserin das Mittel gewähren, alle besonderen Hindernisse zu besiegen, welche des Kaisers ungemein starkes Ehrgefühl inbezug auf den Inhalt und die Form des Friedens ihr bereite. Auch Repnin meinte, daß das Schicksal des Kongresses jetzt in den Händen des Königs von Preußen läge [3]). Dieser entsprach ohne weiteres dem Wunsche der Vermittler, jedoch unter der Bedingung, daß die Übereinkunft zwischen Maria Theresia und Karl Theodor seinem eigenen Vertrag angehängt und als ein Teil desselben betrachtet würde. Der König willigte jetzt auch in die Verlängerung des Waffenstill-

1) Riedesel 8. und Repnin 12. April an Finckenstein.

2) Cobenzl berichtet in seinen Memoiren (Arch. für österr. Geschichte LXVII, 127): „Je recevais de temps à autre tantôt de l'Impératrice tantôt de l'Empereur des lettres familières qui ne s'accordaient pas entre elles ni avec mes ordres officiels. L'Impératrice désirant ardemment la paix, m'exhortait à ne pas trop faire le difficile, et l'Empereur de son côté me préchait de tenir ferme."

3) Riedesel 16. April.

standes bis zur Unterzeichnung des Friedens und wünschte dem Freiherrn v. Riedesel Glück dazu, eine so wichtige Angelegenheit zu einem guten Ende geführt zu haben [1]). „Eigentlich kann ich erst heute", schrieb er am 18. an seinen Bruder, „den Krieg als geendigt ansehen; denn es fehlt jetzt an Stoff zum Hader, und nichts bleibt mehr übrig, was die Dinge von neuem in Verwirrung bringen könnte."

Nach dem Sprichworte soll man den Teufel nicht an die Wand malen. An demselben Tage traf in Teschen ein unangenehm überraschendes Schreiben aus München ein; plötzlich wollte Karl Theodor den Herzog von Zweibrücken als vertragschließenden Teil zulassen und dafür seine Genehmigung, daß die Hausverträge von den vermittelnden und kriegführenden Mächten garantiert würden, zurückziehen.

Dieser schnelle Wechsel, der recht geeignet war, dem kaum beschwichtigten Mißtrauen des Königs von Preußen neue Nahrung zu verleihen, brachte den schlechtesten Eindruck hervor. Repnin und Riedesel meinten, sie müßten nun zu den stärksten Mitteln greifen. Breteuil hatte geahnt, daß der unerwartete Schritt des Kurfürsten eine große Bewegung verursachen würde; jedoch er sah seine Befürchtungen noch übertroffen. Er that sein möglichstes, um schnelle Beschlüsse zu verhindern, und benachrichtigte dann den Grafen Seefeld und die beiden kurfürstlichen Räte von der entstandenen Aufregung. Um dann auf ihre Bitte zu bewirken, daß Repnin und Riedesel bis zum nächsten Morgen keinen Kurier nach Breslau schickten, beraumte Breteuil auf den 19. früh um 9 Uhr eine Sitzung an. Dieselbe dauerte zwei Stunden, und es wurde sehr hitzig gestritten. Riedesel sprach davon, er wolle sich auf die Abreise vorbereiten, weil er voraussehe, daß er einen solchen Befehl empfangen werde. Endlich erklärte Seefeld, er sei ermächtigt, in die Garantie der Familienverträge zu willigen, da der König von Preußen nicht anders Friede schließen möge. Übrigens waren Breteuil, Repnin und Riedesel schon vorher von diesem zweiten

1) An Riedesel 18. April.

geheimen Befehl durch den Grafen Cobenzl unterrichtet worden [1]). Wie am Anfange, so benahm sich der Kurfürst auch am Ende sehr ungeschickt und zeigte Schwäche und Stärke am unrechten Orte.

Damit aber keine neuen Änderungen mehr eintreten könnten, setzte die Versammlung den betreffenden Artikel des preußisch-österreichischen Vertrags in seinem Wortlaute fest, ebenso den besonderen Artikel, durch welchen Karl Theodor und der Herzog von Zweibrücken einander auf die förmlichste und verbindlichste Art versprachen, daß sie die Hausverträge beobachten und vollziehen und denselben auf keinerlei Weise zuwiderhandeln wollten, und endlich die Beitrittserklärungen des Herzogs von Zweibrücken zu den Verträgen, die sein Oheim mit Österreich und Sachsen schloß. Maria Theresia hat sich in München ihrem Versprechen gemäß dafür verwendet, daß Karl Theodor die Apanage seines Neffen erhöhen möge; aber dieser weigerte sich dessen, weil er Burghausen abtreten und an Sachsen eine große Summe zahlen müßte [2]).

So waren nach einer mühevollen Unterhandlung von vier Monaten endlich alle Schwierigkeiten überwunden. Maria Theresia fühlte sich nun sehr erleichtert; sie ließ Ludwig XVI. für seine Vermittelung durch ihre Tochter danken. Ein Zusammengehen mit Frankreich erschien ihr jetzt notwendiger als je, nachdem sich der Petersburger Hof dem Könige Friedrich so hilfreich erwiesen. Auch von England fürchtete sie, daß es wohl

1) Riedesel 19. April.

2) Riedesel 30. April. Friedrich II. ließ nicht nach, in dieser Richtung zu wirken; so empfing z. B. Goltz den Auftrag, das französische Ministerium günstig für die Vermehrung der Apanage zu stimmen. Aber dem Herzoge schadete in Paris der Gebrauch, den er von dem Gelde machte. „Il a des troupes dont on croit qu'il peut se passer. Son équipage de chasse et surtout le nombre de ses chevaux est énorme; au lieu d'habiter des maisons convenables bâties par son Prédécesseur, il en construit partout de nouvelles. Une maîtresse lui coûte beaucoup, pendant que la Duchesse est fort négligée. Voilà ce que le Ministère croit être exact." (Goltz 24. Dezember 1779.) Trotzdem bemühte sich Friedrich II. weiter dem Herzoge zu helfen.

einmal auf des letzteren Seite stehen könnte; denn Hannover hätte sich nur zu sehr entlarvt. „Sachsen", schrieb sie weiter an Marie Antoinette, „wird mehr als je preußisch werden, und die beiden fränkischen Markgrafschaften verleihen eine so große Überlegenheit, Nachbarschaft und Einfluß im Reich und unsern Ländern, daß unsere Lage immer schwieriger wird. Leider trägt noch die Religion viel dazu bei, da die Katholiken und sogar die geistlichen Fürsten nicht zusammenhalten oder keine genügenden Streitkräfte besitzen, was bei den Protestanten der Fall ist." Dringend legte deshalb Maria Theresia ihrer Tochter ans Herz, für das gute Einvernehmen zwischen den Höfen von Versailles und Wien beständig Sorge zu tragen. Als vor fünf Vierteljahren die Übereinkunft vom 3. Januar 1778 von Karl Theodor unterzeichnet in Wien eingetroffen war, da hatte sie Kaunitz den größten europäischen Staatsmann genannt. Als dieser jetzt, am 6. Mai, die Verträge von Teschen ihr zur Ratifikation sandte, da schrieb sie ihm, dieselben wären zwar nicht das rühmlichste, gewiß aber das mühsamste und sowohl für die Monarchie als auch für sie selbst nützlichste seiner Werke. Sie versicherte den Staatskanzler ihrer Erkenntlichkeit und Freundschaft, so lange sie leben werde. Dem Baron Breteuil wollte sie gleichfalls die guten Dienste, die er ihr bei dieser Gelegenheit geleistet, nie vergessen.

Am 13. Mai, dem Geburtstage Maria Theresias, fand in Teschen die Unterzeichnung der Verträge statt. Wenn die Kaiserin-Königin mit gemischten Gefühlen den Tag begrüßte, der ihrem Herzen die lang entbehrte Ruhe wiedergab, so konnte dagegen Friedrich der Große mit Wohlgefallen das glücklich zustande gebrachte Werk betrachten [1]). Die Absicht zwar, die

1) Repnin an Finckenstein 13. Mai: „Les intentions du Roi ont été complies, la paix est certainement glorieuse pour S. M. . . . . Son désintéressement personel a mis le comble à Sa gloire." Hertzberg mußte den Prinzen von Preußen über den Frieden von Teschen ausführlich unterrichten, und er meldete am 7. Juni dem Könige, daß er es gethan (Geh. Kab.-Akt.). Der Krieg hatte Friedrich, wie er am 2. Nov. 1779 an Görtz schreibt, 17 Millionen Thaler gekostet und Österreich 40 Millionen Thaler.

er anfänglich gehegt, den Wiener Hof kein Dorf nehmen zu lassen, war nicht erreicht worden; aber er hatte wenigstens den Verlust Bayerns auf das geringste Maß beschränkt. In dem neuen Vertrage, welchen Maria Theresia mit Karl Theodor eingegangen war, entband sie diesen von der Übereinkunft vom 3. Januar 1778 auf die förmlichste und verbindlichste Weise für sich, ihre Erben und Nachfolger. Das Mindelheimer Ländchen hatte wegen seiner Kleinheit in dem Streite, der über die Rechtstitel des Hauses Habsburg geführt worden war, nur eine Nebenrolle gespielt; die Urkunde, worauf Österreich seine Forderung stützte, scheute das Licht, und bis auf den heutigen Tag ist sie verborgen geblieben. Aber der König von Preußen gewährte dem Wiener Hofe das Vergnügen, diese Herrschaft an Karl Theodor aus besonderer Zuneigung abtreten zu dürfen. Ferner überließ Maria Theresia letzterem und seinem ganzen Hause die oberpfälzischen Lehen. Sie versprach endlich Kaiser und Reich zu bitten, daß ihm auch die durch das Patent vom 16. Januar 1778 eingezogenen Reichslehen in Bayern und Schwaben übertragen würden. Wenn dagegen die Kaiserin-Königin den schon oft genannten Landstrich, welchen sie im Jahre 1745 eintauschen wollen, von Karl Theodor empfing, so geschah es unter der ausdrücklichen Bedingung, daß weder sie, noch ihre Erben und Nachfolger jemals irgendwelchen Anspruch auf einen andern Teil Bayerns erheben dürften.

Der Friedensvertrag, welchen Maria Theresia mit Sachsen schloß, war frei von allen Bedingungen; denn der Wiener Hof hatte darauf bestanden, die Rechte der Krone Böhmen über die den Grafen von Schönburg gehörigen Herrschaften Glauchau, Liechtenstein und Waldenburg an Karl Theodor abzutreten, um ihm die Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen zu erleichtern. In einem besonderen Vertrage gab er denn auch letzterem die empfangenen Rechte und versprach außerdem, die bedungenen vier Millionen Thaler in bestimmten Fristen zu bezahlen. Friedrich August entsagte dafür allen Ansprüchen auf die Allodien, welche mit dem Stammbesitze zu einer untrennbaren Masse vereinigt wurden.

So verlor Bayern nur das Innviertel. Die Bevollmächtigten hatten ferner die größte Sorgfalt angewendet, um den ruhigen Übergang aller Wittelsbachischen Länder auf den Herzog von Zweibrücken und seine Linie zu sichern. Nicht allein war seiner Mitwirkung in den beiden Verträgen gedacht, welche Karl Theodor abschloß, sondern er trat auch denselben in besonderen Erklärungen noch ausdrücklich bei. Oheim und Neffe gelobten außerdem einander feierlich, die Familienabkommen von 1766, 1771 und 1774 unverbrüchlich zu halten; dieses Versprechen und die Hausverträge selbst wurden endlich nicht nur von den beiden vermittelnden Mächten, sondern auch von Preußen und Österreich gewährleistet. Die nämliche doppelte Garantie schützte die sächsisch-pfälzischen Abmachungen. Dagegen war Karl Theodors Übereinkunft mit der Kaiserin-Königin nur unter die Hut der vermittelnden Mächte gestellt; aber weil diese Festsetzungen zugleich in dem Hauptvertrage berührt waren, so würde bei einer Verletzung Preußen immer einen Grund, Einspruch zu erheben, gehabt haben.

So hatte der König dem Herzoge von Zweibrücken redlich Wort gehalten und dem andern Verbündeten das Erreichbare verschafft. Auch der Herzog von Mecklenburg war unvergessen geblieben; Friedrich und Maria Theresia machten sich anheischig, ihm das unbeschränkte privilegium de non appellando beim Kaiser auszuwirken.

Für sich erlangte der König von Preußen ebenfalls, was er hatte gewinnen wollen; denn Österreich entsagte jedem Widerspruch gegen die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Brandenburg und verhieß, dem Rechte der preußischen Herrscher, darüber nach Gefallen zu verfügen, niemals entgegen zu sein.

Am 16. Mai vollzog Joseph als Mitregent und Erbe der Länder Maria Theresias die Beitrittserklärung, welche Friedrich dann am 20. entgegennahm. Sieben Tage später sah dieser seine Hauptstadt wieder, in die er zwar nicht ruhmvoll, aber siegreich zurückgekehrt war; denn er hatte wirklich den Kaiser gelehrt, Wasser in seinen Wein zu gießen. Aber er zog freilich auch mit großen Besorgnissen in Berlin ein. Davon war

er allerdings überzeugt, daß Maria Thereſia ſich in keinen Krieg mehr einlaſſen würde; dagegen fürchtete er den Unternehmungsgeiſt ihres Sohnes gegen die Türken, in Italien und wider die deutſchen Fürſten [1]).

Dem Vertrage von Teſchen gemäß mußte noch das Reich dem Frieden beitreten. Am meiſten war hieran der Kaiſerin Katharina gelegen, und da Breteuil an Repnin ſchrieb, er glaube nicht, daß es eine Aufgabe der vermittelnden Mächte ſei, die Erfüllung dieſer Vertragsbeſtimmung zu fordern, ſo wendete ſich Panin an Solms und ſagte: „Rußland könne nicht gut eine zu große Neigung blicken laſſen, auf die deutſchen Angelegenheiten einzuwirken; dagegen ſtehe nichts im Wege, daß Friedrich den Wiener Hof treibe, ſich mit ihm darüber zu verſtändigen, wie die Sache vor Kaiſer und Reich zu bringen ſei.“ Da der König von Preußen in Wien noch keinen Geſandten hatte, ſo empfing Schwarzenau in Regensburg Befehl, mit Öſterreich, Sachſen und den pfälziſchen Fürſten die notwendigen Verabredungen zu treffen [2]). Darauf wendeten ſich der König von Preußen, die Kurfürſten Karl Theodor und Friedrich Auguſt und der Herzog von Zweibrücken im letzten Drittel des Juli und Maria Thereſia im Anfange des folgenden Monats an den Kaiſer, der infolge deſſen ein baldiges Gutachten von den Ständen des Reiches einforderte [3]). Jedoch in Regensburg ging man niemals ſchnell. Überdies liefen Beſchwerden gegen einzelne Beſtimmungen des Friedensvertrages ein. Die mecklenburgiſche Ritterſchaft und Bürgermeiſter und Rat der Seeſtadt Roſtock betrachteten die Verleihung des unbeſchränkten privilegii de non appellando als einen Eingriff in ihre Rechte; die Herren von Schönburg ſträubten ſich gegen das, was inbezug auf ſie feſtgeſetzt worden war; Salzburg, Augsburg und ein Graf Rechtern machten auf verſchiedene Stücke der Hinterlaſſenſchaft Maximilian Joſephs Anſprüche; der ſchwäbiſche Kreis

1) An Solms 4. Mai (Immediat).
2) Solms 22. Juni, Mediat an Solms 10. Juli.
3) Abh. und Materialien VI, 11 ff.

verlangte sogar, daß Donauwörth wieder zu einer Reichsstadt erhoben würde. Diese Beschwerden und Forderungen fanden Anklang, und es bildete sich die Meinung, daß man dem Frieden keineswegs ohne weiteres beitreten könnte, sondern die Rechte des Reiches und die Rechte Dritter ausnehmen müßte.

Als das Berliner Kabinett davon hörte, ließ es in Wien die stärksten Vorstellungen gegen eine solche Klausel machen und bewirkte dadurch, daß die österreichischen Reichstagsgesandten angewiesen wurden, einfach für den Beitritt ohne jeden Vorbehalt zu stimmen. Die letzteren thaten das auch, erklärten aber zugleich, daß es nicht die Absicht der Kaiserin-Königin wäre, die Stimmfreiheit der andern Stände zu beschränken. Die Folge war, daß die drei geistlichen Kurfürsten und Hannover die Klausel annahmen, wodurch im Kurfürstenrate Stimmengleichheit entstand. Im Fürstenrate traten fast alle Bischöfe und katholischen Fürsten mit dem Hause Hannover für die Klausel ein, während Preußen, Pfalz, Sachsen, beinahe alle protestantischen Fürsten, einige Bischöfe, wie Lüttich und Regensburg, und alle Reichsstädte den einfachen Beitritt verlangten [1]).

Am 28. war man im Fürstenrat immer noch zu keinem Beschlusse gekommen. Im andern Rate las der preußische Reichstagsgesandte Freiherr v. Schwarzenau eine Denkschrift vor und wiederholte darin alles, was gegen die Annahme der Klausel gesagt worden war. Indem er dabei unter anderm den böhmischen Reichstagsgesandten aufforderte, diese Meinung zu unterstützen, weil die Kaiserin-Königin als vertragschließender Teil doch unmöglich der entgegengesetzten Ansicht sein könnte, da erwiderte der Angerufene, gerade deshalb, weil die Kaiserin-Königin bei dem Frieden beteiligt sei, werde sie sich in die Erörterung dieser Frage nicht mischen, weil ihr Zartgefühl ihr verbiete, für die eigene Sache zu stimmen. Aus dieser un-

1) Finckenstein und Hertzberg an den König 14. März 1780. (Geh. Kab.-Akten).

erwarteten Erklärung leuchtete die Absicht hervor, den Anhängern der Klausel die Mehrheit zu verschaffen. Als der Mainzische Direktorialgesandte mit einem solchen Entwurfe nun hervortrat, entbrannte wiederum der Kampf, bis man einen Ausweg darin fand: die beteiligten Höfe sollten sich als Mitstände des Reiches noch einmal die zu Teschen eingegangenen Verbindlichkeiten garantieren [1]), und diese neue Garantie sollte sowohl in dem Reichsgutachten als in der kaiserlichen Ratifikation ausgesprochen werden. Nun ließen die Anhänger des unbedingten Beitritts fast alle Vorbehalte zu, die verlangt worden waren. Das vom Kurfürstenrat angenommene Gutachten ging hierauf an den Fürstenrat, der sich noch nicht hatte einigen können, und wurde von diesem ebenfalls gebilligt. Am 8. März bestätigte der Kaiser dasselbe, und am folgenden Tage übertrug er die erledigten Reichslehen in Bayern und Schwaben an Karl Theodor [2]).

Das Verhalten Österreichs kann schwerlich ein ehrliches genannt werden. Nicht Maria Theresia, wohl aber Joseph war einer solchen kleinlichen Rache fähig; außerdem liebäugelte man ohne Zweifel mit den Anhängern, welche dem Wiener Hofe treu geblieben waren. Dagegen wollte man wahrscheinlich keineswegs eine Handhabe sich vorbehalten, um an den Bestimmungen

1) Finckenstein und Hertzberg berichten am 4. April 1780 an Görtz und Goltz: Schwarzenau habe (zuletzt) zugelassen die clauses réservatoires qu'il prétend n'être aucunement préjudiciables, et croit y avoir mis un correctif suffisant en faisant insérer au commencement, qu'on n'avoit aucune, vue de se porter un préjudice et qu'on se garantissoit réciproquement les stipulations de la paix. Die hier gemeinten Worte des conclusum lauten: „Anderen Theils haben Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs keineswegs die Meinung und Absicht, durch die bei ihrem Beytritt diensam und nöthig findende Vorsorge dem gedachten Friedensschlusse und denen darin stipulierten Verbindlichkeiten an ihrer Kraftentwicklung weder jetzt noch in Zukunft einigen Abbruch zu thun, weshalben sich die Paciscenten die wechselsweise unverbrüchliche gewährung nochmals einmütig zusichern und versprechen."

2) Asseburg 2. März, in den Denkwürdigkeiten des Freih. v. Asseburg, S. 294. Abh. u. Materialien VI, 359. 360.

des Friedens künftig einmal zu rütteln; man hätte ja damit zugleich die Rechtmäßigkeit der eigenen Erwerbung erschüttert. Fast noch mehr als über das österreichische Verhalten wunderte sich Finckenstein über das hannöversche; er leitete letzteres von einem geheimen Einverständnis zwischen den Höfen von Wien und London her. Vielleicht aber nahm Georg III. dafür Rache, daß Friedrich in Petersburg das französische Interesse unterstützt und geholfen hatte, eine englische Unterhandlung zum Scheitern zu bringen [1]).

Die Entscheidung des Reichstages mißfiel in Berlin aufs höchste. Jedoch als der Freiherr von der Goltz dem Grafen Vergennes auf eigene Hand andeutete, die vermittelnden Höfe könnten wohl noch einmal dazwischen treten, da schrieb ihm das Berliner Ministerium: man wolle sich nun zufrieden geben und nicht zu viel Mißvergnügen oder Unruhe zeigen; denn man sei überzeugt, daß Frankreich und Rußland ihre Garantie wirksam zur Geltung bringen würden, wenn jemand etwa in der Folge von der oder jener Klausel gegen eine Bestimmung des Friedens von Teschen Gebrauch machen wollte [2]).

Mit dem Verhalten des Reichstages war man auch in Petersburg unzufrieden. Aber der Freiherr von der Asseburg schrieb tröstend an den Grafen Panin: „Es ist ein wahres Glück für Deutschland, daß die Garantie unseres erhabenen Hofes, welche durch den Beitritt des Reiches und seines Oberhauptes zu dem Frieden von Teschen jetzt anerkannt ist, ein Gegengewicht von der größten Bedeutung gegen alles errichtet,

1) Finckenstein an Asseburg 21. März, in den Denkwürdigkeiten S. 297. Finckenstein an den König 24. Februar: Marquis de Pons habe ihn von der Dankbarkeit in Kenntnis gesetzt, welche Ludwig XVI. darüber empfinde, daß Friedrich die französischen Interessen so freundschaftlich wahrgenommen en faisant échouer la négociation du Chevalier Harris à la cour de Russie. (Geh. Kab.-Akten.) Und am 13. Juni schreiben die Minister an Goltz in Paris: „J'ai servi la cour de France plus efficacement (als Frankreich mir jetzt in der Angelegenheit der Kölnischen Koadjutorwahl).

2) An Goltz 1. April (Mediat).

was seine Verfassung in Gefahr bringen kann. Vermittelst dieser Garantieen wird Rußland nach Gefallen an den weltlichen und geistlichen Angelegenheiten des Reiches teilnehmen." Der deutsche Freiherr sah hierin ein unschätzbares Glück für unser Vaterland, und dem Grafen Finckenstein gab das Verhalten des Regensburger Reichstages Anlaß darauf hinzuweisen, daß die Höfe von Berlin und Petersburg enger als je verbunden bleiben müßten.

Als das Kabinett von Versailles im Frühjahr 1778 der Garantie des Westfälischen Friedens gegenüber sich sehr lau verhielt, hatte der Graf Görtz geglaubt, daß eine günstige Gelegenheit erschienen wäre, den Einfluß des französischen Hofes auf das Reich zu brechen. „Das würde", schrieb der Freund Herders, „ein dem größten Könige geziemender Ruhm sein!" Freudig wird jedes deutsche Herz dieser einsamen Auffassung begegnen. Jedoch es war anders gekommen. Ohne Bedenken hatten die beiden kriegführenden Mächte die französisch-russische Vermittelung angenommen; zu dem althergebrachten Einfluß im Reiche gesellte sich noch ein neuer. Aber niemand erblickte damals hierin etwas Anstößiges. Wie sollte denn auch in einer Zeit, wo man von einer bayerischen, einer pfälzischen Nation sprach, ein deutsches Gemeingefühl rege sein und wachsam Berücksichtigung fordern? Mit ganz anderen Augen betrachtet dagegen unser Jahrhundert die russische Garantie, es sieht darin einen Flecken, der auf dem Teschener Frieden und auf dem großen Herrscher lastet, der ihn herbeigeführt. Die Gerechtigkeit verlangt aber, daß wir wenigstens die Hälfte der Schuld ihm abnehmen und auf Joseph wälzen. Und sind nicht auch die Stände des Reiches anzuklagen, die trotz wiederholter Aufforderungen dem Könige weder ihre Stimme noch ihren Arm liehen, die nur Rechte kannten und keine Pflichten?

Mit eingebildeten Größen kann der Staatsmann nicht rechnen. Friedrich, der sich überhaupt mehr als europäischen Fürsten ansah, nahm von daher Hilfe, wo er sie fand. Und müssen wir ihm für das, was er geleistet, nicht dankbar sein? Wenn Joseph Bayern und die Oberpfalz gewonnen hätte, so würde

der Wiener Hof wahrscheinlich seine Herrschaft bis an den Rhein allmählich ausgebreitet haben. Indem Friedrich den Plänen des Kaisers kühn entgegentrat und sie vereitelte, hat er unbewußt für das neue Deutsche Reich gearbeitet. Das Wirken der großen Männer erstreckt sich immer in weite Zukunft [1]).

1) Ich entlehne diese Betrachtungen dem Schlusse meiner Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges.

Viertes Buch.

Die letzten Jahre Friedrichs des Großen.

Erstes Kapitel.

Siege des Wiener Hofes über Preußen in Köln und Petersburg.

Die hohe Stellung, welche Preußen durch Friedrich II. in Europa gewonnen, entsprach keineswegs dem Umfange des Landes und der Zahl seiner Bewohner; daher konnte man wohl fragen, ob es den erworbenen Rang unter den Nachfolgern behaupten oder — wie Schweden und die Niederlande — wieder verlieren würde. Mit diesem Rätsel hat sich der große König ohne Zweifel selbst häufig beschäftigt; aber auch andere sannen darüber nach. Als in den Jahren 1774—76 Friedrichs Gesundheit zu verschiedenen Malen sehr gefährdet war, suchte Jakob Harris, welcher Georg III. in Berlin vertrat, in der Zukunft zu lesen. „Das Land", weissagte der Gesandte, „wird von vielen Ministern regiert werden und von einem jungen Fürsten, der in Europa kaum durch etwas anders bekannt ist, als durch seine Vergnügungen, während jetzt ein Monarch von erprobter Geschicklichkeit und großem Ruf an seiner Spitze steht. Es wird nicht mehr dasselbe Volk sein, welches sämtliche Nachbarn fürchten, und um dessen Bündnis alle buhlen. Es wird auf sein natürliches Maß zurücksinken und binnen wenigen Jahren kein Recht mehr haben, den ersten Mächten Europas beigezählt zu werden! [1])"

1) Die Beweisstellen für das Folgende finden sich großenteils in meiner Abhandlung „Über die erste Zusammenkunft Josephs II. und Katharinas II." in der Zeitschrift f. preuß. Gesch. VI, 653 ff.

Die Verstimmung ist ein schlechter Prophet. Harris wurde von dem Könige gut behandelt, aber der ehrgeizige Mann kam sich wie auf einem Ruheposten vor; denn zwischen England und Preußen herrschte sibirische Kälte, seitdem Lord North den von tausend Gefahren umringten Löwen treulos im Stiche gelassen. Das hat Friedrich fest im Gedächtnisse behalten. Wenn der englische Gesandte sieben Wochen später, am 18. März 1776, die Thronveränderung als nicht sehr entfernt bezeichnete, so wurde sein Wort glücklicherweise zuschanden. Der Tod getraute sich noch nicht, den ruhmgekrönten Helden zu bezwingen, der vielmehr mit ungeschwächter Geisteskraft wachsam das Steuerruder des preußischen Staates weiter lenkte und sogar noch einmal gegen Österreich ins Feld zu ziehen vermochte.

Während des bayerischen Erbfolgekrieges empfing Friedrich wiederholt Beweise von der Friedfertigkeit der Kaiserin-Königin, und er fürchtete deshalb von ihrer Seite keine Feindseligkeiten mehr; dagegen nahm er als sicher an, daß Joseph nach dem Tode seiner Mutter das Haus Hohenzollern befehden würde. Der König wollte darum alles aufbieten, um die Bande zwischen den Höfen von Wien und Versailles zu lockern, jedoch nicht sogleich, sondern erst, wenn Maria Theresia gestorben wäre. „Man muß warten", schrieb er an Solms, „bis die Birne reif ist, ehe man sie pflückt" [1]). Er betrachtete den Kurfürsten von Sachsen als einen sicheren Anhänger und hielt es auch nicht für sehr schwer, die protestantischen Fürsten zu gewinnen; um dagegen die katholischen zu seiner Politik herüberzuziehen, dazu glaubte er der französischen Hilfe zu bedürfen [2]). Und schneller, als er es ahnte, kam eine Gelegenheit, wo er einen solchen Beistand gebrauchen konnte. Bereits im August 1779 wurde der General v. Wolffersdorf nach Münster geschickt; er sollte dort erkunden, ob der Wiener Hof einen Bruder des Kaisers, den Erzherzog Maximilian, zum Kurfürsten von Köln

1) Am 22. Juni 1779.

2) Friedrich an Solms 4. Mai, 5. und 22. Juni 1779.

machen wolle, und dahin wirken, daß das Kapitel keinen Fremden wähle [1]).

Ob ſchon damals ein ſolcher Plan beſtand, iſt zweifelhaft; aber im September gedachte der Staatskanzler, dem Kurfürſten Maximilian Friedrich von Köln, welcher bereits im 72. Lebensjahre ſtand, einen Koadjutor geben zu laſſen. Es war anfangs die Rede davon, einem Sohne des Großherzogs von Toskana ein geiſtliches Fürſtentum zu verſchaffen. Als man aber die Sache näher erwog, fürchtete man, daß die Söhne Leopolds ihrer Jugend wegen ſchwerlich gewählt werden würden, und man richtete daher ſein Augenmerk auf einen Bruder des Kaiſers, den Erzherzog Maximilian. Allein dieſer erklärte, keinen Beruf für den geiſtlichen Stand zu haben. Der Kaiſerin-Königin hatte nun aber die Ausſicht, die ihr eröffnet worden war, ſo gefallen, daß ſie auf einen Ausweg ſann. Sie ſchlug vor, Maximilian ſollte ſich wählen laſſen, die Erlaubnis, die Weihen nicht nehmen zu dürfen, nachſuchen und die Stelle behalten, bis einer von Leopolds jüngeren Söhnen ſo weit herangewachſen wäre, daß er ſie ihm abtreten könnte. Damit war Maximilian zufrieden; er wollte nur nicht Prieſter werden. Mit vielem Grunde bemerkte nun zwar Joſeph gegen dieſes Auskunftsmittel: eine Stelle, die man durch Wahl erhalten, dürfe man nicht abtreten, es ſei dann vielmehr eine neue Wahl notwendig; aber er redete vergebens. Im November empfingen ſowohl die Reichskanzlei als auch die des Fürſten Kaunitz den Auftrag, die Angelegenheit zu betreiben.

Die Sache war von keiner geringen Bedeutung. Maximilian Friedrich beſaß nicht nur Köln, ſondern auch Münſter, und auf beide Länder richtete ſich die Abſicht des Wiener Hofes. Von 1583—1761, alſo beinahe zwei Jahrhunderte lang, hatten bayeriſche Prinzen das Erzſtift behauptet. Konnte dem Kaiſerhauſe nicht das gleiche Glück zuteil werden? Als Maria Thereſia im tiefſten Geheimnis dem Grafen Mercy die Sache

1) Friedrich an Finckenſtein 6. Auguſt 1779. Geh. Kab.-Akten. Man ſuchte dann die Anſicht der Niederlande über ſolche Pläne zu erfahren. (Finckenſtein 4. Oktober, der König 5. Oktober.)

meldete, da antwortete dieser: „Die Geschichte lehrt uns, welchen Einfluß ein Kurfürst von Köln und Bischof von Münster im Reiche sich zu verschaffen vermag, und wenn beide Stellen vereinigt auf den Erzherzog fielen, so würden sie noch eine ganz andere Bedeutung gewinnen, da man sie leicht auf die Länge behaupten und benutzen könnte, um die katholische Partei im Reiche für die Dauer in die Höhe zu bringen." Mercy erwartete weder, daß Frankreich, Holland und Hannover entgegenwirken, noch daß Friedrich zur Gewalt greifen würde; doch riet er, von dem Vorhaben noch nichts in Versailles zu sagen. Ganz anders urteilte Joseph. „Alle Mächte", schrieb er am 14. Dezember an Leopold, „müssen dagegen sein." Zunächst aber fand die Angelegenheit durch den Kurfürsten selbst ein Ende, welcher erklärte, daß er von der Wahl eines Koadjutors noch nichts wissen wolle. Maria Theresia mochte nicht um seine Einwilligung betteln, sondern sie beschloß, die Sache zwar nicht aufzugeben, aber bessere Zeiten abzuwarten. In Berlin erfuhr man sogleich, wie sich der Kurfürst ablehnend gegen die Wünsche des Wiener Hofes verhalten hätte. Man legte deshalb aber die Hände nicht in den Schoß, man traf vielmehr Anstalten, um sowohl in Münster als in Köln günstige Wahlen herbeizuführen [1]). Und auch anderwärts bemühte sich Friedrich der Große, dem Kaiser Schranken zu ziehen.

Es ist früher der Streitigkeiten gedacht worden, die über die Unabhängigkeit der Tataren zwischen Rußland und der Türkei entstanden waren und zum Kriege zu führen schienen. Aber die Pforte gab nach und unterzeichnete den Vertrag von Ainali Kawak am 21. März 1779. Darin verpflichtete sich der Sultan, jedem rechtmäßig gewählten Chan, der ihn als Kalifen anerkenne, seinen Segen zu erteilen, aber diesen geistlichen Einfluß nie zum Vorwand ungesetzlicher Beschränkung der bürgerlichen und politischen Gewalt der Chane zu gebrauchen

1) Arneth et Geffroy III, 364. 373. 395. Finckenstein an Friedrich 15. Januar 1780. (Geh. Kab.-Akten.)

und überhaupt die Unabhängigkeit aller Horden und Stämme der Tataren zu achten. Auch einige andere Punkte des Friedens von Kutschuk-Kainardsche bestimmte man genauer, um künftige Verwickelungen zu verhüten. Mit gerechtem Stolze konnte Katharina auf das blicken, was sie in Konstantinopel erreicht hatte.

Nach dem Frieden von Teschen wechselte Friedrich der Große seinen Gesandten in Petersburg. Der Graf Solms, welcher so lange dort gewesen, hatte schon im Anfange des Jahres 1778 um seine Entlassung gebeten, war aber dann auf die Bitte des Königs, der seinen bewährten Vertreter bei dem Ausbruche des bayerischen Erbfolgestreites nicht gut missen konnte, noch in Petersburg geblieben. Jetzt erhielt er in dem Grafen von Görtz einen geschickten Nachfolger.

Die Instruktion, welche der neue Gesandte mitnahm, ist vom 23. Juli 1779. Die Wichtigkeit, eine Annäherung zwischen Österreich und Rußland auf jede Weise zu hindern und dagegen das gute Einvernehmen mit Frankreich so viel als möglich zu pflegen und zu bewahren, wird darin stark betont. Was das Verhältnis des Petersburger Hofes zur Pforte betrifft, so freute man sich in Berlin aufrichtig über die glückliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten durch den Vertrag von Ainali-Kawak. „Es ist jedoch leicht vorherzusehen", hieß es in der Instruktion weiter, „daß diese Mißhelligkeiten sich von Zeit zu Zeit erneuern werden. Jede Wahl eines Chans wird sie wieder ins Leben rufen, und die Unabhängigkeit der Tataren stets ein Zankapfel bleiben, dessen sich der Hof von Wien mit Geschick bedienen wird, um die Türken, so oft es nur sein Interesse verlangen dürfte, gegen die Russen aufzuwiegeln. Es scheint, daß dies ein Grund mehr sein müßte, Frankreichs Freundschaft zu pflegen. Denn dieses kann durch den großen Einfluß, den es auf die Angelegenheiten der Türken gewonnen hat, den österreichischen Umtrieben immer die Wage halten und dem osmanischen Ministerium friedliche Gesinnungen einflößen."

Zu derselben Zeit erwog in weiter Ferne der neue Reis

Effendi Abdurrisak die Zukunft seines Volkes. Er hatte den jüngsten Vertrag mit dem Petersburger Hofe hauptsächlich zustande gebracht und war bald darauf zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berufen worden. Von dem Wunsche beseelt, den Frieden auf die Dauer zu sichern, schlug er dem Herrn v. Gaffron, dem Geschäftsträger Friedrichs des Großen, ein Bündnis zwischen Preußen, Rußland und der Pforte durch Mittelspersonen in aller Stille vor. Gaffron erbot sich, hiervon seinen Herrn zu benachrichtigen. Seine Depesche vom 5. August 1779 schickte der Reis Effendi an den Pascha von Choczim, der sie dann durch Tataren nach der Hauptstadt von Polen befördern mußte; denn der gewöhnliche Weg über Wien erschien nicht sicher genug, und die Kosten einer außerordentlichen Sendung über Warschau mochte der Geschäftsträger nicht übernehmen, aus Furcht, daß sie ihm am Ende zur Last fallen dürften. Am 11. September traf das wichtige Schreiben in Berlin ein. Da Görtz diese Stadt bereits am 26. August verlassen, um sich in seinen neuen Wirkungskreis zu begeben, schickte der König ihm die Depesche mit dem Befehle nach, sie dem Grafen Panin mitzuteilen und sich dessen Ansicht über den Vorschlag auszubitten.

Der Leiter der russischen auswärtigen Politik billigte die Idee einer solchen Tripelallianz, die ihm sehr geeignet schien, der Gier des Kaisers einen Zügel anzulegen; er versprach, sobald als möglich mit der Kaiserin davon zu reden, und hoffte den günstigsten Erfolg. Ganz anders aber urteilte Katharina; sie erklärte mit sichtlichem Mißfallen, das an Gereiztheit grenzte, sie fühle gegen den Plan des Reis Effendi einen entschiedenen Widerwillen und ersuche daher den König, ihn abzulehnen. Sie sei überzeugt, daß das Bündnis, welches glücklicherweise zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg bestehe, genügen werde, dem maßlosen Ehrgeize des Kaisers Grenzen zu setzen; sie müsse sogar befürchten, daß eine Allianz, wie die vorgeschlagene, leicht Folgen haben könnte, die schwer vorherzusehen sein dürften." Aus dem scharfen und bestimmten Tone, mit welchem Katharina das alles sagte, gewann Panin die Überzeugung, daß es

vergeblich sein würde, sie zu einer andern Ansicht bekehren zu wollen. Er meldete dies dem preußischen Gesandten mit dem Ersuchen, den König so schnell als möglich hiervon zu unterrichten. „Ich bin in Verzweiflung darüber", schrieb Görtz am 1. Oktober an Friedrich, „daß die erste Angelegenheit, die ich hier zu besorgen hatte, so fehlgeschlagen ist. Wenn ich länger an diesem Hofe gewesen wäre, hätte ich die Sache vielleicht von mehr als einer Seite betreiben können; in diesem Augenblick aber hab' ich weiter nichts wagen wollen."

Eben damals war der König wieder mit dem Plane beschäftigt. Er hatte seinen Ministern am letzten September den Auftrag gegeben, die einzelnen Artikel dieser Allianz schriftlich aufzusetzen, und schon am folgenden Tage schickten ihm Finckenstein und Hertzberg einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf zu, den er sogleich an Görtz beförderte. Die Ursache dieser Eile war Joseph II., dessen Ehrgeiz der König, wie erwähnt, schon lange fürchtete. Um die Mitte des Septembers empfing er von seinem Gesandten in Dresden einen Brief, der ihn in dieser Ansicht nur bestärken konnte. Danach hatte der General Rugent, als er vor einiger Zeit gefragt worden war, ob denn die Erwerbung Bayerns dem Kaiser so sehr am Herzen läge, die Antwort gegeben: „Nicht allein Bayern, sondern auch Schlesien sind ihm zu wertvoll, als daß er nicht die erste Gelegenheit, welche sich darbietet, benutzen sollte, das zu erreichen, und wir müssen deshalb Geld sparen. Nur Rußland wird uns Schranken setzen; denn wir wissen ja, wie sehr man in Petersburg an der einmal ergriffenen Politik festhält. Auch geht jetzt unsere Hauptsorge dahin, diesem Hofe Mißtrauen gegen den König einzuflößen, und das ist einer von den Aufträgen, mit denen Graf Cobenzl — der als Gesandter nach Rußland geschickt wurde — betraut ist; aber ich zweifle, ob es ihm glücken wird, trotzdem daß er, wie ich weiß, Befehl hat, kein Geld zu sparen, um dahin zu gelangen [1]).

Eben damals reiste der Kaiser in Böhmen umher. Er

1) Alvensleben 13. September 1779. (Berl. Archiv.)

wollte die Orte besichtigen, welche für die Anlage von Festungen, deren Notwendigkeit der letzte Krieg bewiesen, von dem Generaldirektor des Genie- und Fortifikationswesens Pellegrini ausgewählt worden waren. Er hatte ferner schon im Oktober 1778 die Absicht gehabt, die Gegenden kennen zu lernen, wo der Prinz Heinrich in Böhmen eingefallen war, aber auf das Begehren der Kaiserin-Königin, die seine Rückkehr nach Wien dringend wünschte, den Plan wieder aufgegeben; er benutzte nun die Muße, deren er genoß, um das Versäumte nachzuholen und seine Wißbegier zu befriedigen. Er besuchte Reichenberg, das Thal von Gabel, Rumburg, Peterswalde, Osseg, Brix, Pristelberg und prüfte die hauptsächlichsten Ausgänge, welche durch das Gebirge von Sachsen nach Böhmen führen. „Da wir keine Husaren bei uns hatten", heißt es in einem Briefe an seine Mutter, „so hat uns niemand erkannt." Aber die Nachricht davon gelangte sehr bald zu den Ohren des mißtrauischen Königs. Am 2. Oktober schrieb er an Finckenstein: „Dieser sonderbare Besuch kommt mir ganz so vor wie ein vorbereitendes Anzeichen zu einem neuen Kriege, sodaß Ihr mit mir einverstanden sein werdet, man dürfe keinen Augenblick verlieren, dem Hofe von St. Petersburg eine Tripelallianz zwischen mir, Rußland und der Pforte als den einzigen Damm gegen das Überströmen der kriegerischen und unruhigen Leidenschaften dieses Fürsten in Vorschlag zu bringen. Ich habe deshalb auch nichts Eiligeres zu thun gehabt, als dem Grafen Görtz den Entwurf des Vertrages, den Ihr mir vorgelegt habt, zuzuschicken und ihm zu befehlen, daß er ihn dem Grafen Panin zeige, damit dieser die Änderungen daran mache, die ihm etwa angemessen erscheinen."

Der Gesandte war bei einem zweiten Versuche, den er inzwischen gewagt, nicht glücklicher gewesen als das erste Mal; auch der Vizekanzler Graf Ostermann und der Fürst Repnin hatten abgeredet. Trotzdem sah sich Görtz genötigt, als der von Finckenstein und Hertzberg ausgearbeitete Plan aus Potsdam eintraf, die Angelegenheit von neuem zur Sprache zu bringen. Aber Panin erklärte nun: er sei zu sehr den Inter-

essen des Königs ergeben, als daß er ihn nicht inständig bitten sollte, den Gedanken, die Kaiserin für diese Tripelallianz gewinnen zu wollen, gänzlich fallen zu lassen. Er kenne sie seit zwanzig Jahren; durch die Art, wie sie sich gleich anfangs geweigert habe, darauf einzugehen, sei er überzeugt worden, daß er dem Könige, anstatt ihm zu nützen, vielmehr schaden würde, wenn er es wagte, die Sache bei ihr nochmals in Vorschlag zu bringen. Panin riet dem Gesandten freundschaftlich, von jedem weiteren Versuche durchaus abzustehen.

Dem Könige kam der Widerwille der Kaiserin gegen die Tripelallianz höchst unerwünscht; denn er betrachtete diese Maßregel als das beste Mittel, den europäischen Frieden zu sichern. Er gab zu, daß die Verbindung zwischen Preußen und Rußland ein sehr achtbares Bollwerk gegen den Strom des österreichischen Ehrgeizes wäre; jedoch er meinte, nach dieser Seite hin könnte der Damm nicht stark genug sein, und man müßte nur zu sehr wünschen, ihn durch alle möglichen Mittel befestigt zu sehen gegen einen Fürsten, der alles zu unternehmen fähig wäre, sogar bis zur Verwegenheit. So sprach er sich aus, als er die Nachricht von Katharinens Antwort empfangen, und er konnte sich nicht entschließen, die Sache fallen zu lassen. Görtz hatte geraten, man sollte den Vertrag mit Rußland in der Art erneuern, daß man einen Artikel hinzufügte, welcher den schließenden Teilen die Freiheit vorbehielte, je nach den Umständen auch andere befreundete Mächte mit in das Bündnis aufzunehmen; denn es wäre dem Könige dann Gelegenheit gegeben, später, wenn er es für angemessen erachtete, die Pforte noch hineinzuziehen. Friedrich wies den Rat nicht zurück; aber weil sein Bündnis schon im Mai 1777 auf die Jahre 1780 bis 1788 erneuert worden war, hielt er es für besser, einen besonderen Vertrag abzuschließen, welchem die gefahrdrohenden Pläne des Kaisers, die Angelegenheiten des Deutschen Reiches und die von Rußland bereits übernommene Garantie des Teschener Friedens als Grundlage dienen könnten. Und am 9. November trug er dem Grafen Görtz auf, zu ergründen, ob es nicht der Hof von St. Petersburg wenigstens gern sehen

würde, wenn Preußen allein mit der Pforte wegen eines Verteidigungsbündnisses unterhandeln wollte. Bei dieser Gelegenheit schrieb Friedrich noch: „Übrigens ist nur zu wünschen, daß Umstände mit der Zeit eintreten, wo ich Rußland von dem Nutzen meines Bündnisses mit ihm überzeugen kann, obgleich in dieser Hinsicht aus seinem letzten Kriege mit der Pforte bereits hinlängliche Beweise vorliegen; denn abgesehen von den beträchtlichen Hilfsgeldern, die ich ihm während der ganzen Dauer des Krieges zukommen lassen, haben auch meine Unterhandlungen in Konstantinopel dem Hofe von St. Petersburg Vorteile gebracht, deren Wert er seinerzeit selbst wohl erkannt hat."

Gegen Ende des Novembers brachte Panin jenen besonderen Vertrag als ein letztes Auskunftsmittel und eine kluge Vorsichtsmaßregel gegen die etwaigen herrschsüchtigen Pläne Josephs der Kaiserin mit dem Bemerken in Vorschlag, der König würde sich nur unter der Bedingnng darauf einlassen, daß die ersten Schritte von Rußland ausgingen. Wozu brauche man denn einen solchen Vertrag? erwiderte Katharina; das bereits bestehende Bündnis zwischen Preußen und Rußland sei ja unauflöslich, und im Notfalle werde sie nicht anstehen, dem Könige die erforderliche bewaffnete Hilfe zu leisten. Nach dieser Antwort gelangte Görtz, wie es scheint, nicht dahin, Friedrichs letzten Vorschlag an Katharina zu bringen. „Ich muß es", schrieb er am 30. November, „der höheren Weisheit Ew. Majestät anheimgeben, sich weiter zu entscheiden; allein ich habe noch gestern Gelegenheit gehabt zu bemerken, daß der Graf Panin sich durchaus sträubt, auf die Sache nochmals bei der Kaiserin zurückzukommen."

Die Tripelallianz war gescheitert [1]). Görtz hat mehrere

1) Kaunitz bei Arneth X, 832, Anm. 1037 spricht sogar von einer Quadrupelallianz, und es ist wahr, daß Friedrich vorübergehend eine solche durch den Beitritt von Frankreich zu bilden wünschte, verleitet durch einen französischen Dragonerhauptmann, Namens Dezoteux, der ihm falsche Versprechungen machte. Der König betrachtete eine solche Verbindung comme la seule ligue pour arrêter les projets ambitieux de

Gründe für das Verhalten Katharinas angegeben, aber den wahren später erst entdeckt. Als im Jahre 1778 die Türken ihre Schwäche verrieten, und England und Frankreich in einen neuen Krieg sich verwickelt hatten: da regte sich der Ehrgeiz abermals mächtig in dem Herzen Katharinas. Ihre Schwiegertochter, die Gemahlin des Großfürsten Paul, näherte sich der zweiten Entbindung, und die Kaiserin rechnete wiederum auf einen Enkel. Sie wollte die Türken aus Europa vertreiben, das oströmische Kaisertum herstellen und jenes Kind auf den neugeschaffenen Thron setzen. Die phantastische Frau ließ im voraus sechs Ammen von den Inseln des Archipels kommen, welche mit unverfälschter griechischer Milch den künftigen Kaiser nähren sollten. Sie ordnete ferner an, daß die Taufe desselben nach dem von dem russischen Brauch etwas abweichenden griechischen Ritus vollzogen würde.

Katharinas Hoffnung erfüllte sich wirklich; im Januar 1779 kam ein kleiner Großfürst auf die Welt. Aber die Ammen erwiesen sich leider als unbrauchbar, und man sah sich genötiget, das Kind stolzer Erwartungen mit einheimischer Milch aufzuziehen. Darüber soll die Kaiserin ärgerlich geworden sein, und sie ließ nun auch die Taufe nach landesüblichem Herkommen vornehmen. Wenn man aber glaubte, daß ihre Idee sich verlieren würde wie die Milch der griechischen Ammen, so irrte man sich [1]). Katharina entsagte keineswegs ihrem Plane. Der großfürstliche Säugling erhielt den bedeutungsvollen Namen Konstantin, und als das Hofstaatsamt anfragte, welche Summe für seinen Unterhalt ausgesetzt werden sollte, da gab die Kaiserin zur Antwort: „Ohne Zweifel dieselbe, wie für seinen älteren Bruder; denn er wird von Kindheit an ein ebenso großer Herr sein, wie es dieser erst nach dem Tode von zwei Personen werden wird." Auch eine brauchbare griechische Amme fand sich noch nachträglich, welche den

l'Empereur. Friedrich an Finckenstein 26. September 1779 (Geh. Kab.-Akten) und Goltz 24. Dezember 1779.

1) Görtz 26. Dezember 1780 schreibt: On crut alors que cette idée se perdroit comme le lait des nourrices.

ebenfalls bedeutungsvollen Namen Helena führte oder annehmen mußte, und so fehlte nur noch die Vertreibung der Türken.

Im Anfange des Juni unterhielt sich einmal Katharina mit Harris, welcher jetzt in Petersburg Gesandter war. Sie brachte das Gespräch auf die alten Griechen, schrieb die geistigen Vorzüge derselben auch den Nachkommen zu und behauptete dann, daß die letzteren wieder das erste Volk werden könnten, wenn sie gehörig unterstützt würden. Sie wollte die Rede nur deshalb hierauf gelenkt haben, weil sie wüßte, daß der Vater des Gesandten ein Bewunderer der Griechen wäre; sie drückte die Hoffnung aus, daß der Sohn diese Vorliebe teile. Harris verstand aber die Kaiserin. Durch den Fürsten Potemkin, dessen Vertrauen er bis zu einem gewissen Grade gewonnen, war ihm bekannt, wohin sie damals verlangende Blicke warf. „Die Idee", schrieb er am 4. Juli 1779, „welche gegenwärtig hier herrscht und alle anderen verdrängt, ist die Errichtung eines neuen Reiches im Osten, in Athen oder Konstantinopel." Der Gesandte glaubte daher, daß man den russischen Beistand nur gewinnen könnte, wenn man diese romantische Idee beförderte. Großbritannien befand sich damals in schwerer Not. Es bemühte sich vergebens, die aufgestandenen Kolonieen von Nordamerika wieder zu unterwerfen, es führte mit Frankreich, das ihnen Hilfe leistete, Krieg und besaß in Europa keinen Verbündeten. Fruchtlos hatte sich Harris bisher angestrengt, um Katharinas Unterstützung zu erlangen; er meinte jetzt, eine Brücke für ein englisch-russisches Bündnis gefunden zu haben, und er fürchtete von einer solchen Unterhandlung keinen Schaden, da sich jener Plan bei ernsthafter Betrachtung sogleich als unausführbar erweisen würde. Die Gefahr stieg, als auch Spanien den Engländern den Krieg erklärte, bis zu einer erschreckenden Höhe. Daher bot der Hof von London alles auf, um die russische Vermittelung zu gewinnen.

Katharina II., welche die Künste der weiblichen Koketterie mit staunenswerter Geschicklichkeit auf die Politik übertrug, hörte den armen Harris gütig an, gab Aussicht und ließ dann den Absagebrief schreiben, ohne jedoch den Hoffnungsfaden zu

zerschneiden; durch neue Freundlichkeiten bannte sie vielmehr den verzweifelten Gesandten wieder in ihren bestrickenden Kreis. Für gewöhnlich gebrauchte sie die Hilfe des Grafen Panin, zuweilen mußte der Fürst Potemkin ihren Absichten dienen; denn sie allein kannte das ganze Geheimnis der russischen Politik, welche sie mit unüberbotener Kunst der Verstellung lenkte [1]). Sie widmete den europäischen Angelegenheiten die größte Aufmerksamkeit und war empfindlich, wenn sie Nachrichten nicht schnell genug erhielt. Sie schien geneigt, überall mit einzugreifen, ließ aber durch keine Macht der Überredung, durch kein verlockendes Anerbieten zu einer Teilnahme sich fortreißen, welche sie von ihren Zielen entfernen konnte. Diese letzteren fest im Auge behaltend, förderte sie die Interessen der andern, auch wenn es ihre Verbündeten waren, nur so weit, als sie verpflichtet war. Sie wußte die fremde Verwirrung mit leiser Hand zu vermehren, um sich selber freien Spielraum zu verschaffen [2]). Als sie am 22. Juli 1779 dem englischen Gesandten die Gunst einer geheimen Unterredung gewährte,

1) Görtz schreibt (25. August 1780): es sei bekannt, daß Katharina possède au suprême degré l'art de savoir cacher ses sentimens, et par conséquent il est difficile de juger d'après ce qu'elle pourroit dire, souvent même d'après ce qu'elle fait, et il n'y a que le tems qui dans touttes les affaires décèle insensiblement les vrais sentimens de cette princesse.

2) Ich betrachte sie hier nur als Leiterin der auswärtigen Politik Rußlands. Bemerkenswert ist, was Gunning am 8. August 1772 über sie schreibt im Sbornik XIX, 298: die Kaiserin sei durchaus nicht beliebt in Petersburg und wolle es auch gar nicht werden; sie habe keine Liebe zur Nation, noch diese zu ihr. Sie besitze an unbounded desire of fame; wollten wir dieses nicht annehmen, so müßten wir sie anklagen of inconsequence and folly in undertaking many great public works, instituting colleges and academies upon very extensive plans and at an enormous expence and yet carrying scarcely any to the least degree of perfection or finishing the buildings allotted to them. . . . Ohne diese Schwäche würde sie sein a most extraordinary character, few things being above her spirit to attempt or her abilities to accomplish. . . . Drei Kinder leben aus der Verbindung mit Orlow. .... She sees the children sometimes, though not often.

deutete sie auf die Möglichkeit hin, den Frieden dadurch wieder herzustellen, daß König Georg auf die nordamerikanischen Kolonieen verzichtete. Harris fragte sie, ob sie eine solche Vermittelung annehmen würde. Mit großer Heftigkeit antwortete sie: „Ich würde lieber den Kopf verlieren." Sie hätte gewiß in einem solchen Falle den äußersten Widerstand geleistet; aber sie machte und unterstützte jenen Vorschlag, um den fremden Kampf in die Länge zu ziehen, die Westmächte zu beschäftigen und dadurch der Ausführung ihres geheimen Planes die Wege zu bahnen. Doch auch von dem Wiener Hofe mußte sie Hindernisse befürchten, wenn es ihr nicht glückte, mit demselben zu einer Verständigung zu gelangen oder Friedrich den Großen wie im Jahre 1771 zu gewinnen, damit er Österreich im Zaume hielte.

Um die Türken aus Europa zu verjagen, verfolgte sie, wie bereits erwähnt worden ist, schon lange den Plan, einen Bund mit Österreich und Preußen zu schließen. Was 1772 nicht zustande gekommen war, das versuchte sie, wie es scheint, nunmehr zu erreichen, indem sie eben damals, wo Joseph durch seine Reisen in Böhmen dem Könige von Preußen so viel Argwohn einflößte, den Fürsten Potemkin, ihren Günstling, als Kundschafter ausschickte. Dieser ereiferte sich im Gespräch mit dem Grafen Görtz über die Unruhe der Polen und rief dann plötzlich aus: „Das einzige Mittel dagegen würde sein, wenn man durch eine neue Teilung dem Dasein Polens ein Ende machte. Man hätte das gleich thun sollen, niemand würde es gehindert haben und auch kein größeres Geschrei entstanden sein." Nach einer kurzen Entgegnung des preußischen Gesandten fragte Potemkin: „Was wird wohl der König hierüber für eine Meinung haben?" Friedrich antwortete durch den Grafen Görtz: er sei weit entfernt davon, sich eine solche Begierde zu gestatten, indem er glaube, man müsse vielmehr daran denken, das, was man habe, zu erhalten, als abermals auf Kosten seiner Nachbarn sich zu vergrößern; seine Hauptsorge gehe dahin, den Wiener Hof zu zügeln. Damit aber Görtz die Antwort dem Fürsten Potemkin zeigen könnte, hatte

Friedrich eine Nachschrift aufgesetzt, in welcher er den Vorschlag zwar ablehnte, jedoch dem Günstlinge der Kaiserin die größten Lobeserhebungen spendete. Wie leicht war es möglich, daß dieser der Nachfolger des Grafen Panin wurde, weil dessen Gesundheit außerordentlich erschüttert war! Natürlich zeigte Görtz das Blatt dem Fürsten und versprach ihm, wenn er Absichten auf Kurland hätte, daß der König ihm hierbei behilflich sein würde. Zum Danke wollte Potemkin den Kaiser zügeln helfen; er fühle, sprach er, nicht allein die Notwendigkeit davon, sondern er wünsche sogar, daß die beiden Mächte sich schon jetzt über die Mittel verständigten und zu diesem Zweck einen Vertrag schlössen. Waren das Redensarten oder dachte Potemkin auch auf diesem Wege zum Ziele zu kommen? Friedrich erklärte sich natürlich bereit und wünschte, daß der Fürst den Petersburger Hof bewegen möchte, Vorschläge zu machen [1]).

Der Günstling Katharinas würde, wenn er nur die eigenen Gedanken vorgebracht hätte, nicht ausdrücklich die Antwort des Königs verlangt haben. Ohne Zweifel sprach er im Auftrage der Kaiserin, die auf die Ideeen, welche Panin gegen den Grafen Solms im Jahre 1769 geäußert hatte, zurückging. Augenscheinlich wollte sie sich zuerst mit dem Könige von Preußen und dann mit Österreich verständigen, und angenehm wird es ihr nicht gewesen sein, daß jener der Lockung widerstand.

Zu derselben Zeit, wo Friedrich eine neue Teilung Polens ablehnte, beschuldigte Kaunitz ihn, nach dem Besitze von Großpolen zu streben; von Österreich dagegen behauptete der Staatskanzler, daß es sogar bereit wäre, Galizien wieder herauszugeben, wenn es anderswo dafür einen Ersatz empfinge [2]). Wo man die Entschädigung suchen könnte, darüber sprach er sich

1) Görtz 11. Oktober und 19. November. Friedrich an Görtz 2. November und 1. Dezember 1779. Gemeldet hat die Sache schon Dohm im 2. Bande, Zusätze und Berichtigungen, S. XLV, aber mit vielen Irrtümern.

2) Kaunitz 10. November 1779 bei Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina, S. 242.

nicht aus; aber als Maria Theresia im Jahre 1772 verlangte, daß nicht in Polen die Herstellung des Gleichgewichts gesucht würde, da hatte man auch die Karte der Türkei studiert, und seit dem Frieden von Kutschuk-Kainardsche war der Staatskanzler der Meinung geworden, daß das Reich des Sultans dem Untergange entgegeneilte. Hatte man doch letzterem die Bukowina gefahrlos entrissen! Daß Rußland die Pforte gänzlich über den Haufen werfen und das orientalische Kaisertum an sich bringen wollte, davon sprach der Staatskanzler bereits am Ende des Jahres 1776; er glaubte ferner, daß Österreich, wenn es diesen Plan beförderte, große Eroberungen machen könnte, das türkische Dalmatien und Kroatien, Bosnien, Serbien, die Walachei und Moldau und andere Provinzen. Trotz dieser Ansicht ging er nicht ungestüm auf den Sturz der Türken los, weil diese aufgehört hätten, gefährlich zu sein, während die Russen es geworden wären. Hierzu kam noch ein anderer wichtiger Umstand, der bei ihm schwer in die Wagschale fiel. Wenn der Wiener Hof mit dem Petersburger ein Bündnis wider die Pforte schloß, mußte Preußen auch Vorteile zugestanden erhalten, und Frankreich konnte leicht aus einem Verbündeten ein Feind werden. Deshalb wollte Kaunitz die Hand zum Angriff gegen die Pforte nicht bieten, aber auf der andern Seite doch auch dem Petersburger Hofe keineswegs alle Hoffnung benehmen [1]).

Es scheint nicht, als ob der Staatskanzler in den nächsten Jahren diese Ansichten geändert hätte, und so würde Katharina wohl auch hier keine aufrichtige Unterstützung gegen die Pforte gefunden haben. Wenn sie im nächsten Frühlinge beschloß, die von Polen abgerissenen Provinzen zu besuchen, so ist es nicht unmöglich, daß sie dabei an eine Zusammenkunft mit dem Kaiser gedacht hat, um, wie Potemkin bei Preußen, so selber bei Österreich für die Tripelallianz zu wirken. Mag sie nun aber ein solches Ereignis im voraus ins Auge gefaßt haben oder nicht, die Umstände sind ihren türkischen Plänen wirklich zuhilfe

1) Archiv für österr. Gesch. XLVIII, 83 ff.

gekommen. Als Joseph ihre Absicht vernahm, Weißrußland zu besuchen, sprach er wie im Scherze zu seiner Mutter, daß er Lust empfände, mit Katharina zusammenzutreffen. Maria Theresia, die mit den vielen Reisen ihres Sohnes überhaupt nicht einverstanden war, hörte von dieser mit Schrecken. Sie wünschte die noch übrigen Tage ihres Lebens in Ruhe zu verbringen und weder ihrem Verbündeten noch ihrem Feinde Verdruß und Ärger zu bereiten. Sie glaubte aber, daß Frankreich die Nachricht von der Reise des Kaisers nach Rußland übel aufnehmen würde, und der König von Preußen dadurch vielleicht sogar zu neuen Feindseligkeiten angetrieben werden könnte. Die sittenreine Frau fühlte ferner einen Abscheu vor einer Kaiserin, die in der Liebe ein Gegenstück zu Ludwig XV. bildete, wie sehr sie auch den König von Frankreich als große Herrscherin übertraf. Aber Maria Theresia hatte keine Macht über ihren Sohn. Am 1. Februar 1780 besuchte dieser ohne Vorwissen des Staatskanzlers den russischen Gesandten, den Fürsten Galitzin, und teilte demselben seine Absicht mit. Katharina handelte nun nicht so ungeschickt wie Joseph im Jahre 1766 gegen Friedrich. Sie gab unverhohlen über den Plan des Kaisers ihre Freude zu erkennen und bestimmte sogleich Mohilew, wo sie am 7. Juni einzutreffen gedächte, zum Orte der Zusammenkunft; aber sie ließ die Antwort durch ihren Gesandten dem Staatskanzler übergeben, der sich gekränkt eine Zeit lang weigerte, sie in Empfang zu nehmen und sie nicht ohne Empfindlichkeit alsdann dem Kaiser übermittelte.

So hatte Joseph seinen Plan mit einer gewissen Hinterlist ins Werk gesetzt. „Es ist das ein neuer Beweis", schrieb Maria Theresia an den Grafen Mercy, „wie wenig ich imstande bin, die Gedanken des Kaisers aufzuhalten, obwohl ich mich stets in dem Falle befinde, den Tadel teilen zu müssen . . . . Ich sehe mit Bedauern, daß man immerfort Anlaß giebt, den Groll des Königs von Preußen zu vermehren und unsere Verbündeten zu beunruhigen [1])."

1) Arneth et Geffroy III, 404.

Ebenso wie Maria Thereſia dachte bei dieſer Angelegenheit auch Katharina ſogleich an den König von Preußen; denn es geſchah ſicherlich nur im Einverſtändnis mit ihr, wenn Potemkin ohne von dem bevorſtehenden Beſuch etwas zu ſagen, dem Grafen Görtz auf eine geſchickte Weiſe vorſchlug, der König möchte den Prinzen von Preußen nach Petersburg gehen laſſen. Der Günſtling wollte, wenn Friedrich die Reiſe genehmigte, die Kaiſerin davon unterrichten. „Das würde mich ſehr glücklich machen", ſprach er mehrmals. Der Geſandte ſchwieg darüber noch, weil er es für unmöglich hielt, daß der Prinz bei den heikligen Verhältniſſen des Hofes das richtige Betragen inne halten würde [1]). Er ſetzte den König erſt in Kenntnis, als ihm Panin am 2. März von der beabſichtigten Zuſammenkunft des Kaiſers und der Kaiſerin Nachricht gab. Ungern hörte der Geſandte letzteres; er fürchtete, der des Wortes mächtige, geiſtreiche Fürſt werde von der Schmeichelei Gebrauch machen, und dieſes Gift ſei recht gefährlich. „Wenn man ſo ſtarke Vorurteile hat wie wir", entgegnete Panin, „wird das wohl ſehr ſchwer halten." Als Gegengift ſchlug er eine Reiſe des Prinzen von Preußen nach Petersburg vor, und zwar ſollte der König auf eine ſchmeichelhafte Weiſe die Kaiſerin um Erlaubnis dazu bitten, ehe noch die Abſicht Joſephs bekannt würde, weil man ſo den Schein vermiede, als ſollte der Prinz nur kommen, um gegen die Umtriebe der Feinde des gegenwärtigen politiſchen Syſtems zu arbeiten. Einige Tage ſpäter änderte Panin ſeine Meinung; er wollte nun den Antrag des Königs bis zur Wiederkunft der Kaiſerin aus Weißrußland verſchoben wiſſen; denn wenn der Verdacht entſtände, das er das Geheimnis verraten hätte, ſo könnte das ſchlimme Folgen für ihn haben. So ängſtlich war der leitende Miniſter geworden. Umgekehrt erzählte dagegen Potemkin dem Grafen, daß er mit ſeiner Gebieterin geſprochen und ſie geantwortet

1) Dohm, Bd. II, in den Zuſätzen und Berichtigungen zum erſten Bande, S. XVI. Das Übrige erzähle ich nach den Depeſchen des Grafen Görtz und nicht nach dem, was er dem Herrn von Dohm einige Jahre ſpäter ſchrieb.

hätte, der Besuch des Prinzen würde ihr Vergnügen machen. Friedrich hatte gleich auf die erste Nachricht von der drohenden Zusammenkunft Katharinas und Josephs dem Grafen Görtz den Auftrag gegeben, durch Potemkin die Erlaubnis nachzusuchen, welche dann auch mit Artigkeit für den September erteilt wurde [1].

Panin bemühte sich weiter, den besorgten Gesandten wieder aufzurichten, und man glaubt nur zu gern, was man wünscht. Außerdem kannte Görtz noch keineswegs die türkischen Pläne Katharinas. Er war wohl überzeugt, daß die Zusammenkunft nicht wenig dazu beitragen würde, die Eitelkeit der Kaiserin, des Hofes und der Nation zu vermehren. „Dazu fehlte", schrieb er am 19. April an den König, „eben weiter nichts als das Phänomen, daß der Kaiser von Deutschland, der erste Souverän Europas, der Sprößling dieses sonst so stolzen Hauses Österreich, so weit herkommt, um der Kaiserin seine Huldigung darzubringen. Das wird die Art, mit diesem Hofe zu verhandeln, immerhin etwas erschweren, und es leidet keinen Zweifel, daß er sich verpflichtet fühlen wird, eine Zeitlang solche Herablassung mit Gefälligkeiten zu erwidern.") Aber Görtz überredete sich doch, daß dabei nichts Wesentliches herauskommen, das bestehende Bündnis nicht erschüttert werden würde.

Ungefähr ebenso dachte Friedrich. Er stellte sich ruhig, aber er war aufgeregt; denn er fürchtete, daß die Schmeicheleien, welche der Kaiser an Katharina verschwenden und bei Potemkin nicht sparen würde, doch einigen Einfluß auf die Geschäfte haben könnten. „Aber mit Panin muß man hoffen", schrieb er am 22. April an Finckenstein, „daß es nur kurze Zeit dauern und das gegenwärtige System davon keineswegs berührt werden wird. Ich glaube deshalb, daß ich nichts Besseres thun kann, als eine vollständige Gleichgültigkeit zu heucheln und nicht die geringste Unruhe zu zeigen" [2].

Während König Friedrich und sein Gesandter mit einer

1) Görtz am 3., 7., 14. und 31. März und 11. April.
2) Geh. Kab.-Akten im Berl. Archiv.

Mischung von Furcht und Hoffnung der bevorstehenden persönlichen Begegnung des Kaisers und Katharinas entgegensahen, hütete sich Joseph, mit zu großen Erwartungen die Reise nach Rußland anzutreten. Er verließ Wien am 26. April 1780. Mit welchen Gesinnungen er fortging, zeigen zwei Äußerungen aus jener Zeit. Er wünschte durch sein Vorhaben die Galle seines lieben Friedrich so aufzuregen, daß derselbe vor Ärger platzte, und er wollte ferner keine Geschenke von der Kaiserin empfangen; denn die einzigen Juwelen, die ihm Vergnügen machen könnten, wären Kosel, Neisse, Glatz und Schweidnitz, aber die Juweliere würden viel Zeit brauchen, sie zu fassen [1]).

Wie für die Reise zu Friedrich dem Großen und zu Ludwig XVI., so hatte Kaunitz auch jetzt wieder Ratschläge für den Kaiser aufgesetzt und sogar zwei Denkschriften abgefaßt, deren Inhalt Joseph, während er in Galizien verweilte und die Verhältnisse des neuerworbenen Landes studierte, in freien Stunden sorgfältig erwog. Er sollte nach dem Wunsche des Staatskanzlers der russischen Kaiserin einen echten Begriff von seiner Denkungsart und von der Gesamtpolitik des Wiener Hofes beibringen und sie dadurch antreiben, in eine engere Verbindung mit Österreich zu treten. Er sah ganz richtig ein, daß letzteres nur geschehen könnte, wenn die Freundschaft zwischen Rußland und Preußen erkaltete, und er glaubte wahrscheinlich, er würde schwerlich so weit gelangen. Es erschien ihm sogar nicht unmöglich, daß Friedrich und Katharina sich über die Fragen verständigt hätten, welche die letztere an ihn richten sollte, um von der Antwort alsdann Mißbrauch zu machen. Er wollte ferner mit Potemkin nicht unterhandeln. Er bemerkte unter anderem, daß Panin doch jederzeit Recht behielte, weil die Kaiserin seiner bedürfte, und er allein die Feder führte; dagegen könnte sich Potemkins Ansehen, da es weder auf Talente noch auf Verdienste, weder auf Redlichkeit, noch auf allgemeine Hochachtung sich stützte, leicht in nichts auflösen.

Dem Staatskanzler bereiteten diese Gedanken des Kaisers

1) Arneth X, Anm. 1025 und 1038.

kein Vergnügen. Er meinte: durch den Verkehr allein, wenn er auch noch so verbindlich und freundschaftlich wäre, würde sich nichts erreichen lassen; nur die entsprechenden Erklärungen könnten die erwünschte Wirkung hervorbringen. Er riet also dem Kaiser, sich hierzu des ersten Privatgespräches zu bedienen, da ihm später vielleicht gar nicht mehr die Gelegenheit gegeben werden würde, dies zu thun. Joseph empfing das neue Schreiben des Fürsten Kaunitz, als er eben im Begriff stand, in den Wagen zu steigen und Lemberg zu verlassen. Er versprach dem Staatskanzler, seine weisen Ratschläge zu befolgen und so wenig Schaden als möglich anzurichten. Deutlicher äußerte er sich gegen die Mutter: „Die Antwort des Fürsten Kaunitz besagt so viel", schrieb er am 19. Mai zurück, „daß er wünscht, ich möchte die Zusammenkunft nützlich machen. Ich werde sicherlich keine Gelegenheit vorübergehen lassen; aber vor allem muß man damit anfangen, sie nicht schädlich zu machen, nachher kann man erst an die Vorteile denken."

Als Graf Falkenstein begab sich Joseph alsdann über Kiew nach Tschernigow. Durch ein Schreiben Cobenzls erfuhr er hier, die Kaiserin von Rußland würde durch Abkürzung des Aufenthaltes an verschiedenen Orten vier Tage früher in Mohilew anlangen, als ursprünglich bestimmt worden war. Er beschleunigte nun seine Reise gleichfalls, und zwei Tage, nachdem er in Mohilew eingetroffen war, kam auch Katharina dahin. Joseph sah im Frack den schönen Einzug an, warf sich dann in Uniform und wurde von dem Fürsten Potemkin in die kaiserlichen Gemächer geführt, wo er die Ankunft Katharinas abwartete. Als sie erschien, wollte er ihr die Hand küssen, aber sie litt es nicht, und so umarmten sich die beiden verwitweten Majestäten. Als gegen Abend Joseph zu dem polnischen Kaufmann zurückkehrte, wo er Wohnung genommen, schrieb er an Maria Theresia: „Ich habe bis jetzt allen Grund, mit der freundschaftlichen und ungezwungenen Aufnahme zufrieden zu sein, mit welcher man mich hier hat empfangen wollen."

Das Leben, welches Katharina auf Reisen führte, gestattete

nicht, daß sie sich jemals mit Joseph allein befand. Bei Tische, wo er neben ihr saß, auf den Bällen, beim Spiel und in der Oper hatten sie häufige Gespräche, wobei die Kaiserin ihre ausgebreiteten Kenntnisse spielen ließ und die ganze Anmut in der Unterhaltung, deren sie fähig war, entfaltete. Die Hauptsache bilden aber die heimlichen Worte, deren doch etliche gewechselt werden konnten. Am 8. Juni erstattete Joseph seiner Mutter kurzen Bericht. Er hatte den Tag zuvor im Theater Gelegenheit gehabt, von den schlimmen und falschen Einflüsterungen, welche der König von Preußen gegen ihn ausstreue, zu reden. Sie versicherte, das sei nichts weiter als Geschwätz; Friedrich werde durch kleinliche Menschen schlecht unterrichtet und bewirke durch seine unwahren Nachrichten nur, daß man ihm schließlich nicht mehr glauben werde. Sie schrieb seine üble Laune — denn sie mußte dem Gaste doch etwas erwidern — dem Alter und der Einsamkeit zu, in welcher er lebe.

So hatte Joseph einen von seinen Aufträgen glücklich angebracht. Aber auch die Kaiserin wagte sich einen Schritt vor, indem sie dem Gaste die Frage vorlegte, ob ihm Italien und besonders der Kirchenstaat als das Patrimonium des römischen Kaisers und als ein so gutes und schönes Land nicht behagen würde. Der Überraschte nahm es zuerst als Scherz auf; er antwortete dann ernsthaft: der gegenwärtige Besitzstand in Italien interessiere gar viele Mächte so lebhaft, daß es nicht einmal etwas helfen würde, wenn er die Rechte seit Augustus geltend machen wollte; dagegen sei ihr Rom — nämlich Konstantinopel — leichter zu erobern. Die verschlagene Kaiserin entschuldigte sich wegen ihrer Frage, schien verwirrt, daß sie dieselbe gethan, und beteuerte, sie wünsche nur den Frieden und denke keineswegs an diese Eroberung.

Joseph blieb mit seiner Aufnahme zufrieden. Mit jedem Tage wurden die Gespräche natürlicher und anziehender, weil sich ein wenig Vertrauen einstellte. Katharina lud den Kaiser sogar dringend ein, nach ihrer Hauptstadt zu kommen, wo er allein von dem eine Vorstellung empfangen könnte, was Peter der Große und sie gethan hätten; er habe nichts gesehen, wenn

er ihre Residenz nicht in Augenschein genommen. Sie wollte ferner ihre drei Geschwader zeigen, die ihm einen Begriff von ihrer Seemacht geben würden. Gründe genug für einen wißbegierigen Mann, wie Joseph war. Aber auch die Hauptsache verschwieg Katharina nicht. Sie gehe, sagte sie, dort aufs Land, wo man leichter und bequemer mit einander verkehren könne. Joseph willigte gern ein. Er wünschte nicht allein Petersburg zu sehen, sondern auch der Kaiserin zu gefallen, und da sie die Reise vorschlage, bemerkte er weiter, so erwecke das bei dem Könige von Preußen und den andern Mächten den Anschein, daß er Erfolg gehabt habe. Ferner hielt es Joseph für wichtig, den Großfürsten Paul und den Grafen Panin kennen zu lernen und im voraus den Eindrücken zu begegnen, welche zu seinem Nachteile der Prinz von Preußen im Herbste suchen würde auf diese beiden Männer hervorzubringen. Endlich glaubte Joseph erst dort zu einer festen Abmachung gelangen zu können.

Dem ursprünglichen Plane gemäß begleitete der Kaiser Katharina bis nach Smolensk. Er nahm in ihrem sechssitzigen Wagen Platz und fuhr zwei und einen halben Tag sehr bequem und angenehm; „denn liebenswürdiger und unterrichteter als sie kann man nicht sein", schrieb er. Ebenso lange dauerte der Aufenthalt in Smolensk. In dieser Zeit wurden wieder einige heimliche Gespräche geführt. Als Joseph abermals der Verleumdungen des Königs von Preußen gedachte, versicherte seine Wirtin von neuem, daß sie denselben keinen Glauben schenke. Bei einer andern Gelegenheit erklärte der Kaiser, der Wiener Hof sei fest entschlossen, ihr in allen wichtigen Fällen seine Gedanken freundschaftlich mitzuteilen und sie um ihren Rat zu bitten. Sie bezeigte darüber unendliches Vergnügen und beteuerte, daß sie denselben stets mit der größten Aufrichtigkeit geben würde.

Sie sprachen einmal auch von dem letzten Türkenkriege, von dem Vertrage, welchen Österreich damals mit der Pforte geschlossen, und von der Erklärung, welche der Petersburger Hof im bayerischen Erbfolgekriege zugunsten des Königs von

Preußen gethan. Katharina bedauerte den genannten Vertrag, sie stellte dem Kaiser alle Vorteile dar, welche das Haus Österreich hätte davon tragen können; sie habe dieselben mit dem Ausdruck „unabhängig von jeder anderen Verpflichtung" angeboten und darunter eine solche, die sie gegen den König von Preußen eingegangen sei, verstanden. Sie legte jenes Verhalten den Franzosen zur Last, welche die Türken mehr als jede andere europäische Macht liebten. „Dieser große Moment", fügte sie hinzu, „diese schöne Gelegenheit wird vielleicht niemals wiederkehren." Sie schien ein Mittel angeben zu wollen, wie man das noch gut machen könnte, doch besann sie sich und sagte nur, der Kaiser habe seine Hauptstadt nicht. So oft sie aber von Rom redete, sprach Joseph lachend von Konstantinopel. Einmal erklärte sie bestimmt, daß sie es, selbst wenn sie es damals erobert hätte, doch nicht behalten, sondern einen anderen Gebrauch davon gemacht haben würde.

Joseph schloß aus dem allen, daß Katharina noch daran dächte, ihr Reich zu teilen und ihrem Enkel Konstantin das östliche Kaisertum zu geben, wenn sie es in Besitz genommen. Er nennt den Plan ein Hirngespinst. „Inzwischen scheinen", meldet er weiter, „die stärksten Vorurteile gehoben. Ihre Majestät erweist mir tausend Freundlichkeiten und scheint mit mir zufrieden; das wird gelegentlich den Weg zu weiteren Vorschlägen bahnen, die ich jedoch, glaub' ich, nicht beschleunigen darf, weil es die Umstände nicht sogleich erfordern, und zu starkes Drängen mehr schaden als nützen würde, zumal da dies alles vielleicht nur ein Köder ist, um mich zum Schwatzen zu bringen und dann einen schlechten Gebrauch davon zu machen; denn ich verlasse mich auf niemanden, und niemand, scheint es, traut hier dem andern."

Joseph freute sich nun auf den Aufenthalt in Petersburg, auf den Großfürsten, den er wünschte kennen zu lernen; er wollte suchen, dessen Freundschaft zu gewinnen, ohne der Kaiserin Anstoß zu geben. „Der Prinz von Preußen", fügte Joseph hinzu, „kommt im September hin, um wieder zu verderben, wenn ich etwas gut gemacht habe. Ich bedauere, daß wir dort

nicht zusammentreffen; denn es würde mir angenehm sein, die Bekanntschaft mit ihm zu erneuern."

In Smolensk trennten sich die beiden kaiserlichen Majestäten. Joseph besuchte Moskau und begab sich von da nach Petersburg, wo er am 28. Juni eintraf. Auch hier konnte man nicht ganz ungestört reden; aber er fand doch Gelegenheit, nach und nach alles vorzubringen, was ihm Kaunitz aufgesetzt hatte. Den 4. Juli gab er seiner Mutter von den politischen Gesprächen Nachricht, die bis dahin wieder vorgekommen waren. Katharina, meldet er, fühle keinen Haß mehr und glaube den Streich, den ihr der Wiener Hof gespielt, als er sich weigerte, gegen die Türken ihr Beistand zu leisten, durch die Erklärung, welche sie im bayerischen Erbfolgekriege gethan, vollkommen vergolten zu haben. Er hielt sie ferner für nicht so abgeneigt, Österreich fast auf gleichem Fuße mit dem König von Preußen zu behandeln, nur werde sie für den Augenblick nichts thun, um sich mit diesem zu entzweien. Sie wolle, meinte Joseph, daß man ihr von beiden Seiten um die Wette den Hof mache.

Die Türken bildeten auch diesmal den Hauptgegenstand des Gespräches. Daß Katharina Absichten gegen dieselben habe und der Plan, ein östliches Kaisertum zu errichten, sie auf das lebhafteste beschäftige, davon wurde Joseph nun überzeugt. So sagte sie einmal, sie begreife nicht, warum die Franzosen durchaus Muselmänner in Konstantinopel haben wollten, und daß ihnen eine andere unabhängige Nation nicht ebenso behagte. Sie versicherte mit der größten Bestimmtheit und mit Wärme, sie würde sich nimmer mit den Türken verbinden, nicht einmal zum Zweck eines Handelsvertrages, und sie schalt den König von Preußen, daß er trotz seines Alters in der Politik oft unbesonnen sei und Unvereinbares zu vereinigen suche, daß er von seinen Ministern getäuscht werde oder sich selbst täusche, wenn er andern etwas aufbinden wolle; das alles komme von seiner einsamen, zurückgezogenen, melancholischen Lebensart, die ihn zu den seltsamsten Ideeen führe. Man sieht, wie unangenehm der Vorschlag der Tripelallianz Katharina berührt

hatte. Wiederholt beteuerte sie endlich, sie würde keinen Krieg beginnen, nicht einmal mit den Türken; aber wenn die letzteren sie angriffen, dann würde sie sich gut zu verteidigen suchen. Auf den Einwand, den der Kaiser machte, daß sie sich nach der harten Lektion, welche sie empfangen, davor wohl hüten würden, entgegnete Katharina die bedeutungsvollen Worte: nie sei man ihrer sicher, und man werde wegen der Nachbarschaft, so oft man wolle, kleine Gelegenheiten finden, um größere daraus hervorgehen zu lassen.

Katharina wies hier beinahe mit Fingern darauf hin, wie sie zum Angriff entschlossen wäre, wenn sich der Wiener Hof mit ihr verständigte. Doch darüber hatte Joseph keine Verhaltungsbefehle. Wenn auf Italien und besonders auf Rom die Rede kam, so wiederholte sie nicht ohne Wärme: das wäre seine Hauptstadt, er würde dort ein reiches Feld haben, Ruhm zu erlangen und sich unsterblich zu machen. Aber hierauf ging der Kaiser nicht ein, und ebenso mußte Cobenzl, mit welchem Potemkin sprach, sich kurz fassen. Dieser Günstling Katharinas hatte sowohl in Mohilew und Smolensk als auch in Moskau vermieden, von Politik zu reden. Aber nun ward es anders. Er verkehrte viel mit dem österreichischen Gesandten, zeigte für die Wiedervereinigung der beiden Höfe großen Eifer und versicherte mit Bestimmtheit, die Zeit wäre gekommen, wo sich die Kälte, die bisher geherrscht, leicht fortschaffen, das alte Vertrauen und die alte Innigkeit wieder herstellen ließe. Jedoch über die Wege, die dahin führen könnten, sprach er sich nicht aus. Nun hielt es Joseph für gut, mit dem Vorschlage, welchen ihm Kaunitz an die Hand gegeben, hervorzutreten; Cobenzl sollte denselben machen, ihn als seinen eigenen dem Fürsten Potemkin bezeichnen und sagen: einer der ersten Schritte, der unschuldigste, der niemandem Anstoß geben könnte, würde sicherlich der sein, wenn sich die beiden Mächte gegenseitig ihre Besitzungen gewährleisteten; das wäre rein defensiv, und es bliebe dem Hofe von St. Petersburg unbenommen, mit dem Könige von Preußen dasselbe zu thun. Der Gesandte ward außerdem vom Kaiser angewiesen, die Gelegenheit zu solcher

Eröffnung nicht aufzusuchen, sondern an sich herankommen zu lassen. „Man muß jetzt ihre Antwort abwarten", schrieb Joseph am 4. Juli seiner Mutter; „dieser erste Schritt könnte zu weiteren führen."

Als Cobenzl etwas von der gegenseitigen Garantie erwähnte, nahm das Potemkin wohl auf und versprach, Erkundigung einzuziehen. Er ging nun mehrere Tage lang zwischen der Kaiserin und dem Gesandten hin und her. Jene wünschte zu wissen, ob auch die Eroberungen, die sie etwa machen würde, darin mitbegriffen wären, und auf den Einwand, dies sei nicht gegenseitig, erwiderte Potemkin: man wolle dem Wiener Hofe gleichfalls alle künftigen Eroberungen außerhalb Deutschlands und Polens gewährleisten. Als das nicht genügend erschien, drückte der Vermittler den Wunsch aus, Joseph solle mündlich versprechen, daß Österreich nie mehr ein Bündnis mit den Türken gegen Katharina schließen werde. Was man hierauf geantwortet hat, vergaß der Kaiser zu berichten, doch kann es nicht ablehnend gelautet haben; denn in seinem Briefe vom 12. Juli heißt es weiter: „Wenn Ihre Maj. mit mir spricht, will ich ihr die Zusicherung verbürgen, daß wir uns nicht mehr mit den Türken gegen sie verbinden wollen unter der Bedingung der Garantie, vermöge welcher sie an einem Angriffskriege gegen uns keinen Teil mehr wird nehmen können, und eben so wir nicht gegen sie."

Joseph erwartete nun, daß Katharina selbst mit ihm reden würde; denn er glaubte seinen guten Willen hinreichend bewiesen zu haben und wollte nicht die Meinung erwecken, als bedürfte der Wiener Hof dieser Garantie und müßte darum betteln. Und als keine Eröffnung weiter erfolgte, schwieg er hartnäckig. „Ich sehe immer wieder die nämlichen Ideeen", schrieb er am 18. Juli, kurz vor seiner Abreise; „man will Deutschland retten, und von Italien möchte man uns gern ein Stück geben, um nach Gutdünken mit den Türken verfahren zu können .... Ich habe der Kaiserin wiederholt erklärt, wir wünschten keine Vergrößerung, weder in Deutschland noch anderswo, aber wir würden auch nie dulden, daß der König von

Preußen, abgesehen von dem, was der Friede von Teschen über die Markgrafschaften bestimmt hat, mehr erwerbe, nicht einmal, daß er sich durch Tausch abrunde; denn bei allen Gelegenheiten offenbare sich zu sehr seine Erbitterung. Die Kaiserin hat mir unter anderm angeführt, daß Peter der Große zu dem Vater des Königs von Polen, Poniatowski, einmal gesagt hätte, sie würden in einer Stunde mehr ausrichten, als Minister in einem Monat. Alles das beweist, daß sie von Geschäften und Plänen sprechen möchte, daß aber ihre Eigenliebe sich sträubt, und sie nicht wagt oder Listen übt. In beiden Fällen kann und muß ich ruhig den Ausgang abwarten." Wie ihm angedeutet worden, rechnete Katharina darauf, daß er einen Briefwechsel ihr anbieten würde. Jedoch nicht einmal das war er geneigt zu thun, sondern er wollte sie den Vorschlag machen lassen. Er fürchtete, man könnte nur sein Spiel mit ihm treiben, und mochte nicht in die Schlinge fallen. Er war offenbar enttäuscht. Von Geschäften sprach man wirklich nicht mehr, nur den Wunsch eines Briefwechsels gab man zu erkennen, und er verpflichtete sich wenigstens, hin und wieder bei großen Gelegenheiten an die Kaiserin zu schreiben.

Ehe man sich trennte, wußte Katharina den Verstimmten durch die „zarte, gefühlvolle, freundschaftliche Weise", mit welcher sie von ihm Abschied nahm, zu rühren; auch diesmal umarmte sie ihn. Schade, daß wir nicht wissen, mit was für Augen sie jetzt auf die Zusammenkunft blickte. Gewiß hatte sie mehr Entgegenkommen gehofft. Sie wies ja den Kaiser darauf hin, daß er sich ihr frei eröffnen sollte. Sie wird seine Zurückhaltung lebhaft bedauert und eben deshalb den Briefwechsel angeboten haben, um bei günstiger Gelegenheit den angefangenen Faden weiter zu spinnen.

Immerhin konnte Joseph mit dem Erfolge seiner Reise zufrieden sein. Mittlerweile tobte der Kampf zwischen den Höfen von Wien und Berlin auch anderwärts. Es ist bereits erwähnt worden, daß Maria Theresia gesucht hatte, dem Erzherzoge Maximilian, ihrem jüngsten Sohne, die Nachfolge in den Stiftern von Köln und Münster zu verschaffen, der Kur-

fürst Maximilian Friedrich aber davon nichts wissen wollte. Der Plan wurde jedoch vertagt, nicht aufgegeben. Ebenso verlor Preußen die Angelegenheit nicht aus den Augen, ja, es begann früher seine Thätigkeit als Österreich. Der Wunsch Friedrichs des Großen ging dahin, daß die Wahl an beiden Orten auf ein Mitglied des Domkapitels fallen möchte, und zwar wollte der König in Köln den Prinzen von Hohenlohe-Bartenstein und in Münster den Freiherrn von Fürstenberg unterstützen. Letzterer regierte das Stift im Namen des Kurfürsten Maximilian Friedrich verständig und segensreich, während der österreichisch gesinnte Freiherr v. Belderbusch in Köln die Leitung hatte.

Im Januar 1780 setzte Fürstenberg den Berliner Hof in Bewegung, indem er durch den ihm befreundeten Generallieutenant v. Wolffersdorf seine Wünsche kundgab; dieselben gingen dahin, daß dem Kurfürsten von Köln die ersten Eröffnungen über die Vornahme einer Koadjutorwahl in Münster durch die Niederlande gemacht werden sollten, deren Interesse ja bei dieser Gelegenheit mit dem preußischen Hand in Hand ginge. Fürstenberg hielt sich der persönlichen Zuneigung des Prinzen von Oranien versichert und glaubte, auf dessen Unterstützung rechnen zu können [1]). Herr v. Thulemeyer, welcher den Berliner Hof im Haag vertrat, empfing demgemäß Weisungen und suchte die Ernennung eines Gesandten am Bonner Hofe zu beschleunigen. Man nahm auch sogleich den Herrn v. Landsbergen dafür in Aussicht; aber es dauerte sehr lange, bis die Ernennung wirklich vollzogen ward. Inzwischen suchte Hohenlohe die Stimmen für seine Wahl in Köln zu gewinnen. Er wendete sich auch an Belderbusch und erhielt von diesem Versprechungen, von denen der König von Preußen nur wünschte, daß sie aufrichtiger wären, als seine Neigung für Österreich erwarten ließe [2]).

1) Finckenstein an den König 15. Januar 1780 in den Geh. Kab.-Akten.

2) Friedrich in Finckenstein 17. und 28. Januar. Ebd.

Zwischen den Bestrebungen der Generalstaaten und des Berliner Hofes gab es einige Verschiedenheiten. Jene wendeten eigentlich nur der Wahl für Münster ein besonderes Interesse zu, und sie glaubten nicht, daß Fürstenberg hier viel Aussicht hätte.

Landsbergen behauptete sogar, der Freund dieses Domherrn, der General Wolffersdorf, könne sich nicht verhehlen, daß die Mehrzahl des Kapitels keineswegs zu seinen Gunsten gestimmt sei. Sie meinten weiter, daß die beiden Stifter sich nicht gut trennen ließen, weil das Erzbistum zu wenig Einnahmen hätte. Sie waren deshalb dafür, daß Hohenlohe der Kandidat sowohl für Köln als für Münster sein sollte. Der König von Preußen überließ die Entscheidung über diese Frage seinen Ministern. Letztere hielten an Fürstenberg fest, aber wenn die Wahl desselben auf unübersteigliche Hindernisse stieße, dann wollten sie damit zufrieden sein, daß die Stimmen beider Kapitel sich auf Hohenlohe vereinigten. Friedrich erklärte sich mit der getroffenen Entscheidung einverstanden.

Die Niederländer waren bekannt durch ihre Langsamkeit, und so wurde denn Landsbergen erst am Ende des Monats März zum Gesandten bei dem Kurfürsten von Köln und bei dem westfälischen Kreise ernannt. Er stand bereits in Verbindung mit Hohenlohe, für welchen er gern allein gewirkt hätte; doch war des letzteren Aussicht schon etwas gesunken, und er inbezug auf das Gelingen unruhig geworden. Landsbergen setzte Belderbusch von seiner nahen Ankunft in Kenntnis und empfing alsdann eine Antwort, die nicht ungünstig für die Absichten Hohenlohes lautete; die andern Staatsmänner im Haag trauten aber dem Herrn v. Belderbusch nicht, und Thulemeyer fragte Landsbergen, was er thun würde, wenn jener die Wahl des Erzherzogs unterstützte. „Das wäre sehr schlimm", entgegnete Landsbergen; er wollte dann den Einfluß der Maitresse des Kurfürsten, Namens Mattioli, aufbieten. Er wußte nicht, wie sehr inzwischen die Lage der Dinge sich in Köln verändert hatte [1]).

1) Ich benutze hier die Korrespondenz Thulemeyers aus dem Jahre 1780 (Geh. St.-Archiv).

In der zweiten Hälfte des März erschien ein Domherr aus Münster, ein Herr v. Brabeck, in Wien, wo er Privatgeschäfte zu haben vorschützte; jedoch da er freundlich von Kaunitz aufgenommen ward und sich lange mit ihm unterhielt, urteilte man ganz richtig in Berlin, daß er in Sachen der Koadjutorwahl und vermutlich zugunsten des Erzherzogs dorthin gegangen sei [1]). Noch wichtiger war ein Schritt, welchen Belderbusch in Wien that. Er wiederholte den Rat, den er schon im Januar gegeben, die Kaiserin-Königin möge sich mit einem eigenhändigen Schreiben an den Kurfürsten wenden, den er mittlerweile für die Wahl eines Koadjutors und für die Person des Erzherzogs günstiger gestimmt zu haben glaubte. Maria Theresia folgte der Aufforderung, nannte selbst ihren Wunsch dem Kurfürsten und empfing jetzt einen günstigen Bescheid. Am 19. April antwortete Maximilian Friedrich, er habe Belderbusch mit den weiteren Unterhandlungen über die Schritte betraut, welche zur Erreichung dieses Zweckes geschehen sollten [2]). Eben das war es, was Maria Theresia wünschte. Man bewarb sich jetzt um die Stimmen der Domherren in beiden Kapiteln und suchte die Hilfe Frankreichs nach. Maria Antoinette ward angewiesen, für ihren Bruder Maximilian thätig zu sein.

Wenn Belderbusch es früher für gut gehalten hatte, den Prinzen von Hohenlohe-Bartenstein über seine Absichten zu täuschen, damit der Kurfürst auch von einer andern Seite noch auf die Notwendigkeit einer Koadjutorwahl hingewiesen würde [3]): so zeigte sich jetzt allmählich, daß die Befürchtungen, die man in Berlin und im Haag hatte, ganz gegründet waren, und als Graf Metternich, der österreichische Gesandte, mehrere Audienzen bei dem Kurfürsten gehabt hatte, da hielt es Landsbergen für notwendig, auch eine solche nachzusuchen und im Namen der Republik zu erklären, daß diese wünschte, die Wahl sollte nur

1) Finckenstein und Hertzberg an Thulemeyer 1. April in der genannten Korrespondenz.

2) Arneth X, 704. 705.

3) Arneth X, 835, Anm. 1096.

auf ein Mitglied der Kapitel fallen. Er fügte dann hinzu, er habe den Auftrag, Hohenlohe zu empfehlen.

Landsbergen hielt es für gut, daß der preußische Resident, der Geheime- und Kreisdirektorialrat v. Emminghaus, die gleiche Eröffnung in Bonn machte. Das geschah denn auch. Aber am 30. Mai kam Wolffersdorf selbst nach Potsdam und berichtete, in welcher kritischen Lage sich die Angelegenheit befände. Nach der Aussage des Generals meinte Fürstenberg, der Wiener Hof würde von der Wahl in Köln abstehen, wenn er in Münster ohne Aussicht wäre, und er bat nun, der König möge sowohl an den Kurfürsten als an die beiden Kapitel Briefe senden; der Inhalt, welchen er vorschlug, entsprach der bereits abgegebenen mündlichen Erklärung. Um so eher konnte man also dem Wunsche Fürstenbergs nachkommen; man forderte damit nur, was die Statuten der beiden Kapitel vorschrieben. Ferner suchte man die Unterstützung Frankreichs nach und bat besonders, Maurepas und Vergennes sollten auf die neun Kölner Domherren, die zugleich Mitglieder des Straßburger Kapitels waren, dahin einwirken, daß sie für Hohenlohe stimmten [2]). Im Haag ermahnte man fortwährend zum kräftigen Handeln und bemühte sich hauptsächlich, die Gleichgültigkeit der niederländischen Regierung gegen die Kölner Wahl aus dem Felde zu schlagen. Da man hörte, daß der Wiener Hof große Geldsummen an den Juden Baruch in Köln geschickt hätte, glaubte man natürlich, daß dieselben zu Bestechungen verwendet werden sollten, und beschloß, das gleiche Mittel auch zu gebrauchen. Thulemeyer mußte fragen, wie viel die Niederlande wohl für diesen Zweck verwenden würden.

Wir sehen, der Berliner Hof that alles, was in seinen Kräften stand, um die österreichischen Absichten zu vereiteln, und er hätte sein Ziel wohl erreichen können, wenn er von den Mächten, die ein gleiches Interesse besaßen, wirksam unterstützt worden wäre. Das geschah aber nicht. Die Niederlande hatten, wie gesagt, mehr Münster als Köln im Auge. Hannover

1) Finckenstein und Hertzberg an Goltz 27. Mai (Geh. St.-Archiv).

begünstigte sogar die Wahl des Erzherzogs, und in Versailles lebte die Königin, die von ihrer Mutter fortwährend bestürmt wurde, dem Lande doch einen Thronerben zu geben, eben damals in der engsten Vertraulichkeit mit ihrem Gemahle. Konnten Maurepas und Vergennes unter solchen Umständen es wagen in der Angelegenheit der Koadjutorwahl auf die Seite von Preußen zu treten? Als Hohenlohe in Wien, wohin er, um seine Sache zu fördern, im April gegangen war, mit dem französischen Gesandten sprach, erwiderte Breteuil: „In Frankreich kann man nicht gegen den Bruder der Königin auftreten", und er ermahnte sogar den Prinzen, dem Erzherzog seine Stimme zu geben [1]). Der Kurfürst von Köln hielt an letzterem fest und antwortete Friedrich dem Großen am 9. Juni ablehnend. Die meisten Domherren erklärten sich für die Wahl Maximilians, alle Vorstellungen, die Emminghaus ihnen und dem Kurfürsten machte, blieben wirkungslos, und so gestalteten sich denn in Köln die Dinge ganz und gar zugunsten des Wiener Hofes. Auch Hohenlohe verzweifelte jetzt an seiner Sache. Am 22. Juni schrieb er an den Erzherzog; er versicherte demselben, daß er von seiner Bewerbung zurücktrete, und erneuerte das Versprechen, welches er bereits früher der Kaiserin-Königin gegeben, daß er für ihren Sohn stimmen werde [2]).

Stärker war der Widerstand, welcher sich in Münster entwickelte. Friedrich hatte, wie erwähnt, an die beiden Kapitel geschrieben und sie ermahnt, entweder noch keinen Koadjutor oder wenigstens einen aus ihrem Schoße zu wählen; das würde nicht nur den Grundgesetzen der Hochstifter gemäßer sein, sondern auch die Sicherheit und die Vorteile des Kreises besser befördern, sowie das Vernehmen mit den benachbarten Staaten mehr befestigen. Fürstenberg riet, entgegenkommend zu antworten. Man solle, heißt es in seiner Erklärung vom 7. Juni, nichts über die zu wählende Person sagen, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob man sich in eine Einschränkung des

1) An Goltz 10. Juni, Goltz 11. Juni.
2) Arneth X, 836, Anm. 1112.

freien Wahlrechts einlasse; man solle dagegen versichern, da das Domkapitel ebenfalls die eifrigsten Gesinnungen für die Aufrechthaltung seiner Verfassung und die Sicherheit und Wohlfahrt des Kreises hege, so versehe man sich zu allen einzelnen Mitgliedern, daß sie ihr Augenmerk hierauf bei der Wahl vorzüglich mit richten würden. Aber die Mehrheit antwortete unbestimmt und abweisend [1]).

Auch bei dem Lieutenant v. Schenkendorf und dem Kriegsrat Dohm, die in Münster im preußischen Sinne thätig waren, bestand Fürstenberg darauf, daß bei allen ihren Schritten sein Name nicht genannt würde. Das Ministerium in Berlin schloß daraus, daß Fürstenberg, der ja besser als ein anderer wissen müßte, was bei seinen Kollegen sich ausrichten ließe, zunächst es für gut fände, nur auf die Ausschließung des Erzherzogs hinzuarbeiten. Wenn übrigens Friedrich der Große mit der Thätigkeit der Niederlande nicht gänzlich zufrieden war, so begehrten auf der anderen Seite die Anhänger Hohenlohes und Fürstenbergs von ihm noch mehr, als er leisten wollte. Sie verlangten drohende Erklärungen. Aber der König erwiderte: „Das ließe sich nicht rechtfertigen und würde nur die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Ich kann die freie Wahl der Kapitel nicht beschränken oder hindern; ich kann ihnen nur ihre wahren Interessen vorführen und auf die gefährlichen Folgen hinweisen, denen sie sich aussetzen, wenn sie einem mächtigen Prinzen ihre Stimme geben“ [2]).

Der Kurfürst gedachte zuerst in Münster die Entscheidung herbeizuführen, wahrscheinlich weil der Erzherzog nur dann sein Nachfolger in Köln werden wollte, wenn er auch dort Erfolg hätte. Maximilian Friedrich forderte das Kapitel auf, einen Koadjutor mit der Aussicht auf künftige Nachfolge zu wählen,

1) Das preußische Schreiben vom 30. Mai und Fürstenbergs Erklärung stehen S. 11—14 in dem Aufsatze von A. H. Erhard: „Die beiden letzten Münsterschen Fürstenwahlen“, der in Ledeburs Archiv für die Geschichtskunde des preußischen Staates abgedruckt ist und den fünfzehnten Band eröffnet.

2) An Thulemeyer 17. Juni (Mediat).

und schlug hierzu den Erzherzog Maximilian vor. In der Sitzung, die infolge dessen am 15. Juni stattfand, sprach Fürstenberg gegen das Verlangen des Kurfürsten, jedoch vergebens. Die Mehrheit bestimmte den 16. August für die Wahl, ließ sich aber bewegen, am folgenden Tage noch eine Sitzung abzuhalten. In dieser gab Fürstenberg ausführlicher seine Meinung schriftlich ab. Er riet, das Kapitel solle den Kurfürsten bitten, daß er die Regierung, ohne die Wahl eines Koadjutors zu fordern, noch weiter fortführen möge. Wenn derselbe darauf nicht eingehe, so müsse zuerst eine Generalversammlung, d. h. eine solche, zu welcher auch die abwesenden Domkapitulare eingeladen worden wären, die Frage entscheiden, ob eine Koadjutorwahl vorzunehmen sei. Fürstenberg rügte weiter, daß die Person der Kandidaten ganz deutlich in dem kurfürstlichen Reskripte bezeichnet und ihm selbst eine Abschrift des letzteren verweigert worden sei. Die Mehrheit blieb aber unerschütterlich bei ihrem Beschlusse vom vorhergehenden Tage stehen [1]).

Trotz dieser sehr schlimmen Lage der Dinge verzweifelte Preußen noch nicht. Die Niederlande hatten sich erboten, 150000 Gulden auf Bestechungen zu verwenden. Friedrich wünschte, es wäre mehr; er selbst wollte 30—40000 Thaler dazu hergeben, und da Fürstenberg glaubte, der Freiherr v. Edelsheim würde sich am besten eignen, auf den Kurfürsten zu wirken, weil er im Jahre 1778 dessen Vertrauen gewonnen, so ging ein Eilbote nach Hanau, um die Sendung ihm anzuvertrauen. Neue kräftige Abmahnungsschreiben sollten an Maximilian Friedrich und seine beiden Kapitel gerichtet werden. So hoffte man die patriotische Partei, wie sich die Minderheit nannte, zu ermutigen und zu stärken. „Wenn wir nur dahin gelangen, daß wir die Mehrheit gegen die Wahl eines Koadjutors in Münster erlangen, schrieben die preußischen Minister am 20. Juni an Thulemeyer, so vereiteln wir vielleicht noch

1) Das Votum Fürstenbergs findet sich a. a. O., S. 15—18, und eine Ergänzung dazu vom 21. Juli, S. 27 ff. Hier legt er die Nachteile der Wahl eines Fürsten aus einem großen Hause vor.

die Wahl des Erzherzogs. Das muß jetzt unser einziges Ziel sein, nicht die Wahl Hohenlohes oder Fürstenbergs; das muß man verschieben." Sie wünschten, daß auch Landsbergen, statt in Köln zu bleiben, wo nichts mehr auszurichten wäre, nach Münster ginge und dort ebenfalls den Versuch machte, die Mehrheit durch Geld zurückzugewinnen.

Edelsheim nahm den Auftrag nicht an, wie er sagte, wegen einer Unpäßlichkeit. Da empfing Emminghaus die 40000 Thaler und die Schreiben. „Wir sind weit entfernt", hieß es darin, „den Kapiteln einen Kandidaten vorzuschlagen oder aufzudringen. Jeder, den sie aus ihrem eigenen und wahren Mittel wählen, soll uns angenehm sein. Wenn sie gar keinen wählen, wird es uns ebenso lieb sein, und es scheint solches auch bei dem nicht hohen Alter Eurer Kurfürstl. Würden und Liebden gar nicht nötig zu sein. Mit einem Worte, wir sind gar nicht gemeinet, die Wahlfreiheit im geringsten einzuschränken; wenn es aber von andern geschehen sollte, so würden wir sie gegen alle Zudringlichkeiten schützen, wozu wir durch unsere Pflichten eines Kur- und Reichsfürsten wie auch Mitvorstehers des niederrheinisch-westfälischen Kreises ein vollkommenes Recht und einen zulänglichen Beruf zu haben glauben." Emminghaus übergab aber nicht bloß die Schreiben, sondern er fügte noch mündlich die stärksten Vorstellungen hinzu, von denen das Kölner Domkapitel glaubte, daß sie mit der Wahlfreiheit, welche der König von Preußen ihm zugestände, nicht vereinbarlich wären [1]).

Die Versuche, 5—6 von den 25 Stimmen, die für den Erzherzog gewonnen waren, zurückzuerobern, blieben erfolglos. Den beiden Domherren v. Böselager boten der holländische Gesandte und der Landdrost in Osnabrück und Domdechant von Preußisch-Minden v. Vincke vergeblich 50000 Thaler an [2]).

1) Hertzberg, Recueil des déductions, manifestes etc. II, 379. 387. Vgl. Erhard a. a. O., S. 22—23, welcher anführt, was Emminghaus mündlich hinzusetzte.

2) Finckenstein an den König 24. Okt. Geh. Kab.-Akten.

Letzterer machte dann dem Könige den Vorschlag, er solle sich am 10. August der Stadt Münster nach einem beiliegenden Plane bemächtigen und die österreichische Partei zwingen den Wahltag hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen [1]). Hierauf aber mochte sich Friedrich nicht einlassen; dagegen that er der Minderheit noch einen Gefallen. Dieselbe bestand aus 15 Domherren. Zwölf von diesen hatten sich an den Kaiser und die Kurfürsten gewandt und gegen die verletzte Wahlfreiheit protestiert, insofern als Maximilian Friedrich einen Koadjutor namentlich bezeichnet hätte, und die Frage über die Notwendigkeit einer solchen Wahl nicht durch ein General-, sondern durch ein wenig besuchtes Partikularkapitel entschieden worden wäre. Friedrich forderte die zwölf Domherren auf, ihre Beschwerden an den Reichstag zu bringen, wo er sie unterstützen würde [2]). Jedoch das war ein sehr weitläufiger Weg, der keinen Erfolg versprach und die Wahl nicht aufgehalten hätte.

Außerdem wollte der König den Protestierenden durch ein drittes Schreiben an den Kurfürsten Maximilian Friedrich und die beiden Kapitel zuhilfe kommen, aber er mochte keine Gewalt brauchen; denn ein solcher Schritt könnte leicht ihn so weit führen, wie in der bayerischen Angelegenheit, ohne daß er Aussicht auf Erfolg oder die Unterstützung irgendeiner Macht gehabt hätte.

Gerade an dem Tage, wo sich in Köln die Wahl des Erzherzogs entschied, nämlich am 7. August, unterzeichnete Friedrich die drei Schreiben, und so konnte nur dasjenige, welches an das Kapitel in Münster gerichtet war, noch benutzt werden. Fürstenberg aber sah voraus, daß es nichts mehr helfen würde, und er wollte den König durch eine neue unangenehme Antwort, die zu erwarten stand, nicht noch mehr gegen das Kapitel und das Land aufbringen. Er widerriet deshalb die Überreichung [3]), trat mit dem österreichischen Gesandten, dem Grafen

1) Das Schreiben liegt in den Geh. Kab.-Akten.

2) Erhard a. a. O., S. 35 ff. Hertzberg an Goltz 29. Juli.

3) Die drei Schreiben stehen bei Hertzberg, Recueil II, 388 sqq. Der Herausgeber unterläßt es zu bemerken, daß sie nicht abgegeben wor-

Metternich, in Unterhandlung, und erklärte im Namen der Minderheit schriftlich, daß sie wegen der üblen Folgen, die aus der Fortsetzung des Streites für das Hochstift hervorgehen könnte, ihren Widerspruch gegen die Wahl und den Wahltag zurücknähme. Fürstenberg erfüllte damit den Wunsch, welchen ihm der Kurfürst hatte anzeigen lassen, daß ihm dadurch ein persönlicher Gefallen geschehen würde. So folgten die zwölf anwesenden Gegner des Erzherzogs in Münster dem Beispiele, welches in Köln die kleine Minderheit von fünf Domherren bereits gegeben, und indem sie auf die Seite Maximilians traten, wurde dieser am 16. August auch in Münster einhellig gewählt [1]).

Die Niederlande wollten 50—60 000 Gulden ausgegeben haben; Hertzberg bezweifelte das aber. Dagegen flossen die 40 000 Thaler, welche Friedrich nach Münster gesendet, in die königliche Kasse zurück; denn es war bestimmt worden, daß sie nur dann angegriffen werden sollten, wenn man der Mehrheit sicher wäre. Emminghaus und Dohm berechneten ihre Kosten nur auf 2000 Thaler [2]). Wie viel Österreich bei dieser Gelegenheit verwendet hat, ist nicht mit Sicherheit bekannt geworden. Der Kaiser freute sich natürlich sehr über den Erfolg, welchen sein Bruder davongetragen; aber er war auch begierig zu erfahren, welche Geldsummen die Angelegenheit verschlungen

den seien; aber das Datum (7. Aug.) zeigt, daß sie zu spät nach Köln kamen. Alle drei haben ferner keine Antwort bei Hertzberg, und Erhard sagt ausdrücklich von dem dritten, daß es nicht überreicht worden sei; die Kölner Wahl behandelt er nicht und schweigt deshalb von den ersten beiden Schreiben. Über das, was in Münster seit dem Anfange des Juni geschah, nicht über das Vorhergehende, ist er sehr wohl unterrichtet; denn seine Erzählung gründet sich auf das handschriftliche Tagebuch der ganzen Wahlgeschichte, welches der Domkapitular v. Schmising, ein Anhänger Fürstenbergs, verfaßt hat, und stimmt sehr gut zu den preußischen Akten, während das bei der Darstellung Dohms nicht der Fall ist. Die Berichte des Herrn v. Emminghaus habe ich nicht bekommen können.

1) Hertzberg an Thulemeyer 15. und 22. August.

2) Hertzberg an den König 26. August (Geh. Kab.-Akten). Thulemeyer 11. August, Hertzberg an Thulemeyer 19. August.

hätte; es ſchien ihm denkbar, daß die Koſten größer wären als der Nutzen [1]).

Nach geſchehener Wahl bemühte ſich Maria Thereſia, die Furcht anderer Mächte vor weiteren ſolchen Vergrößerungsplänen des Wiener Hofes zu beſchwichtigen. Sie erklärte dem franzöſiſchen Geſandten, dem Herrn v. Breteuil, mit aller Beſtimmtheit, daß man keine andern Bistümer erwerben wolle. Das nämliche mußte Cobenzl in Petersburg ſagen und zugleich die Kaiſerin bitten, ſie möge davon den Holländern und den Mächten, die über die vermeintlichen Abſichten Öſterreichs in Beſorgnis ſchwebten, d. h. vor allen Dingen dem Könige von Preußen, Mitteilung machen [2]).

Die Annäherung, welche zwiſchen Rußland und Öſterreich eben ſtattfand, offenbarte ſich auch bei dieſer Gelegenheit. Im Juli hatte Panin dem Grafen Cobenzl die Neutralität ſeines Hofes in der Koadjutorwahl angezeigt, und er wollte folgende Antwort auf die Bitten und Vorſtellungen Friedrichs gegeben haben: die Kaiſerin ſehe nicht, mit welchem Rechte ſie ſich in dieſe Sache miſchen könne; von den Folgen, die er daraus herleite, halte ſie keine für begründet; ſie wolle darum auch der Angelegenheit fremd bleiben und die Mehrheit der Stimmen in den Kapiteln gewähren laſſen. Aber Panin ſprach hier die Unwahrheit; er hat vielmehr dem Grafen Görtz erklärt, daß alle Schritte des Petersburger Hofes zu ſpät kommen würden. Er bemerkte ferner, er werde dem Kaiſer, wenn ſich das Geſpräch auf dieſe Angelegenheit wende, nicht verhehlen, daß er den Schritt des Wiener Hofes weder für gut noch für politiſch halte. Doch waren das ohne Zweifel nur Worte, die zur Beſchwichtigung dienen ſollten, nicht Ernſt. Er verſprach endlich,

1) Arneth, Maria Thereſia und Joſeph, III, 290 (23. Juli). Nach Erhard a. a. O., S. 43, erhielt jeder Domkapitular der öſterreichiſchen Partei 8000, jeder Prälat 10 000, und der Dombechant 12 000 Thaler nebſt anderen Geſchenken an goldenen Uhren, Doſen u. dergl., von denen die für die Prälaten beſtimmten mit Edelſteinen beſetzt waren.

2) Hertzberg an Thulemeyer 26. September. Goltz 15. September. Finckenſtein und Hertzberg an Goltz 26. September.

in einiger Zeit die letzte Hand an die Ernennung des Freiherrn v. Asseburg zum russischen Gesandten im Reiche zu legen [1]).

Panin und Vergennes meinten, man müßte jetzt weitere Vergrößerungsabsichten des Wiener Hofes zu verhüten suchen; auch England äußerte sich in dieser Weise. Friedrich vernahm das gern, aber er ließ es dabei nicht bewenden, sondern war schon jetzt thätig, um dem Hause Habsburg den Weg zu den Stiftern in Paderborn, Hildesheim und Lüttich zu versperren [2]). Die Niederländer unterstützten ihn hierbei und zahlten dem Bischofe von Lüttich 120 000 Gulden gegen die winzige Verpflichtung, bei seinen Lebzeiten keinen Koadjutor zuzulassen, der ihnen nicht genehm wäre [3]).

Der König von Preußen erwartete ferner gute Wirkungen von der Reise seines Neffen nach Petersburg; aber bei den Plänen, welche Katharina verfolgte, konnte der Besuch keine Frucht bringen. Das Verhältnis der beiden Thronfolger steigerte sich zwar bis zu inniger Vertraulichkeit, und beim Abschiede verpflichteten sie sich in Panins Gegenwart, das zwischen Rußland und Preußen bestehende Bündnis als unauflöslich zu betrachten; aber zunächst hatte der Großfürst Paul noch wenig Aussicht zur Regierung zu gelangen, und Katharina beschleunigte sogar die Abreise des Prinzen Friedrich Wilhelm. Sie liebte die dramatische Kunst und hat selbst Lustspiele geschrieben. Jetzt übte sie sich auch in rührenden Auftritten, indem sie dem Neffen Friedrichs des Großen die letzte Audienz auf ihrem Krankenlager erteilte; denn sie war zum Glück von rheumatischen Leiden heimgesucht. Und mit so großem Geschick spielte sie die Rolle, welche sie sich auferlegt, daß sie das weiche Gemüt des Prinzen von Preußen gefangen nahm. Hinterdrein erkundigte sie sich bei den Hofleuten über die Wirkung, welche der Abschied auf ihn gemacht, und als sie erfuhr, daß er mit sichtlicher Rührung weggegangen wäre, lobte sie die Güte seines Herzens.

1) Görtz 16. Juni, 11. Juli.
2) Hertzberg an Görtz 26. August. Goltz 4. September.
3) Thulemeyer 17. Oktober und 28. November.

Görtz ließ von der Schauspielerin sich nicht irre führen. Er hatte von dem Traumbilde, welchem sie nachjagte, so viel inzwischen erfahren, daß er es endlich für angemessen hielt, den Grafen Panin zu befragen. Dieser leugnete die Sache nicht; aber er betrachtete den Plan wie Joseph und Harris als unausführbar und bat den preußischen Gesandten, von der schwachen Seite der Kaiserin keine Mitteilung nach Potsdam zu machen. Görtz that ihm auch den Gefallen, bis ein Ereignis eintrat, welches die Wünsche Katharinas beflügeln konnte. Maria Theresia starb am 29. November 1780. Als die Kunde davon nach Petersburg gelangte, war der preußische Gesandte wie betäubt. Er hörte ferner: Joseph streue dem griechischen Plane der Kaiserin von Rußland noch immer Weihrauch und sage seine Hilfe zu, er solle sich sogar schon erboten haben, eintretendenfalles dafür zu sorgen, daß in Deutschland die Ruhe nicht gestört werde; wenn sie seiner bedürfe, so brauche sie es ihn nur wissen zu lassen und die Bedingungen des Bündnisses aufzusetzen; er verlange weiter nichts, als daß die ganze Sache zwischen ihnen verhandelt werde, weil die Minister, wie er aus Erfahrung wisse, die Angelegenheiten immer verderben. Nun säumte Görtz keinen Augenblick, dem Könige von den gegen die Pforte gerichteten Absichten der Kaiserin Nachricht zu geben, und außerdem bat er den Marquis von Vérac, er möge den Hof von Versailles veranlassen, auch seinerseits einen Plan schärfer ins Auge zu fassen, welcher dem System und den Interessen Frankreichs in nicht geringerem Grade zuwider sei.

Was Görtz meldete, war falsch; aber eine gewisse Veränderung war unleugbar eingetreten. Der König wünschte dringend, mit den Hauptstaaten des Deutschen Reiches einen Verteidigungsbund mit russischer Hilfe zu schließen, und deshalb sollte der Freiherr v. Asseburg, welchen man dafür längst ausersehen, endlich als Bevollmächtigter des Petersburger Hofes nach Frankfurt am Main gehen, von wo aus er am besten für jenen Bund würde thätig sein können. Wiederholt sprach Görtz hierüber mit Panin, und dieser erklärte sich mit dem Gedanken einverstanden; aber er that nichts. Er entschuldigte

sich wohl damit, daß die Errichtung der bewaffneten Neutralität seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nähme; aber er deutete doch auch an, daß er seine Stellung gegen Günstlingseinfluß behaupten müßte. Ja, er gestand zuletzt ein, wie er in dieser Angelegenheit nichts thun könnte. Er hatte damals einen kleinen Streit mit der Kaiserin. „Ich werde das System nicht ändern", sprach er zu Görtz, „ich bin zu alt dazu, sondern lieber meinen Platz verlassen" [1]).

Zweites Kapitel.

Erkaltung der preußisch-russischen Beziehungen infolge des Bündnisses zwischen Joseph und Katharina.

Achtzehn Jahre lang hatten der König von Preußen und die Kaiserin von Rußland gut miteinander gelebt, und beinahe zweimal war ihr Bündnis abgelaufen, da drohte die neue Bekanntschaft, welche letztere gemacht, den Himmel dieser politischen Ehe zu trüben. Kaum erfuhr Katharina den am 29. November erfolgten Tod Maria Theresias, da schrieb sie nicht nur mit vergnügten Augen ihren wohlgesetzten Trostbrief an Joseph, sondern sie erklärte sich zugleich nicht abgeneigt, ein Bündnis mit ihm zu schließen, worin sich beide gegenseitig ihre Staaten ganz oder teilweise verbürgten. Eifrig ging der Kaiser darauf ein und befahl dem Fürsten Kaunitz, den Grafen Cobenzl mit den notwendigen Anweisungen zu versehen. Das Urteil, welches er aus Petersburg über seine neue Freundin mitgebracht, lautete: „Sie ist eine Frau, die sich nur um sich kümmert und um Rußland nicht mehr als ich; folglich muß man ihr schmei-

1) Görtz 24. Oktober bis 8. Dezember 1780.

cheln. Die Eitelkeit ist ihr Abgott [1]). Ein rasendes Glück und die übertriebene Huldigung, die ihr ganz Europa um die Wette erweist, haben sie verdorben. Man muß schon mit den Wölfen heulen; wenn nur das Gute geschieht, ist es gleichgültig, unter welcher Form man es erlangt." Er meldete dann am 1. Januar 1781 der Kaiserin, daß sein Gesandter mit den russischen Ministern abmachen und schließen sollte, was sie für gut finden würde. „So muß man", schrieb er an Katharina weiter, „mit einer Fürstin unterhandeln, die, unendlich weiser als ich, auch so wohl abschätzet, was einem jeden nützlich ist, und zugleich mit so viel Zartgefühl empfindet, was Schicklichkeit und Ehre verlangen."

Der häufige, durch Eilboten unterhaltene Verkehr beunruhigte den König von Preußen und seine Minister anfänglich nicht; derselbe betreffe, meinten sie, nur die Vermittelung Rußlands und Österreichs in dem amerikanischen Kriege, von welcher damals viel die Rede war. Und sie blieben bei ihrer Ansicht auch noch stehen, als Görtz ihnen schrieb, er zweifle beinahe nicht, daß es sich um einen Vertrag handele. Nur eine Nachricht machte großen Eindruck auf Friedrich, nämlich daß Katharina sich die Abkommen, welche sie mit ihm geschlossen, sämtlich habe vorlegen lassen. Aber man sträubt sich, das Unerwünschte zu glauben. „Je mehr ich über die Wolken nachsinne, die am russischen Horizont aufziehen", schrieb Friedrich am 8. Februar an Finckenstein, „desto mehr habe ich Grund zu glauben, daß sie keinen so furchtbaren Sturm ankündigen, wie ihre Dicke und Schwärze befürchten läßt. Ich betrachte sie lieber wie jene Nebel, die ein heller Sonnenstrahl zerstreuet" [2]).

Aber als wenige Tage später bestimmte Nachrichten mit Einzelheiten kamen, da konnte sich der König nicht mehr der Wahrheit verschließen, und es erging ihm nun, wie dem Manne,

1) Bei Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 31, liest man: „La vanité est son idéale." Das müßte wenigstens idéal heißen, giebt aber keinen richtigen Sinn. Joseph hat ohne Zweifel geschrieben: „Sa van. est son idole."

2) In der Korrespondenz des Grafen Görtz (Berl. Archiv, Mediat).

welchem der Arzt erklärt hat, daß eine sehr schwere Krankheit im Anzuge sei. Er bemerkte mit Kummer, daß die Vorurteile, welche Katharina schon 1769 gehabt, über die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Österreich, um die Pforte im Zaume zu halten, wieder die Oberhand gewonnen hätten, und daß ihr Lieblingsplan mit dem Prinzen Konstantin sie darin nur bestärken könnte [1]). „So groß ist die Macht der weiblichen Einbildungskraft", schrieb er am 13. Februar an seinen vertrautesten Minister, „daß sie, wenn sie einmal von einem Gegenstand eingenommen ist, der ihrer Hauptleidenschaft schmeichelt, auf die Stimme der Vernunft und ihre wahren Interessen nicht mehr hört. Durch seine Schmeicheleien und Schliche hat es der Kaiser verstanden, diese Fürstin bei ihrer schwachen Seite zu fassen, und indem sie sich durch diesen Sirenengesang hat verführen lassen, wird sie bald in jeder Hinsicht getäuscht werden. Sie hat gut reden, daß sie nur Europa besser im Gleichgewicht halten will, im Grunde genommen ist sie doch nur durch ihren phantastischen Plan eines griechischen Kaisertums bewogen worden, zu diesem Vertrage sich herzugeben. Ich bin wirklich überzeugt, Haß und Groll haben keinen Teil daran, und sie denkt nicht einmal, es könnte dieser Vertrag meiner Monarchie einen unmittelbaren Nachteil bringen, obgleich es doch auf der anderen Seite nicht in Ordnung ist, wenn sie, ohne mich, ihren treuen Bundesgenossen, in Kenntnis davon zu setzen, eine Verbindung eingeht und noch dazu mit einem Herrscher, dessen Gesinnungen, wie sie nicht verkennen kann, gegen mich feindselig sind." Der König lud den Minister ein, zu ihm nach Potsdam zu kommen, und eigenhändig trug er ihm noch auf, mit dem Grafen Solms vorher zu sprechen. „Ich habe viele Gedanken", schrieb er, „um aus diesem Labyrinthe mich zu ziehen, in welches Herr Joseph mich verlocken will" [2]).

Wir wissen nicht, was Friedrich und Finckenstein mit einander gesprochen haben; aber so viel ist gewiß, hier konnte

1) An Finckenstein 10. Februar 1781, in den Geh. Kab.-Akten.
2) In der Korrespondenz des Grafen Görtz (Mediat).

weder Solms helfen, noch der Minister raten, noch der König einen Ausweg finden. Die weiteren Nachrichten gewährten ebenfalls keinen Trost. Panin besaß nicht mehr das Vertrauen der Kaiserin; er und der Vizekanzler meldeten dem Grafen Görtz über die Unterhandlungen nichts Näheres, so sehr er darum bat. Der Gesandte bemerkte scharfsinnig weiter: „Wenn erst ein Bündnis zu gegenseitigem Schutz abgeschlossen ist, wird die Kaiserin durch unmittelbaren Verkehr mit dem Kaiser die Angelegenheiten bald so weit führen, daß sie mit den Türken brechen kann."

Inzwischen ging die Unterhandlung in Petersburg rasch vonstatten; nur zwei Punkte hielten dieselbe auf. Wir wissen, daß Katharina schon im Juli des verflossenen Jahres den von Österreich angebotenen Freundschafts- und Garantievertrag durch einen gegen die Pforte gerichteten Artikel hatte erweitern wollen. Der Vorschlag, den sie nun machen ließ, erwarb sich aber nicht den Beifall des Fürsten Kaunitz, und noch mehr war dieser über den Anspruch betroffen, welchen Katharina machte, dem Kaiser stets gleichgestellt zu werden, so daß ihr Name bei der Unterschrift keineswegs immer die zweite Stelle einnähme, sondern in dem einen Exemplare sie, in dem andern Joseph den Vorrang hätte. Der Staatskanzler argwöhnte sogar, daß die beiden Anstände von der Bosheit des Grafen Panin ersonnen worden wären [1]).

Umgekehrt atmete Friedrich auf, als er von dem Streit über den Vorrang hörte, doch blieb er unruhig; denn er fürchtete, Joseph und sein verschmitzter Mentor möchten die Kaiserin überlisten und unmerklich in ihre Netze ziehen. „Wenn ein bloßer Freundschaftsvertrag abgeschlossen würde", schrieb er am 13. März an den preußischen Gesandten in Petersburg, „so könne er beitreten, um zu verhindern, daß etwas für ihn Nachteiliges hineinkomme, nicht aber, wenn es sich um eine Bestimmung gegen die Pforte oder gegen den Geist seines Bündnisses handle." Der Staatskanzler vermutete ganz richtig, wie

1) A. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 38 (2. März).

Friedrich gesinnt war, und er wünschte deshalb vor allen Dingen, daß der die Türken betreffende geheime und besondere Artikel nicht zur Kenntnis des Königs gelangen möchte; denn derselbe würde dann das französische Kabinett und die Pforte davon unterrichten und vielleicht sogar an allen Höfen Sturm läuten, um Gegenmaßregeln im voraus herbeizuführen. Auch könnten manche mit dem Verlangen kommen, sie wollten den Kuchen teilen helfen [1]).

Der Türkenartikel erledigte sich nicht leicht; denn Österreich wollte doch genauer bestimmt haben, in welchen Fällen es verpflichtet wäre, der Pforte den Krieg zu erklären [2]). Die Hauptschwierigkeit aber erregte die Frage über den Vorrang. Während die Unterhandlung stillstand, am Ende des Monats März, ließ die Kaiserin dem alten Verbündeten durch den Grafen Ostermann sagen: es sei niemals ihre Absicht gewesen, das Bündnis und die Freundschaft, welche zwischen ihnen bestehe, woran sie immer festhalten werde und wobei sie sich so glücklich befinde, durch irgendeine Handlung aufzugeben oder auch nur zu schwächen. Der Vertrag, den ihr der Kaiser vorgeschlagen, würde daran nichts geändert haben, und so habe sie geglaubt, ihn nicht zurückweisen zu dürfen. Noch sei nichts abgeschlossen worden. Hoffentlich aber kenne sie der König zu gut, um zu wähnen, sie würde sich weiter fortreißen lassen, als sie selbst wollte. Ihre Politik sei ebenso wie die seinige friedlich, und so werde sie niemals auf Einflüsterungen gegen ihn [3]) hören.

Der König glaubte wohl, daß die Kaiserin sich zu nichts

1) Beer a. a. O., S. 32. Friedrich an Görtz 13. März.

2) Beer, Die orientalische Politik Österreichs seit dem Jahre 1774, enthält leider nichts hierüber. Nach Martens, Recueil des traités conclus par la Russie II, 104, war der Wiener Hof dazu nur erbötig, wenn die Pforte sich durchaus weigerte, ihren Verpflichtungen nachzukommen, oder, wenn sie einen offenbaren Friedensbruch beginge und in das Land des Verbündeten wirklich einfiele.

3) Contre elle. Zinkeisen VI, 308 falsch: Einflüsterungen, die ihren eigenen Interessen zuwider seien.

verstehen würde, was seinen Interessen nachteilig sein könnte; aber er befürchtete, daß sie nicht genug bedächte, wie sie Gefahr liefe, durch diese neuen Bande an der Erfüllung ihrer alten Verpflichtungen gegen ihn gehindert zu werden, wenn den Kaiser die Lust anwandelte, sich mit ihm zu entzweien [1]). Und handelte sie nicht sehr bald gegen sein Interesse? Friedrich that alles, um den jungen Hof an sich zu fesseln, und er ging damit um, die Schwester der Großfürstin Paul, die Prinzessin Elisabeth von Württemberg, mit dem dänischen Thronfolger zu verheiraten; aber Katharina trat diesem Vorhaben in den Weg. Joseph hatte bereits in Petersburg mit ihr und dem großfürstlichen Paar eine Heirat zwischen seinem Neffen Franz und jener Prinzessin verabredet; denn er wünschte die politische Verbindung mit Rußland so weit als möglich zu verlängern. Die Sache war keineswegs eilig, aber als Katharina und die Großfürstin von Friedrichs Absichten hörten, gaben sie dem Kaiser einen Wink, und dieser, ergrimmt, daß der König von Preußen, dieser eingefleischte Teufel, ihm schon wieder in den Weg käme, schrieb sogleich an seinen Bruder Leopold und brachte die Sache nach empfangener Erlaubnis in Gang [2]).

Um einen offenen Bruch zu vermeiden, hat Friedrich zuletzt einwilligen müssen. Da sah er sehr düster in die Zukunft. „Unsere ganze Partei am Hofe dieser Verbündeten ist, wenn nicht bereits niedergeworfen, wenigstens nahe daran, es zu werden", schrieb er am 17. April an Finckenstein. „Wenn der Fürst Potemkin dahin gelangt, den Grafen Panin zu entfernen, dann ist es mit dem gegenwärtigen Systeme vorbei. Er wird sich des Steuerruders bemächtigen. Alle Geschäfte werden durch seine Hände gehen, und der Wiener Hof wird seinen Zweck erreichen und Rußland uns gänzlich wegnehmen. Das wird meine Stellung noch viel mißlicher machen, als sie schon gegenwärtig ist." Der König fürchtet, ganz allein dazustehen, wenn der Vertrag zustande kommt [3]). Finckenstein

1) An Finkenstein, 15. März (Geh. Kab.-Akten).
2) Arneth, Joseph und Leopold I, 325 ff.
3) An Finckenstein 17. und 19. April (Geh. Kab.-Akten).

und Hertzberg schlagen ihm vor, er möge der Kaiserin eigenhändig danken, weil sie den preußischen Handelsfahrzeugen den Schutz ihrer Kriegsschiffe versprochen hätte, und dabei des Bündnisses gedenken, welches er mit ihr geschlossen. Friedrich ging darauf ein. Er offenbarte bei dieser Gelegenheit noch, warum der Systemwechsel in Rußland ihn so sehr beunruhigte. Nicht um seine Person war er in Sorge, sondern um den Nachfolger; denn er lebte nunmehr der Überzeugung, der Kaiser warte nur auf seinen Tod, um Preußen anzugreifen; dann werde sein Neffe ganz allein dastehen und die Hilfe nicht erhalten, welche durch das Bündnis von 1764 ausgemacht worden sei. Darüber zerbrach er sich, wie er sich ausdrückte, den Kopf. Die künftigen Übel, fuhr er in dem Brief an Finckenstein fort, wenn er nicht mehr sein werde, das sei der Stein der Weisen, den er gern entdecken möchte und bisher nicht habe finden können [1]).

An demselben Tage noch schrieb Friedrich an die Kaiserin sehr freundschaftlich. Er versicherte sie, daß er die Bande, die ihn mit ihr verknüpfen, niemals lockern, eher noch enger machen und über die Tage seines Lebens hinaus verlängern wolle. Dort unten aber in den elysäischen Gefilden versprach er Peter I., den er in seiner Jugend gekannt, von den Großthaten Katharinas zu unterrichten und, wenn ihm nicht geglaubt würde, Maria Theresia samt dem Sultan Mustapha zu Zeugen zu nehmen. Die Antwort Katharinas war gleichfalls im freundschaftlichsten Tone gehalten. Sie dankte dem Könige für die guten Empfehlungen, die er ihr bei Peter I. in der andern Welt verheißen; aber sie bat ihn zugleich, seine Reise bis in das künftige Jahrhundert zu verschieben, damit sie ihn begleiten und der ersten Unterredung beiwohnen könnte. Sie wollte besonders gern sehen, wie Marc Aurel, Cäsar und Alexander um die Wette dem König entgegeneilen und nicht ohne Neid und Erröten über seine Thaten mit ihm sich unterhalten würden [2]).

1) Oeuvres XXV, 315.

2) Sbornik XX, 392—396. Damit schließt der Briefwechsel zwischen Friedrich und Katharina.

Während Katharina mit dem alten Verbündeten Schmeicheleien wechselte, bestritt sie dem neuen, wie erwähnt, das Vorrecht, welches ihm bisher von allen Herrschern bereitwillig zugestanden worden war; denn sie besaß einen gewaltigen Stolz. Friedrich hat einmal boshaft, aber richtig bemerkt: sie würde, wenn sie mit Gott dem Vater in Briefwechsel träte, wenigstens Gleichheit des Ranges in Anspruch nehmen [1]). Dieser Gesinnung gemäß mochte Katharina nicht nachgeben. Mit dem Pharisäertone, den ihr Hochmut zuweilen anschlug, schrieb sie am 21. Februar an ihren Gesandten in Wien, den Fürsten Galitzin: „Wir haben nicht die Gewohnheit, uns nach dem Beispiel anderer zu richten, sondern geleitet durch die natürliche Gerechtigkeit gehen wir den Weg, welchen uns der wahre Ruhm, die Macht und Würde des von Gott uns anvertrauten Reiches führen. Indem wir auf diese Prinzipien unsere Handlungen gründen, werden wir sicherlich niemals und um nichts in der Welt darein willigen, einen Schritt zu thun, der uns erniedrigte und von der Höhe unserer Majestät herabsteigen ließe“ [2]).

Der Staatskanzler war auch stolz, er fand ihre Forderung wider Recht und Gerechtigkeit [3]). Joseph aber beklagte sein Schicksal, daß ihn ein bloßer Ehrentitel hindern sollte, jemals mit Rußland in nähere Verbindung zu treten oder Verträge zu schließen; denn er nähme natürlich als Souverän der österreichischen Monarchie kein Vorrecht in Anspruch und möchte, wenn es anginge, den Kurfürsten gern die Kaiserwürde zurückgeben, um nur das heißersehnte Bündnis zustande zu bringen. Bei der Unmöglichkeit, die verlangte Gleichheit zu bewilligen, bat er Katharina, sich dem Herkommen zu fügen; wenn das aber nicht geschähe, so sollten die beiden Höfe wenigstes bei allen Gelegenheiten im Geiste des Vertrages mit einander freundschaftlich verkehren. Er sagte letzteres nur für den Notfall; denn die förmliche Unterzeichnung zog er natürlich vor,

1) An Görtz 6. September 1783.
2) Martens II, 103.
3) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 50.

besonders gegenüber den Mächten, die jene engere Verbindung ungern sähen und der entstandenen Schwierigkeit nicht fremd sein dürften, zumal da sie davon unterrichtet wären und andere nach ihrer bekannten Weise davon unterrichteten. Daß diese Worte hauptsächlich auf Friedrich den Großen zielten, bedarf kaum der Erwähnung.

Katharina wußte zunächst wirklich nicht, was sie machen sollte. Sie schrieb am 3. April an Joseph, aber nur über den Plan, welchen sie angeregt, die Schwester ihrer Schwiegertochter mit dem ältesten Sohne des Großherzogs von Toskana zu verheiraten. „Die Kaiserin verschiebt es von Tage zu Tage", meldete der englische Gesandte am 6. nach London, „ihren letzten Entschluß inbezug auf die Unterzeichnung des Vertrages mit dem Kaiser zu fassen. Sicherlich wünscht sie sehr, dieses Bündnis einzugehen, und wird jetzt nur durch den Streit über den Vorrang davon zurückgehalten."

Die Sache war inzwischen an allen Höfen ruchbar geworden und hatte großes Aufsehen erregt; um so schwerer ward es der stolzen Katharina nachzugeben. Und sie konnte ja einige stichhaltige Gründe für ihre Meinung anführen. Dem Ziele freilich, welchem sie nachstrebte, rückte sie dadurch um keinen Schritt näher, und vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben ward ihr Stolz ihr lästig. Endlich am 17. April, vier Wochen nachdem sie Josephs Antwort empfangen, sandte sie ihm Vorschläge zu, die ihr geeignet schienen, die bestehenden Schwierigkeiten zu heben, und sah dann ohne Zweifel mit größter Spannung der Antwort aus Wien entgegen.

Auch hier besann man sich lange Zeit, und Kaunitz war sehr ärgerlich; denn er verhehlte sich nicht, daß das Beispiel Rußlands die andern Höfe bewegen werde, das Vorrecht ebenfalls nicht mehr zuzugestehen. Indem dasselbe nur auf dem Herkommen beruhte, wollte der Staatskanzler daran nicht rütteln lassen, und er verwarf deshalb nicht allein die beiden Auskunftsmittel, die Galitzin bereits im Auftrage Katharinas ihm angezeigt hatte, sondern auch das dritte, welches er noch nicht kannte. Er meinte sogar, daß es überhaupt keines gäbe,

welches nicht die nämlichen Übelstände mit sich führte; darum sollten sie alle verworfen werden. „Ja, ich wage zu behaupten", schrieb er am 11. Mai weiter an Joseph, „wenn Eure Kaiserliche Majestät dem Vorrang entsagten, dann würde, abgesehen von der Mühe, die man hätte, diesen Beschluß vor dem Reichstage zu rechtfertigen, niemand auf der Welt, wenn er den Vertrag ohne die geheimen Artikel sähe, zu begreifen imstande sein, wie der Kaiser für eine so geringfügige Sache darauf hätte verzichten können." Hieraus zog Kaunitz den Schluß: man würde deshalb Abmachungen von größter Tragweite vermuten, Gegenmaßregeln treffen, neue Verbindungen eingehen, und es würde so nach und nach der Umsturz des europäischen Staatensystems erfolgen.

Auch der letzte Vorschlag, welchen Galitzin machte, übte keine Wirkung auf den Fürsten Kaunitz aus. In dem Schreiben, das er am folgenden Tage dem Kaiser schickte, sprach er von dem Gipfel des Unverstandes des Petersburger Hofes. Anders dachte Joseph. Er meinte, nach all dem Überzeugenden, das inzwischen gesagt worden sei, könne man sich nicht schmeicheln, daß die Kaiserin von ihren Ansprüchen abstehen werde. „Wenn die Verbindung mit ihr wünschenswert ist, wenn man nicht ganz und gar dem Könige von Preußen gewonnenes Spiel geben will, so wird man doch auf ein Auskunftsmittel denken müssen", schrieb Joseph weiter, und er empfahl ein solches, welches bewirke, daß die Übereinkunft am wenigsten ein Vertrag genannt oder von andern als Beispiel angezogen werden könne. Nach dem zweiten Vorschlage der Kaiserin sollten die Verpflichtungen durch einen Brief übernommen werden. Hierauf ging der Kaiser zurück und bezeichnete diese Form oder etwas Ähnliches als den einzigen Weg, der aus der Schwierigkeit herausführe. Kaunitz arbeitete hierauf der empfangenen Weisung gemäß seinen Vortrag aus, und er rühmte jetzt an diesem Auskunftsmittel, daß es den beiden Höfen die Möglichkeit gewähre, wenigstens nach der Wahrheit im buchstäblichen Verstande zu sagen, daß die Unterhandlung sich zerschlagen habe [1]).

1) Beer a. a. O., S. 52—55. Der Staatskanzler bei Ranke

Joseph schrieb jetzt in Form von zwei Briefen mit eigener Hand auf, worüber man einig geworden war, und bat die Kaiserin, dasselbe zu thun; aber er verlangte zugleich, daß sie die Unterhandlung für abgebrochen erklären sollte. So werde man nicht allein das erwünschte Ziel erreichen, sondern auch den Gegenplänen der andern Höfe vorbeugen. Hauptsächlich dürfe der die Pforte betreffende besondere und geheime Artikel nicht vor der Zeit bekannt werden; denn schon jetzt mache der König von Preußen auf die Kunde, die er von einer solchen Absicht habe, sowohl in Frankreich als in Konstantinopel den gehässigsten Gebrauch davon.

Mit dem fröhlichsten Herzen empfing Katharina die langersehnten Schriftstücke, wahrscheinlich am 4. Juni, dem Tage, wo sie das Jahr zuvor Joseph in Mohilew zum erstenmale gesehen. Sie schickte nun dem Kaiser unverzüglich die Gegenverträge. Sie hatte dieselben ebenfalls mit eigener Hand geschrieben und ihnen rücksichtsvoll jenes Datum gegeben. Die vollendete Schmeichlerin nannte bei dieser Gelegenheit den 4. Juni 1780 den schönsten und denkwürdigsten Tag ihres Lebens. Den Ministern gebot sie dagegen, die Unterhandlung nicht weiter fortzusetzen, und ihren Gesandten an den auswärtigen Höfen, welche sie von dem Abbruch unterrichten ließ, befahl sie zugleich, dessenungeachtet mit den österreichischen stets einträchtig und vertrauensvoll zu verkehren in anbetracht des guten Einvernehmens und der Freundschaft, welche zwischen den beiden Herrschern bestände.

Das Bündnis, welches Joseph und Katharina mit einander geschlossen hatten, war rein auf die Verteidigung berechnet und sollte frühere Verpflichtungen, wie besonders hervorgehoben ward, nicht aufheben. Es blieben daher das österreichisch-französische und das russisch-preußische Bündnis in kraft; der Friede von Teschen ward ausdrücklich bestätigt und ebenso der Vertrag

XXXI/XXXII, 490. Aus dem Moskauer Archive hat Tratschewsky Mitteilungen über diesen Streit gebracht in der Histor. Zeitschr. 1875, S. 383 ff.

über die polnische Teilung vom 5. August 1772. Die Garantie bezog sich nicht auf die russischen Besitzungen in Asien und die österreichischen in Italien.

Erfährt einer von beiden Teilen einen Angriff, so leistet ihm der andere drei Monate nach geschehener Aufforderung mit 10000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie samt Feldartillerie und Munition Beistand, welcher jedoch durch eine jährliche Summe von 400000 Rubeln ersetzt wird, wenn es sich hier um die an Schweden grenzenden, dort um die niederländischen Provinzen handelt. Erleidet aber der Hilfe gewährende Teil selbst einen Angriff, so kann er zwei Monate, nachdem er den andern davon benachrichtigt hat, seine Truppen zurückziehen, und ebenso ruht die Verpflichtung, wenn er zur Zeit, wo er um Beistand angegangen wird, selbst in einen Krieg verwickelt ist. Kein Teil wird anstehen, über eine größere Truppensendung sich ohne Zeitverlust mit dem andern zu verständigen, wenn die festgesetzte Hilfe nicht ausreicht. Die beiden Herrscher geloben endlich, einseitig keinen Waffenstillstand oder Frieden einzugehen.

Wenn die Gesandten der beiden Höfe im allgemeinen Befehl erhalten sollen, sich gegenseitig gute Dienste zu leisten und einträchtig zu handeln, so wurden inbezug auf Polen noch besondere Bestimmungen getroffen. Joseph und Katharina versprachen einander, über die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Innern dieser Republik zu wachen und sowohl die vom Reichstag 1773 festgestellte Verfassung, als auch den Besitzstand nach den Verträgen, welche derselbe mit den Höfen von Petersburg und Wien in dem nämlichen Jahr abgeschlossen hat, zu garantieren.

Am wichtigsten ist der geheime Artikel. Beide Teile versprechen darin einander, die Pforte zur genauesten Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtnngen anzuhalten und im Fall einer Übertretung ihr die kräftigsten Vorstellungen zu machen. Wenn dieselben aber nicht den gewünschten Erfolg haben, und man sich in Konstantinopel beharrlich weigert, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen, oder gar einen offenbaren Friedensbruch

sich zu Schulden kommen läßt und in die russischen oder österreichischen Provinzen einfällt, so wird der nicht angegriffene Teil drei Monate nach geschehener Aufforderung vonseiten der andern der Pforte den Krieg erklären.

Wir erstaunen über die Größe der Zusagen, welche der Kaiser machte; so unvorsichtig jedoch war er keineswegs, um sich mit gebundenen Händen dem Ehrgeize der russischen Herrscherin zu überliefern. Sein Streben ging vielmehr dahin, die Beute zu teilen. Da jeder Krieg Kosten und Ausgaben mit sich bringe, hieß es nämlich weiter, die ein unbestreitbares Recht auf Entschädigung gewähren, so behalte man sich vor, darüber mit einander, entweder wenn der Fall des gegenwärtigen Artikels eintrete, oder sogar schon auf die Möglichkeit hin und gleich jetzt eine Verabredung zu treffen und ebenso den zu befolgenden Operationsplan festzusetzen. Wenn ferner etwa ein Teil während der Dauer eines solchen Türkenkrieges von einer fremden Macht angegriffen werde, so solle der andere mit ihm auch gegen diese gemeinschaftliche Sache machen, mit allen seinen Streitkräften, so weit er es thun könne, ohne die Sicherheit seiner eigenen Staaten in Gefahr zu bringen, dem Verbündeten Hilfe leisten und keinen Frieden oder Waffenstillstand für sich allein schließen.

Alles dieses versprachen Joseph und Katharina in ihrem Namen und für ihre Erben und Nachfolger, und sie versicherten zugleich, daß sie die in diesen Briefen bedungenen Verpflichtungen für so heilig und unverletzlich ansähen, wie wenn dieselben in dem allerfeierlichsten Vertrage niedergelegt wären.

Wie wurde Friedrich der Große getroffen, wenn die Pläne Katharinas zur Reife kamen! Er wußte freilich nicht, was geschehen war, und hatte sich außerordentlich gefreut, als er vernahm, daß die Unterhandlung abgebrochen worden wäre. Jedoch er gab sich keiner falschen Sicherheit hin, sondern fuhr fort, auf den Wiener Hof ein wachsames Auge zu haben; denn er meinte, Joseph werde schon noch mit Hilfe seines schlauen Mentors ein Auskunftsmittel in dem Etikettenstreite finden, und Katharina bei ihrer Neigung für den Kaiser und

ihren griechischen Plan die Hand dazu bieten. Der König legte ferner Gewicht auf die Worte, mit welchen der Vizekanzler dem Grafen Görtz den Abbruch der Unterhandlung anzeigte, daß nämlich hierdurch die große Liebe der Kaiserin für den Kaiser und ihr enger gegenseitiger Verkehr nicht den mindesten Eintrag erfahren würden [1]). Noch mehr fiel ihm ein anderer Umstand auf. Katharina nötigte beinahe den Großfürsten, für den Herbst eine weite Reise mit seiner Gemahlin sich vorzunehmen, wobei Wien besucht und Berlin vermieden werden sollte. Görtz und Kaunitz betrachteten das als ein Vorspiel für die gänzliche Entfernung Panins [2]), der eben damals einen vierwöchentlichen Urlaub auf dem Lande verlebte.

Bei dieser Lage der Dinge überlegte Friedrich, mit welcher Macht er wohl ein neues Bündnis schließen könnte, wenn ihm der Kaiser wirklich Rußland entrisse; denn er wollte sich nicht von den Ereignissen überraschen lassen, sondern alles thun, um ihre Wirkungen wenn nicht aufzuheben, so doch zu schwächen. Sein Bündnis dauerte zwar noch bis 1788; aber er fürchtete, daß die freundlichen Beziehungen zu Rußland in 18—24 Monaten sich lösen würden. Besonders war die Reise des jungen Hofes für ihn schmerzlich, und er wünschte, er könnte Frau v. Benckendorff, die auf die Großfürstin einen so großen Einfluß habe, wie diese auf den Großfürsten, durch Bestechung gewinnen. Ja, was ihn bei der düsteren Aussicht in die Zukunft am meisten betrübte, war die Besorgnis, daß der junge Hof ihm gänzlich entrissen, und das neue Ministerium vielleicht aus Männern gebildet werden könnte, die dem gegenwärtigen Systeme feindlich gesinnt wären. „Ich werde dann mit Rußland auf demselben Punkte stehen, schrieb er an Finckenstein, wie zur Zeit der Kaiserin Elisabeth. Vielleicht aber sehe ich zu schwarz in die Zukunft, und wird mir diese nicht so verderblich sein, wie sie sich jetzt mir darstellt. Um so besser dann.“ Der König will lieber zu wenig hoffen, sich auf alle

1) An Finckenstein 23., 26. und 30. Juni.

2) Görtz 6. Juli, Kaunitz bei Beer, S. 91.

möglichen Ereignisse vorbereiten und von dem obersten Lenker der menschlichen Geschicke den Erfolg aller seiner Sorgen erwarten [1]).

Eben damals geschah, was Friedrich gefürchtet und Kaunitz gehofft hatte; Graf Ostermann trat an die Stelle Panins. Bald darauf ernannte die Kaiserin einen Gesandten, welcher im Reich und zwar in Frankfurt am Main seinen Sitz erhalten sollte. Der Freiherr v. Asseburg, welcher schon lange für diesen Posten bestimmt war, hatte den Anspruch gemacht, einige Monate jährlich auf seinen Gütern zubringen zu dürfen. Darauf ging aber Katharina nicht ein, sondern wählte nun Nikolaus Romanzoff. Als Ostermann dem Grafen Görtz diese Mitteilung machte und der Gesandte seine Freude darüber bezeigte, da entgegnete der Vizekanzler: „Sie sehen, was ich Ihnen immer gesagt habe, daß die Kaiserin nicht in ihrem Systeme gewechselt hat, und ich habe sogar Befehl, es Ihnen zu wiederholen. Sie wissen, daß ich es nicht sagen würde, wenn es nicht so wäre. In der Lage, worin die Kaiserin sich den Türken gegenüber befindet, wo Sie nicht wissen kann, was ihr bevorsteht, ist ihr die Freundschaft des Wiener Hofes nützlich, und sie wünscht dieselbe nur deshalb, ohne daß dies ihre übrigen Verpflichtungen ändern kann" [2]).

Ohne Zweifel hatte der Vizekanzler den Auftrag, so zu sprechen. Als Görtz im Januar 1782 der Kaiserin die Geburt eines Sohnes des Prinzen von Preußen anzeigte, da äußerte die Kaiserin selbst: ihre Freundschaft für den König sei unwandelbar und so, wie vom ersten Jahr ihrer Regierung an, und sie werde stets die gleiche Verbündete und Freundin sein. Sie betonte darauf besonders die Worte: sie wünsche nur zu erfahren, daß der König davon überzeugt sei [3]).

Die Beteuerung war stark und klang sehr angenehm, aber sie befreite Friedrich den Großen nicht von der Unruhe, die

1) An Görtz 18. Juli, 15. September, an Finckenstein 17. Sept.
2) Görtz 28. Sept. 1781.
3) Görtz 30. Januar 1782.

ihn quälte. Fortwährend sann er nach, wie er Preußens Lage zum besseren wenden könnte. Am liebsten war es ihm, wenn das russische Bündnis fortbestände; doch mußte dann das Schönthun mit Österreich aufhören. Außer dem Petersburger Hofe kam für ihn nur noch Frankreich und England in Betracht, welches letztere sich eben damals ihm näherte. „Die Politik ist nicht für heute", schrieb er am 25. April 1782 an Finckenstein. Die Augen müssen so weit als möglich vorwärts dringen, und ich bin jetzt nicht sowohl mit der Gegenwart als vielmehr damit beschäftigt, die Unannehmlichkeiten, welche die Zukunft uns vorbereitet, zu entfernen. Ich bin ganz Auge und ganz Ohr, um mich über alles zu unterrichten, was an jenen Höfen vorgeht, und um ihnen Schritt vor Schritt zu folgen."

Gelingt es ihm unglücklicherweise nicht, so tröstet er sich damit, daß er wenigstens seine Pflicht gethan habe; denn für die künftigen Ereignisse könne niemand einstehen. Der junge Hof bildet einen fortwährenden Gegenstand seiner Aufmerksamkeit. Er freut sich, daß wenigstens der Großfürst ihm treu bleibt; aber auch hier verfolgen ihn düstere Gedanken. „Seit dem Tode Peters I.", bemerkt er einmal, „sind die Russen daran gewöhnt, von Frauen regiert zu werden; sie finden dabei einen gewissen Vorteil, weil eine weibliche Regierung nie so kraftvoll ist wie eine männliche und mehr der aristokratischen Form gleicht als der monarchischen. Der Großfürst ist lebhaft und jähzornig. Ich fürchte, wenn er einmal Herrscher ist, wird er vielleicht mit zu großer Härte regieren, vielleicht zu viel Strenge bei Bestrafungen zeigen. Es bedarf wenig, um die russische Nation zum Aufstande zu reizen. Man macht sich in jenem Lande nicht mehr aus dem Kaiser als aus einer Ratte. Es wäre wohl möglich, daß man den Großfürsten beiseite brächte, und die Großfürstin als Vormünderin ihrer beiden Söhne folgte." Natürlich würde das dem Könige eben so unangenehm gewesen sein wie der Tod Peters III. [1]).

1) An Görtz 27. April 1782.

Übrigens wunderte sich Friedrich, daß von dem griechischen Plane gar nichts mehr verlautete, während doch die Zeit dafür insofern günstig war, als England und Frankreich noch mit einander im Kriege lagen, und er fragte daher bei dem Grafen Görtz an, was denn aus dem Steckenpferde der Kaiserin geworden sei. Zunächst konnte dieser keine richtige Auskunft geben; aber es währte nicht lange, da fachte sich der Streit zwischen Rußland und der Pforte, der nie ganz erloschen war, wieder stärker an, und es waren die Tataren auf der Halbinsel Krim, welche der Kaiserin eine günstige Gelegenheit boten, ihren orientalischen Plan in Angriff zu nehmen.

Katharina hatte diese Völkerschaften frei gemacht, d. h. von der Pforte losgerissen und dem russischen Einfluß unterworfen. Der Chan Schahin Girai hatte das löbliche Bestreben, die europäische Kultur einzuführen; aber er ging dabei viel zu eilfertig zu Werke und beleidigte ferner durch seine maßlose Unterwürfigkeit gegen Katharina die Gefühle seiner Unterthanen. Als er nun gar in der Uniform eines russischen Gardekapitäns öffentlich erschien, da kam die Bewegung, an deren Spitze sich seine eigenen Brüder stellten, zum Ausbruch, und er mußte Schutz bei den Russen suchen. Daß Katharina das nicht dulden würde, lag auf der Hand. Mit leichter Mühe führten ihn ihre Truppen zurück, die Ruhe wurde wiederhergestellt, und die Gefahr wäre beseitigt gewesen, wenn sie hierbei hätte stehen bleiben wollen. Das war aber nicht der Fall, sondern sie gedachte vielmehr die Gelegenheit zur Ausführung ihres orientalischen Planes zu benutzen.

Kaum war die Nachricht von dem Aufstande nach Petersburg gelangt, da wendete sich die Kaiserin, obwohl sie Kräfte genug besaß, um allein die Sache durchzuführen, an ihren neuen Freund in Wien. Das Ereignis war zu geringfügig, als daß sie eigenhändig hätte schreiben und ihren Entschluß, Schahin Girai aufrecht zu halten, dem Kaiser anzeigen müssen. Aber sie will vorläufige Verabredungen mit ihm treffen, und so dunkel sie sich ausdrückt, er versteht sie und antwortet, wie er ihr meldet, in den nächsten 24 Stunden; denn es bedürfe

bei ihm keiner Überlegung, wenn sein Herz rede und wenn es sich darum handele, seiner Kaiserin, seiner Freundin, seiner Verbündeten, seiner Heldin zu dienen. „Ja, ich bin immer und in jeder Weise bereit", fuhr er fort, „mich mit Ew. Kais. Majestät über alle möglichen Fälle zu verständigen, welche die Wirren in der Krim, wovon ich durch Sie die erste Nachricht empfange, veranlassen könnten. Ich bitte Sie also, daß Sie mich von Ihren Ideeen und Plänen unterrichten, und Sie werden, wie ich wage zu versichern, in mir einen wahren und treuen Freund finden, wie Sie in jeder Hinsicht es verdienen. Sie werden in Ihrer Weisheit, ich zweifle nicht, auf Mittel denken, uns beide vor allen Nachteilen und besonders vor den Absichten des mächtigen und schlimmen Nachbars, den wir im Rücken haben, zu bewahren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Pforte die Aufständischen der Krim unterstützen und sich dadurch dem gerechten Zorn Ew. Kais. Majestät aussetzen will; denn Sie haben volles Recht, von ihr die Beobachtung des Friedens, welchen Sie ihr zu Kainardsche diktiert haben, zu verlangen."

Katharina las die Erbietungen des Kaisers mit außerordentlichem Vergnügen und schrieb dann einen Brief, so lang, daß sie meinte, derselbe würde mit einem reichshofrätlichen Referate nicht übel verglichen werden können. Sie schlug nun wirklich vor, was man schon seit geraumer Zeit vermutete. Im Bunde mit Joseph wollte sie die Türken aus Europa vertreiben, ihren zweiten Enkel Konstantin auf den freigewordenen Thron setzen und so das griechische Kaisertum wiederherstellen. Sie gedachte weiter, die große Walachei, die Moldau und Bessarabien zu einem Fürstentum unter dem Namen Dacien zu vereinigen und einen erblichen Herrscher griechischen Glaubens ihm zu geben. Sie hatte dabei, wie sie sagte, nur die Absicht, Rußland, Österreich und die Türkei durch diese Schöpfung von einander zu trennen und auf solche Weise Streitigkeiten zwischen ihnen zu verhüten [1]). Aller Wahrscheinlichkeit nach aber ver-

1) Ein alter Gedanke. Bereits am 18. Juni 1770 meldete Solms

folgte sie noch andere Zwecke. Wie, wenn der Kaiser nun verlangte, was er unklugerweise 1772 verschmäht hatte, die Moldau und die große Walachei? Sollte sich Katharina den Landweg nach Konstantinopel versperren lassen? Denn daß Joseph von einer solchen Erwerbung sehr geringschätzig dachte, wußte Katharina doch wohl nicht. Sie stellte sich ferner von Anfang ihrer Regierung an, als ob sie eine strenge Liebhaberin der natürlichen Gerechtigkeit wäre und dem befreundeten Hofe gern die gleichen Vorteile gönnte. Das war aber nur Schein. Dieses neue Dacien sollte sicherlich nicht mehr als ein Vasallenstaat von Rußland sein und dessen Macht verstärken, aber doch dem Namen nach ein unabhängiges Dasein führen. Als unmittelbare Erwerbung nahm Katharina nur Oczakow und den Bezirk zwischen dem Bog und dem Dniestr sowie ein bis zwei Inseln im Archipelagus in Aussicht.

Was die Ausführbarkeit des großen Planes betrifft, so schilderte Katharina den Verfall des türkischen Reiches in lebhaften Farben. In diesem Stücke hatte sie unzweifelhaft Recht und ebenso, wenn sie von ihren Nachbarn Polen, Dänemark und Schweden wenig oder nichts besorgte.

Als denjenigen Herrscher, von welchem beide das meiste zu fürchten hätten, bezeichnete Katharina den König von Preußen; aber sie meinte, daß er bei seinem Alter es nicht wagen würde, gegen ihre vereinigten Monarchieen vorzugehen, wenn ihn England und Frankreich nicht nachdrücklich unterstützten, und diese beiden Mächte lagen damals noch im Kriege mit einander. Sollte der Streit aber ein Ende finden, so glaubte Katharina nicht, daß die Franzosen und Engländer begierig sein würden, für ganz entfernte Interessen neue Kosten und Kämpfe sich aufzuladen, und überdies müßten die letzteren auf ihren Handel mit den Russen Rücksicht nehmen.

(Sbornik, p. 302): L'Impératrice n'est nullement intentionnée de faire de la Moldovie et de la Valachie des provinces russiennes; si elle voudrait les soustraire à la domination turque, ce serait dans l'intention d'en faire une espèce de puissance intermédiaire.

Endlich wenn der König von Preußen, während Joseph und Katharina mit den Türken Krieg führten, wider alles Erwarten den Kaiser angreifen wollte, so würden sie beide, meinte Katharina, noch imstande sein, ihm Streitkräfte entgegen zu schicken und seine Bemühungen zu vereiteln; denn die Stärke ihrer Vereinigung dürfte nicht nach den Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges bemessen werden. Außerdem aber wollte die Kaiserin einen österreichischen Fürstenbund in einem solchen Falle gründen helfen, was um so leichter würde geschehen können, wenn Joseph, woran sie nicht zweifelte, den Friedensvertrag von Teschen beobachtete.

Aus Dankbarkeit für die Unterstützung bei diesem gewaltigen Unternehmen wollte Katharina dem Kaiser, wenn er neben anderen Erwerbungen auch einige Handelsniederlassungen am Mittelländischen Meere wünschte, sehr gern behilflich sein. Sie schloß den überaus wichtigen Brief vom 21. September mit den Worten: „Wie groß und weitaussehend diese Pläne auch erscheinen mögen, ich glaube, daß es wenig Dinge giebt, welche für unsere beiden eng verbundenen Staaten unmöglich sind“ [1]).

Diesmal antwortete Joseph nicht innerhalb der nächsten 24 Stunden nach Empfang des Briefes; denn die Ausführbarkeit der darin vorgetragenen Ideen war ihm zu wenig in Betracht gezogen, und er glaubte daher, man werde wohl, ohne geradezu sich zu widersetzen, eine die Entscheidung hinausschiebende Antwort geben und einige Zweifel äußern müssen [2]).

Nach dieser Weisung vom 10. Oktober mag der Staatskanzler gearbeitet haben; aber als er fertig war, konnte der Kaiser, den eine Kopfrose quälte, weder lesen noch schreiben und höchstens einige Worte diktieren, und weil er einen Aufschub von 14 Tagen nötig zu haben glaubte, mußte Kaunitz eine Nachricht hiervon eilig nach Petersburg senden [3]). Endlich

1) Arneth, Katharina und Joseph II., S. 143 ff.

2) Beer a. a. O., S. 124.

3) Beer a. a. O., S. 125. In seiner „Geschichte der orientalischen Politik Österreich seit 1774“ geht er darauf nicht ein, und ebenso wenig teilt er uns das Gutachten des Staatskanzlers vom 28. Oktober mit.

am 10. November setzte Joseph, obwohl er noch sehr leidend und schlaflos war, eine Antwort auf und schickte sie an den Staatskanzler mit der Bitte, sie mit Aufmerksamkeit zu lesen und am Rande zu verbessern; denn der Inhalt wäre von gar zu großer Wichtigkeit [1]).

Das Schreiben, welches Joseph dann abschickte, war vom 13. November datiert und entsprach im ganzen genommen seiner Weisung vom 10. Oktober. Er erklärte sich nicht allein mit der Erwerbung, welche Katharina machen wollte, sondern auch mit der Gründung der neuen beiden Staaten einverstanden, wenn das Kriegsglück das gestatte und er die Stücke, die er in Aussicht genommen, erlange. Er forderte zunächst die Stadt Chotzim mit einem geringen Gebiet zur Deckung Galiziens und der Bukowina, die kleine Walachei und beide Ufer der Donau von Nikopolis bis Belgrad, sodaß letztere Stadt, Orsowa und Widdin Ungarn deckten. Ferner sollte von Belgrad eine gerade Linie bis zum Golf von Drino gezogen werden. Aber hier hielt Joseph noch nicht inne, sondern indem er nur seine Wünsche, die immer grenzenlos waren, in Betracht zog, verlangte er ferner nicht allein Istrien und Dalmatien, soweit es zu Venedig gehörte, sondern auch das große und fruchtbare Gebiet, welches diese Republik auf dem Festlande besaß, also das Land zwischen dem Adriatischen Meer und der Adda. Joseph verfuhr, als ob die übrige Welt nur um Österreichs willen vorhanden wäre, und Venedig verdiente nach seiner Ansicht ohnehin ein solches Schicksal; denn die Republik habe mit List und indem sie von den Umständen und Augenblicken der Schwäche Nutzen zog, alles, was sie besitze, seinem Staate genommen. Doch wollte Joseph nicht gar zu strenge mit Venedig ins Gericht gehen, und so wies er denn mit kaiserlicher Milde auf Morea, Kandia, Cypern und die vielen Inseln des Archipelagus hin, welche dasselbe reichlich entschädigen könnten.

So weit äußerte sich Joseph zustimmend; was dagegen die

1) Arneth, Katharina II. und Joseph II., Vorrede S. XIX, Anm.

Ausführbarkeit betrifft, so hatte er mehr Bedenken als Katharina. Er fürchtete, und wir dürfen sagen, mit Recht, daß Friedrich ungeachtet seines Alters nicht würde ruhig bleiben, und er behauptete weiter, daß die beiden bourbonischen Höfe durch ihre Flotten die Operationen der Russen mindestens sehr erschweren und durch ihre Landheere seine Besitzungen in Italien, am Rhein und in den Niederlanden bedrohen könnten. Daher müßte man, schrieb er, wenn man auf Erfolg rechnen wollte, Frankreich gewinnen, indem man ihm Ägypten und einige kleinere Stücke der Türkei anböte, damit es, wenn es nicht mitwirkte, doch wenigstens kein Hindernis in den Weg legte. Man müßte ferner Preußen in der Art im Zaume halten, daß die Kaiserin 40—50 000 Mann an der livländischen Grenze oder noch besser in Polen längs der Weichsel und Wartha aufstellte, und er das Hauptheer in Böhmen und Mähren versammelte, wobei er immer noch 60—80 000 Mann anderswo gegen die Pforte würde verwenden können. Außerdem müßte man Sachsen von Preußen losmachen. Wenn die Kaiserin den von ihm genannten kleinen Erwerbungen ihre Zustimmung gebe, und er Sicherheit gegen Frankreich und Preußen bekomme, schrieb er zehn Tage später, so wolle er ihr mit aller Kraft und Schnelligkeit bei ihren Plänen helfen. Seine wahre Meinung aber ging keineswegs dahin; er versicherte nämlich am folgenden Tage seinem Bruder Leopold: „Ich wünschte aufrichtig, daß der Krieg nicht stattfände und die Türken klug genug wären, den Umständen zu weichen und zu thun, was die Kaiserin verlangt“ [1]).

Auch Leopold fand es unbegreiflich, wie eine Herrscherin von ihrem Talent und ihrer Erfahrung ein so großes Unterfangen so leicht nehmen könnte. Mit der Erwerbung, welche der Bruder forderte, war er ganz einverstanden; sie sei die vorteilhafteste für die Monarchie, schrieb er, aber er bezweifelte die Ausführbarkeit des Planes. Die Türken waren ihm noch nicht geschwächt und die Russen nicht stark genug in Cherson

1) Arneth a. a. O., S. 169 ff. und 175. Arneth, Joseph und Leopold I, 140; vgl. S. 141 (16. Dezember); Leopolds Antwort S. 144.

und auf dem Schwarzen Meere. Das Haupthindernis aber sah er, wie Joseph, in Frankreich und Preußen. „Niemals werden diese", schrieb er, „eine solche Teilung des türkischen Reiches zugeben, welche die Stärke der beiden Kaiserhöfe und besonders die Deinige so beträchtlich vermehren und Dir Gelegenheit geben würde, eine Seemacht zu werden und den Franzosen den ganzen Levantehandel zu entreißen." Darum erachtete Leopold es für wünschenswert, daß England und Frankreich noch einige Jahre mit einander Krieg führten und sich gegenseitig schwächten. „Wenn letzteres alle Hände voll zu thun hätte", fuhr er fort, „und es ihm an Geld und andern Hilfsmittel mangelte, würde Preußen nichts allein zu unternehmen wagen und durch die beiden Kaiserhöfe im Zaume gehalten werden können. Man wird imstande sein, nach Belieben zu verfahren, und die Türken sind verloren. Aber wenn Frankreich handeln kann und will, und besonders wenn es mit England Frieden schließt und sich schlechterdings diesem Plane widersetzt, alsdann muß man ihm, glaub' ich, entsagen; denn man dürfte nicht hoffen, eine Erwerbung zu machen, welche so vorteilhaft wäre, daß sie die Übel aufwöge, die ein allgemeiner Krieg der Monarchie verursachen würde."

Joseph und Leopold hatten ganz recht, wenn sie Frankreich und Preußen fürchteten. Jenes war noch mit dem englischen Kriege beschäftigt, aber Friedrich hatte die Hände frei und sann fortwährend auf Gegenmaßregeln, wenn er auch von den Verabredungen der beiden Kaiserhöfe keine nähere Kenntnis besaß. Merkwürdig ist es, daß er eine Zeit lang ernstlich an ein Bündnis mit Rußland und England dachte, wozu allenfalls auch noch Dänemark treten könnte. Wir sehen, in welchem Irrtum er befangen war, und er würde sehr verwundert gewesen sein, wenn er gehört hätte, wie Katharina gleichfalls eine solche Tripelallianz in einem gewissen Fall als wünschenswert bezeichnete, jedoch nicht mit ihm, sondern mit Österreich.

Aber nur kurze Zeit jagte der König dem Traumbilde nach und kehrte dann von dem falschen Pfade zurück. „Es muß einen geheimen Vertrag, ein mündliches Versprechen oder irgend-

eine persönliche Verbindung geben", schrieb er am 23. August an Görtz, „woraus allein das gegenwärtige Verhalten der Kaiserin hervorgeht." Die Zeit für die Ausführung ihres großen Planes erscheint ihm sehr günstig, und er meint, sie müsse jetzt es thun oder nie. Er hört, daß die russischen Kriegsvorbereitungen sich vervielfältigen, und er schreibt eigenhändig an seinen vertrautesten Minister: „Ich möchte wetten, die Russen werden noch die Unverschämtheit haben, von mir Hilfsgelder zu verlangen." Um so mehr freut er sich über die Friedensaussicht, die im Westen erglänzt, und er glaubt nicht mit Unrecht, daß Frankreich eben wegen der im Osten drohenden Verwickelungen sich bereitwilliger gezeigt habe, dem Hofe von St. James näher zu treten [1]).

Am 19. Dezember schreibt Friedrich eigenhändig eine ganze Quartseite politischer Betrachtungen an Finckenstein. Preußen, meinte er, muß sich ruhig verhalten und sehen, ob die beiden Kaiserhöfe die Entwürfe, die man ihnen zuschreibt, in Angriff nehmen, und was Frankreich und England in diesem Falle thun werden. Auf zwei Arten, glaubt er, könne er sich dann entscheiden. Wenn Rußland und Preußen einerseits und die Höfe von Wien und Versailles anderseits ganz und gar sich entzweien, so müsse er ein Bündnis mit letzterem schließen. Oder vielleicht könnten ihm einige kriegerische Bewegungen, die er nach dem zweiten Feldzuge vornähme, eine Abrundung auf der polnischen Seite verschaffen, ohne daß es zu einem Bruche mit Rußland käme. „Der Vorteil der zweiten Entscheidung würde darin bestehen", schrieb Friedrich, „daß er trotz des ungleichen Besitzes ein gewisses Gleichgewicht der Macht bewahrte gegenüber den großen Erwerbungen, welche Rußland und Österreich unfehlbar machen würden." Friedrich dachte ganz ebenso wie Maria Theresia im Jahre 1771. Daß die beiden Kaiserhöfe die Türkei mit einander teilen sollten, will er um keinen Preis zugeben, wenn sie sich nicht vorher mit ihm verständigen [2]).

1) Ségur, Politique de tous les cabinets de l'Europe III, 203.
2) An Görz 4. Januar 1783.

Daher ist es für ihn die Hauptfrage, ob Katharina den großen Plan ausführen oder auf die Krim sich beschränken werde.

Der Kaiserin lag alles daran, die Türken aus Europa zu verjagen und dadurch einen unvergleichlichen Ruhm zu erwerben. Deshalb gab sie in der Unterhandlung mit dem österreichischen Gesandten, die im Dezember 1782 in Petersburg geführt wurde, so viel als möglich nach. Da der Kaiser durchaus Frankreich gewinnen wollte, sagte sie zu dem Grafen Cobenzl: „Ich werde wie Harpagon im Lustspiel sprechen: Geben wir, aber so wenig als möglich“ [1]). Und in ihrem Antwortschreiben vom 15. Januar 1783 überließ sie es gänzlich ihrem neuen Bundesgenossen, zu der Zeit, wenn er es für gut finden würde, mit Frankreich über die Vorteile zu unterhandeln, die es für seine Unthätigkeit erhalten sollte.

Desgleichen erklärte Katharina sich damit einverstanden, daß Joseph zur Beobachtung Friedrichs ein Heer in Böhmen und Mähren aufstellte. Dasselbe wollte sie an der schwedischen und polnischen Küste thun; sie hielt es aber für unklug, die Truppen weiter hinein nach Polen zu schicken. Man würde dadurch, meinte sie, den König von Preußen beunruhigen, während es gerade darauf ankäme, ihn zum Stillsitzen zu bewegen; und letzteres schien ihr möglich, wenn er nichts für seine Länder zu fürchten hätte. Sachsen wollte sie, gewarnt durch den Siebenjährigen Krieg, keinen thätigen Anteil nehmen lassen, sondern es sollte besser neutral bleiben und durch die Aussicht auf ein säkularisiertes Bistum oder einen ähnlichen Vorteil gewonnen werden, in Reichsangelegenheiten mit dem Kaiser zu gehen.

Man sieht, Katharina nimmt die Vorschläge Josephs an, sie weicht nur wenig ab, und wo sie es thut, bringt sie gute Gründe vor. Dagegen bei den vom Kaiser ins Auge gefaßten Erwerbungen fand sie mehr zu bemerken. Es mißfiel ihr, daß das neue griechische Reich so sehr verkleinert werden sollte, und sie wünschte darum, daß Morea und der Archipelagus davon

1) Beer, Die oriental. Politik Österreichs seit 1774, S. 59.

keineswegs losgerissen werden möchten. Noch weniger wollte sie sich die Venetianer zu Feinden machen. Sonst aber war sie bereit, dem Kaiser die gleichen Vorteile wie sich selber zu verschaffen, und da beide jetzt in den wesentlichsten Punkten einig wären, schlug sie vor, daß Joseph über die von ihnen zu machenden Erwerbungen und den Operationsplan mit ihr in Unterhandlung treten sollte. Sie ahnte nicht, wie empfindlich sie den Eigensinn des Kaisers verwundete, welchem gerade die venetianischen Besitzungen sehr am Herzen lagen. Katharina habe so lange nachgedacht, und es sei wenig dabei herausgekommen, spottete Joseph, oder vielmehr viel; denn man sehe deutlich, es gelüste sie nur, ihn zum Narren zu halten. Jedoch sie habe sich nicht an den Rechten gewendet, der an ihren Köder anbeißen wolle. Er nahm sich vor, ihr darüber die Augen zu öffnen [1]).

Auch Joseph ließ einige Wochen verstreichen. Als er dann die von ihm aufgesetzte Antwort dem Staatskanzler zeigte, da erschrak dieser doch über die Fassung, die vielleicht einen Bruch herbeiführen könnte. Der Kaiser nahm nun wohl einige Änderungen vor, aber so weit ging er keineswegs, wie Kaunitz geraten. Er schickte demselben eine Abschrift seines Briefes am 24. Februar 1783 mit der Erklärung, die Augen seien ihm davon so angestrengt worden, daß er ohne besonders wichtige Gründe die Arbeit nicht noch einmal machen möchte.

Wir wissen nicht, ob das Schreiben in der That ungeändert geblieben ist; aber auch so, wie es lautet, klang es schrill. Katharina hatte drei Forderungen an die Pforte gestellt, und Joseph sie hierbei nicht nur durch Vorstellungen in Konstantinopel, sondern auch durch Rüstungen, die er machte, sehr unterstützt. Dadurch waren die Türken veranlaßt worden, durch ihre Antwort Rußland zufrieden zu stellen. Es wäre das, meinte nun Joseph, in einer solchen Weise geschehen, daß die

1) Arneth, Katharina II. und Joseph II., Vorrede, S. xxi, Anm. Hiernach muß der Brief des Kaisers an Leopold bei Arneth, Joseph II. und Leopold II, 148 nicht vom 3. Januar, sondern vom 3. Februar sein, und mit diesem Datum stimmen auch die andern Angaben.

Kaiserin auch bei der weitesten Auslegung der Verträge, welche sie mit dem Sultan geschlossen, nicht mehr in Anspruch nehmen könnte, und sie hätte ja nur dann ihren großen Plan ausführen wollen, wenn die Pforte ihre drei Forderungen ablehnte.

So war allerdings in Katharinas Briefe vom 21. September 1782 zu lesen gewesen. Aber gab ihr Joseph nicht Grund zu zürnen, wenn er das, was sie des Scheines wegen geschrieben, so wörtlich nahm? Er verhehlte dann keineswegs, wie er, wenn die Lage der Dinge durch die Antwort der Pforte nicht ganz und gar verändert worden wäre, nachdrücklich und unwiderruflich auf den Forderungen, die er früher gestellt hätte, bestehen müßte. Indem er noch hinzufügte, daß ein Jahr früher oder später in der Politik einen sehr großen Unterschied inbezug auf die Wahrscheinlichkeit des Erfolges ausmache, wies er auf den Abschluß der Friedenspräliminarien zwischen Frankreich und England hin; doch würden vielleicht weder jene Antwort der Pforte noch dieser Umstand ihm Zurückhaltung gepredigt haben, wenn seine Vergrößerungspläne gebilligt worden wären.

Heftig erschrak Katharina über den Brief des Kaisers. Viele Jahre hatte sich ihre Seele mit dem Plane der Vertreibung der Türken getragen, und als ihr die Zeit der Erfüllung gekommen zu sein schien, empfing sie eine Absage. Niedergeschlagen antwortete sie: „Die Erfahrung hat mich längst gelehrt, wie wenig auf die Versprechungen der Türken zu rechnen ist. Ich habe mich deshalb, von der höchsten Achtung und dem größten Vertrauen gegen Joseph II. erfüllt, an Ew. Kaiserl. Maj. gewendet, indem ich nicht zweifelte, daß er wie Cäsar einen nützlichen, großen und eines Cäsars würdigen Plan nicht allein annehmen, sondern auch ungesäumt ausführen würde. Ein Augenblick hat alle Hoffnung zerstört; Ew. Kaiserl. Maj. finden, daß die Dinge sich geändert haben. Es ist wahr, zwischen den kriegführenden Mächten ist Friede geschlossen worden. Trotzdem können die gemeinschaftlichen Interessen beider Staaten sich nicht ändern." Die Worte der Kaiserin klingen gelassen;

aber der Unmut nagte so stark an ihrem Herzen, daß sie sehr krank ward, ein hitziges Fieber bedrohte sie, und nach 14 Tagen war sie noch nicht gänzlich wiederhergestellt [1]).

Welche Freude würde das Schreiben des Kaisers vom 25. Februar dem Könige von Preußen bereitet haben! Er hatte wohl Streitigkeiten über die Teilung der Beute zwischen den beiden Kaiserhöfen erwartet, jedoch nicht am Anfang des Krieges, sondern erst nach dem zweiten Feldzuge. Mittlerweile waren von Görtz einige nicht unwichtige Nachrichten eingelaufen. Bereits im Beginn des Januars sprach man laut in den Hofkreisen von Petersburg davon, daß die Krim dem russischen Reiche gänzlich einverleibt werden müsse. Hierüber jedoch beunruhigte sich der König nicht; es sei ihm sehr gleichgültig, schrieb er zurück, ob man das thue oder den Chan fortbestehen lasse [2]). Weit mehr fiel dagegen ins Gewicht, was er über die Teilung der Türkei vernahm. Görtz erwähnte sowohl der Herstellung des griechischen Reiches als auch der Gründung eines neuen, unabhängigen, die Walachei nnd Moldau umfassenden Fürstentums, und nach dem, was er erfahren, wollte Katharina nicht allein Oczakow und Gebiet, sondern auch die Krim nehmen und Bosnien, Serbien und Belgrad an den Kaiser überlassen. Und ungefähr dahin mag die Absicht der Kaiserin gegangen sein. Ihre Schwiegertochter trug damals das dritte Kind unter dem Herzen. „Das muß der Großmogul werden", sagte Friedrich, als er davon hörte [3]).

In Erwartung des russisch-türkischen Krieges dachte der

1) Josephs Brief ist vom 25. Februar 1783. Ein russischer Eilbote kam den 12. März mit einem Briefe des Kaisers nach Petersburg (Raumer V, 574). Die Antwort Katharinas trägt das Datum des 29. Febr. a. St., obwohl 1783 kein Schaltjahr war, und sie muß bald geantwortet haben, da sich ihr Schreiben am 28. März in Josephs Händen befand. Am 1. April meldete Görtz, die Kaiserin sei seit etwa 10 Tagen sehr krank, und am 4. April: der Großfürst habe zu seiner Gemahlin gesagt, eine Nachricht vom Kaiser sei die Ursache der Krankheit.

2) Görtz 7. Januar 1783. Friedrich 21. Januar.

3) Esterno 4. Februar bei Raumer, Beiträge V, 569.

König daran, nach einiger Zeit Frankreich zu fragen, was es thun wolle, da es nach abgeschlossenem Frieden mit größerem Freimute darüber sich äußern könne. Jedoch in Paris war man schon auf die drohenden Veränderungen der Karte des östlichen Europas aufmerksam geworden. Bereits im Januar hatte Vergennes eine Denkschrift über die Notwendigkeit, jede Zergliederung der europäischen Türkei zu verhindern, im Staatsrate vorgelesen [1]). Der Handel, welchen die Franzosen mit dem türkischen Reiche trieben, war zu bedeutend und einträglich, als daß man die Teilungspläne der Kaiserhöfe hätte begünstigen können. Vergennes riet also, man solle das Heer auf 180 000 Mann bringen; dazu brauche man 3 Jahre, und 5 Jahre würden Rußland und Österreich zur Ausführung ihrer Entwürfe nötig haben. In einer zweiten Unterredung, welche der französische Minister mit Goltz hatte, sprach er von der Ungeduld, mit welcher er zu erfahren wünschte, was für einen Eindruck die Nachricht von den abgeschlossenen Präliminarien auf Katharina gemacht hätte. Vergennes gedachte weiter eines Briefes, den Joseph geschrieben, um ihr begreiflich zu machen, welchen Einfluß auf die Pläne der beiden Kaiserhöfe der Friede haben könnte. Wenn der französische Minister darin einen Beweis von der Klugheit Josephs erblickte, so konnte er dagegen es nicht fassen, daß der Kaiser trotzdem mitwirken und eine russische Kreatur so nahe bei sich als Hospodar dulden wolle. Der Minister wünschte ferner, mit Preußen vertraulich und geheim Nachrichten auszutauschen. Er schickte weiter eine Denkschrift an die beiden Kaiserhöfe, fragte nach ihren neuen Beschwerden und erklärte sich mit Vergnügen bereit, an der Abstellung derselben mitzuarbeiten. Übrigens teilten sich in den Hofkreisen die Ansichten über das Verhalten, welches Frankreich einschlagen sollte. Die einen sagten: die Gefahr einer Zerstückelung der Türkei müßte die Höfe von Versailles und Berlin

1) Friedrich an Finckenstein 4. Februar 1783, Nachrichten aus Paris vom 24. Januar, inliegend in dem Schreiben Friedrichs an Finckenstein vom 6. Februar (Geh. Kab.-Akten).

einander nähern, weil nur diese beiden sie verhindern könnten. Die andern meinten: von dieser Lage der Dinge müßte man Nutzen ziehen, Brabant von Österreich verlangen und Ägypten erobern [1]).

Inzwischen hatte sich die Kaiserin von Rußland wieder erholt und einen Entschluß gefaßt. Ihre drei Forderungen waren zwar von den Türken angenommen worden, und große Vorteile standen für den russischen Handel durch einen Vertrag, über welchen damals ihr Gesandter mit dem Divan beriet, in naher Aussicht; aber dadurch ließ Katharina sich nicht abhalten, eine neue schwere Wunde der Pforte beizubringen, indem sie vorgab, ein türkischer Offizier hätte die Halbinsel Taman im Namen des Sultans in Besitz genommen und dem Abgesandten des Chans, welcher nach dem Grunde sich erkundigte, den Kopf abschlagen lassen [2]). Ohne den Türken auch nur die neue Beschwerde vorzulegen, beschloß Katharina, ihrem Reiche die Krim, die Halbinsel Taman und den Kuban einzuverleiben. Am 18. April machte sie dem Kaiser davon Mitteilung. Sie habe, schrieb sie, da der größere Plan zunächst unausführbar wäre, sich einen beschränkteren ausgesucht, der weniger die Eifersucht der Nachbarn erregen und ihren Widerstand hervorrufen würde. Sie rechnete bei ihrem gegenwärtigen Unternehmen auf die Unthätigkeit des französischen Hofes teils wegen der Erschöpfung seiner Finanzen und teils wegen der Gefahr, die er liefe, das Bündnis mit Österreich zu verlieren. Damit deutete sie dem Kaiser an, wie er ihr in Versailles nützlich werden könnte. Sie suchte weiter Joseph vor Preußen zu beruhigen, indem sie vorstellte, daß Friedrich II. zur Vereinigung der russischen und österreichischen Streitkräfte nicht ein zweites Mal Anlaß geben würde. Katharina hielt sich für stark genug, um diesen Plan allein auszuführen; aber sie unterließ weder hier, noch in dem folgenden Briefe, geschickt einzuflechten, ob Joseph nicht das, was in früheren Jahrhunderten an die

1) Goltz 17. März. 4. April.

2) Was die Türken darüber erfuhren, erzählt Zinkeisen VI, 387.

Pforte verloren gegangen wäre, wiedergewinnen und durch ausgezeichnete Siege sowohl als nützliche Eroberungen seine Regierung verherrlichen möchte [1]).

Der Kaiser weilte damals fern im südlichen Ungarn; Kaunitz aber schickte nicht nur das Schreiben Katharinas nach, sondern auch sein Gutachten, und diesmal riet er, mit Rußland gemeinschaftliche Sache zu machen. In Peterwardein antwortete Joseph der Kaiserin und dem Staatskanzler. Er stutzte, wie im Anfange des bayerischen Erbfolgekrieges, vor der Stunde der Entscheidung und wollte Zeit gewinnen, um noch bessere Vorkehrungen zu treffen und unter günstigeren Umständen einen Schlag zu versetzen. Er wünschte der Kaiserin Glück zu der sehr wichtigen Erwerbung, welche sie sich anschickte zu machen, und drückte die Hoffnung aus, daß dies ohne Krieg geschehen würde. Er wollte seinerseits durch Vorstellungen in Konstantinopel und Rüstungen an seiner Grenze dazu beitragen. Er rechnet aber auch auf Vergeltung, wenn für ihn eine günstige Gelegenheit sich bietet. Die Lockspeise, die ihm Katharina vorhält, bleibt unberührt; er weist vielmehr abermals auf sein Schreiben vom 13. November hin, wo er angegeben habe, was die Pflichten gegen seinen Staat und die Interessen seiner Monarchie von ihm verlangen. Dem Staatskanzler trägt er außerdem noch auf, in Petersburg geltend zu machen: wenn man zu den Waffen greife, so entzünde man einen allgemeinen Krieg, welcher die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könne, besonders vonseiten Frankreichs und Preußens, während man, so lange man nichts thue, die Türken und die Höfe von Berlin und Versailles im Schach und in der Schwebe halte [2]). In Konstantinopel wollte Joseph den Frieden mit den Russen empfehlen und von Frankreich eine bestimmte Antwort über

1) Arneth, Katharina und Joseph, S. 198. 201.

2) Ich lese tenir en échec et suspens statt des sinnlosen suspects bei Beer, Joseph II. Leopold II. und Kaunitz, S. 132. Der Kaiser braucht dieselbe Redensart (tenir en suspens) an demselben Tage noch einmal in dem Brief an die Kaiserin (Arneth, S. 203).

die Stellung, die es zu dem Plane Katharinas einzunehmen gedenke, verlangen, um genau zu wissen, ob es im Vereine mit Preußen der Kaiserin von Rußland entgegentreten oder sich willfährig zeigen würde und welchen Vorteil es haben wollte, wenn das türkische Reich aufhörte zu bestehen. Man sieht, Joseph bescheidet sich, aber nicht, ohne dabei eine weite Aussicht zu nehmen. Er rüstete dann mit solchem Eifer, daß die Fonds um 2 Prozent fielen, und der erschreckte französische Geschäftsträger einen Eilboten nach Paris sandte [1]).

Dort hatte man in den letzten Tagen des Monats Mai von dem neuen Plane Katharinas gehört, und es fragte sich nun, was man thun sollte. Briefe, die aus Konstantinopel von dem französischen Gesandten kamen, veranlaßten dann zwei Kabinettssitzungen. Vergennes empfahl, ein starkes Geschwader im Archipel kreuzen zu lassen, vorher solle man sich aber mit England verständigen und dann die Kaiserin Katharina von den Schritten benachrichtigen, die Frankreich nicht umhin könne zugunsten der Türken zu thun.

Der Ratschlag, welchen Vergennes gab, ward angenommen. Nach Toulon ging der Befehl, eine Anzahl Linienschiffe zum Auslaufen fertig zu halten; außerdem sorgte man dafür, nötigenfalls den Türken Geschütze mit Kanonieren und Ingenieuren schicken zu können. Wenn die starken österreichischen Rüstungen die Franzosen erschreckten, so daß sie an einen nahen Ausbruch des Krieges glaubten, so erregten umgekehrt die 12 Schiffe, die in Toulon, und die 17, die in Cadix ausgerüstet lagen, die Aufmerksamkeit der russischen Gesandten [2]). In Wien übergab der französische Geschäftsträger eine Note, worin der Kaiser dringend aufgefordert wurde, sich mit Ludwig XVI. zu verständigen oder wenigstens bei Katharina II. seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um die russische Besitznahme der tatarischen Landschaften zu verhindern [3]). Nach Petersburg trug ein Eil-

1) Friedrich an Goltz 10. Juni (Mediat).

2) Friedrich an Goltz 10. Juni (Mediat). Goltz 6., 20., 27. und 30. Juni.

3) Flassan VII, 378.

bote wichtige Papiere, deren Inhalt Friedrich der Große zuvor kennen lernen sollte.

Von ihrer Absicht, die Krim sich einzuverleiben, hatte den König von Preußen die Kaiserin selbst in Kenntnis gesetzt. Als Ostermann dem Grafen Görtz die Mitteilung gemacht, fragte letzterer, ob die Türken zugestanden hätten, das, was auf Taman geschehen war, verschuldet zu haben. Der Vizekanzler antwortete: „Die Leute dort haben gesagt, daß sie auf Befehl der Pforte handelten“ [1]). In Berlin selbst überreichte der russische Gesandte, Fürst Dolgoruki, am 31. Mai eine Erklärung über denselben Gegenstand. Friedrich ließ nur für die Mitteilung danken; er wollte keinen Krieg billigen, dessen Folgen er nicht vorhersehen konnte, über welchen er nicht zu Rate gezogen und der mit einer Macht verabredet worden war, die er Grund zu haben glaubte als seinen geheimen Feind zu betrachten [2]).

Am 26. Juni traf der Eilbote, welcher acht Tage zuvor Paris verlassen, auf seinem Wege nach Petersburg in Berlin ein. Der Graf Esterno unterrichtete den Minister Hertzberg von den Beschlüssen des Hofes von Versailles, und Friedrich war nun sehr begierig zu erfahren, wie sich Joseph gegen Frankreich erklären würde [3]). Letzteres geschah im Anfange des folgenden Monats. Durch den Grafen Mercy ließ der Kaiser sagen: er könne schwer neutral bleiben, wenn die Türken darauf beharrten, Rußlands Forderungen zu verwerfen, und so geneigt er gewesen sei, den Verpflichtungen, die er gegen die Kaiserin eingegangen, auszuweichen, so sehe er jetzt keine Möglichkeit mehr, weiter so zu verfahren [4]).

Offenbar wollte Joseph durch diese Erklärung nur seiner Verbündeten hilfreich sein, welcher beinahe zu derselben Zeit der Marquis de Vérac die Befehle seines Hofes ausrichtete.

1) Görtz 20. Mai.

2) An Görtz 7. Juni (Mediat).

3) Hertzberg 27. Juni (Geh. Kab.-Akten). Friedrich an Goltz 29. Juni (Mediat).

4) Sandoz Rollin (bei der preußischen Gesandtschaft in Paris) 4. Juni.

Ludwig XVI. bot, indem er sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß Rußland von den Zugeständnissen der Pforte nicht befriedigt wäre, seine Vermittelung mit dem Bemerken an, daß die Besitznahme der Krim unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte. Der Vizekanzler entgegnete: „Der Entschluß der Kaiserin, sich jener Gebiete zu bemächtigen, steht fest; in diesem Augenblicke sind sie wahrscheinlich bereits unterworfen und haben die Huldigung geleistet. Die Kaiserin kann also keinen Schritt zurückthun, ohne ihrer Würde zu vergeben, und sie wird genötigt sein, die angetragene Vermittelung abzulehnen [1]).

Ostermann that, als ob er der Kaiserin erst Mitteilung machen würde; jedoch er sagte ganz ohne Zweifel nur das, was ihm befohlen worden war. Katharina behandelte Frankreich trocken abweisend; dagegen suchte sie wie schon früher so auch jetzt wieder Preußen durch Freundlichkeit zu beruhigen und zu fesseln. Am 4. Juli verlangte der Fürst Dolgoruki eine Zusammenkunft mit Hertzberg und las ihm dann ein sehr wichtiges Schreiben des Grafen Ostermann vor, worin das, was vor zwei Jahren geschehen war, als ein ganz neues Ereignis dargestellt wurde: die beiden kaiserlichen Majestäten hätten durch unmittelbaren Briefverkehr die alten Verträge durch Bestimmungen erneuert, die eine gegenseitige Garantie aller ihrer Besitzungen und ein Schutzbündnis enthielten nach Art und Weise desjenigen, welches die Kaiserin mit Preußen und Dänemark geschlossen; die Verträge mit diesen beiden Mächten und der Friede von Teschen würden also davon nicht berührt und blieben in Kraft; durch das neue Bündnis wolle man hauptsächlich die Pforte in gehörigen Schranken [2]) halten und sie außerstand setzen, die Ruhe ihrer Nachbarn zu stören.

„Da haben wir unsern Abschied vom Petersburger Hofe", schrieb der König mit eigener Hand unter die Weisung, durch

1) Görtz 8. Juli.

2) Dans de justes bornes und nicht des, wie bei Zinkeisen VI, 931 abgedruckt ist; der Brief Friedrichs, ebd. S. 932, ist vom 5. (nicht vom 4.), und der folgende von Hertzberg vom 6., nicht vom 7. Die Zahlen sind ganz deutlich.

welche der Minister den Auftrag empfing, für die Mitteilung einfach zu danken. Er begnügte sich aber keineswegs mit der Auskunft, die er von Dolgoruki erhalten, sondern er ließ in Petersburg fragen, ob die beiden Kaiserhöfe den Vertrag von 1746, auf Grund dessen er im Siebenjährigen Kriege von ihnen bekämpft worden war, ebenfalls erneuert hätten. Ostermann verneinte dies mit Bestimmtheit und setzte noch hinzu: von Anfang ihrer Regierung an bis zu diesem Tage habe die Kaiserin dem Könige die schlagendsten Beweise von Freundschaft und treuer Erfüllung der einmal übernommenen Verpflichtungen gegeben; es würde sie betrüben, wenn darüber in Zukunft einmal vonseiten des Königs der geringste Zweifel aufkäme, während sie alles vermeiden würde, was die zwischen ihnen bestehende Freundschaft irgendwie stören könnte [1]).

Die Antwort klang sehr freundschaftlich und enthielt auch viel Wahrheit; aber auf der andern Seite war doch richtig, was Görtz im April dem Grafen Ostermann einmal angedeutet hatte, daß das alte Vertrauen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg nicht mehr vorhanden wäre, wie denn der König über die türkischen Angelegenheiten nichts erführe [2]). Katharina wollte mit Friedrich dem Großen Freundschaft halten, wenn er sie nach Belieben schalten ließe. Sollte er ihrer maßlosen Vergrößerung und noch mehr der des Kaisers ruhig zusehen? Welchen ungeheuren Preis Joseph verlangte, wenn er bei der Zerstörung des türkischen Reiches in Europa mitwirkte, das wissen wir, und er hatte die Kaiserin am 19. Mai noch einmal daran erinnert. Aber auch für den Fall, daß Katharina die Krim ohne Krieg erwürbe, wünschte Joseph einen kleinen Gewinn zu machen. Noch nicht zurückgekehrt von seiner Reise, schrieb er am 5. Juli darüber aus Ungarn an den Staatskanzler. Er wollte die kleine Walachei, die beiden Ufer

1) Görtz 1. August. Die Unterredung fand am 30. Juli und nicht am 29. statt, wie Zinkeisen VI, 414 schreibt. Auch habe ich nicht gefunden, daß Ostermann das ewige Drängen des Gesandten sehr übel aufgenommen hätte.

2) Görtz 22. April.

der Save von Sabatsch bis zur Unna und das Gebiet dieses Flusses zwischen Slavonien und Kroatien gewinnen und außerdem noch die Schleifung der wieder aufgebauten Festungswerke von Belgrad und Orsova verlangen. Er rechnete dabei nicht allein auf den neuen, sondern auch auf den alten Verbündeten, daß sie ihm hierzu behilflich sein würden, obwohl er doch geschrieben hatte: „Frankreich scheint nichts mehr zu fürchten als den Krieg und meine Vergrößerung." Aber er glaubte, daß die traurige Lage dieses Landes ihm helfen werde; der Friede mit England sei noch nicht endgültig geschlossen, die Finanzen, das Landheer, die Reiterei befinde sich in einem sehr schlechten Zustande. Könne da Frankreich das Bündnis mit ihm lösen und ihn auf die Seite von Rußland und England treiben, ohne daß es einen andern Beistand als den König von Preußen habe? Und der werde wohl auch nicht geneigt sein, den Schild gegen die beiden Kaiserreiche zu erheben und vielleicht die Zeche zu bezahlen [1]).

Bei seiner Rückkehr von der Reise wollte Joseph hören, was der Staatskanzler von diesem Plane dächte. Wie war er aber erstaunt, als Kaunitz ihm vorschlug, er solle in die Moldau und Walachei marschieren und so Krieg anfangen, oder er solle den Frieden von Belgrad für abgelaufen erklären und zurückverlangen, was die Monarchie zu Passarowitz gewonnen hatte. Der Kaiser begriff nicht, wie ein Mann von Geist sich so etwas fest in den Kopf setzen und schon Depeschen für diesen Zweck fertig machen konnte. Er dagegen freute sich, daß er völlig bereit war eben sowohl wider die Türken als wider Preußen zu ziehen. „Ich will alle meine Freunde und meine Ruhe behalten", schrieb er am 10. August an seinen Bruder Leopold, „wofern ich nicht imstande bin, einen großen Streich auszuführen und eine Erwerbung mir zu verschaffen, welche die Kosten und Gefahren eines Krieges aufwiegt. Ich spreche, wie Du merkst, von einer andern Seite. Ich behalte sie im Auge und lauere auf die erste gute Gelegenheit; ich will zu Ende

1) Beer, Joseph II., Leopold und Kaunitz, S. 134 (aus Schmöllnitz).

sein, bevor man auch nur von dem Unternehmen hört. Es macht einen großen Unterschied aus, ob man das, was man genommen hat, nur verteidigt, oder es erst mit großer Mühe erobern soll" [1]). Zwei Tage später übergab sein Gesandter in Versailles eine schriftliche Antwort. Der Kaiser behauptete, zusammen mit Frankreich in Konstantinopel für den Frieden gearbeitet und sehr kostspielige Maßregeln zu dem Ende getroffen zu haben; er versprach, in dieser Gesinnung zu verharren, aber er meinte dann, es könnte doch der Fall eintreten, daß er den Russen helfen und für die eigene Sicherheit Sorge tragen müßte.

Die Antwort des Wiener Hofes erregte das größte Mißbehagen in Versailles und führte zu sehr ernsten Beratungen. Da Frankreich von dem letzten Kriege noch gänzlich erschöpft war und nach einem neuen kein Verlangen trug, wünschte Vergennes, die Pforte möchte die Krim freiwillig abtreten, weil dadurch vielleicht der Durst der Kaiserin nach Eroberungen gestillt und Österreich gehindert würde, gleichfalls Ansprüche zu erheben. Aber einen solchen Rat wollte der Leiter der französischen Politik nicht geben, damit die Pforte nicht etwa glauben könnte, sie würde von ihren Freunden verlassen, und nun Forderungen erfüllte, die geeignet wären, die osmanische Macht in Europa zu vernichten [2]). Jetzt aber stellte der Wiener Hof die Möglichkeit einer Teilnahme am Kriege gegen die Türken und an der Eroberung in Aussicht; wie sollte da das französische Kabinett nicht in Harnisch geraten? Vergennes meinte, die Kaiserin benutze die tatarische Sache nur, um daran die Ausführung des großen Planes zu knüpfen, und Joseph unterstütze sie darin ganz und gar, teils um sich zu vergrößern, hauptsächlich aber, um die Bande zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin zu zerreißen.

Vergennes hegte nur geringe Hoffnung, den Kaiser durch neue Vorstellungen von diesem Gedanken abzubringen; trotzdem

1) Arneth, Joseph und Leopold II., 165.

2) Goltz 28. Juli.

richtete man noch ein Abmahnungsschreiben an ihn und verlangte zugleich, daß er ebenfalls die Kaiserin drängen sollte, von der Einverleibung der Krim Abstand zu nehmen. Wenn er aber etwa deshalb schon bindende Verpflichtungen eingegangen wäre, so wollte man im schlimmsten Falle die Erwerbung zulassen, jedoch unter der Bedingung, daß Rußland keine Kriegsflotte dort errichten dürfte und die Höfe von Versailles, Wien und Berlin diese Verpflichtung garantierten.

Daß sich der Kaiser zu einer solchen Tripelallianz würde bewegen lassen, glaubte Vergennes freilich nicht, sondern er hielt, um ihm Furcht einzuflößen, ein Zusammengehen mit Preußen für notwendig und glaubte, daß letzteres sich dazu verstehen würde. Der Gang, welchen er in diesem Falle vorzeichnete, war folgender. Zuerst fordern beide Mächte gemeinschaftlich den Kaiser auf, nicht allein selber von seinen orientalischen Plänen abzustehen, sondern auch Katharina II. dahin zu bringen. Schlägt er nun letzteres ab und entsagt er für seine Person jeder Entschädigung, so will man sich aller drohenden Truppenbewegungen enthalten und die Russen und Türken sich selber überlassen. Denkt er dagegen gleichfalls eine Erwerbung zu machen, dann ist die preußische Mitwirkung notwendig.

Wie wenig kriegslustig war doch Vergennes! Er meinte, wenn die Türken sich den Übergang der tatarischen Landschaften in russische Herrschaft gefallen ließen und Joseph ein bis zwei türkische Provinzen wegnähme, so würde das Gleichgewicht zwischen dem Kaiser, Frankreich und Preußen gestört, aber es könnte dadurch leicht wieder hergestellt werden, daß auch die beiden letzteren auf einen Ersatz dächten. „Der König von Preußen wird einen solchen in seiner Nachbarschaft finden", schrieb der Minister, „und Frankreich hat ihn zur Hand." Vergennes wies damit auf Polen und die Niederlande hin. Diese Methode schien ihm nützlicher und sicherer als ein Krieg, welcher große Kosten verursachen und dessen Ausgang ebenso ungewiß sein würde, wie seine Dauer. Und von Friedrich dem Großen glaubte Vergennes, daß er bei seinem Alter ebenfalls

friedliche Erwerbungen vorziehen würde. Sollten dagegen die Höfe von Petersburg und Wien an die Ausführung ihres großen Planes gehen wollen, so erschien der Krieg dem Minister unvermeidlich; das Bündnis mit Österreich müßte dann als aufgelöst betrachtet und ein Freundschafts- und Garantievertrag mit Preußen geschlossen werden [1]).

Nach der Denkschrift des Grafen Vergennes hing der europäische Friede gänzlich von der Antwort ab, welche der Kaiser auf die französische Note geben würde. Zugleich aber setzte sich der Minister mit Spanien und Sardinien sowie mit dem Berliner Hofe schnell in Verbindung. Bereits am 22. August erschien Esterno, der französische Gesandte, bei dem Grafen Finckenstein und erklärte, der König von Frankreich sei unruhig über den Beschluß der Kaiserin von Rußland, die Krim zu nehmen, und er empfinde Schmerz über das Bündnis der beiden Kaiserhöfe, von welchem Joseph II. bisher keine Nachricht gegeben; dasselbe könne nur als ein Plan, die Pforte zu unterdrücken, und als ein Ereignis betrachtet werden, das in seinen Folgen das europäische Gleichgewicht zu stören imstande sei. Esterno versicherte weiter, daß Marie Antoinette keinen Einfluß im österreichischen Sinne mehr ausübe, besonders seit dem Tode der Mutter, sie sei jetzt mit festeren Banden an Frankreich geknüpft [2]).

Friedrich der Große, welcher sich damals in Schlesien befand, freute sich über das Erwachen Frankreichs, aber er wollte doch bedächtig vorgehen und die Unterhandlung in die Länge ziehen. In diesem Sinne mußte daher Finckenstein antworten [3]). Esterno hörte wenigstens mit Vergnügen, daß der König sein Bündnis mit Rußland als gelöst betrachtete. Noch an demselben Tage kam ein Eilbote mit wichtigen Papieren aus Frankreich, und so begab sich Esterno zum zweitenmale zu dem preußischen Minister und fragte, ob der König nicht geneigt wäre, mit Frankreich über Maßregeln sich zu vereinigen, um den

1) Die Denkschrift steht bei Flassan VII, 384 ff.
2) Finckenstein an Friedrich 22. August.
3) Friedrich an Finckenstein 26. und 28. August.

Sturm, welcher das europäische Staatensystem mit einem allgemeinen Umsturz bedrohe, zu beschwören [1]).

Friedrich war damals durch übertriebene Nachrichten aus Petersburg besonders aufgeregt. Obwohl er am 3. September sehr ermüdet von seiner Reise zurückkehrte, setzte er sich doch noch an den Schreibtisch, um dem Grafen Finckenstein mitzuteilen, daß er bei dieser Lage der Dinge das Bündnis mit der Kaiserin unmöglich festhalten könnte; das würde ja heißen, auf Gnade und Ungnade sich ihr ergeben. Und er glaubte, einer Frau, die ihren Mann habe umbringen lassen, nicht so viel Vertrauen schenken zu dürfen. Er hielt es darum für unumgänglich notwendig, sich mit derjenigen Macht zu verbinden, die sich ihm darböte, nämlich Frankreich. Und bei diesen Ansichten blieb er, obwohl Hertzberg, der sich manchmal veranlaßt fühlte, seine abweichenden Meinungen dem Könige mitzuteilen, von einem solchen Bündnis abriet. Soll er ruhig zusehen, wie die beiden Kaiserhöfe die Pforte bekriegen und Erwerbungen machen? Soll er sich dann, ohne Bundesgenossen zu haben, von ihnen angreifen lassen? „Wenn die Vorsehung nicht augenscheinlich Beistand leistete", schrieb er an Finckenstein, „so würden sie Preußen wahrscheinlich zertrümmern können."

Zwei Mittel sieht Friedrich hiergegen: gute Allianzen schließen und dem Feinde zuvorkommen. Er hält es für besser, wenn sich die Russen und Österreicher im Kriege mit den Türken befinden und von den Spaniern und Franzosen in Italien, von den Franzosen in Flandern angegriffen werden, diesen Mächten sich zuzugesellen. Jedoch er will nichts übereilen, sondern bedächtig handeln, um bei Schließung des Vertrages das Jahr 1784 zu gewinnen; „dann haben", meint er, „Österreich und Rußland die Ausgaben für zwei Feldzüge gemacht, Menschen durch die Pest verloren, vielleicht auch noch andere Unfälle erlitten, und wir werden leichteres Spiel haben."

Indem aber der König über seine Lage weiter nachdenkt, erinnert er sich an einen alten Gedanken, und er hält es für

1) Finckenstein an Friedrich 2. September.

notwendig, von den Franzosen zu verlangen, daß ein Fürstenbund zur Aufrechterhaltung der Verfassung und der Privilegien des Reiches gebildet würde. Der Kaiser hatte das Land ob der Enns eigenmächtig von der Diöcese Passau getrennt, und diese Angelegenheit wollte Friedrich als Vorwand gebrauchen [1]). Er meinte: „wenn der Kurfürst von der Pfalz stirbt, werden wir seinen Nachfolger und den Kurfürsten von Sachsen und vielleicht auch noch andere haben“ [2]).

Das waren die Betrachtungen, welche Friedrich damals anstellte, die Heilmittel, die er in Aussicht nahm. Zunächst aber mußte man dem Grafen Esterno antworten. Nach der Weisung des Königs erklärte Finckenstein am 5. September dem französischen Gesandten: der König werde durch nichts gehindert, mit anderen Staaten in Verbindung zu treten; aber es sei keine Kleinigkeit, so furchtbaren Mächten sich zu widersetzen, und er müsse darum fragen, ob der Vertrag von Versailles zunichte sei oder teilweise noch bestehe. Der Gesandte konnte darüber natürlich nicht sofort Auskunft geben, aber er sagte doch, die Antwort werde von der Erwiderung des Kaisers auf die deutliche und energische Frage Frankreichs abhängen [3]). Esterno hatte weiter gemeldet, das Kabinett in Versailles habe das britische Ministerium gefragt, ob es sich mit ihm vereinigen wolle, um die Kaiserin von ihren Plänen gegen die Türkei abzubringen, und einen zwar höflichen, aber nichts bedeutenden Bescheid empfangen. Vergennes wünschte nun, daß Friedrich das Kabinett von St. James ausforschen ließe. Das geschah, und Fox antwortete: König Georg habe keine nähere Verbindung mit den Höfen von Petersburg und Wien, von letzterem sei ihm keine Mitteilung gemacht worden, und mit Rußland bestehe nur das alte freundschaftliche Einvernehmen [4]).

1) Joseph an Leopold bei Arneth I, 156: L'évêque de Passau étant mort, j'ai créé un évêché à Linz . . . . Cela va me donner bien des histoires avec le chapitre et peut-être le Pape, mais je tiendrai bon.

2) Friedrich an Finckenstein 3., 4. und 5. September 1783.

3) Finckenstein 5. und 6. September.

4) Finckenstein 2. und 20. September.

Die Auskunft mag richtig sein, aber Friedrich glaubte nicht daran, sondern er hielt an der Meinung fest, daß eine Tripelallianz England und die Höfe von Petersburg und Wien mit einander verbände. So blieb allein Frankreich für ihn übrig, welches aber doch nur dann sich von dem Kaiser abwenden wollte, wenn dieser zusammen mit Rußland die Waffen gegen die Türken ergriffe. Friedrich wünschte letzteres, um aus seiner Vereinzelung herauszukommen. Der Prinz von Preußen schrieb an Hertzberg, mit welchem er schon seit einigen Jahren in Briefwechsel stand, am 24. September: „Se. Majestät scheint sehr geneigt, nächstes Jahr Krieg zu führen, und hält sich Frankreichs ganz versichert. Der König hat sogar schon von den Manifesten gesprochen, die er alsdann veröffentlichen wird. Er will darin nur von der Notwendigkeit reden, in welcher er sich befinde, den ehrgeizigen Absichten des Kaisers zuvorzukommen, und, wie er ausdrücklich gesagt hat, mit keinem Worte Rußlands erwähnen." In seiner Antwort drückte Hertzberg die Befürchtung aus, daß der Krieg ebenso wenig, wie die von 1756 und 1778, notwendig sein würde [1]). Er wollte lieber die Gelegenheit benutzen, um Eroberungen in Polen zu machen [2]); aber er hätte das auf keinen Fall erreicht, da die schwärzesten Wolken sich zerstreuten.

Joseph allerdings hatte dem französischen Kabinette nicht entgegenkommend geantwortet und zugleich noch einen Brief an seine Schwester, die Königin Marie Antoinette, geschrieben, der eigentlich für ihren Gemahl bestimmt war. Der Kaiser machte darin seinem großen Ärger Luft über die schlimme Haltung, welche Frankreich seit Choiseuls Entfernung dem Wiener Hofe gegenüber beobachtete; die Koadjutorwahl in Köln und Münster

1) In dem Nachlaß Hertzbergs (Berl. Arch.).

2) In dem Ratschlag vom 3. September heißt es: On doit encore considérer que, si V. M. s'allie avec la France, Elle doit renoncer à toute perspective des acquisitions qu'Elle pourroit faire en Pologne à l'occasion de ces troubles de l'Orient, en y prenant part dans un moment favorable, où Elle pourroit obliger les deux Cours Impériales de L'admettre au partage.

überging er. Mit welcher Schonung, schalt er, behandle man Rußland, welches drei Provinzen nehme, und wie rücksichtslos gehe man gegen ihn mit der Sprache heraus, bloß aus Furcht, er könnte sich auch einen Vorteil verschaffen. Wenn er behauptete, keinen einzigen solchen Schritt gethan zu haben, so war das doch nur die halbe Wahrheit. Wie stimmte ferner mit dieser Versicherung, was er unmittelbar dahinter hervorhob, daß er den Franzosen eine Erwerbung — nämlich Ägypten — angeboten habe! Man übersehe, bemerkt er an einer anderen Stelle, daß ihm die Mittel zu Gebote gestanden, sich einige türkische Stücke zu nehmen, wenn er gewollt hätte. Sollte das heißen, daß er darauf verzichtet habe?

Marie Antoinette las den langen Brief des Kaisers ihrem Gemahle vor; dieser aber mochte mit ihr nicht streiten, die abermals unter dem Herzen ein Pfand seiner Liebe trug, sondern er berief sich auf die Verschiedenheit der Interessen, die eine Verschiedenheit der Ansichten zur Folge hätte [1]). Wie falsch war es aber, was Esterno dem Grafen Finckenstein von der Königin rühmend erzählt hatte!

Als Marie Antoinette dem Bruder drei Wochen später, am 28. September, antwortete, da hob sie auch hervor, daß die Minister sich wieder beruhigt hätten. Das war in der That der Fall. Vergennes behauptete, mehr als einen Grund zu der Annahme zu haben, daß der Kaiser auf eine Vergrößerung seit kurzem verzichtet hätte. Das drohende Zusammenwirken von Frankreich, Spanien, Sardinien und Preußen übte ferner wahrscheinlich auch einen mäßigenden Einfluß auf Katharina aus. Im Anfange des Juli hatte sie erklärt, sie werde die französische Vermittelung ablehnen müssen, und am Ende des Septembers, als man in Versailles eine Antwort längst

1) Arneth, Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II., S. 30 ff. Wir sind inbezug auf die österreichische Politik auf wenige Angaben beschränkt. Wie viel Aufklärung hätte Beer aus der Korrespondenz des Wiener Hofes mit Petersburg und Versailles geben können! Aber er thut es nicht, er faßt nicht einmal die Denkschrift des Grafen Vergennes richtig auf.

nicht mehr erwartete, da übergaben die russischen Gesandten eine solche, die in einem weit höflicheren Tone gehalten war. Die Kaiserin nahm die guten Dienste des französischen Hofes mit Vergnügen an und wünschte, daß derselbe sobald als möglich eine Unterhandlung über alle Streitpunkte außer über die Krim eröffne; denn hier könne sie nicht mehr zurück. Vergennes entgegnete darauf, der französische Gesandte in Konstantinopel werde sogleich von den friedlichen Gesinnungen der Kaiserin unterrichtet und angewiesen werden, sie dem Divan mitzuteilen. Frankreich wünsche lebhaft, daß dieser sich geneigt zeige, zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe mitzuwirken; aber man könne sich nicht sehr schmeicheln dahin zu gelangen, wenn nicht auch die Kaiserin die Stärke der Opfer, die sie fordere, begreife und etwas nachgebe [1]). Vergennes meinte ohne Zweifel die Bedingung, die er in der Denkschrift vom August bereits aufgestellt hatte, daß Rußland in der Krim keinen Standort für seine Kriegsfahrzeuge errichten dürfte und daß die andern Großmächte diese Beschränkung garantierten.

Ob die Kaiserin eine solche Verpflichtung eingehen würde, darüber konnte man Zweifel hegen, und ebenso ungewiß war es, ob die Pforte nachgeben würde. Zwei Parteien hielten sich in Konstantinopel das Gegengewicht, und es kamen bisweilen gefährliche Auftritte vor. „Die Türken sind noch gar nicht entschieden", schrieb Joseph am 13. Oktober an seinen Bruder Leopold; „es hat neulich einen ärgerlichen Auftritt gegeben, und ohne die Klugheit des Großveziers würde der Kapudan Pascha den Sieg davon getragen haben und der Krieg erklärt worden sein . . . . Man muß hoffen, daß Frankreich im Verein mit mir Mittel finden wird, einen Ausbruch zu verhindern. Inzwischen hab' ich mir für meinen Handel und meine Flagge alle möglichen Vorteile und Sicherheiten im Schwarzen Meere und gegenüber den Barbareskenstaaten verschafft [2]). Wir sehen, Joseph hat, wie so oft, Wasser in seinen

1) Goltz 3. Oktober.
2) Arneth, Joseph II. und Leopold II., I, 173.

Wein gegossen. Auch England trat, nachdem der Friede mit Frankreich endlich zustande gekommen war, mehr hervor und begehrte von dem Könige von Preußen, daß er den Türken raten möge, die Krim aufzugeben [1]).

Friedrich der Große würde, wenn das alte Verhältnis mit Rußland noch ungeschwächt fortbestanden hätte, dieses Ansinnen ohne jedes Bedenken eifrig unterstützt haben. Aber er weigerte sich jetzt, weil er nur durch den orientalischen Krieg zu einem Bündnis mit Frankreich gelangen konnte. Wie sehr mußten ihm daher die letzten Schritte des Grafen Vergennes mißfallen! Nach der Mitte des Oktobers ward er davon amtlich in Kenntnis gesetzt, und zugleich erklärte der Graf Esterno: der König von Frankreich sei außerstande, das Bündnis mit Österreich als zerrissen anzusehen, weil der Kaiser noch nichts weiter dagegen gethan habe; jedoch er wache über die Beziehungen der Höfe von Petersburg und Wien zu einander. Wenn das Einvernehmen zwischen Ludwig XVI. und Friedrich II. jene Mächte in ihren Plänen aufhalte, so sei der Hauptzweck der Vereinigung der beiden Könige erreicht und zugleich der Beweis geliefert, daß Frankreich wisse, wenn es seine Interessen von den österreichischen trennen müsse. England, welches einem Krieg im Morgenlande zuvorzukommen wünsche, habe Ludwig XVI aufgefordert, ebenfalls auf den Divan einzuwirken; aber während man in London der Kaiserin einfach das in Besitz genommene Land erhalten wolle, schlage Frankreich derselben Modifikationen vor. Aus Wien habe der König eine Antwort empfangen, welche schließen lasse, daß die Pläne des Kaisers denen Katharinas untergeordnet werden. Um so mehr halte sich Ludwig XVI. für berechtigt, den Türken zu raten, daß sie den Weg der friedlichen Verständigung einem Kriege vorziehen [2]).

Dieser Entschluß entsprach den Interessen Frankreichs, welches eben erst aus einem schweren Kriege getreten war und an der

1) Friedrich an Lusi, seinen Gesandten in London, 9. Oktober.
2) Finckenstein an Friedrich 17. Oktober.

Pforte selbst einen schwachen Gehilfen gehabt hatte, da ihr Heerwesen in einem sehr verwahrlosten Zustande sich befand. Aber hierauf nahm Friedrich keine Rücksicht. Er bedachte nur, wie sehr der Hochmut der Russen zunehmen und wie schwierig seine Stellung werden würde [1]). Der Kaiser, schrieb er an Finckenstein, werde die guten Dienste, die er bei dieser Gelegenheit geleistet habe, geltend machen und Katharina mehr als je an sich fesseln. Wolle sich dann Preußen noch als den Verbündeten Rußlands ansehen, so müsse es der Sklave des Kaisers werden. Aus einer so grausamen Lage könne nur ein Schutzbündnis mit dem französischen Hofe retten, welches dem Vertrage von 1756 nicht entgegenstehe. Friedrich gab also dem Grafen Finckenstein den Auftrag, zu erforschen, wie man in Versailles darüber dächte; er that das, wie er sagte, nicht seinetwegen, sondern um künftigen Gefahren zu begegnen [2]).

Während sich Friedrich zu Frankreich neigte, suchte Katharina den Kaiser von seiner Verbindung mit diesem Lande gänzlich loszumachen. So schrieb wenigstens Joseph am 17. November an seinen Bruder Leopold; er spricht von der Falle, die sie ihm stelle. Was für ein Sündenregister hatte er vor zwei Monaten seinem Schwager durch Marie Antoinette zugesendet! Nun hielt er doch an der Verbindung mit Frankreich fest, um nicht gänzlich der Kaiserin zu Diensten stehen zu müssen. „Das könnte für sie sehr bequem sein", schrieb er, „aber sehr wenig passend für mich; folglich wird nichts daraus werden." Übrigens war Joseph mit dem Laufe, welchen die Dinge nahmen, sehr zufrieden. „Ich werde Rußland an mich fesseln", schrieb er, „und Frankreich behalten, ich werde mir wertvolle Handelsvorteile vonseiten der Türken verschaffen und dem ganzen Europa meine Uneigennützigkeit beweisen, während ich den König von Preußen für immer mit Rußland entzweie" [3]). Von einer Landerwerbung ist hier nicht mehr die Rede.

1) An Finckenstein 18. Oktober.

2) Vgl. Friedrich an Heinrich 3. Oktober 1782. Oeuvres XXVI, 492.

3) Arneth, Joseph und Leopold I, 180. Ein Jahr vorher hatte Friedrich an Heinrich geschrieben: „La politique de la cour de Vienne,

Inzwischen drängten die Gesandten der großen Mächte die Pforte zur Nachgiebigkeit. Nur Preußen mochte keinen solchen Rat erteilen; denn es wünschte ja, daß die Türken sich zur Wehre setzen möchten. Es lehnte zwar ein Bündnis mit ihnen ab, jedoch nur, weil die Franzosen noch immer an dem österreichischen festhielten; letztere sollte daher der Großvezier um Beistand drängen, wenn die Türken einen Krieg wagen wollten, um ihre Rechte zu behaupten [1]).

Katharina ließ übrigens in Versailles eine Erklärung übergeben, worin sie versprach, daß sie nach Abtretung der Krim und des Kuban an den alten Grenzen festhalten und den Vertrag von 1774 als die Grundlage des neuen ansehen wolle. Vergennes freute sich, daß hiernach die Erwerbung von Oczakoff ausgeschlossen wäre, und schickte sogleich einen Eilboten nach Konstantinopel mit dieser Erklärung. Der Gesandte sollte dort keineswegs geradezu die Abtretung anraten, aber die Gefahr der Lage vorstellen und es der Pforte überlassen, zu erwägen, ob es nicht besser wäre, durch einige Opfer sich loszukaufen, als den Wechselfällen eines Krieges sich auszusetzen, dessen Folgen man nicht vorhersehen könnte [2]). Dann setzte Vergennes auch den König von Preußen hiervon in Kenntnis, und er lehnte zugleich das angetragene Schutzbündnis ab, um den Kaiser nicht unruhig zu machen. Da Finckenstein zu der keineswegs angenehmen Eröffnung schwieg, fuhr Esterno zu reden fort und entschuldigte das Verfahren Frankreichs, indem er sagte: man wisse nicht, wie weit die Verbindung der Höfe von Petersburg und Wien gehe, und wolle den Kaiser nicht dahin bringen, sich mehr als je in Rußlands Arme zu werfen [3]).

tant que le prince Kaunitz la dirigera, sera de demeurer constamment unie avec la France, pour se conserver le dos libre, et la politique de la cour de Versailles ne se départira pas non plus de l'alliance de l'Autriche, à moins que l'Empereur ne rompe lui-même les liens par des démarches immédiatement contraires aux intérêts de la France." Oeuvres XXVI, 495.

1) Zinkeisen VI, 937.

2) Goltz 16. November.

3) Finckenstein 26. November.

Friedrich mußte sich das gefallen lassen, so schmerzlich die Nachricht ihn berührte, und was er aus Konstantinopel erfuhr, war gleichfalls nicht geeignet, ihn zu erheitern. Eine Vermittelung fand dort nicht statt, sondern Rußland unterhandelte ganz allein mit den Türken, die sich hartnäckig sträubten, die Besitznahme der tatarischen Landschaften durch die Russen ausdrücklich gut zu heißen. Das war die Klippe, woran die Unterhandlung noch scheitern konnte [2]). Doch fand man endlich einen Ausweg. Die Verträge von 1774 und 1779 wurden erneuert, aber die Artikel davon ausgenommen, welche sich auf jene Landschaften bezogen. Am 8. Januar 1784 unterzeichneten der russische Gesandte Bulgakoff und die türkischen Unterhändler zu Ainali Kawak den neuen Vertrag. Der Kaiser hat hierauf noch gesucht, eine kleine Landerwerbung zu machen, aber wegen der hartnäckigen Weigerung der Türken davon zuletzt abstehen müssen.

Friedrich hatte sich auf ein solches Ende bereits gefaßt gemacht, und dennoch war er betroffen, als er davon hörte. „Dieser Friede", schrieb er an Finckenstein, „welchen die Türken so feig eben erkauft haben, ist für uns ein sehr nachteiliges Ereignis." Er meinte, weil Katharina ihren griechischen Plan nicht ganz ausgeführt hätte, bliebe dem Kaiser ein Mittel, sie noch lange festzuhalten. Außerdem erwog er die, wie er die Dinge betrachtete, feige Nachgiebigkeit des französischen Ministeriums gegen alles, was den österreichischen Namen trage, ferner die Erschöpfung Englands, die es zu einer langen Unthätigkeit nötigen werde. So stehe Preußen leider ganz allein da. „Wir werden nicht einmal eine Macht finden können", schrieb er, „die uns den Schatten eines Bündnisses bietet, geschweige denn ein wirkliches Bündnis . . . . Ist man aber in einer solchen ohne Zweifel sehr unangenehmen Lage, so muß man nicht ein langes und breites über das Übel reden, sondern mit aller möglichen Klugheit auf ein Heilmittel sinnen, wenn es eins giebt." So sehr ihn übrigens die Verlassenheit

1) Friedrich an Goltz 27. Dezember (Mediat).

Preußens betrübte, so kam der Witz ihm doch nicht gänzlich abhanden. „Wir wissen schon von dem Friedensschluß", schrieb er zwei Tage später an Görtz in Petersburg, „und ich bilde mir ein, Katharina II. wird in der Eingangsformel zuerst genannt werden und nach ihr die Vorsehung" [1]).

Indem Friedrich aber daran verzweifelte, bei Lebzeiten der Kaiserin das russische Bündnis zu neuem Leben zu erwecken, und weder auf Frankreich noch auf England mit Sicherheit rechnen konnte, fand er für sich keinen anderen Ausweg als die Gründung eines Fürstenbundes mit dem ausgesprochenen Zwecke, das Reich in der Verfassung, worin es sich befände, zu erhalten. Wenn ihn die Kaiserhöfe nachher bekriegten, so wollte er denjenigen, welche sich mit ihm verbunden hätten, Hilfsgelder zahlen, und er hoffte dann stark genug zu sein, um den furchtbaren Streitkräften jener beiden Länder Widerstand zu leisten [2]).

1) An Finckenstein 5. Februar, an Görtz 7. Februar.

2) Friedrich an Finckenstein 21. Februar, in der historischen Zeitschr. XLI, 433, Beilage zu dem Aufsatze: „Der Ursprung des Fürstenbundes" von P. Bailleu. Der Verfasser behandelt darin die auswärtige Politik Friedrichs von 1779 bis 1784 nach den Materialien des Geh. Staatsarchivs, von denen die meisten zum erstenmal von ihm benutzt worden sind. Ich verdanke der Arbeit und dem Verfasser manche nützliche Hinweisung.

Drittes Kapitel.

Gründung des Fürstenbundes.

Ein Bund, wie ihn Friedrich der Große sich dachte, war nur dann möglich, wenn auch die anderen deutschen Fürsten Anlaß hatten, einen solchen zu schließen. Zum Glück für ihn herrschte schon im Anfange des Jahres 1783 gegen den Kaiser Unzufriedenheit teils wegen der Übergriffe, die man dem Reichshofrate schuld gab, teils weil der Reichstag aus einer überaus geringfügigen Ursache seine winzige Thätigkeit gänzlich eingestellt hatte. Die westfälischen Grafen stritten heftig über die Frage mit einander, ob sie durch einen Protestanten oder Katholiken vertreten werden sollten. Das Fürstenkollegium entsagte bis zur Entscheidung dieser Sache jeder andern Thätigkeit und lähmte dadurch jahrelang den Reichstag. Der Wiener Hof aber wurde beschuldigt, den Stillstand der Geschäfte gern zu sehen und deshalb nichts für den Austrag des unangenehmen Streites zu thun.

Im Laufe des Jahres traten neue Beschwerden hinzu. Der Kaiser trennte, wie erwähnt, unerwartet und eigenmächtig das Land ob der Enns von der Diöcese Passau; denn er wollte keine ausländischen Bischöfe über seine Unterthanen gebieten lassen. Wir begreifen dieses Verlangen; aber die geistlichen Fürsten verletzte diese Eigenmächtigkeit sehr. Ebenso hob Joseph den Barrierevertrag einseitig auf, um keine fremden Besatzungen in seinen niederländischen Festungen zu haben, und beunruhigte dadurch die weltlichen Fürsten, welche zu fürchten anfingen, daß sie auch einmal so behandelt werden könnten, wenn der Vorteil die Verbindlichkeit eines Vertrages aufhöbe.

Wie sollte man sich aber gegen den Kaiser schützen? Der Gedanke tauchte auf, daß man einen Bund unter dem Schutze Preußens errichten müßte. Der Markgraf von Baden machte

dem Fürsten von Dessau und dieser wiederum dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen die Mitteilung, daß mehrere Fürsten, darunter der Bischof von Würzburg, die Absicht hätten, eine solche Vereinigung ins Leben zu rufen. Der Neffe Friedrichs des Großen äußerte sich günstig über diesen Plan, welcher natürlich zunächst in das tiefste Geheimnis eingehüllt bleiben sollte. Schon seit Jahren stand er in schriftlichem Verkehr mit dem Minister Hertzberg, der ihn von Zeit zu Zeit mit Nachrichten über die laufenden politischen Angelegenheiten versah. Umgekehrt setzte diesen der Prinz am 4. Juli 1783 von dem, was er gehört, unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit in Kenntnis, indem er noch hinzufügte, daß der Fürst von Dessau im Begriff stände, nach Karlsruhe zu reisen, um sich mit dem Markgrafen über den Plan zu besprechen.

Auch Hertzberg billigte die Idee, die er aber ganz geheim zu halten riet; denn wenn Österreich davon etwas erführe, würde es dem Bunde einen andern entgegenzustellen trachten und dieses Ziel auch erreichen, indem es seine neue Verbindung mit Rußland und seine alte mit Frankreich benutzte, die Reichsfürsten einzuschüchtern. Gegen die Bischöfe war Hertzberg mißtrauisch. Seine Meinung ging dahin: man solle die Fürsten in ihren guten Gesinnungen bestärken, den preußischen Schutz ihnen verheißen und sie dadurch vorbereitet halten, daß man den Bund schließen könne, sobald der Wiener Hof etwas Gefährliches unternehme oder ein günstiger Zeitpunkt — er meint ohne Zweifel den Tod Friedrichs — eintrete. Man müßte warten, schrieb er weiter, bis der Herzog von Zweibrücken dem Kurfürsten Karl Theodor folgte; denn er würde das mächtigste Glied und die Stütze des Bundes sein und Sachsen mit fortziehen, auf welches man sonst nicht rechnen könnte, weil Friedrich August schwach und bigott sei und von Priestern und Leuten, die sich dem Wiener Hofe leicht verkaufen würden, geleitet werde [1]).

1) Die Korrespondenz des Prinzen von Preußen mit Hertzberg findet sich in des letzteren Nachlaß im Geh. Staatsarchiv in Berlin.

Von den Fürsten, welche sich in diesem Plane zusammenfanden, werden uns noch die Herzöge von Weimar, Gotha und Zweibrücken genannt; aber die Seele des Ganzen scheint der Markgraf von Baden gewesen zu sein. Bei ihm stand jener Herr v. Edelsheim in Diensten, welcher bereits im Jahre 1778 im Auftrage Friedrichs des Großen thätig gewesen war, eine Vereinigung verschiedener Fürsten ins Leben zu rufen. Er machte jetzt einen Entwurf für einen Bund zur Erhaltung der Reichsfreiheit und des Reichssystems, worin schon eine gemeinschaftliche Kasse und ein vereinigtes Heer eine Stelle fanden. Die Union sollte bei dem Ausbruch des Türkenkrieges, der bevorzustehen schien, ins Leben treten und die Garantie von Preußen und Frankreich, ja, womöglich auch von Rußland gewonnen werden [1]). Auf heimlichem Wege suchte Baden zu erforschen, wie sich das Kabinett von Versailles zu einem solchen Plane stellen würde, und der Herzog von Braunschweig schickte den Entwurf, welchen er von dem Fürsten von Dessau empfangen, am 5. Januar 1784 an den Herrn v. Hertzberg [2]).

Der preußische Minister erklärte sich damit einverstanden, daß der Bund ins Leben treten sollte, wenn ein Türkenkrieg ausbräche; doch war inzwischen die Aussicht auf einen solchen geschwunden. Er riet also, man solle sich im stillen mit wenigen verständigen und daran arbeiten, daß der Reichstag wieder in Thätigkeit trete. Nach dem Tode Karl Theodors aber dürfe man die Sache nicht länger verschieben, sondern man müsse auf Grund der ersten geheimen Vereinigung zwischen den Mitgliedern derselben und den Kurfürsten von Sachsen und der Pfalz ein stärkeres und den Umständen nach öffentliches Bündnis machen, dem hierauf alle anderen gutgesinnten Reichsfürsten und Stände leichter und sicherer beitreten werden. Diese könnten alsdann, schloß Hertzberg sein Gutachten, den König von

1) W. A. Schmidt, Gesch. der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen, S. 17 ff.

2) Ranke XXXI/XXXII 471. Schmidt, S. 23. Über den Ursprung der Unzufriedenheit der Fürsten berichtet Hofenfels ebd. 93 ff.

Preußen einladen, das Haupt eines solchen Bundes zu sein; derselbe werde das unter allen Umständen niemals versagen und hoffentlich auch Gelegenheit finden, andere große auswärtige Mächte, welche mit ihm ein gleiches Interesse haben, hereinzuziehen [1]). Dem Prinzen von Preußen gab Hertzberg von allen diesen Schriftstücken Kenntnis.

Ähnliche Ansichten äußerte Hofenfels. Als er im Herbste des vergangenen Jahres in Berlin war, um seinen Herrn aus peinlicher Geldverlegenheit zu retten, da hatte der Prinz von Preußen vergebliche Anstrengungen gemacht, ihm zu helfen. Der Herzog dankte demselben dennoch in einem Schreiben vom 9. Januar 1784; er spielte darin auch auf die Union an, über welche Hertzberg und Hofenfels mit einander geredet hatten, und er glaubte gleichfalls, daß es gefährlich sein würde, früher mit einer solchen Absicht hervorzutreten. Hofenfels verfaßte dann eine Denkschrift, die eigentlich nur eine scharfe Kritik des von Edelsheim verfaßten Entwurfes war. Er zeigte gerade wie sein Herr die größte Furcht vor Österreich und fand es rätlicher, noch nicht an ein förmliches Schutzbündnis, sondern nur an einen vertraulichen schriftlichen Verkehr unter den Ständen zu denken, welcher die Aufrechthaltung ihrer Freiheiten und der Verfassung zum Gegenstand hätte. Nach Berlin ist die Denkschrift erst viel später gekommen [2]).

Es ist immer merkwürdig, daß Hertzberg zwar den Prinzen von Preußen von dem Entwurf Edelsheims in Kenntnis setzte, dem König aber davon keine Mitteilung machte, weil er fürchtete, dieser würde dann seine Minister antreiben, vor der Zeit eine zu große Thätigkeit zu entwickeln, die Sache würde ruchbar werden und ein Gegenbund entstehen. Aber Friedrich kam von selbst auf den Gedanken einer Union zurück, und am 6. März befahl er seinen Ministern, sie sollten, da Preußen ohne alle Verbündete sei und auf Rußland ganz und gar nicht zählen könne, an einem Fürstenbund arbeiten, den er noch vor

1) Schmidt, S. 25 ff.
2) Ebd., S. 31. 34 ff.

seinem Tode zu gründen wünschte. Und am folgenden Tage schrieb Friedrich: „Glaubet nicht, daß man so viele Köpfe binnen 14 Tagen unter einen Hut zu bringen vermag. Weil das Zeit verlangt, könnt Ihr eine solche Unterhandlung immer ganz sachte fördern und zu erfahren suchen, auf wen wir zählen können und auf wen nicht, damit alles vorbereitet sei, wenn die Umstände den Abschluß dieses Bündnisses verlangen."

Finckenstein hielt es wie Hertzberg für schwer, wenn nicht für unmöglich, vor dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz einen solchen Bund zu schließen. „Um die kleinen und sogar die mittleren Reichsfürsten dazu zu bringen", schrieb er nicht unverständig dem Könige, „müssen ihnen einige der größten und mächtigsten notwendig das Beispiel gegeben haben. Unter diesen kann man sich nur von Bayern, wenn der Herzog von Zweibrücken Kurfürst geworden ist, und von Sachsen versprechen, daß sie werden beitreten wollen. Mit Hannover ist im gegenwärtigen Augenblicke nichts anzufangen, da es immer der englischen Politik folgen wird, und ein Bündnis mit letzterem Lande kann gegenwärtig Eurer Majestät nicht behagen; niemals aber wird Sachsen allein und zuerst eine Verpflichtung dieser Art übernehmen wollen." Der König leugnete das auch nicht. „Ich weiß wohl", schrieb er zurück, „es wäre für uns ein großer Vorteil, wenn der Teufel den Kurfürsten geholt hätte; jedoch er ist noch auf der Welt, und nach dem Sprichwort ‚Unkraut verdirbt nicht' wird er vielleicht länger leben als manche brave Menschen, wie deren täglich sterben und deren Verlust bedauernswert ist" [1]). Trotzdem aber blieb Friedrich bei seiner Meinung und fügte noch eigenhändig in einer Nachschrift hinzu: „Man muß diesen Bund nicht als eine Kleinigkeit betrachten; denn lassen wir unsere Feinde sich rühren und legen wir die Hände in den Schoß, so sind wir verloren." Friedrich hoffte nach anderthalb bis zwei Jahren am Ziele zu sein. „Wenn wir unterdessen

1) Karl Theodor war vor einiger Zeit todtkrank gewesen. Jetzt empfing Hofenfels die besten Nachrichten über seine Gesundheit, und die Folgen seines Umgangs mit einer Schauspielerin wurden sichtbar.

vorteilhaftere Bündnisse finden", schrieb er, „desto besser; wenn nicht, so wird ein solcher Bund noch immer besser sein als nichts, obgleich wir werden Hilfsgelder zahlen müssen, wenn wir diese Leute brauchen" [1]).

Aber so sehr der König drängte, die Minister verfuhren lässig. Hertzberg hielt fernerhin den Zeitpunkt für ungünstig und wollte lieber warten, bis des Kaisers Pläne sich enthüllen und die beiden großen Veränderungen eintreten würden, die man in Bayern und Preußen vorhersehen könnte, d. h. der Tod Karl Theodors und Friedrichs II. Ohne Zweifel dachte der Minister alsdann selbst unter den Auspicien des neuen Herrschers, mit welchem er bereits in einem geheimen schriftlichen Verkehr lebte, der gepriesene Urheber des Fürstenbundes zu werden. Im April gab er endlich dem Könige Nachricht von den An- und Absichten der uns bekannten Fürsten und dem Entwurfe des Herrn v. Edelsheim. Wenn dann diese Angelegenheit während des Sommers um gar keinen Schritt vorwärts rückte, so trägt hauptsächlich Hertzberg die Schuld; schrieb er doch einmal an den preußischen Gesandten in Dresden: „Da der König uns drängt, müssen wir etwas thun, um ihn zufriedenzustellen" [2]).

Am 24. September antwortete das hannöversche Ministerium dem preußischen: „Es scheint uns vor allen Dingen hierbei zuerst auf die drei evangelischen kurfürstlichen Höfe, zwischen welchen ohnehin bereits ein glückliches, freundschaftliches Einverständnis besteht, und hiernächst darauf anzukommen, auch die katholischen Kurhöfe, so weit deren Denkungsart und Lage es verstattet, in das Vertrauen zu ziehen, wobei wir vorzüglich auf die patriotischen Gesinnungen, welche der kurmainzische und kurpfälzische Hof seither gezeigt haben, unser Augenmerk richten." Das hannöversche Ministerium wiederholte damit einen Vorschlag, welchen es bereits vor sechs Jahren gemacht hatte.

Einen ähnlichen Rat gab am 15. Oktober Karl Wilhelm

1) Schmidt, S. 60 ff.
2) Ebd., S. 74.

Ferdinand von Braunschweig, als ihm der König von der Notwendigkeit eines solchen Bundes geschrieben hatte; denn die schwachen Fürsten würden sonst nicht wagen beizutreten. Friedrich der Große teilte den Brief dem Grafen Finckenstein mit, und dieser erklärte sich nicht nur mit dem Vorschlage des Herzogs einverstanden, sondern er glaubte dem König auch nicht verhehlen zu dürfen, wie wenig Bereitwilligkeit sogar Sachsen und Hannover zeigten.

Sollte denn wirklich die Gründung eines Fürstenbundes noch außer dem Bereiche der Möglichkeit liegen? Der König wollte das nicht glauben. Es sei ja der Zweck einer solchen nicht offensiven, nur defensiven Vereinigung, meinte er, die Rechte und Freiheiten aller Fürsten zu schützen. Einzeln könne man bekanntlich einem Pferde die Schweifhaare leicht ausreißen, aber nicht im ganzen; ebenso solle verhindert werden, daß nicht ein ehrgeiziger und unternehmender Kaiser die Reichsverfassung stückweise zerstöre. Der König setzt auseinander, welche Beweggründe sowohl die geistlichen als die weltlichen Fürsten hätten, einem solchen Bunde beizutreten, und welche Vorteile derselbe bieten würde; dann meint er, Hertzberg werde sehr wohl das, was er eigenhändig aufgeschrieben hatte, weiter ausführen können. Der aufgeforderte Minister erklärte sich natürlich bereit, die Arbeit zu übernehmen; aber er und Finckenstein betonen doch in ihrer Antwort, daß man ein so wichtigs Werk, dessen Ausgang über das Schicksal des Deutschen Reiches und sogar des ganzen Erdteils entscheiden könne, zur rechten Zeit, weder zu früh, noch zu spät, unternehmen müsse.

Ehe noch Hertzberg mit der Denkschrift fertig war, kam ein langer Brief von Hofenfels mit der Anzeige der Schliche, die der Wiener Hof anwendete, um den Herzog von Zweibrücken für sich zu gewinnen. Nichts Widerwärtigeres konnte dem Könige begegnen. „Da seht Ihr deutlich", schrieb er an die Minister, „was ich Euch zu sagen nicht müde werde, daß der Kaiser mit seiner Thätigkeit zuletzt über unsere Lässigkeit den Sieg davontragen wird!" Er schloß die Mahnung mit den Worten: „Feuer! Feuer! meine Herren; sehet nicht gleichgültig

den ersten Schritten zu, die Joseph thut; denn die Folgen würden verderblich für das Reich und für alle Herrscher Europas werden" [1]).

Die Minister hörten ebenso ungern wie Friedrich von diesen Umtrieben Josephs; aber sie blieben ihrer Ansicht treu, daß die Zeit ungeeignet wäre, da der Kaiser auf dem Punkte stände, mit Holland Krieg anzufangen und ein Heer mitten durch das Reich dorthin zu senden. Hiernach müsse man annehmen, daß er sich des russischen Beistandes und der französischen Zustimmung versichert halte. „Oder er läßt sich", fuhren sie fort, „wenn das nicht der Fall ist, in eine der gewagtesten Unternehmungen ein, und dann ist es vielleicht gut, ihn so weit, als er will, vorgehen zu lassen, ohne ihn durch die Bildung eines Bundes vor der Gefahr, die er läuft, zu warnen." Finckenstein und Hertzberg glauben weiter, daß man nicht zum Ziele gelangen werde, wenn man sich nicht vorher der Mitwirkung Sachsens und Hannovers versichert habe.

Was die Minister hier vorbringen, kann man nicht anders als verständig finden, und so weit hat ihnen die Geschichte recht gegeben. Sie wollen also die Angelegenheit noch nicht öffentlich und förmlich betrieben wissen noch zu Fürsten davon reden, deren man nicht vollkommen sicher sei. Dagegen solle der preußische Reichstagsgesandte im Verein mit dem hannöverschen und sächsischen, welche dazu sehr bereit sind, die Wiederherstellung der Thätigkeit des Reichstages verlangen und dann die Punkte, über welche die Fürsten sich beklagen, zur Beratung bringen. Der Kaiser werde sich widersetzen. Dann möge man mit den mächtigsten und sichersten Fürsten unterhandeln und alles vorbereiten, damit, wenn die Umstände es erlauben, der Bund geschlossen werden könne.

Der König antwortete den Ministern bereits am folgenden Tage. „Man muß damit anfangen", schrieb er am 1. November, „daß man sich mit den Reichsfürsten über ihre gegenwärtige Lage verständigt und über diejenigen, in welche sie eines

1) Schmidt, S. 100—113.

Tages kommen können . . . . . Thun wir nichts und legen wir die Hände in den Schoß, dann wird ebenso sicher, wie $2 \times 2 = 4$ ist, niemand an ein solches Bündnis denken, und man wird dem Kaiser den Zügel schießen lassen, so daß er machen kann, was er will. Aber wenn wir durch unsere Gesandten das Terrain sondieren, so wird man hören, was jene Leute sagen, und wenn sich der Kaiser dann einen Übergriff erlaubt, wird man ganz sicher einmütig Vorstellungen machen."

Friedrich lud Hertzberg ein, für etliche Tage zu ihm zu kommen, damit er ihm ausführlich seine Gedanken über den Bund auseinandersetzen könne [1]). Von diesen Unterredungen besitzen wir leider nicht die geringste Kenntnis; wir wissen nur, daß monatelang von dem Fürstenbunde keine Rede war. Wahrscheinlich ist also Hertzberg bei seiner Ansicht stehen geblieben. Und dieser Verkehr zwischen Friedrich und seinen Ministern liefert einen wichtigen Beitrag zur Charakteristik des großen Königs. In den meisten Fällen leitet er die preußische Politik, zuweilen weist er Ratschläge Hertzbergs eingehend oder kurzer Hand ab; hier giebt er offenbar den vereinigten Vorstellungen beider Minister nach. Diese hielten, wie sie am 18. Juli an den König geschrieben hatten, den Tod des Kurfürsten von der Pfalz für den geeigneten Zeitpunkt, aber sie hatten hinzugefügt: „es müßte denn der Kaiser in Deutschland einige große Pläne

1) Schmidt, S. 113—118. In dem Schreiben der Minister vom 31. Oktober wird einer Denkschrift erwähnt, von welcher Schmidt aber sagt, daß sie nicht bei den Akten liege. Dagegen findet sich hinter der Antwort des Königs eine solche, und Hertzberg bemerkt, dieselbe sei infolge dieser Antwort und der Unterredung mit Friedrich verfaßt worden. Betrachten wir nun aber diese Denkschrift näher, so ergiebt sich, daß sie ganz und gar dem Begleitschreiben vom 31. Oktober entspricht, offenbar zu demselben gehört und nur falsch eingeheftet ist. Wäre sie eine neue, so würde sie auch ein Begleitschreiben haben. Daß sie falsch eingeheftet ist, hat Hertzberg ohne Zweifel zu seinem Irrtum verleitet. Einen andern Fehler weist ihm Schmidt kurz vorher (S. 119 Anm.) nach. Wenn aber Hertzberg recht hätte, so würde das nur anzeigen, daß Friedrich zu der Ansicht seiner Minister geradezu übergegangen sei.

ausführen wollen, die man ihm ohne schweren Nachteil nicht durchlassen könnte [1]). Und schneller, als die Minister es ahnten, kam diese Gelegenheit; denn eben war Joseph eifrig mit einem solchen Vorhaben beschäftigt. Er bestellte damit wider Willen sorgfältig den Boden, in welchen Friedrich dann den Baum des Fürstenbundes eingepflanzt hat.

Unter den Befürchtungen, welche die Fürsten vor Joseph hegten, hatte Hofenfels früher auch die aufgezählt, daß Katharina demselben aus Dank für die Dienste, die er ihr inbezug auf die Krim geleistet, ihren Beistand leihen könnte [2]). Gerade damals, als dies geschrieben wurde, nahm der Kaiser so die Unterstützung Rußlands in Anspruch. Er wollte Bayern gewinnen und dafür die österreichischen Niederlande abtreten. Im April 1784 beriet er sich hierüber mit Kaunitz. Dieser hielt einen solchen Tausch für sehr vorteilhaft in politischer, vielleicht auch in finanzieller Beziehung und den damaligen Zeitpunkt für den allergünstigsten; aber so sehr er den Erfolg wünschte, so verbarg er sich doch die großen Hindernisse dieses Unternehmens nicht, und er sah die Hauptschwierigkeit darin, so viele Köpfe unter einen Hut zu bringen.

Nach reiflicher Überlegung entschied sich Joseph, die Tauschangelegenheit wirklich in Angriff zu nehmen. In seiner Gier fand er aber, daß die Abtretung der gesamten österreichischen Niederlande eine zu große Entschädigung sein würde. Deswegen dachte er daran, noch ein anderes nützliches Geschäft zu machen, das Erzbistum Salzburg zu gewinnen und dafür Namur, Limburg und Luxemburg zu geben. Zunächst aber wollte er nur sehen, ob Karl Theodor und der Herzog von Zweibrücken geneigt wären, auf den Handel einzugehen. Das größte Stillschweigen mußte beobachtet werden, sollte die Sache nicht sogleich fehlschlagen. Daher machte Joseph auch der Kaiserin von Rußland Mitteilung von seiner Absicht, für die Niederlande Bayern, die Oberpfalz und Salzburg einzutauschen, und

1) Schmidt, S. 92.
2) Ebd., S. 94.

bat sie um ihre Unterstützung. Aber kaufmännisch berechnend, wie er war, verfiel er noch auf einen andern Gedanken: der Erzbischof von Salzburg solle nur Luxemburg und Limburg erhalten, außerdem aber, damit er einen Sprengel habe, das eben erledigte Bistum Lüttich empfangen; Namur dagegen werde noch an Karl Theodor abgetreten werden, welcher dafür einen größeren Teil der Landesschuld zu übernehmen habe. Doch scheint der Gedanke nicht ernstlich verfolgt worden zu sein. „Das Eisen liegt nun im Feuer", schrieb Joseph am 8. Juni an seinen Bruder Leopold; „man muß abwarten, welchen Ausgang die Sache nehmen wird [1])."

Der Kaiser betrieb damals noch eine andere Unterhandlung mit den Holländern. Die letzteren hatten ihren ehemaligen Brüdern, den Belgiern, ein unerträgliches Joch auferlegt, indem sie es im Frieden zu Münster 1648 durchsetzten, daß die Schelde denselben verschlossen würde, damit Amsterdam und Rotterdam nichts von einem neu aufblühenden Antwerpen zu fürchten hätten. Die Kaufleute sind nun einmal der verkörperte Eigennutz. Joseph fand die Beschränkung mehr schmachvoll als schädlich, er wünschte derselben ledig zu werden und dachte sich hierbei der Mithilfe des Hofes von Versailles zu bedienen. Er wollte die Franzosen, welche seit vier Jahren den Amerikanern Beistand gegen die Engländer leisteten, dadurch für seinen Plan gewinnen, daß er in Aussicht stellte, die Streitigkeiten, in denen er sich mit den Generalstaaten über die Grenzen befand, für die Öffnung der Schelde aufzugeben. Kaunitz aber riet alles Ernstes ab, und er führte zwei Gründe dafür an, nämlich die Rechtsverbindlichkeit des Vertrages von Münster und die Notwendigkeit, welcher Frankreich unterläge, die Generalstaaten, die sich ebenfalls im Kriege mit England befanden, zu schonen; Amsterdam und Rotterdam würden aber niemals freiwillig die Öffnung der Schelde zulassen. In diesem

1) Arneth, Joseph II. und Katharina II., S. 224. Arneth, Joseph II. und Leopold I, 212. 215. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 169. 174. 184.

Sinn antwortete Kaunitz dem Kaiser am 24. September 1782, indem er noch hinzufügte, daß man trotzdem an den österreichischen Gesandten in Paris darüber schreiben könnte. Das geschah, und Frankreich wagte nicht nein zu sagen, sondern riet nur, daß man bis zum Frieden warten sollte, und auch als dieser 1783 geschlossen worden war, gab es weiter freundliche Versicherungen [1]).

Der Kaiser erhob noch andere Forderungen an Holland, und dieses sandte daher im März 1784 Kommissarien nach Brüssel zur gütlichen Schlichtung der Streitigkeiten. Bevor Joseph aber denselben ein Verzeichnis aller seiner Forderungen zustellte, ging er auf dem Wege der Thatsachen vor. Ein österreichisches Schiff ließ sich, indem es eine Weisung des Kaisers vorzeigte, nicht mehr wie bisher bei dem Fort Lillo visitieren, und zwei heftige Schriftstücke wurden hierauf den Holländern übergeben. In dem einen behauptete man, die Schelde gehöre dem Kaiser allein, und man habe deswegen nicht glauben können, daß der holländische Kommandant in Lillo es wagen werde die Kanonen auf ein Fahrzeug, welches die kaiserliche Flagge führe, zu richten. In dem andern beschwerte man sich, daß es in dem Fort eine Batterie gebe, von wo aus man auf österreichisches Gebiet schießen könne. Bald darauf fuhren drei österreichische Schiffe die Schelde hinunter ins Meer, und der holländische Admiral widersetzte sich nicht; denn er hatte die Weisung erhalten, diese Punkte würden in Brüssel geordnet werden. Als der Kaiser hierauf verlangte, das Wachtschiff sollte fortgenommen werden, gaben die Holländer vorläufig auch darin nach [2]).

Die Kommissarien hatten den Auftrag erhalten, inbezug auf die flandrische Grenze nachgiebig zu sein, dagegen sich der Öffnung der Schelde zu widersetzen; aber wie erstaunten sie, als sie die Menge und Größe der kaiserlichen Ansprüche ver-

1) Beer, S. 118ff. Arneth, Joseph II. und Leopold I, 232.

2) Thulemeier 20. Januar, 19. März, 6., 9., 13. und 16. April 1784 (Berl. Archiv).

nahmen. Joseph forderte die Festung Mastricht, Regulierung der flandrischen Grenze nach dem Vertrage von 1664, Abtretung von 17 Dörfern, Schleifung von zwei Forts an der Schelde und Beschränkung des dritten, Lillo; endlich sollte die Fregatte, die hier bisher ihren Standort gehabt hatte und nun bei Saftingen lag, für immer zurückgezogen werden. Die Holländer mußten jetzt in die Vergangenheit zurückgehen, um veraltete, zum Teil lächerliche Forderungen zurückzuweisen. Sie antworteten im Juli. Nur bei einigen Punkten erboten sie sich zu weiterer Erörterung. Auch sie erhoben nun Geldforderungen. Von Abtretung der Festung Mastricht und Öffnung der Schelde mochten sie nichts wissen [1]).

Eben damals dachte der Kaiser daran, die holländische und die bayerische Frage zu verbinden. Die Generalstaaten unterhandelten über ein Bündnis mit den Franzosen, und letzteren glaubte Joseph einen Gefallen zu erweisen, wenn er von seinen Forderungen an die ersteren abstände; dann würde man in Versailles um so eher den bayerischen Tausch annehmen und bei dem Herzoge von Zweibrücken dahin wirken, daß er dasselbe thäte. Wenn das geschah, so war die Sache nach des Kaisers Ansicht abgemacht, weil er des Kurfürsten von der Pfalz und der Kaiserin von Rußland sicher zu sein meinte. Kaunitz aber widerriet. Karl Theodor hatte sich zwar im allgemeinen zustimmend geäußert, jedoch weiter war man bisher nicht gekommen, und die Unterhandlung konnte noch fehlschlagen, wenn der Kurfürst unannehmbare Bedingungen stellte. Kaunitz glaubte ferner, daß der Kaiser ein besseres Tauschgeschäft machen würde, wenn er wenigstens einige seiner Forderungen von den Holländern bewilligt erhielte. Er wünschte daher zunächst die Fortsetzung der Unterhandlungen im Haag und in München. Von Frankreich versprach sich der Staatskanzler wenig Hilfe bei dem Herzoge von Zweibrücken; diesen werde man nur bestimmen können, indem man von seinen Geldverlegenheiten Nutzen ziehe, und durch Persönlichkeiten, die man

1) Thulemeier 7. Mai, 13. Juli.

selbst hinschicke. Wenn dann Kaunitz auch hier die Unterhandlungen nicht gestört wissen will, so meint er wohl solche, die Rußland betrieb [1]).

Katharina II. hatte dem Kaiser auf die Anzeige von dem beabsichtigten Tauschplane mit den besten Versprechungen geantwortet und zugleich dem Grafen Romanzow, ihrem Gesandten in Frankfurt a. M., befohlen, er solle kein Mittel unversucht lassen, um den Herzog von Zweibrücken zu der Überzeugung zu bringen, daß er sein Los nur verbessern könnte, wenn er sich in ein gutes Verhältnis zum Kaiser setzte. Romanzow gab sich auch wirklich die größte Mühe und empfing von dem Herzoge mündlich das Versprechen, er wolle sich dem Wiener Hofe nähern, mit dem Kurfürsten Karl Theodor aussöhnen und um die Erlaubnis zu einem Besuch in München bitten [2]).

Die Tauschangelegenheit übertraf bei Joseph an Wichtigkeit bei weitem die holländische; doch ward auch diese mit Eifer betrieben. Am 23. August überreichte der österreichische Gesandte den Ministern im Haag merkwürdige Vergleichsvorschläge. Der Kaiser verzichtet auf Mastricht und auf seine Geldforderungen, welche durch die holländischen aufgehoben werden können; dagegen verlangt er, daß die Grenzen von Brabant und Flandern nach dem Vertrage von 1664 und nicht nach den späteren geregelt werden. Er betrachtet die Schelde ferner als offen und die Schiffahrt auf derselben als frei und fordert, daß dem Handel nach Ost- und Westindien nichts in den Weg gelegt werde. Dafür verspricht er den Holländern ewige Freundschaft; aber zugleich erklärt er: der erste Kanonenschuß, den sie auf ein österreichisches Schiff abgeben ließen, würde den entschiedenen Bruch herbeiführen und das Signal eines Krieges sein.

Die Regierung im Haag antwortete: sie werde die Öffnung der Schelde niemals einräumen, da ihr das Recht der

1) Beer, S. 180 ff. (4. Juli).

2) Arneth, Joseph und Katharina, S. 229 (3. Juni), Joseph II. und Leopold I, 221 (8. August).

Schließung auf das feierlichste verbrieft sei und der holländische Handel vernichtet werden würde, wenn sie es thäte; und in Bezug auf die Gründung einer ostindischen Compagnie in Ostende oder Antwerpen verwies sie auf die Verpflichtungen, welche Karl VI. eingegangen war. Gegen die Franzosen, die ihre guten Dienste anboten, erklärte man sich im Haag bereit, einiges nachzugeben; man wollte den Zoll bei Lillo aufheben und die Forts an der Schelde schleifen. Als der österreichische Gesandte dann nochmals auf der Freiheit dieses Stromes besteht, sprechen die Holländer die Hoffnung aus, daß man keinen Versuch machen werde, ihn zu öffnen; jedenfalls würden sie für die Folgen nicht verantwortlich sein.

Wie im Haag, so kam Joseph auch in München nicht ans Ziel; er empfing zwar keine schroffe Ablehnung, aber auch keine Zusage. „Es giebt Menschen", schrieb er am 4. Oktober an Katharina, „die sich nicht entschließen können, und zu ihnen gehört der Kurfürst, welcher mich seit Monaten hinzieht und aufhält, indem er mir fortwährend seine Willfährigkeit bezeigt, ohne doch jemals etwas Bestimmtes zu sagen."

Auch Kaunitz war ärgerlich darüber geworden, daß sie gar nicht vom Flecke kämen. Er schlug vor, an den Herzog von Zweibrücken den Fürsten von Waldeck zu schicken, dem er selbst mündlich Weisungen geben wollte; so wichtig erschien ihm die Sendung mit Recht [1]).

Schon vorher hatte man versucht, den Herzog in das österreichische Interesse zu ziehen. Man adelte seinen Finanzdirektor und dessen Schwiegersohn, schickte dann den Agenten, welchen der Kurfürst von Köln, Josephs Bruder, in Wien hatte, Namens Mayer, zum Herzog, ließ ihm eine Summe Geldes anbieten und versprach, bei dem Kurfürsten Karl Theodor für die Vermehrung seiner Apanage sich ernstlich zu verwenden. Auf den Rat des Herrn v. Hofenfels ließ der Herzog den Sendling gar nicht vor; aber die Versuche, ihn umzustimmen, hörten darum nicht auf. Bei jeder neuen Geld-

1) Beer, S. 186 (7. Oktober).

verlegenheit, in die er geriet, wies der Finanzdirektor auf die Hilfe des Wiener Hofes hin, und endlich erschien der Fürst von Waldeck im Oktober mit verführerischen Anerbietungen. Die nimmer aufhörende Geldnot ist ein schreckliches Übel. Die Gefahr, daß der Herzog endlich ermüdet die Rettung annähme, war groß. Da fand Hofenfels einen Ausweg. Er wendete sich an Vergennes, und dieser schickte einen Abgesandten, um den Herzog aus den Klauen seiner Feinde zu retten. Der treue Ratgeber unterrichtete ferner den Berliner Hof von diesen Umtrieben [1]), welche dann, wie erwähnt, den Zorn des Königs hervorriefen und in ihm die Sehnsucht nach einem Fürstenbunde noch verstärkten. Sein Neffe, der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, sandte damals den Major von Bischofswerder mit hunderttausend Thalern, die ihm gerade zu Gebote standen, an den Herzog von Zweibrücken. Das Anerbieten rührte diesen, aber er nahm es nicht an, da er inzwischen sechs Millionen Livres von Frankreich zugesagt erhalten hatte. Die Geldverlegenheit hörte zunächst auf, und er konnte der Sache der deutschen Fürsten um so besser treu bleiben. Das hielt ihn aber nicht ab, sich über seine Ernennung zum französischen Generallieutenant zu freuen und in der schöngestickten Uniform dieses militärischen Grades zu prangen [2]).

Mit bitterem Ärger werden Kaunitz und Joseph den Ausgang der Sendung des Fürsten von Waldeck erfahren haben. Inzwischen war auch die Angelegenheit der Scheldeschiffahrt in ein neues Stadium getreten. Am 6. Oktober erklärte der Baron Reischach dem Prinzen von Oranien und den Ministern: der Kaiser bestehe unwandelbar auf der Öffnung der Schelde, und es werden deshalb auf seinen Befehl mehrere Schiffe den Fluß hinunterfahren. Vergennes hatte geraten, man möge das gestatten und alsdann Vorstellungen oder Klagen über den Bruch des Vertrages von Münster erheben. Der französische

1) Schmidt, S. 108 ff. (16. Oktober).

2) Der Prinz von Preußen und der Herzog von Weimar bei Ranke, XXXI/XXXII, 474—476.

Gesandte im Haag unterstützte diesen Rat und äußerte: so viel könnte man schon thun, um die Würde des Kaisers zu retten. Aber im Haag mochte man nicht länger nachgeben. Als am 8. Oktober ein Kauffahrteischiff mit kaiserlicher Flagge in Sicht eines holländischen Kriegsschiffes kam, schoß dieses, anfänglich nur mit Pulver und dann über das Ziel hinweg. Endlich wurden die Segel und Maste getroffen, und die Mannschaft ergab sich. Ein anderes Fahrzeug, welches unter kaiserlicher Flagge von Ostende nach Antwerpen fuhr, setzte sich nicht erst, als es bei Vliessingen angehalten worden war, dem Feuer der Artillerie aus, sondern unterwarf sich sofort.

Ein folgenschwerer Schritt war geschehen, das wußten die Generalstaaten, als sie die Nachricht empfingen, und sie hielten eine außerordentliche Sitzung ab, welcher der Prinz von Oranien beiwohnte. Sie dauerte von $11\frac{1}{2}$ Uhr früh bis 2 Uhr nach Mitternacht, worauf Eilboten nach Brüssel, Versailles und Wien gingen. Der Großpensionarius sagte zum preußischen Gesandten, dem Herrn v. Thulemeier: „Der Kaiser hat für einige sehr gewagte Ansprüche einen unannehmbaren Ersatz angeboten, und er verlangt, daß seine Entscheidung ein Gesetz für Holland sein solle. Die Öffnung der Schelde kann niemals Gegenstand der Unterhandlung werden“ [1]).

In Versailles freute man sich keineswegs über den Mut der Holländer. Vergennes sah wohl ein, daß Ludwig XVI. zu Zwangsmaßregeln würde greifen müssen, wenn der Kaiser nicht zur Mäßigung zu bringen wäre. Doch wünschte der Minister keineswegs einen Krieg herbei; denn drei Heere hätte Frankreich dann aufzustellen und Hilfsgelder zu zahlen, und das würde sehr schwer halten. Außerdem fürchtete Vergennes Englands übergroße Eifersucht. Er wagte solche Bemerkungen, welche Furchtsamkeit zu atmen schienen, indem er sich mit dem Gedanken tröstete, man habe sich früher zu oft in einen Krieg eingelassen, ohne an die Höhe der Kosten und an die Möglichkeit langer Dauer zu denken. Auch Ludwig XVI. wünschte,

1) Thulemeier 1. bis 19. Oktober 1784.

daß die Ruhe von Europa nicht gestört werden möchte, und er bot daher, indem er dies am 26. Oktober dem Kaiser schrieb, seine Vermittelung an [1]).

Joseph war ebenfalls betroffen über die Wendung, welche sein Streit mit den Generalstaaten nahm. Er hatte das, was nun eingetreten war, keineswegs erwartet, sondern gemeint: sie würden die Öffnung der Schelde zwar nicht einräumen, aber geschehen lassen. Er schrieb jetzt an seine Schwester, die Königin von Frankreich: niemand dürfe sich wundern, wenn er Truppen in die Niederlande schicke, um die Republik zur Rechenschaft zu ziehen, sie müßte denn sein Ultimatum annehmen und ihm Genugthuung für die Beleidigung geben, welche sie seiner Flagge angethan hätte. Joseph verneinte jede Vergrößerungsabsicht mit Bestimmtheit; aber er versicherte, daß er, wenn die Republik nicht auf jene Bedingungen eingehe, alle Mittel der Gewalt anwenden werde. Ähnliches schrieb er an Katharina II. Seine Verbündete und sein Schwager sollten ihn im Haag unterstützen; außerdem bat er die Kaiserin von Rußland noch um ihren mächtigen Einfluß, wenn jemand, den die Sache gar nichts anginge, sich darein mischen sollte, um das Feuer eines allgemeinen Krieges in Deutschland anzukünden [2]). Die Worte können sich nur auf den König von Preußen beziehen; jedoch dieser dachte nicht an feindselige Schritte. Freilich war er auch sehr weit davon entfernt, das barsche Vorgehen des Kaisers zu billigen. „Ein Fürst, welcher von dem Staat eines andern nehmen will, was ihm nicht gehört", schrieb er am 27. November an den Grafen Görtz, „ist als ein Straßenräuber zu betrachten; folglich müssen die Holländer den Kaiser als einen Hausdieb ansehen." Der Ärger macht unvorsichtig. Friedrich vergaß in diesem Augenblick das Jahr 1772.

Sobald Joseph von den drei Schüssen gehört hatte, war

1) Flassan VIII, 401. Arneth, Marie Antoinette, 41. Anm.

2) An Marie Antoinette am 29., an Katharina am 25. Oktober, l. l. S. 43 und 235.

er der Meinung gewesen, man müsse zunächst von der Erwerbung Bayerns absehen. Als er jetzt aber auf den Brief seines Schwagers antworten wollte, kam er, seinen früheren Gedanken aufnehmend, mit Kaunitz überein, den Tauschplan mit der niederländischen Angelegenheit zu verbinden. Jedoch er änderte seinen Entschluß, als er sich an den Schreibtisch setzte. Er meinte, wenn er von seiner Absicht gerade heraus den Hof von Versailles unterrichtete, würde er darauf einen zu großen Wert zu legen scheinen, und Frankreich sich vielleicht veranlaßt fühlen, den Plan zu hintertreiben. Es wäre besser, wenn Ludwig XVI. den Tausch als ein Mittel betrachtete, den Krieg zu verhindern. Und so wollte der Kaiser nur Marie Antoinette von seiner Absicht in Kenntnis setzen und durch sie zu erfahren suchen, ob sich etwas erreichen ließe. Wenn Vergennes den Tausch billige, werde der König es auch thun, und wenn Frankreich den Vorschlag mache und sowohl in München als bei dem Herzoge von Zweibrücken und dem Bruder desselben unterstütze, dann werde der Plan gelingen, sonst aber nicht. Am 20. November schrieb der Kaiser an Ludwig XVI.; er nahm zwar die dargebotene Vermittelung an, aber er verlangte, daß die Holländer, wenn sie nicht Krieg haben wollten, entweder Maastricht und die anderen von ihm in Anspruch genommenen Gebiete abtreten oder die Schelde freigeben müßten. Außerdem machte Joseph seiner Schwester Mitteilung von dem bayerischen Tauschplan. In einer Unterredung mit dem französischen Minister sollte der österreichische Gesandte die beiden Fragen mit einander verbinden [1]). Bevor dies aber geschehen konnte, hatte man schon einen wichtigen Beschluß in Versailles gefaßt.

Als Vergennes in Erfahrung gebracht, daß Joseph gegen die Vereinigten Niederlande Truppen in Bewegung setzen wollte und Kaperbriefe bereits ausstellte, ward er sehr unruhig. Er hielt es für unumgänglich notwendig, den Mut der Holländer aufrecht zu halten und deshalb dem Kaiser starke Vorstellungen zu machen, ohne dessen Antwort abzuwarten. „Je länger man

1) Beer, S. 187. 189 ff. Arneth, Marie Antoinette, S. 47 u. 49.

zögert", hieß es in dem Berichte, welchen der Minister dem König am 5. November übersandte, „desto mehr ist zu fürchten, daß das Übel sich verschlimmert und nur der Krieg als letztes Mittel übrig bleibt." Vergennes verlangte zugleich, daß über seinen Ratschlag die übrigen Minister schriftlich ihr Gutachten abgeben sollten. Sie thaten das und pflichteten insgesamt ihm bei. „Sicherlich kann der Verwalter der Finanzen", bemerkte Calonne, „nur Wünsche für den Frieden hegen, und niemals gab es mehr Grund, dessen Erhaltung zu wünschen. Die Wunden des letzten Krieges sind nicht geschlossen, und ein neuer würde die liebsten Hoffnungen des Königs vernichten. Man muß deshalb alles thun, um ihn zu vermeiden." Durch schnelle geeignete Vorstellungen wollte Calonne das erreichen. In einer Sitzung, der alle Minister am 11. November beiwohnten, wurde die Erklärung aufgesetzt, welche dem Kaiser überschickt werden sollte, und nachdem sie auf Ludwigs Befehl noch einige Änderungen erfahren, die seinen weiteren Entschließungen einen größeren Spielraum gewährten, ging sie nach Wien ab [1]). Das Kabinett von Versailles hob darin hervor, es sei doch ein Unterschied zwischen den ersten Ansprüchen, welche der Kaiser gemacht, und der Öffnung der Schelde, die einen Ersatz für jene bilden solle. Die Holländer besäßen das Recht, diesen Strom zu schließen, seit sehr langer Zeit und glaubten ihre Wohlfahrt, ja ihre Existenz davon abhängig. Man möge daher die Unterhandlung wieder aufnehmen; im entgegengesetzten Falle werde der Kaiser eine allgemeine Unruhe hervorrufen, die Mehrzahl der Mächte werde glauben, Vorsichtsmaßregeln treffen zu müssen, und der König selbst werde sich genötigt sehen, Truppen an den Grenzen zu versammeln. Übrigens könne Ludwig XVI. gegen das Schicksal der Holländer nicht gleichgültig bleiben, und zwar um so weniger, als er im Begriff stehe, mit ihnen ein Bündnis zu schließen [2]).

1) Vergennes an Ludwig XVI., 5., 12. und 15. November bei Tratchevsky, La France et l'Allemagne sous Louis XVI; Pièces justificatives, p. 6. 7. 23—50.

2) Flassan VII, 402

Die Erklärung erregte großen Zorn in Wien; aber man mußte seinen Ärger verschlucken, so lange man Frankreichs bedurfte. Doch trat nicht ein, was Joseph im stillen gehofft hatte. Der vorgeschlagene Tausch konnte nur glücken, wenn Rußland und Frankreich in dieser Angelegenheit den Kaiser unterstützten, und letzteres suchte seine Schwester herbeizuführen. Sobald Marie Antoinette von dem Plan ihres Bruders unterrichtet worden war, sprach sie mit dem Könige davon. Ludwig XVI. fand anfangs an der Sache keinen Gefallen und äußerte sich erst nachher mehr nach ihrem Sinne. Noch stärker erschrak Vergennes, als ihm der Graf Mercy die wichtige Mitteilung gemacht hatte; „dieselbe verlangt die ernsthaftesten Erwägungen", schrieb er am 30. November an Ludwig XVI., und er wollte keine Meinung äußern, bevor er nicht wüßte, was der König dächte; denn er fürchtete sich wahrscheinlich vor Marie Antoinette, die ihm wegen der letzten nach Wien gegangenen Erklärung sehr zürnte. Sie ließ ihn am 1. Dezember zu sich kommen, ehe die Minister noch zusammentraten, und diesmal war sie mit seinen Äußerungen zufriedener, als sie es lange Zeit gewesen war. Was ihr dann der Gemahl von der Beratung erzählte, bewies ihr, daß Vergennes darin nicht anders gesprochen, und sie meldete dem Bruder mit einer gewissen Genugthuung, was man beschlossen. Vonseiten Frankreichs werde man, schrieb sie, dem Tauschplane kein Hindernis bereiten, dagegen müsse der Kaiser sich darüber vergewissern, welche Schwierigkeiten die Reichsfürsten und der König von Preußen machen würden. Und im Grunde war das ja nicht unrichtig. In einer Verbalnote, von welcher Mercy Abschrift nahm, äußerte Vergennes: auf den ersten Blick bemerke der König nichts, was die Interessen Frankreichs bei diesem Tausche verletzen könne; doch habe er über die größere oder geringere Möglichkeit der Ausführung keine Meinung, bevor er nicht vom Könige von Preußen gehört habe, wie derselbe nach seinen Interessen über die Sache denke [1]). Ludwig XVI. wies ferner

1) Tratchevsky, p. 9. 72.

in seinem Antwortschreiben darauf hin, daß bei dem Tausche zu viele mitzusprechen hätten, und folglich auf eine schnelle Entscheidung, wie die holländische Angelegenheit sie verlangte, nicht gerechnet werden könnte. Ludwig schlug also vor, Mastricht solle von der Republik an den Kaiser abgetreten und von diesem alsdann gegen eine Geldsumme wieder zurückgegeben werden [1]), beinahe wie es vor hundert Jahren mit Schwiebus gemacht worden war.

Noch einmal suchte Joseph Frankreich zu gewinnen. Um die Zahl derjenigen, welche dabei mitzureden hätten, zu verringern, schrieb er am 17. Dezember 1784, stehe er von Salzburg und Berchtesgaden ab und behalte Luxemburg und Namur; dadurch beschränke sich die Zahl der hierbei in Betracht kommenden Personen auf Karl Theodor, den Herzog von Zweibrücken und dessen Bruder, und die beiden letzteren könnten durch das Kabinett von Versailles unfehlbar bewogen werden, in den Tausch einzuwilligen. Das Reich habe schon 1714 seine Zustimmung gegeben, und der König von Preußen werde wahrscheinlich auch nichts Feindseliges unternehmen, sobald er mit Bestimmtheit erfahre, daß Rußland und Frankreich den Austausch billigen. Komme derselbe zustande, dann werde sich auch der Vergleich mit den Generalstaaten unendlich leicht machen; denn der Kaiser nehme, jedoch nur in diesem Falle, den französischen Vorschlag inbezug auf Mastricht an. Die Holländer sollten für die Zurückerstattung nur drei Millionen Gulden bezahlen, nämlich anderthalb an den Kurfürsten von der Pfalz, eine an den Herzog von Zweibrücken und eine halbe an dessen Bruder, den Prinzen Maximilian; außerdem aber müßten die Holländer jedenfalls um Entschuldigung wegen der Beleidigung bitten, welche sie der Flagge des Kaisers angethan hätten [2]).

Am ersten Weihnachtsfeiertage kamen diese verfänglichen Vorschläge, welche der österreichische Gesandte mit Ungeduld

1) Arneth, Marie Antoinette, S. 55.
2) Ebd., S. 57.

erwartet hatte, nach Paris. Er schickte der Königin sofort eine Abschrift von dem Briefe des Kaisers nach Versailles und bat sie, mit ihrem Gemahle zu reden, ehe dieser seine Minister gesprochen hätte. Mercy war keineswegs vertrauensvoll, sondern argwöhnisch. Darum sollte Marie Antoinette suchen es dahin zu bringen, daß Ludwig XVI. dem Grafen Vergennes seine persönliche Meinung in ihrer Gegenwart kundgäbe. Sie versprach auch es zu thun, wies aber zugleich darauf hin, wie der König nicht der Mann wäre, dem Minister mit solcher Entschiedenheit gegenüberzutreten und besonders an seiner Ansicht alsdann festzuhalten. Jedoch was in ihrer Macht stand, hat sie gethan. Vergennes verfaßte darauf ein schriftliches Gutachten über die Tauschangelegenheit, welches allen übrigen Ministern zuging, und der König erzählte seiner Gemahlin, daß dasselbe versöhnlicher lautete, als die übrigen Minister dächten. Und so äußerte sich Marie Antoinette gegen ihren Bruder am letzten Tage des Jahres 1784 nicht ohne Hoffnung über den endlichen Ausgang der Sache [1]). Zu der nämlichen Zeit hatte Romanzow den Auftrag, dem Herzoge von Zweibrücken Mitteilung von dem Tauschplane zu machen. „Ich habe nichts unterlassen", schrieb Joseph am 28. Dezember an Katharina, „was den Hauptzweck gelingen lassen könnte, und ist jemals eine Möglichkeit gewesen, dahin zu gelangen, so sind es die gegenwärtigen Umstände." In fieberhafter Spannung sah der Kaiser dem neuen Jahr entgegen; denn er verschaffte seinem Staate, wenn er Bayern gewann, einen überaus großen Vorteil und, wie wir jetzt hinzufügen könnten, einen Ersatz für die Deutschen, welche der Wiener Hof in Schlesien verloren hatte.

Nicht so hoffnungsvoll blickte Karl Theodor vorwärts; denn ihm bangte vor der Entscheidung, seines Neffen. Das nahm der österreichische Gesandte, Lehrbach, wieder wahr, als er am 29. und 31. Dezember über den Tauschplan mit dem Kurfürsten sprach. „Was nützt es", sagte dieser, „wenn ich mich schon jetzt auf einzelne Bedingungen einlasse, ohne daß ich

1) Arneth, Marie Antoinette, S. 61—65.

versichert bin, ob der Herzog damit übereinstimmt? Denn erfolgt seine Einwilligung nicht, so bleiben die gegenwärtigen Verabredungen ohne Wirkung, und ich lade mir die Verachtung meiner Mitstände und der auswärtigen Mächte so wie den Haß meiner Unterthanen auf" [1]).

Die Ereignisse drängten sich jetzt. Um die Wende des Jahres las Romanzow dem Herzoge von Zweibrücken in Gegenwart des Freiherrn v. Esebeck eine Depesche vor, die inbezug auf die Tauschangelegenheit die Vorschläge enthielt, welche Joseph dem Könige von Frankreich am 17. Dezember mitgeteilt hatte. Ferner wurde darin dem Kurfürsten von der Pfalz der Titel eines Königs von Burgund versprochen. Abgeschlossen sollte das Geschäft unter der Garantie des Kaisers und der Höfe von Versailles und Petersburg werden. Auf Preußen und die deutschen Stände war keine Rücksicht genommen. Von Frankreich behauptete man, daß es vorläufig seine Zustimmung gegeben, und man bewies das, indem man die Äußerungen der Verbalnote verstümmelt anführte. Gerade so war es 1778 geschehen.

Der Tausch hatte, wie man einräumen muß, etwas Verlockendes; jedoch es war eine niedrige Art der Unterhandlung. Der Herzog erhielt nicht einmal eine Abschrift der vorgelesenen Depesche, und er sollte sich binnen acht Tagen entscheiden, ohne sich also mit Preußen beraten, ja, wie es scheint, selbst ohne Hofenfels, den man fürchtete, befragen zu können [2]). Ferner wurde die Drohung hinzugefügt, daß der Tausch auch ohne die Mitwirkung des Herzogs ins Leben treten würde. So aber war Joseph. Er hatte den Kurfürsten von der Pfalz im Jahre 1778 durch Absendung von Truppen eingeschüchtert, er war ähnlich gegen die Domherren in Passau verfahren, er erhob gewisse Ansprüche gegen die Holländer und verlangte

1) A. Erhard, Bayerische Patriotenverfolgung vor einem Jahrhundert, S. 72. Abdruck aus dem Sammler. (Beilage zur Augsburger Abendzeitung, 1884).

2) Der Herzog schreibt an Romanzow: „Sie haben verlangt, ich solle beitreten sans consulter les personnes chargées de pareilles affaires."

dann, ohne deren Gegenschrift zu beantworten, für diese Forderungen etwas ganz anderes, auf dessen Besitz jene den allergrößten Wert legten.

Der Herzog erwarb sich ein großes Verdienst um Deutschland, indem er den verführerischen Tauschplan rundweg ablehnte. Er nannte denselben ganz und gar den Interessen seines Hauses zuwider, gefährlich in seinen Prinzipien und verderblich durch seine Folgen. Er fand darin die Unterdrückung des Schwächern durch den Stärkern und den Sieg des Vorteils über das Recht; er würde damit die Grundlage der Wohlfahrt des pfälzischen Hauses und die deutsche Verfassung untergraben. Er mochte nicht glauben, daß die Kaiserin von Rußland wieder zu nichte machen wollte, was sie 1779 im Vereine mit Frankreich und Preußen aufgerichtet [1]).

Es war ein großer Fehler der österreichischen Politik, daß Romanzow den Herzog von Zweibrücken bestürmte, bevor man auf die Vorschläge vom 17. Dezember 1784 Frankreichs Antwort empfangen. Dieselbe lautete doch anders, als Marie Antoinette gehofft. Vergennes hatte die Gründe, die für und gegen den Austausch sprachen, aufgezählt, und zwar 9 der ersten und 6 der andern Art und am Schlusse sich dahin geäußert: aus den Bemerkungen, die er gemacht, scheine hervorzugehen, daß der König nicht allein ohne Schaden den Tausch begünstigen könne, sondern auch jetzt oder künftig Vorteile davon tragen werde; freilich müßten, setzte Vergennes hinzu, noch gewisse Bedingungen dabei gestellt werden. Man erkennt hieraus, daß Ludwig XVI. seiner Gemahlin die Wahrheit gesagt hatte. Jedoch wenn man das Gutachten schärfer ansieht, so nimmt man mit Verwunderung wahr, wie die Gründe gegen den Tausch zwar nicht so zahlreich, aber weit gewichtiger sind als die andern. Vergennes bemerkte von seinem Standpunkt aus ganz richtig: Frankreich würde dadurch einen Bundesgenossen verlieren, der ihm bei einem Kriege mit Österreich sehr nützlich sein könnte, und die Niederlande würden nicht mehr das Mittel bieten, auf den Wiener Hof durch die Furcht vor dem Ver-

1) Schmidt, S. 130ff.

luste derselben erfolgreich einzuwirken. Dagegen würde der Kaiser seine Besitzungen gut abrunden, die Fürsten des fränkischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreises in Knechtschaft bringen, dem Könige von Preußen überlegen werden und ein entschiedenes Übergewicht im Reiche gewinnen.

Auf die Schädigung, welche Friedrich der Große durch den Tausch erfahren würde, kam Vergennes noch einmal und zwar ausführlicher zurück; seltsamerweise bilden diese Bemerkungen eine besondere Nummer unter den Gründen, welche für den Tausch sprechen sollten. Der Minister schloß daraus, daß der Plan ohne die Mitwirkung des Königs von Preußen nicht ausgeführt werden könnte und deshalb Maßregeln getroffen werden müßten, um die Ruhe Friedrichs des Großen zu sichern. Vergennes wollte diesen Punkt in einer besonderen Denkschrift behandeln. An welchen Ausweg er dachte, wissen wir nicht; vermutlich hat er den König von Preußen dadurch schadlos halten wollen, daß der Kaiser einen Tausch der fränkischen Markgrafschaften gegen die beiden Lausitzen vermitteln sollte. Wenigstens scheint Breteuil das angenommen zu haben. Wenn dieser Minister in seinem Gutachten weiter aus dem Verhalten Friedrichs des Großen im Jahre 1778 schloß, daß ein solcher Ausweg vergeblich beschritten werden würde, so hat er ganz richtig geurteilt. Breteuil sprach ferner die Befürchtung aus, daß, wenn Joseph es erreichte, seine Länder vollkommen in Zusammenhang zu bringen, noch vor Ablauf eines Jahrhunderts die Kaiserkrone und alle andern Vorteile ein erblicher Besitz werden und Österreich nicht mehr nötig haben würde, sich nach der Unterstützung einer andern Macht umzusehen. Eben deswegen verlangte Breteuil die größte Rücksicht gegen den König von Preußen; „das ist der Fürst, welchen wir am meisten schonen, befragen, hören müssen", schrieb er, und er verwarf mit aller Entschiedenheit den Vorschlag des Kaisers, daß Frankreich und Rußland den Tauschplan unterstützen und Preußen dadurch nötigen sollten, sich denselben gefallen zu lassen. Die andern Minister stimmten hiermit vollkommen überein [1]).

1) Tratchevsky, p. 50sqq.

In der That forderte Ludwig XVI. seinen Schwager in dem Schreiben vom 6. Januar 1785 abermals auf, sich wenigstens mit Friedrich dem Großen entweder selbst oder durch das Kabinett von Versailles zu verständigen, und im letzteren Falle wünschte Ludwig XVI. zu erfahren, durch welche Mittel der Kaiser sich der Beihilfe Friedrichs des Großen zu versichern gedächte. Bis dahin wollte gegen diesen der König das tiefste Stillschweigen beobachten und auch keinen Schritt weder bei dem Herzoge von Zweibrücken noch bei dessen Bruder thun [1]).

Indem aber Frankreich die alte Stellung festhielt, und Romanzow mit seinem barschen Verlangen abgewiesen worden war, konnte der Tauschplan nicht durchgeführt werden. Deswegen ließ Joseph ihn, wie er der Kaiserin von Rußland schrieb, wenigstens für den Augenblick fallen, und die Sache war gescheitert, ehe noch der König von Preußen ein Wort davon erfahren hatte.

Friedrich war damals ohne Besorgnis. Er verfolgte die holländische Angelegenheit natürlich aufmerksam, aber näher berührte sie ihn nicht. „Wir können ruhig den Ausgang abwarten", schrieb er am 4. Januar 1785 an Finckenstein, „denn die Sache betrifft mehr Frankreich als uns." Weit stärker beschäftigte ihn der Gesundheitszustand der Kaiserin von Rußland, und er wendete sich sogar an den Arzt in Frankreich, welchen sie um Rat gefragt hatte [2]). Da kam das wichtige Schreiben des Herzogs an, welcher den ganz unvorbereiteten König von dem Tauschplan in Kenntnis setzte, zugleich aber versicherte, daß er sich lieber unter den Trümmern von Bayern begraben, als seine Zustimmung geben würde. Der Herzog bat Friedrich den Großen, er möge zusammen mit Frankreich den Untergang des pfälzischen Hauses verhindern [3]).

Himmelweit verschieden sind unsere Ansichten über deutsche Politik von denen jener Zeit. Indem die Minister das

1) Arneth, Marie Antoinette, S. 65 ff.
2) An Görtz 4. Januar 1785.
3) Schmidt, S. 129.

Schreiben Karls von Zweibrücken dem Könige senden, sagen sie von dem Tausche, daß der Kaiser dadurch in den Stand gesetzt werden würde, Lothringen und Elsaß wieder mit Schwaben zu vereinigen und hierauf ganz Deutschland zu unterjochen [1]). Der Herzog hatte ein Schreiben an den russischen Vizekanzler mitgesendet, worin er die Ungerechtigkeit und Unmöglichkeit des Tausches darlegt; er überließ es dem Könige, dasselbe fortzuschicken oder zurückzubehalten. Friedrich befahl aber, es dem Grafen Ostermann zu übermitteln und durch mündliche Vorstellungen warm zu unterstützen. Außerdem sprach Finckenstein über den Vorfall mit dem französischen Gesandten, der aber zur Antwort gab, die Sache sei gefallen [2]).

In der Dichtung erfährt der Mann, der ahnungslos über den Bodensee geritten ist, erst hinterher, in welcher schrecklichen Gefahr er geschwebt hat. Ungefähr ebenso erging es den Bayern. Im Februar meldeten die öffentlichen Blätter: das große Vertauschungswerk sei nun wirklich vor sich gegangen. Da erfaßte die Aufregung wiederum die Gemüter. Welchen stürmischen Anteil hatte vor sieben Jahren die Witwe des Herzogs Clemens Anna Maria an der Vereitelung der Pläne des Kaisers genommen! Jetzt lebte sie zurückgezogen vom Hofe, verlassen von denjenigen, mit welchen sie ehemals in Verbindung stand, und wenig unterrichtet über das, was um sie her vorging. Da kam, heimlich von Hertzberg abgesendet, der preußische Gesandschaftssekretär Ganz aus Regensburg mit der Kunde von dem Tauschplane zu ihr. Wie fuhr sie bei dieser Nachricht auf! Sie erbot sich, mit dem Kurfürsten über die tödlichen Schläge, die er dem pfälzischen Hause zufügen wolle, zu sprechen und den Prinzen Maximilian zu einer schnellen Reise nach Petersburg zu überreden; er sollte der Kaiserin dort allen Abscheu vor dem Verfahren des Grafen Romanzow zu erkennen geben. Sie betonte die Notwendigkeit, den Herzog mit dem Kurfürsten zu versöhnen, und endlich wollte sie den

1) Schmidt, S. 140 (14. Januar 1785).
2) Finckenstein an den König 16. Januar 1785.

bayerischen Kanzler v. Kreitmayer zur Rettung des Vaterlandes anregen. „Ich bin ein Weib", fuhr sie fort, „und bedarf eines Führers; man hat mir in den vorhergehenden Wirren manchmal übel geraten. Sagen Sie mir, was ich thun soll." Ganz empfahl ihr die größte Vorsicht in einer Angelegenheit, die noch nicht in München bekannt wäre, bis dieselbe stadtkundig würde; das könnte ja nicht mehr lange dauern, da die Zeitungen schon davon sprächen [1]).

Der Gesandtschaftssekretär kennt die Furchtsamkeit Karl Theodors, die ihn Aufstände und Gewaltthätigkeiten vonseiten seiner Unterthanen besorgen läßt. Einen solchen Fürsten mußten die Nachrichten der öffentlichen Blätter in die größte Unruhe versetzen. Er fürchtete sich besonders vor Friedrich dem Großen und schickte darum nach Regensburg einen Vertrauten, welcher dem Herrn v. Schwarzenau, dem preußischen Gesandten, den Tauschplan meldete, dann aber hinzufügte: der Kurfürst fühle sich durch den Antrag, der Sklave Frankreichs und Österreichs zu sein, beleidigt und werde seine Einwilligung niemals geben. Zu der nämlichen Zeit hatte Karl Theodor auch schon in Berlin anzeigen lassen, daß kein Tausch abgeschlossen worden sei. Friedrich fand diese Nachricht ganz gut, aber er wußte nicht, ob er sie für wahr halten sollte; denn der Kurfürst habe sich so sehr mit Schande bedeckt, daß man geneigt sei, alle Niederträchtigkeiten, deren er beschuldigt werde, zu glauben.

Diese Ungewißheit der Lage war dem Könige sehr peinlich, denn er müßte sich, wenn es zum Kriege käme, schon jetzt auf einen solchen vorbereiten und könnte Gelder, die zu Verbesserungen im Lande bestimmt wären, nicht ausgeben.

Die Unruhe war ohne Grund; jedoch er mochte sich zu keiner Zeit einer falschen Sicherheit überlassen, und diesmal hatte Frankreich ihm Besorgnis eingeflößt. Dem Minister Finckenstein erzählte der französische Gesandte, daß der Graf Mercy von dem Tauschplane zu Vergennes — im Dezember

1) Ganz 7. Februar. Das kurze Schreiben Anna Marias an Hertzberg ist vom 5. Februar (Geh. Kab.-Akten).

1784 — geredet und was dieser erwidert hätte. Er wollte dann des Königs Ansicht hören. Der Minister berichtete nun nicht allein, was er vernommen, sondern er schickte zugleich den Entwurf zu einer Antwort. Er fand das Verfahren des französischen Hofes viel zu rücksichtsvoll gegen den Kaiser, und Friedrich stimmte dem Minister darin bei. Die Unterredung Mercys mit Vergennes ging aber dem Könige nicht aus dem Sinn.

In den öffentlichen Blättern war davon die Rede, daß Frankreich durch Luxemburg gewonnen werden sollte. War das richtig, wie konnte der König dann allein den Tauschplan hintertreiben? Niedergeschlagenheit bemächtigte sich seiner. „O Götter", rief er aus, „mit was für ehrlosen Leuten haben wir zu thun? Und wie werden wir, von Feiglingen und Bestechlichen umgeben, allein die deutsche Verfassung aufrecht halten und uns der zügellosen Räuberei jenes verfluchten Wiener Tyrannen widersetzen können?" Der Verdacht, welchen er geschöpft hat, bringt ihn ganz außer sich; aber er faßt sich doch wieder. Wenn sein Argwohn begründet sei, meint er, so gebe es nur ein einziges Mittel, nämlich zusammen mit Sachsen, Hannover, Mainz, Trier und anderen Fürsten des Reiches gegen alles, was der Kaiser wider die deutsche Verfassung etwa unternehme, Verwahrung einzulegen. Ein schwieriges Werk! Indessen solle Finckenstein nach Hannover schreiben, um zu erfahren, was man dort zu dem Tausche meine. An diesem Gedanken festhaltend, läßt er eben so Sachsen, Mainz und Trier ausforschen, und er selber sucht durch seinen Gesandten die Ansicht des Königs von England zu erkunden. Die Minister gehen auch sogleich ans Werk, das nun Hertzberg ebenfalls zeitgemäß findet; denn die Vorbedingung, die er und Finckenstein im Juli des vergangenen Jahres aufgestellt hatten, war ja durch den Tauschplan in Erfüllung gegangen [1]).

1) Ich benutze hier die Geh. Kab.-Akten vom 8. bis 14. Februar. Drei Schreiben des Königs hat Ranke daraus abdrucken lassen (XXXI/XXXII, 405 ff.). Ich bemerke noch, daß die Considérations bei Schmidt, S. 137, wirklich von Hertzberg herstammen und am 14. Februar dem Könige mitgeteilt worden sind (Geh. Kab.-Akten).

Und bald folgte dem Regen wieder Sonnenschein. Aus Rußland kamen Nachrichten, welche zeigten, daß man dort an keine gewaltsame Durchführung des Tauschplanes denke. Man zürnte freilich in Petersburg dem Herzoge sehr, nicht allein wegen der Ablehnung, sondern auch wegen der bittern Wahrheiten, die er und Hofenfels ausgesprochen hatten. Dolgoruki mußte deshalb erklären, daß die Schriftstücke des Herzogs ganz ohne Antwort bleiben würden. Aber da der König von Preußen das Verhalten des Herzogs gebilligt und die Überzeugung ausgesprochen hatte, daß der Tausch mit dem Frieden von Teschen sich nicht vertrüge, so wollte sich die Kaiserin doch rechtfertigen und ließ darum durch Dolgoruki sagen: sie habe den Handel als vorteilhaft für den Kaiser sowohl als für das pfälzische Haus betrachtet, und da derselbe von der freien Zustimmung der letzteren abhängig gemacht worden sei, so habe sie auch nicht glauben können, daß diese Unterstützung ihres Verbündeten und ihres Schützlings den von ihr eingegangenen Verpflichtungen entgegenlaufe. Sie verfahre gerade so, wie sie Friedrich dem Großen in Teschen ihre guten Dienste zur Wiedervereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preußen gewährt habe. Der König suchte natürlich den Hieb abzuschlagen, indem er in seiner Antwort in aller Höflichkeit auf den Unterschied zwischen einem durch die Familienverträge verbotenen Tausch und der Erbschaft altväterlichen Besitzes hinwies.

Die Nachrichten aus Paris befriedigten den König ebenfalls; denn er vernahm, daß der Kaiser die Absicht, Bayern zu erwerben, ausdrücklich aufgegeben habe. Da ließ er denn dem Könige von Frankreich einen überschwenglichen Dank abstatten. Er glaubte keineswegs, daß die Sache nun ganz und gar abgethan sei, sondern er meinte, Joseph werde bis zum Tode Karl Theodors warten. Zunächst aber waren doch die schwarzen Wetterwolken verschwunden, und so pries denn der König vom Grund seiner Seele den Himmel dafür, daß der Plan des Kaisers zunichte geworden war; denn derselbe hätte notwendig ihn und ganz Europa in einen Krieg fortgerissen,

welcher recht unangenehm gewesen wäre, da Preußen mit beiden Kaiserhöfen zugleich in Streit geraten und es sehr schwer gewesen sein würde, den Österreichern Bayern wieder abzunehmen. Auf Erfolge, wie er sie früher davon getragen, mag er nicht mehr rechnen [1]).

Ein weiteres Verdienst erwarb sich Frankreich, indem es den Unions- und Subsidienvertrag mit dem Herzoge von Zweibrücken nicht nur erneuerte, sondern die letzteren auch auf 500 000 Livres erhöhte. Hofenfels glaubte, daß nun sein Herr bis zum Tode des Kurfürsten würde sein Auskommen haben. Eine schriftliche Antwort auf das Gesuch, welches der Herzog im Anfange des Januars an Ludwig XVI. gerichtet hatte, gab dieser nicht aus Rücksicht gegen seinen Schwager, den Kaiser, und noch mehr gegen seine Gemahlin, deren Niederkunft bevorstand. Mündlich aber hatte Vergennes dem Herrn v. Esebeck gesagt, daß die Sache zu Ende sei, und damit mußte man sich in Zweibrücken begnügen.

Auch Katharina hatte, wie erwähnt, nichts erwidert. Aber die stolze Tochter eines kleinen Fürsten verzieh jetzt einem andern kleinen Fürsten nicht, daß er ihrem Willen entgegenzuhandeln wagte; sie schrieb einen langen und, wie sie selber sagte, sehr pathetischen Brief in dieser Angelegenheit an ihren Gesandten, den Grafen Romanzow, und dieser forderte zweimal, freilich vergebens, den Herzog auf, einen Vertrauten zu ihm nach Frankfurt a. M. zu senden. Als er es zum drittenmale that, bemerkte Hofenfels, es sei nicht Sitte, daß ein russischer Gesandter die Diener des Herzogs vorfordere, auch empfange man die Mitteilungen besser so, daß sie nicht abgeleugnet werden können; wenn dieselben angenehm seien, brauche Rußland das Licht nicht zu scheuen, im anderen Fall entbehre man sie lieber. Indem der Herzog also wiederum sich weigerte, jemand nach Frankfurt zu senden, verhehlte er zugleich nicht, daß er in dieser Angelegenheit keinen Schritt thun werde, ohne sich mit Frankreich und Preußen zu verständigen, gerade so, wie der

1) Friedrich an Finckenstein 21. Februar (Geh. Kab.-Akten).

Kaiser gegen seine Verbündete sich benehme, und daß er deshalb um eine schriftliche Antwort bitte [1]). Inzwischen suchte Preußen den Fürstenbund zu begründen. Finckenstein fürchtete, daß Hannover, durch England bestimmt, sich ablehnend verhalten oder Frankreich an dieser Verbindung Preußens mit Hannover abermals, wie im Jahre 1778, Anstoß nehmen könnte. Friedrich aber ließ sich durch die Bemerkungen seines Ministers nicht irre machen. Er entgegnete, daß Preußen dadurch noch in keine Verbindung mit England träte. Ferner will er Hannover nicht missen, weil dieses sonst im Fall eines Krieges imstande wäre, 30—40000 Mann unter seiner Führung zusammenzuziehen; Friedrich würde sich dadurch gezwungen sehen, nicht nur ein Armeecorps in Preußen, zwei in Schlesien und eins in Sachsen, sondern auch noch eins gegen Hannover zu haben. Im gegenwärtigen Augenblick aber handle es sich gar nicht darum, daß Truppen gestellt würden; überdies könne es ihm im Grunde genommen gleichgültig sein, ob Frankreich den Bund billige oder nicht. „Die Sache ist gut", schrieb er am 18. März; „hierauf kommt es hauptsächlich an. Ich denke, man muß weder der Sklave der Franzosen, noch der Österreicher, noch der Russen sein." Bei der Vereinzelung, worin er sich befindet, hält er sich für verpflichtet, zu allen möglichen Mitteln zu greifen, um sich aus der Verlegenheit zu ziehen. „Da wir mit Frankreich kein Bündnis haben", schreibt er zwei Tage später, „so nötigt uns nichts, gegen dieses Land Liebedienerei zu treiben" [2]).

Übrigens hatte doch auch Ludwig XVI. Grund, auf Preußen Rücksicht zu nehmen, um es nicht in Englands Arme zu treiben, und so äußerte sich denn Vergennes dahin: er könne der Absicht des Königs von Preußen nur Beifall zollen, er finde den Bund den Satzungen des Reiches gemäß und verspreche sich

1) Hofenfels 29. und 22. März (Geh. Kabinetts-Akten). Arneth, Joseph II. und Katharina II., S. 247.

2) Friedrich an Finckenstein 27. und 28. Februar, 2. und 20. März, und bei Schmidt, S. 155.

von der hohen Weisheit und Einsicht Friedrichs des Großen, daß nur von Aufrechthaltung derselben in dem zu schließenden Vertrage die Rede sein und nichts Beleidigendes für den Kaiser darin vorkommen werde. Frankreich habe es sich zum Gesetze gemacht, nur in den dringendsten Fällen in die deutschen Angelegenheiten einzugreifen, wenn sein Beistand rechtmäßig in Anspruch genommen werde. Deshalb und wegen des französisch-österreichischen Bündnisses werde Ludwig XVI. sich in dieser Sache weder dafür noch dagegen erklären; aber Friedrich der Große könne sicher sein, daß die französischen Gesandten den Befehl hätten, seine Unterhandlung in dieser Angelegenheit nicht zu durchkreuzen. Im Auftrage des Königs erklärte Finckenstein nach einigen Tagen dem Grafen Esterno: es handle sich um drei Punkte, nämlich darum, daß der Reichstag nicht außer Gebrauch komme, daß der Kaiser über die Hinterlassenschaft der deutschen Fürsten nicht verfügen dürfe und daß die geistlichen Fürstentümer in der bisherigen Weise Wahlfürstentümer blieben. Hiergegen hatte der Gesandte nichts einzuwenden. Er fragte dann, ob Hannover eintreten würde. „Der König von England", erwiderte Finckenstein, „spielt eine zu bedeutende Rolle in den Reichsangelegenheiten und hat einen zu großen Einfluß auf mehrere Fürsten und Stände des Reiches, als daß man ihn weglassen könnte, und nach den vom hannöverschen Ministerium bis jetzt offenbarten Grundsätzen über die Aufrechthaltung der deutschen Verfassung können wir glauben, daß es ohne Schwierigkeiten beitreten wird." Esterno erklärte sofort, daß es ganz richtig sei, wenn man den Kurfürsten von Hannover einlade, und die Maßregel erscheine ihm sehr gut; indem der König von England Mitglied des Bundes werde, könne er nicht mehr auf die Absichten des Kaisers eingehen [1]).

Mit Georg III. hatte sich übrigens Friedrich schon frühzeitig in Beziehung gesetzt. Am 9. Februar, den Tag zuvor, ehe seine Minister erfuhren, daß er den Gedanken des Fürstenbundes wieder aufgenommen hätte, ließ er den König von England fragen, ob er geneigt sei, als Kurfürst von Hannover

1) Finckenstein an Friedrich 28. März und 1. April.

im Vereine mit Friedrich und andern Reichsfürsten eine beständige Opposition gegen die Ausführung eines Abrundungsplanes zu machen, welcher für das Gleichgewicht, die Freiheit und die Erhaltung des ganzen Reichssystemes so gefährlich sei. Diesmal lautete die Antwort besser, als zur Zeit des bayerischen Erbfolgekrieges. Schon im Jahre 1782 hatte sich England dem Könige von Preußen zu nähern gesucht, und es lebte noch immer in diesem Wunsche; denn es stand einsam in Europa da. Gegen Ende des Juli 1784 hatte sich derjenige von den Söhnen Georgs, welcher Fürstbischof von Osnabrück war, nach Wien begeben, wo er zwei Monate blieb. Wiederholt gedenkt Joseph seiner in den Briefen an den Großherzog Leopold, jedoch er meldet nichts weiter von ihm, als daß er ein sehr hübscher junger Mann sei und gern und viel tanze. Der englische Prinz hat aber daneben auch beobachtet, und er meldete nach seiner Rückkehr dem Vater: „Der Kaiser geht mit einem großen Plane um, der noch nicht reif ist, aber dann der Welt zeigen wird, wie unbändig sein Ehrgeiz ist" [1]). Als nun das, was zwischen dem Herzoge von Zweibrücken und dem Grafen Romanzow vorgefallen war, in die Öffentlichkeit drang, da wendete sich der Fürstbischof von Osnabrück abermals an den König von England, erinnerte denselben an das, was er früher geschrieben, und bemerkte weiter: der Fortbestand der deutschen Reichsverfassung hänge ganz von dem Gleichgewichte zwischen dem Könige von Preußen und dem Kaiser ab. Der neue Tauschplan des letzteren gefiel dem Kurfürsten von Hannover auch nicht, und er erklärte sich also bereit, mit Brandenburg und Sachsen in Unterhandlung über ein Bündnis zu treten, welches die Ruhe in Deutschland nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft sichere; die andern deutschen Fürsten sollten alsdann zum Beitritt eingeladen werden. Georg III. selbst lobte gegen den preußischen Gesandten, den Grafen Lusi, den patriotischen Eifer des Königs von Preußen und sprach von den ehrgeizigen Absichten des

1) Ranke XLVI, 6, 3. Anm.

Kaisers und von der Notwendigkeit, sich denselben beizeiten zu widersetzen. Er antwortete ferner auch seinem Sohne, dem Fürstbischof von Osnabrück: „England ist nicht in der Lage Krieg zu führen; aber in meiner Eigenschaft als Kurfürst würde ich mir tadelnswert erscheinen, wenn ich an der Verteidigung der Reichsverfassung keinen Teil nähme, vorausgesetzt, daß andere achtungswerte Häuser dasselbe thun, und ich darf mir schmeicheln, daß der Kaiser seinen Plan unausführbar finden wird trotz des russischen Beistandes“ [1]). Durch den Herzog von Braunschweig kam eine Übersetzung dieses Schreibens auch nach Berlin, wo sie nur Freude bereiten konnte.

Das Beispiel Hannovers wirkte günstig auf Sachsen ein. Hier hatte man die ersten Anfragen des Berliner Hofes dahin beantwortet: man wolle, da die Gefahr nunmehr vorüber sei, gern neutral bleiben, werde sich aber mit Preußen vereinigen, wenn der Kaiser den Tausch abermals vornehme. Jedoch als das hannöversche Ministerium am 1. April nach Dresden schrieb und zu einer gemeinschaftlichen Beratung der drei Kurfürsten einlud, da erklärte sich Sachsen ebenfalls hierzu bereit [2]).

Von diesen Vorgängen kam eine Kunde nach Wien, und Kaunitz fühlte sich dadurch veranlaßt, gegen die preußischen Bestrebungen Schritte zu thun; weil aber dieselben keinen Erfolg hatten und nach Wien Meldungen von einem Bunde gelangten, der zwar nicht namentlich, aber in Wahrheit gegen den Kaiser gerichtet wäre, da ließ der Staatskanzler abermals Erklärungen an verschiedenen Höfen thun. Der Kaiser leugnete darin, die Absicht eines gewaltsamen Austausches gehabt zu haben, und bot sonderbarerweise den Ständen an, sich mit ihnen zu dem gleichen Zwecke der Erhaltung der Reichsverfassung zu verbenind. Friedrich den Großen machte die Nachricht hiervon sehr glücklich. „Euer Brief“, schrieb er eigenhändig an die Minister, „ist unschätzbar; wir haben viel gewonnen, wenn unser Bund den Kaiser beunruhigt und einschüchtert“ [3]).

1) Schmidt, S. 146. 147. 167.
2) Ebd., S. 157. 178. 181.
3) Ebd., S. S. 210.

Wie viel Schmerz empfand dagegen Joseph. Als er im Jahre 1780 zur Kaiserin von Rußland reiste, hatte er den Wunsch ausgesprochen, daß der König von Preußen auf die Kunde davon vor Ärger bersten möchte. Wie einem zumute ist, dem es also ergeht, diese Erfahrung konnte der Kaiser jetzt an sich machen; denn die Abmahnungsschreiben des Staatskanzlers blieben erfolglos. Auch Katharina sandte, von ihrem Verbündeten angerufen, ein Rundschreiben im Reich umher, worin sie ihr Verfahren zu rechtfertigen suchte. Sie gestand ohne weiteres ein, daß sie dem Herzog den Tausch habe vorschlagen lassen; sie sah darin aber nichts Böses, weil die Ausführung von dem freien Willen der Beteiligten abhängig gemacht worden sei. Sie zog ferner den veralteten Vertrag von Baden an und meinte dann vorwurfsvoll, es gehöre viel Übelwollen dazu, wenn man fürchte, der Tauschplan hätte die Reichsverfassung ändern oder gar vollkommen über den Haufen werfen können. Auch noch an anderen Stellen gab sich die Gereiztheit der Kaiserin kund, aber zugleich hielt sie es doch für notwendig zu versichern, daß sie den Frieden von Teschen für ein Grundgesetz des Deutschen Reiches ansehe und niemals dawider handeln werde [1]).

Gegen den drohenden Fürstenbund suchte Joseph außerdem noch Hilfe bei Frankreich. Er ließ dort abermals anzeigen, daß er dem Tauschplan entsagt habe und daß er ebenso den Streit mit den Türken über den Strich an der Unna fallen lasse. Für diese Mäßigung verlangte Joseph von seinem Schwager, derselbe solle sich gegen die Urheber und Helfershelfer des ungesetzlichen Fürstenbundes erklären. Aber es ward ihm ausweichend geantwortet: nachdem er von jenen Plänen Abstand genommen, habe er den Fürstenbund nicht mehr zu fürchten, da derselbe fortan aufgehört habe gegen ihn gerichtet zu sein [2]). Auch in der holländischen Angelegenheit wurde

1) Schmidt, S. 240 ff.

2) Hofenfels 17. Juni bei Finckenstein und Hertzberg 28. Juni in den Geh. Kab.-Akten.

Joseph gezwungen, Wasser in seinen Wein zu gießen. Er hatte bereits die Öffnung der Schelde so wie die Erwerbung von Mastricht aufgegeben, und Friedrich wunderte sich, mit welcher Leichtigkeit der Kaiser ungeheuere Pläne faßte, die er bei der geringsten Schwierigkeit wieder fallen ließe [1]).

Inzwischen hatte man in Berlin über den Fürstenbund unterhandelt. Am 24. Juni war endlich der Geheime Rat v. Beulwitz aus Hannover eingetroffen, und er äußerte sich bei dem Besuche, welchen er dem Herrn v. Hertzberg machte, sehr zufriedenstellend, kündigte aber zugleich an, daß er vorschlagen würde, einen Hauptvertrag zu machen, den man allen Reichsfürsten vorlegen könnte, und außerdem noch besondere und geheime Artikel, die nur für die Kurhöfe bestimmt wären [2]). Nun hatte zwar Hertzberg bereits vor einem Vierteljahre den Auftrag erhalten, einen Entwurf zu einer verfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Fürsten zu machen und einen solchen am 17. März dem Könige vorgelegt. Derselbe war dann verschiedenen Höfen mitgeteilt worden und hätte dem Zwecke, welchen man im Auge hatte, ganz gut entsprochen. Er war außerdem in einer verständlichen Sprache abgefaßt; denn Friedrich der Große konnte die Weitschweifigkeit und den Wortschwall, welchen die deutschen diplomatischen Aktenstücke jener Zeit enthalten, gar nicht leiden. Aber wenn man hiervon absieht, hatte der hannöversche Entwurf doch auch seine Vorzüge; man konnte sozusagen weiter und näher verbundene Mitglieder haben, d. h. solche, die nur den Hauptvertrag annahmen, und andere, die auch die geheimen Artikel unterzeichneten. Überdies wünschte Friedrich einen schnellen Abschluß, und Streitigkeiten über die Frage, welchen Plan man den Beratungen zugrunde legen sollte, würden dieselben nur verlängert haben. So ging man also in den Konferenzen, die am 29. und 30. Juni stattfanden, von dem hannöverschen Entwurf aus.

Der Hauptvertrag bot keine Schwierigkeit dar; er war so

1) Friedrich 26. Juli. Vgl. Hertzberg bei Schmidt, S. 216.

2) Schmidt, S. 251.

abgefaßt, daß er allen Mächten vorgezeigt werden konnte. Die drei Kurfürsten machten sich anheischig, ein vollkommenes Einverständnis zu dem Ende zu unterhalten, daß das Reichssystem nach dem Westfälischen und andern verbindlichen Friedensschlüssen, der kaiserlichen Wahlkapitulation und den übrigen Reichsgesetzen aufrecht erhalten und befestigt werde. Die wesentlichen Artikel waren hier der achte und der neunte. Die Kurfürsten verpflichteten sich darin, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß sämtliche Stände des Reiches bei dem völlig unbeschränkten Gebrauch ihrer Stimmfreiheit und in dem Besitz ihrer Länder und Gerechtsame verbleiben, gegen eigenmächtige Ansprüche und willkürliche aufgedrungene Zumutungen gesichert seien und bei ihren Hausverträgen gänzlich unbeschwert und ungekränkt gelassen werden. Die vertragschließenden Teile wollen zuerst in gemäßigter Weise vorgehen, und wenn das nicht zum Ziele führt, über kräftige und wirksame Mittel sich verständigen und dieselben mit allem Nachdruck ins Werk setzen.

Außerdem legte Beulwitz besondere oder Separatartikel vor. Dieselben wurden so benannt, weil sie Angelegenheiten behandelten, welche nur die Kurfürsten betrafen. Friedrich glaubte nämlich, Joseph wolle die Wahl eines römischen Königs und Württembergs Erhebung zu einem Kurfürstentume betreiben, und er wünschte deshalb, daß die alten Kurfürsten in beiden Fällen einmütig handeln sollten. Diesem Begehr entsprechen die Separatartikel, und sie verhießen das nämliche gemeinsame Vorgehen bei der Abfassung der nächsten Wahlkapitulation. Besonders wollten die Kurfürsten darauf sehen, daß neben dem Westfälischen und andern Reichsfriedensschlüssen auch der Teschener vom Jahre 1779 namentlich mit angezogen und bekräftigt werde.

Auf die dringenden Vorstellungen des hannöverschen und des sächsischen Gesandten, des Herrn v. Beulwitz und des Grafen Zinzendorf, ward alles, was zu deutlich den Kaiser traf und was folglich die kleineren Staaten vom Beitritt abhalten konnte, in die geheimen Artikel verwiesen. Von diesen bezog der eine sich auf den bayerisch-niederländischen Tauschplan,

welchen man für unvereinbar mit dem Barriere-Vertrag von 1715, mit den pfälzisch-bayerischen Hausverträgen und dem Frieden von Teschen erklärte. Sollte daher der Kaiser darauf zurückkommen, so wollen die drei Kurfürsten niemals darein willigen, sondern sich auf das nachdrücklichste mit allen Kräften dagegen setzen. Wenn ein solcher Fall eintritt, müssen die pfälzischen Fürsten die Garantie des Reiches anrufen, und wenn das nicht zureicht, werden die Mitglieder des Bundes über weitere kräftige und thätige Maßregeln sich vereinbaren. In gleicher Weise wollen sie andere ähnliche Tauschpläne oder Säkularisationen und Zergliederungen unmittelbarer geistlicher Stifter verhindern.

Soweit wurde man in diesen beiden Tagen einig. Außerdem unterhandelten Beulwitz und Zinzendorf mit Hertzberg über einen geheimsten Artikel, worin bestimmt werden sollte, welche Maßregeln im schlimmsten Fall anzuwenden wären. Hannover schlug vor: wenn einer von den drei Kurfürsten aus Haß gegen dieses Bündnis angegriffen würde, sollten ihm die beiden andern mit einer festzusetzenden Zahl von Truppen in seinen zum deutschen Reiche gehörigen Ländern zuhilfe kommen. Damit war aber Hertzberg keineswegs zufrieden; er meinte, der Kaiser könnte ja sich damit begnügen, Bayern in Besitz zu nehmen, und sie müßten dann gegen ihn angreifend zu Werke gehen, obwohl sie in Wahrheit einen defensiven Krieg führten. Ferner würde König Friedrich nicht sowohl in seinen Reichslanden, als vielmehr in den nicht dazu gehörigen Provinzen Preußen und Schlesien angegriffen werden. Hertzberg schlug daher eine Fassung vor, wonach die Hilfeleistung in den Landschaften, welche Teile des Reiches wären, in dem gegebenen Fall also in Brandenburg, Magdeburg und den westfälischen Besitzungen geschehen sollte. Beulwitz fand diese Forderung ebenso gerecht als den Umständen angemessen; aber er wagte nicht, die verlangte Änderung auf sich zu nehmen, sondern bat um eine Frist, damit er diesen wichtigen Artikel sowohl selbst noch näher erwägen als auch darüber mit seinen Kollegen in Hannover in Beratung treten könnte. Was die Zahl der zu stellenden Hilfstruppen betrifft,

so schlug Beulwitz 15000 Mann vor. Finckenstein und Hertzberg waren damit einverstanden, sie erklärten aber, daß sie die Willensmeinung ihres Königs hierüber einholen müßten [1]).

In Hannover fand man die Forderung der preußischen Minister gleichfalls natürlich, und man billigte die Zusätze, die von ihnen verlangt wurden. Sachsen dagegen zögerte lange, bis es über die Schriftstücke, welche Zinzendorf am 2. Juli nach Dresden abgeschickt hatte, sich entschied. Die Beratungen rückten hier mit ängstlicher Langsamkeit vor, außerdem stürmte der Wiener Hof abermals an, um den Kurfürsten, der noch dazu sich in einem Lager zu Mühlberg damals aufhielt, von dem Fürstenbunde zu trennen. Erst am 16. meldete Zinzendorf, daß er die nötigen Verhaltungsbefehle bekommen hätte.

Wie ängstlich Sachsen war, das erhellt aus dem Zusatze, welchen es forderte, daß es von Brandenburg und Hannover zur Bildung der Union eingeladen worden sei, und diesem Begehr wurde gern entsprochen. Den Hauptvertrag und die drei Separatartikel hatte man in Dresden so, wie sie lauteten, angenommen, dagegen einen vierten, der auch vorgeschlagen worden war, verworfen. Seitdem Josephs Bruder Maximilian zum Koadjutor in Köln und Münster gewählt worden war, lebte Friedrich in beständiger Besorgnis, es wolle dieser Erzherzog noch andere Hochstifter gewinnen, und ebenso suche man Söhne Leopolds von Toskana in solche Stellen zu bringen und die Macht des Hauses Habsburg dadurch zu erhöhen. Wie viele Gerüchte waren darüber in den letzten Jahren aufgetaucht! Aber ein Beweis für solche Bestrebungen des Kaisers ist bisher nicht zum Vorschein gekommen. Hannover hatte nun dieser Besorgnis, daß der Wiener Hof suchen dürfte, die auf solche Weise in das österreichische Haus gebrachten Stifter wenigstens auf lange Zeit hinaus in selbigem zu erhalten und sie allmählich noch größeren Veränderungen zu unterwerfen, Ausdruck verliehen und mit den letzten Worten auf Säkularisationen hingedeutet. Beulwitz schlug Friedrichs Wünschen entsprechend vor,

1) Schmidt, S. 255 ff. 258 ff.

man solle die Besetzung der Hochstifter mit Prinzen aus dem Hause Österreich zu hintertreiben suchen und darauf sehen, daß die Erzbischöfe und Bischöfe der Regel nach aus dem Domkapitel gewählt würden [1]). Nun konnte Sachsen keine Gesetzwidrigkeit darin finden, wenn der Kaiser Mitglieder seiner Familie bei solchen Bewerbungen durch Empfehlungen und andere rechtliche Mittel unterstützte; gegen gewaltthätige Beschränkungen der Wahlfreiheit aber sichere schon der Hauptvertrag, in welchem die Kurfürsten übereingekommen wären, einem jeden Stande des Reiches, wozu in diesem Sinn auch die Erz- und Hochstifter gehörten, gegen dergleichen Bedrängungen beizustehen.

Man konnte in Dresden nicht anders urteilen, wenn man sich nicht selber tadeln wollte; denn ein sächsischer Prinz regierte Trier und Augsburg. Indem nun aber der Kurfürst von Sachsen dem hierauf bezüglichen Separatartikel nicht beitrat, blieb derselbe weg.

Dagegen den geheimen und geheimsten Artikel nahm Sachsen an samt der Bestimmung über die Zahl der auf eigene Kosten zu stellenden Hilfstruppen, die auf 12000 Mann Fußvolk und 3000 Reiter festgesetzt wurden, und zwar sollte der Kurfürst von Brandenburg wenn auch nicht in Preußen und Schlesien, so doch in seinen Reichslanden Unterstützung von den beiden andern erhalten.

Eine Meinungsverschiedenheit bestand noch zwischen Hannover und Preußen. Jenes wollte nur dann den bayerischen Tauschplan verhindern, wenn die pfälzischen Fürsten die Garantie des Reiches anriefen, dieses dagegen auch, wenn dieselben von Österreich gewonnen worden wären. Über diese streitige Frage hatten Finckenstein und Hertzberg schon am 10. Juli dem Könige Bericht erstattet, und auch jetzt einigte man sich nicht, vielmehr verlangte Beulwitz noch einen Tag Bedenkzeit, und am 19. blieb er bei seiner Meinung, die denn auch durchging. „Da wir des Herzogs von Zweibrücken sicher sind",

1) Schmidt, S. 254.

meinte Friedrich, „laufen wir keine Gefahr dabei“ [1]). Außerdem hegte das preußische Ministerium die Absicht, den Herzog versprechen zu lassen, daß er niemals in einen Tausch einwilligen, sondern auf alle Fälle die Garantie des Reiches und der verbündeten Fürsten anrufen werde.

So war man endlich mit der Unterhandlung fertig, und nachdem der Hauptvertrag sowie die Separat- und geheimen Artikel ins Reine geschrieben waren, wurden sie von den Bevollmächtigten am 23. Juli unterzeichnet. So betrübt Friedrich gewesen war, als er vor zwei Jahren die Kunde von dem russisch-österreichischen Bündnis vernommen hatte: so freudig begrüßte er jetzt das glückliche Zustandekommen des Fürstenbundes. Umgekehrt ärgerte man sich in Wien darüber, daß niemand zu einem Gegenbunde die Hände bot. In gereiztem Ton äußerte sich Kaunitz noch einmal im Juli durch den kaiserlichen Gesandten zu Hannover. „Mit unredlicherer Zudringlichkeit“, schrieb er, „läßt sich unmöglich den Reichsständen Staub in die Augen streuen. Ein freundschaftlicher Tauschantrag ist doch wohl von einer gewaltsamen, ungerecht erzwungenen, folglich verfassungswidrigen Handlung himmelweit unterschieden. Mit welcher Stirn kann also behauptet werden, daß Se. Kais. Maj. die dem Herrn Herzog von Zweibrücken geschehene freundschaftliche Proposition leugnen, mit sich selbst in Widerspruch fallen und die sämtlichen Reichsstände zu hintergehen suchen, wenn Sie gewaltsame Austausch-, Säkularisations- und andere Projekte für das, was sie wirklich sind, nämlich für grundlose Verleumdungen erklären.“ Zuletzt bat der Gesandte um eine bestimmte Antwort auf die Frage, ob der kurfürstliche Hof eine nähere Verbindung gegen etwa zu besorgende gewaltsame Unternehmungen und reichsverfassungswidrige Gefahren für unnötig und überflüssig finde oder nicht, und ob derselbe im letzteren Falle der vom Kaiser angebotenen näheren Verbindung beizutreten gewillt sei.“ Die nämliche Frage hatte man, jedoch ohne so ausfällig wie in Hannover zu werden,

1) Schmidt, S. 267. 295.

schon früher bei der bereits erwähnten Gelegenheit an den Kurfürsten von Sachsen gerichtet [1]). Letzteren versuchte der Vizekanzler Ostermann gleichfalls noch einmal abzuschrecken. Er äußerte zu dem sächsischen Gesandten in Petersburg: wenn man trotz der von Österreich und Rußland abgegebenen Erklärungen an der Liga weiter baue, so zeige man ein grundloses Mißtrauen gegen die beiden Kaiserhöfe, welches denselben nur zuwider sein und sie beleidigen könne; ferner vertrage sich ein solcher Schritt schlecht mit der Neutralität Sachsens, und so hoffe die Kaiserin, der Kurfürst werde das Werk nicht durch seinen Beitritt vollenden, zumal da er sich von keinem Hof wesentlichere Vorteile versprechen könne als vom russischen [2]). An die schmähliche Behandlung, die August III. 1762 von Petersburg aus erfahren hatte, dachte wahrscheinlich Ostermann nicht mehr.

Alle Bemühungen der beiden Kaiserhöfe blieben aber erfolglos. Joseph war doch erstaunt, daß Preußen so viele Dummheit, wie er sich ausdrückte, zusammengebracht, um die sogenannte Liga für die deutsche Freiheit stiften zu können, und er glaubte, die Sache würde von selbst gefallen sein, da sie ohne Grund und Zweck wäre, wenn der König von England nicht als Kurfürst von Hannover es so eilig gehabt hätte beizutreten und noch Proselyten zu machen. Auch die Kaiserin Katharina war wie versteinert, als sie erfuhr, daß der Bund geschlossen und der König von England als Kurfürst von Hannover Mitglied desselben geworden wäre [3]).

Wie man in Rußland und Österreich über die Union dachte, das wußte Friedrich, aber er ging ruhig seines Weges fort, ohne zu reizen. Seine Minister empfingen von ihm den Auftrag, den Petersburger Hof in Kenntnis von dem Abschluß

1) Schmidt, S. 320. 272.

2) Finckenstein und Hertzberg schicken den 14. August den Bericht, welchen Zinzendorf hierüber aus Dresden erhalten, an den König (Geh. Kab.-Akten).

3) Letzteres erfuhr Finckenstein von Esterno, wie er am 25. August dem Könige meldet. — Joseph an Katharina am 26. Juli, bei Arneth, S. 255.

des Bundes zu setzen. Sie thaten es und meinten dann, daß das von ihnen ausgearbeitete Schriftstück auch nach Frankreich und an die übrigen Mächte geschickt werden könnte. Sie hatten die Grobheiten des Wiener Hofes unerwidert gelassen und sich darauf beschränkt, die Gründe anzugeben, welche den König von Preußen bewogen hätten, trotz der Versicherungen, welche die beiden Kaiserhöfe gegeben, daß sie nicht mehr an den Tauschplan dächten, doch die Union mit Hannover und Sachsen zu schließen. Friedrich ließ noch die Bemerkung aufnehmen, daß der Bund dem Kaiser nicht die geringste Sorge machen dürfte, wenn er keine Absicht hätte, die Reichsverfassung zu verletzen [1]).

Das sanfte Vorgehen Preußens mag auf Katharina nicht ohne Einfluß geblieben sein. Wenigstens versuchte sie Joseph II. zu beruhigen, indem sie riet, die beiden Kaiserhöfe sollten den Bund mit vollkommener Gleichgültigkeit behandeln und keinen Ärger darüber zeigen, um die Wirkungen desselben gänzlich zu vereiteln; übrigens reiche die zwischen ihnen bestehende Freundschaft hin, um sie gegen feindselige Umtriebe zu schützen. Dem Berliner Hofe dagegen verbarg die Kaiserin nicht, wie sie Mühe habe, sich zu überreden, daß der neue Bund, welcher so leicht Mißtrauen unter den Ständen selbst verbreiten könnte, die Verfassung des Reiches und die Freiheit der deutschen Staaten noch besser zu schützen vermöchte. In Berlin fand man die Antwort sanfter, als man sie erwartet hatte, und über die Geringschätzung, welche die Kaiserin gegen den Fürstenbund zeigte, tröstete man sich mit dem richtigen Gedanken: „Die Reichsfürsten wissen diese Union besser zu schätzen“ [2]).

Während Österreich und Rußland ihren Zorn teils zeigten, teils unterdrückten, äußerte der französische Gesandte gegen Finckenstein seine Freude über den glücklichen Abschluß des Bundes und suchte nur zu erfahren, ob auch Holland zum Beitritt eingeladen werden sollte. Ferner wollte Vergennes

1) Schmidt, S. 328.
2) Arneth, S. 257. Schmidt, S. 353. 354.

wissen, ob der Vertrag nicht nur von Hannover, sondern auch von England geschlossen worden und ob darin auch von anderen als Reichsangelegenheiten die Rede wäre. Friedrich befahl seinen Ministern, den Vertrag mit Einschluß des geheimen Artikels, welcher den Austausch Bayerns betraf, nach Paris zu schicken. Dies geschah mit ausgesuchter Höflichkeit. Man hob hervor, wie man die Urkunde nur den Reichsfürsten zeige und den geheimen Artikel sogar nur solchen, deren man sicher sei; jedoch man mache mit einem Hof eine Ausnahme, mit welchem man glücklicherweise in vollkommenster Freundschaft lebe, während man der Kaiserin von Rußland den Vertrag vorenthalte, damit sie sich nicht mehr in die deutschen Angelegenheiten mische. Man hoffe, Frankreich werde dem Bunde nicht entgegen sein und besonders den Herzog von Zweibrücken und den Landgrafen von Hessen nicht vom Beitritt abhalten. Vergennes sprach sich auch ganz zufrieden aus, als er den Vertrag gelesen, und er wünschte, daß Friedrich noch lange die Freude genießen möge, die Ruhe von Deutschland zu sichern; offen könne Frankreich, ließ er weiter sagen, dafür nicht eintreten, aber die französischen Gesandten seien niemals angewiesen worden, dagegen zu sprechen [1]).

Wenn Vergennes hier die ganze Wahrheit sagte, so hat er sich nachher doch etwas geändert, als es sich um den Beitritt des Kurfürsten von Mainz handelte. Diesen zu gewinnen, hielt Friedrich der Große für außerordentlich wichtig; denn wenn das geschah, so hatten die verbündeten Fürsten die Mehrheit im Kurfürstenrat und konnten um so besser die Absichten des Kaisers bei einer römischen Königswahl, bei Errichtung einer neunten Kurwürde und ähnlichen Bestrebungen vereiteln. Bereits im Herbste des vergangenen Jahres hatte der Herzog Karl August von Weimar im Auftrage des Prinzen von Preußen mit dem Kurfürsten von Mainz über einen solchen Bund geredet. Dieser verlor dann die Angelegenheit nicht mehr aus den Augen, und als Joseph im Juni 1785 auch

1) Finckenstein 20. September (vgl. Schmidt, S. 352).

ihn durch den Grafen v. Trautmannsdorff vom Beitritt abmahnen ließ, antwortete er kühnlich, daß die allgemein bekannten Gerüchte von Ländertauschen und von andern mit dem unverrückten Bestande der deutschen Reichsverfassung nicht leicht zu vereinigenden Maßregeln ganz natürlich seine Aufmerksamkeit, sowie vermutlich die mehrerer anderer Stände rege gemacht hätten. Ja, der Kurfürst gab unverhohlen einer Vereinigung zum Zwecke der gemeinsamen Aufrechthaltung der Reichsgrundverfassung seinen Beifall. Er haßte den Kaiser, mit welchem er über die Rechte, die er als Erzkanzler hätte, im Streite lag; seine Verwandten, die Familie Gutenhoven, liebten gleichfalls den Wiener Hof nicht. Dennoch war es eine Zeitlang zweifelhaft, ob er es wagen würde beizutreten. Er äußerte sich zwar gut, aber er kam zu keinem festen Entschlusse. Der vertrauteste seiner Minister, v. Deel, versicherte wenigstens, sein Herr werde das Anerbieten des Kaisers, das also von Trautmannsdorf wiederholt worden war, ablehnen [1]). Und nicht nur der österreichische Gesandte suchte den Kurfürsten vom Beitritte zurückzuhalten, sondern auch Okelly, der französische. Zwei Wochen lang wendete jener alle möglichen Versprechungen und Drohungen an; er sagte z. B. der Familie Gutenhoven, die einen Prozeß beim Reichskanzlergericht hatte, mit verwerflicher Dreistigkeit, daß der Ausgang desselben von ihrem Verhalten abhängen würde.

Gemäßigter benahm sich Okelly, der ein Schreiben des Grafen Vergennes vorzeigte. Darin hieß es: der französische Hof billige weder, noch mißbillige er den Bund; aber er, der Minister, glaube, daß der Kurfürst, anstatt demselben beizutreten, lieber eine vollkommene Neutralität zwischen dem Kaiser und dem Könige von Preußen beobachten wolle. Die drei Mainzischen Minister Deel, Heims und Strauß rieten aber zum Gegenteil. Endlich am 18. Oktober erklärte der Kurfürst seinen Beitritt nicht allein zu dem Hauptvertrage, sondern auch zu dem geheimen Artikel, welcher sich gegen den Austausch von

1) Finckenstein und Hertzberg 26. September.

Bayern richtet; er verlangte nur, die vereinigten Fürsten sollten ihn und die anderen deutschen Bischöfe gegen jede Säkularisation schützen und in dem Besitze ihrer Metropolitan-, Diöcesan- und Episkopalrechte erhalten. Als die Sache sich entschieden hatte, verließen Trautmannsdorff und Okelli Aschaffenburg und reisten nach Mainz. Es war doch ein bedeutsames Zeichen der Zeit und eine bittere Verurteilung der kaiserlichen Politik, daß der erste Katholik und Erzkanzler des Reiches mit dem Philosophen von Sanssouci sich verband und eine besondere Freude darüber empfand, in einer so patriotischen und populären Rolle neben dem großen Könige zu glänzen. In Berlin würdigte man vollkommen den Erfolg, welchen man errungen. Frankreichs Verhalten bei dieser Gelegenheit verdroß allerdings Friedrich; aber er meinte, es sei immer eine Macht, welche man mit Schonung behandeln müsse [1]).

Nicht mindere Freude hatte der schon vorher erfolgte Beitritt des Herzogs von Zweibrücken und seines Bruders erregt, welche beide zugleich auf das feierlichste versprachen, daß sie niemals in einen Tausch Bayerns einwilligen würden. Finckenstein und Hertzberg hatten doch gefürchtet, sie würden sich die Hände soweit nicht binden wollen noch wagen, ohne die Zustimmung Frankreichs eine solche Verpflichtung zu übernehmen. Der Herzog meldete dann seinen Beitritt dem Grafen Vergennes, der ihm sehr verbindlich antwortete mit dem Zusatze, der König von Frankreich könne seinen Entschluß nur billigen. Um auch die

1) Finckenstein und Hertzberg an den König 31. Oktober. Dabei liegt ein Bericht des Geh. Rates v. Böhmer und des Freiherrn v. Stein, welche die Unterhandlung geführt hatten. Von letzterem schreiben die Minister: „Le Baron Stein a assisté à cette négotiation jusqu' à la fin et a contribué à sa réussite avec beaucoup de dextérité." Am 2. Mai hatten sie ihn für diese Sendung mit den Worten empfohlen: ‚C'est un jeune homme intelligent et actif, qui nous paraît avoir la capacité et les talens nécessaires pour une commission de cette nature. Le Baron de Stein pourra ensuite rester dans cette carrière, si V. M. est contente de lui, ou nous aurons du moins le temps de chercher un autre sujet convenable." (Geh. Kab.-Akten.) — Friedrich an Finckenstein 3. und 5. November.

beiden Pfalzgrafen der Linie Birkenfeld zu gewinnen, reiste Böhmer im Januar 1786 nach Zweibrücken, und er erwirkte nicht allein ihren Beitritt zum Fürstenbunde, sondern sie gaben auch schriftlich das nämliche Versprechen, wie ihre Vettern, daß sie niemals die Hand zu einem freiwilligen Austausche Bayerns bieten würden. Böhmer schilderte bei dieser Gelegenheit das müßige Leben des Herzogs von Zweibrücken, der nur an Vergnügen denke und seine Minister regieren lasse. Friedrich bedauerte das lebhaft, aber er schickte dennoch den Schwarzen Adlerorden dem Herzoge, welcher sich sehr darüber freute [1]).

Außerdem traten bei: Weimar, Gotha, Braunschweig, Baden, Hessen-Kassel, Köthen, Dessau, Bernburg, Osnabrück und Anspach. Dagegen Hessen-Darmstadt, auf welches man gerechnet hatte, weigerte sich, und das bedauerte Friedrich aufrichtig; denn er hatte gehofft, es würde der Landgraf sich dazu verstehen, 8—10000 Mann gegen Hilfsgelder, die ihm gezahlt würden, zu stellen. Außer den Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg und Hannover machte nur Gotha sich anheischig, 1200 Mann im Bedürfnisfall zu liefern; Braunschweig, Kassel und Osnabrück versprachen keine bestimmte Zahl, sondern sie wollten nach den Umständen verfahren [2]). Die geistlichen Fürsten außer dem Mainzer hielten sich von dem Bunde fern; aber es hieß, sie wollten einen eigenen bilden, um ihre Diöcesen vor Josephs Eingriffen zu schützen [3]). Der Kurfürst von Mainz dagegen blieb fest, auch als der Bischof von Salzburg ihn mit dem Kaiser aussöhnen wollte; er stimmte mit Sachsen, Brandenburg und Hannover inbezug auf gewisse, das Kammergericht betreffende Artikel, und so trat der außerordentliche Fall ein, daß die Fürsten die Mehrheit in allen drei Kollegien gegen die Willensmeinung des Kaisers erlangten [4]).

1) Finckenstein und Hertzberg 16. Oktober. Finckenstein 29. Dezember (Geh. Kab.-Akten). Schmidt, S. 373. Finckenstein und Hertzberg 11. März 1786.

2) Schmidt, S. 355. 328.

3) Finckenstein 5. Mai 1786.

4) Hertzberg 19. Juli 1786.

Der Fürstenbund bildet keineswegs eine neue Phase nationaler Entwickelung, die Mitglieder desselben wollten vielmehr an dem alten Reiche, wie es seit 1648 sich gestaltet, unverrückt festhalten; dagegen bezeichnet er die Machtstellung, welche Preußen unter Friedrich dem Großen gewonnen hatte. Sehr gering war der Erfolg gewesen, als er im Anfange seiner Regierung einen Bund gegen Österreich zu gründen versuchte; nun kam er trotz der Gegenbemühungen der beiden Kaiserhöfe zum Ziel. Im Jahre 1778 hatte Joseph ihn fälschlich Anti-Cäsar genannt; jetzt aber nahm er beinahe die Stellung eines Gegenkaisers ein.

Viertes Kapitel.

Verhalten Friedrichs gegen den Landadel und die Gutsunterthanen und seine Sorge für den Ackerbau.

Die auswärtige Politik des großen Königs haben wir nun beinahe bis zu seinem Tode kennen gelernt, und es bleibt uns noch übrig, auch seiner Bemühungen um die Landeswohlfahrt mit einiger Ausführlichkeit zu gedenken. Gleich nach dem Hubertsburger Frieden war er, wie erzählt worden ist, mit dem größten Eifer daran gegangen, die schweren Wunden eines langen und blutigen Krieges so rasch als möglich zu heilen. Wir haben ferner gesehen, welche segensreiche Thätigkeit er entfaltet hat, um das äußerst verkommene Westpreußen in einen erträglichen Zustand zu bringen. Indem wir uns nun dieser Seite der Herrscherthätigkeit Friedrichs wiederum zuwenden, wollen wir den Landadel und die Gutsunterthanen zunächst ins Auge fassen und berichten, welche Förderung der König dem Ackerbau hat zuteil werden lassen.

Friedrich betrachtete bekanntlich den Adel als den ersten und vorzüglichsten Stand und entnahm, wenn es irgend möglich war, aus ihm allein die höheren Staatsbeamten und die Offiziere; ferner war er ganz ernstlich bemüht, die adeligen Grundbesitzer in ihrem Eigentume zu erhalten. „Wenn ich auf der Verordnung, daß keine Person bürgerlichen Standes ein adeliges Gut erwerben kann, nicht mit allem Nachdruck halten ließe, würden binnen wenigen Jahren die adeligen Güter in bürgerlichen Händen sein", schrieb er im November 1773 an einen Ostpreußen. Er dachte sogar darüber nach, wie er den Adel, wenn derselbe gezwungen wäre, seine Güter anderen Personen seines Standes zu veräußern, gegen einen Verkauf unter dem Werte decken und in Sicherheit stellen könnte, und er verfiel auf folgendes Auskunftsmittel: wenn ein adeliger Grundbesitzer in Konkurs gerät, muß ein Mitglied der Kammer die Verwaltung des Gutes ebenso einrichten, als ob es eine Domäne wäre, und dafür sorgen, daß es während des Konkurses nicht in seinem Werte sich verringere. Das Generaldirektorium, der schlesische Minister v. Hoym und die Justizkollegien wurden im Januar 1774 angewiesen, demgemäß zu verfahren. Friedrich suchte ferner bürgerliche Personen durch gewisse Einschränkungen vom Ankauf und Besitz adeliger Güter noch mehr abzuhalten. Sie sollten nämlich von den Kreis- und Landtagen ausgeschlossen sein und doch annehmen müssen, was dort beschlossen würde; sie sollten ferner die Gerichtsbarkeit nicht unter ihrem Namen, sondern unter Benennung der Gerichte des Ortes ausüben lassen dürfen und gewisse Ehrenrechte der adeligen Patrone, wie die Fürbitte für sie und besonderes Geläute bei Trauerfällen nicht genießen. Wenn eine Tochter einen Edelmann heiratete, sollte dieser bei der Teilung auf sein Verlangen nach einem billigen Anschlage das Gut und die bürgerlichen Erben Geld erhalten. Zu diesen vom Großkanzler vorgeschlagenen Einschränkungen fügte Friedrich noch die Entziehung des Jagdrechtes. Und diesen Bestimmungen sollten auch diejenigen unterworfen sein, welche von ihm die Erlaubnis zum Ankauf erhalten hätten; denn unter gewissen Verhältnissen

gab er eine solche. Ja, in Westpreußen wurde zwar inbezug auf die deutschen Edelleute das Verbot eingeführt. Dagegen war es dem Könige sogar lieb, wenn Leute bürgerlichen Standes Landgüter polnischer Edelleute an sich brächten; die letzteren sollten, wenn sie ihre Einkünfte durchaus in Polen verzehren wollten, dort bleiben und ihren preußischen Landbesitz veräußern [1]).

Friedrich rechtfertigte sein Verfahren in dem politischen Testamente von 1768 folgendermaßen. „Wenn die Bürgerlichen Güter erwerben", schrieb er, „öffnen sie sich den Weg zu allen Ämtern. Sie haben meistens eine niedrige Gesinnung und geben schlechte Offiziere ab, man kann dieselben nirgends hinschicken. Ausgenommen sind hiervon nur bevorzugte Geister und ein hervorragendes Verdienst, welches alles, was es auf seinem Wege findet, übertrifft und ausgezeichnet werden muß. Was aber diejenigen anlangt, welche Vermögen gesammelt haben, oft auf unwürdigen Wegen, und welche glauben, daß sie adelig zu werden verdienen, weil sie reich sind, so muß man die Thür vor ihnen zumachen, weil die Kinder dieser Emporkömmlinge gewöhnlich nichts taugen oder verweichlicht oder verschwenderisch sind, und ferner, weil man die Tugend herabsetzt, wenn man dem Reichtum, der keine Verdienste besitzt, Auszeichnungen gewährt; es gewöhnen sich die Menschen an den Gedanken, daß man mit Geld alles in der Welt machen kann, und daß Rechtschaffenheit und Talente nur ins Hospital führen."

Die Geldmenschen und ihre liederlichen Söhne wird niemand in Schutz nehmen; aber daneben gab es doch genug bürgerliche Männer von der ehrenhaftesten Gesinnung, und im Gegensatze zum Könige klagte vielmehr ein märkischer Edelmann, von dem wir noch viel Gutes werden berichten müssen, Friedrich Eberhard v. Rochow, mit größerem Rechte, daß Tugend und Verdienste sich aus dem Adel fast ganz in den bürgerlichen

1) Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur VI, 395. 518. 573. Rödenbeck, Beiträge zur Bereicherung und Erläuterung der Lebensbeschreibungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen II, 473—475.

Stand zurückgezogen hätten, und er lehrte nach einigen Jahren die Bauernjungen, daß edle Gesinnungen an keinen Stand gebunden sind [1]).

Wenn Friedrich den Adel bevorzugte, so stellte er zugleich große Anforderungen an ihn. Er findet die Erziehung der Kinder dieses Standes in ganz Europa tadelnswert. Er geißelt in Preußen der Eltern Entzücken über das Meisterwerk, das sie in die Welt gesetzt haben, die übermäßige Nachsicht, die sie, die Mütter noch mehr als die Väter, gegen ihre Söhne üben, die geringen Kenntnisse, welche die letzteren zuhause sich erwerben; wenn sie von dem Hofmeister Katechismus, Latein und etwas Geographie gelernt und außerdem die französische Sprache durch den Gebrauch sich angeeignet hätten, würden sie auf die Akademieen gesendet. „Diese haben", schreibt der König weiter, „geschickte Lehrer. Der einzige Vorwurf, den man letzteren machen kann, ist vielleicht der, daß sie nur suchen das Gedächtnis ihrer Zöglinge vollzufüllen, daß sie diese nicht gewöhnen, selber zu denken, daß man nicht frühzeitig genug ihr Urteil übt, daß man es vernachlässigt, ihre Seele zu erheben und ihnen edle und tugendhafte Gesinnungen einzuflößen" [2]).

Es gab in Preußen zwei sogenannte Ritterakademieen, in Liegnitz und in Brandenburg; sie sollten die Mitte zwischen Schule und Universität halten und erwachsene Jünglinge teils für die letztere vorbereiten, teils ihnen dieselbe entbehrlich machen, wenn sie zum Militär übergingen oder sich der Landwirtschaft widmeten. Aber welche geringen Anforderungen stellte man in Liegnitz bei der Aufnahme! Nach dem Siebenjährigen Kriege wollte der schlesische Minister v. Schlabrendorff die Anstalt wieder heben, und er machte deshalb dem Adel bekannt, die jungen Leute müßten so weit wenigstens vorbereitet sein, daß sie in der lateinischen Sprache nicht fremd und imstande wären, die wissenschaftlichen Vorträge zu verstehen. Den Zög-

1) Jonas, Litterarische Korresp. des Pädagogen Dr. Eb. v. Rochow mit seinen Freunden, S. 13. Kinderfreund (3. Aufl.) I, 55.

2) Oeuvres IX, 115; Friedrichs Abhandlung über die Erziehung, welche 1770 gedruckt wurde, betrifft nur die Kinder des Adels.

lingen blieb überlassen, welche von den letzteren sie hören wollten, und die Leibesübungen nahmen den größten Teil der Zeit hinweg. Wie sollte viel gelernt werden, wenn dreistündiges Reiten den Unterricht eröffnete, oder wenn nachmittags eine juristische Vorlesung zwischen zwei Stunden Fechten u. s. w. und zwei Stunden Tanzen lag! Außerdem mußten die sogen. Militaristen 4—6 Monate jährlich bei ihren Regimentern zubringen. Daß ein solcher Aufenthalt einen üblen Einfluß auf die Zucht in der Anstalt ausübte, kann man sich denken [1]).

Indem der König Anstalten für die Erziehung des Adels nennt, übergeht er die Liegnitzer Ritterakademie und nennt nur die Brandenburger, ferner die Schule von Klosterbergen, das Joachimsthalsche Gymnasium und die neue Adelsakademie in Berlin. Er selbst hatte letztere zwei Jahre nach dem Hubertsburger Frieden gegründet und die Instruktion für diese Anstalt verfaßt Immer 15 adelige Jünglinge sollten hier gebildet werden, um alsdann ins Militär zu treten, oder dem Staat auf andere Weise zu dienen [2]). Den Lehrern befahl der König, nicht allein das Gedächtnis der Zöglinge mit nützlichen Kenntnissen anzufüllen, sondern hauptsächlich den Verstand zu entwickeln, das Urteil zu bilden und folglich darauf zu sehen, daß die Zöglinge sich klare und deutliche Begriffe von den Dingen machen und keineswegs mit unbestimmten und verworrenen Vorstellungen sich begnügen. Die Unterrichtsgegenstände waren: Französisch, Logik, Rhetorik, Geschichte, Geographie, Metaphysik, Mathematik und Jurisprudenz; die letztere wurde damals auch anderwärts gelehrt, z. B. in der Liegnitzer Ritterakademie, und wenigstens Naturrecht im Joachimsthalschen Gymnasium. Der König gab ferner gleich einem modernen Unterrichtsminister zu jedem Zweige des Unterrichts Erläuterungen. Er verlangte

1) Blau, Gesch. der Kgl. Ritterakademie zu Liegnitz im Zeitalter Friedrichs des Großen. Progr. der Anstalt vom J. 1840, S. 10. 15.

2) Sie sollten werden propres à la guerre ou à la politique, heißt es in der Instruktion (Oeuvres IX, 77); aber in den Denkwürdigkeiten (VI, 99) schreibt Friedrich nur: die Akademie gewährte des sujets utiles qui furent placés dans l'armée.

französische Ausarbeitungen. Er wies den Geschichtslehrer an, keinen Wert auf Einzelheiten zu legen, sondern die Hauptsachen wohl einzuprägen und politische, moralische und philosophische Betrachtungen einzuflechten. Bei den Kreuzzügen z. B. könne der Lehrer gegen den Aberglauben eifern und bei der Bluthochzeit Abscheu vor dem Fanatismus einflößen; wenn dagegen von Männern wie Cincinnatus, Scipio, Paullus Aemilius die Rede sei, möge darauf hingewiesen werden, daß die Tugend dieser großen Männer die Quelle ihrer herrlichen Thaten sei, und daß es ohne Tugend keinen Ruhm und keine wahrhafte Größe gebe. „So gewährt die Geschichte Beispiele für alles", fügt der König hinzu. Er versteht unter Tugend, wie in der Metaphysik weiter ausgeführt werden soll, die vollkommenste Uneigennützigkeit, welche bewirkt, daß man die Ehre über das Interesse, das allgemeine Wohl über das besondere, das Heil des Vaterlandes über das eigene Leben stellt. Außerdem soll in der Metaphysik hauptsächlich ein Überblick über die verschiedenen philosophischen Systeme gegeben werden. Wenn Friedrich weiter vorschlägt, ein Zögling solle ohne Vorbereitung ein System angreifen, ein anderer es verteidigen und der Professor zuletzt anzeigen, worin beide gefehlt haben, so ist wohl die Absicht zu loben, aber der Nutzen sehr zweifelhaft.

Zu der Unterrichtsordnung fügte der König noch eine Schulordnung und regelte darin besonders die Pflichten der Hofmeister. Dieselben sollten jeder drei Zöglinge beaufsichtigen. Das Recht zu schlagen ward ihnen bei Gefängnisstrafe genommen; denn die Zöglinge sollten nicht erniedrigt, sondern ihr Ehrgefühl angespornt werden. Zweifelhaft ist es freilich, ob das erreicht wird, wenn derjenige, welcher seine Lektion schlecht gelernt hat, eine Eselskappe tragen und der Trotzige sich so lange mit der bloßen Degenscheide begnügen muß, bis er bereut hat. Vortrefflich war es dagegen, wenn der König den Hofmeistern gebot, den Frohsinn und lose Streiche nicht zu unterdrücken, streng nur gegen Bosheit des Herzens und besonders gegen Faulheit zu sein und den Zöglingen mit einem guten Beispiel vorzuleuchten.

In die Akademie wurden die fähigsten Köpfe der Kadettenhäuser aufgenommen. Es gab solche Anstalten längst in Berlin und Potsdam; ungefähr zu der nämlichen Zeit, wo die Stiftung der Akademie erfolgte, gründete der König ein neues Kadettenhaus zu Stolpe in Hinterpommern, und im Jahre 1776 ward auch in Kulm eins eröffnet. Beide Male wollte der König dem armen Adel zuhilfe kommen, indem dort anfangs 48, später 96 Knaben, hier 60 auf seine Kosten ernährt, bekleidet und erzogen wurden [1]). Der Unterricht drehte sich hauptsächlich um Geschichte, Geographie, Logik, Geometrie und Befestigungskunst.

Im Jahre 1774 ward auch die Liegnitzer Ritterakademie einer Verbesserung unterzogen. Im Februar kam der Minister v. Zedlitz hin, und er fand, daß der Koch, das Bier und die Pferde bisher als die Hauptsachen behandelt worden waren. Er beschränkte nun die Leibesübungen, nahm den Zöglingen die freie Wahl der Vorlesungen und verlangte eine strengere Eintrittsprüfung. Die Anforderungen waren freilich noch immer sehr mäßige. „Verzeihlich ist es", meinte der Minister, „wenn der Examinand in der französischen Sprache, Mathematik und Historie weniger weiß, hierin kann leicht nachgeholfen werden." Dagegen verlangte Zedlitz: wer aufgenommen werden wolle, der müsse fertig und mit Ausdruck lesen, orthographisch schreiben, einen kleinen Aufsatz aus dem Stegreif ohne besondere Sprachfehler machen und einen leichten lateinischen Schriftsteller übersetzen, wobei er zu zeigen habe, daß ihm die Deklinationen, Konjugationen und die Hauptregeln der Syntax geläufig seien. Die wissenschaftlichen Lehrstunden der Ritterakademie wurden auf 22 wöchentlich erhöht und umfaßten Geschichte, Geographie, Mathematik, Physik, Philosophie, Französisch, Beredsamkeit und Naturrecht. Die Vorlesungen über das positive Recht dagegen schaffte Zedlitz ab, und er führte den Religionsunterricht ein. Was die Lehrart betrifft, so sollten die Professoren sich einer-

1) Oeuvres VI, 92. Preuß, Urk.-Bd. IV, 189. Büsching, Wöchentl. Nachrichten 1777, S. 62.

seits des Universitätsvortrages enthalten, anderseits aber es auch vermeiden, Fragen an die Zöglinge zu richten, die nur mit ja oder nein beantwortet werden können, sondern sich der sokratischen Methode bedienen, die Selbstthätigkeit der Schüler wecken und ganz vorzüglich auf die Entwickelung des Verstandes und die Bildung des Herzens hinwirken [1]).

Das ist es, was Friedrich der Große für die Bildung des Adels gethan hat. Außerdem kam er ihm auch hilfreich entgegen, um ihn in seinem Landbesitze zu erhalten. In Schlesien war bald nach dem Siebenjährigen Kriege noch ein solcher Überfluß von Geld vorhanden gewesen, daß man seine Kapitalien nicht unterzubringen wußte und sich glücklich schätzte, wenn ein sicherer Schuldner dieselben um die Hälfte der gewöhnlichen Zinsen annehmen oder ferner behalten wollte. Noch im Anfange des Jahres 1765 fehlte es dem schlesischen Adel keineswegs an Geld; aber gegen Ende stieg die Not bereits auf den höchsten Grad, und das General-Moratorium, welches erlassen wurde, hatte nicht den gewünschten Erfolg, vielmehr erlitt der Kredit des Adels dadurch einen starken Stoß, und die entstandenen Bankrotte zeigten, daß das Übel von der allzu großen Leichtigkeit herkam, mit welcher man borgen konnte. Viele Güter waren sehr weit über ihren Wert mit gerichtlichen Schuldverschreibungen behaftet, und nicht selten ging die Hälfte der Gläubiger, die sich für hypothekarisch sicher gehalten hatten, leer aus [2]).

Das Übel nahm so überhand, daß Friedrich glaubte, zuhilfe kommen zu müssen. Er schenkte im Jahre 1768 dem armen Adel dieser Provinz 300 000 Thaler, und er äußerte sich gegen den schlesischen Justizminister v. Carmer dahin, daß die weniger dürftigen ungefähr 20 Prozent, die andern aber etwas mehr bekommen möchten [3]). Als er nach Breslau kam, sprach er

1) Blau, S. 24—27. 30.

2) Vgl. meinen Aufsatz: Über den Ursprung der schlesischen Landschaft, im 18. Bd. der Zeitschr. des Vereins f. Gesch. u. Altertum Schlesiens, S. 1—25.

3) Stadelmann II, 358.

über diese traurigen Verhältnisse mit Carmer, der ihm einen Vorschlag machte, wie man dem Geldmangel unter dem Landadel wohl abhelfen könnte. Leider sind wir über diese Unterredung ohne weitere Nachricht und wissen daher auch nicht, ob damals etwa der König eines Planes gedacht hat, welchen ihm ein Berliner Kaufmann, Namens Büring, im Anfange des Jahres 1767 eingereicht, um dem Lande Überfluß an Geld und Kredit zu verschaffen und dem in Verfall geratenen Adel wieder aufzuhelfen. Die Idee dieses Mannes war dahin gegangen: man errichtet eine Generallandschaftskasse, die den Wert aller adeligen Güter, deren Besitzer es verlangen, nach einem festen Satze bestimmt und einträgt und ihnen die Hälfte oder zwei Drittel desselben auf Hypothek giebt, auf daß sie damit ihre Gläubiger auszahlen können. Zu dem Ende werden landschaftliche Pfandbriefe zu 4 Prozent auf den Inhaber ausgefertigt. Die Generalhypothekenkasse garantiert kraft des verpfändeten Gutes Kapital und Interessen durch ihre Unterschrift. Der Schuldner zahlt ein halbes oder ein ganzes Prozent mehr zur Bestreitung der Kosten und zur Bildung eines Fonds für Unglücksfälle. Eine Garantie der Landstände hielt Büring nicht für erforderlich; er meinte, die Generalhypothekenkasse sei ganz allein imstande, durch die verpfändeten Güter und pünktliche Justiz ihrer Garantie Genüge zu leisten. Friedrich hatte den Plan Bürings am 24. Februar 1767 dem Minister v. Hagen überwiesen, und dieser den Urheber am letzten März dahin beschieden, daß der König auf die eingereichten Vorschläge wegen der damit verknüpften Schwierigkeiten nicht einginge. Von diesem Plane könnte Friedrich wohl dem schlesischen Justizminister Mitteilung gemacht und dieser ihn sich später verschafft haben.

Die Unterredung des Königs mit Carmer blieb zunächst ohne Folgen; aber am 28. Juni 1769 forderte jener diesen auf, einen ausführlichen Plan ihm zuzusenden. Indem nun der Minister dem Befehle Friedrichs entsprach, ging er von einigen Mißdeutungen und Veränderungen aus, die sich in neueren Zeiten aus Mangel einer hinlänglichen Kenntnis der

alten schlesischen Verfassung eingeschlichen und dem Kredit des Adels vielen Abbruch gethan hätten. „Ehemals wurden keine Pfandverschreibungen", bemerkte Carmer, „über die Hälfte des Wertes der verpfändeten Güter zugelassen, und also war der, welcher dergleichen gerichtliche Hypotheken in Händen hatte, vollkommen versichert, daß er sein Kapital niemals verlieren könnte. In neueren Zeiten glaubte man den Kredit des Adels vermehrt zu haben, wenn man ihm das Schuldenmachen erleichterte, und es einem jeden Gläubiger überließe, seine Sicherheit selber zu beurteilen. Es wurden also die Pfandverschreibungen auf bloßes Verlangen sogar bis weit über den wahren Wert der Güter gerichtlich konfirmieret und dadurch veranlaßt, daß bei entstehendem Konkurs die Hälfte solcher Hypotheken leer ausgehen und das ehemalige Vertrauen des Publikums auf dergleichen sonst untrüglich gewesene Verschreibungen gänzlich wegfallen mußte. Zwei andere Neuerungen wirkten ebenfalls nachteilig. Der bisherigen Verfassung entgegen wurden während des Konkurses keine Zinsen gezahlt und dem Gläubiger außerdem noch ein Teil der Prozeßkosten aufgebürdet. Deshalb meinte Carmer: man müßte die alten Gesetze wiederherstellen und bestimmen, daß gerichtliche Pfandbriefe nicht leicht weiter als auf die Hälfte des Wertes eines verpfändeten Gutes ausgefertiget, bei entstehendem Konkurse den mit solchen Pfandbriefen versehenen Gläubigern Zinsen wie vorher bezahlt und ihnen keine Prozeßkosten aufgebürdet würden.

Carmer wollte nun aber nicht allein den Kredit des Adels wiederherstellen, sondern ihm auch Gelegenheit verschaffen, die Summen, deren er bedurfte, wirklich aufzubringen. Es widerstand ihm aber, fremde Kapitalien aufsuchen und die Zinsen außer Landes gehen zu lassen; überdies hatte die Erfahrung gezeigt, daß solche Gelder gar nicht zu erlangen wären. Hatte sich doch ein großer Grundbesitzer vergebens an einen auswärtigen Kapitalisten gewendet, um 150000 Thaler gegen die erste Hypothek aufzunehmen; der Mann wollte das Geld nur hergeben, wenn die Landschaft die genaue Berichtigung der

Zinsen und die künftige Wiederbezahlung des Kapitals verbürgte.

Indem Carmer davon abstand, Anleihen im Auslande zu machen, kam er auf den Gedanken, ob es nicht möglich wäre, den Pfandbriefen die Eigenschaft des Geldes mitzuteilen, und er bejahte die Frage, weil er fand, daß die alten Pfandbriefe des Fürstentums Schweidnitz-Jauer, die wegen ihrer Ausfertigung auf Pergament auch lederne Briefe genannt worden waren, ehemals bei Kapitalzahlungen, Güterkäufen und andern solchen Gelegenheiten wirklich Umlauf gehabt hatten. Er glaubte daher, daß neue Pfandbriefe künftig als bares Geld von Hand zu Hand gehen und bei großen Zahlungen noch viel angenehmer als dieses sein würden, wenn das Publikum die Überzeugung von der vollkommenen Richtigkeit, mit welcher dieselben ausgefertigt würden, und von der vollkommenen Sicherheit seiner Kapitalien und Interessen gegen alle Schikanen gewinnen könnte und Gelegenheit fände, solche Papiere wenigstens zum Teil gegen klingendes Geld umzusetzen. Carmer verlangte daher, daß von der Gesamtheit des Adels und dessen Bevollmächtigten, welche bei vorkommenden Unrichtigkeiten mit ihrem Vermögen für allen Schaden unverzüglich Ersatz leisten könnten, die Ausfertigung der Pfandbriefe abhängen sollte. Carmer war überzeugt, daß die letzteren nur in der äußersten Not weggegeben werden würden; und er hielt einen mittelmäßigen Fonds aus diesem Grunde für ausreichend, Pfandbriefe jederzeit zu versilbern.

Auf diese Vorschläge Carmers antwortete der König mit gewohnter Schnelligkeit. Er fand dieselben sehr gut und wollte sie zur Ausführung bringen, sobald er das Kapitel für den Realisationsfonds in der Höhe von 200000 Thalern würde bewilligen können. Inzwischen sollte Carmer die ansehnlichsten Landstände ausforschen und, wenn sie mit ihm übereinstimmten, den ganzen Plan ausarbeiten. Das geschah denn auch. Der König kam alsdann, wie alljährlich, nach Breslau, und hier unterzeichnete er am 28. August 1769 die Kabinettsordre, welche die neue Landschaft ins Leben rief. Er befahl darin,

es sollten die Stände jedes Fürstentums unter sich und sodann alle Fürstentümer zusammen in Verbindung treten und ein gemeinschaftliches Landeskollegium errichten, welches die Aufgabe hätte, das, was zur Erhaltung des öffentlichen Kredits erforderlich wäre, nach bestem Vermögen frei und ungehindert zu betreiben.

Die weiteren Bestimmnugen der Kabinettsordre waren dem Plane Carmers vom 12. Juli größtenteils wörtlich entnommen. Danach sollten Pfandbriefe nur bis zur Hälfte des Wertes eines Gutes ausgestellt, und letzterer nach gewissen, in jedem Kreise besonders festzusetzenden Prinzipien ermittelt werden. Der Besitzer des verpfändeten Gutes verzinset der Landschaft seine Pfandbriefe mit 5 Prozent. Die Stände jedes Kreises sorgen für die Einziehung und Abführung der Interessen und nehmen, wenn dieselben nicht gezahlt werden, das verpfändete Gut in Verwaltung. Weder die Inhaber solcher privilegierter Pfandbriefe noch die Landschaftskasse dürfen jemals in einen Konkursprozeß verwickelt werden.

Am Schlusse befahl der König, aus jedem Fürstentume, welches an dieser Einrichtung teilzunehmen wünsche, solle der Minister einige von ihren Mitständen genügend instruierte und bevollmächtigte Deputierte zu gleicher Zeit nach Breslau erfordern und mit denselben überlegen, wie die Verfassung der Landschaften in Ansehung ihrer Verbindungen unter einander, ferner ihrer Zusammenkünfte, Ausfertigung der Pfandbriefe, Verwaltung der Kassen und überhaupt des ganzen Systems am füglichsten reguliert und das allgemeine Wohl mit möglichster Ersparung der Kosten am zuverlässigsten erhalten und befördert werden könne.

Infolge des empfangenen Auftrags forderte Carmer die Stände der Kreise durch ein Rundschreiben vom 8. September 1769 auf, je zwei Männer aus ihrer Mitte durch Stimmenmehrheit zu ernennen. „Diese Kreisdeputierten, fuhr der Minister fort, werden sich dann in der Hauptstadt des Fürstentums versammeln, ihren Direktor oder Landesältesten wählen und unter dessen Leitung beratschlagen, wie das System der

Landschaft am füglichsten eingerichtet werden könne. Aus diesen Fürstentumskollegien werden dann die zu der allgemeinen Versammlung in Breslau erforderlichen Bevollmächtigten durch Stimmenmehrheit ernannt und mit ihnen die völlige Regulierung der Sache vorgenommen werden." Der Minister bat zugleich, die Kreisdeputierten möchten ihm doch bis zum Ende des Jahres ihre Erinnerungen und Vorschläge schicken, und er versprach ihnen dagegen, daß er die zu deutlicherer Einsicht der Sache noch etwa fehlenden Erläuterungen mit Vergnügen ihnen an die Hand geben wolle.

Was der Minister wünschte, das ist geschehen, und Vorstellungen verschiedener Art mögen ihm von den Rittergutsbesitzern zugekommen sein. Aber auch noch andere streuten Zweifel und Bedenken aus. Darauf erschien eine Schrift: „Gedanken eines Patrioten über den Entwurf zur Wiederherstellung des allgemeinen Kredits des schlesischen Adels". Der ungenannte Verfasser war der Oberamts- und Pupillenrat Svarez, ein geborner Schweidnitzer, und er entledigte sich in ganz vorzüglicher Weise seiner Aufgabe. Diese Schrift war die Erläuterung, die Carmer am 8. September 1769 zu geben versprochen hatte; darum verwies er auch auf sie, als er am 17. Februar 1770 ein Rundschreiben an die Landschaftsdeputierten richtete. Nachdem die letzteren gewählt waren, sollte mit Ausschreibung der Fürstentumstage und Erwählung der Direktoren vorgegangen werden. Die Deputierten wurden deshalb aufgefordert, die Stände der ihnen anvertrauten Kreise sobald als möglich nach den Kreisstädten zu berufen und ihnen folgende drei Punkte zur Beratung vorzulegen: welche Fürstentümer sich zusammenschlagen sollen, wer zum Direktor zu wählen sei, und wie man die Kosten für die erste Einrichtung aufbringen wolle. Darauf wurden 99 adelige Gutsbesitzer zu Deputierten auserkoren; diese Männer beriefen dann die Stände, von denen sie gewählt worden waren, nach den Kreisstädten, um über die genannten drei Punkte die Meinung derselben einzuholen. Das Protokoll, welches sie darüber aufsetzen mußten, war ihre Instruktion für die Fürstentumstage.

Am 16. Mai 1770 machte Carmer, der fast allen diesen Versammlungen als königlicher Kommissarius beigewohnt hatte, dem Könige die Anzeige, daß er mit der Einrichtung des neuen landschaftlichen Systems in den besonderen Fürstentümern fertig sei und nur noch ein Generalreglement zu entwerfen habe. „Um nun aber auch dieses", fuhr er fort, „mit desto größerem Vertrauen und Zufriedenheit des Publikums zu bewirken, werde ich ehestens mit den gesamten Fürstentumsdeputierten zusammentreten und den gemeinschaftlichen Entwurf dann zur allerhöchsten Genehmigung einsenden." Carmer zeigte ferner an, welche Männer zu Direktoren gewählt worden waren, und Friedrich bestätigte dieselben schon am 20. Mai. Übrigens wartete der Minister die Zustimmung des Königs nicht ab, sondern berief, um nunmehr die letzte Hand an das Werk zu legen, die von den Fürstentümern gewählten Landschaftsdirektoren und Landesältesten, wie die Deputierten jetzt genannt wurden, auf den 25. Juni nach Breslau.

Im Fürstensaale des Rathauses wurden die Sitzungen gehalten und durch eine Anrede Carmers eröffnet. Die Hauptaufgabe der Versammlung war die Aufstellung eines Reglements. Ohne Zweifel mit Benutzung der Protokolle der Fürstentumstage hatte der Minister einen Entwurf gemacht und den Ständen übergeben, damit sie denselben in ihren besonderen Zusammenkünften durchgehen, ihre Erinnerungen machen und der Gesamtheit vortragen könnten. Die Beratungen gingen rasch vorwärts, und am 29. Juni wurde das Reglement fertig. Danach gab es acht Systeme oder Fürstentumslandschaften, nämlich Schweidnitz-Jauer, Glogau-Sagan, Oberschlesien, Breslau-Brieg, Liegnitz-Wohlau, Münsterberg-Glatz, das Bistum oberen und niederen Kreises und Öls-Militsch. Die Geschäfte jeder Landschaft führt ein von den Ständen gewählter und vom Könige bestätigter Landschaftsdirektor und ein Syndikus; für jeden Kreis werden außerdem zwei oder mehr Landesälteste gewählt, die zusammen mit jenen beiden Männern das Fürstentumskollegium bilden. In ähnlicher Weise besteht die den einzelnen Systemen übergeordnete Hauptlandschaftskommission aus

dem vom König ernannten Generallandschaftspräsidenten, dem Syndikus und drei Repräsentanten oder Bevollmächtigten, welche von den Deputierten der Stände durch Stimmenmehrheit gewählt und vom Könige bestätigt werden.

Der Generallandtag wünschte die Notwendigkeit seiner Wiederkehr selten zu machen; daher ward in der Versammlung der Antrag gestellt und angenommen: es solle ein Landesausschuß eingesetzt werden, welcher die Hauptlandschaftskommission kontrolliere, das Land desto näher zusammenbringe und die gar zu öftere mit vielen Kosten verbundene Ausschreibung des Generallandtages verhindere. Dieser Ausschuß, in welchen jedes System einen Bevollmächtigten sendet, kommt jährlich am 1. Februar zusammen, revidiert sämtliche Kassen und nimmt die Rechnungen ab. Der Direktor desselben ist der Generallandschaftspräsident. Diese Kontrolle genügt, und nur wenn die Kommission oder der Ausschuß es für nötig halten, wird ein Generallandtag einberufen, zu welchem jedes Fürstentumskollegium außer seinem Direktor noch zwei bis vier Deputierte sendet.

Als man mit dem Reglement zu Ende gekommen war, wurden noch die General-Detaxationsprinzipien der schlesischen Landschaft in 118 Paragraphen festgestellt, alsdann wählte die Versammlung die drei Repräsentanten nebst dem Syndikus und ging am 9. Juli auseinander. Gleich am folgenden Tage schickte Carmer das von ihm und den 44 Fürstentumsdeputierten vollzogene Landschaftsreglement dem Könige, der es am 15. Juli bestätigte. Das neue Kreditinstitut trat jetzt in Wirksamkeit, und zu Weihnachten wurden die ersten Pfandbriefe ausgegeben. Den Besitzern adeliger Güter war hiermit die Möglichkeit verschafft, einen Kredit für mäßige Zinsen zu erlangen, und die Gläubiger empfingen ein Wertpapier, welches ihnen pünktliche Zinsenzahlung und eine Sicherheit, wie keine andere Hypothek darbot und sie zugleich jeder Überwachung dieser Sicherheit überhob, ein Papier, welches, da man es jederzeit zu versilbern vermochte, in vielen Beziehungen die Stelle des baren Geldes vertreten konnte und sich insbesondere dazu eignete, als ein

zinstragender Kassenbestand anstatt baren Geldes niedergelegt zu werden [1]).

Am 1. Juni gab der König die 200000 Thaler, die er der Landschaft für ewige Zeiten überlassen wollte; die Zinsen sollten zu Pensionen für 40 adelige Witwen verwendet werden. Die Zahl der Bewerberinnen war natürlich immer groß. Da ermahnt denn der König oft zur Geduld, bis er imstande sei, eine Pension zu bewilligen, einmal bis zum nächsten Jahre, wo er zusehen werde, ob er eine Unterstützung gewähren könne. Einer Frau v. Sydow schreibt er: „Seid Ihr wirklich so arm, als Ihr in Eurer Vorstellung vorgebt, so soll Euch geholfen werden. Ich habe deshalb das Erforderliche verfüget." Ein andermal schickt er an den Minister ein Gesuch mit den Worten: „Nach der Originalanlage muß das Elend der verwitweten v. Eicke den höchsten Gipfel erreicht haben, und wenn sie wirklich in einer solchen traurigen Lage sich befindet, so müßtet Ihr zusehen, ihr betrübtes Schicksal durch eine Pension sobald als möglich ihr zu erleichtern." Am 28. April 1786 wendet sich die Königin Elisabeth an Hoym; sie sendet ein Bittschreiben, welches sie von der Tochter des verstorbenen Generals v. Podewils erhalten, und empfiehlt dieselbe dem Minister, daß er ihr zu einer Pension behilflich sei. „Ich hoffe", fuhr sie fort, „daß solches um so weniger Schwierigkeiten finden wird, da sie eine Offizierstochter ist, welche der König vorzüglich mit dergleichen zu begnadigen pflegt." Am 23. Juli wird auch dem Fräulein Friederike v. Podewils eine erledigte Pension von 100 Thalern bewilligt.

Blicken wir jetzt aber noch einmal zurück auf die Entstehung der schlesischen Landschaft. Es ist ein merkwürdiger Vorgang in dem Leben des großen unumschränkten Herrschers. Der Gedanke kommt von dem Minister, der König billigt ihn, und nachdem das geschehen, geht Carmer an die Ausführung, ohne noch durch Verhaltungsbefehle von Potsdam oder Berlin ge-

1) Zu dem 100jährigen Jubiläum der schlesischen Landschaft. Vom General-Landschaftssyndikus v. Görtz, S. 12.

stört zu werden, und berichtet nur von Zeit zu Zeit, wie weit die Angelegenheit gediehen ist. Endlich die Stände nehmen an der Gründung des Kreditwerkes selbständig den freiesten Anteil, und binnen Jahresfrist wird das wohlthätige Werk vollendet.

Den Segen dieser Einrichtung wünschte Friedrich auch auf andere Provinzen übertragen zu sehen. In Brandenburg war wenigstens der neumärkische Adel sehr verschuldet. Der König fühlte sich dadurch bewogen, demselben 300000 Thaler im Jahre 1768 zu schenken. Zu demselben Zwecke gab er 1769 für die Kurmark 100000 Thaler her, doch so, daß davon auch Kämmereigüter bedacht werden könnten, und zur Einführung der englischen Wirtschaft; 1773 in gleicher Weise die nämliche Summe [1]). Ferner erging an die Landstände der Kur- und Neumark die Aufforderung, das Beispiel Schlesiens inbezug auf die Herstellung des Kredits nachzuahmen; aber hier schien es geraume Zeit, als würde die Sache nicht zustande kommen. Am 13. November 1773 versprachen zwar die Verordneten dieser Stände dem Könige, Vorschläge machen zu wollen, die Ausführung unterblieb aber, und zu Anfange des Jahres 1776 war noch immer keine Aussicht vorhanden, daß man sich verständigen würde. Damals hielt sich der Gründer der schlesischen Landschaft auf Befehl Friedrichs in Berlin auf, um sich mit dem Großkanzler v. Fürst über eine Prozeßreform zu einigen. Der König wollte diese Gelegenheit benutzen, um der märkischen Landschaft Vorstellungen machen zu lassen. Zweimal trug er den Ständen auf, Carmer zu Rate zu ziehen, und als dies nicht geschah, ward er unwillig und schärfte dem Großkanzler und dem Minister v. Derschau ein, sie sollten jene bedeuten, daß sie den Anordnungen des Königs besser nachzukommen hätten. Die Stände hörten jetzt auch den schlesischen Justizminister an, und weil Friedrich ihnen vorgeworfen, daß sie ihm von ihrer ganzen Sache und von Beschaffenheit ihrer Umstände

1) Stadelmann II, 177. 251. 260. Hertzberg, Huit dissertations, p. 178. A. Büsching, Wöchentl. Nachrichten, Jahrg. 1777, S. 290.

noch nichts gesagt, holten sie das nach, indem sie einige Männer aus ihrer Mitte an den König abordneten. Letzterer wollte in dieser Angelegenheit nicht befehlen, sondern er teilte nur seine Gedanken in einem ausführlichen Schriftstück am 20. Januar 1776 der Deputation der kur- und neumärkischen Landschaft mit. Er meinte, die Güter müßte man sämtlich nach richtigen Grundsätzen abschätzen und alle Schulden, auch die ohne Zustimmung der Agnaten gemachten, ausmitteln. Er fragte weiter: wie sollen diese Schulden getilgt werden? und wies auf das gute Beispiel von Schlesien hin, wo man in kurzer Zeit schon 600000 Thaler abgezahlt hätte. Der König riet alsdann, die Stände sollten ein Kapital von 3—400000 Thalern zu 4 Prozent aufnehmen und denjenigen, die am meisten zurückgekommen wären, damit helfen. „So ersparen sie", schrieb Friedrich, „von Jahr zu Jahr mehr an Zinsen und können sich immer weiter helfen." Endlich legte der König einen hohen Wert darauf, daß die Landschaft wohl acht gäbe, ob auch die Güter von den Besitzern ordentlich bewirtschaftet oder bei Verpachtung nach richtigen Anschlägen und nutzbar ausgethan würden, und beim Sequester sollte das Nämliche geschehen.

Das waren die Ratschläge, welche Friedrich gab, und er erbot sich, der Landschaft ein Kapital von 3—400000 Thalern zu 4 Prozent, wenn sie es für nötig fände, zu verschaffen. Mit Entschiedenheit aber sprach er sich dagegen aus, daß die Zinsen auf 4 Prozent heruntergesetzt werden sollten; das würde mit der Zeit und dann von selbst erfolgen, meinte er, während es dem allgemeinen Kredit Schaden brächte, wenn man Gewalt anwendete. Seine zweite Forderung ging dahin: alle Stände müssen zusammenstehen und die Sache gemeinschaftlich übernehmen. Er drückte das Vertrauen aus, daß die reichen und vermögenden adeligen Gutsbesitzer ebenso gut wie er selbst ihre Garantie hergeben würden [1]).

Die Mühe, welche sich der König genommen, blieb zunächst

1) Stadelmann II, 395. 433. 434. 436 ff. Stölzel, C. G. Svarez, S. 142. 143.

ohne Frucht. Die Angelegenheit ward übrigens auch in der Öffentlichkeit verhandelt. Friedrich Eberhard v. Rochow, welcher sich bereits einen großen Namen in der pädagogischen Welt gemacht hatte, nahm an dem Streite lebhaften Anteil, indem er keinen andern Ausweg, als denjenigen, welchen man in Schlesien eingeschlagen, zu finden suchte. Ihm trat der Geheime Justizrat und Präsident des uckermärkischen Obergerichts v. Berg entgegen. Beide Männer, Domherren des Hochstiftes Halberstadt und angesehene und begüterte Edelleute, stritten über die Frage, ob der in Stockung geratene Umlauf des Geldes durch solche landschaftliche Briefe, wie in Schlesien, am sichersten wieder in Gang gebracht werden könnte oder nicht. Rochow hatte das geleugnet, Berg es behauptet. Jeder von ihnen besaß unter dem Adel seine Anhänger; doch gab es auch solche, die in einigen Stücken jenem, in anderen diesem beipflichteten. Indem der Oberkonsistorialrat A. Fr. Büsching Bergs „Anmerkungen eines Eingesessenen in der Uckermark" am 20. Januar 1777 in seinen Wöchentlichen Nachrichten anzeigte, gestand er, daß der Verfasser mit ungemeiner Geschicklichkeit die Pfandbriefe verteidigt und angepriesen, auch wenige erhebliche Zweifel übrig gelassen hätte. Darauf richtete Rochow ein Schreiben an Büsching, worin er dem Lobe, welches letzterer ausgesprochen, völlig beipflichtete; denn er hatte von Berg gelernt. Er bemerkte zu seiner Rechtfertigung: zu der Zeit, als er sein Gutachten verfaßt habe, sei die Sache selbst noch neu gewesen, nachher aber durch Erläuterung weit mehr ins Licht gesetzt worden, und der König habe sich über die Art und Weise, dem armen Adel zu helfen, noch nicht so bestimmt geäußert, wie jetzt. Und über seine erste Absicht äußert Rochow: „Mein Bemühen ist dahin gegangen, zu sorgen, daß die Nachahmungslust uns nicht hindere, recht zu sehen, ob wir auch in dem wirklichen Falle des Originals seien, dessen Kopie wir werden wollen, und wenigstens die Untersuchung zu veranlassen, ob uns nicht durch gelindere Mittel geholfen werden könne." Rochow nannte nun sieben Punkte, worin er und Berg mit einander jetzt einig wären. Der dritte lautete: „des Adels

Bürgschaft im ganzen ist vielleicht besser als einzeln, darum weil der Gläubiger alsdann weniger Schwierigkeiten macht zu leihen; er übersiehet seine Sicherheit leichter oder glaubt es doch" [1]). Gerade dieser Punkt aber und wahrscheinlich noch andere teilten den märkischen Adel; die Kluft, welche zwischen den Ansichten des Königs und der Landstände vorhanden war, füllte sich nicht aus, und am 12. April 1777 äußerte sich Friedrich gegen den Minister v. Görne, welcher die Sache zu betreiben hatte, fast hoffnungslos. „Ich muß Euch nur sagen", schrieb er, „die Landstände haben keine patriotischen Gesinnungen, und das allgemeine Beste ist die längste Sache, woran sie denken." Friedrich argwöhnte ferner, daß die Justiz und die Advokaten ihres Vorteils wegen das Werk zu hintertreiben suchten, allerhand Dinge den Leuten in den Kopf setzten und lauter Kabalen machten [2]).

Diesmal behielt aber der Minister Recht, wenn er noch hoffte, eine allgemeine Vereinigung zustande zu bringen. Am 14. Juni wurde das kur- und neumärkische ritterschaftliche Kreditreglement fertig, und gleich am folgenden Tage bestätigte der König dasselbe, wiewohl es seine Wünsche nicht ganz erfüllte; denn gleich anfangs heißt es darin: jeder Besitzer eines adeligen Gutes könne nach seinem freien Willen, indem er auf dasselbe Pfandbriefe sich ausfertigen lasse, an diesem gemeinnützigen Institute teilnehmen und solchergestalt in die Verbindung des Kreditwerkes treten, dann aber durch Tilgung der Pfandbriefe sich wieder davon losmachen [3]). Man sieht, die allgemeine Vereinigung der Landstände war nicht verwirklicht worden.

Der König fuhr außerdem fort, dem neumärkischen Adel Gelder zu landwirtschaftlichen Verbesserungen zu geben; im Jahre 1776 waren es 100000 Thaler und 1777 wieder

1) Büsching, Wöchentliche Nachrichten V, 164; V, 8. 16. 17ff. 49—52.

2) Stadelmann II, 472.

3) Rabe I, 270. Vgl. Stölzel, S. 109. Der König gab auch hier 300000 Thaler her. Büsching, Wöchentl. Nachr. V, 280.

200000 Thaler zu 1 Prozent. Die Zinsen von jenem Kapital sollten wie in Schlesien zu Pensionen an adelige Witwen und Waisen, die andern Zinsen für das Kadettenhaus in Stolpe verwendet werden. Als Friedrich erfuhr, daß verschiedene Edelleute das Geld zwar nähmen, aber nur einige Büdnerhäuser davon bauen ließen und das übrige Geld zur Tilgung ihrer Schulden benutzten, trug er dem neumärkischen Kammerpräsidenten auf, solchen Mißbrauch zu verhindern. Er hat alsdann noch 373000 Thaler zur Verbesserung der Rittergüter gespendet [1]).

Auch der pommersche Adel war sehr verschuldet, und Friedrich hatte deshalb schon im Anfange des Jahres 1767 dem Großkanzler v. Jariges aufgetragen, durch die Regierungen (d. h. die Oberlandesgerichte) den Wert der Güter, die Höhe der Schulden und die Kriegsschäden ausmitteln zu lassen und ihm ganz zuverlässige Listen darüber einzusenden. Darauf gab er 1770 dem Adel in Pommern 380000 und zwei Jahre später 300000 Thaler. Letztere Geldsumme ward an 64 Rittergutsbesitzer verteilt, welche davon nur 2 Prozent zahlten. Die Zinsen bestimmte der König auch hier zu Pensionen an adelige Witwen und Waisen. Für die erhaltenen Kapitalien mußten die Empfänger landwirtschaftliche Verbesserungen vornehmen. So bekam z. B. ein Freiherr v. Puttkamer 11400 Thaler; dafür sollten 4 Bauern, 18 Kossäten und 24 Büdner angesetzt und eine Holländerei errichtet werden. Wenn nun diese neuen Anlagen, wie man berechnet hatte, fast 1120 Thaler eintrugen und davon 228 Thaler Zinsen abgingen, so blieben dem Eigentümer noch ungefähr 882 Thaler, die als Zinsen von 18000 Thalern zu 5 Prozent betrachtet werden können. In den beiden folgenden Jahren gab der König 250000 Thaler her; von den Zinsen sollten 320 Thaler als Zulage für die 8 Konventualinnen des Klosters Stolpe, die übrigen 4680 Thaler zur Besoldung von tüchtigen Schulmeistern dienen. Freilich, als die bedachten Herren zahlen sollten, da erklärten

1) Stadelmann II, 476. 488. Hertzberg, p. 178.

sie, daß sie mit ihren Verbesserungen noch nicht fertig wären, und baten um Verlängerung der Freijahre. Der König beklagte nun zwar die hergebrachte pommersche Faulheit, jedoch er gab ihnen noch ein Jahr Aufschub, dann aber müßten sie die Zinsen ordentlich abführen [1]).

Friedrich wollte nur die Bedürftigen unterstützen, und als er fand, daß von den 145 000 Thalern, die er 1775 hergegeben, vier Rittergutsbesitzer, die es gar nicht bedurften, mit 18 000, 14 600, 9100 und 6500 Thalern angesetzt waren, drückte er dem Geheimen Finanzrat v. Brenckenhoff seine Verwunderung darüber aus und ließ den Plan abändern. Dagegen sollten auch diejenigen Güter, welche schon stark verschuldet wären, an der Wohlthat teilnehmen; denn er wolle, schrieb er von Stargard aus dem Großkanzler am 4. Juni 1776, dem Adel helfen und ihn in seinem Grundbesitz erhalten. Er äußerte weiter sein Mißfallen darüber, daß die Advokaten die Gläubiger aufhetzten, die auf den adeligen Gütern Gelder stehen hätten. „Das müßt Ihr sofort abstellen", fuhr er fort, „oder wir werden Unfreunde. Die Advokaten machen überhaupt viele Streiche." Friedrich befahl dem Großkanzler, in die Provinz zu kommen und danach zu sehen, wie alles hier zuginge, dann aber unter den Advokaten und bei der Justiz eine bessere Ordnung zu stiften [2]). Erinnerten diese Zustände nicht an die schlesischen, wie sie vor der Gründung der Landschaft bestanden hatten?

Endlich im Jahre 1779, nachdem Friedrich noch 450 000 Thaler dem pommerschen Adel geopfert, erschienen vier Abgeordnete der Ritterschaft dieser Provinz bei ihm mit der Bitte, daß sie auch ein Kreditinstitut einführen und von ihm dabei unterstützt werden möchten. Der König versprach ihnen bereitwillig seinen Beistand. Es wurden die notwendigen Vorkehrungen nun getroffen, und alsdann leitete Carmer, der in-

1) Stadelmann II, 354, N. 261, N. 346. Wöchentl. Nachr. V, 283.

2) Stadelmann II, N. 288, N. 349.

zwischen Großkanzler geworden war, die Beratungen, die am 29. und 30. September, am 1. und 2. Oktober 1780 gehalten wurden. Das Reglement steht deshalb dem schlesischen näher als das märkische. Desto mehr aber nimmt es Wunder, das die königliche Bestätigung erst am 13. März 1781 erfolgte. Welches der Grund ist, erkennt man nicht, es müßte denn Friedrich heftigen Anstoß an der Bestimmung genommen haben, daß Pfandbriefe nicht auf die Hälfte, sondern auf die ersten zwei Dritteile des Wertes eines Gutes ausgefertigt werden könnten [1]).

Der König wünschte weiter, daß für Magdeburg, Halberstadt und die Grafschaft Mansfeld ebenfalls ein Kreditsystem gegründet würde; seine Anregung ist aber erfolglos geblieben [2]).

Wir sehen aus alle dem, daß der König den Adel nicht wenig begünstigte; doch nahm er auch das Beste der Landleute wahr; denn er wußte deren Bedeutung im Staate wohl zu schätzen [3]). Besonderes Mitleid empfand er mit denjenigen, die an die Scholle gebunden waren; ihr Los erschien ihm als ein solches, wogegen sich das menschliche Gefühl am meisten empöre. „Sicherlich ist niemand geboren", schreibt er einmal, „um der Sklave von seinesgleichen zu sein; mit Recht verabscheut man einen solchen Mißbrauch, und man glaubt, es bedürfe zur Abschaffung dieser barbarischen Sitte nur eines guten Willens" [4]).

Schon lange war der König der nämlichen Ansicht gewesen. Als er am 20. April 1762 in Breslau den Herrn v. Brenckenhoff zum wirklichen Geheimen Finanz-, Kriegs- und Domänenrat beim Generaldirektorium ernannte, gab er ihm mündlich und schriftlich Weisungen, wie er dem Notstand in Hinterpommern zuhilfe kommen sollte. Bei dieser Veranlassung ge-

1) Rabe II, 4. 5.

2) Stadelmann II, 525.

3) Les laboureurs forment un corps respectable dans l'Etat, ils en sont le fondement, ils en portent le fardeau, les peines sont pour eux et la gloire pour d'autres. Polit. Test. von 1768.

4) Oeuvres IX, 205. (1777.)

dachte Friedrich auch der Leibeigenschaft der Unterthanen; dieselbe wirkte nach seiner Meinung überall schädlich, und ihr maß er es bei, wenn diese Provinz nie zu rechter Aufnahme gekommen wäre. Deshalb sollte sie jetzt und überall gänzlich aufgehoben und abgeschafft werden, und zwar müßte das bei den Amtsunterthanen der Domänen sogleich geschehen und die ungemessenen Dienste derselben so reguliert werden, daß jeder füglich seine Wirtschaft dabei verrichten könnte. Den adeligen Grundbesitzern sollte Brenckenhoff solches gleichfalls aufgeben mit der Drohung, daß sie sonst weder jetzt noch später vom Könige Beistand zu gewärtigen hätten und dessen ungeachtet angehalten werden würden, ihre Güter wieder in Stand zu bringen und mit der gehörigen Anzahl von Unterthanen zu besetzen [1]).

Brenckenhoff hat aller Wahrscheinlichkeit nach vergebens gesucht etwas auszurichten; denn ein Jahr später wiederholte Friedrich seinen Befehl an ihn, und zwar sollte das jetzt auf allen königlichen, adeligen und städtischen Dörfern ohne jede Widerrede geschehen; diejenigen aber, welche sich weigern würden, sollten so viel als möglich mit Güte, sonst aber mit Gewalt dahin gebracht werden. Auch die Pommersche Kammer ward angewiesen, sich die Sache recht angelegen sein zu lassen, wenn sie sich nicht in Verantwortung setzen wolle. Sie forderte denn auch den Adel auf, schleunig zusammenzutreten und Vorschläge zu machen [2]).

Die Landstände von Vorpommern vereinigten sich, nachdem sie in jedem Kreise Beratungen über die Angelegenheit angestellt hatten, in Demmin und setzten hier eine längere Erklärung an den König auf. Sie führten an, daß die slawische Leibeigenschaft nach der Einwanderung der Deutschen sich in eine Gutspflichtigkeit umgewandelt habe, die auf den mit den Bauern abgeschlossenen Verträgen beruhe. Jene wären nicht nur zu allen Diensten ohne Unterschied verpflichtet gewesen, sondern es hätte der Herr mit ihnen Handel treiben, sie ver-

1) Stadelmann II, 336.
2) Ebd. 340. 341.

schenken, vertauschen und verkaufen können. Diesen wären nicht allein ohne eine Zahlung Höfe gegeben, sondern sie auch mit Vieh und was zum Ackerbau sonst nötig, versehen worden gegen die für sich und ihre Nachkommen eingegangene Verpflichtung, auf den Höfen in den Gütern zu bleiben, das Land zu bebauen, anstatt der Pachtgelder Dienste zu leisten und ohne des Gutsherrn Einwilligung nicht wegzuziehen noch aus dem Gute zu weichen.

Die Landstände wiesen mit Nachdruck auf die Vorteile hin, welche dieses Verhältnis mit sich brächte: die adeligen Grundbesitzer müßten einem solchen gutspflichtigen Mann einen Hof geben, ihn mit Saaten, Vieh, ja mit Hausgerät und Betten versehen und ihn, wenn er arbeitsunfähig geworden wäre, versorgen. Welche Mißbräuche dabei vorkommen könnten, blieb natürlich ungesagt, und die Stände hoben nur hervor, was auf den König Eindruck zu machen geeignet war. Im letzten Kriege, sagten sie weiter, mußte der Gutsherr das, was der Feind genommen oder zugrunde gerichtet, ersetzen, an des Bauern Not eher als an seine eigene denken und sich die Wiedereinrichtung desselben ein Großes kosten lassen. Besonders aber hoben die klugen Stände die drohende Entvölkerung hervor; denn das junge unverständige Volk würde bei solcher gänzlichen Freiheit in der Meinung, anderswo noch besser zu fahren, davonziehen oder sich nach den Städten begeben, um ein Handwerk zu erlernen. Und wie werde es mit denen sein, fragten die schlauen Stände, die aus Furcht vor der Werbung flüchten? Bisher habe man solche von Schwedisch-Pommern oder Mecklenburg mit Erfolg zurückverlangt; aber wenn die Gutspflichtigkeit aufhöre, könne man die Auslieferung nicht mehr fordern [1]). Die hinterpommerschen Stände äußerten sich ähnlich [2]).

1) Preuß III, 99 ff.

2) Stadelmann II, 104 fin. Aus Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den ältesten Teilen Preußens (Leipzig 1887) II, 55 ff., ersieht man, daß die Akten noch manches Neue enthalten.

Diese Vorstellungen machten auf Friedrich doch einen gewissen Eindruck; er glaubte, man würde durch eine plötzliche Aufhebung den Ackerbau zugrunde richten und außerdem teilweise den Adel für die erlittenen Verluste zu entschädigen haben [1]). Er begnügte sich also mit der Erklärung der Stände, daß die eigentliche Leibeigenschaft nicht mehr vorkäme, und ließ eine neue Bauernordnung aufsetzen. Dieselbe wurde dann von ihm unter dem 30. Dezember 1764 bestätigt und hierauf bekannt gemacht. Im Eingange befahl hier der König, daß der Gottesdienst mit gebührender Andacht und Eifer abgewartet und an den Feier-, Sonn- und Bußtagen keine Haus- und Feldarbeit verrichtet werde. Es sollte ferner in der Zeit, wo gepredigt oder das Abendmahl gereicht würde, nicht verstattet sein, Bier, Wein oder Branntwein auszuschenken, sondern die Sonn- und Festtage sollten mit Andacht und heiligem Leben zugebracht werden. Man sieht, Friedrich störte die Bauern in ihrer herkömmlichen Frömmigkeit nicht.

Inbezug auf die Gutspflichtigkeit nahm die Kammer beinahe wörtlich die Erklärung auf, welche die vorpommerschen Stände gegeben. Sie bestimmte weiter: wenn ein solcher eigenbehöriger Unterthan ohne die Einwilligung der Herrschaft aus seinem Dorfe wegzieht, hat letztere das Recht, nachdem er dreimal von sechs zu sechs Wochen vorgeladen worden und sich binnen einem halben Jahre nicht gestellt hat, seinen Namen öffentlich anschlagen zu lassen und ihn dadurch unehrlich zu machen. Auch wenn ein Bauer sich auf seinem Hofe nicht halten kann, darf er aus dem Dorfe nicht fortziehen, sondern er muß seiner Obrigkeit um den üblichen Lohn und notdürftigen Unterhalt dienen. Dasselbe findet statt, wenn ihm der Hof aus einer rechtmäßigen Ursache genommen wird, und zwar darf letzteres geschehen, wenn ein Bauer oder Kossäte seinen Acker schlecht bestellt, die Gebäude verfallen läßt, seinen Viehstand nicht gehörig unterhält, die Hofwehr — d. h. das Gutsinventar — veräußert, Schulden macht, die Gefälle nicht ordentlich abführt

1) Oeuvres IX, 206.

und sich überhaupt als keinen rechtschaffenen Wirt zeigt. Diese Bestimmungen sind sehr dehnbar, aber es stand wenigstens einem so Vergewaltigten frei, sich bei der Landesobrigkeit zu melden, die nach Befinden entweder ihn wieder einsetzen oder mit Weib und Kind für frei erklären sollte. Übrigens wurde Friedrich, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt werden muß, sehr ärgerlich, wenn Beschwerden einliefen, daß Kossäten von Haus und Hof gejagt worden wären [1]).

Die pommerschen Stände hatten das Vorhandensein der Leibeigenschaft abgeleugnet; allein auch die Bauernordnung von 1764 enthielt noch Bestimmungen, welche daran erinnerten, z. B. es sei der Beschaffenheit der gutspflichtigen Bauern in Pommern gänzlich entgegen, wenn Manns- und Weibspersonen von verschiedenen Gütern zusammenlaufen und sich heiraten; denn dadurch entständen nicht allein viele Irrungen und Streitigkeiten zwischen den Herrschaften, sondern es würden auch öfters die zur Feldarbeit höchst nötigen Leute den Gütern entzogen. Und so durften denn auch die Bauersleute nebst ihren Kindern und Dienstboten sich nicht willkürlich verheiraten, und ihre Söhne sich nur mit Genehmigung der Herrschaft einem städtischen Berufe widmen [2]).

Sehr drückend lastete doch der Gesindezwang auf den geplagten Schultern der armen Landleute. Nach der revidierten Gesindeordnung für das platte Land der Alt-, Mittel-, Uckermark und Priegnitz vom 14. Februar 1769 mußten die Kinder der Bauern, Kossäten und Büdner, welche sich bei andern vermieten oder für Tagelohn arbeiten wollten, nicht nur zuvor ihrer Gerichtsobrigkeit, d. h. ihrem Gutsherrn, anbieten, sondern sie waren auch schuldig, demselben für den festgesetzten Lohn zu dienen, wenn die Eltern sie bei ihrer eigenen Wirtschaft füglich entbehren konnten. Begaben sie sich ohne solche Erlaubnis anderswohin, so erlitten sie Festungsstrafe [3]).

1) Stadelmann II, N. 287. 438.

2) Mylius, Novum Corpus III, 532 ff.

3) Ebd. IV, 5336 (und bei Lamotte, Prakt. Beiträge zur Cameralwissenschaft I, 256 ff).

Eine Härte der neuen pommerschen Bauernordnung wurde dem Könige bald angezeigt. Verschiedenen mannbaren Weibspersonen versagte nämlich der Eigennutz des Gutsherrn die Erlaubnis, nach einem andern Orte sich zu verheiraten, und sie mußten deshalb ledig bleiben und abwarten, ob eine Gelegenheit zur Verehelichung in ihrem Dorfe sich finden würde. Diese Fessel löste Friedrich am 1. Juni 1766 [1]). In der erwähnten Gesindeordnung wurde das Loskaufgeld für einen Knecht, der außer dem Dorfe sich in einen Hof einheiratet, auf 10 Thaler und für eine Magd, welche sich in oder außer dem Dorfe verehelicht, auf die Hälfte davon festgesetzt. Der Minister v. Derschau erläuterte später dies noch dahin, daß die Zahlung nur bei völliger Freilassung erfolgen durfte, nicht aber, wenn der Knecht oder die Magd in der Unterthänigkeit verblieben [2]).

Überhaupt war das Leben, welches der Landmann führte, kein leichtes. Im Winter von 1774/75 entwarf der Geheime Finanzrat und erste Präsident der Oberrechenkammer, Roden, für den Prinzen von Preußen eine kurzgefaßte Nachricht über das Finanzwesen. Indem er darin aufzählte, was der märkische Bauer alles jährlich leisten mußte, gedachte er auch der vielen Hofdienste, welche denselben zwangen, mehr Knechte und Pferde zu halten, und der sehr wohl unterrichtete Beamte meinte, daß die Einschränkung dieser Dienste eine vortreffliche Sache wäre. Roden bemerkte bei dieser Gelegenheit weiter: „der Bauer muß allen Fleiß anwenden und sich kümmerlich behelfen, wenn er sich ehrlich ernähren und durchbringen will, zumal wenn er sonst nichts anderes als sein eigenes Wohnhaus und Hofgebäude nebst dem dazu gehörigen Acker im Vermögen hat. Er kann

1) Ebd. IV, 471. Auch in Westpreußen hob Friedrich, wie erwähnt, die Leibeigenschaft auf, und an den ostpreußischen Kammerpräsidenten hat er 14 Tage vor seinem Tode die Frage gerichtet, ob nicht alle Bauern auf den königlichen Ämtern aus der Leibeigenschaft geholt und zu Eigentümern auf ihren Gütern bestellt werden könnten. Stadelmann II, N. 642.

2) Lamotte, S. 329 (15. Mai 1776).

daher keine Unglücksfälle wie Mißwachs, Hagelschaden, Mäusefraß, Überschwemmungen, übertragen, dafern ihm nicht alsdann unter die Arme gegriffen wird. In gewöhnlichen Fällen wird ihm aus der Kreiskasse geholfen, in außergewöhnlichen aber tritt der Landesherr hinzu und läßt die Gelder bar an den Kreis übermachen oder Brot- und Saatkorn in natura geben" [1]). Ebenso meldet Roden von dem Bauer in Minden und Ravensberg: es sei ihm schlechterdings unmöglich alle Lasten zu tragen, wenn er sich nicht auf eine andere Weise durchzuhelfen suche. „Derselbe ist mit Frau, Kindern und Gesinde", fährt Roden fort, „sobald er nur vom Ackerbau eine Zeit oder gar nur Stunden übrig hat, zumal im Herbste bei den langen Abenden und den Winter hindurch fast beständig mit Garnspinnen zu Leinwand beschäftigt, und damit sucht er sich zu ernähren; sonst müßte er davon laufen, indem es dort viele Bauernhöfe giebt, die mehr Abgaben haben, als die Höfe auch in den besten Jahren aufbringen können." Die üble Lage dieser Bauern kannte der König sehr wohl; er ließ ihnen deshalb 1768 von den Kavalleriegeldern jährlich 30 000 Thaler abschreiben, und im Juni 1772 gab er 20 000 Thaler zur Tilgung der Kontributionsreste her, die nicht eingetrieben werden konnten [2]).

Hier also vermochte Friedrich der Große nur wenig oder gar nicht zu helfen; dagegen drang er ernstlich darauf, daß die Landleute keine harte Behandlung erführen und besonders nicht geprügelt würden. Auf die Kunde, daß verschiedene Domänen-Pächter die Bauern mit Stockschlägen bestraften, befahl er am 15. Juli 1749 der kurmärkischen Kammer, daß ein solcher Übelthäter auf sechs Jahre zur Festung gebracht werden sollte. Als er im Juni 1750 nach Preußen reiste, wendeten sich Unterthanen des Markgrafen von Schwedt an ihn und

1) Bei Preuß IV, 417.

2) So Roden bei Preuß IV, 427; im Polit. Testamente von 1768 spricht Friedrich auch davon, daß die Bauern Mindens im Verhältnis zu andern zu viel Kontribution zahlten; je leur ai rabattu cette année 20/m écus. Der König gedachte sie auf diese Weise noch weiter zu erleichtern.

klagten, daß sie bei der Kammer des letzteren kein Recht erlangen könnten. Sie hatten sich auch schon früher über jene beschwert und er eine Erinnerung empfangen; nun warnte Friedrich freundvetterlich noch einmal und wiederholte seine Drohung, daß er sonst gezwungen sein würde, ein besonderes Justizkollegium in Schwedt auf des Markgrafen Kosten einzusetzen. Noch ganz anders aber verfuhr er im Herbste des Jahres 1750 gegen eine Gräfin Geßler. Dieselbe war von dem General-Auditeur Mylius zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie verschiedene Grausamkeiten gegen ihre Unterthanen in Preußen verübt und besonders eine Dienstmagd unmenschlich behandelt hatte. Dem Könige schien aber die Strafe nicht im richtigen Verhältnis mit dem Verbrechen zu stehen, und er gab die Sache deshalb an den Großkanzler v. Cocceji mit dem Befehl, ein Urteil nach aller Strenge der Gesetze abzufassen und ihm zur Bestätigung einzusenden; er finde das um so nötiger, schrieb er, damit andere Edelleute von solchem grausamen und unmenschlichen Betragen dadurch einmal abgeschreckt und zurückgehalten werden. Das war es, was der König hauptsächlich erstrebte; denn die Gräfin war, wie er dem Großkanzler im Vertrauen mitteilte, nach Polen entflohen und hatte sich der Strafe dadurch entzogen. Vergebens wandte sich der Gemahl der Gräfin, ein General, an den König; dieser antwortete, daß die Justiz für jedermann sei und daß also auch Personen von Stande oder Edelleute, wenn sie sündigen, nach den Regeln des Rechtes dafür büßen und gestraft werden müssen [1]).

Der König trug auch später den Kammern auf, harte Behandlung der Unterthanen sorgfältig zu verhüten. Einmal hat er sogar selbst eine Untersuchung vorgenommen und den Domänen-Pächter Hart in Borne und dessen Ankläger verhört. Er fand, daß derselbe die Leute mutwillig schikanierte, mit den Knechten und Mägden, die ihm zum Hofdienste geschickt wurden, nicht zufrieden wäre, auch wenn sie 17—18 Jahre zählten,

1) Stadelmann II, N. 82. 89. 95—96.

sondern andere verlangte und den Leuten sehr den Dienst erschwerte. Da hat er den Pächter tüchtig gescholten und mündlich und schriftlich verwarnt mit der Drohung, daß er ihn das nächste Mal unfehlbar nach Spandau auf die Festung schicken und den Departementsrat ohne Umstände seines Amtes entheben würde, weil derselbe nicht besser auf den Domänen-Pächter acht gegeben hätte. Die kurmärkische Kammer ward aufgefordert, auf diesen Mann ein wachsames Auge zu haben.

Außerdem fand der König, daß die Dienste der Gemeinde zu Borne zu schwer wären, und er setzte darum fest, es sollten die Spanndienste von vier auf drei, die Handdienste von fünf auf vier Tage wöchentlich beschränkt werden. Dem Minister v. Derschau aber trug Friedrich auf, mehr Büdner daselbst anzusetzen. Er rechnete vor: die zehn Kossäten des Dorfes dienen wöchentlich fünf Tage mit der Hand, das macht 50 Dienste; sie sollen künftig aber nur drei Tage dienen, mithin fallen 20 Dienste weg; diese können von sieben neu anzusetzenden Büdnern übernommen werden. „Das ist meine Idee", schrieb der König, „die müßt Ihr auszuführen suchen." Er wies noch auf den großen Garten hin, welchen Hart ganz vernachlässige; da könnten schon 5—6 Büdner angesetzt werden. Ebenso sollte der Minister anderwärts verfahren [1]).

Bei diesem Gedanken verblieb der König. Als er im August 1783 während einer Reise nach Glatz von vielen adeligen Gemeinden und Unterthanen angegangen wurde, die sich über die Vermehrung ihrer Lasten beklagten, schrieb er an den schlesischen Justizminister: „Drei Tage in der Woche zu dienen ist billig, darüber kann sich kein Unterthan beschweren, und dabei kann er auch bestehen; aber wenn er alle Tage im Dienste sein soll, so ist er ja nicht imstande, in seiner eigenen Wirtschaft etwas zu unternehmen, und muß am Ende zugrunde gehen."

Friedrich befahl dann, es sollten alle ungemessenen Dienste der Unterthanen in gemessene umgewandelt und die Urbarien

1) Stadelmann IV, 400. 401. 399. (1777). Vgl. 199. 257.

in der ganzen Provinz durch eine besondere Kommission untersucht und geregelt werden. Ja, im folgenden Jahre gab der König dem General-Direktorium und dem Großkanzler ebendenselben Auftrag [1]).

In Schlesien erschien im Anfange des Jahres 1785 ein Erlaß Friedrichs des Großen, worin der König die Herrschaften und Unterthanen mit seinen landesväterlichen Absichten bekannt machte. In jedem Kreise sollte eine Kommission die Angelegenheit betreiben und eine Hauptkommission sowohl in Breslau als in Glogau eingesetzt werden; die oberste Aufsicht über das ganze Werk hatten die beiden schlesischen Minister Hoym und Dankelmann zu führen. Übrigens wollte der König es mit besonderem Wohlgefallen ansehen, wenn Herrschaften und Unterthanen unter einander selbst ohne die Beihilfe der Kreiskommissionen mit Zuziehung des Gerichtsamtes über ein Urbar sich verglichen und es dann zur Prüfung der Vollständigkeit und zur Bestätigung an die Hauptkommissionen einschickten. Eine sehr ausführliche Anleitung, wie die Urbarien einzurichten wären, verfaßte die Breslauer Haupturbarien-Kommission und machte sie am 4. März 1785 bekannt [2]).

Hoym und Dankelmann gingen mit der Festsetzung der Dienste der Unterthanen in Schlesien zur Zufriedenheit des Königs vor, der wohl einsah, daß die Sache weitläufig wäre und Zeit erforderte. „Indessen ist der Nutzen, der dadurch für das ganze Land bewirkt wird", meinte der König, „wohl der Mühe wert." Auf beiden Seiten aber gab es solche, die den Vorteil der Maßregel verkannten; Herrschaften fürchteten, daß sie gegründete Gerechtsame verlieren, Unterthanen, daß ihnen neue Lasten aufgebürdet werden würden. Besonders im Gebirge geriet das Landvolk in Unruhe. Friedrich glaubte, daß übelgesinnte Menschen aus dem Österreichischen es aufzuwiegeln suchten, und er befahl den Schulzen, recht acht zu

1) Stadelmann II, N. 560. 562. 578.

2) Korn, Ediktensammlung XVIII, 253. 292—309. Der Erlaß ist vom 12. Dezember 1784.

geben, ob etwa fremdes Gesindel Zusammenkünfte halte und allerhand Dinge dem gemeinen Volk in den Kopf setze; solche Leute müßten sie sogleich bei den Ohren nehmen und an die Gerichte abliefern, den Verirrten dagegen sollten die schlesischen Minister durch eine recht deutliche Erklärung die Nützlichkeit der Maßregel auseinandersetzen. Am meisten aber versprach sich der König von den evangelischen Geistlichen, wenn diese den Leuten liebreich und sanftmütig zuredeten, ihnen das Gute und das Böse von der Sache gehörig vorstellten und sie ermahnten, den Geboten Gottes Folge zu leisten; denn es stehe geschrieben: „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen", und: „Seid unterthan und gehorsam der Obrigkeit, die über Euch zu gebieten hat." Auf der andern Seite wies Friedrich die ostpreußischen Stände, die ihm Vorstellungen gegen die Urbarien gemacht hatten, unwillig ab; er könne, schrieb er ihnen, den eigentlichen Grund ihrer Klage nicht absehen, sie müßten denn Furcht haben, daß infolge dieser Maßregel Mißbräuche würden entdeckt werden [1]). Und so setzte man denn die Arbeit überall fort, und sie beschäftigte noch viele Jahre lang die Behörden.

Oft lehrt erst die Zeit die Mehrzahl der Menschen, den Nutzen einer Maßregel einsehen. Auch bei einer anderen Gelegenheit erfuhr dies der König. Es war ein Übelstand, daß die Äcker häufig genug in viele Stücke zerteilt in bunter Menge durcheinander lagen. In solchem Falle herrschte der Flurzwang; es mußten also die Besitzer, weil der Zugang mangelhaft war oder fehlte, sämtlich zu gleicher Zeit das Feld bestellen, säen und ernten, und es blieb daher der Einsicht und dem Fleiße des Einzelnen keine Möglichkeit, das Grundstück besser zu verwerten. Ein anderer Übelstand lag in den gemeinschaftlichen Hutungen, wobei mehr verdorben als Nutzen geschafft wurde; denn die Leute trieben im Frühjahre das Vieh so zeitig als möglich darauf, und indem dieses das junge Gras eintrat und die Spitzen abfraß, verkümmerte der Wuchs, und die Heuernte

1) Stadelmann II, N. 583. 598. 609.

war spärlich. Solche Wiesen ernährten kaum den dritten Teil desjenigen Viehes, welches man bei einer regelmäßigen Bewirtschaftung hätte davon erhalten können.

Für die Abstellung dieser Übelstände trat schon vor dem Siebenjährigen Kriege Friedrich ein, nach dem Ende desselben aber begann die Hauptthätigkeit des Königs in dieser Richtung. Seit dem 11. Juni 1765 ergingen mannichfache Verordnungen, welche die Aufhebung der Gemeinheiten und Hutungen empfahlen, wobei Friedrich die Versicherung geben ließ, daß keine Vermehrung der Steuern daraus hervorgehen würde. Der Geheime Rat v. Brenckenhoff empfing von ihm am 28. Mai 1766 mündlich Anweisung, wie das Auseinandersetzungsgeschäft betrieben werden sollte. Erstlich müsse der ganze gemeinschaftlich benutzte Fleck ausgemessen, dabei zugleich die Güte des Bodens festgestellt und in die drei Klassen gut, mittel und schlecht geteilt werden. Hierauf solle man mit Zuziehung eines Justizverständigen des Obergerichtes die Besitzurkunden prüfen und feststellen, wie viel auf jeden von der Gesamtfläche komme. Drittens endlich lasse man durch einen ehrlichen und sachverständigen Kameralisten oder Ökonomen die Verteilung in der Weise vornehmen, daß alles, was ein jeder empfängt, an seine Feldmark anstoße. Der König fragte noch, welcher Fleck in Pommern und der Neumark wohl der größte wäre und zugleich die meisten Schwierigkeiten böte, und als Brenckenhoff den Polzinschen Busch nannte, befahl ihm Friedrich, diesen vorzunehmen und einen Plan zur Auseinandersetzung der Gemeinheiten ihm einzureichen.

Von allen Seiten schrie man gegen die Neuerung. Zwar die Nützlichkeit der Maßregel durfte man nicht bestreiten; aber viele Behörden und Körperschaften hoben die Schwierigkeiten der Ausführung hervor. Einige sagten sogar das gänzliche Verderben der Herrschaften und Unterthanen voraus und behaupteten wohl, es würden sich manche bisher nahrhafte Dörfer in eine Wüste verwandeln [1]).

1) Stadelmann II, 87.

Wie oft hat sich in der Weltgeschichte die Opposition bis zum Unsinn verstiegen, wenn sie die Zweckmäßigkeit neuer Maßregeln bestritt! Aber Friedrich ließ sich nicht irre machen. Am 15. September 1769 hatte er mit dem Minister v. Hagen eine Unterredung. Er äußerte darüber seine große Unzufriedenheit, daß ihn das Generaldirektorium in dieser Angelegenheit schlecht unterstütze und noch nichts darin geleistet habe, während es doch in der Schweiz und anderwärts mit dem größten Nutzen geschehe. Der König befahl dem Minister, er solle sich ein besonderes Werk aus der Sache machen und mit dem Großkanzler darüber sprechen; vom nächsten Frühjahr ab müsse man es schlechterdings anders anfangen und ihm alle drei Monate Bericht erstatten. Friedrich ging im Verlaufe der Unterredung so sehr in die Einzelheiten, daß er dem Minister sogar vorzeichnete, wie ein breiter Weg in der Mitte der zu teilenden Grundfläche frei bleiben müßte, damit ein jeder Besitzer zu seinem Stücke kommen könnte. Er forderte weiter, daß eine kurze Beschreibung des Nutzens der Maßregel gedruckt würde und für wenige Pfennige zu kaufen wäre [1]).

Dem Könige konnte man es nicht verdenken, wenn er unzufrieden war. Er hatte schon im Juni 1765 gesagt, man solle bei Nauen in der Kurmark den Anfang machen, und er mußte jetzt, also nach vier Jahren, dasselbe wiederholen. Als er gegen Weihnachten nach Berlin kam und mit den Ministern Hagen und Derschau abermals über die Angelegenheit sprach, lieh er seinem Unmute stärkere Worte. In England, sprach er, und anderwärts habe man die Vorteile davon erkannt, und ungeachtet jenes ein freies Land sei, die Sache dennoch durchgesetzt; in der Schweiz gehe sie jetzt auch vorwärts. Nur hier zu Lande und in der Kurmark könne er es nicht dahin bringen, weil die Leute so dumm seien und ihren eigenen Vorteil und Nutzen nicht verstehen wollen. Friedrich schalt, er habe schon

1) Auch Eberhard v. Rochow ergriff in dieser Angelegenheit das Wort und veröffentlichte 1769 ein Schreiben eines Landwirts an die Bauern wegen Aufhebung der Gemeinheiten.

vor fünf Jahren so ernstliche Befehle gegeben, und es sei bisher noch nichts darin gethan worden. Aber er werde die Sache gewiß nicht fallen lassen; es könne geschehen und müsse geschehen, und wenn die Leute bis zum jüngsten Tage schrieen; nur daß ihnen keine Gewalt und kein offenbares Unrecht widerfahre.

Die bestürzten Minister suchten den König dadurch zu beruhigen, daß sie erwähnten, wie doch schon in der Kurmark 15 Beispiele von Teilung und Auseinandersetzung beim Adel vorhanden und auch in anderen Provinzen, namentlich in Pommern und der Neumark, viel geschehen wäre. Friedrich aber hatte doch ganz recht, wenn er nachdrücklich verlangte, daß bei den königlichen Ämtern die Sache gleichfalls in Angriff genommen würde [1]). Wie sollten Adel und Bauern an seinen Ernst glauben, wenn auf den Domänen alles beim alten blieb? Indem nun aber der König unablässig trieb, gewann das Geschäft einen besseren Fortgang. Bis zum Jahre 1775 wurden in der Kurmark 358 Gemeinheiten aufgeteilt. Zugleich ordnete Friedrich immer besser das hierbei zu beobachtende Verfahren. Das Reglement, welches er für Schlesien und die Grafschaft Glatz am 14. April 1771 erließ, umfaßte 69 Paragraphen. In jedem Kreise sollte eine Kommission gebildet werden, bestehend aus zwei wegen ihrer Einsicht, Rechtschaffenheit und Erfahrung rühmlich bekannten Landständen, einem in den Rechten und der Landwirtschaft wohlbewanderten Aktuar und einem geschickten und redlichen Feldmesser; diese Kommission mußte aber zwei oder mehr alte wohlerfahrene und vernünftige Wirte aus dem Bauernstande, die auch schon im voraus bestimmt waren, jedesmal mitzuziehen. Die schlesischen Stände empfingen hierbei ein Zeichen besonderen Wohlwollens. Der Justizminister dieser Provinz, v. Carmer, suchte damals eine Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaues, der Fabriken und des Handels zu stiften und mit der eben gegründeten Landschaft in Verbindung zu bringen. Dem Plane,

1) Stadelmann II, N. 192. 206.

welchen er vor einigen Wochen an den König gesendet, erteilte dieser am 4. Februar 1771 mit Freuden seine Zustimmung, und nun überließ er es wie zum Lohne den zur schlesischen Landschaft vereinigten Ständen, die Kommissare aus dem Adel und den Bauern sowie den Feldmesser auf ihren Kreis- und Fürstentumstagen zu erwählen und der Oberamtsregierung in Vorschlag zu bringen, welche letztere daher nur den Aktuar ganz selbständig ernannte [1]).

Das Verfahren, welches das Reglement vom 14. April 1771 anbefahl, erwies sich als zweckmäßig, weshalb auch nachher seine Vorschriften in das allgemeine Landrecht aufgenommen worden sind [2]). Es waren übrigens hauptsächlich die Großgrundbesitzer, welche von der Maßregel Gebrauch machten, während die meisten Bauern hartnäckig widerstrebten. Der König konnte letzteres nur bedauern; denn er meinte es mit ihnen nicht schlechter, als mit den Inhabern der Rittergüter. Wie er von diesen verlangte, daß sie die Unterthanen keineswegs mit Diensten überbürden sollten, so ließ er selbst auch wohl den Pachtkanon seiner Kolonisten ermäßigen, wenn dieselben sich wiederholt beschwerten und nachwiesen, daß sie nicht auskommen könnten. Und wie Friedrich den Adel in seinem Grundbesitze nicht allein schützte, sondern auch festhielt, so sah er in gleicher Weise darauf, daß die Stellen der Bauern, Halbbauern, Kossäten, Gärtner und Büdner unversehrt bestehen blieben. Weil nun aber viele durch den Siebenjährigen Krieg verwüstet oder die Äcker zu Vorwerken geschlagen worden waren, gebot er, daß sie wiederhergestellt werden müßten [3]). Und als er einmal erfuhr, daß ein Domänenpächter in Pommern einer recht ordentlichen Bäuerin ihren väterlichen Hof

1) Korns Ediktensammlung XIII, 51. Stölzel, Svarez, S. 96. Die sogen. patriotische Gesellschaft nahm 1772 ihren Anfang.

2) Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates I, 394.

3) Stadelmann II, N. 198. 235. Novum Corpus Const. III, 449 (12. Juli 1764). Näheres jetzt bei Knapp II, 63—80.

eigenmächtig abgenommen und einen fremden Wirt darauf gesetzt hätte, da erklärte er, daß dies seinem Willen ganz entgegen wäre: vielmehr sollten auf den Ämtern die Bauernhöfe den Besitzern eigentümlich — oder besser gesagt erblich — verbleiben und auf die Kinder übergehen, damit die Unterthanen dadurch aufgemuntert würden, ihre Güter sorgfältig zu bebauen, und alles im rechten Stande zu behalten. Das Generaldirektorium ward angewiesen, hierüber das Erforderliche zu verfügen [1]).

Wie Friedrich dem Adel in seinen Nöten entgegenkam, eben so erwies er sich auch bei unverschuldeten Unglücksfällen, wie Hagelschlag, Frostschaden, Überschwemmungen, gegen das Landvolk hilfreich. Im Jahre 1770 betraf ein außerordentlicher Mißwachs die Provinzen Vor- und Hinterpommern. Da befreite der König sämtliche Unterthanen, weil sie ohne Beihilfe nicht imstande wären sich zu behaupten, auf drei Monate von Zahlung der Steuern im Betrage von beinahe 68 000 Thalern, und er ließ ihnen aus seinen Magazinen 6000 Wispel Korn, die Hälfte davon unentgeltlich, verabreichen [2]). Als freilich ein anderes Mal ein Landrat in Hinterpommern schon im Juni um 100 Wispel Brotkorn aus dem Magazin anhielt, wunderte sich der König, weil die vorjährige Ernte gar nicht schlecht gewesen war, und er befahl der Kammerdeputation in Köslin, die genaueste Prüfung anzustellen; „denn es gehet nicht an", schrieb er, „die Unterthanen alle Jahre aus den Magazinen zu füttern besonders in solchen Gegenden, wo Getreide genug gewonnen wird". In einem anderen Falle wieder ersah er mit dem äußersten Befremden, daß das Geld, welches er fünf Jahre zuvor zur Anschaffung des Saat- und Brotkorns für einige hilfsbedürftige Unterthanen gezahlt hatte, von diesen wieder eingefordert worden war. „Wie könnt Ihr der Kammer dies zugeben", schrieb er an den Minister v. Derschau, „und wie kann diese sich unterstehen, wenn ich den armen Unter-

1) Stadelmann II, N. 382.
2) Ebd. N. 222.

thanen einmal etwas geschenkt habe, nachher ihnen solches wieder abzunehmen? Das ist unverantwortlich und ganz und gar gegen meine landesväterliche Gesinnung." Was der Minister zu seiner Entschuldigung anführte, nahm der König nicht an, sondern verlangte, daß die eingezogenen 1219 Thaler zurückerstattet und ihm die Quittungen darüber geschickt würden [1]).

Endlich kamen auch dem Landvolke die Bodenverbesserungen zugute, welche Friedrich unternahm. Wie sein Vater war er nämlich bemüht, unfruchtbares Land womöglich in fruchtbares umzuwandeln. Er hatte das große Oderbruch in den Jahren 1746—53 entwässern lassen; über 200000 Morgen ergiebigen Landes waren dadurch gewonnen und eine zahlreiche Bevölkerung in 43 Kolonieen dort angesiedelt worden. Kleinere Unternehmungen dieser Art folgten. Nach dem Siebenjährigen Kriege setzte Friedrich diese Thätigkeit mit erhöhtem Eifer fort und begann ein neues großes Werk. Zuerst wurde das Netzebruch in der Neumark und alsdann die Fortsetzung, das Warthabruch, entwässert und kolonisiert; es war die Gegend zwischen Driesen und Frankfurt a/O. Die Arbeiten zogen sich bis zum Tode des großen Königs hin; doch konnten schon 1768 Aufrufe zur Einwanderung erlassen werden, und im Jahre 1785 gab es dort 95 Kolonieen. Glückliche Menschen leben seitdem in einer gewissen Wohlhabenheit da, wo früher Wölfe, Bären und Ottern gehaust hatten. Vor der Eindeichung mochte niemand auch umsonst eine größere Fläche des verwilderten Landes haben, und zu Anfang unseres Jahrhunderts wurde der Morgen mit 100—150 Thalern bezahlt [2]).

Friedrich konnte nicht müßig gehen, und er haßte den Müßiggang auch an andern; sogar der Erdboden sollte womöglich überall sich nützlich erweisen. Deshalb betrachtete Friedrich von seinem Wagen aus die Gegenden, durch die er reiste, mit aufmerksamen Blicken und spähete nach unfruchtbaren Stellen;

1) Stadelmann II, N. 297. 883. 384. 506. 508.

2) Ebd. 54.

ferner mußten ihm die Minister und Kammerpräsidenten an die Hand gehen und Verzeichnisse solcher Flächen einreichen, die einer Verbesserung bedurften. Die Pläne wurden alsdann angefertigt und, wenn sie genehmigt worden waren, ins Werk gesetzt. Wie freute sich der König, wenn er selbst einmal nachsah und einen gedeihlichen Fortgang erblickte. Am 13. Juli nahm er die Arbeiten bei dem Dorfe Golm in Augenschein. Der Oberbaurat, welcher die Entwässerung des Bruches leitete, war nicht anwesend; da fragte Friedrich den Wächter aus, welcher dort achtgeben mußte, daß das Vieh die neuen Gräben nicht beschädigte. Dem Könige gefiel es sehr, daß man im Bruche schon hüten konnte, und er schenkte dem Manne, der ihm Auskunft über alles gegeben, in seiner vergnügten Stimmung sieben Thaler auf Stiefel [1]).

Im Jahre 1772 hatte Friedrich beschlossen, die weitläufigen und fast unzugänglichen Lücher und Brücher an den Flüssen Rhin und Dosse nicht weit von Neustadt in der Grafschaft Ruppin auszutrocknen und urbar zu machen. Derschau mußte mit Hilfe Brenckenhoffs und des Kriegs- und Domänenrates Giese den Plan entwerfen, und als derselbe gebilligt worden war, gab der König 195000 Thaler her. In den Jahren 1773—77 wurde das Werk fertig; 8750 Morgen ganz wüster Boden, wohin weder Menschen noch Vieh jemals hatten gelangen können, waren nun trocken gelegt, von dem Werft und Strauch und zum größten Teil auch von dem starken Elsenbusch gereinigt und gerodet und 310 ausländische Familien als Holländer, Hopfengärtner und Büdner angesetzt. Ihre Häuser hatte der König bauen lassen und ihnen obendrein das nötige Vieh geschenkt [2]).

Im Juli 1779 fuhr Friedrich dorthin, um die neue Schöpfung in Augenschein zu nehmen, und er erklärte sich mit dem, was geschehen war, sehr zufrieden. „Die Sachen sind so, wie ich es wünsche", schrieb er am 24. Juli an den Geh.

1) Stadelmann II, N. 302.
2) Ebd. 416.

Finanzrat Michaelis, „und wie sie sein müssen." Er reiste dann noch weiter nach dem Fiener Bruche südlich vom Plauenschen Kanal, wo damals der Minister v. Schulenburg arbeiten ließ. Unterwegs nahm er zwischen Rhinow und Friesack ein großes Stück Land wahr, wo noch Verbesserungen angebracht werden könnten; es gehörte verschiedenen Edelleuten gemeinschaftlich. Wenn diese sich auseinandersetzten, meinte Friedrich, würden sie ansehnlich dabei gewinnen, und Michaelis empfing den Auftrag, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. „Ich habe das Vertrauen zu Euch", schrieb der König am 25. Juli an ihn, „Ihr werdet auch diese Sache zu meinem Wohlgefallen zustande bringen, so wie ich mit Euren bisher gemachten Verbesserungen recht sehr zufrieden bin. Ihr habt das alles vortrefflich gemacht, und ich werde deshalb gewiß weiter an Euch denken und für Euch sorgen" [1]).

Ein anderes wichtiges Unternehmen derselben Art war damals im Gange. Schon 1776 hatte der König den Minister v. Derschau auf den sogenannten Drömling in der Altmark hingewiesen, einen sechs Meilen langen und drei Meilen breiten Bruch, der meist aus Morästen bestand. Im Jahre des bayerischen Erbfolgekrieges begannen die Arbeiten, und sie zogen sich bis zum Tode des Königs hin; 90000 Morgen Sumpf wurden dadurch zu Wiesen und Holzkultur gewonnen, in gleicher Weise fanden noch zahlreiche andere Entwässerungen kleinerer Lücher und Brücher in der Zeit von 1763 — 86 in den östlichen Provinzen statt. Im Jahre 1775 war auch der Netzekanal fertig und die Gegenden an diesem Flusse dadurch nutzbar geworden [2]).

Zur Erhaltung aller dieser Anlagen gab der König zahlreiche Graben-, Deich-, Ufer- und Schauordnungen, und wie das Gesetz vom 14. April 1771 die vorangegangenen Bestimmungen über das Verfahren bei Aufhebung der Gemeinheiten zu einem gewissen Abschluß brachte, so enthielt das erneuerte

1) Stadelmann II, Nr. 427. 429—431.
2) Ebd. S. 59 und N. 299.

Edikt wegen zu verschaffender Vorflut und Räumung der Gräben und Bäche vom 6. Juli 1773, welches für den gesamten Staat erging, eine vollständige Ordnung aller den Wasserabfluß betreffenden Verhältnisse und führte dieses Gebiet der Landeskulturvorschriften zum erstenmale systematisch in die allgemeine Gesetzgebung ein [1]).

Während hier der König das Wasser in Schranken einschloß und dadurch Ackerland und Wiesen schuf, verfolgte er zugleich mit vernichtendem Hasse den Sand. Er wünschte, daß man dergleichen Stellen mit Kiefern besäen sollte; man würde dann doch wenigstens Brennholz gewinnen, zugleich den Flugsand befestigen und es dadurch verhindern, daß derselbe die benachbarten Felder schädigte [2]). Wiederholt hat Friedrich solche Weisungen gegeben und nicht erfolglos; denn in den Jahren 1776—1782 sind 20000 Morgen Sandschellen mit Kiefern bepflanzt worden [3]).

Als der König einmal dem Magdeburger Kammerpräsidenten den gleichen Auftrag erteilte, fuhr er fort: „Überhaupt müßt Ihr Euer Augenmerk darauf richten, daß kein Fleck in der Provinz unbenutzt bleibet." Ein andermal gab er demselben hohen Verwaltungsbeamten die Weisung, in einer namentlich bezeichneten Gegend mit einem Erdbohrer an verschiedenen Stellen nachsehen zu lassen, wie tief unter dem Sande gute Erde läge. Friedrich wollte dann einen Morgen so umpflügen lassen, daß die letztere heraufkäme, und sehen, wie viel das kostete. Die kurmärkische Kammer mußte solche Untersuchungen gleichfalls anstellen. Der König gedachte weiter, mit 3—400 Leuten später einmal ein großes Stück Land in dieser Art umgraben zu lassen. Er meinte ganz richtig, es sei das eine zu kostspielige Ausgabe für Edelleute; dagegen er könne so etwas eher unternehmen. Zugleich befahl er der kurmärkischen Kammer, sie solle zuerst im Kleinen prüfen, ob man mit Mergel den

1) Mylius, Novum Corpus Const. V, Teil 2, N. 34, S. 371. Meitzen I, 450.

2) Stadelmann II, N. 305. 323. 428.

3) Ebd. S. 145.

Sand ebenso wie mit Lehm verbessern könne; wenn das der Fall sei, müsse man auf einem Fleck von etwa zwei Meilen in der Runde weitere Versuche machen. Sowohl in den Marken als in Pommern ließ der König nachsehen, wo Mergelanlagen vorkämen. Auch den Schlamm von Gräben riet er zur Verbesserung der Sandschollen zu benutzen, und als er auf einer Reise in Hinterpommern einen großen Teich bei einem Dorfe wahrnahm, befahl er, man sollte die gute Erde und den Schlamm mit Baggern, die er zu bezahlen erbötig war, heraufschaffen, den Sandboden damit düngen und sehen, ob derselbe dadurch fruchtbarer werden würde [1]).

Außerdem suchte der König schlechtes Land durch Anbau gewisser Pflanzen ertragreicher zu machen. Er hatte schon 1765 vier junge Männer, Söhne von märkischen Domänenpächtern, nach England gesendet, wo sie den Landbau, wie er dort betrieben wurde, kennen lernen sollten. Im Mai des folgenden Jahres berief er den zurückgekehrten Neuhaus, um ihn auszuforschen, und befahl dann, daß dieser und Sydow, welcher auch bald wiederkommen würde, verschiedene wüste Plätze, teils mit Fichten, teils mit Futterkräutern besäen sollten, und zwar womöglich an Örtern, wo er durchzureisen pflegte. Neuhaus und Sydow sollten ferner pachtlos werdende Domänenämter zur Einführung der englischen Wirtschaft erhalten, damit andere zur Nachfolge gebracht würden. Friedrich ließ weiter einen englischen Landwirt, Namens Wilson, kommen, und als es mit diesem nicht glückte, gewann er einen andern, welcher Brown hieß, und gab ihm das Domänenamt Mühlenbeck, zwei Meilen von Berlin, samt dem Gelde zur neuen Einrichtung. Dieser Mann entsprach den Wünschen des Königs, welcher mit Vergnügen erfuhr, daß die Sache jetzt einen sehr guten Fortgang hätte [2]).

Friedrich wollte durch die Einführung der englischen Land-

1) Stadelmann II, 495. 462. 442. 406. 534. Sehr ausführlich handelt Lamotte in seinen praktischen Beiträgen zur Cameralwissenschaft III, 285—362 von dem Mergeln.

2) Ebd. II, 171, ferner Nr. 165. 225. 226.

wirtschaft, wie er selbst es einmal ausspricht, hauptsächlich den Futterbau vermehren, damit man zahlreiches Vieh halten, dasselbe besser ernähren, dadurch den Boden reichlicher düngen und auf diese Weise fruchtbarer machen könnte. Das Verfahren, welches man einschlug, war folgendes. Man pflanzte weiße Rüben, englisch turnips genannt, ließ dieselben auf dem Acker verfaulen und säete nun Klee und andere Futterkräuter darauf, um künstliche Wiesen zu machen [1]). Für dieses Ziel suchte dann Friedrich die Landbevölkerung zu gewinnen. Am 13. April 1770 befahl er der Kammer und den Landräten des Herzogtums Magdeburg, sie sollten, wenn sie die Kreise bereisten, sämtlichen Dörfern den Vorteil des Anbaues von Futterkräutern vorstellen, und wenn sie fänden, daß nicht drei Stück Rindvieh auf die Hufe gehalten würden, die Bauern nachdrücklich anhalten, daß sie eine bestimmte Fläche mit Luzerne, Esparsette oder auch Klee bepflanzten. Einige Monate später schrieb Friedrich an die Kurmärkische Kammer: wenn noch viel sechsjähriger Acker mit Korn bestellt werde, gewinne der Landmann kaum daran die Kosten; der König habe deshalb befohlen, dergleichen schlechte Ländereien mit guten Futterkräutern zu künstlichen Wiesen zu machen. Die Kammer empfing die Weisung, die Domänenpächter dazu anzuhalten und zu berichten, wo sich in der Kurmark solch sechsjähriges Land befinde und wie dasselbe genutzt werde; ferner sollten sie selber Versuche nach Art der englischen Wirtschaft anstellen, am liebsten an solchen Orten, welche der König auf seinen jährlichen Reisen zu berühren pflegte. Ja, um noch bequemer sich selbst überzeugen zu können, nannte Friedrich am 31. Mai 1771 den Ministern solches Land, das nur einige Meilen von Berlin entfernt lag, und befahl, daß dort an drei verschiedenen Stellen je ein Morgen auf seine Kosten mit weißen Rüben oder turnips bebauet werden sollte, damit man sehen könnte, ob dadurch eine Verbesserung des Bodens herbeigeführt würde [2]).

1) Ebd. S. 172 Anm. Oeuvres de Frédéric. VI, 86.

2) Stadelmann II, N. 210. 213. 234.

Um weiter in dieser Sache fortzufahren, gebot Friedrich im Januar 1771 dem kurmärkischen Kammerpräsidenten, die Domänenpächter in der Nähe von Mühlenbeck ernstlich anzuhalten, daß sie an Ort und Stelle sich entweder selbst oder durch ihre Verwalter und Söhne von der Nützlichkeit dieser Ackerwirtschaft überzeugen sollten. Ferner ließ er sich einige Ämter vorschlagen, wo man schon im laufenden Jahre mit der Einführung beginnen müßte; die Mittel dazu war er bereit herzugeben. Als ihm einige Monate später die kurmärkische Landschaft aus der Städtekasse die Summe von 100 000 Thalern anbot, hielt er es für billig, das Geld zum Besten der Provinz anzuwenden, die es eigentlich aufgebracht, und er bestimmte deshalb, es sollte dieses Kapital zur Einführung der englischen Wirtschaft in den Ackerstädten und den Dörfern des nicht hinreichend bemittelten Adels dienen und gegen 4 Prozent ausgeliehen, die einlaufenden Zinsen aber zur besseren Besoldung der Schulmeister in der Kurmark verwendet werden [1]).

Die Erfolge scheinen freilich unbedeutend gewesen zu sein; denn neun Jahre später will Friedrich selbst einen Versuch anstellen, ob es möglich sei, künstliche Wiesen anzulegen [2]). Er trägt also dem Minister Michaelis am 16. Juni 1780 auf, von solchem Lande, welches etwa nur alle fünf Jahre besäet werden darf, drei Morgen zu pachten. „Das muß aber nicht weit von hier sein", schreibt der König, „damit ich selbst es sehen kann." Im ersten Jahre sollten Turnips angepflanzt, alsdann aber Luzerne und andere Futterkräuter darauf gesäet werden. Wenn die Sache gelingt, will der König einen alten Gedanken wieder aufnehmen. Er hatte dem neuernannten Minister v. Derschau im Jahre 1769 aufgetragen, auch dahin zu sehen, daß die Bauernhöfe, welche zu viel Hufen hätten, unter zwei Söhne geteilt würden, da das Magdeburgische bei so gutem Boden nicht genug bevölkert wäre. Jetzt wollte

1) Stademann II, 236. 237.

2) Lamotte schreibt a. a. O. III, 94 Anm.: Mit dieser Wirtschaftsmethode hat es in der Folge keinen Fortgang gehabt.

Friedrich zwischen zwei Dörfern sechs- und neunjähriges Land auf diese Weise nutzbar machen und in der Art eine Kolonie dort anlegen, daß der Bauer, welcher zwei Söhne hätte, einen daselbst ansetzen sollte, während der König die Häuser bauen würde. Friedrich war der Ansicht, es dürften sich die Bauern nicht beschweren, daß ihnen das Land, welches sie wegen der Entlegenheit ohnedem nicht nutzen könnten, abgenommen würde, weil es ihre eigenen Kinder wären, die es wieder bekämen [1]).

Bei solchen Bestrebungen mußte der König hocherfreut sein, als er von der Lupine vernahm, die auf sehr leerem, trockenem Sande sich entwickelt und eine verhältnismäßig große Menge Stickstoff auffammelt. Im Anfange des Jahres 1781 ließ er aus Italien Samen kommen und betrieb nun mit allem Ernste die Einführung des Lupinenbaues, indem er dem Minister Michaelis und der kurmärkischen Kammer beschrieb, wie dabei verfahren werden müßte; sie sollten in fünf- und sechsjährigem Lande Versuche machen. Es bezeichnet die etwas unruhige Weise des Königs, daß er nicht wartet, bis er einen sicheren Erfolg davon getragen hat, sondern im voraus berechnen läßt, wie viel die Kurmark an solchem Grund und Boden besitzt — es sind 141 000 Morgen, — und daß der Minister v. Werder schon jetzt einen Plan entwerfen muß, wo die neuen Dörfer anzulegen sind, die dann mit den zweiten Söhnen der Bauern besetzt werden sollen. Friedrich will diesen die Häuser bauen, die Kühe kaufen und Menschen und Vieh im ersten Jahr erhalten. Die Kosten belaufen sich hoch; aber er ist bereit, große Summen für diesen Zweck herzugeben, wenn er nur weiß, ob diese künstlichen Wiesen auch wirklich herzustellen sind. „Denn wenn wir dies nicht machen können", schreibt er am 18. September 1785 an Werder, „so geht das Übrige hier auch nicht an." Zu große Bauernhöfe, die wegen ihres Umfanges nicht gut bewirtschaftet werden könnten, gedachte Friedrich ebenfalls zerlegen und den einen Teil an die zweiten Söhne geben zu lassen. Für das Jahr 1787 wurden 100 000

1) Stadelmann 189. 469.

Thaler bestimmt, die auf diese Weise verwendet werden sollten [1]).

Wer wagte, solche Bemühungen zu tadeln, auch wenn die Erfolge nur gering waren? Dagegen gelang es dem Könige, den Anbau des roten Klees recht in Aufnahme zu bringen. Am Ende des Jahres 1770 ließ er 800 Pfund von dem besten holländischen Samen aus Amsterdam kommen und unter die bedürftigsten und betriebsamsten Wirte der Domänen in der Kurmark verteilen, und zehn Jahre später konnte er bereits verfügen, daß man bei den Landeseinwohnern solchen Samen kaufen sollte [2]).

Ferner suchte Friedrich die Kartoffel in seinen Landen zu verbreiten. Im Jahre 1764 spricht er seine Verwunderung darüber aus, daß in Schlesien ein so großes Vorurteil gegen diese Frucht herrsche, und er befiehlt also, daß die Bauern wenigstens 4, die Gärtner 2 Metzen im nächsten Frühjahr stecken müßten. Im folgenden Jahr hörte der König sogar, daß das Gesinde sich weigerte, die Kartoffeln zu essen, weil die Vorgänger es auch nicht gethan hätten, und daß dieser Eigensinn dem Anbau sehr schädlich wäre. Als nun die eingesandten Tabellen im Jahre 1768 noch immer keinen großen Fortschritt zeigten, gebot er, daß jeder Bauer wenigstens 8, und jeder Gärtner 4 Metzen ausstecken sollte. Dagegen in der Kurmark verbreitete sich diese Frucht in erfreulichster Weise; daher entband der König im Jahre 1774 die Kammern von der weiteren Einsendung von Generaltabellen über den Anbau der Kartoffel [3]).

Mit gleichem Eifer betrieb Friedrich den Hopfenbau. Im Jahre 1776 erfuhr er mit Vergnügen, daß die Kurmark nicht

1) Stadelmann II, 491—493. 530. 536. 542. 543. 584. 601 bis 604. 616. 622. 638.

2) Ebd. II, N. 221. 482.

3) Ebd. II, N. 158. 186. 217. Korns Ediktensammlung VIII, 655. In der Priegnitz, der Alt-, Mittel- und Uckermark wurden 1765 gebaut 1653 und gewonnen 5862 Wispel, 1773 dagegen 3878 Wispel gebaut und 21384 Wispel gewonnen. Rödenbeck II, 362.

nur ihren Bedarf geerntet, sondern auch noch einige Tausend Wispel übrig hätte. Dem Vorschlage Derschaus gemäß verbot er nun die Einfuhr des fremden Hopfens. Wie erstaunt war er deshalb, als er einmal aus Berlin fuhr und dabei zwei großen Karren mit Hopfen aus dem Dessauischen begegnete! Sogleich mußte der Minister eine Untersuchung anstellen und Abhilfe schaffen. Ein anderes Mal nahm Friedrich mit Unbehagen wahr, daß sogar der Kümmel aus Sachsen zum Verkauf in Berlin eingebracht würde, und etliche Wochen später bemerkte sein wachsames Auge, daß in die Stadt Potsdam ein großer Wagen mit Meerrettich und Bollen hereinfuhr. Beide Male befahl er sogleich, es sollte die Einfuhr aus Sachsen durch vermehrten Anbau unnötig gemacht werden [1]).

Auch dem Forstwesen hatte der König von Anfang seiner Regierung an große Aufmerksamkeit geschenkt. An die Stelle der Plänterwirtschaft trat die Schlagwirtschaft, d. h. Friedrich ließ nicht mehr einzelne Bäume hier und da heraushauen, sondern es mußte der Wald in Bezirke geteilt, diese, wenn an sie die Reihe kam, abgeholzt und für Aufforstung dann alsbald Sorge getragen werden. Vor dem Siebenjährigen Kriege belief sich der Ertrag aus den märkischen und pommerschen Waldungen auf ungefähr 150 000 Thaler; während desselben aber fand eine greuliche Verwüstung statt, und nach hergestelltem Frieden mußte der König mit Strenge darauf sehen, daß erneute Pflege die frühere Blüte wieder zurückführe. Dem Oberforstmeister Sohr schrieb er am 30. Mai 1766: er habe die demselben anvertrauten Waldungen noch ganz in dem nämlichen traurigen Zustande wie im vorigen Jahre gefunden und werde nach dieser letzten Verwarnung ihn endlich wegjagen und nach der Festung schicken, wenn er sich nicht ändere. Die Oberforstmeister v. Krosigk und v. Byla empfingen am folgenden Tage die gleichen Vorwürfe, und Friedrich bedrohte sie mit Absetzung, wenn sie keine besseren Veranstaltungen treffen würden. Aber

1) Stadelmann II, N. 305. 313. 316. 319. 320. 343. 475. 544. 547.

es ist doch merkwürdig, daß Friedrich sechs Jahre später in dem Köpenicker Forst eine heillose Wirtschaft vorfindet, indem die Waldungen nicht allein sehr stark ausgehauen, sondern auch nicht das Mindeste wieder angepflanzt worden ist. Der Landjägermeister v. Lüderitz empfing nun den Auftrag, dem Oberforstmeister v. Krosigk die pflichtwidrige Nachlässigkeit, welche derselbe gezeigt hätte, sehr hart und ernstlich zu verweisen und dafür Sorge zu tragen, daß die öden Flecke wieder gehörig bepflanzt würden. Jedoch im Juni 1775 mußte Krosigk abermals den Vorwurf hören, daß ganz große Strecken im Köpenicker Walde ganz leer wären, obwohl sie noch dazu in der Nähe des Wassers lägen [1]).

Als der König Westpreußen in Besitz genommen hatte, suchte er auch dort eine bessere Ordnung im Forstwesen einzuführen. Es sollten die Heiden daselbst ebenfalls in Schläge nach der Art des Holzes eingeteilt werden, Eichen in solche von 100, Kiefern von 40 Jahren. Wenn alle Bäume eines Schlages gefällt wären, müßten die Stubben ausgerodet und der Schlag sogleich wieder besäet werden; außerdem sollte man einen Zaun und Graben darum ziehen, damit kein Vieh eindringen und die Schonung beschädigen könnte. Solche Verhaltungsbefehle gab Friedrich dem westpreußischen Oberforstmeister, als er im Jahre 1776 in Graudenz war. Ganz dieselben Vorschriften schickte der König neun Tage später an das Forstdepartement, welches im Jahre 1771 neu errichtet worden war, und er nennt hierbei die Heiden bei Köpenick, Berlin und Potsdam als solche, die vor andern in Schläge sollten eingeteilt werden. Man muß also glauben, daß der König noch nicht, einmal in der nächsten Nähe mit seinen Absichten bisher hatte durchdringen können. Und dafür, daß die Sache sich so verhalten habe, sprechen auch noch einige andere Stellen in seinen Verordnungen. Am 3. Oktober 1776 berichtete der Landjägermeister von Lüderitz über die Anpflanzungen in den kurmärkischen Forsten, die er eben besichtigt; aber er empfing

1) Stadelmann II, N. 167. 168. 253. 295.

keine freundliche Antwort. „Ich muß Euch sagen", erwiderte Friedrich, „daß die vielen Tabellen die Sache nicht ausmachen." Der König klagte dann über die Forstbedienten: an den Wegen, wo sie wüßten, daß er durchkäme, gäben sie sich einige Mühe, und etliche Tausend Schritte weit fände man wohl etwas von Bäumen; aber dahinter wäre alles leer und kahl und geschähe nichts. „Die Wälder sind ja beinahe ganz ausgegangen", schrieb der erzürnte König; „besonders bei Potsdam und Köpenick bis nach Fürstenwalde zu, da ist es am allernotwendigsten, daß die Besamung und Anpflanzung recht ernstlich vorgenommen wird" [1]).

Drei Jahre später befahl Friedrich dem neuen Oberförster und Landjäger Lust in Potsdam, sich mehr Mühe zu geben als sein Vorgänger; denn die Forsten dieser Gegend befänden sich jetzt in den traurigsten Umständen. Auch in der Neumark nahm Friedrich, als er im Juni 1783 die Provinz bereiste, eine recht liederliche Wirtschaft wahr; er meinte, wenn das noch vier Jahre so fortginge, würde von allem Holze gar nichts mehr übrig sein, hauptsächlich deshalb, weil die Heiden nicht in ordentliche Schläge eingeteilt worden wären, obwohl er so oft und so ernstlich das befohlen hätte. Diesmal schalt aber Friedrich nicht bloß, sondern er befahl auf dem Generaldirektorium, zwei Förster, die er bezeichnete, samt dem Oberforstmeister in Gewahrsam zu nehmen und die schärfste Untersuchung durch ein Mitglied der Kammer und einen Justizbeamten sofort anstellen zu lassen [2]).

Daß der König unaufhörlich einschärfte, die Sandschollen mit Kiefern zu besetzen, ist bereits erwähnt worden, und ebenso ließ er die in den Forsten befindlichen wüsten Plätze und Moräste trocken und urbar machen. Übrigens beobachtete Friedrich nicht nur strenge die Staatsforsten, sondern er hatte auch durch das Gesetz vom 22. Mai 1765 in den Marken und Pommern die Forsten des Adels und der Besitzer adeliger

1) Stadelmann II, 361 (4. Okt. 1776).
2) Ebd. 420. 535.

Güter unter die Aufsicht der Kriegs- und Domänenkammern gestellt, denen die Oberforstmeister, Landjäger und Förster Anzeige machen mußten, wenn sie bemerkten, daß irgendwo Holz in unordentlicher, übermäßiger und verwüstender Weise gefällt würde. Die Kammern hatten dann die Sache den Gerichten zu übergeben, welche Strafe von 50 bis zu 1000 Thalern und mehr verhängen konnten [1]).

Aber nicht allein den Wäldern schenkte der König seine Aufmerksamkeit, sondern auch den Obstbäumen. Er hatte schon in der ersten Hälfte seiner Regierung für die Anpflanzung und Vermehrung der letzteren mannigfaltige Vorschriften gegeben, und er verlor diesen Gegenstand niemals gänzlich aus den Augen. Den Schlesiern warf er vor, daß sie schlechterdings nichts vom Obstbau verständen, und er gab deshalb dem Minister v. Hoym den Rat, aus der Pfalz, wo man damit gut bekannt wäre, Leute kommen zu lassen und einige davon in jedem Kreise mit Bewilligung eines kleinen Hauses und eines etwas geräumigen Gartens anzusetzen. Diese würden auch das Trocknen der Früchte am besten verstehen und andern lehren können, besonders den Gebirgsbewohnern. Friedrich wünschte, daß der Adel ebenfalls Obstgärtner auf seinen Gütern einnehmen möchte. Dieselbe Maßregel empfahl er später der westpreußischen Kammer und Kammerdeputation [2]).

Für die Kurmark gründete Friedrich auf seine Kosten vierzig Kreisgärtnereien. Die Inhaber derselben sollten nach der Instruktion vom 23. August 1773 [3]) die Baumpflanzungen an den Straßen überwachen; dort, wo keine wären, neue anlegen und den Unterthanen im Obstbau und in der Baumzucht, ohne Bezahlung zu nehmen, Unterricht erteilen. Zu dem Ende hatten die Kreisgärtner die Pflicht, zweimal jährlich ihren Bezirk zu bereisen und nachzusehen, ob die Baumgärten gehörig

1) Stadelmann II, N. 395. Nov. Corp. Const. V, n. 52. 53.
2) Ebd. 250. 266. 331.
3) Sie steht bei Lamotte, Praktische Beiträge zur Cameralwissenschaft I, 59, Anm. ff.

gepflegt und gute Sorten von Obstbäumen angepflanzt würden. Endlich sollten sie aus ihren eigenen Gärten den Landleuten gute Bäume, Pflanzen und Sämereien überlassen können und ihnen überhaupt inbezug auf die Pflege der Gärten ein Vorbild sein. Sie empfingen zum Bau eines Hauses das notwendige Holz und 200 Thaler und außerdem vier Morgen Land, wofür sie einen entsprechenden Zins nach genossenen Freijahren zahlen mußten; sie erhielten ferner jährlich aus der Kreiskasse 30 Thaler dafür, daß sie die Alleeen an den Wegen besorgten und die Dorfbewohner in der Wartung der Bäume unterwiesen. Über ihre Thätigkeit mußten sie in jedem Dezember dem Landrate Bericht erstatten [1]).

Außer den Obstbäumen empfahl Friedrich die Anpflanzung von solchen Bäumen, deren Laub als Futter für die Schafe dient, z. B. der Pappelweiden und Rüstern; die kurmärkische Kammer empfing den Befehl, die Dörfer hierzu streng anzuhalten [2]). Die gewöhnlichen Kastanien genügten ihm nicht, weil sie weiter keinen Nutzen brächten, und er dachte deshalb daran, die echten Kastanien bei sich anzupflanzen; denn er hegte die Überzeugung, daß andere seinem Beispiele folgen würden, und so befahl er im April 1786 dem Geheimen Kommerzienrat Schütze zu Berlin, ihm 400 Stück von der besten Art aus Italien kommen zu lassen. Ebenso trug er seinem Gesandten in Madrid auf, ihm 36 Stück Pflanzen vom spanischen Muskatellerwein aus Andalusien zu besorgen und darauf zu achten, daß sie mit voller Wurzel und gehöriger Erde versehen, sorgfältig ausgehoben und gut eingepackt würden. Spätestens im November sollten sie ankommen [3]).

Mit dem Ackerbau ist die Viehzucht eng verbunden, besonders die Rindviehzucht. Inbezug hierauf erging am 4. Mai 1765 ein wichtiges Reglement. Dasselbe wies auf den Unter-

1) Der Gedanke rührt von dem Kriegs- und Domänenrat Grothe in der kurmärkischen Kammer her. Ebd. 47.

2) Lamotte a. a. O. II, 216 ff. ist hierüber sehr ausführlich.

3) Ebd. N. 234(2). 271. 619. 620. 639.

schied hin, welcher erfahrungsmäßig bei gleicher Fütterung zwischen den verschiedenen Arten inbetreff der Schwere sowohl als des Milchertrages der Tiere bestehe; deshalb müsse man zur Zucht nur die beste Art wählen und die Bullochsen nicht auf den Weiden frei unter den Kühen herumlaufen lassen. Letzteres wurde jetzt auf das strengste verboten und außerdem angeordnet, daß man nur ausgesuchte Tiere der besten Art zur Zucht halten dürfe und dieselben beständig im Stalle verwahren müsse [1]).

Die verderblichen Seuchen, welche jährlich starke Verwüstungen unter dem Rindvieh anrichteten und zufriedene Menschen plötzlich ins Unglück stürzten, beschäftigten den König wiederholt. Im Jahre 1766 ließ er bekannt machen, daß diejenigen, welche die drei Arten der Viehseuchen zu bestimmen und diensame Mittel dagegen anzuzeigen wüßten, eine Belohnung von 1000 Dukaten für jede Art der Kur empfangen sollten. Friedrich zeigte dabei seinen guten Willen, ohne doch Abhilfe schaffen zu können, aber man verlor den Gegenstand nicht aus den Augen. Weil man zu bemerken glaubte, daß die Seuche seltener und weit weniger gefährlich in Schlesien aufträte, schrieb man es der mehr bedachtsamen Wartung und Fütterung des Viehes zu, welches dort anstatt des geringen Kochsalzes, das ihm in den übrigen Provinzen gegeben würde, beständig Steinsalz lecken könnte und das Futter nicht kalt, sondern gebrüht empfinge. Der kurmärkische Kammerpräsident v. Siegroth stellte dieses Verfahren ausführlich dar. Der König genehmigte den Aufsatz, welchen das Generaldirektorium alsdann im Oktober 1769 sämtlichen Kammern zuschickte mit dem Befehle, die schlesische Art der Fütterung und Wartung auf den Domänen-Ämtern und in Ackerstädten von Stund an einzuführen, besonders das Lecken vom Steinsalz, welches hauptsächlich als ein Schutzmittel gegen die Seuche betrachtet würde [2]).

1) Novum Corpus Const. 1765. n. 43.

2) Lamotte a. a. O. IV, 454ff. Übrigens hatte man schon 1752 von der Breslauer Kammer Nachricht über den Gebrauch des Steinsalzes (bei den Schafen) erhalten. Ebd. 510.

Der König entnahm aus Schlesien noch eine andere Gewohnheit und empfahl die Stallfütterung anstatt der Nachtweiden, die noch in der Kurmark gäng und gäbe waren. Er meinte, von dem Vieh, welches so genährt würde, könnte die Milch nicht so gut sein und so viel Butter geben. Er hat später dem schlesischen Minister v. Hoym den Auftrag erteilt, ihm eine ganz ausführliche Beschreibung der Stallfütterung zu schicken, die so abgefaßt wäre, daß andere Leute sie verstehen und sich danach einrichten könnten. Indem der König dem pommerschen Kammerpräsidenten an demselben Tage Mitteilung hiervon machte, gab er zwei Gründe dafür an, nämlich den größeren Gewinn an Dünger und die Sicherheit gegen das Viehsterben [1]).

Was übrigens ursprünglich den aufmerksamen König zur Stallfütterung hinleitete, war der Umstand, daß immer noch so viel Butter, wie früher, aus Sachsen und Holstein eingeführt wurde, trotzdem daß er so viel neues Wiesenland geschaffen und der Rindviehstand sich dadurch ansehnlich vermehrt hatte. Den Nachtweiden gab er nur zum Teil die Schuld, befahl aber dem Minister v. Derschau, dahin zu wirken, daß die Leute das Vieh mehr im Stalle fütterten und fleißiger Butter bereiteten. Der Kammerpräsident v. Gaudi mußte den Leuten in den urbar gemachten Gegenden an der Netze vorstellen, daß sie in Berlin einen guten Absatz finden und bessere Preise erhalten würden, und sie überreden, dorthin ihre Butter zu Wasser zum Verkaufe zu schicken; die Fracht könnte nicht sehr hoch zu stehen kommen, da ein Schiffsgefäß viel Ware zu fassen vermöchte.

Die Aussicht, jährlich 200000 Thaler im Lande zu behalten, ließ den König nicht ruhen. Er rechnete, daß er in 4—5 Jahren imstande sein würde, dieses Ziel zu erreichen; um aber dahin früher zu gelangen, kam er auf den Gedanken, den bedürftigen Unterthanen, welche sich die Tiere selbst anzuschaffen nicht vermochten, unter die Arme zu greifen und ihnen den dritten Teil des mehr zu haltenden Viehes zu schenken.

1) Stadelmann II, N. 497. 498 (2. Juni 1771).

Mit großem Vergnügen erfuhr er eben damals von dem guten Fortgange der Landesverbesserungen; „da werden ja 5000 Stück Kühe mehr gehalten werden können", schrieb er freudig dem Minister v. Derschau und teilte demselben zugleich seine Absicht mit, nach dem Vorgange des Prinzen Ferdinand auf seine Kosten einige Familien aus Holland kommen zu lassen und sie dort anzusetzen, wo der Viehstand recht ansehnlich verstärkt würde, damit die Leute von ihnen das Buttermachen lernen könnten. Diejenigen, welchen er die Kühe schenkte, sollten sie sich übrigens selber kaufen, weil sie dann zufriedener sein würden, als wenn die Departementsräte sie besorgten. Außerdem meinte der König: „der Bauer, der eine Kuh bekommen soll, wird sich schon bemühen, sich ein gutes Stück anzuschaffen, das der Weide und des Futters bei ihm gewohnt ist, weil das sein eigener Nutzen erfordert; läßt man dagegen das Vieh im ganzen ankaufen, so wird solches aus verschiedenen Gegenden, wie es nur zu bekommen ist, zusammengetrieben, und wenn es dann an Ort und Stelle hingebracht und verteilt wird, so ist es mehrenteils des dasigen Futters nicht gewohnt, schafft also nur wenig oder gar keinen Nutzen, und die Absicht wird nur schlecht erreicht." Zu Trinitatis 1777 wollte Friedrich mit der Schenkung beginnen [1]).

In der That gelang es dem Könige, die Einfuhr zu vermindern. Im Jahre 1775 waren in der Kurmark noch für 257000 Thaler Butter vom Auslande gekauft worden, und im Jahre 1780 verminderte sich dieser Betrag trotz der Vermehrung der Einwohner auf 146000 Thaler. Eben damals kam auch ein Ostfriese mit seiner Familie nach Brandenburg; er ward auf dem Domänenamte Königshorst angesetzt, und zugleich bestimmte Friedrich, daß aus den verschiedenen Provinzen Leute dahin abgehen sollten, um das Buttermachen recht zu erlernen, die dabei zu benutzenden Geschirre und Gefäße zu sehen und die gewonnene Kenntnis alsdann im Lande weiter zu verbreiten [2]).

1) Stadelmann II, N. 310 (30. Okt. 1775) 314. 365. 367. 373.
2) Ebd. N. 481. 483 und S. 199.

Auch für die Eier wollte Friedrich das Geld nicht nach Sachsen gehen lassen. Deshalb befahl er der kurmärkischen Kammer, sie solle die Amtleute und Unterthanen anweisen, sich fleißiger auf die Hühnerzucht zu legen, und bestimmen, daß die sogenannten Zinshühner nicht in Geld, sondern in Wirklichkeit abgeliefert würden. Der Minister v. Derschau mußte die neu anzusetzenden Kolonisten verpflichten, eine gewisse Zahl Hühner zu halten. Außerdem aber war es nötig, dafür zu sorgen, daß die Eier zusammengefahren und nach Potsdam und Berlin gebracht würden. „Die Leute sind hier so dumm", schrieb Friedrich, „daß sie nicht allein auf solche Sachen fallen und sich zu helfen suchen, da das doch ihr eigener Nutzen mit sich bringt; also ist es nötig, daß man sie ein bißchen aufklärt und zurechtweist." Ähnliche Befehle gingen an den Kammerpräsidenten in Magdeburg; die Leute, bemerkte der König weiter, könnten dann ihre Eier mit leichter Mühe gerade so wie die Butter zu Wasser oder sonstwie nach Potsdam oder Berlin hinschaffen. Es sind auch wirklich sowohl im Magdeburgischen als im Halberstädtischen die nötigen Vorkehrungen getroffen worden [1]).

Zu seinem großen Verdrusse nahm Friedrich am 1. Oktober wahr, daß ein Wagen aus Sachsen Eier und Wachholderbeeren nach Potsdam brachte; da gab er denn sogleich der Kammer sein Mißfallen kund und befahl ihr, die wirksamsten Veranstaltungen zu treffen, daß an solchen im Lande gewonnenen Sachen weder in Berlin, noch in Potsdam ein Mangel sei. Dem Minister aber schrieb der König am 9. Oktober 1782: nach sechs Monaten solle die Einfuhr der Eier aufhören [2]).

Auch das Mästen des Federviehes empfahl Friedrich. Von Franzosen waren früher fettgemachte Kapaunen, Puten und Hühner häufig verkauft worden; aber das hatte aufgehört, und es gab in Berlin keinen Menschen, welcher dieses Geschäftes kundig gewesen wäre. Deshalb wendete sich der König an Hoym und trug ihm auf, aus der Gegend von Glogau, wo

1) Stadelmann II, N. 409. 439. 452. 470. 495 und S. 628, N. 2
2) Ebd. 541. 542 fin.

man das Mästen recht verstände, einen Mann zu besorgen, welcher bereit wäre, nach Berlin überzusiedeln. Auch die Bienenzucht empfahl Friedrich wegen ihrer Einträglichkeit angelegentlich den Bauern. „Wenn die Unterthanen sich nur mehr damit abgeben würden", schrieb er einmal, „so könnten sie schon daraus allein ihre Kontribution bezahlen" [1]).

Also sorgte Friedrich unablässig für das Wohlergehen des Landvolkes, für Flur und Wald. Von dem chinesischen Kaiser erzählt man, daß er einmal im Jahre hinter dem Pfluge hergehen müsse, um seine Hochachtung vor dem Ackerbaue zu zeigen. Das hat Friedrich niemals gethan; aber sein ganzes Leben lang ist er für denselben erfolgreich thätig gewesen, und man würde nicht übertreiben, wenn man sagte: kein glühender Anbeter des persischen Ahuramasda habe sich mehr bemüht, die Erde mit nützlichen Bäumen und Kräutern zu schmücken, als der große König.

Fünftes Kapitel.

Die Städte, Gewerbe, Handel.

Von den Rittergutsbesitzern und den Bauern wenden wir jetzt unsern Blick auf die Städte, die vom König in gleicher Weise behandelt wurden. „Das Landvolk", schreibt er im Politischen Testamente von 1768, „leidet durch Hagel, Dürre, Blitz, Viehsterben u. s. w. Die Städte werden manchmal vom Feuer verzehrt. Nun ist es ungerecht, daß derjenige, welcher sein Einkommen verliert, so bezahlen soll, als ob er es hätte. Da die Menschlichkeit gebietet, daß niemand über seine Kräfte belastet werde, giebt es drei Kassen, aus denen

1) Stadelmann II, N. 440. 270. Vgl. 498.

solche Verluste gedeckt werden." Nach der Angabe des Königs enthielt die eine, die er die preußische nennt, 120000 Thaler, die schlesische 80000 und diejenige, über welche das Generaldirektorium zugunsten der Marken, Pommerns und der übrigen Provinzen verfügte, 250000. Nach der Erwerbung von 1772 mag eine Verstärkung stattgefunden haben. Zuweilen aber trat auch der Herrscher selbst helfend ein, z. B., wenn ganze Städte von den Flammen verzehrt wurden. „Die Ausgaben dieser Art haben mich viel gekostet", schreibt Friedrich in dem genannten Testament, „aber ich bedauere sie nicht; denn es ist die Pflicht eines jeden Menschen und folglich noch mehr des Mächtigen, den Unglücklichen und Notleidenden beizustehen."

Wie sehr kümmerte sich dabei der König um die Einzelheiten! Als er 1775 von der Musterung in Schlesien nach Potsdam zurückkehrte, vernahm er unterwegs, daß in Schwiebus abermals ein Feuer ausgebrochen und 27 Häuser abgebrannt wären. Er schickte dem Minister Hoym sogleich die Nachricht mit dem Befehl: er solle sich das merken, damit der Wiederaufbau derselben zu seiner Zeit geschehe. Weiter war dem Könige von den Leuten erzählt worden, daß Polkwitz in der Zeit der österreichischen Herrschaft eine Vorstadt gehabt habe; dieselbe sei aber abgebrannt und die Einwohnerschaft dadurch gänzlich verarmt. Hoym sollte nun die Sache genauer untersuchen. Zu Michaelis 1780 zeigte Friedrich demselben Minister an: in Reichenbach gäbe es wüste Plätze, worauf Häuser mit Ziegeldächern errichtet werden müßten, ebenso wären in Neisse 14 sehr schlechte Häuser, die er dem General v. Rothkirch gezeigt hätte, neu aufzuführen. „Übrigens will ich", fuhr der König fort, „zum Bau der katholischen Kirche in Neustadt etwas beitragen, damit die Leute dort sehen, daß ohnerachtet ihrer starken Abneigung gegen unsere Religionsverwandten man ihnen doch alles mögliche Gute thut." Und im folgenden Jahre schrieb der König wieder in solchen Angelegenheiten aus Schweidnitz an Hoym: es sei in Polkwitz ein Haus eingestürzt, und am Thore gebe es schlechte baufällige Häuser. Desgleichen

ehe man in Landshut solche von lauter Holz; „wenn da einmal Feuer auskommt", schrieb er, „so ist kein Retten." Auch in Freiburg waren in der Striegauer Vorstadt einige abgebrannte Häuser noch nicht wieder aufgebaut worden. Friedrich rechnete, daß ihn diese 20—25 Häuser ungefähr 15 000 Thaler kosten würden, wenn er den Leuten Gratifikationen gäbe [1]).

Der Schaden, welchen die Feuersbrünste verursachten, schmerzte den König sehr, und er verlangte von Herzen zu wissen, wie man wohl die vielen Schindeldächer, welche so gefährlich wären, abschaffen könnte; denn die Schindeln flögen wegen ihrer großen Leichtigkeit schnell weit herum und brächten rasch 20 bis 30 Häuser in Brand. Der König fragte den Minister, ob nicht dünne Bretter sich besser eigneten, allerdings nur so lange, bis Ziegeln genug vorhanden wären. Ferner sollte Hoym auf die Feuerwehr eines jeden Ortes recht achten, daß immer einer der entschlossensten und lebhaftesten Mitglieder des Magistrates zum Feuermeister bestellt würde; derselbe müsse bei ausbrechendem Unglücke sofort auf dem Platze sein und es verstehen, vernünftige Anstalten zu treffen und die Leute zum Löschen mit Ernst antreiben, wenn sie mit Güte nicht wollten.

Gerade in Schlesien kamen solche traurige Zufälle wiederholt vor. „Eine Stadt nach der andern brennt ab", klagte der König, als im Sommer 1776 Ratibor und Jauer gutenteils vom Feuer zerstört wurden, und er beschloß, ernster vorzugehen. Er befahl einem Oberstlieutenant v. Goltzen, nach Berlin zu kommen und sich mit den Löschanstalten dieser Stadt recht gründlich bekannt zu machen und alles in Schlesien dann auf denselben Fuß zu bringen. Goltzen war in der Grafschaft Glatz angesessen und pflegte jährlich dorthin zu gehen. Er sollte sich nun bei dieser Gelegenheit seines Auftrages entledigen und da, wo eine Garnison läge, dem Kommandanten, in den anderen Städten dem Vernünftigsten und Geschicktesten aus dem Magistrate die Aufsicht und Anordnung in solchen Fällen übertragen. Bei der Hinreise, meinte der König, könnte der Oberst-

1) Stadelmann II, N. 540. 565.

lieutenant Naumburg, Sagan, Goldberg, Hirschberg, Schmiedeberg, Landshut, Gottesberg, Bolkenhain, Freiburg u. s. w., und auf der Rückreise die kleinen Städte des platten Landes, die keine Garnisonen hätten, besuchen und dort alles in gehörige Ordnung bringen. Im Jahre 1786 wies Friedrich 150000 Thaler für die Städte Stargard, Landsberg an der Wartha und Soldin an; die davon zu bauenden Häuser sollten massiv errichtet werden. In Stargard ließ der König die längs dem Wasser gelegenen feuergefährlichsten und in Soldin die schlechtesten Häuser abbrechen und an ihrer Stelle andere massiv und mit Ziegeldächern aufführen, damit bei entstehender Feuersbrunst der Flamme desto eher Einhalt geschehen könnte [1]).

Ebenso gab Friedrich Geld her, wenn das Wasser die Gebäude zerstörte; ja, er warnte wohl schon vorher. So schrieb er am 26. Mai 1786 an Hoym: da nun die Zeit bald komme, wo der Schnee im Gebirge zu schmelzen und die Gewässer sich zu ergießen pflegen, solle der Minister auf der Hut sein und alle ersinnliche Vorsicht anwenden, damit dadurch an der Oder und Neisse kein Unglück geschehe.

Wie die Bauern, so beobachtete der König die Bürger, welche Ackerland besaßen, und sah nach, ob sie dasselbe auch ordentlich bewirtschafteten. Als er nun verschiedentlich das Gegenteil wahrnahm, da erschien es ihm höchst erforderlich, daß den unkundigen Handwerkern eine Anleitung gegeben würde. Wer aber sollte das thun? Der König hielt es für durchaus notwendig, daß in jeder solchen Stadt ein Mitglied des Magistrates im Landbau wohl erfahren wäre, und er trug deshalb dem Generaldirektorium auf, eine Verfügung zu erlassen, daß fortan hierauf beständig geachtet werden sollte, wenn ein Bürgermeister oder eine Magistratsperson zu wählen wäre [2]).

Die Austrocknung von Brüchen und die anderen Landesverbesserungen kamen auch den Städten zugute. Im Dezember 1783 legte der Geheime Finanzrat Schütz einen Plan zur

1) Stadelmann II, N. 303. 357. 633.
2) Ebd. N. 626. 321.

Ablassung der Seen im Amte Neustettin vor, ein Unternehmen, welches nicht allein für die angrenzenden Dörfer, sondern auch für Neustettin selbst vorteilhaft sein würde. Letztere Stadt sollte nun ein Vorwerk auf dem ihr zufallenden Grund und Boden anlegen; die Bürger widersprachen zwar, aber Friedrich glaubte keine Rücksicht darauf nehmen zu müssen, weil die Maßregel offenbar zum Besten von Neustettin gereichen würde, und er ermächtigte Schütz, den Plan auszuführen [1]).

Vornehmlich aber suchte Friedrich das Gewerbewesen zu fördern. Er meinte, wenn man den kleinen Städten aufhelfen und ihnen mehr Nahrung verschaffen wolle, müsse man solche nützliche Manufakturen anlegen, welche sich dahin schicken [2]). Und was er in dieser Richtung vor dem Siebenjährigen Kriege gethan, das nahm er wieder auf, sowie der erste blaue Streifen durch die trüben Wolken sichtbar wurde. Bereits am 7. Dezember 1762 trug er von Leipzig aus mehreren hohen Offizieren auf, Fabrikanten und andere nützliche oder auch bemittelte Leute zur Ansiedelung in seinen Landen zu bewegen unter dem Versprechen, daß sie und ihre Kinder vor aller Werbung und Eintragung in die Kantonslisten gesichert sein sollten. Gleiche Vollmachten gab Friedrich einige Tage später dem Geh. Finanzrat v. Brenckenhoff für diejenigen, welche sich in Pommern und den Marken niederlassen würden, und dieser machte den königlichen Befehl auch sogleich bekannt. Etliche Monate später wurden in einem neuen Edikte die Wohlthaten und Vorteile wiederholt, deren sich sowohl fremde bemittelte Personen und Familien als auch Fabrikanten, Handwerker und Arbeiter bei ihrer Niederlassung in den preußischen Landen würden zu erfreuen haben. (8. April 1764.) Danach sollten die Einwanderer nicht allein vom Militärdienste, sondern auch zwei Jahre lang von allen bürgerlichen Lasten frei sein, und deshalb auch für das entschädigt werden, was die Accise von ihnen gewinnen würde. Diese Vergütung wurde für ein Jahr im voraus bezahlt, und

1) Stadelmann II, N. 565.
2) Ebd. N. 421.

sie betrug 3 Thaler für den Mann, 2 Thaler für die Frau, 1 Thaler für ein Kind über, und $^1/_2$ Thaler für ein Kind unter 12 Jahren. Wer sich in den Marken, Pommern, Magdeburg und Halberstadt niederließe, sollte die angegebenen Vorteile sogar drei Jahre lang genießen. Eingangsabgaben waren für die nur zum eigenen Gebrauch und nicht zum Handel bestimmten Habseligkeiten nicht zu entrichten. Diejenigen Personen ferner, welche Häuser besäßen, keine bürgerliche Nahrung trieben und nur von ihren eigenen Mitteln lebten, sollten sogar gänzlich unbesteuert bleiben. Man sieht, wie sehr der König die Wohlhabenden anzulocken suchte. Als Reisekosten empfingen die Einwanderer sogenannte Meilengelder, und zwar auf den Kopf zwei Groschen für die Meile. Die fremden Handwerker bekamen das freie Bürger- und Meisterrecht, und diejenigen von ihnen, welche sich auf dem platten Lande niederließen, erhielten sogar das zum Aufbau ihrer Häuser notwendige Holz oder eine Geldentschädigung, wenn es in der Nähe keine königlichen Forsten gab, außerdem eine fünfzehnjährige Freiheit von allen Steuern, und die Häuser sollten ihnen erblich verbleiben [1]).

Von denjenigen, welche so beschenkt worden waren, verlangte der König, wie man sich denken kann, Ordnung, Fleiß und Betriebsamkeit. Als er vernahm, daß ein Gasthofsbesitzer in Potsdam und seine Leute schon seit geraumer Zeit eine sehr schlechte und liederliche Wirtschaft führten, mußte das der Magistrat den Schuldigen recht scharf und nachdrücklich verweisen und ihnen dabei alles Ernstes androhen: der König werde sie sonst nach Spandau schicken und dem Gläubiger, welcher am meisten zu fordern habe, das Haus weggeben; denn er habe dasselbe nicht mit vielen Kosten erbauen lassen und dann dem gegenwärtigen Besitzer geschenkt, damit eine so liederliche Wirtschaft darin getrieben werde [2]). Freilich konnte nur von einem unbeschränkten Herrscher eine solche Drohung ausgehen.

1) Lamotte, Abhandl. I, 183ff., 185 Anm.
2) Preuß, Urkundenbuch IV, 273, N. 23 (7. Juli 1776).

Außerdem suchte der König die Handelsthätigkeit seiner Unterthanen zu beleben und zu erweitern. Er hatte sich schon früher mit dem Gedanken getragen, eine Bank in Berlin zu gründen; aber es war nicht dazu gekommen. Im September 1764 empfing er von einem Italiener, Namens Johann Anton v. Calzabigi, einen außerordentlich umfassenden Plan, welcher die Bestrebungen des Königs für die Wohlfahrt seiner Unterthanen sehr zu fördern schien. Friedrich setzte deshalb auch eine Bankkommission unter dem Vorsitze des Ministers v. Hagen ein und befahl ihr, die Ausführung zu besorgen. Von seinen Gesandten ließ er sich außerdem Berichte über die Organisation der Banken in verschiedenen Ländern schicken. Die Geschäftswelt aber verhielt sich kühl, und die Zeichnung von Aktien nahm trotz der größten Anstrengungen, die gemacht wurden, einen überaus langsamen Fortgang. Da erachtete die Kommission es für notwendig, eine Nachricht über das ganze Unternehmen in die Öffentlichkeit zu bringen; jedoch sie erreichte damit ihren Zweck nicht. Wie alle Welt jetzt erfuhr, ward eigentlich eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Thalern in Aussicht genommen, deren Vorstand nicht allein Wechsel diskontieren, sondern noch mancherlei andere Geschäfte treiben sollte; denn es wurde dieser Bank der direkte Handel nach allen Land- und Seegegenden, der ausschließliche Handel mit Holz aus den königlichen und Kämmereiforsten außerhalb des Königreiches und besondere Begünstigungen sowohl inbezug auf den polnischen und russischen Handel als in Absicht auf die Ausfuhr der schlesischen Leinwand zugesprochen. Die Bank sollte ferner alles Gold und Silber ausmünzen, Pfand- und Leihhäuser errichten nnd allein die Land- und Seeversicherung übernehmen. Die Fremden, welche durch Einzahlung Aktien erwürben, sollten gleiche Vorzüge wie die Unterthanen genießen und, wenn sie sich in Preußen niederließen, auch zur Leitung der Bank mitgelangen können. Endlich wurde natürlich eine gute Dividende sowie ein Steigen der Aktien in Aussicht gestellt.

Anstatt zu ermuntern, beunruhigte die Bekanntmachung

nur noch mehr. Viele fürchteten nicht ohne Grund, daß sie außerstand gesetzt werden würden, ihr Geschäft weiter zu betreiben, und es war vergeblich, wenn der König erklärte, daß weder die Kaufleute von der Bank, noch diese von jenen gestört werden sollte. Seine Absicht war löblich; denn sie ging dahin, mehr Geld in den Handel zu ziehen und in Umlauf zu setzen, die Schiffahrt und den direkten Verkehr mit auswärtigen Staaten zu erweitern, Fabriken und Manufakturen, die noch nicht vorhanden wären, zu errichten und dadurch nicht allein das Geld im Lande zu erhalten, sondern auch durch einen blühenden Handel fremdes Geld und fremde Kaufleute mit ihrem Vermögen hereinzuziehen. Aber die Aufregung legte sich nicht, und es war ein großes Glück, daß der König es vermied, das Unternehmen vom grünen Tisch aus zu befehlen, sondern Vertreter das Handelsstandes aus Berlin, Breslau, Hirschberg, Stettin, Colberg, Magdeburg und Halberstadt berief, um deren Ansichten über die Sache zu vernehmen und sie über die Organisation der Bank aufzuklären.

Die Mehrzahl der Deputierten bezog sich auf schriftlich eingereichte Gutachten; die Breslauer empfahlen darin die Gründung von Giro- und Leihbanken in den Haupt-Handelsorten. Besonderen Anklang fanden die Stettiner und Magdeburger, welche mit aller Schärfe darlegten, daß der Kredit der Bank unter der Verkoppelung derselben mit den in Vorschlag gebrachten ganz fremdartigen Geschäften leiden würde und daß die ausschließlichen Vorrechte schädlich und gehässig wären. Vor ihrer Abreise in die Heimat mußten die Deputierten auf das Schloß vor den König kommen, welcher diese Gelegenheit benutzte, den schlesischen Kaufleuten zu erklären, daß ihr Leinwandhandel durch die Bank nicht beeinträchtigt werden würde [1]).

Die Stimme des Volkes verhallte nicht wirkungslos. Der König trennte das Versicherungsgeschäft von der Bank und errichtete unter dem 17. Januar 1765 eine besondere Gesell-

1) Geschichte der königlichen Bank in Berlin (von Niebuhr), S. 19 ff. 174—182. Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen I. 57 ff.

schaft, die Assekuranzkammer, die bis 1791 gedauert hat. Es wurde ferner noch in demselben Jahr eine levantische Handelsgesellschaft, und im folgenden eine Nutz- und eine Brennholz-Handlung gegründet. Endlich errichtete Friedrich durch das Edikt vom 17. Juni 1765 eine Bank. Im Eingange gab er Nachricht von dem, was er anfangs gewollt, und legte dann die Schuld, weshalb der erste Plan zu Falle gekommen, verschiedenen Kaufleuten bei, die einigen alten hergebrachten Gewohnheiten und Gebräuchen, sie möchten gegründet sein oder nicht, noch zu sehr anhingen und sich ohne Unterschied vor allem fürchteten, was nicht schlechterdings damit übereinstimmte oder ihrer Denkungsart und ihren Begriffen gemäß wäre. Dann erklärte Friedrich, daß er die Einrichtungen und Gesetze der Banken in Amsterdam, London und Hamburg habe genau untersuchen lassen und zu dem Entschlusse gekommen sei, eine Giro-, Diskonto- und Lehnbank aus Staatsmitteln zu errichten. Er wollte zu dem Ende ein Kapital von acht Millionen Thaler aus dem Schatz entnehmen, und er hoffte, dadurch und bei den sehr mäßigen Zinsen, welche verlangt würden, den Umlauf des Geldes merklich zu erleichtern, den Fleiß der Unterthanen aufzumuntern und endlich den übermäßigen und unerhörten Wucher zu verhindern, welcher bisher ungeachtet der scharfen Gesetze sich in aller Art von Handel eingeschlichen und Adel und Unterthanen in einem grausamen Joche gehalten und auf das empfindlichste gedrückt und erschöpft hätte. Die Bank sollte von jedem andern Departement unabhängig sein. An die Spitze des Bankwesens stellte der König den Obermarschall und Minister Reichsgrafen v. Reuß.

Friedrich wollte so bald als möglich in Preußen, Schlesien und Westfalen ebensolche Banken errichten, die von dem Bankdirektor in Berlin abhängen, die nämlichen Einrichtungen haben und ihre Rechnungen dorthin ablegen sollten [1]). Einige Tage bevor er jenes Edikt unterzeichnete, setzte er den schlesischen Minister v. Schlabrendorff von seinem Vorhaben, zuerst eine

1) Niebuhr, S. 186. 187.

Bank in Berlin, und dann in Breslau eine zweite zu gründen, in Kenntnis und verlangte dessen Mitwirkung. „Wobei Euch zur Nachricht dient", fuhr der König fort, „daß ich dieserhalb von keinen Oppositionen oder Schwierigkeiten Eurerseits nicht das Allergeringste wissen will." Schlabrendorff, welcher nicht wußte, was er hierbei thun könnte, wandte sich an den Grafen Reuß und bat um Rat; aber dieser bemerkte, daß er zu der Leitung der Bank recht wie jener zur Ohrfeige gekommen sei; der König habe ihn wissen lassen, in welche Stellung er ihn einsetze, ohne vorher ihm auch nur die allergeringste Nachricht von der Einrichtung, Natur und Beschaffenheit der Sache gegeben zu haben. „Ich muß also gehorsam alles thun, was mir befohlen werden wird", fuhr Reuß fort, weil S. K. Maj. alles selbst angeben und befehlen" [1]).

Der gewöhnlich so sparsame König belohnte hier mit verschwenderischer Freigebigkeit diejenigen, die ihm behilflich gewesen waren; der Oberstlieutenant Quintus Icilius empfing 13125 Thaler und zwei Hamburger Kaufleute, Cossels und Wurmbt, zusammen 65625 Thaler. Jedoch das Unternehmen mißglückte, teils weil man die Kaufleute zwingen wollte, das neue Bankgeld allgemein in Gebrauch zu nehmen, hauptsächlich aber durch die Mißwirtschaft der Fremden, welche die Geschäftsleitung in ihre Hände gebracht. Der König äußerte sich in seinen Denkwürdigkeiten sehr kurz hierüber, aber er gesteht doch zu, daß die Verluste, welche die Bank erlitt, durch die Unwissenheit oder die Betrügerei ihrer Verwalter verursacht worden seien [2]).

Trotz aller Verdrießlichkeiten, die er gehabt, hielt Friedrich an dem Gedanken fest, eine Bank herzustellen, welche der Wohlfahrt seiner Unterthanen dienen sollte. Merkwürdigerweise wurde den neuen Beratungen abermals ein Plan von Calzabigi zugrunde gelegt; denn Friedrich glaubte noch immer an die große Einsicht des Italieners, und er wollte auch an seiner Rechtschaffenheit und Uneigennützigkeit nicht zweifeln, sondern schrieb

1) Poschinger I, 127.
2) Oeuvres VI, 78.

den schlechten Erfolg, welchen derselbe mehrfach gehabt, dem Umstande zu, daß er entweder keine guten Maßregeln getroffen, oder daß ihn das Unglück verfolgt habe [1]). Den neuen Plan Calzabigis übergab der König im September 1766 dem Großkanzler von Jariges und dem Generaldirektorium zur Prüfung.

Von jenem verlangte Friedrich noch ein anderes Gutachten. Er glaubte nämlich, daß die Indulte, welche vielfach Kaufleuten erteilt würden, dem Kredit der übrigen geschadet hätten, und er verlangte nun zu wissen, wie der Großkanzler darüber dächte. Jariges antwortete am 22. September, daß dergleichen Indulte nur mit Zustimmung der Gläubiger vom Justizdepartement gegeben würden, und er wollte daran nichts geändert haben, sondern er wünschte vielmehr eine gründliche Untersuchung über die Ursachen, welche den Mangel des Geldes sowohl als den Verfall des Handels und der Fabriken hervorgebracht hätten. Der König stutzte; denn er glaubte die Ursachen zu kennen, und er rechnete dazu die Abneigung der Kaufmannschaft gegen die Bank. Aber er beruhigte sich hierbei nicht und befahl zwei Tage später dem Generaldirektorium, die Ursachen dieses Verfalles anzuzeigen.

Am 1. Oktober übersendeten die Minister v. Blumenthal und v. Hagen dem Könige zwei Berichte. Der eine betraf die schlimme Lage der Fabriken. Die Minister führten zuerst die allgemeinen Ursachen an: Teuerung der Lebensmittel und des Brennholzes, unerhörte Höhe der Hausmiete, ferner Anlage vieler neuer Fabriken, besonders Wollfabriken, im Reich, in Polen und der Schweiz, und Ähnliches. Dann gingen die Minister zu einzelnen Arten über, von denen sie vier behandelten. Weil Schlesien nicht unter dem Generaldirektorium stand, blieb diese Provinz unberücksichtigt, obgleich sie gerade bei den Leinwandfabriken hätte sehr in Betracht kommen müssen; in Preußen, Pommern, den Marken, Magdeburg und Halberstadt gab es deren zu wenig, den westfälischen aber schadete die

1) Friedrich an Calzabigi 24. Juli 1766, bei Niebuhr, S. 196.

starke Vermehrung der schottischen und irischen Fabriken, und auch in der benachbarten Grafschaft Rittberg waren solche samt vortrefflich gelegenen Bleichen angelegt worden.

Über die Inhaber von Sammet- und Seidewarenmagazinen, Entrepreneure oder Verleger genannt, fällten die Minister ein vernichtendes Urteil; dieselben wären keine gelernten Fabrikanten, sagten sie, und besäßen nicht einmal so viel Wissenschaft, um nach Erfordernis einer jeden Gattung von Zeugen die Seide gehörig zu sortieren, und sie müßten sich deshalb auf ihre Werkmeister verlassen. Infolge dessen hätten dieselben große Lager von meistenteils schlechten Waren und wenig Hoffnung, sie auswärts abzusetzen, wo man sie viel billiger bekäme. So besaßen, wie die Minister anführten, die beiden Entrepreneure der Berliner und der Potsdamer Sammetfabrik und die fünf Entrepreneure der Berliner Seidenfabriken damals für 624 278 Thaler fertige Waren in ihrem Lager.

Wie glaubhaft hier das Generaldirektorium schreibt, erkennen wir aus einer Angabe Friedrichs. Im folgenden Jahre klagten die Entrepreneure der Frankfurter Taffetfabrik, daß sie einen ganz außerordentlichen Vorrat von Waren und keinen Absatz hätten. Es fand sich in der That, daß ihr Bestand in Berlin auf 400 000 Thaler sich belief. Um den Verkauf nun zu beschleunigen, bewilligte der König ihnen 10 Prozent Vergütigung und gab ihnen im September 1767, als sie für 100 000 Thaler Waren verschleißt hatten, 10 000 Thaler. Etwa vier Monate später reichten dieselben Fabrikanten eine neue Rechnung von 20 000 Thalern ein. Friedrich stutzte, denn es kam ihm ganz unglaublich vor, daß es damit seine Richtigkeit haben könnte, sie müßten denn auf der letzten Frankfurter Messe für 200 000 Thaler Waren verkauft haben. „Überhaupt kann ich Euch nicht bergen", schrieb der König bei dieser Gelegenheit an den Minister v. Horst, „wie ich nur allzu oft und dazu noch auf eine recht grobe Weise von den Fabrikanten betrogen worden bin, und ich würde mich schämen müssen, wenn ich mich fernerhin von ihnen hinter das Licht führen lassen wollte." Trotzdem erklärte sich der König bereit,

für jene Waren, die im Betrage von 400000 Thalern in Berliner Magazinen vorhanden gewesen waren, die noch übrigen 30000 Thaler zu zahlen [1]).

Wie sehr übrigens Friedrich bei seinen Gründungen in Anspruch genommen wurde, davon ein Beispiel. Drei Franzosen, Laurent, Joiron und Desjardins, errichteten eine Fabrik von kamelhaarnen Plüschen, Camelotten, Berkanen und Manchester; sie empfingen zu ihrer Unterstützung in den beiden Jahren 1764 und 1765 zusammen 25000 Thaler, und das Haus, das ihnen gebaut wurde, kostete 35000 Thaler. Zugleich verbot Friedrich, um ihre Fabrik in Gang und Aufnahme zu bringen, alle ausländischen Waren dieser Art dadurch, daß er den ungeheuren Zoll von 4 Thalern auf die Elle legte und diese Maßregel später auch auf Schlesien ausdehnte. Aber zu Anfang des neuen Jahres kamen jene Franzosen doch wieder und verlangten einen beträchtlichen Vorschuß zur Fortsetzung ihrer Fabrik. Jedoch Friedrich ließ ihnen sagen: sie müßten sich jetzt allein weiterhelfen und ihm nicht gänzlich zur Last fallen wollen. So schrieb er am 15. Januar 1766 an den Geh. Finanzrat Ursinus, welcher den Fabrikanten die königliche Willensmeinung eröffnen sollte [2]).

Acht Monate später mußte der nämliche Verwaltungsbeamte für das Generaldirektorium den Bericht anfertigen, welchen der König über die Ursachen des Verfalles der Fabriken und des Handels verlangt hatte; ob die Minister dann denselben einfach angenommen, ob sie weggelassen oder zugesetzt haben, ist bisher unbekannt geblieben. Den ersten Teil haben wir einigermaßen kennen gelernt. Noch merkwürdiger ist aber der zweite, welcher eigentlich gegen das ganze handelspolitische System des Königs gerichtet war. Die Minister stellten die Monopole als sehr schädlich hin. Die neu gegründete Levan-

1) Rödenbeck II, 177. Übrigens wurden die 10 Prozent auch noch später vom Könige gegeben. Ebd. S. 156 (Februar 1768).

2) Ebd. II, 170. N. 74 auf S. 174 gehört nicht in das Jahr 1777, wo Schlabrendorff schon lange tot war, sondern voraussichtlich in das Jahr 1767.

tische Handelsgesellschaft hatte das ausschließliche Recht, die Waren aus dem Morgenlande zu holen. Die Baumwollfabrikanten gerieten dadurch in arge Verlegenheit. Sie hatten bisher aus erster Hand ihren Rohstoff bezogen und dafür andere Waren hingeschickt; jetzt aber mußten sie ballenweise die Baumwolle nehmen und mit barem Gelde bezahlen. Außerdem hatte die Gesellschaft nicht einmal alle Sorten; es fehlte z. B. ihr die leichtere macedonische Baumwolle. Aber sie erhob den Anspruch, daß nur durch ihre Hände die Fabrikanten solche kommen lassen dürften.

Beinahe noch merkwürdiger ist es, daß die Gesellschaft vom Könige die Erlaubnis erhielt, den Handel mit Zitronen, Orangen und anderen Früchten an das Hamburger Handelshaus Eggers & Comp. zu übertragen, und sie verlangte nun, daß dergleichen Früchte einen sehr hohen Zoll bezahlen müßten, wenn sie nach Preußen ohne Geleitsbriefe des genannten Hauses gebracht würden. Von letzterem ließ die Gesellschaft sich einen Thaler für die Kiste geben und rechnete dabei auf einen jährlichen Gewinn von 12000 Thalern aus diesem einzigen Artikel. „Vermutlich wird der Hamburger", meinten die Minister, „nicht weniger verdienen wollen, folglich muß dieser Wucher notwendig auf das Publikum fallen, und solches noch überdies abwarten, was für Früchte jenes Handelshaus zu liefern seinem Interesse gemäß findet."

Blumenthal und Hagen führten weiter das Privilegium an, welches Schweigger & Söhne in Petersburg genossen. Für alle russischen Erzeugnisse, die nicht durch sie in Preußen eingeführt wurden, mußten 2 Prozent an sie gezahlt werden und sogar 5—8 Prozent für diejenigen Waren, welche für fremde Rechnung ohne ihre Vermittelung durch die königlichen Lande hindurchgingen. Wenn sich dieser Geschäftszweig in der That auf eine Million jährlich belief, wie Blumenthal und Hagen dem Könige angaben, so brachte jenes bloße Vorrecht vielleicht einen Gewinn von ungefähr 40000 Thalern. Haben die Minister unrecht, wenn sie die Maßregel beklagen? „Es ist schlechterdings wider die Natur aller Handlung", schreiben sie,

„einen Kaufmann nötigen zu wollen, daß er seine Aufträge zum Einkauf von Waren an ein ihm anzuweisendes Comptoir richtet; aber auswärtige Kaufleute an das Schweiggersche Comptoir in Petersburg zwingen zu wollen, ist eine noch viel weniger ausführbare Sache." Die Minister fürchteten, daß die Fremden für die russischen Produkte sich andere Wege suchen würden, ohne die königlichen Lande zu berühren. Die allergrößte Bedrückung aber sahen sie in der seit einem Jahr eingeführten Generaltabaksverpachtung, wie sie das mit einiger Ausführlichkeit darlegten. Sie beklagten weiter die Bankeinrichtungen und den damit verknüpften Zwang; denn dadurch wäre es gekommen, daß die meisten Kaufleute ihren Handel eingeschränkt und den auswärtigen Kredit verloren, das Wechselgeschäft aber nach auswärtigen Handelsplätzen sich weggewendet hätte, und die fremden Kapitalien aus dem Lande gezogen worden wären.

Die Minister überließen es weiter der Beurteilung des Königs, ob nicht die neue Accise-Einrichtung einen nachteiligen Einfluß auf die Fabriken und den damit verknüpften Handel haben würden, indem die Erhöhung der Abgaben von Fleisch und Getränke mehr betrüge, als die aufgehobenen Abgaben vom Brot, und das Arbeitslohn dadurch teurer werden müßte [1]). Endlich erzählten die Minister von allgemeinen Klagen über die Steigerung der Sätze bei dem Post- und Fuhrwesen, welche den Handel beeinträchtigten.

In der Instruktion, welche Friedrich am 20. Mai 1748 dem Generaldirektorium gegeben, war dieses ausdrücklich angewiesen worden, den Transithandel nicht mit hohen Abgaben zu belegen. Hierauf beriefen sich die Minister, und sie bedauerten, daß sich dieses geändert hätte, seit in Magdeburg und Halberstadt und zum Teil auch in der Kurmark im Anfange der fünfziger Jahre sehr hohe Durchgangszölle unter mancherlei

1) Die Räte Hartmann und Schnecker gaben 1770 einen andern Grund an, nämlich daß die Accisebeamten den Diensteifer bis zum Übermaße trieben. H. Fechner, Die handelspolitischen Beziehungen Preußens und Österreichs (1741—1806), S. 492, Anm. 2.

Benennungen eingeführt worden wären; nachdem aber noch der sogenannte Aufschlagsimpost vor beinahe zwei Jahren dazugekommen sei, habe sich die Lage noch verschlimmert. Wie die Minister weiter ausführten, wurden jetzt die von Hamburg nach Sachsen, ins Reich und sonst hin- und zurückgehenden Waren auf dem neuen Wege über Lüneburg und Braunschweig zum größten Schaden der Unterthanen des Königs versendet. Ein Hauptverkehr fand während der Messe zu Frankfurt a. O. statt; da wurden die Waren der Wollen- und Baumwollenfabriken an fremde Käufer, besonders aber nach Polen, abgesetzt. Aber seitdem die zwischen Polen und Sachsen hin- und hergehenden Waren auch während der Messe mit Zöllen von 8—30 Prozent belegt wären, drohten die polnischen Juden, nicht mehr nach Frankfurt kommen zu wollen, sondern dafür die Leipziger Messe zu wählen, und Österreich und Sachsen versprächen ihnen jede Erleichterung sowohl in Abgaben als in Verbesserung der Wege durch Böhmen und Mähren [1]).

Wir sehen, Blumenthal und Hagen benutzen die Gelegenheit, um dem Könige zu sagen, daß sie inbezug auf den Handel ganz anders denken, als er. Sie verlangen, daß es einem jeden Kaufmanne frei bleiben müsse, seine Waren sich einkaufen zu lassen, von wo und durch wen er wolle. Sie halten ferner die verschiedenen Monopole dem allgemeinen Handel sehr schädlich, insofern dieselben den Transit- und Tauschhandel stören und die Waren im Lande selbst verteuern.

An dem nämlichen 1. Oktober empfing Friedrich auch ein Gutachten des Großkanzlers und der Minister Blumenthal und Hagen über den neuen von Calzabigi eingereichten Bankplan, welcher dem Publikum einen noch weit stärkeren Zwang aufgelegt hätte, als der frühere; die Minister führten z. B. an: da alles, was über 150 Thaler sich beliefe, durch die Bank gehen sollte, würden auch die Großgrundbesitzer gar kein Geld mehr zur Bezahlung ihrer Schulden und zur Verbesserung ihrer Güter finden.

1) Fechner, S. 463.

Mit der eigentlichen Bank sollte noch ein Comptoir verbunden werden, welches die Aufgabe hätte, den Gold- und Silberhandel zu übernehmen und die Banknoten im Auslande zu vertreiben. An die Spitze desselben wollte Friedrich einen Holländer, Namens Clement, stellen, den er das Jahr zuvor zum Präsidenten der levantischen Handelsgesellschaft gemacht hatte; gegen diesen erhoben aber die Minister die größten Bedenken. Sie wüßten zuverlässig und nicht durch Kaufleute, sagten sie, daß dieser Mann ein geringes Vermögen und keinen Kredit besitze, sondern beides erst durch die neue Bank gewinnen wolle, um höchst wahrscheinlich mit dem gesammelten Gelde dann außer Landes zu gehen. Inzwischen aber suchte Calzabigi mit seinen Helfershelfern alle diejenigen, welche Bedenken gegen seine Pläne vorbrächten, bei dem König als unwissende Menschen und Bösewichter anzuschwärzen. In dem Begleitwort schrieben die drei Minister: sie wären vollkommen überzeugt, daß die Feinde des Königs und des königlichen Hauses sich freuen würden, wenn dieser Plan in die Öffentlichkeit käme und zur Ausführung gelangte. Sie erklärten sich alsdann bereit, einen andern Plan vorzulegen, wenn der König eine Bank ohne jeden Zwang in Berlin und Breslau haben wollte, die ihm einen unschädlichen Vorteil geben und zugleich den Fabriken und dem Handel nach und nach wieder aufhelfen sollte [1]).

Schon am Tage darauf antwortete Friedrich aus Charlottenburg dem Generaldirektorium, ohne sich bei dieser Gelegenheit an den manchmal von ihm angeführten Wahlspruch des Kaisers Augustus Festina lente zu erinnern. Einen Übelstand erkannte der König bereitwillig an und befahl, ihn abzustellen. Dem Kommerzienrate Schmidt, der aus Aachen stammte und Disponent des Lagerhauses war, sollte nämlich verboten werden, Tuche fernerhin aus seiner Heimat in großer Menge in Preußen einzuführen und dadurch den inländischen Manufakturen einen großen Nachteil zu verursachen. Aber wie hatte Friedrich eine

1) Preuß, Urk. III, 86—101.

solche Erlaubnis geben und wie das Abkommen der levantischen Handelsgesellschaft mit dem Hamburger Hause inbezug auf die Einfuhr der Zitronen und Orangen genehmigen können?

In dem, was Blumenthal und Hagen sonst geschrieben hatten, erblickte der König überzeugende Beweise von ihrer Unwissenheit und geringen Einsicht in das Handels- und Fabrikwesen. Heutzutage würde sich mit Recht kein Minister das sagen lassen, ohne den Dienst aufzukündigen. Doch war die Antwort des Königs immer noch ruhig abgefaßt; aber sie enthielt eine eigenhändige Nachschrift, in welche Friedrich die ganze Schale seines Zornes ergoß. Sie lautete in dem bekannten schlechten Deutsch: „ich erstaune über der impertinenten Relation so sie mir schicken, ich entschuldige die Ministres mit ihre Ignorence, aber die Malice und corruption des Concipienten muß exemplarich bestrafet werden sonsten bringe ich die Canaillen niemahls in der Subordination." So sollte der Unterbeamte gewissermaßen den Sündenbock für seine Vorgesetzten abgeben. Und wie hart, ja grausam strafte der König? Er jagte den Geh. Finanzrat Ursinus nicht allein sofort aus dem Amte, sondern er schickte ihn auch noch auf die Festung nach Spandau. Dort konnte der beklagenswerte Mann über den Zorn der Mächtigen nachdenken. Seine langen Dienste waren vergessen, die arme Familie plötzlich ins Elend gestoßen, und er saß zum Tode betrübt hinter Eisengittern und verwünschte vielleicht in Augenblicken der Verzweiflung die Stunde, wo er in den preußischen Staatsdienst getreten war.

Am 3. Oktober zeigte Friedrich dem Generaldirektorium an, weshalb er über Ursinus eine solche Bestrafung verhängt habe. Das Generaldirektorium solle, schrieb er, um die Manufakturen in Aufnahme zu bringen, es sich angelegen sein lassen, allen Schmuggelhandel zu verhindern, und es gebe nun die verbotene Einfuhr fremder Waren als Mitursache des Verfalls der Manufakturen und des Handels an. Der König könne daher diejenigen, welche dergleichen Vorstellungen durch ihre Unterschrift billigen, nur als Beschützer des Schmuggels ansehen und müsse den gewissenlosen und pflichtvergessenen Ver-

fasser zur gerechten Bestrafung und andern zur Warnung mit Festungsstrafe belegen. Eine solche Begründung erwartet man nicht von Friedrich dem Großen; aber es zeigt sich hier, wie einmal bei Maria Theresia, daß die Leidenschaft auf ihrer Höhe Maß und richtiges Urteil verliert.

Der König machte weiter dem Generaldirektorium den Vorwurf, daß es, anstatt in die wirklichen Ursachen des Verfalles der Manufakturen einzugehen, mit den Kaufleuten Partei gegen die Bank nehme, wiewohl doch die Manufakturen nichts mit derselben nach dem Reglement zu schaffen und die Kaufleute bisher mit ihr wenig oder gar nicht verkehrt hätten. Da nun die Minister der Widerspenstigkeit der Kaufleute so sehr das Wort redeten, so könnte der König nicht anders urteilen, als daß die Berichte des Generaldirektoriums dem Meistbietenden feil sein müßten. Aber er drohte, mit solchen Männern, welche sich auf unrichtigen Wegen oder gar auf Bestechungen würden betreten lassen, es möchten Räte sein oder Minister, so wie jetzt mit dem gewesenen Finanzrat Ursinus zu verfahren und sie auf Lebenszeit ohne alle Umstände auf die Festung zu schicken [1]).

Nach solchen gröblichen Beschuldigungen der allerschwersten Art folgten die Minister nicht dem Beispiele, welches der ehemalige Gesandte des Königs in London, Knyphausen, gegeben, indem er nach einer ähnlichen ehrenrührigen Beleidigung seinen Abschied wiederholt forderte, bis er ihn empfing. Und wie verhält sich Friedrich gegen die geschmäheten Minister? Nach fünf Tagen schreibt er an den Freiherrn v. Hagen. Er nennt ihn „Mein lieber Etatsminister", trägt ihm auf, das neue Edikt, betreffend die Bank, einzurichten und den Kaufleuten die nötigen Erläuterungen zu geben, und er schließt mit den Worten: „Übrigens verbleiben wir Euer wohlaffektionierter König."

Drei Wochen später erscheint das revidierte und erweiterte Reglement der königlichen Giro- und Lehnbanken zu Berlin und Breslau. Das voranstehende Edikt nennt als Grund der

1) Preuß a. a. O., S. 102. 103.

Änderung den Wunsch des Königs, die Vorteile der Bank weiter zu verbreiten; deswegen werde von beiden Girobanken ein neues in Banknoten bestehendes Geld ausgegeben werden. Dasselbe solle in den gesamten königlichen Landen ohne Unterschied mit dem geprägten Gelde umlaufen, hierdurch dessen Masse vermehren, die Zinsen dagegen verringern und dem Handel ein unfehlbares Mittel verschaffen, sich auszubreiten und die Hindernisse, welche dessen Fortgang bisher aufgehalten haben, möglichst aus dem Wege zu räumen. Dem Bankdirektorium ward ein königlicher Kommissarius in der Person des Ministers Hagen beigegeben; derselbe sollte darauf achten, daß alles nach dem neuen Reglement, durch welches der frühere Zwang teils gemildert, teils aufgehoben wurde, künftig von statten ginge.

Die Bank hing mit dem Clementschen Comptoir zusammen, jedoch nicht lange; denn schon im August 1767 wurde diese künstliche Verbindung gelöst, das Comptoir verwandelte sich in ein gewöhnliches Banquierhaus, und die Bank stand von jetzt ab unter der Verwaltung deutscher Beamten. Der König aber hat es, wie der offiziöse Geschichtschreiber der Bank bemerkt, nicht zu bedauern gehabt, daß er nunmehr nicht allein der Redlichkeit, sondern auch der Geschicklichkeit derselben vertraute [1]). Dagegen mußte Clement im Jahre 1769 seine Zahlungen einstellen und in die Hausvogtei wandern, wo er gestorben ist. Die Calzabigi, Wurmbt, Janssen, Clement waren jetzt aus Preußen verschwunden. Auch die levantische Handelsgesellschaft ward in diesem Jahre aufgehoben. Dagegen entwickelte sich die Bank fortan ohne Störung weiter. „Seitdem v. Hagen sie leitete, führte sich dort Ordnung und Pünktlichkeit ein", schreibt Friedrich in seinen Denkwürdigkeiten, und er zeigt alsdann noch einen neuen Vorteil an, welchen die Bank gewährte. Bis dahin waren die müßig liegenden Mündelgelder bei den Gerichten gegen Zahlung von 1 Prozent aufgehoben worden; am 18. Juli 1768 befahl Friedrich, solche Gelder in der Bank niederzulegen. Die Mündel empfingen nun 3 Prozent

1) Niebuhr, S. 50.

Zinsen und gewannen in Wirklichkeit 4 Prozent. Später mußten auch die Kapitalien der milden Stiftungen und der Kirchen dort untergebracht werden. (31. März 1769.)

Leider erkrankte Hagen im Oktober 1770 so schwer, daß nichts anderes als eine gänzliche Enthaltung von aller Arbeit ihn vielleicht noch wiederherzustellen vermochte; deshalb befahl ihm Friedrich, dem an der Erhaltung des Ministers nicht wenig gelegen war, lediglich auf die Krankheit und deren Hebung Bedacht zu nehmen. „Ihr werdet dieses pünktlich zu befolgen nicht unterlassen", fuhr der König fort, „so lieb Euch meine Gnade ist." Aber am 6. Februar 1771 schied Hagen unvermutet aus dem Leben. Die Nachricht davon betrübte Friedrich sehr, und zwar, wie er dem Generaldirektorium schrieb, deshalb um so mehr, weil er an demselben einen Minister verloren hätte, dergleichen er wohl viele wünschte, leider aber wenig hätte. Um dem verdienten Staatsmanne noch nach seinem Tode wegen seiner treuen Dienste eine Auszeichnung zu erweisen, ließ Friedrich das Bild desselben malen und befahl dann, es bei voller Versammlung und offenen Thüren in dem Audienzsaal des Generaldirektoriums aufzustellen zum immerwährenden Gedächtnis dieses rechtschaffenen Staatsdieners, dessen Andenken ihm immer wert und unvergeßlich bleiben würde [1]).

Während hier der König dem Freiherrn v. Hagen das wohlverdiente Lob erteilt, unterläßt er nicht den übrigen Ministern anzudeuten, daß er mit ihnen wenig zufrieden sei. Das Generaldirektorium verfährt ihm viel zu langsam. „Man muß es unaufhörlich anspornen", schreibt er im politischen Testamente vom November 1768, „damit es die Befehle, die es gegeben, zur Ausführung bringt." Im Jahre 1769 wurde v. Derschau zum Minister ernannt, und er empfing, als er im Sommer seinen Wirkungskreis besuchen sollte, vom Könige mündlich und schriftlich Verhaltungsbefehle. Er erstattete seinen Bericht am 26. Dezember, und schon am folgenden Tage antwortete der König, der aber keineswegs zufrieden war. Er

1) Stadelmann II, N. 219. 227. 238.

vermißte besonders Angaben, wie man dem Nahrungsstande der Städte aufhelfen könne, welche Fabriken in Rücksicht auf den Verkehr mit den angrenzenden Landen mehr zu unterstützen und welche neu anzulegen seien. „Ihr werdet", meinte der König, „diese Reise künftiges Jahr noch einmal vornehmen müssen, da ich Euch denn zum voraus sehr wohlmeinend raten will, mit mehr Gründlichkeit dabei zuwerke zu gehen und nicht so obenhin Eure Untersuchungen anzustellen" [1]).

Der Tadel des Königs ging dem Minister zu Herzen. Er wollte nicht bis zum nächsten Jahre warten, sondern schon jetzt eine Ausarbeitung machen, die ihm den Beifall Friedrichs verdienen könnte. Er legte daher am 14. Januar 1770 dem fünften Departement des Generaldirektoriums, welches die Fabrik- und Manufakturſachen behandelte, den vom Könige gerügten Gegenstand zur Erwägung vor. Er knüpfte dann noch einige weitere Fragen hieran und wollte wissen, welche Städte zu berücksichtigen seien, wie viel Kosten das erfordere und wie für den Absatz der Fabriken gesorgt werden könne. Bei der Auswahl der Städte kam es ihm hauptsächlich auf diejenigen an, deren Nahrung zurückgegangen war, oder wo der wohlfeile Preis der Lebensmittel den Fabrikanten am zuträglichsten sein würde. Der Minister fand es außerdem für gut, den märkischen Kammerpräsidenten v. Siegroth, den Kammerdirektor Michaelis und den Kriegs- und Domänenrat Grothe zur Konferenz einzuladen mit dem Auftrage, diese wichtige Sache sogleich zu überlegen und einen Plan auszuarbeiten.

Die Aufgabe war keine leichte und in kurzer Zeit, wie man glauben sollte, kaum zu bewältigen. Aber in Preußen war unter Friedrich dem Großen auf ein langes Besinnen nicht gerechnet. Wie sich der König allezeit vorbereitet zeigte, sollten auch seine Diener es sein. Der Kriegs- und Domänenrat Grothe nahm sich die Akten über die in den Städten vorhandenen Manufakturen und Fabriken, die fehlenden Handwerker und die Bebauung der wüsten Stellen, er griff außerdem zu

1) Stadelmann II, N. 189. 205.

den Nachrichten der Steuerräte vom Zustande der Städte. Ferner lagen in den Akten die Anschläge, wie viel die neuen Häuser kosten würden, je nachdem sie ganz massiv oder mit massiver Vorderseite oder endlich in Fachwerk gebaut werden sollten. Trotzdem ist es zu verwundern, daß Grothe binnen 3—4 Tagen einen umständlichen Bericht abzustatten vermochte. Die Uckermark überging er, weil der König 11556 Thaler schon im Jahre 1765 zur Hebung ihrer Städte hatte bezahlen lassen; es waren 61 Handwerker und 82 Spinner damals in Aussicht genommen und die Ansetzung inzwischen beinahe vollendet worden.

Am 18. beriet die Kammer die Vorschläge Grothes, und am 19. fand die Konferenz des Generaldirektoriums statt, welcher die Minister v. Horst und v. Derschau, die Geheimen Finanzräte Fäsch, v. Knyphausen und Tarrach sowie der Präsident und der Direktor der kurmärkischen Kammern beiwohnten. Das Protokoll führte Grothe. Man bestimmte, was für Fabriken zu errichten, was für Handwerker anzusetzen wären, und in welchen Städten dies geschehen sollte. Zugleich verlangte die Konferenz die Ausarbeitung einer Tabelle nach den in dem Anschreiben des Ministers vom 14. enthaltenen Vorschriften und eines Planes über die ungefähre Höhe der Kosten. Beides wurde mit dem förderlichsten nicht allein erwartet, sondern auch geliefert. Am 22. Januar überreichte nämlich die Kammer dem Generaldirektorium den Plan von der Verbesserung der Fabriken und des Nahrungsstandes der kurmärkischen Städte, deren 20 berücksichtigt werden.

Mancherlei nicht unwichtige Angaben finden sich in der Tabelle. Von Stendal erfahren wir, daß dort 202 wüste Stellen seit dem Dreißigjährigen Kriege vorhanden waren. Die an der Grenze gelegenen altmärkischen Städte hatten besonders durch die Erhöhung des Transitzolles verloren, indem die Frachtfuhrleute sie nun nicht mehr berührten, sondern ihren Weg nach Leipzig durch Braunschweig nahmen. Die Tuchfabriken, welche hier und in Mecklenburg angelegt worden waren, schädigten Salzwedel, Wittstock, Pritzwalk und Willsnack.

Im Jahre 1766 hatte Friedrich eine Nutz- und Brennholz-Gesellschaft für Berlin und Potsdam gegründet, eben deshalb aber nahm in Fürstenwalde die Nahrung ab. In Frankfurt war der Verkehr dadurch bedeutend verringert worden, daß die Polen und Russen sich stark nach Danzig gewendet hatten. Für Rathenow und Tangermünde hatte sich der Plauesche Kanal schädlich erwiesen, indem die Schiffe nicht mehr bei ihnen vorbeifuhren, und Treuenbrietzen litt sehr darunter, daß der Handel mit Sachsen gehemmt worden war. Tuchmacher gab es viel, in 16 Städten nämlich 1004, von denen die Hälfte in Stendal, Wittstock, Ruppin und Strausberg wohnte.

Die Kammer berechnete weiter die Kosten aller dieser neuen Einrichtungen; zugleich aber bat sie: man sollte sie, wenn ihr Plan genehmigt würde, nicht verpflichten, in einer jeden Stadt alles Vorgeschlagene wirklich auszuführen, sondern ihr gestatten, Abänderungen nach Beschaffenheit der Umstände zu treffen. Die Schnelligkeit, mit welcher sie hatte zuwerke gehen müssen, veranlaßte sie zu dieser Bitte.

Derschau machte nun seinen Bericht und überreichte denselben am 29. Januar dem Könige. Er hätte, schrieb er, sein Augenmerk besonders auf diejenigen Städte gerichtet, die am meisten zurückgekommen wären oder noch viele wüste und unbebaute Stellen hätten, und wo man nach der Örtlichkeit einen guten Erfolg sich versprechen könnte. Die Verbesserung des Nahrungsstandes gedachte er dadurch herbeizuführen, daß er die schwachen Manufakturen unterstützte und solche Fabrikanten und Handwerker ansetzte, die für den Verkehr mit den angrenzenden Ländern von Nutzen sein oder Gegenstände liefern würden, welche bisher aus der Fremde hätten kommen müssen. Derschau gab hierauf an, was für Fabrikanten und Handwerker in den Städten, die er nannte, sich niederlassen sollten. Bei dieser Gelegenheit schlug er auch dem Könige die Ansetzung von 40 Kreisgärtnern vor.

Was nun die Kosten betrifft, so verlangte der Minister zur Erleichterung des Aufbaues von 447 teils wüsten, teils neuen Hausstellen 67050 Thaler; außerdem sollten diejenigen, welche

massiv bauen würden, statt des Freiholzes 23 Prozent bekommen. Zur Ansetzung der vorgeschlagenen Fabriken, nützlichen Handwerker und Spinner forderte Derschau 23460 Thaler. Die Kammer hatte ferner in Anbetracht, daß neue Einrichtungen nicht besser als durch Aufmunterungen befördert werden könnten, 2000 Thaler jährlich zu Belohnungen für das feinste Gespinst, für den guten Betrieb der Fabriken und für den Röthebau vorgeschlagen; aus letzterem, bemerkte sie, ziehe Schlesien gute Vorteile, während die Mark beträchtliche Geldsummen dafür außer Landes schicke. Der Minister nahm auch diesen Posten auf, und ebenso verlangte er 28700 Thaler zur Anlegung neuer und zur Verstärkung alter Wollmagazine. Der Minister stimmte mit der Kammer darin überein, daß hiervon sehr viel abhinge; denn wenn die armen Fabrikanten nicht mit Vorschüssen aus denselben unterstützt würden, kämen die Wollwebereien, wie die Erfahrung lehrte, niemals empor, und die Nahrung litte. Über den Endzweck bei Anlage dieser Magazine bemerkte Derschau, daß sie nicht allein die heimliche Ausfuhr der Wolle verhindern, sondern auch zur Verbesserung der Tücher beitragen sollten, indem sie zugleich feine Wolle enthielten. Die Steuerräte sollten schlechterdings dafür einstehen, daß die Gelder ordentlich angewendet würden und immer eisern blieben. Die ganze Summe, welche Derschau verlangte, betrug 185210 Thaler, die er auf sechs Jahre verteilte [1]).

Schon nach zwei Tagen antwortete der König. Er fand den Plan, nachdem er ihn, wie er sagte, genau durchgesehen, sehr gut überlegt und so vernünftig ausgearbeitet, daß er beschloß, die zur Ausführung erforderlichen beträchtlichen Summen zu bewilligen und sie, wie die Umstände es erlaubten, nach und nach anzuweisen. „Die Hauptsache", schrieb er, „wird meines Erachtens allezeit die Errichtung der von Euch vorgeschlagenen Wollmagazine bleiben, weil die Arbeiter schon größtenteils im Lande sind" [2]).

1) Lamotte, Abhandlungen II, 149–153.
2) Stadelmann II, N. 209 (31. Jan. 1770).

Zu Trinitatis wies der König sogleich 140 000 Thaler an, versprach die übrigen 45 210 Thaler in der Folge herzugeben und befahl, daß der Plan schon zu Ende des Jahres 1772 völlig ausgeführt sein müsse. Am 18. Oktober 1770 erteilte das Generaldirektorium der kurmärkischen Kammer die nötigen Vorschriften und gab dem Direktor derselben die Aufsicht über das Ganze. Grothe wurde von seinen gewöhnlichen Dienstgeschäften befreit und sollte alle Bearbeitungen übernehmen, welche diese Angelegenheit beträfen.

Schnelligkeit war damals die Losung in Preußen. Schon acht Tage später wendete sich die Kammer an die Steuerräte, denen nun eine sehr große Arbeit zufiel; denn sie sollten bis zum 25. November inbezug auf die einzurichtende Hauptwollmagazinkasse die nötigen Angaben über die einzelnen Städte liefern, die Kostenanschläge von den neu anzulegenden Fabriken, Lohgerbereien, Walkmühlen u. s. w. einschicken und ausführlich berichten, welche Fabrikanten und Handwerker sie in jeder Stadt anzusetzen vermeinten, wobei noch Rücksicht auf diejenigen genommen werden müßte, die sich erst einfinden könnten, wenn die Häuser fertig wären. Damit aber letzteres um so besser vonstatten ginge, sollten die Steuerräte selbst an allen Orten genau untersuchen, welche wüste Stellen mit Nutzen bebaut werden könnten, und ganz bestimmte Kostenanschläge samt den Rissen in doppelter Form der Kammer übergeben, nämlich wenn sie massiv und wenn sie von Fachwerk, jedoch mit massiven Giebelwänden und Ziegeldächern, errichtet würden. Denjenigen, die bereit wären, eine wüste Stelle zu bebauen, wurden 150 Thaler und 23 Prozent der Kosten als Vergütung in Aussicht gestellt; aber es sollte zugleich dafür gesorgt werden, daß diejenigen, welche sich mit dem Baue nicht befassen mochten, wenn sie sonst vorzügliche Fabrikanten wären und sich also dem Staate besonders nützlich erweisen würden, fertige zu ihrem Gewerbe bequeme Häuser erb- und eigentümlich sogleich zum Besitz erhalten sollten. So hieß es in der öffentlichen Bekanntmachung der Wohlthaten und Freiheiten, welche die Kammer im Anfange des Novembers an verschiedene preußische Gesandte

und Residenten und an die kurmärkischen Steuerräte schickte, damit sie sich Mühe gäben, Fremde zur Einwanderung zu bewegen. Ausländer, welche sich bereits in Brandenburg niedergelassen hatten, wurden aufgefordert, andere geschickte Fabrikanten aus ihrem Vaterlande herbeizuführen, wofür man ihnen kleine Belohnungen in Aussicht stellte.

So hatten Generaldirektorium und Kammer im Laufe von etwa drei Wochen die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Ausführung des Planes in Gang zu bringen. Die vom König bestimmte kurze Zeit von zwei Jahren aber reichte bei weitem nicht aus, zumal da noch besondere Umstände hemmend dazwischen traten. Die ganz außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel, welche 1771 und 1772 herrschte, steigerte die Preise für die Materialien, deren Anfuhr und die Arbeitslöhne. Das schreckte die Baulustigen ab und erhöhte die Prozentgelder. In Stendal wurden deshalb 35 Häuser ganz auf königliche Rechnung errichtet; freilich mußten auch 43120 Thaler mehr aufgewendet werden, als im Plane dazu ausgesetzt worden waren.

Als nun das Generaldirektorium im Anfange des Jahres 1772 über das, was geschehen war, Bericht erhielt, verlangte es eine erhöhte Thätigkeit, damit der größte Teil des Rückständigen im Laufe des Jahres 1772 zustande käme, und im August forderte es die Kammer auf, die Land und Steuerräte streng anzuweisen, daß sie mehr Fleiß anwenden sollten, um die fehlenden ausländischen Familien ins Land zu ziehen; jedoch es müßten keine Bettler und Landstreicher sein, sondern gute Leute und tüchtige Arbeiter, von denen man hoffen könnte, daß sie sich durch Fleiß ihren Unterhalt erwerben, und nicht, wie bereits sehr oft geschehen, nur um die Benefizien zu erhalten, ins Land kommen und damit wieder fortlaufen würden. Die Steuerräte sollten ferner mehr solche Baulustige ausfindig machen, welche die wüsten und neuen Stellen gegen Empfang der versprochenen Beihilfe aus eigenen Mitteln und zwar, so viel nur immer möglich, massiv bauen müßten. Jedoch die Schwierigkeiten wurden durch solche Verfügungen nicht gehoben, und man kam nur langsam vorwärts.

Im Anfange des Jahres 1774 erstattete der Kammerdirektor Michaelis einen umständlichen Bericht. Er rechtfertigte es zunächst, wenn das Kollegium den Plan nur als einen ungefähren Grundriß der in der Mark zu veranstaltenden möglichen Verbesserungen betrachtet hätte. Sollte man in Fürstenwalde die in Aussicht genommene Walkmühle wirklich anlegen, wenn es sich herausstellte, daß dort bereits Gelegenheit vorhanden wäre, noch einmal so viel Tücher zu walken, als verfertigt würden? Ferner hatte die Notwendigkeit es erfordert, manche Handwerker von den kleinen Städten, wo sie keine Nahrung gefunden hätten, fernzuhalten. Wenn z. B. Seidenwirker kamen, mußte man sie wieder zurückschicken oder in Berlin und Potsdam ansetzen. Außerdem hielt es die Kammer für unumgänglich notwendig, den Bedarf sehr sorgfältig zu erwägen, sonst würden die Anziehenden den alten Einwohnern das Brot wegnehmen oder selbst nicht bestehen können und nach erhaltenen Benefizien wieder davongehen. Nach diesen in der Erfahrung gegründeten Sätzen waren manche Fabrikanten und Handwerker in Potsdam und Berlin angesetzt worden. Der Kammerdirektor hob bei dieser Gelegenheit hervor, wie ungemein die Landeshauptstadt in den letzten 44 Jahren sich erweitert hätte: 1730 habe das Feuersocietätskataster 580000 Thaler betragen, und es sei nun auf 14 Millionen gestiegen. Dazu kam der starke zur Vermehrung ihres Verkehrs gereichende Zufluß von Fremden, welcher die ganz natürliche Wirkung verursachte, daß die Handwerker ihre Nahrung eher in Berlin als in einer kleinen, hauptsächlich vom Ackerbau und der Brauerei lebenden Stadt finden konnten.

In Schlesien war 1761 zur Beförderung der Spinnereien verordnet worden, man solle die Jungen und Knechte dazu anhalten und letzteren die Erlaubnis zum Heiraten versagen, wenn sie kein Zeugnis hätten, daß sie sowohl in der Woll- als in der Flachsspinnerei geübt seien. Nach hergestelltem Frieden hatte man diese Verordnung erneuert und außerdem einige Monate später in den Städten, wo Wollfabriken vorhanden wären, die Errichtung von Wollspinnschulen befohlen [1]). In

1) Korn 7, N. 128. 184.

dem Plane für die Verbesserung des Nahrungsstandes in der Kurmark war die Gründung von Spinnschulen nach dem schlesischen Muster und die Ansetzung von neuen Spinnfamilien vorgeschlagen worden. Der Kammerdirektor fand aber überall, wo er gewesen war, daß die Fabrikanten teils durch ihre Hausgenossen, teils durch die Soldaten und deren Eheweiber hinlänglich mit Gespinnst für die im Gange befindlichen Stühle versehen würden, und er mußte daher dem Steuerrat befehlen, vor der Hand andere nützliche Handwerker anzusetzen.

Was den Bau der in Aussicht genommenen Häuser betrifft, so waren in Stendal ganz neue Straßen entstanden, und die Stadt hatte dadurch ein besseres Aussehen und mehr Schutz bei einer Feuersbrunst erhalten; der Kammerdirektor fand aber, daß die Häuser leicht gebaut und die innere Einrichtung mit Rücksicht auf ihre Bestimmung so schlecht als möglich ausgefallen wäre. In Fürstenwalde sollte der Magistrat aus seinen Mitteln acht Häuser errichten; er weigerte sich aber, weil die Kämmereikasse dazu kein Geld hätte. Als nun Michaelis hinkam, sah er bei versammeltem Magistrat und mit Zuziehung des Steuerrates alle Titel des städtischen Etats durch, und er fand wirklich, daß die Stadt mit ihren gewöhnlichen Einnahmen die Kosten nicht bestreiten könnte und daß die noch fehlenden 1785 Thaler durch einen außerordentlichen Holzverkauf herbeigeschafft werden müßten. War es unter solchen Umständen gerecht, einen solchen Bau der Stadt aufzunötigen?

Michaelis entdeckte ferner einen beträchtlichen Fehler in der Angabe der wüsten Stellen. In Perleberg waren die 41, welche sich dort befinden sollten, nicht mehr vorhanden und in Kyritz nur zwei von achten. Endlich in Stendal mußte man häufig zwei Stellen für ein Haus nehmen, um demselben etwas Hofraum zu verschaffen; dadurch verringerte sich die Zahl der wüsten Stellen hier um 66.

Außerdem ergab sich bei der Untersuchung, daß gar manche Magistrate sich bei dem ganzen Kolonisationsgeschäfte sehr saumselig bewiesen und keinen einzigen Fabrikanten oder Handwerker

angesetzt hätten. Die Steuerräte mußten das nun ernstlich tadeln und dagegen denen, welche sich hervorthun würden, versprechen, daß sie gelegentlich befördert werden oder Gehaltsverbesserungen erhalten sollten.

Am 1. Dezember 1775 war das Werk beinahe vollendet; denn es hatten sich nun 487 Familien niedergelassen, 22 mehr, als in dem Plane standen, und 276 Häuser waren teils fertig geworden, teils noch im Baue begriffen. Die übrigen 43 blieben unerrichtet, weil der König die noch fehlenden 45210 Thaler nicht anwies. Wir bemerken außerdem, daß die Ausführung nicht, wie Friedrich gewollt hatte, zwei Jahre, sondern fünf in Anspruch genommen [1]).

Wir sehen, wie der König durch Kolonisation die Zahl der Unterthanen zu vergrößern und dabei zugleich die Gewerbthätigkeit zu vermehren sucht. Was er in letzterer Hinsicht erstrebte, das hat er in ausführlichen Instruktionen verschiedenen hohen Beamten auseinandergesetzt. Er schreibt z. B. am 9. Januar 1777 an den Minister v. Görne: „Da noch sehr viele Sachen sind, wofür das Geld aus dem Lande gehet, und die gleichwohl hier ebenso gut angefertigt und gemacht werden können, so habe ich Euch hierdurch aufgeben wollen, daß Ihr Euch die Verbesserung und Vermehrung der inländischen Manufakturen hauptsächlich angelegen sein lassen und beständig darauf sinnen sollet, wo hin und wieder, besonders in kleinen Städten, die sich dazu schicken, neue Manufakturen von solchen Sachen angelegt werden können, die allhier entweder noch gar nicht oder doch nicht in hinlänglicher Menge angefertigt werden."

Der König lenkt nun die Aufmerksamkeit des Ministers auf einzelne Artikel hin. Zuerst empfiehlt er die Bereitung von Holländischem Papier. Er führt zwei Ursachen an, weshalb man bisher damit nicht recht zustande gekommen sei, nämlich erstens, daß die Lumpen nicht ordentlich ausgesucht und sortiert werden, und dann, daß die Mägde die Gewohnheit hätten aus ihnen Zunder zu machen. Gegen den zweiten Verstoß rät er,

1) Lamotte a. a. O. 193 ff.

man müsse die Leute dahin bringen, daß sie bei dem Sammler Schwamm gegen Lumpen eintauschen. Sein Gesandter im Haag hatte schon von ihm den Auftrag erhalten, einen tüchtigen und in diesem Fache recht geschickten Menschen in Holland sobald als möglich anzuwerben; dieser sollte dann die besten Papiermühlen in Preußen besuchen, sehen, worin der eigentliche Fehler läge, und die Leute recht ordentlich unterrichten, wie sie es machen müßten, um alle die feineren Papiersorten ebenso gut wie in Holland anzufertigen [1]).

Von solchen Verbesserungen der Papierbereitung war schon seit 30 Jahren die Rede, und was der König hier erstrebte, das hatte das Generaldirektorium längst in Aussicht genommen. Der kurmärkischen Kammer waren die nötigen Weisungen erteilt worden, aber man hatte sie nicht ausgeführt oder nicht ausführen können.

Im Jahre 1771 beschwerte sich ein Papiermüller im Namen der übrigen bei dem Generaldirektorium darüber, daß fremdes Papier eingebracht würde, und bat, es möchte letzteres doch höher besteuert werden. Die angestellte Untersuchung ergab, daß die zwölf kurmärkischen Papiermühlen allerdings nur drei Fünftel des Bedarfes lieferten und zwar allein die gewöhnlichen Gattungen; denn das feine holländische Papier wurde gar nicht im Lande verfertiget. Trotzdem sprach die Kammer sich gegen die nachgesuchte höhere Besteuerung aus; sie meinte mit Recht, daß das Publikum dadurch in Nachteil käme; denn die Papiermüller würden hiervon veranlaßt werden, teils ihre Ware schlechter zu machen, teils den Preis derselben zu erhöhen. Das Generaldirektorium trat dieser Meinung bei und befahl nur noch der Kammer, dafür zu sorgen, daß die einheimischen Mühlen das ganze Bedürfnis der Provinz befriedigten.

Die Kabinettsordre vom 9. Januar 1777 führte neue Untersuchungen herbei. Daraus ging hervor, daß man in der Kurmark schwerlich dahin gelangen würde, so schönes Royal- und feines Papier zu verfertigen, wie in Holland, weil

1) Stadelmann II, N. 376.

man dort keine so feine Leinwand webte und trüge, wie in den Vereinigten Niederlanden, und weil es also an dem ersten Erfordernis fehlte; dagegen in Schlesien wäre nicht nur die Leinwand, sondern auch das Papier schon besser.

Friedrichs Gesandter im Haag fand keinen tüchtigen Mann, der geneigt gewesen wäre nach Preußen überzusiedeln, und so beschloß der König jetzt in Frankreich, von wo die Holländer erst diese Kunst erlernt hätten, einen solchen aufsuchen zu lassen. Aber es meldeten sich auch einheimische Kaufleute zu dem Unternehmen, z. B. einer Namens Eisenhard. Der König erbot sich 30000 Thaler herzugeben; aber das genügte jenem nicht. Friedrich verwunderte sich sehr darüber und meinte: „Statt daß die Bürger ihre Gelder in solchen Unternehmungen anlegen sollten, wollen sie Güter kaufen, und ich muß Manufakturen machen." Im September 1780 meldete sich der Kaufmann Büring und wollte eine solche Fabrik übernehmen. Aber Friedrich fürchtete, daß derselbe, da er doch die Sache nicht selbst verstände, kein besseres Papier, als man bereits machte, liefern würde; daher war es ihm ohne Zweifel sehr angenehm, als er einige Tage später vernahm, daß ein Franzose, Jean Dubois aus Angoulême, bereit wäre zu kommen. Der König wollte nun eine Fabrik gründen, und wenn die Sache glückte, war er Willens eine zweite in Schlesien anzulegen, wie er dem Minister v. Hoym schrieb. Das Reisegeld freilich, welches Dubois verlangte, fand er hoch, aber da er seinen Zweck auf andere Weise nicht erreichen konnte, ließ er ihn kommen und die Beschaffenheit der Lumpen sowie des Wassers untersuchen. Hierauf trug er dem Geheimen Finanzrat Tarrach auf, mit Zuziehung „des Menschen aus Frankreich" einen ordentlichen und vernünftigen Plan auszuarbeiten, wie und wo die Sache am besten zustande zu bringen wäre.

Dubois war kein armer Mann, denn er wollte 16000 Thaler zur Anschaffung des Lumpenvorrats hergeben. Aber er machte große Anforderungen. Die Reisekosten für ihn und seine Familie zu bezahlen hielt Friedrich für recht und billig, dagegen weigerte er sich demselben zu dem Gewinn aus der

Fabrik noch 10 Jahre lang eine Pension von 600 Thalern zu zahlen und zu gestatten, daß Dubois fremdes Papier kommen lasse und es den Behörden liefere. Friedrich wollte ja die Gelder zur Errichtung der Fabrik hergeben; dieselbe sollte dann nur solche Sorten machen, die im Lande nicht angefertigt würden, und wenn sie imstande wäre, den ganzen Bedarf zu decken, wollte der König sogleich die Einfuhr der fremden Ware verbieten, wie es mit der böhmischen in eben diesem Jahre schon geschehen war. Drei Jahre später untersagte das Generaldirektorium den Kaufleuten, Konzept- und Makulaturpapier aus der Fremde zu beziehen, und es erlaubte den Eingang des feinen Schreib-, Zeichen- und Royalpapieres nur noch auf ein Jahr; denn in Spechthausen war inzwischen die Mühle für Dubois fertig geworden, und er hatte sich anheischig gemacht, 14400 Ries Papier nach französischer und holländischer Art jährlich zu verfertigen.

Friedrich hatte 36000 Thaler an die Sache gewendet, und doch sah er keinen Erfolg. Am 21. Januar 1784 schrieb er an den Minister v. Werder: er sehe wohl ein, daß es mit dem Papierfabrikanten nicht gehe, und es sei deshalb ganz gut, daß der Minister nach Holland sich gewendet habe, um einen andern Mann herbeizuschaffen. Dubois mußte wirklich entlassen werden; aber ein Holländer scheint sich wieder nicht gefunden zu haben. Da gab der König die ganze Fabrik, die ihn 55500 Thaler gekostet, dem genannten Berliner Kaufmann Eisenhard, und diesem gelang es, dieselbe sehr emporzubringen [1]).

Übrigens mag hier noch bemerkt werden, daß die Lumpensammler mit einem Passe von der Kammer versehen werden mußten, nachdem sie vorher von dem Land- oder Steuerrate vereidigt worden waren. So schwur Christian Müller am 10. Februar 1779 zu Gott dem Allmächtigen, daß er die von ihm zu sammelnden Lumpen weder selbst noch durch einen an-

1) Lamotte, Beiträge II, 358 ff. Rödenbeck, Beiträge, I, 159 ff. Stadelmann II, 610. Preuß III, 50.

dern aus dem Lande schicken und nur an denjenigen Papiermüller abgeben werde, der ihn in Dienst genommen, so wahr ihm Gott helfe zur ewigen Seligkeit durch seinen Sohn Jesum Christum, Amen. Nach einer Verordnung vom Jahre 1764 sollten die Müller, welche Lumpen außer Landes schafften, für jedes Pfund 10 Thaler Strafe zahlen, die meineidigen Sammler aber drei Monate auf die Festung geschickt werden, und im Jahre 1777 wurde die Geldstrafe sogar auf 15 Thaler erhöht und die Festungsarbeit auf sechs Monate ausgedehnt.

Kehren wir nun aber zu den Weisungen zurück, welche der König am 9. Januar 1777 dem Minister v. Görne gegeben hat; denn er empfahl ihm keineswegs nur die Errichtung von holländischen Papiermühlen. Er beklagte weiter, daß auch für Sohl- und englisches Leder noch viel Geld außer Landes ginge; daher sollten noch einige solche Fabriken wie die des Juden Itzig in Potsdam angelegt werden, jedoch nicht an einer beliebigen Stelle, sondern da, wo viele Waldungen vorhanden wären und die Borke sich in der Nähe befände, wie zu Neudam, Friedeberg, Wriezen. Für letzteren Ort hatte sich bereits ein Unternehmer gemeldet, aber er verlangt eine Beihilfe von 10 000 Thalern. Friedrich war auch gesonnen, so viel herzugeben; nur sollte der Minister den Mann prüfen, ob er auch die Sache recht verstände und tüchtige Engländer so wie der Jude Itzig bei der Arbeit verwenden wollte.

Ferner wünschte der König, daß eine neue Taffetfabrik angelegt werden sollte, jedoch nicht in Berlin, wohin nur Fabriken von Seiden- und rauhen Stoffen und Porzellanwaren gehörten; denn es gäbe hier viele vornehme und auch fremde Leute, welche Geschmack hätten und dergleichen Sachen liebten. Man müßte vielmehr, schrieb der König, Orte wählen, die am Wasser lägen und wo Holz, Wohnung und Lebensmittel wohlfeil wären; denn das Arbeitslohn käme dann nicht so teuer zu stehen, die Fabrikanten könnten also die Waren billiger verkaufen und der Absatz würde dadurch größer werden. Auch dürfte man nicht denken, daß die Arbeiter leichter von der Garnison zu bekommen wären; denn bei ausbrechendem Kriege

würden dieselben fehlen und die Fabriken still stehen müssen. Später hat sich der König bereit erklärt, aus England oder Frankreich einen Mann kommen zu lassen, welcher die Verfertigung des Taffet besser verstände; dieser könnte dann etwa zu Köpenik angesetzt werden und den Leuten zeigen, wie sie es machen sollten [1]).

Um ferner für den Indigo das Geld nicht aus dem Lande gehen zu lassen, befahl Friedrich dem Minister v. Görne, den Anbau des Waidkrautes zu befördern und sich durch den Minister von Hoymaus Schlesien einen Menschen zu verschaffen, der es verstände, den Indigo daraus zu bereiten.

Weiter klagte der König, daß es mit dem Seidenbau nicht so ginge, wie es wohl sein sollte, trotzdem daß es an Maulbeerbäumen nicht fehlte. Man müßte sich also mehr Mühe geben, die Dorfbewohner und die Edelleute für diese Arbeit, die ja nur 6—8 Wochen im Jahre dauerte und viel einbrächte, zu gewinnen und dann recht zu unterrichten, wie sie sich hierbei zu verhalten hätten.

„Alles dieses nun", fuhr der König fort, „habt Ihr gehörig mit aller Aufmerksamkeit zu besorgen und Euch der Verbesserung und Vermehrung der Fabriken hauptsächlich zu befleißigen und beständig darauf zu denken, wie alle Sachen, wofür Geld aus dem Lande gehet, im Lande selbst angefertigt werden." Daß dies nicht ganz thunlich wäre, wußte Friedrich sehr wohl. „Beispielsweise die rohe Seide", schrieb er, „haben wir nur in geringer Menge, die fremden Weine können wir auch nicht entbehren, weil die hiesigen nichts taugen, desgleichen Gewürze und einige Farbewaren, die wir nötig haben." Dagegen sollte der Minister darauf achten, daß kein Geld für andere Sachen aus dem Lande ginge, z. B. für grobe baumwollene Waren und solche von grober Schafwolle. Er hatte vor, noch im laufenden Jahr eine Fabrik erster Art in Gartz und eine von der andern Art in Hinterpommern, wo viel grobe Wolle gewonnen würde, anlegen zu lassen.

1) Stadelmann II, N. 609.

Der König dachte ferner an die Lage der kleinen Landstädte, wo die Menschen wenig verbrauchen; die Bauern der Umgegend könnten dann ihr Getreide nicht absetzen oder müßten es weitweg verfahren. Da sollten nun schickliche Fabriken angelegt werden, damit die Menge der Verzehrenden größer, die Bauern aber nicht müde, sondern vielmehr aufgemuntert würden, immer größeren Fleiß auf die Bestellung ihres Ackers zu verwenden. Friedrich trug also z. B. dem pommerschen Kammerpräsidenten im Juni 1781 auf, in den Acciseregistern nachzusehen, welche Manufakturen deshalb in solchen Orten angelegt werden könnten; denn dadurch würde der Verbrauch sich vergrößern und den Landleuten mehr Gelegenheit verschafft werden, ihr Getreide zu verkaufen. Ähnliche Befehle empfing im folgenden Jahre der Kammerpräsident v. Winckel in Magdeburg und 1784 der Minister v. Werder. Letzteren machte Friedrich auch auf die Anfertigung von hölzernen Schachteln aufmerksam. Die Weißtanne, schrieb er, finde sich in der Gegend von Krossen und dann weiterhin in Schlesien hinein in Menge vor; dort könnten die Schachteln gemacht und hierauf zu Wasser nach der Kurmark geschickt werden, welche dann keiner fremden Ware mehr bedürfen würde [1]).

Den Pommern und Schlesiern empfahl Friedrich bei einer anderen Gelegenheit, mehr Fleiß auf die Bienenzucht zu verwenden, Wachsbleichen anzulegen und die Kerzen im Lande zu bereiten.

Als er aus den Acciselisten ersah, daß viel Geld aus Ostpreußen für englisches Bier wegginge, trug er dem Kammerpräsidenten dieser Provinz auf, einen ordentlichen Plan zur Anlegung von solchen Brauereien zu machen und allenfalls jemanden über den Kanal zu schicken, damit er lerne, wie man bei der Bereitung des Bieres dort verfahre; man könne dann das eigene Erzeugnis nicht nur in Ostpreußen, sondern auch nach Polen, Kurland und Liefland absetzen. In Westpreußen sollte dasselbe geschehen, z. B. in Kulm, und zwar wünschte

1) Stadelmann II, N. 498. 536. 570. 566.

der König, daß das Bier nicht allein nach englischer Weise gebraut, sondern auch in den gleichen Flaschen versendet würde, damit es als wirkliches englisches Bier gälte und nicht den Namen Kulmer Bier empfinge. In Magdeburg aber sollten Brauereien nach englischer und anderer Art angelegt werden, damit die Leute das Getränk, an welches sie sich gewöhnt hätten, im Lande selbst erhalten könnten. Als ein pommerscher Apotheker, Namens Meyer, seine Absicht kund gab, aus Kornbranntwein Franzbranntwein zu machen, billigte das der König, aber er wünscht, es solle so viel davon erzeugt werden, daß man den ganzen fremden Franzbranntwein verbieten könne. Weil nun Meyer allein von Stettin aus nicht imstande wäre das ganze Land damit zu versorgen, wünschte der König in allen Hauptstädten dergleichen Anlagen errichtet zu sehen, und er erklärte sich bereit, dem Apotheker die verlangten 10000 Thaler zuhilfe zu geben [1]).

Friedrich wollte sogar durch einen Kupferstecher Bilder von den bei den Katholiken beliebten Heiligen anfertigen lassen, welche dann, wie er glaubte, nach Polen hin und sonst auf den Messen in großer Menge würden verkauft werden. „Diese Bilder müssen aber", schrieb er an den Geheimen Finanzrat Tarrach, „nur grob und schlecht gemacht werden, daß sie desto wohlfeiler sind" [2]).

Besonders aufmerksam verfolgte Friedrich die Verfertigung des Tuches; denn die Wollmanufakturen waren ihm die vornehmsten, und er erklärte deshalb auch dem Minister v. Derschau die Vermehrung des Schafstandes als eine höchstnötige Sache, damit eine größere Menge Wolle gewonnen werde und der Preis derselben sinke, die Verkäufer dagegen durch den verstärkten Absatz ihren Gewinn erhöhen [3]). Friedrich wollte daher auch immer die Wollmanufakturen vermehrt haben. „Ich halte dafür", schrieb er am 4. Mai 1779 in Breslau an

1) Stadelmann II, N. 417. 421. 522. 523. 556. 531. 498.
2) Rödenbeck II, 125 (Juli 1779).
3) Stadelmann II, 431. N. 4 (22. Dezember 1775).

Hoym, „daß die Fabrik in Grünberg noch sehr zu verstärken ist und füglich 40—50 Stühle dort noch angelegt werden können. Wenn man soweit kommt, muß man da bauen, wo garstiger Sand ist, wie gegen den Breslauer Weg hin, wo der Boden nicht viel wert ist und zu weiter nichts tauget. Auch sind noch Flecke vom Wall an der Stadt, worauf ebenfalls Häuser gebaut werden können, da der Wall weiter nicht gebraucht wird."

Einen Monat später trug der König dem Geheimen Finanzrat Tarrach auf, die Wollfabriken in Pommern zu vermehren und Wollmagazine anzulegen. Die Neumark zählte gegen 31 000 Arbeiter in diesem Erwerbszweige, Pommern dagegen nur 800. Friedrich fand darin kein Verhältnis, es müßten hier vielmehr wenigstens ebenso viel wie dort vorhanden sein und Leute aus dem Sächsischen dazu angeworben werden. Die Pommern sollten dann ihre Waren nach Polen versenden, doch so, daß sie dem Tuchhandel von Konitz keinen Abbruch thäten, sondern andere Arten von Tuchen und Zeugen verfertigten. Zugleich müßte man den Polen, die ihre Wolle größtenteils nach Danzig verkauften, dieselbe schon bei Fordon abzunehmen suchen und sie dann verarbeiten. Dem neuernannten Direktor der westpreußischen Kammer, v. Korckwitz, befahl Friedrich im Juni 1780, bei den Zollämtern in Elbing und Neufahrwasser sich zu erkundigen, was für Arten von Tuch aus der Fremde dort nach Polen gingen, und zu sehen, ob nicht in seinem Bezirk eben solche Tuche, wenn etwas spanische Wolle dazugenommen würde, verfertiget und nach Polen abgesetzt werden könnten. Zwei Jahre später verlangte der König, daß die Kammer in Marienwerder sich die Vermehrung des Schafstandes sehr angelegen sein lasse, damit man in dieser Provinz es nicht nötig habe, polnische Wolle zu verarbeiten. Er richtete ferner sein Augenmerk auf die Orte, wo man die Bereitung feiner Tuche besonders gut verstand, Amsterdam, Verviers, Lüttich, England; er ließ Proben von dorther kommen und einen darin erfahrenen Menschen. Er wollte dann in Westpreußen Manufakturen anlegen, wo ebenso feine französische, holländische und englische Tuche

gemacht würden; dieselben sollten alsdann nach Polen und Rußland abgesetzt werden. Dieser Gedanke hat ihn noch manchmal beschäftigt, und 19 Tage vor seinem Tode befahl er einen Mann, Namens Nordberg, ins Land zu ziehen, welcher die bei den englischen Manufakturen so vielen Nutzen schaffenden Maschinen vollkommen kenne und anzufertigen verstehe; das Geld für die dazu erforderlichen Gerätschaften wollte der König dann geben [1]). Wie im Landbau, wünscht er auch in den Gewerben der Lehrer seines Volkes zu sein.

Aber konnte man die spanische Wolle nicht entbehrlich machen? Jährlich brauchte man damals etwa 74 000 Pfund, die ungefähr 56 000 Thaler kosteten [2]). Nun hatte der König bereits früher Merinoschafe kommen lassen, der Versuch war aber mißlungen. Im Jahre 1783 schlug der Minister Heinitz vor, man solle noch einmal sehen, ob es möglich sein werde, die Wolle durch spanische Böcke zu veredeln. Der König erklärte sich auch bereit, das Geld herzugeben. Es fragte sich nur, ob das Kabinett von Madrid die Ausfuhr gestatten würde. Jedoch am 4. Mai 1784 meldeten Finckenstein und Hertzberg: der König von Spanien habe die Erlaubnis zum Ankauf von 300 Schafen der besten Art gegeben. Friedrich wollte nun noch wissen, ob man Aussicht hätte, die spanische Wolle dann entbehren zu können, und weil Sachsen nach dem Siebenjährigen Kriege gesucht hatte, die eigene Schafzucht auf diese Weise zu verbessern, ließ er dort Erkundigungen einziehen. Erst als dieselben günstig lauteten, wies er im Anfange des Jahres 1786 das Geld zum Ankauf von 200 Mutterschafen und 100 Böcken an, und er wollte noch im folgenden Jahr aus Marokko Tiere für Schlesien kommen lassen. Die Kosten für jene betrugen alles in allem 11 886 Thaler 8 Groschen. Von Hamburg aus ging die Reise zu Lande bis Berlin; wenn die Schafe

1) Stadelmann II, N. 417. 421. 472. (N. 16) 528. 529. 566. 570. 641.

2) Heinitz in dem bei Rödenbeck II, 47 erwähnten Mémoire sur ma gestion. Ein Exemplar befindet sich im Hausarchiv. Stadelmann II, N. 609. fin.

hier angekommen wären, wünschte der König, daß einige nach Potsdam gebracht würden, damit er sie sehen könnte. Er wolle sich von ihnen besuchen lassen, sagte er; jedoch er befand sich nicht mehr unter den Lebenden, als dies hätte geschehen müssen. Im Amte Stansdorf wurde dann die spanische Schäferei eingerichtet [1]).

Die Baumwollenfabriken hat Friedrich erst in Preußen eingeführt; aber er stellte sie doch weit hinter die Wollenfabriken, weil das Rohprodukt aus der Fremde geholt werden mußte, wofür dann viel Geld außer Landes ging. Als der König gegen Ende seines Lebens in dem Fabrikenplan für Pommern mehrere solche Gründungen fand, darunter eine, die ostindische Tücher verfertigen sollte, sprach er die Befürchtung aus, daß die Baumwollenfabriken immer mehr überhand nehmen, die Erzeugnisse des eigenen Landes dagegen gänzlich verdrängt werden würden. „Und wozu", fragte er, „sind auch ostindische Tücher nötig? Die Leute haben sich so lange mit leinenen Schnupftüchern beholfen, und das gereicht doch zum Besten unserer Leinenfabrikation. Warum wollen wir denn dieser zum Schaden arbeiten? Die Vermehrung der Fabriken ist zwar eine notwendige Sache; man muß aber dabei auch auf die Landesprodukte, welches Flachs und Wolle sind, Rücksicht nehmen und diese mehr verarbeiten lassen; dagegen von Baumwolle dürfen nicht mehr Fabriken sein, als zum Bedarf des Landes nötig sind, es müßten denn die Baumwollenwaren auswärts großen Absatz finden." Diesen letzteren Gesichtspunkt hatte der König schon früher geltend gemacht. Wenn er z. B. den Minister v. Hoym auffordert, in Oberschlesien Kolonieen zu gründen, so meint er: „Dort haben sie schlechte Wolle, deshalb werden sie unmöglich gute Tuche machen." Da sollten sie baumwollene Waren verfertigen; diese könnten sie dann in Polen verkaufen, und sie würden dabei den Niederschlesiern keinen Abbruch thun [1]). „Die Manufakturen", fuhr der König

1) Stadelmann II, N. 624. 625. Lamotte, Abhandlungen II, 354 ff. Hertzberg, p. 278.

fort, „müssen in den Städten sein, und die Spinner und Weber auf dem Lande wohnen; so ist beiden geholfen." Auch dem neuernannten Direktor der Bromberger Kammer riet Friedrich, in den Grenzstädten von Westpreußen solche Fabriken einzurichten, ausgenommen wenn die Polen ihre baumwollenen Waren aus Schlesien bezögen [1]).

Für ebenso wichtig, wie die Tuchfabriken muß man das Leinengewerbe betrachten, welchem deshalb auch Friedrich sehr viel Aufmerksamkeit schenkte. Im Mai 1765 wurde der allgemeine Gebrauch des Wirtels in Schlesien angeordnet, welcher der Spille mehr Gewicht gab und es dadurch möglich machte, einen gleichmäßigen und nicht faserigen Faden herzustellen. Wirtel von Krautstrünken oder Rüben sollten nicht geduldet werden. Zwei Monate später erschien ein großes Reglement, welches den Landwirten gebot, so viel Flachs wie früher und wo möglich noch mehr anzubauen und dazu neuen guten Samen zu kaufen und zu säen. Ferner sollen überall Spinnschulen angelegt werden und alle Kinder, die in der Wirtschaft entbehrlich sind, in der schulfreien Zeit, besonders aber im Winter abends von 6—9 Uhr, dort spinnen und so lange hingehen, bis sie diese Kunst ordentlich erlernt haben. Auch Knechte und Mägde sollen daselbst Unterricht nehmen, aber jene nur im Winter, wenn sie abgefüttert haben. Ein Knecht unter 30 Jahren darf nur heiraten, wenn er spinnen kann; von den Mägden und Mädchen des Dorfes setzt man letzteres voraus. Das Spinnen mit dem Rade ist zwar besser als das Spinnen mit der Spille, denn es giebt einen festen wohlgedrehten runden Faden, doch läßt es sich noch nicht allgemein einführen; dagegen sollen die Spinnmeister und Spinnmeisterinnen es verstehen und soviel als möglich dafür wirken. Alle Schulen müssen deshalb mit einem Spinnrade versehen sein; auch soll jede Bauerstochter vor ihrer Verheiratung ein solches besitzen oder zur künftigen Anschaffung 12 Groschen erlegen. Endlich müssen die Landräte darauf dringen, daß die Bauern guten

1) Stadelmann II, N. 528. 595. 476, u. S. 512. N. 12.

Samen kaufen, bei der Gründung von Spinnschulen mitwirken, dieselben überwachen, in den Kreisen, wo schlechtes Garn gesponnen wird, gutes auf Gemeindekosten aus andern Kreisen kommen lassen und es den Grundherrschaften als Muster für die Spinnschulen zuteilen. Auch soll jeder Landrat die Garnhändler manchmal zusammenrufen, sie prüfen, ob sie vom Garn etwas verstehen, und ihnen streng verbieten, schlechtes zu kaufen [1]).

Für guten Flachs ließ übrigens Friedrich nicht bloß die Landräte sorgen. Er schickte z. B. im Juni 1770 kurmärkischen Landflachs, der mit geringen Kosten präpariert war, an den Minister v. Hoym. Dieser sollte die Leinwandhändler und Fabrikanten im Gebirge fragen, ob solcher Flachs für ihre Webereien brauchbar wäre, denselben dann in den Klöstern so fein als möglich spinnen und einen Teil davon verarbeiten lassen, das übrige rohe Garn aber zurückschicken, welches hierauf vermischt mit Seide verwebt werden sollte. Ein anderes Mal empfahl Friedrich den Anbau von gutem mährischen Flachse, der wegen seiner feinen, seidenartigen Eigenschaft gesucht würde und zu gewissen Schleiern und Battisten nötig wäre, wenn dieselben den französischen Battisten gleichkommen sollten [2]).

Friedrich war ferner schon vor dem Siebenjährigen Kriege darauf bedacht gewesen, die Kosten des Bleichens durch den Gebrauch des Torfes und der Steinkohlen anstatt des Holzes zu verringern. In der Verordnung vom 14. Oktober 1763 ward es als eine unumstößliche Wahrheit bezeichnet, daß in Elberfeld nur Steinkohlen und in Harlem, wo die schönsten Leinwandbleichen sich befänden, nur Torf gebraucht würde; daher könnte man nicht begreifen, warum die Schlesier sich sträubten, solchem Beispiele zu folgen. Die Land- und Steuerräte mußten nun darauf halten, daß man mehr mit Steinkohlen feuere, und zwar nicht bloß bei den Bleichen, sondern auch sonst noch, z. B. beim Brauen, Kalkbrennen und Stuben-

1) Korn VIII, S. 573. 624.
2) Stadelmann II, N. 212. 245.

heizen, zumal da die Gruben die Steinkohlen billig und in Menge liefern könnten. Friedrich hat für die Verbesserung der Landstraßen merkwürdigerweise nichts gethan und die schlesischen für nicht so schlecht erklärt, als Hoym über sie klagte und Geldmittel in Anspruch nahm; hier aber denkt er daran, daß die Kohlenwege fahrbarer gemacht werden müßten. Doch scheint die Mehrzahl an der alten Feuerung festgehalten zu haben [1]).

Auch anderwärts unterstützte der König die Leinenindustrie. So gab er den Unterthanen des Fürstentums Minden 35000 Thaler, damit sie sich aus erster Hand litauischen Samen verschaffen könnten. In Halberstadt, wo dieser Erwerbszweig 1766 nach dem Bericht des Generaldirektoriums nur spärlich vorhanden war, verhielt es sich 1775 schon so, daß Friedrich glaubte, man könnte nach zwei Jahren die Ausfuhr des rohen Garnes verbieten, wie in Schlesien. Sein Augenmerk ging überhaupt dahin, daß dort alles auf denselben Fuß wie hier gebracht und die Landleute besser zum Spinnen und Weben gewöhnt würden und ihre Leinwand dann selbst verkauften [2]).

Die meiste Beschwerlichkeit machte die Damastweberei. Wir haben bei den Seidenwaren die sogenannten Entrepreneure kennen gelernt; deutsch heißen sie zu jener Zeit Verleger. Schlabrendorff griff im Jahre 1764 auch für die Damastweberei zu diesem Mittel, um ihr aufzuhelfen, als ein Schmiedeberger Kaufmann, Namens Petschke, sich erbot, den Verschleiß zu übernehmen. Derselbe bekam 6000 Thaler als zinsfreien Vorschuß auf sechs Jahre; jedoch es dauerte nicht lange, so bat er um mehr, da es ihm an Absatz fehle. Nun verlangte Schlabrendorff von den Leinwandhändlern, daß sie dem Verleger für eine bestimmte Summe Waren abnehmen sollten. Einem Kaufmann, welcher sich trotz erneuten Befehls fernerhin weigerte das zu thun, ließ der Minister Soldaten in das Haus legen und zwang ihn dadurch zur Nachgiebigkeit; er mußte für 240 Thaler Damast kaufen, und zwar nicht von

1) Korn VII, 214. Stadelmann II, N. 347. 336. 424. 437.
2) Stadelmann II, N. 254. 283.

den Webern, sondern bei Petschke. Die Kaufleute fügten sich aber nur vorübergehend, und da einzelne von ihnen erklärten, sie würden lieber ihr Geschäft aufgeben als einen solchen Zwang ertragen, mußte man die Damastweber ihrem Schicksal überlassen. Auch Hoym vermochte keinen Rat zu schaffen.

In den letzten Regierungsjahren Friedrichs ward ein neuer Verleger gesucht; aber der Schmiedeberger Kaufmann, welcher sich bereitwillig zeigte, die Stelle zu übernehmen, erhob den Anspruch, daß in Berlin alle Familien von Stande gehalten sein sollten, bei ihm ein Gedeck von Damast zu kaufen, so oft sie eine Tochter verheirateten. Jedoch das Generaldirektorium verwarf den empörenden Vorschlag [1]).

Den Seidenbau begünstigte der König ebenso wie sein Vater; aber er verfuhr dabei mit außerordentlichem Nachdruck, und seinem fortwährenden Drängen gelang es, eine sehr starke Vermehrung der Maulbeerbäume herbeizuführen. Er suchte ferner in gleicher Weise die Zahl derjenigen zu vergrößern, welche sich mit dem Auslegen der Würmer und deren Fütterung beschäftigten. Er schenkte dieser Angelegenheit sehr viel Aufmerksamkeit und zählte dem Minister v. Heinitz einmal die Fehler auf, welche noch gemacht würden. Er erbot sich, die Spinn- oder Haspelmaschinen zu vermehren und dort, wo große Maulbeerpflanzungen wären, Häuser für das Ausbrüten der Würmer bauen zu lassen. „Die Hauptsache ist aber", fuhr er fort, „daß den Weibern und Mädchen ordentlich gewiesen wird, wie sie damit umgehen sollen".

Friedrich der Große machte gern Geschenke mit guten Erzeugnissen des einheimischen Gewerbfleißes, wie mit Porzellansachen, so auch mit Seidenstoffen. Am 30. Juli 1769 dankte ihm seine Schwester Charlotte, Herzogin von Braunschweig, für das schöne Atlaszeug, das er ihr gegeben. „Der Stoff ist so gut", schrieb sie, „daß man ihn von englischem oder französischem nicht unterscheiden wird. Ich habe das Vergnügen gehabt, diejenigen zu täuschen, denen ich ihn gezeigt; sie haben

1) Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien, S. 129.

ihn für einen ausländischen Stoff gehalten ..... Das wird mein Festkleid im nächsten Winter sein. Ich werde mir geschmückter als eine Heilige von Loretto vorkommen, da ich von meinem Heiligen gekleidet worden bin, dem einzigen, welchen ich verehre" [1]).

Gegen das Ende seines Lebens konnte der König nicht ohne Stolz auf diese Seite seiner Thätigkeit zurückblicken. Im Jahre 1785 betrug der Absatz an Leinwand 9, an Tuch und anderen Wollenwaren 8 Millionen; die Seidenstoffe brachten 3 Millionen, die baumwollenen Zeuge 1 200000 Thaler, die aus Leder und die aus Metall gefertigten Sachen je 2 Millionen, ebenso viel die Zuckersiedereien, der Tabak endlich 1 Million, während die übrigen Industriezweige weit hinter diesen zurückblieben [2]).

Um die Unterthanen anzuspornen, verwendete Friedrich viel Geld auf Belohnungen für alle, welche sich in der Landwirtschaft oder in den Gewerben vor anderen auszeichnen würden. Die meisten Preise waren klein, 10, 20, 30 Thaler; aber es gab auch solche zu 50, 100, 200, ja 400 Thaler. Der Unternehmer einer Stahlhütte z. B., welcher guten Stahl aus fremdem Eisen verfertigt, empfängt 100, wenn aus inländischem, 400 Thaler [3]).

Im Jahre 1785 faßte die Breslauer Kaufmannschaft die Absicht, eine Eisen- und Stahlfabrik an der Malapane anzulegen. Als Hoym dies dem Könige meldete, äußerte dieser sein Wohlgefallen darüber; aber er wollte kein Monopol geben, weil das immer einen üblen Erfolg hätte. „Der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit an die Sache", schrieb Friedrich am 1. Januar 1786 an Hoym zurück, „weil er niemanden neben sich hat, der ihm nacheifert. Daraus kommt dann, daß er in seiner Arbeit nachlässig ist und schlechte Waren macht. Hat er aber einen neben sich, so nötigt ihn das,

1) Oeuvres XXVII, I, 319. Stadelmann II, N. 286. 375. 525.
2) Hertzberg, p. 254.
3) Rödenbeck II, 45 ff. 73 ff.

mehr Fleiß anzuwenden, bessere Arbeit zu machen und jenen nicht vorkommen zu lassen." Friedrich erklärte deshalb, daß er kein Monopol mehr geben könne [1]).

Die levantische Handelsgesellschaft hörte, wie bereits erwähnt worden ist, 1769 auf; in demselben Jahre wurde die Emdener Heringscompagnie gegründet, die ihre Schiffe dahin senden sollte, wo die Holländer und andere Nationen den Heringsfang betrieben. Wenn die Gesellschaft die westfälischen Provinzen ausreichend zu versorgen vermöchte, sollten die fremden Heringe so hoch besteuert werden, daß die Ausländer mit der Gesellschaft nicht Markt halten könnten; wenn aber letztere die übrigen königlichen Provinzen ebenfalls imstande wäre zu versehen, wollte Friedrich den fremden Fisch gänzlich verbieten. Es wurde der Gesellschaft gestattet, allerdings nur für diesen Zweck, das grobe spanische Salz einzuführen, weil das inländische zum Einsalzen der Heringe als zu schwach nicht genügte [2]).

Als Friedrich Westpreußen sich angeeignet hatte, gründete er die Seehandlung am 14. Oktober 1772; deren Schiffe sollten allein das Recht haben, aus Spanien, Portugal, Frankreich und England unter preußischer Flagge Seesalz zu holen und dafür andere Güter dorthin zu verfahren. Er beförderte so die direkte Schiffahrt, und um der Gesellschaft die nötigen Kapitalien zuzuführen, nahm er selbst 2100 Aktien im Betrage von 1050000 Thaler, während er den Privatleuten noch 300 Aktien zu 500 Thaler überließ. Er gab außerdem der Seehandlung das Stapelrecht inbezug auf das Wachs, welches 10 Meilen weit von beiden Ufern der Weichsel — aus Polen — nach Preußen eingeführt würde; Fordon und Bromberg sollten die Stapelplätze dafür sein. Diese beiden Artikel, Seesalz und Wachs, behielt der König der Gesellschaft vor, weil er durch einen sicheren Gewinnst ihre Schiffahrt begünstigen

1) Stadelmann II, N. 607.

2) Mylius IV, N. 57. Auch an den Wallfischfang hat Friedrich gedacht und im Juli 1786 dem Minister v. d. Schulenburg befohlen, denselben in Gang zu bringen, indem er die Einwendungen, die man ihm gemacht hatte, zurückwies. Stadelmann II, N. 636.

und sie dadurch in den Stand setzen wollte, ohne Besorgnis ihre Kapitalien in neuen Unternehmungen zu gebrauchen. Friedrich befreite die Seehandlung außerdem von der Abgabe von 50 %, die im Oktober 1770 auf das aus Polen zu Wasser kommende Holz gelegt worden war, damit die Gesellschaft sich leicht mit den zu ihrem Schiffsbau notwendigen Materialien versehen könnte. Die Seehandlung durfte ihr Salz nur an die ebenfalls neu gegründete Preußische Salzhandlungsgesellschaft verkaufen, welche den alleinigen Vertrieb in Preußen und dann auch in Polen gewann, indem sie für letzteres dem Könige Stanislaus August jährlich 70000 Thaler bezahlte. Die Österreicher sahen sich genötigt, an diese Gesellschaft ihr Salz aus Wieliczka zu verkaufen [1]).

Wenn zunächst hauptsächlich an den Handel mit Spanien gedacht war, so empfing die Seehandlung doch schon jetzt völlige und gänzliche Freiheit, ihre Schiffahrt überallhin auszubreiten, wo es mit Nutzen sich machen ließe. Letzteres ist auch geschehen. Am 9. Januar 1777 schrieb Friedrich an den Minister v. Görne: „Was die Geschäfte der Seehandluugs-Compagnie betrifft, so müsset Ihr Euch ja nicht zu weitläufig damit ausdehnen, sondern alles, was Ihr darin unternehmet, zuvor gründlich prüfen und beurteilen. Der Handel mit Polen und nach Holland, Frankreich und Spanien ist hinlänglich, wenn solcher gehörig betrieben wird. Den Polen müßt Ihr Holz, Potasche und dergleichen Sachen abkaufen, dagegen recht viel Salz, französische Weine, Materialwaren und, was die Polen sonst gebrauchen, zuführen. Nach Frankreich und Spanien müßt Ihr schlesische Leinwand und von den leichten wollenen Waren hinschicken und so überhaupt darauf bedacht sein, die Geschäfte der Seehandlungs-Compagnie auf das beste und vorteilhafteste zu leiten, durchaus aber keine weitläufigen Sachen, die der Compagnie im mindesten nachteilig oder gefährlich werden können, unternehmen, vielmehr immer darauf denken, wie der Handel

1) Mylius Vb, n. 55—58. Oeuvres VI, p. 20.

der Compagnie zwar auf eine solide Art zu erweitern, dabei aber auch immer völlig sicher zu stellen“ [1]).

Von Österreich ist hier keine Rede; denn es gelang dem Könige nicht, über einen freundschaftlichen Handelsverkehr mit dem Wiener Hofe sich zu verständigen [2]).

Sechstes Kapitel.

Verbesserung des niederen und höheren Schulwesens.

In den Denkwürdigkeiten, welche der große König über die Zeiten nach dem Hubertsburger Frieden hinterlassen hat, erwähnt er mit einer gewissen Befriedigung die Anstrengungen, die er gemacht, um die Landeswohlfahrt zu fördern. Er behauptet alsdann, die Regierung dürfe nicht einseitig verfahren und sich allein von dem Vorteile leiten lassen, sondern das öffentliche Wohl biete ihr Beschäftigung nach vielen Richtungen hin. „Die Erziehung der Jugend“, fährt der König fort, „muß als eine Hauptsache gelten. Auf alles übt sie einen Einfluß aus; sie schafft nicht, aber sie kann Fehler verbessern“ [3]). Der Thätigkeit, das niedere Schulwesen zu heben, ist bereits im vorigen Bande gedacht worden; aber es muß nun noch einmal und zwar genauer darauf eingegangen werden.

In der traurigsten Zeit des Siebenjährigen Krieges, als Friedrich nach der schrecklichen Niederlage bei Kunersdorf in der Mittelmark stand, hatte er wahrgenommen, wie schlecht auf dem Lande die Jugend unterrichtet würde, und daher den

1) Stadelmann II, N. 466 fin.

2) Ausführlich stellt Fechner a. a. O. diese Beziehungen zwischen Preußen und Österreich aus den Akten dar.

3) Oeuvres VI, p 87.

menschenfreundlichen Entschluß gefaßt, auf eine Verbesserung der Dorfschulen mit allem Ernste nach hergestelltem Frieden bedacht zu sein.

Der gute Vorsatz geriet mit den Jahren keineswegs in Vergessenheit. Am 12. April 1763 befahl der König dem Minister v. Danckelmann ein Reglement für die evangelischen Landschulen auszuarbeiten. Friedrich legte den Nachdruck darauf, daß die Superintendenten und Inspektoren jedes Kreises jährlich die gesamten Dorfschulen ihres Bezirkes selbst bereisen, den Zustand derselben untersuchen und alsdann berichten sollten, ob die Lehrer auch die Jugend gehörig unterwiesen. Der König verlangte ferner, daß in den Marken und auch sonst in erledigte Stellen nur solche Männer treten sollten, die vom Oberkonsistorialrat Hecker in Berlin geprüft und für tüchtig erklärt worden wären.

Dieser berühmte Pädagoge hatte mit der von ihm gegründeten Realschule längst ein Seminar verbunden, welches jährlich eine Geldunterstützung von Friedrich empfing, damit auch Lehrer für die königlichen Stellen dort ausgebildet würden. Hecker war mit dem Schulwesen sehr vertraut. Ihm übertrug daher das Oberkonsistorium die Abfassung des General-Land-Schulreglements; am 12. August ward es dem König überreicht und am 23. September von ihm unterzeichnet. Es ist so ausführlich und umfassend, wie kein anderes vor ihm, und es verdient daher eine nähere Betrachtung.

Zuerst wird der Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht ausgesprochen. Alle Kinder sollen, wo nicht eher, so doch vom 5. Jahr ihres Alters und bis ins 13. oder 14. die Schule besuchen, bis sie nicht nur das Nötigste vom Christentume gefaßt haben und fertig zu lesen und schreiben vermögen, sondern auch von demjenigen Red' und Antwort geben können, was ihnen nach den nicht mehr von den Predigern gewählten, sondern von den Konsistorien verordneten Lehrbüchern beigebracht werden soll.

Von Michaelis bis Ostern wird vor- und nachmittags Schule gehalten, und zwar früh drei Stunden und mit Ausnahme des Mittwochs und Sonnabends ebenso viel nach Tisch.

In der übrigen Zeit des Jahres dauert der Unterricht nur drei Stunden täglich, aber er wird durch keine Ferien unterbrochen. Am Sonntag soll außer der Katechisationsstunde des Predigers noch eine Wiederholungsstunde vom Lehrer in der Schule mit den unverheirateten Personen des Dorfes zur Übung im Lesen und Schreiben gehalten werden. Das Schulgeld beträgt im Winter wöchentlich 6 Pfennige für Kinder, welche noch nicht lesen können, 9 Pfennige für solche, die es so weit gebracht haben; wer auch schreibt und rechnet, zahlt 1 Groschen. Im Sommer dagegen werden nur zwei Drittel davon entrichtet, nämlich 4, 6 und 8 Pfennige. Für Arme muß das Schulgeld und der Ankauf der nötigen Bücher aus dem Klingebeutel, einer Armen- oder Dorfkasse oder durch Kollekten bestritten werden.

Das General-Landschul-Reglement geht nun auf die Lehrer über, und mit vollem Rechte steht hier an der Spitze der Gedanke, daß es bei einer guten Schulverfassung vornehmlich auf einen rechtschaffenen Schulmeister ankomme. Deshalb sollen nur tüchtige Leute künftig ein solches Amt empfangen. Die adeligen und städtischen Patrone behalten zwar das Recht, Küster und Schulmeister anzustellen, aber die Konsistorien haben darauf zu sehen, daß weder ungeschickte noch ruchlose Menschen eingesetzt oder geduldet werden; und den Predigern wird aufgetragen, nur solche Personen zur Kirchen- und Schularbeit zuzulassen, welche vom Schulinspektor geprüft und ein Zeugnis ihrer Tüchtigkeit empfangen haben. Wie weit überragten diese Bestimmungen diejenigen, welche Friedrich Wilhelm I. gegeben! In dem Reglement für die ostpreußischen Schulen aus dem Jahre 1736 lesen wir: „Ist der Lehrer ein Handwerker, so kann er sich schon ernähren; ist er es nicht, so wird ihm erlaubt, in der Erntezeit sechs Wochen lang auf Tagelohn zu gehen.“ Kann man unwürdiger von dem Bildner der Jugend denken? Und im Jahre 1737 war für die pommerschen Schulen verordnet worden, es sollten solche Leute angenommen werden, welche neben ihrer Amtsverrichtung arbeiten und sich etwas verdienen könnten, damit sie den Gemeinden nicht ganz und

gar zur Last fielen. Von solchen häßlichen Bestimmungen war im General-Landschul-Reglement keine Rede.

Weil an guter Einrichtung der Lektionen gar viel gelegen, schreibt das General-Landschul-Reglement einen ausführlichen Plan vor. Danach werden im Winter 30 Stunden erteilt; jedoch weil alle Kinder die ganze Zeit über anwesend sein müssen, sind besonders die kleinen, aber auch die mittleren manchmal unbeschäftigt. Das Rechnen wird zu wenig betrieben und dagegen der Religion ein zu weiter Raum gewährt, nämlich wöchentlich 13 Stunden.

Das Reglement überließ die Lehrer nicht sich selber, sondern es schuf eine doppelte Aufsicht. Die Ortsgeistlichen sollten die Schulen ihres Ortes zweimal in der Woche besuchen und monatlich eine Konferenz mit den Lehrern halten, um eingerissene Mängel und Mißbräuche abzustellen und das Schulwesen mehr und mehr zu verbessern. Sie wurden mit Suspension und Absetzung bedroht, wenn sie hierin ihre Schuldigkeit nicht thun würden; denn die Fürsorge für den Unterricht der Jugend und die gehörige Aufsicht über denselben sei eine der wichtigsten und vornehmsten Pflichten des Predigtamtes.

Endlich sollen die Superintendenten und Inspektoren jedes Kreises die gesamten Landschulen selbst alljährlich bereisen, den Zustand einer jeden mit möglichster Aufmerksamkeit untersuchen und ihre Berichte dann an das Oberkonsistorium zur weiteren Verfügung absenden. Eine nachträgliche Verordnung vom 1. März 1764 schrieb 18 Fragen vor, welche die Inspektoren nach vorgenommener Visitation zu beantworten hätten [1]).

Wohlthaten werden nicht immer dankbar angenommen. Im Herzogtum Magdeburg weigerten sich die Landbewohner, ihre Kinder im Sommer zur Schule zu schicken, und sie wollten auch den Lehrern, wenn sie höheres Schulgeld fordern würden, die übrigen Einnahmen aus der Gemeinde vorenthalten. Als

1) Siehe meinen Aufsatz „Über die Verbesserung des niederen Schulwesens in Schlesien" in der Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. u. Altert. Schlesiens, XVII, 317 ff.

etliche Dörfer sogar Prozesse deshalb anfingen, verbot Friedrich zwar den Gerichten, solche Klagen anzunehmen, aber er befahl zugleich, den Streit gütlich beizulegen, und änderte den betreffenden Paragraphen des Reglements für Magdeburg dahin ab, daß das Schulgeld nicht erhöht werden sollte, wo die Lehrer einen auskömmlichen Gehalt hätten.

In diesem Herzogtume dachte man daran, daß die Lehrer im richtigen Gebrauche des General-Landschul-Reglements unterwiesen werden müßten; denn bisher waren sie gewohnt, einzeln die Kinder einige Minuten lang vorzunehmen und sie dann sich selber zu überlassen, so daß sie träumend dasaßen oder plauderten und lärmten. Nun sollten die Lehrer ganze Klassen unterrichten lernen. Der bekannte Schulmann Joh. Friedr. Hähn, Generalsuperintendent des Herzogtums Sachsen und Abt zu Kloster Bergen, unterzog sich dieser Mühe, wie er im Dezember 1764 berichtet. Er ließ die Lehrer in Abteilungen wöchentlich am Dienstag und Freitag zu sich kommen und zeigte, wie das Reglement durchzuführen wäre. Vormittags von 8—12 Uhr verhandelte Hähn mit ihnen über die Theorie und Lehrart, und nachmittags gingen sie in die Armenschule, wo sie sahen, wie mehr als 100 Kinder zu gleicher Zeit und mit gutem Erfolg unterrichtet wurden. Die Lehrer erschienen auch mit Ausnahme der kranken und ganz alten. Die meisten von ihnen zeigten Lust und guten Willen, andere murrten, noch andere redeten spöttisch und leichtfertig zu Bürgern Magdeburgs über das Verfahren des Generalsuperintendenten. Es fehlte sogar an solchen nicht, die sich bei dieser Gelegenheit betranken. Übrigens kamen auch eifrige Prediger nach Kloster Bergen, um die neue Schulordnung besser kennen zu lernen, „dieses höchstwichtige und heilsame Werk", wie Hähn es bezeichnete, „welches billig als die erste Frucht des Friedens anzusehen sei" [1]).

1) Danneil, Gesch. des evangelischen Dorfschulwesens im Herzogtum Magdeburg. Aus archivalischen und anderen Quellen. Halle 1876, S. 129—131. Das Buch hätte weit mehr bringen können.

Im Fürstentum Halberstadt ging es ungefähr ebenso zu. Die Gemeinde Veltheim erklärte: sie werde das neue Schulgeld nicht zahlen; denn der Rektor könne mit den 3 Groschen, die er vierteljährlich für jeden Schüler bekomme, sehr zufrieden sein. Er habe eine Besoldung von 108 Thalern und 18 Groschen und stecke dieses Geld ein, aber ob die Kinder etwas lernen oder nicht, das sei ihm ganz gleichgültig; er vernachlässige die Schule, mische sich in Rechtshändel und laufe in die halberstädtischen und braunschweigischen Gerichte. Er besitze 1000 Thaler Kapital und stelle sich, als ob er aus den Kindern gelehrte Leute machen wolle, das sei aber alles eitel Blendwerk. Das Amt Crottorf meldete, daß die Schulbedienten ihre Arbeit vernachlässigten, des Sonntags die Kegelbahn besuchten und spielten, die Schule während des Jahrmarktes in Oschersleben aussetzten, fleißig auf die Jagd gingen und keiner Gehaltserhöhung wert wären. Die Gemeinde zu Danstädt erinnerte sich mit Schmerzen daran, wie sie früher eine Lehrerin, eine sogenannte Lehrbase, gehabt, welche sich von ihrer Händearbeit genährt, anderthalb Wispel Brotkorn und 15 Thaler bar Geld erhalten habe und sehr zufrieden gewesen sei. Schwanebeck meldete, daß seit dem Erscheinen des General-Landschul-Reglements in allen Häusern Weinen und Wehklagen angetroffen werde. Ferner sträubten sich die Gemeinden, die neuen Schulbücher, welche viel zu teuer wären, zu kaufen, obgleich 25 Stück ABC-Bücher nur 20 Groschen und 25 Stück von der „christlichen Lehre" und dem „zergliederten Katechismus" 1 Thaler 18 Groschen kosteten. Umgekehrt beschwerten sich die meisten Lehrer über die gar zu schlechten Besoldungen; einer, der nicht mehr als 27 Thaler jährlich empfing, fügte dieser Angabe noch hinzu: „Weil aber ohnmöglich war, davon zu Leben, so habe ich meine Schneyderprofession dabey dreiben müssen" [1]).

Was Hähn im Herzogtum Magdeburg für die Unterweisung

1) Kehr, Die Gesch. des Kgl. Schullehrer-Seminars zu Halberstadt. Gotha 1878. S. 33 (aus den Akten).

der Lehrer that, das leistete später der Rektor des Domgymnasiums in Halberstadt, Christian Gottfried Struensee, in seiner Provinz. Als er 1768 zum Konsistorialrat ernannt worden war, bekam er die Aufsicht über die dem Staate unmittelbar gehörigen Dorfschulen in dem Fürstentum Halberstadt und der Grafschaft Hohenstein. Er unternahm nun zahlreiche Schulreisen und hielt Konferenzen mit den Lehrern. Er erkannte, wie andere, woran es gebrach, wenn das Volksschulwesen keine größeren Fortschritte machte. Auf eine Anfrage des Königs berichtete deshalb am 3. Oktober 1773 der Generalsuperintendent Jakobi im Namen des Konsistoriums mit aller Offenheit, daß es an geschickten Lehrern fehle und daß dieser Mangel von den schlechten Einkünften der Schulbedienten herrühre; besonders aber sei es schlimm, daß die Patrone, welche die mehr als 100 Thaler einbringenden Stellen zu besetzen hätten, meist ihre gewesenen Bedienten oder auch aus unlautern Absichten niedere Handwerker zu Lehrern wählten. Erst nach zwei Jahren (11. Oktober 1775) wurde befohlen, daß niemand ein solches Amt erhalten dürfte, der nicht vorher vom Konsistorium, worin Jakobi und Struensee saßen, geprüft worden wäre. Was aber die Verbesserung der Stellen betrifft, so bewilligte das Domkapitel dafür wenigstens 1200 Thaler [1]).

Letzteres geschah auf den Antrag der neu errichteten Kirchen- und Schuldeputation, welche durch königliche Verfügung vom 12. Juni 1776 eingesetzt worden war und die Aufsicht auch über alle dem Domkapitel untergeordneten Schulen, so wie über das zu errichtende Schulmeister-Seminar empfing. Die Gründung einer solchen Lehrerbildungsanstalt hatte Struensee empfohlen, die Schuldeputation billigte den Plan, und das Domkapitel gewährte bereitwillig die notwendigen Mittel und bestimmte, daß immer zwölf Primaner der Domschule in einer besonderen Anstalt, mit welcher auch eine Übungsschule verbunden würde, zu Lehrern für das Volk herangebildet werden sollten. Am 10. Juli 1778 wurde das Seminar eröffnet.

1) Kehr, S. 40 - 42.

Die Zöglinge desselben wohnten in einem hierzu hergerichteten Hause zusammen mit dem Inspektor, von welchem sie theoretisch und praktisch unterrichtet wurden [1]).

In Schlesien widmete der Minister v. Schlaberndorff dem niederen Schulwesen eine anhaltende und erfolgreiche Thätigkeit. Als er im Mai 1764 Oberschlesien bereiste, da unterließ er nicht, sich nach den Schulen und ihrer Beschaffenheit zu erkundigen, und er geriet hierbei, wie er aus Pleß an die Breslauer Kammer schrieb, in ein wahres Erstaunen darüber, wie wenig in dieser wichtigen Sache bisher gethan worden wäre, und daß man fast gar keine Schulmeister angesetzt hätte. „Daher kommt es", fuhr der aufgeregte Minister fort, „daß die Jugend wie das Vieh aufwächst und weiter kein Christentum als ein Pater noster und ein Ave Maria kennt, die deutsche Sprache aber gar nicht erlernt." Deshalb verlangte Schlabrendorff, die Kammer solle sich dieser Sache von jetzt an ernstlich annehmen, damit zu Michaelis die erforderlichen Lehrer in Oberschlesien angestellt seien, und zwar solche, die Deutsch können. Was ihren Unterhalt anbetrifft, so trug er den Landräten auf, genau zu ermitteln, wer dem anzusetzenden Lehrer ein fertiges Haus zu seinem Unterkommen geben oder ein neues bauen solle, wie viel Gartenland und Wiesenwachs derselbe für sich und ein Paar Kühe zu erhalten habe, wie viel Schulgeld von den zur Schule gehenden Kindern auszumachen sei. Der Minister hoffte, daß ihn die Herrschaften in seinem Bestreben, die Kenntnis der deutschen Sprache zu verbreiten, gern unterstützen würden; er wünschte das um so mehr, als er vermutete, daß ihm die katholischen Geistlichen, denen sonst die Aufsicht über die Schulen zukäme, darin kein Genüge leisten würden, zumal da diesen bekanntlich mehr daran gelegen wäre, daß sie ihre Glaubensgenossen in einer krassen Unwissenheit erhielten, als daß sie darauf denken sollten ihren Verstand zu entwickeln. In seinem Eifer schrieb Schlabrendorff: „Keine Weibsperson soll eher heiraten, kein Kerl eher Wirt oder

1) Kehr, S. 48. 51—54.

Bauer werden dürfen, bevor sie nicht Deutsch können." Er will, es soll als eine Art von Schande gelten, wenn jemand dieser Sprache unkundig ist und die Schule nicht besucht.

Der Minister setzte seine Reise fort und machte überall die nämlichen Beobachtungen. Im Beuthener Kreise gab es nur sieben Lehrer. Auch in den Städten fand er die Schulen so schlecht als möglich. „Wollen wir Erfolg haben, so müssen die katholischen Geistlichen in Oberschlesien auch Deutsch können!" schrieb er aus Tost an die Breslauer Kammer und verlangte, daß künftig niemand als Pfarrer angestellt würde, der dieser Sprache nicht kundig wäre, und daß diejenigen, welche bereits im Amte ständen, sie binnen Jahr und Tag erlernen müßten. Die Verfügung, welche die Kammer nun bekannt machte, ließ der Minister auch in einem Teile von Niederschlesien verkündigen, weil es in den Kreisen Namslau, Kreuzburg, Falkenberg, Brieg, Wartenberg, Ohlau, Öls und sogar im Breslauischen noch viele ganz polnische Pfarrer gab. In dem Glogauer Bezirke dagegen standen die Sachen gut. Die Vermehrung der Lehrerstellen sei unnötig, meinte hier die Kammer, und nur an wenigen Orten bediene man sich noch einer slavischen Sprache.

Merkwürdig! Gerade von einem katholischen Geistlichen wurde der Minister in seinen Bestrebungen mit dem größten Eifer unterstützt. Johann Ignaz v. Felbiger, Abt, Prälat und Herr des fürstlichen Stiftes der Augustiner Chorherren zu Sagan, war auf den schlimmen Zustand seiner katholischen Stadtschule bereits im Jahre 1761 aufmerksam gemacht worden und hatte mit dem äußersten Mißvergnügen wahrgenommen, daß viele Kinder in die evangelische Schule gingen, wo die Lehrer geschickter waren. Er bemühte sich, das Übel zu heilen; aber die ersten Versuche schlugen fehl. Da versah er sich mit einer Menge von Schriften, welche die Verbesserung des Schulwesens behandelten. Die Methode der von Hecker in Berlin gegründeten Realschule gefiel ihm besonders; er reiste deshalb hin, und weil er seine Erwartungen noch übertroffen fand, ließ er dort 11 Monate lang zwei junge Männer ausbilden, die er dann in Sagan anstellte.

Fürs erste wurden die Unterrichtsgegenstände nicht vermehrt, aber die Lehrart geändert. In der vorläufigen Anzeige hieß es: „Man wird von dem Leichtesten anfangen, das Folgende wird sich beständig auf das Vorhergehende beziehen; die Lehrer werden von allen zu erlernenden Dingen den Kindern deutliche Begriffe beibringen; nicht nur werden sie wie bisher das Gedächtnis der Kinder, sondern auch deren übrige Seelenkräfte, vornehmlich den Verstand und die Urteilskraft, beschäftigen." Und noch eine zweite Veränderung war von der größten Bedeutung. Bisher war jedes Kind besonders unterrichtet worden; fortan sollten sie in zwei auch räumlich getrennte Klassen geteilt werden, und die Schüler jeder Klasse nicht einzeln lernen, sondern zusammen.

Auch das überaus schlechtbestellte Landschulwesen wollte der Abt in einen besseren Zustand bringen. Es mußten sich deshalb einige Dorfschulmeister in Sagan mit der neuen Lehrart bekannt machen, und als dann gab er am 10. November 1763, eine Verordnung, wie diese Schulen eingerichtet und verbessert werden sollten, ein Schriftstück, welches in der Geschichte der Pädagogik einer ehrenvollen Erwähnung würdig ist. Wenn Felbiger den Dorfschulmeister, wie er sein soll, darstellt, so können wir noch heut es nicht besser machen. Der Prälat zeigt eine ungeheuchelte Frömmigkeit ohne religiösen Hochmut und Pharisäerstolz, Treue gegen die Obrigkeit, Wohlwollen, Nächstenliebe, pädagogischen Verstand. Er ließ die Schüler in drei Klassen abteilen und gab den Lehrern auf, Sorge zu tragen, daß keiner derselben während des Unterrichtes jemals unbeschäftigt wäre. „Um diese Absicht zu erreichen", hieß es weiter in der Verordnung, „können wir nicht zugeben, daß, wie es bisher in den meisten Schulen geschehen, die Kinder bloß einzeln vorgenommen werden." Wie für Sagan, so ward auch für die Stiftsdörfer der Stundenplan genau vorgeschrieben, und er dürfte den Vorzug vor dem Heckers verdienen. Ein Rundschreiben an die Pfarrer begleitete die Verordnung. Es enthielt für dieselben, die wöchentlich wenigstens einmal ihre Schule besuchen sollten, sehr zweckmäßige Vorschriften.

Felbiger schickte seine Verordnung auch an Hecker, und dieser machte Schlabrendorff damit bekannt; denn er stand mit dem Minister, von welchem ein Sohn die Berliner Realschule besuchte, in Verbindung. „Felbiger beweist mehr Eifer in Verbesserung der Schulen", schrieb er, „als die evangelischen geistlichen Vorsteher. Er hat ein vortreffliches Reglement für seine Dorfschulen verfertigt, von welchem ich wünschte, daß Ew. Excellenz es lesen möchten, um die evangelischen Konsistorien zu ermuntern, ein Gleiches zu thun." Der Minister ersuchte wirklich den Abt um 4—5 Exemplare der Verordnung für die Dorfschulen und empfing nicht nur diese samt dem Rundschreiben an die Pfarrer, sondern auch die vorläufige Anzeige einer besseren Einrichtung der öffentlichen Trivialschule zu Sagan; Felbiger hatte sie mit eigenhändigen Randbemerkungen versehen, worin er z. B. mitteilte, daß das in Aussicht gestellte Schulbuch für den Unterricht im Lesen samt der Vorrede bereits gedruckt und eingeführt sei.

Schlabrendorff machte von der Zusendung den besten Gebrauch. Er befahl die Anweisungen für die Pfarrer und die Lehrer so umzugestalten, daß sie auf alle Dorfschulen Anwendung finden könnten, er beförderte ferner das Büchel für den ersten Unterricht im Lesen zum Druck, und er stellte das Ansinnen an den Prälaten, die Verordnung, die er für die Schule zu Sagan gegeben, für alle Stadtschulen einzurichten. Das General-Vikariatamt in Breslau und die Dechanten der Diöcesen von Prag, Olmütz und Krakau empfingen mit den Drucksachen den Befehl, auf die genaue Befolgung der Instruktionen zu achten, sich das Schulwesen besser, als leider bisher geschehen, angelegen sein zu lassen und Schulvisitationen zu bestellen. Die Land- und Steuerräte mußten den Pfarrern und Lehrern die Instruktionen zufertigen.

Im Oktober 1764 sandte Felbiger eine Denkschrift über die Einrichtung der städtischen Trivialschulen an Schlabrendorff und trat alsdann über verschiedene Punkte dieses Aktenstückes in Verhandlung mit der Breslauer Kammer, die ihn bat, ein General-Schulreglement auszuarbeiten. Er machte ferner den

Vorschlag, daß Schullehrerseminare angelegt werden möchten. Der Minister sah sogleich ein, daß dies eine Sache der unumgänglichen Notwendigkeit sei, forderte den Abt auf, einen Plan zur Errichtung solcher Anstalten zu entwerfen, und wollte Hand ans Werk legen lassen, sobald die notwendigen Geldmittel vorhanden wären. Er bestimmte, daß eine Hauptseminarienkasse bei dem General-Vikariatamt errichtet werden und unter der Leitung des Weihbischofes stehen sollte, gebildet aus dem Einkommen eines Vierteljahres von denjenigen, die als Pfarrer angestellt würden. Schlabrendorff verlangte weiter, daß die katholischen Geistlichen sich mit der neuen Lehrart bekannt machen sollten, und weil es noch keine Seminare gab, gingen sie nach Sagan, wo sie während der Schulzeit nach einer gewissen Ordnung die Klassen besuchten; dann las der Abt eine Stunde täglich über das Allgemeine und Wesentlichste der Verbesserung der Trivialschulen. In der Zeit von 10 Monaten wurden 175 Personen unterwiesen; davon waren 47 Schulleute, 74 Kandidaten des geistlichen Standes, 31 Pfarramtskandidaten, 15 sollten Seminarlehrer, 8 Seminardirektoren werden.

Unter diesen Schülern Felbigers befanden sich auch je ein Mönch aus den Cisterzienserklöstern Grüssau, Leubus und Heinrichau, denen der Weihbischof aufgegeben, Seminare zu gründen, und von letzterem gesendet, der Beneficiat der Elisabethkapelle, Ignaz Schneider, der in Breslau Direktor werden sollte. Der höchst uneigennützige Prälat hat diesen sogar auch nach Kloster Bergen und Berlin mitgenommen, um ihm noch andere Beispiele guter Schuleinrichtung zu zeigen, und er überließ ihm sogar die beiden Lehrer, die er mit schweren Unkosten bei Hecker ausbilden lassen. Am 4. November 1765 wurden alle drei in die neuerbaute Domschule eingeführt und das Hauptseminar nicht ohne Feierlichkeit eröffnet. Die Gegenwart des Weihbischofs, des Dompropstes und verschiedener anderer Prälaten und Domherren bewies, daß man die Bedeutung des Tages würdigte.

Eben damals war noch ein wichtiger Schritt geschehen. Am 15. Oktober hatte Felbiger seinen Entwurf des Schulregle-

ments an Schlabrendorff abgeschickt und dieser es darauf dem Könige zur Vollziehung gesendet. Am 3. November unterzeichnete Friedrich der Große das umfangreiche General-Landschul-Reglement für die Römisch-Katholischen in Städten und Dörfern des souveränen Herzogtums Schlesien und der Grafschaft Glatz; es enthält 73 Paragraphen, wozu dann noch zwei Stundenpläne für Stadt- und Dorfschulen und einige Formulare kommen.

Gleich die erste Vorschrift ist sehr wichtig. Damit dem Übel eines schlechten Unterrichtes der Jugend in der Quelle begegnet werde, soll niemand fernerhin angestellt werden, wenn er nicht dargethan, daß er sich die erforderliche Geschicklichkeit in dieser Kunst erworben habe; die Gelegenheit dazu geben die Schule des Breslauer Domkapitels, sowie die Seminare von Leubus, Grüssau und Sagan für Niederschlesien, von Rauden und Ratibor für Oberschlesien und von Habelschwerdt für die Grafschaft Glatz. Die Breslauer Domschule wird als Hauptseminar bezeichnet, hier sollte der Direktor die Kandidaten des geistlichen Standes im Schulwesen unterrichten und ihnen über die erlangte Kenntnis ein Zeugnis ausstellen. Ebenso sollten diejenigen, welche sich in einem andern Seminar zu Lehrern ausgebildet hätten, von ihm geprüft werden, ob sie die nötige Geschicklichkeit besäßen, und wenn das nicht der Fall wäre, im Hauptseminar nachholen, was ihnen fehlte.

Es wurde ferner vorgeschrieben, daß künftig bei Erbauung von neuen Schulhäusern in Städten und Dörfern die Wohnung des Lehrers von der Schulstube gesondert und, wo mehrere Lehrer unterrichteten, jedem ein eigenes Zimmer für seine Schüler zugewiesen werden müßte. Störungen, welche fremdartige Beschäftigungen herbeiführen, sollten vermieden werden; es wurde deshalb allen Lehrern verboten, die Schankwirtschaft oder Handlung zu betreiben und in Kretschamen bei Hochzeiten oder anderen Gelegenheiten aufzuwarten und Musik zu machen. Wenn der Gehalt zu gering wäre, sollte die Kammer für eine Aufbesserung Sorge tragen, und nur da, wo die Zahl der Katholiken sehr klein wäre, dürfte der Lehrer außer der

Schulzeit ein Handwerk betreiben, etwa das Schneidern oder Wirken.

Für die Landschulen blieb die Instruktion, welche Schlabrendorff im vorhergehenden Jahre versendet, noch weiter in Kraft; für die Trivialschulen in den Städten dagegen wurde jetzt ein Lektionsplan aufgestellt, der für zwei Lehrer berechnet war, und weil es fast in allen größeren Städten sogar deren drei gab, ward auch die Beschäftigung für den dritten bestimmt. Es trat alsdann lateinisch, französisch, Geographie und Geschichte noch hinzu. Felbiger dachte weiter an das Nötigste und Brauchbarste aus der Physik, ja, er nahm einigen Unterricht in den wesentlichsten Dingen, worauf es bei der Land- und Stadtwirtschaft, den Künsten, Gewerben, Manufakturen und dem Handel ankommt, in Aussicht. Er folgt eben dem Beispiel Heckers inbezug sowohl auf die Menge der Gegenstände des Unterrichts als auf die Methode, die er den Lehrern vorschreibt. Der Übergang vom Leichten zum Schweren, die Notwendigkeit deutlicher Anschauungen und Begriffe, die Förderung der Urteilskraft und die Sonderung aller Schüler in Klassen — das waren die lobenswerten Ziele der beiden berühmten Pädagogen; aber sie haben auch ihre schwache Seite, nämlich die tabellarische Form, in die jeder Unterrichtsgegenstand eingezwängt ward, und die Spielerei der Buchstabenmethode.

Das Reglement befahl dem Pfarrer, an seinem Wohnsitze wöchentlich, an zugeschlagenen Orten alle 14 Tage selbst oder durch seinen Kaplan die Schule zu besuchen, und es schrieb mit größter Genauigkeit vor, worauf er zu achten habe. Ferner soll der Erzpriester jährlich gegen Fastnacht alle Schulen seines Kreises besuchen, zu dieser Prüfung den Pfarrer, die Gerichte oder einige Deputierte aus der Gemeinde einladen und alsdann seine Beobachtungen an den Inspektor senden. Dieser wiederum hat die Schulen der ihm untergeordneten Erzpriester und auch einige Pfarrschulen zu untersuchen und zweimal jährlich an das General-Vikariatamt, letzteres aber an die Kriegs- und Domänenkammer Bericht zu erstatten, welche dann die angezeigten Gebrechen abstellen soll.

Als das Reglement in Breslau angekommen war, ließ Schlabrendorff es in vielen Tausend Exemplaren abdrucken, um es überallhin zu verschicken, und der Weihbischof verfaßte dann einen Hirtenbrief, ein sogenanntes Pastorale, worin er die Schulsache der Geistlichkeit dringend ans Herz legte. Den evangelischen Propst Süßmilch in Berlin setzte letzteres Schriftstück in ein gewisses Erstaunen. „Es ist wirklich viel von einem katholischen Bischof", heißt es in dem Briefe, worin er dem Minister v. Schlabrendorff für die Zusendung dankt, „daß er diesen Schritt gewaget, daß er nicht einen Schatten des römischen Aberglaubens gezeiget und sich als einen rechtschaffenen Mann bewiesen."

Merkwürdig sind die Berichte, die in den nächsten Jahren einliefen. Am 9. April 1766 meldete ein Pfarrer im Kreise Sagan seinem Erzpriester, daß die Gemeinde dem herrschaftlichen Befehl entgegen die Wohnstube für den Schulmeister nicht erbaut hätte. „Da also", heißt es in dem Berichte weiter, „sein kleines Kind in der Schulstube nebst dem Weibe und der Magd sein müssen, so ist durch Schreien des Kindes und Hin- und Herlaufen obgenannter beider Personen die Aufmerksamkeit der Jugend ungemein gestört worden. Wegen Niederkunft der Schulmeisterin, die in der besten Schulzeit geschehen, und da sie einige Tage in Geburtsnöten gelegen, hat die Schule sogar 14 Tage müssen ausgesetzt werden." Den Fleiß des Lehrers im verflossenen Winter konnte der Pfarrer aufrichtig loben und mit dem Schulbesuche zufrieden sein. Aber nicht überall war es so, und zahlreiche Schwierigkeiten erhoben sich an verschiedenen Orten. Einige Dörfer im Neissischen hielten es sogar für das beste Mittel, sich von den Schullasten zu befreien, wenn sie ihre jungen Schulmeister als dienstfähige Leute den Regimentern anzeigten und die Offiziere dahin brächten, dieselben anstatt anderer zu Soldaten zu nehmen.

Mit welchen Vorurteilen und Abneigungen haben doch selbst die heilsamsten Einrichtungen zu kämpfen! Die Gutsherrschaften und die Landleute sahen zunächst allein das Unangenehme der Neuerung, die Lasten, welche die Wiederherstellung oder der

Bau von Schulhäusern, die Ausstattung derselben mit den notwendigen Gerätschaften, die Verbesserung des Gehaltes der Lehrer, das Schulgeld und der Ankauf von Büchern ihnen verursachten; beide Teile betrachteten es als eine Schädigung ihres Vermögens, daß sie die Kinder nicht mehr wie früher ganz ungehindert zum Hüten oder zu häuslichen Verrichtungen benutzen dürften. Ja, es gab Herrschaften, welche die Aufklärung des Verstandes ihrer Unterthanen, die doch nur zu Fronarbeiten bestimmt wären, für gefährlich erachteten. Die Besorgnis wandelte sie an, es möchten die Unterthanen ihre Vernunft gebrauchen, um sich der Gewalt ihrer Herrschaften und denjenigen Diensten zu entziehen, welche die Voreltern bisher geleistet hätten. Dachten jene Männer von Adel nicht ebenso niedrig wie die amerikanischen Sklavenhalter?

Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten machte man doch Fortschritte. Am 18. Januar 1769 meldete Schlabrendorff dem Könige, daß 238 evangelische und 240 katholische Schulen neu errichtet worden seien [1]); und er hielt, wie er weiter meldete, streng darauf, daß kein Schulmeister angestellt würde, der nicht der deutschen Sprache mächtig wäre, damit letzterer dort, wo sie bisher fast gänzlich unbekannt gewesen, nämlich in Oberschlesien und auf der rechten Oderseite nach Polen zu, mehr in Übung käme.

Der um das niedere Schulwesen Schlesiens hochverdiente Minister v. Schlabrendorff berichtete nicht aus freien Stücken; sondern am 12. November 1768 hatte der König dem Departement der geistlichen Angelegenheiten befohlen, durch die

1) M. Lehmann, Preußen und die katholische Kirche IV, 354. — Im Jahre 1763 gab es im Glogauer Departement 40 katholische und 53 evangelische Stadtschulen, 204 katholische und 617 evangelische Dorfschulen, im Breslauer 90 katholische und 57 evangelische Stadtschulen, 719 katholische und 653 evangelische Dorfschulen; dort wurden keine Stadtschulen, dagegen 17 katholische und 126 evangelische Dorfschulen neu errichtet, im Breslauer Departement muß also eine Vermehrung von 335 Schulen stattgefunden haben. Die Berichte, welche diese Zahlenangaben enthalten, fehlen bei Lehmann.

Inspektoren eine Revision sämtlicher Schulen anstellen zu lassen und ihm dann über den Befund derselben pflichtmäßigen Bericht abzustatten, ohne dabei die Mängel zu verschweigen [1]). Es erging deshalb an alle Provinzialregierungen und Konsistorien der Befehl, die Schulen zu untersuchen. Ja, der König that noch einen weiteren Schritt, indem er am 30 Dezember an den Minister Münchhausen schrieb: wenn einer oder der andere Schulmeister zu schlecht besoldet wäre und deswegen durch das erlernte Handwerk sich seinen Unterhalt verschaffen müßte, wodurch aber die Schulen vernachlässigt würden, so sollten die beiden Minister vom geistlichen Departement ein allgemeines Verzeichnis von allen solchen Schulmeistern verfertigen lassen und ihm schicken, damit er auf Verbesserung ihrer Besoldungen denken und auch dieses Hindernis aus dem Wege räumen könnte.

Freilich blieb es beim guten Vorsatze; denn als Münchhausen seinen Bericht eingesendet, da antwortete der König am 2. Februar 1769: derselbe sei ihm zu weitläufig, und er könne sich in die verschiedenen Teile desselben nicht besonders einlassen, d. h. die verlangten Summen waren ihm zu hoch, und er that also zunächst in dieser Beziehung nichts. Er meinte: es käme dabei hauptsächlich auf die Dorfschulen an, und hier müßte notwendig dafür gesorgt werden, daß die Kinder der Landleute einen vernünftigen und deutlichen Unterricht in der Religion empfingen, damit ihr Verstand mehr aufgeklärt würde und sie richtigere Begriffe von ihren Pflichten bekämen.

Nicht lange nachher machte sich in der Nähe des Königs ein Mann bemerklich, welcher ebenfalls die große Unwissenheit des Landvolkes bedauerte und die Dorfjugend aufzuklären suchte, Friedrich Eberhard v. Rochow, Erbherr auf Rekahn, Gentin und Krahne bei Brandenburg und Domherr zu Halberstadt [2]). Als in den Jahren 1771 und 1772 sehr nasse Sommer eintraten, viel Heu und Getreide verdarb, auch tödliche Krank-

1) Lehmann IV, 340. Vgl. Büsching, S. 84 ff.

2) Siehe meine Abhandlung über diesen Pädagogen im Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur für 1886, S. 315 ff.

heiten unter Menschen und Vieh wüteten, that er sein Möglichstes, um den Landleuten auf alle Weise beizustehen. Er bezahlte einen Arzt und die Medizin und gab ihnen schriftliche Anweisungen und mündlichen Rat, wie sie dem Fortgange der Seuche steuern könnten. Doch böse Vorurteile, Verwöhnung und Aberglauben nebst gänzlicher Unwissenheit im Lesen und Schreiben machten fast alle seine guten Absichten fruchtlos. Sie empfingen zwar die Heilmittel, die er bezahlte, nahmen sie aber nicht ein und scheuten sogar die Mühe, dem nur eine Meile entfernt wohnenden Arzte Nachricht von dem Zustande der Kranken zu geben; ebenso waren ihnen die einfachsten Vorkehrungen und Reinigungsanstalten zu beschwerlich. Dagegen liefen sie zu Quacksalbern, Wunderdoktoren, sogenannten klugen Frauen, Schäfern und Abdeckern, bezahlten dort reichlich und starben häufig dahin.

In bittern Gram versenkt über diese schrecklichen Folgen der Dummheit und Unwissenheit saß er am 14. Februar 1772 an seinem Schreibtisch und zeichnete einen Löwen, der sich in ein Netz verwickelt hat. „So", dachte Rochow, „liegt auch die edle, kräftige Gottesgabe Vernunft, die doch jeder Mensch hat, in ein Gewebe von Vorurteilen und Unsinn dermaßen verstrickt, daß sie ihre Kräfte so wenig wie hier der Löwe die seinigen brauchen kann. Ach, wenn doch eine Maus einige Maschen dieses Netzes zernagte! Vielleicht würde dann dieser Löwe seine Kraft äußern und sich losmachen können." Nun zeichnete Rochow noch eine solche Maus hin, und wie ein Blitzstrahl fuhr ihm der Gedanke durch die Seele: „Wie, wenn du diese Maus würdest?" Es enthüllte sich ihm, warum der Bauer so ist, wie er ist, und er fragte bekümmert: „Kann der Landmann, diese eigentliche Stärke des Staatskörpers, nicht auch verhältnismäßig gebildet und zu allem guten Werke geschickt gemacht werden?" Er hielt es für möglich und sagte: „Ja, ich will die Maus sein! Gott helfe mir!" Er schrieb gleich an demselben Morgen auf die andere Seite des Blattes die Titel der 13 Kapitel, woraus sein Schulbuch für die Lehrer der Landleute bestehen sollte, zeigte den Plan seinem Prediger

Rudolph und setzte sich auf dessen Rat noch mit dem Oberkonsistorialrat Teller in Verbindung. Dann ging er eifrig ans Werk, und schon zu Ostern erschien der „Versuch eines Schulbuchs für Kinder der Landleute oder zum Gebrauch in Dorfschulen" bei Nikolai in Berlin; die Lehrer sollten daraus lernen, wie sie unterrichten müßten. „Ich habe denselben", hieß es in der Vorrede, „einige Aussichten in das Reich nützlicher Wahrheiten eröffnen und ihnen eine nach meiner Einsicht gute Methode zeigen wollen." Rochow gab z. B. Anweisung, wie man im Rechnen unterrichten und Briefe schreiben sollte. In einem Abschnitte wurden Mittel genannt, die Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Das lange Schlußhauptstück handelte mit einer gewissen Ausführlichkeit von der Landwirtschaft. Überall waren Erzählungen eingeflochten, welche die vorgetragenen Lehren den Kindern näher bringen sollten. Auf die nämliche Weise suchte der Verfasser denselben gewisse abstrakte Begriffe deutlich zu machen, z. B. Ursache und Wirkung, Grund; Wahrheit, Gewißheit, Wahrscheinlichkeit, Irrtum; Glaube, Unglaube, Leichtgläubigkeit, Aberglaube; Verhältnis.

Am Schlusse der Vorrede stellte Rochow gewisse Bedingungen auf, von deren Erfüllung ihm die Verbesserung des Unterrichts abzuhängen schien. „Mit Handwerkern und unwissenden Bedienten muß keine Land- oder niedere Schule mehr besetzt werden", schrieb er mit Recht, und er verlangte weiter, daß die Lehrer alle wenigstens einen festen Gehalt von 100 Thalern nebst dem Kantortitel haben müßten, ohne die übrigen Vorteile, wie Wohnung, Garten, Feuerung u. s. w., damit sie sich gern und ganz dem Schuldienste widmen könnten. Eine sehr wichtige Forderung war ferner, daß die Kinder wenigstens in zwei Klassen eingeteilt werden müßten. Endlich sollten die Schulstuben hell und mit nützlichen und zweckmäßigen Bildern oder Sachen und Modellen geziert sein.

Das Buch machte verdientes Aufsehen. Felbiger war davon entzückt und wendete sich — ohne Zweifel durch die Verlagsbuchhandlung — an den auf dem Titelblatte nicht genannten Verfasser, um über gewisse Punkte mit ihm in einen Meinungs-

austausch zu treten. Er bat auch um Erlaubnis, daß er das Buch benutzen dürfte, jedoch ohne die Quelle zu nennen, weil er bei seinen Glaubensgenossen sonst in Gefahr geriete, dem Gebrauch desselben Hindernisse zu bereiten. Dem katholischen Prälaten antwortete der evangelische Domherr: „Unsere Absicht ist dieselbe, nämlich nützlich zu werden, die Barbarei aus ihrem ältesten Wohnsitze zu vertreiben und die Summe moralischer Glückseligkeit im Staate zu verstärken. Da wir nun eines Sinnes sind, was hindert uns, einander künftighin zu lieben?"

Mit Erlaubnis Rochows erfuhr Felbiger zugleich durch die Nikolaische Buchhandlung einiges über denselben, und er war ganz erstaunt über das, was er hörte; „denn er hätte niemals vermutet", schrieb er am 15. Januar 1773, „daß der Sohn eines Staatsministers, ein ehemaliger Offizier, ein Eigentümer verschiedener wichtiger Herrschaften, der Verfasser dieses gewiß höchst schätzbaren Buches sein sollte." Das Vergnügen, welches ihm die Entdeckung machte, war unaussprechlich, und er erging sich nun über die Gegenstände, die den beiden edlen Männern am Herzen lagen, in behaglichster Ausführlichkeit.

Zur selben Zeit aber trat noch ein Höherer mit dem Besitzer von Rekahn in brieflichen Verkehr, nämlich der Justizminister Freiherr v. Zedlitz, ein Schlesier, welcher seit dem Anfange des Jahres 1771 das ganze geistliche Departement in lutherischen Kirchen- und Schulsachen verwaltete. Dieser schrieb am 17. Januar 1773 an Rochow: „Daß ein Domherr für Bauerkinder Lehrbücher schreibt, ist selbst in unserm aufgeklärten Jahrhundert eine Seltenheit, die dadurch noch einen höheren Wert erhält, daß Kühnheit und guter Erfolg bei diesem Unternehmen gleich groß sind. Heil, Lob und Ehre also dem vortrefflichen Manne, den nur die Rücksicht auf die Allgemeinheit des Nutzens, welcher gestiftet werden kann, zu solchen Unternehmungen anzutreiben vermochte. Lassen Sie mich von nun an Sie als einen Mann betrachten, der zur Beförderung der großen Absichten des besten Königs mir in der Verbesserung des Unterrichts der Landjugend so kräftige Beihilfe leisten kann,

und der Patriotismus genug hat, diesen Beistand leisten zu wollen."

Inzwischen war Rochow bereits hiermit wenigstens auf seinen Gütern beschäftigt, und das Glück ward ihm zuteil, treue Gehilfen für seine Pläne zu finden. Der Prediger Rudolph liebte das Schulwesen, und als im Oktober 1772 der alte Lehrer in Rekahn gestorben war, gewann er einen brauchbaren neuen, Namens Julius Bruhns. Der Verstorbene hatte jährlich kaum 40 Thaler bezogen. Der Domherr verwandelte die Stelle jetzt in ein Kantorat und gab dem Nachfolger eine Zulage von 140 Thalern, wofür derselbe zugleich Organistendienste versehen sollte; ferner erhielt er noch 4 Fuder Heu, das nötige Brennholz und einen mit Bäumen besetzten Garten zur Benutzung. Außerdem begann Rochow den Bau eines neuen Schulhauses. In dem geräumigen und hellen Klassenzimmer sollten auf einer erhöhten Bank diejenigen sitzen, welche sich durch ihren Fleiß auszeichneten. Dem Gebäude wollte Rochow die herrliche Aufschrift geben: „Auch Schulen sind Tempel Gottes"; er hat aber dann den Spruch gewählt: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht."

Von Bruhns aufmerksam gemacht, dachte Rochow ferner an ein Lehrbuch, worin das Wichtigste und Wissenswürdigste für die Dorfkinder in leichten und angenehmen Gleichnissen und Geschichten behandelt wäre. Er verfaßte nun etwa 60 solcher Erzählungen und Gleichnisse und ließ dieselben gegen Ostern des Jahres 1773 auf seine Kosten für seine Schüler unter dem Titel „Der Bauernfreund" drucken. Das Buch fand eine gute Aufnahme bei den Kennern, und sie versicherten den Verfasser, daß er Talent für die leichte Erzählung besäße. Dadurch ward er bewogen, den Plan noch einmal zu überblicken. Er ließ zwei Geschichten weg, die ihm nicht mehr genügten, und vermehrte die übrigen bis auf 79, die er unter dem Titel „Der Kinderfreund" drucken ließ und zwar, wie er an Nikolai schreibt, mit seinen beträchtlichen Kosten, weil er einen den Armen käuflichen Preis erzwingen wollte [1]). Das

1) Das Büchlein erschien 1776, kostete 2 ggr. und enthielt auf

Buch hat eine sehr große Verbreitung gehabt. Die rechtmäßigen vier Auflagen, welche Rochow erlebte, haben über 100000 Exemplare geliefert, außerdem sind 8—10 Nachdrucke bis zum Ende des Jahrhunderts erschienen, es ist zweimal ins Französische, ferner auch ins Schwedische, Dänische, Polnische, Illyrische übersetzt worden.

Die guten Absichten, von denen Rochow inbezug auf die Dorfschulen geleitet wurde, hatten ihn mit dem das gleiche Ziel verfolgenden Minister befreundet, und sie unterhielten seit dem Anfange des Jahres 1773 einen Briefwechsel. Gleich in seinem ersten Schreiben hatte Zedlitz den Domherrn ersucht, ihm einige Lehrer aus Sachsen zu verschaffen. Der Anlaß zu dieser Bitte rührte vom Könige her. Diesem war von der kurmärkischen Landschaft eine bei den Städtekassen übrig gebliebene Summe von 100000 Thalern angeboten worden, und er gedachte das Geld, welches eigentlich die Provinz aufgebracht hätte, auch zu deren Besten anzuwenden. Er ließ dasselbe für gemeinnützige Zwecke zu 4 Prozent anlegen, und die Zinsen im Betrage von 4000 Thalern wurden zur Besoldung von Dorfschullehrern bestimmt. „Die Erziehung der Jugend, besonders auf dem Lande", schrieb der König bei dieser Gelegenheit, „ist bisher noch ganz vernachlässigt worden und also höchst notwendig, daß die schlechten Schulmeister weg- und tüchtige, brauchbare Leute dagegen angeschafft werden" [1]). Er hielt die sächsischen Lehrer für besser als die einheimischen, und Zedlitz erbat deshalb die Mitwirkung Rochows, um solche zu erlangen; allein er verwundete dadurch das patriotische Herz des brandenburgischen Edelmannes. „Werden die Preußen, Märker, Schlesier ꝛc. ge-

112 Seiten 79 Stücke [Büsching, Wöchentliche Nachrichten 1776, p. 156], die nur zu einseitig der Ausbildung des Verstandes dienten. Die 3. Ausgabe, welche die hiesige Stadtbibliothek in diesem Jahr erworben, zählt ebenso viele Seiten und Stücke. Ein 2. Teil mit 107 Stücken auf 216 Seiten kam 1779 hinzu. Wir finden darin auch Gespräche, welche die Bemühungen des großen Königs unterstützten, wie über die Stallfütterung, die Aufhebung der Gemeinheiten, den Seidenbau.

1) Stadelmann II, N. 236. 237.

ehrt und bezahlt, (aber hieran hat es bisher gefehlt,) so hoffe ich", schrieb er zurück, „daß ein Überfluß von guten Schulleuten sich finden wird, und daß auch in dieser Gegend bald einige angestellt werden können" [1]).

Mit der Summe, welche Friedrich der Große zur Besoldung der Schulmeister gegeben hatte, war Rochow nicht zufrieden, sondern er wünschte, daß der König um eine Beihilfe von wenigstens 500 000 Thalern angegangen würde, wovon die eine Hälfte zum Bau von Schulhäusern, die Zinsen der andern zur Besoldung der besseren Lehrer genommen werden sollten. „Vielleicht gelingt es", schrieb er weiter, „seinen alten Unterthanen, die doch so manches Lorbeerblatt ihm brechen halfen und unter seiner Anführung seinen Feinden so oft schrecklich wurden, — vielleicht gelingt diesen treuen Landleuten ihre Bitte. Sie werden dann ihren königlichen Wohlthäter segnen und mit der Hoffnung sterben, daß wenigstens bei dem Leben ihrer Kinder mit mehr Einsicht auch mehr Glückseligkeit gepaart sein werde." Jedoch dieser kühne Wunsch erfüllte sich nicht; es blieb vielmehr bei den 100 000 Thalern. Der König bestimmte, daß die von ihm bezahlten Schulmeister einen festen Gehalt von 120 Thalern haben sollten, Haus, Acker, Holz und Küstereinnahmen ungerechnet; dafür aber mußte das Schulgeld aufhören, jeder Dorfbewohner seine Kinder zur Schule schicken und die letzteren allen Lektionen beiwohnen.

Der Minister suchte nun die Ortschaften aus, wohin die neuen Lehrer geschickt werden sollten; er war der Meinung, daß die alten, die ihrer Thätigkeit enthoben würden, ihren festen Gehalt bis zum Tode fortbeziehen müßten. Aber Friedrich entschied anders, und wir wollen ihn hier in seiner ungeschulten deutschen Ausdrucksweise kennen lernen. „Die Oehrter Seindt ganz gut ausgesucht; die schlechten Schuhlmeisters Seindt

2) Im Jahre 1774 gab es in der Kurmark 1760 Schulmeister. Von ihnen bezogen jährlich 49 über 100 Thaler, 33:100, 47:90, 64:80, 77:70, 132:60, 164:50, 250:30, 301:20, 184:10, 111:5 Thaler und darunter. Büsching, Reise nach Rekahn, S. 322.

Schneiders die Meisten, und Müste Man Sehen, ob man Sie nicht in kleinen Stetten könnte Schneidern lassen, oder wie Man Sie Sonsten Unterbringet, damit die Schuhlen desto eher im guhten Stande kommen können, was eine Interessante Sache ist."

Von den neu anzusetzenden Lehrern kam einer nach Gettin, einem Dorfe, welches ebenfalls dem Herrn v. Rochow gehörte. Dieser arbeitete inzwischen eifrig und begeistert mit Rudolph und Bruhns in Rekahn weiter, und am Ende des Jahres 1774 war er nach schwerer Mühe mit der Einrichtung seiner neuen Schule fertig. „Ich bin ein oftmaliger Augenzeuge davon", schrieb er an Felbiger, „daß diese Lehrart möglich und sehr nützlich ist; denn es ist schwer zu glauben, welche Veränderung seit wenigen Wochen unter den Kindern entstanden ist. Sie merken alle auf, gehen unbeschreiblich gern in die Schule und weinen ihren harten Eltern und Brotherrschaften so lange vor, bis sie es zugeben."

Wie freute sich der Oberkonsistorialrat Büsching, als er auf die Einladung des Domherrn dessen Schulen im Juni 1775 besuchte, über die Menge der anwesenden Knaben und Mädchen. Noch mehr aber entzückte es ihn, zu finden, daß die Kinder nicht mechanisch auswendig lernten und herplapperten, sondern zum Nachdenken angeleitet würden.

Der Minister Zedlitz war auch schon in Rekahn gewesen. Er machte seit dem Jahre 1773 kleine Reisen in der Nachbarschaft und nahm die Dorfschulen in Augenschein; denn er wollte dem gemeinen Manne die Wichtigkeit des Unterrichts darthun und sich zugleich mit den Mängeln des Schulwesens bekannter machen, um den Spaldings und Tellers alsdann sagen zu können: das verbessert! Die Inspektoren sollten ferner die Visitation nicht mehr als unter ihrer Würde ansehen und die Ortspfarrer aufpassen lernen. „Könnte man alle Bierlümmels aus dem Chorrock peitschen", schrieb der Minister einmal, „so hätten wir gewiß bessere Schulen." Im Oktober 1775 war er mit dem Rundgange durch die Nachbarschaft fertig, und wenn er auch solche, wie in Rekahn, nicht gefunden, so waren

es doch keine gewöhnlichen. Er hatte sich sowohl über die Kinder als über die Lehrer gefreut; er ärgerte sich dagegen über die Prediger und Inspektoren.

Übrigens steckte der König dem Elementarunterricht auf dem Lande ein kürzeres Ziel, als Felbiger, Rochow und Zedlitz. Er verlangte vor allem einen guten Unterricht in der Religion und Moral, damit die Leute nicht zur katholischen Kirche übergehen, — denn die evangelische sei weit besser — und damit sie nicht stehlen und morden. An Diebereien freilich werde es nicht fehlen, meinte der König weiter; das liege nun einmal in der menschlichen Natur. Außerdem hielt Friedrich es für ausreichend, wenn die Dorfkinder etwas lesen und schreiben lernten; denn wenn sie zu viel wüßten, liefen sie in die Städte und wollten Sekretäre und dergleichen werden.

Wie in Brandenburg, ebenso sorgte der König auch noch anderwärts dafür, daß die Lehrer einen höheren Gehalt empfingen. In den Jahren 1773 und 1774 gab er, wie erwähnt, 250000 Thaler zu Verbesserungen der Güter des hinterpommerschen Adels her. Von den Zinsen aber sollte der größte Teil dazu dienen, daß tüchtige Schulmeister angesetzt und besoldet würden [1]). Wie dieser Befehl ausgeführt worden ist, wissen wir nicht. Über Westpreußen dagegen erfahren wir jetzt einiges. Bei der preußischen Besitznahme sah es auch inbezug auf den Unterricht hier recht traurig aus. Am 21. Dezember 1772 berichtete der Oberpräsident v. Domhardt: „In Elbing, Marienburg, Braunsberg, Kulm, Rössel möchten die Schulen gut, doch nicht unverbesserlich sein. In den übrigen Städten und Dörfern sind neue Veranstaltungen unumgänglich, weil so wenig darauf gehalten worden, daß es eine Schande für die jetzigen Zeiten ist, die armen Leute fast allenthalben in der größten Unwissenheit und Blindheit zu sehen." Was Friedrich Wilhelm I. für Ostpreußen geleistet, das mußte sein Sohn für Westpreußen thun, wo nur wenige Schulen vorhanden waren. Der König gab nun, wie bereits

1) Stadelmann II, N. 261. 346.

erzählt worden ist, ein Kapital von 200000 Thalern her und wollte, daß von den 10000 Thalern Zinsen ungefähr 170 Schulmeister mit einem Gehalte von 60 Thalern angestellt werden sollten. Das Bedürfnis war freilich noch größer. In der Nachweisung vom 2. Januar 1776 verlangte die Kammer in Marienwerder für Westpreußen und Ermeland 56 evangelische und 155 katholische Schulmeister; von den letzteren sollten 102 der deutschen und polnischen Sprache mächtig sein [1]). Die Zinsen reichten aber nicht einmal ganz für 170 hin. Die Kammer empfahl deshalb, nur 163 anzusetzen und die übrigen 220 Thaler zur Anschaffung von Tischen und Bänken und Büchern für die ärmsten Kinder zu benutzen. Der schlesische Minister v. Hoym, Schlabrendorffs Nachfolger, empfing den Auftrag, 44 deutsche katholische Lehrer zu besorgen, und er konnte schon im Anfange des Maimonats anzeigen, daß die verlangte Zahl zusammengebracht und bereit wäre, zu Trinitatis abzugehen, wenn sie jeder 20 Thaler Reisekosten bekämen. Das bewilligte denn auch der König [2]). Die andern katholischen Schulmeister aufzufinden, die auch polnisch sprechen könnten, hielt sehr schwer und erforderte langdauernde Bemühungen. Dagegen aber wurden noch 36 oder 37 evangelische Lehrer im Jahre 1776 angestellt.

Die Aufnahme der Angeworbenen war keineswegs freundlich. Da es an Schulhäusern fehlte, mußten sie zunächst in Kathen oder beim Scholzen untergebracht werden. Die Einwohner waren blutarm, von Abgaben gedrückt und gar nicht begierig, ihre Kinder etwas lernen zu lassen. Nun verlangte man von ihnen zwar kein Schulgeld, aber sie sollten einen Garten hergeben und für ein Schulhaus, wozu ihnen das Bauholz geliefert werden würde, Sorge tragen. Sie hielten diese Forderungen für eine neue Auflage. Daher gab es an den meisten Orten am Ende des Jahres 1777 noch keine Schulhäuser. Die Lehrer beklagten sich, daß man ihnen nicht hielte,

1) Lehmann V, S. 80.
2) Lehmann V, S. 124.

was man versprochen hätte, und sie gedachten in ihre Heimat zurückzukehren.

Wie sollte die Kammer bei der Knappheit ihrer Mittel helfen? Da man die 83 utraquistischen Stellen noch immer nicht hatte besetzen können, waren mehr als 700 Thaler übrig geblieben. Von diesem Gelde vermochte man den Bedrängten zuhilfe zu kommen, und die Kammer machte deshalb den Vorschlag, immer etwa 40 Thaler zur Bestreitung des Lohnes der Handwerker zu bewilligen, damit die Schulhäuser desto eher fertig würden. Außerdem aber wandte sie sich an den Generalmajor v. Rohr mit der Anfrage, ob unter den Invaliden der zu seiner Inspektion gehörigen Regimenter Leute wären, die sich zu Schulmeistern eigneten [1]).

Was auf diesen Vorschlag, welchen die Kammer am 16. Dezember 1777 gemacht hat, für ein Bescheid gegeben worden ist, wissen wir nicht; aber der gleiche Gedanke trat hervor, als nach dem bayerischen Erbfolgekriege viele Invaliden vorhanden waren und versorgt werden wollten. Der König hatte ganz recht, wenn er meinte: dieselben verdienten, daß man sich ihrer annähme, da sie Leben und Gesundheit für das Vaterland gewagt hätten. Menschenfreundlich befahl er, daß diejenigen, welche wegen schwerer Verwundung keine große Arbeit verrichten könnten, auf seinen Ämtern angesetzt werden und frei von allen Hofdiensten sein sollten. Aber er faßte zugleich auf Brenckenhoffs Vorschlag den Entschluß und that ihn am 31. Juli 1779 dem geistlichen Departement kund, daß, wenn unter den

1) Lehmann V, S. 246 ff. Mit diesen Zahlenangaben stimmen freilich die späteren (S. 275) nicht überein; dagegen ist S. 633 wieder von 163 Stellen die Rede, nur daß hier auch der Netzedistrikt mit eingeschlossen sein soll, was doch wohl falsch ist. Über letzteren giebt Lippe-Weißenfeld S. 78 Zahlenangaben, die viel zu hoch lauten, als daß sie geglaubt werden könnten, nämlich 177 evangelische und 58 katholische Stellen. Auch bei Semmler, Lebensbeschreibung N. 344, erscheint die Zahl 60 zu hoch, und die Zeit paßt ebenfalls nicht. Er nennt kein Jahr; aber nach seiner Angabe muß man an 1777 denken, nicht an 1776. Friedrich selbst giebt in den Oeuvres (VI, 89) 180 an, ohne Zweifel für Westpreußen und Netzedistrikt.

Invaliden sich solche fänden, die lesen, rechnen und schreiben könnten und sich zu Schulmeistern auf dem Lande gut schickten, sie dazu genommen werden sollten, besonders an den Orten, wo der König die Besoldung gäbe. Der General von der Schulenburg sandte dem geistlichen Departement ein Verzeichnis von 79 geeigneten Invaliden zu, während 741 als Büdner, Holzwärter und auf andere Weise ihren Lebensunterhalt empfingen und 3443 unversorgt übrig blieben [1]).

Zedlitz billigte den Entschluß des Königs nicht; aber es fand sich ein Ausweg. Das Oberkonsistorium gab seine Meinung dahin ab, daß bei jeder Vakanz einer solchen Stelle die sich dazu meldenden Invaliden vom Schulinspektor geprüft werden und über ihr Wohlverhalten und gute Sitten ein Zeugnis von ihrem Feldprediger beibringen müßten. Das Generaldirektorium pflichtete diesem Vorschlage bei und wies die kurmärkische und wohl auch andere Kammern an, sich in vorkommenden Fällen genau danach zu richten [2]). Wenigstens die allerschlechtesten Invaliden wurden auf diese Weise ferngehalten. Freilich wenn Friedrich in einem besonderen Falle verfügte, war nichts zu machen. „Fast muß ich auf die Aufnahme der Landschulen ganz Verzicht thun", schrieb Zedlitz einmal an Rochow; „der König bleibt bei dieser Idee. Er vermengt die Billigkeit, verdiente Leute zu belohnen, mit der Pflicht, brauchbare Menschen zu bilden. Ich habe selbst in einzelnen Fällen mit meinen Vorstellungen nichts ausrichten können" [3]).

Jedoch kehren wir zu Westpreußen zurück. Eine so große Menge von Lehrern, wie hier gebraucht wurden, plötzlich zu beschaffen, würde noch heutzutage schwer sein, geschweige denn damals, und weil bei der Überstürzung, mit welcher der König zu verfahren nötigte, diejenigen, welche man gewann, in keine

1) Büsching, Charakter Friedrichs II., S. 95 ff. Auch 1780 befiehlt der König dem Minister Michaelis, Invaliden als Büdner unterzubringen. Stadelmann II, N. 544.

2) Lamotte, Praktische Beiträge zur Kameralwissenschaft III, 642.

3) Zedlitz an Rochow 7. August 1779 und 26. Mai 1781.

behagliche Lage kamen, so ist es nicht zu verwundern, wenn manche von ihnen sich wieder zu entfernen suchten. Einige liefen geradezu fort, andere nahmen bessere Stellungen als Privatlehrer an. Auch der Tod riß Lücken in ihre Reihen, und so dauerte es noch mehrere Jahre, bis man ungefähr die genügende Zahl von Schulmeistern angesetzt hatte.

So eilig der König zu Werke gegangen war, so schnell begehrte er Früchte zu sehen. Er erwartete von dem Religionsunterricht eine Verminderung der Verbrechen, und als diese Hoffnung sich nicht erfüllte, da schloß er, daß die Schulanstalten noch nicht in der gehörigen Ordnung sein müßten, und er verlangte deshalb von der Regierung in Marienwerder am 8. Oktober 1784 einen Bericht hierüber mit genauer Angabe, wer darauf sähe, daß die Leute besonders auf dem Lande fleißig und ordentlich ihre Kinder in die Schule schickten.

Aus der Antwort der Regierung erfahren wir, daß die Kammer die 163 Lehrer jetzt angesetzt hatte; jedoch in den kleinen Städten befanden sich die Schulanstalten gleichfalls in schlechter Verfassung, weil noch aus den polnischen Zeiten her die Kämmereien ganz verschuldet und zu arm waren, um die Gehälter aufzubringen. Außerdem klagte die Regierung über die katholischen Geistlichen, welche zu wenig Aufklärung besäßen, als daß sie den Eltern die große Pflicht einschärfen könnten, ihre Kinder fleißig in die Schule zu schicken. Diese Hindernisse, meinte sie, würden sich völlig heben lassen, wenn der König noch mehr Geld hergäbe, damit auch etwas auf die Städte käme. Weiter schlug sie vor, es sollte, wie in anderen Provinzen, eine Schulkommission gebildet und die Mitglieder teils aus ihr, teils aus der Kammer genommen werden; diese Behörde sollte dann alle Unterrichtsangelegenheiten besorgen, die Schulen jährlich bereisen und entdeckte Mängel zur Verbesserung anzeigen.

Der Bericht litt keineswegs an geschäftlicher Breite; Friedrich gab aber der Regierung zu erkennen, daß sie doch nicht so weitläufig in einer Sache schreiben möchte, die sie in wenigen Worten sagen könnte. Der König bezeigte sich offenbar ver-

drießlich, weil die Regierung mehr Geld verlangt hatte, und er zwang sie nun kurz und oberflächlich zu antworten [1]). Denn so war er einmal. Einen Monat vor seinem Tode verlangte er von der Kammer in Marienwerder eine Nachweisung der unumgänglich erforderlichen Kirchen und Schulen nebst einem Kostenanschlage; jedoch als er beides empfangen, findet er das Schriftstück abscheulich. Er führt aber keinen Grund an, sondern fährt fort: er werde dieses Jahr nicht einen Groschen geben und es damit anstehen lassen, bis künftig einmal für die Provinz keine Schadenvergütungen werden nachgesucht werden [2]). Man sieht, es ist das Hochwasser, welches ihn verdrießlich macht, und keineswegs die tadelnswerte Nachweisung. Jedoch im langen Laufe seiner Regierung werden die Beamten wohl an solche Ausbrüche übler Laune schon etwas gewöhnt worden sein und es nicht so schwer getragen haben, wie es heute geschehen würde.

Die menschliche Schwäche zeigt sich überall. Aber wenn wir davon absehen, müssen wir bekennen, daß die zweite Hälfte der Regierung Friedrichs des Großen für die Hebung des Elementarschulwesens segensreich gewesen ist. Der König gab einen heilsamen Anstoß, und er fand Männer, die, über seine geringeren Forderungen hinausgehend, eine Volksschule, wie sie sein soll, erstrebten.

Übrigens trug man sich damals noch mit andern Gedanken inbezug auf das Unterrichtswesen. Man wollte nicht allein Elementar- und gelehrte Schulen haben, sondern man erhob die Forderung, daß die Interessen der übrigen Schichten der menschlichen Gesellschaft ebenfalls Berücksichtigung finden müßten. So faßte die Gemeinde der Reformierten in Breslau den Entschluß, eine höhere Lehranstalt zu gründen, und zwar richtete man sein Augenmerk dabei hauptsächlich auf den künftigen

1) Lehmann V, 625. 633. 634. Das Wort weitläuftig braucht Friedrich ebenso ebd. IV, 199 (5. März) und bei Büsching, Char., S. 84 (2. Januar 1769).

2) Ebd. 695. 696.

Kaufmann, Künstler, Soldaten, Handwerker und Landwirt und nahm sich die von Hecker in Berlin gegründete Realschule zum Muster. Diese besuchte damals, wie erwähnt, ein Sohn des schlesischen Ministers v. Schlabrendorff, und letzterer ist es wahrscheinlich gewesen, welcher den Blick der reformierten Prediger dorthin gelenkt hat. Am 24. Januar 1765, dem Geburtstage des großen Königs, wurde die neue Lehranstalt mit 26 Zöglingen eröffnet.

Von den Sprachen nahm die französische hier den ersten Platz ein, und viele Stunden wurden ihr gewidmet. Die Zöglinge der obersten Abteilung sollten alle Arten von Aufsätzen machen, Briefe schreiben und hauptsächlich sprechen lernen. Vom Latein heißt es in der „umständlichen Nachricht", die 1766 erschien: es sei nicht nur dem Gelehrten notwendig, sondern auch andern sehr nützlich, und einige Kenntnis davon einem jeden dienlich, damit er wenigstens ein vorkommendes lateinisches Wort verstehen könne. In der obersten von den drei Klassen sollten die Schüler Aufsätze machen, im Sprechen geübt werden und Dichter oder einen andern schwereren Schriftsteller lesen. Doch war kein Zögling gezwungen, das Latein zu erlernen, sondern jeder konnte darin so weit gehen, als ihn die Rücksicht auf seinen künftigen Stand oder Lust und Neigung trieben. Überhaupt wurde niemand genötigt, alles, was die Anstalt lehrte, mitzunehmen, sondern entweder fragten die Lehrer nach der Bestimmung des aufgenommenen Schülers und schrieben hierauf die zu besuchenden Stunden vor, oder die Eltern thaten dies.

Von andern Sprachen wurde nur das Polnische gelehrt, das Englische und Italienische in Aussicht genommen. Die übrigen Unterrichtsgegenstände waren: Religion, Mathematik, Physik, Geschichte, Geographie, Rechnen, Schreiben und für diejenigen, die es wollten, noch Zeichnen, Tanzen, Klavierspielen und Deklamieren. Weiter ist vom Deutschen keine Rede. Es herrschte ferner nicht das Klassen-, sondern das Fachsystem. Die Anfänge einer Sammlung physikalischer Instrumente und historischer Münzen, eines Naturalienkabinettes

und einer Modellkammer waren zu dieser Zeit bereits vorhanden. Der König unterstützte die neue Lehranstalt, die seinen Namen trug, durch verschiedene Geldbeiträge; im ganzen hat er 17093 Thaler gespendet.

Auch die Stadt erwog auf den Antrieb Schlabrendorffs, ob es nicht nützlich wäre, mit ihren beiden Gymnasien eine solche Anstalt für diejenigen, welche nicht studieren wollten, zu verbinden. Zwei Tage nach der Eröffnung der Friedrichs-Realschule schrieb die Breslauer Kammer an den Magistrat, um seinen Eifer in dieser Sache zu vergrößern, und sie bemerkte, daß es gar nicht nötig wäre, sich über einen Plan den Kopf zu zerbrechen. Sie ermahnte die Stadt, die Berliner Realschule ganz und gar zum Muster zu nehmen und nachzuahmen und ja nicht die Gymnasien in ihrer bisherigen Verfassung ungeändert zu lassen. „Die Notwendigkeit erfordert", schrieb die Kammer, „das Schulwesen allhier auf einen andern Fuß zu bringen und dem Publiko nutzbar zu machen."

Noch manchmal ließ der Magistrat sich drängen; endlich aber schickte er einen Rat und den Rektor des Magdalenäums nach Berlin, wo sie die Realschule Heckers in Augenschein nehmen sollten, und zeigte dann am 2. Januar 1766 an, daß künftig in jenem Gymnasium nicht allein Theologie, gelehrte Sprachen, Philosophie und alle andern Teile der eigentlichen Gelehrsamkeit, sondern auch außer der reinen deutschen Sprache das Französische, Polnische, Englische und Italienische getrieben, im Rechnen, Schönschreiben, Zeichnen, in der praktischen Mathematik, im Feldmessen, in der Kriegs- und Zivilbaukunst, der Geographie, Geschichte, Wappenkunst und Genealogie, Moral, Naturlehre, Landwirtschaft, im Buchhalten und andern nützlichen Wissenschaften Unterricht und Anleitung erteilt werden sollen. Der Magistrat verwahrte sich dagegen, daß er den Glanz des Magdalenäums etwa zu verdunkeln gedächte; nein, er wollte denselben vielmehr erhöhen. „Es soll keine Handwerksschule daraus gemacht, sondern alle Teile der Gelehrsamkeit mit vollkommener Ordnung und Gründlichkeit darinnen getrieben werden", zeigte der Magistrat an. „Es sollen aber

auch diejenigen jungen Leute, welche sich dem Soldatenstande, der Handlung, der Landwirtschaft, einer Kunst, ja, einer Profession widmen wollen, Gelegenheit finden, dasjenige zu erlernen, was ihnen in ihrem künftigen Stande heilsam und förderlich sein kann." Wegen dieser Verbindung einer Realschule mit dem Gymnasium wurde die Anstalt ein Realgymnasium genannt.

Die sechste Klasse ward eine Vorschule, Latein und Französisch begannen in der fünften, Griechisch, Polnisch und Mathematik in der vierten; hier ward auch mit den Kunst- und Handwerkssachen der Anfang gemacht, und Drechseln und Modellieren geübt. In der dritten Ordnung kam Hebräisch, Feldmessen, Naturlehre, Briefschreiben und Unterweisung in der Dicht- und Redekunst hinzu, in der zweiten Philosophie, Moral und Buchführung. Endlich in der obersten Klasse sollte noch angewandte Mathematik, besonders bürgerliche und Kriegsbaukunst und Numismatik gelehrt, Experimentalphysik vorgenommen und außerdem eine Einleitung in die Ökonomie und Kameralwissenschaften gegeben werden. Die Heraldik schleppte sich von der vierten bis in die erste Klasse. In der Folge wollte man auch noch zur Erlernung der Botanik Gelegenheit verschaffen. Der Unterricht im Englischen und Italienischen, so wie im Tanzen, Fechten, Drechseln und Glasschleifen muß besonders bezahlt werden. Adelige Personen und Kinder angesehener Eltern erhalten den kleinen Vorzug, daß ihnen die ersten Tische und Bänke bei dem Katheder eingeräumt, aber hier die Plätze nach ihrem Fleiß und Betragen angewiesen werden sollen. Am 1. Mai 1766 begann der neue Unterricht im Realgymnasium.

Dreizehn Monate später ward in Breslau noch eine andere Lehranstalt eröffnet. Dieselbe bestand aus zwei Klassen. Die untere nahm kleinere Kinder beiderlei Geschlechts auf; dieselben lernten täglich von 9—10 Uhr morgens den Katechismus, Sprüche, Lieder und Psalmen durch Vorsprechen, außerdem hatten sie an zwei Tagen von 11—12 Uhr einen katechetischen Unterricht über den kleinen Katechismus, von 10—11 dagegen

lernten sie buchstabieren, lesen und in der Bibel aufschlagen, also 8 Stunden Religion und 6 Stunden Lesen. In der oberen Klasse befanden sich nur Mädchen. Die größeren Jungfern, wie sie genannt wurden, hatten früh von 9—10 Uhr in der ersten Hälfte der Woche Religion, in der andern Französisch, und zwar teils Grammatik, teils Lektüre des Neuen Testaments. Die Stunde von 10—11 Uhr war für Schreiben, Rechnen, Orthographie und französische und deutsche Briefe bestimmt. Von 11—12 hatten die Mädchen 2 Stunden Moral, 2 Stunden Zeichnen und 2 Stunden Geographie und Geschichte. Nachmittags wurden sie von 2—5 Uhr in allerlei Handarbeit unterrichtet, und eine Gouvernante sprach mit ihnen französisch. Die Kleineren lernten zu derselben Zeit nähen und stricken, und an einigen Tagen ward ihnen noch ein Unterricht zum Anfang im Französischen gegeben.

Bei dem Magdalenäum sündigte man, indem man den Schülern nicht nur eine gewisse allgemeine Bildung geben wollte, sondern sich noch abmühte, für die verschiedensten Berufsarbeiten vorzubereiten. Hier mußte man also vereinfachen, was denn auch am Ende des Jahrhunderts unter Manso geschehen ist. Dagegen von den Töchtern verlangte man noch wenig, weshalb man die Anforderungen an diese später hat steigern müssen. Friedrich der Große mißbilligte sehr die Erziehung des weiblichen Geschlechtes, die sich bei den vornehmen Ständen fast nur auf das angenehme Äußere bezöge, während die Ausbildung des Geistes gänzlich vernachlässigt würde, und er machte, wenn auch mit Einschränkung, den Lehrern der Ritterakademieen den Vorwurf, daß sie nur suchten das Gedächtnis ihrer Zöglinge vollzufüllen und diese nicht gewöhnten, selber zu denken. So äußert er sich in der Abhandlung über die Erziehung, welche 1770 gedruckt erschien [1]). Er verfolgte dann diese Gedanken weiter. Von Basedows Bestrebungen und der Erziehungsanstalt, die derselbe 1774 unter dem Namen Philanthropinum in Dessau gründete, scheint der König keine

1) Oeuvres IX, 125. 126.

nähere Kenntnis genommen zu haben. Dagegen reiste Zedlitz dorthin, um aus eigener Anschauung ein Urteil über das neue Verfahren zu gewinnen, und kehrte keineswegs als unbedingter Bewunderer heim. Er schätzte zwar Basedows Eifer und Redlichkeit und billigte dessen Prinzipien. Er hatte mit Vergnügen wahrgenommen, daß die Schüler desselben durch Fröhlichkeit, Lerneifer, Übung der Körperkräfte, durch eine nicht gewöhnliche Fertigkeit im Latein und Rechnen vor andern sich auszeichneten. Aber er meinte doch weiter, Basedow habe noch nicht gezeigt, ob die Methode, welche für Kinder passe, für Jünglinge sich ebenfalls eignen werde; er gehe wohl auch aus Haß gegen die gekünstelten Sitten der feinen Welt zum andern Äußersten über, und man könne das, was er thue, nicht in öffentlichen Schulen ausführen, sondern nur in Erziehungsanstalten.

Einige Jahre später wendete Friedrich seine Aufmerksamkeit den Gymnasien zu. Er war aus dem siebenjährigen Kriege, wie erwähnt, in seine Hauptstadt mit der Absicht eingezogen, das niedere Schulwesen zu verbessern, und mit einem ähnlichen Vorsatze verließ er nach dem bayerischen Erbfolgekriege Schlesien inbezug auf die höheren Unterrichtsanstalten. Er hatte am 5. September 1779 eine Unterredung über diesen Gegenstand mit dem Minister v. Zedlitz. Seine Willensmeinung gab er in einem längeren, von dem Kabinettsrat Stellter aufgesetzten Schreiben kund. Er hatte wahrgenommen, daß bei den Gymnasien noch viele Fehler vorkämen und daß besonders in den kleineren Schulen Rhetorik und Logik nur sehr schlecht oder gar nicht gelehrt würden. Er hielt es nun mit Recht für eine vorzügliche und einem jeden Menschen notwendige Eigenschaft, folgerichtig zu denken und klar und deutlich sich auszudrücken. Sein Schreiben an Zedlitz ist freilich darin kein Muster; denn es leidet an vielen Wiederholungen, bisweilen sucht man vergeblich den logischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Sätzen, und die Gedanken gehen manchmal bunt durcheinander, auch ist hier und da der Ausdruck mangelhaft. Im Ziel aber wird man dem Könige recht geben, wenn er verlangte, daß die reiferen Schüler auch eine eigene, selbständige Thätigkeit ent-

wickeln und deswegen schriftliche Übersetzungen und Aufsätze machen müßten. Friedrich wünschte weiter, es möchten die besten Schriftsteller der Griechen, Römer und Franzosen ins Deutsche übertragen werden. Er meinte, die jungen Leute würden dann erst ein Verständnis gewinnen und nicht bloß Worte lernen; außerdem könnten mit diesen Übersetzungen die der Schüler verglichen und letzteren nachgewiesen werden, wo sie unrechte Wörter angebracht hätten. Die Schriftsteller waren gut ausgewählt, und das Lateinische betonte Friedrich noch besonders und wiederholt; er meinte, die Schüler müßten es unbedingt lernen, selbst wenn sie Kaufleute würden oder sich irgend einem anderen Fache des bürgerlichen Lebens widmeten.

Auch des Griechischen vergaß der König nicht. Hatte er sich doch schon vor sechs Jahren gegen d'Alembert gerühmt, daß das Studium dieser Sprache gänzlich aufhören würde, wenn er sich nicht darum bekümmerte [1]). Für die Rhetorik und Logik wurden Quintilian und Wolff von ihm empfohlen, beide jedoch in kürzerer Gestalt und jener übersetzt. Auch sollte eine deutsche Grammatik, die Gottschedsche oder eine andere, in den Schulen gebraucht werden. Inbezug auf die Philosophie verlangte der König, daß kein Geistlicher darin unterrichten dürfte, denn das wäre gerade so, wie wenn ein Jurist einem Offizier die Kriegskunst lehren sollte; vielmehr müßte dazu ein Weltlicher genommen werden, der alle Systeme mit den jungen Leuten bespräche, aber keine neuen machte und auch etwas von der Metaphysik durchnähme. Die Geschichte sollte gleich anfangs Gegenstand des Unterrichts sein, aber erst in den neueren Zeiten genauer behandelt werden.

An die Lehrer stellte der König die Forderung, sie müßten den Schülern durch eine bessere Methode das Lernen erleichtern, sich anstrengen und Hingebung zeigen, und wenn sie das nicht thäten, sollte man sie auf die Finger klopfen, dagegen diejenigen, welche sich auszeichneten, zu ihrer eigenen Aufmunterung und zum Sporn für die übrigen befördern. Es sollten ferner alle

1) Oeuvres XXIV, 594. Der Brief an Zedlitz steht XXVII, 3, 251 ff.

Schüler, welche den Unterricht versäumten, den Eltern angezeigt werden, damit diese sie straften; ja, der König meinte, daß es von großem Nutzen sein würde, wenn die jungen Leute so wie im Joachimsthalschen Gymnasium beständig zusammen wohnten; sie würden dann weit mehr lernen, als wenn sie zuhause wären, wo die Eltern sie herumlaufen ließen.

Der König befahl dem Minister, mit der Schulverbesserung in den großen Städten wie Königsberg, Stettin, Berlin, Magdeburg, Breslau anzufangen. Zedlitz richtete sein nächstes Augenmerk auf die Anstalt, mit welcher er als Obervorsteher noch besonders verbunden war, nämlich auf das Joachimsthalsche Gymnasium. Hier hatten vor zwölf Jahren noch Zustände geherrscht, wie Friedrich sie geschildert, d. h. die Verstandeskräfte wurden sehr wenig geübt und die Schüler fast gar nicht zum Selbstdenken und zu eigenen Ausarbeitungen angehalten. Latein bildete die Hauptsache. Nur in der obersten Klasse las man griechische Schriftsteller, in den vorhergehenden übersetzten alle Schüler ohne Ausnahme das Neue Testament ins Lateinische. Die deutsche Sprache wurde fast gänzlich vernachlässigt, und so konnten sich denn viele Jünglinge wohl hübsch lateinisch ausdrücken, aber einen grammatisch richtigen Aufsatz in ihrer Muttersprache vermochten sie nicht zu liefern. Ein Greis lehrte das Französische, noch dazu in einer einzigen Klasse, nur wenige Schüler wohnten diesem Unterrichte bei, weil auf den Besuch desselben nicht eben strenge gehalten ward, und die meisten nahmen Stunden bei Privatlehrern. Der ganze Unterricht in der Rhetorik bestand in einer trockenen Erklärung der Figuren, und die Geographie und Geschichte wurden nur als Gedächtniswerk behandelt. Auch die Zucht ließ viel zu wünschen übrig. Da suchte der bekannte Sulzer zu bessern. Er hatte jahrelang den mathematischen Unterricht am Joachimsthalschen Gymnasium erteilt, und als er 1766 Visitator dieser Anstalt geworden war, empfing er den Auftrag, den ihm bekannten Übelständen abzuhelfen. Er arbeitete nun ein neues sehr umfangreiches Reglement aus, welches der König am 13. Mai 1767 bestätigte.

Es traten sehr wesentliche Veränderungen jetzt ein. Die Privatstunden wurden in öffentliche verwandelt und den Lehrern die Methode vorgeschrieben, welche sie fortan befolgen sollten. In den vier unteren Klassen lehrte man die Anfänge der Religion, der deutschen, lateinischen und griechischen Sprache, der Geographie und Geschichte. Außerdem wurden zur Schärfung der Aufmerksamkeit und des Verstandes ausgesuchte und für die Jugend anziehende Stellen aus geographischen, geschichtlichen und moralischen Schriften in deutscher Sprache gelesen und erklärt, und Sulzer gab zu diesem Behuf ein Buch heraus unter dem Titel: „Vorübungen zur Erweckung der Aufmerksamkeit und des Nachdenkens."

In den oberen Klassen sollten die Werke der besten klassischen Schriftsteller ganz oder in ausgesuchten Stellen, teils bloß in Absicht auf die Sprache, teils in Absicht auf den Inhalt, den Geist und die Denkungsart der Verfasser, fleißig gelesen und erklärt werden, und die Schüler sollten lernen gut deutsch, lateinisch und französisch schreiben. Damit ferner die Jugend geschickt gemacht würde, gründlich über wichtige Sachen nachzudenken, scharf zu urteilen, sich bestimmt und überzeugend auszudrücken, sollten ihr vorzügliche Muster der Beredsamkeit erklärt, die Gründe und die vornehmsten Regeln der Kunst beigebracht und Stoffe, die nach ihrer Fähigkeit eingerichtet wären, zur Ausarbeitung aufgegeben werden. Natürlich fehlten Geographie und Geschichte nicht. Endlich von den höheren Wissenschaften sollten Theologie, Rechtsgelehrsamkeit, Mathematik und Physik nach ihren wesentlichsten Teilen mit möglichster Deutlichkeit dergestalt vorgetragen werden, daß die Jugend gründlich vorbereitet würde, dieselben auf den Universitäten ausführlicher zu erlernen [1]).

Der Plan entsprach in vielen Stücken den Forderungen, welche der König zwölf Jahre später erhob; aber es fehlte das einträchtige Zusammenwirken der Lehrer, und als Sulzer nun gar, um den Widerstand zu verringern, das Rektorat eingehen und die Anstalt durch die Professoren leiten ließ, wurde die

1) Brunn, Versuch einer Lebensbeschreibung Meierottos, S. 138—147.

Schulzucht immer schlechter, und Zustände traten zuletzt ein, welche das Gymnasium ganz in Verruf brachten und die uns fast unglaublich erscheinen. Im Jahre 1775 erhielt die Anstalt wieder einen mit ordentlicher Gewalt bekleideten Rektor, Namens Meierotto. Dieser ausgezeichnete Schulmann stellte die gute Zucht und Ordnung wieder her und führte das Fachsystem ein, um neben dem Latein die Bedeutung der andern Unterrichtsgegenstände in den Augen der Schüler zu heben. Als nun Zedlitz die erwähnte Unterredung mit Friedrich dem Großen gehabt hatte, ließ er zwei Tage später Meierotto rufen, machte denselben mit der Absicht des Königs bekannt und verlangte, daß die notwendigen Veränderungen sogleich ins Werk gesetzt würden. Meierotto teilte darauf dem Minister schriftlich mit, welche Forderungen das Gymnasium bereits erfülle und was noch zu thun sei. Merkwürdig, daß er glaubte, die meisten Schüler würden nicht imstande sein die verschiedenen klassischen Schriftsteller sich zu kaufen. Die neuen Anforderungen fand er stark, und er sah es als eine ausgemachte Sache an, daß die jungen Leute zwei Jahre länger würden in der Anstalt bleiben müssen. Er glaubte nun aber, daß dieses durch Vorstellungen nicht zu erlangen sein würde, und er wünschte darum, es solle keine Universität Schüler ohne das Zeugnis aufnehmen, daß sie die ganze scholastische Laufbahn geendet, die geforderten Schriftsteller gelesen haben und in der letzten Prüfung tüchtig gefunden worden seien. Acht Jahre später ging dieser Wunsch in Erfüllung.

Der Minister schickte dem Rektor als Erwiderung einen Aufsatz, welcher das Datum des 6. Oktobers trägt. Er zählte darin zuerst alle Forderungen auf, welche der König genannt hatte; dann strich er Naturrecht, Moral und theoretische Philosophie gänzlich aus und verlangte, daß die Statistik bei den verwandten Wissenschaften ihre Stelle finden sollte. Die Rhetorik wollte der Minister so gelehrt wissen, daß einige Reden des Cicero und Demosthenes durchgegangen, dabei der Quintilian zur Hand genommen und auf solche Weise die Anwendung praktisch gezeigt würde. Ferner sollten nicht allein

Horaz, Virgil und Cicero, sondern auch Sallust, Livius und Tacitus gelesen werden. Auch im Griechischen hielt Zedlitz es für nötig, daß mehr Schriftsteller in der Schule Berücksichtigung fänden; er nannte neben Homer noch Anakreon und Theokrit und wies namentlich auf Xenophon und Plato hin; ja er wollte letzteren noch zum Unterricht in der Logik benutzen und hatte bereits Anstalten getroffen, daß die vier Gespräche Menon, Kriton und die beiden Alcibiades besonders abgedruckt würden. Er bestimmte für jedes Halbjahr einen Dialog. Dieser wird zuerst ganz gelesen und erklärt, hierauf diktiert der Lehrer eine Inhaltsangabe, der Schüler macht alsdann einen Auszug und stellt alles Zusammengehörige über Begriffe, Sätze, Definitionen, Schlüsse unter eigene Hauptstücke. Der Lehrer erklärt, was auf Logik und Metaphysik sich bezieht, berichtigt manches durch neue Entdeckungen und läßt eigentlich, sagt der Minister, die Schüler selbst eine Logik schreiben. Und wie bei der Rhetorik der Quintilian, so sollte hier allemal der kleine Wolff oder Reimarus aufgeschlagen und erklärt werden. Der Minister versprach sogar, noch eine Anleitung und Probe folgen zu lassen. Für die Geschichte der Philosophie ließ er auch schon ein Schulbuch abfassen, enthaltend Auszüge aus Cicero nebst kurzen Zusätzen aus Aristoteles, Plato, Sextus Empiricus, Diogenes Laërtius und andern. So würde, meinte der Minister, Sprach- und Sachkenntnis ebenfalls verbunden.

Die Geographie wollte Zedlitz um so eifriger auf dem Gymnasium getrieben wissen, weil sie auf der Universität gar nicht gelehrt würde, und er wünschte, die Schüler möchten angehalten werden, ein in der Stunde durchgenommenes Land nachher aus dem Kopf und ohne Maßstab nur ungefähr zu zeichnen. Was endlich die deutsche Sprache betrifft, so redete der Minister seltsamer Weise von einer Vorlesung darüber für die oberen Klassen, die der Professor Engel übernehmen sollte. „In die unteren gehört nicht eigentlich Grammatik", fuhr er fort, „sie ist Metaphysik der Sprache und zu schwer für Lehrer und Lernende; dagegen kurze Aufsätze, richtiger Ausdruck, alles aus Übung und nach Gehör".

Unter den Gymnasien, welche dem Minister für die Verbesserung des Unterrichts vom Könige genannt worden waren, befand sich auch das Elisabetanum in Breslau als eine Lehranstalt, wo gute Leute gezogen würden, die hernach zu Schulmeistern genommen werden könnten. Friedrich hatte mit dem Rektor dieses Gymnasiums, Arletius, am 13. Mai 1779 eine Unterredung gehabt und besonders vom Griechischen und Lateinischen, von Cicero und Demosthenes gesprochen; denn er dachte damals bereits an die Verbesserung des höheren Schulwesens. Das erfuhr er freilich nicht, wie man zu eben dieser Zeit bemüht war, dem sehr heruntergekommenen Gymnasium durch eine neue Schulordnung wieder aufzuhelfen. Als man am 5. Oktober letztere einführte, da beschäftigte sich der Magistrat schon wieder mit dieser Anstalt; er sollte nämlich gewisse Fragen beantworten, die Zedlitz infolge des königlichen Befehls vom 5. September 1779 gethan. „Ihr werdet übrigens von selbst einsehen", hieß es in dem Schreiben des Ministers weiter, „daß es hierbei auf keine Einschränkung Eures Patronatsrechtes abgesehen sei, sondern uns als Landesherrn unbezweifelt das Recht der Oberaufsicht über alle Schulen unserer Lande, sowie das Recht Lehrmethoden einzuführen, ohne Nachteil jenes Patronatsrechtes zustehe."

Erst am 22. November ging die Antwort des Magistrats nach Berlin ab; hier wurde sie geprüft und alsdann befohlen, den Stundenplan nach den mitgeschickten Bemerkungen umzugestalten. Drei Forderungen schickte der Minister voran. Er verlangte, die Privatstunden sollten aufhören und die Lehrer müßten so unterrichten, daß jeder mittelmäßige Kopf fortkommen könnte. Ferner sollten Vorschläge zur Einschränkung der Schuldramen gemacht werden, und endlich tadelte der Minister die übergroße Zahl der Religionsstunden. In Sexta wurden nämlich 11, in Quinta 9 wöchentlich erteilt. Er dagegen schrieb je 6 vor, und zwar sollte man nur etwas biblische Geschichte erzählen, etwas aus dem Neuen Testamente vorlesen und erklären, den Katechismus ganz weglassen und nur solche Stunden geben, wie die beiden vom Minister mitgeschickten

Beispiele zeigten. Dieselben waren in sokratischer Art und Weise geschrieben und handelten davon, ob es mehr Gutes oder Böses in der Welt gebe, und ob das angenehm und gut sei, was Gott haben will. Das erste Beispiel war eigentlich eine reine Denkübung und hing mit der Religion nur durch das zuletzt vorkommende Wort Gott zusammen. In den Bemerkungen erwähnte der Minister noch andere solche Aufgaben; der Lehrer könnte z. B. die Kinder anhalten, die vierfüßigen Tiere und ihren Nutzen herzuzählen oder die Witterung und deren Wirkungen anzugeben. Zedlitz nannte solche Unterweisungen, welche sich bis nach der Tertia hineinziehen sollten, moralisch-religiöse, physiko-theologische Stunden; dieselben mußten ohne Zweifel mit der Zeit recht langweilig werden, ebenso die 6, wo nicht 10 deutschen Stunden, welche für Sexta verlangt wurden. Wie dort kein Katechismus, so sollte hier keine systematische Grammatik getrieben werden, sondern man läßt durch einige Fehler, die man inbezug auf Mehrheit, Zeit und Endungen macht, Verwirrungen entstehen, welche die Schüler selbst heben müssen. Auch die lateinische Grammatik sollte nur nebenher in Sexta getrieben, ja, noch besser erst in Quinta diese Sprache angefangen werden.

Mit der Lektüre der Reden Ciceros wollte Zedlitz den Unterricht in der Redekunst verbunden haben. Man müsse nämlich auch die rhetorischen Wendungen berücksichtigen, die Kunstwörter dafür lehren und dabei jedesmal die passenden Stellen aus dem Quintilian aufschlagen lassen und erklären; auf andere Weise letzteren Schriftsteller zu treiben, sei zu trocken und unangenehm für die jungen Leute. Das Griechische wird in den drei oberen Klassen in wöchentlich je 6 Stunden gelehrt, in Tertia, wo es beginnt, treibt man zuerst ein wenig Grammatik und liest und erklärt alsdann gleich Lucian und Xenophon.

Die Realien waren bisher zu sehr vernachlässigt worden; umgekehrt begünstigte sie der Minister jetzt übermäßig. Er verlangte für die Naturgeschichte vier Stunden in Sexta, sechs in Quarta, wobei freilich noch etwas Physik getrieben werden

sollte. Nun rechne man in dieser letzteren Klasse noch sechs Stunden Geschichte, sechs Stunden Geographie, sechs Stunden Religion; was bleibt da für Latein, Schreiben und Rechnen übrig? Die Prima wurde ganz überladen.

Der Minister haßte es mit Recht, daß die Kinder gezwungen würden, eine Menge von unverstandenen Dingen mechanisch auswendig zu lernen. Es war ferner lobenswert, wenn er dem Unterrichte die Trockenheit zu benehmen wünschte und für die Realien eine größere Berücksichtigung verlangte. Aber er fand nicht sogleich das richtige Maß und gab zu gegründetem Widerspruch Anlaß. Der Haupteinwand des Magistrates betraf die Religion; er berief sich auf sein Recht die Schulen zu leiten, und auf die gewährleistete Religionsfreiheit und erklärte, daß er sich gedrungen fände, den Unterricht in diesem Gegenstande nicht abzuändern. Er wollte ferner die Lehrer in ihren Privatstunden nicht beschränken; denn ihre Einkünfte, schrieb er, seien gering, in anbetracht, daß die Preise seit dem Kriege und der Münzverschlechterung unglaublich gestiegen seien. Der Unterricht in der Mathematik sei stiftungsmäßig umfangreicher. Es mangelte ferner an naturgeschichtlichen Sammlungen und an Modellen. Die Schüler seien zu arm, um sich die teuren neuen Schulbücher zu kaufen. Mit wenig Grammatik könne man keine gründliche Kenntnis der gelehrten Sprachen erlangen. Endlich daß in Quarta das Griechische wegfallen und in Tertia Xenophon und Lucian gelesen werden solle, beruhe wohl auf einem Schreibfehler. Der Magistrat machte dann ein Zugeständnis, indem er es für notwendig erklärte, für gewisse Stunden neue Lehrer anzusetzen, und bat zuletzt um die Bestätigung des beigelegten Stundenplanes.

Der Minister antwortete: „Das von Euch hin und wieder eingestreute Räsonnement, welches überhaupt in einem Bericht am unrechten Orte steht und durch mehr Bescheidenheit nicht ungründlicher geworden sein würde, enthält so viele aller Pädagogik, Menschenkenntnis und selbst Politik zuwiderlaufende Sätze, daß sie unmöglich hier alle widerlegt werden können."

Unter anderm erteilte Zedlitz dem Magistrate folgende Rüge: „Überhaupt scheint Ihr noch nicht viel von neueren pädagogischen Vorschlägen und von andern Einrichtungen gehört zu haben, welches Euch auch nicht zum Vorwurf gereichen würde, wenn Ihr nur nicht mit solcher Zuverlässigkeit darüber zu urteilen Euch ganz unberufenerweise anmaßen wolltet." Der Minister fuhr dann fort: „Derjenige Unterthan, meint Ihr, sei der beste, welcher am besten glaubt, und derjenige der schlechteste, welcher am meisten räsonniert. So gut sich auch gewisse geistliche und bürgerliche Vorgesetzte dabei zu stehen vorstellen mögen, so ist doch eine solche auf Dummheit gegründete Sicherheit nicht nur schädlich, sondern auch höchst ungewiß." Der Minister sucht nun solches nachzuweisen und stellt jener Behauptung den Satz entgegen: „Der Bürger muß gewöhnt werden, über nichts, was nicht in sein Fach gehört, zu räsonnieren, z. B. nicht über politische und militärische Einrichtungen, nicht über spekulative Streitigkeiten der Gelehrten u. s. w. Dagegen über seine Pflichten muß jeder aufgeklärt werden." Zedlitz blieb dabei, daß es besser sei, den Katechismus erst im zwölften Jahre zu lernen. Er meint: wenn der Vater glaube, sein Kind könne vorher sterben und müsse zu seiner Seligkeit den Breslauer Katechismus wissen, so könne er das Kind denselben zuhause lernen lassen. „Nur hüte sich," fügt Zedlitz hinzu, „irgendein geistlicher oder ein anderer durch Geistliche aufgehetzter Mann, den Bürgern solche Grillen in den Kopf zu setzen und sie gegen weise Einrichtungen aufzuwiegeln."

Der Minister sprach sich abermals gegen systematische Lehrbücher aus, und er blieb dabei stehen, eine Wissenschaft müsse bei Gelegenheit eines alten Schriftstellers gelehrt werden, z. B. Logik bei dem platonischen Dialoge Menon, das Wichtigste von Moral beim Kriton, Menschen- und Staatskenntnis beim ersten und allgemeine Religion beim zweiten Alcibiades.

Der Magistrat ließ den Lektionsplan nun noch einmal umändern; aber das geschah nicht sklavisch. Trotzdem findet sich eine übermäßige wöchentliche Stundenzahl in den meisten

Klassen, in Sekunda schwankte sie zwischen 36 und 44; denn mancher Unterrichtsgegenstand war offenbar dem freien Willen preisgegeben.

Der Magistrat ersuchte zugleich die Kriegs- und Domänenkammer um Geld, damit die alten und die neu anzusetzenden Lehrer besser besoldet und sowohl naturhistorische als andere Lehrmittel angeschafft werden könnten. Aber die Kammer konnte keine Beihilfe gewähren. Sie sah überdies nicht ein, weshalb die Reform nicht ins Leben treten könnte. Sie gab zu, daß die Lehrer nicht sonderlich besoldet wären. „Wir finden aber nicht," fuhr die Kammer fort, „daß diese Lehrer selbst so sehr nach Zulagen schreien, da es bloß darauf ankommt, daß sie einige Stunden mehr als sonst halten sollen. Wir glauben auch, wenigstens haben wir zu ihnen als bekannten vernünftigen und gutdenkenden Leuten das Vertrauen, daß, wenn ihnen die wahre Beschaffenheit der Sache und die Unmöglichkeit, ihnen gegenwärtig Zulage verschaffen zu können, der gute Wille aber, ihnen solche gelegentlich zuwenden zu wollen, vorgelegt wird, sich selbige gewiß beruhigen werden."

Die Lehrer waren aber begreiflicherweise nicht dieser Meinung, und so verzögerte sich der Abschluß der Reform bis in das Jahr 1785. In der Nachricht von der verbesserten Einrichtung des „Elisabetanischen Gymnasiums" gab der Magistrat zu, daß bisher verschiedene für die gelehrte sowohl als nichtgelehrte Erziehung gleich nötige Lektionen darin gefehlt hätten, die also die Jugend entweder gänzlich entbehren oder mit großen Kosten neben dem öffentlichen Unterricht erhalten mußte; wenn aber die Schüler mit Privatstunden überhäuft würden, hätten sie nicht selten um dieser willen die andern vernachläßigt. Der Magistrat zählte dann die neuen Lektionen auf, die am 1. Juli 1785 beginnen sollten, nämlich das Schreiben, Rechnen und Zeichnen, ferner die Naturkunde, Geographie und Geschichte in den unteren, die Mathematik in der dritten und zweiten Klasse, die vollständigere und zweckmäßigere Übung in der deutschen Sprache, im guten Vortrag und in schriftlichen Aufsätzen und endlich die französische und die

polnische Sprache. Um nun aber bei der großen Mannigfaltigkeit der Lehrstunden die nachteiligen Kollisionen derselben so sehr als möglich zu vermeiden, führte man auch hier das Fachsystem ein. Damit endete die Reform des Elisabetanums. Auch in anderen Städten machte sich die Einwirkung des Ministers auf die höheren Lehranstalten bemerklich. Aber das Gegebene wird genügen, um die Richtung anzuzeigen, in welcher er Änderungen herbeiführte.

Siebentes Kapitel.

Die Universitäten, die Schulen der Jesuiten und die katholische Kirche.

In der zweiten Hälfte der Regierung Friedrichs des Großen trat der Gedanke mächtig auf, daß die Elementarlehrer für ihre Kunst einer besonderen Unterweisung bedürften, und man fing an, wie erwähnt, für diesen wichtigen Zweck Seminare zu gründen. Zedlitz ging aber noch einen Schritt weiter. Er machte den Versuch, zur Bildung von Gymnasiallehrern eine solche Anstalt einzurichten, und es gelang ihm dies in der Universitätsstadt Halle. Dort befand sich ein theologisches Seminar, welches Professor Semler seit 1757 leitete. Dieser war ein wissenschaftlicher Mann, welcher das Studium der klassischen Sprachen für notwendig hielt und es bedauerte, daß dieselben nicht genug betrieben würden. Auch Friedrich der Große tadelte letzteres öffentlich. In dem Brief über Erziehung schrieb er: „Die Universitäten in Frankfurt a. d. O. und Halle haben so gute Professoren, als die Zeit darbietet. Doch nimmt man mit Bedauern wahr, daß das Studium

der griechischen und lateinischen Sprache nicht mehr so wie früher in Übung ist [1]."

Semler suchte und fand Abhilfe. Der Inspektor des Seminars wurde gegen eine Gehaltserhöhung verpflichtet, Vorlesungen zur Beförderung griechischer und lateinischer Sprachkenntnis zu halten; Disputierübungen und schriftliche Aufsätze waren damit verbunden. Und so mußten denn die vorgeschrittenen Seminaristen, Senioren genannt, über aufgegebene oder selbstgewählte Stücke sowohl der Theologie als der Philologie Vorlesungen halten; auch die übrigen Mitglieder nahmen teil an den schriftlichen Ausarbeitungen, für welche besondere Prämien öfters ausgesetzt wurden. Der Oberkurator der Universität, Minister v. Zedlitz, erfuhr zu seiner großen Zufriedenheit von diesen Bemühungen und wünschte nur die Einrichtung des Seminars dahin erweitert zu sehen, daß es im eigentlichen Sinne eine Pflanzschule guter Lehrer heißen könnte. Er trug also dem Inspektor Schütz noch auf, pädagogische Vorlesungen zu halten. Letzterer, der in der Geschichte der Philologie eine geachtete Stellung einnimmt, war selbst einstens Mitglied des Seminars gewesen, und er wirkte seit 1769 an demselben als Inspektor mit vorzüglichem Erfolge. Vier Jahre darauf erhielt er eine außerordentliche, 1777 eine ordentliche Professur. Als er hierzu ernannt ward, empfahl Zedlitz ihm sehr nachdrücklich, auch fernerhin allen Fleiß anzuwenden, um geschickte Lehrer zu bilden.

Schütz beschloß, nichts unversucht zu lassen, was den Absichten des Ministers entsprechen könnte. Er entwarf einen Plan, beriet ihn mit Semler, und Zedlitz erteilte die Erlaubnis, aus den Einkünften des Seminars eine Stube zu mieten; denn es sollte wenigstens eine kleine Schule errichtet werden, wo die Seminaristen Gelegenheit fänden, bewährte Unterrichtsmethoden anwenden zu sehen und selbst anzuwenden. Zu Ostern 1777 trat die neue Einrichtung mit nur zwei Schülern, zu denen aber bald noch ebenso viel hinzukamen, ins Leben.

1) Oeuvres IX, 117.

Lehrgegenstände waren Vorübungen in der deutschen Sprache, Lektüre lateinischer Fabeln, Erzählungen und Gespräche, Anfangsgründe der Physikotheologie, Geographie, Arithmetik, Geometrie, Schönschreiben und etwas später auch Zeichnen und Singen. Noch in demselben Jahre kam Zedlitz, um sich selbst über den Fortgang des Werkes zu unterrichten, und er fand Ursache, seine Zufriedenheit über das, was er gesehen und gehört hatte, zu äußern.

Nicht lange, so dachten Semler und Schütz an eine Erweiterung. Ihren Plan genehmigte der Minister, und im Anfange des Jahres 1778 kündigte der Inspektor öffentlich die Absicht an, mit welcher sie umgingen, zu Ostern eine Pensions- oder Erziehungsanstalt für 20 Schüler zu errichten, von denen jeder 200 Thaler zahlen sollte. Den Namen Philantropinum verboten sich die Leiter ausdrücklich. „Von des um die Erziehung unstreitig sehr verdienten Basedows Grundsätzen", schrieb Schütz, „gehen wir in verschiedenen wesentlichen Punkten, z. B. dem Religionsunterricht, dem Unterricht in älteren Sprachen, gänzlich ab. Daß wir aber in vielen Stücken mit ihm und anderen würdigen Männern, die über Erziehung gedacht haben, zusammentreffen, werden uns nur diejenigen zum Vorwurf machen, welche die große Lehre: „Prüfet alles, und das Gute behaltet" weder als einen Grundsatz der gesunden Vernunft noch als die Stimme eines Apostels verehren."

Es wurden acht Klassen mit jährigem Kursus und eine Selekta, worin die Schüler eine unmittelbare Vorbereitung zur Universität empfangen sollten, in Aussicht genommen. Man gab sich aber keineswegs dem Glauben hin, daß alle Klassen zu gleicher Zeit Zöglinge haben würden, zumal da man gar nicht die Absicht verfolgte, eine große Zahl von Schülern zusammenzubringen. „Die Klassen", erklärte Schütz, „werden hier bloß genannt, die Stufen des Unterrichts zu unterscheiden."

Die gedruckte Nachricht enthielt den Lehrplan in der Art, daß bei der letzten Ordnung, die für Kinder von acht bis

neun Jahren bestimmt war, zugleich das Verfahren angegeben wurde, welches der Lehrer einzuschlagen hätte. Schütz und Semler, keineswegs, wie erwähnt, Freunde des Philanthropins in Dessau, verhielten sich doch nicht feindlich gegen die Grundsätze, welche dort befolgt wurden. Inbezug auf die Anfangsgründe der Geometrie z. B. schrieb Schütz: „Alles wird hier durch anmutige Einkleidungen schmackhaft, durch Anwendung auf einzelne Fälle der Praxis brauchbar, durch Figuren, durch Ausschnitte von Papier, Pappe, Kartenblättern, durch Modelle von Körpern anschaulich gemacht [1])." Und was den lateinischen Unterricht betrifft, so sollten, ganz wie Zedlitz es wünschte, anfänglich sehr leichte, nachher aber immer schwerere Erzählungen, Fabeln und Gespräche gelesen werden. „Man verschont die Kinder mit unbestimmten, abstrakten und dornichten Regeln der Grammatik. Doch werden ihnen ganz spielend die notwendigsten Gründe von den Hauptteilen der Sprache und den regelmäßigen Flexionen beigebracht."

Die Lektionen der übrigen Klassen wurden nur ihrem Inhalte nach bekannt gemacht, doch unterließ der Inspektor nicht, darauf hinzuweisen, wie dieselben in jeder Ordnung so miteinander harmonierten, daß die eine durch die andere erleichtert, unterstützt und ganz unvermerkt wiederholt würde, und wie die Lektionen einer niedrigeren Klasse die der höheren vorbereiteten.

Aber nicht allein für den Geist wollte die neue Anstalt sorgen, sondern auch für die Gesundheit, Munterkeit und Stärke des Körpers und für das Vergnügen der Zöglinge. „Dies ist eine Angelegenheit", schrieb Schütz, „die man, seitdem sie von Rousseau und nach ihm von Basedow so nachdrücklich empfohlen worden, unmöglich weiter vernachlässigen kann, sobald man freie Hand behält, die dazu dienlichen Einrichtungen zu treffen."

Auch über das Seminar gab Schütz Auskunft. Diejenigen Studenten, welche sich zur Aufnahme meldeten, wurden in

1) Gedruckt steht S. 18: Kartenblätter.

Absicht ihrer Fähigkeiten, ihrer bereits erlangten Kenntnisse und pädagogischen Talente geprüft, und der Direktor entschied alsdann, welche zugelassen werden sollten. Die ordentlichen Mitglieder des Seminars waren verpflichtet, die humanistischen und pädagogischen Vorlesungen zu hören, welche der Inspektor für sie hielt; doch wurde der Besuch auch andern Studenten, wie bisher gestattet. Die Mitglieder mußten ferner außer der Theologie noch die griechische, lateinische und französische Sprache, Geschichte, Mathematik, Altertümer und Philosophie treiben und daher immer ein in diese Fächer einschlagendes Kolleg hören. Aus ihnen wählte der Direktor die Senioren der zweiten und aus diesen wiederum die der ersten Ordnung. Jene hatten die Aufsicht über die Spiel- und Erholungsstunden der Zöglinge, die andern übernahmen den Unterricht.

Am Schlusse berief sich Schütz auf die Erfolge, welche das Seminar bisher gehabt hätte. „Seit ungefähr sieben Jahren", schrieb er, „sind weit über 50 gewesene Seminaristen abgegangen, die nun mit Ruhm als Rektoren oder Mitarbeiter an öffentlichen Schulen stehen oder als geschickte Hofmeister zum Vorteil einzelner Familien unter dem größten Beifall ihrer Prinzipale arbeiten. Zwei derselben, die Herren Struve und Lieberkühn, haben der Schule zu Neu-Ruppin eine bessere Einrichtung gegeben, und zwei andere stehen jetzt als Lehrer am Philanthropin in Dessau." Schütz gab der Zuversicht Ausdruck, daß die neuen Mitglieder des Seminars noch besser den Erwartungen entsprechen würden [1]).

Ein großes Hemnis für die Ausbreitung der griechischen Sprachkenntnis und Litteratur war damals die Seltenheit oder Kostbarkeit guter Ausgaben griechischer Schriftsteller. Die Lehrer mußten sich auf Schulen und Universitäten mit Chrestomathieen behelfen. Da beschloß Schütz, eine wohlfeile und

1) Nachricht von der bei dem königl. theol. Seminarinm zu Halle neu errichteten Erziehungsanstalt und den dabei zur Bildung geschickter Schullehrer und Hofmeister getroffenen Einrichtungen, herausgegeben von Christ. Gottfr. Schütz. Halle 1778, bei Hendel. Vgl. Semmlers Lebensbeschreibung, von ihm selbst verfaßt, I, 338 ff.

bequeme Handausgabe der Tragiker zu veranstalten und mit Äschylus zu beginnen, wie er am 20. März 1778 öffentlich anzeigte. Ferner, um die Einkünfte des Erziehungsinstitutes zu vermehren, beschloß die Direktion, mit dem Eintritt des folgenden Jahres ein pädagogisches Intelligenzblatt herauszugeben, und sie kündigte dies am 21. November an [1]).

Es war ein sehr schwerer Schlag für die neue Schöpfung, daß nicht lange nachher Schütz einen Ruf nach Jena annahm und Ostern 1779 dorthin abging. An seine Stelle kam Trapp vom Philanthropin mit dem Titel eines Professors der Pädagogik, während Niemeyer als Inspektor des theologischen Seminars wirken sollte. Jener hatte kaum die persönliche Bekanntschaft Semlers gemacht, als er auch schon zu ihm sagte: „Ihr Institut muß auffliegen [2])." Bei solchem Dünkel war an ein gedeihliches Zusammenwirken beider Männer kaum zu denken. Um das Unglück aber voll zu machen, gesellte sich zu dem einen Störenfried noch ein zweiter, der bekannte Theologe Karl Friedr. Bahrdt, ein talentvoller und beredter Mann, ausgerüstet mit mannigfaltigen Kenntnissen, aber ohne gründliches Wissen, dabei ebenso dünkelhaft wie Trapp, von lockeren Sitten und unstätem Lebenswandel, anfänglich gläubig, nachher Aufklärer. Im Jahre 1775 ging er nach Marschlin in Graubündten, wo ein Herr v. Salis ein Philanthropin errichtet hatte. Die beiden Männer paßten aber nicht gut zu einander; denn Salis war ein Freund einer guten Hausordnung, liebte strenge Regelmäßigkeit und verlangte pünktliche Pflichterfüllung. Und so konnte die Trennung ihnen nicht schwer werden, als Bahrdt einem Rufe des Grafen von Leiningen-Dagsbeheg nach Dürkheim folgte. Hier nahm er sich mehr zusammen und entfaltete als erster Superintendent und Prediger eine bedeutende Wirksamkeit. Er gründete zugleich eine der Marschliner ähnliche Erziehungsanstalt in dem

1) Die beiden Anzeigen befinden sich, wie auch die „Nachricht" in dem Sammelbande XIV, 34 a. o. der kgl. Universitätsbibl. in Halle.

2) Semler, S. 346.

leer stehenden Schlosse Heidesheim, welches ihm zu diesem Zwecke der Graf überlassen hatte. Die beträchtlichen Geldsummen, die hierzu notwendig waren, verschaffte sich Bahrdt durch die Herausgabe einer verbesserten Auflage seiner Übersetzung des Neuen Testamentes und anderer Bücherspekulationen. Jenes Werk aber vertrieb ihn aus Heidesheim, indem es dem Weihbischof von Worms und Bücherkommissar v. Scheben Gelegenheit gab, für eine Beleidigung, welche Bahrdt in einer seiner Schriften ihm zugefügt hatte, Rache zu nehmen. Er zeigte den Verfasser bei dem Reichshofrat an, und dieser suspendierte denselben von allen seinen Ämtern; Bahrdt sollte die ihm zur Last gelegten Irrtümer zurücknehmen oder das Deutsche Reich meiden. Zu seinem Schaden war er unbesonnen genug, mit einem sehr freimütigen Glaubensbekenntnisse zu antworten, anstatt zu schweigen und andere reden zu lassen; denn große Rechtsgelehrte, wie Böhmer, bestritten dem Reichshofrate mit guten Gründen die Befugnis, dergleichen Urteile zu fällen.

In dem Glaubensbekenntnis erklärte Bahrdt verschiedene Dogmen der Kirche für solche, die der Vernunft und Schrift zuwider sind und der Gottseligkeit schaden, so die gewöhnliche Lehrmeinung von der Erbsünde, von der Notwendigkeit einer Genugthuung, von der Bekehrung, die allein durch den Heiligen Geist in dem sich leidend verhaltenden Menschen bewirkt wird, von der Rechtfertigung, die ohne Rücksicht auf unsere Besserung und Tugend geschieht, von der Gottheit Christi und des Heiligen Geistes im athanasischen Sinne, von der Ewigkeit der Höllenstrafen. Bahrdt bezeugte, was er hierüber glaubte und nicht glaubte und bat den Kaiser, an welchen das Bekenntnis gerichtet war, zuletzt um Erweiterung der Rechte des Gewissens und größere Freiheit zu denken [1]).

Der Geächtete fand jetzt in Preußen einen Zufluchtsort. In Berlin half man durch eine Sammlung seinen ersten Bedürfnissen ab und sicherte ihm außerdem eine jährliche Ein-

1) Allgemeine deutsche Bibliothek 1780 (43. Bd.), 1. Stück, S. 45.

nahme von 400 Thalern auf zwei Jahre zu. Unter den Beitragenden befanden sich der höchst ehrenwerte Oberkonsistorialrat Teller und der Minister Zedlitz [1]). Außerdem gab letzterer dem bedrängten Manne, welcher damals noch keineswegs in so schlechtem Rufe stand wie später [2]), die Erlaubnis, in Halle Vorlesungen zu halten, jedoch keine theologischen, und er konnte glauben, durch diese Beschränkung jeden Stein des Anstoßes hinweggeräumt zu haben; allein er irrte sich. Gerade bei den Professoren der Gottesgelahrtheit erregte Bahrdts Ankunft, die im Mai 1779 erfolgte, großes Ärgernis und Unruhe.

Mit gutem Grunde hat der würdige Semler behauptet, es wäre nirgends anders in Deutschland so viel vernünftige Freimütigkeit und religiöse Duldung und so viel Verträglichkeit unter den Mitgliedern dieser Fakultät, welcher er selbst angehörte, bei aller Meinungsverschiedenheit zu finden [3]). Auch Zedlitz war mit ihr recht zufrieden. Er gedachte überhaupt Halle so sehr emporzubringen, als es jemals gewesen wäre; er hatte deshalb im Mai 1778 Kant dahin schicken wollen und es sehr bedauert, als dieser den Ruf ablehnte. „Erwägen Sie", schrieb er damals an den Königsberger Philosophen, „daß die in Halle lebenden 1000—1200 Studenten ein Recht haben, von Ihnen Unterweisung zu fordern, deren Unterlassung ich nicht verantworten möchte." In demselben Briefe bemerkte der Minister, die theologische Fakultät sei besser dort besetzt, als irgendwo in Europa, und er gedachte, wenn einer der Alltagsmenschen wegginge, sich dahin Griesbach zu holen [4]).

Eben diese Fakultät also ward ein Jahr später unruhig,

1) Allgem. deutsche Bibliothek 1780, S. 59. Trendelenburg, Kleine Schriften I, 139, Anm.

2) Sein Kollege Förster erzählt in der „Geschichte der Universität Halle", S. 214: „Bahrdt hörte 1786 auf zu lesen, kaufte sich einen Weinberg, wurde Gastwirt, legte darin einen Kaffee- und Bierschank nebst Billard an und machte darin den muntern und aufmunternden Wirt.

3) Ich benutze hier und später die Vorrede der Autobiographie Semlers; leider hat dieselbe keine Seitenzahlen.

4) Trendelenburg, S. 136.

als Bahrdt erschien, und sie konnte sich nicht enthalten, unter dem 4. Juli eine Zuschrift an den Minister zu richten. Die Unterzeichner sprachen darin auch von der traurigen Notwendigkeit, in welche sie kommen würden, Bahrdts Irrtümer zu bekämpfen und die ihnen von den Eltern und Vorgesetzten empfohlenen Studenten vor ihm zu warnen. Diese Drohung erbitterte den Minister ganz besonders, und er sprach in seinem Antwortschreiben von teuflischem Verfolgungsgeiste, von finstern ausgedachten und zum Teil ausgeführten Plänen, wodurch dem Manne Freiheit, Leben und Verdienst und alle Mittel entzogen werden sollten, die Jugend in gemeinnützigen Dingen zu unterrichten. Die Fakultät verwahrte sich aber unter dem 31. Juli gegen Beschuldigungen dieser Art, und vielleicht würde die Angelegenheit hier ein wünschenswertes Ende gefunden haben, wenn der Professor Semler nicht im August Bahrdts Glaubensbekenntnis heftig angegriffen hätte.

Dieser wohlbekannte Gottesgelehrte hat der Rechtgläubigkeit tötliche Streiche versetzt, indem er die Bücher des Alten und des Neuen Testamentes historisch-kritisch betrachtete und wider die Inspirationstheorie siegreich zu Felde zog. Er galt allgemein als ein freisinniger Theologe; die Orthodoxen nannten ihn wohl einen gottlosen Menschen, der schlimmer als ein Jude wäre [1]). Zugleich aber ist er jederzeit ein frommer Mann gewesen; ihm ging Bahrdt in seinen Ansichten viel zu weit, und er nahm Anstoß an dessen Lebenswandel. Wie, wenn der Minister den Verhaßten in eine Verbindung mit dem Erziehungsinstitut brächte? Dieser Gedanke, der allerdings nahe lag, war ihm schrecklich, und es genügte seinem Gewissen nicht, daß er zusammen mit den andern Professoren der theologischen Fakultät dem Minister Vorstellungen gemacht hatte, sondern er erhob sich jetzt auch noch allein, schrieb öffentlich gegen Bahrdts Glaubensbekenntnis und goß dadurch Öl in das Feuer.

1) Bereits im Jahre 1771 waren in Frankfurt und Leipzig „Vertraute Briefe über den gegenwärtigen Zustand der theol. Fakultät in H . . . ." erschienen, die hauptsächlich gegen Semler gerichtet sind.

War denn aber Semlers Verdacht gegründet? Am 7. August hatte sich Zedlitz in einem Brief an den von ihm hochgeschätzten Herrn v. Rochow darüber geäußert, warum er Bahrdt nicht als Seminardirektor anstellen könnte. „Der Schulunterricht muß zwar", schrieb er, „der Klerisei nicht überlassen werden; aber wir müssen auch die Klerisei nicht vorsätzlich dagegen aufbringen. Die Silberschläge würden sich berechtigt halten zu schreien, wenn wir einem Manne den Unterricht, das Bilden der Lehrer auftrügen, der die göttliche Natur Christi leugnet. Ich halte es für Pflicht, das Fersenstechen des Aberglaubens nicht zu achten, wenn ich den Weg über die Schlange nehmen muß; allein wenn ich vorbeigehen und doch an Ort und Stelle kommen kann, warum soll ich da das Beest erst zischen machen, es ist ja doch eine Teufelsmusik." Wir sehen, Zedlitz denkt nicht daran, seinen Schützling in das Erziehungsinstitut hineinzubringen; aber der Widerstand, welchen derselbe findet, empört ihn. Als auch die philosophische Fakultät den Vorlesungen Bahrdts über Quintilian und dem Disputatorium, welches derselbe halten will, Hindernisse bereitet, da schreibt der Minister im Namen des Königs am 30. Oktober: „Unser Ober-Kuratorium will hoffen, daß Ihr nicht von dem sehr unrühmlichen Parteigeist der theologischen Fakultät seid angesteckt worden. Daher Ihr auch von dergleichen für unsere Zeiten so unschicklichem Fanatismo abzustehen befehliget werdet [1])."

Wahrscheinlich hat Zedlitz noch selbst und durch Mittelspersonen versucht, mit Semler zu einem Ausgleiche zu kommen; denn dieser meldet in der Vorrede zu seiner Lebensbeschreibung, wie er unterthänigst anzuzeigen nicht hätte unterlassen können, daß Bahrdt sich würde neue Zöglinge verschaffen müssen, da die Eltern schon entschlossen wären, ihre Kinder zurückzunehmen, wenn er selber nicht dabei bliebe. Semler berichtet weiter, er habe mehrmals bei allerlei Gelegenheit und auch bei einer Unterredung mit Personen aus Berlin versichert, er müsse

1) Trendelenburg I, 138.

seiner Ansicht über Bahrdts anstößiges Leben treu bleiben. Mehr wissen wir leider über diese Vorgänge nicht. Endlich aber faßte Zedlitz einen Entschluß. Am 3. Dezember schrieb er an die theologische Fakultät: es käme bei öffentlichen Schulanstalten gutenteils auf das Zutrauen des Publikums an, das Seminar in Halle sollte vornehmlich tüchtige öffentliche und Privatlehrer bilden, und es wäre deshalb notwendig, daß bei der Leitung desselben nur solche Männer mitwirkten, welche dieses Vertrauen besäßen. Da nun D. Semler wegen seiner letzten Unternehmung ganz anders, als er vermuten möge, vom Publikum beurteilt werde, das Erziehungsinstitut garnicht in gehöriger Ordnung sei, so könne es bei der bisherigen Einrichtung nicht länger verbleiben. Zedlitz nahm dem Professor Semler die oberste Leitung des Seminars und des Erziehungsinstitutes; an seine Stelle kam dort Nösselt, hier Trapp. Aber letzterer war keineswegs der Mann, Schütz oder Semler vergessen zu machen. Als er Ende des Jahres 1782 seinen Abschied begehrte, da berichtete Zedlitz an den König: „Ich halte dafür, daß sein Verlust nicht unersetzlich ist." Er stand, wie er weiter meldet, wegen der erledigten Stelle bereits in Erfolg versprechender Unterhandlung mit einem geschickten Mann im Hannöverschen [1]).

Wir sehen, Trapp hatte die Erwartung des Ministers nicht gerechtfertigt, und auch mit Bahrdt war dieser unzufrieden geworden. Merkwürdig! Rochow schätzte Basedow sehr hoch, aber er konnte doch nicht umhin, ihn zu bitten, daß er auf seinen Lebenswandel mehr Achtung geben möchte. Gerade so ermahnte Zedlitz Bahrdt in einem Briefe, durch ein vorsichtigeres Leben den Schein abzuthun, daß die freie Denkungsart mehr aus den Begierden des Herzens, als aus der Überzeugung des Verstandes entsprossen sei. Und als Bahrdt in die Stelle von Trapp kommen will, schreibt ihm sein ehemaliger Beschützer: „Ich glaube durch eine ernstliche Eröffnung meiner Meinung Sie mir vom Halse halten zu müssen" [2]).

1) Trendelenburg I, 149.
2) Ebd. 138. Körte, Leben u. Stud. Fr. A. Wolfs d. Philol. I, 147.

Der Mann im Hannöverschen, mit welchem Zedlitz in Unterhandlung stand, war der Rektor in Osterode Fr. Aug. Wolf. Er hatte dort 700 Thaler Gehalt nebst einer hübschen Wohnung mit Garten, und der Minister ließ ihm nur 300 Thaler bieten. Dafür sollte er Professor der Philosophie und der Pädagogik und Direktor der verwaisten Erziehungsanstalt werden, Vorlesungen über Pädagogik für die Seminaristen und andere Studenten halten und ihnen praktisch allerlei pädagogische Kunstgriffe zeigen. Wolf hatte noch einen andern Ruf nach Gera; jedoch er war bereit, nach Halle zu kommen, wenn ihm, dem verheirateten Manne, der gar zu geringe Gehalt vermehrt würde. Der Minister freute sich sehr, daß Wolf den Ruf nach Halle vorzog. „Sie legen es mir dadurch zur doppelten Pflicht auf", schrieb er ihm, „für Ihr besseres Fortkommen in Halle zu sorgen, wo jedoch Freiheit im Denken, Zusammenfluß gelehrter Männer und Zulauf von Zuhörern Sie auch schon einigermaßen entschädigen wird." Zedlitz bedauerte, daß es ihm im Augenblicke schlechterdings unmöglich wäre, Wolfs recht bescheidene Bedingung zu erfüllen. „Wenn Sie aber glauben", fuhr er fort, „daß doch wohl nächstens 150 Thaler in der Halleschen Universitätskasse sich finden werden, und ferner glauben, daß ich ein ehrlicher Mann bin, so trauen Sie mir und kommen jetzt auf 300 Thaler und seien gewiß, daß bei dem ersten möglichen Falle Sie die Zulage von 150 Thalern empfangen werden. Ich werde mich freuen, wenn diese Gründe Sie bestimmen, meinem Wunsche nachzugeben" [1]).

Wolf ging wirklich nach Halle; jedoch das Erziehungsinstitut ließ er sterben und war nur für das Studium der Philologie thätig. Der Minister sorgte für die Verbesserung seiner Lage, entband ihn von den pädagogischen Vorlesungen und übertrug ihm im Jahre 1784 die Professur der Beredsamkeit. Auf Wolfs Dankschreiben antwortete Zedlitz: „Es freut mich sehr, daß ich imstande gewesen bin, Ihre Wünsche nicht allein zu er-

1) Körte I, 94. 100. 103.

füllen, sondern, wie Sie selbst sagen, zu übertreffen .... Leben Sie nun ganz Ihrer Wissenschaft und helfen den einen Vorwurf, der noch immer Halle traf, abwälzen: daß man dort keine Philologen bildete. Das Publikum wird mir, das weiß ich, bald die Gerechtigkeit widerfahren lassen, zu gestehen, daß ich auch hierin das Meinige gethan, indem ich in diesem Fache einen Mann von Kenntnissen, Gelehrsamkeit, Geschmack und Eifer hinrief und, soviel ich konnte, belohnte" [1]).

Wir sehen, der Minister war von dem besten Willen gegen die Universitäten erfüllt; aber es standen ihm nur äußerst knappe Mittel zugebote. Wie gelegen mußten da Schenkungen von Privatpersonen kommen! So vermachte der Bibliothekar und Professor der Geschichte Wolf Balthasar Adolf v. Steinwehr in Frankfurt a. O. im Jahre 1766, als ihm eine ansehnliche Erbschaft zugefallen war, der Universität ein Kapital von 10000 Thalern; von den Zinsen sollten jährlich diplomatische Sammlungen und Geschichtsquellen und historische Werke der verschiedensten Art, jedoch mit besonderer Rücksicht auf Deutschland und Preußen, angeschafft werden. „Vom Jahre 1774 an stehen diese Bücher in einem besonderen Zimmer unter meiner Aufsicht", berichtet der Bibliothekar und Professor der Geschichte Karl Renatus Hausen, und mit Stolz führt er an, wie er aus Deutschland, Holland, Frankreich, Schweden u. s. w. vorzüglich auf Versteigerungen die kostbarsten Werke gekauft und welchen Reichtum die Bibliothek dadurch gewonnen habe. „In der allgemeinen und besonderen deutschen Geschichte werden wenige Sammlungen von Urkunden und andere geschichtliche Quellen fehlen", schreibt er und zählt alsdann noch weiter auf, welche Schätze die Bibliothek besitzt [2]). Ehre sei dem Manne, welcher eine Freigebigkeit ausübte, wie sie auch heute nur selten angetroffen wird! Wie sehr fehlte der Universität in Halle damals ein solcher Wohlthäter. Die Zimmer der Bibliothek

1) Körte I, 124.

2) Karl Renatus Hausen, Geschichte der Universität und Stadt Frankfurt a. d. Oder, S. 128.

waren von Anfang an unbequem gewesen, und bei der allmählich eintretenden Vermehrung der Bücher reichten auch die alten Räumlichkeiten nicht mehr aus; aber für ein neues Gebäude mangelte lange Zeit das Geld. Ebenso genügte das in einem königlichen Hause untergebrachte anatomische Theater seinem Zwecke keineswegs. Zedlitz wirkte nun aus, daß Friedrich der Große dieses Gebäude der Universität schenkte, worauf dann in den Jahren 1779 und 1780 unten das anatomische Theater und oben die Zimmer für die Bibliothek aufgeführt wurden. Aber um das Unternehmen bis zu Ende bringen zu können, hatte der Minister schon seit mehreren Jahren von den Geldern, die eigentlich für die Besoldungen der Professoren bestimmt waren, eine ziemliche Summe gesammelt durch eine, wie der Geschichtschreiber der Hochschule milde sich ausdrückt, vielleicht mehreren nicht sanfte Ersparung [1]).

Auch der König verkürzte wohl das Einkommen der Universitätslehrer. Im Jahre 1778 nahm er den Frankfurter Professoren die Zollfreiheit für drei Eimer seiner Weine und der Geistlichkeit für alle ausländischen Weine. Der Rektor Förster stellte dem Könige die Gerechtsame der Akademie vor; aber Friedrich fand nicht, daß die Professoren die fremden Weine so unumgänglich notwendig hätten; er trug deshalb Bedenken, ihrem Gesuche zu willfahren und ihnen die erbetene Zollfreiheit entgegen den neuen Acciseeinrichtungen wieder beizulegen [2]). Zwei Jahre später empfing zwar die Geistlichkeit ihr Vorrecht zurück, nicht aber die Universität, und erst nach verschiedenen weitläufigen Unterhandlungen setzte die General-Accise- und Zollverwaltung im Jahre 1785 die Professoren der Geistlichkeit gleich.

Wir bedauern die Armen, denen das Leben unötigerweise schwerer gemacht wurde; dagegen pflichten wir dem Könige bei, wenn er auf leere Förmlichkeiten nichts gab und die Blicke nur

1) Joh. Christ. Förster, Übersicht der Geschichte der Universität Halle in ihrem ersten Jahrhundert, S. 205.

2) Potsdam 29. Juni 1780, bei Hausen, S. 44.

auf das Wesentliche lenkte. Als die Universität im Jahre 1765 bei der Vermählung des Prinzen von Preußen die Vorlesungen ausfallen ließ, eine Feierlichkeit anstellte und Programme, Rede und Ode dem König zuschickte, dankte dieser zwar, aber er verfehlte nicht, zu bemerken, daß es ihm lieber wäre, wenn statt solcher Universitätsgebräuche die Zeit vielmehr zum Nutzen der studierenden Jugend angewendet würde [1]). Bei einer anderen Gelegenheit äußerte sich Friedrich 19 Jahre später ausführlich. Er ermahnte die Professoren in Frankfurt, sie sollten nicht allein bei ihren Stellen auf deren Einkünfte sehen, sondern vielmehr daraus ihre Hauptbeschäftigung machen, bei Beobachtung der besten Disziplin den Studenten solche Anweisungen und solchen Unterricht zu geben, daß die wahre Absicht der Universitäten mit ihnen erreicht werde und ein jeder etwas Rechtes werden möge, womit er dereinst dem Staate oder der Kirche nützliche Dienste leisten könne. „Hieran ist Sr. Kgl. Majestät weit mehr als an allen Formalitäten gelegen, und Höchstdieselben wollen daher gnädigst Professoribus hiermit aufgeben, alle ihre Kräfte aufzubieten und zu vereinigen, damit die ihnen anvertrauten jungen Leute diesen einzigen Zweck ihrer Universitätsjahre nicht verfehlen, sondern zu Sr. Kgl. Majestät gnädigstem Gefallen und wahrem Besten des Landes erreichen mögen" [2]).

Neben den vier protestantischen Hochschulen zu Duisburg, Halle, Frankfurt und Königsberg gab es noch eine katholische in Breslau, die den Jesuiten gehörte; außerdem besaßen die letzteren verschiedene Gymnasien in Schlesien und Westpreußen, so daß der höhere katholische Schulunterricht beinahe ganz in ihren Händen lag. Friedrich liebte die Jesuiten nicht, sondern er freute sich, als man anfing sie zu verfolgen, ja, er wünschte, daß dieses Ungeziefer, wie er sich ausdrückte, fortgejagt und ihr Orden aufgehoben würde. Auf die Nachricht, daß die Jesuiten aus Spanien vertrieben worden wären, schreibt er

1) Reisse, 28. August 1765, bei Hausen, S. 25.

2) Ebd. 89, 7. April 1784.

vergnügt am 5. Mäi 1767: „Es leben die Philosophen! Der Thron des Aberglaubens ist untergraben und wird im nächsten Jahrhundert zusammenbrechen“ [1]). Um so auffallender ist es, daß der König nach einiger Zeit seinen Plan ändert; er giebt es auf, die katholischen Mächte nachzuahmen, welche die Güter des Ordens an sich reißen, sondern er will denselben in Frieden lassen [2]). Was ihn dazu bewogen hat, sagt er nicht; vielleicht hat er aber schon damals daran gedacht, die Jesuiten für Unterrichtszwecke fernerhin zu verwenden. Am 9. Dezember 1768 erging an Felbiger nicht nur der Auftrag des geistlichen Departements, über das niedere Schulwesen zu berichten, sondern er sollte weiter die größeren katholischen Stadtschulen nennen, umständlich von ihnen Meldung machen und auch anzeigen, ob die jungen Leute daraus sofort auf die Universitäten entlassen werden könnten und wo ihnen in der Vorbereitung zu den akademischen Studien nachgeholfen würde [3]).

Felbiger erwarb sich nun ein großes Verdienst, indem er über die Gymnasien und die Universität der Jesuiten das geistliche Departement ausführlich unterrichtete. Er zeigte viele Mängel an, wollte trotzdem aber in ihren Händen die katholischen höheren Lehranstalten lassen, weil es sonst an Lehrern und an den notwendigen Mitteln zur Unterhaltung dieser Anstalten fehlen würde. Dagegen sollten die Lehrart und die Unterrichtsgegenstände nicht mehr von den Oberen der Gesellschaft bestimmt werden, sondern von einem ihr nicht angehörenden Kurator oder Vorsteher dieser Schulen. Derselbe müßte, schrieb der Abt weiter, ein Mann von gründlicher Gelehrsamkeit sein und neben vieler pädagogischen Erfahrung auch Ansehen genug haben, das Nötige zum Besten der Studien zu verfügen. Er müßte sich um das kümmern, was auf anderen

1) Oeuvres XIX, 254. 321; XXIV, 396. 422. Vgl. Lehmann IV, 105.

2) Am 1. Februar 1768 Oeuvres XXIV, 148. Vgl. XXVI, 316.

3) Vgl. meinen Aufsatz über die Verbesserung des höheren katholischen Schulwesens in Schlesien durch Friedrich den Großen. Zeitschr. d. Vereins für Gesch. und Altert. Schlesiens XIX, 316 ff. und XXI, 14 ff.

berühmten, vornehmlich katholischen hohen Schul[1] Vorteilhaftes im Gebrauch wäre, dasselbe nachahmen und das Recht haben, aus der Gesellschaft die geschicktesten Leute zu Professoren zu nehmen. Die letzteren aber müßten sich durch fleißiges Lesen neuer Werke und der gelehrten Zeitungen weiter fortbilden und beim Unterrichte nicht bloß an der lateinischen Sprache hängen, sondern auch vornehmlich die deutsche mitnehmen.

Am Schlusse schlug Felbiger vor, der König sollte, damit er sich von der Notwendigkeit dieser Anordnungen überzeugte, dem Rektor der Breslauer Universität auftragen, über neun verschiedene Punkte pflichtmäßigen Bericht zu erstatten. Der dritte lautet: „Was geschieht in Philologicis? Treibt man neben der lateinischen auch andere Sprachen, besonders die deutsche? Wird die Jugend angeleitet, sich in dieser richtig und zierlich auszudrücken? Welche Bücher werden dazu gebraucht?" Ferner der vierte Punkt lautet: „Wie verfährt man denn beim Lehren der Dicht- und Redekunst? Wie weit sucht man die Schüler zu bringen? Welcher Autoren Schriften benutzt man?"

Es ist ungewiß, ob der König von dem Berichte selbst Kenntnis genommen hat; aber er verfolgte mit großer Aufmerksamkeit die Angelegenheit der Jesuiten, welche damals in der größten Gefahr schwebten. Im Anfange des Jahres 1769 forderten die Gesandten der bourbonischen Höfe die Aufhebung des Ordens von Clemens XIII. Der Papst berief ein Konsistorium auf den 3. Februar; da er aber in der Nacht zuvor starb, kam die Angelegenheit an Clemens XIV., der am 9. Mai ihm folgte. Gespannt warteten die Menschen jetzt auf die Entscheidung, welche der neue Papst treffen würde; Friedrich aber war über dieselbe, wie es scheint, unzweifelhaft. Am 2. Juli schrieb er an d'Alembert: „Jener arme ultramontane Druide wird die Jesuiten abschaffen, wie einer seiner Vorgänger den Orden der Templer aufhob, und die rechtgläubigen Herrscher werden sich mit dem Stellvertreter Petri in die Beute teilen, während ein armes ketzerisches und duldsames Königlein den

Verfolgten eine Freistätte bietet." Aber erst nach vier Jahren erfolgte die Entscheidung. Die Bulle vom 3. Juli 1773 hob den Orden in der ganzen Welt auf. Die Mitglieder desselben erhielten die Erlaubnis, in andere Orden zu treten oder sich mit dem Unterrichte der Jugend zu beschäftigen, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen.

Die Verbesserung der katholischen Gymnasien muß dem Könige doch sehr am Herzen gelegen haben. Als er gegen Ende des Augustmonats in Breslau war, eröffnete er seine Willensmeinung hierüber in Gegenwart des Rektors des Jesuitenkollegiums und der Universität umständlich dem schlesischen Justizminister v. Carmer und übertrug ihm die weitere Ausführung des Planes. Dem Weihbischof von Strachwitz aber, der damals für den verbannten Schaffgotsch die Stelle des Bischofs verwaltete, sagte er, daß er die Aufhebungsbulle, wenn sie käme, nicht würde bekannt machen lassen.

Für den Schutz, welchen der König dem Orden zu gewähren versprach, sollte derselbe sich der Erziehung der Jugend mit vorzüglichstem Fleiße widmen, die Aufnahme der Schulen in den königlichen Landen sich ganz besonders angelegen sein lassen und vornehmlich darauf sehen, daß die Jugend zu einer geläuterten und praktisch nützlichen Philosophie angeleitet, ihr an den schönen Wissenschaften ein wahrer, sicherer und von den Fehlern der finsteren Jahrhunderte gereinigter Geschmack beigebracht, neben der lateinischen auch die übrigen alten und neuen Sprachen nicht vernachlässigt, insbesondere aber die Mathematik und Naturlehre eben so gründlich als gemeinnützig betrieben werden.

Carmer glaubte, daß die Verfassung des Ordens in einigen Nebenpunkten geändert werden müßte. Da nun der Jesuitengeneral und dessen Assistenten in Rom festgenommen worden und ihr Verkehr mit den auswärtigen Provinzen dadurch gänzlich unterbrochen war, veranlaßte Carmer den Provinzial Gleixner, verschiedene Rektoren seiner Kollegien nach Neiße zu berufen und mit ihnen in Gegenwart des Ministers zu beratschlagen, was unter solchen Umständen nach Beschaffenheit der

Verfassung des Ordens zur Erreichung der Absichten des Königs erforderlich sein möchte. Der Beschluß, welchen man faßte, ging dahin, daß sämtliche Jesuiten in Ost- und Westpreußen und Cleve, sowie diejenigen, welche sich in England befänden, eingeladen werden sollten, mit den schlesischen sich zu vereinigen und einen Generalvikar zu wählen.

Die englische Provinz hielt sich nicht für berechtigt, auf die Vorschläge Gleixners einzugehen; aber ihr Vorsteher, der Pater Thomas Morus, pries die besondere Gnade Friedrichs und sein ewigen Andenkens würdiges Wohlwollen für die Gesellschaft. „Es ist Pflicht", schrieb er, „dieses großen und um uns so hochverdienten Fürsten täglich vor den Altären zu gedenken." Ein ähnliches Loblied sang der als Astronom bedeutende Pater Hell in Wien dem Könige mit der Versicherung, sie beteten alle täglich zu Gott, daß er dessen Unternehmungen segnen und in ihm der dahinsinkenden Kirche eine Stütze und einen Beschützer erhalten möge. Dagegen wurde der Papst unruhig, daß in Preußen die Bulle unausgeführt blieb, und er forderte den Weihbischof auf, keinem Jesuiten die Weihen zu erteilen und sie dadurch von den Schulen und geistlichen Verrichtungen zurückzuhalten. Durch eine solche Maßregel aber wäre der König mit der Zeit doch in große Verlegenheit geraten. Er wollte die Jesuiten auch künftighin für den Jugendunterricht keineswegs entbehren, sondern ihre Zahl, die nach und nach sich vermindern mußte, durch Annahme junger Leute ergänzen lassen. Es war ihm gleichgültig, ob sie ihren Namen oder ihre Kleidung änderten; aber sie sollten beisammen bleiben, die Jugend weiter unterrichten und Nachfolger bilden. Er wünschte daher auch, freilich vergebens, daß Strachwitz einigen Novizen die Weihen erteilen möchte.

Die französischen Freunde des Königs waren übrigens mit seinem Verhalten gegen die Jesuiten nicht einverstanden. D'Alembert wünschte, daß weder Friedrich noch seine Nachfolger es bereuen dürften, diese Ränkeschmiede behalten zu haben; er erinnerte den König daran, wie wenig Treue sie im letzten Kriege gezeigt und wie er sie in einem Briefe Ungeziefer ge-

nannt hätte. „Ich wäre neugierig", fährt d'Alembert fort, „von den Jesuiten zu hören, was sie jetzt über Philosophie und religiöse Duldung denken, gegen welche sie sich in Schmähreden so oft ergossen haben." Er verhehlt endlich dem Könige nicht, wie einen Augenblick die Philosophie darüber in Unruhe geraten sei, daß er dieses Samenkorn behalte; jedoch sie habe sich schnell mit der Betrachtung getröstet, daß der Franziskaner Ganganelli (Clemens XIV.) eigenhändig der Schlange den Kopf abgeschnitten und es dadurch dem Könige möglich gemacht habe, aus dem übrigen Körper eine heilkräftige Brühe zu bereiten, Amen." Mit dieser Betrachtung war der König einverstanden. Er antwortete: „Der Franziskaner Ganganelli hat den Jesuiten die Krallen gestutzt und die Backzähne ausgerissen, so daß sie weder kratzen noch beißen können."

Wer möchte dem geistreichen Verkehre nicht gern einen Augenblick noch lauschen? In seiner Erwiderung giebt Friedrich weiter zu, daß die Jesuiten sich im letzten Kriege zweideutig benommen hätten; aber er will Gnade üben und er bleibt dabei stehen, daß dieselben für die Erziehung der Jugend in einem Lande nötig wären, wo es an Lehrern fehlte und wo es sehr schwer halten würde, dergleichen unter den Laien zu finden, besonders in Westpreußen. D'Alembert bleibt aber auch hartnäckig. Er hegt keine Besorgnis für den König, welchem die Österreicher, die Kaiserlichen, die Franzosen und Schweden kein einziges Dorf haben wegnehmen können. Dagegen fürchtet er, daß andere nicht so kräftige Fürsten, welche diesen Schierling in ihrem Garten ausgejätet hätten, eines Tages auf den Einfall kommen könnten, sich von Friedrich Samen zu borgen, um das Unkraut wieder bei sich anzupflanzen. Er bittet also den König, wenigstens ein Ausfuhrverbot für alle Zeiten ergehen zu lassen. Friedrich wunderte sich, soviel Galle gegen die armen Jesuiten in dem Herzen eines echten Weltweisen anzutreffen; er betont wiederum ihre Notwendigkeit für die Erziehung der katholischen Jugend in Preußen und erklärt sich deshalb außerstande, auch nur einen Jesuiten andern abzutreten.

Hierauf beklagte d'Alembert das katholische Deutschland, weil es keine bessern Lehrer als diese ränkesüchtigen Dummköpfe besäße. Galle gegen sie zu haben verneint er. „Niemand hat sich im Gegenteil stärker gegen die Barbarei erhoben", schreibt er, „mit welcher die Mitglieder dieses Ordens in Frankreich behandelt worden sind." Er will die einzelnen Jesuiten so glücklich sehen als möglich, nur solle die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit nicht wieder aufleben, besonders in den Ländern, wo sie nur schädlich sei und niemals anders gewirkt habe. „Wenn alle Fürsten Friedriche wären", schließt er, „so könnte meinetwegen Europa mit Jesuiten gepflastert sein. Aber die Friedriche gehen vorüber, und die Jesuiten bleiben."

Das neunzehnte Jahrhundert hat bewiesen, daß d'Alembert im Grunde recht gehabt; aber wie die Verhältnisse damals lagen, ließ sich von dem Orden wirklich Nutzen ziehen. Auch Carmer, welcher sich eben mit der neuen Schulordnung für die katholischen Gymnasien beschäftigte, hielt die Aufhebung des Ordens für einen günstigen Umstand. Felbiger hat ihm den Bericht, welchen er vor fünf Jahren für den König geschrieben, mit dem Bemerken zugesandt, daß alle damaligen Hindernisse noch beständen. Carmer meinte nun mit Recht, die größten kämen von dem Orden her, der aber werde durch seine dermaligen Verhältnisse beugsamer geworden sein.

Am 11. Dezember 1774 billigte Friedrich das von Carmer eingesendete Schulreglement für die Universität in Breslau und die katholischen Gymnasien in dem Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz; es war sorgfältig vorbereitet worden, und verschiedene katholische wie evangelische Männer hatten daran mitgearbeitet. Das Reglement sprach von fünf Klassen, drei grammatischen und zwei ästhetischen, jede mit jährigem Kursus. Die Gymnasien in Glogau und Schweidnitz sollten nur jene drei, die in Oppeln, Neiße, Glatz, Liegnitz und Sagan auch die beiden andern haben, endlich die Universität in Breslau sollte gemäß ihrer Stiftung die vier wissenschaftlichen Klassen, nämlich die grammatische, ästhetische, philosophische und theologische beibehalten.

Der zweite Abschnitt des Reglements vom 11. Dezember 1774 handelt von dem Unterrichtsvorrat und bestimmt, was in jeder Klasse vorgenommen werden soll. In allen lehrt man Religion, Latein, Griechisch, Geographie und Geschichte, ferner Rechnen in den drei grammatischen, Arithmetik, Geometrie, Naturgeschichte und Naturlehre in den beiden ästhetischen Klassen. Hier werden auch deutsche poetische und prosaische Aufsätze gemacht. Die lateinischen und griechischen Schriftsteller, welche vorgenommen werden sollen, führt das Reglement für die verschiedenen Klassen einzeln auf; den Schluß bilden Livius, Sallust, Tacitus, Virgil und Horaz, ferner Demosthenes, Platons Phaedon und Homer.

Der Kursus der philosophischen Klasse umfaßt drei Jahre; sechs Lehrer sollen hier unterrichten, und zwar nicht nur, wie bisher, in Philosophie, Mathematik, Physik und Naturgeschichte, sondern auch noch in Geschichte, in der philosophischen Ästhetik und in der Landwirtschaft. Der Kursus der theologischen Klasse dauert vier Jahre.

Der dritte Abschnitt, welcher von der bei dem Unterrichte zu beobachtenden Methode handelt, ist der umfangreichste und enthält 71 längere oder kürzere Vorschriften, die noch heute lesenswert sind. Wie man bei den evangelischen Gymnasien angefangen hatte, Rücksicht auf diejenigen zu nehmen, welche sich nicht dem Gelehrtenstande widmen, sondern eine praktische Laufbahn einschlagen wollten, so machte man es jetzt auch hier, und es wurde darum der Unterricht in der Geometrie, der angewandten Rechenkunst, der Naturgeschichte und Naturlehre mit der ästhetischen Klasse verbunden und die Anschaffung von Naturalien und Instrumenten zum Experimentieren geboten. Aus einer ähnlichen Rücksicht war der philosophischen Fakultät die Unterweisung in der Theorie der Landwirtschaft aufgetragen worden.

Was die Schulverfassung betrifft, so wurde zuvörderst die bisherige bestätigt, and es blieben somit die Lehrer der Gymnasien unter der Aufsicht der Schulvorsteher oder praefecti Scholarum, die der Universität den Dekanen unterworfen.

Den Präfekten und Dekanen steht der Generalis Praefectus Studiorum und diesem der Rektor vor; endlich alle die Genannten hängen von dem Provinzial ab. Wie aber die neue Schulordung vom Staat ausging, ebenso wollte dieser auch versichert sein, daß dieselbe beobachtet würde. Die Pflicht, darüber zu wachen, wurde jetzt an einen vom Könige zu ernennenden Schuldirektor übertragen, welcher jährlich über den Zustand und Befund der Gymnasien und der Universität an den schlesischen Justizminister, unter dessen Aufsicht er gestellt wurde, pflichtmäßig und umständlich zu berichten hätte. Werden Veränderungen der Methode, der Lehrbücher oder der inneren Einrichtung des Schulwesens vorgeschlagen, so beruft der Justizminister den großen Schulenrat, welcher aus dem Provinzial, dem Schuldirektor, dem Rektor der Universität, dem Generalis Praefectus Studiorum und den Dekanen zusammengesetzt ist, und leitet die Beratungen.

Inzwischen unterhandelte Friedrich mit Rom darüber, ob und in welcher Weise die schlesischen Jesuiten fortbestehen sollten; aber es dauerte lange, bis er seinen Zweck erreichte, weil die bourbonischen Höfe seiner Absicht entgegenwirkten. Wie bewunderte der neue Papst Pius VI. den König. Er nannte ihn das Vorbild der Herrscher, die Ehre des Jahrhunderts; aber er gestand seine große Verlegenheit ein. „Die katholischen Mächte", sprach er, „werden immer verlangen, daß die Jesuiten nirgends mit Bewilligung des heiligen Stuhles als Körperschaft fortbestehen." Endlich im Dezember 1775 erhielt der Weihbischof den Bescheid: wenn die Jesuiten als einzelne Geistliche und nicht als Mitglieder eines besonderen geistlichen Ordens, der eine eigene Körperschaft ausmacht, der Jurisdiktion der Bischöfe sich unterwürfen, so könnten nicht nur die Weihen an neue Mitglieder ausgeteilt, sondern auch der Unterricht der Jugend ihnen anvertraut und die übrigen geistlichen Verrichtungen aufgetragen werden. Strachwitz betrachtete diesen Erlaß als ausreichend für den Endzweck, welchen der König verfolgte, und glaubte, daß der Papst außerstande wäre, mehr zu bewilligen. Der König gab ihm darin recht und befahl ihm, die Jesuiten

der erhaltenen Anweisung gemäß zu behandeln. So hörte denn der Orden auch in Preußen auf; die Mitglieder desselben mußten zu ihrer großen Betrübnis mit dem alten Namen die gewohnte Kleidung ablegen und dem Weihbischofe sich unterwerfen [1]). Ihre 64 Güter kamen unter die Verwaltung des Staates und wurden jetzt in gleicher Weise wie die Domänen unter Aufsicht der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer bewirtschaftet.

Die Entscheidung des Papstes erforderte notwendig Änderungen in der Organisation der ehemaligen Jesuiten; denn es gab nun z. B. keinen General und Provinzial mehr. An der Ausarbeitung des Reglements vom 11. Dezember 1774 hatte der Pater Zeplichal hervorragenden Anteil genommen, und er war sowohl deshalb, als auch weil er die am meisten gereinigten Begriffe zu erkennen gegeben hätte, von Carmer am 26. August 1775 zum Direktor, der alle Schulen wenigstens einmal im Jahre besuchen sollte, vorgeschlagen und vom Könige dann ernannt worden. Ihm fiel nun wieder die Hauptarbeit zu. Der Name Priester vom königlichen Schulinstitut, welchen die ehemaligen Jesuiten fortan führten, stammt von ihm her. Besonders merkwürdig aber ist es, daß er den Absichten des Herrn v. Strachwitz entgegentrat. Dieser suchte begreiflicherweise soviel Einfluß als möglich in dieser Angelegenheit zu gewinnen, und er schlug dem Könige vor, daß ein Oberer aus den Weltgeistlichen einer jeden Schule vorzusetzen wäre, damit aller Anschein einer zusammenhängenden Körperschaft vermieden würde, und er wünschte weiter die Einsetzung einer besonderen Schulenkommission, bestehend aus ihm und den vornehmsten Professoren. Aber der Pater Reinach, welchen der König schätzte, teilte diesem mit, daß in Rom 120 Personen seines Ordens unangefochten beisammen wohnten, und Zeplichal erklärte sich in einem merk-

1) Es waren 101 Personen, von denen 83 als Lehrer wirkten, 7 für diesen Beruf vorbereitet wurden und 11 keine Dienste mehr leisten konnten. Sie wohnten in 11 Klöstern, besaßen 64 Güter und hatten über 100000 Thaler Schulden, die durch eine bessere Wirtschaft allmählich getilgt werden mußten.

würdigen Schriftstück heftig gegen jede Mitwirkung der Weltgeistlichen, die des Schulwesens gänzlich unkundig wären. Er dagegen meinte, die Rektoren der Gymnasien müßten unmittelbar von dem schlesischen Justizminister abhängen, von ihm angestellt und alsdann vom Bischof zu allen gewöhnlichen geistlichen Verrichtungen ermächtigt werden. Auch von der Universität wollte Zeplichal die Weltgeistlichkeit ausschließen; „denn z. B. die theologische Klasse dem Weihbischof preisgeben", schrieb er, „wäre so viel, als auf die Aufnahme dieser Wissenschaft gänzlichen Verzicht thun." Mit Recht war der gewesene Jesuit Zeplichal wegen seiner gereinigten Begriffe dem Könige von Carmer empfohlen worden. Indem er seinen Antrag begründete, schrieb er unter anderem: „Heutiges Tages leuchtet diese Wahrheit allgemein ein, und es ist sogar kein katholischer Staat zu finden, wo es den Bischöfen erlaubt wäre, das Schulwesen, vornehmlich der Universitäten, unter ihre Jurisdiktion eigenmächtig zu ziehen. Alles, was ein Bischof fordern kann, besteht darin, daß man auf katholischen Schulen alle Bücher, welche von der Religion handeln, seiner Zensur unterwerfe." Ferner bemerkte Zeplichal: „Eine jede Trennung des Universitätskörpers ist äußerst gefährlich. Sie stört nicht allein die so nötige Harmonie unter den Lehrern, sondern sie unterhält auch einen ewigen Zunder der Zwietracht unter den Schülern, wodurch endlich der wesentlichste Teil der jugendlichen Erziehung, die gute Zucht und Disziplin, notwendig verscheucht wird" [1]).

Dieser Aufsatz lag ohne Zweifel der Beratung zugrunde, welche der Minister mit dem Rektor der Universität, Anton Reiffnauer, dem Professor Zeplichal und einem Pater aus Glatz abhielt, und am 13. März wurden an Friedrich den Großen neun Punkte zur Genehmigung geschickt. An demselben Tage wendete sich auch Strachwitz mit seinen Wünschen an den König. Aber dieser lehnte die Vorschläge des Weihbischofs ab und billigte die des Ministers. Auf Grund der letzteren verfertigte dann Zeplichal mehrere Aufsätze, die am 5. Juni in einer

1) Dieses Promemoria fehlt bei Lehmann.

Konferenz erwogen wurden. Eingeladen waren zu derselben Reiffnauer, Zeplichal und der akademische Senat. Ehe man aber an die Beratung ging, wurde zuvor noch ein anderer Gegenstand behandelt.

Strachwitz hatte sich noch einmal, aber wiederum vergeblich nach Potsdam gewendet. Ohne Zweifel auf seinen Antrieb überreichte der Universitätskanzler Pater Enzendorffer ein Schriftstück, worin behauptet wurde: 1) alle Vorsteher und Lehrer müßten vom Bischof abhängig sein, und ohne dessen Vorwissen könnte keiner ab- und eingesetzt werden; 2) die Ausübung des neuen Schulreglements solle gemeinschaftlich mit dem Bischofe behandelt werden; denn er sei der Obere der Jesuiten statt des Provinzials, und darum seien die letzteren in keiner Sache befugt, etwas einzugehen.

Ganz anderer Ansicht war der Minister und er setzte deshalb umständlich aus einander, wie die Jesuiten nur als Priester und nicht als Lehrer unter dem Bischofe ständen. Carmer dachte darüber gerade so wie Zeplichal, und er zeigte seinen weiten Blick, indem er bemerkte: man träfe nicht bloß für heut und morgen, sondern für alle künftigen Zeiten Einrichtungen, und es ließe sich nicht vorhersehen, was die Jahre später bringen würden. Es sei deshalb allzu gefährlich, die Leitung des gesamten Schulwesens, besonders in einer Provinz, wie Schlesien ist, einem solchen geistlichen Oberen zu überlassen, von dessen Denkungsart und Gesinnungen gegen den Staat man niemals zuverlässig versichert sein könne; vermöge des ihm solchergestalt zugestandenen Einflusses und vermöge der Subordination, worin alsdann sämtliche Lehrer der katholischen Jugend gegen ihn ständen, und die nur allzu leicht in eine Subjektion ausarten würde, hätte dieser Obere die schönste Gelegenheit, jungen Gemütern Lehren und Grundsätze einprägen zu lassen, die mit den Prinzipien der preußischen Staats- und Landesverfassung schlechterdings unvereinbar wären, und deren schädliche Wirkungen sich in bedenklichen Zeitläuften mit empfindlichem Nachteil der öffentlichen Wohlfahrt nur allzu sehr äußern würden. Der Minister trat also den Ansprüchen,

welche der Weihbischof erhob, mit der größten Entschiedenheit entgegen; aber er machte nachher auch einige Zugeständnisse.

Nach Erledigung dieses Zwischenfalles erfolgte die Beratung über die drei von Zeplichal entworfenen Aufsätze, die von den Kandidaten, den Lehrern und den Offizialen des Instituts handelten und mit einzelnen Änderungen angenommen wurden.

Gleich am 5. Juni beklagte sich Strachwitz bei dem Könige darüber, daß er hierbei ganz und gar übergangen worden wäre. „Die Aufnahme der Schulen selbst und die Beruhigung der Eltern so vieler tausend katholischer Unterthanen", schrieb er, „besonders in einem Lande, wo verschiedene Religionen geduldet werden, erfordert, daß der Bischof sowohl bei der Wahl der Lehrer, als bei der Einrichtung des Schulwesens mitwirkt und nicht, wie geschieht, davon ausdrücklich ausgeschlossen werde." Der König wies Carmer und Hoym wirklich an, den Weihbischof bei der Einrichtung des höheren katholischen Schulwesens zuzuziehen; jedoch er that es mit dem Zusatz: „Es ist das nur so zur Zeremonie", und der Befehl wurde wörtlich befolgt.

Als der König wie alljährlich wieder nach Breslau gekommen war, legte Carmer ihm die Instruktion für die Priester des königlichen Schulinstituts in Schlesien am 25. August vor. „Man hat besonders darauf gesehen", hieß es in dem Begleitschreiben, „den Beschwerden des Bischofs zuvorzukommen und in allem, was einige Beziehung auf die Religion hat, ihm die Mitwirkung verstattet." Schon am folgenden Tage wurde die Instruktion vollzogen. Der wichtigste Teil derselben war die Errichtung einer Schulenkommission, die unter dem Vorsitz eines vom König ernannten Hauptes aus dem Schuldirektor und dem akademischen Senate bestand und das Ganze leiten, auf die Beobachtung des Schulreglements sehen und für die Ansetzung tüchtiger Lehrer Sorge tragen sollte. Der Einfluß des Bischofs beschränkte sich auf die rein geistlichen Angelegenheiten. Die Mitglieder des Instituts müssen sich um Erteilung der Weihen bei ihm melden, und diejenigen, welche die Seelsorge ausüben sollen, von ihm bestätigt werden. Die letzteren

stehen zu ihm in demselben Verhältnis wie andere Weltgeistliche; er kann sie nach anderen Orten schicken, jedoch nur mit Genehmigung der Schulenkommission. Die Besetzung der Lehrstühle der theologischen Fakultät und die Bestimmung der Lektionen soll mit seiner Zuziehung erfolgen, und es steht ihm frei, die Schulen in den Religionsstunden durch seine Kommissarien besuchen zu lassen. Dagegen sind jede Einmischung in die Schulangelegenheiten und alle Anmaßungen über die Personen und Amtsverrichtungen der Lehrer ihm schlechterdings untersagt.

Das Reglement vom 16. Dezember 1774 verlor zwar nicht seine Gültigkeit, aber es erfuhr Abänderungen, Erläuterungen und Zusätze. Für den großen Schulenrat, der nach dem Reglement über neue Methoden, Lehrbücher und innere Einrichtungen beraten sollte, mußte nun die Schulenkommission eintreten und ihre Vorschläge samt den Gründen hierauf dem königlichen Kommissarius zur weiteren Verfügung anzeigen.

Über die Aufnahme von Lehramtskandidaten in das Institut und die Studien, welche sie hier betreiben sollten, wurden zweckmäßige Vorschriften gegeben, welche zeigten, wie großen Wert man auf eine tüchtige Ausbildung derselben für ihren künftigen Beruf legte. Recht umständlich zählte ferner die Instruktion die Pflichten der Gymnasialrektoren auf, und sie enthielt endlich nähere Bestimmungen über die Pflichten des Rektors und des Kanzlers der Universität, der Dekane und Senioren der beiden Fakultäten.

Als der Weihbischof die Instruktion empfing, erkannte er mit dem lebhaftesten Danke die unermüdliche Sorgfalt an, welche der Minister der Verbesserung der katholischen Schulen gewidmet, und versprach, es an seiner Unterstützung niemals ermangeln zu lassen. Zugleich aber konnte Strachwitz nicht umhin, auf einige Bestimmungen hinzuweisen, die er für unzweifelhafte Eingriffe in die Rechte des Bischofs hielt. Er verlangte, daß die Bestellung und Versetzung der Prediger sowie jede Veränderung der mit der Seelsorge betrauten Personen lediglich vor den Bischof gehöre, und er machte weiter den Anspruch, die ihm angezeigten Verbrechen oder ärgerlichen Ver-

stöße wider die Regeln des Glaubens und der Sittenlehre durch sein Konsistorium untersuchen und bestrafen zu dürfen, nicht aber, daß er solches der Schulenkommission zur weiteren Untersuchung und Verfügung anzeigen müsse.

Was Strachwitz sagte, das hatte doch eine gewisse Wahrheit. Aber Carmer nahm es sehr übel auf, und er gestand, daß er diese Erinnerungen des Weihbischofs gegen eine Allerhöchste landesherrliche Verordnung gar nicht erwartet hätte. Der Minister erläuterte nun die Tragweite der drei anstößigen Paragraphen, zum Teil mit unnötiger Schärfe. „Wenn man sich unter der bischöflichen Jurisdiktion, schrieb er, nicht einen nach den Prinzipien der Landesverfassung durchaus unstatthaften Despotismus denken will, so kann die bei Versetzungen der Seelsorger verordnete Rücksprache mit der Kommission für eine Verletzung der bischöflichen Gerechtsame unmöglich angesehen werden."

Strachwitz konnte sein bisheriges Verhalten als einen Beweis anführen, daß er sich unter bischöflicher Jurisdiktion keinen unstatthaften Despotismus vorstelle. „Ganz frei von dieser Einbildung", schrieb er, „verteidige ich bloß die Rechte meines bischöflichen Amtes, eine Notwendigkeit, in welche leider schon mehr als ein Bischof vor mir durch die Ordensgenossen der ehemaligen Gesellschaft gesetzt worden." Er erklärte sich übrigens durch Carmers Erläuterungen zufriedengestellt und versicherte, daß er im übrigen bei jeder Gelegenheit gern mit dem Minister Rücksprache pflegen und ein gemeinschaftliches Einvernehmen als das beste Mittel, Differenzen zuvorzukommen, mit Vergnügen unterhalten werde. So redeten damals Minister und Bischof miteinander.

Die neue Organisation des katholischen höheren Schulwesens in Schlesien war damit beendigt. Einen lebhaften und warmen Anteil hatte der König selber hieran genommen, und so kam zu dem Wunder, daß er den Siebenjährigen Krieg ausgehalten, noch ein zweites, nämlich, daß er gewesene Jesuiten in den Dienst der Aufklärung zog und sie zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft machte.

Als Voltaire im Herbste des Jahres 1777 den König fragte, was aus den preußischen Jesuiten geworden sei, da zählte Friedrich der Große noch einmal die Gründe her, die ihn bewogen hätten, den Orden mit einigen Änderungen und einer neuen, vom Papste gegebenen Tracht zu erhalten. Er meinte, man mußte dies thun oder die Schulen eingehen lassen, da die übrigen Mönche grenzenlos unwissend wären, und die Einkünfte der Jesuiten für weltliche Lehrer nicht zugereicht haben würden. Ebenso hätte die Universität aufhören müssen zu bestehen und die jungen Leute wären genötigt gewesen, außer Landes zu gehen und in Böhmen Theologie zu studieren [1]). Es ist übrigens bemerkenswert, daß die katholische Geistlichkeit die neuen Einrichtungen keineswegs freudig begrüßte, sondern vielmehr mit argwöhnischer Sorgfalt, wie Carmer sich ausdrückt, alle Gelegenheit wahrnahm, dem Fortgange der Schulanstalt ihrer Religion Hindernisse in den Weg zu legen [2]).

Der Papst war auf die Wünsche des Königs von Preußen in dieser Angelegenheit nur zögernd eingegangen; aber vier Jahre später sah er sich genötigt, ihn zu bitten, daß doch in Westpreußen die Jesuiten ebenso behandelt werden möchten, wie in Schlesien. Den Anlaß gaben Vorfälle in Rußland; der Bischof von Mohilew gestattete den dort befindlichen Mitgliedern jenes Ordens, ein Novizenhaus zu errichten. Der Nunzius in Warschau sah darin nicht allein Ungehorsam gegen den päpstlichen Stuhl, sondern er glaubte sogar, daraus entnehmen zu dürfen, daß sie die Hoffnung hegten, zu bleiben, was sie wären. Da nun das sie betreffende Breve noch nicht in Westpreußen zur Ausführung gekommen war, so bat der Nunzius den Bischof Bayer von Kulm inständig, er möchte doch vom Könige von Preußen die Umwandlung der Jesuiten in der Weise, wie es in Schlesien geschehen wäre, zu erlangen suchen.

Der Bischof that dies am 4. Dezember 1779, und Friedrich ging auf seinen Wunsch bereitwillig ein. Freilich widerstrebten

1) Oeuvres XXIII, 414.

2) Lehmann V, 256.

hier noch die Jesuiten; die Graudenzer erinnerten den König daran, wie er sie mündlich und schriftlich seines Schutzes versichert hätte; sie versprachen sich in dieser dringlichsten Gefahr von ihm eine allergnädigste Erklärung und drückten schüchtern den Wunsch aus, unter dem Namen und in der Tracht der Jesuiten ihr ganzes Leben weiter dem königlichen Dienste widmen zu dürfen. Die „allerunterthänigsten und treugehorsamsten Knechte und Fürbitter bei Gott", welche das Gesuch an Friedrich den Großen schickten, unterzeichneten sich hier noch einmal als Jesuiten; aber nachdem ihnen der König seinen Willen verkündet hatte, fügten sie sich ohne Zögern in ihr Schicksal und baten, daß er ihnen einen Direktor vorsetzen und einen Gehalt bestimmen möchte. Sie gaben ferner, da der Bischof von Kulm das Breve, durch welches der Orden aufgehoben worden war, öffentlich bekannt gemacht hatte, ihren Namen auf und nannten sich nun collegium litterarium, was ohne Zweifel Schulverein oder Schulinstitut bedeuten sollte [1]). Auch die anderen Bischöfe, die in Westpreußen Gewalt hatten, mußten dem Breve gehorchen, und der Graf von Hohenzollern, welcher auf die Empfehlung des Königs Koadjutor des Kulmer Bischofs geworden war, empfing den Auftrag, im Vereine mit dem Oberpräsidenten v. Domhardt die Organisation der gewesenen Jesuiten zu bewerkstelligen.

Der Koadjutor gedachte die acht Kollegien der letzteren zu bewahren und zu öffentlichen Anstalten sowohl für diejenigen, welche sich dem geistlichen Stande widmen wollten, als für die katholische Jugend überhaupt zu machen. Es fragte sich nur, ob die Einkünfte der Kollegien für diesen Zweck hinreichen würden. Hohenzollern berechnete die jährlichen Kosten der neuen Einrichtung auf 15755 Thaler. Da sich nun aber die sicheren Einnahmen fürs erste nur auf 8000 Thaler beliefen, und der König erklärte, daß er keinen Zuschuß gewähren könnte, so mußte der Graf von Hohenzollern einen neuen Plan entwerfen, über welchen dann Friedrich ein Gutachten des Herrn

1) Lehmann V, 325. 331. 344.

v. Zedlitz einholte. Dieser fand das von dem Koadjutor eingeschickte Reglement, wie es der König gewünscht hatte, völlig nach dem schlesischen eingerichtet und damit übereinstimmend; aber er hatte zwei Bedenken. Das eine kam von der kleinen Anzahl von Professoren her, welche deshalb eine große Menge von Wissenschaften lehren sollten; der Minister sah nicht ab, wie zwei Personen so viel würden leisten können. Außerdem schien es ihm unmöglich, daß die Leute von dem für sie ausgesetzten Gelde würden leben können. In Graudenz waren z. B. 300 Thaler Verpflegungskosten für fünf Personen ausgeworfen; davon sollte Mittag- und Abendessen, Heizung, Anschaffung und Unterhaltung des Küchengerätes, Gesindelohn und die Wäsche bestritten werden. Ähnlich verhielt es sich bei den übrigen Gymnasien [1]).

Infolge dieser Ausstellungen überwies der König die Angelegenheit nun noch dem Regierungspräsidenten v. Finkenstein und dem Kammerdirektor v. Korckwitz in Marienwerder; doch viel konnten sie wohl auch nicht helfen. Endlich am 1. Juni 1781 erschien das von dem Grafen v. Hohenzollern entworfene Reglement. In demselben waren die schlesischen Einrichtungen zugrunde gelegt; aber der Umstand, daß die westpreußische Jugend der deutschen Sprache fast gänzlich unkundig war, mußte Berücksichtigung finden [2]). Ferner nötigte die geringere Jahreseinnahme zu gewissen Einschränkungen. Man konnte keine Universität gründen wie in Breslau, sondern man mußte sich in anderer Weise helfen. Indem nämlich die acht Jesuitenkollegien in Gymnasien umgewandelt wurden, erhob man zugleich die zu Braunsberg im Ermeland und zu Alt-Schottland bei Danzig zu sogenannten akademischen Gymnasien, d. h. die

1) Lehmann V, 374. 409.

2) Wie das geschehen ist, weiß ich nicht. Leider sind von diesem Reglement ebenso wie von dem schlesischen viele Paragraphen bei Lehmann weggeblieben. Über die Ausdehnung der polnischen Sprache in Westpreußen hatte der Graf von Hohenzollern früher an das Kabinett geschrieben: „La plus grande partie des Prussiens occidentaux est polonaise; les sermons se font conséquemment en polonais“ (p. 358).

katholische Jugend, welche sich dem geistlichen Stande widmete, sollte dort ihre theologischen Studien machen können. Der König versprach ferner, in Schottland ein besonderes Seminar anlegen zu lassen. Nur auf diesen beiden Gymnasien und in dem Seminar zu Kulm sollten die philosophischen und sämtliche theologischen Wissenschaften gelehrt werden, und diejenigen, welche sich dem geistlichen Stande widmeten, gerade so wie in Breslau drei Jahre die philosophische und vier Jahre die theologische Klasse besuchen. Die Seminarien in Braunsberg und Schottland sollten ihre besondere Einrichtung erhalten.

Die knappen Mittel nötigten weiter, nur wenige Lehrer zuzulassen und die Anstalten inbezug auf die Zahl der Klassen verschieden zu behandeln. Es blieben demnach die Gymnasien in Marienburg und Krone für die eigentlichen grammatikalischen Studien, d. h. also auf die unteren Klassen beschränkt, für welche zwei Lehrer genügen mußten. Die Gymnasien in Graudenz, Konitz, Bromberg und Rössel sollten auch die unter dem Namen Philologie überhaupt begriffenen Wissenschaften betreiben und dafür noch einen besonderen Lehrer erhalten, der in der philologischen Klasse zu unterrichten hätte. Für die beiden akademischen Gymnasien endlich wurden außer dem Rektor zwei Professoren für die theologische, zwei für die philosophische und einer für die grammatische Klasse bestimmt.

Wie gering nun aber auch die Zahl der Lehrer war, so reichten die Einkünfte der ehemaligen Jesuiten doch nur hin, ihnen eine kleine Besoldung zu gewähren. Deshalb blieben zwar diejenigen jungen Leute, welche sich dem geistlichen Stande widmeten, vom Schulgelde befreit, aber sie mußten selbst für ihren Unterhalt sorgen und sich die nötigen Bücher anschaffen. Von den übrigen Zöglingen dagegen ward auch die Entrichtung eines geringen Schulgeldes verlangt, und endlich sollten alle ohne Ausnahme noch ein besonderes Holzgeld bezahlen.

Die acht Anstalten kamen unter die Aufsicht des Grafen v. Hohenzollern, der also die Stelle eines königlichen Kommissarius einnahm. Er erhielt das Recht, mit Genehmigung der westpreußischen Regierung aus den Mitgliedern des ehe-

maligen Ordens einen Schuldirektor zu wählen, der jährlich wenigstens einmal sämtliche Gymnasien besuchen und ausführlich dem Koadjutor anzeigen sollte, wie er die Anstalten gefunden hätte. Diesem lag es dann ob, der Regierung in Marienwerder am Schlusse des Jahres einen ausführlichen Bericht über den Zustand und Fortgang des Instituts abzustatten. Veränderungen des Reglements durften nur mit Genehmigung der letzteren und des Koadjutors getroffen werden [1]).

So wurden die katholischen höheren Lehranstalten in Westpreußen nach dem Muster der schlesischen neu organisiert und unter die Aufsicht des Staates gestellt. Wenn aber hier ein hoher Geistlicher an die Spitze trat, so verdankte derselbe dieses Amt ganz allein der königlichen Ernennung. Und der Graf v. Hohenzollern entsprach dem Vertrauen, welches Friedrich in ihn gesetzt hatte. Nach vier Jahren konnte er melden, daß es ihm gelungen sei, auch für das Deutsche und Französische Lehrer in Schottland anzustellen und außerdem noch Geschichte und Geographie unter die Unterrichtsgegenstände aufzunehmen [2]). Hauptsächlich war er bemüht, die Kenntnis des Deutschen zu verbreiten, und als er im Frühjahr 1786 die Anstalten besuchte, da freute er sich über die Fortschritte, welche die Zöglinge gemacht hatten. Wie abgeneigt waren die Schüler in Schottland vor vier Jahren gewesen, diese Sprache zu erlernen! Und nun zeichneten sie sich vor andern darin aus [3]).

Ob im preußischen Westen ebenfalls Hand an die Verbesserung des Schulwesens gelegt worden ist, wissen wir nicht. Nur über Geldern sind wir neuerdings, wenn auch sehr unvollkommen, unterrichtet worden. Zedlitz schrieb am 4. November 1779, zwei Monate nach der Unterredung, die er über die Gymnasien mit dem Könige gehabt, an das Justizkollegium in Geldern: „Es ist in Erfahrung gebracht worden, daß das

1) Lehmann V, 433 ff.

2) Lehmann V, 668. Hohenzollern zählt vier Sprachen auf, die gelehrt wurden: Latein, Französisch, Deutsch und Polnisch. Wurde Griechisch gar nicht getrieben?

3) Ebd. S. 689, N. 890.

dortige römisch-katholische Schulwesen sich in der schlechtesten Beschaffenheit befinde und solches hauptsächlich mit daher rühre, daß sich niemand der nötigen Aufsicht über die Schulen und Lehrer annehme." Der Minister übertrug diese Sorge nun dem Justizkollegium und wünschte Vorschläge zur Abhilfe zu erlangen [1]). Leider kennen wir die letzteren nicht; dagegen erfahren wir einmal beiläufig, daß die Nonnenklöster Nazareth und Hulst in Geldern zwei tüchtige Schulen für Mädchen errichtet hatten, die unter der Aufsicht des Justizkollegiums standen [2]).

In Bezug auf das höhere Schulwesen erklärte letztere Behörde dem geistlichen Departement: bei aller Aufmerksamkeit, welche sie demselben widmeten, könnten sie es nicht in einen wünschenswerten Stand bringen, weil ihnen die Mittel fehlten. Wiederholt hatten sie darauf hingewiesen, wie katholische Fürsten für diesen nützlichen Zweck die Klöster beschatzten; aber sie wurden am 6. Oktober 1783 nur ermächtigt, um freiwillige Beiträge dieselben anzugehen. Es war dies ein langwieriges und mühseliges Geschäft, welches doch nur eine Jahreseinnahme von 416 Reichsthalern einbrachte. So berichtete das Justizkollegium am 28. Juli 1785. Außerdem hatte diese Behörde einen sehr ausführlichen Lehrplan ausarbeiten lassen, welcher die Mitte zwischen dem alten und dem neuen Verfahren hielt und zugleich den Lehrern zeigte, wie sie auf die sittliche Förderung der Schüler hinwirken sollten. Über die mitgeschickte Schulordnung mußte der erfahrene Oberkonsistorialrat Gedike sein Gutachten abgegeben; er lobte sie und die Vorschläge, welche das Justizkollegium gemacht hatte, um aus Deutschland geschickte Lehrer zu erhalten. Das geistliche Departement entschied nach diesem Gutachten, und so wurde das höhere Schulwesen auch in dieser kleinen Landschaft Geldern verbessert [3]).

1) Lehmann V, 324. Vgl. 457.

2) Ebd., S. 566. Die gedruckte Beilage, welche dies erweisen sollte, kennen wir leider ebenfalls nicht.

3) Ebd., S. 570. 582. 673. Die Schulordnung fehlt gleichfalls.

Wir sehen, wie die katholischen höheren Lehranstalten den großen König viel beschäftigt haben. Aber auch mit der katholischen Kirche stand er in mannigfachen Beziehungen, seitdem er Schlesien erobert; denn es gab hier eine starke katholische Bevölkerung und einen Bischof, den einzigen, dessen Wohnsitz in Preußen lag. Friedrich bemühte sich ernsthaft, mit beiden in Frieden und Freundschaft zu leben, und es schien auch, als ob ihm dies gelänge. Jedoch nachdem die Österreicher im November 1757 Breslau erobert hatten, ward es anders, und er erlebte jetzt Abfall und Untreue. Besonders verdroß ihn die Flucht des Bischofs — es war ein Graf v. Schaffgotsch — in österreichische Gebietsteile! Seitdem betrachtete Friedrich diesen Kirchenfürsten als einen Verräter.

Nach dem Hubertsburger Frieden bat der Bischof den König um Wiedereinsetzung in das Bistum und gelobte, von jetzt ab unverbrüchlich treu sein. Er ersuchte ferner Schlabrendorff um seine Fürsprache, indem er sich zugleich erbot, ihm nach der Rückkehr ein Geschenk von 1000 Speciesdukaten zu machen und jährlich 1000 Dukaten zu geben. Der Minister verfehlte nicht dem Könige von diesem Bestechungsversuche Mitteilung zu machen. Friedrich übte trotzdem eine gewisse Schonung, indem er den Bischof in die allgemeine Amnestie einschloß; aber er befahl ihm dann, niemals da, wo er selbst weilte, sich aufzuhalten, wies ihm Oppeln zum Wohnsitz an und ließ ihm den schwarzen Adlerorden abfordern. Der Papst Clemens XIII. verwendete sich zwar durch die Nunzien in Wien und Warschau für Schaffgotsch, aber vergebens. Friedrich antwortete: er werde wohl dem römischen Stuhle die gebührende Rücksicht schenken, aber nicht dem gegenwärtigen Inhaber, der während des Siebenjährigen Krieges nicht allein in ungeziemender Weise seinen Haß gegen den König überall kund gegeben, sondern auch die Meuterei der Geistlichkeit genährt habe.

Der Weihbischof Moritz v. Strachwitz mußte nun die Verrichtungen des Bischofs übernehmen; aber Schaffgotsch griff ihm manchmal vor, und es kam zu unangenehmen Irrungen.

Schlabrendorff wünschte deshalb, daß der König dem Störenfried alle Amtshandlungen untersagen möchte, und als dies nicht angenommen wurde, schlug er vor, demselben, der sich wiederum etwas hatte zuschulden kommen lassen, einen Koadjutor zu geben. Allein auch das lehnte Friedrich am 27. September 1764 ab, und der Minister durfte dem Grafen Schaffgotsch nur durch die Oberamtsregierung die Aufforderung schicken, er solle sich in seinen Schranken halten, sonst werde man ihn zur Verantwortung ziehen und auf die Finger klopfen. Bald nachher vernahm der Minister, daß das Domkapitel dem Bischofe bereits im vergangenen Jahre 15000 Thaler geliehen hätte, ohne die Erlaubnis des Königs eingeholt zu haben; die geistlichen Herren bekamen dafür einen starken Verweis und den Auftrag, dieses Geld aus den Bistumserträgen wieder herbeizuschaffen. Im November 1765 meldete Schlabrendorff dem Könige, Schaffgotsch habe schon zweimal entweichen wollen, und er fragte deshalb an, ob man sich der Korrespondenz des Bischofs bemächtigen und die verfänglichen Briefschaften nach Berlin senden sollte. Jedoch auch hierauf weigerte sich der König einzugehen, offenbar, um kein Aufsehen zu erregen. Er entgegnete: ein so hartes Verfahren sei in keinem Lande der Brauch; dagegen sollte der Minister durch die Oberamtsregierung den Bischof davor warnen, aus dem preußischen Bistumsanteil jemals wegzugehen. Trotzdem entwich Schaffgotsch im April 1766. Darauf wurden die bischöflichen Güter mit Beschlag belegt und dem Kapitel jeder Verkehr mit dem Flüchtling untersagt, als wenn er mit Tode wirklich abgegangen wäre. Schaffgotsch suchte sich nun zu helfen, indem er die dem Herrn v. Strachwitz früher erteilte Befugnis, die bischöflichen Verrichtungen zu übernehmen, wieder zurückzog; er wollte den Weihbischof dadurch außer Thätigkeit setzen und das Domkapitel zwingen, den Verkehr mit ihm zu erneuern. Allein Strachwitz wußte den Hieb zu parieren; er bat den Papst um die nötigen Vollmachten. Clemens XIV. gab ihm dieselben und legte ihm den Titel eines apostolischen Vikars bei. Friedrich bezeigte dem Weihbischof seine Zufriedenheit mit dem ein-

geschlagenen Verfahren, Schaffgotsch aber war für das preußische Schlesien fortan nicht mehr vorhanden [1]).

Der König handelte richtig, wenn er sich gegen einen Mann, welcher durch ihn auf den bischöflichen Stuhl gekommen und in schwerer Zeit so schwach gewesen, unerbittlich zeigte. Nun hatten aber, was der Weihbischof und das Domkapitel nicht in Abrede stellen konnten, auch andere sich untreu erwiesen. Die Folge war, daß der König nach dem Kriege die Katholiken nicht mehr so schonend behandelte, wie vor demselben. Während das Bistum bisher nur 33⅓ Prozent an Steuern gezahlt hatte, mußte es vom 1. April 1763 an so viel wie die Stiftsgüter entrichten, nämlich 50 Prozent. Ferner verfügte der König, daß die 500 000 Thaler, welche die katholische Geistlichkeit ihm während des Krieges hatte leihen müssen, nicht zurückerstattet werden sollten, weil die österreichische Geistlichkeit zu dem nämlichen Zweck ebenfalls stark herangezogen worden wäre [2]).

Umgekehrt hatte sich Friedrich gleich nach dem Abfall, der ihn so schwer kränkte, gegen die Protestanten huldvoll erwiesen.

Daß die letzteren unter der Herrschaft der Habsburger beinahe so unchristlich wie in Polen behandelt worden sind, ist weltkundig. Als Maria Theresia Schlesien abtreten mußte, da verlangte sie die Aufrechthaltung des bestehenden kirchlichen Zustandes, und Friedrich hielt diesen Artikel, man möchte sagen, zu gewissenhaft, um die Herzen der Katholiken zu gewinnen. Als er aber 1757 den großen Abfall sah, ward er zornig und befreite die Protestanten am 31. Dezember 1757 von der Zahlung der Stolgebühren an die katholischen Pfarrer; es war das eine Last, welche drückend auf vielen evangelischen Gemeinden Schlesiens lag und die 1742 nicht von ihnen genommen worden war. Jetzt aber mochte der König nicht bis nach hergestelltem Frieden warten, sondern er setzte die Sache sofort ins Werk, damit die Maßregel alsdann kein neues Geschrei und keine

1) Lehmann IV, 102. 108. 144. 200. 204 ff. 275. 286. 288. 292.
2) Ebd. IV, 109.

Unterhandlung mit dem Wiener Hofe veranlassen könnte [1]). Merkwürdigerweise machte die Breslauer Oberamtsregierung Gegenvorstellungen, weil sie befürchtete, daß bei dem Friedensschlusse doch der alte Zustand würde wiederhergestellt werden. Aber Friedrich erklärte, er habe die Sache schon sehr reiflich erwogen und bedürfe keiner Einwendungen mehr; er sah es mit Recht als eine grobe Ungereimtheit an, daß ganze evangelische Gemeinden einen katholischen Pfarrer haben und an solche Geistliche, von denen sie gar keinen Nutzen noch Dienst hätten, zu ihrer großen Last und Beschwerde Stolgebühren zahlen sollten. Ja, nach zwei Monaten hob er noch die Abgaben auf, welche die katholischen Pfarrer an Zehnten, Garben, Broten u. dergl. bisher von den evangelischen Eingepfarrten bekommen hatten [2]). Durch diese Verordnungen wurden viele protestantische Gemeinden Schlesiens erst zu wirklichen Parochieen, ihre Prediger zu Pfarrern [3]), und am 25. August 1764 erhielten die Evangelischen auch noch das Recht, welches ihnen nur zu lange vorenthalten worden war, ihre Bethäuser Kirchen nennen zu dürfen.

Nach dem Hubertsburger Frieden wagten es die Katholiken, den König um die Herstellung des früheren Zustandes zu bitten. Sie brachten zuerst die beiden genannten Beschwerden vor, fanden aber kein geneigtes Gehör und wurden damit abgewiesen. Sie hatten weiter geklagt, es wären ihnen 19 Kirchen weggenommen worden. Hierauf antwortete der König: eine gewaltsame Sperrung habe nicht stattgefunden; dagegen sei es geschehen, daß da, wo keine katholische Gemeinde gewesen, solche Kirchen sich sozusagen von selbst als überflüssig und vorerst nicht weiter nötig geschlossen haben, und wenn sich neue Katholiken an solchen Orten niederließen, würden sie sich dieser Kirchen wiederum bedienen dürfen. Endlich viertens hatte das Dom-

1) Lehmann IV, 308.

2) Ebd., S. 3. 4. 15.

3) Zur Geschichte und Charakteristik Friedrichs des Großen. Vermischte Aufsätze von Dr. Ed. Cauer, S. 239. Lehmann IV, 200.

kapitel verlangt, daß der König die Kandidaten, die ihm von den Kirchenpatronen präsentiert würden, ohne Abänderung annehmen sollte, wofern sich gegen ihren Wandel nichts Erhebliches einwenden ließe.

Was diese Beschwerde betrifft, so erinnerte der König daran, wie frech sich die meisten Pfarrer sowohl vorher als besonders in den Zeiten des letzten Krieges benommen und wie sie gethan hätten, als ob sie von aller Treue und allem Gehorsam unabhängig wären und ungestraft wider ihn freveln könnten; durch dieses unleidliche Betragen sei er bewogen worden, bei der Ernennung der Geistlichen durch die Patrone für sich eine Mitwirkung in Anspruch zu nehmen.

Das Domkapitel suchte nun seine Beschwerden noch einmal zu begründen; aber es machte sich durch manches, was es vorbrachte, geradezu lächerlich. Unter anderem sagte man: „Der katholische Pfarrer kann das Aufbieten, Trauen, Taufen und Begraben bei seinen evangelischen Unterthanen gültig vollziehen, und dafür muß auch die Taxe bezahlt werden; denn der Geistliche der andern Religion thut es ebenfalls nicht unentgeltlich. Wollen aber die Eingepfarrten von einem Geistlichen ihrer Religion hierunter versorget sein, so stehet ihnen solches zwar frei, es ist aber auch alsdann billig, daß sie dem katholischen Pfarrer das Seinige entrichten, weil er dem Kirchspiele vorgesetzt ist."

Die ersten beiden Punkte lehnte das Ministerium in Berlin jetzt abermals ab. Inbezug auf die Sperrung einiger katholischer Kirchen wollte dasselbe noch nähere Erkundigung einziehen. Es handelte sich hierbei, wie erwähnt, um Gotteshäuser in Ortschaften, wo wenig oder gar keine katholischen Wirte vorhanden waren, und Schlabrendorff stand nicht an, die Wegnahme der Kirchen zu billigen; aber in Berlin war man anderer Meinung, und es unterblieb daher dieselbe. Was endlich die Beschränkung des Patronatsrechtes betrifft, so verwunderte sich das Ministerium in Berlin, daß das Domkapitel diese Beschwerde zu seiner eigenen machte und es nicht den Patronen überließe, für sich selber zu sorgen, zumal da der

König versichert hätte, daß niemand in seinen wohlhergebrachten Rechten hierunter geschädigt werden sollte. Und um so mehr müsse es bei dieser Entscheidung verbleiben, als eine lange Erfahrung bestätigt habe, daß der König gar nicht geneigt sei, auf Kosten seiner Unterthanen seine Rechnung zu erweitern [1]).

Es wurde weiter ein Gesetz entworfen, nach welchem die Entrichtung von Stol- und anderen Gebühren auf die eigenen Glaubensverwandten eingeschränkt werden sollte. Schlabrendorff aber weckte das Bedenken, ob der Erlaß eines solchen Gesetzes nicht auswärts ein Aufsehen erregen und dem Wiener Hofe Gelegenheit und Antrieb zu Gegenvorstellungen geben könnte, und der König hielt es doch für geraten, von der Bekanntmachung abzusehen. Aber der Parochialnexus zwischen katholischen Geistlichen und evangelischen Gemeinden blieb aufgehoben, und es wurde nur noch den Katholiken die gleiche Vergünstigung gewährt [2]). So mußten denn manche protestantische Pfarrer es sich gefallen lassen, daß sie in ihren Einnahmen verkürzt wurden, und als die Prediger des Kreises Nimptsch an den König gingen und ihm ihr Leid klagten, ließ er Schlabrendorff fragen, wie viel sie etwa jährlich an Stolgebühren eingebüßt hätten. Er wollte, wenn sich die Summe nicht gar zu hoch beliefe, denselben aus den bischöflichen Einkünften eine Vergütigung geben, auf daß sie doch den notwendigen Unterhalt fänden. Leider erfahren wir über die Angelegenheit nichts weiter [3]).

Das Verhalten der Katholiken im Jahre 1757 hatte noch eine besondere Maßregel zur Folge. Der König verlangte nämlich nach dem Hubertusburger Frieden einen Eid, welchen alle katholischen Geistlichen und Lehrer schwören sollten. Der Weihbischof wurde gefragt, ob man schuldig sei, den Ketzern Treu und Glauben zu halten, und er antwortete: „Ich sage ja, und zwar heilig und nicht nur Christen, sondern auch Juden

1) Was das Ministerium hier behauptete, war keineswegs eine bloße Redensart. Vgl. Lehmann IV, 403. 420. 432.

2) Lehmann IV, 125. 133. 137. 145. 157. 154. 182. 240.

3) Ebd. IV, 306/7.

und Türken . . . Die Verschiedenheit der Religion kann das Verhältnis zwischen dem Souverän und seinen katholischen Unterthanen nicht ändern; sie sind ihm eine unerbrüchliche Treue schuldig, er bekenne sich, zu welcher Religion er wolle."

Der Eid wurde von dem größten Teile der Geistlichkeit ohne Bedenken geleistet; aber das Breslauer Domkapitel nahm Anstoß an den Worten: „wenn jemand sich der eingegangenen Verbindlichkeit entzöge, dem solle dieserhalb keine Vergebung weder in diesem noch in jenem Leben zustatten kommen." Die Domherren behaupteten, die priesterliche Absolution, die unter der Vergebung verstanden werde, sei neben der Buße nach dem Dogma der katholischen Religion ein Sakrament, und dem könne man nicht absagen. Sämtliche Klostergeistliche der schlesischen Hauptstadt folgten diesem bösen Beispiele, und während im Glogauer Bezirk die wenigen, welche der nämlichen Ansicht waren, sich leicht überreden ließen, den Eid zu leisten, bemühte sich die Oberamtsregierung in Breslau umsonst, hier den Klerus von seinem Widerspruch abzubringen. Vielmehr bat das Domkapitel in einer schriftlichen Eingabe den König, dessen Ankunft nahe bevorstand, um Streichung der angefochtenen Worte, während es sich nicht nur bereit erklärte, sondern sogar mit Eifer verlangte, durch die Religion selbst auf das unverbrüchlichste sich ihm zu verbinden. „Wir wollen", schrieben die Domherren am 27. März 1764, „Allerhöchstdemselben bei Gott, bei allem, was uns heilig ist, und so, wie wir es vermöge unserer Religion und unseres Gewissens nur immer für bündig und kräftig erachten können, Treue und Gehorsam schwören. Gut, Blut, Ehre und Leben sollen Bürgen unserer Gelübde sein, und die Gerechtigkeit Ew. Königl. Majestät soll selbst an denjenigen Rache nehmen, welche meineidig vergessen sollten."

Ein merkwürdiger Streit! Und es würde gewiß besser gewesen sein, wenn das Ministerium erst gar nicht auf den Einfall gekommen wäre, die Verbindlichkeit des Eides auf die angeführte Weise zu verstärken. Auch die Oberamtsregierung gab zu, daß es bei ehrlichen Leuten unnötig wäre. „Freilich

erfordert wohl", schrieb sie weiter, „ein vernünftiger Katholik zur Vergebung der Sünde hauptsächlich eine wahre Buße; wie viele setzen aber nicht das Werk der Buße in die Beichte und die priesterliche Absolution! Und bloß dieser Art von Leuten wegen ist eine größere Vorsicht notwendig." Die Oberamtsregierung fürchtete, daß auch die Schärfe gegen diejenigen, welche sich weigerten, jene Worte zu schwören, vergeblich angewandt werden dürfte, da sich der Fanatismus bei etlichen schon allzu deutlich zu erkennen gäbe.

Am 29. März kam der König nach Breslau; er wurde sehr aufgebracht über den Schritt des Domkapitels und ließ demselben durch Schlabrendorff anzeigen: wer am nächsten Tage nicht den Eid so, wie er vorgeschrieben, ablege, dessen Residenz solle sofort geschlossen und derselbe binnen vier Tagen über die Grenze nach Böhmen gebracht werden, wo er sich einen andern Schutz suchen könne. Es waren damals ganz andere Zeiten als jetzt; und die weltliche Gewalt hatte das Übergewicht. Die Domherren leisteten den Eid am 30. März, ausgenommen zwei, die es erst am folgenden Tage über sich brachten, das Verlangte zu thun, und dann doch vom Könige die Erlaubnis empfingen, in ihren Stellen zu verbleiben.

Auf der anderen Seite kann man sich wundern, daß Friedrich und seine Minister sich noch nicht zufrieden gaben, als der gesamte schlesische Klerus geschworen hatte, sondern dem Weihbischof auftrugen, in einem besonderen Hirtenbriefe die Geistlichen zur unverbrüchlichen Treue gegen den König und zur genauesten Befolgung des geleisteten Eides zu ermahnen; außerdem sollten die Beichtväter angehalten werden, die Soldaten dazu gleichfalls aufzufordern und vor aller Fahnenflucht ernstlich zu warnen. Strachwitz, welcher bis an das Ende seines Lebens in gutem Einvernehmen mit dem Staate geblieben ist, ohne sich sklavisch unterzuordnen, entledigte sich auch dieses Auftrages in einer den König befriedigenden Weise. Die neu anzustellenden Geistlichen mußten von jetzt ab gleichfalls einen Eid der Treue schwören [1]).

1) Lehmann IV, 131. 136. 142. 165. 166. 170. 177. 208. 328.

Beinahe noch ängstlicher hatte Friedrich es bei den Stiftsprälaten genommen. Strachwitz sollte den neuen Äbten und Äbtissinnen auf das ernstlichste die Treue einschärfen, vor jeder Verbindung mit dem Feinde warnen und die Einmischung in die Welthändel mit dem Tode bedrohen, das verlangte Schlabrendorff, als Ende des Jahres 1763 ein neuer Abt in Grüssau bestellt werden sollte. In Schlesien war es herkömmlich, daß bei einer solchen Gelegenheit drei Kandidaten vom Stifte gewählt wurden, aus denen hierauf der König den Prälaten ernannte. Friedrich trug seinem Minister auf, denjenigen ihm anzugeben, welchen er für den ehrlichsten und wohlgesinntesten hielte, soweit wie diese Art Leute es sein könnten. Weil aber der Abt Rosa vordem viele evangelische Unterthanen von den Stiftsgütern vertrieben hatte, forderte Friedrich den Minister auf, schlechterdings dahin zu sehen, daß die Häuser und Höfe, die früher mit Protestanten besetzt gewesen wären, wieder in solche Hände kämen.

Die Wahl von 1763 hat aber noch eine andere Bedeutung. Die schlesischen Stifter zahlten jährlich eine Pension an den König; in Grüssau betrug sie 2666 Thaler 16 Groschen. Diesmal war aber Schlabrendorff noch auf einen besonderen Einfall gekommen, wie er dem Staate die geistlichen Güter nützlich machen könnte. Er bewog nämlich die Grüssauer Mönche, außerdem noch eine Fabrik anzulegen. Dieser Gedanke gefiel dem Könige ganz außerordentlich, die Maßregel ward allgemein gemacht, und als bald darauf dem Augustinerstift auf dem Sande ein neuer Vorsteher zu geben war, verpflichteten sich die Chorherren vorher, die Pension von 1000 Thalern auf 1500 zu erhöhen, alle wüsten Stellen in dem Städtchen Zobten und auf den Stiftsgütern zu besetzen, 30 fremde Weber anzusiedeln und verschiedene Fabriken einzurichten. Ja, damit der Minister besser wüßte, was er eintretenden Falles verlangen könnte, mußten ihm die beiden Kammern in Breslau und Glogau einen Plan machen, was einem jeden Stifte seiner Beschaffenheit und Lage gemäß vorzuschreiben wäre. Nach der Tabelle, die Schlabrendorff im Dezember 1764 nach Berlin

schickte, sollten 20 wüste und Brandstellen bebaut, 26 neue Häuser errichtet, 11 ledige mit Wirten besetzt und 139 fremde Weber angesiedelt werden; außerdem waren eine Menge nützlicher Anlagen in Aussicht genommen: 547 Garnspinnereien, 28 Ölmühlen, 12 Bleichen, 9 Weinberge, 1 Seidenfabrik, 3 Tuch- und eben so viele Leinwandfabriken, 7 Zwirn-, und Kantenfabriken, 1 Wollenzeug-, 1 Eisendraht- und Blechfabrik, 1 Lederfabrik, 2 Säckefabriken und 1 Wollenzeug- und Barchentfabrik. Endlich sollten die Stifter Maulbeerbäume pflanzen, Hopfen, Rübsamen und Tabak anbauen, die Bienenzucht vermehren und, wo Gelegenheit wäre, Torf stechen lassen. Schlabrendorff empfahl diese Sache sehr dringend den Land- und Steuerräten und meldete dann am 4. September 1765 dem Könige, daß bereits ein großer Teil des Planes zur Wirklichkeit gediehen wäre, und daß wegen derjenigen Stücke, welche noch nicht völlig hätten vollendet werden können, Erinnerungen unabläßig ergingen. „Ich werde nicht eher ruhen", schrieb der Minister, „bevor solche nicht ebenfalls zum Stande gebracht worden" [1]).

Dem Könige hatte die Maßregel so gut gefallen, daß er sie gern auch in andere Provinzen eingeführt hätte; doch gab es hier größere Schwierigkeiten. Es wurden ihm nämlich nicht wie in Schlesien drei Kandidaten präsentiert, sondern es kam nur darauf an, ob die Wahl ordnungsmäßig vor sich gegangen wäre. Wenn dies geschehen, konnte die Bestätigung nicht versagt, noch an besondere Auflagen gebunden werden. Deshalb empfing die Regierung in Halberstadt die Anweisung, behutsam zu verfahren, um in Güte das Verlangte zu erhalten und keinen Anlaß zum Geschrei zu geben.

In Schlesien fuhr Schlabrendorff fort, dieser Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit zu schenken, und so ungern die Stifter zum Teil daran gegangen waren, konnte der Minister

1) Lehmann IV, 130. 164. 171. 215. 252. Eine Nachweisung, was ein jedes Stift leisten sollte, vom 24. August 1766 steht S. 296, leider ist die Anzeige von dem, was noch fehlte, weggelassen worden.

doch am 16. August 1769, wenige Monate vor seinem Tode melden, daß von dem Plane schon das meiste zur Ausführung gekommen wäre. Dem Nachfolger v. Hoym befahl Friedrich, Schlabrendorffs Prinzipien sehr sorgfältig beizubehalten und nur Abstand zu nehmen, wenn bei einem oder dem anderen Stift eine wahre Unmöglichkeit obwaltete. Jedoch sollte Hoym dabei mit der größten Vorsicht zu Werke gehen und sich von den listigen Pfaffen nicht hinter das Licht führen lassen [1]). Dieser geheimen Instruktion entnehmen wir noch, daß der König aus den mit Beschlag belegten bischöflichen Einkünften jährlich über 17000 Thaler bezog; er bestritt davon die Unkosten der Musterung und verfügte bei seiner Anwesenheit in Schlesien über das Übrige, wahrscheinlich zum Besten der Provinz.

Im Jahre 1769 hatte Friedrich erfahren, daß nicht allein viele Bauern und Handwerker, sondern auch bemittelte Familien im oberrheinischen Kreise sich in Preußen niederlassen möchten. Das Generaldirektorium erhielt nun den Auftrag, diese Gelegenheit zu benutzen, und es schlug vor, daß man die reichen Klöster heranziehen sollte; denn die Einwanderer bedürften zur Einrichtung ihrer Wirtschaft und Nahrung einen Vorschub. Der Antrag wurde genehmigt. Die magdeburgischen und halberstädtischen Klöster hegten nun den dringenden Wunsch, daß sie auch solche, die keine Preußen wären, zu ihren Vorstehern oder als Novizen annehmen könnten, und die ersteren hatten sich sogar darüber beschwert, daß ihnen stets in diesem Stücke Schwierigkeiten gemacht würden. Jetzt empfingen die Kammern beider Landschaften den Auftrag, den Klöstern vorzustellen, wie der hauptsächlichste Anstoß bei Zulassung ausländischer Ordenspersonen in der Besorgnis bestände, daß dieselben den Überschuß der Stiftseinkünfte ihren auswärts wohnenden Verwandten zuführten; dem könnten die Klöster nicht besser ausweichen, als wenn sie sich willig finden ließen, die jährlichen Ersparnisse zur Verbesserung ihrer Güter so anzuwenden, wie es ihnen von der Kammer angegeben werden würde.

1) Lehmann, S. 316. 366. 382.

Die Unterhandlung führte zum Ziele; die Klöster erklärten sich endlich bereit, Kolonisten anzusetzen, wenn ihnen ihre Forderungen gewährt würden, und Münchhausen mußte die Verordnung entwerfen. Er that es gerne, aber er bemerkte zugleich, daß nun der einzige verfassungsmäßige Anlaß wegfiele, von dem er bisher hätte Gebrauch machen können, um die neuen Äbte und Äbtissinnen zu nützlichen Unternehmungen zu verpflichten. Der König vollzog das Schriftstück infolge dieser Bemerkung nicht; aber nun erhob das Generaldirektorium Gegenvorstellungen: die magdeburgischen und halberstädtischen Klöster hätten sich anheischig gemacht, 213 ausländische Familien auf ihre eigenen Kosten anzusetzen, wenn ihnen der König die Freiheit gewährte, welche sie seit 1624 genossen, und es wäre doch jedenfalls besser, wenn die Klöster jetzt auf einmal vermocht würden, mit allen ihren Kräften den Ackerbau des Landes zu befördern, als wenn es einzeln bei zufälligen Gelegenheiten von einem und dem andern mit möglichster Zurückhaltung geschähe. Der König vollzog nun die Verordnung. Aus wirtschaftlichen Gründen hatte er auch den Katholiken verboten, außer Landes zu pilgern oder sich firmen zu lassen [1]). Ebenso war er nicht ohne Erfolg bemüht, eine Verminderung der Feiertage, wie sie 1754 in Schlesien eingeführt worden war, in seinen übrigen Provinzen durchzusetzen.

Als Friedrich durch die erste polnische Teilung eine Menge neuer Katholiken zu Unterthanen erhalten hatte, befahl er, die katholische Kirche in Westpreußen ebenso wie in Schlesien einzurichten. Der Minister v. Zedlitz gab nun an, welche Verordnungen zu diesem Zwecke zu erlassen wären, und dieses Aktenstück kann uns dazu dienen, daß wir unsere Vorstellungen von den Beziehungen zwischen dem Staate Friedrichs des Großen und der katholischen Kirche vervollständigen. Danach erfuhr die letztere folgende Beschränkungen. Niemand kann, ohne zuvor Erlaubnis empfangen zu haben, sich oder seine Kinder dem geistlichen Stande widmen. Bei Ehen zwischen Protestanten und

1) Lehmann IV, 358 ff. 371. 374. 190. 293.

Katholiken müssen die Söhne bis zum 14. Lebensjahr in der Religion des Vaters, die Töchter in der der Mutter bis zum 12. Jahr erzogen werden. Einem Kloster oder einer Kirche darf niemand mehr als 500 Thaler vermachen und auch keine größere Summe zu Seelenmessen aussetzen. Geistliche Ämter können nur an preußische Unterthanen übertragen werden. Jeder Superior eines Klosters muß, wenn ein neues Mitglied ankommt, binnen 14 Tagen für dessen Vereidigung Sorge tragen. Ohne Erlaubnis darf kein Geistlicher außer Landes reisen. Auch da, wo der König den Abt oder Superior nicht ernennt, muß die Wahl in Gegenwart königlicher Kommissarien geschehen. Kein Clericus regularis kann ein Testament machen oder durch ein solches erwerben, sondern das Vermögen fällt an die nächsten weltlichen Erben, welche dem Geistlichen 4 Prozent jährlich während seiner Lebenszeit auszahlen. Die Clerici saeculares oder irregulares hingegen können Testamente machen, aber dem Stifte nicht mehr als ein Drittel hinterlassen. Ohne die Erlaubnis des Königs darf kein auswärtiger Geistlicher ein Kloster oder eine Kirche visitieren, dürfen Güter von der Geistlichkeit weder angekauft noch verkauft oder verpfändet werden. Es ist verboten, Kapitalien außer Landes zu leihen, Stolgebühren können die katholischen Geistlichen nur von ihren Glaubensgenossen erheben, und päpstliche Breven oder Bullen dürfen ohne landesherrliche Genehmigung nicht umlaufen. Der König schrieb unter das Schriftstück: „Man muß also die Sache sogleich ins Werk setzen", und die katholische Kirche Westpreußens wurde nun in derselben Weise wie in Schlesien eingerichtet [1]). Es sollten z. B. die Bischöfe, Prälaten und Äbte wie dort die Hälfte des reinen Ertrages der geistlichen Güter erhalten; die letzteren aber, damit sie mehr einbrächten, in die Verwaltung der Kammern übergehen. Jedoch bevor Friedrich diesen Erlaß unterschrieb, besann er sich und verfügte, daß die 50 Prozent nach dem gegenwärtigen Ertrage festgesetzt würden und, was

1) Lehmann IV, 382. Vgl. die Instruktion an die westpreußische Regierung vom 21. September 1773, ebd. S. 541.

durch die Verpachtung mehr herauskäme, in seine Kassen fließen sollte. Den Geistlichen ließ er vorstellen, daß man ihnen deshalb ihre Güter abnähme, damit sie in ihren geistlichen Verrichtungen nicht gehindert würden [1]).

Ungefähr um dieselbe Zeit ward in der preußischen Landeshauptstadt ein schönes Denkmal religiöser Duldung, die katholische Hedwigskirche, vollendet. Die Erlaubnis zum Bau derselben war schon vor 27 Jahren erteilt worden, aber die Geringfügigkeit der Mittel hatte das Werk ungemein aufgehalten und die Katholiken gezwungen, in dem Haus auf der Krausenstraße, welches Friedrich Wilhelm I. gekauft, den Gottesdienst weiter abzuwarten. Endlich im Herbste des Jahres 1773 konnte die neue Kirche dem Gebrauch überwiesen werden. Man wollte sie der heiligen Hedwig weihen, und so mußte der ungläubige König zu der Zeit, wo er für die Jesuiten Lanzen brach, auch um Reliquien von dieser schlesischen Fürstin nach Breslau schreiben. Am 1. November fand die merkwürdige Feierlichkeit statt. Das Haus in der Krausenstraße wurde nun verkauft und der Erlös als Beihilfe zu den Baukosten gegeben. Der Nunzius in Wien verfehlte nicht, dem Freiherrn von Zedlitz anzuzeigen, wie große Genugthuung der heilige Vater empfunden. „Obschon ich alles, was von mir abhing, für die katholische Kirche in Berlin gethan, antwortete der Minister, so muß ich doch eingestehen, daß ich dabei nur nach den Wünschen des Königs, meines Herrn, gehandelt [2])."

In der That wollte Friedrich der Große den Katholiken wirklich gerecht werden, aber er verlangte dafür, wie erwähnt, unverbrüchliche Treue, und er hegte noch immer in dieser Beziehung Mißtrauen. Als er im April 1778 nach Schlesien kam und in der Erwartung stand, daß er noch einmal in den Krieg gegen die Österreicher würde ziehen müssen, griff er sogar zur Notlüge; denn er befahl dem Minister Hoym, unter den katholischen Geistlichen in Schlesien die Nachricht zu ver-

1) Lehmann IV, 478. 471.
2) Ebd. IV, 587. 568. 570.

breiten: der Kaiser habe, weil er Bayern nicht zurückgeben wolle, den Vorschlag gemacht, daß man den Kurfürsten von der Pfalz durch die säkularisierten Bistümer Würzburg, Eichstädt und Salzburg entschädigen solle; der König aber habe darein nicht gewilligt, weil es Stände des Reiches seien. Dem Grüssauer Prälaten, welcher nach Böhmen gemeldet, daß er Palliaden nach Schweidnitz habe liefern müssen, verbot Friedrich bei Todesstrafe jeden brieflichen Verkehr mit diesem Kronlande, indem er eigenhändig hinzufügte: „Wer ein Schlesier ist und die Österreicher anhanget, wird schlecht belohnet werden; ist es ein Priester oder Abt, so wird er vor sein Kloster gehangen." Strachwitz aber mußte die Geistlichkeit in einem Hirtenbriefe zur unverbrüchlichen Treue wiederum ermahnen. Nach dem Kriege befahl der König, daß nur solche Theologen angestellt werden sollten, die in Breslau studiert hätten, und auf den Rat eines Erzpriesters in Frankenstein, Namens Koblitz, trug er dem Minister Hoym auf, dafür zu sorgen, daß alle die Geistlichen in der Grafschaft Glatz, welche Verwandte oder gute Bekannte in Böhmen hätten, nach Niederschlesien geschickt werden und andere von hier in ihre Stelle kommen sollten. Freilich, als nun der Erzpriester selbst einem seiner Kapläne die Mitteilung machte, daß er von der Grenze versetzt würde, da benahmen sich dieser und sein Mitkaplan so ungebührlich gegen Koblitz, daß er durch die Wache sich ihrer hat entledigen müssen [1]).

Wichtiger noch war ein anderer Austausch. Schlesische Dörfer an der Grenze — 17 aus dem Leobschützer, 11 aus dem Neisser Kreis und 6 aus der Grafschaft Glatz — gehörten zu böhmischen oder mährischen Pfarreien. Indem diese Ortschaften im Jahre 1780 an schlesische Pfarrer und Schulmeister gewiesen wurden, hörte der Zusammenhang mit den österreichischen hier auf. Dagegen kamen 18 böhmische und mährische Dörfer von schlesischen zu böhmischen und mährischen Pfarreien. Hoym unterließ nicht, dem Könige zu bemerken,

1) Lehmann V, 227. 260. 297. 400 411.

daß die Provinz durch diesen Austausch 16 Dörfer gewänne. Vorher wären 3593 Gulden für die Pfarrer und Schulmeister jährlich nach Österreich gegangen und umgekehrt nur 1894 Gulden hereingekommen; es blieben jetzt also 1699 Gulden mehr im Lande [1]). Strachwitz hatte die Sache so gut geleitet, daß die Bischöfe von Olmütz, Prag und Königgrätz es ohne Widerspruch geschehen ließen. „Es sind nun", schloß Hoym seinen Bericht, „in Ober- und Niederschlesien und in der Grafschaft Glatz keine Dorfschaften mehr vorhanden, die in die österreichischen Lande eingepfarrt wären."

Noch viel wichtiger würde es natürlich gewesen sein, wenn die schlesische Landesgrenze zugleich die Grenze des Breslauer Sprengels gebildet hätte. Man wünschte das auch auf beiden Seiten, sowohl in Wien als in Berlin, und sprach darüber in den Jahren 1774 und 1776. Die Schwierigkeit lag darin, daß das Breslauer Bistum sehr viel an Einkünften bei dem Tausche verloren hätte; deshalb widerrieten Hoym und Strachwitz dringend denselben. Nach dem Kriege wiederholte die Kaiserin-Königin ihren früheren Antrag; aber auch diesmal lehnte der König ihn ab, und die günstige Gelegenheit ging dadurch wahrscheinlich für immer verloren [2]).

Im Anfange des Jahres 1781 starb der Weihbischof von Strachwitz, welcher trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten, die zuweilen in der langen Reihe von Jahren vorgekommen waren, in Eintracht mit der Staatsregierung gelebt hatte. Friedrich ernannte den Domherrn von Rothkirch zum Nachfolger. In dem Schreiben, welches er am 17. Februar an ihn richtete, unterschied er scharf zwischen Schuldigkeit der Religion und politischer Schuldigkeit. Er mische sich nicht in Religionssachen, erklärte er, und verlange nur, daß der Schlesier auch ein wohlgesinnter, ehrlicher und getreuer Unterthan sei, in diesem Stück also müsse Rothkirch überall ein gutes und wachsames Auge haben. Außerdem forderte Friedrich

1) Lehmann V, 328. 395.
2) Lehmann V, 190. 194. 296.

die Abstellung eines Mißbrauches, welchen die Bettelmönche besonders in der Gegend von Schweidnitz und Striegau trieben. Sie schrieben auf einen Zettel einen Bibelspruch, thaten etwas Klebriges darauf und wischten mit demselben dann das Gefäß aus, worin die Hostie gewesen war. Diese Zettelchen verkauften sie für 3 bis 4 Groschen das Stück an die Bauern, die solche dem Vieh eingaben, wenn es krank geworden war, um es zu heilen. Mit Recht forderte der König die Abstellung solches Aberglaubens, doch sollte Rothkirch es thun, ohne viel Aufsehen und Lärm zu machen [1]).

Nach dem Tode Maria Theresias zogen die kirchlichen Neuerungen ihres Nachfolgers die Aufmerksamkeit Friedrichs auf sich, und er erkundigte sich bei Hoym, was dieselben für einen Eindruck in Schlesien hervorbrächten. „Den vernünftigen Katholiken sind sie ziemlich gleichgültig", antwortete der Minister am 8. Juli 1782. „Von diesen ist aber auch in Kriegszeiten wenig zu besorgen; denn sie sehen ein, daß sie sich selbst sehr schaden, wenn sie nicht treu sind. Die Verräter und untreuen Katholiken, welche von einem blinden Religionseifer und Fanatismus eingenommen, sind allein diejenigen, denen der Kaiser durch seine Neuerungen verhaßt wird. Sie haben bisher geglaubt, daß die österreichischen Souveräne geborne Beschützer der Kirche seien, und werden nun durch die Aufhebung der Klöster an der empfindlichsten Seite angegriffen. Denn recht eifrige und einfältige Katholiken hängen den Mönchen über alles an, machen sie zu ihren Abgöttern und schätzen sie weit höher als ihre Pfarrer." Hoym meldet weiter, daß die Katholiken sowohl in der Grafschaft Glatz als in Oberschlesien desto besser gesinnt geworden, jemehr ihre Abneigung gegen den Kaiser zugenommen habe; fast noch stärker sei dies in Österreich selbst der Fall. Endlich hob der Minister noch folgendes hervor: daß der König einzelne Katholiken, die sich durch ihr Betragen auszeichneten, angestellt und etliche Edelleute

1) Lehmann V, 419. 420. Vielleicht sind das die Lukaszettel, von denen Hoym, S. 489, spricht.

zu Landräten ernannt, habe eine sehr vorteilhafte Wirkung auf ihre Gemüter ausgeübt [1]).

Friedrich suchte diesen Eindruck noch zu verstärken, indem er dem Breslauer Weihbischof und den westpreußischen Bischöfen auftrug, der katholischen Geistlichkeit und besonders den Stiftern und Klöstern zu erklären, sie könnten versichert sein, daß der König keine kirchlichen Veränderungen vornehmen, und noch viel weniger etwas einziehen würde, so lange sie sich als treue Unterthanen erwiesen, dagegen müßte er ein Stift oder Kloster aufheben, wenn sich ungetreue Geistliche oder Mönche darin befänden. Rothkirch führte den Befehl sofort aus. „Ist mir mein bischöfliches Amt je süß und leicht vorgekommen", schrieb er, „so ist es gewiß in dem Augenblick, wo ich den sämtlichen Stiftern und Klöstern eine für sie so interessante Nachricht erteilen und denselben diese väterlichen Gesinnungen Sr. Kgl. Majestät zu ihrer Beruhigung verkündigen kann" [2]).

Durch solche Vorgänge stieg der gute Ruf, welchen Friedrich bei den Katholiken sich bereits erworben, nur noch mehr. Sie schätzten ihn durch ganz Europa. Wie rührend ist die Einfalt, die ein spanischer Kapuziner offenbarte! Derselbe hatte schon am 30. Mai 1778 an Friedrich den Großen ein Gesuch gerichtet. Ob dasselbe damals glücklich angekommen ist, wissen wir nicht, aber vier Jahre später wiederholte der Mönch seine Bitte, weil er den König, schrieb er, so sehr liebe. Wie preist er diesen Herrscher, der auf dem Gipfelpunkte der Macht angekommen sei und dem alle gekrönten Häupter nacheifern, für den Schutz, welchen er der katholischen Kirche gewähre! Heiß ist sein Verlangen, daß ein solcher Fürst die ewige Seligkeit gewinnen möge, und weil er in seiner Beschränktheit es nicht anders weiß, als daß man sie nur in seiner Kirche sich erwerben könne, so bittet er noch einmal Friedrich den Großen, katholisch zu werden. Einen ähnlichen

1) Lehmann V, 489.
2) Lehmann V, 504. 505. 510.

Wunsch hatte die Sorbonne bereits vor 28 Jahren ausgesprochen und in ihren Protokollen niedergelegt [1]).

Wir schließen hiermit die Darstellung der Beziehungen des Königs zur katholischen Kirche. In den letzten Jahren hat die preußische Archivverwaltung die Schriftstücke, welche diesen Teil der Regierungsthätigkeit der Hohenzollern beleuchten, durch den Druck bekannt zu machen angefangen. Der erste Band umfaßt die Zeit von 1640—1740; die nächsten vier reichen bis zum Tode Friedrichs des Großen und zeigen, wie des Königs unabläßiges und redliches Bemühen dahin gegangen ist, die beiden christlichen Konfessionen friedlich nebeneinander als gleichberechtigte Kirchen bestehen zu lassen. Diese vier Bände sind auch ein Denkmal, welches den Ruhm Friedrichs des Großen bis in die fernsten Zeiten verkündigen wird. Und als er mit diesem wichtigen Werke beinahe fertig war, da unternahm er noch ein anderes ähnliches: zu der kirchlichen Gesetzgebung kam ein allgemeines Landrecht.

Achtes Kapitel.

Die Rechtspflege.

In dem politischen Testamente von 1768 erzählt Friedrich der Große, daß er einen Plan zur Verbesserung der Rechtspflege entworfen und ihn dem Herrn v. Cocceji, einem ebenso rechtschaffenen Menschen als gelehrten Juristen, übergeben habe. Mit großer Zufriedenheit erwähnt hierauf der König, wie erfolgreich die Thätigkeit dieses Mannes gewesen sei; er verhehlte

1) Das Schreiben des spanischen Kapuziners ist 6 Seiten lang. Der Bericht Finckensteins darüber steht V, 491, der Wunsch der Sorbonne III, 717.

sich dabei nicht, wie die Schikane mit der Zeit wieder aufleben, der Geist der Raubgier aufs neue zum Vorschein kommen und die Gesetze durch Willkür in ihrer Auslegung umgangen werden könnten. Zwei Mittel schlägt er hiergegen vor, nämlich erstens müsse man sehr vorsichtig bei der Wahl eines Großkanzlers sein und zweitens den eingeführten Gebrauch beibehalten, daß alle drei Jahre Mitglieder des obersten Gerichtshofes als Kommissarien in die Provinzen gehen, um das Verhalten der Richter zu prüfen [1]).

Als Friedrich das Testament abfaßte, stand Herr v. Jariges an der Spitze der Justiz. Der König schätzte diesen Großkanzler ebenfalls, aber er unterließ doch nicht, ihn zu ermahnen, sobald ihm Nachrichten zu Ohren kamen, daß manche Prozesse kein Ende fänden. Friedrich betrachtete sich als den Vater der Armen. Es erregte seinen Unmut, wenn er hörte, daß abgebrannte Leute schon drei Jahre lang ohne Entschädigung hingezogen würden, und es kam ihm ganz unverantwortlich vor, daß dieselben, die inzwischen von ihrem Hab und Gut nicht leben und noch weniger wieder aufbauen könnten, durch prozessualische Weitläufigkeiten vollends an den Bettelstab gebracht werden sollten. „Es ist dieses nicht der einzige Fall verzögerter Rechtspflege", hatte der König am 28. September 1767 an den Großkanzler geschrieben und ihn ermahnt, auf den rascheren Betrieb der Prozesse bedacht zu sein und nachlässige Richter zu bestrafen.

Fünf Jahre später äußerte sich Friedrich noch ganz anders. Als ein Mann sich bei ihm beschwerte, da verlangte der König unmittelbaren Bericht und schrieb noch eigenhändig unter den Kabinettsbefehl: „Ich werde den Herren ihre Administration einmal examinieren lassen, denn mir deucht, die Gevatterschaft gilt in dem Lande viel mehr als die Justiz. Ich habe den Menschen gesprochen, er ist nicht toll; aber fünf werden nicht

1) Berliner Hausarchiv. Es enthält 80 Seiten mit 39—48 Zeilen, die Abschrift, die übrigens nicht frei von Fehlern ist, hat 414 Seiten zu je 17 Zeilen.

mehr vor gerade angenommen werden. Wer nicht gerade gehen wird, den werde ich tüchtig auf die Finger klopfen." Übrigens bestätigte sich der Argwohn des Königs nicht, und er gab deshalb dem Gerichtshofe sein gnädigstes Wohlwollen zu erkennen. Am 3. Juni 1773 dagegen schickte Friedrich eine Bittschrift der Bürgerschaft zu Greiffenhagen, deren Prozeß gegen den Magistrat gar nicht zu Ende käme, dem Großkanzler Freiherrn v. Fürst und Kupferberg mit der Aufforderung zu, die unverantwortliche Nachlässigkeit zu ahnden und auf alle Verschleppungen ein wachsames Auge zu haben. Zwanzig Tage später sprach der König seine Verwunderung darüber aus, wie das Gericht inbezug auf den Hofmarschall v. Medem, welchen sein Bruder Prinz Ferdinand wegen begangener Betrügereien fortgejagt hatte, zwar endlich erkannt, daß derselbe seines Dienstes mit Recht entlassen worden sei, aber eine weitere Strafe nicht ausgesprochen habe. Friedrich fand dieses Urteil höchst einfältig und widersinnig und sah darin ein überzeugendes Beispiel von der großen Nachsicht der Justiz gegen vornehme Betrüger, während der Diebstahl weniger Groschen an Armen mit Kettenstrafe und nach Beschaffenheit der Umstände wohl gar mit dem Strange belegt würde. Im folgenden Jahre beklagte sich ein Kossäte beim König über Verschleppung. Es ergab sich, daß die Beschwerden ganz unbegründet waren. Aber Friedrich bestrafte den Mann nicht. „Es ist meinen Gesinnungen zuwider" — lauten die schönen Worte, die er am 22. Februar 1774 an den Großkanzler schrieb —, „dergleichen arme Bauersleute deshalb gleich ins Gefängnis werfen zu lassen, und ob sie schon öfters unrecht haben, so kann ich ihnen deshalb doch als Landesvater das Gehör nicht versagen" [1]).

Nichts war dem Könige verhaßter als Verschleppung. Auf dem Titel der von Cocceji verfaßten und im Jahre 1748 gedruckten Prozeßordnung war ausdrücklich bemerkt worden, daß nach ihr alle Rechtshändel in einem Jahre durch alle drei

1) Preuß III, 372—374. Der Fall zweier preußischer Minister. Von Breslau und Isaacsohn, S. 94.

Instanzen zum Ende gebracht werden sollten und müßten. Und nun lehrte die Erfahrung, daß des Königs übertriebene Forderung nicht immer erfüllt würde. Daher kam es ihm ganz gelegen, wenn der schlesische Justizminister v. Carmer ihm ein Mittel gegen dieses Übel anbot [1]). In dem Immediatbericht vom 18. August 1774, mit welchem er seinen Plan begleitete, schrieb er: „Daß die Prozesse noch immer durch viele Jahre verschleppt werden, und oft fünf, sechs und mehr entstehen, daran liegt die Ursach bloß in der unnatürlichen Prozeßordnung, welche unsere Rechtsgelehrten des dunkelsten Zeitalters aus Italien nach Deutschland gebracht haben, und die wir noch immer als ein Heiligtum betrachten." Ferner rügte Carmer, daß man die angenommene Abkürzung der Termine in gerichtlichen Handlungen, durch welche die Prozesse selbst ein schnelles Ende nehmen sollten, schon längst wieder als gefährlich erkannt und durch neue Verordnungen beseitigt, aber dadurch auch zu neuen Verschleppungen Anlaß gegeben hätte. Carmer warf der preußischen Prozeßordnung weiter vor, daß der Richter die Akten nicht eher in die Hände bekäme, als bis die Advokaten von beiden Teilen den Rechtshandel durch tausend Erdichtungen und Drehungen in die äußerste Verwirrung gesetzt hätten. Er dagegen stellte den Satz auf, daß man, um einen Rechtsstreit zu beurteilen, eine vollkommene Kenntnis von dem Zusammenhange der Sache besitzen müsse, und daß es andernfalls unmöglich sei, die Gesetze richtig anzuwenden. Darum sollten die Parteien im bürgerlichen Prozeß ebenso gut wie im peinlichen persönlich erscheinen oder Gerichtskommissarien zu ihnen reisen, die Advokaten aber ausgeschlossen werden. Dieses Verfahren eignete sich vorzugsweise für Streitfälle, wo es weniger auf die Bildung einer Rechtsansicht ankam, als auf Entwirrung eines verdunkelten Sachverhältnisses und auf eine möglichst in

1) Die Aktenstücke für das Folgende stehen in den Jahrbüchern für die preußische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung LVIII, 6—90. Bis Band LV herausgegeben von v. Kamptz. Leider sind einige Stücke weggelassen worden.

Güte herbeizuführende Auseinandersetzung vielfältiger gegenseitiger Ansprüche [1]). Gerade bei solchen Gelegenheiten hatte Carmer diese Behandlung erprobt, hierauf berief er sich jetzt in seinem Immediatbericht und fuhr dann mit größtem Selbstgefühle fort: „Ich kenne alle Einwürfe, welche wider diese nur in Zivilsachen neue Prozeßordnung gemacht werden könnten, ich habe sie alle durchgedacht und fürchte bei Ausführung der Sache nichts als den Neid und die Schikane meiner Kunstgenossen, welche durch diese Einrichtung wenigstens zwei Drittel von ihrer juristischen Weisheit vereitelt sehen werden." Dagegen getraute sich Carmer, wenn ihm der König seinen Schutz gewährte, schon im ersten Jahre die jetzt in Schlesien bei den Regierungen schwebenden Prozesse um den größten Teil zu vermindern und alsdann mit einer weit geringeren Anzahl von Räten, Advokaten und Subalternen dem Publikum ein vollkommenes Genüge zu leisten und auch alle Schikane aus den gerichtlichen Handlungen auf ewig zu verbannen.

Wir sehen aus den letzten Worten, wie Carmer mit der größten Zuversicht in das Gebiet des Unmöglichen hinüberschweift. Allerdings waren seine Versprechungen sehr verlockend für Friedrich; aber das Gutachten, welches dieser von dem Großkanzler verlangte, fiel gegen die gemachten Vorschläge aus, welche die Hauptgrundsätze des im Jahre 1747 eingeführten Justizsystems über den Haufen warfen. Der Freiherr v. Fürst und Kupferberg urteilte, daß noch weit mehr Richter und Räte nötig sein, die Prozesse länger dauern und größere Kosten verursachen würden, als jetzt. Auch schien es dem Großkanzler gefährlich, die meistens unwissenden Parteien ganz allein dem Urteile der Richter und Kommissarien, die doch allezeit Menschen blieben, zu überlassen, während bei dem bestehenden Verfahren Advokaten und Richter einander beaufsichtigten und im Zaume hielten.

Fürst verwarf aber nicht bloß, sondern er machte zugleich einen Gegenvorschlag. Er meinte: Verbesserungen, Erläu-

1) Daniels, Lehrbuch des gemeinen preuß. Privatrechts I, 15.

terungen und Zusätze habe bereits ein Zeitraum von 27 Jahren notwendig gemacht und andere seien noch erforderlich; er erbot sich nun, mit Hilfe des Kammergerichtspräsidenten v. Rebeur, des Geheimenrates Könen und anderer, diese Verbesserung der Prozeßordung von 1747 herbeizuführen. Auf solche Weise würde der König seine landesväterlichen Absichten inbezug auf eine rasche, zugleich aber auch solide und rechtschaffene Justiz gewiß besser erreichen, als wenn, wie Carmer wollte, das ganze System umgestürzt würde.

Friedrich hielt Könen und Rebeur nicht für geeignet oder, wie er sich ausdrückte, nicht stark und gescheit genug, die Prozeßordnung zu verbessern, und er ging weder auf den Vorschlag Carmers noch auf den des Großkanzlers ein. Übrigens blieb er unzufrieden, und als er im Anfange des neuen Jahres seiner Gewohnheit gemäß nach Berlin kam, ließ er auch den Großkanzler rufen und bezeigte demselben sein höchstes Mißfallen darüber, daß die Prozesse wieder allzulange dauerten, daß auf unnütze Formalitäten allzusehr gesehen und die Advokaten nicht scharf genug gehalten würden; denn alle Rechtshändel müßten schlechterdings in einem Jahre zu Ende gebracht werden. Dies geschah am 7. Januar 1775. Ähnliche Vorwürfe machte der König dem Großkanzler am 29. März: „Ich kann Euch nicht verhalten", schrieb er, „wie es Mir vorkömmt, als wenn die Justiz wieder anfängt einzuschlafen, indem die Sachen ohne Not so weitläufig und langsam betrieben werden." Es lief außerdem den menschenfreundlichen Ansichten des Königs ganz entgegen, daß von den Accisegerichten Leute für Kleinigkeiten mit unaufzubringenden Geldstrafen belegt, alsdann im langwierigen Arrest aufgehalten und dadurch außer allen Stand gesetzt würden, während man die Sache mit einer Geldbuße von 1—2 Thalern abthun sollte [1]).

Die Mängel und Gebrechen des Justizwesens ließen den König nicht ruhen. Vielleicht hat er bei seiner Anwesenheit in Breslau im August 1775 auch hierüber mit Carmer verhandelt

1) Isaacsohn a. a. O.

und ihm schon seinen Vorsatz mitgeteilt, eine Zusammenkunft desselben mit Fürst im nächsten Winter zu veranstalten, in welcher über eine neue Prozeßordnung beraten werden sollte. Dem Großkanzler gab er am 28. September Nachricht von der Absicht, die er gefaßt, einen Teil seines Winteraufenthalts in Berlin auf die Justizreform zu verwenden, und wie er hierzu auch Carmer um diese Zeit nach der Hauptstadt entboten hätte. Letzterer ließ einen ausführlichen Entwurf zur Verbesserung der Prozeßordnung durch Oberamtsregierungsrat Svarez ausarbeiten und schickte denselben an den König, welcher ihn wiederum dem Großkanzler zur Prüfung überwies.

Am 14. Dezember zeigte Fürst nicht allein an, daß er die neue Prozeßordnung auf das genaueste durchgesehen habe, sondern er meldete zugleich, welche Mittel er ergriffen, um Verschleppungen zu verhüten. Nach seinem Bericht waren im Jahr 1774 mehr als 10000 Prozesse abgethan worden und nur ungefähr 500 alte Sachen, die länger als ein Jahr gedauert, noch übrig geblieben, also zwei- bis dreimal weniger als in früheren Zeiten. Der Großkanzler glaubte diese bedeutende Verminderung auf zwei Maßregeln zurückführen zu können. Er hatte nämlich aufs neue das Gesetz gegen das mutwillige Leugnen und Lügen eingeschärft und darauf gehalten, daß diejenigen, welche dawider fehlten, das Doppelte dem Gegner erstatten müßten. Er hatte ferner den Advokaten ankündigen lassen, daß am Ende des Jahres die unverbesserlichen gewiß abgesetzt werden sollten. Er führte seine Drohung eben aus, indem er einige Kassationsreskripte dem König vorlegte, welche dieser auch vollzog.

Der Großkanzler ließ es aber hierbei nicht bewenden, denn er sah ohne Zweifel ein, daß ihm ein schwerer Kampf bevorstand, und er rüstete sich sehr ernstlich dazu. Indem er Vorschläge machte, wie der Menge von Prozessen vorgebeugt werden könnte, ging er von dem Satze aus, daß die meisten derselben aus Unwissenheit der Rechte entständen. Er verlangte deshalb ein allgemeines deutsches klares Gesetzbuch, denn das von Cocceji angefangene sei nicht vollendet worden. Fürst gab sich der

falschen Hoffnung hin, daß er ein solches Werk mit der nötigen Unterstützung in 9—10 Monaten würde zustande bringen. Er verlangte weiter eine neue verbesserte Hypotheken- und Konkursordnung und die Vorschrift, daß die Kontrakte nicht allein schriftlich, wie es 1770 befohlen worden, sondern auch gerichtlich gemacht werden müßten, damit sie ganz unzweideutig abgefaßt wären. Außerdem setzte Fürst 21 Hauptprinzipien auf, wonach die Prozesse binnen einem Jahre zu Ende zu bringen wären.

Am 4. Januar um 10 3/4 Uhr begann vor dem Könige der juristische Zweikampf und dauerte fast eine Stunde. Friedrich verlangte des Großkanzlers Urteil über den von Carmer eingereichten Entwurf. Fürst hob zunächst hervor, daß nach demselben etwas verwickelte Prozesse drei, ja vier Jahre dauern müßten. Umgekehrt behauptete natürlich der schlesische Justizminister, daß dieselben vielmehr kürzer werden und die meisten bei weitem nicht ein Jahr dauern würden. Festgestellt ward aber nicht, wer von beiden recht hätte [1]).

Der Kern des Streites war folgender. Weil die Advokaten es ihr äußerstes Bestreben sein ließen, die Wahrheit dem Richter zu verhehlen, darum hielt Carmer es für notwendig, daß die Parteien in Person vor dem Richter ausgefragt würden, und man alle Mittel anwendete, den wirklichen Thatbestand zu erfahren, gerade so, wie dies im Inquisitionsprozesse geschähe. Die Advokaten sollten ferner nicht sowohl zum Beistand ihrer Parteien dienen, als vielmehr in der Erforschung der Wahrheit dem Richter assistieren oder behilflich sein und deshalb den Titel Assistenzräte tragen. Es ist nun wohl kein Zweifel, wenn man nur inbetracht zieht, wie es sein sollte, muß man auf die Seite des schlesischen Justizministers treten. Aber seiner idealen Auffassung stellte Fürst die reale wirksam entgegen. Er meinte,

1) Später behauptete Carmer: ein Prozeß könne, wenn er auch, was selten geschehe, durch alle drei Instanzen gehe, nicht über ein Jahr und 14 Tage dauern, dagegen nach der bisherigen Prozeßordnung könne keine Sache unter 2 Jahr 7 Monaten zu Ende gebracht werden. Kamptz LVIII, 24.

die Assistenzräte würden den Namen gewechselt haben, aber Advokaten bleiben, und daß sie sogar die Geheimnisse derer, von welchen sie bezahlt würden, verraten sollten, damit die Wahrheit an den Tag käme, liefe der Natur des Menschen zuwider. Man begreift es, wenn der König hier auf die Seite seines Großkanzlers tritt, indem er bemerkt: die Advokaten wären dazu da, ihre Parteien zu vertreten, und der meiste Teil der Menschen, nicht allein Offiziere, welche der Großkanzler genannt hatte, sondern auch viele Edelleute verständen nicht, ihre Sachen selbst vorzutragen. Freilich, wenn Fürst versprach, durch sorgfältigere Prüfung der Kandidaten die Advokaten im Zaume zu halten, so stimmte der König ihm nicht gänzlich bei; denn so viele Mühe sich der Großkanzler geben würde, sprach er, nur rechtschaffene Männer anzunehmen, so wäre es doch zu schwer, ja, unmöglich, lauter ehrliche Leute zu finden; er müßte deswegen hauptsächlich dahin sehen, den bösen Advokaten Riegel vorzuschieben, daß sie keine Winkelzüge machten, noch die Prozesse zu ihrem Vorteile verlängerten.

Die Entscheidung erfolgte nicht sogleich. Der König befahl, daß Fürst die Angelegenheit mit dem schlesischen Justizminister weiter in Berlin besprechen und den Kammergerichtspräsidenten v. Rebeur zuziehen sollte. Dies geschah. Am 9. und 10. fanden zwei Unterredungen statt, aber ohne daß eine Einigung zustande kam. Fürst und Rebeur rieten darauf dem Könige, den Plan des schlesischen Justizministers abzulehnen. Außerdem schickte der Großkanzler kurze Hauptprinzipien der Justizverbesserung ein, welche der Kammergerichtspräsident entworfen und Fürst mit einigen Abänderungen gebilligt hatte. Diese 24 Punkte sollten sofort in Anwendung kommen, zugleich aber die Prozeßordnung vom Jahre 1747 genau durchgesehen und nach ihnen verbessert werden.

Nicht umsonst hatte der Großkanzler den Entwurf Carmers aufmerksam studiert. Er verlangte jetzt, es müßten, wenn der Thatbestand verwickelt und verdunkelt wäre, schriftliche Vergleichsvorschläge vor Abfassung des Spruchs entworfen werden und die Parteien in der Regel persönlich erscheinen. Bei

solchem Termin der Güte sollten alle Bemühungen für einen Vergleich erfolgen und die Advokaten dazu mitwirken, wenn sie sich nicht des Königs Ungnade zuziehen wollten. Außerdem sollten die Gerichte die Befugnis erhalten, die Parteien zum persönlichen Erscheinen vorzuladen, wenn es zur Ausmittelung der Wahrheit oder zur Abkürzung von Weitläufigkeiten dienlich schiene.

Die Herrscher sind ebenso übel daran, wie die Geschichtsforscher; denn sie sollen alles verstehen. Bei der nicht zu beseitigenden Verschiedenheit der Meinungen konnte sich Friedrich noch zu nichts entschließen. Er berief Rebeur zu sich und erklärte demselben, daß er es bei der alten Prozeßordnung belassen und die vom schlesischen Justizminister in Vorschlag gebrachte Befragungsmethode nicht zu allgemeiner Anwendung bringen wollte. Doch mußte der Kammergerichtspräsident nach Friedrichs Befehlen noch eine Verordnung aufsetzen, wonach die Prozesse abzukürzen wären, und nachdem der Großkanzler sie gesehen und einige Abänderungen gemacht hatte, vollzog sie der König am 15. Januar 1776. Die Hauptbestimmungen waren folgende. Dem Kläger wurde zur Pflicht gemacht, alle Beweisstücke, deren er sich in seinem Prozesse bedienen wollte, gleich der ersten Klageschrift beizulegen und diejenigen, die er nicht in Händen hätte, von dem Besitzer vor Einreichung der Klage zu fordern. Der Verklagte soll drei Monate Zeit haben, um seine Verteidigungsmittel zu sammeln, aber sie dann auch insgesamt auf einmal vorbringen. Alle Prozesse müssen in der Regel nach mündlicher Verhandlung von dem Spruchrichter entschieden werden, und Schriftwechsel soll nur gestattet sein, wenn die Streithändel außerordentlich wichtig und verwickelt sind. Die Advokaten bleiben in ihrem bisherigen Verhältnis, nach welchem sie ihren Prinzipalen mit Eifer und Gerechtigkeitsliebe dienen, dagegen der Entstellung der Wahrheit und der arglistigen Künste nach ihrem geleisteten Eide sich enthalten müssen; im entgegengesetzten Falle sollen sie ohne Nachsicht und ohne formellen Prozeß abgesetzt werden. Endlich wurde den Justizkollegien vorgeschrieben, Eidesleistungen und Erkenntnisse auf Eide so viel als möglich zu vermeiden.

Alle diese Punkte waren vor dem König erörtert worden. In den Streitigkeiten der Unterthanen mit ihren Obrigkeiten, wovon ebenfalls gesprochen worden war, sollten die Lokaluntersuchungen den in den Kreisen angestellten Gemeinheitsteilungskommissarien aufgetragen werden und diese sich alle Mühe geben, die Bestimmung der Zahl der Dienste zur Zufriedenheit sowohl der Dienstherrschaft als auch der dienstpflichtigen Unterthanen auf eine gütliche Art zustande zu bringen, damit die letzteren aufgemuntert würden, in der zu ihrer Verfügung bleibenden Zeit für sich selbst etwas zu verdienen. Dieser Punkt war nicht vorgekommen, und wir haben hier wohl eine Bestimmung, die unmittelbar aus dem edelmütigen Herzen des großen Königs geflossen ist.

Auch zwei andere Nummern, die vorher nicht erörtert waren, zeigen diesen menschenfreundlichen Sinn. Wenn in Kriminalfällen kein vollkommener Beweis wider den Angeschuldigten vorhanden sei, müsse niemals aus bloßen Anzeigen, wenn sie auch noch so dringend scheinen, auf die ordentlichen harten Strafen, sondern auf kurzes Gefängnis erkannt werden. Noch merkwürdiger ist die andere Bestimmung. Wenn eine des Verbrechens verdächtige Person in Untersuchung geraten und nicht hat überwiesen werden können, so soll sie, wenn ihre Unschuld später an den Tag kommt, nicht nur die gezahlten Kosten vollständig zurückerhalten, sondern auch eine Vergütung aus der Sportelkasse empfangen, damit sie für alles bei der ersten Untersuchung erlittene Ungemach schadlos gestellt werde.

Die Verordnung trägt das Datum des 15. Januars 1776. Den Tag zuvor hatte Carmer unmittelbar an den König ein längeres, lebhaft und gewandt geschriebenes Schriftstück gerichtet, worin er seine Sache verteidigte und die sechs Einwürfe der Gegner zurückwies; aber freilich, wie sich Advokat und Assistenzrat in einer Person vereinigen lassen, blieb unerörtert. Am Schlusse suchte Carmer den König durch Schmeichelei zu bestechen, um nicht ganz unverrichteter Sache nach Breslau zurückkehren zu müssen. Er gab als Grund, weshalb eine Prozeßordnung, wie er sie wollte und die größten Rechtsgelehrten

von Europa sie wünschten, bisher noch nicht zustande gekommen wäre, den an, daß es früher an einem Herrscher gefehlt habe, welcher, wie Friedrich der Große, mit der außerordentlichen Sorgfalt und Liebe für seine Unterthanen so vielen Scharfsinn in Staatsangelegenheiten und so viele Standhaftigkeit, alle Vorurteile zu überwinden, in sich vereinige; dann bat er, ob er nicht seine Prozeßordnung in Schlesien einführen und wie bei den landschaftlichen Angelegenheiten seine Gegner durch den Ausgang überzeugen könnte. Er glaubte sogar, hierbei auf die Unterstützung Rebeurs rechnen zu dürfen. Aber der König dankte nur für die empfangenen Erläuterungen und meldete dann weiter, daß die Sache gegenwärtig vollkommen abgemacht wäre.

Friedrich überwachte weiter aufmerksam die Justiz. Er vernimmt es mißfällig, daß mit den armen Leuten, die sich in Prozeßangelegenheiten in Berlin aufhielten, hart umgegangen und sie vor ausgemachter Sache mit Gefängnis bedroht würden. „In meinen Augen", schrieb er hierbei am 7. November 1777 an seinen Justizminister, „gilt ein armer Bauer ebenso viel wie der vornehmste Graf und der reichste Edelmann, und das Recht ist sowohl für vornehme als geringe Leute." Der König verlangte, man sollte jene Menschen glimpflich anhören und das Urteil beschleunigen, damit sie schnell abgefertigt würden und nicht nötig hätten, in Berlin so lange sich aufzuhalten. Noch ganz anders aber ward er ergriffen, als er im Herbste des Jahres 1779 vernahm, daß ein Major v. Bardeleben mit einem Kriegsrat v. Arnim einen Prozeß führe, welcher bereits an die 70 Jahre vor der Cleveschen Regierung schwebe und wegen der weiten Entfernung sehr drückend für den Offizier sei. Friedrich bezeigte dem Großkanzler am 27. November 1779 sein äußerstes Mißfallen. „Ich begreife gar nicht", schrieb er zornerfüllt, „wie Ihr dergleichen höchst strafbare Verschleppungen zugeben und den Justizkollegien darunter so vielen Willen lassen könnet. Meine so oft wiederholten Befehle, daß ein jeder Prozeß längstens in einem Jahre abgethan sein soll, sind Euch ja bekannt; warum haltet Ihr nicht mit Ernst darüber und be-

straft diejenigen nicht nachdrücklich, die sich nicht daran kehren? Und wozu sind denn alle die öfteren und kostspieligen Justizvisitationen, wenn dergleichen ganz offenbare und unverantwortliche Unordnungeu nicht entdeckt und abgestellt werden? Ich kann Euch meine höchste Unzufriedenheit darüber nicht bergen." Friedrich verlangt, daß dem Major, welcher nun selbst dahin reise, schnelle Gerechtigkeit widerfahre, „widrigenfalls und wo das nicht geschiehet", schrieb er, „werdet Ihr mit mir Händel kriegen. Wonach Ihr Euch nur richten könnt" [1]).

Wir sehen, wie ungnädig der König sich ausspricht; aber noch von einer anderen Seite zog damals ein geradezu verderbenschwangeres Ungewitter herauf. Der Anfang dieser schrecklichen Wolkenbildung war ganz winzig gewesen. Im Jahre 1770 hatte der Landrat von Gersdorf auf der Feldmark Kay im Züllichauer Kreis einen Karpfenteich angelegt und aus einem Mühlenfließe gespeist; der Ablaufgraben des Teiches ging in das Fließ wieder zurück, welches kurze Zeit darauf die Krebsmühle trieb. Letztere war dem Unterwasser der Oder ausgesetzt; aber es gehörte zu ihr viel Acker und Wiesenwachs. Der erbliche Besitzer derselben, Arnold, behauptete, jedoch erst nach einigen Jahren, daß ihm der Teich das notwendige Wasser entziehe, weshalb er außerstande sei, dem Grafen Schmettau auf Pommerzig, seinem Gutsherrn, die Pacht zu entrichten. Er klagte am 7. März 1774 auf Erlaß derselben bei der neumärkischen Regierung in Küstrin; aber er konnte natürlich hier keine Hilfe finden, weil der Graf an dem von Arnold vorgegebenen Wassermangel ganz unschuldig war. Vielmehr mußte Gersdorf in Anspruch genommen werden, wenn die Behauptung des Müllers richtig war; und einen solchen Rat gab letzterem auch der Gerichtshof (22. Januar 1776). Das Urteil der andern Instanz, vom zweiten Senate des Berliner Kammergerichts gesprochen, fiel ebendahin aus (18. September 1776). Schmettau versuchte jetzt alles, um die Pacht in Güte zu erhalten; aber endlich ging ihm die

1) Stadelmann II, N. 710. Isaacsohn, S. 88.

Geduld aus, und er ließ die Mühle durch seinen Gerichtshalter, den Hoffiskal Schlecker in Züllichau, zum öffentlichen Verkauf anschlagen. Am 4. Februar 1779 erstand dieselbe der Landrat v. Gersdorf für 600 Thaler und veräußerte sie sogleich weiter an die Witwe Pölchin, die ihm 800 Thaler bezahlte.

Es ist auffallend, daß Arnold es unterlassen hatte wider denjenigen zu klagen, welcher ihm das Wasser entzogen haben sollte; jetzt aber beschwerte er sich bei dem Justizdepartement, ja auch bei dem König über erlittenes Unrecht und verlangte am 21. August 1779 eine unparteiische Kommission aus dem Militärstande. Friedrich ging auf die Bitte bereitwillig ein; er ernannte den Obersten v. Heucking in Züllichau und befahl der Regierung in Küstrin, einen Rat aus ihrer Mitte demselben zuzugeben. Der Graf Finckenstein, welcher ein Sohn des damaligen ersten Staats- und Kabinettsministers und seit 1777 Präsident des eben genannten Gerichtshofes war, wählte den Regierungsrat Neumann wegen seiner Geschicklichkeit in solchen Geschäften und weil er Dezernent in dieser Sache war.

Die beiden Kommissarien reisten an Ort und Stelle, um die Sache zu untersuchen, und fanden keinen Wassermangel; die Witwe Pölchin sagte vielmehr aus, daß sie den ganzen Sommer hindurch, obwohl er außerordentlich trocken gewesen war, hätte mahlen können. Ferner leugnete Gersdorf die Schädlichkeit des Teiches ausdrücklich und leitete den Verfall Arnolds von dessen schlechter Wirtschaft und zum Teil auch von der unterlassenen Räumung des Fließes her; außerdem zeigte er einen vom Markgrafen Hans bestätigten Receß zwischen Kay und Pommerzig aus dem Jahr 1566 vor, nach welchem ihm das Recht zustände, den Teich anzulegen, ganz abgesehen davon, daß das Fließ ein Privatgewässer wäre. Schmettau ward ebenfalls vernommen; er sollte sagen, warum er sich der Anlegung des Teiches nicht widersetzt hätte. Er behauptete nun, er habe niemals die geringste Besorgnis gehabt, daß der Krebsmühle daraus ein Schaden erwachsen würde, weil Gersdorfs eigene sogenannte Schneidemühle, die davor lag, diesen

Nachteil hätte zuerst empfinden müssen; auch habe die Erfahrung gezeigt, daß beide Mühlen vor wie nach hinlängliches Wasser empfangen hätten.

So war die Schädlichkeit des Teiches nichts weniger als erwiesen. Dennoch wollte der Oberst v. Heucking zum Vorteile des Müllers Arnold an den König berichten, wie er gleich bei der Besichtigung der Örtlichkeit zu Neumann geäußert. Also bezeugte dieser ein Vierteljahr später in einem sehr ernsten Augenblicke seines Lebens vor der Kriminalkommission des Kammergerichts und fuhr dann fort: „Ich habe dem Obersten natürlich darin nicht beipflichten können, sondern mich vielmehr bemüht, die bei der Besichtigung ermittelte Thatsache, daß das Mühlenfließ hinter dem Karpfenteiche von ebenso guter Beschaffenheit als vor demselben sei, in die Akten zu bringen. Der Oberst suchte das durch Bedrohung und Einschüchterung der Zeugen zu verhindern, gab es am Ende zwar gewissermaßen zu, aber er bemühte sich, mich zu bereden, daß ich zum Besten der Arnoldschen Eheleute berichte, weil S. Majestät denselben geholfen wissen wolle. Menschenfurcht und die Ränke des als Aktuar benutzten Regimentsquartiermeisters Bech haben den Obersten irregeleitet; Bech aber ist wahrscheinlich der heimliche Rechtsbeistand des Müllers Arnold und ein Feind der neumärkischen Regierung, von welcher er mehrfach für Vergehen bestraft worden war, die er früher als Justiziar begangen [1])."

Neumann weigerte sich natürlich, so zu berichten, wie Heucking es verlangte; er wollte nur den Antrag stellen, daß die Sache der Entscheidung der Regierung überlassen werden möchte. Da sich also die beiden Kommissarien nicht vereinigen konnten, unterrichtete der Oberst einseitig den König. Er wendete sich schon im Eingange seines Berichtes wider die Person des Regierungskommissarius, indem er bemerkte, daß er gleich anfangs hätte voraussetzen können, wie Neumann in den hierbei an-

1) Preuß III, 389. Vgl. Finckenstein in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde I, 136.

zunehmenden Prinzipien nicht mit ihm übereinstimmen würde. Viel schlimmer war die folgende Bemerkung über seinen Gegner. Derselbe habe auf die Einsendung der Akten an die neumärkische Regierung antragen und die Arnoldschen Eheleute dadurch in einen ganz neuen Prozeß bringen wollen, welche kostspielige Weitläufigkeit ihm, dem Obersten, widerrechtlich geschienen." Der vertriebene Müller hatte behauptet, daß er vor der Anlegung des Teiches 48 Wochen lang im Jahre täglich zehn Scheffel hätte mahlen können und nachher nur vier Wochen hindurch täglich drei Scheffel, und danach Schadenersatz gefordert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir es hier mit einer ganz groben Lüge zu thun haben. Heucking aber fand die Forderung nicht allein billig, sondern er rechnete nicht einmal die vier Wochen ab, wo Arnold nach seinen eigenen Aussagen täglich drei Scheffel hatte mahlen können. Dieser Oberst ist eine der unheilvollsten Gestalten in der Geschichte des großen Königs, welchen er durch seine wahrheitswidrige Darstellung der Sache gänzlich gefangen nahm; denn als der Bericht der neumärkischen Regierung mit der Angabe, daß die Hauptbeschwerde nicht anders als durch Urteil und Recht entschieden werden könnte, zwei Tage später ebenfalls eintraf, da gab Friedrich sein äußerstes Mißfallen kund und sagte den Mitgliedern des Gerichtshofes: sie seien nicht einen Schuß Pulver nutze, er werde sie alle zum Teufel jagen und andere dahin setzen, denn sie seien nicht das Brot wert. Zunächst aber gebot der aufgebrachte König in strengster Weise der Regierung, die Sache mit dem Müller Arnold gleich in Ordnung zu bringen, ihn sofort gänzlich klaglos zu stellen und allen seinen Beschwerden ohne den mindesten Anstand abzuhelfen (29. September 1779) [1]).

Der Gerichtshof wußte, wie gefährlich seine Lage war. Der Präsident ernannte deshalb sich selbst in dieser Angelegenheit zum Dezernenten, auf welchen jederzeit die erste Verantwortung fällt. Neumann mußte noch einmal an Ort und

1) Preuß III, 490.

Stelle gehen und mit Zuziehung des Deichinspektors Schade in Krossen untersuchen, ob es der Krebsmühle an dem nötigen Wasser fehle. Letzterer konnte gleichfalls keinen Mangel finden; aber er behauptete die Möglichkeit, daß der Teich der Mühle Wasser entzöge. Die Sache wurde dann im Kollegium zum Vortrag gebracht und erwogen, und Finckenstein faßte selber das Urteil ab. In einigen Nebenpunkten gewann Arnold, aber die Mühle konnte ihm nicht wieder eingeräumt werden, weil dieselbe gerichtlich in gesetzmäßiger Weise verkauft worden war, und ebenso ward ihm Entschädigung wegen entzogenen Wassers abgesprochen.

Der dem Kläger gesetzte Anwalt legte Berufung ein, die Arnoldschen Eheleute dagegen wendeten sich abermals an den König. Indem sie ihm verschwiegen, daß ein Urteil gefällt worden sei, behaupteten sie, man wolle sie in einen weitläufigen Prozeß hineinziehen, den sie unvermögend seien auszuführen, und wovon sie auch nichts Vorteilhaftes zu erwarten hätten, da ihre Hand gegen die des Landrats v. Gersdorf viel zu arm wäre.

Der König befahl nun, daß die Regierung und die Kammer gemeinschaftlich die Sache nach Recht und Billigkeit abmachen sollten; weil aber eine gerichtliche Entscheidung bereits ergangen war, die nur durch den Appellationsrichter geändert werden konnte, mußte das Kammergericht jetzt erkennen. Friedrich gebot, daß dasselbe die Sache sogleich vornehmen und ohne fernere Weitläufigkeiten abthun und ausmachen sollte. Bis die Akten eingesendet wären, welches am 7. Dezember geschah, mußte man freilich warten; denn obwohl Küstrin keine hundert Meilen von Berlin entfernt lag, war es doch unmöglich, daß dieselben, wie der ärgerliche König meinte, in einem Tage dahin gebracht würden [1]). Dann fing der zum Referenten bestellte Rat Ransleben sogleich die Arbeit an und setzte sie die ganze Nacht fort, um seine beiden Berichte, die sechs und zwei Bogen stark wurden, am folgenden Tage schon vorlegen

1) Preuß III, 491.

zu können. Nachdem sie verlesen worden waren, bestätigte das Kammergericht mit einer geringfügigen Ausnahme den Spruch der ersten Instanz, und man mußte nun Friedrich den Großen davon benachrichtigen. Ransleben schlug vor, daß dem Könige mit kurzer Anführung der Gründe der Inhalt des Urteils angezeigt würde; der Präsident v. Rebeur dagegen trug den besonderen Umständen überstreng keine Rechnung und wollte nur pflichtmäßig berichten, daß man die Sache gehörig erwogen, das Endurteil nach rechtlichen Gründen abgefaßt und zur Bekanntmachung an die neumärkische Regierung geschickt hätte. Seine Meinung ward angenommen und ausgeführt, erregte aber in hohem Grade den Unmut Friedrichs.

Der Fehler konnte leicht wieder gut gemacht werden, wenn der König eine Abschrift des Urteils verlangte. Dies that er auch, indem er an den Staatsminister v. Dörnberg einen sehr harten Kabinettsbefehl schickte, der auch sogleich befolgt wurde. Als nun Friedrich den Küstrinschen Spruch bestätigt sah, stieg sein Zorn außerordentlich, und er gebot am 11. Dezember dem Großkanzler mit den drei Räten, welche denselben gethan hätten, um zwei Uhr nachmittags auf das Schloß vor ihn zu kommen; er stand also in dem Irrtum, daß zur Aburteilung einer jeden Sache soviel Richter gehörten. Rebeur bestimmte dazu neben den Räten Friedel und Graun den Referenten Ransleben und trug letzterem auf, dem Könige kurz diejenigen Gründe vorzulegen, welche das Kammergericht bewogen hätten, dergestalt, wie es geschehen, zu erkennen. Er hatte keine Ahnung von dem, was bevorstand.

In einer Darstellung der Ereignisse dieser Tage berichtet Ransleben: „Meiner lieben Frau sagte ich hiervon nichts, sondern allein meinem Schwiegervater, welcher mir guten Mut zusprach, sowie ich denn überhaupt keine Furcht bei mir verspürte, weil ich in meinem Gewissen überzeugt war, daß ich in Entscheidung der Arnoldschen Sache nach meinem besten Wissen und Überzeugung zuwerke gegangen war."

Gegen 2 Uhr begab sich der Großkanzler mit den drei Kammergerichtsräten zu Wagen auf das Schloß; denn Friedrich

war in Berlin eingetroffen, um dem neuen kaiserlichen Gesandten Audienz zu geben, und durch die Gicht verhindert worden, sogleich wieder nach Potsdam zurückzukehren. Er befand sich, als der Großkanzler mit den Räten erschien, in einem kleinen Zimmer, welches nur ein Fenster hatte. Auf dem Kopfe saß ihm ein schlechter, nach Art der Predigerhüte geformter Hut; er trug einen Überrock von goldkäferfarbigem Moll oder Sammet, schwarze Beinkleider, ganz in die Höhe gezogene Stiefeln, und war nicht frisiert. Drei mit grünem Tuch beschlagene kleine Bänke standen vor ihm, worauf er die Füße ruhen lassen konnte. Die eine Hand, an welcher er große Schmerzen zu leiden schien, steckte in einer Art von Muff, mit der andern hielt er den Arnoldschen Spruch. Er lag mitten im Zimmer in einem Lehnstuhl, zu seiner Linken stand ein Tisch; darauf befanden sich verschiedene Papiere und zwei goldene, reich mit Brillanten geschmückte Dosen, aus denen er von Zeit zu Zeit Tabak nahm. Außerdem war nur noch der Geheimerat Stellter gegenwärtig, der an einem Pulte stand und sich zum Schreiben fertig machte.

Friedrich hieß die Hereingekommenen einen Schritt näher treten und verlangte von den drei Räten, zu wissen, ob sie den Arnoldschen Spruch gemacht hätten. Sie bejahten es mit einer Verbeugung. Der König fragte dann den einen von ihnen, namens Friedel: „Wenn man eine Sentenz gegen einen Bauer sprechen will, dem man seinen Wagen und Pflug genommen und alles, wovon man sich nähren und seine Abgaben zahlen soll, kann man das thun?“ Ferner: „Kann man einem Müller, der kein Wasser hat und also nicht mahlen und auch nichts verdienen kann, die Mühle deshalb nehmen, weil er keine Pacht bezahlt hat? Ist das gerecht?“ In beiden Fällen wurde natürlich mit Nein geantwortet. Friedrich nahm die Sache jetzt als erwiesen an und diktierte dem Geh. Kabinettsrat das Protokoll, d. h. zunächst die Fragen und den Thatbestand, wie er ihn durch Heucking und Arnold kennen gelernt hatte. Als der König hierbei erwähnte, wie das Berliner Tribunal den Spruch der neumärkischen Regierung

bestätigt hätte, beging er einen groben Fehler; der Großkanzler half ihm deshalb ein, indem er sagte: „das Kammergericht." Es waren das zwei Worte von höchster Bedeutung; denn sie enthielten zugleich, daß der oberste Gerichtshof, das Geheime Tribunal, in der Arnoldschen Sache noch nicht in dritter Instanz gesprochen hätte. Jedoch die Warnung wurde nicht verstanden oder befolgt. Es geboten vielmehr dem Großkanzler die unköniglichen Worte: „Halt's Maul!" Schweigen; dann überhäufte Friedrich ihn mit Vorwürfen und wies ihn, als er sich rechtfertigen wollte, aus dem Zimmer, indem er ihm zurief: „Marsch, Seine Stelle ist schon vergeben!"

Mit größter Geschwindigkeit entfernte sich der unglückliche Großkanzler, den in dieser Angelegenheit keine Schuld traf. Auch die Räte wurden hart behandelt; als der eine von ihnen, Friedel, die erste Gelegenheit wahrnahm, den König anzureden: „Halten Eure Majestät zu Gnaden, der Arnoldsche Fall ist nicht derselbe, worüber wir befragt worden sind!" fuhr der König mit großer Heftigkeit auf und schrie: „Halt's Maul, Canaille, es ist aber der Fall!" Auch andere harte Ausdrücke schleuderte der erzürnte Herrscher gegen die beklagenswerten Räte, die ungehört verdammt wurden. Ein Offizier brachte sie in einem Wagen nach dem gemeinen Stadtgefängnis, dem Kalandshofe, wo sie eine Wache von zwei Unteroffizieren und zwei Gemeinen bekamen und bis zum 5. Januar im Arreste saßen [1]).

Niemand kann ein solches Verhalten des Königs rechtfertigen, wiewohl man nicht vergessen darf, daß er in dem Wahne lebte, man habe mit seinem Namen einen schrecklichen Mißbrauch getrieben. Das Schlimmste war aber, daß Friedrich jeden Rückweg sich versperrte, indem er das Protokoll durch die Zeitungen öffentlich bekannt machen ließ. Zwar finden sich Worte darin, die alles Preises würdig sind. Der König verlangte, die Richter sollten ohne jedes Ansehen der Person und des Standes Recht

1) Ranke bei Preuß III, 446, und Finckenstein in der Zeitschrift für preußische Geschichte I, 544.

sprechen; der geringste Bauer, ja noch mehr, der Bettler sei ebenso gut wie er ein Mensch, und es müsse ihm alle Gerechtigkeit widerfahren. Aber auf der andern Seite verleumdete er vor aller Welt, ohne daß eine gehörige Untersuchung stattgefunden hätte, seine eigenen Gerichtshöfe. Man muß ihm beistimmen, wenn er sagte: „Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande; vor dieser kann man sich schützen, aber vor Schelmen, welche den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Leidenschaften auszuführen, nicht. Die sind ärger als die größten Spitzbuben und verdienen eine doppelte Bestrafung“ [1]). Aber nach dem Zusammenhange mußte man denken, daß es in Preußen mit der Rechtspflege so weit gediehen sei. Friedrich entsetzte weiter an diesem Tage den Präsidenten Finckenstein seines Amtes und befahl, daß die ersten vier Räte der neumärkischen Regierung und der Hoffiskal Schlecker gleichfalls in den Kalandshof gebracht werden sollten, um dann ebenso wie die drei Kammergerichtsräte von dem Kriminalkollegium nach der Schärfe der Gesetze gerichtet zu werden. Der König ging so weit, hierbei zu bestimmen, daß mindestens auf Absetzung und Festungsarrest erkannt werden müßte. Außerdem sollten die sieben Räte zusammen das Kaufgeld für die Arnoldsche Mühle sowie den Schaden, welchen die Entziehung des Wassers verursacht hätte, bezahlen, und die Kammer in Küstrin empfing den heiklen Auftrag, die Höhe der Vergütigung zu ermitteln. Endlich sollte Gersdorf entweder dem Arnold eine tüchtige und gute Windmühle bauen oder seine Teiche wieder eingehen lassen.

Die Nachfrage nach dem gedruckten Protokolle war an diesem Tage sehr groß, und man konnte da, wo es verkauft wurde, kaum durch die Straße kommen. Die Meinungen über die Handlungsweise des Königs waren geteilt. Manche Bürger erleuchteten am Abende dieses Tages ihre Häuser und fügten wohl sinnbildliche Figuren hinzu, wie etwa einen preußischen

1) Preuß III, 494.

Adler, der drei Ungeheuer — etwa die Ungerechtigkeit, Bestechlichkeit und Unterdrückung — zerreißt. Am 12. dagegen fuhr der ganze Adel bei dem Freiherrn v. Fürst vor, um ihm sein Beileid zu bezeigen. Vom Schlosse konnte man die Wagen sehen, welche dort hielten. Auch der Hof und die Prinzen von Geblüt gaben dem abgesetzten Großkanzler ihr Bedauern zu erkennen. Der englische Gesandte macht hierbei die Bemerkung: „Die öffentliche Meinung hat sich bei dieser Gelegenheit so stark und auffallend ausgesprochen, wie es sonst nur unter Verfassungen geschieht, die von der preußischen sehr verschieden sind." Außerdem schreibt er am 14. Dezember noch: „Es kränke, sagt man, den König ungemein, zu sehen, daß er unter allen Ministern und Räten, deren Meinung er seitdem über diesen Gegenstand einholte, nicht einen einzigen Mann gefunden hat, der aus Gefälligkeit, Furcht oder Ehrgeiz sich nur die geringste Billigung der ergriffenen Maßregeln hätte abpressen lassen" [1]).

In der That, es gewährt einen Trost, wenn man findet, daß die hohen Staatsbeamten von dem nämlichen strengen Pflichtgefühl geleitet werden, wie ihr großer König, und sobald diesen der Eifer für Gerechtigkeit zur Ungerechtigkeit verführt, ihm dahin nicht folgen. Der Minister Zedlitz hütete sich, dem Kriminalsenate vorzuschreiben, worauf er zum mindesten erkennen sollte, sondern er befiehlt nur demselben, nach Pflicht und Gewissen zu untersuchen, inwiefern diejenigen, welche das Urteil gesprochen, sich etwas dabei zuschulden kommen lassen, und ein Gutachten einzusenden [2]). Das geschah denn auch, und zwar faßte man nach erfolgter Untersuchung aus Vorsicht dasselbe gemeinschaftlich in einer Gesamtsitzung ab. Am zweiten Weihnachtsfeiertage ward es fertig, und nun berichtete Zedlitz umständlich an den König. Er war, wie er am Schlusse bemerkte, deshalb so weitläufig, weil es darauf ankäme, die

1) Raumer V, 341. Finckenstein a. a. O. I, 146. Karl Georg v. Raumer bei Preuß III, 500.

2) Zeitschrift I, 146.

armen Arrestanten von der auf sie geworfenen Ungnade zu befreien. „Ich habe hierbei meine Pflicht vor Augen gehabt", fuhr der Minister fort, „und übergebe nun das Schicksal dieser Unglücklichen und mein eigenes in Eurer Königlichen Majestät landesväterliche Gewalt und Gnade." Zuletzt aber fragte Zedlitz, ob ein Kriminalurteil noch abgefaßt werden sollte [1]).

Ärgerlich antwortete der König: „Meint Ihr denn, daß ich Eure Advokatenstreiche nicht kenne und daß ich nicht weiß, wie man eine üble Sache verbessern, vergrößern und verkleinern kann, wie man es gerade passend findet? Das Federzeug verstehet nichts. Wenn Soldaten was untersuchen, so gehen sie den geraden Weg und auf den Grund der Sache." Friedrich betonte dann, daß er einem ehrlichen Offizier, der Ehre im Leibe habe, mehr glaube, als allen Advokaten und Richtern [2]), und verlangte Gehorsam, er werde sonst einen andern in die Stelle von Zedlitz nehmen. Dieser fügte sich aber nicht, sondern schickte dem Könige am 22. Dezember das Gutachten des Kriminalsenates.

Letzteres war ein umfangreiches, wohldurchdachtes und in den ehrerbietigsten Formen abgefaßtes Schriftstück, welches aber durch seinen Inhalt dem Könige höchst unangenehm sein mußte; denn es wurde darin zunächst ausführlich nachgewiesen, daß der Thatbestand ein ganz anderer wäre, als Friedrich in dem Protokolle der Welt verkündet hatte, und daß die Krebsmühle hinlängliches Wasser besäße. Hatte der Deichinspektor Schade gleichwohl die Möglichkeit angenommen, daß es zur trockenen Zeit daran fehlen könnte, so äußerte sich nun der Oberkonsistorial- und Oberbaurat Silberschlag, welchen der Kriminalsenat zuzog, anders. Unabhängig von diesem besichtigte damals auch der Kriegsrat Senff im Auftrage der neumärkischen Kammer die Mühle; sein Bericht traf am 28. Dezember aus Züllichau ein und wurde noch nachträglich vom Kriminalsenat in dem Gutachten berücksichtigt. Die beiden Wasserbauverständigen hoben

1) Zeitschrift f. preuß. Gesch. I, 159. Wichtige Ergänzung zu Preuß.
2) Er schreibt: „Advokaten und Rechte".

jeder für sich hervor, daß die Arnoldsche Mühle ganz verfallen gewesen und viel Wasser sich durch das durchlöcherte Mühlenbrett, ohne das Rad zu berühren, vergeblich verlaufen, und in den nassen Jahren das hohe Grundwasser aus der Oder das Mahlen gehindert habe; beide meinten, es sei noch mit gar keiner Zuverlässigkeit entschieden, ob Arnold Wassermangel gehabt und ob derselbe von der Anlegung des Teiches herrühre, sondern es müßten deshalb noch ganz andere Versuche gemacht werden.

Der Kriminalsenat erörterte nun umständlich, warum so, wie es geschehen, hätte erkannt werden müssen; er hütete sich wohl, zu behaupten, daß eine andere Entscheidung schlechterdings unmöglich wäre, aber er stellte jede absichtliche Ungerechtigkeit mit aller Bestimmtheit in Abrede; dann fuhr er fort: „Noch kein Gesetz hat jemals auf unvorsätzlichen Irrtum oder einen Fehler der Einsicht eines sonst tüchtigen Richters Strafen bestimmt, sondern es sind bloß wegen Möglichkeit einer unrichtigen Einsicht, und um Entscheidung wichtiger Sachen nicht auf die Meinung eines einzigen Richters oder Kollegii ankommen zu lassen, mehrere Instanzen angeordnet.“ Auch das Vorhandensein unlauterer Beweggründe leugnete der Kriminalsenat mit ausführlicher Begründung. Umgekehrt beschuldigte das Federzeug den ehrlichen Obersten v. Heucking, daß er, wie bereits erwähnt, zum Besten der Arnoldschen Eheleute berichtet, weil der König ihnen geholfen wissen wollte und man sonst die größte Ungnade zu befürchten hätte. Die Mitglieder des Kriminalsenates nannten weiter den Mann, nach dessen Versicherung der von dem Obersten gebrauchte Bech ein Ratgeber der Arnoldschen Eheleute gewesen wäre, und meldeten, daß dieser sich manches früher hätte zuschulden kommen lassen, wie die von ihnen eingesehenen Akten bezeugten. Sie baten endlich, daß die ganze Sache doch dem Geheimen Tribunal zur letzten Entscheidung zugefertigt werden möchte.

Noch von einer andern Seite wurde Friedrich zu weiterer Untersuchung der Angelegenheit aufgefordert. Er hatte Gersdorf als Landrat abgesetzt und einen Herrn v. Luck an seine

Stelle gerufen. Da bat die Ritterschaft des Züllichauer Kreises, ihr doch die freie Wahl eines Kreiseingesessenen zum Landrat auch fernerhin zu gestatten, Luck habe letztere Eigenschaft nicht und werde bei seiner Gesundheit schwerlich den öffentlichen Geschäften vorstehen können, während umgekehrt Gersdorf darin sich untadelhaft betragen. Die Unterzeichneten sprachen ferner als Augenzeugen gegen Bechs Unbescholtenheit und flehten am Ende, der König möge dem Herrn v. Gersdorf erlauben, sich gegen den Bericht des Obersten v. Heucking zu verteidigen; dadurch werde ans Licht kommen, wer sich unterfangen habe, des Königs geheiligte Person hintergehen zu wollen.

Die Bitte war gerecht; aber Friedrich wollte nicht kundgeben, daß er getäuscht werden könnte, und er erklärte deshalb: er sei nicht gemeint, ihr Wahlrecht zu schmälern, jedoch er müsse selber zutreten, da sie gezeigt hätten, daß sie keinen Landrat zu wählen verständen. Das Papier erträgt Unvereinbares. Ebenso wenig wurde der König durch das ausführliche und sorgfältige Gutachten des Kriminalsenates umgestimmt, er wies vielmehr nochmals den Minister an, so zu erkennen, wie er gesagt habe, oder er werde es selber thun, und das werde schlimmer ausfallen, Zedlitz aber bei ihm auf das schwarze Brett kommen. Dann gebot ihm Friedrich, seine Befehle künftig besser zu respektieren und genauer zu befolgen, und er schloß mit der Drohung: „oder ich bin nicht mehr Euer wohlaffektionierter König“ [1]). Sollte noch ein Justizminister in diesen Sturz verwickelt werden? Zedlitz antwortete: „Ich habe Eurer Königl. Maj. Gnade jederzeit als das größte Glück meines Lebens vor Augen gehabt und mich eifrigst bemüht, solche zu verdienen. Ich würde mich aber derselben für unwürdig erkennen, wenn ich eine Handlung gegen meine Überzeugung vornehmen könnte.“ Aus den von ihm und auch vom Kriminalsenat angezeigten Gründen erklärte er sich außerstande, ein Urteil, wie der König es verlangte, gegen die in der Arnoldschen Sache verhafteten Justizbeamten abzufassen.

1) Fehlt bei Preuß und steht in der Zeitschrift I, 150; hier ist auch die folgende Korrespondenz vollständig.

Dieses Schreiben mußte dem Könige sehr unangenehm sein; denn er hatte im Gegensatze zu seinem Vater Machtsprüche jederzeit verworfen. „Die Gesetze müssen allein regieren", schrieb er in dem politischen Testamente von 1768, „und die Pflicht des Herrschers beschränkt sich darauf, dieselben zu schützen." Je mehr ihn aber das Schreiben ärgerte, desto mehr fällt es auf, daß er dem Minister nur sein Befremden über dessen Weigerung ausdrückte. Er sprach nun selber am 1. Januar 1780 das Urteil. Bei Ransleben und dem Regierungsrate Scheibler benutzte er geringfügige Umstände, um sie freizugeben und die Zahl der Opfer zu vermindern; denn er wollte ja nur schrecken oder, wie er sich ausdrückte, ein Exempel statuieren, gerade wie bei dem Geh. Finanzrat Ursinus. Er verlangte, daß Zedlitz alles Weitere sofort besorgen sollte, und fuhr dann fort: „Übrigens will ich Euch noch sagen, wie es mir lieb ist, daß ich Euch bei dieser Gelegenheit so kennen lernen, und werde nun schon sehen, was ich weiter mit Euch mache, wonach Ihr Euch also richten könnet, und bin Ich sonsten Euer wohlaffektionierter König."

Noch viel merkwürdiger ist ein folgendes Schreiben Friedrichs an Zedlitz, worin er ihm befahl, die Urteile noch nicht in die Expedition zu geben. „Ich will durchaus keine Ungerechtigkeit begehen", fuhr er fort. „Bedenket doch nur selbst, wie verwickelt die Sache ist. Wenn einer eine Mauer auch auf seinem Territorio so hoch aufführt, daß er einem Windmüller dadurch den Wind nimmt, muß er ihm dann nicht den Schaden ersetzen? Ist es nun nicht ebenso, wenn man einem Wassermüller das Wasser nimmt? Ich will ja kein ungerechtes Urteil fällen. Sind die Leute unschuldig, so sollen sie nicht gestrafet werden. Meldet mir also, wer das hiesige und wer das Küstrinsche Urteil gemacht hat, damit ich sehe, wer unschuldig sei."

Dem Minister schlug vor Freude das Herz, als er diese gemütvollen Zeilen gelesen; denn ihn beschwingte die Hoffnung, daß er die Gefangenen würde retten können. Er antwortete noch an demselben Tage: „Eure Königl. Maj. geben mir das

Leben wieder, da Sie erklären, Sie wollten keine Unschuldigen strafen. Auf diese Art wird die große Erschütterung, die diese Sache in der Justiz nicht nur in Eurer Königl. Maj. Landen, sondern auch auswärts gemacht hat, gewiß keinen Schaden thun. Die Fragen und Exempel, die mir Eure Königl. Maj. mit väterlicher Gnade vorlegen, sind so einleuchtend und plan, daß sich nichts dagegen sagen läßt. Nur möchte ich unterthänigst bitten, noch eine hinzuthun zu dürfen, nämlich: ist auch wirklich ein solche Mauer aufgeführt, ist wirklich dem Müller Wasser entzogen worden? Wenn die Zeugen solches leugnen, sind die Richter, die diesen Zeugen glauben, straffällig?" Der Minister sandte nun das Original des Berliner Urteils, indem er zugleich meldete, dasselbe sei von dem Kammergerichtsrate Ransleben entworfen worden, aber der Präsident v. Rebeur habe, wenn es verlesen werde, die Akten vor sich, um darin die angeführten Stellen nachzuschlagen und das Urteil danach zu ändern. Den Spruch der neumärkischen Regierung habe der Graf von Finckenstein gemacht, wie aus einem Briefe desselben, den er beilege, hervorgehe.

Offenbar wollte der König die Zahl der Opfer verringern, wenn es ihm dadurch erspart würde, einen Machtspruch zu thun; aber er geriet hierbei in die üble Lage, denjenigen, welchen er selbst bereits losgesprochen, und den schon abgesetzten Sohn seines langjährigen vertrautesten Staatsministers auf die Festung schicken zu müssen. So blieb es denn bei dem Machtspruche vom 1. Januar 1780.

Fassen wir uns nun kurz. Das Arnoldsche Ehepaar erhielt die Mühle zurück. Die Kammergerichtsräte Friedel und Graun, die Regierungsräte Neumann, Bandel und Busch, sowie der Hoffiskal Schlecker wurden am 7. Januar nach Spandau gebracht und außerdem verpflichtet, an Arnold Schadenersatz zu leisten, dessen Betrag man später auf 984 Thlr. 12 Gr. 10 Pf. festsetzte. Früher hatte der König noch gefordert, daß sie auch die Mühle bezahlen sollten; jedoch diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wurde noch von ihnen abgewendet. Schmettau mußte die 600 Thaler, die er von Gersdorf empfangen, und

letzterer noch 200 Thaler an die Witwe Pölchin zahlen, welcher er die Mühle für 800 Thaler verkauft hatte.

Zum Großkanzler war bereits am 11. Dezember 1779 der schlesische Justizminister v. Carmer ernannt und am 1. Januar ihm aufgetragen worden, in die Stelle der abgesetzten Richter andere rechtschaffene Männer auszusuchen und in Vorschlag zu bringen.

Am 1. Juni 1780 fragte der König bei dem Justizdepartement an, ob der Müller Arnold wieder im Besitze seiner Mühle sei und die Entschädigung empfangen habe; denn seine ausdrückliche Willensmeinung gehe dahin, daß die gefangenen Justizbedienten nicht eher loskommen sollen, als bis sie das Geld bezahlt haben und alles in Richtigkeit sei. So schien plötzlich und unerwartet ein Strahl der Gnade zu erglänzen. Obwohl nun aber das Departement nur kurz und geschäftsmäßig antwortete, bekam es eine grobe Antwort: „Sie sollen sich in ihre Sachen melieren; ich werde schon Ordres geben, wenn ich es gelegen finde." Woher kam nun dieser gereizte Ton? Friedrich muß es übel genommen haben, daß sie anzeigten, der Müller sei im Besitze der Mühle, weil ihn der König selbst wieder einsetzen lassen. Diese Angelegenheit blieb also, wie man sieht, ein wunder Fleck, welcher bei jeder neuen Berührung schmerzte. Endlich am 5. September 1780 befahl Friedrich, die Gefangenen zu entlassen. Willkür hatte sie nach Spandau gebracht und Willkür gab ihnen nach acht Monaten die Freiheit wieder.

Auch ein unumschränkter Herrscher kann noch getroffen werden. Friedrich der Große war kaum gestorben, so verlangte Gersdorf, daß das durch den Machtspruch gehemmte Verfahren wieder aufgenommen würde. Der neue König wendete sich an das Justizdepartement, und der Großkanzler v. Carmer antwortete am 6. Dezember 1786: mit gutem Grunde dringe Gersdorf auf die Fortsetzung des vormaligen Rechtsganges, die Sache komme dadurch in der letzten Instanz zur Entscheidung des Tribunals, und dieses werde, da es an dem Prozesse keinen Teil genommen, sowohl dem Müller Arnold als dem

Herrn v. Gersdorf unparteiisches Recht widerfahren lassen. Der König, welcher die verdrießliche Angelegenheit in der Stille durch Geld abmachen wollte, fragte, wie groß Gersdorfs Verlust gewesen wäre. Carmer sah in diesem Schritte wohl schon die Aufhebung des Machtspruches oder wollte die Sache so betrachten. Er meinte, dadurch sei der Prozeß wieder in die alte Lage gekommen, und das Tribunal müsse nunmehr endgültig entscheiden; unzweifelhaft aber laste die Verpflichtung auf dem Müller Arnold, die 984 Thlr. 10 Gr. den Räten, die an der ehemaligen Ableitung des Wassers ganz unschuldig seien, oder ihren Erben zurückzuzahlen. Der König ließ die Sache jetzt an das Tribunal gelangen; doch sollte das Erkenntnis erst bekannt gemacht werden, nachdem seine Willensmeinung darüber eingeholt worden wäre.

Das Urteil lautete zum dritten Male zugunsten Gersdorfs [1]); infolge dessen erlangte letzterer das Recht, seinen Karpfenteich wiederherzustellen. Außerdem sollte Arnold ihm 200 Thlr., der Gräfin Schmettau 600 Thlr. und den Räten 984 Thlr. 12 Gr. 10 Pf. zurückerstatten; er würde das aber nicht imstande gewesen sein, auch wenn seine ganze Mühle verkauft worden wäre, daher bezahlte Friedrich Wilhelm II., nachdem er das Urteil des Tribunals gutgeheißen, diese ganze Summe.

Am schlimmsten war wohl Schlecker weggekommen; denn er hatte seinen Posten als Hoffiskal, seine Advokatur bei dem Hofgericht in Züllichau und ungefähr 18 Justiziariate verloren. Er berechnete den erlittenen Schaden auf mehr als 2000 Thaler, die er als 68jähriger Greis niemals würde wieder erwerben können. Er hatte sein Vermögen zugesetzt und nachher von der Unterstützung anderer leben müssen. Als derjenige, welcher ihn so schwer geschädigt, aus dem Leben ge-

1) Das Tribunal verwarf übrigens den einen Entscheidungsgrund der beiden vorhergehenden Urteile, daß einem jeden, durch dessen Grund und Boden ein Mühlenfließ laufe, freistehe, dem unten liegenden Müller das übrige Wasser durch Anlegung eines Karpfenteiches zu entziehen.

schieden war, da erst wagte der Minister v. Hoym dem beklagenswerten Manne mitleidig zuhilfe zu kommen und ihn als Senator in Grünberg mit einem Gehalte von 200 Thalern anzustellen. Schlecker gewann hierdurch für sich und die Seinigen nicht einmal den notdürftigen Unterhalt, und wovon seine Frau nach seinem Tode leben sollte, wußte er nicht; aber umsonst empfahl er sich dem allerhöchsten Erbarmen, er empfing nur die Summe zurück, die er vor acht Jahren ungerechterweise hatte bezahlen müssen.

Dagegen willfahrte der König dem Antrage des ehemaligen Regierungspräsidenten Finckenstein und bestätigte das Urteil, welches der Kriminalsenat über die von dem Machtspruche betroffenen Beamten gefällt, am 14. November 1786 [1]). Hierdurch wurde die Ehre dieser Männer, von denen zwei allerdings nicht mehr am Leben waren, ebenfalls wieder hergestellt; denn der neue König erklärte, daß ihnen nicht der geringste Verdacht einer in der Arnoldschen Sache begangenen Ungerechtigkeit, Parteilichkeit oder irgendeines anderen pflichtwidrigen Verhaltens zur Last fiele, und also die zur damaligen Zeit gegen sie ergangenen Verfügungen nur als die Folge eines Irrtums anzusehen wären, wozu den ruhmwürdigen Justizeifer seines in Gott ruhenden Oheims unvollständige, der wahren Lage der Sache nicht angemessene Berichte übel unterrichteter und im voraus eingenommener Personen verleitet hätten. So schlecht kam der verächtliche Heucking diesmal weg. Der König Friedrich Wilhelm erklärte sich weiter bereit, diese unschuldig bestraften Männer, wenn sie selbst es wünschten, wieder in die Dienste des Staates treten zu lassen [2]). Arnold aber blieb im Besitze der Mühle, und als die neumärkische Regierung nachträglich von ihm noch die Kosten für den Prozeß, den er mit Gersdorf geführt, im Betrage von 51 Thalern verlangte, da befahl der König dem Großkanzler, dieselben niederzuschlagen; denn er wünschte, daß die Sache einmal in Vergessenheit käme.

1) Preuß III, 539 ff.
2) Preuß III, 426.

Wer Friedrich II. entschuldigen will, der beruft sich auf den edlen Beweggrund und auf die guten Folgen; jener ist in der That ein mildernder Umstand, aber diese können die ungerechte Handlungsweise nicht beschönigen. Und überdies hätten sich durch einen bloßen Wechsel im Großkanzleramte die ersprießlichen Folgen ebenso gut erreichen lassen. Gehen wir jetzt, um die letzteren kennen zu lernen, in das Jahr 1780 zurück und betrachten wir die segensreiche Thätigkeit, welche Carmer entfaltete, sobald er nach Berlin gekommen war.

Zuerst bemühte sich der neue Großkanzler, seine Prozeßordnung einzuführen, und es gelang ihm jetzt auch, den König von deren Güte zu überzeugen. Am 14. April 1780 erklärte Friedrich in einer Kabinettsordre: der Richter sollte künftig die Parteien mit ihrer Klage und Verantwortung selbst hören, ihre Erzählungen und mitzubringenden Beweistümer gegen einander halten und so den wahren Zusammenhang der Sache, welche zu dem Rechtsstreit Anlaß gegeben, ermitteln, hiernach aber denselben Parteien Vorschläge zum Vergleiche machen, die den Rechten und der Billigkeit gemäß wären. An die Stelle der Advokaten sollten ferner Rechtsfreunde mit festem Gehalt unter dem Namen Assistenzräte treten.

Man begreift es, wenn der neue Großkanzler bemüht war, die schwer ertragene Niederlage schnell durch einen entschiedenen Sieg in Vergessenheit zu bringen; anständig aber war es nicht, wenn er die Gelegenheit zugleich benutzte, die Gegner zu demütigen, indem er sich nicht begnügte, seine alten Gründe wider das frühere Prozeßverfahren in der Einleitung der Kabinettsordre aufzuführen, sondern auch noch die Bemerkung hinzufügte: es sei nicht glaublich, daß jemals ein vernünftiger Gesetzgeber eine so unnatürliche Prozeßordnung geschaffen habe. War es denn notwendig, die Gegner in dieser Weise zu verwunden, und richtete sich der Tadel nicht zugleich gegen den König, welcher doch Coccejis Werk vollzogen hatte? Beinahe befremdet es, daß Friedrich die Kabinettsordre so stehen lassen, wie Carmer sie aufgesetzt, als ob er sie nur flüchtig gelesen hätte. Auch versprach sich der Großkanzler zu viel, wenn er

glaubte, daß die meisten Prozesse mit einem Vergleiche jetzt endigen würden.

Wie bei der Gründung der Landschaft, also verfuhr Carmer auch hier. Bereits in der Mitte des Augustmonats ward ein von Svarez verfaßter „vorläufiger Unterricht für sämtliche Justizbediente über den Unterschied der alten und der neu einzuführenden Prozeßordnung" an die Gerichte versendet, und im Dezember kam das erste Heft eines „Briefwechsels über die gegenwärtige Justizreform", welchem später andere folgten, zu demselben Zweck heraus. Als aber Carmer im Kammergericht auf Widerspruch stieß, griff er, wie wenn er sich auf die Güte seiner Sache nicht gänzlich verlassen wollte, noch zu anderen Mitteln. Er warnte die Mitglieder jener Justizbehörde bei Strafe der Entlassung aus dem Dienst, in Gesellschaften ja nicht nachteilig von der neuen Gesetzgebung zu sprechen, und am Neujahrstage 1781 wurden sie durch das Verbot, etwas über diesen Gegenstand ohne des Großkanzlers Einwilligung drucken zu lassen, überrascht. Hauptsächlich war die Maßregel gegen den Präsidenten v. Rebeur gerichtet, einen allgemein geliebten und geschätzten Juristen, eifrig in seinem Dienste, gerecht in seinen Handlungen, unermüdlich in Erfüllung seiner Pflichten, thätig in Verteidigung der Unschuld, aber öfters streng gegen seine Untergebenen. So entstand eine Feindschaft, welche nach einigen Jahren zu einem recht unangenehmen Federkriege geführt hat [1]).

Der Entwurf von 1776 war inzwischen zuerst nach den früheren Bemerkungen Rebeurs und anderer verbessert und dann einigen hochgestellten und erfahrungsreichen Juristen mitgeteilt worden. Um den Widerspruch nicht zu vergrößern und die Frucht ungefährdet in die Scheuer zu bringen, unterließ es Carmer, den Entwurf der Öffentlichkeit zur Prüfung vorzulegen und die Bemerkungen der Landesjustizkollegien einzuholen, sondern nachdem die Ausstellungen der genannten Männer noch

1) Näheres giebt Stölzel, C. C. Svarez, S. 205 ff.

Berücksichtigung gefunden, erschien die neue Prozeßordnung mit Patent vom 26. April 1782 [1]).

Carmer wollte nun das Werk in Angriff nehmen, zu dessen Ausführung sich Fürst bereits am 3. Januar 1776 erboten, und ein neues Gesetzbuch schaffen. Die Aufgabe, die er zu lösen hatte, war schon durch die Kabinettsordre vom 14. April 1780 näher bestimmt worden. Der Großkanzler unterließ es hier ebenso wenig, wie vorher bei der Prozeßordnung, Cocceji, welchen er freilich nicht nannte, zu tadeln und starke Ausdrücke gegen ihn zu gebrauchen. Auf seinen Vorschlag schrieb der König: „Was die Gesetze selbst betrifft, so finde ich es sehr unschicklich, daß solche größtenteils in einer Sprache geschrieben sind, welche diejenigen nicht verstehen, denen sie doch zu ihrer Richtschnur dienen sollen. Ebenso ungereimt ist es, wenn man in einem Staat, der doch seinen unstreitigen Gesetzgeber hat, Gesetze duldet, die durch ihre Dunkelheit und Zweideutigkeit zu weitläuftigen Disputen der Rechtsgelehrten Anlaß geben, oder wohl gar darüber, ob dergleichen Gesetze oder Gewohnheit jemals existiert oder eine Rechtskraft erlangt habe, weitläufige Prozesse veranlaßt werden." Am Schlusse der Kabinettsordre wendete sich Carmer gegen die Advokaten und zeigte wieder das stolze Selbstgefühl, welches bedeutende Männer zu haben pflegen, wenn sie vor einer großen Aufgabe stehen. Er ließ den König sagen: „Wenn ich, wie nicht zu zweifeln ist, meinen Endzweck in Verbesserung der Gesetze oder Prozeßordnung erlange, so werden freilich viele Rechtsgelehrte bei der Simplifikation dieser Sache ihr geheimnisvolles Ansehen verlieren, um ihren ganzen Subtilitätenkram gebracht und das gesamte Corps der bisherigen Advokaten unnütze werden. Allein ich werde dagegen meine getreuen Unterthanen von einer nicht geringen Last befreien und desto mehr geschickte

1) Mit dem alten Titel „Corpus juris Fridericianum", erstes Buch, von der Prozeßordnung; das Gesetzbuch sollte als Fortsetzung folgen, erschien aber nachher als ein besonderes Werk.

Kaufleute, Fabrikanten und Künstler gewärtigen können, von welchen sich der Staat mehr Nutzen zu versprechen hat" [1]).

Am 27. Juli genehmigte der König den ausführlichen Plan, welchen ihm Carmer vorgelegt hatte, wie bei diesem Werke zu verfahren sei. Friedrichs Absicht ging nicht sowohl dahin, daß neue Gesetze gemacht würden, es sollten vielmehr nur die bereits vorhandenen gesammelt, in Ordnung gebracht, deutlich und allgemein verständlich vorgetragen, dabei aber auch durchgesehen und, wo es nötig, so eingerichtet werden, daß sie den gegenwärtigen Zeiten, Sitten, Gebräuchen, Religions- und Landesverfassungen so wie dem Rechte der Natur und der Billigkeit besser entsprächen.

Das Ganze sollte die Sammlung der besonderen, in jeder Provinz geltenden Rechte nebst einem allgemeinen Gesetzbuch enthalten und letzteres immer da zur Richtschnur dienen, wo jene schwiegen. Hierbei sollte das Corpus Juris des Kaisers Justinian zum Grunde gelegt werden, weil dasselbe in Preußen als ein subsidiarisches Recht durchgehend angenommen, an und für sich das vollständigste, auch in den meisten seiner Entscheidungen dem Rechte der Natur und der Billigkeit gemäß wäre. Wegbleiben mußten natürlich alle Bestimmungen, welche sich auf die römische Verfassung und die römischen Verhältnisse bezogen. Das Übrige sollte in eine vernünftige Ordnung gebracht, aus den im römischen Gesetzbuche so häufig vorkommenden Entscheidungen einzelner Fälle die Regel herausgezogen, die bei dieser Gelegenheit bemerkten scheinbaren und wirklichen Widersprüche berichtigt und die folgenden Bestimmungen aus den bereits vorhandenen allgemeinen Landesgesetzen entnommen oder, wenn sich auch hier keine fänden, neu entworfen und dem Könige vorgeschlagen werden [2]).

Von zwei Schlesiern, dem Dr. juris Volkmar und dem Generalfiskal Pachaly, wurden zunächst die Vorarbeiten ge-

1) Daniels I, 21, Anm. 2.

2) Grundsätze des Verfahrens bei Sammlung und Verbesserung der Gesetze, bei Daniels I, in den Anlagen Nr. 1.

macht, welche dann in die Hände des Assistenzrates Klein gelangten. Auch dieser war ein Schlesier, der Sohn eines Kürschners in Breslau. Dort erfüllte derselbe seine neuen Pflichten und wurde nur für die Wintermonate nach Berlin gerufen, bis er endlich hier am Kammergericht eine Anstellung fand und in dem Hause vor dem Königsthor, welches der Großkanzler gemietet hatte, 1786 Wohnung erhielt [1]).

Der bedeutendste Mitarbeiter war gleichfalls ein Schlesier, der Oberamts-Regierungsrat Svarez, welcher seit ungefähr 13 Jahren mit Carmer in immer näherer Geschäftsverbindung stand und ihm unentbehrlich geworden war. Er siedelte nun, 35 Jahre alt, nach Berlin über, wo er die Blume der Unsterblichkeit brach, indem er die Hauptarbeit für das neue Gesetzbuch auf seine Schultern nahm. Er eignete sich für das große Werk wie kein anderer. Die Gegenstände des menschlichen Wissens waren ihm gleich, und keine Materie widerstand seiner Bearbeitung; er konnte sie hart finden, aber nicht spröde. Er scheute keine Mühe und vermochte scheinbare Kleinigkeiten mit unabläßiger Aufmerksamkeit zu verfolgen. So ward er einer der ersten Geschäftsmänner seiner Zeit. Der Grund seiner vorzüglichen Brauchbarkeit lag in dem unverwandten Blicke, welcher nie von seinem Ziel abschweifte, in der Sorgfalt, mit welcher er alles erforschte, und in der Leichtigkeit, mit welcher er seine Gedanken ordnete. Dahin sprach sich nach seinem verhältnismäßig frühzeitigen Tode der Mann aus, welcher die beste Gelegenheit gehabt hatte, die Sinnesweise und das Wirken dieses vorzüglichen Rechtsgelehrten kennen zu lernen, der Assistenzrat Klein [2]).

Letzterer giebt uns auch von seiner eigenen Thätigkeit einige Kunde. „Mir war die Sammlung der Materialien aufgetragen", schreibt er, „und ich ging dabei auf folgende Art zuwerke. Der Paragraph selbst enthielt den Satz, wie ich glaubte, daß er zu fassen sei, in der Anmerkung dazu ward

1) Stölzel, S. 153.
2) Stölzel, S. 175.

angezeigt, was bisher Rechtens gewesen und warum dies beibehalten oder abgeschafft oder doch genauer bestimmt werden müßte. Vorläufige Bemerkungen über die ganze Materie gingen jedem Kapitel voraus." Kleins Arbeit wurde noch einem andern denkenden Geschäftsmanne, welchen er leider nicht nennt, zur Prüfung zugestellt, und die Sache dem Großkanzler alsdann von Svarez vorgetragen, welcher das Gesetz hierauf dem Beschlusse Carmers gemäß abfaßte. Klein war bei diesem Geschäfte zugegen, damit er seine Fassung mündlich verteidigen oder über neue Vorschläge seine Meinung eröffnen könnte und zugleich in den Stand gesetzt würde, sich nach den gewonnenen Beschlüssen bei der weiteren Arbeit zu richten [1]).

Was auf diese Weise niedergeschrieben worden war, das wurde dann der sogenannten Gesetzkommission zugesendet, nämlich den Geheimen Räten Scherer, Könen, Scholz, Heidenreich und Lamprecht, einigen Mitgliedern der Finanzdeputation dieser Kommission und dem Magdeburger Regierungspräsidenten v. Tevenar. Diese machten ihre Gegenbemerkungen, Svarez beurteilte die letzteren ausführlich in schriftlichen Aufsätzen und trug sie dann dem Großkanzler vor. Nun wurde der erste Entwurf, abermals unter des letzteren Leitung, wo es nötig war, ergänzt und berichtigt. Einzelne Abschnitte hat Carmer selbst umgearbeitet. Erst hierauf schritt man dazu, den Gesetzen die eigentliche Fassung zu geben. Dadurch erreichte man so viel, daß durch das Ganze, wie Svarez bemerkt, einerlei Geist und die vollkommenste Gleichförmigkeit der Grundsätze so wie in der Ausführung einerlei Vortrag und Schreibart herrschen, dennoch aber in dem Werke nicht ein einziger Satz vorkommt, der nicht vorher der genauesten Prüfung mehrerer sachverständiger, mit allen Kenntnissen einer gründlichen Theorie und vieljährigen Erfahrung ausgerüsteter Männer wäre unterworfen worden [2]).

Hiermit aber endete noch nicht die Durchsicht des Gesetz-

1) Stölzel, S. 222.
2) Ebd, S. 221.

buches, sondern auf den Antrag des Großkanzlers genehmigte der König, daß die verschiedenen Teile desselben, so wie sie nach und nach ausgearbeitet wären, zuerst als Entwurf dem Publikum vorgelegt würden; es sollten die Landesjustizkollegien mit ihrem Gutachten darüber vernommen und in- und ausländische Gelehrte durch ausgesetzte Preise aufgefordert werden, ihre Bemerkungen und Erinnerungen einzusenden.

Der erste Teil umfaßte das Personenrecht. Die erste Abteilung desselben handelte von dem Hausstande und bestimmte die Rechte und Pflichten der Eheleute, der Eltern und Kinder, der übrigen Familienglieder, der Dienstherrschaft und des Gesindes. Am 10. Mai 1784 übersandte Carmer den gedruckten Band dem Könige, der ihm mit dem Zusatze dankte, daß er die Vollendung des allgemeinen Gesetzbuches so sehr wünsche und von dem unermüdeten Diensteifer des Großkanzlers erwarte [1]).

Die anderen Exemplare schickte Carmer teils an die Oberjustizkollegien, teils an tüchtige theoretische und praktische Juristen, an Geschäftsmänner und Philosophen; zu den letztern gehörten Garve, Moses Mendelssohn und der Buchhändler Nikolai, der für die zweite Abteilung Bemerkungen über das Verlagsrecht eingesendet hat, welche sehr berücksichtigt worden sind. Alle diese Männer wurden aufgefordert, ihr Gutachten darüber abzugeben: 1) ob die Abweichungen vom römischen Rechte vernunftgemäß und billig wären und daher den verhofften Nutzen erwarten ließen; 2) ob diejenigen Bestimmungen, wodurch die in den Justinianeischen Rechtsbüchern enthaltenen Widersprüche beseitigt, die Lücken ausgefüllt oder Geschäfte, die den Römern unbekannt gewesen, normiert worden, ihrem Zwecke, das allgemeine Wohl der bürgerlichen Gesellschaft zu befördern, entsprächen; 3) ob der Entwurf über alle Materien sich verbreite und die einzelnen Materien erschöpfend abgehandelt seien; 4) ob der Entwurf sich überall durch Klarheit und Bestimmtheit des Ausdrucks empfehle [2]). Für denjenigen, welcher die gründ-

1) Stölzel, S. 235 (11. Mai).
2) Euler bei Kamptz XXXII, 27. 28.

lichsten und vollständigsten Bemerkungen über die ganze erste Abteilung einsenden würde, setzte Friedrich eine goldene Medaille von 50 Dukaten aus und eine solche von 25 Dukaten für denjenigen, welcher inbezug auf einen einzelnen Titel dieser Abteilung dasselbe leisten würde. Die Regierungen endlich sollten nicht allein auf jene vier Punkte achten, sondern außerdem noch bei den im Laufe der Geschäfte vorkommenden zweifelhaften Rechtsfragen fleißig nachsehen, ob in dem Entwurf eine bestimmte, deutliche und passende Entscheidung anzutreffen sei und bei welchen Materien es noch daran mangele [1]).

Unter den Männern, denen der gedruckte Entwurf des allgemeinen Gesetzbuches zugegangen war, befand sich auch der berühmte Rechtslehrer der Universität in Göttingen, Pütter, und dieser ließ sich sehr bald öffentlich über die Leistung vernehmen. Am 1. Juli 1784 stand ein Aufsatz von ihm in dem „Gött. Anzeiger von gelehrten Sachen"; darin hieß es: „Das römische Recht ist zwar nichts weniger als zurückgesetzt, wie es als Philosophie des Rechts, von den größten Köpfen seiner Zeit durchgedacht, auch nicht vernachlässigt zu werden verdient und wegen vieler in Deutschland einmal angenommener Sitten und Geschäfte nicht ganz zurückgesetzt werden kann. Aber was aus dem römischen Rechte beizubehalten war, ist hier in unserer eigenen Sprache einem jeden faßlich gemacht. Und was auf unsere Zeiten und Sitten nicht paßt, warum sollte man damit Gesetzbücher, welche Richtschnuren unseres heutigen gemeinen Rechts enthalten sollen, noch überladen? Oder wo mehr Aufklärung oder neue Einrichtungen unserer Zeiten andere Richtschnuren erfordern, warum sollte man es da bei den Unvollkommenheiten der bisherigen, vor so vielen Jahrhunderten und für ganz andere Völker und Sitten entworfenen Gesetzbücher lassen? .... Die Absicht ist, durch Simplifizierung mancher Geschäfte und Entladung derselben von den durch das römische Recht dabei eingeführten übertriebenen Subtilitäten eine Quelle

1) Simon in der Allgem. Jurist. Monatsschr. für die Preußischen Staaten XI, 221. 222. 223.

verwickelter und langwieriger Prozesse zu verstopfen. Diese letztere Absicht, unstreitig eine der preiswürdigsten für ein Gesetzbuch, ist unseres Bedünkens vorzüglich glücklich schon in diesem ersten Teile häufig erreicht worden .... Wird nicht jeder Patriot mit uns wünschen, daß daraus ein ähnliches Gesetzbuch für jede andere deutsche Staaten erwachsen möchte? oder warum nicht selbst für ganz Deutschland? Auffallend ist es uns übrigens gewesen und wird es vermutlich jedem sein, der sich eben die Mühe geben will, in Vergleichung dieses Entwurfs mit demjenigen Coccejis, was das gegenwärtige vor jenem Projekte für Vorzüge hat, da in demselbigen insonderheit noch eine solche Anhänglichkeit an römische Sachen und Terminologieen herrscht, daß damit in der That wenig gewonnen sein würde" [1]).

Die zweite Abteilung des großen Werkes empfing Friedrich am 28. März 1785. Darin wurden die verschiedenen Stände des Staates, Bauer, Bürger, Adel, Staatsdiener und Geistliche behandelt und ihre Rechte sowohl als Pflichten festgestellt. Wenn dem Könige die rüstige Fortsetzung des großen Werkes Freude bereiten mußte, so erschreckte ihn anderseits etwas der Umfang der Abteilung, und er bemerkte von dem Buche: „Es ist aber Sehr dicke, und gesetze müssen kurz und nicht weitläufig seyndt" [2]).

Wieder ein Jahr später, am 9. April 1786, wurde dem Könige die dritte Abteilung übergeben; sie handelt von den Rechten und Pflichten des Staates gegen seine Bürger, vornehmlich in Rücksicht auf die Rechtspflege, von der Obsorge für die Person und das Vermögen der Unmündigen und anderer, die ihren Sachen nicht selbst vorstehen können, sowie von der Verhütung und Bestrafung der Verbrechen und von den fiskalischen Gerechtsamen. Der König benutzte die Gelegenheit, um die Forderung auszusprechen, daß die Strafen immer dem Verbrechen angemessen sein müssen. „Wenn sich Leute veruneinigen", fuhr er fort, „sich schlagen und einander umbringen

1) Stölzel, S. 237.

2) Daniels I, 38, Anm. 2.

und dergleichen Verbrechen, die müssen mit der größten Schärfe bestraft werden; eben auch, wenn einer den anderen vorsätzlich und wissentlich so verwundet oder wohl gar vergiftet, daß er davon stirbt, so muß der Thäter allerdings auch sterben. Wenn hingegen ein Mensch ganz unschuldigerweise, ohne im geringsten eine üble Absicht oder Vorsatz dabei zu haben, sondern bloß und allein aus Versehen einen anderen ums Leben bringt, der hat den Tod eben nicht verwirket; aber Straßenraub und Mord, das verdient die schärfste Bestrafung, damit andere ein Exempel daran nehmen. Hiernächst, wenn die Bauern in den Wirtshäusern und Krügen Lärmen zusammen anfangen und einer dem anderen einen Stuhl oder Schemel an den Kopf wirft und damit an einen gefährlichen Ort trifft, so muß derjenige, der das gethan hat, wieder sterben. Sodann, wenn das Volk und Gesinde auf dem Lande mutwilligerweise Feuer ausbringt und anlegt, das verdient ebenfalls mit größter Schärfe bestraft zu werden; denn das ist höchst notwendig, um der Bosheit der Menschen nach Möglichkeit Einhalt zu thun. Dieses ist es, was Ich in der Absicht Euch noch habe zu erkennen geben wollen, damit die Kriminalgesetze recht ordentlich gemacht werden."

Carmer versicherte, daß er bemüht gewesen sei, das, was der König bisher in vorkommenden Fällen wegen Bestrafung des Totschlags, des Straßenraubes und der Brandstiftungen geäußert habe, sorgfältig zu beobachten. „Denn ich bin vollkommen überzeugt", äußerte der Großkanzler weiter, „daß die übertriebene Gelindigkeit, womit man in neueren Zeiten solche grobe und gefährliche Verbrechen zu behandeln angefangen hat, der allgemeinen Ruhe und Sicherheit höchst schädlich sei, und daß scharfe Strafen nötig sind, um andere von Begehung ähnlicher Verbrechen abzuschrecken" [1]).

Dem Großkanzler wird man gern beipflichten; dagegen kann man nicht völlig dem Könige zustimmen, welcher überdies fortfuhr, zuweilen Urteile der Gerichtsbehörden zu verschärfen.

1) Stölzel, S. 240. 241.

Dem Ackerbürger Merten war ein Stück Feld in aller Form aberkannt worden; als er es dennoch bestellen wollte, befahl der rechtmäßige Besitzer Hevenbrock seinem neunzehnjährigen Sohne, den Eindringling fortzujagen. Jedoch dieser fiel dem andern in die Haare, darauf kam es zu einer argen Prügelei, und Merten starb noch an demselben Abend. Der junge Mann wurde, weil er die Grenzen einer erlaubten Gegenwehr überschritten, zu einer dreijährigen Festungsstrafe verurteilt. Dem Könige genügte das aber nicht, sondern er verlangte, daß der Übelthäter mit dem Schwerte gerichtet werden sollte. Der Justizminister v. Reck meldete ihm zwar die Gründe, welche die Kriminaldeputation bewogen hätten, das Leben nicht abzuerkennen. Einer derselben lautete, daß die Gesetze nur für einen vorsätzlichen Totschlag die Strafe des Schwertes bestimmten. Trotzdem blieb Friedrich bei seiner Forderung stehen und bestätigte das abgeänderte Urteil am 11. Oktober 1785. Der junge Hevenbrock beruhigte sich aber hierbei nicht, sondern begehrte seine weitere Verteidigung. Das Urteil des Oberappellationssenates lautete wiederum auf dreijährige Festungsstrafe und ward am 4. September 1786 von dem neuen Könige bestätigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man absichtlich die Sache bis zum Tode Friedrichs hingezogen hat [1]).

Die öffentliche Sicherheit galt dem Könige so viel, daß er Straßenraub auf das härteste geahndet wissen wollte; ja, er stand nicht an, eine zwei- und viermonatliche Festungsstrafe in eine immerwährende zu verwandeln, indem er meinte, die beiden Verbrecher könnten Gott danken, daß sie mit dem Leben davon kämen. Friedrich hielt die Verschärfung für um so notwendiger, als in Preußen das Volk noch so roh und wild wäre. Zu gleicher Zeit war er darüber sehr unzufrieden, daß ein Ostfriese, der seinen Bruder ermordet hätte, mit einer sechsjährigen Festungshaft bestraft werden sollte. „Sie sind wohl nicht gescheit", schrieb er am 9. März 1786 an Reck, „dergleichen Urteile zu sprechen; denn derjenige, der einen anderen ums

1) Preuß, Urk.-Bd. III, 203 ff.

Leben bringt, muß notwendig wieder am Leben gestraft werden. Und ich will wissen, wer die Richter sind, die diese Urteile gemacht haben. Denn dergleichen grobe Verbrechen müssen schlechterdings schärfer bestraft werden, oder der Teufel wird ihnen allen auf die Köpfe fahren." Der König will eine härtere Strafe, die auf das Volk Eindruck macht [1]).

Diese Schärfungen gehören in das letzte Lebensjahr Friedrichs, und es ist, als ob ihn das Gefühl triebe, durch übermäßige Herrscherstrenge die körperliche Hinfälligkeit zu verdecken; denn er hatte bereits die größten Schmerzen zu ertragen. „Weit entfernt, mich ein wenig zu erholen, verschlimmern sich meine Übel", schrieb er am 2. März 1786 an den Prinzen Heinrich. „Gestern und heute leid' ich Todespein. Außer dem Asthma und einem sehr heftigen Husten habe ich Kopfschmerzen, welche mir beinahe die Fähigkeit zu denken nehmen" [2]).

Ehe wir aber dem Schlusse seines Lebens beiwohnen, müssen wir noch einen Blick auf Preußens Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zu Danzig werfen.

Neuntes Kapitel.

Unterhandlungen mit Nordamerika und Danzig, und Friedrichs Lebensende.

Schon frühzeitig hatten die Nordamerikaner ihr Augenmerk auf Preußen gerichtet. Im Juni 1777 meldete Friedrich seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, daß Abgesandte von dort in Berlin eingetroffen wären, die ihm einen Handelsvertrag vorschlügen. Sie wünschten, daß ihre Kaper in den

1) Stadelmann II, N. 615.
2) Oeuvres XXVI, 525.

Hafen von Emden mit den Prisen, welche sie gemacht, einlaufen dürften, und sie suchten den König durch die Aussicht auf einen unmittelbaren Handelsverkehr zu locken. Aber letzterer war unmöglich, so lange die englischen Kreuzer den Ozean höchst unsicher machten, und jenes konnte Friedrich nicht gestatten, ohne sich offen mit England zu entzweien [1]).

Noch einen andern Gefallen wünschten die Amerikaner. Jedermann weiß, wie deutsche Fürsten es damals über sich brachten, ihre Soldaten an den König von England zu vermieten. Friedrich verurteilte diese schändlichen Vorgänge schlechterdings. Als der Landgraf Friedrich von Hessen-Kassel, ohne sich zu nennen, „Verschiedene Gedanken über die Fürsten" veröffentlicht hatte, lobte Voltaire diesen, wie wenn er erst von der Zeit an, wo er des Königs Neffe geworden sei und dessen Werke gelesen habe, Geist offenbare; Friedrich nahm aber die Schmeichelei nicht an, sondern schrieb über den Verfasser am 18. Juni 1776: „Derselbe würde, wenn er aus meiner Schule wäre, nicht katholisch geworden sein und seine Unterthanen nicht den Engländern verkauft haben, wie man Vieh verkauft, um es schlachten zu lassen. Schmutzige Gewinnsucht ist die einzige Ursache so schimpflichen Verhaltens. Ich beklage jene armen Hessen, die ihre Laufbahn ebenso kläglich als unnütz in Amerika endigen werden [2])."

Aber nicht aus Rücksichten der Menschlichkeit handelte Friedrich, wenn er im Jahre 1777 den Durchzug solcher Truppen durch Minden, Magdeburg und am Niederrhein verbot, sondern, wie er selbst in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, um eine kleine Rache für das Verhalten des Londoner Hofes in der Danziger Angelegenheit zu nehmen [3]). Als auch der Fürst von Anhalt-Zerbst, der Bruder der russischen Kaiserin, von einem solchen Verbote betroffen ward und Katharinas Verwendung nachsuchte, gab Friedrich dem Grafen Görtz natür-

1) Oeuvres XXVI, 393. 394.
2) Ibid. XXIII, 379. 380.
3) Ibid. VI, 118.

lich jenen Grund nicht an, sondern er schrieb am 3. Februar 1778: es wären lauter zusammengeraffte Leute, die wohl Ausschreitungen begehen würden; außerdem litte es die politische Lage nicht, Deutschland gänzlich von solchen zu entblößen, welche die Waffen tragen könnten, und endlich bliebe den Truppen doch die Möglichkeit fortzuziehen, wenn sie einen Umweg einschlügen. Katharina lehnte die Verwendung ab, um welche sie von dem Fürsten von Anhalt-Zerbst ersucht worden war, wie sie auch andern die gleiche Bitte, sagte sie, abgeschlagen hätte [1]).

In der That waren inzwischen die Umstände ganz anders im Reiche geworden. Den bayerischen Erbfolgekrieg vor Augen, ließ Friedrich noch im Februar den Landgrafen von Hessen-Kassel fragen, ob er gegen Zahlung von Hilfsgeldern drei Bataillone nach Wesel als Besatzung geben wollte, wenn es nötig würde. Der König von England wurde ferner als Kurfürst von Hannover wichtig, zumal da Friedrich bemüht war, einen Fürstenbund zu gründen, und wenn dieser Versuch auch mißlang, so wollte man doch in den Reichsangelegenheiten zusammengehen. Konnte der König von Preußen hart bleiben, wenn Elliot, der englische Gesandte, drei Wochen später bat, daß die in Sold genommenen deutschen Truppen ungehindert durch preußisches Gebiet marschieren dürften? Finckenstein und Hertzberg stellten außerdem vor: wenn der König dem Markgrafen von Ansbach es gestattet habe, so werde er es wohl auch dem Landgrafen von Hessen-Kassel nicht abschlagen können. Und Friedrich bewilligte gern, schreibt er, die Bitte des englischen Gesandten [2]). So sehr hat der Dichter recht, wenn er sagt: „Die Könige sind nur Sklaven ihres Standes; dem eignen Herzen dürfen sie nicht folgen.“ Und als Elliot im November 1780 den Grafen Finckenstein abermals um eine solche Erlaubnis bat, antwortete diesem der König: er

1) Friedrich an Görtz 3. Febr. 1778. Görtz an Friedrich 17. Febr. (Berliner Archiv.)

2) Geh. Kab.-Akten (26. und 27. Dezember 1778).

könne das Gesuch bei seiner strengen Neutralität nicht gut abschlagen, und wenn er als patriotischer Reichsfürst es thun wollte, so würde der Londoner Hof andere Wege finden. Unter diesen Umständen zog es der König vor, die Bitte zu bewilligen [1]).

Zu der nämlichen Zeit gab der russische Gesandte Dolgoruki dem König ein Exemplar der Verträge, die Katharina II. vor einigen Monaten mit Dänemark und Schweden über das Seerecht abgeschlossen. Die kriegführenden Mächte nahmen bekanntlich sehr wenig Rücksicht auf den Handel der Neutralen; sie suchten nur dem Feinde soviel als möglich zu schaden und sich selber zu nützen. Friedrich der Große hatte dies während des österreichischen Erbfolgekrieges selbst erfahren; er war deshalb nachher mit England in einen Streit lebhaft eingetreten und hatte seinen beraubten Unterthanen eine Entschädigung zu verschaffen gewußt, indem er die Schuld, die er im Breslauer Frieden an englische Kaufleute zu bezahlen übernommen und zum größeren Teile bereits abgetragen hatte, nicht weiter zu tilgen drohte. Dadurch ward England genötigt, auf Friedrichs Klagen einzugehen und den preußischen Schiffern ihren erlittenen Verlust zu ersetzen [2]).

Ein Vierteljahrhundert später war es Katharina II., die, empört über das Verfahren Spaniens gegen russische Schiffe, ganz unerwartet am 10. März 1780 einige Grundsätze zugunsten der Neutralen herausgab. Danach sollten dieselben feindliches Gut führen dürfen und nur die Artikel als Kontrebande betrachtet werden, die in dem englisch-russischen Vertrage von 1766 als solche bezeichnet wären; ferner sollte kein Hafen für blockiert gelten, wenn er nicht wirksam eingeschlossen wäre. Katharina faßte weiter einen Bund der neutralen Seemächte Dänemark, Schweden, Portugal und Holland ins Auge und gebot ihren beiden Kanzlern, diesen Gedanken ins Leben zu führen. Infolge dessen wurden zunächst Unterhandlungen mit

1) Geh. Kab.-Akten, 26. November 1780.

2) Trendelenburg, Friedrichs des Großen Verdienste um das Völkerrecht im Seekrieg. Kleine Schriften, S. 248 ff.

den beiden skandinavischen Höfen angeknüpft und Verträge geschlossen, wie die Kaiserin sie wünschte; denn Dänemark und Schweden traten nicht allein den Grundsätzen, welche sie bekannt gemacht hatte, bei, sondern sie kamen auch mit Rußland dahin überein, daß alle drei Mächte zum Schutze des neutralen Handels eine verhältnismäßige Zahl von Kriegsschiffen ausrüsten und damit die Fahrzeuge der drei Nationen geleiten und gegen Kaper der kriegführenden Staaten verteidigen wollten. Katharina war bei der Gründung dieses Bundes den Vorschlägen gefolgt, welche der dänische Minister Graf Bernstorff schon im September 1778 an sie hatte gelangen lassen. Dieser ist also der Vater und die Kaiserin die Mutter der bewaffneten Neutralität [1]).

Katharina begnügte sich aber keineswegs mit diesem Bunde, sie unterhandelte vielmehr nicht allein mit den übrigen neutralen Seemächten, sondern sie lud auch die neutralen Landmächte Preußen und Österreich ein, daran teilzunehmen; denn sie liebte großes Gefolge. Schon als Dolgoruki die beiden Verträge Friedrich dem Großen überreichte, wies er zugleich darauf hin, daß ein Artikel derselben den übrigen neutralen Mächten den Beitritt offen halte [2]). Der König erfüllte den Wunsch der Kaiserin; aber er mußte von der Pflicht, Kriegsschiffe zu stellen, entbunden werden, weil er keine Flotte besaß. Man verlangte von ihm nur, daß er für die Grundsätze der bewaffneten Neutralität immer und überall diplomatisch eintreten sollte. Dagegen versprach Rußland, den preußischen Schiffen seinen Schutz nach wie vor zu gewähren [3]).

Die Mitglieder dieses Bundes hatten in einem der sechs besonderen Artikel gelobt, daß sie beim Friedensschluß alles aufbieten wollten, um die von ihnen verkündigten Grundsätze

1) Bergbohm, Die bewaffnete Neutralität, S. 82 ff. Inbezug auf die Kontrebande nahmen aber Dänemark und Schweden andere Verträge zur Richtschnur als Rußland.

2) An Görtz, November. (Berliner Archiv.)

3) Hertzberg, Recueil I, 457 sqq.

zu allgemeiner Geltung zu bringen. Aber diese Absicht wurde vereitelt, und der Bund hörte auf zu bestehen.

Es dauerte nicht lange, so mußte sich Friedrich der Große mit dem Seerecht abermals beschäftigen, indem er sein Vorhaben, einen Handelsvertrag mit den Nordamerikanern einzugehen, ernstlich wieder aufnahm. Im Februar 1784 trug er seinem Gesandten im Haag, dem Herrn v. Thulemeier, auf, einen gewissen Adams auszuforschen, ob es möglich wäre, mit jenen Leuten darüber zu einem Einvernehmen zu gelangen. Thulemeier zögerte nicht, den Gesandten der Vereinigten Staaten, der längst nicht mehr ein gewisser war, aufzusuchen. In der Unterredung, die er mit ihm hatte, wies er auf schlesische Leinwand, Königsberger Hanf und Berliner Porzellan hin. „Ja", sagte Adams, „wir brauchen Hanf; denn wir bauen keinen. Wir müssen Leinwand haben, um unsere Neger zu kleiden und Segel anzufertigen. Auch Porzellan kann vielleicht ein Handelsartikel werden. Die amerikanischen Damen haben Geschmack, und nirgends wird mehr Thee getrunken" [1]). Umgekehrt wollte der König hauptsächlich virginischen Tabak aus den Vereinigten Staaten beziehen. So fing die Unterhandlung an. Thulemeier verschaffte sich außerdem durch einen schlesischen Kaufmann mancherlei nützliche Nachrichten über den Leinwandhandel, und er gewann daraus die Überzeugung, daß der unmittelbare Verkehr zwischen beiden Ländern um so vorteilhafter sein müßte, als die Engländer und Holländer einen Gewinn von 20—30 % bezögen, wenn sie die schlesische Leinwand nach Amerika brächten. Im April empfing er aus Berlin einen Vertragsentwurf, nach dem Muster desjenigen gemacht, welchen Schweden mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, und Adams schickte denselben an den Kongreß [1]).

1) Thulemeier 12. März 1784. (Berl. Archiv.)

2) Thulemeier 13. April. Der Entwurf findet sich (englisch) bei Kapp, Friedrich der Große und die Ver. Staaten von Amerika, im Anhange; dahinter folgt der amerikanische Gegenentwurf und der Vertrag in englischer Sprache, in französischer steht letzterer bei Hertzberg, Recueil I, 465.

Diese Körperschaft beschäftigte sich eben damals mit dem auswärtigen Handel; ihre Gesandten Franklin und Jefferson in Frankreich und Adams in London sollten Verträge mit den einzelnen europäischen Staaten schließen, und sie erhielten dafür besondere Weisungen. Nach diesen setzten sie einen Gegenentwurf auf und schickten denselben am 10. November 1784 an Thulemeier. Über die amerikanischen Vorschläge mußte der Minister Schulenburg dem Könige sein Gutachten abgeben, und er hob darin drei Punkte hervor. Man verlange, schrieb er, daß die Bürger der Vereinigten Staaten mit allen Arten von Waren frei handeln dürfen. Er dagegen forderte, daß die Amerikaner sich den in Preußen geltenden Gesetzen und Gewohnheiten unterwerfen müßten, und der König das Recht behielte, die Ein- und Ausfuhr gewisser Artikel aus Gründen des Staatswohles zu verbieten. Die beiden Zusätze wurden auch in den Vertrag aufgenommen.

Nach dem Gegenentwurfe sollten ferner die Erzeugnisse Preußens die ihnen bewilligten Vorteile nur dann in den Vereinigten Staaten genießen, wenn sie in preußischen Schiffen eingeführt würden. Es war das eine Bestimmung, welche dem englischen Schiffahrtsgesetz entsprach und vielleicht hätte angenommen werden sollen. Aber der König hegte, wie Schulenburg wußte, nicht sowohl die Absicht, die Schiffahrt seiner Unterthanen nach entfernten Häfen zu begünstigen, als vielmehr den Landeserzeugnissen einen Markt zu sichern, und so verlangte der Minister, daß die nämlichen Vorteile den preußischen Handelsartikeln eingeräumt werden müßten, ob dieselben nun in eigenen oder fremden Fahrzeugen eingeführt würden. Die Amerikaner ließen sich das gern gefallen, aber sie gaben zu bedenken, ob es klug wäre, sich des Rechtes der Wiedervergeltung zu entäußern gegenüber den Nationen, welche die Ladung von Schiffen auf Artikel der Heimat beschränkten. Durch einen besonderen Zusatz behielten sich die beiden vertragschließenden Teile nun eine solche Befugnis vor.

Endlich bestimmte der Gegenentwurf, daß die Schiffe, die in einen Hafen einlaufen und ihn wieder verlassen, ohne die

Ladung gelöscht zu haben, gar keine Abgaben bezahlen sollten. Schulenburg erklärte sich aber mit Grund dagegen, und die Amerikaner standen auch von dieser Forderung ab. Ferner behielt sich der König das Recht vor, die Auswanderung zu verbieten. Endlich nahmen die Amerikaner noch einen andern von Preußen vorgeschlagenen Zusatz an. In England wurde das Strandrecht auf eine grausame Weise noch an den meisten Küsten ausgeübt, obwohl es die Gesetze verboten. Weil diese die Menschheit schändende Gewohnheit, welche Friedrich mit vollem Recht aufs schärfste verurteilte, auch an den amerikanischen Gestaden noch nicht ganz abgeschafft sein könnte, verlangte Preußen einen hierauf bezüglichen Zusatz, welchen die Vereinigten Staaten ohne weiteres annahmen.

Der unumschränkte König und die freie Republik überboten sich damals in menschenfreundlichen Anträgen. Wenn jener in seinem Entwurfe die Grundsätze der bewaffneten Neutralität bekannte, so ging diese noch weiter, indem sie vorschlug, man sollte die Seekaperei und den Krieg gegen unbewaffnete Leute ganz aufheben und Kontrebande nicht wegnehmen, sondern sie dem Eigentümer abkaufen oder nur verhindern, daß sie dem Feinde zugeführt werden könnte. Finckenstein und Hertzberg hielten die Annahme dieser Vorschläge für unbedenklich und meinten, daß dieselbe der Mäßigung des Königs Ehre machen und er andernteils in einen Seekrieg schwerlich geraten würde.

Schulenburg war der nämlichen Ansicht. Er schrieb in dem Gutachten, das er am 24. Dezember 1784 dem Könige schickte, folgendes darüber: „Die Vereinigten Staaten nehmen im ausgedehntesten Sinne das Prinzip der bewaffneten Neutralität an, wonach das neutrale Schiff die Ware freimacht, und sogar die Kriegsmunition, welche sich auf einem neutralen Schiffe befindet und für den Feind bestimmt ist, nicht weggenommen, sondern nur mit Beschlag belegt werden kann. Ew. Majestät sind öffentlich der bewaffneten Neutralität beigetreten, und so werden diese Artikel keine Schwierigkeit verursachen. Im übrigen ist der Vertrag von jenem philosophischen Geiste diktiert, welcher sich bemüht, das Unglück des Krieges soviel als möglich zu

vermindern. Vorausgesetzt, daß im Laufe der Zeiten zwischen Ew. Majestät und den Vereinigten Staaten ein Krieg ausbrechen könnte, so wird man auf keiner Seite Kaperbriefe zur Beunruhigung des Handels ausgeben, vielmehr dürfen die Kauffahrteifahrer selbst in Kriegszeiten frei in einen feindlichen Hafen einlaufen; Gelehrte, Ackerbauer, Handwerker, Fabrikanten und Schiffer werden in der Ausübung ihres Berufes nicht belästigt, ihr Eigentum wird respektiert, und sogar das Los der Gefangenen durch billige und menschliche Vorkehrungen versüßt werden." Jeder Teil sollte nämlich die letzteren nicht in ungesunde Räume sperren und sie ebenso gut wie die Soldaten des eigenen Heeres verpflegen. „Ich gestehe", fuhr Schulenburg in seinem Berichte fort, „daß mir die meisten von diesen Artikeln bei der Lage der Vereinigten Staaten überflüssig erscheinen. Da indes die neue amerikanische Regierung die Annahme derselben durch Ew. Majestät eifrigst wünscht, um dadurch den Ruhm ihrer Menschlichkeit und Uneigennützigkeit zu begründen, so wird sich Ew. Majestät vielleicht um so eher dazu verstehen, als in dem Falle, wo diese Fragen wirklich ins Leben treten sollten, die Unterthanen Ew. Majestät fast ausschließlich den Vorteil dieser Artikel für sich haben würden. Denn es ist sehr leicht möglich, daß die amerikanischen Kaper in der Nordsee kreuzen, was ja auch schon im letzten Kriege vorgekommen ist, während nicht die geringste Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß Ew. Majestät Ihren Unterthanen erlauben werden, in die Amerika bespülenden Gewässer bewaffnete Schiffe zu schicken" [1]).

Der König entschied sich nach diesen Bemerkungen Schulenburgs, und die Unterhandlung eilte vorwärts. „Ich bin", schrieb Adams am 13. Februar 1785 an Thulemeier, „der langsamen Bewegungen der übrigen Höfe und Staaten ebenso überdrüssig, als ich die Pünktlichkeit, Einsicht und Entschiedenheit des Berliner Hofes bewundere. Nicht minder freut mich die Thatsache, daß der König uns die Ehre anthut, mit der

1) Kapp, 111 ff. Das Buch ist mit langweiliger Ausführlichkeit geschrieben, aber sein Inhalt aus den besten Quellen genommen.

platonischen Philosophie einiger unserer Artikel übereinzustimmen, die wenigstens eine gute Lehre für die Menschheit enthalten und durch einen vom König von Preußen genehmigten Vertrag mehr Einfluß gewinnen werden, als durch die Schriften Platos oder Sir Thomas Morus" [1]).

Einen Punkt aber gab es doch, welcher die Unterhandlung aufhielt. Im Fall eines Krieges wollten die Amerikaner, daß ihre Schiffe mit den gemachten Prisen in die preußischen Häfen einlaufen, dieselben dort verkaufen oder ungehindert wieder herausgehen könnten. Diese Bestimmung war, wie der König mit Recht bemerkte, nur für die Amerikaner vorteilhaft; „denn wir treiben keine Freibeuterei", hatte er im Mai 1784 geschrieben [2]) und Thulemeier angewiesen, nur darauf einzugehen, daß die Prisen gegenseitig zugelassen werden würden, wenn ein Sturm oder eine andere Gefahr zur See sie nötige, in einen Hafen einzulaufen, in welchem Falle sie jedoch sobald als möglich wieder auslaufen müßten. Aber in diesem Punkte wollten die Amerikaner nicht weichen; denn das sei der allgemeine Brauch, sagten sie, und es wäre für sie sehr schlimm, wenn sie mit den Prisen, welche sie an den preußischen Küsten gemacht, erst über den Ozean fahren müßten, während die europäischen Mächte wenigstens ihre eigenen Häfen als Zufluchtsort besäßen. Und so großen Wert legten die Amerikaner auf diesen Punkt, daß es schien, als würden sie die Unterhandlung sonst lieber fallen lassen. Schulenburg, welchen der König befragte, gab zu, daß der Vorteil nur aufseite der Vereinigten Staaten wäre; allein die Möglichkeit, daß diese den französischen und englischen Manufakturen Begünstigungen einräumten, und die preußischen dadurch außer Stand gesetzt würden mit ihnen zu wetteifern, schien ihm doch beachtenswert, zumal da nur Emden hierbei inbetracht käme; denn die baltischen Häfen wären durch den Sund den Kaperschiffen verschlossen [3]).

1) Works of John Adams VIII, 224 (bei Kapp, S. 135).

2) „Comme nous ne faisions point de pirateries", schrieb Friedrich.

3) Bericht vom 19. April 1785. (Berl. Arch.)

Der König gab nach, und die Unterhandlung wurde nun glücklich zu Ende geführt. Im Juli unterschrieben Franklin und Jefferson, im August Adams und Thulemeier am 10. September 1785 den Vertrag. Zwei Wochen später ward er von Friedrich dem Großen ratifiziert, und im folgenden Jahre that dies auch der Kongreß. „Der Freundschaftsvertrag, welcher neulich zwischen dem König von Preußen und den Vereinigten Staaten geschlossen worden ist, bezeichnet einen neuen Zeitabschnitt in der Unterhandlung", meinte Washington. „Es ist der freisinnigste Vertrag, welchen jemals unabhängige Mächte mit einander eingegangen sind. Er ist in manchen seiner Artikel ganz eigenartig, und wenn seine Prinzipien künftig als Grundlage für Verbindungen von Nationen unter einander betrachtet werden sollten, so wird er besser als irgendeine von den Menschen bisher versuchte Maßregel dazu helfen, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen" [1]).

Während so Friedrich der Große wegen seiner Freisinnigkeit jenseits des Ozeans allgemeinen Beifall erntete, ward er von einer berühmten Handelsstadt der alten Welt bitter gehaßt und großer Engherzigkeit beschuldigt. Danzig hatte vor der polnischen Teilung den ausschließlichen Handel in Westpreußen besessen. Jetzt aber sah es sich ringsum von dem Gebiete des Königs von Preußen eingeschlossen. Dieser nahm sogar den Hafen der Stadt als sein Eigentum in Besitz und erhob dort Hafengefälle; doch konnte Danzig dieselben noch einmal den Schiffsherren abfordern. Außerdem errichtete Friedrich auch im Süden, zu Fordon bei Bromberg, eine Zollstätte, wo die Waren, welche nach Danzig gingen oder von hier kamen, 12 Prozent des Wertes bezahlen mußten, während von denjenigen, welche nach Elbing bestimmt waren, nur 2 Prozent verlangt wurden [2]). Außerdem ließ der König dicht bei der

1) Sparks, Writings of Washington IX, 182.

2) Nicht 4 Prozent, wie Bd. I, S. 516 steht. Das war die ursprüngliche Forderung Benoits gewesen, und 2 Prozent ist das spätere Anerbieten. Danzig ward als Zollausland betrachtet. S. Damus, Die Stadt Danzig gegenüber der Politik Friedrichs des Großen und Friedrich

Stadt eine Messe abhalten, welche der Danziger Dominikmesse vielen Abbruch that.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Friedrich seinem eigenen Vorteile rücksichtslos nachging; aber er verfuhr freilich nur ebenso, wie die alte Hansestadt es in früheren Zeiten mit Elbing, Braunsberg und Thorn gemacht, um den polnischen Handel ganz an sich zu reißen. Man begreift es, daß in Danzig eine sehr bittere Stimmung gegen Friedrich herrschte; doch war es offenbar unklug, wenn Rat und Bürgerschaft gar keine Nachgiebigkeit zeigten. Während der König zuerst 600000 Thaler Grundzins für die Überlassung des Hafens gefordert hatte, war er 1776 bereit, sich mit 250000 zu begnügen und sowohl den Hafen, als die von ihm besetzten Vorstädte zu räumen, wenn die Danziger sein Territorialrecht anerkennen würden. Und 1782 gab er um der Kaiserin von Rußland willen die Scharpau zurück. Er meinte, daß er so schonend als möglich gegen die Stadt verfahre, während diese sich alles herausnehme, den Schmuggel in seinem Lande begünstige, den Schmugglern und Fahnenflüchtigen Schutz und Aufnahme gewähre und einer Beschwerde, die er vorbringe, niemals abhelfe [1]). So herrschte Mißstimmung auf beiden Seiten.

Die Danziger betrachteten den Grafen Panin als ihren Hauptgegner. Als nun die Nachricht von seinem Tode zu ihnen gelangte, da begingen sie abermals eine Thorheit, indem sie sich ohne vorhergehende Anzeige selbst Recht zu verschaffen suchten. Zwei Fahrzeuge, die aus dem Marienburger Werder auf der Weichsel Getreide nach Schellmühle brachten, wurden am 25. April 1783 unerwartet von Danziger Zollbeamten angehalten, und man erklärte den Schiffsherren: sie dürften nicht weiter fahren, sondern müßten ihre Ladung an Danziger Bürger verkaufen. Der eine fügte sich, weil ihm das Getreide gehörte; dem andern gab man erst nach einiger Zeit die Erlaubnis,

Wilhelms II., in der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, Heft XX, S. 66.

1) An Görtz 4. Mai 1782. (Berliner Archiv.)

die Fahrt fortzusetzen. Aber das gewaltsame Verfahren wurde wieder aufgenommen, indem 13 Mann in der Nähe des Gänsekrugs eine Wachtbude bezogen. Vergebens erhob der preußische Resident v. Lindenowski Vorstellungen hiergegen. Darauf nahm das preußische auswärtige Ministerium den Streit auf und beschuldigte die Danziger Bürger der Habsucht, des Neides und der Mißgunst gegen die um Danzig wohnenden königlichen Unterthanen, die sehr übel daran sein würden, wenn sie nicht die Freiheit haben sollten, Korn und andere Waren und Bedürfnisse sich aus den königlichen Landen zu holen. Sie sahen in dem Verfahren Danzigs eine grobe Beleidigung, welche nirgends in der Welt gerechtfertigt werden könnte, und drohten mit Vergeltungsmaßregeln.

In dem Antwortschreiben meldeten die Danziger, was sie verlangten. Sie meinten: am Ausflusse der Weichsel könnte neben ihrer Stadt keine zweite bestehen, wo Handel und Gewerbe getrieben würde; daher müßte der Hafen ihnen allein gehören, und die Waren, welche die Weichsel herunter kämen, dürften nicht bei dem Blockhaus vorbeigebracht und noch weniger durch die Stadt geführt, sondern sie müßten den Danziger Bürgern zum auswärtigen Verkauf überlassen werden. Die hiesige Kaufmannschaft, hieß es in dem Schreiben, wäre weit davon entfernt, die benachbarten königlichen Unterthanen daran zu hindern, daß sie ihre Bedürfnisse sich aus den weit und breit sie umgebenden königlichen Landen holten; dagegen würden seit kurzer Zeit, anfangs heimlich und bei Nacht, nachher öffentlich, Güter von daher oder gar aus dem Danziger Gebiete nach Schellmühle geführt und dort feilgeboten. Das könne die Kaufmannschaft, welche von dem früheren Handel kaum noch den dritten Teil übrig behalten, auf keinen Fall zugeben, wolle sie nicht alles verlieren.

Aus dem Antwortschreiben des Rates ging deutlich hervor, wonach Danzig verlangte. Man wünschte die bevorzugte Stellung, welche man bisher in Westpreußen gehabt hatte, noch weiter zu behalten und kein Altona neben sich aufkommen zu lassen. Beweise für seine Behauptungen legte freilich der Rat nicht

vor, und er versuchte noch weniger die Rechte, die er in Anspruch nahm, mit dem Zustande, welcher durch die polnische Teilung geschaffen worden war, in Einklang zu bringen. Das rügten denn auch die preußischen Minister und erklärten, der König würde seinen Unterthanen die natürliche und durch keine Verträge eingeschränkte Freiheit nicht nehmen lassen, ihren Handel zu treiben und die Schiffahrt auf einem die beiderseitigen Lande durchschneidenden Strome zu gebrauchen. Die Minister verlangten binnen acht Tagen die bestimmte Erklärung, ob der Verkehr, wie er bis zum April bestanden hätte, wieder gestattet werden würde, und zeigten an, daß im entgegengesetzten Falle kein Schiff von und nach Fahrwasser würde segeln dürfen, bis die Stadt Danzig von ihrer Zudringlichkeit abgestanden wäre. Letzteres geschah aber nicht, sondern der Rat wiederholte nur seine Bereitwilligkeit, das, was die Beschwerde führenden preußischen Unterthanen zu ihrem eigenen Verbrauche holten, frei und ungehindert durch ihr Gebiet ziehen zu lassen [1]).

Aufrichtig wünschte Preußen zu einem Vergleiche zu kommen; darum hatte der Resident v. Lindenowski nicht allein die Schreiben der Minister übergeben, sondern auch mündlich vorgeschlagen: es solle die Angelegenheit durch Bevollmächtigte beider Teile geprüft und gütlich ins reine gebracht, bis dahin aber der alte Verkehr freigegeben werden. Indem nun aber Danzig auf diesen verständigen Antrag nicht einging, schritt Friedrich der Große dazu, seine Drohungen zu verwirklichen Der Oberst v. Pirch mußte die Holminsel besetzen und den Schiffen der hartnäckigen Stadt verwehren, aus der Ostsee hierher zu kommen oder dahin zu fahren. Dies geschah gegen Ende des Augustmonats; aber die Maßregel vermehrte nur die Erbitterung der Bürgerschaft und zwar in so hohem Grade, daß kein preußischer Unterthan oder Beamter sich mit Sicherheit auf Danziger Gebiete sehen lassen konnte. Als Pirch es wagte, bei dem Ganskruge vorüberzufahren, wurden er und seine Soldaten von einem Volkshaufen auf die gröbste Weise ver-

1) Hertzberg, Recueil I, 410sqq.

höhnt, ohne daß die Stadtsoldaten es zu hindern suchten, und einem Regierungsrate Meyer ging es noch schlechter. Fremde Schiffe durften nur dann seewärts fahren, wenn sie Pässe von ihren in Danzig wohnenden Residenten empfangen hatten; Meyer sollte nun darauf sehen, daß keine Unrichtigkeiten vorkämen. Man kann sich denken, mit welchen Augen die wütende Menge diesen preußischen Beamten betrachtete. Er geriet einmal in Lebensgefahr [1]).

Im April hatte der Rat die Kühnheit gehabt, ohne Vorwissen der Polen zu Thätlichkeiten zu schreiten; jetzt aber besann er sich auf sein Verhältnis zu diesem Lande und überließ es dem Könige desselben, die Angelegenheit zu ordnen. Von Stanislaus August abgesendet, erschien der Graf von Unruh in Danzig; aber auch seine Bemühungen, einen Vergleich herbeizuführen, hatten keinen Erfolg. Da hielt es Friedrich der Große für notwendig, die Vergeltungsmaßregeln zu verschärfen. Der Generalmajor Freiherr von Egloffstein mußte mit vier Bataillonen Fußvolk und vier Schwadronen Reiterei in das Danziger Gebiet im Oktober einrücken und die Stadt von allen Seiten einschließen; nur die fremden Fahrzeuge durften ihres Weges fahren. Aber auch die verschärften Maßregeln blieben fruchtlos.

Der Minister Hertzberg hielt es mit Recht für eine gute Politik, das Publikum zu Zeiten von den Staatsangelegenheiten in Kenntnis zu setzen, und so erschien denn am 23. Oktober 1783 ein langer Bericht über den Streit des Königs von Preußen mit Danzig in einer Berliner Zeitung [2]). Außerdem aber wendeten sich die Minister an Friedrich den Großen und sagten: sein Interesse verlange und seine Absicht gehe dahin, daß dem Zwist ein schnelles und erträgliches Ende gemacht werde. Deshalb erachteten sie es für das Beste, wenn man dem General einen billigen Vergleichsplan schicke, und

1) Hertzberg, Recueil I, 404. Löschin, Geschichte von Danzig II, 247.

2) Dieser Bericht und die, welche ihm folgten, stehen in Hertzberg, Recueil I, 401sqq.

sie legten einen solchen bei. Nach diesem soll Danzig für die Friedrich dem Großen und seinen Unterthanen zugefügten Beleidigungen um Verzeihung bitten. Wie ferner der König den Einwohnern der Stadt die freie Fahrt auf dem Weichselstrom und durch seine Lande gestattet, ebenso soll es allen seinen preußischen Unterthanen auch freistehen, durch das Gebiet von Danzig mit Schiffen und Wagen zu fahren und dasjenige, was sie von einem Teile der königlichen Lande nach dem andern zu bringen für gut finden, frei und ungehindert zu holen gegen Bezahlung der Abgaben und Zölle, welche die Danziger Bürger erlegen. Diesen Punkt hielten Finckenstein und Hertzberg für den wichtigsten. Durch ihren Vorschlag, meinten sie, werde den preußischen Unterthanen nur der innere Verkehr, welchen man denselben ohne Ungerechtigkeit nicht verweigern könne, gestattet, keineswegs aber der Seehandel, welchem aber auch der König nicht entsage, sodaß dieser Punkt unentschieden und auf dem alten Fuße bleibe.

Während die Minister hofften, daß Danzig und Polen sich hier willfährig zeigen würden, hielten sie es für schwierig, einen andern Punkt zu erreichen; aber sie wollten den Versuch machen. Der König, schrieben sie, brauche für sein Salz und die Seehandlung für ihr Seesalz, ihren Kaffee u. s. w. den Weg auf der Weichsel; bisher habe man das stillschweigend geduldet, dagegen weigere man sich jetzt, und so schlagen Finckenstein und Hertzberg vor: Schiffgefäße und Schiffsladungen, welche mit Pässen des Königs oder der Minister versehen sind, dürfen ungehindert auf der Weichsel hin- und herfahren gegen Entrichtung der gewöhnlichen Abgaben. Dagegen wird das preußische Ministerium dahin sehen, daß mit diesen Pässen kein Mißbrauch zum Nachteile des Danziger Handels getrieben werde.

Finckenstein und Hertzberg suchten ferner die Danziger dadurch etwas für sich zu gewinnen, daß sie den immerwährenden Klagen derselben einige Rücksicht schenkten und folgenden Artikel vorschlugen: Der Rat verspricht den Schmuggelhandel aus Danzig nach den königlichen Landen soviel als möglich zu ver-

hüten und nichts zu thun oder zu gestatten, wodurch derselbe befördert werden könnte; dagegen wird der König den Handel der Danziger auf alle Weise begünstigen, auf ihre Vorstellung alle gegründeten Beschwerden abstellen und seinen Unterthanen und Beamten alle Plackereien und Bedrückungen der Danziger und ihres Handels auf das schärfste verbieten; er habe bereits auf gemachte Vorstellungen die Durchfuhr des alten Eisens freigegeben.

Friedrich der Große hatte mit Danzig am 8. Januar 1771 einen Vertrag geschlossen, wonach sich die Stadt verpflichtete, keine ostpreußischen Kantonisten bei sich aufzunehmen. Diese Übereinkunft wollten die Minister auch auf Westpreußen ausgedehnt wissen; weil aber der Rat befürchtete, daß die Zahl der Herauszugebenden zu groß sein und dadurch ein Aufstand hervorgerufen werden würde, so sollte die Verpflichtung nur für die Zukunft gelten.

Dieser Vergleich war wenig geeignet, Danzig zu befriedigen; doch konnte derselbe ja verbessert werden. Inzwischen aber hatte die Stadt einen andern sehr wichtigen Schritt gethan, indem sie sich an eine Frau wendete, von welcher sie schon manchmal Schutz empfangen. Die Kaiserin von Rußland weigerte sich jederzeit in ihren eigenen Sachen eine Vermittelung zuzulassen, dagegen übernahm sie mit Freuden jede Vermittelung in fremden Angelegenheiten. Zu der Zeit, wo die Minister den Vergleich dem Könige vorlegten, traf die Nachricht ein, daß Katharina II. den Wunsch der Danziger erfüllen wolle. Natürlich nahm Friedrich die Vermittelung unverzüglich an. Hertzberg glaubte nun vorauszusehen, daß die Kommissarien von Rußland und Polen verlangen würden, es sollte das Danziger Gebiet vor dem Beginn der Unterhandlungen geräumt werden; er riet aber dem König, einen solchen Antrag abzulehnen [1]).

Friedrich der Große schickte seinen Residenten in Warschau, den Legations- und Kriegsrat von Buchholtz; Katharina II.

1) Hertzberg, 26. November 1783.

hatte den Generalmajor von Peterſon, ihren Reſidenten in Hamburg, für die Unterhandlung beſtimmt. Die eingeſchloſſene Stadt ſuchte natürlich die Gelegenheit zu benutzen, um die preußiſchen Soldaten, die ſie ernähren mußte, von ihrem Gebiete zu entfernen, und ſie verlangte die Zurückziehung derſelben, damit es nicht den Anſchein hätte, ſagte ſie, als ob die Unterhandlung unter den Waffen geſchähe. Wider dieſen Scheingrund wandte Buchholtz ein, daß die Stadt nicht allein die Thätlichkeiten angefangen hätte, ſondern auch noch fortführe, die vorher freie Schiffahrt auf der Weichſel den preußiſchen Unterthanen mit Gewalt zu verhindern; die Vergeltungsmaßregeln könnten alſo ohne Nachteil für die Ehre, die Würde und die Rechte des Königs nicht aufgehoben werden. Nach vielem Hin- und Herreden verabredete man, daß die erſte Konferenz am 17. Dezember in der Vorſtadt Naugardten gehalten werden ſollte, nachdem die preußiſchen Truppen auf eine gewiſſe Strecke ſich entfernt hätten. Als Peterſon am feſtgeſetzten Tage dahin fuhr, hoben viele Leute die Hände zu ihm auf und riefen: „Erbarmen Sie ſich unſer, Excellenz; wir wollen lieber ruſſiſch werden als preußiſch“ [1]).

In der Konferenz beharrten die Danziger auf ihrem Verlangen, und Peterſon half ihnen treulich. Da ſchrieb Friedrich an ſeinen Geſandten in Petersburg, den Grafen Görtz, am 23. Dezember 1783: Rußland wolle als Diktator handeln und ihn zwingen die Einſchließung aufzuheben; aber das gehe nicht an. Er willigte dagegen mit Vergnügen in die Verlegung der Konferenzen nach Warſchau; denn er ſah in Peterſon einen Danziger an Leib und Seele, und er hoffte dort, wo der Graf Stackelberg die Vermittelung übernehmen mußte, weiter zu kommen. Nachher hat er auch der Kaiſerin zugefallen die Einſchließung der Stadt aufgehoben, zumal da hierunter, wie ihm ſeine Miniſter bemerkten, auch ſeine Soldaten und Unterthanen litten [2]). Dafür ſollte Danzig den

1) Friedrich an Görtz 23. Dezember 1783.

2) Friedrich an Görtz 30. Dezember 1783, 3. und 17. Januar 1784, Hertzberg und Finckenſtein an den König 14. Januar 1784.

früheren Zustand, wie er vor dem April 1783 gewesen war, bis zum Ende der Vergleichshandlung wiederherstellen, und der Rat mußte sich auch dazu verstehen, obwohl er anfangs nur den um die Stadt wohnenden Preußen den freien inneren Verkehr erlaubte, den er noch dazu auf Lebensmittel beschränkte.

Für das Aufhören der Zwangsmaßregeln dankte der Rat dem Könige demütig. In seinem Antwortschreiben vom 29. Januar 1784 machte dann Friedrich demselben ernstliche Vorhaltungen über sein Betragen. „Nunmehr säumt Ihr auch", fuhr er fort, „Eure Abgeordneten nach Warschau zu schicken, und gebet vor, die Befehle Eures und des russischen Hofes abzuwarten, die Ihr doch genugsam wisset. Ihr sucht aber in der That nur der Vergleichsunterhandlung auszuweichen, die Streitsache in Verwirrung und Ungewißheit zu lassen und die Euch vorteilhaft scheinende Zeit der wiedergeöffneten Schiffahrt zu gewinnen. Ob Ihr hieran recht und billig, ob Ihr klug und wohl für Eure Stadt handelt, solches überlasse ich Eurer näheren Überlegung" [1]).

Erst am 9. März 1784 begannen die Konferenzen. Stackelberg nannte drei Mittel, die Danziger zu befriedigen. Entweder sollten die Unterthanen des Königs von Preußen darauf beschränkt werden, daß sie nur Lebensmittel zu Schiffe sich holen könnten, oder die Danziger sollten geringere Durchgangsabgaben in Fordon bezahlen oder drittens die ihrigen nach dem Verhältnis der preußischen erhöhen dürfen. Damit waren aber Finckenstein und Hertzberg gar nicht einverstanden, und sie erstatteten deshalb dem Könige jetzt einen sehr eingehenden Bericht über die ganze Angelegenheit. Es schien ihnen, als ob weder das russische Ministerium und Stackelberg, noch selbst Buchholtz wüßten, um was es sich eigentlich handele, und als ob sie daher durch das unvernünftige Geschrei der Danziger Abgeordneten sich betäuben ließen, welche nicht allein ihre alten Vorteile bewahren, sondern auch noch neue bei dieser Gelegenheit gewinnen möchten, ohne dafür irgendetwas zu bewilligen.

1) Hertzberg, Recueil I, 431.

Die Minister hielten an dem freien inneren Verkehre fest und verlangten, daß des Königs Unterthanen sowohl aus Pommern und Ostpreußen nach Westpreußen als aus dem Marienburger Kreise nach Pommerellen ungehindert wie früher durch das Gebiet von Danzig Handel treiben dürften. Es schien den Ministern eine ungereimte Behauptung zu sein, daß die Stadt durch eine solche Übereinkunft würde zugrunde gerichtet werden, und sie glaubten ebenso wenig, daß Danzig ein Recht hätte, die andern Einwohner Westpreußens auszuschließen. Sie rieten, lieber die Unterhandlung abzubrechen, als in diesem Stücke nachzugeben. Dagegen räumten sie ein, daß Danzig viel verlieren würde, wenn es den Handel von Polen nach dem Meere und umgekehrt mit andern teilen sollte, und sie verhehlten sich ferner den großen Ausfall nicht, welchen die Zölle in Fordon erleiden mußten, wenn die Unterthanen des Königs nur zwei, die Danziger dagegen 12 Prozent zahlten. Eben deshalb hatten die Minister die Schiffahrt nur denen gewähren wollen, welche von ihnen oder dem Könige mit Pässen versehen worden wären. Indem sie jetzt aber diesen wichtigen Gegenstand mit den Ministern des Generaldirektoriums reiflich erwogen, wurde man darüber einig, daß es genügte, wenn die Preußen die freie Schiffahrt vom Meere nach Polen erhielten, und so Seesalz, Kaffee u. dergl. ungehindert eingeführt werden dürften. Dagegen wollten die Minister den Danzigern den Handel von Polen nach dem Meere gänzlich überlassen und dadurch zugleich für die Einkünfte des Königs gebührend Sorge tragen.

Nach diesen Grundsätzen arbeitete dann Hertzberg ein Schriftstück aus, worin die preußischen Zugeständnisse genannt und begründet waren. Buchholtz sollte dasselbe dem Grafen Stackelberg geben können. Danach behielt also Danzig die Ausfuhr, die preußischen Unterthanen nehmen teil an der Einfuhr, doch kann Danzig letztere mit einem Zolle bis zur Höhe des preußischen um der Gegenseitigkeit willen belasten. Der innere Verkehr bleibt frei [1]).

1) Jenes Schriftstück ist vom 13. März, dieses vom 1. April (Berl. A.).

Der König gab nach, und die Unterhandlung wurde nun glücklich zu Ende geführt. Im Juli unterschrieben Franklin und Jefferson, im August Adams und Thulemeier am 10. September 1785 den Vertrag. Zwei Wochen später ward er von Friedrich dem Großen ratifiziert, und im folgenden Jahre that dies auch der Kongreß. „Der Freundschaftsvertrag, welcher neulich zwischen dem König von Preußen und den Vereinigten Staaten geschlossen worden ist, bezeichnet einen neuen Zeitabschnitt in der Unterhandlung", meinte Washington. „Es ist der freisinnigste Vertrag, welchen jemals unabhängige Mächte mit einander eingegangen sind. Er ist in manchen seiner Artikel ganz eigenartig, und wenn seine Prinzipien künftig als Grundlage für Verbindungen von Nationen unter einander betrachtet werden sollten, so wird er besser als irgendeine von den Menschen bisher versuchte Maßregel dazu helfen, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen" [1]).

Während so Friedrich der Große wegen seiner Freisinnigkeit jenseits des Ozeans allgemeinen Beifall erntete, ward er von einer berühmten Handelsstadt der alten Welt bitter gehaßt und großer Engherzigkeit beschuldigt. Danzig hatte vor der polnischen Teilung den ausschließlichen Handel in Westpreußen besessen. Jetzt aber sah es sich ringsum von dem Gebiete des Königs von Preußen eingeschlossen. Dieser nahm sogar den Hafen der Stadt als sein Eigentum in Besitz und erhob dort Hafengefälle; doch konnte Danzig dieselben noch einmal den Schiffsherren abfordern. Außerdem errichtete Friedrich auch im Süden, zu Fordon bei Bromberg, eine Zollstätte, wo die Waren, welche nach Danzig gingen oder von hier kamen, 12 Prozent des Wertes bezahlen mußten, während von denjenigen, welche nach Elbing bestimmt waren, nur 2 Prozent verlangt wurden [2]). Außerdem ließ der König dicht bei der

1) Sparks, Writings of Washington IX, 182.

2) Nicht 4 Prozent, wie Bd. I, S. 516 steht. Das war die ursprüngliche Forderung Benoits gewesen, und 2 Prozent ist das spätere Anerbieten. Danzig ward als Zollausland betrachtet. S. Damus, Die Stadt Danzig gegenüber der Politik Friedrichs des Großen und Friedrich

Stadt eine Messe abhalten, welche der Danziger Dominikmesse vielen Abbruch that.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Friedrich seinem eigenen Vorteile rücksichtslos nachging; aber er verfuhr freilich nur ebenso, wie die alte Hansestadt es in früheren Zeiten mit Elbing, Braunsberg und Thorn gemacht, um den polnischen Handel ganz an sich zu reißen. Man begreift es, daß in Danzig eine sehr bittere Stimmung gegen Friedrich herrschte; doch war es offenbar unklug, wenn Rat und Bürgerschaft gar keine Nachgiebigkeit zeigten. Während der König zuerst 600000 Thaler Grundzins für die Überlassung des Hafens gefordert hatte, war er 1776 bereit, sich mit 250000 zu begnügen und sowohl den Hafen, als die von ihm besetzten Vorstädte zu räumen, wenn die Danziger sein Territorialrecht anerkennen würden. Und 1782 gab er um der Kaiserin von Rußland willen die Scharpau zurück. Er meinte, daß er so schonend als möglich gegen die Stadt verfahre, während diese sich alles herausnehme, den Schmuggel in seinem Lande begünstige, den Schmugglern und Fahnenflüchtigen Schutz und Aufnahme gewähre und einer Beschwerde, die er vorbringe, niemals abhelfe [1]). So herrschte Mißstimmung auf beiden Seiten.

Die Danziger betrachteten den Grafen Panin als ihren Hauptgegner. Als nun die Nachricht von seinem Tode zu ihnen gelangte, da begingen sie abermals eine Thorheit, indem sie sich ohne vorhergehende Anzeige selbst Recht zu verschaffen suchten. Zwei Fahrzeuge, die aus dem Marienburger Werder auf der Weichsel Getreide nach Schellmühle brachten, wurden am 25. April 1783 unerwartet von Danziger Zollbeamten angehalten, und man erklärte den Schiffsherren: sie dürften nicht weiter fahren, sondern müßten ihre Ladung an Danziger Bürger verkaufen. Der eine fügte sich, weil ihm das Getreide gehörte; dem andern gab man erst nach einiger Zeit die Erlaubnis,

Wilhelms II., in der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, Heft XX, S. 66.

1) An Görtz 4. Mai 1782. (Berliner Archiv.)

die Fahrt fortzusetzen. Aber das gewaltsame Verfahren wurde wieder aufgenommen, indem 13 Mann in der Nähe des Gänsekrugs eine Wachtbude bezogen. Vergebens erhob der preußische Resident v. Lindenowski Vorstellungen hiergegen. Darauf nahm das preußische auswärtige Ministerium den Streit auf und beschuldigte die Danziger Bürger der Habsucht, des Neides und der Mißgunst gegen die um Danzig wohnenden königlichen Unterthanen, die sehr übel daran sein würden, wenn sie nicht die Freiheit haben sollten, Korn und andere Waren und Bedürfnisse sich aus den königlichen Landen zu holen. Sie sahen in dem Verfahren Danzigs eine grobe Beleidigung, welche nirgends in der Welt gerechtfertigt werden könnte, und drohten mit Vergeltungsmaßregeln.

In dem Antwortschreiben meldeten die Danziger, was sie verlangten. Sie meinten: am Ausflusse der Weichsel könnte neben ihrer Stadt keine zweite bestehen, wo Handel und Gewerbe getrieben würde; daher müßte der Hafen ihnen allein gehören, und die Waren, welche die Weichsel herunter kämen, dürften nicht bei dem Blockhaus vorbeigebracht und noch weniger durch die Stadt geführt, sondern sie müßten den Danziger Bürgern zum auswärtigen Verkauf überlassen werden. Die hiesige Kaufmannschaft, hieß es in dem Schreiben, wäre weit davon entfernt, die benachbarten königlichen Unterthanen daran zu hindern, daß sie ihre Bedürfnisse sich aus den weit und breit sie umgebenden königlichen Landen holten; dagegen würden seit kurzer Zeit, anfangs heimlich und bei Nacht, nachher öffentlich, Güter von daher oder gar aus dem Danziger Gebiete nach Schellmühle geführt und dort feilgeboten. Das könne die Kaufmannschaft, welche von dem früheren Handel kaum noch den dritten Teil übrig behalten, auf keinen Fall zugeben, wolle sie nicht alles verlieren.

Aus dem Antwortschreiben des Rates ging deutlich hervor, wonach Danzig verlangte. Man wünschte die bevorzugte Stellung, welche man bisher in Westpreußen gehabt hatte, noch weiter zu behalten und kein Altona neben sich aufkommen zu lassen. Beweise für seine Behauptungen legte freilich der Rat nicht

vor, und er versuchte noch weniger die Rechte, die er in Anspruch nahm, mit dem Zustande, welcher durch die polnische Teilung geschaffen worden war, in Einklang zu bringen. Das rügten denn auch die preußischen Minister und erklärten, der König würde seinen Unterthanen die natürliche und durch keine Verträge eingeschränkte Freiheit nicht nehmen lassen, ihren Handel zu treiben und die Schiffahrt auf einem die beiderseitigen Lande durchschneidenden Strome zu gebrauchen. Die Minister verlangten binnen acht Tagen die bestimmte Erklärung, ob der Verkehr, wie er bis zum April bestanden hätte, wieder gestattet werden würde, und zeigten an, daß im entgegengesetzten Falle kein Schiff von und nach Fahrwasser würde segeln dürfen, bis die Stadt Danzig von ihrer Zudringlichkeit abgestanden wäre. Letzteres geschah aber nicht, sondern der Rat wiederholte nur seine Bereitwilligkeit, das, was die Beschwerde führenden preußischen Unterthanen zu ihrem eigenen Verbrauche holten, frei und ungehindert durch ihr Gebiet ziehen zu lassen [1]).

Aufrichtig wünschte Preußen zu einem Vergleiche zu kommen; darum hatte der Resident v. Lindenowski nicht allein die Schreiben der Minister übergeben, sondern auch mündlich vorgeschlagen: es solle die Angelegenheit durch Bevollmächtigte beider Teile geprüft und gütlich ins reine gebracht, bis dahin aber der alte Verkehr freigegeben werden. Indem nun aber Danzig auf diesen verständigen Antrag nicht einging, schritt Friedrich der Große dazu, seine Drohungen zu verwirklichen Der Oberst v. Pirch mußte die Holminsel besetzen und den Schiffen der hartnäckigen Stadt verwehren, aus der Ostsee hierher zu kommen oder dahin zu fahren. Dies geschah gegen Ende des Augustmonats; aber die Maßregel vermehrte nur die Erbitterung der Bürgerschaft und zwar in so hohem Grade, daß kein preußischer Unterthan oder Beamter sich mit Sicherheit auf Danziger Gebiete sehen lassen konnte. Als Pirch es wagte, bei dem Ganskruge vorüberzufahren, wurden er und seine Soldaten von einem Volkshaufen auf die gröbste Weise ver-

1) Hertzberg, Recueil I, 410sqq.

höhnt, ohne daß die Stadtsoldaten es zu hindern suchten, und einem Regierungsrate Meyer ging es noch schlechter. Fremde Schiffe durften nur dann seewärts fahren, wenn sie Pässe von ihren in Danzig wohnenden Residenten empfangen hatten; Meyer sollte nun darauf sehen, daß keine Unrichtigkeiten vorkämen. Man kann sich denken, mit welchen Augen die wütende Menge diesen preußischen Beamten betrachtete. Er geriet einmal in Lebensgefahr [1]).

Im April hatte der Rat die Kühnheit gehabt, ohne Vorwissen der Polen zu Thätlichkeiten zu schreiten; jetzt aber besann er sich auf sein Verhältnis zu diesem Lande und überließ es dem Könige desselben, die Angelegenheit zu ordnen. Von Stanislaus August abgesendet, erschien der Graf von Unruh in Danzig; aber auch seine Bemühungen, einen Vergleich herbeizuführen, hatten keinen Erfolg. Da hielt es Friedrich der Große für notwendig, die Vergeltungsmaßregeln zu verschärfen. Der Generalmajor Freiherr von Egloffstein mußte mit vier Bataillonen Fußvolk und vier Schwadronen Reiterei in das Danziger Gebiet im Oktober einrücken und die Stadt von allen Seiten einschließen; nur die fremden Fahrzeuge durften ihres Weges fahren. Aber auch die verschärften Maßregeln blieben fruchtlos.

Der Minister Hertzberg hielt es mit Recht für eine gute Politik, das Publikum zu Zeiten von den Staatsangelegenheiten in Kenntnis zu setzen, und so erschien denn am 23. Oktober 1783 ein langer Bericht über den Streit des Königs von Preußen mit Danzig in einer Berliner Zeitung [2]). Außerdem aber wendeten sich die Minister an Friedrich den Großen und sagten: sein Interesse verlange und seine Absicht gehe dahin, daß dem Zwist ein schnelles und erträgliches Ende gemacht werde. Deshalb erachteten sie es für das Beste, wenn man dem General einen billigen Vergleichsplan schicke, und

1) Hertzberg, Recueil I, 404. Löschin, Geschichte von Danzig II, 247.

2) Dieser Bericht und die, welche ihm folgten, stehen in Hertzberg, Recueil I, 401sqq.

sie legten einen solchen bei. Nach diesem soll Danzig für die Friedrich dem Großen und seinen Unterthanen zugefügten Beleidigungen um Verzeihung bitten. Wie ferner der König den Einwohnern der Stadt die freie Fahrt auf dem Weichselstrom und durch seine Lande gestattet, ebenso soll es allen seinen preußischen Unterthanen auch freistehen, durch das Gebiet von Danzig mit Schiffen und Wagen zu fahren und dasjenige, was sie von einem Teile der königlichen Lande nach dem andern zu bringen für gut finden, frei und ungehindert zu holen gegen Bezahlung der Abgaben und Zölle, welche die Danziger Bürger erlegen. Diesen Punkt hielten Finckenstein und Hertzberg für den wichtigsten. Durch ihren Vorschlag, meinten sie, werde den preußischen Unterthanen nur der innere Verkehr, welchen man denselben ohne Ungerechtigkeit nicht verweigern könne, gestattet, keineswegs aber der Seehandel, welchem aber auch der König nicht entsage, sodaß dieser Punkt unentschieden und auf dem alten Fuße bleibe.

Während die Minister hofften, daß Danzig und Polen sich hier willfährig zeigen würden, hielten sie es für schwierig, einen andern Punkt zu erreichen; aber sie wollten den Versuch machen. Der König, schrieben sie, brauche für sein Salz und die Seehandlung für ihr Seesalz, ihren Kaffee u. s. w. den Weg auf der Weichsel; bisher habe man das stillschweigend geduldet, dagegen weigere man sich jetzt, und so schlagen Finckenstein und Hertzberg vor: Schiffgefäße und Schiffsladungen, welche mit Pässen des Königs oder der Minister versehen sind, dürfen ungehindert auf der Weichsel hin- und herfahren gegen Entrichtung der gewöhnlichen Abgaben. Dagegen wird das preußische Ministerium dahin sehen, daß mit diesen Pässen kein Mißbrauch zum Nachteile des Danziger Handels getrieben werde.

Finckenstein und Hertzberg suchten ferner die Danziger dadurch etwas für sich zu gewinnen, daß sie den immerwährenden Klagen derselben einige Rücksicht schenkten und folgenden Artikel vorschlugen: Der Rat verspricht den Schmuggelhandel aus Danzig nach den königlichen Landen soviel als möglich zu ver-

hüten und nichts zu thun oder zu gestatten, wodurch derselbe befördert werden könnte; dagegen wird der König den Handel der Danziger auf alle Weise begünstigen, auf ihre Vorstellung alle gegründeten Beschwerden abstellen und seinen Unterthanen und Beamten alle Plackereien und Bedrückungen der Danziger und ihres Handels auf das schärfste verbieten; er habe bereits auf gemachte Vorstellungen die Durchfuhr des alten Eisens freigegeben.

Friedrich der Große hatte mit Danzig am 8. Januar 1771 einen Vertrag geschlossen, wonach sich die Stadt verpflichtete, keine ostpreußischen Kantonisten bei sich aufzunehmen. Diese Übereinkunft wollten die Minister auch auf Westpreußen ausgedehnt wissen; weil aber der Rat befürchtete, daß die Zahl der Herauszugebenden zu groß sein und dadurch ein Aufstand hervorgerufen werden würde, so sollte die Verpflichtung nur für die Zukunft gelten.

Dieser Vergleich war wenig geeignet, Danzig zu befriedigen; doch konnte derselbe ja verbessert werden. Inzwischen aber hatte die Stadt einen andern sehr wichtigen Schritt gethan, indem sie sich an eine Frau wendete, von welcher sie schon manchmal Schutz empfangen. Die Kaiserin von Rußland weigerte sich jederzeit in ihren eigenen Sachen eine Vermittelung zuzulassen, dagegen übernahm sie mit Freuden jede Vermittelung in fremden Angelegenheiten. Zu der Zeit, wo die Minister den Vergleich dem Könige vorlegten, traf die Nachricht ein, daß Katharina II. den Wunsch der Danziger erfüllen wolle. Natürlich nahm Friedrich die Vermittelung unverzüglich an. Hertzberg glaubte nun vorauszusehen, daß die Kommissarien von Rußland und Polen verlangen würden, es sollte das Danziger Gebiet vor dem Beginn der Unterhandlungen geräumt werden; er riet aber dem König, einen solchen Antrag abzulehnen [1]).

Friedrich der Große schickte seinen Residenten in Warschau, den Legations- und Kriegsrat von Buchholtz; Katharina II.

1) Hertzberg, 26. November 1783.

hatte den Generalmajor von Peterson, ihren Residenten in Hamburg, für die Unterhandlung bestimmt. Die eingeschlossene Stadt suchte natürlich die Gelegenheit zu benutzen, um die preußischen Soldaten, die sie ernähren mußte, von ihrem Gebiete zu entfernen, und sie verlangte die Zurückziehung derselben, damit es nicht den Anschein hätte, sagte sie, als ob die Unterhandlung unter den Waffen geschähe. Wider diesen Scheingrund wandte Buchholtz ein, daß die Stadt nicht allein die Thätlichkeiten angefangen hätte, sondern auch noch fortführe, die vorher freie Schiffahrt auf der Weichsel den preußischen Unterthanen mit Gewalt zu verhindern; die Vergeltungsmaßregeln könnten also ohne Nachteil für die Ehre, die Würde und die Rechte des Königs nicht aufgehoben werden. Nach vielem Hin- und Herreden verabredete man, daß die erste Konferenz am 17. Dezember in der Vorstadt Naugardten gehalten werden sollte, nachdem die preußischen Truppen auf eine gewisse Strecke sich entfernt hätten. Als Peterson am festgesetzten Tage dahin fuhr, hoben viele Leute die Hände zu ihm auf und riefen: „Erbarmen Sie sich unser, Excellenz; wir wollen lieber russisch werden als preußisch“ [1]).

In der Konferenz beharrten die Danziger auf ihrem Verlangen, und Peterson half ihnen treulich. Da schrieb Friedrich an seinen Gesandten in Petersburg, den Grafen Görtz, am 23. Dezember 1783: Rußland wolle als Diktator handeln und ihn zwingen die Einschließung aufzuheben; aber das gehe nicht an. Er willigte dagegen mit Vergnügen in die Verlegung der Konferenzen nach Warschau; denn er sah in Peterson einen Danziger an Leib und Seele, und er hoffte dort, wo der Graf Stackelberg die Vermittelung übernehmen mußte, weiter zu kommen. Nachher hat er auch der Kaiserin zugefallen die Einschließung der Stadt aufgehoben, zumal da hierunter, wie ihm seine Minister bemerkten, auch seine Soldaten und Unterthanen litten [2]). Dafür sollte Danzig den

1) Friedrich an Görtz 23. Dezember 1783.

2) Friedrich an Görtz 30. Dezember 1783, 3. und 17. Januar 1784, Hertzberg und Finckenstein an den König 14. Januar 1784.

Beilagen.

I.

Über Ad. Beer und Alfr. v. Arneth.

Beer und Arneth haben für die Zeit, die ich behandele, zum erstenmal einen umfassenden Gebrauch von den Schätzen des Wiener Archivs gemacht, und da ich letzteres nicht besucht hatte, war ich auf die Nachrichten, welche sie bringen, nicht selten angewiesen. Um nun aber der Vorsicht eines kritischen Historikers nicht zu ermangeln, habe ich mir darüber, wie sie arbeiten, ein Urteil bilden müssen, und ich halte mich nun für verpflichtet, hierüber ein Wort zu sagen, um die Art, wie ich sie benutzt habe, zu rechtfertigen.

Ich wende mich zuerst zu Beer. Wir werden sein Verfahren am besten erkennen, wenn wir dieselben Materialien haben wie er. Das ist z. B. der Fall bei I, 69 ff. seiner Geschichte der ersten Teilung Polens. Er erzählt zum Jahre 1762: es habe nicht außerhalb der Tendenz Katharinas gelegen, die Erhebung Poniatowskis womöglich ohne fremde Mitwirkung durchzusetzen. Einen Beweis dafür finden wir bei ihm nicht, und es giebt wahrscheinlich auch keinen, sondern was als Thatsache hier angegeben wird, ist nur eine Vermutung, aus welcher sich Beer den Umstand erklärt, daß „die Beziehungen zu Preußen längere Zeit nicht enger geschürzt wurden." Aber diese Erklärung ist falsch. Nachdem Katharina sich im allgemeinen mit dem Könige von Preußen verständigt hatte, wartete sie mit der eigentlichen Unterhandlung über das Bündnis bis nach dem Tode des Königs von Polen. Sie konnte wohl schon jetzt wissen, welche Forderungen sie an Friedrich stellen würde; doch war es nicht unmöglich, daß ihr später noch eine oder die andere notwendig erschien, die Friedrich nach dem Abschlusse des Bündnisses kaum sich hätte nachträglich aufbürden lassen. Der preußische Gesandte soll ferner über die Richtung, welche die russische Politik einschlagen würde, vollständig im unklaren geblieben sein und vom Kanzler Woronzow, den er um eine Erklärung über den

Allianzvertrag und die Willensmeinung der Kaiserin fragte, keine Antwort erhalten haben. Woher weiß dies Beer? In den Auszügen bei Häusser (Forschungen, IX, 59) steht das nicht, freilich auch nicht, was der Kanzler geäußert; aber der Gesandte vermutet doch richtig, daß der Petersburger Hof nach hergestelltem Frieden werde mit Preußen in Bündnis treten wollen, und zwar deshalb erst dann, weil die Kaiserin wünschte, dem Kriege fern zu bleiben und bei den Friedensunterhandlungen zu vermitteln. Das ist wirklich der Grund, und zwar begehrte sie letzteres hauptsächlich darum, weil ihr viel daran lag, Sachsen zu begütigen und den Prinzen Karl, welchem sie Kurland nahm, zu entschädigen. Und nun lese man das unbestimmte, in allgemeinen Redensarten sich ergehende Geschreibsel Beers S. 72: „Vor Beendigung des Krieges war nicht einmal an eine Aufnahme von Verhandlungen über eine Allianz zu denken. Dem stellten sich mancherlei Schwierigkeiten entgegen, die in der eigentümlichen Lage Katharinas begründet waren. Sie machte auch daraus kein Hehl. So sehr sie eine Verbindung mit Friedrich wünschen mochte, in dem gegenwärtigen Momente war sie unthunlich. Katharina wollte und mußte (?) dem Kriege fern bleiben, und ehe der Friede geschlossen war, konnten die Grundlagen des neuen Vertrages nur schwer festgestellt werden u. s. w." Den Brief der Kaiserin vom 17. Oktober, welchen Beer alsdann anführt, hat er nicht verstanden, und wenn er nicht weiß, daß Schäfer denselben bereits richtig dem 17. November zugewiesen, so hätte er es daraus schließen sollen, daß das Schreiben erst am 20. Dezember in Petersburg eintraf. Beer behauptet hierauf, Friedrich sei über die Haltung Rußlands fast bis zum Schlusse des Jahres (1762) im unklaren gewesen; das Gegenteil beweist die Instruktion für den Grafen Solms aus dem Ende des Septembers. Die ganze Darstellung enthält Wahres, Halbwahres, Falsches nebeneinander.

Das nämliche Urteil gewinnen wir, wenn wir nachsehen, wie Beer die Ministerialdepesche vom 2. April 1764 benutzt hat. Er schreibt S. 148: „Friedrich hätte es mit Freuden begrüßt, wenn man sich darauf beschränkt hätte, durch Überredungen und freundliche Vorstellungen die Polen zu gewinnen. Er beruhigte sich, als er vernahm, daß die russischen Minister den Polen die Notwendigkeit militärischer Maßregeln in milden und versöhnlichen Formen begreiflich zu machen suchten, denn seiner Ansicht nach war alles zu vermeiden, was die Polen in Harnisch bringen konnte. Schließlich befreundete er sich mit jenen Gesichtspunkten, die Kaiserling für die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens ins Feld führte." Was Beer freundliche Vorstellungen nennt, heißt in der Depesche insinuations convenables aux circonstances; solche

den Umständen angemessene Vorstellungen waren z. B. diejenigen, welche der König einem Herrn v. Gadomski im Januar gemacht: die Polen sollten sich ja hüten, eine Konföderation zu bilden; denn eine solche würde ihr Verderben herbeiführen, weil sie keinen Beistand von außen zu erwarten hätten; sollten aber andere Mächte wagen, ihnen bewaffnete Hilfe zu leisten, so würde Friedrich seine Truppen ebenfalls einrücken lassen müssen. Auch der zweite Satz ist falsch wiedergegeben. Ob sich der König beruhigte, möge dahingestellt bleiben; er hörte gern, daß die Russen vorsichtig und behutsam vorgehen wollten. Aber das war ihm nicht genug, sondern er schärfte denselben ein, sie sollten ja eine recht sanfte und gemäßigte Sprache führen. Ob er sich schließlich mit den von Kaiserling angeführten Gesichtspunkten befreundete, das kann bezweifelt werden und muß jedenfalls auch dahingestellt bleiben.

Auf S. 191 lesen wir: „Rußland nahm (1764) ein Gebiet von 50 □Meilen mit einer Bevölkerung von 160000 Familien in Anspruch." Unmöglich! Da kämen ja 16000 Seelen auf die □Meile. Wir schlagen Herrmann, auf welchen sich Beer beruft, V, 384 nach und erfahren, daß ein Landstrich gemeint ist, welcher 50 Meilen in die Länge sich erstreckt. Beer citiert zwar die Depesche Essens, aber was er schreibt, ist aus Herrmann selbst entlehnt; denn Essen sagt nichts von 50 Meilen, sondern spricht nur von einer Ausdehnung vom Dniepr bis zur Spitze der Woiwodschaft Polock. Ja, Beer würde vielleicht den Fehler gar nicht begangen haben, wenn er die Depesche sich genauer angesehen hätte. Es handelt sich, wie aus der Instruktion vom 6. November 1762 für Kaiserling und Repnin hervorgeht, um 988 □Werst oder 141 □Meilen.

Auf S. 264 erzählt Beer zum Jahr 1767: Dem Drängen Rußlands, durch Demonstrationen und Zusammenziehung von Truppen an der polnischen Grenze sein Einverständnis zu bethätigen, setzte Friederich fortwährend hartnäckigen Widerstand entgegen; er schrieb am 6. November 1767 am Solms: J'ai conclu mon alliance avec la Russie pour conserver la paix, mais non pour la rompre. Nun finden wir aber bei Häusser (Forschungen IX, 188) in einem Konzept, welches der Note vom 7. November des vorhergehenden Jahres 1766 zugrunde liegt, eben dieselben Worte. Ferner hat Beer früher zum Jahre 1766 erzählt (S. 192—193), wie Friedrich 1766 das Verlangen bewaffneter Mitwirkung beharrlich ablehnte, und eine Depesche Friedrichs vom 7. November 1766 (Forschungen IX, 178 angeführt), die sich in demselben Ideeenkreise bewegt. Im November 1767 dagegen lag für Rußland nicht die geringste Veranlassung vor, Preußen zu solchen Demonstrationen zu

drängen. Zum Unglück für Beer befinden sich unter den Depeschen des Grafen Solms aus dem Jahre 1767 mehrere aus dem Jahre 1766; dieselben sind aber mit dem richtigen Jahre bezeichnet. Das hat Beer übersehen, und da er es an eindringendem Studium fehlen läßt, ist ihm auch nicht einmal ein Zweifel während der Ausarbeitung aufgestiegen.

Ebenso falsch ist Beers Forschung, wie ich anderwärts bewiesen habe, bei Gelegenheit der beabsichtigten Zusammenkunft Friedrichs und Josephs, die aber nicht zustande kam (I, 283), ferner inbezug auf die Vorgeschichte der Zusammenkunft von 1769. Auch im zweiten Bande fehlt es nicht an dergleichen Nachlässigkeiten. Z. B. wird S. 186 erzählt, Kaunitz habe behauptet, in einem Punkte könne der österreichische Anteil durchaus in keine Parallele mit dem preußischen und russischen gestellt werden: in politischer Hinsicht. Der Staatskanzler hat dem Grafen Panin auseinandergesetzt, was er damit meint (Doc., S. 129); aber Beer unterrichtet uns darüber nicht, obwohl es doch sehr nötig ist. Man vergleiche ferner II, 303 bis 306 mit meiner Darstellung; welch nachlässiges Arbeiten, ja, welch leeres Gerede manchmal! Und am Ende geradezu falsch und unvollständig, obwohl Beer die nämlichen Depeschen wie ich aus dem Berliner Archiv benutzt hat und citiert.

Auch in einer anderen Beziehung zeigt Beer seine Flüchtigkeit. Es heißt I, 231 bei ihm: Die Mission Mokranowskis blieb erfolglos, und S. 135: Die Kunde von der Verletzung des türkischen Gebietes in Balta rief eine große Erbitterung hervor. Beidemale ist vorher keine Rede davon gewesen, und wenn Beer nicht mehr erzählen wollte, hätte er wenigstens schreiben müssen: eine Mission und die Kunde von einer Verletzung. Jedoch er nimmt es auch mit der Sprache nicht genau. Er schreibt II, 150: „Rußland wollte zur Besitzergreifung erst schreiten, bis der Friede mit der Pforte abgeschlossen war", während er doch II, 79 wenigstens den Modus richtig gebraucht: „Friedrich (wollte) damit nicht hervortreten, bis die Unterhandlungen ein Resultat versprechen würden." Beer fährt dann fort: „Bei Friedrich kam insbesondere als maßgebender Grund in Betracht, daß er hoffen mochte", statt: bei Friedrich mochte insbesondere die Hoffnung in Betracht kommen.

Ferner schreibt Beer II, 175: die zu erwerbenden oder die schon besitzenden Ländergebiete; II, 223: dieser sollte mitwirken helfen, einen Entschluß zustande zu bringen. Hierher gehört auch der falsche Gebrauch des erzählenden Tempus, wo das Plusquamperfektum stehen müßte, sowie die pedantische willkürliche Hinzufügung von fast; II, 208 mit fast unbezähmbarer Ungeduld, 214: nach langem, fast ungewohntem Widerstande, 223: eine fast unum-

schränkte Macht. Wie diese Verwendung zur Manier geworden, zeigt Beer in der „Historischen Zeitschrift" 38, 342: „Fast an demselben Tage, an welchem dies geschrieben war, — nach Anmerkung 1 geschah dies am 6. März, — konnte Kaunitz die Überzeugung gewinnen, daß es schwer sein dürfte, Frankreich zu einer Mitwirkung zu bewegen. Breteuil erging sich bei einem am 6. März stattfindenden Gespräche in Versicherungen ꝛc." Ganz ähnlich heißt es II, 226: er machte die geringsten Schwierigkeiten statt keine. Geradezu lächerlich ist aber folgendes. Friedrich schreibt einmal die bekannte sprichwörtliche Redensart: Les cornes me sont venues à la tête; Beer übersetzt II, 15: „Die Hörner sind mir gewachsen". Wir sehen, er giebt dem Könige von Preußen Hörner, wie Michel Angelo dem Moses. Unglaublich!

Beer scheint mir eine zu hohe Meinung von sich zu haben und es deshalb mit dem Studium der Aktenstücke leicht zu nehmen; dagegen müssen wir ihm aufrichtig für den außerordentlichen Fleiß danken, mit welchem er die Archive benutzt hat. Strengen Anforderungen, wie sie jetzt an einen Herausgeber gestellt werden, entspricht er zwar nicht, wohl aber billigen. Der Historiker kann die Stücke, welche Beer im zweiten Teile und dem Dokumentenbande veröffentlicht hat, gut gebrauchen. Ich gebe einige Berichtigungen. I. 117 A. 3 Kiersky statt Iliersky; 266 A. 1 put (pût), nicht peut; ferner tâcher à s'accorder à l'amiable. Ferner im zweiten Bande S. 45 muß es in der Anmerkung heißen: 4. Februar 1871, nicht Januar, und S. 57 Anmerkung 1770—1771. Die richtige Überschrift von S. 64, Anmerkung 2 giebt Arneth VIII, 586, Anmerkung 365. Statt 2. Februar muß es S. 65 Anmerkung heißen 26. Februar. (Arneth VIII, 588 N. 389); am 2. Februar war Heinrich noch nicht aus Petersburg zurück. Ferner S. 171, N. 4: une très-grande étendue à ses prétensions. C'est assez sa coutûme; S. 350 arrange statt amorgue, welches gar kein Wort ist; S. 353, N. 3 je ne suis pas, Nr. 4 l'un et l'autre de ces tantons. Ferner 354, N. 14: Nous allons exsercés (i. e. exercer). Adieu. Je ... reflexions; 359, N. 30: si cela arrive; 360, N. 32: l'idée seule. Auch im Dokumentenbande giebt es Fehler, aber nur wenige, soviel ich bemerkt habe. Einige recht grobe Schnitzer rügt Arneth X, Anmerkung 855. 861. 909; sie finden sich in zwei Aufsätzen Beers, die aber überhaupt weit schlechter gearbeitet sind als das Buch, und die wir nun betrachten müssen.

Auch für den bayerischen Erbfolgekrieg hat nämlich Beer das Wiener und Berliner Archiv fleißig benutzt und die Frucht seiner Bemühungen in der „Historischen Zeitschrift" bekannt gemacht. Im

35. Bande finden wir 88—152 eine Abhandlung mit dem Titel „Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges". Darin wird auf S. 91, Anmerkung 2 eine Angabe von mir verbessert; Arneth hat die betreffende Depesche später veröffentlicht.

Die Anmerkung auf S. 95 lautet: „Hiernach ist Reimann zu berichtigen, seine Konjekturen fallen von selbst." Wie? von selbst? Etwa wie die Mauern Jerusalems von den Posaunenstößen der Israeliten? Ich muß gestehen, diese Bemerkung ist etwas unhöflich. Ich habe bisher wenigstens keinen Anlaß gehabt zu glauben, meine Vermutungen wären so schlecht, daß jedermann ihre Nichtigkeit gleich auf den ersten Blick zu erkennen vermöchte. Dagegen wäre es ja möglich, daß ich hier, wie vorher, durch archivalische Meldungen berichtigt würde. Beer hat nun aber auch seine Schwächen. Zum Glück werden wir durch ihn selbst in den Stand gesetzt, ihn hier zu kontrollieren, und da machen wir denn eine gänzlich unerwartete Entdeckung. Beer schreibt S. 94: „Die Instruktion an van Swieten war ganz überflüssig, denn bei der Audienz kamen ganz andere Gegenstände zur Sprache" [1]. Wir würden dem Verfasser Glauben schenken müssen, wenn er nicht im Dokumentenbande S. 186 die Instruction secrète pour le baron de Swieten und des letzteren Berichts über seine Audienz in seinem Buch „Friedrich und van Swieten" hätte abdrucken lassen. Darin meldet der österreichische Gesandte S. 92: „Als ich von der dreifachen Allianz als dem ersten Punkt zu reden begunn, unterbrach mich der König mit dem Ersuchen, diesen Punkt einstweilen beiseite zu lassen. Ich nahm also die drei folgende Punkten zur Hand. Über jeden Punkt stellte ich deutlich und wörtlich dasjenige vor, was die mir mitgegebene geheime Anweisung enthält welches ich allhier nicht wiederholen zu müssen glaube, sondern nur jenes anzuführen, was mir der König geantwortet hat." Und S. 94 meldet Swieten: „Auf solche Art ward die Erörterung der dreyen Punkten geendiget." Hiernach ist also klar, daß die Instruktion nichts weniger als überflüssig war, und daß die von Kaunitz darin behandelten Gegenstände wirklich zur Sprache kamen. Wir sehen, wie sehr uns Beer aufklärt; aber nicht sowohl durch seine Darstellung, als vielmehr durch die Dokumente, die er veröffentlicht hat.

Der Aufsatz enthält sonst eine Menge neuer Nachrichten besonders aus dem Wiener, doch auch aus dem Berliner Archiv. Ganz

1) Schon in dem Buch über die erste Teilung Polens II, 260 heißt es: „Als Swieten bei seiner ersten Audienz diese Angelegenheit zur Sprache bringen wollte, lenkte Friedrich auf einen anderen Gegenstand ein.

falsch ist aber, was S. 143 angegeben wird: „Friedrich würde gegen eine bedeutende Erwerbung keine Einwendung gemacht haben, wenn er vollständig sicher gewesen wäre, daß Sachsen in einen Austausch (der Lausitz gegen die fränkischen Markgrafschaften) willigen werde." Der König hat sich bei den Friedensunterhandlungen doch sehr uneigennützig gezeigt und dem Vertrag entsprochen, den er im März 1778 mit dem Herzoge von Zweibrücken geschlossen.

Der Aufsatz „Die Sendung Thuguts in das preußische Hauptquartier und der Friede zu Teschen" im 38. Bande der „Historischen Zeitschrift" S. 403—476 ist die Fortsetzung der obengenannten Abhandlung. Der erste Abschnitt bringt über die Unterhandlungen in Braunau manches Neue; doch giebt es auch hier Nachlässigkeiten. Indem Beer die Grenze des einen Thugutschen Vorschlages nennt, spricht er von Lankoat und Mildenau, während er 35,103 richtig Langquaid und Nittenau schreibt. Ich glaube, daß er die Karte bei solchen Gelegenheiten nicht nachsieht, sondern sich auf seine Auszüge verläßt [1]). Den zweiten Thugutschen Vorschlag bezeichnet er S. 419 gar nicht näher. Wenn er dann inbezug auf die Anbahnung einer französisch-russischen Vermittelung einiges erwünschte Neue bringt, so ist im ganzen genommen seine Darstellung doch abgerissen, formlos und sehr lückenhaft; S. 438 wird eine Antwort Preußens erwähnt, aber man erfährt weder, auf welche Schrift sie erteilt wurde, noch was sie enthielt. Noch mangelhafter ist die Erzählung der Vermittelung selbst; je näher dem Ende, desto dürftiger wird sie. Einzelne Sätze sind ganz unverständlich.

Gerade in diesem Teil erinnert sich Beer wieder an mich, um mich zu berichtigen. Er erzählt: „Im Dezember erschien eine Schrift, die in Berlin abgefaßt war; darin ward ein Brief Karl Theodors vom 22. Januar veröffentlicht, aus welchem hervorging, daß er zu der Konvention vom 3. Januar gezwungen worden sei. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Sachverhalts wurde nicht untersucht, sondern dem Inhalte des kurfürstlichen Schreibens vollständiger Glaube beigemessen." In der Anmerkung heißt es dann: „Reimann spricht von einem unwiderleglichen Beweise, welcher damit geliefert wurde, eine Ansicht, die sich durch nichts begründen läßt." Wirklich durch

---

1) Ebenso S. 461 Denkendorf statt Deggendorf. Beer verwechselt ferner 35, 138 mit Joseph die Ober- und Niederlausitz, obwohl er es S. 131 richtig weiß. In seinem Buch über Polen schreibt er II, 48 fast richtig Czorstyn und zehn Seiten weiter Szolin; S. 77 spricht er von kleinpolnischem Gebiete, wie Solms; aber er hätte den Fehler desselben verbessern und von großpolnischem Gebiete reden müssen. Solms hat auch an anderen Orten das richtige.

gar nichts, Herr Beer? Sie sagen ja selbst, aus dem Briefe *ging* hervor; wenn sie anderer Meinung waren, hätten sie ja schreiben müssen: „aus welchem hervorgehen sollte". Wahrscheinlich aber haben sie es auch so gemeint. Ich nehme das an und sage nun: Meine Ansicht läßt sich durch nichts begründen? Nicht durch das Zeugnis dessen, dem Gewalt angethan wurde? In dem vorhergehenden Aufsatze S. 104 beruft sich doch Beer ebenfalls auf jenen Brief; Karl Theodor, schreibt er, wählte, wie er selbst sagte, von zwei Übeln das kleinste, das sichere vor dem unsicheren. Ferner spricht nicht Josephs Brief an Leopold vom 15. Januar 1778 für meine Ansicht und neuerdings auch das von Arneth (X, 797) veröffentlichte Schreiben Karl Theodors vom 8. Januar an seinen Gesandten in Wien? Es ist übrigens ein sonderbares Verlangen, das Publikum hätte damals die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Sachverhaltes untersuchen sollen. Dazu besaßen nicht einmal die Regierungen die Mittel, geschweige denn die Völker.

In der österreichischen Note vom 11. Januar 1779 wird erzählt, daß der Bezirk Burghausen zur Zeit Josephs I. 130000 fl. gebracht habe. Das ist doch etwas anderes, als wenn Beer S. 468 schreibt: Burghausen werfe bloß 130000 fl. ab, d. h. im Jahre 1778. Genug, wir sehen, die Genauigkeit ist keine Tugend Beers, und es kann uns daher nur angenehm sein, daß *Arneth* denselben Zeitraum behandelt hat. Er ist wie hier in diesem Falle (X, 597), so auch sonst oft zuverlässiger, oder er hat noch neue Nachrichten aufgefunden. Aber in der Kritik ist er leider schwach.

Die Zeitschrift für preußische Geschichte enthält im fünften Bande einen kleinen Aufsatz von mir über einige falsche Daten in dem Briefwechsel Friedrichs des Großen mit dem Prinzen Heinrich, und Josephs II. mit Maria Theresia. Ich weise dort S. 373 nach, daß ein Schreiben des Kaisers nicht in den Januar, sondern in den folgenden Monat gehöre und zwar zwischen den 8. und 14. Februar. Ich schließe: „Joseph hat sich offenbar im Monat verschrieben; es muß heißen 12. *Februar*." Für diese Vermutung habe ich nun einen zwingenden Beweis gefunden. Der preußische Gesandte Riedesel meldete nämlich aus Wien am 12. *Februar*: „Ritter (der pfälzische Gesandte) sei *vorgestern* nach München gereist", und eben dieselbe Nachricht giebt Joseph seinem Bruder: Ritter est parti il *y a deux jours*.

Wie hier, so hat sich Joseph auch ein andermal verschrieben, nämlich 9. März, statt 9. April. Ich weise das S. 375 nach, wie ich glaube, mit ganz guten Gründen. Hat man das richtige getroffen, so werden, wie in dem vorhergehenden Falle, neue Nachrichten leicht Bestätigung bringen. Hier gewährt Arneth solche. Jo-

seph schreibt in dem sogen. Briefe vom 8. März an Leopold: Les Français nous ont donné une très-désobligeante réponse; ils nous ont fait connaître qu'ils ne pouvaient se charger de notre médiation ni nous donner, même si nous étions attaqués, les secours stipulés, et enfin qu'ils voulaient déclarer au Roi de Prusse, comme quoi en tout et partout ils voulaient garder une parfaite neutralité. Ceci est rompre sollennellement les liens de l'alliance; il faut dissimuler pour le présent, mais s'en ressouvenir à l'avenir. Und an Lascy schreibt Joseph bei Arneth X, 804, Anmerkung 609 am 8. April: les Français nous vienent de donner une réponse plein de miel, mais enfin ils ne nous doneront ni secours ni veulent accepter la médiation et veulent déclarer une neutralité parfaite, ce qui équivaut à rompre l'alliance, mais as teur il leur faut faire bonne mine, mais je m'en souviendrai dans le temps. Es ist augenscheinlich, daß diese beiden Briefe in eine Zeit fallen und nicht durch einen Monat von einander getrennt sein können. Arneth hätte das um so eher bemerken müssen, als er durch mich bereits aufmerksam gemacht worden. Freilich erwähnt er meinen Aufsatz gerade so wenig wie mein Buch; aber er hat jenen doch von mir zugeschickt erhalten und mit mir darüber gesprochen, und wenn er versucht hätte, mich zu widerlegen, so würde er vielleicht auf Schwierigkeiten gestoßen sein und den Irrtum nicht begangen haben. Er sagte mir vor länger als zehn Jahren: ich hätte gute Gründe, doch es stände nun einmal so da. Ich meine der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig. Der Fall kommt vor, daß ein und dasselbe Schreiben sich zu verschiedenen Jahren abgedruckt findet, z. B. zum 31. Dezember 1784 und 1785 in dem von Arneth herausgegebenen Briefwechsel Marie Antoinettes mit ihren Brüdern (S. 64 und 102). Wie soll man sich da verhalten?

In meinem bayerischen Erfolgekriege S. 190 suche ich ferner nachzuweisen, daß ein Brief Maria Theresias nicht vom 9., sondern vom 3. November sei; Arneth bleibt aber wiederum bei dem Buchstaben stehen. Nun heißt es in dem Schreiben: si le courier de Russie en réponse à la médiation demandée vient, ce qui pourroit être tous les jours etc. Wenn dieser Kurier gekommen, war mir damals unbekannt; nach Arneth X, 560 ist er am 4. November eingetroffen. Und sechs Seiten weiter soll der angeführte Brief doch vom 9. sein? Das ist eine Vergeßlichkeit, die für den, welchem sie begegnet, sehr ärgerlich sein muß. Und noch in einem anderen Punkt hat Arneth seine Schuldigkeit nicht gethan. Es ist hier von einer Vermittelung die Rede, um welche Rußland gebeten worden war; Arneth gedenkt einer solchen X, 547 und 555,

aber nur obenhin und ohne das Datum zu erwähnen, welches er doch so leicht hätte finden können.

Als ich das Jahr 1783 studierte, fand ich noch ein Beispiel. Der Brief bei Arneth, Joseph II. und Leopold II. im ersten Bande S. 148 trägt das Datum des 3. Januar 1783. Im zweiten Teile dieses Schreibens heißt es: der russische Kurier sei angekommen, zwei Monate lang habe man in Petersberg auf eine Antwort studiert, et elle s'est bornée à du pur verbiage et de belles paroles, mais je crois que ne je suis pas bien choisi pour poisson qui morde à de pareilles amorces. Ganz ähnlich wie hier an seinen Bruder Leopold schreibt Joseph an Kaunitz, aber am 2. Februar. Er schickt letzterem die fameuse réponse de l'Impératrice; pour y avoir pensé si longtemps, c'est peu de chose ou plutôt c'est beaucoup, car on y voit clairement que l'Impératrice n'a d'autre envie que de faire une dupe, mais elle ne s'adresse pas au bon poisson pour avaler son armorce. Arneth hat uns das in seinem Buche „Joseph II. und Katharina II. von Rußland", Vorw. XI, Anm. mitgeteilt, in dem vorhergenannten Briefwechsel zwischen den beiden Brüdern hat er dasselbe mehrfach zur Hand genommen, aber hier nichts Verdächtiges bemerkt und nicht vermutet, wie man doch muß, daß jener Brief vom 3. Februar sei, und der Kaiser sich wieder im Monat verschrieben habe. Betrachtet man nun den ersten Teil dieses Briefes, so wird die Vermutung zur Gewißheit. Der Kaiser meldet hier: la paix est faite aux conditions que je vous ai mandées et qui vous ont si justement surpris. Joseph schrieb aber am 11. Januar an Katharina: La paix entre l'Angleterre et la France paraît très-près de sa conclusion. Er begreift nicht, wie die Engländer auf solche Bedingungen, wie er sie auf einem besonderen Blatte mitschickt, Frieden schließen können. (Arneth, Joseph und Katharina, S. 180. 181). Dasselbe Blatt und dieselbe Nachricht sendet er zwei Tage später, am 13. Januar an seinen Bruder Leopold; er spricht von den conditions incroyables de la paix au moment de se conclure entre l'Angleterre et la France Am 23. antwortet Leopold und schreibt, die Bedingungen seien incroyables (Arneth, Joseph und Leopold, Bd. I, 149 u. 151). Inzwischen war der Präliminarfriede geschlossen worden, nämlich am 20. Januar. An eben diesem Tage schreibt Joseph an Leopold (S. 150): er erwarte Nachrichten aus Petersburg mit Ungeduld. Es kann also der zuerst erwähnte Brief nur in den Anfang des Februar gehören und ist ohne Zweifel am 3. Februar geschrieben worden.

Wie schlecht Arneth von seinem Gedächtnis bedient wird, davon

will ich noch ein Beispiel aus dem achten Bande bringen. Nach einer Depesche Thuguts vom 24. März 1770 (S. 207) wollte sich die Pforte, wenn Österreich zur Teilnahme am Kriege wider Rußland sich entschlösse, durch ein auf die unumstößlichste Art für ewige Zeiten festzusetzendes Bündnis anheischig machen, dem Kaiserhof auf dessen Begehren mit ihren Schätzen und ihrer gesamten Kriegsmacht Hilfe zu leisten. . . . . „Es würde, wenn nur einmal die Russen aus Polen vertrieben wären, lediglich von der Willkür des Kaiserhofes abhängen, entweder einen neuen König von Polen zu ernennen oder die polnischen Lande mit der Pforte zu teilen." Und nach einem Berichte Thuguts vom 24. März 1771 (S. 284) erklärte die Pforte ihre Bereitwilligkeit, ein ewiges und unumstößliches Bündnis mit Österreich zu errichten und diesem Staat auf sein Begehren jederzeit mit ihren Schätzen und mit dem Blut ihrer Unterthanen Beistand zu leisten. Seiner Willkür wollte sie es überlassen, nach Vertreibung der Russen aus Polen daselbst einen andern König zu ernennen oder dieses Reich mit der Pforte zu teilen. Gleichen sich diese Vorschläge nicht, wie ein Ei dem andern? Und beide Depeschen sind vom 24. März, die eine freilich, die schon Hammer (VIII, 373) anführt, vom Jahre 1770, die andere von 1771? Und diese letztere findet sich im Archive nicht vor! Nur das bemerkt Arneth X, 586 A. 369, sonst fällt ihm nichts auf!

Auch wo keine große Kombinationsgabe notwendig ist, kann Arneth irren. Er läßt VIII, 263/64 den Kaiser schreiben: „Wir setzen den König von Preußen in Furcht. Darin aber besteht das einzige Mittel, diesen Mann kirre zu machen, uns Rußland wieder zu nähern und die gegenseitige Eifersucht auf Vergrößerung in gemeinschaftliche Vorteile und Gebietserwerbungen, die wir uns verschaffen würden, zu verwandeln." Das giebt keinen Sinn. Joseph schreibt (Beer, Doc. 21): Nous laissons la crainte au Roi de Prusse, (bei Beer fälschlich;) vrai et seul moyen de mener cet homme-là, de pouvoir nous raccrocher avec la Russie et de pouvoir trouver moyen de convertir toute notre jalousie mutuelle d'agrandissement en de communs avantages et arrondissements que nous nous procurerions." Arneth hat zweimal das Wort pouvoir übersehen und nicht gemerkt, daß die Infinitive de pouvoir von crainte abhängen. Also: das einzige Mittel, den König von Preußen zu leiten, besteht darin, daß man ihm die Furcht einjagt, wir könnten uns mit Rußland verständigen und uns im Verein mit diesem Vorteile verschaffen.

Schlimmer als die erwähnten Irrtümer sind andere, die aus einer besonderen Quelle fließen. Arneth wirft dem sächsischen Kurhause wiederholt Undankbarkeit vor, weil es 1778 auf die Seite

Friedrichs d. Gr. getreten war. Wie das gekommen, berührt er nur kurz X, 278. Da er behauptet, man werde dem Verfahren des Wiener Hofes zwar die Berechtigung, aber doch auch den Charakter einer gewissen Gewaltthätigkeit nicht leicht absprechen können, so hätte er doch wohl ersteres nachweisen müssen; ja, es wäre sogar wünschenswert gewesen, zu erfahren, ob durch das Wiener Archiv noch weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit gewonnen werden könnte. Statt dessen speist uns Arneth mit den Worten ab: „Es würde zu weit führen, hier die verschiedenen Seiten des Streites näher zu beleuchten." Er fährt fort, indem er nur die etwas veraltete Geschichte Sachsens von Böttiger, nicht die von Flathe besorgte, vielfach verbesserte neue Auflage benutzt: „Ein im Jahre 1740 abgeschlossener Rezeß hatte das Verhältnis des Hauses Schönburg zu Sachsen geregelt; er war aber vom Kriegshofrate für ungiltig erklärt worden." Man denkt hier natürlich, dies sei gleich damals erfolgt, aber es geschah erst 1776, wie Arneth aus Bülow und Flathe hätte lernen können. Hier wird auch nicht von dem Minister Finckenstein geredet, sondern von einem Grafen Finck, der eine Schuldforderung an den Grafen v. Schönburg hatte und von der sächsischen Landesregierung durch militärische Exekution gebührendermaßen unterstützt wurde. Aus Böttiger ging wenigstens hervor, daß die Vernichtung des Rezesses erst nach 1768 stattgefunden. Wenn ferner bei diesem Schriftsteller 200 österreichische Soldaten ohne vorherige Anzeige über das Erzgebirge nach Glaucha ziehen, so fügt Arneth hinzu „auf Befehl des Kaisers", um von Maria Theresia die Schuld des gewaltsamen Verfahrens wegzunehmen; ja, er läßt sogar aus Milde gegen Österreich die Worte ohne vorherige Anzeige ganz fort. Bei Böttiger heißt es weiter: „Friedrich August hatte mit Vorwissen und Einstimmung des Königs von Preußen gehandelt, und dies wahrscheinlich Österreich nur noch mehr erbittert." Daraus macht Arneth: „der Kurfürst war von Friedrich zu seinem bisherigen Verfahren aufgestachelt worden." Flathe schreibt: „der Kurfürst begnügte sich mit Vorwissen und Einstimmung Friedrichs d. Gr., dessen Verwendung er angerufen hatte, in Wien zu unterhandeln" [1]).

Wir sehen, man muß doch einigermaßen auf seiner Hut sein, wenn man Arneth benutzen will. Wir lesen bei ihm X, 286:

1) Ich wiederhole das aus dem „Neuen Archiv f. Sächsische Geschichte IV, 338. Wenn aber Arneth gern von Ungebührlichkeiten der preußischen Soldaten erzählt, so möge er im „Oberbayerischen Archive" 40, 1. 17 nachlesen, wie es die Österreicher in Bayern getrieben haben, wohin sie doch nicht einmal als Feinde kamen.

„Als Nugent mit scharfer Anspielung auf das Verfahren des Königs erwiderte: Österreich werde nie einen unberechtigten Angriff auf den Nachbarstaat ausüben, jedoch seine Rechte mit allem Nachdruck vertreten." Es ist hier sehr zweifelhaft, ob überhaupt eine Anspielung auf das Verfahren Friedrichs im Jahre 1740 vorliegt; eine scharfe Anspielung aber ist sicherlich nicht vorhanden. Als der König, um den Gesandten auszuforschen, Bayern als eine schöne Erwerbung für Österreich hinstellte, da antwortete dieser nach seinem eigenen Bericht (VIII, 574): que, quoyque j'étais persuadé que l'Empereur n'envahira jamais les Etats d'autruy, j'étais aussi convaincu qu'il soutiendra toujours ses droits légitimes avec toute la fermeté possible.

Ferner, Maria Theresia meldet am 2. August 1778 ihrem Sohne: der König habe ihr einen Brief mit einem neuen Plane geschickt, qui, quoique différente et plus mauvaise, ne m'étonne pas. C'est à la prussienne etc. Arneth läßt sich hier wiederum von seinem Hasse leiten, indem er X, 473 schreibt: „Maria Theresia nannte das Verfahren des Königs ein schmähliches. Aber sie sei darüber keineswegs erstaunt; echt preußisch sei die Handlungsweise des Königs." Auch das ist übertrieben, wenn es X, 613 heißt: allzu seicht schienen dem französischen Gesandten die Gründe zu sein, mit denen Riedesel das Begehren seines Königs unterstützte. Breteuil schreibt: très insuffisantes.

Das schlimmste Beispiel dieser Art ist aber folgendes. In Neiße gestand der König einmal dem Kaiser: avoir eu, étant jeune, de l'ambition et même d'avoir mal agi, mais que ces temps étaient passés et qu'il pensait bien plus solidement. Wenn Arneth VIII, 181 den König aber sagen läßt, er denke jetzt besser, so bleibt das bien vor plus solidement weg. Bei Arneth fährt der König fort: „er wisse, daß man ihn in Wien für falsch halte, und er sei es auch gewesen; er habe diese üble Meinung vollauf verdient, sei jedoch durch die Umstände hierzu gedrängt worden. Nach Josephs Bericht sagte der König bei einer andern Gelegenheit: Vous me croies rempli de mauvaise foi, je le suis, je l'ai un peu mérité, les circonstances l'exigeoient, mais cela est changé. Daß es statt je le suis heißen müsse je le sais, hat Duncker bereits gesehen, und Arneth scheint dem beizustimmen; denn er läßt Friedrich (VIII, 181) sagen: er wisse, daß man ihn für falsch halte. Die Bekenntnisse des Königs gehen aber dem österreichischen Geschichtschreiber nicht weit genug. Aus menschlicher Schwachheit, mag er gedacht haben, klagt sich der Räuber Schlesiens viel zu wenig an; aber die Geschichte verlangt Wahrheit, und so muß er bei mir eingestehen, obwohl er es nach dem Berichte Josephs gar

nicht gesagt hat: er sei falsch gewesen und habe diese üble Meinung vollauf verdient.

Wenn Friedrich der Ansicht gewesen ist, es verlange das Interesse seines Staates, daß Sachsen und Polen wieder getrennt würden, so weiß Arneth besser den Grund, warum der König die sächsische Thronfolge bekämpfte. Derselbe hatte sich allzuschwer an dem Hause Sachsen versündigt, als daß das eigene böse Gewissen ihm erlaubt hätte, nun milderen und willfährigeren Anschauungen hinsichtlich desselben Raum zu gestatten. (VIII, 29.)

Als Österreich sich im Jahre 1772 entschlossen hatte, dem Petersburger Hofe nicht entgegenzutreten, sondern lieber den Kuchen teilen zu helfen, da wollte es am liebsten durch die Grafschaft Glatz und Stücke von Schlesien sich vergrößern, aber weil der König von Preußen darauf nicht einging, nannte van Swieten türkische Gebiete. Friedrich erklärte sich bereit, diesen Vorschlag in Petersburg aufs wärmste zu unterstützen. War das nicht freundlich von ihm? Darüber schweigt Arneth und bemerkt nur: „Die Briefe des Königs von Preußen an seinen Bruder liefern den Beweis, wie unaufrichtig er auch jetzt wieder gegen Österreich verfuhr. . . . Eine Treulosigkeit nannte er es, daß Österreich nun der Pforte, die sich ihm anvertraut und es zu ihrem Vermittler gemacht habe, ein Gebiet wegnehmen wolle, dessen Abtretung sie an der Grenze Ungarns gerade so schwächen würde, als dies von russischer Seite in der Krim geschehe." Wie? Das ist unaufrichtig, wenn Friedrich insgeheim dem Bruder seine Ansicht ausspricht? Arneth giebt wenigstens das zu, „es sei den Betrachtungen, in denen sich der König erging, und den Anschuldigungen, die er gegen Oesterreich erhob, nicht alle und jede Berechtigung abzusprechen." Und doch soll sein Verfahren vom Standpunkte politischer Ehrenhaftigkeit verwerflich sein? Es könnte fast unbegreiflich erscheinen, wie Arneth es über sich gewonnen, so etwas zu schreiben (VIII, 357); aber der Haß ist ein schlechter Führer. Wir lesen VIII, 436 sogar folgendes: „Von unverkennbarem Einfluß auf Joseph und Kaunitz war das Beispiel des Königs von Preußen. Keinen Augenblick konnten sie im Zweifel darüber sein, daß es, vom Standpunkte politischer Moralität aus betrachtet, eine verwerflichere Handlungsweise nicht gebe, als diejenige gewesen, durch welche Friedrich sich Schlesiens bemächtigt hatte. Und doch datierte von dem Zeitpunkte dieses Treubruches und dieser Gewaltthat auch die Erhebung Preußens zu einem europäischen Großstaate. Lag da nicht die Versuchung nahe, eine ähnliche Bahn zu betreten, wie sie König Friedrich mit so vielem Erfolge vor mehr als drei Decennien eingeschlagen hatte? Und konnte man im Vergleiche mit seinem damaligen Verfahren nicht noch die Entschuldigung für sich

anführen, daß während er auf nichts anderes ausging als auf großen, wenngleich gänzlich unberechtigten Gewinn, Österreich doch eigentlich nichts suchte als endlich zu irgendwelcher Schadloshaltung für dasjenige zu gelangen, was es dereinst an ihn verlor?"

So stark, wie der Haß gegen Friedrich, ist die Liebe zu Maria Theresia. Auch in dieser Beziehung läßt Arneth sich zu einer gewissen Fälschung verleiten. Als Breteuil bald nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph die Kaiserin-Königin fragte, ob die österreichischen Truppen unverzüglich in Bayern einmarschieren würden, antwortete sie ihm, erzählt Arneth X, 307, mit einem Ton und einer Geberde, die klar zu erkennen gaben, daß dieser Entschluß nicht von ihr abhinge: „Ich weiß es nicht." Aber Breteuil meldet (Jb. 796, Anm. 487): avec le ton, le geste et le regard d'une personne qui voulait me faire entendre: Cela ne dépend pas de moi seule. Dieses seule läßt Arneth weg, um dem Kaiser die ganze Verantwortlichkeit fälschlich aufzubürden [1]).

In gleicher Weise wird Österreich behandelt. Arneth schreibt VIII, 50: „Man kennt jetzt den Wortlaut der Instruktion, welche Katharina II. ihren Bevollmächtigten in Polen erteilte. Man kann wohl sagen, daß niemals die Erreichung verwerflicherer politischer Zwecke, niemals die Anwendung abscheulicherer Mittel hierzu versucht worden ist. Ausdrücklich wurde darin gesagt, daß, wenn wider Erwarten der russische Kronkandidat nicht gewählt werden sollte, die Kaiserin im Einverständnis mit dem Könige von Preußen ohne vorausgegangene Kriegserklärung Polen mit ihren Truppen überschwemmen, die Gegner als Rebellen betrachten und ihre Güter mit Feuer und Schwert verheeren werde." Was nun zuerst das Wort „niemals" betrifft, so muß man sich wundern. Hat Arneth denn gar nicht daran gedacht, daß Rußland und Österreich 1733 gerade so gehandelt haben, wie Rußland und Preußen 1764? Er hätte ja nur seinen „Prinzen Eugen" nachschlagen dürfen; dort lesen wir III, 364: „Darüber konnte man sich keiner Täuschung hingeben, daß Leszczynskis Partei die stärkste im Lande war. Seine Thronbesteigung zu hindern, dafür hatten sich jedoch der Kaiser und Rußland unwiderruflich entschieden. Sie wollten es zu diesem Ende auf das äußerste ankommen lassen. Ihn auszuschließen, behauptete man in Wien, freilich nicht ohne zu einer sehr gezwungenen Auslegung seine Zuflucht zu nehmen, hieße nicht das freie Wahlrecht der Polen beeinträchtigen." Wir sehen, wie milde sich

1) Vgl. „Archiv f. österreichische Geschichte", Bd. 67, 1. Hälfte, S. 130 (Tagebuch Cobenzls, herausgegeben von Arneth).

Arneth hier ausdrückt. Außerdem enthält, was er aus der Instruktion vom 6. November 1763 anführt, einige starke Unrichtigkeiten. Daß der russische Kandidat nicht würde gewählt werden, glaubte Katharina keineswegs; aber eine Doppelwahl hielt sie für möglich und sie wollte dann für Stanislaus Poniatowski „es auf das äußerste ankommen lassen". Unter solcher Voraussetzung war eine Kriegserklärung unnötig. Endlich die Worte „im Einverständnis" sind wenigstens zweideutig. Es gab noch kein solches; „in diesem Falle werden wir uns mit dem Könige von Preußen verständigen", heißt es in der Instruktion.

Einmal erklärte Choiseul dem österreichischen Staatskanzler, daß er die Fortdauer des Krieges zwischen Rußland und der Pforte wenigstens noch für einige Jahre wünsche zu ihrer gegenseitigen Schwächung. Solchen übermäßigen Egoismus tadelt Arneth streng und fährt alsdann (VIII, 203) fort: „Von dieser Haltung Frankreichs unterscheidet sich diejenige, welche der Wiener Hof den gleichen Verhältnissen gegenüber einnahm, in wahrhaft wohlthuender Weise." Was antwortete nun Kaunitz dem Franzosen? Il est certain que la continuation de cette guerre ne nous convient pas vu les risques attachés à sa durée. Diese Stelle läßt Arneth weg und führt nur die Gründe an, welche dann in der Erwiderung des Staatskanzlers aufgezählt werden als solche, die vom österreichischen Standpunkte gegen die Fortdauer des Krieges sprechen. Also Interesse gegen Interesse. In Neustadt hat Kaunitz eine ganz ähnliche Äußerung wie Choiseul gegen Friedrich den Großen gethan; aber wir suchen dieselbe vergebens bei Arneth VIII, 218. Und wie urteilt denn dieser bei einer anderen Gelegenheit, als der Staatskanzler auf die Nachricht von einer gefährlichen Erkrankung des Königs riet, man solle dem Kronprinzen alle Besorgnis vor widrigen Absichten benehmen, die etwa nach dem Tode seines Oheims ausgeführt werden dürften? „Durch solche persönliche Sicherstellung und Beruhigung, schrieb Kaunitz am 23. Januar 1776, kann der bisherige Hang des Kronprinzen zu Pracht und Verschwendung am leichtesten genährt, eben auf diese Weise aber die gegenwärtige preußische Maschine am sichersten untergraben und allmählich zum Verfall geleitet werden." Unterscheidet sich hier auch die Haltung des Wiener Hofes in wahrhaft wohlthuender Weise von der anderer Staaten? Arneth scheint das doch nicht geglaubt zu haben, sondern er hat diese Stelle gleichfalls lieber weggelassen. Und diese Gesinnung war keine vorübergehende. Zehn Jahre später schreibt Kaunitz an den Gesandten in Berlin (30. August 1786): „Nichts wäre erwünschlicher, als wenn der neue König in eine vollkommene Ruhe und Sicherheit gegen uns versetzt werden könnte. Um dieses zu erwirken, müssen wir sorg-

fältig die Klauen verbergen, um dann, wenn man uns auffordern sollte, desto sicherer hauen zu können." (Ad. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz. Vorr. S. 16.)

„Recht übel vermerkt König Friedrich, heißt es VIII, 369, die Hinausschiebung der Entscheidung Österreichs über das, was er in Polen nehmen wollte; denn sein gieriger Sinn konnte den Augenblick kaum mehr erwarten, in welchem er sich der von ihm schon seit so langer Zeit ins Auge gefaßten Beute endlich definitiv zu bemächtigen vermochte." In Wahrheit wartete Friedrich, dagegen Österreich entschied sich über seinen Anteil und besetzte dann denselben, ehe noch die Unterhandlungen mit den beiden anderen Höfen beendet waren. War es da nicht noch gieriger? Bewahre! Österreich und gierig! „Unabläßig drängte Joseph, meldet Arneth 13 Seiten weiter, zu entschlossenem und energischem Auftreten, vor allem zu baldigstem Einmarsch österreichischer Truppen in Polen. Binnen wenigen Tagen brachte er seine widerstrebende Mutter so weit, daß sie ein von ihm aufgesetztes Handbillet an Lascy unterzeichnete, durch welches die erforderlichen Bewegungen der Truppen angeordnet wurden."

Das Urteil Friedrichs über die österreichische Antwort auf die preußische Note vom 7. Februar 1778 trägt nach Arneth X, 363 den Stempel der Mißgunst an sich, mit welchem der König gegen alles erfüllt war, was von Österreich an ihn kam; er nenne sie eine so schlecht abgefaßte Arbeit, daß jeder Rechtsschüler sie zu widerlegen vermöchte. Kaunitz urteilte freilich noch ganz anders über einen Brief Friedrichs an den Kaiser. „Unter dem Deckmantel des Freimuts enthalte er ein Gewebe von Impertinenzen, welche nichts seien als die Ausgeburt der gröbsten Unwissenheit und der schwärzesten Galle. . . . . Wenn er ein großer Soldat sei, so sei er ein noch größerer Ignorant und der schlechteste Logiker von der Welt u. s. w." Arneth enthält sich hier (X, 396) jeder Bemerkung; er will dem Staatskanzler nicht gerade recht geben, aber er hütet sich auch aufs höchste, das abfällige Urteil desselben im geringsten zu tadeln.

Bei solcher Voreingenommenheit Arneths für Österreich muß man seine Bände natürlich mit der größten Vorsicht benutzen. Er verbessert Beer nicht selten, weil er genauer ist; aber auf der anderen Seite läßt sich Beer von keiner Vorliebe verführen, und so finden wir ohne Zweifel manchmal auch bei ihm das richtige. Arneth erzählt X, 295: November 1776 habe der kurpfälzische Gesandte sich an Kaunitz gewendet, um Schutz gegen Preußen inbezug auf die jülichsche Erbfolge zu suchen, und als man das in Wien günstig aufnahm, habe Karl Theodor im Februar 1777 erklärt, auch in der bayerischen Erbfolgesache sich in die Arme des Kaiserhofes werfen zu

wollen. So ist die Sache wenig glaublich. Beer dagegen berichtet (35, 95), daß Kaunitz die jülichsche Erbfolge benutzen wollte, um auf die bayerische überzugehen. Das erscheint verständlich.

Arneth hat das Wiener Archiv der historischen Forschung zugänglich gemacht und höchst wichtige Dokumente daraus veröffentlicht. Mit außerordentlicher Bereitwilligkeit kommt er den Wünschen der Gelehrten entgegen. Seine Bücher enthalten eine Fülle neuer Nachrichten. Eben deshalb wird sein Name trotz der angeführten Schwächen immer mit Achtung und Dankbarkeit genannt werden.

— —

II.

Zu II, 288.

Ranke hat uns aus dem Wiener Archive zuerst über die Vorbereitung Josephs für die Reise nach Mohilew aufgeklärt. Eben hiervon handelt nun aber jetzt auch Arneth, und wenn wir die Darstellung beider Historiker aufmerksam vergleichen, so finden wir zu unserem großen Leidwesen, daß sie nicht gut zusammenstimmen. Wollen wir nun, ohne die Aktenstücke selber einzusehen, uns eine Ansicht bilden, so hat das seine Schwierigkeit; aber wir müssen es versuchen. Ich zeige zuerst, wie Ranke und Arneth auseinandergehen.

Indem man in Wien erörterte, welches Ziel Joseph in Mohilew erstreben sollte, mußte man sich auch darüber klar werden, wie man sich zu den Plänen der russischen Kaiserin inbezug auf das türkische Reich stellen würde. Ranke und Arneth schreiben beide dem Staatskanzler die Meinung zu, man dürfe den Russen nicht alle Hoffnung entreißen, daß man österreichischerseits darauf eingehen werde. Nach Ranke antwortete Joseph auf das Gutachten des Staatskanzlers (die Réflexions sur l'entrevue prochaine) und trat hierbei mit sehr weitreichenden Ideeen der Vergrößerung hervor, wenn, wie er nicht zweifelte, Katharina das türkische Reich umstürzen wollte. Er verlangte Gleichheit der für den Zweck anzuwendenden Mittel und Gleichheit der aus der Anwendung derselben zu erwartenden Vorteile. Ranke giebt dann aus dieser Antwort des Kaisers noch mehr Einzelheiten an, die bei Arneth gar nicht zu finden sind; aber

den früheren Ausspruch über die Gleichheit der Mittel und der Vorteile legt der Geschichtschreiber der Maria Theresia dem Staatskanzler bei, der nach ihm zwei Denkschriften über diesen Gegenstand abgefaßt hat, eine in französischer und eine in deutscher Sprache; von letzterer giebt er nichts Näheres an.

Wem sollen wir nun glauben, wenn wir die Aktenstücke nicht besitzen?

Bei Ranke verfolgt Joseph viel weitergehende Bestrebungen als der Staatskanzler. Das stimmt nun aber gar nicht mit dem, was der Kaiser am 19. Mai aus Lemberg an seine Mutter schreibt (Arneth, Maria Theresia und Joseph, III, 244): „Die Antwort des Fürsten Kaunitz besagt so viel, daß er wünscht, ich möchte die Zusammenkunft nützlich machen. Ich werde sicherlich keine Gelegenheit vorübergehen lassen, aber vor allem muß man damit anfangen, sie nicht schädlich zu machen, nachher kann man erst an die Vorteile denken." Zurückhaltender, aber doch in derselben Weise schreibt an demselben Tage Joseph an Kaunitz (Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 14): Le moins mal que possible, ibant qua poterant (nicht poterunt), sera mon excuse.

Jene weitergehenden Bestrebungen stimmen ferner nicht mit dem Verhalten Josephs in Rußland. Ranke sagt hierüber selbst: „Die Kaiserin behielt immer die Türkei im Auge, der Kaiser dagegen Deutschland, vor allem den König von Preußen. Auf eine Unterhandlung, die zu bindenden Verpflichtungen hätte führen können, einzugehen, vermied Kaiser Joseph, so nahe ihm dies auch Katharina legte." Jetzt unterrichtet uns Arneth nicht nur über die Antwort des Staatskanzlers, sondern auch über die Anfrage Josephs; aus letzterer finden wir auch in der Vorrede des eben erwähnten Buches von Beer (S. 10) eine Angabe, die mit dem, was Arneth berichtet, übereinstimmt. Wir hören ferner von Beer, daß Kaunitz dem Kaiser „die Worte in den Mund legte für den Fall, wenn das orientalische Projekt zur Sprache kommen sollte." Ja, wir lernen hier noch einen wichtigen Umstand kennen, nämlich daß Joseph selbst von zwei Schriften des Fürsten Kaunitz redet, von denen die eine französisch, die andere deutsch abgefaßt ist.

Arneth erwähnt nun zwei Denkschriften des Staatskanzlers, nämlich die auch von Ranke benutzten Réflexions und zweitens einen „Beytrag zu den französischen Réflexions", beide vom 23. April. Er giebt leider von letzterer Schrift keinen Inhalt an. Nun ist das, was Ranke den Kaiser über türkische Erwerbungen sagen läßt, in deutscher Sprache geschrieben. Ranke nennt den Titel des Aufsatzes nicht, aber wir ersehen doch aus ihm, daß man glauben kann, die Bemerkungen wären nicht von Joseph aufgesetzt, und er fügt

deshalb hinzu: aus dem Vortrage des Staatskanzlers vom 12. Mai erhelle, daß dieselben vom Kaiser herkommen. Ich bin nun so kühn, diese Behauptung aus den angegebenen Gründen für falsch zu halten. Aber welche schöne Gelegenheit uns zu belehren hat sich Arneth entschlüpfen lassen? Er durfte das nicht übergehen, was der Staatskanzler über türkische Erwerbungen gesagt hat, und er mußte ferner nachweisen, daß Ranke sich geirrt hätte, wenn er aus dem Vortrage vom 12. Mai schließen wollte, daß „Ausdrücken wie des Kaisers Majestät und ähnlichen zum Trotz" der Beitrag von Joseph II. herrühre. Auch Beer geht in seinem neuesten Buche „Die orientalische Politik Österreichs seit 1777" auf den Irrtum Rankes nicht ein.

Umgekehrt hat Arneth an einer anderen Stelle Ranke getadelt, wo er besser geschwiegen hätte. Er sagt nämlich in der Anmerkung 1026 des zehnten Bandes: „Ich kann die Beweisstücke nicht finden, auf deren Grundlage Ranke erzählt, Kaunitz habe im Namen der Kaiserin dem Fürsten Galitzin den ersten Antrag zur Reise Josephs nach Rußland gemacht. Durch die österreichischen Verhandlungsakten wird das Gegenteil bis zur Evidenz bewiesen." So milde sich Arneth ausdrückt, so unnütz ist seine Belehrung; denn die Gesammelten Werke zeigen, daß Ranke schon von der hierher gehörenden Stelle aus den Briefen der Maria Theresia an Mercy, die inzwischen durch Arneth und Geffroy herausgegeben worden waren, Kenntnis genommen und wenigstens in der Anmerkung das Richtige gesagt hatte. Leider hat der große Historiker die frühere Darstellung (I, 130) im Text oben beibehalten, der mit der Anmerkung jetzt im grellsten Widerspruche steht. Was er ferner in der ersten Auflage meldete und in den Gesammelten Werken wieder ändert: „Nachdem die originalen Korrespondenzen größtenteils bekannt geworden sind", das war falsch, und erst Arneth hat sie veröffentlicht, und zwar nur teilweise. Ranke hat also anfänglich seine Nachricht gerade so, wie vor ihm ich, aus der von Herrmann veröffentlichten Depesche des Ritters Harris vom 26. Februar 1780 entnommen, die, wie wir jetzt erkennen, Wahres und Falsches enthält.

III.

Zu I, 257 meines Buches.

Nachdem ich das politische Testament Friedrichs vom Jahre 1768 selbst eingesehen, kann ich mich über den Ursprung der Idee der ersten Teilung Polens ausführlicher dahin aussprechen:

In dem politischen Testamente, welches Friedrich 1768 für seinen Nachfolger niedergeschrieben hat, nennt er unter den Aufgaben der Zukunft die Erwerbung des polnischen Preußens; „nachdem man einige Weichselplätze befestigt habe", bemerkt er, „werde man dann Ostpreußen gegen die Unternehmungen der Russen verteidigen können". Friedrich hatte, wie jedermann, eine sehr schlechte Meinung von den Polen. Er nannte sie die elendeste Nation Europas, die ihr Dasein nur durch die Eifersucht der Nachbarmächte weiter friste; denn in Gedanken verschlinge jeder von diesen drei Staaten die Republik und mißgönne dem andern den Teil, welchen derselbe für sich bestimme. „Darum besteht die polnische Anarchie noch", meinte der König weiter; „aber was mir ihre Fortdauer verdächtig macht, das sind die Königswahlen, welche die Russen in diesem Jahrhundert sich angewöhnt haben zu erzwingen, und die Neuerungen, die sie in Polen der alten Verfassung zuwider einführen." Und so glaubte Friedrich, daß die übermächtigen Nachbarn am Ende sich über eine Teilung Polens verständigen, vielleicht aber ein geschmälertes Königreich in der Mitte der drei Mächte noch übrig lassen würden; ja, der Großherr könnte seinen Anteil ebenfalls empfangen, wie man einem Kettenhund einen Bissen Brot hinwirft, um ihn am Bellen zu verhindern. Friedrich täuschte sich über die Absichten des Wiener Hofes; doch inbezug auf Rußland sah er ziemlich richtig. Katharina wollte Polen zwar nicht verschlingen, aber beherrschen, und so glaubte der König, daß er das größte Hindernis, Ostpreußen mit dem Kerne seiner Monarchie zu verbinden, dort finden würde. Deshalb schien es ihm besser, wenn man versuchte, das polnische Preußen stückweise durch Unterhandlnng, als auf einmal durch Eroberung zu gewinnen. In einem Falle, wo Rußland dringend des preußischen Beistandes bedürfte, hielt er es nicht für unmöglich, eine Verbindung von Pommern nach der Weichsel zu erlangen, und wenn er meinte, Danzig müßte man sich bis zuletzt aufsparen, so hat ihm die Geschichte recht gegeben.

Wir sehen, wie sehr ihn die Idee der Erwerbung des polnischen Preußens beschäftigt; aber daß er in diesem Augenblicke der Ausführung näher treten will, davon sagt er kein Wort. Und noch

mehr. Er betrachtet den Bruch zwischen Konstantinopel und Petersburg als günstig; allein welchen Vorteil gedenkt er hieraus zu ziehen? Er hoffte, da die Russen seiner bedürfen werden, die Dauer seines Bündnisses um zehn Jahre zu verlängern und die Kaiserin dahin zu bringen, daß sie ihm die Erbfolge in Ansbach und Baireuth verbürge. Jedoch nicht lange, so wagt er vorsichtig einen Schritt in jener Richtung. An dem Tage, wo er mit dem politischen Testamente fertig ist und das Datum darunter setzt, am 7. November, wendet er sich zunächst an seinen Gesandten in Warschau und nicht an Solms, mit der Anfrage, ob der Drang der gegenwärtigen Lage so wäre, daß man sich schmeicheln dürfte, mit Rußland einen vorteilhaften Vertrag abschließen zu können. Der Resident versteht ihn sehr wohl; er antwortet am 16. aus Warschau u. s. w.

Zu II, 541 ff.

Ich verweise nachträglich noch auf meine Abhandlung: „Über das höhere Schulwesen in Breslau in den Jahren 1763—1786" in der Ztschr. d. Vereins f. Gesch. u. Altertum Schlesiens XXI, 1—46.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

UNIVERSITY OF VERMONT
3 1733 01575199 2